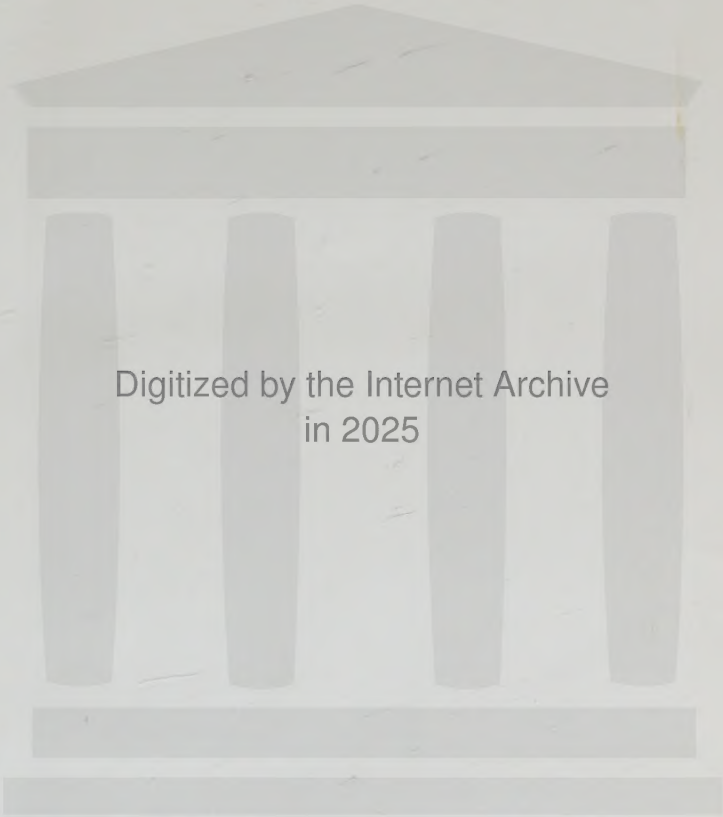
3 0510 0234225R

The University of North Carolina at Greensboro

JACKSON LIBRARY

THE UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA 1891 GREENSBORO

For Building Use Only


Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/berlinermonatshe0005unse

Die Kriegsschuldfrage

Berliner Monatshefte
für internationale Aufklärung

Herausgegeben von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen
Leitung: Alfred von Wegerer

Jahrgang V

D
511
A1B4
v. 5

BERLIN NW 6 / 1927

Die Kriegsschuldfrage

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1927

Seite

Auffenberg-Komaróv, Freiherr von: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges 769

Aus den neuen Britischen Dokumenten 266

Barnes, Harry Elmer: Der Stand der Kriegsschuldfrage 715

— „Neue Enthüllungen in der europäischen Diplomatie“ 1082

Bardolff, Karl, Dr., Freiherr von, Feldmarschalleutnant: Franz Ferdinand 599

Baumbach, Norbert von: Die deutsche und die britische Flotte bei Kriegsausbruch 28

— Die deutsche Flotte in den britischen Dokumenten 1013

Britische Dokumente über den Ausbruch des Krieges 2

Bronewskis, Schlußbericht 844

Collas, Karl, Baron: Auf den bosnischen Wegspuren der Kriegsschuldigen 11

Das „Journal des Debats“ als Historiker 1230

Demartial, Georges: Les nouveaux documents diplomatiques anglais sur l'explosion de la guerre (deutsch und französisch) . . 417

— Unser angeblicher Haß gegen Herrn Poincaré 780

— Le cas Poincaré 974

Der Reiseweg des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Bosnien und die Wege der Attentäter von Belgrad nach Sarajewo 226

Die doppelte Fälschung eines französischen Dokumentes 1228

Die griechischen Dokumente zum Kriegsausbruch 250

Die Narodna Odbrana 192

Durham, Edith: Pashitch attempted denial of Ljuba Jovanovitch charge 58

Seite

Ein englisches Urteil über Barnes 355

Eine französische Stimme zur Kriegsschuldfrage (französisch und deutsch 966

Foerster, Wolfgang: Der französische Operationsplan und die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität 141

— Die deutsch-italienische Militärkonvention 395

— Die deutschen Mobilmachungsmaßnahmen gegen Frankreich im Lichte der britischen amtlichen Dokumente 989

Frantz, G.: Rußlands Werben um Verbündete im Weltkriege . . . 561

— Rußlands Weg zum Kriege im Spiegel der englischen Dokumente 1001

Freytagh-Loringhoven, Prof. Dr. von: Kriegsschuldfrage und internationaler Gerichtshof 67

Gelbbuch 106 262

Gottschalk, Egon, Dr.: Ein Iswolski-Brief zur Vlissingerfrage . 152

— Kriegsschuldfrage und ständiger Internationaler Gerichtshof . . . 339

— Rumänien und der Dreibund bis zur Krise 1914 632

Haushofer, Karl: Die geographischen Ursachen des Weltkrieges 893

Herre, Paul: Italiens Rolle in der Kriegsschuldfrage 309

— Das italienische Generalstabswerk im Lichte der Kriegsschuldfrage 864

— Kriegsschuldforschung und italienische Rückständigkeit 1179

Hindenburgs Rede zur Kriegsschuldfrage (deutsch, englisch und französisch) 931

Kabisch, Ernst: Die Militär- und Marinekonventionen der Triple-Entente vor dem Ausbruch des Weltkrieges 282

Kiszling, Rudolf: Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad 231

— Militärisches aus den britischen Dokumenten zum Kriegsausbruch. Die englischen Attachéberichte über Oesterreich-Ungarns militärische Maßnahmen bei Ausbruch des Weltkrieges 983

Lutz, Herrmann: Weltparlament der Kriegsschuldforscher 335

— Zur Beurteilungs Greys. Mit Erwiderung von Hans Rothfels . . 457

— Zu den neuen britischen Dokumenten über den Kriegsausbruch . 575

— Das Entscheidende über den „Halt in Belgrad“ 679

— Moltke und der Präventivkrieg (I. Teil) 1107

Montgelas, Max, Graf: Die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch 97

— Generalfeldmarschall Graf Moltke und das Problem des Krieges . 345

— Die Irrtümer Headlam-Morleys 443

— Nachtrag zur Besprechung der englischen Dokumente 580

— Der angebliche Bombenabwurf bei Nürnberg (Nachdruck) 672

Seite

Montgelas, Max, Graf: Die neue Ausgabe der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ 754
— Prinz Max von Baden zur Kriegsschuldfrage 886
— Grenzverletzungen vor Kriegsausbruch 1914 977
— Das französische Generalstabswerk (I. Teil) 1049
— Das französische Generalstabswerk (Fortsetzung und Schluß) . . 1197
Oehlrich, C.: Wie Kriege entstehen können 781
Orchies, Deutsche und französische Dokumente 785
Poincarés Rede in Lunéville am 19. Juni 1927 675
Rappaport, Alfred: Albaniens Werdegang 815
Raschdau, L.: Zur Bewertung des Rückversicherungsvertrages . . 57
— Zum Rückversicherungsvertrag 1106
Reuterskiöld, C. A., Professor, Dr.: „Zur Frage der rechtlichen Beurteilung des Versailler Vertrages“ 711
Roloff, Gustav: Die Memoiren Sasonoffs 1062
Rothfels, Hans: Zur Beurteilung Greys 350
Schäfer, Theobald von: Wollte Generaloberst von Moltke den Präventivkrieg? 543
— Erwiderung 1120
Schwendemann, Karl: Die „Schuldfrage“ für den Krieg 1870/71 573
— Eine beachtliche französische Stimme zur Kriegsschuldfrage . . . 908
Schwertfeger, Bernhard, Oberst a. D.: Der „Wegweiser“ durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung 773
Sihler, E. S., Dr.: „Vor dem Angesicht Europas“ 60
Steinitz, Eduard von: Iswolski und die Besprechungen in Buchlau 1151
Stieve, Friedrich: Neue Dokumente über die Kriegsziele der Entente (deutsch und englisch) 871
Taube, M. de, Baron: La politique russe — anglaise d'avant — guerre et la récente publication de documents diplomatiques du Foreign Office 430
Thimme, Friedrich: Die Auswertung der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes für die Kriegsschuldfrage 387
— Die französische Uebersetzung der deutschen Aktenpublikation . . 897
Tönnies, Prof. Dr.: Ein englisches Urteil über Barnes 145
Uebersberger, Hans: Abschluß und Ende des Rückversicherungsvertrages 933
Weber, Arthur: Graf Tisza und der Eintritt Italiens in den Weltkrieg 608
Wegerer, Alfred von: Wie Serbien England täuschte 238
— Vertrauen zwischen den Völkern 279
— Der Präsident der französischen Republik zur Kriegsschuldfrage . 449

Seite

Wegerer, Alfred von: Eine Anfrage an die französischen Historiker. Zum Apell des Präsidenten der französischen Republik Gaston Doumergue an die „unparteiische Geschichte“ 489

— Zur Rede Poincarés 665

— Die Unterlagen des Versailler Urteils über die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges 1087

Wiesner, Friedrich, Ritter von: Zur Frage der rechtlichen Beurteilung des Versailler Vertrages 187

— Das Mémoire Oesterreich-Ungarns über die großserbische Propaganda und deren Zusammenhänge mit dem Serajewoer Attentat 492

— War Nedeljko Cabrinović ein österreichischer Konfident? 882

— Milan Ciganović † 1041

Wroblewski, Victor Augustin: Murawjews Denkschrift aus dem Jahre 1900 und die englisch-russische Konvention von 1907 . . . 1221

Zu den Memoiren des Generals von Falkenhayn 784

Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Wir haben erfahren, daß Deutschland in glänzender Weise seiner Wiedererholung entgegengeht; Deutschland hat fähige Führer gehabt, und sein Volk hat große Geduld, Initiative und Mut gezeigt, deren Früchte jetzt geerntet werden. Ich hoffe aufrichtig, daß Deutschlands Wachstum und Entwicklung unablässig weitergehen, und ich bin überzeugt, daß dies auch der Wunsch des amerikanischen Volkes ist. Ich verkenne natürlich nicht die große Last, die Deutschland noch zu tragen hat, und die Hindernisse, die es überwinden muß, aber die Errungenschaften der Vergangenheit geben eine Sicherheit für die Zukunft. Das auffälligste moralische Vergehen im Versailler Vertrag ist die Aufbürdung der Verantwortung für den Weltkrieg auf Deutschland allein; nur wenige glaubten dies zur Zeit, als es in den Vertrag hineingeschrieben wurde, und noch weniger glauben heute daran. Ich hoffe, die Zeit ist nicht mehr fern, wo diese überaus ungerechte Anklage umgestoßen und ein für allemal verworfen wird.

Senator Borah

in seinem Weihnachtsgruß an das deutsche Volk.

(Uebermittelt vom W.T.B. in Nr. 2186 vom 24. Dezember 1926.)

Nachdruck aller Aufsätze nur mit Quellenangabe gestattet.

Britische Dokumente über den Ausbruch des Krieges.

Die Britischen Dokumente über den Ausbruch des Krieges werden im nächsten Heft dieser Zeitschrift eingehend von Graf Max Montgelas, dem Herausgeber der deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch, besprochen werden.

Im folgenden wollen wir an Hand von zwei Dokumenten veranschaulichen, in welchem Ausmaß im englischen Blaubuch von 1914 einzelne Dokumente „paraphrasiert" worden sind und Auslassungen stattgefunden haben. Um die im Blaubuch von 1914 fehlenden Stellen deutlich hervortreten zu lassen, sind sie hier in Rotdruck gesetzt worden.

Die beiden Dokumente haben wir auch deswegen hier gebracht, weil sie sehr deutlich zeigen, wie lückenhaft einzelne Dokumente des Blaubuchs von 1914 gewesen sind und wie sehr die Auslassungen dazu angetan waren, unvollständige und daher irrige Vorstellungen über die Tätigkeit des Britischen Auswärtigen Amtes während der Julikrisis hervorzurufen.

Bei Dokument 101 haben wir die diesem Dokument jetzt beigegebenen „Vermerke" mit aufgenommen, weil sie für die Beurteilung der Lage am 25. Juli durch das Foreign Office besonders aufschlußreich sind.

In den Fußnoten haben wir von einzelnen stark paraphrasierten Sätzen beide englische Texte aufgenommen. In einigen Fußnoten sind auch Erläuterungen enthalten, die für das Verständnis der Dokumente vielleicht von Nutzen sein können. Die von der Schriftleitung hinzugefügten Fußnoten sind in Kursivschrift gesetzt.

Die Schriftleitung.

(33673) No. 101.

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 166. Dringend St. Petersburg, den 24. Juli 1914

A. 5.40 nachm.
E. 8.0 nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm [1]).

Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen achtundvierzig Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen.

[1]) No. 84.

† Minister des Äußern und französischer Botschafter sagten mir vertraulich, Ergebnis des Besuches des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die verschiedenen Probleme, denen sich die Mächte in bezug auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, insbesondere im Osten, gegenübergestellt sehen.

2. Entschluß, in Wien Schritte zu unternehmen, um ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderungen zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit betrachten könnte.

3. Feierliche Bestätigung der den beiden Ländern durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen. †

Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht bloß diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde [2]).

---

† Anmerkung (des englischen Herausgebers): Im Blaubuch wurde dieser Abschnitt ausgelassen (siehe die Einleitung Seite XVI). Versehentlich blieb jedoch im Inhaltsverzeichnis ein Hinweis darauf stehen. Ein deutscher Forscher hat im Frühjahr 1924 die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache gelenkt und ihm wurde mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Auswärtigen der Wortlaut des fehlenden Abschnitts mitgeteilt. Dieser wurde daher seitdem in Deutschland veröffentlicht [1]).

---

[1]) *Vergl. Friedrich Stieve „Iswolski und der Weltkrieg", S. 213.*

[2]) *Dieser Satz ist im Blaubuch 1914 stark paraphrasiert wiedergegeben worden. Zur Veranschaulichung, in welchem Maße von der Paraphrase Gebrauch gemacht worden ist, geben wir den nunmehr bekanntgewordenen englischen Wortlaut des Originals und der im Blaubuch von 1914 angewandten Paraphrase wieder:*

Originalwortlaut nach den Britischen Dokumenten Ausgabe 1926:

'The French Ambassador gave me to understand that France would not only give Russia strong diplomatic support, but would, if necessary, fulfil all the obligations imposed on her by the alliance.'

Wortlaut, wie er im Blaubuch von 1914 paraphrasiert wiedergegeben wurde.

Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich Ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnung zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtung einschlösse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen. Minister des Äußern entgegnete, serbische Frage bilde nur Teil allgemeiner europäischer Frage und wir könnten uns nicht ausschalten.

Ich sagte, ich entnähme den Worten Seiner Exzellenz den Wunsch, wir sollten uns einer Mitteilung an Österreich anschließen, daß wir seine aktive Einmischung in innere Fragen Serbiens nicht dulden könnten. Gedenke Rußland, falls Österreich unsere Vorstellungen nicht beachte und militärisch gegen Serbien vorgehe, ihm den Krieg zu erklären? [3]) Minister des Äußern erwiderte, heute nachmittag werde ein Ministerrat die ganze Frage erwägen, man würde aber bis zu einem weiteren wahrscheinlich morgen stattfindenden Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers keinen Beschluß fassen. Er persönlich glaube, Rußland werde auf jeden Fall mobil machen müssen.

Ich warf Gedanken hin, daß erstes Erfordernis sei, Zeitgewinn anzustreben, indem wir auf Österreich einwirkten und es veranlaßten, Serbien gewährte Frist zu verlängern. Der französische Botschafter erwiderte, dazu fehle die Zeit; entweder bluffe Österreich oder es sei entschlossen, sofort vorzugehen. In beiden Fällen bestünde unsere

---

'The French Ambassador gave me to understand that France would fulfil all the obligations entailed by her alliance with Russia, if necessity arose, besides supporting Russia strongly in any diplomatic negotiations.'

Originalwortlaut nach den Britischen Dokumenten Ausgabe 1926:
'Minister for Foreign Affairs replied that the Servian question was but part of general European question and that we could not efface ourselves.'

Wortlaut, wie er im Blaubuch von 1914 paraphrasiert wiedergegeben wurde.
'To this M. Sazonof replied that we must not forget that the general European question was involved, the Servian question being but a part of the former, and that Great Britain could not afford to efface herself from the problems now at issue.'

[3]) *Im Blaubuch von 1914 ist das Wort „sogleich" (forthwith) hinzugefügt worden.*

einzige Chance, den Krieg abzuwenden, darin, daß wir fest und vereint aufträten. Ich fragte dann, ob es nicht ratsam wäre, serbische Regierung zu genauer Angabe aufzufordern, wie weit sie bereit sei, österreichischen Wünschen entgegenzukommen. Minister des Äußern antwortete, daß einige Forderungen des Ultimatums ohne Zweifel angenommen werden könnten, er müsse sich aber vorher mit seinen Kollegen besprechen.

Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff auf Serbien europäischen Frieden gefährden würde [4]). Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und (? Frankreich) hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben. Minister des Äußern sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben und hätten keine „beau rôle“ gespielt.

Nach Sprache französischen Botschafters sah es fast aus, als wären Frankreich und Rußland entschlossen, feste Haltung einzunehmen, selbst wenn wir ablehnen, uns ihnen anzuschließen. Sprache des Außenministers war in dieser Hinsicht jedoch nicht so (? entschieden).

Österreichische Regierung scheint ihr Ultimatum absichtlich im Augenblick überreicht zu haben, als Präsident der französischen Republik und Ministerpräsident Rußland verließen, um nach Frankreich zurückzukehren, wo sie vor vier oder fünf Tagen nicht eintreffen können [5]).

Gegen den Schluß unserer Unterredung gesellte sich rumänischer Gesandter zu uns. Minister des Äußern führte ein Privatgespräch

---

[4]) *Im Blaubuch von 1914 heißt es statt „europäischen Frieden“ — „den ganzen (whole) Frieden Europas“.*

[5]) *Im Blaubuch von 1914 ist der Absatz „österreichische Regierung . . . eintreffen können“ dem vorhergehenden Absatz vorangestellt worden.*

mit ihm, in dem Seine Exzellenz auch rumänische Regierung einlud, Vorstellungen in Wien zu erheben [6]).

(Gleichlautend nach Paris, 1.20 nachm., Nr. 217)

Im BB Nr. 6 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

Vermerke

Der Augenblick ist vorüber, als es vielleicht noch möglich war, die französische Unterstützung für einen Versuch, Rußland zurückzuhalten, zu gewinnen.

Es ist klar, daß Frankreich und Rußland entschlossen sind, den ihnen hingeworfenen Handschuh aufzuheben. Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband endgültig aufgeworfen ist.

Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln.

Worauf es ankommt, ist, ob Deutschland zu diesem Krieg jetzt absolut entschlossen ist oder nicht.

Es besteht noch die Möglichkeit, Deutschland wankend zu machen, indem man ihm die Sorge einflößt, daß der Krieg England auf Seiten Frankreichs und Rußlands finden wird.

Ich vermag bloß ein wirksames Mittel vorzuschlagen, um dies der deutschen Regierung klarzumachen, ohne uns in diesem Stadium absolut und endgültig festzulegen. Wenn Seiner Majestät Regierung im Augenblick, wo entweder Österreich oder Rußland zu mobilisieren beginnen, Befehl erteilt, unsere ganze Flotte unverzüglich auf Kriegsfuß zu setzen, so mag dies denkbarerweise Deutschland die Augen über den Ernst der Gefahr öffnen, der es ausgesetzt wäre, falls England am Kriege teilnähme.

---

[6]) *Über die Teilnahme des rumänischen Botschafters an dieser Unterredung heißt es in den „Tages-Aufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums“:*

„Der französische Botschafter veranstaltete zwecks Meinungsaustausches ein Frühstück, bei dem sich außer S. D. Sasonow, der englische Botschafter und der rumänische Gesandte eingefunden hatten. Der Minister bat die Botschafter dringend, ihren Regierungen seine Bitte zu übermitteln, sofort einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten. Diese Bitte war natürlicherweise auch an den anwesenden rumänischen Gesandten gerichtet, wodurch Rumänien zu der gemeinsamen Sache herangezogen erschien. Es war für uns von größtem Vorteil, Rumänien in der Sache auf unsere Seite zu ziehen, für Rumänien selbst war es offenbar schmeichelhaft, als Gleichberechtigter an den diplomatischen Schritten der Großmächte teilzunehmen.“

Vergl. „Der Beginn des Krieges 1914. Tages-Aufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums“ (Krasny-Archiv, Heft IV, Moskau 1924). Deutsche Übersetzung, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W. 8, 1924.

Angenommen, dieser Entschluß könnte jetzt gefaßt werden, dann wäre es richtig, die französische und russische Regierung davon zu unterrichten, und das wäre wiederum das beste, was wir tun könnten, um das Entstehen einer sehr ernsten Lage zwischen England und Rußland zu verhindern.

Es fällt schwer, nicht mit Herrn Sasonow darin übereinzustimmen, daß England früher oder später in den Krieg hineingezogen wird, falls er wirklich ausbricht. Wir haben nichts dabei zu gewinnen, wenn wir uns nicht schlüssig werden, was wir unter Umständen, die vielleicht schon morgen eintreten, tun können.

Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. Die französische Flotte verschwunden, Deutschland im Besitz des Kanals, mit der bereitwilligen oder widerstrebenden Kooperation Hollands und Belgiens: wie wird dann die Lage eines freundlosen Englands sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen?

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten — in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs und Rußlands verknüpft. Wenn wir dazu beitragen können, den Konflikt zu verhüten, indem wir unsere maritime Stärke zeigen, jederzeit zum Einsatz bereit, dann wäre es falsch, diesen Versuch (effort) nicht zu machen.

Wie daher auch letzten Endes unser Entschluß ausfallen mag, ich meine, wir sollten *jetzt* beschließen, die Flotte zu mobilisieren, sobald irgendeine Großmacht mobilisiert, und wir sollten diesen Entschluß unverzüglich der französischen und russischen Regierung bekanntgeben. — E. A. C.[7]) 25. Juli.

Die von Sir Eyre Crowe aufgeworfenen Punkte verdienen ernste Beachtung und das Kabinett wird ohne Zweifel die Lage erwägen. Rußland wird unsere Haltung in dieser Krise als Prüfstein betrachten und wir müssen äußerst vorsichtig sein, es uns nicht zu entfremden. — A. N.[8])

Herr Churchill hat mir heute gesagt, daß die Flotte binnen vierundzwanzig Stunden mobilisiert werden könne, aber ich glaube, es wäre verfrüht, Rußland und Frankreich schon jetzt eine Erklärung abzugeben. — E. G.[9])

---

[7]) *Chiffre von: Sir Eyre Crowe, Hilfsunterstaatssekretär.*

[8]) *Chiffre von: Sir Arthur Nicolson, Ständiger Unterstaatssekretär.*

[9]) *Chiffre von: Sir Edward Grey.*

(33883) Nr. 125

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

(Tel.) Nr. 169. Streng vertraulich A. 8.0 nachm.
E. 10.30 nachm.

Durch Privatbrief teilte ich Außenminister heute morgen Inhalt Ihres Telegramms Nr. 216 vom 25. Juli nach Paris [1]) mit und besprach heute nachmittag mit ihm die vom französischen Botschafter angeregte Mitteilung an serbische Regierung, die in Ihrem Telegramm Nr. 17 vom 24. Juli nach Belgrad erwähnt ist [2]).

Was ersteres betrifft, bemerkte Minister des Äußern, daß Erklärung des österreichischen Botschafters sich nicht ganz mit Nachricht decke, die ihm von deutscher Seite zugegangen sei. Bezüglich des zweiten Punktes stimmten Seine Exzellenz und französischer Botschafter darin überein, daß es für solch eine Mitteilung zu spät sei, da gestellte Frist heute abend abläuft. Minister des Äußern sagte, Serbien sei durchaus bereit, zu tun, was Sie vorgeschlagen, und die schuldig Befundenen zu bestrafen, aber man könne von keinem unabhängigen Staat erwarten, erhobene politische Forderungen anzunehmen. Zufolge einer Unterredung, die er mit serbischem Gesandten gestern hatte, glaubte Minister des Äußern, daß serbische Regierung im Falle österreichischen Angriffs Belgrad räumen, ihre Truppen ins Innere zurückziehen und gleichzeitig Mächte um Beistand anrufen würde. Seine Exzellenz sprach sich für solch einen Appell aus. Die 1908 (sic) von Serbien übernommenen Verpflichtungen, auf die österreichisches Ultimatum verweist, seien Mächten und nicht Österreich gegenüber eingegangen und er möchte Frage auf internationale Grundlage gestellt sehen. Sollte Serbien Mächte anrufen, dann wäre Rußland durchaus bereit, sich abseits zu halten und Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland zu überlassen. Es sei möglich, fügte er hinzu, daß Serbien vorschlage, Frage Schiedsspruch zu unterwerfen.

Minister des Äußern teilte uns dann mit, heute morgen habe Kaiser im Ministerrat unter seinem Vorsitz Entwurf kaiserlichen Ukases genehmigt, der erst veröffentlicht werden soll, wenn Minister des Äußern Augenblick für seine Inkraftsetzung gekommen erachtet, und der Mobilmachung von 1 100 000 Mann anordnet. Not-

[1]) Nr. 105.
[2]) Nr. 102.

wendige einleitende Vorbereitungen für Mobilmachung würden jedoch sofort begonnen werden. Als ich ernstliche Hoffnung ausdrückte, Rußland werde Krieg durch Mobilisierung nicht übereilt herbeiführen, ehe Sie Zeit gehabt hätten, Ihren Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen, versicherte mir Seine Exzellenz, daß Rußland keine aggressiven Absichten habe und zu Handlungen nur, wenn ihm aufgezwungen, schreiten werde.

Französischer Botschafter bemerkte sodann, er habe eine Anzahl Telegramme vom stellvertretenden Minister des Äußern erhalten; kein einziges von ihnen verrate geringstes Anzeichen von Unschlüssigkeit und er sei in der Lage, Seiner Exzellenz formelle Zusicherung zu geben, daß sich Frankreich vorbehaltlos an Seite Rußlands stelle [10]).

Nachdem er ihm gedankt, wandte sich Außenminister an mich mit Frage: „Und Ihre Regierung?" Ich entgegnete, Sie gäben Lage noch nicht für verloren und Hauptsache sei, Zeit zu gewinnen. Ich wiederholte, was ich dem Kaiser in Audienz gesagt hatte — siehe meinen geheimen Bericht Nr. 100 vom 3. April [Auszüge unten] [11]) —, daß England nämlich Rolle des Vermittlers in Berlin und Wien zweckmäßiger als Freund spielen könne, der sich, falls seine Ratschläge der Mäßigung unbeachtet blieben, eines Tages in einen Verbündeten verwandeln könnte, als wenn es sich sofort zum Verbündeten Rußlands erklären würde. Seine Exzellenz meinte, Deutschland sei leider überzeugt, daß es auf unsere Neutralität rechnen könne. Mit Ausnahme der „Times" stünde fast die gesamte Presse Englands auf seiten Österreichs, das Herr Gladstone mit „Hände weg" gewarnt habe. Die Sinne der Leute seien (Gruppe nicht entzifferbar). Sie verstünden nicht, daß Vorgehen Österreichs in Wahrheit gegen Rußland gerichtet sei. Es strebe danach, gegenwärtigen Status quo auf dem Balkan umzustürzen und dort seine eigene Hegemonie aufzurichten. Er glaubte nicht, daß Deutschland wirklich den Krieg

[10]) *Im französischen Gelbbuch von 1914 ist ein entsprechendes Telegramm nicht veröffentlicht worden. Entweder ist das Telegramm, wie so viele andere, im französischen Gelbbuch nicht mit aufgenommen worden, oder — und wir neigen zu dieser Auffassung — hatte der französische Botschafter Paléologue vor der Abreise von Poincaré die Weisung erhalten, unter bestimmten Voraussetzungen Sasonow die formelle Zusicherung zu geben, daß sich Frankreich vorbehaltlos an Seite Rußlands stelle.*

[11]) *Die Auszüge, die einen Bericht Sir G. Buchanans an Sir Edward Grey, datiert St. Petersburg, den 3. April 1914, enthalten, der von der Verständigung über ein Zusammenwirken der britischen und russischen Flotte handelt, konnten wegen Raummangels hier nicht mit aufgenommen werden.*

wolle, aber seine Haltung würde durch die unsere bestimmt. Wenn wir uns entschlossen an die Seite Frankreichs und Rußlands stellten, gäbe es keinen Krieg, ließen wir sie aber jetzt im Stich, so würden Ströme von Blut fließen und wir würden schließlich doch in den Krieg hineingezogen werden [12]).

Französischer Botschafter bemerkte, französische Regierung würde sogleich wissen wollen, ob unsere Flotte bereit sei, die ihr durch englisch-französische Marinekonvention zugewiesene Rolle zu spielen [1]). Er vermöge nicht zu glauben, daß England seinen beiden Freunden, die in dieser Sache Hand in Hand gingen, nicht beistehen werde.

Ich tat mein möglichstes, um Minister des Äußern zur Vorsicht zu mahnen, und warnte ihn, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland sich nicht mit bloßer Mobilmachung begnügen oder Rußland Zeit zur Ausführung der seinen lassen, sondern wahrscheinlich sofort den Krieg erklären würde. Seine Exzellenz versicherte mir nochmals, er wünsche den Konflikt nicht zu überstürzen, aber falls Deutschland Österreich nicht zurückzuhalten vermöge, könne ich Lage als verzweifelt betrachten. Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien erdrücke und vorherrschende Macht auf dem Balkan werde, und Rußland würde, des französischen Beistandes sicher [13]), alle Gefahren des Krieges auf sich nehmen. Unsere eigene Lage ist höchst gefahrvoll und wir werden zu wählen haben, ob wir Rußland aktiv unterstützen oder auf seine Freundschaft verzichten wollen. Wenn wir es jetzt im Stich lassen, können wir nicht hoffen, jenes freundschaftliche Zusammengehen mit ihm in Asien fortzusetzen, das von solch vitaler Bedeutung für uns ist. Haltung Italiens scheint, nach Minister des Äußern, lauwarm zu sein und Österreich hat es anscheinend nicht vorher zu Rate gezogen.

(Nach Paris gesandt.)

Im BB. Nr. 17 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht.

[12]) *In diesem Absatz sind erhebliche Umstellungen vorgenommen worden.*

[1]) Der französische Botschafter hatte keinen Auftrag seiner Regierung, diese Frage aufzuwerfen. Es handelte sich lediglich um eine private Bemerkung des Botschafters, die aus seiner eigenen persönlichen Auffassung der Lage entsprang. Siehe Einleitung Seite XXVI.

[13]) *Der englische Wortlaut nach dem Original-Dokument, wie er jetzt in der neuen Ausgabe der englischen Dokumente veröffentlicht worden ist, lautet: 'secure of support of France'. Im Blaubuch von 1914 steht: 'if she feels secure of the support of France' — wenn es sich des Beistands sicher fühle! —*

Auf den bosnischen Wegspuren der Kriegsschuldigen.

Von Baron Carl Collas[1]).

Die dualistische Struktur der österreichisch - ungarischen Monarchie hat den Gegnern der bosnischen Okkupation und Annexion von Anfang an Gelegenheit geboten, eine zielbewußte und konsequente Angliederungspolitik zu verhindern, und war es eigentlich nur einer Persönlichkeit, und zwar der Benjamin von Kállays, gegeben, diese Schwächen seines Amtes durch die Genialität seiner Person auf die Dauer seiner Amtstätigkeit zu paralysieren. Es gelich nur einer Persönlichkeit, und zwar der Benjamin von Kállays [2]), mit den scheußlichen Morden und Leichenschändereien im Belgrader Konak beinahe zusammenfällt, und daß der auf dem blutigen Throne hierauf platznehmende Peter Karageorgevic in seiner damaligen europäischen Verlassenheit die Blicke der Bessergesinnten seines Volkes von dem Boykott Europas dadurch geschickt abwendete, daß er die großserbische Propaganda auf seine Fahnen schrieb. König Peter verfügte für diesen Zweck über das glänzendste Material der Welt. Nach Religion und Rasse wie kein anderes Volk einheitlich geschlossen, in der Schule von Byzanz und dem Phanar erzogen, wartete der Serbe von Cattaro bis Pancsova instinktiv auf die Expansion seiner aufgespeicherten völkischen Kräfte, beziehungsweise auf die Vorherrschaft in jenen Gebietsteilen der ehemaligen Monarchie, wo die rohe Urkraft des serbischen Bauern- und Krämervolkes dem durch die westliche Kultur kampfgeschwächten, fremden Volkselemente gegenüber einen aussichtsreichen Kampf versprach.

Dieser elementaren Situation stellte Franz Joseph I. den absoluten Doktrinär Stephan von Burián (der und dessen unmittelbare Suite bezeichnenderweise nicht ein Wort serbokroatisch sprach oder verstand und dessen einflußreiche Schranzen die wenigen genialen Mitarbeiter Kállays bald verdrängt und ausgeschaltet hatten) als Nachfolger Kállays in Bosnien und der Herzegowina gegenüber. Die Zentralgewalt in Budapest begnügte

---

[1]) Baron Collas war bei Kriegsausbruch 1914 Präsidialchef der Landesregierung von Bosnien und der Herzegowina. Die Schriftleitung.

[2]) *Benjamin von Kállay war 1882 Reichsfinanzminister. Ihm unterstand die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina. Die Schriftleitung.*

sich nach dem erfolgreichen Banate des Grafen Khuen-Hedervary mit Wahlmachern, die in der Würde eines Banus von Kroatien und Slawonien oder in der eines Obergespans (Regierungspräsidenten) der südlichen ungarischen Grafschaften die für die Regierung notwendige Anzahl von gefügigen oder käuflichen Abgeordneten lieferten. Diese totale Ohnmacht der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde noch durch den unseligen Zwist zwischen der Zentralgewalt in Budapest und Wien erhöht. In Wien konzentrierte sich das Hauptbestreben der höfischen und militärischen Kreise auf die Wiedereroberung politischer Machtpositionen und auf die Konservierung einer veralteten zentralen Militärgewalt, die in dem Gesichtskreis einer einseitigen Kadettenschulerziehung noch in der Mentalität der Jahre 1848—1849 lebte und als ultima ratio die Slawen gegen die Ungarn ausspielen wollte und sich in unglaublicher Beschränktheit absolut nicht bewußt war, daß jede Schwächung des einen Teiles (hier des ungarischen), notwendigerweise zur Schwächung der ganzen Monarchie und des Herrscherhauses führen mußte. Die gewaltige Werbekraft der ungarischen Armeesprache, ja selbst der Fahnen, blieb Ungarn — noch dazu oft mit deutscher Unterstützung — versagt, und es war eine tägliche Erscheinung, daß der österreichische, sogenannte gemeinsame Generalstab die Aspirationen jener nährte, die auf die Zersetzung und den Zerfall der Doppelmonarchie hinarbeiteten. In Budapest wieder stand man unter der Hypnose der Gefahr von Wien. Eben jene Vaterlandsverräter wie Károlyi und Konsorten, die im Jahre 1918 den rumänischen, serbischen und tschechischen Deserteuren das ganze Land auslieferten, heizten den Chauvinismus der Magyaren bis zur Siedehitze und verhinderten parlamentarisch jede vernünftige Auseinandersetzung mit der Zentrale in Wien und den Nationalitäten des Landes. Das bei dieser Situation Belgrad leichtes Spiel hatte, ist erklärlich, und zwar um so mehr, wenn man die Psyche des Slawen überhaupt und die des Serben speziell kennt. Jede serbische Kirchengemeinde mit ihrer demokratischen Verfassung ist ein selbständiger politischer, ja wirtschaftlicher Körper. Dabei sondert sich der Serbe mit seinem Hauspatron von seinem benachbarten Andersgläubigen schärfer ab als der Jude des Ghettos vom Christen. Insolange als in der alten Doppelmonarchie absolut regiert wurde, machte sich dieser Organisationsvorsprung der Serben nicht besonders geltend. Als aber der Fortschritt der Zeit Landtage und Parlamente mit sich brachte, stand die serbische Volksorganisation fertig da, während die katholischen Volkselemente, Magyaren, Kroaten und Deutsche, auf allen Gebieten

des öffentlichen Lebens einer geschlossenen Front der Orthodoxie gegenüber standen, die mit erlaubten und unerlaubten Mitteln die serbischen Interessen wahrnahmen und durchsetzten. Eine Renaissance byzantinischen politischen Geschickes äußerte sich in dem politischen Fortschritte der serbischen Minderheiten in der Monarchie.

Ob nun die bestialische Vertilgung der Obrenovic mit oder ohne Rußlands Willen geschah, jedenfalls war der Kontakt zwischen den Nutznießern des Mordes und Petersburg sofort hergestellt, indem im Belgrader Ministerium des Innern die Irredentasektion rekonstruiert und ausgebaut und auch mit dem Rubel in Aktion erhalten wurde. Vorerst wurde die Hauptaktion auf die unter türkischer Oberhoheit stehenden Gebiete gerichtet. Das bulgarisch-mazedonische Verschwörerschema wurde für serbische Zwecke adaptiert und eingerichtet. Die serbisch-orthodoxe konfessionelle Schulgemeinde wurde zum Pivot der Agitation, wohlgemerkt, weil das oberflächlich orientierte Westeuropa die Schulbildung nur unterstützen konnte, dabei aber keine Ahnung davon hatte, daß die Fibel in diesen Schulen keine Rolle spielte und die Lehrer der serbisch-orthodoxen konfessionellen Schulen, selbst später in Bosnien, was ihre pädagogischen Kenntnisse anbelangte, noch nicht einmal das Niveau der Unteroffiziere Friedrichs des Großen erreichten. — Eine der gefährlichsten Instruktionen des serbischerseits adaptierten bulgarisch-mazedonischen Irredentaprogramms war die zielbewußte Untergrabung der bekämpften Staatsautorität, beziehungsweise war es Gebot, bei jeder Gelegenheit eines Konfliktes zwischen Staatsangestellten und einem Untertanen nie Zeugenschaft für den Staatsangestellten zu leisten. So konnte z. B. ein einen exzedierenden Trunkenen verhaftender Polizist aus der umstehenden Menge weder für die Berechtigung seiner Amtshandlung, noch weniger für die Abwehr tätlicher Angriffe Zeugen erhalten. Diese zersetzende Arbeit führte in Bosnien und der Herzegowina dahin, daß bewährte, durchaus tüchtige Polizisten in den meisten Fällen gerichtlich abgestraft wurden, so daß schließlich die Polizisten derart verschüchtert waren, daß sie vor jeder Amtshandlung zurückscheuten, was im Endresultate die serbische Bevölkerung der Staatsaufsicht entzog. (Sic! demnach der Sicherheitszustand vor den Morden in Sarajewo.) Die Führer und Leiter der Irredenta in den zu erlösenden Gebieten mußten speziell später in Bosnien erprobte Mitglieder des Antialkoholvereins „Trezvenost" sein, damit der Schnaps nicht zum Verräter werde. Als seinerzeitiger Regierungskommissar und Polizeichef von Sarajewo bis

zum Jahre 1913 wußte ich ganz genau, daß die Sarajewoer Zentrale der Antialkoholbewegung der Herd der Irredenta sei. Es war aber erklärlicherweise unmöglich, diesem Verein nahezukommen oder ihn gar aufzulösen, weil daraus wieder bis nach London Kapital gegen die österreichische Herrschaft geschlagen worden wäre. Als es endlich gelang, den Präsidenten des Vereins zu erwischen, war dies nur einem Schnapsrausche zu verdanken, den dieser Herr sich nach der langen Entziehung geleistet hatte.

Der zweite Arm der Irredenta ging über die körperliche Ertüchtigung durch die Sokolvereine. Auch hier war das Turnen vollkommen Nebensache und nur der Panzerschirm, hinter dem gegen die Staatsautorität gewühlt wurde. Die Sokolvereinigungen dienten unter anderem auch dem Zwecke der Beseitigung von unangenehmen Mittelschullehrern. Auch hier stand der Lehrer, wenn er es notwendig hatte, der aggressiven Jugend ohne Zeugen oder nur falschen Belastungszeugen gegenüber. Die Verhandlungen der Lehrerkonferenz fanden den Weg über den leitenden Sokolprofessor zur Jugend, und je vehementer das Umsichgreifen der Irredenta wurde, um so mehr Existenzen der besten Schulkräfte wurden geknickt, was schließlich dahin führte, daß nur überzeugungslose Andersgläubige das Mittelschullehramt ausüben konnten.

In den Gebieten der türkischen Staatshoheit vor dem Balkankriege wurden mangels kultureller Einrichtungen und einer modern organisierten Administration nebst diesem Mittel auch der direkte Mord zum Zwecke der Beseitigung energischer Beamter geübt. Als dann der Balkanbund über die Türkei herfiel, waren beispielsweise die Telegraphen- und Eisenbahnbeamten der türkischen Verwaltung schon vollkommen in den Händen der Befreier, ein Umstand, der zu dem Debakel der türkischen Heeresführung sehr viel beitrug.

Der erste große Vorstoß der serbischen Irredenta in Bosnien basierte auf der durch Minister Baron Burián genehmigten serbischen Kirchenautonomie in Bosnien und der Herzegowina. Diese Autonomie räumte mit den letzten Resten staatlicher Aufsichtsgewalt bei der serbischen Bevölkerung in Bosnien und der Herzegowina auf. Es würde hier zu weit führen, dieses Autonomiegesetz vom Standpunkte auch der liberalst gehandhabten Staatsgewalt zu untersuchen. Es genügt, wenn ich hier anführe, daß der Schulinspektor der Regierung keine unangesagte Inspektion der serbisch-orthodoxen konfessionellen Schulen vornehmen und nur nach vorheriger Ansage das Schullokal betreten durfte, damit unter anderem, wie erwiesen ist, die Bilder des serbischen Königs aus

den Schulzimmern rasch entfernt und das Bild des Kaisers und Königs unter dem Gegröhle der Jugend vom Anstandsorte hervorgeholt werden konnte.

Dem Außenstehenden ist es wohl unverständlich, wie eine zielbewußte Verwaltung unter diesen Umständen eine solche Autonomie gewähren konnte. Erklärlich wird dies nur, wenn man erwägt, daß die mit Belgrad paktierenden serbischen Volksführer mit den unglaublichsten kriecherischen Loyalitätskundgebungen herumwarfen. So deklarierte einer dieser Hauptführer das serbische Volk als ein „nur zu guten Dienern" geborenes, Diener, die von ihrem Herrn nur die Duldung ihres Glaubens erbitten. Wenn man zu diesem Byzantinismus noch hinzurechnet, daß der leitende Minister und dessen einflußreiche Umgebung keine Ahnung von der Administration hatte, und bedenkt, daß die Monarchie es damals bereits wie vor ihr die Türkei notwendig hatte, auf liberalere Reformen und Duldsamkeit hinzuweisen, so beginnt man auch diesen Fehler zu verstehen. In die Zeit dieses Mißgriffes fällt auch der Frontwechsel der englischen Politik bezüglich Bosniens. Nach der entscheidungsvollen Ischler Entrevue zwischen Eduard VII. und Franz Ioseph I. wurde der großbritannische Generalkonsul Sir Freeman in Sarajewo abgelöst. An seine Stelle kam wieder ein Mr. Freeman, aber bereits mit anderen Aufträgen und anderen Instruktionen. Die Sarajewoer Konsularstellen waren mit Ausnahme der englischen und deutschen schon damals mit politischen Agenten besetzt, in deren Reihe nun auch der englische Konsul sich eingliederte. Der neue Freeman machte aus seiner antiösterreichischen und serbenfreundlichen Gesinnung kein Hehl. Bald tauchte auf der Bildfläche in Sarajewo ein englischer Sprachlehrer MacFarren auf, der auffallenderweise seine Klientel nur in serbischen Häusern suchte, sich dann als Korrespondent der „Daily Mail" entpuppte und schließlich Kanzler des Großbritannischen Konsulats wurde. Dieser Mr. MacFarren wurde mit seinem Chef natürlicherweise auch in den Sarajewoer Herrenklub (Beamtenklub) eingeführt, wo derselbe, wie es sich bald herausstellte, in ein Klubfauteuil vergraben, scheinbar schlafend, Nachrichten sammelte, bis derselbe durch einen ihm auf diese Art inspirierten Artikel der „Daily Mail" attrapiert wurde, was im Endresultate nicht ohne Schwierigkeiten zu dem Hinauswurfe dieses englischen Gentleman aus dem nach englischem Muster geleiteten Klub führte. — So fand die serbische Irredenta in Bosnien nunmehr auch eine offiziöse Anlehnung an die großbritannische Vertretung, so daß, abgesehen von dem russischen Generalkonsul v. Igelström, der vermöge seiner

offensichtlichen Körperschwäche nur formal mit der russischen Intrige betraut war (Herr Hartwig in Belgrad hatte über das serbische Ministerium des Innern seine direkten Vertrauensmänner in Sarajewo, Mostar und Banja Luka), alle unsere Gegner im Weltkriege, Italien mit inbegriffen, bereits ab 1908 mit allen Mitteln die serbische Wühlarbeit unterstützten.

Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina war das halbe Mittel, mit welchem dem Kesseltreiben Einhalt geboten werden sollte. Die Inszenierung und Durchführung dieses Staatsaktes bewies, daß die Administrative in ihrem Gefüge noch nicht gelockert war und eine energische, durchgreifende und restlose Aktion die damals noch unfertige Herrschaft der Karageorgie über den Haufen gerannt hätte, wenn den Belgrader Provokationen der Einmarsch der österreich-ungarischen Truppen auf dem Fuße gefolgt wäre. Mangelndes Selbstvertrauen und permanente Zwistigkeiten zwischen Heeresleitung und Außenpolitik führten dazu, daß man in Wien nach alter Tradition auf halbem Wege stehen blieb und der serbischen Irredenta und dem hinter ihr stehenden Rußland jene Atempause gewährte, die schließlich der Politik von Belgrad zum Endsiege verhalf.

Für die papierene Abdikation auf Bosnien und Herzegowina konnte Serbien die Angriffsfront bis Cattaro schließen und im Rahmen der im Jahre 1910 Bosnien gegebenen Verfassung und Preßfreiheit Positionen beziehen, von denen aus die Minengänge der Irredenta bis zum Herzen des Gegners geführt werden konnten.

Nach dem Rückschlage der Annexion suchte Belgrad vorerst seine Pläne gegen Konstantinopel zu verwirklichen. Der Balkankrieg brachte den Erfolg und damit die Möglichkeit, nunmehr mit ganzer Kraft und allen Mitteln gegen die Habsburger Monarchie vorzugehen. Die in der Annexionskrise noch bewiesene Kaisertreue der Kroaten ließ es dem Konak in Belgrad ratsam erscheinen, den Gegensatz zwischen Orthodoxie und Katholizismus abzuschwächen und der serbischen Irredenta den Mantel des Südslawentums umzuhängen. Die Fäden dieser Politik wurden von Petersburg über Prag nach Agram gesponnen, und einer der hervorragendsten Mithelfer war der damalige Universitätsprofessor Masaryk. Für die fantastische Idee des Südslawentums wurde die fantasievolle Jugend präpariert, die Belgrader Versprechungen und Tiraden für bare Münze nahm und speziell in Prag, der Heimat entrückt, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen serbischer Orthodoxie und römischem Katholizismus nicht täglich vor Augen hatte. Die serbischen Erfolge im Balkankriege und die bornierte kroatische

Politik von Budapest führten dem Rattenfänger Pasić die letzten noch zögernden Reste der kroatischen Jugend zu, so daß Belgrad nunmehr auch in den Kabinetten von Paris und London sich als Fahnenträger einer südslawischen Vereinigungsbestrebung akkreditieren konnte. Indem so nach außen das Schlagwort aufgefrischt worden war, konnte der Generalangriff gegen die Habsburgerherrschaft um so mehr beginnen, da einesteils auf dem Throne ein Gentleman saß, der, wenn auch gegen seine innere Überzeugung, der Heiligkeit eines gegebenen Wortes und dem Eidschwur seiner Untertanen als Mann des fair plays de facto Glauben schenkte und andernteils ein Thronfolger Politik machte, der jede Lockerung des dualistischen Regimes als persönlichen Triumph begrüßte und fleißig mit tschechischer Säge an dem Aste sägte, auf dem die Habsburger Monarchie noch saß.

Täglich, ja stündlich, mehrten sich für die Regierung in Sarajewo die Anzeichen der fortschreitenden Minierarbeit. Der bosnisch-herzegowinische Landtag war ein Spielball in den Händen der Serben. Als Gegenwert jeder positiven wirtschaftlichen Leistung forderte und erhielt das Serbentum neue Angriffspunkte gegen die Verwaltung der Monarchie. Die Schulen waren wüste Schauplätze von Revolten fanatisierter Kinder. Der Gerichtsstand machte sich zum Staat im Staate und vereitelte unter dem Vorwande richterlicher Unabhängigkeit jede Wahrung der Staatsautorität mit advokatorischen und bürokratischen Kniffen. So erinnere ich mich an einen Spionageprozeß, bei dem die verhafteten Verräter durch das offene Parterrefenster ihre Entlastungszeugen vor den Augen des Untersuchungsrichters informieren konnten. — Ein weiterer Fall für die totale Politisierung selbst der administrativen Justiz war die Affaire des Studenten Drdljevic vom Jahre 1912. Ein Zufall spielte diesen Studenten samt seinem kleinen Holzkoffer, der ausschließlich mit der Korrespondenz der südslawischen Jugendvereinigung gefüllt war und welche das ganze, über Kroatien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina gesponnene Agitationsnetz von Belgrad aufdeckte, in die Hände des Sarajewoer Kriminalkommissars Ivasiuk. Zwei Stunden nach dieser Verhaftung unterbreitete ich als der damalige Regierungskommissar von Sarajewo den Fall dem wegen politischer Verhandlungen mit dem Landtage daselbst weilenden Minister für Bosnien, Herrn von Bilinski. Bilinski sah ein, daß man auf Grund des von mir vorgewiesenen Datenmaterials sofort einige führende serbische Politiker dies- und jenseits der Save hätte verhaften müssen, erklärte aber gleichzeitig, daß damit auch der politische Erfolg seiner Reise, ohne den

er nach Wien zum Kaiser nicht zurückkehren wolle, ausgeschlossen wäre. In diesem Dilemma entschloß sich Bilinski dazu, die ganze Affaire im Keime zu ersticken, indem er die sofortige Freilassung des Drdljevic und noch dazu die weiterhin unbesehene, vollständige Rückgabe seiner Schriften verfügte. — Ein halbes Jahr darauf, als die für dieses staatsverbrecherische Opfer erkauften politischen Scheinerfolge Bilinskis wieder einmal in die Luft flogen und die Belgrader Propaganda im Kreise der kroatischen und serbischen Jugend immer vehementer wurde und selbst den Außenminister Graf Berchthold in seiner Kavaliersruhe aufstörte, wurden der Sarajewoer Regierung auffallende, relativ große Barmittel zum Zwecke der Beobachtung der Jugendbewegung zur Verfügung gestellt, mit denen aber der einmal ausgelassene Schriftenkoffer nicht mehr zustande gebracht werden konnte.

Die Emissäre Belgrads, ausgestattet mit dem rollenden Rubel, kamen und gingen; die obskursten Existenzen der bosnischen Bevölkerung, die mit dem Strafgesetz oder mit den primitivsten Forderungen einer Angestelltendisziplin in Widerspruch kamen, fanden unbedingte Zuflucht und oft generöse Versorgung in Belgrad, während eine Unzahl anständiger und arbeitsamer, aber ihren Pflichten lebender Angestellten der bosnischen Verwaltung, vom Dorfpolizisten bis zum hohen politischen Beamten, um Brot und Karriere gebracht wurden, nur weil sie sich der Wühlarbeit entgegenstellten und einen oder den anderen Verräter aufgedeckt hatten. Dabei fraßen sich die von Belgrad dirigierten serbischen Politiker an der Staatskrippe voll. Ein Absolvent der Medizin verlangte eine leitende Spitalsarztstelle, der absolvierte Jurist eine advokatorische Pfründe und der eben absolvierte Techniker ein selbständiges Arbeitsfeld — alles unter dem Titel der Honorierung seiner Staatstreue und des Anspruches auf Förderung seines serbischen, de facto balkanischen Ingeniums. — Die Kanzleien der Konsularvertreter unserer Weltkriegsgegner waren der Sammelpunkt kommender und gehender Emissäre, und dieselben Mächte, die für den Verzicht Belgrads auf Bosnien Garantie geboten hatten, boten nicht nur die Hände, sondern förderten auch den Wortbruch und unterstützten die byzantinische Maffia der Orthodoxie. Nach außen wurde das Gesicht meisterhaft gewahrt, allen Aktionen die Tarnkappe liberaler Einrichtungen und westlicher Anschauungen aufgesetzt und der geringste Versuch der Enthüllung oder Verhinderung als Vergewaltigung eines Volkstumes in die Welt posaunt.

Die politische Lage der Regierung war eine unmögliche. Die Friedensliebe des Monarchen und wohl auch sein hohes Alter ge-

statteten es nicht, dem Medusenhaupte der Gegner die Maske vom Antlitz zu reißen, weil die notwendige Konsequenz einer solchen Handlung den vollständigen Bruch mit Belgrad und wohl auch mit den hinter diesem stehenden Mächten nach sich gezogen hätte. In Wien wollte man diesen vehementen Bestrebungen gegenüber noch immer die Zeit ausspielen und jene Geduld ausüben, die speziell aus Paris und London, als für eine Großmacht einzig würdig, salbungsvoll empfohlen wurde. Der Balkankrieg und die damit notwendig gewordene straffere Anziehung der administrativen Kontrolle enthüllte nahezu das ganze Revolutionierungsprojekt des Belgrader Generalstabes für Bosnien. So war für die Sprengung eines Tunnels ein Pope, für die einer Brücke auf der Broder Linie ein Lehrer, für die Ermordung einer Reihe von zentralen und exekutiven Regierungsbeamten eine Anzahl Studenten und Krämer bestimmt. Alles war auf ein Signal tempiert. Die Nachrichtenwege waren eingerichtet, die Botengänger bestimmt und die Chiffren der Korrespondenz zumeist nach dem System der Seitenzahl und Wortfolge gewisser Bücher festgesetzt. Dieser Kenntnis der Dinge war es zu verdanken, daß bei Ausbruch des Krieges die bis dahin in Sicherheit gewiegten Verschwörer sofort unschädlich gemacht werden konnten und damit eine vollkommen klaglose Mobilisierung und Ruhehaltung in Bosnien erreicht werden konnte.

Die Anzeichen der Entscheidungsphase mehrten sich von Tag zu Tag. — Im Herbst 1913 förderte das Niederwasser der Save bei Brčka zwei Kisten mit Handgranaten zu Tage, die wahrscheinlich unmittelbar vor einer gründlichen Zollrevision des Schiffes in das Wasser versenkt wurden. Der Ursprung dieser Granaten war das königlich serbische Arsenal in Kragujevac. Verpackt waren dieselben in Makulaturpapier des genannten Arsenals. Die Bomben waren die gleichen wie die der Attentäter von 1914. Die Anzeige über diesen Fund und die zutagegeförderten Spuren desselben wurde sofort nach Wien geleitet, dort aber im Ministerium des Äußern zu den Akten gelegt, weil man zu einer energischen Demarche in Belgrad aus außenpolitischen Gründen sich nicht entschließen konnte. Aus demselben Grunde wurde selbst eine aufklärende Preßkampagne hintangehalten. Jedenfalls wählte Belgrad nach dem Mißerfolge des Wasserweges über Brčka für die Beförderung der gleichen Bomben im Jahre 1914 den Landweg über Tuzla. —

Im Mai des Jahres 1914 wurde ich mit dem mir zugeteilten Kundschaftsoffizier zu einer Konferenz des Defensiv-Kundschaftsdienstes des Generalstabes nach Wien beordert. Die Konferenz

wurde vom Chef de Generalstabes Baron Conrad begrüßt, der den Vorsitz wegen anderweitiger Inanspruchnahme dem damaligen Oberstleutnant Ronge überließ. An der Konferenz nahmen die Generalstabskundschaftsoffiziere des Defensivdienstes der ganzen Armee teil nebst den Staatspolizeivorständen von Budapest und Wien, unter diesen auch der gegenwärtige Polizeipräsident von Wien, Alt-Bundeskanzler Schober. Baron Conrad erwähnte bei dieser Gelegenheit mir gegenüber, daß er eben mit dem deutschen Generalstabschef Grafen Moltke in Karlsbad zusammengekommen sei und mit demselben gemeinsam festgestellt hätte, daß die russische Spionage sich in vehementer Weise äußere und ausbreite und einesteils rascheste Gegenmaßregeln erheische, andernteils aber auf ein aufziehendes Kriegsgewitter deute. Meine Lage in dieser Konferenz war eine äußerst schwierige. Mein unmittelbarer Vorgesetzter, Landeschef Feldzeugmeister Potiorek, verlangte selbstverständlich die weitestgehende Mitarbeit an der Tagung der Konferenz. Minister von Bilinski aber wollte alles in den rosigsten Farben sehen, faselte von einem staatstreuen Serbentum und einem korrekten Belgrad. Die durch den Thronfolger Franz Ferdinand aus persönlicher Antipathie tatsächlich unterlassene direkte Verständigung des Ministers für Bosnien über seine Reise nach Sarajewo, hat de facto keinerlei Sicherheitsmaßregeln des Ministers verhindert. Verhindert und unmöglich gemacht hat diese Sicherheitsmaßregel die politische Jongleurkunst Bilinskis und seines unheilvollen Mitarbeiters Baron Kuh, indem das bosnische Ministerium über die Zustände des Landes einen derartig milden Schleier gebreitet hatte, daß man in Budapest und Wien tatsächlich sich dem Wahne hingeben konnte, dort unten wäre alles in bester Ordnung. Bilinski war der Gefangene seiner Schönfärberei. Er hätte das Ministerportefeuille niederlegen müssen, wenn er mit der Wahrheit der Zustände, die, wie ich zugeben will, auch auf die vollkommene Unfähigkeit und Ignoranz seiner unmittelbaren Umgebung zurückzuführen waren, herausgerückt wäre. Sein einziger Berater, der die serbische Sprache beherrschte und Bosnien und die Herzegowina wirklich kannte, stand schon damals, weit über seinen Auftrag hinaus, mit serbischen Hochverrätern in Beziehungen. War es doch dieser Berater, Hofrat Cerovic, der am Tage des Zusammenbruches der Monarchie, mit dem Besitzergreifungsmandat der serbischen Reigerung in der Hand, die ungarischen und österreichischen Beamten des bosnischen Ministeriums an die Luft setzte und die Geheimarchive, aus denen die Kriegsurheberschaft Belgrads hervorgeht, in Beschlag nahm und nach Belgrad schaffte.

Bei dieser Sachlage und nach Darlegung der feindlichen Kundschaftstätigkeit durch die einzelnen Delegierten der Korpskommanden nahm ich das Wort und schilderte ungeschminkt die Zustände in den annektierten Provinzen. Ich erklärte, daß dieser Agitation durch das übliche Mittel des Geldes und Kaufes kein Einhalt mehr geboten werden könne, ich bemerkte wörtlich, daß jeder serbische Schulbube bereits in dem Dienste der Belgrader Propaganda stehe, und schloß damit, daß Bosnien und die Herzegowina ein vor dem Ausbruch stehender Vulkan sei. Ich wies darauf hin, daß diese meine Schilderung im krassen Gegensatze zu der Anschauung des Ministers stünde und daher dieselbe nur als eine gebotene mündliche Aufklärung für den vorliegenden Beratungsgegenstand dienen solle.

Zur Zeit der Konferenz war es noch nicht sicher, ob und wann der Erzherzog Thronfolger nach Sarajewo käme. Noch vor meiner Abfahrt nach Wien deutete ein Telegramm aus Konopischt auf das Schwanken des Erzherzogs hin. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, daß diese Reise nebst der so sehnlichst ambitionierten Präsentation der Herzogin von Hohenberg auch einer Kapazitierung des Südslaventums für das Haus Habsburg und für den tschechisch orientierten Erzherzog dienen sollte, wobei selbstverständlicherweise wieder einmal eine Karte gegen das verhaßte Magyarentum ausgespielt werden sollte. Aus diesem Grunde war ich persönlich der irrigen Anschauung, daß der Erzherzog bei geeigneten Vorsichtsmaßregeln und Unterordnung unter dieselben, von den Belgrader Kreisen eventuell über Prager Weisung verschont werden dürfte, jener Kreise, die nur darauf warteten, daß mit dem Tode Franz Josephs I. die aggressiven Absichten Franz Ferdinands einen katastrophalen Zusammenbruch der Monarchie von innen heraus zur Folge haben werden.

Nach Sarajewo zurückgekehrt, fand ich die Nachricht vor, daß der Erzherzog Thronfolger sich neuerlich definitiv für die Manöverreise entschlossen hätte und daß in Konsequenz des militärischen Charakters der Reise mit dem Arrangement und Sicherung derselben der Generalstab betraut sei. Der zivilen und militärischen Doppelstellung des Landeschefs entsprechend, bedeutete diese Maßnahme keine vollkommene Ausschaltung des zivilen Apparates, sondern nur eine Unterordnung unter die militärischen Direktiven. — Es begann nun jener verhängnisvolle Depeschenwechsel mit dem Erzherzog und seinem Kabinett, der als ein klassisches und abschreckendes Beispiel der Sprunghaftigkeit und Launenhaftigkeit dieses unseligen hohen Herrn gewertet werden muß. Das Gefühl

einer Gefahr war jedenfalls der Unterton, dabei aber die Sucht und das Bestreben, diese Gefahr zu ignorieren und die Eitelkeit, ungefährdet unter den jubelnden Volksmassen wandeln zu können, dominierte. Die durch die Manöver bedingte, vollkommene Entblößung Sarajewos vom Militär, schloß eine Spalierbildung desselben von vornherein aus. Ich propagierte nach dem Beispiel des Kaiserbesuches von 1910 eine à la Daumont-Fahrt bei Eskortierung durch die Leibgarde-Reitereskadron. Der Erzherzog befahl das Auto. Eine Verkürzung des Einzugsweges war auch nicht durchzusetzen; alle Vorschläge wurden befehlsmäßig erledigt. Dazu kamen noch Äußerungen persönlicher Antipathien gegen diesen oder jenen autonomen Funktionär, dem nach dem Schema der Fürstenempfänge in Sarajewo eine Empfangsmission zukam. So weigerte sich der Erzherzog Thronfolger anfangs vehement gegen einen Empfang durch den damaligen Präsidenten der serbisch-orthodoxen Kultusgemeinde Gljiso Jeftanović, über den er speziell aus diversen militärischen Vorträgen informiert war und dessen Brüskierung er als Programmpunkt sich vorgenommen hatte. Schließlich akzeptierte er doch die Begrüßung wohl nur aus dem Grunde, weil ein eventueller Affront dem Erzherzog Thronfolger eine Rüge seines kaiserlichen Oheims eingebracht hätte. Ich muß hier noch erwähnen, daß die Erfahrungen des Kaiserbesuches von 1910 auf die Sicherheitsvorkehrungen der Thronfolgerreise nicht ohne Auswirkung blieben. Damals entschloß sich nämlich die Behörde dazu, eine Anzahl unverläßlicher und exaltierter Jugendlicher auf die Dauer des Kaiserbesuches glatt zu internieren und bei längeren Fahrten die betreffenden Straßen zu räumen. Franz Joseph I. waren diese erfolgreichen Korrekturen nicht entgangen, und es blieb noch in Sarajewo in guter Erinnerung, daß der Monarch deswegen beim Abschiede den damaligen Chef der Administrativabteilung, Baron Pitner, kühl behandelte. Man muß auch noch bedenken, daß die Kleidung der muselmanischen Frau und die in Bosnien und der Herzegowina gerade durch die christliche Verwaltung extrem geübte Respektierung derselben, jede Sicherheitsvorkehrung und Kontrolle zu einem Glücksspiele machte.

Im Jahre 1914 waren noch dazu die Vorkehrungen für die Sicherheit des Erzherzog Thronfolgers ungleich schwieriger als im Jahre 1910 für den Monarchen. Die Verfassungsgesetze vom Jahre 1910 waren in Wirksamkeit. Unmotivierte Internierungen waren ausgeschlossen. Die Aggressivität des serbischen Elementes hatte, wie ich oben schon ausführte, einen Grad erreicht, der selbst eine genaue Invigilierung von verdächtigen Elementen überaus er-

schwerte. Die Organe der Verwaltung waren nicht mehr verläßlich und ermangelten zumindest des Selbstvertrauens. Jede Abtrennung oder Ausschaltung vom Einzugswege hätte das gutgespielte Theater einer Beleidigung des ganzen serbischen Volkes und einer Verdächtigung ihrer unbegrenzten Ergebenheit an die Dynastie provoziert. Bezeichnend für diese heimtückische Situation ist das spätere Kondolenztelegramm des Jovanović aus Tuzla, der den Weitertransport der Attentäter und der Bomben besorgt hatte und nach gelungenem Morde als Präses der orthodoxen Kultusgemeinde ein Huldigungs- und Kondolenztelegramm aus eigener Initiative abfertigte. —

Für die Hinterlist der serbischen Irredenta gibt es eben kein Beispiel in der Geschichte der Völker. Das dekadente Byzanz lebte in der Gefühlswelt dieses Volkes erfolgreich weiter.

Unter solchen Prämissen rückte der verhängnisvolle Tag heran.

Eine 16jährige administrative Tätigkeit unter und mit Muselmanen sind auch bei mir nicht ohne Einwirkung geblieben, und daher betrachte ich die Katastrophe selbst als ein Kismet der Personen und ein Kismet der Monarchie.

Die einzelnen Phasen des Passionsweges von Sarajevo sind bekannt.

Kismet war es, daß nach dem ersten mißlungenen Attentat bei der Fahrt in das Garnisonspital das vorausfahrende Auto irrtümlich in die ursprünglich festgesetzte und erst im Rathaus abgeänderte Fahrtrichtung abbog. Kismet war es, daß Feldzeugmeister Potiorek das erzherzogliche Auto behufs Korrektur der Fahrtrichtung abstoppen ließ, so daß die beiden Opfer vor dem im Gewühl der Menge eingedrängten Princip zielbereit hielten. Kismet war es, daß beide Schüsse Schlagadern verletzten, denn Princip feuerte sozusagen blind zwei Schüsse ab und hatte wenig Fortschritte in der Menschenjagdschule des königlich serbischen Parkes von Topschider gemacht.

Daß das Attentat von Sarajewo den Krieg gegen Serbien, beziehungsweise den Versuch der dauernden Niederwerfung dieses Staates, zur Folge haben mußte, war jedem denkenden, mit den Verhältnissen der Monarchie vertrauten Menschen klar. Die weisen Sermone der retrospektiven Propheten von heute sind nichts als billige Druckerschwärze. Tatsächlich waren die Nerven jener, denen die Existenz der Monarchie anvertraut war, bis zum Zerreißen gespannt, und war es evident, daß eine Wiederholung schwindelhafter Erklärungen von Belgrad wie im Jahre 1909 nicht genügen konnte. In der seinerzeit und speziell jetzt nachträglich

so hoch gewerteten Antwort Belgrads auf das Ultimatum der Monarchie fehlte die Garantie einer objektiven und nur so Erfolg versprechenden Untersuchung des Mordplanes in Serbien. Nicht nur um die Eruierung und Ergreifung der Schuldigen und Mitschuldigen handelte es sich für die Monarchie, sondern vor allem um die Sühnung des Mordes dadurch, daß das Königreich weiterhin nicht mehr der Schauplatz und die Zuflucht verbrecherischer Organisationen gegen die Monarchie bleiben dürfe.

Cant ist es, wenn irgendein Staat, von England angefangen, bezüglich der Antwort von Belgrad auf das Ultimatum davon spricht, daß dasselbe jene Garantien geboten hätte. Abgesehen davon, daß Serbien selbst jede reelle Untersuchung unmöglich gemacht hätte, war es auch zum traurigen Bewußtsein der Maßgebenden in der Monarchie geworden, daß von Petersburg bis London die Wahrheit nicht gewünscht wurde, weil sie die Fäden jenes über die Mittelmächte geworfenen Fangnetzes aufgedeckt hätte, mit welchem dem einzigen verläßlichen Bundesgenossen Deutschlands die Kehle zugeschnürt werden sollte. Die Haltung des Monarchen war nach den Erwägungen diktiert, wie sie in der berühmten Eingabe vom Jahre 1486 der Kaufleute, Schiffer und Bewohner der Hafenstädte von England an das Parlament lautet: „Es wäre besser für das ganze englische Reich die Besserung dieser Dinge mit offenem Krieg und Streit zu versuchen, was es auch kosten mag, als sich selbst verzagend verderben sehen."

Das serbische Krebsgeschwür an dem Leibe der Monarchie erheischte eben eine radikale Operation auf Leben und Tod. Die maßgebenden Diener des Staates hatten die Aufgabe, die Existenz der Monarchie und deren Weiterleben zu sichern. Heute wissen wir, daß der Weltkrieg ungeahnte Schrecknisse mit sich brachte, die aber damals unbekannt noch im Dunkel der Zukunft verborgen waren. Damals konnte man nicht voraussehen, daß im Weltkriege Frankreich den Anstand und England den Verstand verlieren werden, und daß die Vereinigten Staaten die Botschaft der 14 Punkte ihres höchsten gewählten Repräsentanten als freibleibendes Lieferungsangebot behandeln werden, wenn das Geschäft es erheischt. Heute wissen wir, daß sich Kulturvölker! zur Aushungerung von Millionen von Frauen und Kindern hergaben und daß unsere Kriegsgegner im 20. Jahrhundert das Privateigentum konfiszierten und daß man den Neger zum Gefangenenaufseher des Weißen machte. Damals konnte kein europäisch denkender Militär oder Diplomat diese Schreckensherrschaft und diese moralische Entgleisung der Westmächte voraussehen. Am allerwenigsten der

letzte Gentleman Europas, Franz Joseph I., der in Kenntnis solcher Gefahren und eines solchen Martyriums seiner Völker, gewiß eher mit seinem ganzen Hause abdiziert hätte, als daß er in einen solchen unfären Kampf gezogen wäre.

Die in der Krise des Kriegsausbruches angebotenen Garantien der Westmächte waren blutarm und öffneten der Intrige von Petersburg und Belgrad Tür und Tor. Man muß sich daran erinnern, daß, wie ich auch oben angedeutet habe, die Parteinahme der Westmächte für Serbien eine offenkundige war und dieselben nicht den Anspruch darauf erheben konnten, bestrebt zu sein, als ehrliche Makler den Frieden zu wollen. Die zuletzt veröffentlichten Memoiren des Timeskorrespondenten Stead zeigen, mit wech böswilliger, beschränkter Voreingenommenheit das englische Volk informiert und präpariert wurde und wie die für den Kenner der Verhältnisse geradezu lächerlichen Entstellungen unkorrigiert durch das Foreign Office verbreitet wurden. Ich behaupte, daß das englische Außenamt es nicht geduldet hätte, wenn man über die Familie eines Negerhäuptlings einer englischen Kolonie ähnliche Gerüchte und Lügen in England lanciert hätte, wie solche Herr Stead über das Haus Habsburg verbreitete. Auch die Wühlarbeit des Scotus viator [3]) deutet auf eine Duldung solcher Agenten durch die englische Regierung. Heute ist diesem „gesättigten Schotten" das von ihm mit angerichtete Unheil selbstverständlich gleichgültig. Heute stehen ihm die Türen des Foreign Office nicht mehr offen, damals aber mußten eben die maßgebenden Persönlichkeiten der Monarchie mit der vollkommenen Unverläßlichkeit der englischen Vermittlungsanträge rechnen. Man darf bei der Erforschung dieser englischen Kampagne sich nicht damit begnügen, die diplomatische Korrespondenz zu untersuchen; die schwerwiegendsten Instruktionen werden ja bekanntlich mündlich gegeben, und es war schon für den Bestand der Monarchie eine Gefahr, wenn das führende europäische Kreditinstitut England sich weiterhin nicht mehr energisch für den Bestand der Monarchie interessierte.

Wer trägt nun nach dem Vorhergesagten die Schuld am Weltkriege?

Gefühlsmäßig geurteilt, mehr oder weniger alle, weil die Mittelmächte u. a. die Lunte zu lange brennen ließen und die Monarchie speziell Fehler auf Fehler in der inneren Verwaltung häufte, unsere Gegner im Weltkriege aber im erhöhten Maße, weil sie von der brennenden Lunte wußten, ja den Brand dadurch nährten, daß sie

[3]) *Seton-Watson. Die Schriftleitung.*

bewußt der ewigen Lüge von einer Unterjochung des südslawischen Volkes Verbreitung schafften und ihrer öffentlichen Meinung einprägten, daß es sich bei der Kontroverse zwischen der Monarchie und Belgrad um die grausame Vergewaltigung eines armen, ehrlichen, von Idealen erfüllten kleinen Volkes durch den schwarzen Absolutismus einer lebensunfähigen Großmacht handle, deren einziges Ziel der Rückschritt und einziger Lebenszweck die Knechtung seiner Untertanen sei. Wenn aber der Fall der Kriegsschulderuierung kriminalistisch und forensisch aufgefaßt wird, so könnte derselbe nur vor ein objektives Forum wie das von Haag kommen, wo den Anklägern und den Richtern geradezu unwahrscheinliche souveräne Rechte eingeräumt werden müßten. Für solche Richter dürfte allerdings der Kriegsschuldparagraph der Friedensdiktate von der Pariser Umgebung als ein Beweis für das Schuldbewußtsein gerade der Kriegsgegner der Mittelmächte nach dem Ablenkungskniff der Gauner „Haltet den Dieb" gelten.

Für den meiner Ansicht nach unwahrscheinlichen Fall der Konstituierung eines solchen Gerichtshofes stelle ich mich demselben, falls ich es erlebe, zur Verfügung; denn ich habe an wohlverwahrter Stelle noch Daten zur Verfügung, die die Ausführungen Herrn von Wiesners im Septemberhefte 1926 dieser Monatshefte wesentlich ergänzen dürften. Ich bin aber nicht gewillt, auch mit diesen Daten vor das noch immer subjektive Forum der heutigen Öffentlichkeit zu treten, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß jede Angabe als Mittel zur Verwischung der Spuren benützt wird, und gesehen habe, wie unbequeme Archive geplündert und verschwinden gemacht werden. Alle jene Idealisten, die in dem Glauben leben und wirken, daß die Schöpfer des jugoslawischen Reiches zu einer westeuropäischen, idealen Auffassung zu haben sind, urteilen eben in Unkenntnis des serbischen Rassenbewußtseins. Der Serbe, mit einem unleugbar großartigen nationalen Rassenbewußtsein, steht allen anderen Nationen westlich von Belgrad fremder und feindlicher gegenüber, als ein kaiserlicher Mandarin einem modernen Demokraten. Zu einer unglaublichen und unwahrscheinlichen nationalen und religiösen Einheit geschlossen, verachtet der Serbe innerlich alle jene, die des häuslichen Schutzpatrons ermangeln; selbst seine mit westlicher Kultur durchtränkten Staatsmänner benützen diese nur insoweit es der eigene Vorteil erheischt. Eine gefühlsmäßige Verwandtschaft der Seele und der Ideale bleibt ausgeschlossen. Diesem gewaltigen, besser gesagt barbarischen Sacro Egoismo verdankt das Serbentum seinen Bestand und seine Erhaltung. Und diesem verdankt es den Aufstieg und die Position einer Macht, mit

dessen Herrscherhaus das königliche Haus von Windsor verwandtschaftliche Beziehungen unterhält.

Für die Dynastie der Karageorgjevice barg der Besuch und die Person des Erzherzog Thronfolgers allerdings eine Gefahr in sich. Man darf nicht vergessen, daß die südslawische Propaganda auf Bevölkerungsschichten (Kroaten, Slowenen und Bunjewacen) reflektieren mußte, denen die Karageorgjevice als orthodoxe serbische Herrscher, wenn nicht verhaßt waren, so doch denselben fremd gegenüberstanden. Der Gedanke einer Verbindung des Südslawentums unter dem Szepter der Habsburger wurde noch im Weltkriege aufgefrischt und war vor dem Kriege ein ebenbürtiger Gegenpart der Belgrader Interessen. Wenn Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand auch bei dem Südslawentum Bosniens und der Herzegowina, Muselmanen und Kroaten durch seinen Besuch festen Fuß gefaßt hätte, für welchen Plan sein Gespräch mit den drei Landtagspräsidenten am Vorabende seiner Ermordung hindeutete, so hätte eine zielbewußte Politik eventuell die Karageorgjevice bei der Mehrzahl der Südslawen aus dem Sattel gehoben. Diese Gefahr dürfte in Belgrad nicht verachtet worden sein und war bei dem zielbewußten und rücksichtslosen Wesen der dortigen politischen Führung jedenfalls ein Anlaß zu einer Gegenaktion. Die Vertilgung des Erzherzog Thronfolgers war gleichzeitig auch das Mittel, mit dem der Pendel der südslawischen Idee weiterhin in der Richtung des Belgrader Konaks schwenken mußte. . . .

Daher frage ich bezüglich des Attenttates von Sarajewo:

Cui prodest?

Die deutsche und die britische Flotte bei Kriegsausbruch.

Von Norbert von Baumbach.

Das Jahrzehnt vor dem Kriege.

Um die Jahrhundertwende richtete die britische Seemacht die Front von ihrem traditionellen Gegner Frankreich gegen die junge Seemacht des Deutschen Reiches. Welche Rolle der deutsche Flottenbau dabei spielte, ist eine nach wie vor umstrittene und noch nicht endgültig aufgeklärte Frage. Sicher steht schon jetzt fest, daß während des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts der deutsche Flottenbau noch nicht weit genug fortgeschritten war, um strategische Gegenmaßnahmen der britischen Flotte ausreichend zu begründen. Auch in den späteren Jahren (und selbst bei völlig durchgeführtem Flottenprogramm) trat eine tatsächliche Gefährdung [1]) der britischen Seemacht, der immer noch ein ausreichendes Übergewicht verblieb, nicht ein, wenn auch das Vorhandensein eines immerhin beachtlichen Nachbarn zur See der an ihre unumschränkte Vormachtstellung gewöhnten britischen Marine nicht angenehm sein konnte.

Mit dem Jahre 1905 wurde die bisherige Verteilung der britischen Flotte (heimische Gewässer, Mittelmeer, Ostasien und übriges Ausland) aufgegeben und dafür fast die gesamte Kampfkraft in den heimischen Gewässern, insbesondere an der britischen Ostküste konzentriert. Die Herüberziehung der britischen Linienschiffe aus Ostasien erfolgte dabei nach dem Jahre 1905, aus dem Mittelmeer im Jahre 1912. Die Hauptstreitmacht wandert aus dem Mittelmeer in den Atlantik und Kanal und von dort aus in die Nordsee. Die Verlegung des Schwergewichts drückt sich nicht nur in der Zahl der Schiffe und der Tonnage, sondern auch darin aus, daß dem

[1]) Graf Montgelas erwähnt aus Greys Erinnerungen zu den Besprechungen mit Sasonow 1912 in Balmoral: „Sir Edward äußerte Bedenken gegen Operationen der britischen Flotte in der Ostsee und fuhr fort: „natürlich würde unsere Flotte (wenn es ihr nicht gelingt, die deutsche Flotte zum Auslaufen und zu der von uns gewünschten Schlacht zu bringen) die Nordseeküste absperren und blockieren und würde, wenn England am Kriege teilnimmt, alles in ihrer Macht Stehende gegen Deutschland unternehmen, sowie jeden Kriegsgegner Deutschlands unterstützen". Aus diesem Teil der Greyschen Aufzeichnung zieht Graf Montgelas den Beweis, wie wenig man in maßgebenden englischen Kreisen die deutsche Flotte — auch nach der Novelle vom Frühjahr 1912 — als ebenbürtigen Gegner betrachtete. (Kriegsschuldfrage. 4. Jahrgang, Nr. 7, S. 435).

Nordseeverband in den letzten Jahren stets die neuesten und schwersten Schiffstypen zugeteilt wurden. 1904 ist das Mittelmeer noch am stärksten besetzt, 1905 werden Reserveformationen in der Nordsee gebildet, 1907 steht der Hauptverband im Kanal, zugleich werden aktive Nordseeverbände gebildet und die Reserveformationen verdoppelt, von 1909 ab liegt deutlich der Schwerpunkt in der Nordsee. Die auffallende Herabsetzung des Mittelmeerverbandes nach 1912 steht im Zusammenhang mit der Marinekonvention zwischen England und Frankreich.

Mit dieser Bewegung der schwimmenden Streitkräfte ging Hand in Hand Einrichtung und Ausbau der Flottenstützpunkte an der Ostküste des Inselreiches. Die Riesenanlage des Kriegshafens Rosyth wurde 1908 begonnen; Harwich, die Humbermündung, Dundee und Invergordon wurden ausgebaut. Auch technische Neuerungen größten Stils wurden eingeführt. Für die schnelle Division [2]) wünschte Churchill eine Geschwindigkeit, die groß genug sei, um die deutsche Flotte in ihrer Zusammensetzung im Jahre 1914 und 1915 in der Schlacht wirksam umfassen zu können. [3]) Es stellte sich heraus, daß die erforderliche Geschwindigkeit von 25 bis 26 sm nur durch Einführung der Ölfeuerung erreicht werden konnte. Damals hatte die britische Marine nur 56 Zerstörer und 74 Unterseeboote mit reiner Ölfeuerung; alle anderen Schiffe hatten Kohlenfeuerung mit Ölzusatz. Öl wurde in nennenswerten Mengen auf den britischen Inseln nicht gewonnen. Entschloß man sich, von der Kohle, die in unerschöpflichem Vorrat in den englischen Bergwerken zur Verfügung stand, abzugehen, so mußte man zunächst einen enormen Reservevorrat an Öl in Großbritannien bereitstellen und mußte sich darauf einrichten, den Ersatzbedarf über See aus anderen Ländern herauszutransportieren. Für den Vorrat brauchte man riesige Tankanlagen in der Nähe der Flottenstützpunkte, für die Herbeischaffung des Öls ganze Flotten von Tankschiffen und für die Versorgung der Kriegsschiffe in See wiederum andere Transportschiffe. Trotz dieser außerordentlichen Schwierigkeit, zu denen diejenige der Geldbeschaffung hinzutrat, setzte Churchill die Umstellung auf Öl durch, um der schnellen Division für ihren taktischen Zweck die nötige Geschwindigkeit zu geben. Ähnlich verhielt es sich mit der Einführung des 38 cm-Geschützes. Die Jahre 1912, 1913 und auch 1914 brachten der britischen Marine den größten Kraftzuwachs seit ihrem Bestehen.

---

[2]) Die berühmten Queen Elizabeth-Schiffe, die gerade zu Kriegsausbruch fertig wurden.

[3]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung S. 105.

Auf deutscher Seite führte man zu dieser Zeit das durch das Flottengesetz festgestellte Bauprogramm ruhig und bedächtig durch, immer wieder seinen defensiven Charakter betonend. Das erste Jahrzehnt des Flottenbaus, als die Flotte noch klein und ungeschult war, war die kritische Periode, in der ein Konflikt mit England das Werk noch im Keime vernichtet hätte; aber auch im zweiten Jahrzehnt war ein Zusammenstoß für die deutsche Marine unerwünscht. Nichts konnte der deutschen Flotte mehr Fortschritt und Kraftzuwachs bringen als eine möglichst lange Zeit ruhiger und ungestörter Friedensentwicklung. Die deutsche Marine enthielt sich deshalb jeder Maßnahme, die Konfliktsstoff bringen konnte; man vermied in den Vorkriegsjahren alles, was unnötige Schärfen für den großen Gegner brachte, um das große Programm des Aufbaus um so sicherer durchführen zu können.

* * *

Vom 15. bis 24. Juli.

Die englische Flotte macht probemobil. Die deutsche geht nach Norwegen.

Am 22. Oktober 1913 richtete Churchill an den Ersten Seelord der britischen Admiralität ein Schreiben, in dem er ihm vorschlug, im Jahre 1914/15 an Stelle der sonst üblichen großen Sommermanöver, eine Mobilmachung der 3. Flotte [4]) durchzuführen. Die gesamte Royal Fleet Reserve und alle Reserveoffiziere sollten auf Kriegsfuß gesetzt werden und eine Woche oder zehn Tage lang gemeinsam üben. Die 3. Flotte sollte genau wie im Krieg zusammengesetzt werden, um das Arbeiten des gesamten Mobilmachungsapparates erproben zu können. Der Erste Seelord stimmte dem Vorschlage zu und am 18. März 1914 wurde der Plan dem Parlament unterbreitet. Es begann demgemäß am 15. Juli 1914 die denkwürdige Probemobilmachung der britischen Flotte, die die Ursache dafür gewesen ist, daß der Krieg zur See unter für Deutschland so ungünstigen Umständen begonnen wurde. Dies ist die Darstellung, die Churchill [5]) in seinen Erinnerungen gibt. Man wird geneigt sein,

---

[4]) Die britische Heimatflotte bestand aus drei Flotten, von denen die erste Flotte voll, die zweite Flotte halb im Dienst, die dritte Flotte außer Dienst waren.

Näheres hierzu s. Fußnote S. 39. Aus dieser Mobilmachung der dritten Flotte wurde dann eine Probemobilmachung der gesamten Flotte.

[5]) Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 139, 140.

diese starke Bevorzugung Englands durch die Gunst des Schicksals dem blinden Spiel des Zufalls zuzuschreiben. Doch es war nicht Zufall allein. Wenn man die Tätigkeit der britischen Admiralität, insbesondere seit Churchills Ernennung zum Ersten Lord, näher untersucht, so findet man, wie auch oben kurz erwähnt, daß nicht nur einzelne, sondern eine ganze Reihe von mehr oder minder wichtigen Maßnahmen getroffen wurde,[6]) die einzig und allein eine möglichst hohe Bereitschaft bei einem Kriege mit Deutschland im Auge hatten. Der Krieg mochte ausbrechen, wann er wollte: In jedem Falle mußten sich auf diesem oder jenem Gebiet besonders glückliche Umstände ergeben. Daß allerdings der Krieg gerade in dem Augenblick ausbrach, in dem die größte und wichtigste aller Vorkriegsmaßnahmen, die erste und einzige Probemobilmachung in der Geschichte der britischen Flotte, auf dem Höhepunkt ihrer Wirksamkeit stand, bleibt letzten Endes doch ein Spiel des Zufalls, durch das die britische Flotte einen nicht einzuholenden Vorsprung erhielt.

Am 15. Juli 1914 begann die Probemobilmachung der britischen Flotte. Dem Aufruf wurde, — obwohl keine gesetzliche Handhabe bestand, die Reservisten zur Gestellung zu zwingen, — allgemein entsprochen und mehr als 20 000 Mann stellten sich den Marinebehörden zur Verfügung. Jeder Reservist erhielt sein Kommando und schiffte sich auf dem ihm bezeichneten Schiffe ein. Sämtliche Schiffe der 3. Flotte nahmen Kohlen über, machten Dampf auf und gingen zu dem Sammelplatz auf Spithead-Reede. Nach der Flottenschau am 17. und 18. Juli ging am 19. Juli morgens die gesamte Flotte zu Übungen verschiedener Art in See. Es war die größte Flottenmacht, die die Welt bis dahin gesehen hatte.

Da der Plan dieser Probemobilmachung rechtzeitig öffentlich bekannt war — die britische Admiralität hatte ihn schon früh im Jahre amtlich veröffentlicht —, wäre es vielleicht gut gewesen, ihm auf diplomatischem Wege entgegenzutreten. Auch in den Jahren 1911 und 1912 waren trotz der weitgehenden englischen Kriegsvorbereitungen deutsche Gegenmaßnahmen vom Reichskanzler als nicht erforderlich und untunlich bezeichnet worden.[7]) Da im

---

[6]) So wurde z. B. laut „Naval and Military Record" der Kleine Kreuzer „Carysfort" Ende Februar 1914 auf Stapel gelegt mit der ganz ungewöhnlichen Verfügung, binnen fünf Monaten vom Stapel zu laufen. (Denkschrift des Reichsmarineamts, Kriegsvorbereitungen in der englischen Marine, S. 9).

[7]) Der Krieg zur See 1914—1918, Abteilung: Der Krieg in der Nordsee, Bd. 1 S. 4. Dieses von dem Marinearchiv herausgegebene amtliche deutsche Seekriegswerk wird der Kürze halber im folgenden als „Deutsches Admiralstabswerk" bezeichnet werden.

Sommer 1914 nicht einmal militärische Sicherungen getroffen wurden, ist es unwahrscheinlich, daß ein diplomatischer Schritt von deutscher Seite gegen die Probemobilmachung, die mit vollem Recht als eine ernste Bedrohung bezeichnet werden konnte, unternommen worden ist. Ein solcher Schritt wäre angesichts der damals zustande kommenden deutsch-englischen Verständigung in den Kolonialfragen vielleicht nicht aussichtslos gewesen.

Obwohl die britische Flotte für den Juli 1914 einem besonders hohen Bereitschaftsstand entgegenging, wurde in Deutschland auf besondere Anordnung des Kaisers an der Sommerreise der deutschen Flotte planmäßig festgehalten. Vor Antritt seiner Norwegenreise, am 5. Juli abends, eröffnete der Kaiser dem Kapitän zur See Zenker, als Vertreter des Admiralstabes, folgendes: [8])

„Am Mittag des 5. Juli habe der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei ihm angefragt, ob Deutschland im Falle eines österreichisch-ungarischen Konfliktes mit Serbien und daraus entstehenden Spannungen mit Rußland seine Bündnispflichten erfüllen würde. Seine Majestät hätten dies zugesagt, glaubten aber nicht an ein Eintreten Rußlands für Serbien, das sich durch Meuchelmord befleckt habe. Auch Frankreich würde es kaum zu einem Kriege kommen lassen, da ihm die schwere Artillerie des Feldheeres fehle. Wenn also auch ein Krieg gegen Rußland-Frankreich nicht wahrscheinlich sei, so müsse seine Möglichkeit immerhin militärisch ins Auge gefaßt werden. Jedoch solle die Hochseeflotte ihre für Mitte Juli angesetzte Reise nach Norwegen antreten, wie auch er seine Norwegenfahrt planmäßig beginnen würde."

Auf diese Anweisung hin teilte der Admiralstab lediglich den Auslandsschiffen mit, daß die politische Lage nicht einwandfrei erscheine. Auch das Kriegsministerium beurteilte die Lage ruhig. „Trotzdem lag es vom rein maritimen Standpunkt nahe, die Sommerreise der Flotte nach Norwegen von vornherein aufzugeben und die Übungen in den heimischen Gewässern stattfinden zu lassen." [9]) An anderer Stelle (S. 17) schreibt das Admiralstabswerk, ein Belassen der deutschen Flotte in den heimischen Gewässern hätte von vornherein weniger zur Verschärfung der politischen Lage beigetragen und auch den militärischen Anforderungen besser entsprochen, als die militärisch höchst bedenkliche und später doch nicht durchgehaltene Entsendung in die norwegischen Häfen. Man

[8]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 3, siehe auch die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, I, S. XVI.

[9]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 4.

verzichtete jedoch nicht nur darauf, Sicherungen gegen die englischen Maßnahmen zu treffen, sondern setzte die Schlagfertigkeit der Hochseeflotte zur See freiwillig durch die Entsendung nach Norwegen weiter hinab. „Bei einem überraschenden Kriegsausbruch konnte sie dort, fern von ihren Stützpunkten und ohne Torpedoboote in eine strategisch höchst ungünstige Lage geraten." (Deutsches Admiralstabswerk.) Schließlich verzichtete man durch die Norwegenreise auf die Möglichkeit, bei Kriegsvorbereitungen Rußlands durch Verschieben der Flotte in die Ostsee einen Druck auszuüben.

Admiral von Pohl legte daher zu der kaiserlichen Anordnung für die Norwegenreise der Flotte seinen Standpunkt wie folgt fest [10]): „Nur wenn bis dahin alles wieder ruhig ist. Es wäre äußerst bedenklich, sonst die Flotte von der Heimat loszulösen." Als es dann soweit war, glaubte er trotzdem, dem Wunsch der politischen Leitung, von unserer Seite alles zu vermeiden, was zur Verschärfung beitragen könnte, entsprechen zu müssen. Am 13. Juli ließ er daher im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsmarineamt telegraphisch die Genehmigung des Kaisers zur planmäßigen Ausreise der Flotte nach Norwegen erbitten. Da die Flotte sowieso bis zum 23. Juli im Skagerrak verbleiben sollte, schien es immer noch möglich zu sein, sie rechtzeitig zurückzurufen. So wurde die Flottenreise genehmigt [11]).

Am 15. Juli trat die Hochseeflotte ihre Reise an. Bei Skagen trafen die Geschwader aus Ost- und Nordsee zusammen. Es fanden im Flottenverband Übungen statt, die bis zum 24. Juli fortgesetzt wurden. Am 22. Juli hatte die deutsche Flotte hoch im Norden den 60. Breitengrad überschritten, drei Tage, nachdem die gesamte britische Flotte gefechtsbereit von Spithead in See gegangen war.

Die Krise.

Die britische Flotte ist gefechtsbereit. — Die deutsche liegt in Norwegen.

Am Sonnabend, den 25. Juli, dem Tage, an dem das österreichische Ultimatum bekannt wurde, befand sich die britische Flotte (1. und 2. Flotte) geschlossen und in jeder Beziehung kampf-

---

[10]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 5.

[11]) Admiral Scheer schreibt hierzu: „Wie man in dieser Weltlage Norwegen als Reiseziel wählen konnte, erschien unbegreiflich und erweckte den Eindruck, als ob man vor der Gefahr die Augen absichtlich schließen wolle". (Deutschlands Hochseeflotte im Weltkriege, S. 28.)

bereit in Portland vereinigt [12]). Die Probemobilmachung war zwar beendet, doch waren für das Auseinandergehen der Streitkräfte und die Ausschiffung der Auffüllungsmannschaften mehrere Tage vorgesehen, so daß die Admiralität die Flotte ohne besonderen Befehl wenigstens vier Tage lang in der Hand hatte [13]). Am gleichen Tage erhielt die deutsche Flotte auf Vorschlag des Admiralstabes durch den Kaiser den Befehl, in die norwegischen Häfen einzulaufen [14]). Linienschiffe, Schlachtkreuzer und Kleine Kreuzer wurden auf den Nordfjord, den Moldesund, den Sogne- und den Hardangerfjord einzeln und treffenweise (d. h. zu zweien) verteilt und liefen im Laufe des Sonnabend ein. Infolge der vorangegangenen, etwa zehntägigen gemeinsamen Übungsfahrt der deutschen Flotte waren die Kohlenvorräte erschöpft und die Bunker der Schiffe geleert.

Prüft und vergleicht man die Lage der beiden Flotten im Hinblick auf die an diesem Tage ausbrechende ernste Krise, so war die Lage der britischen Flotte schlechthin glänzend. Die Schiffe lagen in völliger Kampfbereitschaft, die einer durchgeführten Mobilmachung entsprach, in einem heimischen Kriegshafen konzentriert, in der Nähe der militärischen und technischen Reservoire. Die Stellung der deutschen Flotte war dagegen ungünstig und militärisch sehr bedenklich; strategisch wegen der Schwierigkeiten, sichere Nachrichtenverbindung mit der Heimat aufrecht zu erhalten, und taktisch wegen der entleerten Bunker, deren Füllung etwa 24 Stunden erforderte, wegen der Trennung von den zur taktischen Deckung bestimmten Torpedobootsflottillen, die in der Heimat geblieben waren, und wegen der Zersplitterung der Streitkräfte auf ein Küstengebiet, das durch seine Zerrissenheit und Unübersichtlichkeit einer raschen Zusammenziehung der Einheiten besondere Schwierigkeiten entgegenstellte. Keine Situation hätte so sehr zu einem überraschenden Überfall herausfordern können, wie die Stellung der deutschen Flotte an diesem Tage, in die sie durch den bis zur Selbstgefährdung getriebenen Friedenswillen der deutschen Regierung und die Nachgiebigkeit des Admiralstabes gegenüber den Forderungen der politischen Reichsleitung geraten war.

Wenn der deutsche Flottenchef, nachdem er kurz nach dem Einlaufen in den Sogne-Fjord das österreichische Ultimatum erfahren hatte, die Bunker auffüllen ließ und von dem Kaiser den

[12]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 143.
[13]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 144.
[14]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 10.

Befehl zur sofortigen Heimreise erwirkte [15]), so entsprach er einer bitterernsten Notwendigkeit, die zugleich das Gute mit sich brachte, die verführerische Überfallchance der Engländer zu zerstören, die allein den Weltbrand hätte entfesseln können.

Die Vorgänge zu der Entlassung der deutschen Flotte in norwegische Häfen sind folgende: etwa am 20. Juli erhielt die deutsche Flotte den telegraphischen Befehl des Kaisers, bis zum 25. Juli zusammenzubleiben und erst nach besonders bei dem Kaiser einzuholender Erlaubnis in Norwegen einzulaufen [16]). In den Beratungen zwischen dem Admiralstab und dem Auswärtigen Amt wurde von ersterem schon jetzt die Notwendigkeit für die Marine betont, wenn es zum Kriege käme, den Vorsprung der englischen Probemobilmachung einzuholen, doch neigte der Staatssekretär von Jagow zu einer friedlichen Beurteilung der Lage, so daß die Entscheidung zunächst hinausgeschoben wurde. Anläßlich erneuter Erwägungen gab der stellvertretende Chef des Admiralstabes am 22. Juli im Auswärtigen Amt folgende Erklärung ab [17]):

„Wenn mit der Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Englands gerechnet werden muß, so ist vom militärischen Standpunkt aus auch mit Sicherheit mit einem Überfall unserer Flotte durch die englische Flotte zu rechnen. Unsere Flotte darf bei ihrer großen numerischen Unterlegenheit dieser Möglichkeit keinesfalls ausgesetzt werden. Sobald mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges mit England innerhalb von jeweilig sechs Tagen zu rechnen ist, muß daher die Flotte zurückgerufen werden."

Von dieser Erklärung wurden vom Admiralstab der in Begleitung des Kaisers befindliche Chef des Marinekabinetts und vom Auswärtigen Amt der Reichskanzler und der Gesandte im kaiserlichen Gefolge in Kenntnis gesetzt.

Nach dem Bericht des Konteradmirals Behncke [18]) über die Aufnahme der Erklärung des Admiralstabes im Auswärtigen Amt, glaubte Staatssekretär von Jagow nicht an ein überfallartiges Losschlagen Englands, doch erkannte er die große Verantwortung der Lage an. Unterstaatssekretär Zimmermann glaubte nicht, daß Mr. Churchill einen Überfall, den er (Zimmermann) ihm wohl

---

[15]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 10.

[16]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 6 ff., siehe auch „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", I, Nr. 82.

[17]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, I, Nr. 111.

[18]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 8.

zutraue, beim englischen Ministerium durchsetzen könne. Auch betonte er, daß außerplanmäßige Maßnahmen unserer Flotte gleiche Maßnahmen der englischen hervorrufen und die Lage verschärfen würden.

Der beurlaubte Chef des Admiralstabes, Admiral von Pohl, dem schriftlich Bericht erstattet wurde, war mit der Erklärung seines Vertreters einverstanden; er verlieh ihr durch folgende Stellungnahme besonderen Nachdruck [19]: „Der Admiralstab hat im Auge zu behalten, daß unter keinen Umständen die Flotte in eine gefährliche Lage gebracht wird. Sobald daher nur die Möglichkeit auftritt, daß England uns gegenübertritt, muß die Flotte, wie ich früher schon bestimmt ausgesprochen habe, zurückgezogen werden, wenn auch durch diese Abänderung der planmäßigen Bewegungen eine Verschärfung der Lage eintreten sollte.

Ich bitte, dem Auswärtigen Amt gegenüber auszusprechen, daß ich in der Möglichkeit eines aussichtsvollen Überfalls unserer Flotte sogar ein Moment sehe, das geeignet ist, England zu veranlassen, die Zuspitzung der Lage zu forcieren und sofort und ohne Zeitverlust die Partei unserer Gegner zu nehmen. Eine solche Aussicht würde die englische Regierung den Plänen Churchills geneigt machen. Daher ist die äußerste Vorsicht geboten."

Wie das Admiralstabswerk an gleicher Stelle weiter berichtet, war auch der Kaiser zu dieser Zeit gegen das Einlaufen der Flotte in Norwegen, wie sich aus einem am 23. Juli beim Admiralstab aus Balestrand eingehenden Telegramm ergibt, in dem er die Ansicht ausspricht, daß die politische Spannung die Verteilung der Flotte auf norwegische Häfen nicht erlaube und der Befehl zur Heimreise besser gleich gegeben werde, und ersucht, mit dem Auswärtigen Amt Rücksprache zu nehmen. Das Auswärtige Amt hatte inzwischen jedoch schon einen Vortrag beim Kaiser durch den Grafen Wedel veranlaßt, in dem es heißt: [20])

„ . . . . . Etwaige vorzeitige Rückberufung unserer Flotte könnte allgemeine Beunruhigung hervorrufen und namentlich in England als verdächtig erachtet werden . . . . . ."

Das Admiralstabswerk (Nordsee, Bd. 1, S. 9) berichtet weiter, daß sich der Admiralstab dann entschlossen habe, „im Dienst der Politik die schwere Verantwortung für die schiffs- und treffenweise

---

[19]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 8, 9.

[20]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, I, Nr. 125.

Verteilung der Flotte auf norwegische Häfen zu übernehmen". Ein befürwortendes Telegramm ging zugleich an den Kaiser ab, der nun den obenerwähnten Befehl zum Einlaufen gab.[21])

Es ist notwendig, sich diese Vorgänge im einzelnen klarzumachen, um den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, es sei damals von dem Admiralstab oder dem Auswärtigen Amt leichtfertig mit der Flotte umgegangen worden. Um das Maß des Friedenswillens der deutschen Regierung völlig zu erkennen, muß berücksichtigt werden, daß alle militärischen Autoritäten und der Kaiser von dem Einlaufen Abstand zu nehmen wünschten. Das Auswärtige Amt ist wiederholt auf die schwere Gefährdung der deutschen Flotte und die Überfallsgefahr, die Unterstaatssekretär Zimmermann hinsichtlich des Chefs der britischen Admiralität anerkannte, offiziell hingewiesen worden. Es war sich der vollen Tragweite seiner Handlung bewußt, als es im Interesse der Erhaltung des Friedens und zum öffentlichen Beweise der Friedfertigkeit Deutschlands durchsetzte, daß die deutsche Flotte sich in Norwegen in eine zwar politisch demonstrativ friedfertige, militärisch aber unmögliche Situation begab. Dem deutschen Flottenchef, Admiral von Ingenohl, wurde erst nach dem Einlaufen in Norwegen der volle Ernst der Lage bekannt. Er zog sofort die Konsequenzen und bat unmittelbar nach dem Einlaufen „nach seiner Erinnerung schon bei der ersten Meldung" den Kaiser dringend, die Flotte sofort in die Heimat zu entlassen.[22])

---

[21]) Diese Entscheidung fand nicht die volle Billigung des beurlaubten Chefs des Admiralstabes, der hierzu auf den entsprechenden Bericht mit folgender Randbemerkung Stellung nahm: „Es hätte mehr dem Ernst der Lage entsprochen, wenn die Flotte zurückberufen worden wäre. Dem steht gegenüber, daß durch die außerplanmäßige Rückberufung die politische Lage verschärft wird. Es ist daher an dem Vorschlag des Admiralstabes festzuhalten, aber es sind alle Anzeichen, die über Englands Haltung Auskunft geben könnten, genau zu beobachten. Verstärkt sich die Möglichkeit, daß England uns gegenübertritt, so ist die Flotte zurückzuberufen." (Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 10.)

[22]) Admiral von Ingenohl wies hierbei auf die Vorgänge im Jahre 1911 hin. Obwohl auf deutscher Seite damals die Außerdienststellung der Reserveverbände und die Entlassung der Reservisten trotz der politischen Spannung planmäßig erfolgt waren, hatten die englischen Großkampfschiffe gefechtsbereit im Firth of Forth gelegen, abgeblendete englische Torpedoboote hatten vor der Themse gestanden, die Reserveverbände der Flotte waren beschleunigt bereitgestellt worden, und große Kohlentransporte waren überhastet und unter außergewöhnlichen Kosten Tag und Nacht nach den Häfen der Ostküste gerollt. Erst nachträglich war in vollem Umfange bekanntgeworden, in welcher Gefahr sich unsere Flotte 1911 befunden hatte, als sie schiffs- und treffenweise in norwegischen Häfen lag. (Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1 S. 4.)

Der Kaiser gab seinem dringenden Ersuchen nach und erteilte am 25. Juli abends um 6 Uhr den Befehl zur Rückkehr. Hierbei muß man sich vor Augen halten, daß zu dieser Zeit über die britische Flotte beim Kaiser, bei der deutschen Flotte und in Berlin nur eines sicher bekannt war, daß sie nämlich seit dem 18. Juli gefechtsbereit, fahrbereit und fertig mobilisiert im Kanal zusammengezogen war. Diese Tatsache und alle anderen militärischen Besorgnisse und Bedenken kannte auch der Reichskanzler, trotzdem zögerte er nicht, seine Friedensliebe weiter — in allerdings kaum noch zu verantwortender Weise — zu betätigen, indem er den Kaiser am 25. Juli telegraphisch bat, keine verfrühte Heimreise zu befehlen.[23]) Der Kanzler wies dabei darauf hin, daß nach der Meldung des deutschen Marineattachés in London und des Vertrauensmannes der Marine in Portsmouth die englische Marine keinerlei auffällige Maßnahme treffe, vielmehr die früher vorgesehenen Dislokationen planmäßig ausführe. Hierzu bemerkte der Kaiser in durchaus zutreffender Einschätzung der Lage: „Sie (die englische Marine; d. V.) ist bereits kriegsbereit, wie die Revue eben gezeigt hat und hat mobilisiert." Am 26. Juli wiederholte der Reichskanzler seinen Antrag[24]). Diesmal bittend, die Hochseeflotte anzuweisen, vorläufig in Norwegen zu bleiben. Doch sah der Kaiser die Situation der Flotte als zu ernst an, um seinem Wunsch entsprechen zu können. Die Gründe für den Entschluß des Kaisers enthält ein Telegramm vom 26. Juli:[25]) „Den Befehl an Flotte zur schleunigen Vorbereitung der Heimreise habe Ich nicht auf Grund eines Wolff-Telegramms erteilt, sondern in Berücksichtigung der allgemeinen Lage und möglicher Eventualitäten. Ich war hierzu um so mehr gezwungen, als Mir ein Situationsbericht des Auswärtigen Amtes nicht vorlag, und Ich sogar den Inhalt des österreichischen Ultimatums durch Zeitungsdienst von Norddeich und nicht auf dem Dienstwege erfahren habe. Abgesehen davon, daß die englische Marine gar keine weiteren Maßnahmen mehr zu treffen braucht, da sie, wie die Revue eben gezeigt hat, bereits kriegsbereit in ihren Heimatshäfen liegt, haben wir mit russischer Flotte zu rechnen, die, im Falle Rußland gegen Österreich mobilisiert, schon allein mit ihren jetzt im Dienst befindlichen Schiffen binnen kürzester Zeit vor unseren Ostseehäfen erscheinen kann. Um der möglichen Gefahr zu begegnen, daß Meine in norwegischen Häfen weit verstreute Flotte fern von ihrer Basis vom Kriege überrascht werden könnte,

[23]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, I, Nr. 182.
[24]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, I, Nr. 221.
[25]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, I, Nr. 231.

habe Ich gestern nachmittag, nachdem Ich aus Telegramm 127 erfuhr, daß serbische Mobilmachung bereits im vollen Gange sei, Befehl gegeben, daß Flotte nach Beendigung der notwendigen Kohlenübernahme sich zusammenziehe und Heimreise antrete."

Die englischen Maßnahmen.

Die britische Flotte geht auf Kriegsstationen. — Churchill macht eigenmächtig mobil.

War die Heimsendung der deutschen Flotte aus Norwegen ein militärisch dringendes Erfordernis, so war der Entschluß Churchills vom 26. Juli, die britische Flotte zusammenzuhalten, die zum Auseinandergehen bereit in Portland lag, militärisch nicht notwendig. Wie er selbst schreibt, waren die 1. und 2. Flotte [26]) geschlossen und in jeder Beziehung kampfbereit in Portland vereinigt, wo sie bis zum 27. Juli, früh 7 Uhr, bleiben sollten [27]). Dann sollte die 1. Flotte geschwaderweise zu verschiedenen Übungen in See gehen und die Schiffe der 2. Flotte in ihre Heimathäfen entlassen werden. Am 29. Juli sollten die Auffüllungsmannschaften der 2. Flotte ausgeschifft werden und erst vom 31. Juli an wäre eine Anzahl von Schiffen ins Dock gegangen, um Reparaturen vorzunehmen oder außer Dienst zu stellen. „So hatten wir vom Sonnabend (25. Juli) früh ab die Flotte wenigstens vier Tage lang in der Hand." (Churchill.)

Selbst der von ihm angegebene Grund [28]) der Verschärfung der Lage dadurch, daß Österreich sich mit der serbischen Antwort nicht zufrieden gäbe, kann somit seinen Schritt, da er die Schiffe

---

[26]) Die britische Flotte war im Juli 1914 folgendermaßen gegliedert: 1. Flotte ist voll aktiv besetzt im Dienst und sofort kriegsbereit. Sie umfaßt 21 (d. h. fast sämtliche) Großkampfschiffe ferner Linienschiffe, Kreuzer und Torpedobootsflottillen. Die 2. und 3. Flotte enthalten keine Dreadnoughts und bestehen aus älteren Kriegsschiffen (z. B. Monmouth, Good Hope, Hogue, Aboukir, Cressy, Ocean, Goliath, deren Schicksal während des Krieges ihre mangelnde Kriegsbrauchbarkeit erweist). Die Schiffe der 2. Flotte waren mit Stammbesatzungen im Dienst und benötigten aktive Auffüllungsmannschaften. Die (noch älteren) Schiffe der 3. Flotte waren außer Dienst, hatten keine Stammbesatzung an Bord und brauchten aktive und inaktive Auffüllungsmannschaften. Von den drei Heimatflotten war somit die 1. Flotte die eigentliche Hauptstreitmacht, die den gesamten Gefechtswert der britischen Seemacht verkörperte. Da 2. und 3. Flotte bei der Beurteilung der britischen Flottenmacht kaum ins Gewicht fallen, werden bei obiger Untersuchung in erster Linie die Bewegungen der 1. Flotte (der eigentlichen Schlachtflotte) berücksichtigt werden.

[27]) Churchill: Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 143, 144.

[28]) Churchill: Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 146.

sowieso bis zum 29. Juli in der Hand hatte, für den 26. Juli nicht rechtfertigen. Wenn er die politische Lage auch wirklich für ernst genug hielt, so erwies doch das Fernsein der deutschen Flotte auf zwei Tagesreisen von der Heimat und ihren Stützpunkten ganz klar, daß eine unmittelbare Bedrohung für die britische Flotte nicht vorlag. Durch die Probemobilmachung hatte England einen so großen Vorsprung, daß selbst einige Tage des Zögerns die überaus günstige Lage nicht wesentlich beeinträchtigen konnten. Wenn man die zahllosen Maßnahmen verfolgt, die dieser Mann seit seinem Amtsantritt rastlos in die Wege leitete, um an dem Tage, an dem es zum Kriege kam, dem Gegner mit Sicherheit um einige Chancen voraus zu sein, wenn man sich den Zustand des Fiebers und Verfolgungswahns [29]) vergegenwärtigt, in dem er schon während der ganzen Vorkriegszeit gelegen hatte, so wird man einsehen, daß er, als es nun wirklich zu einer ernsten Krise kam, infolge seiner psychischen Einstellung unmöglich kaltes Blut, das ihm schon im

---

[29]) Der Ausdruck Verfolgungswahn ist kaum übertrieben. Wie Churchill in seinen Erinnerungen selbst schreibt, konnte er schon im tiefsten Frieden erst ruhig schlafen, als er in der Admiralität einen Tag- und Nachtdienst der Seelords und Stabsoffiziere eingerichtet hatte, damit zu jeder Tages- und Nachtstunde das alarmierende Telegramm abgesandt werden konnte. Er ließ die Flotte die gewöhnlichen Kreuz- und Übungsfahrten, die sie etwas weiter von der Heimat fortführten, erst antreten, wenn die Schiffe der deutschen Flotte in Winterreparatur gegangen und bewegungsunfähig waren. Tagtäglich ließ er die Aussichten für einen deutschen Überfall prüfen, indem er die Stellungen beider Flotten vergleichen ließ. Bei einer Ansprache vor dem „Comittee of Imperial Defence" sagte er am 11. Juli 1912 wörtlich: „Die Aufstellung der Kanonen, das schwere Geschütz, die Art, wie die Torpedorohre angelegt sind — all diese Dinge ermöglichen es Marinesachverständigen —, zu behaupten, daß der Gedanke einer Angriffsaktion im größten Maßstabe zweifellos das führende Prinzip deutscher Flottenpolitik ist." Ist es ein Wunder, daß auf so gewaltige Worte des obersten Marinefachmannes hin das Comittee of Imperial Defence beschloß, die Admiralität habe damit zu rechnen, daß Deutschland vor einem Angriff auf die britische Flotte in tiefstem Frieden ohne Vorwand und Warnung nicht zurückschrecken werde? Auf englischer Seite haben derartige Pläne gegen die deutsche Flotte bestanden; auf deutscher Seite hat sich bisher kein Anzeichen dafür ergeben, daß Derartiges bei irgendeiner leitenden Stelle der Marine oder der Reichsregierung jemals beabsichtigt oder nur erwogen wurde. Keine Veröffentlichung hat bisher einen Anhalt für die Richtigkeit der Churchillschen Annahme ergeben. Sieht man einen solchen negativen Beweis für die Friedfertigkeit der deutschen Absichten noch nicht als stichhaltig an, so mag die Sorglosigkeit, mit der die deutsche Flotte sich selbst 1911, 1912 und schließlich 1914 erheblichen Gefahren aussetzte, ohne mit einem feindlichen Überfall zu rechnen, dafür zeugen, daß ihre eigenen Pläne durchaus unkriegerisch waren.

Frieden gefehlt hatte, bewahren konnte. Bereits am Sonntag, den 26. Juli, abends, veranlaßt er den Befehl an die Flotte in Portland, nicht auseinanderzugehen, und unter Billigung Greys die Veröffentlichung dieses Befehls, die, nach Graf Montgelas [30]) so sehr dazu beigetragen hat, den Einfluß der Kriegspartei in Petersburg zu stärken. Eine Reihe von Einzelmaßnahmen ähnlicher Art, jedoch von geringerer Bedeutung, läßt Churchill zugleich oder anschließend treffen, die weitere psychologische Aufschlüsse geben, wenn sie auch politisch weniger bedeuten. Die Wachschiffe an der irischen Küste, die angesichts der mobilisierten Hauptflotte die militärische Lage wirklich nicht weiter zugunsten Englands verändern konnten, da sie militärisch bedeutungslos waren, erhalten Befehl, gleichfalls zu mobilisieren. Linienschiff „Triumph" (in Hongkong in Reserve) soll unauffällig mobil machen. Schließlich wird am 31. Juli das auf englischen Werften fertiggestellte türkische Linienschiff „Reschadieh", dessen Besatzung bereits eingetroffen und auf einem Wohnschiff in der Nähe untergebracht war, überrumpelt und von britischen Matrosen besetzt. Auch wenn die türkische Besatzung an Bord gekommen wäre, hätte sie mit dem Schiff noch keine 100 m fahren können, um sich dem Zugriff der britischen Marine zu entziehen. Man hätte auf englischer Seite also ruhig abwarten können. Diese Maßnahme, die sicher ihr Teil beitrug, die Stimmung in der Türkei zum Kriege gegen England geneigt zu machen, ist in der englischen Öffentlichkeit lebhaft kritisiert worden.

Die Verlegung der Flotte von Portland nach Scapa Flow, zu der der Befehl am 28. Juli erging, um am 29. Juli [31]) im Laufe des Tages ausgeführt zu werden, mag sich militärisch, da die deutsche Flotte im Begriff stand, die Heimat wieder zu erreichen, begründen lassen. Immerhin durfte eine Maßnahme von so eminent politischer Bedeutung nicht von dem Marineminister eigenmächtig getroffen werden, der sich darauf stützte, daß Schiffsbewegungen in der Heimat gewöhnlich von der Admiralität selbständig befohlen wurden, sondern mußte von dem Kabinett vorher gebilligt werden. Churchill scheute sich davor und beschränkte sich darauf, den Premierminister zu befragen, der sofort zustimmte. So kam eine

---

[30]) Die Kriegsschuldfrage, 2. Jahrgang, Nr. 12, S. 550.

[31]) Die Angabe des Admirals Bacon in der Geschichte der „Dover Patrols", daß die Flotte auf dem Marsch nach Scapa Flow die Straße Dover—Calais erst in der Nacht zum 1. August passiert haben soll, beruht offenbar auf einem Irrtum, ebenso auch die Angabe der „Times" vom 29. Januar 1919, wonach die Fahrt in der letzten Nacht des Juli stattgefunden haben soll.

Maßnahme zustande, von der speziell der Petersburger Korrespondent der "Times" berichtet, daß sie der russischen Kriegspartei den Rücken sehr gestärkt habe.[32])

Auch Bethmann Hollweg erwähnt (Betrachtungen zum Weltkriege, 1. Teil, S. 124) ein Telegramm des Petersburger Reuterkorrespondenten, das betont, welch ungeheuren Eindruck das Auslaufen der englischen Flotte aus Portland hervorgerufen habe.

Churchill stand auf dem Standpunkt, die ganze Flotte müsse auf ihren Kriegsstationen sein, bevor Deutschland wissen könne, ob England am Kriege teilnehme oder nicht, und wenn irgend möglich, bevor England selbst sich endgültig entschieden habe. Im Sinne dieser Auffassung betätigte er sich mit unheilvoller Geschäftigkeit weiter. Eine seiner eigenmächtigsten Maßnahmen, die militärisch nicht mehr nötig war, die politisch den Verlauf der Dinge allerdings kaum noch beeinflussen konnte, da die Krisis bereits zu weit fortgeschritten war, war der Erlaß des Mobilmachungsbefehls. Bereits am Sonnabend, den 1. August, verlangte er im Kabinett die sofortige Einberufung der Flottenreserven und die Mobilisierung der Seestreitkräfte mit der Begründung, daß auch die deutsche Flotte mobilisiere. Nach einer lebhaften Aussprache entschied das Kabinett, das in Flottenfragen nicht unbewandert war, daß Englands Sicherheit diesen Schritt nicht unbedingt erfordere, da die Mobilmachung nur den Hinzutritt der ältesten Schiffe zur Flotte bewirke, die Hauptflottenmacht sich aber schon in voller Kampfbereitschaft auf ihren Kriegsstationen befände.[33]) Diese Entscheidung war gewiß eindeutig. Sie berücksichtigte die militärischen Belange in ausreichendem Maße und konnte durch neu eintretende, politische Ereignisse nicht überholt werden. Trotzdem entschloß sich Churchill am Abend des gleichen Tages, als er die Nachricht von dem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Rußland erfuhr, die Flotte auf eigene Verantwortung zu mobilisieren. Er eilte zu Asquith, bei dem er Grey, Haldane und Lord Crewe vorfand, und erklärte seinen Entschluß. Der Premierminister schwieg, doch drückte sein Blick Zustimmung aus.[34]) Nach Rückkehr in die Admiralität erließ Churchill sofort (am 1. August abends) den Mobilmachungsbefehl, obwohl eine gesetzliche Grundlage nach seiner eigenen Schilderung[35]) nicht bestand. Infolge der ablehnenden Entscheidung des

[32]) Graf Montgelas: „Die Kriegsschuldfrage", 4. Jahrgang, Nr. 7, S. 448.
[33]) Churchill: Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 165.
[34]) Churchill: Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 165.
[35]) Churchill: Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 166.

Kabinetts war die Proklamation dem König nicht zum Vollzug vorgelegt worden, doch vertraute Churchill, daß das Personal der Flotte, ohne lange zu fragen, dem Rufe folgen würde. Erst hinterher [36]) erfolgte die Gutheißung des Befehls durch das Kabinett, das sich vor eine vollendete Tatsache gestellt sah, und wenig Stunden später wurde die königl. Proklamation veröffentlicht.

Die Heimreise der deutschen Flotte.

Trennung in zwei Hälften.
Der Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Bei der Audienz an Bord S. M. Yacht „Hohenzollern" am 25. Juli um 6 Uhr abends erhielt der Flottenchef, Admiral von Ingenohl, zunächst vom Kaiser den Befehl, mit der gesamten Flotte in die Ostsee zurückzukehren. Admiral von Ingenohl wies darauf in dringender Weise auf die Möglichkeit eines Eintritts Englands in den Krieg hin und erbat die Anweisung, mit den Hauptstreitkräften der Flotte in die Nordsee zu gehen. Trotz wiederholter Vorstellungen wurde der Befehl nur insofern geändert, daß die Einzelteile der Flotte in ihre Heimathäfen (Wilhelmshaven bezw. Kiel) gesandt wurden. Es gingen demnach nach beendeter Kohlenübernahme und gemeinsamem Beginn des Rückmarsches am 26. Juli der Flottenchef, das 2. und das 3. Geschwader nach Kiel, das 1. Geschwader und die Schlachtkreuzer nach Wilhelmshaven.

Auch diese Dislozierung läßt bestimmte Rückschlüsse auf die friedliche Einstellung des Kaisers und der Leitung der Flotte zu. Rechnete man mit dem Ausbruch eines europäischen Krieges oder wünschte man einen solchen, so durfte man niemals die Flotte in zwei Gruppen zerteilen, deren jede einzelne einem überraschenden Angriff ausgeliefert war: [37]) Man mußte die Streitkräfte geschlossen auf engem Raum mit bequemen Verbindungslinien zusammenhalten. Dies war um so mehr erforderlich, als die Erweiterung des Kaiser-

---

[36]) In Churchills Bericht befindet sich ein Widerspruch. Er schreibt einerseits, die Gutheißung seines Mobilmachungsbefehls durch das Kabinett sei am Sonntagmorgen (2. August) erfolgt (Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 166). Bei seinem Bericht über die Kabinettssitzung vom Montag vormittag (3. August) erwähnt er dagegen auch, daß die formelle Genehmigung zur Mobilmachung erteilt wurde (S. 168). Ist letzteres richtig, so ist durch seine Eigenmächtigkeit der Mobilmachungsbefehl für die Flotte bereits 1½ Tage früher ergangen.

[37]) Insbesondere das 1. Geschwader und die Schlachtkreuzer in Wilhelmshaven, da das stärkste und neueste (3.) Geschwader nach Kiel ging.

Wilhelm-Kanals für Benutzung durch Dreadnoughts zwar am 25. Juni 1914 in der Hauptsache beendet, seine Benutzbarkeit aber noch nicht erprobt war [38]). Nach dem Besuch des britischen Geschwaders zur Kieler Woche hatten zwar die leichten Kreuzer den Kanal zur Heimreise benutzt, die britischen Schlachtschiffe aber waren durch das Skagerrak in die Nordsee zurückgekehrt. Großkampfschiffe waren durch den verbreiterten Kanal überhaupt noch nicht gefahren, da erst für August 1914 der erste Durchfahrtsversuch geplant war [39]). Als die deutsche Flotte am 15. Juli 1914 die Sommerübungsreise nach Norwegen antrat, war daher die Frage der Befahrbarkeit des Kanals durch Großkampfschiffe noch immer nicht ausreichend geklärt. Der Admiralstab veranlaßte daher, um sicher zu gehen, einen Durchfahrtsversuch, der am 25. Juli von S. M. S. „Kaiserin" ausgeführt wurde. Das Schiff wurde hierzu vor dem Einlaufen in Norwegen aus dem Flottenverbande entlassen. Es wurde für den Versuch durch teilweise Entleerung der Bunker erleichtert, und die Durchfahrt gelang, wenn auch unter Schwierigkeiten. Wenn die Durchfahrt am 25. Juli stattfand, so konnte ihr Ergebnis dem Admiralstab bestenfalls am 26. Juli morgens vorliegen. Daß die Flotte bei ihrem Auslaufen aus Norwegen am 26. Juli nachmittags von dem militärisch halbwegs befriedigenden Ergebnis des Durchfahrtsversuches bereits Kenntnis gehabt hätte, kann man nicht annehmen. Keinesfalls aber hat der Kaiser, der am 25. Juli, 6 Uhr nachm., den Befehl zur Rückkehr und Teilung der Flotte erteilte, von dem Ergebnis Kenntnis gehabt. Er ist sich über die Gefährlichkeit der Teilung und die fragliche Benutzbarkeit des Kanals im klaren

---

[38]) Konteradmiral Behncke schrieb am 23. Juli an den Chef des Admiralstabes: „Euer Exzellenz bitte ich zu der Bemerkung vom 21. Juli, daß die Flotte bei etwaiger Rückberufung in die Ostsee gehen müsse, folgende Gesichtspunkte vortragen zu dürfen: 1. Solange die Haltung Englands nicht als ganz einwandfrei und sicher neutral festgestellt ist, muß nach meiner Ansicht, entsprechend dem allgemein gegebenen Allerhöchsten Befehl, die Hochseeflotte geschlossen in der Deutschen Bucht aufmarschieren. 2. Hieran muß augenblicklich noch um so mehr festgehalten werden, als die Befahrbarkeit des Kanals durch große Schiffe nach den kürzlichen Rutschungen erst durch einen Durchfahrtsversuch sicher festgestellt werden muß . . . ."

Admiral von Pohl bemerkte hierzu: . . . . Gegen die Bevorzugung des westlichen Kriegsschauplatzes spricht: 1. Daß alles vermieden werden muß, was England irritieren und veranlassen könnte, gegen uns Partei zu ergreifen. 2. . . . . (nach v. Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege S. 38 ff.)

[39]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 21.

gewesen [40]), da er durch Admiral v. Ingenohl darauf hingewiesen wurde [41]). Noch Mitte Juli war der Kanal infolge von Aufquellungen zeitweise nicht befahrbar gewesen. Dies war wohl das letzte, was man beim Flottenkommando über ihn wußte. Erwies sich der Kanal, dessen letzte Baggerungen zur Vertiefung für Großkampfschiffe erst Ende 1914 stattfanden, als noch nicht gebrauchsfähig, so war die deutsche Flotte in zwei Teile geteilt, von der direkten Verbindung abgeschnitten und auf den gefährlichen und umständlichen Umweg um Skagen als Verbindungslinie angewiesen. Das Adm.-Werk schreibt hierzu, es sei unter diesen Umständen zweifellos eine Gefahr gewesen, das 3. Geschwader nicht nach Wilhelmshaven, sondern nach Kiel zu schicken [42]). Wenn der Kaiser im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung trotz der dringenden Vorstellungen des Admirals v. Ingenohl am 25. Juli den Befehl gab, die Flotte zu teilen, so bewies er damit seinen Friedenswillen und dokumentierte ihn zugleich vor aller Welt. Wenn der Flottenchef diese Anweisung hinnahm, ohne sich bis zum äußersten für das militärisch Nützlichere einzusetzen, so zeigte er seinerseits, daß auch ihm die Erhaltung des Friedens mehr wert war, als die Gewinnung militärischer Chancen, daß er die politischen Anforderungen über die militärischen Belange stellte.

Das Admiralstabswerk schreibt [43]): „Die schlimmste Folge, welche die politische Unklarheit über die Haltung Englands leicht für die Flotte hätte haben können, war durch den Befehl zur Heimreise abgewendet." Der kaiserliche Befehl wurde ausgeführt, die Kohlenübernahme wurde im Interesse der Beschleunigung auf das Notwendigste beschränkt, die Flotte verließ die norwegischen Häfen und sammelte am 26. Juli [44]), nachmittags 7 Uhr, vor Skudesnäs, etwa 30 sm von Stavanger entfernt, um den Rückmarsch anzutreten.

Wenn es noch eines letzten Beweises für die friedliche Einstellung der deutschen Flottenleitung bedarf, die mit einer kriegerischen Verwicklung nicht rechnete, geschweige denn auf sie hinarbeitete, so ist es das, daß der Rückmarsch ohne irgendwelche

---

[40]) „Die Unbenutzbarkeit dieser Fahrstraße für die großen Kreuzer von „Blücher" und für die Linienschiffe von der „Nassau"-Klasse ab, war seit 1909 ein Gegenstand schwerer Sorge für das Flottenkommando wegen ihres nachteiligen Einflusses auf die strategische Lage." (Admiral Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg, S. 25.)

[41]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 21.

[42]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 21.

[43]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 16.

[44]) Die Angabe des Admiralstabswerkes, die Flotte hätte erst am 27. Juli, 7 Uhr nachm., an dem oben bezeichneten Punkt gesammelt, scheint mir ein Druckfehler. D. V.

Gefechtsvorbereitungen ausgeführt wurde. Die Flotte marschierte mit der bei Manövern üblichen Marschsicherung und Marschgeschwindigkeit. Die Schiffe der Hochseeflotte teilten sich auf dem Rückmarsch, wie oben angegeben, und erreichten ohne Zwischenfälle ihre Heimathäfen, „ohne aber, was hervorgehoben zu werden verdient, die für den Krieg vorgesehenen Aufmarschstellungen einzunehmen". (Admiralstabswerk.) Zur gleichen Zeit erhielt die britische Flotte Befehl, ihre Kriegsstationen im Norden des Inselreiches einzunehmen.

Die letzten Tage.

Mit dem Eintreffen der deutschen Flotte in der Heimat und der britischen in Scapa Flow ist der politisch bedeutsame Abschnitt der Vorbereitungsperiode beendet. Was nun folgt, sind militärische Maßnahmen, die im Überschwang der Ereignisse der Tage geringes oder gar kein politisches Echo mehr finden. Und doch ist der Vergleich des Vorbereitungsstandes zu diesem Zeitpunkt und der letzten Maßnahmen überaus charakteristisch und aufschlußreich. Der strategische Aufmarsch der britischen Flotte ist vollendet [45]); die deutsche Flotte kann, in die Heimat zurückgekehrt, erst jetzt mit ihren Vorbereitungen beginnen.

Die britische Marine führte ihre Mobilmachung nun planmäßig weiter, ohne sich irgendwelche Hemmungen aufzuerlegen. Daß am 2. August Frankreich Waffenhilfe zur See zugesagt wurde, war eine politische Maßnahme, wie auch der Vorstoß gegen Deutschland, daß England deutschen Kriegsschiffen nicht gestatten könne, zum Zweck eines Angriffs gegen Frankreich in den Kanal einzudringen, und fällt infolgedessen nicht zu Lasten der britischen Admiralität. Immerhin scheint die Admiralität in den darauf basierenden Unterhandlungen mit dem französischen Marineattaché, Graf de Saint-Seine, am 2. August reichlich weit zu gehen. Das Protokoll über die Besprechung [46]) besagt, daß im Hinblick auf das mögliche Zustandekommen eines Bündnisses zwischen den beiderseitigen Regierungen, ohne jedoch dieser Frage hierdurch vorgreifen zu wollen, folgende vorbereitenden Vereinbarungen getroffen werden: „Die Pakete, die die geheimen Signalbücher enthalten, werden verteilt und geöffnet,

[45]) Als der deutsche Kleine Kreuzer „Straßburg" am 1. August auf der Heimreise aus dem Ausland auf der Fahrt durch den Kanal begriffen war, meldete er, daß von der Isle of Wight ab 26 Fahrzeuge (Kleine Kreuzer und Zerstörer) an ihm Fühlung hielten. Ferner, daß er zwischen Ramsgate und Ostende einen Kreuzer-Sicherungsgürtel passiert habe. (Denkschrift des Reichsmarineamts, Kriegsvorbereitungen in der englischen Marine, S. 12.)

[46]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 167.

aber noch nicht in Gebrauch genommen. Bestimmungen für die Benutzung der beiderseitigen Häfen müssen nunmehr erlassen werden . . . Grundsätzlich werden Anweisungen für die Seekriegführung von der britischen Admiralität gegeben . . . Wenn die Neutralität Italiens gesichert ist, übernimmt Frankreich die Bekämpfung der österreichischen Flotte, England stellt nur die erforderlichen Schiffe, um die deutschen Seestreitkräfte in jenen Gewässern in Schach zu halten . . . Die britischen Flottenstützpunkte stehen Frankreich zur Verfügung. Sollte eine deutsche Flottenmacht nach dem Süden ins Mittelmeer vorstoßen, so würde ihr eine überlegene britische Flottenmacht folgen." Wenn auch nicht die britische Regierung, so scheint sich hiernach die Admiralität schon am 2. August im Kriegszustand mit Deutschland befunden zu haben.

Eine englische Maßnahme vom gleichen Tage (2. August) führte in Berlin zu Erwägungen, ob man sich bereits als im Kriegszustand mit England befindlich betrachten müsse. Nach Mitteilung des Reichspostamts waren von mittags 12,30 Uhr an sämtliche englisch-deutschen Kabelverbindungen unterbrochen [47]). Hieraus mußte man auf deutscher Seite auf die Absicht eines Überfalls auf die deutsche Flotte schließen. Großadmiral v. Tirpitz bemerkt hierzu [48]): „Unter diesen Umständen schien es mir wichtig, daß die Flotte mit Torpedobooten noch am gleichen Abend in See gehen könne, damit sie jederzeit auf Funkspruch von Berlin hin zu sofortiger offensiver Verwendung bereitstünde . . . Ein Auslaufen war nur angängig, wenn man den Kriegszustand zwar nicht formell, aber de facto als gegeben ansah." Er entsandte deshalb einen seiner Offiziere zu dem Staatssekretär v. Jagow mit der Anfrage, ob die Abstellung der Kabelverbindung Kriegszustand mit England bedeute [49]). Diese Anfrage wird von dem Staatssekretär v. Jagow verneint. Daraufhin ergeht um 5,25 Uhr nachmittags die Warnung an die Flotte: „Nicht ausgeschlossen, daß feindliche Unternehmungen Englands heute nacht erfolgen."

Zwei Tage später erteilte die britische Admiralität den Mittelmeerstreitkräften Befehl, die „Goeben" und „Breslau" zu überwachen und gegebenenfalls gewaltsam an der Störung fran-

---

[47]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch III Nr. 654. Siehe auch die Britischen Amtlichen Dokumente, Nr. 483.

[48]) Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, S. 40.

[49]) Der Kaiser erblickte in dieser Maßnahme einen feindlichen Kriegsakt. (Schreiben an Großadmiral von Tirpitz, erwähnt in von Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, S. 25.)

zösischer Truppentransporte zu hindern [50]). Churchill sandte diesen Befehl unter Zustimmung von Grey und Asquith am 4. August vormittags ab, wobei letzterer die Bedingung stellte, das Kabinett müßte unterrichtet werden und seine Zustimmung geben. Das Kabinett versagte sein Einverständnis, und um 2 Uhr 5 nachmittags erging ein neuer Befehl, der den vom Morgen aufhob. Mehrere Stunden lang hat also ein Befehl der britischen Marineleitung bestanden, der den Krieg zwischen England und Deutschland, bevor noch die Verletzung der belgischen Neutralität erfolgt war, vorzeitig entfesseln konnte.

Auf deutscher Seite wurde dagegen noch in den ersten Augusttagen alles vermieden, was auf englischer Seite Anstoß erregen konnte. Die Schiffe der deutschen Flotte begannen, in ihren Heimathäfen angekommen, die Mobilmachungsarbeiten. Die Tatsache der Kriegsbereitschaft der britischen Flotte und weitere beunruhigende Meldungen zwangen, obwohl Grey erklärt hatte: „Die Bewegungen der Flotte sind vollkommen frei von jedem offensiven Charakter, und die Flotte wird sich nicht den deutschen Gewässern nähern [51])", nun doch zu Gegenmaßregeln. „Der deutsche Gegenzug, für dessen Unterlassung von niemand mehr die Verantwortung getragen werden konnte, wurde hiermit zur militärischen Notwendigkeit." (Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 23.) Am 31. Juli setzte infolgedessen die Zusammenziehung der deutschen Seestreitkräfte in der Nordsee ein. Zunächst trat das Flottenflaggschiff mit dem III. Geschwader den Marsch durch den Kanal an. Die Durchfahrt verlief ohne nennenswerte Schwierigkeiten, wenn auch der Aktionsradius der Großkampfschiffe infolge Abgabe von Kohlen zwecks Verringerung des Tiefgangs stark eingeschränkt werden mußte. Vom Mittag des 31. Juli [52]) an „mußte im Admiralstab damit gerechnet werden, daß England überraschend aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraustreten werde". Es erging daher der Befehl „Aufmarsch aller Seestreitkräfte Nordsee gegen England möglichst beschleunigen" [53]).

---

[50]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 173.

[51]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 22. Siehe auch „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" III Nr. 669.

[52]) Am 30. Juli war eine Meldung aus London eingegangen, nach der der Aufenthalt der 1. Flotte unbekannt und Vorsicht dringend geboten sei. (Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 21.) Gleichzeitig traf eine zuverlässige Meldung aus Holland ein, daß zwischen Terschelling und der Schelde englische Kriegsschiffe patrouillierten. (S. 22.)

[53]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 24.

Daraufhin folgte im Laufe des Nachmittags auch das II. Geschwader durch den Kanal in die Nordsee. Am 1. August 6 Uhr vormittags trafen die Schiffe aus Kiel in Wilhelmshaven ein und begannen mit den letzten Kriegsvorbereitungen. Am 3. August morgens ging das II. Geschwader von der Jade nach der Elbe, um seinen dortigen Liegeplatz einzunehmen. Erst nach Erledigung dieser Bewegung war am 3. August 1914 der strategische Aufmarsch der deutschen Hauptmacht zur See beendet, fast eine Woche später als der der britischen Flotte.

Obwohl man seit dem 31. Juli infolge der allgemeinen russischen Mobilmachung mit dem Ausbruch des Krieges rechnen mußte, wurde auch jetzt von seiten der deutschen Flotte nichts unternommen, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage hätte beitragen können. „Dringend und oft wiederholte Anfragen der Flotte zu diesem Zeitpunkt, ob wenigstens die zum Handelskrieg in außereuropäischen Gewässern bereitgestellten Hilfskreuzer auslaufen dürften, mußten aus diesem Grunde vom Admiralstab abschlägig beschieden werden [54]). Auch hierin unterwarf sich die Marine dem Erfordernis der politischen Lage, obwohl das Auslaufen der Hilfskreuzer keineswegs als ein feindseliger Akt anzusehen war, solange sie zurückgerufen werden konnten. Andererseits stellte jeder Tag der Verzögerung die Möglichkeit, sicher herauszukommen, für die Hilfskreuzer in Frage. „Die Seekriegsleitung begab sich daher auch jetzt noch erheblicher militärischer Vorteile zugunsten einer immer noch auf Verständigung hoffenden Politik." (Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 27.) Selbst als der Kriegszustand mit Frankreich eingetreten und mit England als unmittelbar bevorstehend galt, unterblieben auf Wunsch des Auswärtigen Amtes alle Schiffsbewegungen nach Westen. Das Bestreben der Zurückhaltung tritt, dem mehrfach geäußerten Wunsche des deutschen Botschafters in London entsprechend [55]), immer wieder in allen Einzelbefehlen zutage. Am 1. August erhielt der Flottenchef vom Admiralstab die Anweisung [56]): „Es wird allergrößter Wert darauf gelegt, daß jede verdächtige Schiffsbewegung, die zu unbeabsichtigtem Ausbruch der Feindseligkeiten mit England führen könnte, unter allen Umständen vermieden wird." Am 2. August wird vom Admiralstab an alle Befehlsstellen der Seefront telegraphiert: „Ausbruch Feindseligkeiten gegen Frank-

---

[54]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 26, 27.

[55]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch III, Nr. 669, Nr. 676; IV, Nr. 736, Nr. 769, Nr. 819.

[56]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 25.

reich voraussichtlich 3. August. Feindseliges Eingreifen Englands dann sofort zu erwarten. Da Englands Entscheidung noch aussteht, müssen unfreundliche Maßregeln gegen England vorläufig auf jeden Fall vermieden werden“ [57]). Am 3. August, 8.50 Uhr nachm., ergeht an den Flottenchef der Befehl des Admiralstabes: Da eine neutrale Haltung Englands noch immer möglich ist und von der deutschen Politik mit allen Kräften erstrebt wird, ist es notwendig, wie wiederholt betont, alle Bewegungen und Handlungen zu vermeiden, die von England als gegen sich gerichtet aufgefaßt werden können. Hilfskreuzer dürfen daher nicht auslaufen [58]). Als am 4. August Staatssekretär v. Jagow zu folgender Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag das Einverständnis des Reichsmarineamts erbittet: „Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird und wir die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden“, empfiehlt der Staatssekretär des Reichsmarineamts nach Rücksprache mit dem Chef des Admiralstabes, folgenden Zusatz aufzunehmen: „Und ich kann hinzufügen, daß, solange England neutral bleiben wird, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen“ [59]).

Vorteile und Nachteile.

Erwägt man, daß während der ersten Kriegswochen nur unbedeutende Kampfhandlungen zur See stattfanden und daß die Kriegsflotten in dieser Zeit ihre Mobilmachung in Muße beenden konnten, so mag es scheinen, als ob die Friedfertigkeit und Nachgiebigkeit der deutschen Marine, durch die sie so stark ins Hintertreffen geriet, der deutschen Kriegsführung tatsächlich keinen wesentlichen Schaden zugefügt hätte.

Eine solche Schlußfolgerung hieße, sich über die wirkliche militärische Bedeutung der Vorgänge täuschen. Nach genauen Untersuchungen darf es als feststehend betrachtet werden, daß die geschilderten Vorgänge in den letzten vierzehn Tagen vor Kriegsausbruch der britischen Flotte unschätzbaren Vorteil, der deutschen nicht wieder einzubringenden Nachteil verschafft haben. Das deutsche Admiralstabswerk schreibt hierzu [60]): „Es steht jetzt zweifel-

[57]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch III, Nr. 655.
[58]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch IV, Nr. 808.
[59]) v. Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, S. 26.
[60]) Nordsee, Bd. 1, S. 18.

los fest, daß sich die britische Admiralität nicht mit den militärischen Vorsichtsmaßregeln begnügte, wie sie sich durch die hochgespannte politische Lage rechtfertigten, sondern sich insbesondere vom 28. Juli ab zielbewußt den Vorsprung in der Möglichkeit zu schlagen sicherte, der von deutscher Seite weder eingeholt noch pariert werden konnte." — So urteilte die deutsche Seekriegsforschung im Jahre 1920. Heute, wo man Churchills Erinnerungen kennt, muß man feststellen, daß nicht erst vom 28., sondern bereits von der ersten Minute der Krise an die britische Admiralität sich in dem von dem Admiralstabswerk festgestellten Sinne betätigt hat.

Hinsichtlich der militärischen Vorteile, die England entstanden sind, stellt Churchill vor allem fest, daß durch die frühe Kriegsbereitschaft der britischen Flotte Deutschland die Möglichkeit genommen sei, in den ersten Kriegstagen einen allgemeinen großen Angriff zu unternehmen. Er schreibt dazu, der Kraftüberschuß der Engländer in den heimischen Gewässern über die Deutschen sei damals (bei Kriegsausbruch) geringer gewesen als zu jedem späteren Zeitpunkt im Kriege [61]). „Wenn die deutsche Flotte überhaupt jemals kämpfen wollte, so hatte sie jetzt, bei Kriegsausbruch, die besten Aussichten [62])." „Jetzt war demnach der am wenigsten ungünstige Augenblick für Deutschland; eine bessere Gelegenheit konnte niemals wieder geboten werden . . . Wir erwarteten daher die Seeschlacht mit Sicherheit [63])."

Es liegt auf der Hand, daß diese von Churchill ausdrücklich betonte Gelegenheit für die deutsche Flotte zum Angriff durch den Vorsprung der Engländer stark gemindert wurde. Großadmiral von Tirpitz äußert hierzu [64]): „Ungünstig wirkte für eine sofortige Schlacht der Umstand, daß die gesamte englische Flotte bei Kriegsausbruch infolge der Probemobilmachung schon kampfbereit war, während dies bei uns nur für die aktiven Geschwader zutraf." Das deutsche Admiralstabswerk urteilt ähnlich: England habe sich durch die Probemobilmachung und die ihr folgenden Maßnahmen ohne Rücksicht auf die daraus notwendigerweise entstehende Beunruhigung weitgehende militärische Vorteile gesichert [65]).

Abgesehen von der Verschlechterung, wenn nicht Vernichtung der deutschen Angriffschance, stellte sich auch ein positiver Vorteil

---

[61]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 187.
[62]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 188.
[63]) Churchill, Weltkrisis, deutsche Übersetzung, S. 189.
[64]) Tirpitz, Erinnerungen, S. 308.
[65]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 18.

der Alliierten für die Landoperationen ein. Da die britische Flotte bereits seit dem 28. Juli auf Kriegsstationen war, konnten sämtliche 6 Armee-Divisionen sofort auf das Festland übergesetzt und zum Kampf gegen die deutsche Armee zur Verfügung gestellt werden. Über den außerordentlichen Kriegsrat vom 5. August schreibt Churchill [66]): „Dann berichtete ich von seiten der Admiralität, daß unsere Mobilmachung in jeder Beziehung durchgeführt sei, und daß wir, da unsere Schiffe nunmehr ihre Kriegsstationen eingenommen hätten, von der Forderung, die wir bisher in allen Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses erhoben hatten, daß nämlich zwei reguläre Divisionen in England zum Schutze gegen eine Invasion zurückbleiben sollten, absähen, und daß, soweit die Admiralität in Frage kam, nicht vier, sondern alle sechs Divisionen auf einmal überführt werden könnten . . ." Der ursprüngliche Plan sah vor, daß vier Divisionen sofort übergesetzt werden, zwei dagegen auf dem Inselreich verbleiben sollten, bis die britische Flotte mobilisiert auf Kriegsstationen sei. Dann sollten auch die restlichen zwei Divisionen folgen. Tatsächlich konnten sie kurz nach den ersten vier Divisionen abgehen. Sie trafen noch rechtzeitig ein, um an der Marneschlacht teilzunehmen. Wenn gesagt wird, daß zur Entscheidung in der Marneschlacht auf deutscher Seite zwei Armeekorps gefehlt haben, wird man zugeben, daß zwei Divisionen mehr auf der Gegenseite nicht ohne Bedeutung waren.

Durch die Probemobilmachung waren außer den Schiffen der 1. Flotte auch sämtliche Schiffe der 2. und 3. Flotte in kriegsbereiten Zustand versetzt, aus dem sie nach dem 25. Juli nicht mehr entlassen wurden. Auf deutscher Seite erfolgte erst am 31. Juli der Befehl des Inkrafttretens der Kriegsgliederung [67]). Das deutsche Admiralstabswerk weist darauf hin, daß die Kriegsbereitschaft der in ihr aufgeführten Streitkräfte damit noch keineswegs hergestellt war, vielmehr mußten, abgesehen von den bereits im Frieden in Dienst befindlichen Verbänden und Schiffen im Gegensatz zur britischen Flotte alle übrigen Streitkräfte erst beim Ausspruch der Mobilmachung in Dienst gestellt und die Besatzungen mit den hierzu einberufenen Mannschaften entweder aufgefüllt oder neu gebildet werden. „Bis zur Kriegsbereitschaft dieser Schiffe verging dann, abgesehen von dem je nach dem Bereitschaftsgrad bei Kriegsausbruch verschiedenen Zeitpunkt der materiellen Fertigstellung, noch erhebliche Zeit mit dem Einüben der Schiffs-

[66]) Churchill, Weltkrisis, Deutsche Übersetzung, S. 181.
[67]) Deutsches Admiralstabswerk, Nordsee, Bd. 1, S. 23.

besatzungen und dem Einfahren der Verbände. So war z. B. am 5. August, dem Tag nach Eintritt des Kriegszustandes mit England, von Linienschiffsgeschwadern nur das I. und II. voll kriegsbereit, während sich vom III. Geschwader S. M. S. „Großer Kurfürst" zwar in Dienst befand, aber erst nach einer Woche zu Probefahrten fahrbereit wurde. Von dem gleichen Geschwader wurde S. M. S. „König" am 10. August in Dienst gestellt. Noch weiter zurück waren die Reserveverbände, das IV. und V. Geschwader. Vom IV. Geschwader wurden zwei Schiffe am 5. August, zwei weitere erst am 15. und 17. August materiell fertig, während sich die Indienststellung der Schiffe des V. Geschwaders auf die Zeit vom 6. bis 8. August verteilte, ohne daß sie dadurch schon gefechtsbereit wurden." Der Kleine Kreuzer „Graudenz" konnte erst am 10. August in Dienst gestellt werden, die Panzerkreuzer „Roon" am 6. August, „Yorck" und „Prinz Heinrich" erst am 22. August. Von den Torpedoboots-Flottillen wurde die fünfte am 6. August, von den Kleinen Kreuzern „Berlin" erst am 30. August kriegsbereit. Auch von den Unterseebooten war bei Kriegsbeginn nur ein Teil voll verwendungsbereit. Die 3. Unterseebootshalbflottille mußte zunächst für zwei bis drei Wochen nach Kiel zur Vervollständigung ihrer militärischen Ausbildung entlassen werden. Das deutsche Admiralstabswerk schließt: „Diese Angaben werden genügen, um den Bereitschaftsgrad der für den Nordseekriegsschauplatz vorgesehenen Streitkräfte und die Nachteile der aus politischen Gründen verspäteten Mobilmachung erkennen zu lassen."

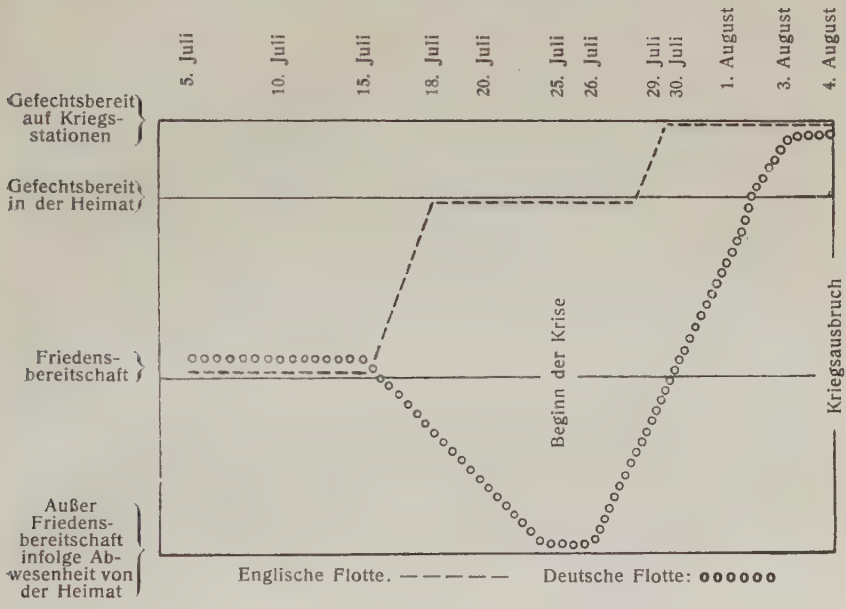
Schlußbetrachtungen.

Es ist bekannt, wie allgemein auf seiten der Entente deutsche Militärkreise als Kriegstreiber hingestellt wurden und noch werden. In den obigen Ausführungen ist das Verhalten der deutschen Marine während der Krise in großen Zügen skizziert und in den hervorstechendsten Punkten dargelegt worden. Auf die Maßnahmen der deutschen Marine in strategischer Hinsicht hatten Einfluß: der Kaiser, als oberster Befehlshaber der Wehrmacht, der Chef des Admiralstabes, Admiral von Pohl, und infolge dessen Beurlaubung sein Stellvertreter, Konteradmiral Behncke; ferner in gewissem Sinne der Flottenchef, Admiral von Ingenohl, dessen Befehlsbefugnisse sich während der Abwesenheit der Flotte von den heimischen Gewässern wesentlich erweiterten. Gegen diese Persönlichkeiten richtet sich demnach die Schuldanklage der Gegenseite, soweit sie die deutsche Marine betrifft.

In den vorausgegangenen Darlegungen ist keine dieser Persönlichkeiten übergangen. Um seinen Friedenswillen zu bezeugen, ließ der Kaiser die Flotte nach Norwegen gehen, in die Fjorde einlaufen und sich auf dem Rückwege in zwei Hälften teilen, gab der Admiralstab, Chef und Stellvertreter, sein Einverständnis und unterließ der Flottenchef gegen seine eigene Überzeugung schärfere Vorstellungen gegen die kaiserlichen Befehle. Im Interesse des Friedens entsprach der Admiralstab während der kritischen Wochen mit minutiöser Genauigkeit den Wünschen der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes. Niemals hat die Leitung einer Marine die Forderungen der militärischen Sicherheit den entgegengerichteten politischen Forderungen so willig untergeordnet, ohne Rücksicht darauf, daß zugleich in der Möglichkeit des Schlagens schwere Nachteile eintreten mußten und eingetreten sind. Nicht Unkenntnis der politischen Lage oder unberechtigter Optimismus hinsichtlich des Fortganges der Krise erklären die Haltung der deutschen Marine; es zeigt sich im Gegenteil in allen Äußerungen und Unterredungen, daß die Vertreter des Admiralstabes die Lage von vornherein ernster und gefährlicher ansahen, als die politische Reichsleitung. Nach dem Bericht des Admirals Scheer [68]) fanden, da die Lage (nach dem 5. Juli) noch keineswegs als beruhigt gelten konnte, eingehende Besprechungen zwischen den Marinebehörden in Berlin und der Flotte über die verschiedenen Kriegsmöglichkeiten statt. Was wäre leichter gewesen, als in der Zeit vom 5. Juli an — dem Tage, an dem der Kaiser Kapitän zur See Zenker gegenüber die obenerwähnten Eröffnungen machte — alle Maßnahmen unauffällig zu treffen, die für den Fall eines Krieges zweckmäßig oder notwendig waren. Deutschland hätte einen Monat später einen gewaltigen Vorsprung haben können. Nichts von alledem. Man begnügt sich nicht nur, darauf zu verzichten; man setzt darüber hinaus die Bereitschaft der Hochseeflotte trotz des bekannten, gefährlich hohen Bereitschaftsstandes der britischen Flotte freiwillig weiter herab, in dem man sie zur Übungsreise nach Norwegen entsendet. Gewiß, die Leitung der deutschen Marine tut dies nicht von sich aus; es geschieht auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Daß jedoch die Leitung der deutschen Marine hierzu ihr Einverständnis erklärte, das scheint ihren Friedenswillen zur Genüge zu erweisen und sie von dem Verdacht der Kriegstreiberei zu befreien.

[68]) Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkriege, S. 26.

Bereitschaftsstand der britischen und deutschen Flotte vom 5. Juli bis 4. August 1914.



Übersicht über die entscheidenden Bewegungen der Flotten.

1914	Britische Flotte	Deutsche Flotte
Juli 15.	Beginn der Probe-Mobilmachung	Antritt der Sommerreise nach Norwegen
16.		
17.	Flottenschau auf Spithead-Reede	
18.		
19.	Flotte geht zu gemeinsamen Übungen in See	Gemeinsame Übungen auf der Fahrt nach Norden
20.		
21.		60. Breitengrad wird überschritten
22.		
23.		
24.	Mobilmachungsübung ist beendet	

Beginn der Krise.

Das österreichische Ultimatum wird bekannt.

1924	Britische Flotte	Deutsche Flotte
25.	1. und 2. Flotte geschlossen und in jeder Beziehung kampfbereit in Portland	Schiffe laufen schiffs- und treffenweise norwegische Häfen ein
26.	nachm. Befehl an die Flotte, zusammenzubleiben	nachm. Auslaufen aus den norwegischen Häfen und Sammeln in See
	abends Veröffentlichung dieses Befehls	
27.	Vorbereitende Warnung an alle Seebefehlshaber	Rückmarsch in die Heimat
28.	Befehl an die Flotte, am nächsten Tag nach Norden zu gehen	Teilung der deutschen Flotte, eine Hälfte nach Ostsee, andere Hälfte nach Nordsee
29.	Marsch der 1. Flotte nach Norden	1. Geschwader, Schlachtkreuzer in Wilhelmshaven
	nachm. offizielles Warnungstelegramm an Heer und Flotte (entspricht dem Zustand drohender Kriegsgefahr)	Flottenflaggschiff, 2. und 3. Geschwader in Kiel
	Maßnahmen der „precautionary period" werden getroffen	
30.	1. Flotte in Scapa Flow. Britische Flotte ist damit auf Kriegsstation	Befehl „Sicherung"
31.		Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr Flottenflaggschiff, 2. und 3. Geschwader gehen nach der Nordsee
August		
1.	abends eigenmächtiger Mobilmachungsbefehl durch Churchill	Mobilmachung Hochseeflotte ist auf der Jade versammelt
2.	Erlaß des Mobilmachungsbefehls. Zusage der Waffenhilfe an Frankreich	
3.	1. Flotte erhält Befehl, am 4. August bei Hellwerden in See zu gehen	2. Geschwader geht auf die Elbe Deutsche Flotte ist damit auf Kriegsstationen
4.	**Kriegsausbruch.**	

Zur Bewertung des Rückversicherungsvertrages.

Von L. Raschdau.

Im Dezemberheft dieser Zeitschrift hat der frühere russische Senator Baron von Taube sich zu der jetzt abgeschlossenen großen deutschen Dokumenten-Sammlung geäußert und ihren hohen Wert für die Feststellung der historischen Wahrheit hervorgehoben. Dabei geht er besonders auf die vielbehandelte Frage des sog. Rückversicherungsvertrages von 1887 ein und weist dabei auf den peinlichen Eindruck der Doppelzüngigkeit und Treulosigkeit („duplicité et mauvaise foi") hin, den das deutsche Verhalten auf den Zaren und seine Regierung ausgeübt habe. Ja, er glaubt daraus sogar einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesen Vorgängen und dem Weltkrieg feststellen zu können. Herr von Taube sieht diese Dinge natürlich ganz vom russischen Standpunkt an und er hat dann freilich Ursache, die Lösung eines Vertrages zu beklagen, der seinem Lande — über das gegenseitige Versprechen der Neutralität im Falle eines Angriffs von dritter Seite hinaus — die Zusicherung der deutschen Unterstützung in Bulgarien und in der Meerengenfrage einbrachte.

Es ist bekannt, wie trotz dieser anscheinend so nahen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen Rußland sein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich in einem Grade auszubilden verstand, daß die Pariser Regierung nicht zögerte, ihre neue geheime Waffe, das Lebel-Gewehr, Rußland zu überlassen unter der Voraussetzung, daß es davon keinen Gebrauch gegen den Geber machen werde. Es entsprach nur diesem Geiste, wenn in jener Zeit französische und russische Generale öffentliche Verbrüderungsszenen auf deutsche Kosten aufführten. Es ist hier nicht der Ort und es fehlt der Raum für eine ausführlichere Darstellung der Gründe, welche die Nachfolger Fürst Bismarcks veranlaßten, von einer Erneuerung des Geheimvertrages abzusehen. Das ist anderwärts geschehen. Wohl aber darf hier Verwahrung gegen die Charakterisierung eingelegt werden, die Baron Taube dem bei der Gelegenheit beobachteten Verfahren der deutschen Regierung in der oben angedeuteten Weise angedeihen läßt. Es ist zwar richtig, daß Kaiser Wilhelm dem russischen Botschafter Grafen Schuwalow in einer Unterhaltung (vom 21. März 1890) seine Bereitwilligkeit, den Vertrag zu verlängern, erklärt hat. Diese Zusicherung ist aber ohne Vorwissen des Kanzlers von Caprivi und des Auswärtigen Amts erfolgt, und als nun zwei Tage später diese Behörden sich

in einer Konferenz gegen die Verlängerung des Vertrages aussprachen, hat der Monarch den Vorstellungen des Reichskanzlers nachgegeben und sich mit der Lösung einverstanden erklärt. Hiervon ist sowohl dem Grafen Schuwalow als auch dem deutschen Botschafter in Petersburg behufs Mitteilung an Herrn von Giers sogleich Kenntnis gegeben worden. Nebenbei bemerkt, hat der von Herrn von Taube angeführte Vertrag der beiden Souveräne in Björkoe ein ganz ähnliches Schicksal erlitten. Wo angesichts dieses berechtigten Eingreifens der für die auswärtigen Geschäfte verantwortlichen Organe eine Doppelzüngigkeit vorliegen soll, ist unerfindlich. In diesem Sinne ist auch die Sache weder vom Zaren noch von seinem ersten Minister aufgefaßt worden. Die wenige Wochen darauf erfolgte mehrtägige Begegnung der beiden Monarchen und ihrer Minister konnte darüber keinen Zweifel lassen.

Da Baron Taube in seiner Ausführung mich persönlich als Mitwirkenden bei der Konferenz benennt, darf ich noch hinzufügen, daß ich, wie aus meinem später schriftlich abgegebenen Gutachten ersichtlich, der einzige gewesen bin, der sich damals aus taktischen Gründen für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit Rußland ausgesprochen hat. Es mußte vor allem die Veröffentlichung des streng geheim gehaltenen Vertrages erzielt werden, ohne die er seine Wirkung auf die öffentliche Meinung völlig verfehlte. Aber gerade hierzu war Alexander III. nicht zu bewegen, während Fürst Bismarck wiederholt seine Geneigtheit ausgesprochen hatte.

Pashitch attempted denial of Ljuba Jovanovitch charge.[1]

Von Edith Durham.

M. Pashitch is celebrated for his silence. Possibly he is aware that when he speaks he makes matters worse.

That he would have ever replied Ljuba's notorious article is improbable had he not been forced to speak by Professor Seton-Watson's entreaties that he should prove Serbian government innocence.

What was poor M. Pashitch to do? He delayed for two years. But Professor Seton-Watson continued to entreat.

[1]) *This article has been written before Pashitch died. The editor.*

And Pashitch spoke. His speech was not the speech of an innocent man. As reported it was confused and wandering. He did not say in a few words „I knew nothing of this plot".

According to „Politika Ap 26/26". „Herr Pashitch erklärt weiter, daß ihn ausländische Korrespondenten gefragt hätten, ob er gewußt habe, daß der österreichische Thronfolger ermordet werden würde. Er habe das zurückgewiesen". It is important to note that Pashitch does not here say that he did not know that there was a plot to murder the Archduke. All that he states is that he did not know that the Archduke would be murdered.

Naturally he could not know that the plot would succeed. Of the many assassination plots that have been made, fortunately but a small proportion succeed.

Having thus cleverly avoided an admission of guilty knowledge he then foolishly makes a very damning admission the importance of which must not be overlooked.

„Herr Pashitch behauptet, daß er, sobald er aus Bukarest (1913) zurückgekehrt sei, der Narodna Odbrana empfohlen habe, nichts gegen Österreich zu unternehmen, da es gefährlich sei."

Here Pashitch clearly shows that he fully aware that work was being carried in in Serbia of such a nature that he himself calls it „gefährlich". He admits that a whole year before the attentat he knew what was going on. Yet he confined himself with a mere warning, took no steps to warn the more dangerous „Black Hand" and when the murder was accomplished made no arrests at all.

This admission by Pashitch shatters Professor Seton-Watsons theory that he was unaware of the „subterranean work" that was going on.

A further fact is of some interest. Professor Seton-Watson casts doubt on Ljuba Jovanovitch' knowledge of the plot against the Archduke, because after the murder of King Alexander in 1903. Ljuba had said that he had had knowledge too of this plot. This says the Professor was impossible. But as at least half Serbia knew that sooner or later an attack of some sort would be made on the King, Ljuba was in the centre of things cannot have been ignorant of it.

In the summer of 1902 when I was in Kragujevatz and was completely ingorant of Serb politics, I fell into the hands of some supporters of the Karageorgevitches. They told me that the King would be given yet another chance. He would be asked to divorce Draga and marry suitably. If he refused, he would be put off the

throne. I was asked to write to the English newspapers in favour of the Karageorges. I was told that „something" would certainly happen. That the "something" would be wholesale murder, I did not for a moment imagine.

But when I received the news next year in Cetinje it did not at all surprise me and I at once informed the British and Italian Ministers of what I had learnt the year before.

As the Serbs talked thus freely to a mere tourist it is in the highest degree improbable that Ljuba Jovanovitch should have been ignorant that „something" would happen.

That „something" would happen was known in Montenegro seems probable. I ascertained through an employé in the Cetinje postoffice that just before the crisis a quantity of cypher telegrams had streamed in from Belgrade.

Finally if Ljuba Jovanovitch was a well known liar and boaster as Professor Seton-Watson would have us believe 1. why has he been allowed to hold so many and such important positions in the Government? Why above all has he been Minister of Education? 2. Why does Professor Seton-Watson so strenuously support a party and a Government which for something like a generation has chosen this man as one of its leaders?

All true friends of the Serbs wish to see them under better and more honest government than they have hitherto enjoyed.

„Vor dem Angesicht Europas."[1])

Von Dr. E. S. Sihler,
Professor Emeritus der Universität New York.

Wenn ich diesen bedeutenden Band durch die Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" Deutschland und ganz Europa vorlege, so brauche ich kaum auf das frühere glänzende und der Sache auf den Grund gehende Werk desselben Verfassers hinzuweisen, das die Maske vom Gesicht der Unchuldsheuchler westlich des Rheins fortriß: „Laßt Frankreich erklären."[2])

[1]) *Deutsche Übersetzung des Buchtitels „Facing Europe" von Frederick Bausman, The Century Co., New York, 1926. Die Schriftleitung.*

[2]) *„Und Frankreich?", Wieland Verlag, München 1923. Die Schriftleitung.*

Im vorliegenden Bande kreuzt der hervorragende Jurist die Meerenge von Dover nach Großbritannien, dem Lande seiner Ahnen mütterlicherseits. Man kann offen sagen, welche nachsichtige oder sympathische Auffassung der Richter Bausman früher von den Kriegsmachern oder dem Kriege Zustimmenden aus Nr. 10 Downing Street auch hatte — sie hat sich vollkommen verflüchtigt oder ist verschwunden wie ein Nebel vor den Sonnenstrahlen schärferer Durchdringung und tieferer Einsicht. Solange dieses Bündel von Ungeheuerlichkeiten, der sogenannte Vertrag von Versailles, mit seinem Paragraphen 231 bleibt und angeführt wird, kann weder moralische Gesundheit noch irgendeine Form politischer Gesundung möglich sein. Denn dieser Paragraph 231 ist das eiternde Geschwür Europas; meiner Meinung nach ist er eine Lüge.

Die starke Anhäufung von Dokumenten und darauf beruhenden Thesen, die der bedeutende kanadische Jurist Sir John Ewart, K. l., den Wahrheitssuchern der Welt in seinen „Die Wurzeln und Ursachen der Kriege 1914—1918", veröffentlicht 1925, gab, erhält hier eine Ergänzung von besonderer Kraft.

Richter Bausman zitiert natürlich nicht so viel — es ist nicht länger notwendig; Iswolski, Sasonow und andere haben alles gesagt — nein, die Kapitel Bausmans sind Reihen von scharfen Abhandlungen, zugespitzt, oft mit einer Schärfe geschrieben, die psychologisch verständlich ist, wenn wir uns über den ernsten Wechsel in den tieferen Überzeugungen des Verfassers klar werden, der früher so nachsichtig und mitfühlend war, wenn er sich mit Sir Edward Grey und seinen Helfershelfern in der Tragödie Europas befaßte. Und es ist diese veränderte Haltung des Richters Bausman, die das Werk doppelt interessant macht. Um eine tiefe und sich immer mehr vertiefende Überzeugung des Schreibers dieses vorauszuschicken: Der Krieg, der lange infolge der sich widersprechenden Interessen der beiden Mächtegruppen in Europa drohte, brach schließlich aus. Warum? Weil die Regierung Asquith, Grey & Co. und Churchill, vom alten Admiral John Fisher beeinflußt, überzeugt war, daß jetzt die Zeit gekommen sei, „die deutsche Drohung" zu zerstören, was immer das in der britischen Vorstellung bedeutete, Bedrohung der Marine und des Welthandels: die Zeit war gekommen, mit den Myriaden der Romanoff-Kosaken, die den Weg nach Konstantinopel auf dem Umwege über Berlin suchten, wo sie ihre Pferde in der Spree tränken würden, während Joffre in Paris am 2. August 1914 in seinem ersten Tagesbefehl in großen Zügen folgendes sagte: „Diesmal werden wir die verlorenen Provinzen bekommen: aber das ist das weniger wichtige; wir gehen in diesen

Krieg um Rache zu nehmen!“ Der Schreiber dieses las dies, an der Seine, am obenerwähnten Tage. Die Welt von Amerika hatte damals noch keinerlei Kenntnis von der Tatsache, daß die Generalstäbe von London und Paris dauernd seit Januar 1906 „Unterhaltungen“ — welch unschuldige Bezeichnung! — abgehalten hatten, wie sie Deutschland eines Tages gemeinschaftlich bekämpfen könnten; ebenso die militärischen Sachverständigen von der Seine und von der Newa. Kein Krieg in der ganzen Geschichte war je sorgfältiger und vorsichtiger vorbereitet: während Deutschland, nur unvollkommen von der vielsprachigen Donau-Monarchie, einem sich zersetzenden Körper, unterstützt, wußte, daß es bestenfalls den status quo aufrechterhalten konnte. Die Entente, von den Italienern bereitwillig unterstützt, hatte geheime Beutepläne auf drei Kontinenten. Wie diese Verbündeten die Kühnheit haben konnten, in Washington im Mai 1917 im Sitzungssaal unseres Senats mit Salbung zu behaupten, sie führten einen Krieg für „Demokratie und Zivilisation“, während ihre Taschen sich geradezu mit Geheimverträgen aufbauchten und ihre Gürtel die Skalpe Marokkos, Egyptens, Koreas, der heldenhaften Buren und von Tripolis trugen — all dies hat dem Schreiber dieses oft zu denken gegeben.

Der Paragraph 231 wurde nach meiner Meinung in den „Vertrag von Versailles“ eingesetzt, um die leidenden Völker der Entente um der langen Dauer und der furchtbaren Erfahrungen willen, die der Krieg mit sich brachte, zu trösten. Ein promptes Trafalgar in der Nordsee wurde von der englischen Admiralität [3]) erwartet, während die Franzosen, Russen und Haldanes 160 000 Mann zu gleicher Zeit auf Berlin marschierten. Tannenberg war etwas, das nicht in den Kriegsplänen der Entente stand. Niemand konnte eine solche Vorahnung haben.

Aber wir müssen uns nun „Vor dem Angesicht Europas“ zuwenden, und anstatt über das Buch zu sprechen, werde ich den Lesern dieser Monatsschrift einen Dienst leisten, indem ich charakteristische oder glänzende Sätze aus dem Werk hier wiedergebe. —

---

[3]) Siehe „Die Gefahren der Amateur-Strategie“ von Generalleutnant Sir Gerald Ellison, mit einem Vorwort von Viscount Esher, 1926, Longmans, Green & Co., Seite IX und S. 4: „Um 1908 konnte man wahrheitsgemäß sagen, daß 88 Prozent der britischen Geschütze auf Deutschland gerichtet waren. Die deutsche Hochseeflotte und ihre Häfen waren jetzt unser wichtigstes Operationsziel. Die verächtliche Übergabe der deutschen Marine am 20. November war der krönende Triumph einer seit 1904 unbarmherzig und erbarmungslos durchgeführten Politik.“ Der Geschichtsstudent wird nun sehen, daß Haldanes Besuch in Berlin im Februar 1912 lediglich eine „schöne Geste“ war.

Aus Kap. I. „Unsere gefährlichen Freunde", S. 13: „Wilson hatte recht, wenn er wiederholt bemerkte, daß der verflossene große Krieg seinen Ursprung im Handelswettbewerb hatte." — S. 14: „Während zweihundert Jahren hat Großbritannien Europa absolut beherrscht, weil es durch seine übermächtige Flotte jedes Land ohne die Notwendigkeit eines Einmarsches ruinieren konnte." — S. 18: „Zuletzt füllten sich die siegreichen Alliierten zwar nur mit den erreichbaren Geldentschädigungen, aber mit unschätzbaren Gebietsaneignungen voll, von denen wir keinen Anteil erhielten, Aneignungen, um die sie im geheimen verhandelten und die sie vor uns verbargen, bis sie uns unwiderruflich in den Krieg verwickelt hatten." Von Kap. II: „Was unsere Bundesgenossen sich aneigneten." S. 31: „Wie wir oben bemerkt haben, ist es nicht leicht zu ersehen, auf welche Weise der Zar von Rußland mit seinem verderbten Despotismus die Schlachten unserer Demokratie oder anderer freier Völker schlug." S. 33: „Einer der Gründe, warum Rußland das erste Land war, den Krieg unvermeidlich zu machen, indem es den österreichisch-serbischen Streit zu einem europäischen erweiterte und selbst zuerst die allgemeine Mobilmachung befahl. Rußland wollte den Krieg, weil es die Meerengen haben wollte. Was Großbritannien anlangt, war seine erste Notwendigkeit, Deutschland zu zermalmen." S. 35: „Wenn diese (die geheimen Verträge) ehrliche Verträge waren, so war kein Grund, warum sie nicht hätten bekanntgemacht werden sollen, sicherlich kein Grund, warum sie nicht der Regierung der Vereinigten Staaten im voraus hätten bekanntgegeben werden sollen. Ehrliche Verträge waren sie jedenfalls nicht." S. 44: „Großbritannien hat niemals einen großen Handelskonkurrenten geduldet, und es ist eine merkwürdige Tatsache, daß einer seiner Freunde immer aus einem oder anderen Grunde mit diesem Konkurrenten in Krieg gerät." Aus Kap. III „Welt-Britannien", S. 49: „Ihre vorteilhaften Annektierungen, Eroberungen und Protektorate sprechen sie (die Briten) sogar heilig. Wenn sie zur Themse unermeßliche Schätze zurückbringen" . . . . . „so ist es ein Opfer, das sie zum besten der Welt gebracht haben. Was könnte amüsanter sein, als daß Kipling all die Ausbeutung halbzivilisierter Völker die „Last des weißen Mannes" nennt? In keinem anderen modernen Staate würde diese Lüge in Versen jemandem in den Kopf gekommen sein, nicht einmal einem Dichter." S. 53: „Unter den Eigentümern britischer Zeitungen war keiner so mächtig wie Northcliffe oder so voll von Haß gegen Deutschland. Nachdem er erst den britischen Stiefelabsatz den Buren in den Nacken gesetzt hatte und ganz Südafrika unter die Macht seines Landes gebracht

hatte, vereinigte er seine ganze Bitterkeit auf die verwandte Rasse der Teutonen.“ Aus Kap. IV „Die Propaganda der Alliierten“, S. 68: „Um uns in den Krieg zu ziehen, erfanden sie zahllose Scheußlichkeiten, um uns aufzustacheln, während sie ihre Geheimverträge verbargen, riesige Teile der Welt zu verteilen.“ S. 70: „Man merke sich, daß der Mörder der Wahrheit in Großbritannien, wer er auch gewesen sein mag, an der Spitze der ganzen Propagandaabteilung bei der Auswahl eines amerikanischen Agenten den gesunden Menschenverstand hatte, nicht einen Journalisten sondern einen Romanschreiber anzustellen.“ S. 77: „Nach zwei oder drei Jahren dieser Sintflut von falscher Information war in den Vereinigten Staaten ein solcher Geisteszustand geschaffen worden, daß wir in einen Krieg gezogen werden konnten, den die große Masse des Volks wirklich nicht wünschte, den sie in dem großen Volksentscheid der Wahl von 1916 verwarf“[3]). S. 85: „Es gab nichts anti-deutsches, das wir nicht glaubten; nichts war so töricht, daß es nicht geglaubt worden wäre.“ S. 89: „Morel war ein Held in London, als er die Unmenschlichkeit Leopolds von Belgien enthüllte, ein Verräter, als er erklärte, Deutschland sei nicht allein für den augenblicklichen Krieg zu tadeln.“ S. 93: „Um zusammenzufassen, der ist ein kühner Mann, der behaupten will, daß, wenn die Vereinigten Staaten im Jahre 1917 gewußt hätten, was wir jetzt über die Ursachen des Krieges und die Zwecke der Alliierten wissen, wir jemals in den Kampf eingetreten wären; und so können wir wohl unsere ehemaligen Freunde, die mit der Zahlung ihrer Schulden an uns zurückhalten, fragen, welches Recht sie haben, Tugenden, die den unseren überlegen sind, zu beanspruchen, und warum sie uns frömmelnd mitteilen, daß es wirklich unser Krieg war, den sie kämpften, warum sie uns belogen, wofür sie kämpften, und warum sie eine Menge Propagandisten zu uns sandten, um zu verheimlichen, zu erfinden und falsche Angaben zu machen.

Was das Kapitel V „Die Ursachen des Krieges“ anlangt, so stehen wir natürlich auf festestem Grund, mit einem unzähligen Chor von Zeugen — von denen Iswolski selbst ganz allein in der vordersten Reihe steht. Ich will mich hier auf eine Äußerung Wm. McDonalds beschränken, eines bekannten Schriftstellers und Sachverständigen, der von Herrn Richter Bausman auf S. 102 angeführt wird, und den ich ein wenig ausführlicher aus seiner Besprechung in den New York Times vom 18. Juli 1926 zitieren will: „Wir kennen jetzt ziemlich genau die Geschicke der schicksalschweren Wochen, die zwischen Serajewo und der Kriegserklärung lagen, und eine ganze Menge von den diplomatischen Manövern, die ihr unmittelbar

vorausgingen, und was darüber bekannt ist, hat die Propaganda und die Propagandisten der Kriegsperiode ohne einen Lumpen gelassen, um damit ihre Nacktheit zu verbergen." Das amerikanische Werk Northcliffes kracht und stürzt zusammen. — S. 115: „Der Krieg entstand zweifellos aus Großbritanniens Furcht vor und Eifersucht auf Deutschland, das schnell in den englischen Handel auf der ganzen Welt eindrang." Aber das stärkste Kapitel in dem ganzen Buch, auch das für die äußerst feine Ader politischer Satire des Verfassers charakteristischste ist Kapitel VII, das von Sir Edward Grey handelt. Ich zitiere aus dem einleitenden Absatz auf Seite 134: „Gelassen im Ausweichen, peinlich genau in falschen Behauptungen, ganz offen im Verheimlichen, beobachtete Sir Edward Grey stets eine gewisse Gottesfurcht bei aller Gerissenheit, während er sich über die unangenehmen Folgen seiner eigenen wohlüberlegten Schritte zu grämen schien." — — — „Das schlimmste, was er je tat, war seine Memoiren zu schreiben." — — — „Da diese Behauptung so viel mit der Außenpolitik unseres Landes in ihrer kritischsten Zeit zu tun hat, so ist es angebracht, eine umfassende Darstellung von ihm zu geben." S. 136: „Sir Edward g i n g (meine Betonung) während seiner Amtsperiode heimlich äußerst ernste militärische Verpflichtungen mit Frankreich und Rußland ein ohne Wissen des Parlaments und sogar ohne Wissen einer Mehrheit des Kabinetts." Dann äußert sich Richter Bausman über den Grey-Cambon-Brief vom 22. November 1912 auf S. 138 wie folgt: „Pläne der Generalstäbe? Das britische Volk wußte nichts von solchen gemeinsamen Plänen, und Grey, wie wir sehen werden, beschloß, daß es nicht wissen sollte, daß solche existierten, ehe sich das Land tatsächlich im Kriege befand; denn als er dieses Dokument dem Parlament am Vorabend des Krieges vorlesen mußte, ließ er den Satz aus — (den entscheidenden)". S. 145: „In Sir Edward Greys Buch steht eine von ihm gemachte Behauptung, die man als nichts geringeres als eine Lüge bezeichnen muß. Wenn dies vor ein paar Jahren geäußert worden wäre, so hätte man es lediglich als einen in der Leidenschaft oder den Nachwehen des Krieges gemachten Ausruf angesehen, wenn er aber heute sagt: „Deutschland führte den Krieg überstürzt herbei, und sagte Österreich, daß es als Verbündeter sich seiner Pflicht nicht entziehen könne" (Memoiren I, 322), so sagt er etwas, wofür die vereinigte Stimme der Forscher ihn schroff verdammen muß." — — — — Auf derselben Seite 145: „Poincaré, obwohl durch die Enthüllungen der Iswolki-Korrespondenz zur Verzweiflung gebracht, hat nicht die Kühnheit zu bestreiten, daß die Deutschen in den letzten fünf Tagen sich aufs äußerste um den

Frieden bemühten." S. 146: „Grey's Haltung zeigte auf die Dauer, daß der Mann im Herzen einer von Northcliffe's Imperialisten war." — S. 148: „Kurz, wenn von diesem Außenminister je etwas getan worden ist, den Deutschen guten Willen zu zeigen, oder etwas unterlassen wurde, äußerste Bereitschaft zur Förderung französischer und russischer Pläne zu zeigen, so verzeichnen die Geschichte und seine eigenen Memoiren nichts davon." — S. 154: „Es ist unmöglich, dieses Kapitel über den Mann zu schließen, der uns mit Page, Northcliffe und House in den Krieg hineinmanövrierte, ohne weiter aus seinem eigenen Buch zu illustrieren, wie sehr Heuchelei ein Teil seiner eigenen Natur war." (Herr Richter Bausman fährt dann fort und erinnert daran, wie die Alliierten auf der Unabhängigkeit und Neutralität Griechenlands herumtrampelten.)

Bausman's Behandlung Wilson's ist so vornehm, wie nur möglich, aber er macht wiederholt geltend, daß Wilson in seinen allerkritischsten Entschlüssen durch Sympathien schwankend gemacht wurde, die sich aus seiner Abstammung ergaben. Die Behandlung des Obersten House ist bei weitem schärfer. Wir müssen uns hier auf zwei Zitierungen beschränken: am 29. Mai 1914 (man beachte das Datum) schrieb House von der amerikanischen Botschaft in Berlin an Wilson in Washington privat, persönlich und direkt: „Sobald England seine Zustimmung gibt, werden Frankreich und Rußland gegen Deutschland und Österreich vorrücken. England wünscht nicht, daß Deutschland ganz zermalmt wird, denn dann würde es mit seinem alten Feinde Rußland zu rechnen haben."

Ich muß am Schlusse dieser höchst unvollständigen Besprechung eines äußerst bedeutenden und aufklärenden Buches mit einem wichtigen Punkt schließen, den tiefes Studium von mehr als zwölf Jahren immer tiefer in meine Überzeugung eingehämmert hat. Es ist der Punkt des Kampfes um die Handelsvorherrschaft, der um viele Jahre der Marokko-Affäre voranging und dem Streben des russischen Bären, mit englischer und französischer Hilfe seine „historische Mission" in den Dardanellen zu erfüllen. — Wir wollen zu dem Jahre des großen Jubiläums der Königin Victoria, 1897, zurückgehen. In diesem Jahre, am 11. September, veröffentlichte die „Saturday Review" einen Leitartikel, den kein Student der modernen Geschichte übersehen oder als bedeutungslos betrachten sollte. Herr Richter Bausman zitiert einen Teil davon auf Seite 116, mit dem ich diese Besprechung schließen will. — Der Verfasser leitet den Auszug folgendermaßen ein: „Oft zitiert, verdient er wieder zitiert zu werden. Er beschreibt eine Lage, in der sich Großbritannien jetzt befindet:

„England mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Angriffe, mit seiner wunderbaren Überzeugung, daß es in Verfolg seiner eigenen Interessen leicht unter den Nationen verbreitet, und Deutschland, Bein von demselben Bein, Blut von demselben Blut, konkurriert in jeder Ecke des Erdballs — — — Wenn Deutschland morgen ausgelöscht wäre, so ist übermorgen nicht ein Engländer in der Welt, der nicht umso reicher sein würde. Nationen haben Jahre lang um eine Stadt oder ein Nachfolgerecht gekämpft: müssen sie nicht um zweihundertundfünfzig Millionen Pfund jährlichen Handels kämpfen?“

Kriegsschuldfrage und internationaler Gerichtshof.

Von Prof. Dr. Frhr. von Freytagh-Loringhoven.

Die Schritte, die bisher von amtlichen Stellen unternommen worden sind, um eine förmliche Beseitigung der Versailler Kriegsschuldthese herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Aus dieser Sachlage erwächst von selbst die Frage, ob nicht ein anderer Weg als der der diplomatischen Erklärungen und Proteste günstigere Aussichten bietet und ob nicht insbesondere die nun erlangte Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbunde in dieser Richtung ausgewertet werden kann.

Diese Frage ist zu bejahen. Es besteht tatsächlich die Möglichkeit, nachdem Deutschland jetzt dem Völkerbunde beigetreten ist, einen Spruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofs über die Frage der Kriegsschuld herbeizuführen.

Der Ständige Internationale Gerichtshof, der nicht mit dem alten Haager Schiedshof verwechselt werden darf, wurde im Dezember 1920 vom Völkerbunde errichtet. Er hat seinen Sitz im Haag und wird aus elf ordentlichen und vier Ersatzrichtern gebildet, die vom Rat und von der Versammlung zu wählen sind. Präsident ist gegenwärtig der Schweizer Rechtsgelehrte Huber, Mitglieder sind die bekanntesten Juristen der ganzen Welt. Seine Praxis erstreckt sich nun bereits über mehr als vier Jahre, in deren Verlauf er sieben Urteile gefällt und zwölf Gutachten abgegeben hat. Sowohl diese als jene halten auch der kritischsten Nachprüfung stand. Gewiß wird man in dem einen oder anderen Falle abweichender

Meinung sein können. Aber immer wird man vorbehaltlos zugeben, daß die Stellungnahme des Gerichtshofs wohlbegründet und — darauf kommt es hier vor allem an — streng unparteilich und frei von jeder politischen Rücksichtnahme ist. Man wird insbesondere nicht übersehen, daß der Gerichtshof keine Scheu davor gezeigt hat, sich über politisch gefärbte Wünsche des Rats hinwegzusetzen, die mit den Forderungen der Gerechtigkeit nicht zu vereinigen waren. Er will nicht Politik treiben, sondern Recht sprechen [1]).

Unter diesen Umständen dürfen wir dem Gerichtshof volles Vertrauen entgegenbringen, dürfen wir auf eine unparteiliche Entscheidung auch der Kriegsschuldfrage rechnen. Und wir dürfen weiter darauf bauen, daß das unbestrittene Ansehen, das er in der Welt genießt, seinem Spruch Geltung schaffen wird.

Nun bestehen aber in der Öffentlichkeit Zweifel darüber, ob die Frage der Kriegsschuld vor den Gerichtshof gebracht werden kann. Es wird einerseits darauf hingewiesen, daß er nur auf Ansuchen des Völkerbundes oder beider Parteien in Tätigkeit treten kann, andererseits darauf, daß er bloß über Rechtsfragen zu entscheiden hat, die Kriegsschuld aber des rechtlichen Charakters entbehrt.

Tatsächlich bestimmt Art. 14 der Satzung des Völkerbundes, daß der Gerichtshof erstens über die ihm von den Parteien auf Grund beiderseitigen Einverständnisses unterbreiteten internationalen Streitfragen zu befinden und zweitens über die ihm vom Rat oder von der Bundesversammlung vorgelegten Streitfälle oder sonstigen Fragen gutachtliche Äußerungen zu erstatten habe. Es bedarf keines Beweises, daß weder der Rat noch die Versammlung geneigt sein werden, ein Gutachten über die Schuldfrage einzuholen. Das kommt um so weniger in Betracht, als ein dahingehender Beschluß einstimmig gefaßt werden müßte. Ebensowenig darf man erwarten, daß einer unserer Kriegsgegner sich bereitfinden könnte, im Einverständnis mit uns den Gerichtshof um eine Entscheidung zu ersuchen. Selbst wenn es gelingen sollte, auf diplomatischem Wege einen der Staaten, die nur gezwungen in den Krieg eingetreten sind, dazu willig zu machen, dürfte die Entente dem mit so starken Druckmitteln entgegenwirken, daß es zur Ausführung dieser Absicht nicht kommen würde. Auch würde der Prozeß in solchem Falle vor der Öffentlichkeit zu einem abgekarteten Spiel gestempelt und das Urteil im voraus, trotz der Autorität des Gerichtshofs, entwertet werden.

---

[1]) Näheres über den Gerichtshof und seine Praxis siehe in meinem Kommentar zur Satzung des Völkerbundes, S. 152 f., 316 f.

Es muß also ein Weg gefunden werden, der Deutschland gestattet, den Gerichtshof unabhängig von der Zustimmung der Gegenpartei anzurufen, und zwar auf einer Grundlage, aus der sich für diese ein Zwang ergibt, Rede und Antwort zu stehen, juristisch gesprochen, sich auf den Prozeß einzulassen.

Ein solcher Weg besteht in der Tat. Am 16. Dezember 1920 ist ein besonderes Kollektivabkommen errichtet worden, dem jedes Mitglied des Bundes beitreten kann. Es wird als disposition facultative bezeichnet. Die Staaten, die ihm beitreten, unterwerfen sich dadurch der Gerichtsbarkeit des Ständigen Gerichtshofs für bestimmte Streitfälle, die in dem Abkommen aufgezählt werden, und zwar so, daß jeder der beigetretenen Staaten befugt ist, den anderen vor Gericht zu fordern, auch ohne daß dieser für den Einzelfall sein Einverständnis dazu geben müßte. Deutschland braucht somit nur der disposition facultative beizutreten, und es erhält die Möglichkeit, gegen seine Kriegsgegner, soweit sie das gleiche getan haben, vor dem Gerichtshof Klage zu erheben. Freilich muß dabei eines hervorgehoben werden: von den sogenannten Hauptmächten hat keine die disposition facultative angenommen. England, Frankreich, Japan, Italien können wir also ohne ihr Einverständnis nicht belangen, geschweige denn Nordamerika, das weder zum Völkerbunde, noch zur Haager Gerichtsgemeinschaft gehört. Wir müßten uns vielmehr an diejenigen unserer Kriegsgegner halten, die der disposition facultative beigetreten sind. Das sind Belgien, Brasilien, Portugal und Uruguay. Gegen diese Staaten oder gegen einen von ihnen also müßten wir die Klage anstrengen. Das wäre gewiß weniger eindrucksvoll, als wenn wir eine der Hauptmächte vor Gericht lüden. Aber das steht nicht in unserer Macht. Wir können sie nur auffordern, sich mit einer Anrufung des Gerichtshofs einverstanden zu erklären. Lehnen sie das, wie zu erwarten ist, ab, so bleibt uns nur übrig, von den Möglichkeiten der disposition facultative Gebrauch zu machen und den Prozeß gegen Belgien oder einen der anderen Gegner zweiten Ranges zu führen. Darüber hinaus können wir die Großmächte noch ersuchen, als Nebenintervenienten in den Prozeß einzutreten. Unterlassen sie auch das, so kann uns auch der Böswilligste nicht den Vorwurf machen, als hätten wir uns Gegner ausgesucht, die uns nicht gewachsen sind. Der Spruch aber wird die Hauptmächte zwar formell nicht binden. Moralisch jedoch wird er auch ihnen gegenüber alle Geltung haben, die das Urteil eines Weltgerichtshofs von höchstem Ansehen zu besitzen vermag. Und das wird auf die Dauer nicht ohne praktische Auswirkung bleiben.

Der Gerichtshof kann somit von uns einseitig angerufen werden. Es bleibt aber die Frage, ob er sachlich zuständig ist.

Nach der disposition facultative hat der Ständige Gerichtshof u. a. über Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, die eine Frage des Völkerrechts betreffen. Gehört die Frage der Kriegsschuld hierher oder trägt sie, wie oft behauptet worden ist, nicht rechtlichen, sondern moralischen Charakter?

Die Antwort ergibt sich aus Art. 231 des Versailler Vertrages. Hier wird die Verantwortung Deutschlands für den Ausbruch des Krieges zur Grundlage der Entschädigungsforderungen der Verbündeten gemacht. Solche Forderungen aber können anerkanntermaßen nur auf rechtlichen und nicht auf bloß moralischen Verfehlungen aufgebaut werden. Dieser Grundsatz gilt im innerstaatlichen Recht ebenso wie im Völkerrecht. Die Auferlegung einer Entschädigungspflicht ist somit gleichbedeutend mit der Behauptung rechtswidriger Handlungsweise von seiten Deutschlands. Folglich kann am rechtlichen Charakter der Kriegsschuldfrage nicht gezweifelt werden, und ein Streit um sie ist eine Rechtsstreitigkeit, die eine Frage des Völkerrechts betrifft, nämlich die Frage, ob Deutschland sich beim Kriegsausbruch gegen das Völkerrecht vergangen hat.

Auch die sachliche Zuständigkeit des Gerichtshofs ist somit gegeben, und es bleibt nur die leicht zu lösende technische Frage, wie der Erörterung über die Schuldfrage der Charakter eines Streits im eigentlichen Wortsinne aufzuprägen ist.

MONATSBERICHT.

DEUTSCHLAND.

Die Kriegsdokumente des Foreign Office. Von Dr. Kurt von Stutterheim.

„Berliner Tageblatt", 11. Dezember 1926, Nr. 584.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes" gibt eine eingehende Darstellung der Bedeutung der englischen Dokumente, deren Erscheinen vom deutschen Standpunkt auf das Lebhafteste zu begrüßen sei: „Das, was wir erstreben müssen, ist, daß Geschichte an die Stelle der Propaganda gesetzt wird, wobei Propaganda auf

beiden Seiten gemeint ist.“ Der Verfasser kommt dann auf die Rolle Greys zu sprechen und sagt:

„Es wirkt tragisch, zu sehen, wie sich so einige Tage, bevor die allgemeine gegenseitige Beschimpfung begann, die leitenden Staatsmänner der Welt gegenseitig bekundeten, ‚das Beste zu wollen‘. Das Unglück war, daß sie nicht stark genug waren, das Beste zu tun. Auch Grey war, wenn er wirklich den Frieden wollte, nicht der geeignete Mann, ihn zu schaffen. Ja, diese ewige reservatio mentalis, mit ihrer Folgeerscheinung, die Furcht vor dem Unbekannten zu wecken, bildete vielleicht eines der stärksten Gefahrenmomente des Jahres 1914.“

Die englischen Kriegsdokumente.

„Vossische Zeitung“, 1. Dezember 1926, Nr. 568.

Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ sagt am Ende seiner Berichterstattung:

„Als englische Kriegsschuldige stehen heute angeprangert: Greys Charakterschwäche, bedingt durch neurasthenische Veranlagung, und der eiserne Wille der beiden Erben von Eduards Politik Nicolson und Crowe, das politische System des großen Diplomatenkönigs gegen dessen letzte Intensionen, die demnächst enthüllt werden, einer Machtprobe auszusetzen.

Der Dokumentenband erhöht Englands Anteil an der moralischen Gesamtschuld aller europäischen Nationen an dem Ausbruch des Weltkrieges.“

Die englischen Vorkriegsakten. Lord Grey und Rußland.

„Germania“, 4. Dezember 1926, Nr. 565

und

Sir Eyre Crowe.

„Germania“, 8. Dezember 1926, Nr. 570.

Der Londoner Korrespondent der „Germania“ beginnt in diesen beiden Aufsätzen eine Analyse der englischen Aktenpublikation und berücksichtigt dabei besonders das Echo, das die Veröffentlichung in England gefunden hat.

Die englischen Dokumente. Englands Mitschuld am Weltkrieg. Von Graf Max Montgelas.

„Münchener Neueste Nachrichten“, 14. Dezember 1926, Nr. 345.

Graf Montgelas stellt fest, „in wie hohem Maße das Blaubuch 1914 durch Verschweigen wichtiger Vorgänge die öffentliche

Meinung zugunsten der Entente beeinflußt hat . .“ Montgelas behandelt dann eingehend die Schwenkung der englischen Auffassung am Abend des 24. Juli und hebt hervor, daß England rechtzeitig über die russische Mobilmachung unterrichtet war.

Da Graf Montgelas im Februarheft dieser Zeitschrift eingehend die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch behandeln wird, wollen wir davon absehen, den sehr beachtenswerten Aufsatz hier näher auszuführen.

Die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch. Von Alfred von Wegerer.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 5. Dezember 1926, Nr. 568.

Der Aufsatz enthält eine erste kritische Beurteilung der englischen Dokumente. Über die Beziehungen Englands zu Rußland schreibt der Verfasser:

„In ein besonderes Licht rückt das Verhältnis Englands zu Rußland. Man gewinnt durchaus den Eindruck, daß England die 1907 mit Rußland geschlossene Freundschaft noch nicht für so gefestigt hielt, daß sie einer etwaigen gegensätzlichen Auffassung in der Beurteilung des österreichisch-serbischen Konflikts ohne weiteres hätte ausgesetzt werden dürfen. Bezeichnend hierfür sind besonders die Vermerke von Sir A. Nicolson. Nach seiner Auffassung wird Rußland die Haltung Englands in dieser Krise als einen „Prüfstein“ betrachten. England müsse daher äußerst vorsichtig sein, sich Rußland nicht zu entfremden. Nicolson scheint nicht geringe Angst vor Rußland gehabt zu haben; er sieht in ihm „eine furchtbare (formidable) Macht, und es wird noch weiter erstarken. Wir hoffen, daß unsere Beziehungen zu ihm freundlich bleiben werden“. Headlam Morley, der Herausgeber der ganzen Dokumentenveröffentlichungen, setzt diese Auffassung auch beim Leser voraus, und geht daher in seinem Vorwort auch näher auf die Schwierigkeiten ein, die zwischen England und Rußland vorlagen. Die Grundstimmung der englischen Politik war daher darauf gerichtet, in der Behandlung der österreichisch-serbischen Krise den Gegensatz mit Rußland nicht zu vergrößern, im Gegenteil, die Beziehungen zu Rußland günstiger zu gestalten. England fühlte sich in der Beurteilung der ganzen Frage Rußland gegenüber als durchaus gehandikapt.“

Der heutige Stand der Kriegsschuldlüge. Von Clara Mende, M. d. R.
„Berliner Börsenzeitung", 5. Dezember 1926, Nr. 567.

Der Aufsatz gibt einen sehr klaren Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfragenbewegung in den einzelnen Ländern.

Anfechtbare Geschichtsbehandlung. Von L. Raschdau.
„Tägliche Rundschau", 14. Dezember 1926, Nr. 582.

Raschdau, der letzte noch lebende Mitarbeiter Bismarcks, wendet sich gegen die von Karl Schünemann in einem Aufsatz „Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik" vertretene Auffassung, daß Deutschlands Option von 1890 (die Kündigung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages) das Ende der russisch-deutschen Freundschaft bedeutet und „mit eherner Konsequenz zum Ausbruch des Weltkrieges" geführt habe. Raschdau sagt dazu, daß eine Verbindung zwischen dem Rückversicherungsvertrag und dem Kriegsausbruch eine unvollständige Kenntnis europäischer Geschichte seit 1890 verrate. „Wer so redet" — fügt er hinzu — „vergißt die Anerbietungen, die uns England um die Wende des Jahrhunderts wiederholt gemacht hat, läßt auch die wiederholten Möglichkeiten Rußland gegenüber unbeachtet."

Graf Berchtold schreibt seine Memoiren.
„Berliner Tageblatt", 29. November 1926, Nr. 563.

Wie der Wiener Korrespondent des Berliner Tageblatts mitteilt, beabsichtigt der ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister Graf Berchtold demnächst seine Memoiren herauszugeben.

Nachrufe der deutschen Presse auf Paschitsch.

Anläßlich des Todes des ehemaligen serbischen und jugoslawischen Ministerpräsidenten Paschitsch ist die Bedeutung dieses Staatsmannes in der Vergangenheit und Gegenwart eingehend von der deutschen Presse gewürdigt worden. Dabei war wohl das Bestreben vorherrschend, die Verantwortlichkeit des serbischen Ministerpräsidenten für den Ausbruch des Weltkrieges in diesem Augenblick stark in den Hintergrund treten zu lassen. Nur vereinzelt wird die Kriegsschuld Paschitschs betont. So überschreibt die „Nationalzeitung" (11. Dezember 1926, Nr. 288) in Berlin ihren Nachruf: „Ein Mann, der Millionen Menschen das Leben kostete!" In diesem Nekrolog heißt es zum Schluß: „Dem Verschwörer wurde

jedes fanatische Ideal erfüllt. Er konnte als ein glücklicher Mann sterben. Er konnte sogar vergessen, daß er einer der Hauptschuldigen an dem größten Blutvergießen aller Jahrhunderte gewesen ist."

In der „Kreuzzeitung" (10. Dezember 1926, Nr. 576) heißt es: „Auf Grund seiner anti-österreichischen Einstellung war Paschitsch einer der Hauptkriegstreiber; ob und inwieweit er die Ziele und Absichten der Belgrader Verschwörung, der Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo zum Opfer fiel, unterstützt und sie ihm bekannt waren, wird sich wohl mit absoluter Sicherheit nie feststellen lassen. Jedenfalls war seine Rolle mehr als zweideutig."

Auch die „Frankfurter Zeitung" (11. Dezember 1926, Nr. 921) läßt die Frage offen, wieweit Paschitsch auf den Krieg hingearbeitet hat. Die von dem früheren radikalen Präsidenten der Skupschtina, Ljuba Jowanowitsch, aufgestellte Behauptung, Paschitsch habe um den Plan des Sarajewoer Attentats gewußt, sei von Paschitsch bestritten worden, aber das von einem Teil der Belgrader Presse angekündigte Blaubuch sei bis heute nicht erschienen.

Das „Berliner Tageblatt" (10. Dezember 1926, Nr. 583) schreibt über die Kriegsschuld des serbischen Staatsmannes: „Man weiß, daß das serbische Kabinett, an dessen Spitze er damals stand, in der Lage gewesen wäre, das Sarajewoer Attentat zu verhindern. Man kann vielleicht nicht sagen, daß er zu denjenigen gehörte, die den Weltkrieg gewollt und mit Absicht ausgebrütet haben, aber er gehörte zu denjenigen, die die Lunte brennen sahen und wohl wußten, warum sie es vermieden haben, sie auszutreten. Wie er nie von dem Haß gegen die Obrenowitsch gelassen hat, seit er in jungen Jahren als Mitverschwörer gegen Milan zum Tode verurteilt worden, so leitete ihn immer der Haß gegen Österreich, und es steht fest, daß die Fäden jener panslawistischen Politik, die der Welt das Kriegsunheil bescherte, von Petersburg und Paris über das Belgrader Gesandtschaftspalais des Herrn Hartwig und das Präsidialgebäude des altradikalen Ministerpräsidenten zusammenliefen."

Deutschland und Europa 1890—1914.

Unter diesem Titel ist vor wenigen Wochen ein neues Werk von Dr. Friedrich Stieve im Berliner Verlag für Kulturpolitik erschienen. Die nachstehend genannten Aufsätze stellen Besprechungen dieses Buches dar:

Deutschland und Europa 1890—1914. Von Dr. von Knilling, Bayerischer Ministerpräsident a. D.
„Münchener Neueste Nachrichten", 1. Dezember 1926, Nr. 332.

Deutschland und Europa 1890—1914. Von Dr. E. von Schmidt-Pauli.
„Tägliche Rundschau", 17. Dezember 1926, Nr. 587.

Deutschlands auswärtige Politik von 1890—1914. Von Richard Förster.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 5. Dezember 1926, Nr. 566.

Deutschland und Europa. Von Alfred von Wegerer.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 2. Dezember 1926, Nr. 562.

Deutschland im Spiel der Großmächte 1890—1914. Von August Bach.
„Kreuzzeitung", 28. November 1926, Nr. 536.

Deutschland und Europa. Von Major a. D. Gunther Frantz.
„Deutscher Offizier-Bund", 1926, Nr. 36.

Deutschland und Europa 1890—1914. Ein neues Handbuch.
„Germania" (Berlin), 23. Dezember 1926, Nr. 396.

Die letzte Krisis vor dem Weltkrieg. Aus den neuen Dokumenten des Auswärtigen Amts. Von Alfred von Wegerer.
„Deutsche Tageszeitung", 22. Dezember 1926, Nr. 596.

Auf Grund der letzten Serie der Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amts hat Wegerer die Affäre Liman Sanders, die zur letzten europäischen Krisis vor dem Juli 1914 führte, behandelt. „Wenn die Liman Sanders-Affäre — schreibt der Verfasser — nicht zum Kriege geführt hat, ist dies neben dem Geschick der deutschen Diplomatie, die aus einer schwierigen Lage einen glücklichen Ausweg gefunden hatte, darauf zurückzuführen, daß Rußland ein Mitgehen Englands in dieser Angelegenheit nicht erwarten konnte."

Wie man Deutschland in Sicherheit zu wiegen suchte. Von Alfred von Wegerer.
„Kieler Zeitung", 16. Dezember 1926, Nr. 557.

Der Verfasser gibt auf Grund des letzten Bandes der jetzt vollständig vorliegenden Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amts eine Darstellung der bei der deutschen Regierung und der deutschen diplomatischen Vertretung in London herrschenden Auffassung, welche Stellung England im Falle eines europäischen Krieges einnehmen werde. Der Verfasser geht dabei näher ein auf die militärischen und maritimen Abmachungen, die England 1911 und 1912 mit Frankreich getroffen hatte.

Rußlands geheime Mobilmachung 1914. Von Major a. D. Gunther Frantz.

Frantz macht auf das soeben in Rußland erschienene Werk des zaristischen Generals Sajontschkowski: „Rußlands Vorbereitungen zum Weltkriege" aufmerksam. Frantz weist ferner auf ein interessantes Gespräch hin, das General Palizyn am 31. Mai 1915 mit dem Großfürsten Andrej Wladimirowitsch gehabt hatte und das der Großfürst in seinem Tagebuch aufgezeichnet hat. Der ehemalige Generalstabschef Palizyn sagte dem Großfürsten: „Bedenken Sie doch, was geworden wäre, wenn die Österreicher ihre Truppen geschlossen gegen uns geworfen hätten. Unser Aufmarsch wäre nicht geglückt. Aber sie haben lange nicht geglaubt, daß Rußland den Krieg erklären wird. Unsere Mobilmachung traf sie wie ein Donnerschlag. Aber es war schon zu spät für sie. Auch die Deutschen ließen die ersten Tage vorübergehen. Insgesamt haben wir zwölf Tage gewonnen. Unser Gegner beging in diesem Sinne einen riesigen Fehler und räumte uns gleichzeitig einen nicht zu bemessenden Vorsprung ein."

Zur letzten Phase des Dreibundes. Neue authentische Mitteilungen. Von Ernest Urbas.

Preußische Jahrbücher. Dezember 1926.

Urbas, ehemaliger k. u. k. Konsul, bespricht das soeben erschienene Buch, das der Sohn des letzten italienischen Botschafters am Wiener Hof, der Herzog Karl von Avarna, auf Grund der hinterlassenen Schriften seines Vaters und aus der Erinnerung an mündliche Mitteilungen veröffentlicht hat. (Wir werden auf dieses Werk in einem der nächsten Hefte zurückkommen. Die Schriftleitung.)

Generaloberst von Moltke und der Präventivkrieg. Von Oberstleutnant a. D. Theobald von Schäfer, Oberarchivrat beim Reichsarchiv.

„Deutscher Offizier-Bund", 14. Dezember 1926, Nr. 35.

Wir geben aus diesem sehr aufschlußreichen Aufsatz nachstehende Stelle im Wortlaut wieder:

„Den Gedanken eines Präventivkrieges hat Generaloberst v. Moltke aus innerster Überzeugung heraus stets abgelehnt. Wer einen Blick tut in seine von der Witwe veröffentlichten Erinnerungen und Briefe, dem muß jeder Zweifel schwinden, daß dem so war. Es ist schlechterdings

undenkbar, daß ein Mann von der Wesensart und Weltanschauung des Generaloberſten bewußt auf den Krieg hingearbeitet hätte. Wem solcher Beweis nicht genügt, der vergegenwärtige sich sein Tun und Wirken in den Jahren vor dem Kriege: Wer Krieg führen will, macht sich so stark, daß er eine sichere Überlegenheit über seine Gegner gewinnt. Wie wenig Deutschland das getan hat, ist mit besonders anschaulicher Klarheit in des Kronprinzen Buche „Ich suche die Wahrheit“ geschildert. — Mit solcher Zurückhaltung im Rüsten hat sich der Generalstabschef abgefunden! Als der Krieg ausbrach, war in Frankreich seit Jahren der letzte Mann ausgebildet, die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hatte sich voll ausgewirkt — in Deutschland erfaßte auch die Heeresvorlage von 1913 noch nicht alle Wehrpflichtigen und hatte bisher nur eine einmalige Vermehrung der Zahl der Ausgebildeten um 65 000 Mann gebracht. Erst in zehn Jahren etwa konnte die vermehrte Rekruteneinstellung in der Stärke des Feldheeres voll zur Geltung kommen. 1914 mußte dieses mit einer halben Million Streitern weniger ins Feld rücken, als es nach der Zahl der Wehrfähigen hätte haben können. Und da hätte der Generalstabschef den Krieg wünschen sollen?

Generaloberst v. Moltke hat einen Präventivkrieg ebenso wie sein Kaiserlicher Herr stets auf das bestimmteste abgelehnt. Zielsicherer Kriegswille und selbstbewußte Siegeszuversicht haben niemanden ferner gelegen, als gerade dem Generalobersten v. Moltke, das bezeugen alle, die mit ihm zusammen gearbeitet haben.

Um unseren Feinden zu zeigen, daß der Generaloberst tatsächlich doch auf einen Präventivkrieg hingearbeitet habe, hat nun Grelling in der „Current History“ folgende Stelle aus einem Moltkeschen Privatbriefe angeführt, der im April 1909 unmittelbar nach der friedlichen Beilegung der bosnischen Krise an den österreichisch-ungarischen Generalstabschef abging: „In diesem privaten Schreiben darf ich aussprechen, daß ich mit Euerer Exzellenz aufs tiefste bedauere, daß eine Gelegenheit vorübergegangen ist, die unter so günstigen Bedingungen sich so bald nicht wieder bieten dürfte.“ Das klingt verdächtig, erweist sich aber als völlig harmlos, wenn man den vorhergegangenen Conradschen Brief und die Fortsetzung der Ausführungen des Generals v. Moltke dazu nimmt. Beides wird aber in der „Current History“ dem Leser unterschlagen. General v. Conrad hatte nämlich in einem ebenfalls privaten Schreiben bekannt, wie tief er es bedauere, „daß die Monarchie den wohlvorbereiteten Krieg gegen Serbien und Montenegro nicht geführt hat. Dieses Verkennen der Lage, zugunsten eines momentanen, sogenannten diplomatischen Erfolges — wird damit die Monarchie, die es versäumte, ihre Gegner nacheinander zu bekämpfen — in kaum ferner Zeit vor die Notwendigkeit eines Krieges mit mehreren Fronten stellen.“ Im Antwortschreiben Generals v. Moltke aber hieß es im unmittelbaren Anschluß an die schon angeführte Stelle weiter: „Ich bin fest überzeugt, daß es gelungen sein würde, den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren, und die Monarchie würde nach seiner siegreichen Durchführung im Innern gefestigt, nach außen gekräftigt, eine nicht so leicht mehr zu erschütternde Präponderanz auf dem Balkan gewonnen haben. Selbst wenn Rußland aktiv geworden wäre und ein europäischer Krieg sich entwickelt hätte, wären die Vorbedingungen für Österreich und Deutschland jetzt besser gewesen, als

sie in einigen Jahren voraussichtlich sein werden . . . .“ Das Bedauern des Generals v. Moltke galt also nicht — wie es nach der „Current History“ erscheint — der versäumten Gelegenheit für einen europäischen Krieg, sondern ausschließlich für die vom General v. Conrad damals dringend gewünschte Abrechnung mit Serbien.“

Im Anschluß hieran zieht Schäfer die bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch heran, um auch aus diesen Dokumenten seine Beweisführung zu stützen, daß General von Moltke der Gedanke eines Präventivkrieges ferngelegen hat.

* * *

Wir verzeichnen nachstehend noch eine Reihe von Aufsätzen, auf die wir im Einzelnen wegen Raummangels nicht eingehen können:

Albert Ballin. Der Politiker in Stubmanns Darstellung.
„Germania“, 12. Dezember 1926, Nr. 578.

Die Memoiren Buchanans. Ein wichtiger Beitrag zur Klärung der Kriegsschuldfrage.
„Deutsche Tageszeitung“, 19. Dezember 1926, Nr. 591.

Neue Dokumente zur Kriegsschuld. Von G. F. Riedinger.
„Hagener Zeitung“, Hagen i. W., 11. Dezember 1926, Nr. 290.

Der Kampf um die Kriegsschuldlüge. Drei Absagen. Von Ad. J. Freytag.
„Kreuzzeitung“, 16. Dezember 1926, Nr. 586.

Die letzten Vorgänge in der Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer. Teil I und II.
„Deutscher Offizier-Bund“, 25. November 1926, Nr. 33,
5. Dezember 1926, Nr. 34.

Rückblick auf die Weltkatastrophe. Konnten die Mittelmächte mit ihrer Zusammenarbeit zufrieden sein? Von M. Frhrn. von Auffenberg-Komarow, Kriegsminister a. D., Wien.
„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 15. Dezember 1926, Nr. 585.

Mitschuldige von Serajewo. König Alexander und Ministerpräsident Pasitsch. Von Dr. Adolf Diehl.
„Stuttgarter Neues Tagblatt“, 10. Dezember 1926, Nr. 577.

Der Völkerbund als Historiker. Von Prof. R. Häpke, Univ. Marburg.
„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 16. Dezember 1926, Nr. 587.

ENGLAND.

Origin of the War. Foreign Office Documents.
„The Times", London, 1. Dezember 1926, Nr. 44 443.

Der Aufsatz der „Times" zeigt, daß die Leser dieses Blattes noch immer im Dunkel der Propaganda gehalten werden. So schreibt das Blatt: „Es mache wenig aus, daß Rußland wie jetzt festgestellt ist, als erste Großmacht den Befehl für die allgemeine Mobilmachung gegeben hat."

Unter großer Überschrift wird dann die Frage herausgestellt, ob die bekannte Äußerung Bethmann Hollwegs vom „Fetzen Papier" in englischer oder deutscher Sprache abgegeben worden ist. Dieser an sich nebensächliche und unseres Erachtens geklärte Streit soll nur dazu dienen, um wieder die Aufmerksamkeit auf die für Deutschland p r o p a g a n d i s t i s c h nachteilige Aeußerung des Reichskanzlers hinzulenken. Zur Klarstellung des in der „Times" als so wesentlich betrachteten Streites, in welcher Sprache die Äußerung des Reichskanzlers gemacht worden ist, geben wir folgende Feststellungen wieder: Auf Seite 533 der deutschen Ausgabe der englischen Dokumente findet sich folgende Bemerkung der englischen Herausgeber:

„Da die Frage aufgeworfen wurde, in welcher Sprache diese Unterredung und die Erklärung des Kanzlers erfolgte, wurden bei Sir Horace Rumbold Erkundigungen eingezogen. Er schreibt, nach damals gemachten privaten Aufzeichnungen habe ihn Sir Edward Goschen am selben Tage unterrichtet, daß ‚der Kanzler einen regelrechten Vortrag auf Englisch hielt'."

Hierzu hat Hermann Lutz, der Herausgeber der deutschen Übersetzung, folgende Fußnote hinzugefügt:

Bethmann Hollweg hat dem Herausgeber der deutschen Ausgabe am 17. August 1919 auf Anfrage mitgeteilt, daß seine „Unterredung mit dem Botschafter Sir Edward Goschen teils englisch, teils deutsch geführt worden ist". Es war Bethmann Hollweg damals jedoch nicht mehr genau erinnerlich, in welcher Sprache dabei der Ausdruck „Fetzen Papier" fiel. In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege", 1. Teil, Berlin 1919, Seite 179—180, Fußnote, schrieb Bethmann Hollweg „. . . ein Fetzen Papier, a scrap of Paper".

Nach den Memoiren Bethmann Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkriege", 1. Teil, Seite 180, schreibt Bethmann Hollweg selbst folgendes:

„Ich habe dann allerdings in starken Worten von dem Weltenunheil gesprochen, das ich als notwendige Folge des Kriegs-

eintrittes Englands voraussah, und als Sir Edward Goschen wiederholt die belgische Neutralität als den entscheidenden Punkt angab, ungeduldig ausgerufen, im Vergleich zu dem furchtbaren Ereignis eines deutsch-englischen Krieges sei der Neutralitätsvertrag doch ein Fetzen Papier, a scrap of paper. Mag das Wort eine Entgleisung gewesen sein — mein Blut kochte ob der wiederholten hypokritischen Betonung der belgischen Neutralität, die es eben nicht war, was England zum Kriege trieb, und ob des gänzlichen Mangels an Empfindung dafür, daß die englische Kriegserklärung Weltwerte vernichten mußte, gegen die selbst die belgische Neutralitätsverletzung leicht wog. Daß Privatgespräche amtlich ausgebeutet werden, ist mir als ungewöhnlicher diplomatischer Brauch erschienen. Geschah es, dann hätte Sir Edward Goschen, dem meine Erregung so auffällig gewesen ist, wenigstens vollständig sein und noch berichten sollen, daß er bei seiner Verabschiedung in Tränen ausbrach und mich bat, noch einige Zeit in meinem Vorzimmer verweilen zu dürfen, weil er sich in solcher Verfassung nicht dem aufwartenden Kanzleipersonal zeigen könne."

Otto Hammann teilt in seinem Buch „Bilder aus der letzten Kaiserzeit", Seite 76, hierzu mit, daß Bethmann Hollweg ihm auf die Frage, wie die Unterredung mit Goschen verlaufen sei, nur geantwortet habe: „Ich habe gar nicht gewußt, daß ich so fließend englisch sprechen kann, ich habe kein Blatt vor den Mund genommen."

Nach dieser Äußerung Bethmann Hollwegs, daß er englisch gesprochen habe, und der Tatsache, daß er in seinen Memoiren selbst den Worten „ein Fetzen Papier" den englischen Ausdruck "a scrap of paper" hinzugefügt hat, darf wohl angenommen werden, daß diese Worte in englischer Sprache gesagt worden sind.

Six Weeks of Drift. The Origins of the War.

„The Manchester Guardian", 1. Dezember 1926, Nr. 25 044.

Der „Manchester Guardian" bringt eine eingehende sachlich gehaltene Darstellung der englischen Dokumente, die sich von der der „Times" sehr vorteilhaft unterscheidet.

The Moral of 1914.

„The Manchester Guardian", 1. Dezember 1926, Nr. 25 044.

Der Aufsatz wendet sich gegen die diplomatischen Methoden des Jahres 1914 und erblickt im Völkerbund einen Schritt vorwärts, um ein friedvolles Europa zu schaffen.

Origin of the War. A Letter from Sir E. Goschen.
„The Times" (London), 2. Dezember 1926.

Im Zusammenhange mit der Veröffentlichung britischer amtlicher Urkunden und deren Besprechung in der gestrigen Ausgabe der „Times" teilte uns Herr A. F. Lascelles den folgenden Brief von Sir E. Goschen (im Jahre 1914 Botschafter in Berlin) mit, der im Jahre 1923 an Herrn Lascelles geschrieben worden war, und zwar in Beantwortung einer Zuschrift von Herrn Lascelles, die einen damals im „Outlook" erschienenen Aufsatz über den Kriegsausbruch begleitete:

Beacon Lodge, Christchurch Hants.
Den 25. Januar 1923.

Vielen Dank für den Aufsatz aus dem „Outlook", der sehr lehrreich ist und im großen und ganzen den Tatsachen so ziemlich entspricht. Er bestärkt mich in meiner Auffassung zweier Dinge, nämlich

a) daß die angebliche „große" Sitzung am 5. Juli erlogen oder doch jedenfalls stark übertrieben worden ist. Es ist so gut wie unmöglich, daß alle die großen Tiere, die daran teilgenommen haben sollen, in Berlin hätten ankommen können, ohne daß dies von den hellhörigen Zeitungsberichtern, die damals hinter jedem her waren, oder von der deutschen radikalen Presse bemerkt worden wäre;

b) daß weder der Kaiser noch Bethmann oder Jagow den Krieg wollten, jedenfalls nicht zu dem Zeitpunkte.

Zu dem Inhalte des Aufsatzes kurz das folgende: Es entspricht durchaus den Tatsachen, daß Jagow das österreichische Ultimatum an Serbien für zu scharf hielt. Er selbst hat mir das gesagt. Doch habe ich niemals genau gewußt, ob er von dem Ultimatum erst Kenntnis erhielt, nachdem es der Serbischen Regierung überreicht worden war. Allerdings hat Jagow das behauptet, aber Cambon unter anderem hat es nie geglaubt. Über Serbiens Antwort äußerte sich Jagow mir gegenüber dahingehend, daß Serbien darin so weit gegangen sei, wie ein auf seine Ehre haltendes Land irgend gehen oder wie man es von einem ehrliebenden Lande irgend erwarten konnte.

Über Deutschlands tatsächlichen, wenn auch späten Versuch, Österreich einer friedlichen Lösung geneigt zu machen, vermag ich nur zu sagen, daß ich davon niemals gehört habe, doch besinne ich mich sehr wohl darauf, wie aufgebracht die Deutsche Regierung

war, weil Berchtold eine ihrer letzten Mitteilungen nicht bei Zeiten beantwortet hatte — daher ist es wahrscheinlich so ziemlich wahr. Bezüglich einer deutschen Unterstützung der „von Sir E. Grey unermüdlich vorgeschlagenen" Vermittlungspläne weiß ich nicht, woher der Verfasser des Aufsatzes das hat, denn etwa der letzte Vorschlag, den Sir E. Grey — jedenfalls durch mich — der Deutschen Regierung unterbreitete, lief darauf hinaus, daß Deutschland selbst etwas vorschlagen möge, da es keine der Greyschen Vorschläge annehmen wolle, und wenn Deutschland etwas vorschlüge, was auch nur die entfernteste Aussicht böte, den Frieden zu erhalten, so würde Seiner Majestät Regierung den Vorschlag mit allen Mitteln unterstützen. Darauf ist niemals eine Antwort erteilt worden. Von dem aber, was sich in jenen letzten Tagen zwischen Deutschland und Österreich wirklich abgespielt hat, habe ich persönlich keine Kenntnis.

„Die einzige Hoffnung . . . . bestand darin, den Konflikt sich nicht weiter ausbreiten zu lassen. Konnte man ihn auf Österreich und Serbien beschränken, so war noch Hoffnung vorhanden." Diese Hoffnung war jedoch sehr gering. Denn hätte Rußland geduldet, daß Österreich Serbien überwältigte, dann wäre es mit Rußlands Einfluß und Ansehen in den slawischen Ländern vorbei gewesen. Rußland war schon einmal vor deutschen Drohungen zurückgewichen, damals, als es sich um Bosnien und die Herzegowina handelte. Ein zweites Zurückweichen aber würde ihm in dieser Hinsicht den Rest gegeben haben. Daher kann man Sasonow keinen Vorwurf daraus machen, daß er mit der Teilmobilmachung g e g e n Ö s t e r r e i c h einverstanden war. Dem Anscheine nach ist jedoch die russische Militärpartei stärker gewesen als er, die die Mobilmachung auch gegen Deutschland durchsetzte. Es ist nicht völlig klar, ob Sasonow davon wußte. Ich kann mir nur denken, daß er davon wußte, denn man vermag sich doch kaum vorzustellen, daß er davon nicht gewußt habe. Dann wurde die ganze Situation sehr undurchsichtig. Ich besinne mich darauf, daß ich Jagow davon zu überzeugen versuchte, daß die russische Mobilmachung lediglich gegen Österreich gerichtet sei, worauf er jedoch erwiderte, darauf könne Deutschland es nicht ankommen lassen. Deutschlands Trümpfe lägen in seiner Vorbereitung und in Schnelligkeit. Verzug von seiten Deutschlands hätte bedeutet, Rußland für seine allgemeine Mobilmachung Zeit zu lassen, hätte diese Trümpfe ihres Wertes beraubt und Deutschlands schwierige Lage nur verschlimmert. Deshalb hätten sie, wie der Aufsatz besagt, den „Zustand unmittelbarer Kriegsgefahr" erklärt, und damit war das Unglück fertig.

Es läuft wieder auf das hinaus, was ich immer gesagt habe, daß nämlich in erster Linie Österreich die Verantwortung trug, das den Brand entfachte, daß der Kaiser, Bethmann und Jagow gegen den Krieg waren, daß sie in zweiter Linie, jedoch in sehr hohem Maße für den Krieg verantwortlich waren; denn sie hätten in einem gewissen Augenblicke Österreich zurückhalten können, haben dies aber nicht getan, und ferner, weil sie Greys Bemühungen um die Erhaltung des Friedens nicht unterstützen wollten, bis es tatsächlich zu spät war. Die Annahme, Grey habe in diesem Stücke die Rolle des Bösewichts gespielt, müssen Sie fallen lassen.

Ihr usw.

W. E. G.

*

FRANKREICH.

Le 30 Juillet 1914 à Berlin et à Petersbourg. Von Graf Max Montgelas.

„Evolution", 15. November 1926.

In der „Revue de Paris" vom 1. September hat Grelling einen Aufsatz veröffentlicht über den preußischen Ministerrat vom 30. Juli 1914, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich der Autorität des Generalstabes unterworfen habe. Graf Montgelas gibt in seinem Aufsatz in sehr eingehender Beweisführung eine dokumentarische Widerlegung dieser Behauptung und gelangt zu der Schlußfolgerung, daß, wenn man die Kriegsverantwortlichkeit der verschiedenen Regierungen beurteilen wolle, man nicht nur darauf sehen müsse, was in einer Hauptstadt vor sich gegangen sei, man müsse eine synchronistische Tabelle der Ereignisse in allen Ländern herstellen. Für Deutschland und Rußland würde die Tabelle etwa für den 30. Juli folgendermaßen aussehen: „Herr von Bethmann erklärt, daß er als Staatsmann seine Bemühungen zugunsten der Erhaltung des Friedens nicht aufgebe. Herr Sasonow erklärt, daß die Diplomatie am Ende ihres Werkes sei.

Herr von Bethmann siegt in unzweifelhafter Weise über den Gesichtspunkt der Militärs. Herr Sasonow beugt sich vor dem technischen Argument der Generäle, dem einzigen Motiv, daß, nach der Behauptung des hervorragenden französischen Historikers Renouvin, ohne Zweifel die russische Regierung zur allgemeinen Mobilmachung veranlaßt hat."

JUGOSLAWIEN.

Serbiens Verantwortlichkeit für den Krieg. Ein Vortrag von Jovan M. Jovanowitsch.

„Politika" (Belgrad), 4. Dezember 1926.

Der ehemalige serbische Gesandte in Wien Jovan Jovanowitsch hielt am 3. Dezember an der Belgrader Volkshochschule eine Vorlesung über die Verantwortlichkeit für den Krieg. Er sprach über das Sarajewoer Attentat. Indem er der Reihe nach die Anklagepunkte des österreichischen Ultimatums an Serbien durchging, kam er zu dem Schluß, daß Österreich-Ungarn um jeden Preis den Krieg mit Serbien gesucht habe. Jovanowitsch führte unter anderem aus, daß seit dem Tage, an dem bekannt wurde, daß Erzherzog Franz Ferdinand sich nach Bosnien begeben und den Manövern beiwohnen werde, die serbischen Freischärler von Major Tankositsch die Erlaubnis verlangt hätten, diesen Besuch zu vereiteln. Tankositsch habe sie immer wieder barsch abgewiesen. Daraufhin hätten sich die jungen Leute an den Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes, den Obersten Dimitrijewitsch, gewandt. Dieser habe sie gewähren lassen, und zwar ohne irgend jemand einzuweihen. Es seien fünf Verschwörer gewesen, die bis Schabatz gelangt seien. Knapp vor dem Überschreiten der Grenze habe sich einer von ihnen verraten. Die Behörden hätten Wind davon bekommen, und auf Anordnung des Innenministers Protitsch seien die Verschwörer dann unter Bedeckung nach Belgrad zurückgeführt worden. So wäre der erste Versuch fehlgeschlagen, und dieses Vorkommnis habe eine verschärfte Spannung zwischen der Organisation „Einigung oder Tod" und Herrn Paschitsch verursacht.

Tankositsch sei über den ersten Versuch nicht unterrichtet gewesen. Er wurde weiterhin von Princip und Cabrinovitsch gedrängt, sie nach Bosnien gehen zu lassen. Wahrscheinlich habe dem verstorbenen Tankositsch diese Haltung der jungen Leute imponiert, so daß er sie nicht abzuweisen vermochte und sie gehen ließ.

Jovan Jovanowitsch fügte diesen Ausführungen hinzu:

„Es bestehen Aufzeichnungen Tankositschs und das Eingeständnis des Obersten Dimitrijewitsch; sobald diese zwei Dokumente zur Veröffentlichung gelangen, werden viele Einzelheiten aufgeklärt werden; für heute kann ich nichts darüber sagen."

Über seine angebliche Warnung in Wien führte Jovanowitsch aus:

„Als Gesandter in Wien ging ich am 23. Mai 1914 persönlich zum Minister Bilinski und sagte ihm in freundschaftlicher Weise, wenn Franz Ferdinand tatsächlich am Vidovdan nach Sarajewo käme, würden sowohl die Manöver als auch der Besuch Franz Ferdinands von der dortigen Bevölkerung als Herausforderung betrachtet werden, und es wäre nicht sicher, ob sich nicht ein scharfes Geschoß nach einem unerwünschten Ziel verirre. Bilinski hat das nicht aufgezeichnet, doch entspricht diese meine Erklärung der Wahrheit und kann durch unser Archiv erhärtet werden."

Die hier von Jovanowitsch mitgeteilte Warnung ist nicht neu. Sie bezog sich, wie aus den Worten „ein scharfes Geschoß nach einem unerwünschten Ziel verirre" deutlich hervorgeht, darauf, daß der Erzherzog Thronfolger sich während der Manöver der Möglichkeit aussetzen würde, getötet zu werden. Diese Warnung Jovanowitschs kann aber nicht so gedeutet werden, als ob Jovanowitsch die Absicht gehabt habe, den Erzherzog Thronfolger vor dem in Erfahrung gebrachten politischen Attentat zu warnen.

Bücherschau.

Neuerscheinungen:

Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik 1885—1914. (Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges.) Vollständige Ausgabe der vom Deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Diplomatischen Urkunden aus den Belgischen Staatsarchiven. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes unter Mitwirkung von Alfred Doren und Wilhelm Köhler im französischen Originaltext und in deutscher Übersetzung in fünf Bänden herausgegeben von Bernhard Schwertfeger. Mit zwei Ergänzungsbänden und zwei Kommentarbänden des Herausgebers. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

Als ich im November 1918, unterstützt durch Professor Dr. Alfred Doren und Dr. Wilhelm Köhler, fünf Bände belgischer Dokumente unter dem Titel „Zur Europäischen Politik 1897—1914" im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgab, da konnte ich im Vorworte noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Beigabe einer deutschen

Übersetzung zu diesen Dokumenten entbehrlich scheine, da die weitere Auswertung der mitgeteilten inhalts- und bedeutungsreichen Schriftstücke ohnehin dem Publikum überlassen bleiben müsse.

So erblickten denn 1918 und in den ersten Monaten des Jahres 1919 fünf Bände belgischer Dokumente „Zur Europäischen Politik" das Licht der Welt. Sie haben damals innerhalb und zum Teil auch außerhalb Deutschlands großes Aufsehen erregt. Niemand in der Welt war eigentlich darauf gefaßt gewesen, daß die nach dem unglücklichen Ausgange des Weltkriegs derart in Grund und Boden verlästerte deutsche Vorkriegspolitik bis zum Sommer 1914 eine so ehrliche und unparteiische Würdigung gerade aus dem Munde der belgischen Diplomaten gefunden haben sollte. Diese belgischen Diplomaten waren bei der schwierigen Lage ihres Vaterlands in besonders hohem Maße darauf angewiesen, alle Regungen der Außenpolitik mit angespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen, da jede Störung des Weltfriedens, insbesondere jeder Zusammenstoß der Großmächte in Europa, ihr Land irgendwie in Mitleidenschaft ziehen mußte. Auf der unmittelbaren Verbindungslinie von Berlin und Paris gelegen, mußte Belgien ja damit rechnen, bei einem Zusammenstoße der Großmächte zum Kriegsschauplatze zu werden. Unzählige Zeugnisse belgischer, französischer und englischer Militärschriftsteller, Politiker und Historiker liegen vor, die keinen Zweifel daran lassen, daß für die Verletzung der belgischen Neutralität in einem Zukunftskriege von irgendeiner Seite her der allerhöchste Grad der Wahrscheinlichkeit bestand. Mit vollem Rechte hatte daher das belgische Außenministerium seinen Gesandten aufgetragen, die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit festzustellen, denn der Friede Europas hänge davon ab.

Wenn es nun wirklich so wäre, wie es der Fehlspruch von Versailles und insbesondere der Artikel 231 des Vertragsdokuments aller Welt glaubhaft machen möchte, daß nämlich Deutschland zielbewußt auf die Erringung der Weltherrschaft ausgegangen sei und schon seit Jahrzehnten nach einer passenden Gelegenheit ausgespäht habe, um seine Ziele gewaltsam zu verwirklichen, so müßten die belgischen Gesandtenberichte etwas hierüber zu bekunden wissen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Sie erweisen vielmehr unwiderleglich, daß bis in die Sommertage des Schicksalsjahres 1914 hinein kaum ein belgischer Diplomat in Deutschland die Hauptgefahr für den europäischen Frieden erblickt hat. Vielmehr lassen sie fast alle in klarer, unbeeinflußter Berichterstattung erkennen, daß sie von der französischen Revanchepolitik, vom russischen Panslawismus, von der Einkreisungspolitik König Eduards VII. und allerdings auch von der Verstrickung Deutschlands in die österreich-ungarische Balkanpolitik, alles Unheil für die Zukunft erwarteten. Darin aber stimmen sie fast restlos überein — und ganz besonders deutlich hat das Baron Beyens, der letzte belgische Gesandte in Berlin, bei Kriegsausbruch, der sich später zum leidenschaftlichsten Deutschenhasser gewandelt hat, zum Ausdruck gebracht —, daß Deutschland nur in Ruhe die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten brauche, um in wenigen Jahren ohne Widerspruch und ohne Kampf in Mitteleuropa zu herrschen. Deutschland hatte von einem Kriege nichts zu erhoffen, alles zu befürchten. Deshalb konnte es auch einen solchen Krieg nicht wollen, sondern mußte ihn zu vermeiden suchen.

Die hohe Bedeutung der belgischen Gesandtschaftsberichte, insonderheit der unter meinem Namen herausgegebenen fünf Bände „Zur Europäischen Politik“ für unsere Bestrebungen in der Schuldfrage sind wiederholt nachdrücklich anerkannt worden, am eindrucksvollsten vielleicht in der sehr verdienstlichen Arbeit des Kronprinzen Wilhelm: „Ich suche die Wahrheit!“ [1]). In diesem Werke hat der Kronprinz sich zum Ziele gesetzt, die Behauptungen der französischen Senatsgutachter Emile Bourgeois und G. Pagès über die Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkriege in ihren wichtigsten Teilen zu entkräften. Er führt aus, daß während der letzten Jahre vor dem Ausbruche des Krieges die Staatsmänner Rußlands und Frankreichs, die damals die Verantwortung für die Politik ihrer Staaten trugen, den Krieg vorbereitet, herbeigewünscht und erhofft haben. Diese Behauptung gelte es zu beweisen. Sie werde schon dadurch als sehr wahrscheinlich erwiesen, daß die Vertreter Belgiens in den europäischen Hauptstädten, die nach der geographischen Lage ihres Landes, nach der Rasse ihres Volkes, und nach dessen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit ihren Sympathien auf der Seite des Dreiverbandes standen, in ihren Berichten Petersburg und Paris schon von 1897 ab als die Herde der Kriegsgefahren und Deutschland als die Macht bezeichnet haben, der die Erhaltung des Friedens in Europa vornehmlich zu verdanken sei. Es sei nicht anzunehmen, daß die belgischen Staatsmänner sich jahrelang über die Absichten der europäischen Politik so gründlich geirrt haben sollten, daß sie das Gegenteil der Wahrheit berichteten. „Sie begleiten alle diese Vorgänge ganz unparteiisch mit ihren Erklärungen wie der Chor in der Tragödie.“

Angesichts der entscheidenden Bedeutung des Schuldverdikts von Versailles für unser deutsches Ansehen in der Welt muß es als fast unglaublich erscheinen, daß diese Berichte der belgischen Gesandten „Zur Europäischen Politik“ in Deutschland noch bis auf den heutigen Tag so gut wie unbekannt geblieben sind. Gewiß begegnet man in der historischen Literatur der letzten Jahre, soweit sie irgend welchen Wert besitzen, häufig den belgischen Dokumenten. In den geistigen Blutlauf des deutschen Volkes sind sie aber noch keineswegs eingedrungen. Die Hauptursache hierfür liegt in dem Fehlen der deutschen Übersetzungen zu den in französischer Sprache bearbeiteten Gesandtenberichten und Zirkularen des belgischen Außenministeriums.

Jahrelanger Arbeit hat es bedurft, ehe es mir gelang, die deutschen Übersetzungen — besser gesagt, die Mittel dazu — zu erlangen und eine Neuherausgabe der gesamten belgischen Dokumente zu erreichen. Ich darf in diesem Zusammenhange auf S. 315 des Kronprinzenbuches hinweisen, in dem es wörtlich heißt: „Je sorgfältiger die (belgischen) Verfasser dieser Gesandtschaftsberichte sie jetzt verleugnen, je hartnäckiger die Berichte von unseren Verleumdern totgeschwiegen werden, um so mehr Veranlassung haben wir Deutsche, immer wieder auf sie hinzuweisen. Und die Herren, die es Oberst Schwertfeger jetzt möglich gemacht haben, die ganze Sammlung nebst ihrem Kommentar in deutscher Sprache herauszugeben, haben sich mit ihm ein nicht hoch

[1]) „Ich suche die Wahrheit! Ein Buch zur Kriegsschuldfrage“. Von Wilhelm, Kronprinz. Stuttgart u. Berlin, J. G. Cotta, 1925.

genug einzuschätzendes Verdienst im Kampf gegen die Schuldlüge erworben". Ich darf dazu bemerken, daß die Vorlage der gesamten belgischen Dokumente in deutschem Wortlaute mir immer als eine vaterländische Pflicht gegenüber dem deutschen Volke erschienen ist, und daß ein Stehenbleiben auf diesem Wege wohl für jeden eine Unmöglichkeit bedeutet hätte, der die Tragweite der belgischen Berichterstattung für unseren Kampf in der Schuldfrage aus der Kenntnis ihres Inhalts heraus so hoch einschätzte, wie ich es tun mußte.

So möge denn die neue Ausgabe der belgischen Dokumente, denen zur Abrundung die bereits im Frühjahr 1915 erschienenen belgischen Gesandtenberichte sowie Teile des belgischen Graubuches und meine beiden Ergänzungsschriften „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität" und „Der Fehlspruch von Versailles" beigegeben sind, in die Welt hinausgehen, Deutschland zur Ehre, unseren Weltkriegsgegnern zur Erkenntnis, daß das Schuldverdikt von Versailles den größten Fehlspruch der Weltgeschichte bedeutet.

Bernhard Schwertfeger.

Asquith, Earl of Oxford: "Fifty Years of Parliament", Cassel & Co., London 1926, 2 Bände.

Aulneau, J.: "Histoire de l'Europe Centrale", Payot, Paris 1926.

Bausmann, Frederick: "Facing Europe", The Century Co., New York und London, 1926 (siehe die Besprechung Seite 60).

Becker, Marie Luise: „Brandherd Paris", Roman. Max Seyfert, Dresden 1926.

Bernhardi, Friedrich von: „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben", E. S. Mittler u. Sohn, Berlin 1927.

British Documents on the Origins of the War. 1898—1914. Edited by G. P. Gooch, D. Litt., and Harold Temperley, Litt. D. Vol. XI., "The Outbreak of War". Foreign Office Documents. June 28th — August 4th, 1914. Collected and arranged with Introduction and Notes by I. W. Headlam-Morley, M. A., C. B. E., Historical Adviser to the Foreign Office. Printed and published by his Majesty's Stationary Office, London 1926.

Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898—1914. Im Auftrage des Britischen Auswärtigen Amtes in elf Bänden herausgegeben von G. P. Gooch und Harold Temperley. Vom Britischen Auswärtigen Amt autorisierte einzige deutsche Ausgabe. Herausgegeben von Hermann Lutz.

Der Ausbruch des Krieges. Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes. 28. Juni bis 4. August 1914. Gesammelt und zusammengestellt

sowie mit einer Einleitung und Noten versehen von J. W. Headlam-Morley, Historischer Beirat des Britischen Auswärtigen Amtes. 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin. 2 Bände, 612 Seiten.

Korostowetz, W. K. von: „Neue Väter — Neue Söhne." Drei russische Generationen. Ins Deutsche übersetzt von M. von Busch. Verlag für Kulturpolitik. Berlin 1926.

Korostowetz entstammt einer alten litauischen Fürstenfamilie; einer seiner Ahnen siedelte zur Zeit Peters des Großen nach der Ukraina über und kämpfte dort bei den Saporoger-Kosaken an der Seite Mazepas gegen den russischen Zaren. Sein Großvater verkaufte den alten Familienbesitz in der Ukraina mit den Erinnerungen an den abenteuerlichen Zug Karls XII. und glaubte damit, den Schandfleck aus der Geschichte der Familie getilgt zu haben. Er war als Soldat ein treuer Diener des Zaren, aufgewachsen in den Traditionen des Zeitalters der Leibeigenschaft, „Beschützer und Verfechter des russischen Imperiums, das unter Nikolaus I. den Höhepunkt der Zentralisation und des Despotismus erreicht hatte".

Der Vater des Autors, Offizier im Leibgarde-Preobrashenski-Regiment, war, wie der Autor selbst sagt, ein weicher Höfling Nikolaus II., und seine Mutter eine Sozialistin, groß geworden am Genfer See, „im Brennpunkt der russischen revolutionären Gedanken", und bemüht, ihre Kinder dem Leben der Adelskaste zu entfremden und im westeuropäischen demokratischen Geiste zu erziehen. Diese Revolution in der Familie des Verfassers können wir als symbolisch für die Entwicklung Rußlands hinstellen, namentlich soweit es sich nicht um die äußerliche mit dem Auge wahrnehmbaren Zerstörungen und Erschütterungen der Revolution handelt, sondern um die psychologischen Verschiebungen und die Umwertung geistiger Werte, „die lange vor dem Ausbruch ihren Anfang nimmt, Götter stürzt, die noch gestern angebetet wurden und Ideale herunterreißt und mit Füßen tritt, die Generationen vorschwebten".

Korostowetz will, daß die junge, in der Emigration heranwachsende Generation „ein möglichst einfaches, verständliches und ungeschminktes Bild erhält, daß sie weiß, was war und wie es sich entwickelte". Er hat diese Aufgabe mit vollem Erfolge und in sehr glücklicher Form gelöst. Er verschont uns mit gelehrten, theoretischen und abstrakten Ausführungen, entrollt uns vielmehr in charakteristischen Strichen ein Bild der Entwicklung seines Vaterlandes, beginnend mit der Zeit der Leibeigenschaft, fortgeführt über die reformfreudige Regierung Alexanders II. und über den Rückfall in die autokratischen Formen Alexanders III. und endigend in der „willenlosen paralytischen Zeit" Nikolaus II., in der zwangsläufig der Zusammenbruch erfolgen mußte, weil die bisherigen Stützen des Systems, insbesondere der grundbesitzende Adel, versagten und in der Schicht der Intellektuellen, die sich vom Volke und den Traditionen der bisher regierenden Klasse getrennt hatte, keinen Ersatz fanden. Die Anlehnung an die Kultur des Westens, die nur wenigen Kreisen zugute kam und auch von diesen nicht in ihren Tiefen verstanden wurde, weil sie als eine fertige, unter ganz anderen Verhältnissen

langsam herangereifte Frucht in dem halbasiatischen Rußland keinen fruchtbaren Boden fand, hatte längst noch nicht genügt, die Masse des Volkes zu einer kulturellen Lebensauffassung zu erziehen. Die neue Schicht der Intellektuellen, weichherzig, „bis ins Innerste von Willenlosigkeit, Nihilismus und Atheismus durchdrungen", lieferte nicht willensstarke Führernaturen, sondern „Schatten, Parodien auf Menschenführer". Das zaristische Rußland nach Alexander II. mit der aussterbenden alten regierenden Schicht und der von den frondierenden, nihilistischen Intellektuellen getragenen Opposition vergleicht Korostowetz mit einer auf die Spitze gestellten, nicht im Gleichgewicht zu haltenden Pyramide, deren Masse die grundsätzlich zur Auflehnung und Anarchie neigende Bauernschaft bildete.

Wir wollen es gerne anerkennen, daß Korostowetz die Bilder, die er an unserem Auge vorüberziehen läßt, vortrefflich gezeichnet hat, und daß sie uns mit ihren Typen aus der alten Zeit und der neuen Intelligenz die Wandlung Rußlands von Nikolaus I. bis zum Ende der Zarenherrschaft lebendig sehen, fast miterleben lassen. Nach dieser Vorbereitung durch den ersten Band erwarten wir die Fortsetzung seines Werkes, die uns in den Krieg und in die Revolution führen wird, mit um so größerer Spannung, als Korostowetz die letzten Vorkriegsjahre und den Krieg selbst als Sekretär in der Kanzlei des Außenministers erlebt hat.

Gunther Frantz.

Les Armées Françaises dans la Grande Guerre. Précis d'ensemble des opérations des armées françaises sur les différents fronts. Publié par le Service Historique de l'Etat-Major de l'Armée. Tome I: La Guerre de Mouvement. (Opérations antérieures au 14 novembre 1914.) Deuxième volume: La Manoeuvre en retraite et les préliminaires de la bataille de la Marne 24 août — 5 septembre 1914). Tome VII: La Campagne Offensive de 1918 et la Marche au Rhin (18 juillet 1918 — 28 juin 1919). Premier volume: Les Offensives de dégagement et la préparation des offensives générales (18 juillet 1918—25 septembre 1918). Imprimerie Nationale. Paris 1926.

Lyautey, Maréchal: „La Réunion de la Lorraine à la France." Plon et Nourrit, Paris 1926.

Owen: „The Russian Imperial Conspiracy 1892—1914". 1926, o. J. u. o. O.

Owen ist der erste Staatsmann der ehemaligen Gegner Deutschlands im Weltkriege, der für eine unparteiische Prüfung der Kriegsschuldfrage eingetreten ist. Seine am 18. Dezember 1923 vor dem Senate der Vereinigten Staaten gehaltene Rede war eine Tat, für die ihm jeder dankbar sein muß, dem an der Erforschung der Wahrheit gelegen ist. Nicht nur von dem Gesichtspunkte aus, daß hoher sittlicher

Mut dazu gehörte, an amtlicher Stelle sich dem Glauben der erdrückenden Mehrheit des amerikanischen Volkes entgegenzustellen, sondern vor allem deshalb, weil seine Rede in der Forderung gipfelte, daß das Komitee für auswärtige Beziehungen alles Material zur Prüfung der Kriegsschuldfrage zusammenbringen und nach den Grundsätzen wissenschaftlicher Methode untersuchen lassen solle. Er brachte einen dahingehenden Antrag ein; dieser wurde zwar damals mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, aber Owen war nicht der Mann, sich entmutigen zu lassen. Sechsmal wiederholte er ihn, bis er am 16. Februar 1925 zum Ziele gelangte.

Weil seine Rede eine parlamentarische Kundgebung war, konnte sie nicht unterdrückt werden. Sie hat Verbreitung gefunden, großes Aufsehen erregt und ist bekanntlich auch bei uns durch besondere Veröffentlichungen weiten Kreisen zugänglich gemacht worden.

Damit hatte Owen die Bahn gewiesen, die allein zum Ziele führen und eine befriedigende Lösung des ganzen ungeheuren Problems bringen kann. Wer überzeugt ist, daß die ganze Kriegsschuldfrage lediglich Sache der Wissenschaft ist und nur wissenschaftlich gelöst werden kann, der wird die Bedeutung begreifen, die dem Wirken Owens beizumessen ist. Amerika hat so amtlich den Weg beschritten, der uns, wie wir hoffen, auch dort weiter führen wird, wo die Volksstimmung uns überwiegend verständnislos gegenüberstand und auch heute zum großen Teil noch steht. Es kommt nur darauf an, daß die Sache nicht einschläft. Aber wir haben ja Zeugnisse genug dafür, wie das Interesse darüber erwacht ist. Das braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Leider gehört Owen heute dem Senate nicht mehr an, dessen Mitglied er achtzehn Jahre gewesen ist. Doch ist er eifrig bestrebt, weiter sein einmal begonnenes Werk zu fördern. Er teilt mit sehr vielen seiner Landsleute die Überzeugung, daß Amerika berufen sei, den europäischen Völkern den Weg aus dem Chaos zu zeigen, in das sie seit Versailles geraten sind, und ihnen zur Verständigung zu verhelfen. Das beweist auch seine neueste im Juni dieses Jahres erschienene Schrift: Russian Imperial Conspiracy 1892—1914.

Sie ist nicht sehr umfangreich — 150 Seiten —, auf weite Verbreitung berechnet. Und man darf annehmen, daß sie nicht unbeachtet bleiben wird, zumal, wie in dem Vorwort von Fr. Fr. Schrader berichtet wird, aus revisionistischen Kreisen an Owen die Bitte gerichtet wurde, eine populäre Darlegung der ganzen Angelegenheit zu verfassen. Sie kommt mithin einem Bedürfnis entgegen. Es ist also eine Propagandaschrift, um die es sich handelt. Es liegt aber auf der Hand, daß auch wir ihr Bedeutung beimessen müssen, schon um des Verfassers willen, dem wir bereits wegen seiner ersten Rede zum Dank verpflichtet sind.

Sie hat, wie das naheliegt, Ähnlichkeit mit dieser. Zunächst nach der ganzen Tendenz, die sie vertritt, und dem Geist, den sie atmet. Es spricht aus ihr die Wucht sittlicher Überzeugung, der Wahrheit zu dienen und das amerikanische Volk, für das sie in erster Linie bestimmt ist, aufzuklären.

„Wie Vaillant Couturier in der französischen Deputiertenkammersitzung vom 5. Juli 1922 als alter Soldat Poincaré angeklagt habe, so fühle er, Owen, sich in seiner Ehre als langjähriges Mitglied des amerikanischen Senats verpflichtet, das Wort zu nehmen in der Überzeugung,

daß seine Schlußfolgerungen richtig seien, daß seine Worte das Ergebnis sorgfältigen Studiums darstellten, frei von jedem Vorurteil und Übelwollen selbst gegen die, welche er für die Entfesselung des Krieges als verantwortlich ansehe, ohne irgendeine Absicht, sie zu brandmarken, nur in dem Verlangen, die Wahrheit bekanntzumachen, um die Völker zu versöhnen." Er hofft, daß aus der Aufklärung Versöhnung erwachsen werde, besonders zwischen Frankreich und Deutschland. Warum ist die Wahrheit unbekannt? Owen weiß seinen Landsleuten Antwort auf diese Frage zu geben.

Ein kurzes Wort zur Kennzeichnung des Inhalts scheint weiter notwendig. Owen ist bekanntlich zur Revidierung seiner vollkommen von der Alleinschuld Deutschlands überzeugten Auffassung gelangt durch das Studium der Werke von Neilson und Bausman, auch Ewart hat starken Einfluß auf ihn ausgeübt. Er hat dann aber sich quellenmäßig mit der Frage beschäftigt und sein Urteil selbständig gestaltet. Die Schrift zeugt von großer Belesenheit und Beherrschung der benutzten Quellen und Bearbeitungen, die er in einem besonderen Verzeichnis anführt. Es ist lehrreich, dies mit dem seiner Rede zu vergleichen.

Owen ist kein berufsmäßig geschulter Quellenforscher und Historiker in eigentlichem Sinne. Er gibt keine Geschichte der Entstehung des Krieges, man darf bei ihm keine neuen Forschungsergebnisse erwarten. Er will lediglich das Kriegsschuldproblem klären. Wie er es auffaßt, zeigt die Niederschrift. Er geht aus von der Verantwortlichkeit des russischen Imperialismus, den er von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet. Es liegt in der Natur der Sache, daß er dabei seine einseitige Stellungnahme aufgibt und auch Frankreich und England gebührend berücksichtigt. Doch kann nicht übersehen werden, daß seine Methode nicht immer glücklich ist, zu Wiederholungen führt und deshalb die Wirkung stellenweise abschwächt.

Alles in allem kann man sagen, daß wir ihm auch für diese Schrift dankbar sein müssen. Sie wird, das ist zu hoffen, dazu beitragen, daß dafür Verständnis geweckt wird, worauf es allein ankommt, zu wissenschaftlicher Untersuchung und zum Austausch der Meinungen zu gelangen. Dem können wir in Ruhe entgegensehen. —

Professor Schrader.

Robertson, William, Field Marshal: „Soldiers & Statesmen, 1914—1918". Cassel & Co., London 1926.

Sajontschkowski, A. M.: „Die Vorbereitung Rußlands zum Weltkriege". Abriß der militärischen Vorbereitung und der ursprünglichen Pläne. Nach Archivdokumenten. Mit einer Einleitung von M. N. Truchatschewski. Moskau. Staatlicher Militärverlag. 1926. Russisch.

General Sajontschkowski ist uns durch mehrere wertvolle Schriften bekannt. Unter den vielen Militärschriftstellern, die unter Kontrolle und Zensur der Sowjetregierung publizistisch tätig sind, ist er einer der produktivsten. In der Zarenzeit diente er vornehmlich in der Garde, wurde in den Listen des Leibgarde-Jägerregiments und des Regiments

Wyborg geführt, dessen Chef bekanntlich der Deutsche Kaiser war. Als Ehrenamt versah er die Verwaltung des Kriegsmuseums in Sewastopol.

Seine neue Schrift beschäftigt sich auf 344 Seiten Text vornehmlich mit den großen strategischen Fragen der Landesverteidigung, des Aufmarsches und des Operationsplanes. Die Suchomlinowschen Reformen des Jahres 1910: die Rückverlegung eines Teiles der Garnison von der Westgrenze nach Innerrußland, die Auflassung einiger Festungen, die geplante Räumung Westpolens im Kriege, die Umgestaltung des Aufmarsches und reorganisatorischen Neuerungen im Heere finden eingehende Würdigung. Suchomlinows Reformen gingen in die Breite und nicht in die Tiefe. Seine Sorge galt der Quantität und nicht der Qualität. Er wollte das Heer zu einer „Angriffswaffe erster Ordnung" umformen, und zwar durch Maßnahmen, die die äußere Form änderten, aber nicht den Geist und das taktische Denken. Mit dem Festhalten an den alten, in der Führerschaft fest verankerten Traditionen der defensiven Kriegführung wußte Suchomlinow nicht aufzuräumen. Eine neue Schule und Schulung, die den Offensivgeist im Heere förderten, verstand er nicht zu schaffen. Der Widerspruch, den der Heeresorganismus schon in sich barg, tritt noch schärfer hervor im Verhältnis zur Außenpolitik. Iswolski war in Paris der Träger und Förderer einer durchaus aggressiven Politik; er wollte den Krieg. Die Armee sollte angreifen, sollte offensiv werden und war dazu gar nicht befähigt und geschult. Man hoffte, die Masse würde es tun, und fürchtete doch wieder trotz der sicher zu erwartenden, eigenen zahlenmäßigen Überlegenheit die überlegene Tüchtigkeit der zahlenmäßig schwächeren deutschen Truppe, ihre Schnelligkeit und Gewandtheit im Operieren, ihren Offensivgeist und die Überlegenheit der Führung auf deutscher Seite.

Doch wichtiger für uns als die Vertiefung in diese teils recht weit zurückgreifenden strategischen Probleme sind die Fragen, die unmittelbar mit dem Kriegsausbruch zusammenhängen. Diese berührt Sajontschkowski leider sehr wenig. Der so eminent wichtigen Kriegsvorbereitungsperiode widmet er wenig mehr als eine Seite.

An anderer Stelle erwähnt Sajontschkowski, daß nach dem neuen Mobilmachungsverfahren, das im Dezember 1914 in Kraft treten sollte, vorgesehen war, in den Bezirken an der deutschen und österreichischen Grenze während der Vorbereitungsperiode, also v o r der offiziellen Mobilmachungserklärung, die Infanterie und Artillerie durch Einberufung der drei jüngsten Reservejahrgänge zu Übungen auf Kriegsfuß zu setzen. Rußland hatte damit die Möglichkeit, die Grenzkorps v o r der Mobilmachung mobil zu machen, eine für seine Nachbarn doch äußerst gefährlichen Maßnahme! Denn wir wissen, daß Rußland aufmarschieren wollte, o h n e die Feindseligkeiten zu eröffnen, daß es seine Maßnahmen durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskieren wollte und daß seine ganze Taktik darauf hinauslief, Zeit zu gewinnen, um eben die wesentlich schnellere deutsche Mobilmachung zu paralysieren.

Auch auf die französisch-russischen Beziehungen geht der Verfasser leider verhältnismäßig kurz ein. Immerhin erwähnt er, daß 1900 der Zweibund auf Wunsch Frankreichs seine Front auch gegen England nahm, daß nach Bildung der englisch-französischen Entente Frankreich trotz der Bitten Rußlands 1906 die Sicherung gegen England ablehnte

und daß nach Einbeziehung Rußlands in die Entente der Zweibund 1908 auch in den Dienst Englands gestellt werden sollte. Hier hätten wir gerne ausführlichere Mitteilungen gesehen.

Auf dem Gebiete der Politik versagt Sajontschkowski völlig. Die vielen neuen Publikationen, auch die russischen, sind anscheinend gänzlichst ohne Eindruck auf ihn geblieben. Denn wie könnte er sonst sagen: Der aggressive Charakter des Dreibundes stand außer Zweifel. Das Verteidigungsbündnis Frankreichs und Rußlands bildete nur das Gegengewicht gegen den Angriffsbund der Zentralmächte. Die Balkankrise 1908 war von Deutschland inspiriert. Deutschlands herausfordernde Haltung in der Annexionskrise 1908/09 mußte deutlich zeigen, daß Österreich und die Türkei nur die Avantgarde Deutschlands bildeten. Die Kolonisierung des Balkans durch Österreich bildete nur das Bindeglied zur Kolonisierung der Türkei durch Deutschland! — Daß Iswolskis aktive Balkanpolitik 1908/09 an dem Widerstande in Paris und London gescheitert war, weiß er nicht oder will er nicht wissen, ebenso wenig wie die historische Tatsache, daß das Netz, das sich um den Balkan gelegt und zu den Krisen 1911—14 geführt hatte, von Rußland in Racconigi, in den Verträgen mit Bulgarien und in dem unter russischem Protektorat geschlossenen Balkanbunde geknüpft war.

Die Anlagen umfassen weitere 80 Seiten und bringen, wie die bekannte Denkschrift Danilows, nichts Neues oder, soweit sie uns Interesse abfordern, bekannte Fahrtlisten und Kriegsgliederungen für den Aufmarsch.

Die 15 Karten sind in der Ausführung leider so schlecht, daß sie ihren Zweck fast völlig verfehlen.

Gunther Frantz.

Schnee, Dr. Heinrich: „Die koloniale Schuldlüge". Buchverlag der Süddeutschen Monatshefte, München 1927, 103 S.

Das Buch ist zuerst in englischer Sprache als „German Colonisation Past and Future" 1926 in London bei Georges Allen and Unwin erschienen. In seinem Vorwort sagt Dr. Schnee: „Der Kampf gegen die koloniale Schuldlüge muß fortgeführt werden, bis die praktische Konsequenz aus deren Beseitigung durch die Rückübertragung deutscher Kolonien an Deutschland gezogen ist. Möge dieses Buch zur Erreichung dieses Zieles beitragen!"

Volck, Adalbert: „Die Tragödie des russischen Volkes und die Schuldlüge". Selbstverlag, Lüneburg 1926, 135 S.

Adalbert Volck hat in der vorliegenden Schrift den Versuch gemacht, die über Rußland hereingebrochene Katastrophe aus der Geschichte des russischen Volkes von ihrem Beginn an zu erklären. Wie ein roter Faden zieht sich durch die knappe, aber übersichtliche Schilderung die Feststellung der auf dem russischen Volke lastenden Fremdherrschaft, die im Laufe der Jahrhunderte von Normannen, Tataren, deutschen Günstlingen der ihrer Herkunft nach nicht mehr als Vollrussen anzusprechenden Zaren ausgeübt worden ist und die zu der heftigen Abneigung des russischen Volkes gegen alles Fremde geführt hat, wobei „fremd" mit „deutsch" identifiziert wurde.

Der Verfasser stellt fest, daß der durch die unnatürliche westliche Richtung der russischen Außenpolitik entstandene imperialistische Kriegswillen der Regierung von jener traditionell gewordenen Abneigung der „Intelligenz“ des Riesenreiches gegen alles Deutsche unterstützt worden ist und macht neben der Regierung auch jene Volkskreise für den Krieg verantwortlich, wenn er schreibt:

„Fast jeder gebildete Russe trägt sein Teil Verantwortung am Kriege durch Begehrlichkeit und Hetze oder durch Trägheit, die ihn gegen das Kriegstreiben nicht auftreten ließ.“

Whispering Gallery, The: Leaves from a Diplomat's Diary. John Lane the Bodley Head Limited. London 1926.

Wolff, Theodor, Directeur du Berliner Tageblatt: „Le Prélude“. Payot. Paris 1926.

Eine französische Übersetzung des bekannten Buches von Theodor Wolff „Das Vorspiel“.

WINTERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt.

Baden-Baden

Das berühmte Heilbad im Schwarzwald
Gegen Gicht, Rheumatismus und Katarrhe

Mildes Klima, ganzjähriger Betrieb. Tägl. Konzerte und Theatervorstellungen
Auskunft durch das Städtische Verkehrsamt Baden-Baden, Augustaplatz 1

Bad Homburg

Das Bad für Magen-, Darm- und Stoffwechsel-Leidende

Neustadt im Schwarzwald

850—1200 m ü. M.

Schönster Höhenluftkurort und Wintersportplatz des Hochschwarzwaldes * Auskunft: Kurverein Telephon 145

Bad Reichenhall

das schönste Alpenbad, ist auch im Winter offen

Kuren für Asthma und Emphysem und alle Erkrankungen der Atmungsorgane. * Wintersport. * Prospekte versendet kostenlos der Kurverein

Schierke

der alpine Luftkurort und Wintersportplatz im Harz

650—1142 m ü. M. am Fuße des Brocken

Bobsleigh, Rodel- u. Eisbahnen * Skigelände u. Sprungschanze

Vom 18. Dezember bis zum 15. Februar fährt die Brockenbahn bis Bahnhof Schierke. * Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung Verkehrsamt der Gemeinde Schierke im Harz * Fernsprecher 50

Todtmoos

800—1200 m ü. M.

Südlicher Bad. Schwarzwald * Klimatischer Höhenkurort

Auskunft Kurverein

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Zeitung mit 12 Beilagen

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technik.
Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau
Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse
Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche
Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk
Kino und Kultur, Reise- und Bäder-Rundschau

Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient, ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer durch den Verlag gratis!

Berlin W 57, Bülowstraße 66

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

Wer sein Haar nicht färben,
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden"

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Graf Max Montgelas.

Reichlich spät, sieben Jahre nach Rußland, Deutschland und Österreich, hat man in England die Archive über die Vorgeschichte des Krieges geöffnet. Es besteht die Absicht, im ganzen elf Bände herauszugeben, von denen zwei in Kürze die Jahre 1898—1904, acht in größerer Ausführlichkeit den Zeitraum von 1904 bis Ende Juni 1914 behandeln sollen, während der jetzt nach deutschem Beispiel zuerst veröffentlichte letzte Band die Akten über die Krise des Sommers 1914 vom Attentat von Sarajewo (28. Juni) bis zur Kriegserklärung Englands an Deutschland (4. August) — einschließlich fünf Nummern aus den dem Attentat unmittelbar vorhergehenden Tagen — enthält.

Die 677 Stücke der neuen Sammlung enthüllen viele wichtige, im englischen Blaubuch von 1914 geschickt verschwiegene, nur zu einem kleinen Teil inzwischen durch andere Publikationen bekanntgewordene Tatsachen. Nicht nur die amtlichen Noten sind abgedruckt, sondern auch an 30 Privatbriefe, die nach der Einleitung des Herausgebers, Herrn Headlam-Morley, des historischen Ratgebers des Foreign Office, für den Dienstbetrieb in der britischen Diplomatie „wesentlich" sind. Sehr dankenswert ist ferner die Beigabe vieler — nicht aller — Randbemerkungen der höheren Beamten des Londoner Auswärtigen Amtes, da sie einen außerordentlich interessanten Einblick gewähren in die Kräfte, die auf die Entschlüsse des Leiters der auswärtigen Politik, Sir Edward Grey, eingewirkt haben. Die viel besprochenen Marginalien Kaiser Wilhelms in den deutschen Akten sind großenteils impulsive, im ersten Augenblick formlos zu Papier gebrachte Gedanken, die dem Monarchen von seinen Ratgebern nicht selten wieder ausgeredet wurden, die zudem während der Krise 1914 mitunter so spät eintrafen, daß sie durch die Handlungen der Wilhelmstraße schon überholt waren. Die Bemerkungen des Unterstaatssekretärs Sir Arthur Nicolson und des zweiten Unterstaatssekretärs Sir Eyre Crowe stellen hingegen sorgfältig überlegte Ratschläge an einen Vorgesetzten dar, der daran freilich nicht gebunden war, sie auch keineswegs immer befolgte, der durch sie jedoch sicher stark beeinflußt wurde, um so mehr, als er selber, wie aus seinen Memoiren hervorgeht, mit deren Grundgedanken einverstanden war und von der Auffassung seiner Mitarbeiter nur hinsichtlich der Methode, nicht hinsichtlich des Endzieles abwich.

Dafür, daß die Auswahl der Stücke mit unbedingter Unparteilichkeit erfolgt ist, würde schon die Persönlichkeit Headlam-Morleys volle Gewähr bieten. Obendrein hat noch eine Überprüfung der Sammlung durch die beiden hervorragenden Historiker G. P. Gooch und Harold Temperley stattgefunden, die jedoch keine Verantwortung übernehmen für die Erläuterungen, die Headlam-Morley — im Gegensatz zu dem bei den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" beobachteten Verfahren — einigen Nummern beigefügt hat.

Es ist unmöglich, im Rahmen einer Besprechung alle wichtigen Punkte anzuführen, um die unsere Kenntnis der Vorgeschichte der großen Katastrophe bereichert worden ist. Auch werden bei einer ersten Durcharbeitung so umfangreichen Materials Fehler kaum vermeidlich sein, um deren Berichtigung aus dem Leserkreise gebeten wird. Mit diesem Vorbehalt soll im nachstehenden auf einige besonders bedeutsame Vorgänge aufmerksam gemacht werden.

Die Wiener Sondierung vom 16. Juli.

Schon am 9. Juli hatte der britische Botschafter in Wien Sir M. de Bunsen über die in allen Kreisen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gegen Serbien herrschende Erbitterung berichtet (Nr. 40) [1]). Am 16. konnte er melden, der frühere k. u. k. Botschafter in Rom Graf Lützow, der tags zuvor eine lange Unterredung mit Graf Berchtold und Graf Forgách gehabt hatte, habe ihm folgendes über die Absichten des Wiener Kabinetts mitgeteilt (Nr. 50 und 56): Anklageschrift gegen Serbien wegen Mitschuld an der Mordtat, Verlangen durchgreifender Maßregeln zur Unterdrückung der nationalistischen und anarchistischen Propaganda, keine langen Verhandlungen, sondern Forderung sofortigen Nachgebens Serbiens, widrigenfalls man Gewalt anwenden werde. Deutschland sei einverstanden; ganz Europa werde mit Österreich-Ungarn einig darin sein, daß Serbien künftighin eine versöhnlichere Haltung zeigen müsse. Auch Rußland werde Mörder slawischer Rasse nicht schützen wollen. Doch selbst in diesem Falle werde die Monarchie unbekümmert um die Folgen vorgehen, denn sie würde ihre Großmachtstellung einbüßen, falls sie weitere Torheiten Serbiens ruhig hinnähme.

---

[1]) Die neuen Dokumente werden hier nur mit Nummer ohne Zusatz bezeichnet; das englische Blaubuch 1914 mit BB; die „Deutschen Dokumente" mit D; das französische Gelbbuch 1914 mit F.

An demselben Tage (16. Juli) suchte der Botschaftsrat Graf Trautmannsdorff von der Londoner österreichisch-ungarischen Botschaft Sir A. Nicolson auf und führte ihm gegenüber ungefähr die gleiche Sprache (Nr. 50 Randbem.).

Es war klar, daß Lützow und Trautmannsdorff nicht unvorsichtig aus der Schule schwätzten, sondern auftragsgemäß sondieren wollten, wie sich wohl das Londoner Kabinett zu der in Wien gegen Serbien beschlossenen Aktion stellen würde. Wenn man an der Themse die angekündigte Anwendung von Gewalt gegen Serbien als eine Bedrohung des Weltfriedens ansah, so war Gelegenheit gegeben, zu ebenso informeller freundschaftlicher Mahnung, sei es direkt oder durch Vermittlung von Berlin. Statt dessen brachte tags darauf (17. Juli) die dem britischen Premierminister nahestehende „Westminster Gazette" einen Artikel, der den Ton der serbischen Presse tadelte, die Befürchtungen Wiens wegen der gegen die Integrität der Monarchie gerichteten großserbischen Bestrebungen erwähnte und dann fortfuhr: „Unter diesen Umständen kann man nicht erwarten, daß die (österreichisch-ungarische) Regierung untätig bleibt. Serbien wird gut beraten sein, wenn es sich klarmacht, wie begründet die Befürchtungen seines Nachbarn sind, und wenn es alles in seiner Macht Stehende tut, um diese Befürchtungen zu beschwichtigen, ohne auf einen Druck zu warten, der nach Graf Tiszas Worten „kriegerische Verwicklungen" nach sich ziehen würde."

Dieser Artikel wurde in Petersburg als eine Ermutigung Österreichs zu scharfem Vorgehen gegen Serbien aufgefaßt (Nr. 58). Mußte er in Wien nicht ebenso aufgefaßt werden? Konnte man ihn dort nicht geradezu als eine zustimmende Antwort auf die am 16. Juli vorgenommene Sondierung ansehen? [2])

Jedenfalls war es mit den am 16. erhaltenen Informationen schwer vereinbar, daß Grey vier Tage später (20. Juli) dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky sagte, er habe in der letzten Zeit aus Wien über Serbien nur gehört, daß Graf Berchtold den „Ernst" der Lage bestritten und nur zugegeben habe, daß sie „der Klärung bedürfe" (Nr. 68 und 59). Mit dieser Äußerung stand es wiederum kaum im Einklang, wenn der Staatssekretär einen Tag später (21. Juli) dem französischen Botschafter Paul Cambon von den „großen" Befürchtungen sprach, die man mit Beziehung auf die Forderungen Österreichs an Serbien hege (Nr. 72) [3]).

---

[2]) Die vor dem 20. Juli liegenden Schriftstücke waren in BB nicht aufgenommen.

[3]) In BB nicht abgedruckt.

Direkte Besprechungen zwischen Österreich und Rußland.

Wie schon aus dem Buche Professor Omans bekannt [4]), regte Grey am 20. Juli in einem Schreiben an den britischen Botschafter in Petersburg, Sir G. Buchanan direkte Besprechungen zwischen Österreich und Rußland an für den Fall, daß sich zwischen beiden Mächten eine ernste Lage ergäbe (Nr. 67). Buchanan sprach hiervon merkwürdigerweise zuerst mit dem in Petersburg anwesenden Präsidenten der französischen Republik, der ebenfalls merkwürdigerweise eine solche Conversation à deux für „gefährlich" erklärte und dafür vorschlug, Frankreich und England sollten in Wien Ratschläge zur Mäßigung erteilen (Nr. 76). Der später befragte russische Außenminister Sasonow dachte sogar an einen Schritt der drei Ententemächte, was eine Nachahmung der 1875 auf französische Anstiftung von Gortschakow in Berlin geplanten und von Bismarck zum Scheitern gebrachten Demarche bedeutet haben würde. Die am 22. Juli nach London gemeldete französisch-russische Auffassung erachtete man denn auch im Foreign Office als wenig zweckmäßig, und Grey erwähnte seinen Vorschlag direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg auch gegenüber dem russischen Botschafter Grafen Benckendorff am 22. und gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff am 23. Juli (Nr. 79 und 86) [5]).

Die bekannte Tatsache, daß später die direkten Besprechungen Wien-Petersburg auf Grund deutschen Vorschlags wirklich eingeleitet wurden und daß Grey zugunsten dieses von Deutschland durchgesetzten Verfahrens seinen eigenen Konferenzvorschlag zurückstellte, zeigt deutlich, wie nahe sich ursprünglich die deutsche und englische Auffassung über die zweckmäßigste Art der Vermittlung standen und wie weit sie sich von der Poincarés entfernten. Sogar Nicolson sah noch am 28. in diesen Besprechungen die beste Methode (Nr. 239).

Der erste Vorstoß Sir Eyre Crowes.

Am 22. Juli berichtete der britische Geschäftsträger in Berlin, Staatssekretär von Jagow habe ihm erklärt, daß die Haltung der deutschen Regierung durch die offiziöse Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19. Juli klar umschrieben sei [6]).

---

[4]) C. Oman 'The Outbreak of the War of 1914—1918' S. 18.

[5]) In BB ist nur Nr. 86, nämlich das Gespräch mit Mensdorff (als Nr. 3) aufgenommen; die Nummern 67, 76 und 79 hingegen nicht.

Die Sache gehe nur Österreich und Serbien an, weshalb auch er (Jagow) es nicht für angezeigt erachtet habe, der Wiener Regierung dreinzureden. Hingegen habe er wiederholt dem serbischen Vertreter in Berlin die Notwendigkeit nahegelegt, daß seine Regierung ihre Beziehungen zu Österreich-Ungarn in Ordnung bringe. Auf den Einwand des serbischen Diplomaten, seine Regierung habe keine Macht über die Presse, die schreiben könne, was sie wolle, habe der Staatssekretär bemerkt, wenn jemand einen Schaden nicht abstellen könne, müsse der Geschädigte selber Abhilfe schaffen (Nr. 77, wiederholt in Nr. 158) [7]).

Unter diese Meldung schrieb Crowe:

„Es ist schwer, die Haltung der deutschen Regierung zu verstehen. Sie trägt nicht den Stempel der Aufrichtigkeit. Wenn sie wirklich bestrebt ist, Österreich in vernünftigen Schranken zu halten, so ist sie am besten in der Lage, mit Wien zu sprechen. Sie tut jedoch nichts als die Leidenschaften in Belgrad reizen, und es sieht sehr stark danach aus, als ob sie die Österreicher aufstachelt, wenn sie durch ihre offiziellen Zeitungen der serbischen Regierung offen und dauernd droht.

Man kann annehmen, daß die deutsche Regierung nicht an eine wirkliche Kriegsgefahr glaubt. Sie scheint sich darauf zu verlassen, die britische Regierung werde die deutschen und österreichischen Drohungen in Belgrad unterstützen; es ist klar, daß, wenn die britische Regierung in diesem Sinne eingriffe oder Mahnungen nach Petersburg richtete, der längst ersehnte Bruch zwischen England und Rußland der Verwirklichung einen Schritt nähergebracht sein würde.

Doch ich gebe zu, daß all das nur Konjektur ist. Wir kennen den Sachverhalt nicht, die deutsche Regierung kennt ihn offenbar. Sie weiß, was die österreichische Regierung fordern wird, sie ist sich klar, daß diese Forderungen eine ernste Frage aufrollen werden, und meiner Ansicht nach können wir mit einiger Sicherheit sagen, daß Berlin diese Forderungen gebilligt und für den Fall gefährlicher Verwicklungen Unterstützung versprochen hat. So viel, meine ich, kann man aus dem vorliegenden Telegramm herauslesen.

---

[6]) Diese Erklärung lautete: „In den Auslassungen der europäischen Presse zu der in dem Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien obwaltenden Spannung machen sich immer mehr Stimmen geltend, die anerkennen, daß Österreich-Ungarns Verlangen, eine Klärung seiner Beziehungen zu Serbien herbeizuführen, berechtigt ist. Dabei schließen wir uns der an mehr als einer Stelle ausgedrückten Hoffnung an, daß durch rechtzeitiges Einlenken der serbischen Regierung das Entstehen einer ernsten Krisis vermieden werde. Jedenfalls läßt es das solidarische Interesse Europas, das bisher in der langen Balkankrisis in der Bewahrung des Friedens unter den Großmächten zur Geltung gekommen ist, erwünscht und geboten erscheinen, daß die Auseinandersetzungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien entstehen können, lokalisiert bleiben."

[7]) Nr. 77 entspricht BB 2, wo jedoch die Äußerung des serbischen Vertreters über die Presse seines Landes unterdrückt ist.

Die unbestimmten Andeutungen und Befürchtungen des Fürsten Lichnowsky entsprechen nicht ganz der wirklichen Lage, die seine Regierung zu schaffen beiträgt."

Nun war doch sowohl in der Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" als im Gespräche Jagows mit dem britischen Geschäftsträger der deutsche Standpunkt mit voller Offenheit zum Ausdruck gebracht: Lokalisierung des Streitfalles, der eine rein österreichisch-serbische Angelegenheit darstelle. Es ist somit nicht zu ersehen, worauf sich der Vorwurf Crowes über deutsche Unaufrichtigkeit beziehen soll. Was ferner die Bemerkungen über die serbische Presse betrifft, so hatte darüber auch Bunsen aus Wien am 3. Juli berichtet: „Ich muß sagen, daß sich die serbische Presse meiner Ansicht nach schändlich (shamefully) benimmt." (Nr. 29.) Das Kommuniqué der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19. Juli war nicht schärfer, sondern eher milder gefaßt als das der „Westminster Gazette" vom 17. Daß man endlich in Belgrad keineswegs die Empfindung hatte, von Deutschland „gereizt" zu werden, beweist die Meldung des dortigen britischen Geschäftsträgers vom 19., wonach die serbische Regierung zu wissen angab, „daß von Berlin auf Österreich mäßigend eingewirkt werden würde" (Nr. 61). Crowe wollte dieser Meldung allerdings keinen Glauben schenken, wie sich aus seiner Bemerkung zu ihrer Wiederholung ergibt (Nr. 80). Aber solange man in Belgrad daran glaubte, entbehrte Crowes Behauptung, die serbischen Leidenschaften würden durch Deutschland gereizt [8]), jeder Berechtigung.

Die französisch-russische Solidaritätserklärung.

Schon das Inhaltsverzeichnis des englischen Blaubuches 1914 hatte verraten, daß in dem Telegramm Buchanans über die Unterredung, die am 24. Juli nach Bekanntwerden des österreichischen Ultimatums Sasonow mit ihm und mit dem französischen Botschafter Paléologue hatte (BB 6), die Meldung über die Ergebnisse der Reise Poincarés unterdrückt war. Wie seit zwei Jahren bekannt, lautete dieser außerordentlich wichtige, der Welt zehn Jahre lang vorenthaltene Abschnitt (Nr. 101):

„Der Außenminister und der französische Botschafter teilten mir vertraulich mit, das Ergebnis des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Übereinstimmung der Ansichten über die verschiedenen Probleme, denen sich die Mächte in Beziehung auf die Er-

[8]) Die drei Nummern 29, 61 und 80 waren in BB nicht aufgenommen.

haltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, insbesondere im Osten, gegenübergestellt sehen.

2. Entschluß, in Wien Schritte zu dem Zweck zu unternehmen, ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderungen zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit ansehen könnte.

3. Feierliche Bestätigung der den beiden Ländern durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen."

Diese Zusicherung war vor Kenntnis des österreichischen Ultimatums gegeben worden. Wenn man die Potsdamer Besprechungen vom 5. Juli als eine deutsche Blankovollmacht an Österreich bezeichnet, so muß man gerechterweise in dieser Zusage Poincarés eine französische Blankovollmacht an Rußland erblicken.

Die folgenden Abschnitte der Meldung Buchanans über die mündliche Bestätigung der französisch-russischen Solidarität, über das erneuerte Versprechen der Erfüllung aller Bündnispflichten und über die Aufforderung Sasonows und Paléologues, England möge sich dieser Erklärung anschließen, waren im Blaubuch 1914 richtig wiedergegeben; sie mußten jedoch wegen Unterdrückung des vorhergehenden Abschnitts den unrichtigen Eindruck erwecken, als seien sie erst durch das österreichische Ultimatum veranlaßt worden. Unterdrückt war außerdem der Schlußabsatz, daß gegen Ende der Unterredung auch der rumänische Gesandte eintraf, dem Sasonow nahelegte, die Bukarester Regierung solle gleichfalls Vorstellungen in Wien erheben.

Der Angriff Crowes vom 25. Juli.

Am 24. Juli war in London das österreichische Ultimatum und die für die Forderungen der Monarchie eintretende deutsche Note bekanntgeworden. Unter der deutschen Note (Nr. 100) finden sich folgende gemäßigte Bemerkungen Crowes vom 25.:

„Die Antwort ist, daß infolge der extremen Art der österreichischen Forderungen und infolge der festgesetzten Beantwortungsfrist die Lokalisierung des Konflikts außerordentlich schwierig geworden ist. Denn die österreichischen Bedingungen tragen offen die Absicht zur Schau, einen Krieg zu provozieren. Die von Österreich aufgestellten und von Deutschland wiederholten Behauptungen über die Verfehlungen Serbiens beruhen einstweilen auf keinen Beweisen, die den Mächten zugänglich wären, welche die österreichische Regierung aufgefordert hat, jenen Behauptungen zuzustimmen. Es sollte den Mächten Zeit gegeben werden, um sich von den Tatsachen zu überzeugen, für deren Richtigkeit sie eintreten sollen."

Die Zusätze Nicolsons und Greys sind kurz. Sir Arthur erwähnt nur das Gerücht, daß Deutschland von Österreich abgerückt sei; Sir Edward, daß er in seinen Gesprächen mit Lichnowsky von der

Annahme ausgegangen sei, ein Krieg zwischen Österreich und Serbien könne nicht lokalisiert werden.

Ganz anders als die Bemerkungen zur deutschen Note klingen nun Crowes Bemerkungen zu dem nächsten Schriftstück, dem oben erwähnten, die französisch-russische Solidarität meldenden Bericht Buchanans vom 24. Juli (Nr. 101), der an diesem Tage, 8 Uhr abends, eingetroffen war, jedoch ebenso wie die deutsche Note erst am folgenden Tage gelesen wurde [9]). Es ist eine förmliche Denkschrift, die in vollem Wortlaut angeführt werden muß:

„Der Augenblick ist vorüber, da es möglich gewesen wäre, bei einem Versuche zur Zurückhaltung Rußlands auf die Unterstützung Frankreichs zu rechnen.

Es ist klar, daß Frankreich und Rußland entschlossen sind, den ihnen hingeworfenen Handschuh aufzuheben. Was immer wir über den Wert der österreichischen Anklagen gegen Serbien denken mögen, Frankreich und Rußland sehen diese Anklagen als Vorwand an und erachten das größere Problem Dreibund gegen Dreiverband für endgültig gestellt.

Es würde meiner Ansicht nach unpolitisch, um nicht zu sagen gefährlich für England sein, durch irgendeine Vorstellung in Petersburg und Paris dieser Ansicht entgegenzutreten und den klaren Streitfall zu verdunkeln.

Der Punkt, auf den es ankommt, ist, ob Deutschland unbedingt entschlossen ist, diesen Krieg jetzt zu haben.

Es ist noch die Möglichkeit, daß es veranlaßt werden kann, zu zögern, wenn es gelingt, bei ihm die Befürchtung zu erwecken, daß der Krieg England an der Seite Frankreichs und Rußlands finden werde.

Ich kann nur einen wirksamen Weg vorschlagen, um der deutschen Regierung diese Überzeugung beizubringen, ohne uns unbedingt und endgültig in diesem Stadium zu binden. Wenn in dem Augenblick, da entweder Österreich oder Rußland zu mobilisieren beginnen, S. M. Regierung Befehl erläßt, unsere gesamte Flotte in unmittelbare Kriegsbereitschaft zu setzen, so kann das Deutschland deutlich vom Ernst der Gefahr überzeugen, der es ausgesetzt sein würde, falls England am Kriege teilnähme.

Angenommen, dieser Entschluß könnte jetzt gefaßt werden, so würde es angezeigt sein, die französische und russische Regierung davon zu unterrichten, und das wiederum würde das beste Mittel sein, um die Entstehung einer sehr ernsten Lage zwischen England und Rußland zu verhindern.

Es ist schwer, nicht mit Sasonow darin übereinzustimmen, daß früher oder später England in den Krieg, falls es dazu kommt, hineingezogen werden wird. Wir werden nichts gewinnen, wenn wir uns nicht schlüssig werden über das, was wir unter morgen vielleicht eintretenden Umständen tun können.

---

[9]) Die in den neuen englischen Dokumenten angegebene Ankunftszeit der Telegramme ist die Zeit, zu der das Chiffrierbüro des Foreign Office mit der Entzifferung begann. Je nach der Länge der Telegramme konnten eine halbe bis zwei Stunden vergehen, bis die Entzifferung den politischen Beamten vorgelegt wurde.

Sollte es zum Kriege kommen und England stünde abseits, so muß eines von zwei Dingen eintreten:

a) Entweder Deutschland und Österreich siegen, werfen Frankreich nieder und demütigen Rußland. Wenn die französische Flotte vernichtet ist und Deutschland den Kanal (die Kanalküste?) besetzt hält, während Holland und Belgien freiwillig oder gezwungen zu ihm stehen, was wird dann die Lage eines freundlosen Englands sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Was würde dann ihre Haltung gegen England sein? Wie stünde es um Indien und das Mittelmeer?

Unsere Interessen sind mit denen Frankreichs und Rußlands verbunden in diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern der ein Kampf ist zwischen einem nach politischer Diktatur (dictatorship) in Europa strebenden Deutschland und den auf die Bewahrung ihrer individuellen Freiheit bedachten Mächten. Wenn wir zur Vermeidung des Konflikts dadurch beitragen können, daß wir unsere Flotte in Bereitschaft zu sofortigem Einsatz zeigen, so würde es unrichtig sein, diesen Schritt zu unterlassen.

Was immer unsere endgültige Entscheidung sei, ich bin der Ansicht, wir sollten jetzt den Entschluß fassen, die Flotte zu mobilisieren, sobald irgendeine andere Großmacht mobilmacht, und wir sollten diesen Entschluß ungesäumt der französischen und russischen Regierung mitteilen."

Vergleicht man diese Fanfare mit der verhältnismäßig ruhigen Betrachtung zur deutschen Note, so ergibt sich mit voller Klarheit, daß nicht das österreichische Ultimatum und nicht das Eintreten Deutschlands für die österreichischen Forderungen das ausschlaggebende Moment bei Crowe bilden, sondern der aus dem Bericht Buchanans zutreffend herausgelesene Entschluß Frankreichs und Rußlands, aus der österreichisch-serbischen Frage eine Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zu machen. Das Memorandum ist geschrieben am Morgen des 25. Juli, bevor auch nur die serbische Antwort auf das Ultimatum bekannt, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad vollzogen war. Für Crowe genügt der französisch-russische Entschluß, der seiner Ansicht nach automatisch den Entschluß Englands auslösen muß, an der Seite Frankreichs und Rußlands zu kämpfen, falls es zum Kriege kommt. Gleichviel wo Recht und Unrecht liegt, gleichviel ob die österreichischen Beschwerden gegen Serbien begründet sind oder nicht, gleichviel ob Rußland oder Österreich zuerst mobilisiert. Auch die Parole für den eventuellen großen Waffengang wird schon ausgegeben: „Dort das nach Diktatur in Europa strebende Deutschland, hier die nur auf Bewahrung ihrer eigenen Freiheit bedachten Mächte." So wird das Leitmotiv der Kriegspropaganda der Entente lauten, so wird wörtlich das Ultimatum vom 16. Juni 1919 sprechen.

Nicolson stimmt dem Memorandum zu:

„Die von Sir Eyre Crowe vorgebrachten Gesichtspunkte verdienen ernste Beachtung, und ohne Zweifel wird das Kabinett die Lage prüfen. Unsere Haltung während der Krise wird von Rußland als ein Prüfstein angesehen werden, und wir müssen sehr sorgfältig bedacht sein, es uns nicht zu entfremden."

Grey begnügt sich anzufügen:

„Herr Churchill sagte mir heute, daß die Flotte binnen 24 Stunden mobilisiert werden kann, ich halte es jedoch für verfrüht, jetzt schon Frankreich und Rußland irgendeine Mitteilung zu machen."

Englands Abhängigkeit von Rußland.

In den Erwägungen Crowes steht zwar der Argwohn gegen Deutschland an erster Stelle, dazu tritt jedoch neben der nicht überraschenden Rücksicht auf Frankreich eine fast noch größere auf Rußland. Der Entschluß betreffend die Flotte soll „die Entstehung einer sehr ernsten Lage" mit dem großen nordischen Reiche verhindern. Noch stärker wird dieses Moment von Nicolson betont, der während seiner vierjährigen Tätigkeit als Botschafter in Petersburg (1906—1910) offenbar ein begeisterter Anhänger des Zarismus geworden war. Die Haltung Englands während der jetzigen Krise wird „der Prüfstein" für Rußland sein; nur ja nicht Rußland uns „entfremden".

Die Einleitung Headlam-Morleys zu den Dokumenten gibt nun Aufklärung darüber, warum die liberale Regierung Großbritanniens sich so stark zum absolutistischen Rußland hingezogen fühlte. Zwischen beiden Mächten waren in Asien große Schwierigkeiten entstanden. In Petersburg mißgönnte man den Engländern die großen Gewinne aus den Ölfeldern Mesopotamiens. In London beklagte man sich über das Vorgehen der Russen in Persien und über ihre Beziehungen zu Afghanistan; dazu kam die Besorgnis vor einer Erneuerung der früheren deutsch-russischen Freundschaft, ein Ziel, das angesichts der immer drohender sich ankündigenden russischen Revolution die deutschfreundlichen Elemente am Zarenhofe und in der russischen Armee vielleicht durchsetzen könnten. Aus diesen Gründen suchte man in Downing-Street und an der Sängerbrücke ein besseres Einvernehmen über die schwebenden Fragen herbeizuführen, und diese Bestrebungen waren bis zum 22. Juli 1914 so weit gediehen, daß beide Parteien im Prinzip sich einig waren, eine dreiseitige englisch-russisch-japanische Garantie für die gegenseitigen asiatischen Besitzungen ins Auge zu fassen. Daneben liefen Besprechungen über ein englisch-russisches Marineabkommen, das Zar Nikolaus II. Anfang April 1914 nochmals

angeregt hatte (Nr. 125 Anlage), für das Grey sich während des Besuchs des englischen Königspaares in Paris im Mai gewinnen ließ und das er am 11. Juni — genau an dem Tage, an dem die Verhandlungen in aller Form begannen — im Parlament ableugnete. Die Einleitung Headlam-Morleys stellt fest, daß der Staatssekretär „seine Zustimmung gegeben hatte“ [10]).

Während man also in Berlin damals glaubte, die während der letzten Balkankrise angebahnte Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses werde zur Folge haben, daß England auf Rußland mäßigend einwirke, waren zwischen diesen beiden Mächten Verhandlungen im Gange, die im Gegenteil England zu einer ganz besonderen Rücksicht auf russische Wünsche veranlaßten.

Die Mobilisierung der britischen Flotte.

Der Vorschlag Crowes über die Mobilisierung der britischen Flotte enthält einen Denkfehler. Diese Mobilmachung konnte einerseits Deutschland einschüchtern; sie konnte indes andererseits Frankreich und Rußland ermutigen. Wenn nun der von Crowe angeblich beabsichtigte Zweck der Einschüchterung Deutschlands erreicht werden sollte, so mußte doch in erster Linie d i e s e Macht von der bevorstehenden Absicht in Kenntnis gesetzt werden. Crowe schlug jedoch das Gegenteil vor. Nicht Deutschland, sondern nur Frankreich und Rußland sollten sofort erfahren, daß die britische Seemacht in volle Kriegsbereitschaft gesetzt werde, sobald Österreich oder Rußland mobilisiere. Eine Mitteilung an diese Adressen hätte lediglich Paris und Petersburg vorwärtstreiben, niemals aber Berlin zügeln können.

Am 25. Juli war Grey indessen noch nicht geneigt, auf den Plan Crowes einzugehen. Doch die Nebenregierung der Marine sprang helfend ein. Am folgenden Tage, 26. Juli, an jenem unheilvollen Sonntag, an dem Nicolson den Konferenzvorschlag in die Welt setzte [11]), ordnete der Erste Seelord Prinz Ludwig Battenberg auf die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad — gemäß einer mit dem Chef der Admiralität Churchill getroffenen Verabredung — selbständig an,

---

[10]) In seinen Memoiren (I. S. 279 ff.) gibt Grey zu, daß seine Antwort im Parlament „keine Antwort auf die an ihn gerichtete Frage“ gewesen sei, versucht sie aber dennoch zu rechtfertigen.

[11]) Nicolson schrieb dem aus London abwesenden Grey, es handle sich um einen Vorschlag Sasonows, und sandte seinem Chef sofort die Entwürfe zu den Telegrammen an alle beteiligten Mächte (Nr. 139). Grey unterzeichnete sofort (Nr. 140 und 144).

daß die ohnehin schon (seit 15. Juli) zur Probemobilmachung versammelte Flotte nicht demobilisiert werden solle. Der vom Lande herbeieilende Churchill billigte die Anordnung und teilte sie am Abend Grey nach dessen Rückkehr in die Stadt mit. Auch Sir Edward war mit der Maßnahme nunmehr einverstanden, ebenso damit, daß sie veröffentlicht werde, was am nächsten Morgen (27. Juli) ohne Vorwissen des Kabinetts geschah [12]).

Was Crowe am 25. vorgeschlagen, Grey an diesem Tage noch verweigert hatte, war am 26. eigenmächtig von der Admiralität geschehen und von Grey gebilligt. Eine vorherige Benachrichtigung Rußlands und Frankreichs konnte bei der Raschheit des Entschlusses nicht in Frage kommen. Es war jedoch weiterhin ganz im Sinne des Croweschen Vorschlags, daß in erster Linie Rußland auf die Bedeutung des Schrittes hingewiesen wurde, am 27. in einem amtlichen Schreiben Greys (Nr. 177) und noch deutlicher am 28. in einem Privatbriefe Nicolsons (Nr. 239). Es war begreiflich, daß der französische Botschafter über die Pressenachricht große Befriedigung äußerte (Nr. 238) [13]). Auch dem österreichisch-ungarischen Botschafter sprach Grey davon (Nr. 188), nicht aber dem deutschen. Der Vorgang wurde in Deutschland überhaupt wenig beachtet, die ersten Meldungen des Marineattachés trafen den Sachverhalt nicht (D 174, 207). Was immer die wahren Absichten bei der Mobilisierung der Flotte, richtiger bei dem Verzicht auf ihre Demobilisierung, gewesen sein mögen, der Erfolg war, wie insbesondere die Berichte des Petersburger Korrespondenten der „Times" aus jenen Tagen beweisen, eine ungemeine Stärkung der russischen Kriegspartei.

Ermutigungen Rußlands durch Grey und Nicolson.

Noch vor Mobilisierung der Flotte hatte Grey einen Schritt getan, der eine noch gefährlichere Ermutigung an Rußland darstellte, den Kriegspfad zu beschreiten. Dieser im Blaubuch verheimlichte Vorgang ist zwar inzwischen durch die Memoiren Greys (I S. 307) bekanntgeworden, muß jedoch hier des Zusammenhangs wegen nochmals erwähnt werden. Benckendorff war mit der englischen Anregung einer Vermittlung zu vieren nicht einverstanden [14]) und drang in Grey, er solle Deutschland eine Andeutung machen, daß

[12]) Churchill „The World Crisis" S. 195 und 198.
[13]) In BB nicht aufgenommen.
[14]) Auch vom Konferenzvorschlag wollte Benckendorff nichts wissen (Grey I S. 308).

England nicht abseits stehen würde, wenn es zum Kriege käme. Der Staatssekretär erwiderte, wie er sofort in einem vertraulichen Schreiben Buchanan mitteilte (Nr. 132):

„Ich antwortete, ich hätte nicht angedeutet, daß wir abseits stehen würden; ich hätte im Gegenteil dem deutschen Botschafter gesagt, daß, solange es sich bloß um einen Streit zwischen Österreich und Serbien allein handelt, ich mich nicht berechtigt fühlte zu intervenieren; daß jedoch, sobald der Streit eine Angelegenheit zwischen Österreich und Rußland würde, er zu einer Frage des europäischen Friedens geworden sei, die uns alle anginge. Ich hätte zudem unter der Voraussetzung gesprochen, daß Rußland mobilisieren werde, während die Annahme der deutschen Regierung bisher offiziell die gewesen sei, daß Serbien keine Unterstützung erhalte; und das, was ich gesagt hätte, müßte die deutsche Regierung veranlassen, die Sache ernst zu nehmen. In der Tat würde ich an die deutsche Regierung, welche die Forderungen Österreichs an Serbien unterstützt habe, das Verlangen stellen, sie solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Erwägung zu ziehen. Das sei keine leichte Sache für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig uns einem Ersuchen an Rußland anschlössen, von einem aktiven Vorgehen einstweilen abzusehen (to suspend action). Ich würde auch befürchten, Deutschland werde antworten, die Mobilmachung sei bei ihm eine Frage von Stunden (sic!), bei Rußland jedoch eine Frage von Tagen; und (Deutschland werde antworten) daß ich in der Tat gefordert hätte, Deutschland solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, nicht seinerseits gegen Rußland mobilmachen, sondern auf die eigene Mobilmachung einstweilen verzichten (suspend mobilisation), sich uns behufs Intervention bei Österreich anschließen und auf diese Weise den Vorteil des Zeitgewinns aus der Hand geben; denn wenn die diplomatische Intervention fehlschlage, würde Rußland inzwischen Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben. Ich hätte zwar direkt gar nichts darüber gesagt, ob wir an einem etwaigen europäischen Konflikt teilnehmen würden oder nicht, und ich könnte darüber auch nichts sagen; Rußland habe jedoch absolut keinen Grund, sich über die von mir der deutschen Regierung gegenüber gemachte Anregung zu beklagen, und ich würde nur befürchten, daß das Eingehen auf meine Anregung bei der deutschen Regierung auf Schwierigkeiten stoße. Ich hätte die Anregung auf meine eigene Verantwortung gemacht, und ich hätte keinen Zweifel, daß es der bestmögliche Vorschlag im Interesse des Friedens sei."

Das hieß doch den Russen sagen: Im Gegensatz zu Deutschland bin ich der Ansicht, daß Rußland zur Unterstützung Serbiens gegen Österreich mobilisieren wird. Trotzdem habe ich von der deutschen Regierung verlangt, sie solle in diesem Falle darauf verzichten, mit der deutschen Mobilmachung zu antworten. Auf diese Weise wird, wenn die von mir vorgeschlagene Vermittlung zu vieren scheitert, Deutschland den Vorteil rascherer Mobilmachung verloren und Rußland Zeit für die seinige gewonnen haben.

Und das wurde den Russen gesagt, b e v o r noch die serbische Antwort bekannt, b e v o r die Beziehungen zwischen Österreich und

Serbien abgebrochen waren. Benckendorff verstand die Sache auch richtig, denn er telegraphierte seiner Regierung an demselben Tage:

„Grey sagte dem deutschen Botschafter, nach seiner Meinung müsse die österreichische Mobilisation eine Mobilmachung Rußlands nach sich ziehen; dann würde die große Gefahr eines allgemeinen Krieges entstehen, und er sehe nur einen Ausweg zur friedlichen Lösung, nämlich den, daß Deutschland, Frankreich, Italien und England sich in Anbetracht der österreichischen und russischen Mobilisierung einer sofortigen Mobilmachung enthalten und zunächst ihre guten Dienste anbieten würden. Grey sagte mir, dieser Plan erfordere vor allem das Einverständnis Deutschlands und die Verpflichtung Deutschlands, nicht zu mobilisieren. Im Hinblick darauf habe er sich zunächst mit einer Anfrage hierüber nach Berlin gewandt“ [15]).

Wider Erwarten Greys nahm nun Deutschland die Vermittlung zu vieren sofort an (Nr. 122 Abs. 2; Nr. 145 Schluß; Nr. 176; Nr. 190 Schluß; Nr. 218 vorletzter Absatz). Wider Erwarten Greys gab Deutschland am 27. Juli sogar die Zusage, nicht zu mobilisieren, wenn Rußland nur gegen Österreich mobilisiere (Nr. 185), und verzichtete damit auf den Vorteil rascherer Mobilmachung.

Grey beeilte sich nun, was bisher noch nicht bekannt war, diese Nachricht sofort an sämtliche Botschaften und an die Gesandtschaft in Nisch weiterzugeben (Nr. 185). Rußland konnte somit bei seinem am 28. Juli gefaßten Entschluß, aus der am 26. angeordneten „Kriegsvorbereitungsperiode“ zur Vollmobilmachung gegen Österreich überzugehen, sicher sein, daß England keinen Widerspruch erheben und daß Deutschland keine Gegenmaßregeln treffen werde [16]).

An diesem 28. Juli schrieb obendrein Nicolson einen Privatbrief an Buchanan (Nr. 239), der Rußlands Hoffnungen noch weiter steigern mußte. Neben einem Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Krise und neben einigen unschönen Ausfällen auf Deutschland heißt es darin:

. . . „Ich vermag vollkommen zu verstehen, daß Rußland die Vernichtung Serbiens durch Österreich nicht zulassen kann. Das Gerede über die Lokalisierung des Krieges bedeutet meiner Ansicht nach, daß alle Mächte Zuschauer bleiben sollen, während Österreich Serbien in Ruhe erwürgt. Das ist meines Erachtens ganz widersinnig, um nicht zu sagen schändlich“ . . .

---

[15]) Russisches Orangebuch 1914 Nr. 22.

[16]) Daß Österreich als Gegenmaßregel gegen die russische Mobilisierung sofort seine Gesamtmobilmachung anordnen müsse, nahm man damals offenbar auch in London als selbstverständlich an. Die sonderbare Vorstellung, daß Österreich die Russen an seiner Grenze mobilisieren lassen solle, ohne irgend etwas dagegen zu tun, ist erst später in den Köpfen der ententistischen Schriftsteller entstanden.

„Was mich sehr stark beschäftigt und, wie ich gestehe, beunruhigt hat, ist die Erfüllung des sehr begreiflichen Wunsches Rußlands, zu wissen, was wir unter gewissen Umständen tun würden. Ich habe ebenso wie Sie vorausgesehen, daß diese Krise von Rußland als ein Prüfstein für unsere Freundschaft betrachtet werden könnte, und daß alle Hoffnung auf ein freundschaftliches und dauerndes Einvernehmen mit ihm schwinden würde, falls wir Rußland enttäuschten. Unter den Verhältnissen, unter denen wir hier leben, wo keine Regierung eine bestimmte Linie einhalten kann, wenn sie nicht das Gefühl hat, von der öffentlichen Meinung in weitgehendem Maße unterstützt zu werden, sind wir natürlich nicht in der Lage, irgendwelche bestimmte Zusicherungen darüber zu geben, was wir in künftig eintretenden Fällen tun oder lassen würden; immerhin meine ich, wir hätten vollkommen klar gezeigt, daß jedenfalls weder Deutschland noch Österreich mit einiger Sicherheit auf unsere Neutralität rechnen können, und meiner Ansicht nach muß sich beiden Mächten diese Erkenntnis stark aufgedrängt haben durch einen oder zwei Vorfälle, die sich in den letzten zwei bis drei Tagen ereignet haben. Der Entschluß, unsere Schlachtflotte zusammenzuhalten, statt sie aufzulösen und die Besatzungen zu beurlauben, ist in den Zeitungen offiziell mitgeteilt und stark betont worden und ist von Deutschland und anderen sofort als ein Anzeichen aufgefaßt worden, daß wir bereit sind, unseren Teil an den Feindseligkeiten zu haben, wenn Umstände eintreten sollten, die das für uns nötig machen. Außerdem werden Sie bemerken, daß der Ton unserer Presse nach dem ersten, durch das österreichische Ultimatum hervorgerufenen Schrecken sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß es für uns schwierig, wenn nicht unmöglich sein würde, außerhalb einer allgemeinen europäischen Konflagration zu bleiben. Es besteht keinerlei Zweifel, daß, wenn wir in diese Konflagration hineingezogen werden sollten, wir auf der Seite unserer Freunde stehen würden. Obwohl wir daher nicht in der Lage sind, Sasonow ein endgültiges Versprechen zu geben, was unsere Haltung sein würde, werden Sie, wie ich meine, doch erkennen, daß sehr wenig Zweifel besteht, daß wir, falls wir zur Beteiligung aufgefordert werden, nicht zögern werden, unsere Pflicht zu tun“ . . .

Headlam-Morley sagt in der Einleitung, die Privatbriefe des Unterstaatssekretärs enthielten keine Anweisungen, nicht einmal Anregungen; ihr Hauptzweck sei, die auswärtigen Missionen mit dem Gedankengang und der Auffassung in der Heimat bekanntzumachen. Buchanan war nunmehr jedenfalls über die in der Heimat, d. h. im Foreign Office, herrschende Auffassung unterrichtet, England habe nur mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch nicht offen erklären können, es werde an der Seite Rußlands und Frankreichs fechten, falls es zum Kriege komme. Diese Ermunterung wurde geschrieben, anscheinend noch v o r der österreichischen Kriegserklärung an Serbien [17]). Wie das Schreiben Greys vom 25.

[17]) Bei den nicht telegraphisch übermittelten Schriftstücken ist in den englischen Dokumenten wie auch bei den deutschen nur der Tag, nicht aber die Stunde der Ankunft und des Abgangs angegeben. Daß der Brief vor der österreichischen Kriegserklärung geschrieben ist, darf daraus geschlossen werden, daß dieser Vorgang nicht erwähnt wird.

rechtzeitig eingetroffen sein wird, um den Russen den Entschluß zur Mobilmachung gegen Österreich zu erleichtern, so dürfte der Brief Nicolsons vom 28. früh genug gekommen sein, um in Petersburg den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung leichter zu machen.

War die Lokalisierung des Österreichisch-Serbischen Krieges unmöglich?

Schon bei anderen Gelegenheiten konnte darauf hingewiesen werden, daß der Glaube an die Möglichkeit einer Lokalisierung des Österreichisch-Serbischen Krieges keineswegs eine nur von Berlin und Wien vertretene Ansicht gewesen ist. Die englischen Dokumente bringen weitere, im Blaubuch 1914 ohne Ausnahme unterdrückte Zeugnisse dafür, daß manche recht vernünftige französische und englische Diplomaten diese Ansicht teilten, da sie in Serbien den schuldigen Teil für die Entstehung und in Rußland den schuldigen Teil für die Erweiterung des Konflikts sahen.

Die Meldung Bunsens vom 3. Juli über das „schändliche" Verhalten der serbischen Presse (Nr. 29) ist schon oben erwähnt. Am 20. übermittelte er eine Reihe von Nachrichten über die in das Attentat verwickelten Personen und geheimen Gesellschaften (Nr. 64). Am 29. telegraphierte er vertraulich (Nr. 265):

„Der französische Botschafter berichtet der französischen Regierung Eingeständnisse des serbischen Gesandten, mit dem er bis zu dessen Abreise am 26. Juli in enger Fühlung war, hätten ihn überzeugt, der Zustand wachsender Gärung in den südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie sei derart, daß die österreichisch-ungarische Regierung genötigt war, entweder in die Lostrennung dieser Provinzen sich zu fügen oder eine verzweifelte Anstrengung zu ihrer Festhaltung zu machen, indem sie Serbien als Machtfaktor ausschalte. Der serbische Gesandte erklärte immer, daß die Zeit für Serbien arbeite, und er sagte dem französischen Botschafter, daß binnen drei Jahren die südslawischen Provinzen bereit sein würden, sich gegen Österreich-Ungarn zu erheben, ohne daß Serbien den kleinen Finger rühre. Österreich-Ungarn ist sich klar, daß es nicht länger warten kann, und entschloß sich zum Kriege, von dem es jetzt anscheinend durch nichts mehr abgeschreckt werden kann. Der französische Botschafter sieht darin einen Beweis, daß der Konflikt nicht die Folge deutscher Anstiftung ist, und daß er nicht notwendig beweise, daß Deutschland einen europäischen Krieg wünsche, wie viele in Frankreich glauben."

Vom britischen Generalkonsul in Budapest traf am 21. Juli ein Bericht ein (Nr. 70), worin nach Schilderung der Unbeliebtheit des Erzherzogs Franz Ferdinand bei den Magyaren und seiner Vorliebe für die nicht-magyarischen Nationalitäten die Gerüchte erwähnt waren, daß der Thronfolger „Neigungen zum Trialismus hatte und für die Errichtung eines südslawischen Königreiches als dritten Bestandteils der Habsburger Monarchie war". Dann hieß es weiter:

„Es ist jetzt nicht nötig, zu untersuchen, wieweit diese Berichte zutreffend waren, und man kann als sicher annehmen, daß er nach seiner Thronbesteigung genötigt gewesen wäre, seine Ansichten zu modifizieren und sich der Macht der Verhältnisse zu fügen. Es kann jedoch kein Zweifel über das sympathische Interesse bestehen, das er den Aspirationen der verschiedenen Nationalitäten entgegenbrachte, und große Hoffnungen wurden auf seinen Regierungsantritt sowohl unter den Südslawen als auch unter den Rumänen von Siebenbürgen gesetzt. Diese Tatsachen machen den Mord von Sarajewo nur um so sinnloser. Es ist sicherlich eine Ironie des Schicksals, daß der künftige Herrscher, der allgemein als Verfechter der Rechte der Südslawen galt, der verbrecherischen Propaganda panserbischer Umtriebe zum Opfer fallen mußte."

Mit ganz besonderem Nachdruck trat der britische Botschafter in Paris Sir Francis Bertie, wie zum Teil schon aus seinen Memoiren bekannt, gegen die russische Einmischung auf, gab sich dabei jedoch infolge der versöhnlichen Haltung des stellvertretenden französischen Außenministers Bienvenu Martin der Täuschung hin, auch die wirkliche, bis 29. Juli auf der Rückreise von Petersburg befindliche französische Regierung sei gegen die russischen Ansprüche. Am 25. Juli berichtete er amtlich (Nr. 129):

„Ich teilte dem stellvertretenden Außenminister heute nachmittag die Ansicht mit, daß man in demokratischen Ländern wie England und Frankreich ohne Unterstützung der öffentlichen Meinung nicht Krieg führen könne, und ich sei sicher, daß die öffentliche Meinung in England einen Krieg zur Unterstützung Rußlands nicht gutheißen würde, wenn dieses als Beschützer der Slawen wegen österreichisch-serbischer Differenzen einen Streit mit Österreich vom Zaune brechen sollte. Er gab zu, jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Minister, daß es schwierig sein würde, die öffentliche Meinung in Frankreich in einem Falle wie dem vorliegenden für einen Krieg zu gewinnen" (bring to fighting point).

Zur Unterstützung seiner Ansicht, vielleicht um sicher zu gehen, daß seine Auffassung ohne gegenteiligen Kommentar bis zu Grey durchdringe, schrieb er diesem gleichzeitig privatim (Nr. 134):

„Ich glaube nicht, daß wenn Rußland wegen österreichisch-serbischer Differenzen einen Streit mit Österreich vom Zaune bricht, die öffentliche Meinung in Frankreich dafür sein werde, Rußland in einer so schlechten Sache zu unterstützen.

Die französische Regierung wird daher wahrscheinlich der russischen raten, jeden übermäßigen Eifer zu zügeln, den sie vielleicht zur Unterstützung ihres serbischen Schützlings zu entfalten geneigt ist."

Bertie war durch den Kurs, den die englische Politik einzuschlagen schien, so beunruhigt, daß er am 27. Juli, der Vorsicht halber wiederum privatim, nochmals seine warnende Stimme erhob (Nr. 192):

„Ich bin sicher, daß die französische Regierung keinen Krieg wünscht, und man sollte sie ermutigen, auf die russische Regierung einen Druck aus-

zuüben, damit diese nicht die alberne und altmodische Pose einnimmt, daß Rußland der Schirmherr aller slawischen Staaten sei, wie immer diese sich benehmen, denn das wird zum Kriege führen.

Ich glaube nicht, daß der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung an den Bedingungen der österreichischen Note mitgearbeitet haben. Wenn sie es getan hätten, würde der Kaiser nicht auf See abwesend gewesen sein.

Die Demonstrationen in den Straßen hier sind nichts im Vergleich zu denen in Berlin, wo die Haltung der Bevölkerung nicht beruhigend ist.

Iswolski wird heute hier zurückerwartet und er ist kein Element des Friedens.

Wenn Sie erreichen, daß der französische, deutsche und italienische Botschafter mit Ihnen zusammenkommen, so nennen Sie das Beratungen, denn die Österreicher würden eine Art Wiederholung der Londoner Zusammenkünfte übelnehmen, die schließlich den Titel Londoner Konferenz erhielten (dubbed). Die Österreicher würden glauben, daß sie als ein Balkanstaat zweiten Ranges behandelt werden sollen.

Der durch Herrn Berthelot vertretene Quai d'Orsay ist gegenüber dem deutschen Botschafter nicht genügend entgegenkommend. Er hätte sehr wohl dessen Anregung zustimmen können, in der Presse bekanntzugeben, daß die D e m a r c h e n des Botschafters sehr freundschaftlich waren, und daß dabei etwas über S o l i d a r i t ä t gesagt werde."

Was die hier von Bertie erwähnte Pressenotiz betrifft, so hatte er in amtlichem Telegramm sogar angeregt, London möge einen Druck auf die französische Regierung ausüben, damit dem berechtigten Wunsche des deutschen Botschafters entsprochen werde (Nr. 184). Das trug ihm spöttisch abweisende Randbemerkungen von Crowe und Nicolson ein. Sir Francis scheint in der Tat gute Gründe gehabt zu haben, so häufig sich direkt privatim an Grey zu wenden, wovon die Welt 1914 freilich ebensowenig etwas erfahren hat wie von seinen amtlichen Mahnungen.

Aufmerksam verfolgte der Botschafter auch das Einsetzen einer nationalistischen Kampagne in der Pariser Presse, die von dem „in enger Verbindung mit der russischen Botschaft stehenden" „Echo de Paris" (25. Juli Nr. 123) eingeleitet, dann vom „Temps" und von Clemenceaus „L'Homme Libre" aufgenommen wurde (27. Juli Nr. 193). Auch von feindlichen, angeblich von Serben oder Tschechen veranstalteten Demonstrationen vor der österreichisch-ungarischen Botschaft wußte er zu berichten.

Am 28. meldete er amtlich, wie sich am vorhergehenden Abend der eben auf seinen Posten zurückgekehrte russische Botschafter Iswolski ausgesprochen hatte (Nr. 216). Der Krieg sei „unvermeidlich", und zwar wegen der Schuld Englands, weil es sich nicht sofort mit Rußland und Frankreich solidarisch erklärt habe. Ein österreichisches Versprechen, die territoriale Integrität Serbiens zu achten, sei wertlos, wenn Serbien zum Vasallen würde. Öster-

reichs Streben gehe dahin, germanischen Einfluß und germanische Macht bis gegen Konstantinopel auszudehnen, was Rußland unmöglich zugeben könne. Jetzt Österreich freie Hand lassen, würde für Rußland die gleiche Demütigung sein wie 1909. „Damals war Rußland nicht in der Lage, zu kämpfen, jetzt liegen die Dinge jedoch anders." So sprach Iswolski am Abend des 27. Juli, also v o r der Kriegserklärung an Serbien.

Die Besorgnis Berties fand wiederum Ausdruck in einem Privatbrief an seinen Chef (Nr. 244), wonach er sich beim stellvertretenden Außenminister erkundigt hatte, ob Iswolski diesem gegenüber die gleiche Sprache geführt habe, denn „wenn er die Ansichten der russischen Regierung wiedergäbe, so würde das, da er eben von Petersburg komme, nicht aussichtsvoll für die Erhaltung des Friedens sein".

Hatte Grey alle diese im Blaubuch verschwiegenen Warnungsrufe vergessen, als er in seinen Memoiren (II S. 276) über Iswolski nur das eine zu sagen wußte, der Botschafter habe unkontrollierbarem Klatsch zufolge bei Kriegsausbruch ausgerufen „C'est ma guerre"?

Das Anwachsen der kriegerischen Stimmung nach der Rückkehr Poincarés entgeht Bertie nicht (Nr. 270), und am folgenden Tage hat er die französische Taktik durchschaut. In einem Privatbrief an Grey (Nr. 320 a) spricht er zuerst von dem Drängen der Franzosen auf eine englische Solidaritätserklärung und fährt dann fort:

„Anstatt auf die russische Regierung zu drücken, um deren Eifer zu mäßigen, erwarten sie von uns, daß wir den Deutschen zu verstehen geben, wir seien entschlossen zu kämpfen, wenn es zum Kriege kommt. Wenn wir Frankreich und Rußland jetzt die Versicherung bewaffneter Unterstützung geben, so würde Rußland noch herausfordernder werden und Frankreich würde in seinem Kielwasser folgen."

Nach einer Mitteilung über starke Truppentransporte im Osten Frankreichs heißt es dann noch:

„Die Zeitungen werden kriegerisch, das Volk noch nicht."

Ebenso wie Bertie ist der britische Gesandte in Bern ein Anhänger der Lokalisierung des Konflikts und berichtet gleiches von der Schweizer Presse trotz deren grundsätzlicher Sympathie für die kleinen Staaten gegenüber Großmächten (Nr. 324).

Auch die englische Presse schwärmte lange Zeit keineswegs für Serbien. Noch am 25. Juli beschwerte sich Sasonow, daß mit Ausnahme der „Times" beinahe die gesamte englische Presse auf Seite Österreichs stehe (Nr. 125).

Rußland und Serbien.

Es scheint, daß noch nicht das letzte Wort darüber gesprochen ist, ob und inwieweit Rußland durch Zusage von Unterstützung an Serbien dieses zu nicht völligem Nachgeben gegen die österreichischen Forderungen ermuntert hat. Schon am 18. Juli erklärte der Generalsekretär Gruitsch des Belgrader Auswärtigen Amts dem britischen Geschäftsträger, Serbien werde im Falle eines österreichischen Angriffs „nicht allein stehen, denn Rußland werde nicht untätig bleiben“ (Nr. 61 und 80). Am 28. Juli teilte Gruitsch dem Vertreter Englands mit, russiche Unterstützung sei „assured“, ein zweideutiges Wort, das sowohl „sicher“ wie „zugesichert“ bedeuten kann (Nr. 221)[18]). Die Ansicht Headlam-Morleys (S. XII), daß es sich bei diesen wiederholten Mitteilungen weder um offizielle noch um nichtoffizielle Andeutungen einer festen Abmachung zwischen Rußland gehandelt habe, sondern nur um eine rein persönliche Auslegung der Situation durch Gruitsch, kann zutreffen, kann jedoch auch irrig sein.

Die Nadelstiche der Randbemerkungen gegen Deutschland.

Dafür, wie Crowe und Nicolson ihren Chef durch ihre Randbemerkungen ungünstig gegen Deutschland zu stimmen versuchten, nur zwei Beispiele:

1. Am 25. Juli hatte Grey eine Belgrader Meldung über den voraussichtlichen Inhalt der — noch gar nicht genau bekannten — serbischen Antwort nach Berlin übermitteln lassen unter Beifügung des Wunsches, die deutsche Regierung möge, *wenn* die serbische Antwort tatsächlich dieser Voranzeige entspreche, „auf die österreichische Regierung dahin einwirken, daß sie die Antwort günstig auffasse“ (Nr. 115). Berlin gab diese Anregung sofort nach Wien weiter, tat somit mehr, als der Vorschlag Greys nahelegte, der sich ja auf die Zeit *nach* Bekanntwerden des wirklichen Wortlauts der serbischen Note bezog. In gänzlich irreführender Weise schrieb nun Crowe unter die Meldung über die Weitergabe der englischen Anregung (Nr. 149):

„Sehr hinterhältig von Seite der deutschen Regierung. Ich nehme an, Sir Edward Grey wird dem Fürsten Lichnowsky etwas sagen über diese einigermaßen eigentümliche Art, unsere Anregung zu behandeln, daß Deutschland sich einer in Wien zu machenden Mitteilung anschließen solle (that Germany should join in making a communication at Vienna).“

---

[18]) Die Nummern 61, 80 und 221 sind im B. B. nicht aufgenommen.

Ebenso unfreundlich fügte Nicolson hinzu:

„Das ist die zweite Gelegenheit, daß Herr von Jagow ähnlich gehandelt hat."

Tatsächlich hatte Grey eine gemeinsame deutsch-englische Aktion aus Anlaß der serbischen Antwort gar nicht angeregt, sondern nur eine einseitig deutsche. Schon die sofortige Weitergabe (D 186 Anm. 2, BB 34) ging, wie erwähnt, über die englische Anregung hinaus. Nach Bekanntwerden des Wortlauts der serbischen Note setzte dann sofort der deutsche Druck auf Wien ein (D 277).

2. Am Morgen des 29. Juli traf ein Telegramm des britischen Botschafters in Berlin Sir E. Goschen ein, der Reichskanzler habe ihm versichert, er tue sein möglichstes, um Petersburg und Wien zu direkter Aussprache zu bringen; dabei beklagte sich Herr von Bethmann über die Erschwerung der Situation durch die russische Mobilmachung gegen Österreich und über den Ton der französischen Presse (Nr. 249) [19]). Darunter liest man folgende Bemerkungen:

Crowe: „Es ist schwer zu glauben, daß die deutsche Regierung irgendetwas getan hat."

Nicolson: „Es liegen sicher keine Anzeichen vor, daß Deutschland einen mäßigenden Einfluß in Wien ausgeübt hat. Es heißt eher weit gehen, die Verantwortung Rußland zuzuschieben, das bereit war, jeden nur immer denkbaren Weg (any and every course) einzuschlagen, der Aussicht bot, zum Frieden zu führen. Ich vermute, Deutschland wünscht, daß Rußland sich den anderen Mächten als Zuschauer anschließe (keeping the ring), während Österreich Serbien erdrosselt."

So wurde Deutschland bei Grey angeschwärzt zu einer Zeit, da es schon den von englischer Seite später aufgegriffenen Vorschlag „Halt in Belgrad" nach Wien gegeben hatte (D 291, 323), und obwohl ein vom 28. zu datierendes Billett Lichnowskys an Grey diesem mitgeteilt hatte (Nr. 236):

„Ich erhalte eben Nachricht aus Berlin, daß man sofort in Wien Schritte in dem Sinne getan hat, in dem Sie mir gestern Mittag geschrieben hatten. Man hat auch dem Grafen Berchthold den von Herrn Sasonow ausgesprochenen Wunsch mitgeteilt, in direkte Verbindung mit Wien zu treten. Ich beginne zu hoffen, daß es dank der deutsch-englischen Zusammenarbeit noch einmal möglich gewesen ist, den Frieden Europas zu retten." [20])

Man wird kaum fehlgehen, wenn man in diesen und ähnlichen, die Tatsachen entstellenden Bemerkungen den Ursprung der

---

[19]) Entspricht BB 71; dort ist jedoch die Beschwerde des Kanzlers über den Ton der französischen Presse gestrichen.

[20]) In BB nicht mitgeteilt, jedoch in Oman S. 54 unter dem unrichtigen Datum des 29. Juli.

Legende sucht, die sich schließlich die gesamte ententistische Propaganda zu eigen gemacht hat, daß Deutschland alle Vermittlungsversuche zurückgewiesen habe, während es in Wahrheit nur den Konferenzvorschlag abgelehnt, hingegen die Vermittlung zu Vieren im Prinzip angenommen, die Verwertung der serbischen Antwort als Verhandlungsbasis in Wien sofort empfohlen, endlich die direkten Besprechungen und den „Halt in Belgrad" aus eigener Initiative angeregt hat.

Ähnliche Mißgunst gegen Deutschland spricht aus den Bemerkungen zu Nr. 174, 185, 264, 293.

Die Mobilmachungen

Schon in der Aufmunterung Rußlands, gegen Österreich zu mobilisieren, und in der soeben erwähnten geringschätzigen Sorglosigkeit, mit der man die durch diese Mobilisierung beim deutschen Reichskanzler hervorgerufene Beunruhigung behandelte, zeigt sich eine überraschende Unfähigkeit des Foreign Office, die militärische Situation zu begreifen. Noch deutlicher zeigt sich diese Unfähigkeit in Bemerkungen zu einem Bericht Buchanans vom 27. Juli (Nr. 170) [21]), der meldete:

„Der Mobilmachungsbefehl (gegen Österreich) wird vielleicht von einer Erklärung begleitet sein, daß die Truppen diesseits der Grenze zurückgehalten werden. Der Minister konnte mir nicht sagen, wann der Ukas veröffentlicht werden würde, bezeichnete jedoch den Tag, an dem die österreichische Armee in Serbien einrücken würde, als wahrscheinliches Datum dafür."

Der Kommentar Crowes zu dieser Meldung enthält Richtiges und Falsches. Richtig ist die leider etwas spät kommende Erkenntnis, daß die „wirkliche Schwierigkeit" in der Frage der Mobilmachungen liegen werde. Gerade deshalb eben hätte England niemals Rußland zur Mobilmachung gegen Österreich ermuntern dürfen. Gut unterrichtet ist ferner das Foreign Office über den deutschen Kriegsplan, von dem es weiß, daß er „fast ausschließlich gegen Frankreich" gerichtet ist.

Falsch hingegen ist die Auffassung, daß die am 25. Juli abends angeordnete österreichische Mobilmachung eine „ernste Drohung" für Rußland bedeute. Diese Mobilmachung war ja nur gegen Serbien gerichtet. Die von England den Russen nahegelegte Mobilmachung gegen Österreich konnte nur von einem Standpunkt als berechtigt angesehen werden, der Rußland die nach Berties

[21]) Entspricht BB 44; dort ist indessen der hier angeführte Abschnitt sowie ein neuer Appell Sasonows an die Solidarität Englands gestrichen.

treffenden Worten „alberne und altmodische“ Protektorrolle über alle slawischen Staaten zuerkannte. Eine „Bedrohung“ Rußlands konnte jedoch nicht darin liegen, daß Österreich die Hälfte seiner Armee von der russischen Grenze weit weg gegen Süden in das unwegsame serbische Bergland schickte, was für Rußland vom militärischen Standpunkte die denkbar größte Sicherheit bedeutete. Falsch ist daher auch der von Crowe gezogene Schluß, daß es „weder gerecht noch klug wäre, irgend etwas zu tun, um Rußland von der Mobilmachung abzuhalten“.

Sehr ungenau ist in dem Kommentar die Behauptung, Deutschland habe erklärt, mobilisieren zu müssen, wenn Rußland das tue. Deutschland hatte im Gegenteil zugesichert, nicht zu mobilisieren, solange Rußland nur gegen Österreich mobil mache; es hatte erklärt, erst dann zu mobilisieren, wenn Rußland auch an der deutschen Grenze mobil mache. Überraschend ist zum Schluß die historische Parallele, welche die Katastrophe Preußens von 1806 auf dessen Neutralität 1805 zurückführt und England vor gleichem Schicksal warnt. Das ist die Theorie des Prätentivkrieges in reinster Form! Grotesk ist dabei die Gleichstellung des kleinen Preußens von 1805 mit weniger als zehn Millionen Einwohnern und des britischen Weltreichs von 1914 mit mehr als 420 Millionen.

Die ständige Verwechslung von österreichischer Teilmobilmachung gegen Serbien mit österreichischer Gesamtmobilmachung, ferner von russischer Mobilisierung nur gegen Österreich und russischer allgemeiner Mobilmachung gegen Österreich und Deutschland zieht sich durch die ganze Gedankenarbeit der Diplomaten des Londoner Amtes während der letzten Juliwoche und trübt ihre Urteilskraft. Ebenso verhängnisvoll ist ihre übertriebene Vorstellung von einer ans Wunderbare grenzenden militärischen Geschwindigkeit Deutschlands, dem man zutraut, an einem Tage zu mobilisieren und am nächsten mit Hunderttausenden die französische Grenze zu überschreiten.

Hinsichtlich der österreichischen Mobilmachung gegen Serbien ist zuzugeben, daß der mit den komplizierten militärischen Verhältnissen der Donaumonarchie nicht vertraute Laie durch die Berichte des britischen Militärattachés in Wien anfänglich etwas irregeführt werden konnte; auf diese Berichte wird später in gesonderter Abhandlung noch zurückzukommen sein [22]). Immerhin mußte auch der Nichtfachmann schließlich klar erkennen, daß am

[22]) Die Meldungen über militärische Einzelheiten waren in BB grundsätzlich nicht aufgenommen; eine Ausnahme wurde nur für die phantasievollen Mitteilungen des französischen Botschafters gemacht.

31. Juli mittags sogar die drei in Galizien der russischen Grenze zunächst stehenden österreichischen Korps (I., X. und XI.) noch nicht mobilisiert waren (Nr. 361), und daß der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung frühestens um die Mittagsstunde des 31. Juli erteilt worden ist (Nr. 362, 387 und 427). Ganz verständnislos ist zum Beispiel eine Bemerkung Nicolsons vom 30. Juli: „Sicherlich war es Österreich, das vor Rußland mobilisiert hat" (Nr. 311). Freilich hat Österreich zuerst mobilisiert, aber nur gegen Serbien. Diesen Unterschied begreift Nicolson nicht.

Über die Mobilmachung Deutschlands hatte man in London bis einschließlich 30. Juli aus eigenen Quellen — die französischen Sensationsnachrichten werden später betrachtet werden — abgesehen von der selbstverständlichen Rückberufung der deutschen Flotte aus den norwegischen Gewässern (Nr. 137, 168 und 254) nur ganz unbedeutende Meldungen erhalten:

Am 29. Juli: Rückberufung beurlaubter Offiziere (Nr. 281; war unzutreffend, wurde erst am Abend des 29. verfügt).

Am 30. Juli:

a) Sicherung der Häfen in der Nordsee und Verstärkung der Besatzung der Insel Borkum (Nr. 298 und 314; zutreffend);

b) spät abends Gerüchte über Truppentransporte an die östliche und westliche Grenze (Nr. 313; unzutreffend, mißverständliche Auslegung der am 29. abends angeordneten Rückbeförderung der Truppen von den Übungsplätzen in die Garnisonen);

c) spät abends Gerücht über Abtransport eines Infanterieregiments von Dresden an die schlesische Grenze (Nr. 315; unzutreffend).

Am Morgen des 31. Juli meldete ein von Köln eintreffender „Agent" mündlich, daß durch diese Stadt Truppenzüge nach der Westgrenze strömten (Nr. 339; kann, wenn nicht überhaupt frei erfunden, sich nur auf Rückbeförderung von Übungsplätzen in die Garnisonen beziehen) [23]).

Am 1. August erfuhr man sodann zur Richtigstellung alles Vorhergehenden aus zuverlässigster Quelle:

a) durch den britischen Militärattaché in Berlin, daß bis Mittag dieses Tages zwar viele Reserveoffiziere (offenbar die schon länger

[23]) Auch nach Ausspruch der drohenden Kriegsgefahr am 31. Juli 1 Uhr nachm. wurden „keine Ergänzungsmannschaften eingezogen, auch keine Truppenverbände aus dem Innern des Reichs an die Grenze gefahren, vielmehr übernahmen die Truppen der Grenzkorps auf Friedensfuß den Schutz der Grenzen wie der Bahnen im Korpsbereich". (Werk des Reichsarchivs „Der Weltkrieg 1914—1918" I. S. 102.)

zu den Manövern auf acht Wochen eingezogenen), aber noch keine Reservemannschaften einberufen waren (Nr. 404);

b) durch den britischen Militärattaché in Petersburg, daß bis zum 31. Juli auf der hauptsächlichsten Bahnlinie an die ostpreußisch-russische Grenze keine deutschen Truppentransporte beobachtet worden waren (Nr. 410).

Über die Mobilmachung in Frankreich trafen durch die Botschaft und den Militärattaché in Paris folgende Nachrichten ein:

Am 30. Juli:

a) Reisen im Osten Frankreichs wegen vieler Truppentransporte an die Grenze schwierig (Nr. 320 a);

b) Grenzschutz aufgestellt (Nr. 320 b) [24]).

Am 31. Juli:

a) mit auffälliger Verspätung: seit 29. Juli alle Vorbereitungen für die Mobilmachung getroffen, alle Offiziere und Mannschaften aus Urlaub zurückberufen, alle Truppen von den Übungslagern in die Standorte zurückgekehrt (Nr. 321);

b) die (fünf) Grenzkorps mobilisiert (Nr. 358).

Nach diesen Nachrichten mußte man spätestens am 1. August in London klar erkennen, daß Frankreich mit seinen Mobilmachungsmaßnahmen Deutschland vorangegangen war. Noch mehr war das mit Rußland der Fall, wie man in London ebenfalls sehr genau wußte.

London erfährt rechtzeitig die allgemeine russische Mobilmachung, verschweigt sie jedoch.

Schon am 25. Juli hatte Buchanan gemeldet, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich 1 100 000 Mann umfassen werde (Nr. 125) [25]). Da man am 26. erfuhr, daß durch die österreichische Teilmobilmachung gegen Serbien insgesamt nur 480 000 Mann auf-

[24]) Headlam-Morley sucht diese vom spanischen Botschafter seinem britischen Kollegen gemachte Mitteilung als „ohne beweiskräftigen Wert" und „die Berichterstattung nicht lohnend" hinzustellen. Tatsächlich war der spanische Botschafter sehr gut unterrichtet, wie Poincaré und der damalige französische Kriegsminister Messimy ausdrücklich bestätigt haben (Poincaré „Les Origines de la Guerre" S. 255; Messimy in R. Recouly „Les Heures tragiques d'Avant-Guerre" S. 76).

[25]) In BB 17 unterdrückt, das überhaupt sehr stark gekürzt ist.

geboten seien (Nr. 142), war das eine sehr starke russische „Sicherung“ gegen eine gar nicht vorhandene „Bedrohung“.

Am 30. Juli, 3 Uhr 15 nachmittags, traf ein Telegramm Buchanans ein (Nr. 302 a), das folgenden Satz enthielt:

„Gestern abend (29. Juli) beschloß man, heute früh den Befehl für die Teilmobilmachung (gegen Österreich) auszugeben — dreizehn Armeekorps, wie in meinem Telegramm 182 vom 29. Juli gemeldet — und gleichzeitig Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung zu beginnen“[26]).

Am 31. Juli, 5 Uhr 20 nachmittags, ging folgendes Telegramm Buchanans ein (Nr. 347)[27]):

„Man hat beschlossen, die Befehle für die allgemeine Mobilmachung auszugeben.

Dieser Entschluß wurde gefaßt infolge Meldung des russischen Botschafters in Wien, daß Österreich entschlossen ist, nicht in die Intervention der Mächte zu willigen, und daß es Truppen sowohl gegen Rußland wie auch gegen Serbien in Bewegung setzt.

Rußland hat auch Anlaß, zu glauben, daß Deutschland aktive militärische Vorbereitungen trifft, und es kann nicht zulassen, daß Deutschland einen Vorsprung gewinnt.“

Dieses Telegramm war in Petersburg aufgegeben 6 Uhr 40 nachmittags = 4 Uhr 40 Londoner Zeit. Es ist nun gänzlich ausgeschlossen, daß in jenen Tagen ein Telegramm binnen 40 Minuten vom Schalter des Haupttelegraphenamts in Petersburg in die Hände eines Chiffrierbeamten des Foreign Office gelangen konnte[28]). Headlam-Morley bemerkt denn auch zutreffend, daß das Telegramm wahrscheinlich — er könnte sagen, gewiß — schon 24 Stunden früher, am 30. Juli, 6 Uhr 40 nachmittags, in Petersburg aufgegeben worden ist, denn an jenem Nachmittag hat ja Nikolaus II. zum zweiten Male, und dieses Mal endgültig, die verhängnisvolle Entscheidung getroffen. Es liegt somit ein sehr grobes Übersehen des Chiffrierbüros vor. Dieses Übersehen hätte indessen von den höheren Beamten spätestens am folgenden Tage erkannt werden

[26]) In BB 97 nebst zwei anderen wichtigen Sätzen unterdrückt. Sperrdruck von mir.

[27]) In BB 113 ohne Abgangszeit und ohne Ankunftstunde abgedruckt. Sperrdruck von mir.

[28]) Die anderen Telegramme London-Petersburg am 30. und 31. Juli benötigten: 3 Stunden (ganz kurzes Telegramm), 4, 7, 11½, 12¾ und 51½ Stunde. Auffällig ist auch, daß das hier besprochene Telegramm keine Nummer trägt. Die Akten der britischen Botschaft in Petersburg müßten Aufklärung über Nummer und Zeit der Aufgabe bringen können.

müssen, denn an diesem 1. August ging 3 Uhr nachmittags ein weiteres Telegramm Buchanans ein (Nr. 410)[29]), worin u. a. gesagt war:

„Bekanntmachungen mit dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung am 31. Juli, 4 Uhr morgens, angeschlagen."

Wenn die Befehle zur allgemeinen Mobilmachung am 31. Juli um 4 Uhr morgens öffentlich angeschlagen sind, so mußte man doch erkennen, daß der Entschluß zur Ausgabe der Befehle nicht erst am Nachmittag desselben 31. Juli gefaßt sein konnte. Doch selbst wenn man annimmt, daß man sich im Foreign Office gar keine Gedanken über Abgangszeiten und Beförderungsdauer von Telegrammen gemacht hat, so kann man doch nicht umhin, folgende Fragen zu stellen:

1. Man wußte in London am 30. Juli etwa 4 Uhr nachmittags (Nr. 302 a), daß man in Petersburg tags zuvor den Entschluß gefaßt hatte, Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung zu beginnen. Wie konnte dann Sir William Tyrrell, der Privatsekretär Greys, 24 Stunden später, am 31. Juli gegen 4 Uhr nachmittags, dem Fürsten Lichnowsky sagen, man „habe noch keinerlei (!) Nachricht über Mobilisierung der ganzen russischen Armee und Flotte" (D 518)?

2. England hatte Deutschland zu der Zusage veranlaßt, während einer nur gegen Österreich gerichteten russischen Mobilmachung selber nicht zu mobilisieren. War es Deutschland gegenüber loyal, nunmehr Rußland unter dem Deckmantel der Mobilmachung gegen Österreich viel weitergehende, gegen Deutschland gerichtete Maßnahmen treffen zu lassen und diese stillschweigend gutzuheißen?

3. Man wußte am 31. Juli etwa 6 Uhr nachmittags (Nr. 347), daß in Petersburg beschlossen war, die Befehle für die allgemeine Mobilmachung auszugeben. War es nicht geboten, Lichnowsky wissen zu lassen, daß man nunmehr von Petersburg die Bestätigung der von ihm vor zwei Stunden gemachten Mitteilung erhalten habe?

4. War es nicht geboten, daß Premierminister Asquith, der am 31. Juli etwa um 5 Uhr nachmittags im Parlament erklärt hatte,

---

[29]) Dieses Telegramm ist in BB völlig unterdrückt. Es trägt in den neuen Dokumenten die Aufgabezeit 1. August, 3 Uhr 10 nachm. (= 1 Uhr 10 Londoner Zeit), dazu jedoch das Datum des 31. Juli. Die angegebene Aufgabezeit dürfte nicht die von Petersburg, sondern die einer Zwischenstation sein. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Wahrnehmung, die am 31. Juli in früher Morgenstunde gemacht wurde, erst am Nachmittag des folgenden Tages gemeldet wird.

man habe die Nachricht über die allgemeine russische Mobilmachung von Berlin und nicht von Petersburg erhalten[30]), seine Erklärung sobald als möglich berichtigte?

5. Seit dem 1. August etwa 4 Uhr nachmittags konnte man keinen Zweifel mehr haben, daß Rußland seit 36 Stunden, nämlich am 31. Juli 4 Uhr morgens, den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung öffentlich bekanntgegeben hatte (Nr. 410), und daß die am 31. Juli in der ersten Nachmittagsstunde in Berlin erfolgte Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr durch diese allgemeine Mobilmachung veranlaßt war. Konnte man noch unparteiisch weiter vermitteln, ohne diesem unzweifelhaften Tatbestand Rechnung zu tragen?

Sir Edward Grey war sich übrigens schon am 31. Juli darüber klar geworden, daß Rußland zuerst mobilisiert habe, denn er äußerte am Abend zu Cambon (Nr. 367):

„Die letzten Nachrichten besagten, daß Rußland eine völlige Mobilmachung seiner Flotte und Armee angeordnet habe. Das würde, so scheint mir, eine Krise beschleunigen und würde den Anschein erwecken, daß die deutsche Mobilmachung durch Rußland aufgezwungen würde“[31]) (make it appear that German mobilisation was being forced by Russia).

Wie konnte jahrelang, noch nach Einstellung der Feindseligkeiten, dieser Zusammenhang in allen Memoiren der leitenden englischen Staatsmänner verschwiegen werden? Wie konnte Grey die Seiten 321 und 322 des ersten Bandes seiner Memoiren schreiben?

Sehr schlimm sind insbesondere die Bemerkungen unter einem am 31. Juli 1 Uhr 45 nachmittags eingehenden Telegramm Goschens (Nr. 337) über eine Unterredung mit dem deutschen Kanzler, die am Morgen stattgefunden hatte. Der Bericht begann:

„Der Kanzler teilt mir mit, er habe eben Nachricht erhalten, daß Rußland die Grenzwachhäuser längs der deutschen Grenze niedergebrannt, die öffentlichen Ämter an der Grenze versiegelt und die Geldbestände ins Innere fortgeschafft hat. Er war nicht in der Lage, unbedingte Bestätigung dieser Nachricht zu erhalten, da die russische Grenze vollkommen gesperrt ist, aber wenn die Nachricht, wie er annimmt, wahr ist, so kann sie nur bedeuten, daß Rußland den Krieg als sicher ansieht und jetzt militärische Maßnahmen an der deutschen Grenze ergreift.“

[30]) Hansard Parl. Debates Commons Bd. 65 Spalte 1787/88.
[31]) Die beiden Sätze sind in BB 119 unterdrückt. Sperrdruck von mir.

Der Kanzler sprach dann weiter von den Appellen des Kaisers an den Zaren, von seinen eigenen Bemühungen in Wien, die durch die russische Mobilmachung gegen Österreich ernstlich gestört worden seien. Wenn er jetzt Bestätigung der militärischen Maßnahmen Rußlands auch gegen Deutschland erhalte, könne er nicht ruhig bleiben. Er werde jetzt den Kaiser sehen, und Deutschland werde vielleicht bald einen sehr ernsten Schritt tun müssen [32]).

Ungeachtet der seit Nachmittag des 30. Juli vorliegenden Nachricht, daß Rußland schon am 29. den Beginn von Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung beschlossen habe (Nr. 302 a), machten die Mitarbeiter Greys folgende Randglossen:

Crowe: „Das ist ein Versuch, die Schuld für die militärischen Vorbereitungen auf Rußland zu schieben. Alle unsere Nachrichten zeigen, daß abgesehen von der Ausgabe des wirklichen „Mobilmachungsbefehls" in ausdrücklicher Form die deutsche Mobilmachung seit einiger Zeit an allen drei Grenzen Deutschlands aktiv im Gange ist."

Nicolson: „Rußland trifft sehr vernünftige und verständige Vorsichtsmaßregeln, die in keiner Weise als provozierend ausgelegt werden dürfen. Natürlich wünscht Deutschland, das sich ständig vorbereitet hat, jetzt die Schuld auf Rußland zu schieben — ein sehr durchsichtiger Vorwand. Indessen, Kommentare sind überflüssig."

Crowe und Nicolson wußten vermutlich zwar nicht, daß nach den russischen Mobilmachungsvorschriften das Niederbrennen der Häuser der Grenzwache ein zuverlässiges Anzeichen der Mobilmachung ist. Sie konnten auch nicht wissen, daß am 28. Juli der französische Generalstab sein Erstaunen über die geringen Vorsichtsmaßnahmen Deutschlands ausgesprochen, daß am 30. Juli das preußische Kriegsministerium einen Antrag des Generalkommandos Metz auf Ausrücken des deutschen Grenzschutzes zur Beantwortung weitergehender französischer Maßnahmen abgelehnt hatte, daß an demselben Tage eine Anregung Kaiser Wilhelms zur Einziehung von Reservisten bei den Grenzkorps auf Abraten des Kriegsministeriums unterblieben war. Crowe und Nicolson hatten aber immerhin, wie oben nachgewiesen, bis zum Abend des 30. aus eigenen britischen Berichten keinerlei Deutschland ernstlich belastende Meldungen. Nur die Erzählung eines „Agenten" über Truppentransporte durch Köln lag vom 31. vor (Nr. 339). Die oben an-

[32]) Sperrdruck von mir. Der Bericht Goschens ist in BB 108 durch Umstellungen und Auslassungen völlig entstellt. Der hier in Anführungszeichen wörtlich wiedergegebene Teil ist ganz unterdrückt, die Erwähnung der russischen Mobilmachung gegen Österreich ist vorangestellt, so daß man nach der Veröffentlichung von 1914 den Eindruck gewinnen mußte, der Kanzler beschwere sich in erster Linie über die russische Mobilmachung gegen Österreich.

geführten Randbemerkungen beider Männer werden durch die jetzt veröffentlichten englischen Akten völlig widerlegt und bedeuten eine grobe Irreführung ihres Chefs, der natürlich keine Zeit hatte, persönlich alle Meldungen der vorhergehenden Tage nachzuprüfen und zu vergleichen. Die Bemerkungen Nicolsons über die „Weisheit" der russischen Maßnahmen müßten doch dem Verfasser selber ungeheuerlich vorgekommen sein, wenn er einige Stunden später ein klein wenig über die Abganszeit des Petersburger Telegramms nachgedacht hätte, demzufolge man dort am 30. den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung gefaßt hatte (Nr. 347). Und was mag er sich wohl gedacht haben, als er am 1. August las, daß am frühen Morgen des 31. Juli die Mobilmachungsbefehle in den Straßen von Petersburg angeschlagen waren (Nr. 410)?

Französische Sensationsnachrichten.

Eine Erklärung, die aber keine Entschuldigung ist, gibt es für Crowe und Nicolson. Sie waren von Frankreich hinters Licht geführt worden. Am 30. und 31. Juli überreichte Cambon phantasievolle Aufzeichnungen über die angeblichen deutschen Kriegsvorbereitungen. Am 30. Juli wurde behauptet (Nr. 319):

a) Deutscher Grenzschutz dicht an der Grenze (Aufstellung des Grenzschutzes sogar für Metz noch am Abend des 30. abgelehnt);

b) französischer Grenzschutz 10 Kilometer von der Grenze entfernt (Eingeständnis, daß der französische Grenzschutz schon steht; Kommentar zu den 10 Kilometern überflüssig);

c) Verstärkung der Garnison von Metz durch Truppen aus Trier oder Köln (diese Truppen, 8. Armeekorps und 8. Reservekorps, sind nie nach Metz transportiert worden, sondern standen beim Aufmarsch mit Teilen 50, mit der Masse 70 Kilometer nördlich Metz);

d) Arbeiten an den deutschen Befestigungswerken seit 25. Juli (vollständig aus der Luft gegriffen);

e) Einberufung von Reservisten in Deutschland (noch am 1. August durch britischen Militärattaché in Abrede gestellt).

Am 31. Juli lautete sodann die französische Anklageliste (Nr. 338):

a) Deutsche Vorposten dicht an der Grenze (kann erst für die späten Nachmittagstunden nach Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr stimmen);

b) gestern zweimal Grenzverletzungen durch deutsche Patrouillen (dieses furchtbare Verbrechen hat nach französischem

Zeugnis darin bestanden, daß zwei Unteroffiziere der Garnison Dieuze die Torheit begingen, ganze zweihundert bis dreihundert Meter über die Grenze hin und zurück zu galoppieren)[33];

c) Wiederholung der Angaben über Truppen aus Trier und Köln;

d) 15. Armeekorps an Grenze vorgerückt (kann spät abends für Grenzschutz zutreffen);

e) Reservisten „nach Zehntausenden" einberufen (vergl. entgegenstehende Meldung des britischen Militärattachés vom 1. August);

f) nach allen Nachrichten Beginn der deutschen Vorbereitungen am 25. Juli (Phantasie).

Wenn Crowe und Nicolson ihre Bemerkungen auf die französischen Anklagen stützten — von denen die zweite augenscheinlich vom Abend des 31. Juli stammt, ihnen daher bei Abfassung ihrer sonderbaren Randbemerkungen noch gar nicht vorgelegen haben kann —, so würden sie damit eine unverantwortliche Abhängigkeit von Frankreich in militärischen Fragen beweisen. Der am Morgen des 31. sicher schon vorliegende Bericht ihres Militärattachés in Paris vom 29. (Nr. 321) mußte sie darüber aufklären, wie sehr seit zwei Tagen schon die Mobilmachung in Frankreich im Gegensatz zu der in Deutschland vorgeschritten war. „Alle der Mobilmachung vorangehenden Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, und es bleibt nur noch übrig, auf den Knopf zu drücken, um die nötigen Reservisten einzuziehen" ..... Es scheint jedoch, daß in militärischen Fragen die Berichte der britischen Botschafter und der britischen Militärattachés wenig galten gegenüber dem, was die Franzosen behaupteten. Cambon hatte am Morgen Nicolson die unwahre Angabe gemacht, Deutschland mobilisiere tatsächlich und habe nur den Mobilmachungsbefehl noch nicht ausgegeben (Nr. 339). Also mußte der Unsinn, daß ein Land im Herzen Europas insgeheim Millionen von Männern zu den Waffen rufe und insgeheim Hunderttausende von Pferden aushebe, wahr sein. Was würde man sagen, wenn Deutschland seine Auffassung über die Mobilmachung Rußlands mit ebenso unverantwortlicher Leichtfertigkeit ausschließlich oder vorwiegend auf Mitteilungen des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin gegründet hätte?

[33]) P. Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre" S. 198.

Ebenso schlimm war die Irreführung der öffentlichen Meinung durch das englische Blaubuch von 1914[34]). In dessen erster Ausgabe vom 6. August 1914 war die französische Anklageschrift vom 31. Juli einem Schreiben Greys an Bertie vom 30. beigelegt (BB 105). Das mag ein Übersehen gewesen sein, wie es bei eiliger Arbeit vorkommen kann. Auf die Unmöglichkeit eines solchen Kalenders aufmerksam gemacht, fügten jedoch die Bearbeiter des Blaubuchs in der zweiten Ausgabe vom September 1914 das Schriftstück nicht etwa an der richtigen Stelle ein, sondern sie strichen einfach das Datum des 31. und ließen das Dokument als Anlage zum Schreiben vom 30. Juli zwölf Jahre lang fortbestehen. Das war kein Übersehen mehr! Es wurde sogar „auf Ersuchen der britischen Regierung eine ähnliche Modifikation (sic!) im französischen Gelbbuch vorgenommen mit dem Ergebnis, daß auch dort ein Dokument unter unrichtigem Datum abgedruckt wurde". Als ob das Gelbbuch nicht schon aus eigener Initiative genügend Fälschungen enthielte. Man möchte gern annehmen, daß keine verantwortliche Stelle der „britischen Regierung" dieses Manöver veranlaßt hat.

Die Entscheidung.

29. Juli.

Trotz der Bemühungen seiner Mitarbeiter sträubte sich Grey lange gegen entscheidende Schritte. Sein persönlicher Standpunkt war ja, wie er selbst betont, von dem ihrigen nicht prinzipiell verschieden, aber einerseits erkannte er, daß eine offene Zusage der Waffenhilfe an Frankreich und Rußland die dortigen Kriegsparteien stärken und ermutigen mußte, andererseits war er sich klar darüber, daß die Mehrheit des Kabinetts für eine solche Zusage noch nicht zu haben war.

Die zwei Seelen des eigenen Standpunktes und der offiziell befolgten Politik zeigen sich besonders in den Unterredungen mit dem französischen Botschafter. So erklärte er Cambon am 29. Juli, in einen Streit um Balkanfragen, in einen Kampf um die Vorherrschaft zwischen Germanentum und Slawentum könne England nicht eingreifen. Wenn jedoch Deutschland und Frankreich hineingezogen würden, so daß eine Frage der Hegemonie in Europa entstünde, d a n n werde England seine Entschlüsse fassen müssen (Nr. 283). War das eine Absage oder eine indirekte Zusage? War ein Kampf zwischen Germanentum und Slawentum denkbar, ohne daß Deutschland hineingezogen wurde? Gleichzeitig wurde Cambon

[34]) Das Folgende nach den Anmerkungen Headlam-Morleys zu Nr. 319.

erneut auf die Kriegsbereitschaft der britischen Flotte hingewiesen und ihm mitgeteilt, daß der deutsche Botschafter gewarnt wurde, sich nicht einem falschen Glauben an die Neutralität Englands hinzugeben. Und kriegsbereit war die britische Seemacht in hohem Maße. Denn schon am Tage vor diesem Gespräch, am Vormittag des 28. Juli, v o r der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, hatte Churchill wiederum selbstherrlich den Entschluß gefaßt, die Flotte nach ihrer Kriegsstation in Scapa Flow zu senden. Der Premierminister hatte zugestimmt, und im grauenden Morgen des 29. waren die Geschwader mit abgeblendeten Lichtern ausgefahren. Im Laufe des 29. war dann noch, immer ohne Befragen des Kabinetts, das „Warnungstelegramm" für Heer und Flotte ergangen, daß der Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" in Deutschland entsprach.

30. J u l i.

Am Morgen traf der Bericht Goschens über die Sondierung Bethmanns (vom vorhergehenden Abend) ein, woraus zu entnehmen war, daß Deutschland im Falle eines Krieges mit Frankreich zwar die Integrität Belgiens, nicht jedoch dessen Neutralität garantieren könne (Nr. 293; D 373). Bekanntlich hatte, wie von der ganzen Welt heute zugegeben wird, gleichzeitig mit dieser deutschen Sondierung der denkbar schärfste Druck auf das Wiener Kabinett zum Einlenken eingesetzt (D 395 und 396). Eine Randbemerkung Crowes sah jedoch in der Anfrage des Kanzlers den klaren Beweis, daß Deutschland den Krieg wolle und bisher nur aus Furcht vor England zurückgehalten worden sei. Am Nachmittag wurde die deutsche Sondierung von Grey in scharfer Note zurückgewiesen (Nr. 303). Bezeichnend ist, daß seine Mitarbeiter mit dem versöhnlichen Schlußwort nicht einverstanden waren, weil — es Frankreich mißfallen könnte [85]). Sie sprachen damit unbewußt ein sehr richtiges Urteil über die Politik Poincarés aus.

Während die scharfe Note nach Berlin geschrieben wurde, traf aus Petersburg die früher erwähnte Nachricht ein, daß Rußland tags zuvor beschlossen habe, die Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung zu beginnen (Nr. 302a). Inzwischen muß auch eine von Cambon übermittelte Note der französischen Regierung vorgelegen haben folgenden Inhalts: Rußland ist entschlossen, seine Rüstungen zu beschleunigen; England wird um Solidaritätserklärung gebeten; Frankreich ist entschlossen, alle Bündnispflichten

[85]) Grey I, S. 319.

zu erfüllen; es wünscht jedoch, daß Rußland vermeide, Deutschland einen Anlaß zur deutschen Mobilmachung zu geben (Nr. 294) [36]). Endlich dürfte Grey um diese Zeit auch den Privatbrief Berties über die Haltung der auf Rußland nichts weniger als mäßigend einwirkenden französischen Regierung (Nr. 320) in Händen gehabt haben.

Doch den durch Tatsachen bekundeten Kriegswillen Rußlands und das unbedingte Mitgehen Frankreichs mit dem russischen Bundesgenossen wollte man in London nicht sehen; man sah nur den eventuellen Kriegsplan Deutschlands. Seit einigen Tagen schon wußte Grey, daß die ohnehin in ihrer Mehrheit zur unbedingten Unterstützung Frankreichs neigende konservative Opposition einmütig für den Krieg sein werde, falls die Neutralität Belgiens gefährdet würde [37]). Er wußte auch, wie mächtig die belgische Frage auf seine eigene Partei wirken würde. Daher säumte er nicht, die Waffe sofort gegen den Friedensflügel unter seinen Ministerkollegen zu verwerten. Noch an demselben Tage wurde der Bericht Goschens und die darauf erteilte Antwort im Kabinett verlesen, letztere gebilligt [38]).

Am späten Abend des 30. übermittelte Bertie noch ein dringendes Gesuch Poincarés um eine sofortige Erklärung Englands (Nr. 318). Der Botschafter hatte dem Präsidenten der Republik seine Bedenken dagegen dargelegt, denen dieses Mal sogar Crowe zustimmte, da eine unbedingte Erklärung der gewünschten Art Frankreich und Rußland „verleiten und bestimmen könnte, den Kriegspfad zu betreten". Er fügte freilich abschwächend hinzu, daß, wenn Frankreich und Rußland den Krieg nicht vermeiden könnten, England mit ihnen gehen müsse. Also ohne jede Rücksicht auf die belgische Frage.

31. Juli.

Im Laufe dieses Tages jagten sich die schon besprochenen Nachrichten, aus deren Vergleich die Priorität der russischen Kriegsvorbereitungen gegenüber Österreich und Deutschland, ebenso die Priorität der französischen gegenüber Deutschland zu erkennen war. Dieser Vergleich unterblieb. Hingegen tat Grey am Nach-

[36]) In BB nicht abgedruckt. In Wirklichkeit hatte Frankreich seinem Ersuchen an Petersburg den listigen Ratschlag angefügt, die Mobilmachung insgeheim weiter zu betreiben; „Livre Noir" II, S. 289—90.

[37]) Grey I, S. 327.

[38]) Grey I, S. 319.

mittag einen entscheidenden Schritt in der belgischen Sache. Er ließ in Berlin und Paris anfragen, ob man sich verpflichten wolle, die Neutralität des Königreichs zu achten, solange sie von keiner anderen Macht verletzt werde (Nr. 348). Von dieser Anfrage wurde auch der Gesandte in Brüssel verständigt mit folgendem bedeutsamen Zusatz (Nr. 351):

„In Anbetracht der bestehenden Verträge sollten Sie den Minister des Auswärtigen davon unterrichten und ihm sagen, ich nähme an, daß Belgien nach äußersten Kräften seine Neutralität aufrechterhalten werde, und daß es wünsche und erwarte, daß andere Mächte sie achten und stützen“ [39]).

Da Grey aus der Unterredung Goschen-Bethmann entnehmen konnte, wie Deutschlands Antwort lauten werde, hatte er damit für seine Person die Entscheidung de facto schon getroffen. Er konnte nicht wohl Belgien zur äußersten Verteidigung seiner Neutralität auffordern, wenn er nicht entschlossen war, es dabei zu unterstützen. Und er wußte, daß die stärkste Partei des Parlaments [40]) ohne Ausnahme für seine Entscheidung eintreten würde, dazu der starke imperialistische Flügel seiner eigenen Partei.

Immerhin ging er gegenüber Frankreich noch keine bindende Verpflichtung ein. Sowohl in der auf das gestrige Drängen Poincarés an Bertie gesendeten Antwort (Nr. 352) wie in einer Unterredung mit Cambon (Nr. 367) kehrten ungefähr die Worte vom 30. Juli wieder, diese Worte der zwei Seelen der eigenen Ansicht und der ihm innerlich widerstrebenden offiziellen Politik, Worte, die zwar eine Absage für die Gegenwart enthielten, doch eine Hoffnung für die Zukunft durchblicken ließen. Ursache dieser Zurückhaltung war ein Kabinettsbeschluß, über dessen Gründe Cambon mitgeteilt wurde:

„Die Lage von Handel und Finanzen ist außerordentlich ernst; es besteht die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs, der uns und alle ruinieren könnte; es ist möglich, daß unser Abseitsstehen eine völlige Katastrophe des europäischen Kredits verhindert, in die wir hineingezogen werden würden. Das kann eine ausschlaggebende Erwägung für die Entscheidung über unsere Haltung bilden“ [41]).

---

[39]) Dieser Zusatz war in BB 115 unterdrückt. In der jetzigen Ausgabe der Dokumente fehlt der Hinweis auf diese Auslassung. Die Erwartung zu bewaffnetem Widerstande wurde am 4. August nicht nur gegenüber Belgien wiederholt, sondern auch gegenüber Norwegen und den Niederlanden ausgesprochen (Nr. 578).

[40]) Zusammensetzung des Hauses der Commons nach dem Stande vom 1. November 1913: 260 Liberale, 40 Arbeiterpartei, 83 Iren, 282 Unionisten (Konservative).

[41]) In BB. 119 war dieser Kabinettsbeschluß unterdrückt.

Empört über diesen Kabinettsbeschluß griffen Crowe und Nicolson zur Feder. Crowes sehr langes Memorandum entwickelte folgende Gedanken (Auszug von Nr. 369):

„Die Theorie, daß England sich in keinen großen Krieg einlassen könne, bedeutet seine Abdankung als unabhängiger Staat. In diesem Falle braucht es auch keine Armee und Flotte, und die bisherigen Ausgaben dafür sind nicht zu rechtfertigen. Der ganze Grundsatz unserer auswärtigen Politik stürzt dann zusammen, denn die Balance of Power [42]) kann nicht durch einen Staat aufrechterhalten werden, der unfähig ist, zu kämpfen.

Bei Ausbruch eines jeden Krieges gibt es eine kommerzielle Panik, denn der Handel ist immer furchtsam; die jetzige Panik in der City ist zu großem Teil auf den Einfluß deutscher (!) Finanzhäuser zurückzuführen.

Das ständige Bestreben Deutschlands ging dahin, England möge sich für den Fall eines Krieges Deutschlands gegen Frankreich und Rußland neutral erklären. England hat das immer abgelehnt als unvereinbar mit seiner „Pflicht gegen Frankreich und Rußland" und gegen sich selbst.

Wenn wir heute erklären, daß wir völlig berechtigt seien, neutral zu bleiben, während Deutschland über Frankreich herfällt, dann war es gestern unrichtig, anzunehmen, daß wir zu einem unehrenhaften Handel aufgefordert worden seien. Gestern wurden uns Bedingungen angeboten, die für Frankreich und Belgien nicht ohne Wert waren. Das, was wir gestern mit Verachtung abgelehnt haben, wollen wir anscheinend heute tun mit dem Erfolge, daß wir der Vorteile des gestrigen Angebots verlustig gehen.

Die Begründung, daß keine schriftliche Verpflichtung bestehe, die uns an Frankreich binde, ist streng genommen richtig. Aber „die Entente ist abgeschlossen, verstärkt, erprobt und gefeiert worden in einer Weise, die den Glauben rechtfertigt, daß ein moralisches Band geschmiedet wurde". Die ganze Politik der Entente hat keinen Sinn, wenn sie nicht bedeutet, daß in einem gerechten Streit England zu seinen Freunden steht.

Die Frage, um die es sich handelt, ist nicht, ob wir imstande sind, uns überhaupt an einem Kriege zu beteiligen, sondern ob wir an dem jetzigen Kriege teilnehmen sollen. Das ist in erster Linie eine Frage von Recht oder Unrecht und erst in zweiter Linie eine Frage politischer Zweckmäßigkeit.

Wenn die Frage so gestellt wird, dann habe ich das Vertrauen, daß es als unsere Pflicht und unser Interesse anerkannt wird, Frankreich in der Stunde seiner Not beizustehen. Frankreich hat den Streit nicht gesucht. Er ist ihm aufgezwungen worden."

Kürzer lautete das Schreiben Nicolsons (Nr. 368):

„Es scheint mir außerordentlich wesentlich, wie immer wir uns künftig hinsichtlich einer Intervention verhalten werden, daß wir sofort Befehle für die Mobilmachung der Armee geben sollten. Es ist unnütz, unsere Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß vielleicht binnen der nächsten 24 Stunden (sic!) Deutschland die französische Grenze überschreitet — und wenn die jetzt bestürzte und nur teilweise unterrichtete öffentliche Meinung im Falle eines deutschen Einmarsches in Frankreich bereit ist, diesem beizustehen, würde unsere Hilfe, wenn wir nicht mobilisiert haben, zu spät kommen. Mobilmachung ist eine Maßnahme der Vorsicht, keine Herausforderung — und meiner Ansicht nach ist sie unbedingt erforderlich."

---

[42]) Grey will diesen Ausdruck nie gebraucht haben: Memoiren I S. 5.

Auf die Widerlegung der vielen Unrichtigkeiten in den beiden heißblütigen Ergüssen kann verzichtet werden. Nur das eine sei hervorgehoben, daß sie die bedingungslose Unterstützung Frankreichs ohne jede Rücksicht auf Belgien fordern.

Greys Auffassung offenbart sich an diesem Tage in seinem Zusatz zum Antrage Nicolsons:

„Das hat viel für sich. Wir sollten uns vorbereiten, und ich meine, das sollte morgen früh in Erwägung gezogen werden."

Cambon hatte aus seiner Unterredung mit dem Staatssekretär folgenden Eindruck gewonnen, den er 9 Uhr 49 abends nach Paris meldete:

„Edward Grey ist Anhänger einer sofortigen Intervention; er hat dem Fürsten Lichnowsky damit gedroht. Aber der Ministerrat glaubte, daß die Regierung die Genehmigung des Parlaments nicht würde erlangen können" [43]).

Cambon hatte somit diese Auffassung von Greys Haltung gewonnen, bevor die deutsche und französische Antwort betreffend Belgiens eingegangen waren.

Am späten Abend traf aus Paris die Nachricht von der dort gestellten deutschen Anfrage über Frankreichs Verhalten im Falle eines deutsch-russischen Krieges ein (Nr. 357). Um Mitternacht erhielt man eine ausführlich begründete deutsche Beschwerde über die allgemeine Mobilmachung Rußlands (Nr. 372; D 513), die offenbar doch nicht ohne Eindruck auf Grey blieb, da er mitten in der Nacht eine direkte Anfrage König Georgs beim Zaren veranlaßte (Nr. 384). Das war der letzte Versuch zum Frieden, denn wie auch Sir Edward schließlich erkannte (Nr. 422), waren alle „Friedensformeln" aussichtslos, wenn nicht die russische Generalmobilisation zurückgenommen wurde. Aus den Memoiren Buchanans ist bekannt, wie der Botschafter diesen letzten Versuch durch saumselige Ausführung seines Auftrags sabotierte und dem Zaren eine wahrheitswidrige Entschuldigung diktierte (Nr. 490). Neu ist, daß Abschrift dieses Appells auch nach Paris zur direkten Mitteilung an den Präsidenten der Republik gedrahtet wurde, der darauf eine die Reihenfolge der Mobilmachungen auf den Kopf stellende Antwort gab (Nr. 403) [44]).

---

[43]) Bourgeois und Pagès „Les Origines et les Responsabilités de la grande Guerre" S. 58.

[44]) In BB als Nr. 134 veröffentlicht. Der Anlaß zu dieser französischen Note ist jedoch erst jetzt erkennbar geworden, ebenso der volle Umfang ihrer verderblichen Wirkung.

1. August.

Am frühen Morgen trafen die Antworten aus Paris und Berlin über Belgien ein (Nr. 382 und 383). Crowe und Nicolson verhehlten ihre Befriedigung über die ausweichende Erklärung aus Berlin nicht. Es folgten die bekannten Nachrichten, welche die endgültige Aufklärung über die Priorität der russischen und französischen Kriegsvorbereitungen hätten bringen können, wenn — man eine solche Aufklärung versucht und gewünscht hätte.

Dem Kabinettsrat dieses Tages hatte Churchill mit so großem Vertrauen entgegengesehen, daß er noch vor dem Zusammentritt der Minister an die Flotte telegraphierte, sie solle für den sicher zu erwartenden Mobilmachungsbefehl alles bereithalten [45]). Doch es kam anders. Grey fing an zu schwanken. Zwischen 10 und 11 Uhr vorm., vor Zusammentritt des Kabinetts, ließ er Lichnowsky sagen, daß er einen neuen Vorschlag zur Verhinderung der großen Katastrophe machen wolle (D 562). Zwischen 1 und 2 Uhr nachm., also nach Schluß des Kabinettsrats, wurde die Mitteilung dahin präzisiert, daß es sich um einen Vorschlag für die Neutralität Englands handle, selbst für den Fall, daß Deutschland mit Rußland wie mit Frankreich in Krieg gerate (D 570). Zwischen 3 und 4 Uhr hatte der Botschafter eine Zusammenkunft mit Grey, der die Frage aufwarf, ob es nicht möglich wäre, daß Deutschland und Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges sich bewaffnet gegenüberstehen blieben, ohne sich gegenseitig anzugreifen (D 596). Um 5 Uhr 30 wurde dieser Vorschlag nach Paris telegraphiert (Nr. 419). Obwohl Deutschland auf den Gedanken eingegangen war (D 575, 578, 579), wurde er am folgenden Tag von Grey wieder fallen gelassen (Nr. 460), da die Antwort Berties dahin lautete, daß er mit der französisch-russischen Allianz unvereinbar sei (Nr. 453) [46]).

Es handelte sich sonach keineswegs um ein „Mißverständnis", wie Grey behauptet (II S. 313), sondern um einen Vorschlag, der anscheinend sogar im Ministerrat erörtert worden war, von dem man freilich sagen muß, daß man sich nicht vorstellen kann, wie er praktisch hätte gestaltet werden sollen. Auch in der Unterredung mit Cambon wird an diesem Tage derselbe Gedanke erörtert. Dieses Gespräch, das nach der Kabinettsitzung stattfand, lautete: (Auszug von Nr. 426 und 447) [47])

[45]) Die Tätigkeit Churchills hier und im folgenden nach dessen Buch „The World Crisis" I S. 215 ff.

[46]) Die drei Nummern 419, 453 und 460 fehlen in BB.

[47]) Beide Numern sind in BB unterdrückt.

„Die jetzige Lage sei von der während der Marokkokrise völlig verschieden. Heute sei Deutschland bereit, Frankreich nicht anzugreifen, wenn dieses in einem russisch-deutschen Kriege neutral bliebe. Wenn Frankreich darauf nicht eingehen könne, so liege das an der russisch-französischen Allianz, der England nicht angehöre und deren Bedingungen es nicht kenne. Das heißt nicht, daß England unter keinen Umständen Frankreich Beistand leisten werde, aber es heiße, daß Frankreich jetzt selbständig seinen Entschluß fassen müsse, ohne auf englische Hilfe zu bauen."

Als Cambon erklärte, diese Mitteilung könne er nicht an seine Regierung weitergeben (!), er bitte daher melden zu dürfen, daß das Kabinett noch keinen Beschluß gefaßt habe, mußte Grey entgegnen, das Kabinett sei zu einem Entschluß gekommen, nämlich dahingehend, daß es dem Parlament nicht vorschlagen könne, ein Expeditionskorps nach dem Kontinent zu senden.

Nunmehr spielte der Botschafter den Trumpf der französisch-englischen Marinekonvention von 1912 aus. Die französische Küste sei wehrlos und dem Angriffe der deutschen Flotte ausgesetzt. Grey antwortete, dieser Gesichtspunkt könnte die Stellungnahme der öffentlichen Meinung verändern, und ebenso könne das eine Verletzung der belgischen Neutralität. Beide Fragen würden im Ministerrat erneut behandelt werden. Dabei machte Grey dem Botschafter Mitteilung von der ausweichenden deutschen Antwort und fügte hinzu, er werde diese Antwort dem Kabinett unterbreiten und um die Ermächtigung bitten, am Montag (3. August) im Parlament zu erklären, daß England eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden könne (F 126) [48]), und er werde beantragen, daß auch die Lage der französischen Küsten in Betracht gezogen werde.

Cambon hatte ebenso Nicolson gegenüber die Frage der Küsten angeregt (Nr. 424). Unter die diesbezügliche Mitteilung des Unterstaatssekretärs an seinen Chef schrieb dieser:

„Ich habe dem Premierminister davon gesprochen und lege großen Wert darauf, daß diese Frage morgen geregelt wird" [49]).

Dem deutschen Botschafter gegenüber hatte Grey dessen Frage verneint, ob England sich zur Neutralität verpflichten wolle, falls Deutschland die Neutralität Belgiens zu achten verspreche. Er hatte

---

[48]) Dieser wichtige Satz ist auch in den neuen englischen Dokumenten nicht wiedergegeben.

[49]) Grey sagt in seinen Memoiren (II S. 2), die Frage des Schutzes der französischen Küsten sei zuerst von der Friedenspartei des Kabinetts angeregt worden. Die Nrn. 424, 426 und 447 lassen indes Cambon als den Urheber erkennen.

ebenso die weitere Frage verneint, ob er nicht die Bedingungen formulieren könne, unter denen England neutral bleiben werde (Nr. 448; D 596). In seinen Memoiren schreibt er (I S. 330):

„Wenn Deutschland gefragt hätte, ob wir unter dieser Bedingung (Achtung der Neutralität Belgiens) neutral bleiben können, würde wahrscheinlich eine Diskussion über diesen neuen Gesichtspunkt im Kabinett stattgefunden haben."

Grey hat jedoch die Fragen Lichnowskys gar nicht dem Kabinett vorgelegt. Der Botschafter hatte freilich aus eigener Initiative ohne Auftrag gesprochen; Sir Edward konnte das jedoch nicht wissen, hat sich auch gar nicht vergewissert, ob ein Auftrag der deutschen Regierung vorliege oder nicht.

Gegen Mitternacht traf die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an Rußland bei den um Asquith versammelten führenden Kabinettsmitgliedern ein. Beim Auseinandergehen sagte Grey zu Churchill: „Ich habe soeben einen sehr wichtigen Schritt getan. Ich habe Cambon gesagt, daß wir die deutsche Flotte nicht in den Kanal einfahren lassen werden." Der Chef der Marine eilte ins Admiralitätsgebäude und erließ den Mobilmachungsbefehl. So wurde o h n e Kabinettsbeschluß Waffenhilfe zur See an Frankreich versprochen und g e g e n Kabinettsbeschluß die Flotte mobilisiert.

2. August.

Am Vormittag genehmigte das Kabinett die Zusage des Schutzes der französischen Küsten durch die britische Flotte. Doch Grey mußte der Mitteilung dieses Beschlusses an Cambon (Nr. 487) die Erläuterung hinzufügen, England sei nur dann zum Kriege gegen Deutschland verpflichtet, wenn die deutsche Flotte wirklich die französischen Küsten angreife. Eine Entsendung des britischen Expeditionskorps auf den Kontinent käme somit nicht in Frage. Auf die Frage Cambons, ob England das niemals tun werde, kam in gewohnter Weise wiederum eine auf die Zukunft vertröstende Antwort, diese Einschränkung gelte nur für die gegenwärtige Lage. Der deutsche Einmarsch in Luxemburg könne nach den 1867 als maßgebend angesehenen Grundsätzen nicht als Kriegsgrund gelten. Hingegen erwäge das Kabinett, ob es morgen im Parlament die Verletzung der belgischen Neutralität als casus belli erklären solle. Nach der Meldung des französischen Botschafters hat jedoch dieser Satz bestimmt dahin gelautet, daß England eine solche Verletzung als Kriegsfall betrachten würde (F. 137).

Während der Kabinettssitzung war ein Brief von den Führern der konservativen Opposition (Bonar Law und Lord Lansdowne)

eingetroffen, der ein bedingungsloses Eintreten für Frankreich und Rußland ohne jede Erwähnung der belgischen Frage befürwortete. Das bedeutete eine wesentliche Stärkung der Kriegspartei im Ministerrat.

Im übrigen rangen an diesem Tage Deutschland und Frankreich durch Meldungen über Gebietsverletzungen der Gegenseite um eine freundliche Haltung Englands. Die französische Phantasie errang dabei einen entschiedenen Sieg über die deutsche. Die Angabe über kriegsbereite deutsche Truppen bei Metz und Diedenhofen hatte sich schon am 1. August auf acht kriegsstarke Armeekorps (!) an der französischen Grenze gesteigert (Nr. 425 und 452). „Zwanzigtausend Mann" sollten in französisches Gebiet bei Nancy eingebrochen sein (Nr. 486). Auch gegen Longwy meldete man deutschen Vormarsch (Nr. 473), und die Forts dieses Platzes wollten auf eine nur in ihrer Einbildung existierende deutsche Kolonne gefeuert haben (Nr. 507). Crowes lebhafter Geist sah schon die deutschen Heere ohne Kriegserklärung in Frankreich einmarschieren (Nr. 471). Gegenüber diesen Tartarennachrichten verblassen die viel bekrittelten Meldungen über den Bombenabwurf bei Nürnberg [50]) und über die Autofahrt verkleideter französischer Offiziere zu wesenlosem Scheine.

3. August.

Am Morgen brachen die Hoffnungen zusammen, welche die englische Kriegspartei auf die Zusage des Küstenschutzes an Frankreich gegründet hatte. Premierminister Asquith hatte tags zuvor dem deutschen Botschafter von diesem Punkte gesprochen (D 676 und 669), und auf die Meldungen Lichnowskys darüber gab Deutschland die Erklärung ab, daß „eine Bedrohung der Nordküste Frankreichs durch Deutschland nicht erfolgen werde, solange England neutral bleibe" (Nr. 531; D 714). Eine auf diesen Punkt sich beziehende Mitteilung in der „Westminster Gazette" erregte im Foreign Office einige Bestürzung (Nr. 536).

Gegen 3 Uhr nachm. trat das Parlament zusammen. Grey sprach sehr ausführlich über die völlige Wehrlosigkeit der französischen Küsten, als ob eine deutsche Zusage, diese nicht anzugreifen, gar nicht vorliegen würde. Erst am Schlusse der langen Betrachtung, die auf Erschütterung des Neutralitätswillens der Friedenspartei berechnet war, erwähnte er das deutsche Ver-

[50]) Wie leicht Irrtümer über Flugzeuge usw. in jener Zeit möglich waren, zeigt sich u. a. in einer Meldung aus Brüssel, daß man dort in der Nacht vom 2. zum 3. August drei Luftschiffe gesehen haben wollte (Nr. 521).

sprechen [51]), bemerkte jedoch, daß es „eine viel zu eng begrenzte Verpflichtung" darstelle. Eine Begründung dieser Auffassung gab er nicht.

Dann ging er auf die belgische Frage über und konnte mitteilen, daß eine Meldung des britischen Gesandten in Brüssel über das deutsche Ultimatum eingegangen sei (Nr. 521).

Nach Schluß der Rede, jedoch noch vor Aufhebung der Sitzung, wurde ihm die Mitteilung des belgischen Gesandten in London überbracht, worin die Übergabe des deutschen Ultimatums bestätigt wurde (Nr. 515). Die Stimmung der überwiegenden Mehrheit des Hauses hatte schon vorher erkennen lassen, daß sie damit einverstanden sei, eine Verletzung der belgischen Neutralität als Kriegsfall anzusehen.

Einzelheiten aus den letzten Tagen.

Schon am 2. August erklärte Graf Berchtold dem britischen Botschafter, daß Österreich sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachten müsse (Nr. 493). Die These, daß Österreich wider seinen Willen zur Anerkennung dieses Zustandes von Deutschland gedrängt worden sei, sollte damit wohl endgültig erledigt sein. Auch aus anderen Quellen ist ja hinreichend bekannt, daß für die Verzögerung der österreichischen Kriegserklärung an Rußland ausschließlich militärische Gesichtspunkte maßgebend waren.

Das russische Kommuniqué vom 2. August erscheint in den englischen Dokumenten in einer in Deutschland meines Wissens noch nicht bekannten Form (Nr. 532). Sasonow begründet darin die allgemeine russische Mobilmachung lediglich damit, daß durch das Bombardement von Belgrad der Wert der Verhandlungen mit Österreich beeinträchtigt worden sei (le bombardement de Belgrade affectait la valeur des négociations avec l'Autriche). Ein schlechtes Gewissen sucht eben nach den verschiedensten Entschuldigungen.

Schlußfolgerungen.

Aus den Memoiren Greys schien hervorzugehen, daß nicht die deutsche Flottenpolitik, sondern die deutsche Türkenpolitik die Hauptursache der deutsch-englischen Entfremdung gewesen sei. Die englischen Dokumente legen die Auffassung nahe, daß die

[51]) Die deutsche Erklärung ist 9 Uhr 30 vorm. zum Haupttelegraphenamt Berlin gegeben (D 714 Anm. 2) und im Laufe des Vormittags (this morning) im Foreign Office überreicht worden (Nr. 531).

Ursache der englischen Mißgunst nicht auf so einfache Formeln gebracht werden kann. Diese Ursache war vielmehr eine ganz übertriebene Vorstellung von der Stärke Deutschlands auf allen Gebieten, besonders auf dem des Landkrieges. Ein britischer Imperialist mußte nun, wenn er die eigene Sinnesrichtung auf die deutsche Regierung übertrug, zu der Schlußfolgerung kommen, daß mit einer so überragenden Stärke naturnotwendig ein Streben nach Weltherrschaft, zunächst nach Errichtung einer Art napoleonischer Diktatur auf dem Kontinent verbunden sein müsse. Die Überschätzung deutscher Kraft würde vielleicht noch größer gewesen sein, wenn Deutschland in Würdigung der Gefahren des Zweifrontenkrieges unter Einschränkung seiner Rüstung zur See seine Streitmacht zu Lande noch besser ausgebaut hätte.

Zwar bildete die Marinekonvention von 1912, die eine Folge der letzten deutschen Flottennovelle war, in formaler Hinsicht das stärkste, England an Frankreich kettende Band und machte in jedem deutsch-französischen Kriege den Schutz der französischen Küsten zur Pflicht Englands. Geschickt hat Cambon mit diesem Argument auf Grey eingewirkt. Dieser hat es sofort aufgegriffen und es noch in seiner Rede vom 3. August verwertet, obwohl es damals durch eine Erklärung der deutschen Regierung schon ausgeschaltet war. Tatsächlich hätte somit die Marinekonvention nicht mehr mitsprechen können.

Indessen sehr richtig führt das Memorandum Crowes vom 31. Juli aus, daß nicht die eine oder andere Abmachung, sondern die ganze Art, wie „die Entente abgeschlossen, verstärkt, erprobt und gefeiert worden ist", England für jeden gerechten Kriegsfall moralisch an Frankreich bannt. Daß ein Kriegsfall, der im Interesse Englands zu liegen schien, ein „gerechter" war, das schien keines Beweises mehr zu bedürfen.

Die neuen Dokumente zeigen nun, daß England nicht nur an Frankreich, sondern auch gegenüber Rußland sich stark gebunden fühlte, und zwar deshalb, weil man in London eine deutsch-russische Verständigung befürchtete und darin eine Gefahr erblickte. Es ist sonderbar, daß man von diesem Deutschland, das nach dem Ultimatum vom Juni 1919 angeblich überall Zwietracht säte, vor allem die Verständigungsbereitschaft fürchtete. In Paris und Petersburg lebte man in Besorgnis vor einer deutsch-englischen, in London vor einer deutsch-russischen Verständigung.

Weder Grey noch Nicolson noch selbst Crowe wollten den Krieg als solchen, aber alle drei wollten, daß England an Seite Rußlands und Frankreichs fechte, falls es zum Kriege komme, und zwar ohne

jede Rücksicht auf Belgien. Der Zeitpunkt, zu dem sie den Krieg als unvermeidbar ansahen, war bei den drei Männern verschieden. Crowe war augenscheinlich schon am 25. Juli, Grey anscheinend erst am 1. August abends endgültig zu diesem Entschluß gekommen. Vermittlungsversuche nach diesem Zeitpunkt können daher nicht mehr ernst genommen werden.

Ebenso war die konservative Partei spätestens am 1. August zu dem gleichen Entschluß gekommen und ebenso der von Churchill geführte imperialistische Flügel der Liberalen. Auf der anderen Seite darf man annehmen, daß die Friedenspartei des Kabinetts, wenn sie über das deutsche Versprechen hinsichtlich der französischen Küsten richtig aufgeklärt worden wäre, nur durch die belgische Frage für den Krieg zu gewinnen war. Es ist schwer zu sagen, welchen Verlauf die Dinge genommen hätten, wenn Deutschland einen anderen Kriegsplan gehabt, die Friedenspartei im Kabinett gesiegt und Grey seinen Rücktritt vollzogen hätte, wie das in solchem Falle seine Absicht war.

Eine Erörterung des militärischen Problems, ob für Deutschland ein anderer Operationsplan möglich war, wird zweckmäßig fachmännischer Besprechung vorbehalten. Als wahrscheinlich darf indessen gelten, daß schon der Verzicht auf den auch vom rein militärischen Gesichtspunkt wenig glücklichen Handstreich auf Lüttich die frühzeitige Sondierung bei England über Belgien (29. Juli) und die frühzeitige Übergabe des Ultimatums in Brüssel (2. August) unnötig gemacht hätte. Vielleicht würde ein solcher Verzicht zwar nicht die Teilnahme Englands am Kriege auf die Dauer verhindert, wohl aber die englische Kriegserklärung schon am 4. August sehr erschwert haben.

Der französische Operationsplan und die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität.

Von Wolfgang Foerster.

Zu den beliebtesten und zugkräftigsten Mitteln der Gegner Deutschlands im Kampfe um die Kriegsschuldfrage gehört der Hinweis auf die schon im tiefsten Frieden geschmiedeten „ränkevollen Angriffspläne" des deutschen Generalstabes, der skrupellos die Verletzung neutraler Staatsgebiete in seine strategische Rechnung eingestellt hätte. Selbstgerecht brüstet man sich mit der unantastbar korrekten Haltung, die der französische Generalstab bei Aufstellung seines Operationsplanes bezüglich der Wahrung des Neutralitätsrechtes fremder Staaten eingenommen habe. Für ihn sei das Betreten neutraler Gebiete stets nur für den aufgezwungenen Fall in Frage gekommen, daß die Deutschen zuvor die Neutralität jener Staaten verletzten.

Daß für Deutschland der Bruch des Völkerrechtes ein Akt strategischer Notwehr gewesen ist, daß es nach der tiefbegründeten Überzeugung der verantwortlichen Leiter von Politik und Heer nicht anders handeln konnte, wenn es nicht von vornherein die einzigste Chance für die glückliche Durchführung des Krieges aus der Hand geben wollte, das gilt für Deutschland in den Augen der Welt kaum oder gar nicht als Entlastung. In ein wesentlich anderes Licht dürfte aber wohl diese ganze Frage in dem Augenblick rücken, wo die selbstgefällige These von der unantastbaren Korrektheit des französischen Operationsplanes zu Fall gebracht wird. Hat der französische Generalstab wirklich diese ihm so gern bescheinigte, völkerrechtlich einwandfreie Haltung bei der Aufstellung seines Operationsplanes beobachtet? Die Frage läßt sich auf Grund der Dokumente des französischen Generalstabswerkes glatt verneinen.

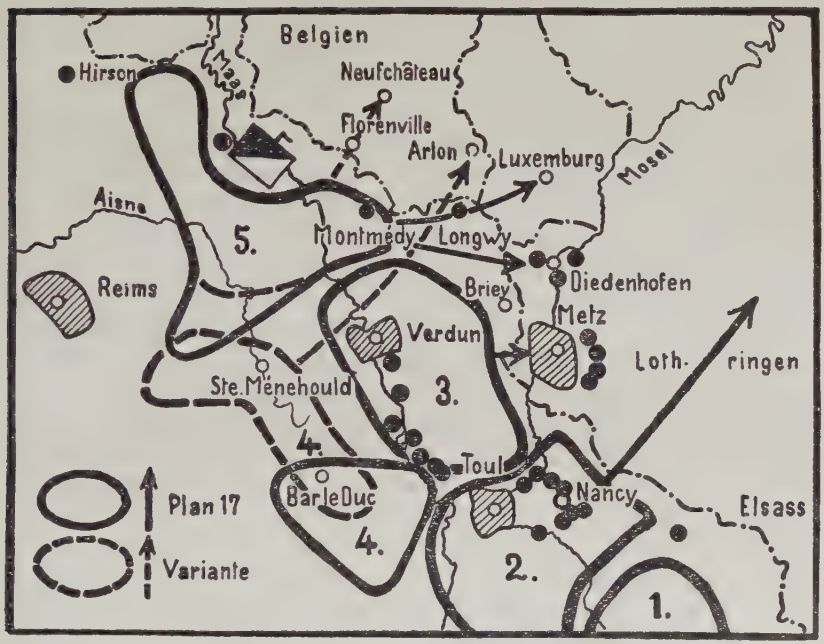
Maßgebend für die Urteilsbildung ist der von Joffre entworfene, von der französischen Regierung genehmigte und im Frühjahr 1914 in Kraft getretene Mobilmachungsplan Nr. 17, der dem zu Beginn des Weltkrieges durchgeführten Aufmarsch zugrunde lag. In diesem Plane war die strategische Absicht mit den Worten ausgesprochen: „Der Oberbefehlshaber beabsichtigt, in jedem Fall nach Versammlung aller seiner Kräfte zum Angriff auf die deutschen Armeen zu schreiten." Zwei Hauptangriffsrichtungen, die eine südlich, die andere nördlich der Linie Verdun—Metz waren in Aussicht ge-

nommen. In der ersteren sollten die 1. und 2. Armee aus der allgemeinen Linie Belfort—Toul in die deutschen Reichslande Elsaß und Lothringen vorgehen, in der anderen Hauptangriffsrichtung nördlich der Linie Verdun—Metz die 5. Armee und ein selbständiges Kavalleriekorps, die ihren Aufmarsch längs der belgischen Grenze von Montmédy bis in die Gegend östlich Hirson zu bewirken hatten. Als Bindeglied zwischen den Trägern dieser beiden Hauptaktionen hatte sich die 3. Armee bei Verdun und in der Woëvre-Ebene bereitzustellen, um je nach Umständen entweder die 2. oder die 5. Armee zu unterstützen. Auch die Verwendung der zunächst in zweiter Linie hinter der Mitte des Aufmarschraumes zurückgehaltenen 4. Armee wurde vorbehalten. Sie sollte gegebenenfalls nördlich oder südlich der 3. Armee, d. h. zur Unterstützung entweder der 5. oder der 2. Armee, vorgehen. Joffre behielt sich also die Entscheidung vor, wohin er den Schwerpunkt der eigenen Offensive legen wollte, ob in die Richtung nördlich oder südlich der Linie Verdun—Metz. Für den Fall, daß dies in die Richtung nördlich der Linie Verdun—Metz geschah, war im Mobilmachungsplan Nr. 17 eine „Variante" vorgesehen, durch die der Aufmarsch der hinteren Teile der 5. Armee an der Aisne etwas nach Norden zusammengedrängt und auch der Aufmarsch der in zweiter Linie befindlichen 4. Armee nach Norden in den Raum Bar le Duc—Ste. Ménehould verschoben wurde.

Betrachten wir nun etwas näher die Aufgabe, die der 5. Armee in einer besonderen Direktive zugewiesen war. Danach sollte sie „gegen den rechten Flügel der feindlichen Kräfte operieren, sei es, daß das Operationsgebiet sich anfangs auf das Gebiet der beiden Kriegführenden beschränkte, sei es, daß es sich sofort auf neutrales Gebiet (Luxemburg und teilweise Belgien) ausdehnte". In ersterem Falle — anfängliche Beschränkung der Operationen auf das Gebiet der beiden Kriegführenden — hatte die 5. Armee nördlich von der gegen die Westfront der Festung Metz angesetzten 3. Armee unverzüglich in der allgemeinen Richtung auf Diedenhofen und auf Luxemburg vorzugehen, um die ihr gegenüber befindlichen feindlichen Kräfte nach Norden zu drängen (»elle s'engagera immédiatement en direction générale de Thionville et de Luxembourg s'efforçant de rejeter vers le nord les forces adverses qu'elle aura devant elle«). Die Vormarschrichtung auf Luxemburg stand schon in diesem Falle in offensichtlichem Widerspruch zu der Voraussetzung, daß die Operationen auf das Gebiet der beiden Kriegführenden beschränkt blieben. Diese Voraussetzung sollte jedenfalls nur für das deutsche, nicht für das französische Heer gelten! Damit ist schlagend erwiesen, daß der französische Generalstab selbst in

dem Falle, daß Deutschland die luxemburgische und belgische Neutralität achtete, von vornherein entschlossen war, seinerseits die luxemburgische Neutralität zu verletzen.

Französischer Aufmarsch 1914.



Es fällt aber auch schwer zu glauben, daß der französische Generalstab sich mit dieser einen Neutralitätsverletzung begnügen wollte. Denn wenn man sich vergegenwärtigt, daß die 5. Armee und das selbständige Kavalleriekorps ihren Aufmarsch an der französischen Maas ganz und gar längs der belgischen Grenze von Montmédy bis in die Gegend östlich Hirson vollziehen sollte, so ergab sich für das vorgeschriebene Vorgehen in der Richtung auf Diedenhofen—Luxemburg die Notwendigkeit eines Rechtsabmarsches der Armee in tiefer Staffelung und ein Hindurchzwängen durch den schmalen Raum zwischen Briey und der belgischen Grenze bei Longwy. Das war ein äußerst schwieriges und kompliziertes Manöver, das gegenüber den bei Diedenhofen vermuteten starken deutschen Kräften schwerlich Aussicht auf Gelingen bot. So wie die 5. Armee aufmarschieren sollte, lag die einzige erfolgversprechende Operationsmöglichkeit in der Vor-

führung ihres linken Flügels durch Belgien. Da diese Absicht jedoch sich dokumentarisch nicht belegen läßt, wollen wir sie auch nicht als unbedingt vorhanden unterstellen.

Welche Absicht bestand nun aber für den Fall, daß die Operationen sofort auf belgisches Gebiet ausgedehnt wurden? In diesem Falle sollte die 5. Armee auf Befehl des Oberbefehlshabers nicht in östlicher Richtung auf Diedenhofen und Luxemburg, sondern in nordöstlicher Richtung nach Belgien auf Florenville und Neufchâteau vorgehen und die 4. Armee aus dem in der „Variante" vorgesehenen Aufmarschraum sich zwischen die 5. und 3. Armee einschieben und auf Arlon, also gleichfalls nach Belgien, vormarschieren. Die Franzosen bemühen sich nun, diesen Fall so auszulegen, als ob er nur unter der Voraussetzung einer vorangegangenen deutschen Neutralitätsverletzung gegenüber Belgien ins Auge gefaßt worden sei. Nur unter dieser Voraussetzung habe die „Variante" in Kraft treten sollen. Die in den Dokumenten des französischen Generalstabswerkes abgedruckten, oben wiedergegebenen besonderen Direktiven für die 5. und 4. Armee sagen aber hiervon nichts. Sie beweisen vielmehr, daß der französische Oberbefehlshaber sich selbst vollkommen die Freiheit der Bestimmung wahren wollte, ob die Operationen sofort auf belgisches Gebiet ausgedehnt werden sollten. Das tatsächliche Verhalten Joffres zu Kriegsbeginn belegt dies zweifelsfrei. Denn Joffre hat die Initiative der Deutschen in der Verletzung der belgischen Neutralität in Wirklichkeit nicht abgewartet, bevor er seinen entscheidenden Entschluß faßte. Er hat seine Entscheidung aus sehr verständlichen, rein militärischen Gründen bereits am 2. August um 7,30 abends getroffen, indem er das Inkrafttreten der „Variante" befahl. Es geschah dies noch vor Beginn der Eisenbahntransportbewegung des französischen Aufmarsches (5. August), vor Beginn des Einmarsches der Deutschen in Belgien (4. August), ja sogar noch ohne Kenntnis von der an demselben Abend erst in Brüssel überreichten deutschen Note, in der die Durchmarscherlaubnis gefordert wurde [1]). Das französische Generalstabswerk gibt selbst zu, daß die Inkraftsetzung der „Variante" im Hinblick auf die „mehr und mehr wahrscheinlich gewordene Möglichkeit einer Neutralitätsverletzung Belgiens" (»dans l'eventualité de plus en plus probable d'une violation du terrain belge«) angeordnet worden ist. Von diesem Augenblick an gab es für den französischen linken Flügel keine andere Operationsmöglichkeit mehr als den Vormarsch nach Belgien. Er war unwiderruflich beschlossene

[1]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 648.

Sache, bevor Deutschland die belgische Neutralität verletzt hatte.

Wenn dieser Tatbestand bis heute verdunkelt worden ist, so liegt der Grund dafür in dem politischen Vorspiel des Weltkrieges während der letzten Juli- und ersten Augusttage 1914. Die diplomatische Geschicklichkeit der Entente-Staatsmänner, insbesondere Greys, hat es verstanden, das Urteil der Welt durch die Vorstellung irrezuführen, als ob England und Frankreich als Garanten der durch Deutschland verletzten belgischen Neutralität einem armen, überfallenen Volke zu Hilfe eilten. Diese Irreführung konnte aber nur gelingen, weil Deutschland aus strategischen Gründen gezwungen war, sofort militärisch zu handeln, insbesondere sich sofort in den Besitz der Festung Lüttich zu setzen. Frankreich und England hingegen waren militärisch in der glücklichen Lage, sich mit dem Einmarsch in Belgien Zeit lassen zu können. Die Pläne und Absichten des französischen Generalstabs waren aber, um uns der Ausdrucksweise unserer Gegner zu bedienen, nicht minder „skrupellos“ und „ränkevoll“ wie die des deutschen Generalstabs.

Ein englisches Urteil über Barnes.

Von Professor Dr. Toennies.

Der Name Barnes und der Gegenstand seines Werkes über den Weltkrieg ist allen Lesern der „Kriegsschuldfrage“ bekannt: zumal nach der lichtvollen Darstellung und Prüfung, die sie Herrn Prof. Herre verdanken. Vielen auch der Name George Lowes Dickinson als eines der angesehensten englischen Schriftsteller über politische Probleme. Schon der Titel seines Werkes, womit er nicht lange nach Ausbruch des Krieges auftrat, „Die europäische Anarchie“, verrät, daß er sich seine eigene Ansicht, die Ansicht eines Denkers, über die große Katastrophe gebildet hatte. Er hat jüngst über das Werk von Barnes „Der Ursprung des Weltkrieges“ in einem Artikel der amerikanischen Wochenschrift „New Republik“ vom 28. Juli d. J. sich ausgesprochen: der Artikel trägt die Überschrift „Propaganda und Gegenpropaganda“ und geht davon aus, nicht das kleinste unter den Übeln der Propaganda sei es, daß sie eine Gegenpropaganda hervorrufe; diese sei das negative Abbild jener, indem sie hell für dunkel und dunkel für hell einsetze und

durch beide in gleicher Weise werde jene kalte, graue Tatsache, die Wahrheit, verhüllt. — Die Anwendung geschieht auf die Kontroverse, deren Gründe angeführt werden, insbesondere auf das erpreßte Geständnis von unserer Seite, daß wir allein verantwortlich seien: „und dies Geständnis ist der angeführte Grund der auferlegten Bedingungen". — „Aber eine Unterschrift, die unter der Drohung des Hungertodes erzwungen wurde, kann die Tatsachen nicht ändern, und die deutschen Historiker sind seither unablässig bemüht gewesen, die Unrichtigkeit jener Anschuldigung zu beweisen. Hierin sind sie vollständig erfolgreich gewesen." Der Gelehrte fährt dann fort, es sei unter den Umständen unvermeidlich gewesen, daß die gegenteiligen Behauptungen in übertriebener Gestalt auftreten. Prof. Barnes sei zwar als Amerikaner dieser Versuchung weniger ausgesetzt gewesen, aber auch er sei ihr unterlegen. Es sei ja allerdings schwer, für eine unpopuläre Sache einzutreten, ohne sich gereizt zu fühlen zur Übertreibung. So habe er denn die Politik der Entente beinahe ebenso stark angeschwärzt wie diese vorher ihre Feinde angeschwärzt hatte. Es wird dann aus Barnes Werk der Satz zitiert: „Die hauptsächliche, ja die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den allgemeinen europäischen Krieg fällt auf Rußland und Frankreich." Dickinson meint, ein mangelhaft unterrichteter Leser dürfe zu dem Schlusse kommen, daß England nicht weit hinter diesen Hauptschuldigen zurückbleibe. Er will einige Bedenken dagegen geltend machen und erörtert zu diesem Behuf zunächst die Frage, ob England vertragsmäßig die Pflicht gehabt habe, Belgiens Neutralität zu schützen, was Barnes leugnet. Sein Kritiker räumt ein, daß Edward Grey in den Krieg eingetreten wäre, auch wenn Belgien nicht gewesen wäre. Es folge aber daraus nicht, daß die Invasion ihm gleichgültig gewesen sei oder auch nur gleichgültiger als der großen Menge des britischen Volkes. Er verteidigt dann die britische Regierung gegen die Anklage, hinter den Besprechungen des Oberstleutnants Bridges mit dem Chef des belgischen Generalstabes gestanden zu haben; jedenfalls habe Barnes keine Beweise dafür gegeben.

Er will ferner dann Grey, dem Barnes zur Last gelegt hat, Frankreich heimliche Versprechungen gemacht zu haben, gegen diesen Vorwurf in Schutz nehmen. Barnes stelle Grey als eine Art von benebeltem Macchiavell dar und bewundere die Charakteristik, die Dr. Henderson von diesem Staatsmann gegeben habe; denn die beiden Behauptungen: erstens er habe gesagt, was er nicht meinte, und gemeint, was er nicht sagte; und die andere: sein offenbares tiefes Gefühl, sein zweifelloser Ernst, seine Aufrichtigkeit, seine

Überzeugung, daß er im Rechte war, dies zusammen habe ihn siegreich gemacht, seien miteinander unvereinbar. Ihm, Dickinson, sei beim Lesen von Greys Denkwürdigkeiten der Vers von Wordsworth eingefallen: „Schwärmend in nicht verwirklichten Welten“ (moving about in worlds not realized). Schmeichelhaft für den Staatsmann Grey ist auch die Ansicht seines Landsmannes eben nicht.

Ganz anders liege die Sache bei Poincaré. „Er stellte sich deutlich genug die Welt vor, in der er sich bewegte, und man versteht sehr wohl, daß viele Franzosen gesagt haben, er habe den Krieg gewollt.“ Dickinson hält freilich diese Psychologie für zu einfach. Barnes zitiere die Rede des Präsidenten aus dem Jahre 1920, worin er sagte: als er aus seinen metaphysischen Wolken herabgestiegen sei, habe er keinen andern Grund entdecken können, warum seine Generation weiterleben sollte, außer der Hoffnung, unsere verlorenen Provinzen wiederzugewinnen. Ob dies genau wiedergegeben sei oder nicht, es stimme zu allem, was von Poincaré bekannt sei. Freilich habe er wahrscheinlich dabei gedacht: die bösen Deutschen planen den Überfall, kommt es dazu, so ist für uns die Gelegenheit gegeben, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Die zweifelhafte Rechtfertigung fährt dann fort: „Natürlich war das eine höchst gefährliche Denkweise, und jeder Menschenfreund muß wünschen, daß Herr Poincaré seine metaphysischen Wolken niemals verlassen hätte, in denen er doch wenigstens harmlos geblieben wäre.“ Sein Beitrag zum Weltkriege sei jedenfalls gewesen, daß er Rußland zu decken versprochen hatte. Dies sei aber nichts anderes gewesen, als was Deutschland Österreich versprochen habe.

Auch von den Russen, insbesondere von Sassonow, könne man nicht mit Sicherheit behaupten, daß sie den Krieg absichtlich angezettelt hätten. Sie wollten Serbien vor Vernichtung behüten. Die Versicherung der Österreicher, daß sie darauf nicht ausgingen, war nicht glaubwürdig. Sie hatten in der Tat ins Auge gefaßt, serbisches Gebiet unter den anderen Balkanstaaten aufzuteilen. Die russische Mobilmachung habe freilich im letzten Augenblick den Krieg beschleunigt. Daraus folge aber noch nicht, daß Rußland den Krieg gewollt habe, sondern nur, daß sie vor der besseren Rüstung Deutschlands Furcht hegten.

Im Schlußabsatz faßt der Kritiker seine Meinung dahin zusammen: entweder keiner oder jeder sei schuldig gewesen, und die genaue Zuteilung der Schuld sei unmöglich, weil es objektive Wagen, das Quantum der Schuld abzuwägen, nicht gebe, also das Verdikt stets durch das nationale Gefühl bestimmt werde. Man müsse sich genügen lassen, der Wiederholung vorzubeugen; man

müsse klar erkennen, daß Kriege unvermeidlich immer sich ergeben würden aus der internationalen Anarchie, wer immer als schuldig oder unschuldig erkannt werden möge.

Soweit habe ich in verkürzter Form die bemerkenswerten Ausführungen Dickinsons wiedergegeben. Sie tragen das Gepräge eines wissenschaftlichen Geistes und Charakters. Von großem Werte ist es, daß ein Gelehrter von seinem Range ausdrücklich anerkennt die deutsche Apologetik in bezug auf die Schuldfrage sei vollkommen erfolgreich (completely successful) gewesen.

Wenn er aber meint, es sei niemand oder alle gleichmäßig verantwortlich zu machen, so glaube ich doch, daß er einige Gesichtspunkte außer acht läßt, wodurch die Belastung auf seiten des Zarismus und seiner Genossen schwerer scheint als diejenige des Deutschen Reiches und Österreichs. Obgleich ich wohl weiß, daß ich ebensowenig wie Dickinson mich völlig frei machen kann von den Wirkungen meiner nationalen Empfindung, so meine ich doch, daß ein gewissenhafter Richter diesen Gesichtspunkten jedenfalls einige Beachtung schuldet; sie enthalten nur bekannte Tatsachen:

1. Den Anstoß zum Verhängnis gab Serbien. Es ist jetzt bewiesen, daß seine Regierung um das schwere Hochverratsverbrechen in dem Nachbarlande gewußt, also seine Hand im Spiele gehabt hat. Jahrelang waren geringere Angriffe vorhergegangen, Angriffe auf ein ohnehin innerlich gefährdetes Reich.

2. Daß Rußland und, wenn nicht seine Regierung, so doch die fortwährend kriegslüsterne Großfürstenpartei, diese Angriffe begünstigt oder sogar angeregt hat, läßt sich zwar nicht geradezu beweisen; es wird aber um so wahrscheinlicher, je mehr das besondere Verhältnis, worin der Protektor des Panslavismus zu Serbien stand, enthüllt worden ist.

3. Der englische Gelehrte wirft die Frage auf: brauchte Sassonow den Krieg?, und beantwortet sie dahin: wahrscheinlich nicht oder doch nicht in jenem Augenblick. Es ist hier der englische Ausdruck „want" gebraucht und durch Gänsefüßchen ausgezeichnet. Es bestand allerdings, wenn auch vielleicht Herr Sassonow nur gegemäßigten Anteil daran nahm, ein russisches Bedürfnis des europäischen Krieges. Ich habe in der „Kölnischen Zeitung" vom 26. Juli 1918, Mittagsausgabe (Leitartikel), auf die Tatsache hingewiesen, daß die russische Gegenrevolution zwar siegreich gewesen war, aber alle Ursache hatte, sich schwach und gefährdet zu finden. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 war das mühsam gezimmerte System des Scheinkonstitutionalismus schon ins Wanken gekommen. Die Oktobristen, auf deren Zuverlässigkeit

es aufgebaut war, gingen in der dritten Duma mehr und mehr in die Opposition. So war am 6. Februar eine Interpellation über gesetzwidrige Maßregeln der Regierung während der letzten Wahlen beraten und eine Resolution mit 160 gegen 125 Stimmen angenommen, kraft deren die Duma die von dem Minister des Innern und dem Justizminister in dieser Beziehung abgegebenen Erklärungen für ungenügend erklärte. Heute wissen wir, was damals niemand wissen konnte, daß am 21. Februar, also 15 Tage später, jene besondere Beratung, die sich eng an ein Memorandum des Vizedirektors der Kanzlei des Ministers des Äußern anschloß, stattgefunden hat, worin der Vorsitzende (eben der Minister des Äußern) wiederholt erklärte, es sei notwendig, unverzüglich zur Ausarbeitung eines allseitigen Aktionsprogramms zu schreiten, um eine für Rußland günstige Lösung der historischen Meerengenfrage sicher zu stellen. Auf die Frage, ob nicht auf die „Unterstützung" Serbiens zu rechnen sei, antwortete Sassonow: man dürfe nicht voraussetzen, „daß unsere Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könnte". Alsbald wies auch der Chef des Generalstabes auf die enorme Bedeutung hin, die den Meerengen in den Augen eines jeden Russen zukomme: wenn die Gefahr des Überganges in andere Hände heranrücke, so müsse Rußland sofort eine Landungsarmee nach Konstantinopel schicken. Dieser Umstand werde aber vermutlich nur im Falle eines europäischen Krieges eintreten. Und dann könne (möge? solle?) einem Kampf in den Meerengen um Konstantinopel ein Zusammenstoß an der Westgrenze, das kann unr heißen: ein Angriff auf das Deutsche Reich, vorausgehen. Am 3. März brachte sodann die „Kölnische Zeitung" ihren Leitaufsatz über Rußlands Kriegsvorbereitung an der Westgrenze aus der Feder ihres Petersburger Mitarbeiters. Und am 13. März erschien der die Offensive direkt ankündigende, vom russischen Kriegsminister inspirierte Artikel der „Birschewija Wjedomosti", der rund und kurz erklärte, Rußland ist zum Kriege bereit! Am 9. April erfolgte ein von den Oktobristen eingebrachtes scharfes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium des Innern. Das war ein neuer Grund auf die Ablenkung des nationalen Bewußtseins, also auf „die enorme Bedeutung der Meerengen in den Augen eines jeden Russen" bedacht zu sein. So finden wir denn während der nächsten Wochen die russische Regierung unablässig bemüht um zweierlei Ziele: 1. das „unerschütterliche, Bündnis mit Frankreich" und die Freundschaft mit England, worauf Rußland gemäß Sassonows Etatsrede vom 23. Mai fort und fort seine auswärtige Politik gründete, in einen wirklichen Bund umzubilden,

2. der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich sich zu versichern. Die dreijährige Dienstzeit bedeutete die Sicherheit der Unterstützung Frankreichs auch in dem beim französischen Volke sehr unpopulären Falle, daß sie wegen einer Balkanfrage in Anspruch genommen würde. Am 13. Juni erschien wiederum ein Artikel in der halbamtlichen „Birschewija", worin durch fette Lettern aufs neue betont wurde: Rußland ist bereit und hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird. Am 23. Juni lief ein englisches Geschwader in Kronstadt ein, am 28. Juni geschah die Untat von Serajewo, am 20. Juli traf Poincaré in Petersburg ein. Die „Nowoje Wremja" begrüßte ihn mit den Worten: „Der Dreiverband sei nicht immer genügend stark aufgetreten. Rußland hoffe, daß die Politik der Nachgiebigkeit jetzt aufhöre." Man rechnete also schon mit der politischen Einheit der drei Mächte Rußland, Frankreich, Großbritannien. „Der Zarismus und seine Bundesgenossen" [1]).

4. Wenn also der Zarismus in der Tat den europäischen Krieg nötig zu haben glaubte, und zwar hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen — die Gegenrevolution hatte sehr große Mühe, sich zu behaupten, zumal nach dem Falle Stolypins und nach der lebhaften neuen Regung der sozialen Unzufriedenheit durch den großen Petersburger Ausstand im Juli, der einem Aufstande schon sehr ähnlich sah —, wie stand es mit den anderen Mächten? Sicherlich waren alle weniger zum Kriege geneigt, auch Frankreich nur bedingterweise. Bedingterweise, aber allerdings sehr stark. Denn Frankreich hatte ein Objekt. Was für den Zarismus Konstantinopel, das war für die französische Republik Elsaß-Lothringen. Auch Großbritannien hatte ein Objekt: die Zerstörung der deutschen Flotte und die Vorbeugung gegen die Gefahr, daß das Deutsche Reich auf dem Kontinent zu mächtig würde. Und Österreich-Ungarn? Und das Deutsche Reich? Auch die Doppelmonarchie hatte ein Objekt, aber nur gegen Serbien; nur ein vermeintliches der Selbstbehauptung? So scheinen diejenigen zu urteilen, die von den vieljährigen versteckten und offenen Angriffen der großserbischen Agitation nichts oder nicht genug wissen und die Bedeutung des Doppelmordes für geringer halten als sie den Umständen nach allerdings war. — Das Deutsche Reich hatte kein Objekt. „Aber es hätte, um den Weltkrieg zu verhüten, dem Bundesgenossen in den Arm fallen müssen, früher in den Arm fallen müssen als es wirklich geschah." Auf diesen Vorwurf hat schon vor mehreren Jahren ein Amerikaner, der Californier Steward E. Bruce, richtig

[1]) Der Haupttitel meines im Jahre 1922 erschienenen Buches über die Kriegsschuldfrage (Berlin, Verlag für Politik und Geschichte).

geantwortet: „Dadurch würde sich Deutschland das einzige Land entfremdet haben, auf das es künftig im Falle eines Kampfes auf Leben und Tod mit Rußland und Frankreich sich verlassen konnte. Österreichs Freundschaft und Unterstützung war für Deutschland infolge seiner kritischen isolierten Lage absolut unentbehrlich."

Ich frage Herrn Dickinson als Psychologen und Historiker: Ist es wahrscheinlich oder ist es vielmehr nicht ausgeschlossen, daß das Deutsche Reich, dessen zivile und militärische Führer sich fortwährend der ungeheuren Gefahr, die ihnen vom Zweifrontenkrieg — selbst wenn Englands Hilfe für Frankreich ausgeblieben wäre — drohte, bewußt waren, das in Wahrheit nur Grund hatte, dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, mutwillig diese Gefahr, die ihm Vernichtung in Aussicht stellte, gesucht und sich wie ein Kaninchen in den Rachen der Boa in sie gestürzt hat?? Ich wäre sehr dankbar, von dem verehrten Herrn hierauf eine philosophische Antwort zu erhalten!

Auf die übrigen Anklagen gegen das Deutsche Reich gehe ich hier nicht ein, weil sie nach der eigenen Ansicht Dickinsons im wesentlichen als erledigt gelten dürfen. Auch unterlasse ich, den Anteil der Schuld, die auf England fällt, abzuwägen. Es ist allerdings kein günstiges Urteil für die auswärtige Politik des britischen Reiches, wenn an ihrer Spitze ein Mann stand, zu dessen Entlastung sein Landsmann sagt, daß er „in Welten schwebte, die er nicht kannte, d. h. mit seinem Wissen und Denken nicht faßte", denn so müßte man den Sinn von „in not realized worlds" verdeutschen. Dies Urteil hat Dickinson auf Grund seiner Kenntnisse der „25 Jahre" gewonnen, über welche Lord Greys Selbstschilderung und Verteidigung vorliegt. Freilich ein furchtbares Zeugnis für den mächtigen Staat, daß die Entscheidung über sein Schicksal in den Händen eines Mannes lag, der in gutem Streben, aber ein Tor war.

Ein Iswolski-Brief zur Vlissingerfrage.

Von Dr. Egon Gottschalk.

Es war im Jahre 1910, als die belgische Frage in Europa wetterleuchtete. Wie eine Reihe von Jahren zuvor, als Belgien den Plan der Annexion des Kongostaates ernsthaft ins Auge faßte, die französische Völkerrechtswissenschaft die belgische Neutralität auf das schwerste angriff und für erloschen erklärte (Fauchille, L'annexion du Congo à la Belgique et le droit international. Revue général de droit international public, S. 400—439), so ging auch diesmal die Attacke in der Hauptsache von Frankreich aus. Die Bedeutung, die das neutralisierte Belgien für die Entente, vor allem für Frankreich und England hatte, konnte nirgends deutlicher in Erscheinung treten als in der Frage der Befestigung des holländischen Vlissingen.

Nach der am 26. Juli 1910 von der holländischen Regierung in den Kammern eingebrachten Vorlage sollte zur Verteidigung der Küste und der Scheldemündung in Vlissingen am Ostufer der Scheldemündung zu den bereits bestehenden alten Festungswerken ein modernes Panzerfort hinzugebaut werden. Völkerrechtlich war der Plan der holländischen Regierung unanfechtbar. Der westliche Nachbar Hollands, Belgien, war zwar neutralisiert, jedoch hatte Holland in den Verträgen vom 19. April 1839 die dauernde Neutralität Belgiens nur anerkannt, nicht garantiert. Es war zur Verteidigung der belgischen Neutralität daher keinesfalls verpflichtet. Andererseits hatte nach dem Völkerrecht der neutralisierte Staat kein Recht, die anderen Staaten an der Errichtung militärischer Werke in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern. Denn „diese Werke können für den sie errichtenden Staat einen rein defensiven Charakter haben und auf keinen Fall als Angriff auf die Neutralität des Nachbarn gewertet werden". (So der französische Jurist Despagnet in seinem Lehrbuch des Völkerrechts Cours de traité international public, Paris 1899, S. 183.) Trotz dieser klaren Rechtslage entfesselte die holländische Vorlage einen Sturm der Entrüstung in Belgien, England, namentlich aber in Frankreich. Eine ungeheure Flut von Publizistik setzte ein, die Holland die Verletzung der belgischen Neutralität vorwarf, wenn es den Plan der Befestigung Vlissingens verwirklichen würde. Nicht nur in der Presse wurde die völkerrechtlich unhaltbare Behauptung immer wieder aufgestellt, sondern auch ernsthafte belgische Völkerrechtslehrer wie Nys und Descamps unterstützten mit rechtlichen Argumentationen

die Angriffe gegen die holländischen Absichten. Könnte man zur Not die belgische Beunruhigung noch verstehen, so war die Aufregung in Frankreich nur verständlich, wenn man die Scheldemündung geographisch ins Auge faßte. Ein die Scheldemündung absperrendes Panzerfort konnte den Transport von englischen und französischen Truppen nach der größten und wichtigsten Festung innerhalb des gesamten belgischen Verteidigungssystems, Antwerpen, auf dem bequemen Seeweg unmöglich machen, zumal ein neutrales Holland nach Völkerrecht im Kriegsfall nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet gewesen wäre, zwecks Wahrung seiner eigenen Neutralität die Durchfahrt von Schiffen der Kriegführenden mit allen Mitteln zu verhindern. Seit dem Jahre 1904 wurde aber von dem britischen und dem französischen Generalstab die Landung englischer Truppen an der belgischen Küste geplant, wie auch 1906 und 1912 in den bekannten Besprechungen zwischen dem belgischen und dem englischen Generalstab offen zum Ausdruck kam. Belgien war schon Jahre vor dem Krieg in den Plänen der Ententemächte für den Kriegsfall als Operationsfeld unbedingt einbezogen worden. Damit war ein modern befestigtes und verteidigtes Vlissingen unvereinbar. In Frankreich war es der Staatsrechtler Jules Delafosse, der mit aller Schärfe gegen den holländischen Plan vorging. Am 16. Januar 1911 bezeichnete er in der französischen Kammer die Befestigung Vlissingens als eine Verletzung der belgischen Neutralität und im „Gaulois" vom 30. Januar 1911 behauptete er sogar, England habe das Recht und die Pflicht, die Vlissinger Festungswerke, wenn sie doch erbaut werden würden, mit Kanonenschüssen zu zerstören.

In der von Friedrich Stieve herausgegebenen Volksausgabe der Iswolski-Dokumente findet sich nun in Bd. I, S. 21 f. aus jener Zeit ein Brief Iswolskis, des damaligen russischen Botschafters in Paris, an den russischen Außenminister, der es unbedingt verdient, im Zusammenhang mit der Vlissinger Angelegenheit besonders gewürdigt zu werden. Erst in diesem Zusammenhang wird seine Bedeutung offensichtlich. Er sei daher hier nochmals im Wortlaut gebracht.

Paris, den 20. Januar/2. Februar 1911

„Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die soviel Lärm hervorgerufen hat und noch andauernd die hiesige Presse beunruhigt, da ich mich zuerst in den zahlreichen hierüber zirkulierenden Gerüchten zurechtfinden und genau über die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage unterrichten wollte. Nachdem ich die Erklärungen H. Pichons im Verlauf der Sitzung vom 16. Januar in Beantwortung der von dem bekannten Chau-

vinisten Delafosse gestellten Frage mit Aufmerksamkeit durchgelesen habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß der französische Außenminister überrascht worden war, und daß ihm selbst seine Erklärungen etwas zu weit zu gehen schienen. Am Tage nach der erwähnten Sitzung schwächte H. Pichon in einer Unterredung mit dem Korrespondenten einer holländischen Zeitung den Sinn seiner Worte merklich ab. Ferner hielt er es für nötig, den französischen Vertretern bei den Kabinetten jener Länder, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet haben, ein Telegramm zu schicken, in dem er die genaue Bedeutung seiner Rede erklärt. Dies Telegramm ist Ihnen natürlich von H. Georges Louis mitgeteilt worden. Ich habe es im Wortlaut nicht gesehen, doch hat mir H. Pichon seinen Inhalt wörtlich mitgeteilt. In ihm wird jeder Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens zurückgewiesen, und es wird betont, daß H. Pichon in der Deputiertenkammer nicht von der Möglichkeit von Verhandlungen, sondern nur von „freundschaftlichen Unterredungen" hinsichtlich dieser Angelegenheit zwischen den Garantiemächten der Neutralität Belgiens gesprochen hat.

Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit H. Pichon anläßlich der vorliegenden Frage gehabt habe, gewann ich den Eindruck, daß er ihr durchaus ruhig gegenübersteht und keineswegs allzu große Bedeutung beizulegen wünscht. Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, die juristische Seite dieser Frage eingehend zu studieren, deren Prüfung er Spezialisten des Völkerrechts übertragen hat; aber persönlich scheint es ihm, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen, was durch die Tatsache bestätigt wird, daß dort schon Befestigungen vorhanden sind, und daß es sich augenblicklich nur um ihren Umbau und ihre Erweiterung handelt. Andererseits zweifeln, wie es scheint, weder H. Pichon noch überhaupt die französische Regierung daran, daß die Idee des Baues der genannten Befestigungen Hollands von Deutschland eingegeben wurde, und daß die holländische Regierung, wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch auf jeden Fall unter dem Druck der Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn trotz dieser Überzeugung H. Pichon und seine Kollegen ihre Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren, so kommt dies, wie mir scheint, daher, daß man hier schon längst zu dem Schluß gelangt ist, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb trägt man hier den Befestigungen von Vlissingen nur als einer sekundären Einzelheit des allgemeinen Planes der deutschen Angriffsoperationen gegen Frankreich Rechnung. Nichtsdestoweniger ist nach Nachrichten, die bis zu mir gedrungen sind, die Pressekampagne, für die das Signal von gewissen belgischen Zeitungen gegeben wurde, dank französischer Subsidien und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien ins Leben gerufen worden in der Hoffnung, auf diesem indirekten Wege die Verwirklichung des Planes der holländischen Regierung zu vereiteln. Soviel ich bemerken kann, rechnet man hier immer noch auf den Erfolg dieser Kampagne und hofft, daß Holland, wenn es auch nicht völlig auf den genannten Plan verzichtet, ihn doch wenigstens aufschieben oder modifizieren wird.

Iswolski."

Dieser sehr bemerkenswerte Brief knüpft an die Kammersitzung an, in der Delafosse jene oben bezeichneten Behauptungen über die Vlissingenfrage vorgetragen und auf die der französische Ministerpräsident in einer über das Ziel hinausschießenden Weise geantwortet hat. Das französische Interesse an der Nichtbefestigung Vlissingens geht klar aus dem Brief Iswolskis hervor. Zu unterstreichen ist vor allem seine Mitteilung, daß die ganze Pressekampagne in Belgien mittels französischer Gelder und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien ins Leben gerufen wurde. Und dieser Feldzug der französischen Presse, vereinigt mit der bestochenen belgischen Presse, hatte einen äußerst gefährlichen und bedrohlichen Charakter. Darauf weist ganz besonders der Schlußsatz des Iswolski-Briefes hin, der von der Hoffnung der französischen Kreise spricht, noch jetzt — ein halbes Jahr nach der Einbringung der Vorlage in den holländischen Kammern — wenigstens die vorläufige Nichtbefestigung Vlissingens zu erreichen. Die geheime Beteiligung des französischen Militärattachés in Brüssel ist jedenfalls ein Akt, der nahe an eine Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten Belgiens grenzt und sich mit einer dauernden Neutralität Belgiens seinen sämtlichen Nachbarn gegenüber nur schwer vereinbaren läßt. Daß dabei der französische Militärattaché andere Ziele im Auge hatte als sie durch die Eigenschaft Frankreichs als Garantiemacht der belgischen Neutralität gegeben waren, ergibt einwandfrei die Tatsache, daß die französische Regierung selbst keinen Augenblick an dem Recht Hollands zweifelte. Nicht aber das Recht Hollands ist es, welches die französische Regierung in der Vlissinger Angelegenheit letzten Endes die Ruhe bewahren läßt, sondern die Erwägung, „daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird", daß also der Plan, selbst die belgische Neutralität zu verletzen, durch das Zuvorkommen Deutschlands hinfällig werden würde. Daß Belgien Operationsgebiet werden würde, stand für die französische Regierung fest. Dieser Überzeugung wird auch in dem Bericht des russischen Außenministers an den Zaren über die Unterredungen mit Poincaré während dessen Aufenthalt in St. Petersburg vom 4./17. August 1912 (Iswolski-Dokumente, Volksausgabe I, S. 147) Ausdruck gegeben, wo zu den englisch-französischen Beziehungen ausgeführt wird: „England habe versprochen, Frankreich zu Lande durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch

Belgien abzuwehren.“ Und zwar rechnete der französische Generalstab mit den ersten grossen Zusammenstößen in Lothringen, Luxemburg und Belgien zu jener Zeit zwischen dem 15. und 18. Tage (Artikel 3 des amtlichen Protokolls der Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland vom 18./31. August 1911, Iswolski-Volksausgabe II, S. 102).

Der Bau des Panzerforts Vlissingen war lediglich eine für Holland durchaus gebotene Vorsichtsmaßregel, um eine Durchfahrt englischer oder französischer Truppen durch die Schelde im Kriegsfall verhindern zu können, jedoch keine deutsche Inspiration noch eine sekundäre Einzelheit des allgemeinen Planes der deutschen Angriffsoperationen gegen Frankreich. Dagegen gehört die persönliche Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien, also eines amtlichen Organs der französischen Regierung, zu jenen zahlreichen Akten der jüngsten Vorkriegszeit, die darauf hinweisen, daß Belgien in den Augen der französischen Diplomatie mehr und mehr als französische Ostmark galt.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

„Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage“. Von Professor Sidney B. Fay. „The American Historical Review“, Januar 1927.

Professor Sidney B. Fay widmet in dem nachstehenden Artikel dem unter dem Titel „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage“ erschienenen Buch von Heinrich Kanner eine ausführliche Besprechung:

„In dieser bemerkenswerten Abhandlung faßt Dr. Kanner eine Reihe von Zeitungsartikeln zusammen, die er in den letzten Jahren veröffentlicht hat. Sie enthält einige gute Gesichtspunkte, wie z. B., daß Bismarck, welcher das Deutsch-Österreichische Bündnis von 1879 als streng defensiv ansah, sich weigerte, militärische Abmachungen zwischen dem deutschen und österreichischen Generalstab zuzulassen, in der Besorgnis, daß diese die politische Handlungsfreiheit der Zivilbehörden beeinträchtigen

möchten; Bismarcks Nachfolger aber gestatteten Moltke und Conrad, ihre Meinungen auszutauschen und das Bündnis als ein gegebenenfalls offensives zu betrachten und es als Deutschlands Pflicht anzusehen, mobil zu machen, um Österreich zu unterstützen, selbst wenn Österreich durch einen Einfall in Serbien einen russischen Angriff provozieren sollte.

Aber die Abhandlung zeigt auch, wieviel unrichtige Schlüsse von einem voreingenommenen Journalisten gezogen werden können, welcher der historischen Schulung und Exaktheit entbehrt und geneigt ist, Beweise zu verdrehen, um darzutun, daß der Krieg von den deutschen und österreichischen Generalstabschefs verursacht worden ist. Er nimmt eine Entdeckung für sich in Anspruch, die bisher kein anderer herausgefunden hat: „Den Schlüssel zur Kriegsschuldfrage". Er entdeckt ihn in der als Conrads Memoiren („Aus meiner Dienstzeit") veröffentlichten Fülle von Schriftstücken und scheint zu glauben, daß er allein sie durchstudiert habe. Es gibt aber auch noch andere, welche sich durch diese umfangreichen Bände hindurchgearbeitet haben und doch den „Schlüssel", den Kanner „entdeckt" hat, nicht gefunden haben. Warum? Weil es keinen gibt. Kanners „Schlüssel" soll die in einem Brief Moltkes an Conrad vom 21. Januar 1909 enthaltene „Militärkonvention" sein. Kanner (S. 15) datiert ihn unrichtig von 1908 anstatt von 1909 und zitiert daraus einige ausgewählte Sätze, die sich mit der Hypothese beschäftigen, daß bei einem Einfall Österreichs in Serbien und einer Intervention Rußlands der casus foederis für Deutschland gegeben sein würde. Er erwähnt nicht, daß dieser Brief eine Antwort auf eine Mitteilung von Conrad war, in welcher dieser um eine persönliche Zusammenkunft bat; daß Moltke eine solche Zusammenkunft ablehnte in der Besorgnis, die öffentliche Meinung könnte dadurch erregt werden, zumal damals die durch die Annexion Bosniens hervorgerufene Krisis Europa noch beunruhigte; und daß er sagte, er glaube, daß Rußland aus verschiedenen Gründen auch im Fall eines militärischen Konflikts zwischen Österreich und Serbien ruhig bleiben würde. Weder dieser Brief noch die anderen Briefe, die damals zwischen Moltke und Conrad gewechselt wurden, stellen irgendwie eine „Militärkonvention" dar. Kanner kann nicht einen einzigen Satz anführen, in dem irgendeine in behördlicher Stellung befindliche Person in irgendeiner Weise auf diesen Meinungsaustausch im Sinne einer „Militärkonvention" Bezug nimmt. Diese Auffassung ist seine eigene unbegründete Erfindung. Dieser Briefwechsel zwischen Moltke und Conrad über die wünschenswerte

Verteilung der Truppen an der russischen Grenze im Kriegsfall entsprang Conrads Bestreben, Deutschlands Mobilmachungspläne dahin zu beeinflussen, daß es möglichst viele Truppen gegen Rußland aufstellte. Moltke dagegen wünschte, daß Österreich wenig Truppen gegen Serbien vorsehe, damit es möglichst viele Truppen nach Galizien werfen könne, um den Druck auf Deutschland zu verringern. Diese Vereinbarungen waren kaum so endgültig und verbindlich wie diejenigen, welche der französische und der russische Generalstab einige Jahre vorher getroffen hatten. Obgleich einige der zwischen Moltke und Conrad gewechselten Briefe den Zivilbehörden vorgelegt wurden, änderten sie doch rechtlich nichts an den Bedingungen des Bündnisses.

Kanner behauptet, daß die „Militärkonvention" Deutschlands „Entscheidung" für den Krieg viele Stunden vor der Ankunft der Nachricht über die allgemeine russische Mobilmachung herbeigeführt habe; daß nicht die russische Mobilmachung, sondern Moltkes Versprechungen an Conrad für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu machen seien. Aber seine Beweisführung ist nicht überzeugend.

Dr. Kanners historische Methode zeigt sich ferner in der Art, wie er Daten fälscht (in the way he falsifies dates), um zu beweisen, daß Kaiser Wilhelm für das österreichische Ultimatum an Serbien vom Oktober 1913 verantwortlich sei. Er sagt, daß Kaiser Wilhelm am 18. Oktober bei der Leipziger Jahrhundertfeier, „als Österreich wieder ein Ultimatum an Serbien plante", Conrad versichert habe, daß Österreichs Kelch voll sei; daß er (Wilhelm) dieses Mal ganz auf Österreichs Seite stehen werde; daß er zwar dauernd ein Freund des Friedens gewesen sei, das habe aber seine Grenzen usw. Kanner fährt dann fort (S. 20): „Das Ultimatum wurde dann tatsächlich am 19. Oktober 1913 von Wien nach Belgrad gesandt", und gibt so zu verstehen, daß es auf Grund der Versicherungen der Treue, die der Kaiser Conrad gegeben habe, abgesandt worden sei. Diese Folgerung ist unrichtig, weil das Ultimatum v o r d e r A b g a b e d i e s e r V e r s i c h e r u n g e n abgesandt wurde. Diese wurden am Abend des 18. Oktober in Leipzig gegeben (Conrad III S. 469 f.); das Ultimatum war bereits am frühen Morgen dieses Tages, genau gesprochen um 12 Uhr 10 Min. vormittags des 18. Oktober (nach Conrad III S. 473, 747), und nicht „am 19. Oktober" (nach dem Entdecker des „Schlüssels zur Kriegsschuldfrage") abgesandt worden."

Das französische Gelbbuch von 1914. Von Professor Sidney B. Fay. „The American Historical Review", Januar 1927.

Professor Fay schreibt über die deutsche, von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen herausgegebene Ausgabe des französischen Gelbbuches:

„Das englische Blaubuch und das deutsche Weißbuch wurden in der ersten Augustwoche 1914 eilig zusammengestellt und herausgegeben. Das französische Gelbbuch erschien erst fünf Monate später am 1. Dezember. Es wäre jedoch ein Irrtum, wenn man daraus schließen wollte, daß die französische Veröffentlichung wegen der längeren Zeit der Vorbereitung einen entsprechend größeren Grad von Vollständigkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit besäße. Die neue deutsche Übersetzung und Ausgabe zeigt vielmehr, wie vorsichtig man sein muß, wenn man Schlüsse ziehen will aus einer Kompilation, die viele wichtige Telegramme wegläßt, den Wortlaut anderer ändert und sich zum wenigsten einer kühnen Fälschung (Nr. 118, in welcher Herr Paléologue die allgemeine russische Mobilmachung berichtet) schuldig macht — was alles in der Absicht geschieht, Deutschland die Schuld zuzuschieben und Frankreich und seinen russischen Verbündeten von der Verantwortung zu entlasten. Diese deutsche Ausgabe bringt sechsundzwanzig ganz neue Telegramme, welche im ursprünglichen Gelbbuch unterdrückt wurden, aber inzwischen zum Teil durch Poincaré, Renouvin und Bourgeois und Pagès bekanntgeworden sind. Bei einer Reihe anderer Urkunden gibt sie die genaue Stunde und Minute der Absendung und Ankunft an. Sie macht ferner in Fußnoten auf zahlreiche tatsächliche Irrtümer aufmerksam, die in der französischen diplomatischen Korrespondenz enthalten sind. Sie bildet so ein unentbehrliches Correctiv zu der französischen propagandistischen Veröffentlichung und wird von Gelehrten als ein sehr brauchbares Nachschlagewerk benutzt werden, bis Frankreich dem Beispiel Deutschlands, Österreichs, Rußlands und Englands in der Herausgabe einer vollständigen und genauen Sammlung seiner diplomatischen Dokumente über die Krisis vom Juli 1914 folgen wird."

The Genesis of the World War. Von Preston Slosson. „The American Historical Review", Januar 1927.

Der Verfasser gibt eine eingehende Besprechung des Werkes von Harry Elmer Barnes „Der Ursprung des Weltkrieges".

Slosson erkennt die Berechtigung an, daß einmal ein umfassendes Werk geschrieben werden mußte, „das das ganze Schlachtfeld überblickt", erkennt auch an, daß es Barnes gelungen ist, den Leser zu nötigen, seiner Beweisführung aufmerksam zu folgen, sieht aber seine Hoffnungen, die er auf das Barnes'sche Buch gesetzt hat, nicht erfüllt. Slosson will dem „Ursprung des Weltkrieges" keine besonderen Unterlassungs- oder Begehungssünden vorwerfen, muß aber einen Mangel an Verständnis für die politische Atmosphäre Europas bis zum Jahre 1914 feststellen. Im einzelnen wirft er dem Barnes'schen Buch vor:

> „Der deutsche Militarismus wird als eine bloße Phrase abgetan mit der Begründung, daß Frankreich und Rußland größere Heere hatten (S. 55), aber der historische „Militarismus" bedeutet mehr als die Unterhaltung eines Heeres; es ist vielmehr eine Frage des Verhältnisses der Militär- zu den Zivilbehörden innerhalb des Staates, und kein Historiker kann in Zweifel ziehen, daß, zum wenigsten im Vergleich mit Frankreich und Großbritannien, das deutsche politische System und seine Überlieferung dem Heere einen einzigartigen Einfluß einräumte. Die Bedeutung der deutschen Flotte und die Panik, die sie in Großbritannien verursachte, wird stark unterschätzt (S. 47)."

Wenn wir Slosson auch darin beipflichten müssen, daß der historische Hintergrund in dem Barnes'schen Buch nicht genügend Berücksichtigung gefunden hat, so erscheint uns die Auffassung des Kritikers über den deutschen Militarismus im Vergleich zum französischen und russischen doch einseitig zu sein. Wir glauben, daß, wenn der Verfasser das Buch seines Landsmanns Frederick Bausman, „Let France explain" unvoreingenommen durchsieht, er seine Auffassung über den deutschen Militarismus revidieren müßte. Der Militarismus eines jeden Landes hat etwas Spezifisches und führt dies leicht dazu, daß Umfang und Bedeutung des Militarismus eines Landes gegenüber einem andern nicht richtig eingeschätzt wird. Wenn der Verfasser von einer „Panik" spricht, die die deutsche Flotte in Großbritannien verursacht hätte, wird jeder Kenner der Verhältnisse darin zumindest eine gewaltige Übertreibung sehen. Jedenfalls hatte im Sommer 1914 die seit dem 15. Juli mobilisierte englische Flotte, an deren Spitze der vorsorgliche Lord Churchill stand, wirklich keine Veranlassung, in eine „Panik" gegenüber den in den nordischen Gewässern verstreuten deutschen Schiffen zu geraten.

Der Verfasser fährt dann in seiner Kritik fort:

„Die jugoslawische nationalistische Bewegung, die ebenso echt und durch die österreichische Unterdrückung ebenso gerechtfertigt war wie das italienische Risorgimento, wird als eine bloße Verschwörung politischer Abenteurer abgetan (S. 154 ff.)."

Selbst wenn man die jugoslawische nationalistische Bewegung als berechtigt anerkennt, wird man andererseits Österreich nicht das Recht absprechen können, daß es seinen territorialen Besitzstand wahren wollte und sich berechtigt fühlte, die von der serbischen Regierung geduldete Ermordung ihres Thronfolgers zu sühnen.

Zum Schluß sagt Slosson:

„Ein Historiker ist berechtigt, den europäischen Nationalismus als eine Gefahr anzusehen, wenn er es für richtig hält; wenn er ihn aber als eine bloße diplomatische Pose behandelt, so ist er ein für allemal unfähig, die großen menschlichen Kräfte zu verstehen, welche das Habsburgische Reich zu Fall gebracht und Europa in den Krieg gestürzt haben."

Was der Verfasser hiermit sagen will, ist nicht ganz durchsichtig. Wenn Slosson den europäischen Nationalismus als die Haupttriebkraft für die Entstehung des Weltkrieges ansieht, so glauben wir, daß er die Dinge auf eine einfachere Formel bringen will, als sie die Wirklichkeit der komplizierten Verhältnisse, die zum Kriege führten, zuläßt.

*

DEUTSCHLAND.

Zum Abschluß der deutschen Aktenveröffentlichung.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, der Verlag, der die „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914" herausgebracht hat, veröffentlicht zum Abschluß des großen Werkes eine inhaltreiche Festgabe, die von bleibendem Werte sein wird. In interessanter und aufschlußreicher Form skizziert hier der Verleger, Hans Moeller, die Entstehungsgeschichte der „Großen Politik".

Der deutsche Botschafter in Tokio, W. H. Solf, schreibt in der gleichen Festschrift über „Die Erschließung der deutschen Archive" folgendes: „Wer gelernt hat, Aktenwerke zu lesen, wird immer wieder nach diesen Werken greifen, die das Leben selbst geschrieben hat, und wird erkennen, welch eine ungeheure Schule der

Zukunft die Gegenwart in diesen Werken über jüngste Vergangenheit geschaffen hat. Allen denen, die aus Indolenz oder Übersättigung an dem großen, seit 1919 entstandenen Aktenkorpus zur Vorgeschichte und zur Geschichte des Krieges vorübergehen, muß gesagt werden, daß sie sich nicht nur an der Gegenwart, sondern vielmehr noch an der Zukunft unseres Volkes versündigen. Noch keiner Generation ist auch nur ein entfernt ähnliches Lehrbuch der Geschichte beschert worden, und nicht nur der Geschichte als einer abstrakten Wissenschaft, sondern der Geschichte als praktische Lehrmeisterin in der Zukunft. Das deutsche Volk, dem dieses große Archiv seiner jüngsten Geschichte in gedruckter, jedermann zugänglicher Form beschert worden ist, hat in diesem Werke ein Mittel politischer Erkenntnis wie kein anderes Volk. Die große deutsche Aktenpublikation ist geradezu eine Schule politischer Weisheit für alle, die in ihr zu lernen verstehen. Es gibt keinen Fehler zukünftiger Politik, dessen Vermeidung nicht in dieser Schule gelernt werden könnte, und niemand, der mit klarem Sinn das Aktenwerk gelesen hat, wird ohne gewaltigen Gewinn an historischer Einsicht und politischer Reife den gegenwärtigen und kommenden Ereignissen einer Weltpolitik gegenübertreten, in der wir zunächst weniger die Handelnden als das Objekt zu sein gezwungen sind, aber das Recht freieren Handelns uns wieder erwerben müssen."

Bernhard Schwertfeger schließt seine Würdigung des großen deutschen Aktenwerkes mit den Worten:

„Niemand, der die Akten des Auswärtigen Amtes vorurteilsfrei liest, wird zu bestreiten vermögen, daß die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik und die zur Beobachtung der Entwicklung verpflichteten Diplomaten immer ein offenes Auge für die heraufziehenden Gefahren gehabt haben. Man sah die innere Brüchigkeit des Dreibundes, man kannte die Bemühungen der Tripleentente um Italien und Rumänien, man fühlte die täglich stärker werdende Einkreisung. Die einzige Macht, an die ein Anschluß vielleicht einmal möglich war, stand im Lager unserer voraussichtlichen Gegner. Kein deutscher Staatsmann konnte bei dieser Lage der Dinge einen Krieg wünschen. Der einfachste gesunde Menschenverstand gebot, jede Verwicklung zu vermeiden, die zu einem Weltkriege führen konnte. Deutschland konnte den Krieg nicht wollen, es mußte ihn fürchten, und es hat ihn daher auch nicht gewollt.

Gelingt es dem großen Aktenwerk des Auswärtigen Amtes, diese Erkenntnis in Deutschland und in der ganzen Kulturwelt zu verbreiten, so ist damit ein Teil dessen erreicht, was wir wünschen. Der Horizont wird sich aufhellen, und in der Klarheit des

kommenden Tages wird man sich gewöhnen, die Dinge so zu sehen, wie sie gewesen sind, und nicht, wie sie unsere Gegner im Weltkriege der Welt glaubhaft zu machen gesucht haben. Es wird sich, wie es die Herausgeber im Vorworte ihres großen Werkes so schön ausgesprochen haben, aus ihm ergeben, daß das deutsche Volk bei dieser Herausgabe „ein Vertrauen ohne Grenze zur versöhnenden und heilenden Macht der Wahrheit" bekundet hat."

Der langjährige Mitarbeiter der Herausgeber, Edmund Marhefka, schreibt über das Thema: „Die Kriegsschuldfrage im Lichte der Forschung".

Hans Rothfels gibt in seinem Beitrag eine Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik.

Karl Klingenfuß behandelt in einer großen Arbeit „Beust und Andrassy und die Kriegsgefahr von 1875".

Eduard Heller untersucht „Bismarcks Stellung zur Führung des Zweifrontenkrieges" und kommt zu dem Ergebnis, daß Bismarck „sich hinsichtlich des Zweifrontenkrieges für den Westaufmarsch entschieden" habe.

Den übrigen Inhalt der Festgabe bilden zwei große Abhandlungen: von Friedrich Hertneck über „Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks" und von Johannes Behrendt über „Die polnische Frage und das österreichisch-deutsche Bündnis 1885—1887".

Eine Feier des Verlages.

Anläßlich des Abschlusses der Herausgabe der großen Aktensammlung des Auswärtigen Amts veranstaltete der Inhaber der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Hans Moeller, am 17. Januar einen festlichen Empfang und ein Festessen in den Räumen der Deutschen Gesellschaft 1914, an dem der Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister Dr. Bell, Botschafter Dr. Solf, Reichsminister a. D. Dr. Rosen, Staatssekretär Meißner und zahlreiche andere Regierungspersönlichkeiten, Mitarbeiter an der Aktenpublikation und führende Mitglieder der deutschen Presse und Politik teilnahmen.

Bei dem Essen hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache. Wenn das deutsche Volk, so unterstrich der Kanzler, den Mut gehabt hat, den Schleier zu lüften, der die jüngste Geschichte umgab, so dürfen wir hoffen, daß diesem Beispiel in der übrigen Welt nicht nur Anerkennung gezollt, sondern nachgeeifert werden wird. Unser

Dank gebührt dem mutigen Verlag; und wenn wir auch für unsere Generation nur eine kleine Wegstrecke weit den Erfolg übersehen können, den dieses fast unübersehbare Werk nach sich ziehen wird, so gebührt doch der Dank nicht nur des ganzen deutschen Volkes, sondern der ganzen Kulturwelt denen, die es unternommen haben, und denen, die daran mitgearbeitet haben.

Das Trauerspiel der deutschen Politik von 1871—1914.
„Kölnische Zeitung", 15. Januar 1927, Nr. 36.

Unter Zugrundelegung des von Friedrich Stieve veröffentlichten Werkes „Deutschland und Europa 1890—1914" skizziert die „Kölnische Zeitung" den Werdegang der deutschen Politik von 1871—1914. Den Schluß ihrer Ausführungen geben wir im Wortlaut wieder:

„ . . . Groß und ergreifend steht nach der Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amts dieses Stück deutscher Geschichte vor unsern Augen, in alle Winkel fällt das Licht der Ewigkeit, dessen Schein die handelnden Personen aus dem „zornigen Eifer" der Tagespolitik heraushebt. Kaiser und Kanzler, Diplomaten und Soldaten, Völker und Erdteile, sie alle sehen wir, um mit Goethes Welterfahrung zu sprechen, nach den ewigen ehernen Gesetzen ihres Daseins Kreise vollenden. Wenn dabei überhaupt von „Schuld" die Rede sein kann, so ist das allenfalls eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes, das prüfen mag, wie weit seine leitenden Männer der Vorkriegszeit gefehlt haben, indem sie nicht zu verhindern verstanden, daß Deutschland in diese tödliche Vereinsamung hineingeriet. Ihr Wille ist jedenfalls immer nur auf Deutschlands Wohl gerichtet gewesen. Wenn wir heute, wo alle Karten offen liegen, klar entscheiden können, daß dort und dort falsche Entscheidungen getroffen wurden, so ist zu einem großen Teil das ganze deutsche Volk daran mitschuldig, das im großen und ganzen die Wege der auswärtigen Politik billigte und die seit 1891 wachsenden Gefahren teils ebensowenig erkannte wie die Regierenden, teils diesem Schicksal ebenso ratlos gegenüberstand.

Wenn sich aber die Siegermächte in Versailles im Taumel der Leidenschaften dazu hinreißen ließen, Deutschland und seinen Verbündeten die „Schuld" am europäischen Unglück des Weltkrieges aufzubürden und dem Besiegten gewaltsam das Geständnis dieser angeblichen Schuld abzunötigen, so wird die

fürchterliche Unmoral dieser Handlungsweise offenkundig, nachdem die geschichtlichen Urkunden klar erweisen, wie planmäßig die Maschen des Netzes geknüpft worden sind, in dem sich Deutschland schließlich gefangen und gefesselt sah."

Die deutsche Aktenpublikation und die Kriegsschuldfrage.

„Germania", 31. Dezember 1926, Nr. 609.

In dem Aufsatz, der von besonderer Seite der „Germania" zugegangen ist, wird gesagt, daß es die Aufgabe der deutschen Regierung sei, „dafür zu sorgen, daß alle diejenigen in der ganzen Welt, auf deren Urteil das Deutsche Reich und das deutsche Volk Wert legen müssen, daß alle diejenigen, von deren Urteil das deutsche Ansehen in der Welt abhängt, in die Lage versetzt werden, die deutschen Vorkriegsakten kennenzulernen. Die Regierung muß Mittel und Wege finden, die Aktenpublikation den fremden Regierungen, den fremden Staatsoberhäuptern, den fremden Historikern und den führenden Politikern des Auslandes direkt zuzuführen, und sie in die Lage zu versetzen, sich aus den deutschen Akten selbst ein Urteil über die Frage des deutschen Anteils an der Kriegsschuld zu bilden". Es heißt dann weiter: „Die Reichsregierung ist es sich und ist es dem deutschen Volke schuldig, den Abschluß der Aktenpublikation nicht nur mit innerpolitischen Kundgebungen zu verbinden, sondern mit einer würdigen deutlichen Kundgebung an die Welt, in der Deutschland wieder die Rolle des Gleichberechtigten und Gleichgeachteten spielen will, und wie es jetzt erweisen kann, zu spielen berechtigt ist!

Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß die große Arbeit nicht unnütz vertan ist oder erst späteren Generationen zugute kommt. Die Initiative für die Verbreitung des Werkes muß von Deutschland ausgehen; es darf nicht der Willkür des Zufalls überlassen werden, wer in den Besitz des deutschen Aktenmaterials gelangen und wann die Belehrung der Umwelt Deutschlands im Sinne der für Deutschland günstigen historischen Wahrheit erfolgen soll!"

Zu diesen Ausführungen schreibt die „Germania": „Die verschiedenen deutschen Parteien mögen über das Problem einer sogenannten „Aufrollung" der Kriegsschuldfrage noch so verschiedener Meinung sein, darin wird volle Einigkeit bestehen, daß der Abschluß der großen deutschen Aktenpublikation die nie wiederkehrende Gelegenheit bietet, in der Welt für die Wahrheit zu werben — zugunsten Deutschlands. Deutschland allein hat die seinerzeit von Wilson aufgestellte Forderung nach Abschaffung der

Geheimdiplomatie im rückwärtsgerichteten Sinne bis zum äußersten erfüllt und damit auf dem Wege zur Wahrheit im gegenwärtigen Augenblick vor allen anderen Völkern einen gewaltigen Vorsprung gewonnen. Deshalb sei an die verantwortlichen Stellen die dringende Mahnung gerichtet, diesen Augenblick nicht zu versäumen — die Wirkung einer so bedeutsamen Tat im Dienste der Wahrheit nicht der Willkür und dem Zufall zu überlassen."

Die geöffneten Archive. Von Reichsminister a. D. Dr. Dernburg, Mitglied des Reichstages.

„Zwickauer Tageblatt", 8. Januar 1927, Nr. 6.

Europa vor der Katastrophe. Aus Band 39 des Deutschen Aktenwerkes. Von Wilhelm Schaer.

„Germania", 22. Dezember 1926 Nr. 594.

Das deutsch-französische Verhältnis vom Dezember 1912 bis zum Juli 1914. Von Wilhelm Schaer.

„Der Deutsche", Berlin, 23. Dezember 1926, Nr. 300.

Die deutsche Wehrvorlage von 1913 und ihre Übertrumpfung durch Frankreich und Rußland. Von Wilhelm Schaer.

„Kyffhäuser", 1927, Nr. 3.

Die 54 Bände. Der Abschluß der deutschen Aktenpublikation. Von Dr. Hajo Holborn, Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte a. d. Universität Heidelberg.

„Vossische Zeitung", Berlin 30. Dezember 1926, Nr. 616.

Sturmzeichen vor dem Weltkrieg. Von Kurt Trampler. Das österreichisch-italienische Verhältnis und die Irredenta. Nach der Aktenpublikation des Auswärtigen Amts Bd. 39.

„Münchener Neueste Nachrichten", 24. Dezember 1926, Nr. 355.

Sturmzeichen vor dem Weltkrieg. Das deutsch-französische Verhältnis 1913/14. Von Kurt Trampler. Nach der Aktenpublikation des Auswärtigen Amts Bd. 39.

„Münchener Neueste Nachrichten", 31. Dezember 1926, Nr. 361.

„Europa vor der Katastrophe". Aus den Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes. I. Der österreichisch-russische Gegensatz. Der erste Balkankrieg und seine Auswirkungen. — Die Mission des Prinzen Hohenlohe in Petersburg.

„Kreuzzeitung", Berlin, 19. Dezember 1926, Nr. 591.

II. Wachsende Spannung zwischen Petersburg und Wien-Berlin. Die Panslawisten als Kriegshetzer. — Zweideutigkeiten der russischen Politik. — „Wir sind Feinde geworden."

„Kreuzzeitung", Berlin, 24. Dezember 1926, Nr. 600.

III. Die albanische Frage. Die Konstituierung des autonomen Albaniens. — Die Gegensätze zwischen den Mächten. — Prinz Wilhelm zu Wied, Fürst von Albanien. — Das Ende seiner Herrschaft.

„Kreuzzeitung", Berlin, 28. Dezember 1926, Nr. 603.

IV. Rußlands Drang nach Konstantinopel. Die Hintergründe für den Widerstand gegen die Mission Liman von Sanders. — Die Zertrümmerungsabsichten gegen die Türkei. — Die armenischen Reformen als Vorwand. — Rußlands Kriegsbereitschaft.

„Kreuzzeitung", Berlin, 9. Januar 1927, Nr. 13.

Die letzte Krisis vor dem Weltkrieg. Aus den neuen Dokumenten des Auswärtigen Amts. Von Alfred von Wegerer.

„Deutsche Tageszeitung", Berlin, 22. Dezember 1926, Nr. 596.

Rumänien im Weltkrieg. Von Alfred von Wegerer.

„Dresdner Neueste Nachrichten", 4. Januar 1927, Nr. 2.

Europa vor der Katastrophe. Der Weckruf der „Kölnischen Zeitung" vom 3. März 1914. Von August Bach.

„Kölnische Zeitung", 23. Dezember 1926, Nr. 953.

Englands Stellung in einem europäischen Kriege. Das Zeugnis der deutschen Akten. Von August Bach.

„Bonner Zeitung", 24. Dezember 1926, Nr. 300.

Das Herannahen des Weltkrieges. Die Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention 1914. Von August Bach.

„Westdeutsche Landeszeitung", München-Gladbach, 27. Dezember 1926, Nr. 303.

Lord Grey und der Weltkrieg. Von Friedrich Stieve.

„Germania", 9. Januar 1927, Nr. 13.

Friedrich Stieve widmet den vorstehenden Aufsatz einer Besprechung des neuen Werkes von Hermann Lutz „Lord Grey und der Weltkrieg". Stieve sagt, daß die deutsche Forschung über die Vorgeschichte des Weltkrieges verschiedene Stufen der Entwicklung durchgemacht habe: von der Klärung der Julikrise 1914 über die Erforschung der letzten Jahre vor der Katastrophe auf Grund der Iswolski-Dokumente ist sie nunmehr in ein neues Stadium der Wahrheitsermittlung eingetreten: „Auf der einen Seite weitet sich der Horizont der geschichtlichen Erkenntnis durch den soeben vollzogenen Abschluß der deutschen Aktenpublikation „Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 1870—1914" über mehr als 40 Jahre. Auf der anderen Seite gelingt es, da endlich der

Schleier von der Haltung Großbritanniens durch wichtige Veröffentlichungen gelüftet wird, auch dem englischen Problem größere Aufmerksamkeit zu widmen. In dieser letztgenannten Hinsicht geht Hermann Lutz als entschlossener Führer und einsichtsvoller Beurteiler mit seinem obengenannten Buch voran."

Der Charakterschilderung Greys, die Lutz entwirft, kann Stieve nicht in allen Punkten beistimmen. Lutz ist der Ansicht, daß Grey kein großer und kein starker Politiker gewesen sei, sondern ein Mensch „mit einem Bruch in der Seele". Dieser Auffassung Greys als eines mehr oder minder großen Schwächling tritt Stieve entgegen: „Liegt nicht in der Schwäche Greys gegenüber Rußland letzten Endes eine Stärke im Sinne der Interessen Großbritanniens? Können wir nicht in den britischen Akten aus den überaus interessanten Vermerken eines Nicolson und eines Crowe, die keineswegs nur Deutschenhasser, sondern daneben und hauptsächlich kühle Berechner der Vorteile Englands waren und ihrer Aufgabe nach sein mußten, mit Deutlichkeit eines entnehmen: Die britischen Interessen in Asien geboten dem Inselreich, der slawischen Großmacht nicht in den Weg zu treten, wenn sie sich gegen Europa, d. h. gegen die Mittelmächte, wandte, anstatt Indien zu bedrohen? Ist nicht die Geschichte der englisch-russischen Beziehungen seit 1907 voll von Beispielen für diese Erwägung? Und gerade an diesem Hauptgrundsatz der englischen Vorkriegszeit hat Grey, wie ich finde, in den Krisentagen mit einer unerschrockenen, ja bewunderungswürdigen Zähigkeit festgehalten, die keineswegs deshalb Schwäche war, weil sie ihm befahl, nichts zu tun. Er kämpfte in seiner scheinbaren Unentschlossenheit, die sich aber durch ihre Folgerichtigkeit als System enthüllt, einen selten mutigen Kampf mit dem eigenen Widerwillen gegen den Krieg, den er sicher empfand, mit der Mehrheit im Kabinett und mit der Stimmung seines Volkes... Er war kein großer Mann im Sinne eines Bismarck, gewißlich nicht, aber er war bei allen Fehlern ein vortreffliches Beispiel von einem Politiker, der sich vom sicheren Instinkt leiten läßt, und er hat nicht zuletzt in den heißen Tagen der Krise diesem Instinkt eine Treue bewiesen, die ihn über das Maß des gewöhnlichen Durchschnitts hinaushebt. Er hätte seinen Abschied genommen, wenn er sein Volk nicht für die Teilnahme am Kampf gewonnen hätte, weil er wußte, daß dann England ohne jeden Einfluß auf den Kontinent geblieben wäre. Wenn er heute, wie er sagt, Gewissensqualen über seine Haltung empfindet, so rächt sich an ihm nur der Fluch des Fehlspruches von Versailles, der Moral mit Politik vertauschte, um auch noch aus der Moral politische Vorteile zu ziehen."

FRANKREICH.

Ein „wundervolles Beispiel". Frankreich und die Öffnung der deutschen Archive.

„Berliner Tageblatt", 27. Dezember 1926, Nr. 610.

„In der „Volonté" spricht Charpentier über die Veröffentlichung der Dokumente aus den deutschen Archiven, mit der Deutschland ein „wundervolles Beispiel" gegeben habe. Ein jeder Mensch auf der ganzen Erde könnte jetzt, wenn er zu lesen verstehe, sich über die äußere Politik der deutschen Regierung von 1870 bis 1914 informieren. „Natürlich kennen von 40 Millionen Franzosen noch nicht einmal 300 diese monumentalen Werke", sagt Charpentier. „Wie sollte es auch anders sein, da die gesamte französische Presse die Veröffentlichung totzuschweigen versucht? Unsere Presse denkt wie der General Jonse im Dreyfus-Prozeß, der dem Obersten Piquart auf die Bemerkung, Dreyfus sei unschuldig verurteilt, zynisch zur Antwort gab: „Wenn Sie es nicht erzählen, wird niemand etwas davon erfahren." Charpentier verlangt, daß der Quai d'Orsay jetzt endlich seine Archive öffne."

Die Kriegsschuldfrage. Von A. F. Buisson.

„Die Hilfe", 1927, Nr. 1.

„Die Hilfe" widmet ein Sonderheft dem Thema Frankreich und Deutschland. Sie hat hervorragende deutsche und französische Politiker und Gelehrte zu einer Aussprache gebeten und u. a. den Professor an der Sorbonne und Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte Buisson aufgefordert, sich über die Kriegsschuldfrage zu äußern. Wir bringen nachstehend den Artikel im Auszuge.

„Wir, die siegreichen Alliierten, haben Deutschland mit brutaler Gewalt zu der Erklärung gezwungen, daß es allein für den Krieg und alle durch den Krieg entfesselten Verbrechen verantwortlich sei. Diese Erklärung haben wir ihm nicht als Ergebnis einer Diskussion, sondern trotz seines Widerstandes, trotz seines Protestes auferlegt.

Welcher Mann in einem zivilisierten Volke würde es wagen, diesem durch Gewalt entrissenen Geständnis irgendwelchen moralischen Wert beizumessen? Wer wollte behaupten, daß dieser Artikel — so ausgelegt — zu achten, überhaupt nur zu ertragen ist?

Davon hat Briand in der Kammer nicht gesprochen; aber er hat klar zu verstehen gegeben, daß Frankreich stets, und heute mehr als je, durch die Grundsätze von 1789 bestimmt wird. Es kann daher nicht als Ausdruck seines Gedankens eine Behauptung anerkennen, die kein Vertrag jemals gewagt hätte zu verzeichnen, die Behauptung nämlich, daß die ganze Verantwortlichkeit des Krieges von den Besiegten zu tragen sei. Selbst der Vertrag von Frankfurt hat das nicht gelten lassen.

Es ist ein vernunftgemäßer Sinn in dem Artikel 231. Denn er heiligt gewissermaßen die Erklärung für Deutschland und seine Verbündeten, alles Unheil, das sie angerichtet haben, wieder gutzumachen. Die öffentliche Meinung in Deutschland wird die Gesetzmäßigkeit dieses Anspruchs anerkennen: Deutschland willigt in alle Reparationen, die die Gerechtigkeit erfordert, ein.

Ist es nicht gegen Frankreichs Ehre, die Initiative zu einer derartigen Auslegung zu ergreifen? Zerreißt es den Vertrag von Versailles, wenn es von allen, die ihn unterzeichnet haben, verlangt, hier das Recht, das der Artikel 19 *) des Völkerbundvertrages vorsieht, anzuwenden? Im Gegenteil, es findet die glücklichste, nicht nur dem modernen, sondern dem ewigen Rechte gemäße Anwendung dieses Paragraphen.

Es ist möglich, es ist menschlich, daß man im Augenblick des Hasses, der dem Ende dieses Zeitraums von Leiden und Qualen der Opfer der Invasion folgte, eine Erklärung abfaßt, die Deutschland die alleinige Schuld am Kriege zuschreibt. Aber keine Nation wird es wagen, mehrere Jahre später, im Augenblick, in dem sich die Abgründe des Hasses und der unbeschreiblichen Schikanen schließen, sich zu weigern, dem Artikel 231 den gemäßen Sinn zu geben.

Und Frankreich kann nicht, ohne die elementarsten Grundsätze internationaler Gerechtigkeit zu verletzen, wenn es sich selbst nicht auf grausame Weise Lügen strafen will, eine Auslegung aufrechterhalten, die der menschlichen Gewissenhaftigkeit zuwiderläuft."

*) Artikel 19 lautet: Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könne.

JUGOSLAWIEN.

Jugoslawische Stimmen zum Tode Paschitschs.

Aus den uns jetzt vorliegenden jugoslawischen Zeitungen bringen wir nachstehend einige Nachrufe auf Paschitsch:

In der Belgrader „Politica“ vom 12. Dezember 1926 schreibt der radikale Abgeordnete Dr. Ljuba Popović:

„Als Mensch ein Märtyrer, hat Nikola Pasić, möchte man sagen, gar nicht sein eigenes Leben gelebt . . . . Sein hauptsächlichstes historisches Verdienst liegt in seinem Anteil an der Schaffung der serbischen Demokratie. Erst mit einem von demokratischem Gemeinschaftsgeist beseelten Serbien wünschte Pasić an die Verwirklichung seines Hauptziels zu gehen: die Vereinigung und Befreiung des serbischen Volkes, der Kroaten und Slovenen. Pasić machte aus dem kleinen Serbien e i n Haus, e i n e Genossenschaft, deren Gemeinschaftsmoral allein imstande war, jene unglaublichen Beweise von Widerstandskraft zu liefern, wie sie das serbische Volk geliefert hat.

Nur auf diesem Wege konnte sich das serbische Volk der Feinde erwehren, zwischen denen es, an der Scheide zwischen Osten und Westen, stand. Im Süden die Türkei, wo die Rajah unter dem Joche stöhnte, im Norden Österreich, wo die Seelen erstickten. Es schien, als ob es schon ein Erfolg wäre, den Staat auch nur am Leben zu erhalten. In diesen schwierigen Verhältnissen fand Nikola Pasić den Weg, der zu beschreiten war. Von zwei großen Reichen war Serbien bedroht, und nur eine Hoffnung leuchtete ihm, aus Norden — Rußland.

In den Augenblicken, da es schien, als gäbe es für Serbien nur einen einzigen Ausweg, Österreichs Vasallenstaat zu werden, und als auch die Dynastie diese Politik verfolgte, stand Pasić wie ein Apostel auf, unerschütterlich, begeistert, zu den äußersten Opfern bereit. Er glaubte an Serbien, das serbische Volk und seine Berufung. . . . Er lehnte sich an Rußland an, und gleich ihm wandte die ganze radikale Partei fast andachtsvoll den Blick zu der großen orthodoxen Mutter hin. . . . Nachdem er so die äußere Politik in die Wege geleitet hatte, konnte Pasić an die Ausführung der großen nationalen Aufgaben denken. Seit der Annexion Bosniens waren die Ziele Österreichs klar. Eile tat not. Pasić führte zuerst die Bewaffnung des Landes durch. Er schuf die Bedingungen für den Balkankrieg, schuf den Balkanbund. . . . Gemäß der Devise „Der Balkan den Balkanvölkern“ widmete

Pasić diesem verleumdeten, dunklen, gepeinigten, rohen Balkan seine größte Aufmerksamkeit. Er liebte ihn mit allem Überschwang der Rasse, liebte ihn selbst in seinen Fehlern und Gebrechen. Er fühlte, er könne aus dem vom Schicksal gegebenen Rahmen nicht heraus, und eben darum, weil dieser Balkan so voll ist von leidenschaftlichen, vernichtenden, mörderischen Trieben, glühend in seiner Liebe, tollkühn in seiner Begeisterung, empfand er die schöpferische Kraft in ihm, wenn er nur auf den Weg fruchtbringender, fortschrittlicher Aktion gelenkt würde. . . .

In die Außenpolitik führte Pasić ein moralisches Element ein: Ehrlichkeit, Seele, Treue. Ungern ließ er sich zum Abschluß unmöglicher, unrealisierbarer Pakte herbei und zog es vor, eher ein loyaler Gegner als ein scheinbarer Freund zu sein."

Im „Vreme" v. 11. 12. wird die Kühnheit von Pasićs Plänen gerühmt und gleichzeitig das balkanische Gepräge seiner Arbeitsmethode unterstrichen: „es war die Methode der Überrumpelung, der einzigen Kampfesart auf dem Balkan. Aber sie war auf psychologischen Beobachtungen aufgebaut und trug balkanischen Charakter bloß wegen des Terrains, auf dem sie angewandt wurde."

Viel kritischer verhält sich ein hervorragender aktiver serbischer Politiker, der unter dem Pseudonym „Simplex" schreibt und dessen schon vor einiger Zeit entstandenen Artikel das große kroatische Organ „Obzor" v. 11. 12. 26 wiedergibt. Hier wird Pasić schöpferischer Geist abgesprochen. Wohl sei sein Name mit Epochen voll großer Ereignisse verknüpft, in denen er an der Spitze des Staates stand, doch habe er sich weder im Balkankrieg noch im europäischen Krieg als Schöpfer und Lenker gezeigt. Die Geschichte werde seinen Anteil an dem großen Werke anerkennen, ihm aber den Namen eines Vaters oder Befreiers des Vaterlandes verweigern.

„Nikola Pasić war Politiker von Beruf. Er war ein großer Meister, aber nicht in den hohen Regionen des Prinzipienkampfes, sondern in den irdischen Niederungen, wo es galt, dem Gegner die Macht zu entreißen und ihn niederzuringen.

Er hat Aufstände erregt, aber nicht an ihnen teilgenommen, hat Attentate und antidynastische Bewegungen vorbereitet, sie aber vor Gericht verleugnet. Und während seine Gefährten erschossen oder in Ketten gelegt wurden, gelang es ihm, Leben und Freiheit zu bewahren. Durch Flucht und erniedrigende Erklärungen. Dennoch tat er dies nicht durchaus aus persönlichen, selbstsüchtigen Beweggründen. Er duckte sich, stellte aber als geborener Politiker auch

dann seine Tätigkeit nicht ein, um, wenn der Sturm vorbei war, mit voller Kraft den alten Kampf fortzusetzen.

Das russisch-revolutionäre Programm vertauschte er sehr bald mit dem Kampf auf dem praktischen Terrain gegen den gefährlichsten Feind, den König Milan und die Dynastie Obrenović. War auch nicht immer seine Gegenwart sichtbar und fühlbar, war er auch nicht überall der Unmittelbare und Hauptbeteiligte, ja manchmal überhaupt nicht beteiligt, so kann Nikola Pasić doch als Inspirator jener langen und hartnäckigen, über 20 Jahre währenden Aktion gelten, die den ersten serbischen König, Milan, vom Throne stieß und durch eine Offiziersverschwörung — der er fern stand — den letzten Nachkommen dieses Herrscherhauses ums Leben brachte."

Daß Pasić mit der Offiziersverschwörung, der Alexander Obrenović und Draga zum Opfer fielen, nichts zu tun hatte, kommt in den Zeitungsartikeln öfter zur Sprache; die Verschwörer mißtrauten Pasić wegen der Opportunitätspolitik, die er in der letzten Zeit der Obrenoviće befolgte, so sehr, daß er in der ersten Regierung König Peters übergangen wurde.

Pasićs hinterlassenes Buch über die Kriegsschuldfrage.

In der Belgrader „Vreme" vom 14. Dezember 1926 wird mitgeteilt, daß Pasić in den letzten Jahren seines Lebens an seinen Memoiren gearbeitet hat, in denen er hauptsächlich seine eigenen politischen Kämpfe darstellen wollte.

„Indessen vermochte Pasić seinen Plan nur teilweise zu verwirklichen. Aber ein Problem gab es, das den alten Staatsmann in solchem Maße fesselte, daß er es vollständig bis zu Ende bearbeitete. Es ist die Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg. Pasić hat umfangreiches Material über die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg, soweit sie uns betrifft, gesammelt. Dieses Material entnahm er zum Teil dem Außenministerium, zum Teil erhielt er es von manchen unserer Politiker und Gesandten im Ausland, die nicht einmal wußten, weshalb Pasić das von ihnen verlangte. Doch der größte Teil der Daten stammt von Pasić selbst, der sich mit außerordentlicher Genauigkeit auch der kleinsten Details erinnerte.

Sobald er dieses umfangreiche Material beisammen hatte, machte sich Pasić eifrig ans Werk. An seinem Buch über die Schuld am Kriege arbeitete er lange und ausdauernd. Er legte darin die ganze Genesis des österreichisch-serbischen Konflikts, beginnend vom herzegowinischen Aufstand, dar. Mit der größten Genauigkeit sind die Kapitel über das Sarajewoer Attentat bearbeitet.

Pasić sah sein Manuskript wiederholt durch und verbesserte es. Sein Buch über die Kriegsschuld würde ungefähr 7 Druckbogen ausmachen. Dieses Buch war für die Öffentlichkeit bestimmt, aber wegen gewisser später aufgetauchten Einzelheiten schob Pasić die Veröffentlichung auf.

Doch erfolgte der Aufschub nicht etwa wegen nachträglichen Sammelns von Material, denn Pasić erklärte, er sei mit dem Vorgebrachten vollkommen zufrieden, alles sei glaubwürdig und es fehle nichts daran. Ob diese ungewöhnlich interessante Broschüre, die auch in der europäischen Öffentlichkeit das größte Interesse wecken würde, das Licht der Welt erblicken wird?"

In der „Vreme" vom 16. Dezember 1926 berichtet M. Svetovski über einen Besuch im Hause des Verstorbenen und erzählt, daß Pasić in den letzten Tagen seines Lebens an den Korrekturen seines fertigen Buches „Über die Schuld am Weltkrieg" geschrieben habe. „Pasić arbeitete in der letzten Zeit unermüdlich, gegen seine sonstige Gewohnheit sogar bis 11 Uhr nachts. Auf einer kleinen Etagere neben dem Schreibtisch entdecke ich, noch aufgeschlagen, ein Buch „Die Hauptverhandlung gegen Gavrilo Princip". Die ganze Verhandlung ist in cyrillischer Schrift auf der Maschine geschrieben und mit steifem roten Deckel gebunden. Ferner liegt da die Anklageschrift gegen Gavrilo Princip, ein „Vidovdan", in der Ausgabe von Duschan Schijatschki, und einige Zeitschriften."

Ein bemerkenswertes serbisches Urteil in der Kriegsschuldfrage.

Die in Belgrad erscheinende Monatszeitschrift „Buktinja" („Die Fackel"), deren Mitarbeiter sich aus den angesehensten Kreisen der serbischen republikanischen Partei rekrutieren (Ljuba Stonajowitsch, Jascha Prodanowitsch u. a. m.), veröffentlicht in ihrer Oktobernummer einen Aufsatz allgemeinen Inhalts über die Kriegsschuldfrage aus der Feder ihres Herausgebers Milan W. Bogdanowitsch. Es ist das erste Mal, daß von serbischer Seite im Gegensatz zu fast allen früheren Publikationen ein objektiv gehaltener Aufsatz prinzipiellen Inhalts über die Kriegsschuldfrage gebracht wird. Obgleich wir nicht in allem zustimmen, was der Verfasser sagt, weisen wir dennoch auf diesen Aufsatz besonders hin und bringen seine wesentlichsten Stellen im Wortlaut:

„In der letzten Zeit hat sich die gesamte europäische Öffentlichkeit sehr ausführlich mit der Kriegsschuldfrage befaßt. Von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Motiven ist man bestrebt, diese Frage einer Lösung entgegenzuführen. Einerseits

hat diesen, von ihrem Standpunkt ganz berechtigten Wunsch die deutsche Republik, um vor der Geschichte die moralische Verantwortlichkeit für das größte Verbrechen, das die Welt je gesehen hat, von sich abzuweisen. Andererseits gehen die Bestrebungen der pazifistischen Kreise in den einzelnen Ländern dahin, durch Feststellung der Verantwortlichkeit und eventuell durch Sanktionen gegen die Verantwortlichen die Möglichkeit zukünftiger Konflikte und Katastrophen zu erschweren. Und endlich sind es unparteiische Historiker — Gelehrte aus der ganzen Welt, welche beizeiten jetzt schon die genauen Tatbestände, die zum Kriege geführt haben, feststellen wollen, um der Geschichte ein wohlbegründetes Material zu übergeben, damit sie zu gegebener Zeit das letzte Wort in dieser Frage sprechen kann. Eine geistige Elite in Frankreich, England und besonders in den Vereinigten Staaten, Schriftsteller von Rang und Ansehen, scheut sich nicht, nach dieser Richtung hin die kühnsten Vorurteile und Voreingenommenheiten zu verwerfen und mit einer bewundernswerten Aufrichtigkeit, die nicht einmal davor Halt macht, das eigene Vaterland und die eigenen Staatsmänner zu belasten, diese Frage zu erörtern. Sie bringt die Vorgeschichte des Weltkrieges in einem ganz neuen Lichte. Für diese unparteiischen Beobachter erscheint nunmehr der Teufel nicht so schwarz, als er bis jetzt dargestellt worden ist; weder ist die ganze Initiative zum Kriege, noch sind die diplomatischen Intriguen nur von der österreichisch-deutschen Politik ausgegangen, noch hat Kaiser Wilhelm allein den Krieg gewollt. Es werden immer mehr die geheimen Abmachungen der andern Seite aufgedeckt und man kommt immer mehr zu der Feststellung, daß weder England noch das zaristische Rußland, noch Frankreich von allzu großer Friedensliebe beseelt waren. Allerdings wird dadurch nicht allzu sehr die Verantwortlichkeit, welche auf die imperialistischen Gelüste des militaristischen Berlins und Wiens fällt, abgeschwächt, aber es wird dadurch zweifelsohne auch ein wesentlicher Teil der Verantwortlichkeit auf Paris, London und Petersburg abgewälzt. Wenn Kaiser Wilhelm zweifellos den Krieg gewünscht hat, so sind Grey, Poincaré und Sasonow offensichtlich diesem seinem Wunsche entgegengekommen. Es steht heute fest, daß die Regierungen dieser drei Großmächte durch ihre diplomatischen Vertreter mit außerordentlicher Bedachtsamkeit und mit großen Bemühungen in der Öffentlichkeit ihrer Länder eine Kriegsstimmung angefacht haben, und daß sie in der Presse und bei einflußreichen Politikern eine Kriegspartei geschaffen haben. Die

Korrespondenz, welche der russische Botschafter in Paris mit seinem Chef geführt hat, und gewisse „streng vertrauliche" Telegramme von ihm sind in dieser Beziehung absolut überzeugend. Als Beispiel sei nur die heute unzweideutig festgestellte Tatsache angeführt, daß Iswolski vor dem Kriege drei Millionen Francs von seiner Regierung gefordert hat, um einflußreiche französische Blätter und Politiker für die Kriegsidee zu gewinnen.

Diese bedeutsame Kampagne, welche heute in der Weltöffentlichkeit geführt wird, hat auch uns nicht verschont gelassen. Das Attentat von Sarajewo war die unmittelbare Veranlassung zum Kriege. Es ließe sich diskutieren, ob dieses Attentat in Wirklichkeit die Kriegsursache gewesen ist oder ob es nur den günstigen Vorwand geboten hat, Europa in den Krieg zu stürzen. Es wird nicht schwer sein anzunehmen, nach alledem, was dem Kriege vorangegangen ist, daß der Brand auch ohne Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo entstanden wäre. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß alle gerade diese Ermordung zur Veranlassung zum Kriege genommen haben. Und da das Attentat von Sarajewo nach seinen Motiven sich auf den serbischen Nationalismus stützt, so ist der Verdacht aufgetreten, daß dieses Attentat mit Kenntnis der serbischen Regierung erfolgt sei und nach einem Plane, der seine Keime in Petersburg hatte. In dieser Frage wird heute eine heftige Polemik geführt. Gewisse Äußerungen eines hervorragenden serbischen Politikers, der beinahe vollkommen eingestanden hatte, daß Paschitsch von dem bevorstehenden Attentate gewußt habe, haben diesen Verdacht verstärkt. Das Resultat ist, daß heute auf uns als auf den Schuldigen hingewiesen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der ersten Neugruppierung unter den Mächten, welche auch eine Auflösung der sogenannten Entente mit sich führen könnte, die Kriegsverantwortlichkeit zu unseren Ungunsten festgestellt werden könnte. Trotzdem war eine so wichtige Sache wie das Problem der Kriegsverantwortlichkeit nicht imstande, unsere Staatsmänner und unsere öffentliche Meinung aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Unsere kurzsichtige auswärtige Politik sah in der Erörterung dieser Frage keine Gefahr für die serbischen staatlichen und nationalen Interessen. Sie setzte nicht einmal die Möglichkeit einer solchen Gefahr voraus. Unsere öffentliche Meinung beschäftigt sich hauptsächlich mit kleinen Sensationen und übersieht oft die großen Probleme, welche die weite Öffentlichkeit in der übrigen Welt bewegen. So gelangen auch nur ganz wenige Dinge in unsere Öffentlichkeit bezüglich der Kriegsschuldfragen-

diskussion. Indes ist diese Frage außerordentlich wichtig und in jeder Beziehung höchst interessant.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Die Frage der Kriegsschuld ist für unser Land eine unmittelbare Gefahr geworden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unser Volk auch einmal von der Geschichte für den Krieg verantwortlich gemacht wird, wie dies bereits jetzt schon von vielen Seiten geschieht. Ich erachte es für notwendig, mit aller Aufrichtigkeit auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Das Problem der Kriegsverantwortlichkeit ist daher für uns nicht nur von prinzipiellem Interesse, sondern es berührt uns auch unmittelbar. Die Gefahren in moralischer und materieller Beziehung sind offensichtlich sehr groß, aber ich sehe leider nicht, daß unsere Politik sie genügend voraussieht, und anstatt sich veranlaßt zu fühlen, sich vor dieser Gefahr sicherzustellen, verteidigt sie sich mit romantischen schönen Worten, mit süßlichen Versicherungen und Entstellungen. Unsere amtlichen Kreise sind sogar so weit gegangen, allen Ernstes die Welt überzeugen zu wollen, daß das kaiserliche Wien selbst die Ermordung des österreichischen Thronfolgers vorbereitet habe. Weiter versuchen diese Leute, die Politiker von einer Schuld zu befreien, aber das ist nicht der gangbare Weg, daß auch das Volk von einer Kriegsverantwortlichkeit freigesprochen werde. Wenn es eine Kriegsverantwortlichkeit gibt, dann mögen die Politiker zur Verantwortung gezogen werden, aber nicht die Völker. Was Serbien betrifft, so müssen wir selbst untereinander diese Angelegenheit ins Reine bringen. Unsere Geschichte ist von diplomatischen Dunkelheiten erfüllt, es würde uns zu weit führen, dieses Dunkel aufzuhellen, aber es sind Gründe vorhanden, anzunehmen, daß auch unsere äußere Politik diesen Verdunkelungen nicht fernsteht. Betrachten wir genau, ob nicht auch das Attentat von Sarajewo unter dieses System der persönlichen Politik der Intriguen gebracht werden kann. Wenn nicht, um so besser! Wenn aber die Verdachtsmomente begründet sind, wie dies bereits von zwei bis drei zuständigen Stellen angedeutet worden ist, dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Verantwortlichen ausfindig zu machen. Die mittelbaren und unmittelbaren Täter sind zweifellos Opfer ihres Patriotismus gewesen. Das sind Fanatiker der gefährlichen nationalistischen Ideen, und wenn es sich nur um diese handelt, so kann von Schuldigen als solchen nicht gesprochen werden. Aber wenn von den Politikern nur der Patriotismus dieser Leute ausgebeutet worden ist, dann muß man diese Patrioten von den

Politikern scharf unterscheiden, und wenn man zu diesem Resultate gelangt ist, dann muß man auch den Mut haben, vor ein völkerrechtliches Forum zu treten, um ruhigen Gewissens sagen zu können: „Es gibt auch bei uns Schuldige, wie es auch solche in allen anderen Ländern gegeben hat! Stellt vor Euer Gericht Euren Wilhelm, Euren Poincaré, Euren Sasonow und Euren Grey und wir werden auch unseren Paschitsch vor Gericht stellen! Aber die Völker lasset in Frieden!“

Bücherschau.

Bernhardi, Friedrich von, General der Kavallerie a. D.: „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben nach gleichzeitigen Aufzeichnungen und im Lichte der Erinnerung.“ E. S. Mittler & Sohn. Berlin 1927.

In der „Internationalen Rundschau“ vom 5. Juli 1915 wies Professor Ludo Hartmann, der spätere österreichische Gesandte in Berlin, darauf hin, daß General von Bernhardi im Auslande als typischer Vertreter des preußischen Militarismus gelte und als Zeuge für die Anklage vorgeführt werde, daß Deutschland den Krieg planmäßig seit langem betrieben habe. Der Aufsatz schloß mit den treffenden und trefflichen Worten, für die jeder Deutsche dem Professor Hartmann Dank schuldet: „Deutschland hat das Recht, daß es nach seinen Taten und nicht nach den Theorien des Herrn von Bernhardi beurteilt wird.“

In seinen soeben erschienenen Memoiren stellt General von Bernhardi mit Befriedigung fest, daß sein im Jahre 1911 erschienenes Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ ungeheures Aufsehen erregt hätte, daß es in fast alle Kultursprachen übersetzt wurde, und daß es seinen Namen in der ganzen Welt bekanntgemacht hätte. „Überall, schon während der Weltreise, wurde ich darauf angeredet; nur in Deutschland nicht, obgleich sich auch das Auswärtige Amt mit dem Buche beschäftigt hatte, und es — wie mir glaubwürdig erzählt wurde — hatte unterdrücken wollen. Es übte eine, wenn auch indirekte, so doch scharfe Kritik an unserer damaligen Politik.“ Und zwei Seiten später schreibt er: „Daß es mir nicht gelingen würde, die Nation zum Verständnis ihrer wahren Lage zu erwecken, daß sie in ihrem unseligen Schlafe verharren, daß dagegen das Ausland sich meines Buches bemächtigen und daraus Waffen schmieden würde, konnte ich nicht voraussehen.“

Auch die Gegner Friedrichs von Bernhardi müssen anerkennen, daß dieser Mann von einer rücksichtslosen Offenheit ist, daß er alles, was er denkt und fühlt, unbekümmert um die Folgen ausspricht und niederschreibt. Diese beiden Zitate beweisen einmal, daß das Auswärtige Amt mit den Gedankengängen des Buches durchaus nicht einverstanden war, und dann, daß das Buch im deutschen Volke wenig Beachtung und noch

weniger Widerhall gefunden hat. „Eine tiefe Kluft hat sich aufgetan zwischen dem Empfinden der Nation und dem diplomatischen Vorgehen der Regierung", hatte General von Bernhardi im Vorwort zur 1. Auflage von „Deutschland und der nächste Krieg" geschrieben. Kaum war das Buch erschienen, so mußte er wahrnehmen, daß er die „Nation" falsch eingeschätzt hatte, daß das unpolitische, friedliebende deutsche Volk für solche militärpolitischen Betrachtungen, oder — um mit Ludo Hartmann zu sprechen — für solche „Theorien" wenig Verständnis zeigte. „Das Buch bleibt eine ewige Anklage gegen das deutsche Volk. Niemals kann es in Zukunft behaupten, nicht rechtzeitig gewarnt und zur Tatkraft aufgerufen zu sein" grollt Bernhardi in seinen Denkwürdigkeiten.

Gerade in Frankreich, dem Lande des glühenden Patriotismus und der mit dröhnendem Pathos vorgetragenen Phrase, müßte man Verständnis dafür aufbringen können, wenn ein alter, verdienter General, erfüllt von Vaterlandsliebe und bedrückt durch schwere Sorgen um die Zukunft seines Volkes, mit zündenden Worten seine Volksgenossen warnen und aufrütteln will, wenn er dabei zuweilen starke Ausdrücke gebraucht, wenn er vielleicht auch einmal nicht alltägliche Ideen äußert. „Au service de la France" lautet in Frankreich in solch einem Falle die große patriotische Devise, die alles entschuldigt und erklärt. Zu deutsch heißt das „Im Dienste des Vaterlandes!"

Im Dienste des Vaterlandes hat General von Bernhardi seine warnende Stimme erhoben. Das sollten auch die Deutschen nicht vergessen, die aus parteipolitischen Gründen in die Klagen des Auslandes einstimmen und den General von Bernhardi und den „Militarismus" als die „Kriegshetzer" und damit als die Kriegsschuldigen bezeichnen.

Das Eine ist sicher: Der Einfluß des Generals von Bernhardi in der Armee und auf die Armee ist bei weitem nicht so groß gewesen, wie das Ausland und einige Kreise des Inlandes sich den Anschein geben zu glauben. An dieser Tatsache ändert auch nichts, wenn General von Bernhardi im Vorwort zu seinen Denkwürdigkeiten schreibt: „Ich kann wohl behaupten, daß meine Tätigkeit charakteristisch für sie (die Armee) und ihre Bestrebungen war." General von Bernhardi irrte auch in diesem Punkte: er war in der Armee eine Art Außenseiter. Das geht schon daraus hervor, daß er über 30 Jahre, von 1874 bis 1906, in einer rein militärischen Frage, der Organisation und Ausbildung der Kavallerie, in Wort und Schrift gekämpft hat, um seine Anschauungen durchzusetzen. Diese drei Jahrzehnte lang ist er mit seinen Ansichten gegen den Strom geschwommen. Er hat seine Ideen in seiner temperamentvollen Art vertreten und hat sich dadurch mehr Gegner wie Freunde geschaffen. Gerade dort, wo der Nachwuchs für den Generalstab ausgebildet wurde, auf der Kriegsakademie, und auch im Generalstabe selbst mußte man sich sehr hüten, die Bernhardischen Ideen nachzusprechen.

Der Prophet gilt eben nichts in seinem Vaterlande. Als Prophet, als Warner hat sich Friedrich von Bernhardi gefühlt von dem Augenblicke an, als er im Jahre 1890 seine erste militärpolitische Studie unter dem Titel „Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat" allerdings anonym erscheinen ließ. In dieser Broschüre legte er dar, daß ihm ein Krieg gegen Frankreich und Rußland unvermeidlich schiene, daß die Macht dieser beiden Gegner sich von Jahr zu Jahr vergrößere, und daß damit die Wahrscheinlichkeit unseres Sieges abnähme. ‚Ich hielt es daher für nötig, daß wir den Kampf beginnen müßten, solange noch die

Wahrscheinlichkeit des Sieges vorhanden wäre. In der Friedenspolitik, die wir führten, sah ich die Wurzel alles Übels. Ich forderte also vermehrte Waffenrüstung und, solange wir noch die Wahrscheinlichkeit des Sieges hätten, wenn nötig, den Krieg, der doch nicht zu vermeiden wäre." In diesem Zusammenhange bekennt sich Bernhardi auch als unbedingten Anhänger des Präventivkrieges.

Dieselben Gedanken, nur dringlicher und ausführlicher und in erweiterter Form führt General von Bernhardi in dem Buche „Deutschland und der nächste Krieg" aus. War doch mittlerweile die Gefahr immer größer und offensichtlicher geworden, daß auch England an Frankreichs und Rußlands Seite treten würde. Neben „das Recht am Kriege" stellt Bernhardi „die Pflicht zum Kriege", und er weist aus der Geschichte nach, daß es zu allen Zeiten Staatsmänner gegeben hat, die von beiden, dem Recht und der Pflicht, überzeugt waren und die nach dieser Überzeugung gehandelt haben. Die „Pflicht zum Kriege" bedeutet aber die Berechtigung des Präventivkrieges!

General von Bernhardi hat die Notwendigkeit des Präventivkrieges verkündet. Auf die deutsche Regierung, d. h. den Kaiser, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt hat er damit nur keinen Eindruck gemacht, und er hat auf ihre Entschließungen nicht den geringsten Einfluß gewonnen. Andauernd kritisiert er die Reichsregierung wegen ihrer „Friedenspolitik", das Kriegsministerium und den Reichstag wegen der mangelhaften und lässigen Kriegsvorbereitungen.

Und der Generalstab? Wie gering der Einfluß des Generals von Bernhardi im Generalstab war, ist schon oben erwähnt worden. Bismarck schreibt am Schluß des 22. Kapitels seiner „Gedanken und Erinnerungen": „Es ist natürlich, daß in dem Generalstabe der Armee nicht nur jüngere, strebsame Offiziere, sondern auch erfahrene Strategen (er meinte hiermit den Generalstabschef, Generalfeldmarschall Graf Moltke) das Bedürfnis haben, die Tüchtigkeit der von ihnen geleiteten Truppen und die eigene Befähigung zu dieser Leitung zu verwerten und in der Geschichte zur Anschauung zu bringen. Es wäre zu bedauern, wenn diese Wirkung kriegerischen Geistes in der Armee nicht stattfände. Die Aufgabe, das Ergebnis desselben in den Schranken zu halten, auf welche das Friedensbedürfnis der Völker berechtigten Anspruch hat, liegt den politischen, nicht den militärischen Spitzen des Staates ob."

Die „militärische Spitze" im Sinne des Bismarck-Wortes war in den Jahren 1906 bis 1914 der General Helmuth von Moltke, der Neffe des großen Feldherrn, ein vornehm denkender Mann, aber weder nach Fähigkeiten noch Charakter ein „Feldherr". Als ihm der Kaiser im Jahre 1905 den Posten des Chefs des Generalstabes der Armee anbot, entgegnete der General: „Wie ich mich als Chef des Generalstabes im Falle eines Feldzuges bewähren würde, weiß ich nicht. Ich beurteile mich selber sehr kritisch." Er war vom Gefühl seiner Unzulänglichkeit so tief durchdrungen, daß er auf der großen Generalstabsreise 1912 die Aussichten auf Erfolg in einem Zukunftskriege dem General von Freytag gegenüber mit den Worten abstritt: „Glauben Sie mir, viele Hunde sind des Hasen Tod." Sein Streben war nicht auf kriegerischen Ruhm gerichtet. Er glaubte schon, „nicht umsonst gelebt zu haben", wenn es ihm gelänge, ein Kaisermanöver so anzulegen und durchzuführen, daß es keine Unnatürlichkeiten aufwies.

Im Juli 1914 war General von Moltke ein kranker Mann. Schwerer als je lastete auf seinen Schultern das Gefühl der Verantwortung. In einer Denkschrift Moltkes, die am 28. Juli dem Kaiser, tags darauf dem Reichskanzler vorgelegt wurde, heißt es: „Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen." Als die Kriegserklärung an Rußland abgeschickt war, fuhren er und der Kriegsminister, General von Falkenhayn, ins Auswärtige Amt, „um die törichte Kriegserklärung gegen Rußland rückgängig zu machen". Und dieser kranke, zaghafte, weiche Mann, der durchaus nicht „das Bedürfnis hatte, die eigene Fähigkeit zur Leitung der Truppen zu verwerten", sollte den „Theorien" des Generals von Bernhardi erlegen sein und den Krieg als Präventivkrieg geplant und vorbereitet haben?

Soweit reichte der Einfluß des Generals von Bernhardi nicht, den General von Moltke auf der Großen Generalstabsreise 1912 bei einem Gespräch mit General von Freytag über das Buch „Deutschland und der nächste Krieg" in meiner Gegenwart einen „vollkommenen Phantasten" nannte. Deshalb möge man im Auslande und im Inland aufhören, dem General von Bernhardi und damit dem deutschen „Militarismus" die Schuld an dem Kriege aufzubürden.

Hugo Kaupisch.

Gerber, Dr. Hans, Privatdozent an der Universität Marburg: „Die Beschränkung der deutschen Souveränität nach dem Vertrage von Versailles." Heft 20 der Sammlung „Völkerrechtsfragen", herausgegeben von Heinrich Pohl und Max Wenzel. Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung. Berlin 1927 (84 Seiten).

Wenn diese Zeitschrift in erster Linie das praktisch-politische Ziel verfolgt, auf die Kriegsschuldfrage die richtige Antwort zu finden und dieser zum Siege zu verhelfen, so werden ihre Leser unter ganz bestimmtem, unter politischem Sehwinkel an dem hier zur Besprechung stehenden Buche interessiert sein. An den einführenden und notwendigen Bemerkungen über den Begriff der Souveränität werden sie weniger Anteil nehmen. Eine Betrachtung dieser wie anderer rechtswissenschaftlicher Ausführungen — so interessant sie sind — darf darum hier zurückgestellt werden. Es genüge zu sagen, daß Gerber den Begriff der Souveränität gleichsam auflöst in die Begriffe der völkerrechtlichen Rechts- und Geschäftsfähigkeit. Der Leser dieser Zeitschrift wird davon ausgehen, daß Deutschlands Aktionsfreiheit durch den Versailler Vertrag in ungewöhnlich weitem Maße eingeschnürt worden ist, und es wird ihm daran liegen, in zuverlässiger Weise zu erfahren und zusammengestellt zu finden, worin diese Einschnürungen bestehen, auf welchen Gebieten und nach welchen Richtungen sie stattfinden, um ein Bild davon zu gewinnen, wohin unsere Anstrengungen gehen müssen, wo sie einzusetzen haben und wie den Einschnürungen zu begegnen ist, damit unser Gemeinwesen wieder normal aktionsfähig, wieder „souverän" werden kann. Wer mit dieser Erwartung an das Buch herantritt, wird nicht enttäuscht werden. Messend an den beiden Grundunterscheidungen der „beschränkten Rechtsfähigkeit" und der „beschränkten Geschäftsfähigkeit" bespricht Gerber

A. 1. das Friedensdiktat,
2. das Herausschneiden Deutschlands aus seinen internationalen Beziehungen,
3. Deutschlands Ausschluß aus dem Völkerbund,
4. die Mißachtung der deutschen Volksindividualität (die Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs, die Sicherheitsfrage usw.),
5. die deutschen Rüstungsbeschränkungen,
6. die Beschränkung der deutschen Wirtschaft.

B. 1. Die Zerstörung des normalen Staatszustandes Deutschlands durch künstliche Überschuldung infolge der Reparationen,
2. die ursprüngliche Beschränkung der deutschen Souveränität durch das Verfahren zur Tilgung der Reparationen nach dem „Friedensvertrage" (Frage der Schuldsumme, der Tilgungsarten, der Tilgungsmittel wie Verpfändung des Rheinlandes usw.),
3. die endgültige Vormundschaft durch die Londoner Vereinbarungen von 1924 (die Maschinen des Dawes-Planes).

Alle diese Punkte werden nur allgemein charakterisiert. So begreiflich dies bei dem Umfange der Schrift ist, so würde eine 2. Aufl. doch durch nähere Nachweise und Begründungen gewinnen. Wirkungsvolle Schlaglichter würden sich z. B. unter Benutzung der letzten Schrift Josef Partsch' mit dem Titel „Der französische Vorentwurf zum Vertrage von Versailles" werfen lassen (Archiv der Friedensverträge II, 1926). Solche Untermauerung würde sich um so mehr empfehlen, als die Beurteilungen Gerbers in weitgehendem Maße politisch — von Gerber selbst gelegentlich bemerkt, so S. 50 — sind, u. E. für eine wissenschaftliche Schrift in zu weitgehendem Maße. Es liegt in der Natur der Sache, daß nicht jeder diesen Beurteilungen immer folgen kann, so nicht in der Beurteilung des „Werkes von Locarno". Gerbers Beurteilung entspringt hier — wie auch sonst häufig — im wesentlichen jener pessimistischen Anschauung, welche die Deutschnationale Volkspartei seinerzeit zum Austritt aus der Regierung bewog. Sie ist insofern wesentlich einseitig, getragen von der Überzeugung, daß das Staatenleben stationär und vor allem von einem Entweder—Oder beherrscht sei. Als „Leitsatz für alle Politik, vor allem für die auswärtige", gilt ihm ein Wort Bismarcks: „Ein Monarch kann ohne einiges Mißtrauen erfahrungsgemäß nicht fertig werden" (S. 82). Doch ist das Staatenleben labil und nicht vom Entweder—Oder beherrscht, sondern trägt ein Sowohl—Alsauch in sich, wie jedes Leben. Auch richtig ist jenes Wort Wilhelm von Humboldts vom Wiener Kongreß (!) (3. November 1814) an seine Freundin Charlotte: „Glauben Sie mir, liebe Charlotte, — — der Mensch traut nie dem Menschen genug." Dem „Werke von Locarno" wird nicht jene pessimistische Beurteilung allein gerecht, aus der heraus Gerber von der „heuchlerischen Phrase vom Geiste von Locarno" spricht (S. 82) [1] — auch nicht unter den Gesichtspunkten der Schrift Gerbers selbst. Es liegen auch gegenteilige Momente darin. Sie haben bewirkt, daß, wenigstens einstweilen, die Rivalitäten am Rhein zum Stehen gekommen sind, mögen dem auch Begebenheiten wie das

[1]) Vgl. Kraus, Auswirkungen von Locarno, D. J. Z., 1927, Sp. 117, auch z. B. das sog. Koblenzer Befriedungsabk. v. 10. 9. 1926.

„Landauer Urteil" aufs äußerste entgegenwirken (für das übrigens nicht die französische Politik als solche unmittelbar verantwortlich ist). Entsprechendes gilt für die Ottomanisierung Europas durch die Dawes-Vereinbarungen u. a. m. Allerdings, weitestgehende „Beschränkungen der deutschen Souveränität" liegen darin.

Vermögen wir in solchen Dingen dem Verfasser nicht restlos zu folgen, so hat dieser doch unsere uneingeschränkte Zustimmung, wenn er der Kriegsschuldfrage für die betrachteten Zusammenhänge eine zentrale Bedeutung zuschreibt (bes. S. 45 u. 68). Gerber schreibt (S. 68): „Wir sind schlechterdings nicht mehr (nach London 1924 und Locarno) in der Lage, die Kriegsschuldfrage anders als akademisch zu behandeln." Es wird interessant sein, das Schicksal des von der gegenteiligen Anschauung getragenen Antrages von Freytag-Loringhoven[2]) zu verfolgen. Auch steht es außer aller Frage, daß die behandelten „Beschränkungen der deutschen Souveränität" dem deutschen Staatsgefühl schlechterdings unerträglich sind und Richtungen bezeichnen, in die die Anstrengungen unserer Staatsleitung in den nächsten Jahren zu gehen haben. Zu begrüßen ist darum die einheitliche Zusammenstellung. Am lebhaftesten stimmen wir aber dem Verfasser zu, wenn er im Schlußabschnitt fordert, daß unser Volk „zuerst einmal als Volkspersönlichkeit in der Gesinnung souverän" werde.

Es wäre zu wünschen, daß einer etwaigen zweiten Auflage ein ausführliches Schlagwortregister beigegeben würde.

Wolgast.

„Verax": „Truth. A path to justice and reconciliation." Cecil Palmer, London, 1926.

A l'article 9 des conclusions de l'auteur il est dit: „L'Allemagne a contribué à causer la guerre en construisant une flotte rivale de celle d l'Angleterre". Rivale ne parait pas le mot exact. En 1912 le gouvernement allemand s'était déclaré prêt à ne pas augmenter sa flotte, si l'Angleterre s'engageait à observer une neutralité bienveillante au cas où une guerre serait imposée à l'Allemagne. Même après que le refus de l'Angleterre de prendre cet engagement eut amené l'échec des négociations, le ministre de la marine Tirpitz déclara que l'Allemagne se contenterait, pour les grands vaisseaux, de la proportion 10 contre 16.

Ce qu'il faut se demander, c'est si l'Allemagne avait de justes raisons d'augmenter sa flotte. Dans La mobilisation des consciences j'ai écrit à ce sujet: „Pour se procurer le supplément de nourriture nécessité par l'accroissement sa population, passée depuis 1870 de 40 à 68 millions d'âmes, l'Allemagne s'était faite industrielle. La plus grande partie du commerce auquel donnait lieu cet échange de produits manufacturés contre des produits alimentaires et des matières premières s'effectuant par mer, elle contestait à l'Angleterre le droit de dominer la mer, qui était devenue aussi indispensable à son existence qu'à l'Angleterre elle-même". On peut regretter pour la paix du monde que l'Allemagne n'ait pas compris qu'il lui fallait avant tout conserver l'amitié de l'Angleterre. Mais on ne peut lui attribuer une responsabilité formelle dans la guerre

[2]) Siehe S. 67 Heft 1, Jg. 1927 dieser Zeitschrift.

pour n'avoir pas voulu laisser ses intérêts vitaux dans la dépendance d'une puissance qui s'était rangée du côté de ses adversaires, et où une partie de la presse avait pris comme mot d'ordre *Delenda Germania*. N'estce pas surtout la marine anglaise qui a gagné la guerre par le blocus, d'ailleurs en violation du droit des gens, donc amené l'effondrement de l'Allemagne? L'Angleterre n'avait-elle pas déclaré la guerre à l'Allemagne sans autre raison que de l'abattre, la violation de la neutralité belge n'ayant été que le prétexte escompté? L'Allemagne avait donc raison de craindre l'Angleterre alors que l'Angleterre n'en avait aucune de craindre l'Allemagne, du moins à mon humble avis. „Elle croyait, dit l'auteur au cours du volume, que l'Allemagne voulait lui prendre ses colonies". Mais c'est elle qui à dépouillé l'Allemagne des siennes.

Si on accuse l'Allemagne d'être responsable de la guerre pour avoir voulu augmenter sa flotte, il faut en accuser d'avantage encore l'Angleterre qui affichait publiquement la volonté d'avoir toujours une flotte supérieure à celles des deux autres plus fortes puissances navales. Qu'eût-on dit si l'Allemagne, en raison de sa situation au centre de l'Europe, de son manque de frontières naturelles, avait affiché la volonté d'avoir une armée toujours supérieure à celles des deux plus fortes armées du continent? L'Angleterre s'y serait opposée la première, puisque sa politique de maîtrise des mers a pour corollaire qu'il n'y ait pas de puissance maîtresse du continent.

Au même article 9 il est aussi reproché „au Kaiser d'avoir tenu des discours ampoulés, et à certains personnages politiques et militaires allemands leur attitude agressive". Bien. Mais on pourrait faire, j'en ai montré des exemples dans le livre précité, le même reproche à des personnages français, anglais et russes. Ces rodomontades, poursuit l'article 9, „poussèrent les politiques anglais à lier leur destin à celui de la France et de la Russie". Non, ce ne doit pas être pour des raisons aussi futiles que les hommes d'état anglais, connus pour leur esprit pratique, prirent une détermination aussi grave. Ce qui inquiéta l'Angleterre, ce fut la vitalité exubérante de l'Allemagne, ce fut la vertigineuse ascension de sa prospérité pendant les vingt années qui précédèrent la guerre, et en avaient fait de beaucoup la première puissance du continent. Ici il faudrait des chiffres. Je rappelerai seulement qu'en France même, avant la guerre, un personnage aussi important que M. Tardieu, dans son livre La France et les alliances, attribuait le revirement de la politique anglaise à l'inattendu et prodigieux essor de l'Allemagne. Et il n'était pas le seul.

Je ne voudrais pas m'exposer au reproche de soutenir l'ex-empereur d'Allemagne de parti-pris. Quelle raison en aurais-je, grands Dieux! Je suis presqu'un rouge. Mais je ne puis souscrire au jugement de Verax „que ce souverain fut l'étoile fatale de l'Allemagne, et que s'il n'avait pas été sur le trône la guerre aurait pu être évitée". L'auteur reconnaît lui-même qu'il a laissé passer telle et telle occasion favorable de la faire, et qu'il ne la voulait pas d'avantage en 1914. Alors où est sa responsabilité? On nous dit qu'il était antipathique à Edouard VII. Si cette antipathie a été une des causes de la guerre, c'est Edouard VII qui serait criminel. Et puis il faudrait savoir si les différences de caractère et de moeurs des deux souverains étaient au seul avantage de l'anglais.

Le livre étant particulièrement destiné aux peuples de langue anglaise, il conviendrait de faire ressortir dans les Conclusions que le gouvernement anglais s'est fait le complice des mensonges et des faux par lesquels le Livre diplomatique français, ainsi que je viens de l'exposer dans L'Evangile du Quai d'Orsay, a fait croire au peuple anglais que la guerre avait été causée par l'agression improvisé de l'Allemagne contre la Russie et la France. Dans leurs mémoires, Grey et surtout Asquith continuent à tromper sur ce point capital leurs compatriotes.

En 1919 Richard Lee publia une excellente petite brochure: What everyone should know about the war. Un chapitre est intitulé: Who won the War? Truth aurait dû examiner cette question, car elle ne peut être passée sous silence dans une histoire vraie de la guerre. Nos généraux disent que c'est eux. Je ne discute pas leur stratégie: ne sutor ultra crepidam. Mais c'est un fait que s'ils ont fait reculer les Allemands à partir de juillet 1918, ils s'en étaient montrés pendant quatre ans complètement incapables. On est donc amené à passer que ce n'est pas leur génie qui décida de l'issue de la guerre, mais le blocus qui affamait et désarmait l'Allemagne, l'intervention américaine qui la démoralisa, et les quatorze points de Wilson qui lui firent espérer une paix des peuples. D'ailleurs, quand on a eu besoin du monde entier pour gagner une guerre, on doit se montrer modeste.

Les Conclusions ne parlent pas de la question dite „des atrocités". Cependant elle tient dans le livre une place égale à celle des responsabilitées. A juste titre, car elle a tenu la même place dans l'infâme propagande de haine des Alliés. Il aurait été bon de rappeler d'un mot dans les Conclusions ce qui ressort du livre, à savoir que les principales accusations d'atrocités portées contre les Allemands étaient fausses, et que les Alliés en ont commis de fameuses. A l'appui de ce qui est dit de l'occupation de la Rhénanie par des troupes de couleur, on peut citer ce propos du général de Torcy, relaté dans les Carnets de Georges Louis à la date du 3 Septembre 1912: „Employer les noirs dans une guerre européenne, c'est impossible; ce sont des sauvages qui nous déshonoreraient. Ils sont tous atteints de priapisme, et n'épargneraient pas une femme. Au Maroc on ne les contient qu'en les laissant amener des femmes de chez eux; ils en ont 120 pour 500 hommes".

Enfin on aurait aimé que les Conclusions se terminassent par une malédiction solennelle de tous les mensonges à la réfutation desquels le livre est consacré. C'est eux qui symbolisent cette guerre. Historiquement elle ne se distingue en rien des autres guerres de coalition qui ont ensanglanté l'Europe et ses colonies depuis quatre siècles. Elle leur ressemble au contraire comme une soeur, ne serait-ce que parce que l'Angleterre en a été, comme toujours, l'âme. On s'est battu pour Constantinople, pour le Rhin, pour la maîtrise des mers. Est-ce que c'est nouveau? Ce qui fut nouveau, ce fut la perfidie avec laquelle les puissances de l'Entente déguisèrent leurs buts égoïstes sous le prétendu devoir de sauver le droit, la liberté et la civilisation de la barbarie allemande, et accumulèrent, pour le faire croire, les mensonges les plus stupides et les plus vils qu'on ait jamais vus. Ce qui fut surtout ignoble, ce fut de voir

l'élite intellectuelle, les princes des journaux, des lettres, des universités se faire presqu'unanimement les inlassables colporteurs de ces ordures.

Ces observations faites, je salue avec joie et reconnaissance la publication de ce livre dont j'approuve entièrement l'esprit et le but. Il n'apprendra rien, dit modestement l'auteur, aux hommes d'étude. Peut-être. Mais il encouragera ceux qui se sont proposé la vérité pour but, en leur montrant qu'elle se répand. Il faut surtout se féliciter de voir cette oeuvre de vulgarisation destinée aux pays de langue anglaise. Leur influence est dominante, et la conscience de la grande injustice s'y éveille plus qu'ailleures. C'est d'eux que viendra la réparation, si elle vient. Puisse donc ce livre y recevoir la plus large diffusion!

G. Demartial.

Unterstützen Sie unsere Bestrebungen durch ein Inserat
in der Zeitschrift

„Die Kriegsschuldfrage".

Anzeigenbedingungen durch den Verlag der
Zeitschrift, Berlin NW 6, Fernsprecher Norden 5836.

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift
„Die Kriegsschuldfrage"
Bezug zu nehmen.

Der Verlag.

WINTERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt.

Baden-Baden

Das berühmte Heilbad im Schwarzwald
Gegen Gicht, Rheumatismus und Katarrhe

Mildes Klima, ganzjähriger Betrieb. Tägl. Konzerte und Theatervorstellungen
Auskunft durch das Städtische Verkehrsamt Baden-Baden, Augustaplatz 1

Bad Homburg

Das Bad für Magen-, Darm- und Stoffwechsel-Leidende

Neustadt im Schwarzwald

850—1200 m ü. M.

Schönster Höhenluftkurort und Wintersportplatz des Hochschwarzwaldes * Auskunft: Kurverein Telephon 145

Bad Reichenhall

das schönste Alpenbad, ist auch im Winter offen

Kuren für Asthma und Emphysem und alle Erkrankungen der Atmungsorgane. * Wintersport. * Prospekte versendet kostenlos der Kurverein

Schierke

der alpine Luftkurort und Wintersportplatz im Harz

650—1142 m ü. M. am Fuße des Brocken

Bobsleigh, Rodel- u. Eisbahnen * Skigelände u. Sprungschanze

Vom 18. Dezember bis zum 15. Februar fährt die Brockenbahn bis Bahnhof Schierke. * Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung Verkehrsamt der Gemeinde Schierke im Harz * Fernsprecher 50

Todtmoos

800—1200 m ü. M.

Südlicher Bad. Schwarzwald * Klimatischer Höhenkurort

Auskunft Kurverein

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.– / Gebunden Mk. 5.–

*

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.

Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.

Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.

Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden"

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Beiträge zur Schuldfrage
Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

Soeben erscheint das fünfte Heft

DAS FRANZÖSISCHE GELBBUCH von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

MIT EINEM VORWORT
VON ALFRED VON WEGERER

Die Aufgabe des neuen Französischen Gelbbuches von 1914, mit den von deutscher Seite festgestellten Verbesserungen und Ergänzungen, besteht darin, den an der Klärung der Kriegsursachen Interessierten in aller Welt zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Forderung nach endlicher Erschließung auch der französischen Archive zu erheben. Nachdem die Regierungen Deutschlands, Österreichs, Rußlands und jetzt auch die Englische Regierung ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann und darf die Französische Regierung mit der Bekanntgabe ihres Aktenmaterials nicht länger zögern, wenn sie nicht den Verdacht auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, durch welche die Französische Regierung von 1914 in ärgster Weise kompromittiert werden könnte.
Wenn mit Locarno ein neuer Geist unter den westeuropäischen Völkern eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnung der bisher noch verschlossen gebliebenen Archive den mit Worten hinreichend bezeugten guten Willen auch durch die Tat zu beweisen; denn jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruht, muß und wird über kurz oder lang hilflos in sich zusammenbrechen.

In Pappe gebunden **M. 9.—**; in Ganzleinen **M. 12.—**; in Halbleder **M. 14.—**

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

100 Rasierklingen
5,80 Mark franko
Nichtgefall.: Geld zurück!
Fa. v. Münchhausen
Wesermünde-Lehe

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Zur Frage der rechtlichen Beurteilung des Versailler Vertrages

Friedrich Ritter von Wiesner.

Bei meinen Arbeiten auf dem Gebiet der „Kriegsschuld" stoße ich seit Jahren auf die Frage, wie die Friedensverträge in rechtlicher Beziehung zu beurteilen sind. Ich habe mir darüber wohl eine Ansicht gebildet, war jedoch bisher nicht in der Lage, sie an der Hand der Auffassung berufenerer Kenner des Völkerrechts zu überprüfen und eventuell richtigzustellen, da ich in der Literatur, soweit sie mir zugänglich war, keine Arbeiten über diesen Gegenstand zu finden vermochte. Von einer Veröffentlichung meiner Auffassung habe ich bisher abgesehen, weil ich erwartete, daß diese Frage doch bald von autoritativer Seite behandelt werden würde, dies um so mehr, als die öffentliche Meinung darüber ein Urteil hat, das immerhin einer Kontrolle bedürfte, und da es mir für die Bearbeitung der Kriegsschuldfrage von Bedeutung zu sein scheint, in diesem Punkte Klarheit zu besitzen. In dieser Erwartung sehe ich mich aber auch heute noch getäuscht. Jetzt, wo die großen und wichtigsten Aktenpublikationen abgeschlossen vorliegen und so die Erforschung der Kriegsursachen in ein neues Stadium tritt, will es mir scheinen, daß mit der Erörterung der Rechtsfrage nicht länger gezögert werden sollte, da deren Klärung schon für die Fragestellung, für die Richtung der Untersuchungen und für deren Methodik nicht gleichgültig ist. Ich möchte daher mit diesen Zeilen die Anregung zu deren eingehender Bearbeitung geben. Wenn ich in Folgendem meiner Ansicht in knapper Form unter Verzicht auf eingehende Begründung Ausdruck verleihe, so geschieht dies in der Absicht, die Diskussion in Fluß zu bringen.

Zur Zeit des Ausbruchs des Weltkrieges war im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Rußland, Frankreich, England und Serbien andererseits das Recht zur Kriegführung weder durch das allgemeine Völkerrecht noch durch zwischenstaatliche Verträge beschränkt. Eine Schadenersatzpflicht aus Kriegshandlungen bestand nur in dem engen Rahmen spezieller vertraglicher Abmachungen, insbesondere des Haager Landkriegsreglements und der Londoner Deklaration über das Seekriegsrecht.

Diese Rechtslage wurde in den Friedensverträgen von Versailles, St. Germain und Trianon ex tunc einer Novation

unterzogen. Art. 231 des Vertrages von Versailles und die analogen Stipulationen der Verträge von St. Germain und Trianon schufen für diesen Komplex von Rechtsfragen eine auf den Kriegsbeginn r ü c k w i r k e n d e neue Regelung. Gegen diesen Vorgang wäre prinzipiell, insoweit er dem Vertragswillen der Parteien entsprach, kein Einwand zu erheben.

Diese Regelung erfolgte derart, daß mit der zitierten Vertragsbestimmung in ziemlich unklarer Formulierung 1. eine zwischen den Parteien geltende und nur auf den speziellen Kriegsfall anwendbare N o r m geschaffen wurde und daß 2. gleichzeitig die A n w e n d u n g d i e s e r N o r m erfolgte, und zwar in der Weise, daß der von den Alliierten und Assoziierten aus der unter 1 genannten Norm abgeleitete Rechtsanspruch von Deutschland, Österreich und Ungarn anerkannt wurde. Dieses A n e r k e n n t n i s erfolgte jedoch nicht unbedingt und unmotiviert, ja betonte auch den Kausalzusammenhang zwischen Schaden und Ersatzpflicht durch die Worte „als Urheber" („pour les avoir causés"). Zerlegt man den zitierten Artikel 231 (ich spreche in der Folge der Einfachheit halber nur von diesem; mutatis mutandis gilt für die beiden anderen Verträge das gleiche) in seine logischen Teile, dann lautet die Vertragsbestimmung wie folgt, wobei Auslegungen und Ergänzungen unvermeidlich sind:

1. In dem Kriege zwischen den Alliierten und Assoziierten einerseits, Deutschland und seinen Verbündeten andererseits wird jener Teil, der dem anderen Teile den Krieg durch Angriff aufgezwungen hat, für die der Gegenseite und deren Staatsangehörigkeit aus dem Kriege erwachsenen Verluste und Schäden verantwortlich sein, deren Urheber er ist. (Hierzu sei nur bemerkt, daß die Norm nicht die Haftung für a l l e Verluste und Schäden aussprechen konnte, wenn sie die Haftung mit der Urheberschaft verknüpfte, da dies ein innerer Widerspruch gewesen wäre.)

2. Gemäß des von den Alliierten und Assoziierten erhobenen Anspruchs erkennt Deutschland an, mit seinen Verbündeten:

a) den Alliierten und Assoziierten den Krieg durch den Angriff aufgezwungen zu haben und

b) Urheber aller Schäden und Verluste zu sein, die den Alliierten und Assoziierten sowie deren Staatsangehörigen aus dem Kriege erwachsen sind.

3. Der vereinbarten Norm entsprechend, erkennt Deutschland somit an, mit seinen Verbündeten für alle Verluste und Schäden

verantwortlich zu sein, die den Alliierten und Assoziierten sowie deren Staatsangehörigen aus dem Kriege erwachsen sind.

Nur aus diesem Denkvorgang, der im zitierten Artikel enthalten, aber nicht deutlich ausgesprochen ist, konnte als Ergebnis der Artikel 231 entstehen. Die Ersatzpflicht überhaupt hing also davon ab, ob eine der Gruppen („Alliierte und Assoziierte" einerseits oder „Deutschland und seine Verbündeten" andererseits) durch ihr Handeln allein der anderen Gruppe den Krieg aufgezwungen hat, so daß also die Ersatzpflicht a priori ausgeschlossen war, wenn der Kriegsausbruch auch noch durch eine oder mehrere andere Ursachen bedingt war, die nicht im Angriffs- und Aufzwingungswillen der ersteren Gruppe lagen. Stand aber die Ersatzpflicht prinzipiell fest, dann war sie nach ihrem Umfange beschränkt, da nur jene Verluste und Schäden zu verantworten waren, deren Urheber ein Mitglied der ersatzpflichtigen Gruppe war. Das sind die Konsequenzen dieser Formulierung, die meines Wissens ein Unikum darstellt.

Das von den Alliierten und Assoziierten Deutschland gegenüber beanspruchte Anerkenntnis sollte, abgesehen von dem darin liegenden Bekenntnisse der alleinigen Kriegsschuld, auch noch in der Entschädigungsfrage den Zustand herstellen, als ob der ganze Artikel 231 gelautet hätte:

„Deutschland und seine Verbündeten werden alle Verluste und Schäden ersetzen, welche die Alliierten und Assoziierten sowie deren Staatsangehörige infolge des Krieges erlitten haben."

Das wäre die Formulierung gewesen, wie sie im Laufe der letzten 100 Jahre üblich war. Hätte Artikel 231 des Versailler Vertrages diese oder eine ähnliche von allen Motivierungen und Kausalzusammenhängen losgelöste Fassung erhalten, dann wäre er wohl allen Anfechtungen entrückt geblieben, wenn er auch in dieser Gestalt weit über die Präliminarbedingungen hinausgegangen wäre. Dadurch aber, daß die Alliierten und Assoziierten zur Erreichung dieses Enderfolges in der Entschädigungsfrage einen Weg wählten, der daneben noch die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten aussprach und sie zu Urhebern aller Kriegsschäden stempelte, haben sie selbst jene Elemente geliefert, welche die Möglichkeit eröffnen, die Vorschrift des Art. 231 l. c. anzufechten.

Um sich darüber klar zu werden, muß vorerst untersucht werden, ob die dem Anerkenntnis zugrunde liegende Norm (Punkt 1) zu Recht besteht. In dieser Form hat sie Deutschland und seinen Verbündeten natürlich nie vorgelegen, so daß diese dazu nie Stellung genommen haben. Aus den vorliegenden Äußerungen

ihrer Friedensdelegation läßt sich aber schließen, daß Deutschland und seine Verbündeten einer derartigen Normierung nicht opponiert hätten, da sie überzeugt waren, nicht die alleinige Schuld am Kriege zu tragen und da eine Bindung ihrer eventuell dort eintretenden Ersatzpflicht an die Urheberschaft ihnen manche Vorteile geboten hätte. Die in Art. 231 l. c. enthaltene Norm kann somit als wirksam angesehen werden, dies auch deshalb, weil die im Folgenden besprochenen Anfechtungen der genannten Vertragsbestimmung sich immer nur auf das „Anerkenntnis" bezogen.

In dieser Richtung wies die gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages gerichtete Protestnote der deutschen Friedensdelegation vom 13. Mai 1919 das verlangte Anerkenntnis eines Angriffskrieges ebenso zurück wie das einer alleinigen Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch. Auch das begehrte Anerkenntnis der Urheberschaft aller Verluste und Schäden wies sie indirekt unter Berufung auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 zurück, womit der Umfang der von Deutschland übernommenen Wiedergutmachung festgelegt worden war. Indem sie auf die Nichtkenntnis der „Beweise" hinwies, auf welche die Alliierten und Assoziierten ihre Ansprüche in beiden Richtungen stützten, bat sie um Mitteilung des Berichtes der Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit des Krieges.

Dieser Protest ist deutscherseits nie zurückgezogen worden. Wenn Deutschland in der Folge den Friedensvertrag auf Grund der Mantelnote und des Ultimatums unterzeichnete, ohne weitere Vorbehalte zu machen, so war damit nicht gesagt, daß dieser Protest hinfällig sei. Es muß daher untersucht werden, ob das Anerkenntnis Deutschlands eine von Zwang und Irrtum freie Willenserklärung war.

Das geltende Völkerrecht bewilligt die Anfechtung einer Willenserklärung im allgemeinen nur wegen eines wesentlichen Irrtums des Erklärenden und wegen eines besonderen Zwanges, der auf die Person des Erklärenden ausgeübt worden ist, läßt aber auch diese beschränkte Anfechtung nicht mehr zu, wenn die Ratifizierung des Vertrages erfolgt ist. Ich bestreite die Richtigkeit dieses Satzes für die Vergangenheit nicht. Die Frage ist nur, ob er auch für ein so einzigartiges Rechtsgeschäft gilt, wie es bei „Vereinbarung" des Art. 231 des Versailler Vertrages zustande kam. Hier liegt der Angelpunkt der ganzen Frage.

Ich verneine, daß das von Deutschland ultimativ verlangte und abgegebene Anerkenntnis seiner alleinigen Kriegsschuld und Urheberschaft an allen Verlusten und Schäden — selbst im Stadium

der Ratifizierung — auch nur dem eingeschränktesten Maß von freiem Willen entsprang, den das Völkerrecht doch prinzipiell für die Rechtsgültigkeit einer Willenserklärung verlangt. Der Satz: „Der auf einen Staat ausgeübte Zwang kann niemals so wirksam sein, daß er die Freiwilligkeit der Zustimmung ausschließt; er kann nicht jede Willensfreiheit eines Volkes bei der Wahl zwischen Widerstand und Aufopferung gewisser Rechte und Interessen ausschalten", — dieser Satz gilt im gegebenen Falle nicht, da ein Widerstand physisch und psychisch nicht mehr möglich war. Überdies war Deutschland nicht in voller Kenntnis der Gründe, aus denen die Alliierten und Assoziierten den Anspruch auf Anerkennung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten erhoben, ein Umstand, der im Zusammenhang mit dem ausgeübten Zwang gewürdigt werden muß.

Auch handelte es sich im gegebenen Falle nicht um die Aufopferung „gewisser Rechte und Interessen", sondern um das Anerkenntnis politischer Deklassierung einerseits und wirtschaftlich ruinöser Entschädigungspflichten andererseits, also von Lasten, die ein Staat mit auch nur einigermaßen freiem Willen nicht angenommen, geschweige denn anerkannt hätte.

Ich komme daher zu dem Schlusse, daß die von Deutschland unter unwiderstehlichem Zwang abgegebene Unterschrift auf dem Friedensvertrag von Versailles anfechtbar ist und die Protestnote der deutschen Friedensdelegation vom 13. Mai 1919 nicht außer Kraft gesetzt hat. Damit fällt aber nicht nur das Anerkenntnis (Punkt 2), sondern auch die daraus gefolgerte Entschädigungsverpflichtung (Punkt 3), soweit sie über den Rahmen der Lansingschen Note vom 5. November 1918 und der von Deutschland sonst noch freiwillig übernommenen Verbindlichkeiten aus dem Titel der Wiedergutmachung hinausgeht.

Damit möchte ich meine Ausführungen rechtlicher Natur schließen und die zahlreichen in diesem Zusammenhang sonst noch auftauchenden Rechtsfragen vorerst unerwähnt lassen. Ob ich mit vorstehender Auffassung auf dem richtigen Wege bin, hoffe ich von kompetenter Seite bald zu hören. Daß es sich hier aber um einen Fragenkomplex handelt, der mit dem gewöhnlichen Rüstzeug des Völkerrechts kaum zu bewältigen ist, möge auch daraus ersehen werden, daß eine Durchsicht der Bestimmungen der in den letzten 130 Jahren abgeschlossenen 111 Friedensverträge, die für eine Vergleichung herangezogen werden können (siehe das „Corpus pacificationum" des k. u. k. Ministeriums des Äußeren, das die bezüglichen Vertragstexte in systematischer Zusammenstellung

enthält) zu dem Ergebnis führt, daß in dieser Zeit nie eine Vertragsbestimmung geschaffen worden ist, die auch nur im entferntesten an die Gedankengänge und deren Einkleidung erinnern würde, wie sie von seiten der Alliierten und Assoziierten für den besagten Artikel 231 gewählt worden sind. Die Motive, welche die Alliierten und Assoziierten bestimmt haben, zur Erreichung ihres Zieles — vollen Ersatz aller Schäden — vollkommen neue Wege zu gehen, die sich nach dem Vorstehenden als anfechtbar erweisen, sind belanglos.

Die Narodna Odbrana.

Im nachstehenden geben wir die deutsche Übersetzung einer Broschüre wieder, in der die Aufgaben der „Narodna odbrana" dargelegt sind. Im Ultimatum Österreichs an Serbien wurde bekanntlich die Auflösung des Vereins „Narodna odbrana" gefordert, weil dieser sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigte. Wie zutreffend die Beurteilung der „Narodna odbrana" durch Österreich war, geht aus dem Kapitel XIII nachstehender Veröffentlichung hervor, wo es heißt, daß die „Narodna odbrana" Österreich als den hauptsächlichsten und größten Feind betrachtet.

In der Übersetzung sind die Stellen von uns durch Sperrdruck hervorgehoben worden, aus denen der militärische Charakter der „Narodna odbrana" hervorgeht. Die in Kursivschrift gesetzten Fußnoten sind von der Schriftleitung beigefügt.

Die Schriftleitung.

Belgrad 1911.

Neue Druckerei „Davidović", Dečanska ulica, Nr. 14.
des Ljub. M. Davidović.

Einleitung.

Zweck dieses Büchleins ist, in kurzen, auch den breiten Schichten verständlichen Aufsätzen die Aufgaben (das Arbeitsprogramm) der Narodna Odbrana darzulegen. Diesem Zweck dient in erster Reihe der erste (programmatische) Teil des Büchleins, während der zweite und dritte Teil dazu bestimmt sind ihn zu ergänzen.

Der zweite (berichtende) Teil bringt unter Vermeidung trockener Aufzählungen den Bericht über die Tätigkeit der Narodna Odbrana und den Stand ihrer heutigen Tätigkeit. Der dritte Teil bringt Beispiele von dem, was andere Völker auf Gebieten leisten, die den Aufgaben unserer Narodna Odbrana verwandt sind.

Ein Anhang enthält den Bericht über den heuer eingesammelten Vidovdan-Beitrag.

Dieses Büchlein will nicht — darf und kann aus vielen Gründen nicht — ein vollständiges, erschöpfendes Bild der gesamten Tätigkeit der Narodna Odbrana bieten. Das darf man von ihm gar nicht erwarten.

Seine Aufgabe ist, die Öffentlichkeit im wesentlichen über die Tätigkeit der Narodna Odbrana zu unterrichten und die noch abseits Stehenden in ihren Kreis zu ziehen. Dieses zweite Ziel verfolgt sie in gleicher Weise wie das erste.

Dieses Büchlein ist als ein bescheidenes Wort über unsere Tätigkeit aufzufassen und gleichzeitig als begeisterter Appell an alle Serben, ein Appell zur Arbeit und an alle für unser gemeinsames Wohl. Mehr noch als zur Berichterstattung ist es zum Zweck der Agitation für die hohen Ziele der Narodna Odbrana geschrieben.

Der Zentralausschuß
der Narodna Odbrana.

Erster Teil.

I. Entstehung und Tätigkeit der ersten Narodna Odbrana.

Das serbische Volk hat viele schwere und bittere Tage in seinem Dasein durchgemacht. Zu diesen Tagen zählt auch der 24. September 1908, als Österreich-Ungarn widerrechtlich Bosnien und die Herzegowina annektierte. Dieser Tag kann den schwersten Tagen aus unserer Vergangenheit gleichgestellt werden. Er war für das serbische Volk darum besonders leidvoll, weil er in eine Zeit fiel, als glücklichere Völker bereits ihre nationale Einigung vollendet und große Staaten geschaffen hatten, in eine Zeit, da man Kultur und Freiheit auf ihrem Kulminationspunkt wähnte.

In einer solchen Zeit bedrückte Österreich-Ungarn neben andern Völkern auch einige Millionen Serben, peinigt sie und ist bestrebt, sie uns zu entfremden. Sie dürfen sich nicht offen Serben nennen, dürfen ihre Heimstätten nicht mit der serbischen Trikolore schmücken; sie dürfen nicht freien Handel treiben, ihren Acker bebauen, serbische Schulen errichten, dürfen nicht offen das Hauspatronsfest (Slava) feiern und von Kossovo, vom Königssohn Marko und Milosch Obilitsch [1]) singen. Nur ein solcher Staat, nur Österreich-Ungarn war fähig, diese Annexion durchzuführen.

1. Entstehung der Organisation und ihr Programm.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina hat nicht nur Serbien und Montenegro, sondern alle Serben und man kann wohl sagen auch ganz Europa in Aufregung versetzt. Nach der Annexions-

[1]) *Serbische Nationalhelden im Kampfe gegen die Türken.*

erklärung herrschte ein solcher Zustand, daß man nicht geglaubt hätte, daß er friedlich enden könne. Der fortwährende Trommelwirbel, der Schall der Trompeten und die täglichen Proklamationen und aufregenden Telegramme deuteten auf Krieg. Unser Land war in fieberhafter Erregung, überall wurden Meetings abgehalten, das Volk forderte den Krieg. In diese ernsten Tage und Verhältnisse fällt die Gründung der Narodna Odbrana. Die erregten nationalen Massen verlangten, daß man von Worten zu Taten übergehe, daß man mit allen für den Krieg notwendigen Vorbereitungen beginne, daß der große nationale Opferwille organisiert werde. Und so entstand über Nacht, gleichzeitig in verschiedenen Städten, durch den Willen und durch den Entschluß der nationalen Massen die „Narodna Odbrana". Unter dem Drucke des Volkswillens kamen in Schabatz, Nisch und anderen Orten die angesehensten Männer zusammen und gründeten Ausschüsse der Narodna Odbrana. Solch ein Ausschuß wurde Anfang Oktober 1908 auch in Belgrad auf einer im Rathause abgehaltenen Zusammenkunft der angesehensten Bürger gewählt. Wie in den vorher genannten Orten wurde der Ausschuß, weil er für die Verteidigung und den Schutz des Volkes zu sorgen hatte: Ausschuß der Nationalen Verteidigung genannt.

Vollzählig konstituierte sich dieser Ausschuß auf der Sitzung vom 8. Oktober, auf der das vom provisorischen Ausschusse ausgearbeitete Arbeitsprogramm angenommen wurde. Diesem Programme gemäß hatte der Ausschuß die Aufgabe:

1. das Nationalbewußtsein zu heben, anzuspornen und zu stärken;
2. die Eintragung und Aufnahme von Freiwilligen vorzunehmen;
3. Freiwilligen-Abteilungen zu bilden und für eine bewaffnete Aktion vorzubereiten;
4. freiwillige Beiträge in Geld und Naturalien für die Verwirklichung seiner Aufgabe zu sammeln;
5. besondere Freischärler-(Komitadschi-)Banden für eine spezielle und selbständige Kampfaktion (Guerillakrieg) zu organisieren, auszurüsten und einzuüben;
6. eine Verteidigungsaktion für das serbische Volk auch nach allen andern Richtungen durchzuführen.

Da es schon vor diesem Ausschuß im Innern des Landes ähnliche Ausschüsse gegeben hatte, so ging der Ausschuß zur bessern Erfüllung seiner Aufgabe daran, sich mit diesen in Verbindung zu setzen und Ausschüsse mit gleichen Zielen überall dort zu gründen, wo sie noch nicht bestanden. Die Gründung und das Programm

dieses Ausschusses wurden vom Volke so freudig begrüßt, daß binnen 20 Tagen sich das ganze Land wie ein einziger Verein organisierte, und zwar unter dem Losungswort:

„Alles für Serbentum und für das Vaterland!"

Die Begeisterung war so groß, daß Ausschüsse selbst in Orten gegründet wurden, wo es niemand erwartet hätte. In weniger als einem Monat wurden in Städten und Dörfern 223 Ausschüsse und fast ebensoviele Unterausausschüsse gegründet.

Auch im Auslande wurden Ausschüsse gegründet. Zum Teil auf die Initiative des Belgrader Ausschusses hin, zum Teil aber auch ohne dessen Initiative wurden an recht vielen Orten außerhalb Serbiens seien es Ausschüsse, seien es Unterausschüsse gegründet, um für die Ziele der nationalen Verteidigung tätig zu sein.

2. Die Organisationsarbeit.

Es war eine Freude, zu sehen, mit welcher Raschheit die Arbeit dieser so schnell organisierten Narodna Odbrana Fortschritte machte. Die einzelnen Ausschüsse wetteiferten miteinander an Schaffenslust. Ein jeder trachtete, sich möglichst nützlich für das Land und die allgemeine Sache zu zeigen. Besonders zu loben sind die Ausschüsse von Schabatz, Nisch, Tjuprija, Valjevo und Vranja. So war es in Serbien selbst und nicht anders im Auslande überall dort, wo Ausschüsse und Zweigstellen gegründet worden waren.

a) Die Tätigkeit zur Vorbereitung der Freiwilligen und Komitadschis und zur Beschaffung materieller Beiträge.

Eine Hauptaufgabe für den Ausschuß war die Aufnahme von Freiwilligen und das Sammeln von Beiträgen zu ihrer Ausrüstung. Das Volk gab beides von Herzen gern. Wer nicht als Soldat im Heere stand, meldete sich zu den Freiwilligen, und wer nicht unter die Freiwilligen aufgenommen werden konnte, gab sein letztes Scherflein her. In kurzer Zeit kam eine ganze Armee von Freiwilligen zusammen und auch materieller Mittel gab es die Menge. Einzelne Bezirke und Kreise stellten den Ausschüssen große Summen für die Ausrüstung der Freiwilligen zur Verfügung (so z. B. der Kreis Smederevo 20 000 Dinars); andere kauften auf Anregung der Ausschüsse Maschinengewehre für ihre Regimenter usw. Materielle Opfer wurden im allgemeinen nicht gescheut.

Außer aus Serbien meldeten sich auch Freiwillige aus Österreich-Ungarn, Rußland, Deutschland, Bulgarien, der Türkei, Griechenland, Italien und andern Ländern, die meisten aber aus Italien und Rußland. Hier gab es nicht nur Meldungen einzelner und

kleinerer Gruppen, sondern auch Massenmeldungen von zweitausend und mehr Personen. Z. B. kam eine telegraphische Anfrage aus Moskau, ob 10 000 Freiwillige nach Serbien aufbrechen könnten; desgleichen aus Italien. Manche der Anmeldungen sind sehr interessant. So schrieb ein Rechtsanwalt, der als Jüngling im Jahre 1876 Freiwilliger an der Drina gewesen war, in seinem Brief: „Wenn ich auch ergraut bin und im sechsten Jahrzehnt meines Lebens stehe, fühle ich doch Kraft genug in mir, um dem Rechte gegen das Unrecht beizustehen. Mir sind die Ebene der Matschva, die Wogen der Drina, die Berge der Herzegowina vertraut, und das Herz läßt mir keine Ruh, mich noch einmal mit der Flinte in der Hand dort durchzuschlagen und, wenn das Schicksal es will, mein Blut und das Blut Eurer Feinde dort zu vergießen."

Um die Freiwilligen zu Kämpfern auszubilden, stellten der Zentralausschuß und die Ausschüsse im Innern Studenten- und Schützenkompagnien auf, in denen aktive Offiziere der serbischen Armee voll Enthusiasmus die Übungen leiteten, obwohl ihnen dies verboten war. Manche Offiziere setzten sich lieber der Strafe aus, als daß sie diesen Übungsstunden fernblieben.

Aus der Zahl der Freiwilligen hatte der Ausschuß eine Freischärler-(Komitadschi-)Abteilung von einigen hundert Mann gebildet. Die Freischärler übten sich im Gebrauch von Waffen und Explosivstoffen aller Art, damit sie dem Feinde ohne Wahl der Mittel möglichst viel Schaden zufügen könnten. Sie sollten die Vorhut unserer Regimenter sein und im Rücken des Feindes Furcht und Schrecken verbreiten . . .

Diese Komitadschi-Abteilung hatte auch ein Laboratorium für alle Arten von Explosivstoffen, wo auserlesene Freischärler sich in der Herstellung von Bomben und andern Explosivkörpern übten, damit sie später auf dem Schlachtfeld sich auch allein damit zurechtfänden. Herrlich war es, den zwölf jungen Leuten (meist Universitätsstudenten) zuzuschauen, wie sie in einem kleinen Städtchen Serbiens im engen Kellerraume Bomben und Bombenmaterial herstellten. Was war das für sie für eine unsägliche Freude, wenn es ihnen gelang, eine Bombe selbständig zu verfertigen! Weder die Studienaufgaben, noch die Drohungen der Polizei, noch die Mahnbriefe der Eltern waren imstande, diese begeisterte Schar junger Serben auseinanderzutreiben, die wie die Falken von allen Seiten herbeikamen, um sich zu den verzweifeltsten Taten für das Serbentum vorzubereiten. In diesem Wunsche ließen sie sich (mit ihrem Meister Pepek) von der Arbeit im Kellerraume nicht abhalten, bis die für uns unglücklichen Ereignisse das bekannte Ende nahmen . . .

b) Die sonstige Tätigkeit der Narodna Odbrana.

Der Ausschuß wirkte eifrig und erfolgreich für die Verbreitung patriotischen Gefühls und die Aufklärung des Volkes über Österreichs feindselige Rolle Serbien gegenüber. Es wurden Konferenzen, Vorträge und Versammlungen abgehalten, wo über die serbische Frage, die serbischen Gebiete, die serbische Nation und das Unrecht gesprochen wurde, das Österreich durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina Serbien und dem ganzen serbischen Stamme zufüge. Zu diesem Zwecke wurden auch besondere Blätter als Organe des Ausschusses der „Narodna Odbrana" ins Leben gerufen, die mit jeder Zeile das Volk ermutigten und es zum Kampf gegen Österreich entflammten. Am meisten zeichneten sich darin folgende Blätter aus: die „Narodna Odbrana" des Schabatzer Ausschusses, „Prve zrtve" („Die ersten Opfer") des Ausschusses von Valjovo, „Singjelić" des Nischer Ausschusses, „Momčilo" des Piroter Ausschusses, „Narodna Odbrana" des Negotiner Ausschusses und andere mehr. Hierher gehört auch die Herausgabe eines vom Hauptausschuß verfaßten und in 8000 Exemplaren (zwei Auflagen) unter das Volk verbreiteten Buches „Über die österreichisch-ungarische Armee".

Die gerechte serbische Sache hatte auch in allen Blättern der Hauptstadt ihre Verfechter. Sie propagierten die Ideen des Ausschusses der „Narodna Odbrana" und kamen der Odbrana bei jeder Gelegenheit entgegen. Ihnen ist die Narodna Odbrana für die Erleichterung und Bewältigung der Hindernisse bei ihrer Aktion sehr verpflichtet.

In ähnlicher Richtung war der Ausschuß auch im Ausland im Wege seiner Ausschüsse und Unterausschüsse tätig.

Von den größeren europäischen Zeitungen vertraten viele sehr energisch die gerechte serbische Sache und warfen Österreich-Ungarn seine Habgier vor. Besonders taten sich darin einige italienische, englische, französische und russische Blätter hervor.

Ein großes Verdienst an diesen Erfolgen hatten die wesensverwandten Auslandsvereine, die sich der Narodna Odbrana zur Verfügung stellten, indem sie die öffentliche Meinung ihres Landes für die serbische Sache gewannen. Hier schulden wir insbesondere den patriotischen Vereinen Italiens Dank, vor allem den Garibaldianern, deren Führer, General Garibaldi, sich persönlich anschickte, uns an der Spitze seiner zahlreichen „Rothemden" zu Hilfe zu kommen.

Ganz besonders müssen wir noch die Beziehungen zu unsern Brüdern in Amerika betonen, die sich dort vereinigt haben, um für

die serbische Sache tätig zu sein. Der Aufruf des von ihnen eigens gegründeten Ausschusses wandte sich an alle Serben in den Vereinigten Staaten und scharte sie um den Zentralausschuß in New York und Chicago. Mit diesem Ausschuß unterhielt die Narodna Odbrana brieflich und durch ihre Vertrauensleute eine ständige Verbindung. Unsere Sache wurde in Amerika durch die dortigen serbischen Blätter: „Balkan" in Chicago und „Borba Balkana" („Der Kampf des Balkans") in St. Louis ausgezeichnet vertreten.

3. Die Einstellung der Tätigkeit.

Dieser ganzen Tätigkeit der Narodna Odbrana, die hier — wegen Raummangels und auch weil nicht von allem, was getan wurde, gesprochen werden kann — nur flüchtig skizziert worden ist, machte die Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Großmächte ein Ende, da Serbien dadurch sich selbst überlassen blieb. Im Interesse seines Weiterbestandes und Weiterwirkens mußte es sich dem Gang der Ereignisse fügen und das gezogene Schwert in die Scheide stecken, um es bei der ersten Gelegenheit mit größerer Kraft und Gewandtheit brauchen zu können.

Der Belgrader Ausschuß der Narodna Odbrana drückte allen Freiwilligen, Korporationen und Einzelpersonen den Dank für die gewährte Unterstützung aus, entließ die Freischärler, stellte das Sammeln materieller Beiträge ein und ging an die Reorganisation seines Programms, wobei die Unterausschüsse beibehalten und mit ihnen die neue Tätigkeit begonnen wurde, welche für die Bereitschaft des Landes sorgen, unsere Gesellschaft ertüchtigen und uns alle befähigen soll, bei neuer, ähnlicher Gelegenheit, wie es die Annexion war, mit größerer Kraft und größerem Erfolg die alte rote Kriegsfahne der Narodna Odbrana zu entrollen.

Von dem Übergang der alten Odbrana zu ihrer neuen Tätigkeit und über diese neue Tätigkeit wird ausführlich an anderen Orten gesprochen. Hier ist es unsere Pflicht, nochmals von ganzem Herzen im Namen der heiligen Ziele, denen die alte Odbrana diente, allen denen zu danken, die sie in ihrer Tätigkeit unterstützten, und sie aufzufordern, sich mit gleicher Liebe der neuen Tätigkeit zu widmen, denn diese neue Tätigkeit ist nur ein Übergangs-, ein Vorbereitungsstadium im Dienste desselben Ideals, dem auch die neue Narodna Odbrana zustrebt, indem sie unter demselben Losungsworte kämpft wie die alte:

„Alles für Serbentum und Vaterland!"

II. Die neue, die gegenwärtige Narodna Odbrana.

1. Entstehung und Programm.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina zeigte, erstens, daß Serbien für den Kampf, den ihm die Verhältnisse aufdrängen, nicht vorbereitet ist, und zweitens, daß der Kampf, den Serbien auf sich zu nehmen hat, viel ernster und schwieriger ist, als man bei uns vor der Annexion glaubte. Diese Erkenntnis brachte die leitenden Männer der alten Narodna Odbrana zu dem Entschluß, die Narodna Odbrana nicht aufzulösen, sondern aufrechtzuerhalten.

Seitens unserer Feinde war die Annexion nur ein gegen uns geführter Schlag unter vielen andern Schlägen, die schon vorausgegangen waren oder noch folgen würden. Damit uns ein neuer Angriff nicht wieder so unvorbereitet träfe, galt es sich zu rüsten — zu arbeiten. Der Mangel an Bereitschaft, der sich in der Zeit der Annexion herausstellte, war nicht bloß „militärischer", sondern allgemein nationaler Natur. Das Heer ist heutzutage das Volk. Gewehre und Kanonen allein machen noch kein gutes Heer aus. Um Kriegserfolge zu erringen, muß unser Volk mit den Waffen umzugehen verstehen, muß wissen, daß (und weshalb) es in den Krieg muß, es muß ein starkes (serbisches) Nationalbewußtsein haben, es muß kulturell hochstehen, es darf nicht unter sich verfeindet sein, es muß gesund und wirtschaftlich stark sein. Dies alles ist auch für einen Krieg mit Gewehren und Kanonen notwendig. Dazu kommt aber noch eins: Das, was wir Frieden nennen, ist kein Frieden, denn auch diese Friedenszeit ist ein Kriegszustand. Zwischen den Völkern, die miteinander konkurrieren, gibt es niemals Frieden. Der Kampf mit Gewehren und Geschützen stellt zwischen ihnen nur den einen Augenblick dar, wo alles auf eine Karte gesetzt wird, um eine Lösung herbeizuführen. Bis dahin sind die Kampfesmittel Schule, Buch, Handel, Wirtschaft; man wetteifert in der Fürsorge für die Volksgesundheit und körperliche Ertüchtigung, in der Arbeit am nationalen Fortschritt jeglicher Richtung.

Das eine wie das andere — die Vorbereitung für den Krieg ebenso wie dieser Kampf in Friedenszeit — muß nicht bloß die Sorge des Staates, sondern auch jedes einzelnen und der ganzen Gesellschaft sein. Außer dem, was wir dem Staate auf Grund der Gesetze zu diesem Zwecke geben, müssen wir alle noch aus eigenem freien Antrieb dafür wirken. So denken und handeln alle Völker und das müssen auch wir. Dies um so mehr, als wir in einer viel

schwierigeren Lage sind als irgendein anderes Volk. Daß wir dies ins Auge faßten und begriffen, dazu hat die Annexion mit ihrem überraschenden Auftauchen beigetragen. Sie gab den Anstoß zu der ersten Narodna Odbrana und durch ihre Folgen jetzt auch zu der zweiten, denn natürlicherweise ergab sich aus diesen Erwägungen die Richtung der neuen Tätigkeit der Narodna Odbrana ganz von selbst. Die Tätigkeit, in deren Dienst sich die neue Narodna Odbrana stellt, hat zum Inhalt die Vorbereitung des Volkes zum Kampfe nach allen Richtungen nationaler Tätigkeit, und zwar gemäß den heutigen Zeitanforderungen. Es ist vor allem die Arbeit für die Stärkung des Nationalbewußtseins, die Entwicklung des Rittertums (körperliche Stählung), die wirtschaftliche und gesundheitliche Wohlfahrt des Volkes, seine kulturelle Hebung usw., soweit auf allen diesen Gebieten neben dem Staate der einzelne und die Gesellschaft mitwirken kann und muß.

Soviel im allgemeinen über das Programm der neuen Narodna Odbrana. In den folgenden Aufsätzen werden wir diese unsere neue Tätigkeit in den einzelnen Punkten unterstreichen und erläutern.

2. Zusammenfassung der freiwillig im Volke arbeitenden Kräfte.

Als es zu Ende der Annexionskrise zur Entscheidung über die Notwendigkeit einer neuen Tätigkeit der Narodna Odbrana kam, war man sich in der Narodna Odbrana bewußt, daß ihre Leitgedanken nichts Neues seien, denn schon vor der Annexion bestanden in Serbien Bestrebungen, den Aufgaben der Narodna Odbrana gerecht zu werden, und es wurde auch manches geleistet. So gab es Verbände, die sich die Förderung des Rittertums, den wirtschaftlichen Fortschritt des Volkes, die Hebung der Volksgesundheit und Aufklärung angelegen sein ließen, es gab verschiedene patriotische Frauen- und andere humanitäre Vereine.

Bei aller Anerkennung für die Opferwilligkeit, welche die Mitglieder dieser Vereine ebenso wie manche selbständig wirkende Persönlichkeiten entwickelten, mußten die Männer der Narodna Odbrana, als sie ihrer Organisation neue Aufgaben stellten, dennoch erkennen, daß alle diese Vereinigungen und Persönlichkeiten mit ihrer Arbeit nicht den Erfolg erzielt hatten, den sie hätten erzielen müssen, und zwar vor allem darum, weil sie getrennt, ohne Verbindung miteinander und ohne gegenseitiges Einvernehmen

arbeiteten, ja häufig untereinander im Streit lagen (man denke z. B. an die Fehde zwischen dem „Sokol“ und dem „Duschan Silni“ [2]).

Alle Arbeit für die Entwicklung des Rittertums, die Hebung der Volksgesundheit, des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus, des nationalen Bewußtseins usw. hat dasselbe Endziel: die Stärkung der Volkskraft und des Staates. Eine Trennung kann und darf nur soweit bestehen, als es die Arbeitsteilung erfordert, sonst aber müssen alle Arbeiten gemeinsam vorwärtsschreiten, einander gegenseitig unterstützen, geleitet vom Geist einverständlichen, einträchtigen Wirkens. Das erkannte die Narodna Odbrana, und darum erhob sie die Annäherung, Zusammenfassung, Vereinigung aller in freiwilliger Aufopferung im Volke wirkender Kräfte zu einem der ersten Programmpunkte ihrer neuen Tätigkeit.

Zwieträchtig, verstreut, zersplittert — in seinen äußern staatlichen und seinen innern Verhältnissen — so wurde unser Volk von der Annexion überrascht, ohnmächtig Widerstand zu leisten. Die Annexion lehrte, was not tat: Sammlung des Volkes, Einigung im Denken und Handeln im weitesten Sinne dieser Worte. Der Fehden und Spaltungen hatte es mehr als genug gegeben. Es galt Einigung in allem und jedem, und vor allem dort, wo sich dies ermöglichen ließ. Diese ihre Auffassung unseres Gesamtzustandes wandte die Narodna Odbrana zunächst bei den Vereinen freiwilliger Tätigkeit an, wo es sich am leichtesten bewerkstelligen ließ. Abgesehen von der Hebung der privaten Initiative war ihr Ziel auch, unserer zerwühlten Gesellschaft ein lebendiges Beispiel zu geben, daß auch bei uns die Leute in Eintracht und Liebe zusammenarbeiten können.

Die Ortsausschüsse der Narodna Odbrana aus der Annexionszeit waren wie geschaffen für diesen Zweck. In ihnen befanden sich schon damals Vertreter verschiedener Zweige der Tätigkeit privater Initiative. Im Geiste ihrer Aufgabe sollten die Ausschüsse jetzt erweitert werden und auch die etwa noch außerhalb stehenden Vertreter der privaten Initiative in sich aufnehmen, um Einheitlichkeit der Ideen und einvernehmliches Handeln zu erzielen. So geschah es, und so sind heute mehr oder weniger alle Ausschüsse der Narodna Odbrana Stätten der Beratung und Verständigung und des gemeinsamen brüderlich-serbischen Wirkens aller freiwilligen Arbeiter für das Volkswohl. Wo sie es noch nicht sind, müssen und sollen sie es werden. Denn die Narodna Odbrana blickt mit gleicher Liebe auf alle Zweige privater Tätigkeit. Jeder einzelne Teil dieser Tätigkeit kann in jedem Orte nur dann vorwärts schreiten, wenn der ganze Ort

[2]) *Zwei große Belgrader Turnvereine.*

sich dafür erwärmt. Mit vereinter Kraft aller Arbeiter auf diesem Gebiet und in jedem Orte alle diesbzüglichen Angelegenheiten zu fördern, ist eine der ersten Aufgaben der Narodna Odbrana.

3. Kampf gegen die politischen und persönlichen Gegensätze.

Im Bewußtsein dessen, daß die bisherigen serbischen Mißerfolge oder geringen Erfolge ihre Ursache zum großen Teile darin haben, daß unsere nationale Gesellschaft (nicht nur in Serbien, sondern im ganzen serbischen Süden) in jeder und namentlich in politischer Hinsicht maßlos verfeindet ist, konnte sich die Narodna Odbrana nicht darauf beschränken, nur die Kräfte der privaten Initiative zu sammeln, sie mußte vielmehr auch gegen die bei uns allgemein herrschenden Verfeindungen zu Felde ziehen!

Durch die Zusammenfassung der verschiedenen Mitarbeiter in ihren Ausschüssen hatte die Narodna Odbrana wohl in einem Teile unseres öffentlichen Lebens die Fehden beseitigt, das war aber nicht genug. Dabei stehen bleiben, hieße auf der einen, und zwar minder wichtigen Seite das aufbauen, was auf der andern, wichtigeren, einstürzt. Gewiß ist eine harmonisch geeinigte Privatinitiative ein nationaler Gewinn, der aber verschwindend ist, wenn in allem übrigen und vor allem in der Politik unsere bisherige Verfehdung bestehen bleibt. Das ist das eine, und zweitens ist es eine große Frage, ob sich die Einigung der privaten Initiative wird überhaupt durchführen lassen, wenn keine Milderung der Feindschaft in andern Dingen eintritt. Mit einem Worte, das eine ging nicht ohne das andere. Die wahre serbische Narodna Odbrana mußte den Kampf aufnehmen gegen die Verfehdungen bei uns Serben im allgemeinen und in erster Linie gegen die politischen Feindschaften als die stärksten und für unsere nationale Zukunft gefährlichsten.

In den Ausschüssen der Narodna Odbrana arbeiten als Mitglieder Männer aus allen politischen Parteien. Viele von ihnen gehören in ihren Parteien zu den einflußreichen und angesehenen Politikern. Schon dies besagt, daß der Kampf der Narodna Odbrana gegen die Verfehdung sich nicht gegen die Parteien und die Politik richtet.

Die Narodna Odbrana weiß am besten, daß das Leben des Staates und Volkes heutzutage ohne politische Parteien nicht denkbar ist. Die Narodna Odbrana führt daher nicht gegen die politischen Parteien Krieg. Das, wogegen sie kämpft, ist die übergroße Verschärfung unseres politischen Lebens, die Aus-

nützung der Politik zu selbstsüchtigen Zwecken einzelner, soweit solches bei uns vorkommt, und daß es vorkommt, wissen wir alle!

Was die Narodna Odbrana fordert und predigt, wofür sie kämpft und kämpfen wird, ist Duldsamkeit auf allen Gebieten unseres Lebens, Unterordnung der Persönlichkeit unter das Gemeinwohl. Die Narodna Odbrana ist der Auffassung, daß wir alle, und auch alle politischen Parteien, nur Serbien und dem Serbentum zu dienen haben — daß Vaterland und Serbentum allem anderen und auch den Parteien, vorangehen müssen.

Nach der Auffassung der Narodna Odbrana müssen die politischen Parteien Gruppen werden, die in nützlichem Dienst für Vaterland und Nation wetteifern, sie dürfen nicht feindliche Lager zur Ausrottung der politischen Gegner sein. Jenen Geist von Liebe und Versöhnlichkeit, der durch die Annexion in Serbien geweckt wurde, will die Narodna Odbrana erhalten und zur Erstarkung bringen. Indem sie darauf hinwirkt, bleibt sie nur sich selber treu, denn dieser Geist der Versöhnlichkeit hat ihr Entstehen ermöglicht. Den Gründen gemäß, denen sie ihre Entstehung dankt, und gemäß den Aufgaben, die die Verhältnisse ihr auferlegten, erstrebt die Narodna Odbrana mit blankem Ehrenschild die Erfüllung dieser ihrer Aufgabe.

Es ist demnach eine große und wichtige Aufgabe der Narodna Odbrana, für Eintracht, Frieden, Liebe, Brüderlichkeit und Duldsamkeit aller Serben auf allen Gebieten, und soweit es möglich ist, auch auf dem Gebiet der Politik einzutreten.

4. Agitation in den weitesten Schichten.

Daß vor der Annexion die private (freiwillige) Tätigkeit im Volke auf dem Gebiete des Rittertums, der Gesundheitspflege, der kulturellen Hebung usw. nur schwach entwickelt war, daran trug nicht nur die Uneinigkeit der Mitarbeiter schuld, sondern auch der Umstand, daß für keine genügende Propaganda gesorgt war. So beschränkten sich die Bestrebungen auf enge Kreise, ohne in die breiten Massen einzudringen.

Als die Narodna Odbrana alle die genannten Aufgaben in ihr Programm aufnahm, erkannte sie zugleich mit der Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Arbeitskräfte auch die Notwendigkeit, die Agitation für die Ziele der Narodna Odbrana in die Massen, in die Städte und Dörfer zu tragen, und zwar unmittelbar durch öffentliche Versammlungen (Vorträge), auf denen als Agitatoren die Mitglieder unserer Ausschüsse auftreten würden, um das Volk für alle Gebiete unserer Tätigkeit zu begeistern.

Will man im Volke etwas erreichen, so ist die Agitation durch das geschriebene und das lebendige Wort durchzuführen; das lebendige Wort ist immer das wirksamere.

Die Narodna Odbrana, die sich die Verwirklichung so vieler angefangener oder noch gar nicht angeregter nationaler Angelegenheiten zur Aufgabe gemacht hat, mußte, überzeugt von der Größe unserer nationalen Not und von der Notwendigkeit schleunigster Abhilfe, zu dem für die erfolgreiche Entwicklung ihrer Aktion überaus wichtigen Mittel greifen, nämlich zu der Agitation in den breitesten Volksschichten durch das lebendige Wort, durch Versammlungen und Vorträge.

Die Agitation, welche die Narodna Odbrana für das Sokoltum, das Schützenwesen, die Pflege der Volksgesundheit, die Kräftigung des Nationalbewußtseins usw. unternahm, ist von außerordentlicher Bedeutung. Diese Agitation ist ein Hauptfaktor der bisherigen Erfolge der Narodna Odbrana. Ohne sie wäre die ganze Aktion der Narodna Odbrana nicht vorwärts gekommen.

Aus diesen Gründen wird die Agitation für die Ziele der Narodna Odbrana in den breiten Schichten so lange nicht aufhören, als die Narodna Odbrana bestehen wird, ja sie wird immer lebhafter und stärker werden. Ihr Endziel ist, jeden Menschen in Serbien, vom Palast bis zur Hütte, vom jüngsten bis zum ältesten, für unsere Aufgaben zu gewinnen. Neben der Zusammenfassung der freiwilligen Mitarbeiter und neben dem Kampfe gegen die allgemeine Verfehdung erachtet die Narodna Odbrana die Agitation für ihre Ziele in den breiten Volksmassen als stärkstes Mittel ihrer Aktion und ihres Erfolges.

III. Die drei Hauptaufgaben.

Die neue Narodna Odbrana hat zu den Hauptaufgaben ihrer Tätigkeit einige Dinge erkoren, in denen sich die private Initiative vor der Annexion entweder gar nicht oder nur mit geringem Erfolg betätigte und worin sie sich auch heute noch am schwächsten erweist, obgleich im Hinblick auf unsere Verhältnisse die stärkste Wirkung erforderlich wäre.

In erster Reihe gehört hierzu:

1. Die Kräftigung des nationalen Bewußtseins.

Neben allem Schlimmen, das die Annexion über uns gebracht hat, hatte sie doch auch ein Gutes, indem sie unsere Besinnung weckte und uns zur Erkenntnis vieler unserer Fehler brachte. Unter anderm wurden wir durch die Annexion darüber belehrt, daß unser

Volk in Serbien nicht so stark national-serbisch bewußt war, wie es in einem Lande nötig wäre, das als kleiner selbständiger Gebietsteil von 3 Millionen die Hoffnung und die Stütze von 7 Millionen unseres geknechteten Volkes darstellt!

Nicht bloß in den breiten untern Schichten der bäuerlichen Bevölkerung, auch in den Reihen der Intelligenz hat man nur geringe Kenntnis, wie es mit unserm Volk jenseits unserer Grenzen bestellt ist. In Serbien weiß man über Bosnien und die Herzegowina, über Kroatien, Dalmatien, den Banat, die Batschka, Altserbien und Mazedonien nicht so viel, als es nötig wäre. Die Bezeichnungen „Sojka, Precanin, Schwaba, Bosniak, Zinzar, Schop, Arnaut, Türke" sind bei uns nicht nur im Scherz, sondern auch im Ernst für Leute serbischer Nationalität gebräuchlich. Unsere Gesellschaft empfindet ihr Serbentum nicht ausreichend, kennt ihre nationale Stärke nicht, ist sich ihrer Pflichten als Serben nicht genügend bewußt. Von dem allen gibt es bei uns nicht einmal so viel, wie ein Volk unter den allergünstigten Verhältnissen es nötig hätte, geschweige denn ein Volk, das zum Piemont ausersehen ist wie das unsrige!

Aus allen diesen Gründen mußte und muß die Narodna Odbrana, wenn sie die physische und wirtschaftliche Seite unseres Volkes stärken will, in erster Reihe die innern geistigen, moralischen Seiten unseres Lebens zu heben trachten, und da wieder in erster Reihe die Kräftigung des serbischen Nationalbewußtseins anstreben.

Als ihre erste, ihre heiligste und wichtigste Aufgabe betrachtet die Narodna Odbrana die Weckung, Entfaltung, Stärkung und Vervollkommnung des serbischen Nationalgefühls in unserem Volk, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus, von Mensch zu Mensch, vom Greise bis zum Kinde.

Unser Ziel ist ein national-bewußtes und stolzes Serbien. Ein solches Serbien wünschen wir so rasch als möglich zu schaffen. Nur ein solches Serbien ist würdig, den Namen „Serbien" zu tragen, nur ein solches Serbien wird die Kraft haben, alle Schwierigkeiten, die sich ringsherum auftürmen, siegreich zu überstehen; nur ein Serbien, stolz auf sein Serbentum und seines Serbentums im höchsten Maße bewußt, wird alle Opfer zu ertragen vermögen, die die große Aufgabe der Befreiung und Einigung eines ganzen Volkes von ihm erheischt!

Nur dann, wenn das serbische nationale Bewußtsein bei uns in Flammen auflodert, wird auch der Wille für alle andern Aufgaben der Narodna Odbrana entfacht werden. Darum stellt die Narodna Odbrana die Aufgabe, das Nationalbewußtsein zu stärken, allem andern voran.

2. Förderung des Rittertums[3]) (Viteschtro).

Bei der Musterung und auch sonst sehen wir, daß unsere Jugend zum großen Teil körperlich untauglich ist, eine Folge unserer fürchterlichen Gleichgültigkeit gegenüber der körperlichen Ertüchtigung.

Während bei anderen Völkern in allen Ortschaften an Sonn- und Feiertagen, ja auch an Werktagen das Knallen der Schnellfeuergewehre und der Jubelruf der Sokols ertönt, kümmert sich unsere verweichlichte Gesellschaft kaum um körperliche und militärische Übungen und verbringt ihre ganze freie Zeit in den Kaffeehäusern oder verschläft sie zu Hause. Viele unserer Dörfer und Städte haben keinen einzigen Sportverein. Die wenigsten Serben und Serbinnen sind Mitglieder von Sportvereinen, so wie nur wenige unserer vermögendsten Leute in Institutionen Gründer oder Wohltäter irgendeines patriotischen Vereins sind. Weichlichkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Allgemeinheit und der Gemeinschaft hat bei uns alle Gesellschaftsklassen ergriffen.

Daß aus jungen Leuten, die wie Greise aussehen, mit welkem Gesicht und schmaler Brust, wie wir ihnen bei uns auf Schritt und Tritt begegnen, nicht ein Volk geschaffen werden kann, das dem gigantischen Kampfe gewachsen ist, der uns Serben bevorsteht, wissen wir, und doch kümmert sich unsere Intelligenz nicht um die verhängnisvollen Folgen ihrer Untätigkeit. Offiziere, Geistliche, Lehrer, Professoren und sonstige Beamte interessieren sich viel zu wenig für Leibesübungen, von Kaufleuten, Industriellen und anderen gar nicht zu reden. Nicht nur, daß sie die sportliche Betätigung meiden, verlachen sie noch diejenigen, die unsere schläfrige Welt wachrütteln und zur Ertüchtigung anspornen möchten.

Die Annexion hat uns in allem und jedem unvorbereitet gefunden, am ärgsten aber war es auf dem Gebiete der körperlichen Ertüchtigung. Beinahe wäre es um die Ehre des serbischen Rittertums geschehen gewesen! Hier muß in kürzester Zeit Wandel geschafft werden durch begeisterte, wohldurchdachte und ausdauernde Arbeit.

Daher wird die Narodna Odbrana mit allen verfügbaren Kräften für die Entwicklung und den Fortschritt des Rittertums in Serbien, in erster Linie des Schützen- und Sokolwesens, kämpfen. Dies soll ihre zweite Hauptaufgabe sein. Ihre Tätigkeit wird sich in zwei Richtungen entfalten: einesteils der Gesellschaft, dem Volke gegenüber, durch Weckung sportlichen Sinns und Gründung von

[3]) *Körperliche Ertüchtigung im allgemeinen.*

Sportvereinen bis in das kleinste Dörfchen Serbiens, andernteils dem Staate, der Regierung und der Nationalversammlung gegenüber, von denen die Einführung obligatorischer militärischer Jugenderziehung in allen Schulen und materielle Beihilfe für die Privatinitiative verlangt werden muß.

Parallel mit diesen Bestrebungen für die körperliche Ertüchtigung wird in den breitesten Volksmassen die Agitation für die Schaffung eines starken Heeres einhergehen; die Liebe zum militärischen Beruf soll geweckt werden, wie die Liebe und der Opferwille gegenüber dem Vaterland.

In besonderen Aufsätzen wird in diesem Buche noch einmal von der engen Verbindung zwischen der Narodna Odbrana und den einzelnen Zweigen ritterlicher Übungen gesprochen werden.

3. Einführung neuer Arbeitsmethoden in die Gesellschaft.

Die schwierigen Verhältnisse, in denen sich unser Volk seit langem befindet und deren wir erst seit der Annexion ernstlich bewußt sind, fordern von uns eine tiefernste Auffassung bei Erfüllung aller der Aufgaben, die sich die verschiedenen Vereine und Arbeitsausschüsse der privaten Initiative stellen.

Für die körperliche Ertüchtigung und andere Aufgaben zu arbeiten, darf uns kein Gegenstand bloßer Unterhaltung sein, darf nicht der Befriedigung unserer Eitelkeit oder als Mittel zur Zerstreuung dienen. Wir sollen uns nicht bloß flüchtig damit befassen, sondern mit Begeisterung und Ernst wie mit einem großen, wichtigen und heiligen Werk.

Die Narodna Odbrana fordert von uns, daß wir uns nicht schämen, Sokoln, Schützen, Versammlungsredner usw. zu sein, daß wir auch persönlich für diese Angelegenheiten Opfer bringen an Zeit und Geld, durch Verzicht auf manche Zerstreuungen (Kartenspiel, Kaffeehaus, Zechereien).

Wir sollen, das fordert die Narodna Odbrana von uns, nicht die kleinen Orte, Dörfer und Städtchen meiden, sondern stolz sein, dort der Wiedergeburt unseres Volkes zu dienen. Von den Mitgliedern der Vereine und Ausschüsse verlangt die Narodna Odbrana, daß sie sich nicht bloß durch Ehrenstellen, sondern durch werktätige Arbeit hervortun.

Die Narodna Odbrana ist der Ansicht, daß für einen gebildeten Serben die schönste und würdigste Stellung, die erste, der sich jeder begeisterte junge Serbe widmen müßte, um ihr treu zu bleiben

bis ins späte Alter, der Kontakt mit dem Volke ist, dem Volke in seinen untersten Schichten, im entlegensten Dorf, im kleinsten Städtchen, dort, wo es um das Volkswissen und den nationalen Fortschritt am schlechtesten bestellt ist, zu wirken als Lehrer, Geistlicher, Kreis- oder städtischer Beamter.

Durch eine derartige Einschätzung der Arbeit für das Volkswohl, durch Popularisierung dieser Gesichtspunkte in den breitesten Massen im Wege von Vorträgen und Versammlungen, durch gleichzeitige, von gleicher Begeisterung getragene Agitation für alle Arten der Betätigung, verpflanzt die Narodna Odbrana in unsere Gesellschaft vollständig neue Methoden, wie die Tätigkeit der privaten Initiative auszugestalten ist.

Statt der bisherigen Beschränkung auf einige wenige wird diese Arbeit durch die Narodna Odbrana zu einem allgemeinen, großen, nationalen Werk; aus einer trockenen, sportmäßig und von Zeit zu Zeit betriebenen Tätigkeit muß eine gewaltige, enthusiastische nationale Bewegung geschaffen werden.

Die Einführung neuer Methoden zur Förderung der Tätigkeit der privaten Initiative ist eine wichtige Bedingung für den Erfolg der ganzen Aktion der Narodna Odbrana und gehört daher zu den ersten Aufgaben der neuen Tätigkeit der Narodna Odbrana.

Aus dem Aufsatz „Nationale Kleinarbeit" und den Beispielen am Schluß dieser Broschüre ist noch klarer ersichtlich, was die Narodna Odbrana bei uns in dieser Richtung zu leisten bestrebt ist.

IV. Schützenwesen und Narodna Odbrana.

Die Arbeit für die körperliche Ertüchtigung in einem Lande wie Serbien ist so wichtig, daß hier darüber noch einmal, für die wichtigsten Übungszweige besonders, gesprochen werden soll. Beginnen wir mit dem Schützenwesen.

Solange die Welt steht und stehen wird, gab es Kampf zwischen den Völkern und wird es Kampf geben. In diesem Kampfe „hat die Hoffnung kein Recht, auf wen es sei, zu vertrauen — außer auf Gott und die eigene Faust".

Die Kämpfe zwischen Völkern und Staaten werden stets in gewissen Zeitabständen durch Kriege entschieden, und die Kriege werden mit Feuerwaffen geführt.

Das Gewehrschießen ist heute eine der hauptsächlichsten Kampfesweisen im Kriege. Deshalb widmen ihm alle Völker, alle Staaten, alle besonnenen Männer in der ganzen Welt die größte Aufmerksamkeit. Daher werden gerade in den kulturell am meisten

entwickelten Ländern, dort, wo die längste militärische Dienstzeit besteht, Schießübungen am meisten gepflegt. Obwohl die militärische Unterrichtszeit dort lange (zwei bis drei Jahre) währt, haben sie überall noch Schützenvereine, wo sich jung und alt im Schießen übt. Aus den an anderer Stelle angeführten Beispielen mag sich ein jeder überzeugen, wieviel in der Welt für Schießübungen geopfert wird.

Wenn es bei anderen so ist, so fordern wir mit Recht, daß bei uns, in einem Lande von Bauern, wo man bloß sechs Monate im Heere dient, das auf allen Seiten von starken Feinden umgeben ist, noch viel mehr für Schießübungen getan werde als in den anderen Staaten.

Es soll, das ist die Forderung der Narodna Odbrana, keinen Serben in Serbien geben, der nicht Mitglied eines Schützenvereins wäre, keinen Weiler ohne Schützengesellschaft. Die Schießübungen sind als Pflichtgegenstand an allen Schulen einzuführen, und der Staat muß die Schützenvereinigungen in größtem Maße unterstützen, auf daß Serbien sich in eine einzige große Schießstätte verwandle, wo an Sonn- und Festtagen von Berg zu Berg, von Ort zu Ort, von einem Ende Serbiens bis zum anderen die serbische Befreier-Flinte widerhallen soll.

Kommt ein neuer Schlag, wie es die Annexion war, so muß ein neues Serbien erstehen, ihn aufzufangen, ein Serbien, wo jeder Serbe, vom Knaben bis zum Greise, ein Schütze ist.

Was die Narodna Odbrana alles zur Hebung des Schützenwesens getan hat und weiter zu tun gedenkt, davon sprechen wir an verschiedenen Stellen dieses Buches. Aus allem aber, was wir sagen, geht deutlich hervor, daß die Förderung des Schützenwesens auch eine der ersten Aufgaben der neuen Narodna Odbrana sein muß.

V. Sokolwesen [4]) und Narodna Odbrana.

Wie alle Lebewesen auf Erden unterliegen auch die Völker im Daseinskampfe, wenn sie nicht genug Kraft haben, in diesem Kampfe auszuharren. Alles, was schwach und ungesund ist, geht in dem Wettbewerb um die Lebensbedingungen zugrunde, und weiter lebt bloß, was gesund, stark und entwicklungsfähig ist. Die Geschichte der ausgestorbenen und der jetzt noch lebenden Völker bestätigt dieses unverrückbare Naturgesetz. Aus dieser Geschichte ersehen

[4]) *Sokol bedeutet Falke.*

wir, daß der Untergang eines Volkes erst dann eintrat, wenn Sittenlosigkeit und Trägheit eingerissen waren, wenn der gute Brauch und die gesunde Lebensweise verlassen wurden.

Zur Bestätigung dieses Gesetzes liefert auch die Geschichte des serbischen und des türkischen Volkes ein schönes Beispiel. Die militärisch besser organisierten, an Zahl stärkern und durch den Glauben fanatisierten Türken warfen den serbischen Staat nieder, als er durch die gegenseitigen Kämpfe der serbischen Feudalherren innerlich geschwächt und zerrüttet war. Wie aber ist es heute mit den Türken? Vor einigen Jahrhunderten das stärkste Volk der Welt, ist das türkische Volk heute, nach demselben Naturgesetz, „der kranke Mann" am Bosporus. Dazu sind die Türken geworden, weil ihnen die Fähigkeit fehlt, den Kampf mit kräftigern, gesündern, fortschrittlichern Völkern auszuhalten. — Was hat das bisher Gesagte nun mit den serbischen Sokoln zu tun?

Im Süden weichen die alten Türken schon zurück, nur ein Teil unseres Volkes stöhnt noch unter ihrem Joch; aber aus Norden kommen neue Türken, furchtbarer und gefährlicher als die alten. Kulturell überragend, wirtschaftlich stark, kehren die Feinde aus Norden sich gegen uns. Sie wollen uns Freiheit und Sprache rauben, wollen uns zertreten, vernichten. Schon sind die Vorzeichen des kommenden Kampfes fühlbar. Das serbische Volk steht vor der Frage: „Sein oder Nichtsein."

Und jetzt ist die Zeit gekommen für das serbische Sokoltum, hier öffnet sich ein Arbeitsfeld für die serbischen Sokoln. Das ist die Forderung der Stunde, das Gebot der nationalen Schutzwehr.

Nur ein gesundes, kräftiges, nationalbewußtes und gut organisiertes Volk ist fähig zur Abwehr, zum Kampf, zum Sieg.

Diese Wahrheit haben die serbischen Sokoln auf ihre Fahne geschrieben und verkünden sie dem Volke. Diese Wahrheit wollen sie in die Tat umsetzen.

Jeden, der sich dazu eignet — alle serbischen Brüder und Schwestern —, will das serbische Sokoltum stählen, in jedem den serbischen Stolz, das Bewußtsein unserer Volkskraft wecken, um so mit einem kraftvollen und bewußten Volk in den Kampf einzutreten, vertrauend in den nationalen Sieg, ohne Furcht um die Zukunft der Nation.

Das wollen die serbischen Sokoln, das ist ihr Ziel . . .

Die Idee der serbischen Sokoln ist die Idee des serbischen Volkes. Die Sokolidee deckt sich in ihren Tendenzen mit den Tendenzen des serbischen Volkes. In der Sokolidee wird die serbische Idee verwirklicht, weil sie alle ihre Mitglieder, die

serbischen Sokoln, wo es auch sei, im serbischen Gedanken vereinigt. Sie ist ein machtvolles Kampfmittel und muß darum in alle Volksschichten dringen.

Ohne sich um die politischen und religiösen Überzeugungen ihrer Mitglieder zu kümmern, ohne Rücksicht auf Klasse und Rang, scharen die Sokolvereine Serben und Serbinnen um sich zum Zweck der körperlichen und moralischen Erziehung im Sinne der nationalen Kulturentwicklung.

Das Ziel der Leibesübungen der Sokoln ist nicht die Heranbildung von Turnern, die durch ihre Gelenkigkeit Staunen erregen; die Übungen und die ganze Einrichtung der Sokolvereine bezwecken vielmehr, kräftige, ausdauernde und gewandte Leute zu erziehen, schön von Wuchs und Gestalt, freien, mutigen und selbständigen Geistes, gute Patrioten, die nicht nur ihr Vaterland lieben, sondern auch imstande sein werden, es in der Stunde der Gefahr zu verteidigen!

Die serbische Sokolidee ist groß, weil sie die Nationalidee ist. Damit diese sich verwirkliche, müssen alle Serben und Serbinnen zum Sokol schwören. Unser Volk ist in Gefahr. Wir alle müssen alle unsere Kräfte anspannen, müssen jeden Muskel entwickeln, jede Windung des Gehirns erleuchten. Durch unermüdliche Arbeit unser aller wollen die serbischen Sokoln dem Serbentum ein gesundes, kräftiges, national bewußtes und gut organisiertes Volk schenken, ein Volk, das im Kampfe um die nationale Selbsterhaltung nicht unterliegen, sondern triumphieren wird.

Daher ist die Verwirklichung der Idee des serbischen Sokoltums ebenfalls eine der ersten Aufgaben der richtig verstandenen nationalen Verteidigung.

VI. Olympischer Klub und Narodna Odbrana.

Der Gedanke der körperlichen Ertüchtigung hat schon lange in der Welt große Verbreitung gewonnen. Im Zusammenhang damit steht die Veranstaltung von Wettspielen. Die Franzosen waren unter den ersten, die Wettschießen und Wettmärsche in größerem Umfang veranstalteten und große Erfolge erzielten. Einzelne Körperschaften und reiche Leute setzten bei ihnen Wettpreise aus und fahren auch jetzt noch darin fort. Die Deutschen, Schweden, Engländer und namentlich die Amerikaner tun es ihnen nicht nur gleich, sondern haben sie in vielem sogar übertroffen. Die alten Heldenvölker, Griechen, Makedonier und Römer, hatten ihre Erfolge größtenteils ihrer kraftvollen Jugend zu verdanken.

Unter den Nationalfesten der ruhmvollen Griechen standen die olympischen Festlichkeiten an erster Stelle, die nahe bei Olympia zu Ehren des Zeus stattfanden. Hier strömten Zuschauer aus allen griechischen Landen zusammen. Die Preise bei diesen Spielen ehrten nicht nur den Sieger, sondern auch seine Vaterstadt. Der Sieger wurde in Liedern verherrlicht und mit Kränzen geschmückt. Schon damals schätzten die Griechen die Schnelligkeit im Lauf am höchsten, und ihr größter Held Achilles wurde der „Schnellfüßige" genannt.

Zu Ehren der Griechen, die vor 3000 Jahren den Wert körperlicher Tüchtigkeit besser verstanden als manche der heutigen Nationen, wozu in erster Linie leider auch wir Serben gehören, werden die auf freiem Feld im Laufen usw. veranstalteten Wettspiele „olympische Spiele" genannt.

Als anläßlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina bei uns Serben das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines bewaffneten serbischen Volkes wach wurde, gründeten einige Männer nach dem Vorbild ähnlicher ausländischer Klubs den Olympischen Klub in Belgrad, zu dem Zwecke, die breitesten Schichten für ritterliche Wettspiele zu werben.

Die Aufgabe des Olympischen Klubs ist nicht etwa die, besondere Sokol- oder Schützenvereine zu gründen; er will diese Vereinigungen vielmehr unterstützen, indem er durch Veranstaltung von Wettspielen im Volke die Neigung zu Leibesübungen weckt, denn natürlicherweise entsteht durch die Wettspiele auch ein größeres Bedürfnis, sich in den entsprechenden Vereinen zu trainieren. Daher verlangt der Klub von seinen Anhängern, daß sie das Volk in die Sokol- und Schützenvereine weisen. Da der Olympische Klub sich bei seiner Tätigkeit von militärischen Rücksichten leiten läßt, wird er sicherlich viel dazu beitragen, die Zahl der geschulten Kämpfer im Volke zu erhöhen. Preise eifern ernstlich zu Erfolgen an. Es wurden deren für alle Gebiete gestiftet. Je höher der Preis, desto größer der Eifer. Ohne Preise gibt es auch keine Wettspiele. Darum hat auch dieser Klub Preise ausgesetzt.

Das sind die Grundlagen, auf denen sich die Tätigkeit des Olympischen Klubs aufbaut. Um die breitesten Schichten für die Teilnahme an den Wettspielen zu gewinnen, müssen in jedem Bezirke, jedem Kreise und jeder Gemeinde Klubs gegründet werden, die wenigstens einmal im Jahre Wettspiele abhalten (zunächst im Marschieren und Schießen) und die Sieger aus den Spenden patriotischer Mitbürger belohnen. Die Olympischen Klubs

sind demnach in den Ortschaften, wo noch keine ritterlichen Übungen gepflegt werden, die Vorläufer der Sokol- und Schützenvereine, in den Ortschaften aber, wo solche bereits bestehen, deren Helfer.

In gemeinschaftlichem, einvernehmlichem Wirken mit den übrigen Sportvereinigungen, vor allem aber mit der Narodna Odbrana werden sie die nützlichen Sportarten heben, die schädlichen zurückdrängen. Die Klubs werden bei ihrer Tätigkeit von dem Unterhaltenderen, Einfacheren zu dem Nützlichern und Kompliziertern übergehen.

Damit, zum Ruhm und Preis unserer Waffen, die Zahl der Kämpfer bei den ritterlichen Wettspielen zunehme, muß unsere ganze Intelligenz sich aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit aufraffen. Zwei, drei energische Männer in Stadt und Dorf, die für den Olympischen Klub im Laufe eines Jahres höchstens eine Woche Zeit opfern, genügen, um die Sache vorwärts zu bringen.

Ihre Mühe wird klein sein, aber großen Nutzen stiften. Denn durch kleine Opfer werden sie dazu beitragen, unser ritterliches Panier bald auf jene Höhe zu bringen, auf der es, gemäß den Zielen der serbischen Narodna Odbrana, stehen muß.

VII. Was wir mit unseren Vorträgen bezwecken.

Die Vorträge der Narodna Odbrana waren bisher mehr oder weniger Agitationsvorträge. Auf ihnen wurde das Programm unserer neuen Tätigkeit entwickelt.

In jedem Vortrag war von der Annexion, von der Tätigkeit der alten Narodna Odbrana und den Aufgaben der neuen Narodna Odbrana die Rede. Aber neben solchen Vorträgen gab es gleich anfangs auch andere mit Erörterungen einzelner Fragen, wie z. B. Wahrung der Volksgesundheit, Bekämpfung des Analphabetentums, Einrichtung des Bauernhauses, Bedeutung des Schützenwesens usw.

Die Vorträge der Narodna Odbrana werden niemals aufhören, Agitationsvorträge zu sein, werden sich aber immer mehr nach den einzelnen Zweigen entwickeln und die verschiedensten Fragen unseres gesellschaftlichen und nationalen Lebens behandeln. Es gilt, in Stadt und Land Vorträge zu halten, ohne Lärm, eher im stillen und bescheiden bis in die kleinsten Weiler. Man suche auf ihnen nicht große Zuhörermengen, sondern gebe sich auch mit einem kleinen Kreise zufrieden, denn ihr Zweck ist nicht Schaustellung, sondern ernste Arbeit.

Die Narodna Odbrana will mit ihren Vorträgen eine ständige Schule für die Belehrung des Volkes im Sinne aller ihrer Aufgaben

errichten. Durch ihre Vorträge treibt sie Agitation, begeistert und gewinnt das Volk für alle ihre Aufgaben, unterweist es in dem, was es ihm als Unterweisung zu geben wünscht. Nach den Absichten der Narodna Odbrana sollen diese Vorträge eine Art freiwilliger Volkshochschulen werden, wo die Hörer ihrer Vorbildung gemäß Belehrung über verschiedene Lebensfragen empfangen. Außerdem müssen diese Vorträge im serbischen Piemont, in Serbien, dem Lande, das der Hüter des heiligen serbischen Gedankens und Träger und Vollstrecker der serbischen Ideale ist, mächtige Leuchtfeuer sein, in denen unauslöschlich die Flammen serbischer Liebe lodern und die serbischen Herzen für das Serbentum und unsere heiligen serbischen Aufgaben begeistern.

So sind die Vorträge der Narodna Odbrana bis heute auch gewesen.

Sie sind ein mächtiger Hebel für uns. Hauptsächlich diesen Vorträgen hat die Narodna Odbrana ihren bisherigen Erfolg zu danken, und wenn sie nur ausdauernd damit fortfährt, wird der Erfolg noch größer sein.

Die Tätigkeit der Narodna Odbrana ist ohne Vorträge überhaupt nicht denkbar.

VIII. Die Arbeit der Frau in der Narodna Odbrana.

Die Narodna Odbrana rechnet bei der Arbeit, die sie vor sich hat, wie auf die Männer so auf die Frauen unseres Volkes.

In den Kämpfen aller Völker haben die Frauen sich große Verdienste um die nationale Befreiung, um Nationalwohl und Fortschritt erworben, so bei den Italienern, Franzosen, Polen und andern Völkern; und die nationalen Kämpfe der Tschechen und Slovenen in der heutigen Friedenszeit beweisen das gleiche.

Auch die serbische Frau ist fähig, die Männer im nationalen Kampfe zu unterstützen. Schon jetzt nimmt sie an der Arbeit für die nationale Wohlfahrt in den verschiedenen Frauenvereinen teil, so daß es keinen wohltätigen Zweck gibt, der sich ohne die Mithilfe unserer Frauen durchführen ließe. Die Narodna Odbrana unterhält bereits eine gewisse Verbindung mit diesen Vereinen (namentlich mit dem „Kreis serbischer Schwestern“) [5]) und ist ihnen für manche ihrer Erfolge verpflichtet.

[5]) *„Kolo srpskih sestara.“*

Die Narodna Odbrana verlangt also von den Frauen nichts, was sie nicht verstünden und übten. Sie will sie bloß in ihrem bisherigen Wirken bestärken und noch größere Liebe dafür bei ihnen wecken, vor allem aber ihre Unterstützung erbitten beim Werke der kulturellen Hebung unserer bäuerlichen Frauen und Mädchen, ihrer Befreiung aus Unwissenheit und Finsternis. Sie sollen mithelfen, das Interesse für unsere Aufgaben in die Reihen der Bauernfrauen zu tragen. Denn das Bauernweib ist unser aller Mutter und befindet sich doch im allerkläglichsten Zustand.

Die Narodna Odbrana hat in ihre Ausschüsse Vertreter der Frauenvereine aufgenommen; sie betont in ihren Vorträgen die Notwendigkeit der Mitwirkung der serbischen Frauen und Mädchen. So hat sie der serbischen Frau ihre Reihen geöffnet und hofft, daß die Hilfe, die sie schon jetzt von ihr empfängt, sich immer größer und erfolgreicher erweisen werde. Abgesehen von der Beteiligung an dem Sammeln wohltätiger Beiträge, der Teilnahme an Festlichkeiten, der Fürsorge für die weibliche Jugend denken wir hier auch an die notwendige Teilnahme unserer Frauen und Mädchen bei der Arbeit der Sokoln und der Schützen. Neben dem Serben gesunden Körpers und edlen Geistes muß auch die Serbin dastehen, gesund an Körper und Geist, neben dem Falken die Falkin.

Die Narodna Odbrana wird ihrerseits sehr gern den Einzug unserer Frauen in alle diese Arbeitsgebiete unterstützen; vor allem aber wünscht sie dazu beizutragen, daß die gebildete serbische Frau auf das Leben der von uns allen vergessenen Bauersfrau Einfluß gewinnt. Diese Sache, mit der sich unsere Frauen, seltene Ausnahmen abgerechnet, bisher noch nicht befaßt haben, betrachten wir als eine überaus wichtige und nützliche im Dienste für Volk und Vaterland.

Die Hilfe, die die serbische Mutter, Gattin, Schwester, Tochter, der Narodna Odbrana leistet, bedeutet eine große Macht, und wir wünschen, daß sie immer noch größer werde.

IX. Nationale Kleinarbeit.

Jedes große Werk setzt sich aus einer Reihe kleinerer zusammen. Die kultivierteren Völker haben schon lange diese Wahrheit bei ihrer nationalen Arbeit beherzigt. Bei ihnen, namentlich bei den Tschechen und Deutschen, wird auch jede Arbeit im Kleinen als Ruhm und Stolz und hoher Nutzen gewertet.

Kleinarbeit bedeutet, daß wir nach und nach, aber sämtlich, arbeiten, daß ein jeder abwechselnd der Sache wenige Tage widmet, dann aber mit Ausdauer und ohne Pause. Kleinarbeit ist die be-

scheidene, unsichtbare, unauffällige Arbeit der Einzelnen und der Vereine im Kleinen, die, wenn man die Früchte summiert, ein großes Werk ergibt. Kleinarbeit ist die Arbeit des Sokoln, der keine Übungsstunde, des Schützen, der kein Schießen versäumt, der fleißigen Lehrerin, die alljährlich, ohne daß irgend jemand davon hört, außerhalb der Schule einige Frauen und Mädchen im Lesen unterrichtet, des Lehrers, der dasselbe unter den Männern tut, des jungen Universitätsstudenten, Geistlichen oder Lehrers, der in seinem Dorf eine landwirtschaftliche Genossenschaft, eine Lesehalle oder Bücherei gründet, des jungen Professors und Arztes aus der Kleinstadt, der im Laufe des Jahres in den Dörfern seines Kreises einige zwanzig Vorträge über die Pflichten eines Bürgers und Serben, über Gesundheit, Körperstählung, den Wert des Lesens und Schreibens usw. hält.

Kleinarbeit ist es, wenn jeder von uns voll Bescheidenheit und Begeisterung seine Furche pflügt, ohne den Blick vom Pfluge zu wenden. Die Kleinarbeit ist eine mächtige und gewaltige Waffe im Kampfe der Tschechen, Deutschen und übrigen Kulturvölker, und es ist Zeit, daß auch wir hier am Balkan, die wir so viel nationales Brachland vor uns haben, den Wert dieser Arbeit begreifen.

Besonders wichtig ist es, daß das Prinzip der Kleinarbeit bei uns Serben zu Ehren gelangt, die wir ein stürmisches südliches Volk sind, geneigt zu lärmendem Wetteifer in großen Worten, aber ungewohnt der bescheidenen Arbeit im Kleinen.

Durch Propagierung des Gedankens der begeisterten und ausdauernden Kleinarbeit bringt die Narodna Odbrana eine Welle von Liebe und Glauben bis zu den vernachlässigtesten Gliedern unserer Gesellschaft, bringt Leben und Arbeit in die verstecktesten Winkel unseres Landes.

Die Kleinarbeit schließt uns alle beim Werk zu einer Einheit zusammen, sie bindet uns an eine Idee, sie gleicht aus, verschmilzt, vereinigt alle unsere Kräfte, indem sie auch die kleinen heranzieht, auch den geringsten Bedeutung verleiht, alle in einem Geiste, zu einem Ziele, einem Endzweck sammelt: der Freiheit und Einigung unseres Volkes!

Das Prinzip der Kleinarbeit annehmen, bewirkt, daß sich auch das Kind mit der Sokolfeder am Hut, die Gymnasiastin, die Abonnenten für ein nützliches Volksbuch sammelt, der Bauer, der der Schießstätte seinen kleinen Beitrag für die Schießübungen entrichtet, der Gymnasiast mit dem Abzeichen der Antialkoholiker sich als wertvoller Arbeiter an der Schaffung der nationalen Freiheit und des nationalen Glückes fühlen kann, von den erwachsenen

Bürgern und intelligenten Beamten, den Arbeitern in den kulturellen, nationalen und patriotischen Instituten ganz zu schweigen. Welchen Nutzen eine derartige Auffassung bringt, wie die Moral, das Selbstvertrauen des Volkes dadurch gehoben wird, läßt sich nicht ausdrücken.

Kleinarbeit ist die Folge fortschrittlicher Auffassung von Leben und Gesellschaft. Die Herrschaft der großen Phrasen soll durch praktisches Wirken ersetzt werden. Stein zu Stein gefügt, wird ein Palast, sagt unser Sprichwort. Die Kleinarbeit will das gleiche. Statt lärmender Reden von großen Dingen fordert sie große Werke in kleinem Raum; statt leeren Geschreies über Duschans großes Kaiserreich will die Kleinarbeit aus jedem serbischen Dorf ein kleines Reich Duschans schaffen; ehe wir das ganze Serbentum einigen, sollen wir jedes serbische Dorf in einem Gedanken, einem Wirken einigen. Wir können jedes serbische Haus zu einer kleinen serbischen Burg machen, jedes serbische Dorf zu einer kleinen serbischen Festung, jede serbische Stadt zu einem kleinen Reiche serbischen Bewußtseins, serbischen Wissens, serbischer Kraft. Diese herrlichen Aufgaben, diese großen Ziele hat die bescheidene, von uns heute noch verachtete Kleinarbeit im Volke, für die Stählung seiner Kräfte, für Genossenschaftswesen, Volksgesundheit, Bekämpfung des Analphabetentums, des Alkohols usw. zu leisten.

Indem sie kleine Ziele zu einer großen Aufgabe erhebt, der bescheidensten Tätigkeit die Bedeutung eines heiligen Werkes beilegt, führt die Narodna Odbrana eine wahre Revolutionierung der Geister durch im Sinne ihrer Auffassung von den Pflichten und der Wichtigkeit der nationalen Arbeit.

Kleinarbeit zu predigen als ein mächtiges Mittel zur Regenerierung unserer Gesellschaft gehört gleichfalls zu den ersten Aufgaben der Narodna Odbrana.

X. Die Renaissance der Gesellschaft.

Wenn man alles in Betracht zieht, erkennt man, daß unsere heutige Gesellschaft nicht auf jener Höhe steht, wie der Ernst der Zeit und ihre Aufgaben es erfordern.

Unser Volk ist nicht gesund genug, nicht reich genug, seiner nationalen Pflichten nicht genügend bewußt, nicht genug fleißig und sparsam, nicht gewandt genug im Gebrauch der Waffen, auch nicht genug mit Waffen versehen, ist gleichgültig und nachlässig, seinen heutigen Pflichten nicht gewachsen.

Was für das Volk im allgemeinen gilt, gilt ganz besonders und hauptsächlich auch für die Intelligenz. Sie ist die Führerin des

Volkes. Manche der Übel, an denen wir kranken, würden rasch verschwinden, wenn die Intelligenz ins Volk ginge und auf Besserung hinwirkte. Wenn wir nicht untergehen wollen, müssen wir trachten, unser Leben zum Bessern zu lenken, müssen die Regenerierung unserer ganzen Gesellschaft und vor allem unserer Intelligenz anstreben.

Die gesamte Tätigkeit der Narodna Odbrana hat die Umwandlung unser aller, der Gesellschaft, des Volkes, Serbiens, des Serbentums zum Ziel. Jede einzelne Aufgabe der Narodna Odbrana bedeutet das Anstreben einer Wandlung und Wiedergeburt in jedem einzelnen Teile des nationalen Lebens, alle Aufgaben zusammen bedingen die Wiedergeburt der Gesamtheit.

Die Narodna Odbrana will die Schaffung eines neuen Serbiens, eines neuen Geschlechts, neuer Menschen, einer neuen serbischen Intelligenz. Denn nur neue Männer werden fähig sein, allen Schwierigkeiten unserer Lage zu trotzen, alle Gefahren von Serbien und dem Serbentum zurückzuschlagen, unser Volk den Weg des Sieges und Erfolges zu führen.

Das ganze Programm der Narodna Odbrana, so vielfältig und reich an Aufgaben, läßt sich in dem einen Wort ausdrücken: Wiedergeburt.

Die Narodna Odbrana erstrebt die Wiedergeburt des Staates und des Volkes, unserer ganzen heutigen Gesellschaft. Auf dieses Ziel ist ihre ganze Tätigkeit zugeschnitten. Aber damit sie überhaupt daran arbeiten kann, müssen zu allererst die Mitglieder ihrer eigenen Ausschüsse wie alle ihre übrigen Mitarbeiter und Agitatoren als neugewandelte Menschen vor die Gesellschaft hintreten.

Vor der Wandlung der andern, müssen wir erst die eigene bewirken, bevor wir die Wiedergeburt der Umwelt betreiben, müssen wir sie erst in uns selber vollbringen. Das ist eine natürliche und logische Forderung. Nur wer selbst tief davon überzeugt ist, daß der Zustand des Serbentums sehr ernst und daß eine Arbeit, wie die Narodna Odbrana sie predigt, notwendig ist, wer ohne diese Überzeugung nicht leben kann, nur der wird für uns der Mitarbeiter sein, den wir brauchen; nur ein solcher wird unsere Ideen zu agitieren verstehen. Denn er dient ihnen, indem er selbst alle ihre Forderungen erfüllt, ihm wird man darum auch Glauben schenken!

Die innere Wandlung der ganzen Gesellschaft und in erster Linie ihrer eigenen Mitglieder ist daher das Ziel, dem die gesamte Tätigkeit der Narodna Odbrana zustrebt.

Ein wahrer Arbeiter der Narodna Odbrana ist einzig und allein der innerlich Gewandelte, der sich im Geiste der von der Narodna

Odbrana verkündeten Ideen zu einem neuen Menschen, einem begeisterten Arbeiter und Kämpfer entwickelt hat, wie die Narodna Odbrana ihn braucht, und der seiner Umgebung durch sein Beispiel in der Ausführung des Programms der Narodna Odbrana alle Tage voranleuchtet.

Die Narodna Odbrana soll die Regenerierung der Gesellschaft, die Schaffung neuer, besserer serbischer Menschen, die allen Anforderungen der neuen Zeit entsprechen werden, vollbringen, was, in größerem Umfang natürlich, viel Zeit und Arbeit beanspruchen wird; aber in kleinerem Umfang muß es schon heute gelingen.

Diese ersten neuen Menschen müssen schon heute ihre ersten und begeisterten Mitarbeiter sein.

XI. Neue Obilitsche und Singjelitsche [6]).

Es ist eine durchaus verkehrte Auffassung, daß Kossowo [7]) einmal war und vorbei ist und heute nur noch gerächt werden soll. Kossowo ist auch heute mitten unter uns, oder, anders ausgedrückt, wir sind auch heute mitten auf Kossowo, und es handelt sich nicht darum, es zu rächen, sondern darauf zu kämpfen.

Das serbische Volk befindet sich ständig auf Kossowo, nur wechselt diese Walstatt Form und Gestalt. Unser heutiges Kossowo z. B. ist die Finsternis und Unwissenheit, in der unser Volk lebt. Unkultur jeglicher Art, unhygienische Zustände, mangelndes Nationalbewußtsein, Partei- und andere Fehden, das sind die Türken von heute, gegen die wir auf dem neuen Kossowo zu Felde ziehen müssen. Hier sind die inneren Ursachen des neuen Kossowo; die äußern aber jenseits unserer Grenzen, im Norden und Westen sind: Deutsche, Österreicher, Schwaben mit ihrem Ansturm gegen unsern serbischen und slawischen Süden. Finsternis und Unwissenheit bei unserm Volk im Innern, die deutsche Invasion von außen, das sind die neuzeitigen Türken, denen wir heute auf dem serbischen Kossowo zu begegnen und mit denen wir den Kampf auszufechten haben für den serbischen Namen und die serbische Freiheit.

Nicht minder falsch ist es, die Freiheit eines Volkes als vollkommen anzusehen, wenn es nicht physisch geknechtet ist. Man kann auch in den Banden von Irrtümern, Vorurteilen, von Unwissenheit, Krankheit, Trunksucht, Unkultur liegen. Gegen alle diese Übel

---

[6]) *Serbische Nationalhelden, der erste zur Zeit des Kaisertums, der zweite zur Zeit des serbischen Aufstandes gegen die Türken.*

[7]) *Kossowo, das „Amselfeld".*

ist der Krieg zu führen. Wie seinerzeit der Aufstand gegen die türkischen Befehlshaber und Unterdrücker, muß sich jetzt ein Aufstand gegen diese nationalen Übelstände erheben und die Befreiung von ihnen erkämpft werden.

Falsch ist auch die Ansicht, daß nur dann Krieg sei, wenn die Geschütze donnern und die Gewehre krachen. Unter den Völkern giebt es niemals Frieden; es ist immer Kriegszustand, denn das Leben schreitet im Zeichen des Kampfes vorwärts. Auch heute, mitten im Frieden, führt das serbische Volk den verzweifelten Krieg. Wehe dem, der dessen nicht bewußt ist! Dieser Krieg ist unser heutiger Kampf um Boden, Gesundheit, Kultur, Wissen, Schule, Körperstählung — wie wir dies bereits im Kapitel „Die neue, die gegenwärtige Odbrana" eingehend ausgeführt haben.

Von dieser Auffassung unserer heutigen Lage durchdrungen, erwartet die Narodna Odbrana, daß sie in den unbekannten kleinen Lehrern und Geistlichen, unter den Studenten, Kaufleuten und den andern bescheidenen Arbeitern der Privatinitiative aller Richtungen neue Obilitsche und Singjelitsche finden wird, wie sie das heutige Kossowo, der heutige Befreiungskampf erfordert. So wie einst Milosch Obilitsch sich durch die türkischen Schwerter und Lanzen durchschlug bis zu dem Zelte Murads, um ihn zu ermorden, so muß der neue, zeitgenössische Obilitsch, ob Lehrer oder Geistlicher oder sonst ein nationaler Arbeiter, mitten durch Beleidigungen, Demütigungen, Ungerechtigkeiten seinen Weg nehmen, um Finsternis und Unwissenheit aus der Seele des Volkes zu vertreiben. So wie einst Singjelitsch bei der Verteidigung des neugeschaffenen Serbien zugleich mit der Schanze sich selbst und seine Gefährten in die Luft sprengte, so muß heute der nationale Arbeiter oft sein Familien- und persönliches Glück in die Schanze schlagen, um Tag für Tag für die Befreiung unserer Gesellschaft von ihren Gebrechen, wie Krankheiten, Armut, mangelndes Nationalbewußtsein usw., zu agitieren!

Auch der Kampf um Kulturgüter erfordert nicht geringeres Heldentum wie der Krieg. Ein tüchtiger Sokol und Schütze sein ist nichts Leichtes. Vortrag um Vortrag halten in Stadt und Dorf, in einer Atmosphäre von Verständnislosigkeit, Bosheit und Mißgunst, unermüdlich diesen oder jenen edlen Gedanken der nationalen Wiedergeburt verfechten, heißt ein Held sein. Die Arbeit in der Genossenschaft, im Verein für Volksgesundheit und in jeder andern ähnlichen Sache ist mit physischen, geistigen, moralischen und

materiellen Opfern verbunden. Das gilt namentlich für unsere Auslandsgebiete, Türkei und Österreich-Ungarn, wo die Behörde solche Leute verfolgt, sie ins Gefängnis und an den Galgen bringt.

So wie das lanzensplitternde Kossowo einen Obilitsch und der erhabene Kampf am Tschegar einen Singjelitsch erstehen ließ, so muß auch dieser Kampf, den wir gegen Finsternis und Unwissenheit, und für Licht und Wissen, diese wahre Freiheit, führen, uns neue ähnliche Helden bescheren.

Die Narodna Odbrana zweifelt nicht daran, daß in dem Kampfe der Gewehre und Geschütze, dem wir gegen die Schwaben [8]) und unsere sonstigen Feinde entgegengehen, unser Volk eine ganze Reihe von Helden stellen wird. Aber die Narodna Odbrana begnügt sich nicht damit. Sie betrachtet auch unsern heutigen angeblichen Friedenszustand als Krieg und fordert auch Helden für den Gegenwartskampf, den wir in Serbien und jenseits der Grenze führen.

Durch diese Forderung betont die Narodna Odbrana in vollstem Maße, wie wichtig für das Vaterland der von uns geforderte Kampf, und wie ruhmreich und ehrenvoll es ist, ein Kämpfer der Narodna Odbrana zu sein.

XII. Die Verbindung mit Brüdern und Freunden.

Zu den Hauptaufgaben der Narodna Odbrana gehört auch die Aufrechterhaltung der Verbindung mit unsern nähern und entfernteren Brüdern jenseits der Grenzen und unsern übrigen Freunden in der Welt.

Wenn die Narodna Odbrana das Wort „Nation" gebraucht, so denkt sie an unser ganzes Volk, nicht bloß an das in Serbien. Die Narodna Odbrana freut sich über jeden Aufschwung unserer Brüder jenseits der Grenzen, der sich in der Richtung der hier von uns entwickelten Aufgaben bewegt, und wünscht, dass die freiwillige, private Arbeit bei unserem Stammesgenossen jenseits der Grenze sich möglichst reich entfalte; denn für diesen Teil unseres Volkes ist tatsächlich die private Initiative die einzige Rettung. Denn er ist vollständig auf Selbsthilfe angewiesen, während unser Volksteil in Serbien seinen Staat hat, der für ihn sorgt. Die Narodna Odbrana hofft, daß die von ihr in Serbien entwickelte Tätigkeit ein mächtiger Ansporn für die Brüder jenseits der Grenzen sein wird, auch ihrerseits die Privatinitiative lebhafter zu unterstützen, damit der neue nationale Aufschwung zur Schaffung

[8]) *Schwaben, populärer Ausdruck für Deutsche, Österreicher.*

einer machtvollen und starken nationalen Schutzwehr allen serbischen Gebieten gemeinsam sei. Wenn das nicht der Fall ist, wird auch die nationale Schutzwehr nicht vollständig sein.

Die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Brüdern jenseits der Grenze legt uns die Pflicht auf, recht häufige Zusammenkünfte mit unsern nähern und entfernteren Brüdern herbeizuführen und solche Zusammenkünfte auch bei uns in Serbien zu pflegen. Diese Zusammenkünfte brauchen nicht grossartig und lärmend zu sein. Je bescheidener und häufiger sie sind, um so eher werden sie zum Ziele, dem gegenseitigen Kennenlernen und der gegenseitigen Annäherung, führen.

Die Narodna Odbrana hat alle Beziehungen, die sie während der Annexionszeit in Europa, in den Zentren der uns freundlich gesinnten Völker anknüpfte, bewahrt. Sie pflegt diese Verbindungen auch weiter nach besten Kräften und hat bei Bestreben. sie noch zu verstärken, auch Erfolg.

So wie die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Brüdern jenseits der Grenzen es bedingt, dass die Narodna Odbrana jedem Serben, Kroaten und Slowenen, der nach Serbien kommt, hilfreich an die Hand geht, so muss sie sich auch jedem Fremden, der als Freund in unsere Mitte kommt, um sich über unsere Verhältnisse zu informieren, gefällig erweisen. Die Informierung der uns freundlichen Nationen über unsere nationale Lage muß, wenn sie Nutzen, bringen soll, unaufhörlich betrieben werden.

Die Narodna Odbrana verfolgt wachsamen Auges alle Vorgänge im Serbentum und rings um seine Gemarkungen, bereit, sich jederzeit ganz für die gerechte und heilige nationale Sache einzusetzen. Wenn es dazu kommt, wird sich unser heutiges Bestreben um die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Brüdern und Freunden jenseits der Grenzen Serbiens als nützlich und fruchtbringend erweisen.

In den Rahmen dieser Tätigkeit gehört es auch, unser Volk in Serbien über die Verhältnisse bei unsern Stammesgenossen jenseits der Grenze wie auch über die Verhältnisse unserer Freunde zu belehren. Auch in dieser Richtung muß die Tätigkeit der Narodna Odbrana eine energische und anhaltende sein. Unser Volk in Serbien muß über alle Verhältnisse bei unsern Brüdern gründlich informiert sein und muß auch die Verhältnisse unserer Freunde gut kennen. Nur ein genaues Wissen in beiden Richtungen vermag ihm die notwendige Erkenntnis unserer nationalen Kraft zu vermitteln und es mit der vollen Wahrheit über unsere nationale Lage und Aufgabe bekanntzumachen.

XIII. Zwei wichtige Aufgaben.

Zum Schlusse wollen wir noch zwei wichtige Aufgaben der Narodna Odbrana erwähnen und damit den programmatischen Teil der Broschüre schließen.

Die Narodna Odbrana steht auf dem Standpunkt, daß durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina die Invasion von Norden gegen unsere Länder vollkommen klar geworden ist, sie betrachtet darum Österreich als unsern hauptsächlichen und größten Feind und stellt es als solchen unserm Volke dar. Dieses Vorgehen der Narodna Odbrana ist keineswegs von Fanatismus oder Chauvinismus eingegeben, es ist eine gesunde, durchaus verständliche und begreifliche Aufgabe, eine elementare Pflicht, ein Bedürfnis genau so wie die Einprägung der Tatsache, daß zwei mal zwei vier ist.

Dem serbischen Volk war niemals am Haß um des Hasses willen gelegen, aber ihm war stets sehr viel an Freiheit und Unabhängigkeit gelegen. Wir haben es schon an anderer Stelle gesagt: Wie einst von Süden her die Türken uns bedrängten, so rückt heute von Norden Österreich gegen uns heran! Wenn die Narodna Odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich predigt, so predigt sie die heilige Wahrheit, die sich aus unserer nationalen Lage ergibt. Wenn sich Haß und Fanatismus daraus entwickeln, so sind es notwendige und natürliche Erscheinungen, die als Folge auftreten und durchaus nicht der Zweck sind. Für uns ist das Ziel unsere Selbsterhaltung, unsere Freiheit. Wenn Haß gegen Österreich bei uns aufkeimt, so sind nicht wir es, die ihn säen, Österreicht ist der Sämann des Hasses mit seinen Prozeduren wider uns, die uns den Kampf aufzwingen bis zu seiner Vernichtung.

Heutzutage ist überall eine neue Auffassung des Nationalismus herrschend geworden. Der Nationalismus (das Gefühl der Nationalität) ist nicht mehr ein historisches oder poetisches Gefühl, sondern der reale, praktische Ausdruck des Lebens. Bei den Franzosen, den Deutschen und Engländern und allen übrigen fortgeschrittenen Völkern ward der nationale Begriff zu etwas ganz Neuem, es liegt in ihm der Begriff Brot, Raum, Luft, Handel, Wettbewerb in allem und jedem. Nur bei uns hat er noch immer die antiquierte Form, ist eher die Frucht seelischen Schmerzes als vernünftiger Einsicht und nationalen Vorteils.

Wenn man bei uns in Serbien von Befreiung und Einigung spricht, paradiert man viel zu viel mit den Worten „Sprengung der Fesseln“ und „Befreiung der Sklaven“, beruft man sich viel zu viel

auf den alten serbischen Ruhm und denkt viel zu wenig daran, daß die Befreiung der unterjochten Gebiete und ihre Vereinigung mit Serbien für unseren Bürger, unseren Kaufmann, unseren Bauern notwendig ist aus Gründen der allerelementarsten Bedürfnisse von Kultur und Handel, von Brot und Raum. Wenn man unserem scharfäugigen Volk die nationalen Aufgaben als Aufgaben erklären wird, die aufs engste mit den faktischen Bedürfnissen unseres Lebens zusammenhängen, wird unser Volk mit größerer Opferwilligkeit an die nationale Arbeit gehen als es heute der Fall ist. Man muß unserem Volk sagen, daß die Freiheit Bosniens ihm selber notwendig sei, nicht bloß aus dem Gefühl des Mitleids mit den Brüdern, die dort leiden, sondern auch wegen des Handelns und der Verbindung mit dem Meere; die nationale Einigung sei ihm notwendig wegen der stärkeren Entwicklung der gesamten Kultur. Das italienische Volk begrüßt die Eroberung von Tripolis nicht nur deshalb mit Begeisterung, weil die italienschen Waffen dadurch Ruhm gewinnen, sondern vor allem wegen des Nutzens, den es von der Angliederung Tripolitaniens erhofft! Unser Volk muß viel mehr Sachlichkeit in seine nationale Politik hineintragen. Man muß ihm vor Augen führen, wie wir wirtschaftlich, kulturell usw. dastünden, wenn wir in einem Staate vereint wären, in einer für den Handel so günstigen Lage wie es die unsere zwischen Timok und Adria ist . . .

Neben der Aufgabe, unser Volk über die ihm von Österreich drohende Gefahr aufzuklären, hat die Narodna Odbrana noch die andere wichtige Aufgabe, unserem Volk bei voller Wahrung seiner heiligen nationalen Erinnerungen diese neue, gesunde, in ihren Folgen überaus fruchtbare Auffassung des Nationalismus und der Arbeit für die nationale Befreiung und Einigung beizubringen.

XIV. Schluß.

Die alte Narodna Odbrana war durch die Annexion hervorgerufen worden. Als man sah, daß es keinen Krieg geben würde, stellte die Narodna Odbrana ihre durch die Annexion bedingte Tätigkeit ein und wandte sich einer neuen Tätigkeit zu, wie es ihre heilige Aufgabe als nationale Schutzwehr erforderte. Denn die Lehre, die wir aus der Annexion schöpften, lautete: Es gilt uns vorbereiten, aufs umfassendste, mit aller Kraft und höchster Ausdauer. Der Staat rüste amtlich seine Kräfte und parallel damit rüste sich die Privatinitiative mit ihren freiwilligen Kräften: bereiten wir uns vor, bereiten wir uns ohne

Unterlaß auf den Kampf vor, den uns die Annexion voraussagt. Diesen privaten Arbeits- und Vorbereitungswillen zu beleben, zu sammeln, zu konzentrieren hat die Narodna Odbrana unternommen; sie will ihn aufrütteln, wo er matt geworden ist, ihn einpflanzen, wo er fehlt, ihn befrieden, wo er in Fehden erstickt ist. Die Vorbereitung und Stärkung Serbiens auf allen Gebieten des nationalen Lebens und des nationalen Kampfes ist das Arbeitsprogramm der Narodna Odbrana. Indem sie ihre Wirksamkeit der Zeit und den geänderten Verhältnissen anpaßt und alle während der Annexion angeknüpften Verbindungen aufrechterhält, ist die Narodna Odbrana heute dieselbe, die sie zur Zeit der Annexion war.

Sie ist auch heute eine Schutzwehr, sie ist auch heute national. Um ihre Fahne schart sie auch heute die Bürger Serbiens, wie sie sie während der Annexionszeit um sich scharte. Damals rief man nach Krieg, heute ruft man nach Arbeit. Damals war die Forderung: Meetings, Demonstrationen, Freiwillige, Komitadschis, Gewehre und Bomben, heute ist die Forderung: stille, fanatische, unermüdliche Arbeit, Arbeit und wiederum Arbeit für die von uns dargelegten Aufgaben und Pflichten als Vorbereitung für den Kampf mit Gewehren und Kanonen, der kommen wird.

Die Wandlung, die sich nach der Annexion in Serbien vollzog, ist in vielem der Narodna Odbrana zu danken. Als wahre nationale Schutzwehr wird die Narodna Odbrana bis zu Ende ausharren, und wenn dieses Ende kommt, wenn Verhältnisse eintreten ähnlich denen der Annexion, wird die Narodna Odbrana, eben dank ihrer jetzigen Tätigkeit, der Aufgabe, die sie in jenem Augenblick zu erfüllen haben wird, mit einer zehnfach größeren Kraft gegenüberstehen als zur Zeit der Annexion. Durch ihre heutige Tätigkeit bereitet sie sich und das Land für ihre eigentliche Tätigkeit vor, um derentwillen sie auch entstanden ist.

Alles in allem: mit dieser ihrer Tätigkeit bezweckt die Narodna Odbrana, an dem großen Tag der Abrechnung vor den Feind hinzutreten mit einem Serbenvolk, das gesund, national bewußt und innerlich versöhnt ist, ein Volk der Sokoln, Schützen, Helden, die Furcht und der Schrecken des Feindes, der zuverlässige Vorkämpfer und Vollstrecker des geheiligten serbischen Gedankens.

Wohl uns, wenn uns dies gelingt, weh uns, wenn es uns mißlingt.

Der Reiseweg des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Bosnien und die Wege der Attentäter von Belgrad nach Sarajewo.

Wir sind des öftern, auch von amerikanischer Seite, darum gebeten worden, einmal nähere Einzelheiten über den Weg der Attentäter von Belgrad nach Sarajewo mitzuteilen. Dem Wunsche unserer Leser glaubten wir am besten dadurch zu entsprechen, daß wir eine Skizze bringen, in der die Wege der Attentäter eingezeichnet sind.

Bei dieser Gelegenheit haben wir es auch für zweckmäßig erachtet, die Reiseroute des Erzherzogs ebenfalls in der Skizze darzustellen.

Eine weitere Skizze veranschaulicht die Aufstellung der Attentäter bei dem mißlungenen Attentatsversuch und dem eigentlichen Attentat.

Die Schriftleitung.

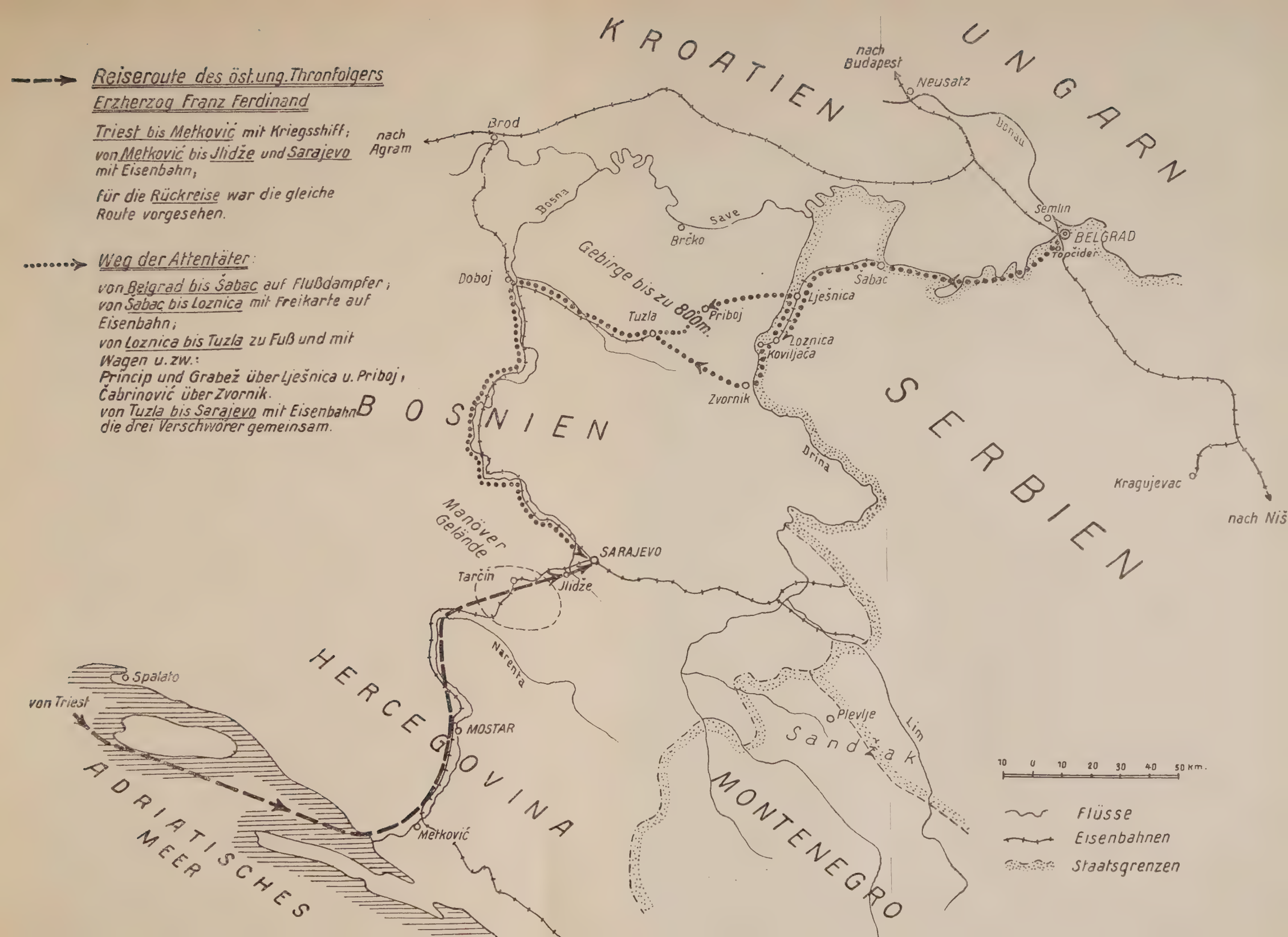
Der Reiseweg des Erzherzogs.

In der anliegenden Skizze ist sowohl die Reiseroute eingetragen, die Erzherzog Franz Ferdiand für seine Fahrt nach Sarajewo wählte, wie auch die Wege verzeichnet sind, die die Attentäter einschlugen, um aus Serbien in die bosnische Hauptstadt zu gelangen. Der nachfolgende Text dient zur Erläuterung von Einzelheiten.

Am 25. Juni 1914 war Erzherzog Franz Ferdinand, von Wien über Triest kommend, mit dem Dreadnought „Viribus Unitis“ bei Tagesanbruch an der Narentamündung eingetroffen, auf ein kleines Kriegsschiff übergestiegen und nach Metković gefahren. Hier wurde gelandet und nach einem kurzen Empfang durch die Ortsbehörden mit der Eisenbahn nach Mostar gefahren.

In Mostar, der Hauptstadt der Herzegowina, wurde der Erzherzog durch die Zivil- und Militärbehörden festlich empfangen. Unter dem Jubel der Bevölkerung erfolgte eine einstündige Rundfahrt durch die Stadt, ohne daß von einer feindseligen Haltung der Bevölkerung etwas zu merken oder Anzeichen einer Verschwörung zu verspüren gewesen wäre, wie dies nachträglich böswilligerweise hin und wieder behauptet worden ist.

Um einhalb zehn Uhr vormittags Abfahrt von Mostar mit der Eisenbahn. Um drei Uhr nachmittags Ankunft im Badeorte Ilidze (etwa 8 km von Sarajewo), wo der Erzherzog mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, zusammentraf. Die Herzogin war über Agram gefahren.


Reiseroute des öst.ung. Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand
Triest bis Metković mit Kriegsshiff;
von Metković bis Jlidže und Sarajevo mit Eisenbahn;
für die Rückreise war die gleiche Route vorgesehen.
Weg der Attentäter:
von Belgrad bis Šabac auf Flußdampfer;
von Šabac bis Loznica mit Freikarte auf Eisenbahn;
von Loznica bis Tuzla zu Fuß und mit Wagen u. zw.:
Princip und Grabež über Lješnica u. Priboj;
Čabrinović über Zvornik.
von Tuzla bis Sarajevo mit Eisenbahn die drei Verschwörer gemeinsam.
KROATIEN
UNGARN
nach Budapest
Neusatz
Donau
nach Agram
Brod
Bosna
Save
Brčko
Semlin
BELGRAD
Topčider
Gebirge bis zu 800m.
Doboj
Šabac
Lješnica
Tuzla
Priboj
Loznica
Koviljača
Zvornik
BOSNIEN
SERBIEN
Drina
Kragujevac
nach Niš
Manöver Gelände
SARAJEVO
Tarčin
Jlidže
Narenta
Spalato
von Triest
HERCEGOVINA
MOSTAR
Metković
ADRIATISCHES MEER
Pievlje
Lim
Sandžak
MONTENEGRO
10 0 10 20 30 40 50 km.
Flüsse
Eisenbahnen
Staatsgrenzen

Um fünf Uhr nachmittags begab sich der Erzherzog mit seiner Frau spontan und inoffiziell nach Sarajewo, um verschiedene Einkäufe zu besorgen. Das erzherzogliche Paar wurde alsbald von der Bevölkerung erkannt und mit Jubel begrüßt. Die von den herbeigeströmten Volksmassen dicht umgebenen hohen Gäste gingen zu Fuß von Geschäft zu Geschäft, nie hätte ein Mordanschlag leichter durchgeführt werden können, als bei dieser Gelegenheit, auch Princip befand sich gerade damals in nächster Nähe des Erzherzogs.

Am 26. Juni nahm der Erzherzog bei strömendem Regen am Manöver teil.

Am 27. Juni werden die Manöver vormittags bei schönem Wetter beendet, der Erzherzog begab sich zurück nach Ilidze, wo abends eine Hoftafel für die zivilen und militärischen Würdenträger stattfand.

Der Weg der Attentäter.

Zur Erläuterung der Reiseroute der Attentäter veröffentlichen wir nachstehend die sehr lebendige Darstellung, die sich in der Einleitung zu dem Buche „Der Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo“ von Professor Pharos [1]) findet:

„Die Art, wie die Bomben nach Sarajewo geschafft wurden, ist ebenso romanhaft interessant wie auch bezeichnend für das ganze Verhalten des serbischen Beamtentums. Wie von seiten des serbischen Kriegsministeriums an die Grenzbeamten Aufträge gegeben waren, in Bosnien Kommissäre und Vertrauensmänner aufzustellen und zu spionieren, um von jedem Dorf und jeder Stadt die Anzahl der militärpflichtigen Bevölkerung zu erfahren, ebenso war es das serbische Militär, welches bei der Bombenangelegenheit seine Hilfe lieh. Es ist wirklich etwas Wahres, wenn einer der serbischen Urheber den Verschwörern sagte, daß ein Tunnel von Belgrad bis Sarajewo ging; so waren die Etappen überall ausgewählt und überall Vorsorge getroffen, daß diese verderblichen Geschosse an Ort und Stelle geschafft wurden. Von Belgrad ging es bis Sabac zu Wasser; in Sabac war es ein Major, der die Weitervermittlung übernahm: die Verschwörer bekamen die Anweisung für die Eisenbahn bis Loznica, wo sie einem Hauptmann empfohlen waren, alles mit lakonischen Bemerkungen, welche zeigen, wie genau die Sache eingefädelt war. Von da aus handelte es sich um die schwierige Grenzüberschreitung. Der eine der Ver-

[1]) R. von Decker's Verlag G. Schenck, Königl. Hofbuchhändler. Berlin 1918.

schworenen nahm den Weg über Zvornik, die anderen, welche die Bomben trugen, nämlich Princip und Grabez, aber fuhren gen Losnica und von da auf die Drinainsel. Dies war der berüchtigte Schmugglerweg. Einer der serbischen Grenzwächter mußte sie hier durchlassen, und dort trafen sie einen allbekannten Schmuggler, der sie abends unbeachtet über die Drina führte. Jetzt waren sie auf bosnischem Grund, und von da hieß es dann, überall die gefährlichen Strecken hindurch, an all den Gendarmeriekasernen vorbei, nach Sarajewo zu gelangen. Zunächst ging es nach Priboj, wo man den serbischen Vertrauensmann, den Kommissär der „Narodna odbrana", den Lehrer Cubrilović, antreffen sollte. Das war nun nicht so einfach; die Bomben waren schwer, die Wege bedenklich. Die Expedition machte vor Priboj halt, schlief in einem Stalle und trat morgens in die Hütte eines Bauern ein, der sie den Weg bis Priboj geleiten sollte. Der Lehrer Cubrilović stand längst mit der „Narodna odbrana" im Verkehr; er war der Vorstand des dortigen „Sokol", der angeblich ein Turnverein sein sollte, aber, wie alle jene Vereine, politischer Natur war und einen Zweigverein der „Narodna odbrana" bildete. Der Lehrer war mit den serbischen Häuptern der „Narodna odbrana" in ständiger Verbindung, und der Zwischenträger war eben jener Schmuggler, der jeweils die Verbindung zwischen dem Pribojer Verein und der „Narodna odbrana" besorgte. Während sich nun die Verschwörer in der Nähe von Priboj im Versteck hielten, suchte der Schmuggler den Lehrer auf; er traf ihn schon unterwegs, reitend, und nun ging es weiter. In Priboj selbst geleitete sie der Lehrer zu seinem Gevatter Kerović, der einen Wagen besorgen sollte, und so fuhr man nachts 11 Uhr im tiefen Dunkel weiter. Der Gevatter wußte von der ganzen Sache und kam dadurch in die bösesten Ungelegenheiten. Schon bei jenem ersten Bauern vor Priboj hatte man die Bomben in Taschen gelegt, die Taschen dann in die Satteltasche des Pferdes gesteckt, auf dem der Lehrer ritt; jetzt konnte man mit den Bomben auf dem Wagen weiterfahren. An verdächtigen Orten stiegen die Verschwörer aus und machten einen Umweg, um nachher den Wagen wieder zu treffen. Und so gelangte man in aller Frühe nach Tuzla. Dies scheint ein gefährlicher Verschwörerort gewesen zu sein: das dortige Gymnasium war ein Herd politischer Treibereien der unreifsten Leute, und der Leiter der ganzen Bewegung war eine Art von Studentenvater, Jovanović, der Inhaber eines Kinos, der Vorstand des dortigen Sokol, der mit der „Narodna odbrana" in ständigem Verkehr stand. Ihm mochte die ganze Angelegenheit weniger an-

genehm sein; denn er war trotz seiner revolutionären Tätigkeit ein Mensch des behaglichen Lebensgenusses, der die Verschwörung gleichsam nur en bon-homme betrieb. Doch konnte er sich der Aufgabe nicht entziehen, denn der Lehrer Cubrilović hatte ihm noch einen besonderen Brief geschrieben und ihm die ganze Gesellschaft empfohlen. Die Bomben selbst nach Sarajewo zu bringen, übernahm er nicht; sie sollten bei ihm in Tuzla bleiben. Er hatte auf dem Boden ein gründliches Versteck, und hier wurden die verhängnisvollen Geräte geborgen. In Tuzla traf auch von Zvornik, jener dritte Verschwörer, mit den zwei anderen zusammen, und so ging es auf der Bahn nach Sarajewo. Die Bomben sollten nun von einem vierten Verschwörer, einem etwas erwachseneren jungen Manne (Ilić) abgeholt werden, der sich bei Jovanović durch eine Schachtel Stephaniezigaretten legitimierte. Aber auch dies machte wieder einige Schwierigkeiten. Ilić getraute sich nicht mit dem verhängnisvollen Paket durch Tuzla zu gehen; daher sollte es Jovanović zur kleinen Station Doboj bringen. Das übernahm er, hatte er ja auch dort noch Geschäfte; und so trug er das verschnürte Paket unter seinem Havelock, barg es dort bei einem Händler, und von diesem holte es wieder Ilić ab, der es dann nach Sarajewo brachte und dort in seiner Wohnung unter einem Sofa versteckte.

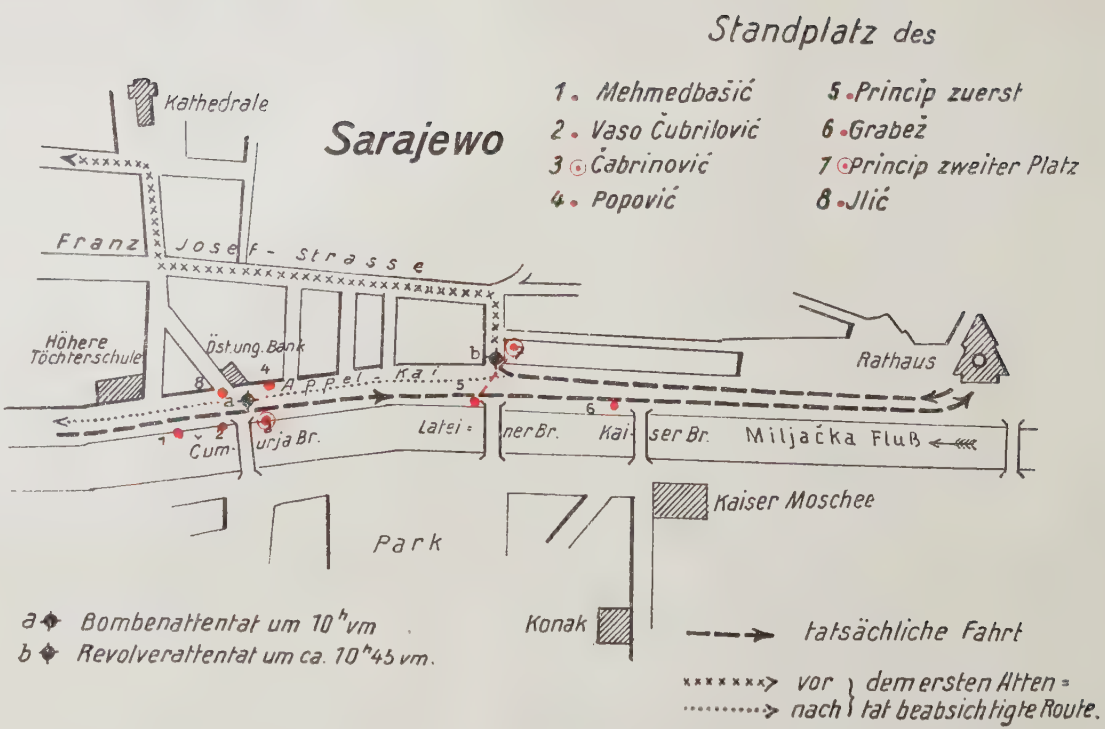
Dies sind die Einzelheiten der verhängnisvollen Bombenreise!"

Das Spalier der Attentäter.

Zur Skizze über die Aufstellung der Attentäter in Sarajewo am 28. Juni 1914.

Am 28. Juni morgens erhalten die drei aus Belgrad gekommenen Attentäter Princip, Gabrinović und Grabez ihre Mordwaffen durch Ilić in einer kleinen Konditorei gegenüber der Cumurja-Brücke und bezogen dann mit den drei in Sarajewo zum Attentate gedungenen Vaso Cubrilović, Popović und Mehmedbasić sowie dem Leiter der Verschwörung in Sarajewo, Ilić, ihre — allem Anschein nach — planmäßig zugewiesenen Aufstellungsplätze am Appel-Kai.

(Siehe Skizze auf Seite 230.)


Standplatz des
1. Mehmedbašić
2. Vaso Čubrilović
3. Čabrinović
4. Popović
5. Princip zuerst
6. Grabež
7. Princip zweiter Platz
8. Ilić
Sarajewo
Kathedrale
Franz Josef-Strasse
Höhere Töchterschule
Österung. Bank
Rathaus
Appel-Kai
Cumurja Br.
Lateiner Br.
Kaiser Br.
Miljačka Fluß
Kaiser Moschee
Park
Konak
a Bombenattentat um 10h vm.
b Revolverattentat um ca. 10h45 vm.
tatsächliche Fahrt
vor
nach
dem ersten Attentat beabsichtigte Route.

Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad.

Von Generalstabsoberstleutnant a. D. Rudolf Kiszling, Wien.

Nachdem Kaiser Wilhelm II. Ende Juli 1914 von seiner Nordlandsreise heimgeeilt war, um zur Vermeidung der sich auftürmenden Gefahr eines Weltbrandes vermittelnd einzugreifen, glaubte er seinem österreichisch-ungarischen Verbündeten die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien anraten zu sollen. Er hatte hierbei die rasche Besitzergreifung von Belgrad und eventuell auch von anderen Grenzstädten im Auge, damit man am Ballhausplatz sodann, mit diesem Faustpfand in der Hand, an die Verhandlungen zur Bereinigung der durch die serbische Antwortnote vom 25. Juli noch unbefriedigend erledigten Forderungen schreiten könne. Dieser Vorschlag wurde auch von dem damals scheinbar sich noch sehr um die Beilegung der Krise bemühenden England beifällig aufgenommen, und er bildete gleichsam den Angelpunkt der weiteren deutschen und englischen Ausgleichsversuche des weit gefahrdrohenderen Gegensatzes, der mittlerweile zwischen der Donaumonarchie und dem Zarenreiche emporgewachsen war. Wien wurde noch am 28. Juli abends von der Anregung Kaiser Wilhelms in Kenntnis gesetzt, und auch ein englischer Vermittlungsvorschlag vom 30. Juli bewegte sich in ähnlichen Bahnen. — Doch der Handstreich auf Belgrad blieb unausgeführt.

Dieses Unterlassen eines angeblich tauglichen Mittels zur Verhinderung des Ausbruches des Weltkrieges bildet nun bei Erörterung der Kriegsschuldfrage hüben und drüben den Ausgangspunkt immer wiederkehrender Anklagen gegen die damaligen politischen und militärischen Führer Österreich-Ungarns. So schrieb schon am 3. Januar 1924 die Wiener „Arbeiterzeitung“ von „Conrads Verbrechen“, weil er auf den englischen Vorschlag zur Besetzung von Belgrad nicht eingegangen war. Aber auch in jüngster Zeit, nachdem Alfred von Wegerer im Dezemberheft von 1923 der „Kriegsschuldfrage“ die praktische Undurchführbarkeit des Handstreiches auf die serbische Hauptstadt bereits klargelegt hatte, schreibt Hermann Lutz in seinem neuen Werke „Lord Grey und der Weltkrieg“, daß er diesen Ausführungen Wegerers durchaus nicht beipflichten könne. (Seite 391, Fußnote.)

Es erscheint somit angezeigt, diesen abwegigen Ansichten nochmals entgegenzutreten und aufzuzeigen, weshalb der „Halt in

Belgrad" praktisch keine Aussicht hatte der rettende Ausweg aus dem Irrgarten fruchtloser und vielfach nur auf Zeitgewinn berechneter diplomatischer Verhandlungen zu werden.

Zum Ausgangspunkt dieser Erörterung muß der schon im Frieden gegen Serbien vorbereitete Operationsplan des österreichisch-ungarischen Generalstabes genommen werden. General von Conrad maß dem Waffengange mit Serbien und Montenegro im wesentlichen nur die Bedeutung eines Nebenkriegsschauplatzes bei, da er stets die Ansicht vertrat, daß diese südslawischen Nachbarstaaten nur im Bunde mit einer Großmacht gegen die Donaumonarchie zu Felde ziehen würden. Für diesen Kriegsfall wurde daher nur eine Mindestkraft — die Minimalgruppe Balkan[1]) — in der Stärke von drei Korps bestimmt. Blieben Serbien und Montenegro aber dennoch vorübergehend alleinige Feinde Österreich-Ungarns, so sollte noch eine weitere Armee, die zweite, in der Stärke von vier Korps hinzutreten. Im ersten Falle hatte die Minimalgruppe Balkan Bosnien und die Herzegowina, auf die sich die serbischen Begehrlichkeiten richteten, zu sichern und hierzu mit der Masse an der Ostgrenze dieser bedrohten Provinzen, längs der Drina, aufzumarschieren. Da von ihr aber auch die Verhinderung eines eventuellen serbischen Einbruches nach Ungarn gefordert wurde, das an der Save-Donaufront nur durch schwache Flußsicherungen geschützt war, mußte sie zum Angriff über die Drina dann schreiten, wenn man das Vorbrechen der Serben aus ihrem südlich von Belgrad vermuteten Hauptversammlungsraume nach Südungarn zu erkennen glaubte. Hierdurch sollten die Serben mittelbar von einer Vorrückung auf Budapest abgehalten werden[2]).

Trat der zweite Fall ein, daß Serbien und Montenegro vorläufig allein dem österreichisch-ungarischen Heere gegenüberstanden, so hatte die 2. Armee in Slawonien aufzumarschieren. Man wollte hierauf durch doppelseitigen Angriff über Drina und Save zunächst den Einbruch nach Nordwestserbien erzwingen. Von einem Aufmarsche der Masse der 2. Armee vor Belgrad glaubte man absehen zu müssen, weil die räumliche Entfernung der beiden Stoßgruppen so groß war, daß ihre Angriffe von den Serben einzeln und nacheinander hätten abgewehrt werden können. Es führte somit in

[1]) Siehe auch Heft 6 der Kriegsschuldfrage von 1926: Die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland.

[2]) Die Richtigkeit dieser Anschauung hatte sich anfangs September 1914, als die Serben in Syrmien eingebrochen waren, auch tatsächlich erwiesen.

beiden Fällen die Hauptstoßrichtung der k. u. k. Balkanstreitkräfte nicht über Belgrad.

Aus diesem Grunde waren für die Ausführung eines Handstreiches auf Belgrad vom österreichisch-ungarischen Generalstab auch keine Vorbereitungen getroffen worden. Es sprachen aber auch noch andere gewichtige Motive dafür, von einem Überfall auf die Hauptstadt Serbiens abzusehen, so sehr auch die Lage der Stadt, hart an der Nordgrenze des Königreiches, für einen raschen Zugriff besonders einzuladen schien. In erster Linie war es die Unmöglichkeit, die für den Handstreich erforderliche Truppenmacht rasch bereitzustellen. Eine kurzsichtige Politik, namentlich der den Heeresausbau stets durchkreuzenden ungarischen Regierung, hatte die von General von Conrad im Jahre 1913 geforderte Erhöhung der Friedensstände und Verstärkung der Belgrad gegenüberliegenden Garnisonen unmöglich gemacht. So befand sich in Semlin nur ein Infanterieregiment mit Kompagnieständen von 50—60 Mann, dessen Ergänzungen auf den Kriegsstand aus seinem östlich Budapest gelegenen Heimatsbezirk erst in 5 bis 6 Tagen eintreffen konnten, sowie ein Regiment leichter Feldkanonen. In Pancscoa lagen ein Jäger- und ein Honvedbataillon mit gleich schwachen Kompagniestärken wie das Regiment in Semlin. Noch schlimmer stand es um die schwere Artillerie, Pioniere, Brückengeräte usf., all deren es in Pancsova und Semlin keine gab. Da für den Handstreich auf Belgrad in einem Generalstabselaborate von 1908 mindestens eine verstärkte Division als nötig erachtet worden war, hätten alle diese Truppen und technischen Hilfsmittel erst nach Semlin zugeführt werden müssen.

Nun war bei der in Österreich-Ungarn angeordneten teilweisen Mobilisierung der 28. Juli der erste Mobilisierungstag, somit konnte die Infanterie erst am 3. August, die Artillerie, namentlich die schwere, noch später die volle Marschbereitschaft mit Kriegsständen erreichen. Just zum gleichen Zeitpunkt, an dem der erste Mobilmachungstag angesetzt war, kam aber auch die Aufforderung nach Wien, Belgrad im Handstreich zu nehmen. Da man annehmen mußte, daß auch die Serben hiervon Kenntnis erlangen würden, hätte der Überfall ungesäumt erfolgen müssen, sollte nicht das für das Gelingen der Operation erforderliche Überraschungsmoment verloren gehen. Man hätte also mit Truppen auf Friedensständen den Überfall wagen müssen, wobei man — um die erforderliche Gefechtsstärke einer Division aufzubringen — auf Regimenter verschiedener Korpsbereiche hätte greifen müssen. Diese Unterbrechung der ordnungsmäßigen Mobilmachung wäre gewiß sehr

störend empfunden worden, wie überhaupt die ganze mit zusammengewürfelten, halbmobilisierten Truppen und ohne gründliche Vorbereitung durchgeführte Aktion ein großes Wagnis bedeutet hätte. Dies um so mehr, als sich dem Angriffe auf Belgrad von Norden her infolge der Geländebeschaffenheit ganz außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstellten. (Siehe Skizze Seite 235.) Südlich des Zusammenflusses von Save und Donau gelegen, bildet diese Strombarriere für die Stadt ein mächtiges Fronthindernis, über das nur eine Eisenbahnbrücke führt. Diese wurde von den Serben am 28. Juli gesprengt. Der Übergang hätte daher nur mit feldmäßigen Überschiffungsmitteln erfolgen können. Zu allem Überfluß überhöht das steile Südufer, das durch die Hauptstadt gekrönt wird, das flache nördliche Unterterrain um etwa 50 Meter, so daß die Serben nicht nur durch weite Übersicht in den Versammlungsraum der Überfallsgruppe, sondern auch durch die Möglichkeit, gegen den Angreifer durch Feuer aus überhöhender Stellung zu wirken, begünstigt worden wären.[3])

Schon aus diesen kurzen Darlegungen erhellt, daß die Möglichkeit eines Fehlschlagens keineswegs von der Hand zu weisen war und, da die Heeresleitung keineswegs gesonnen war, dieses Risiko auf sich zu nehmen, ist sie auf den Handstreich auch gar nicht näher eingegangen. Denn es wäre doch nicht zu verantworten gewesen, der Monarchie, die als Großmacht seit der ersten Balkankrise ohnehin schon soviel Prestigeverlust erlitten hatte, zuzumuten, den Krieg gegen den kleinen, militärisch aber sehr tüchtigen und höchst anmaßenden Feind mit einem Unternehmen von höchst zweifelhaftem Ausgange zu beginnen.

Doch stellen wir die Annahme, daß sich die österr.-ung. Heeresleitung — allen entgegenstehenden Bedenken zum Trotz — doch entschlossen hätte, den Handstreich zu wagen. Wie standen die Aussichten auf Gelingen bei Gegenüberstellung der Maßnahmen der Serben, über die uns der erste Band des jüngst erschienenen Generalstabswerkes sowie das Buch „Bitka na Jadru“ des serbischen Generals Živko Pavlović[4]) erschöpfende Auskunft geben?

---

[3]) Zum Vergleich sei angeführt, daß beim Angriff der Armee des Generals von Kövess auf Belgrad im Oktober 1915 zwei Korps (ein österreichisch-ungarisches und ein deutsches) mit zusammen fünf Infanteriedivisionen und einer mächtigen Artillerie erst nach viertägigem harten Kampfe und bei werktätiger Mitwirkung der Donauflottille die zähe verteidigte Stadt erobern konnten.

[4]) Pavlović war bis November 1914 Chef der Operationsabteilung der serbischen Heeresleitung, dann Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

Pancsova
Semlin
Donau
BELGRAD
Donau Div.I
Topcider
Vorbereitete Stellung
Save
1:200.000
0 1 2 3 4 5 km.

In Serbien wurde schon am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags, also noch vor Übergabe seiner Antwortnote und vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch österreichisch-ungarischen Gesandten die allgemeine Mobilisierung angeordnet. Hierdurch hatte Serbien der Donaumonarchie gegenüber, bei der der 28. Juli als erster Mobilisierungstag galt, schon einen Vorsprung von 2½ Tagen. Unmittelbar nach Verlautbarung der serbischen Mobilisierung wurde Belgrad allerdings von den Truppen und Behörden geräumt und in der Stadt nur der berüchtigte, durch die Vorbereitung des Thronfolgermordes sattsam bekannte Major Tankosić mit etwa 500 Komitadschis und einigen Gendarmen und Zollwächtern belassen. Doch schon an dem südlich der Stadt sich hinziehenden Höhenzug hatte die mit der Grenzsicherung beiderseits Belgrad und insbesondere mit der Verteidigung des dortigen Save-Donauüberganges betraute Donaudivision I. Aufgebotes eine feste Stellung bezogen. Es war geplant, nach durchgeführter Mobilmachung und Versammlung dieser Division die Verteidigung wieder an den Nordrand der Stadt vorzuverlegen. Infolge der rein territorialen Ergänzung der serbischen Regimenter vollzog sich der Übergang auf den Kriegsstand ungleich rascher als bei jenen österr.-ung. Einheiten, die für den Handstreich auf Belgrad in Betracht kamen. Die Serben konnten daher im Grenzabschnitt Belgrad binnen wenigen Tagen 20 Bataillone, 13 Schwadronen und 14½ Batterien mit 16 000 Gewehren, 1500 Säbeln und 66 Geschützen vereinigt haben.

Wenn wir nun voraussetzen, daß der ungefähr am 1. August unternommene Handstreich — früher wäre er schon mit Rücksicht auf die geringe Leistungsfähigkeit der Bahnen keinesfalls möglich gewesen — durch eine Reihe von glücklichen Umständen tatsächlich gelungen wäre und zur Besitzergreifung der serbischen Hauptstadt geführt hätte, so wären die österreichisch-ungarischen Truppen doch sofort den wütenden Gegenangriffen der fanatisierten und hier in der Überzahl befindlichen Serben der Donaudivision I. Aufgebotes ausgesetzt gewesen. Wollte man Belgrad behaupten, wäre daher rasches Nachführen weiterer Truppen der zunächst befindlichen k. u. k. 2. Armee unvermeidbar gewesen, schon deshalb, weil nur bei Schaffung eines entsprechend großen Brückenkopfes die Hauptstadt Serbiens als Faustpfand im sicheren Besitz der Streitkräfte der Donaumonarchie hätte bleiben können. Denn nicht auf das Eindringen in Belgrad wäre es angekommen, sondern auf das verläßliche Behaupten der Stadt, damit der „Halt in Belgrad“ auch wirklich zum Ausgangspunkt nachfolgender Verhandlungen hätte werden können. Doch auch dafür standen die Aussichten recht

ungünstig, weil die Serben in Erwartung eines österreichischen Angriffs über Belgrad zwei Drittel ihres etwa 200 Bataillone starken Heeres im Raume südlich ihrer Hauptstadt aufmarschieren ließen und daher in der Lage waren, bald überlegene Kräfte in den um den Besitz von Belgrad sich abspielenden Kampf zu werfen. In diesen Kampf wäre aber auf Seite der österr.-ung. Truppen vornehmlich die schon zum Abtransport nach Galizien bestimmt gewesene 2. Armee verwickelt worden, was sich vermutlich ebenso unheilvoll ausgewirkt hätte, wie der der k. u. k. Heeresleitung sehr unerwünscht gekommene Kampf um Šabac im August 1914 [5]).

Doch ohne das Phantasiegebilde eines Handstreiches gegen Belgrad weiter ausmalen zu wollen, soll festgestellt werden, daß noch aus einem andern, viel schwerwiegenderen Grunde der „Halt in Belgrad" unmöglich war. Rußland hatte wohl am 29. Juli zum Scheine zugestimmt, daß Serbien die „verdiente Lektion" erhalte [6]), aber am 30. Juli, zu einer Zeit, zu welcher der Handstreich noch gar nicht ausführbar war, ließ Sasonow, der russische Außenminister, die englische Regierung wissen, daß er nach der am 28. Juli erfolgten Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Wien zu verhandeln, und sprach die Bitte aus, England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraussetzung hierfür betrachte die russische Regierung aber die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten [7]).

Wie verträgt sich diese aber mit einem Überfall auf Belgrad? Wäre ein Handstreich gegen die Hauptstadt Serbiens denn nicht auch eine feindselige Handlung gewesen?

Die Doppelzüngigkeit Rußlands tritt aber noch schärfer hervor, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß der Zar schon am 29. Juli die allgemeine Mobilmachung angeordnet hatte, die nur vorübergehend in eine teilweise umgeändert wurde, worauf am 30., also am selben Tage, zu welchem Sasonow obenstehende Forderung zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien erhob, endgültig die allgemeine Mobilmachung Rußlands proklamiert wurde. Diese allgemeine Mobilisierung des Zarenreiches mußte aber zwangsläufig auch die allgemeine Schilderhebung des durch Rußland bedrohten

[5]) Damals wurde hier das k. u. k. IV. Korps der 2. Armee gegen den Willen des Chefs des Generalstabes südlich der Save eingesetzt und kam dadurch verspätet nach Galizien, was für den Ausgang der ersten Schlacht bei Lemberg von folgenschwerer Bedeutung war.

[6]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 380.

[7]) Deutsche Dokumente Nr. 395.

Österreich-Ungarns und Deutschlands sowie des zur gleichzeitigen Mobilmachung mit Rußland vertraglich verpflichteten Frankreichs auslösen. Die allgemeine Mobilmachung von vier militärischen Großmächten bedeutete aber — trotz gegenteiliger Versicherung in Petersburg — unter allen Umständen den Krieg [8]), schon deshalb, weil die Machthaber des Moskowiterreiches diesen Krieg doch wollten.

Aus all dem folgt, daß mit so kleinen Mitteln, wie einem ungenügend vorbereiteten und zu einem späten Zeitpunkt unternommenen Handstreich auf Belgrad mit nachhinkenden Verhandlungen der Weltkrieg im Juli 1914 nicht mehr zu verhindern war.

Wie Serbien England täuschte.

Alfred von Wegerer.

Es ist der englischen Regierung im Juli 1914 nicht gelungen, sich über den österreichisch-serbischen Konflikt weder ein zutreffendes noch ein entschiedenes Urteil zu bilden. So lesen wir in einem Vermerk Sir Eyre Crowes zur Mitteilung Buchanans vom 24. Juli: „Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind . . .“ [1]). Aber selbst bis zum heutigen Tage haben die Engländer, an ihrer Spitze Sir Edward Grey, in der richtigen Beantwortung dieser Frage nicht viel Fortschritte gemacht. So schreibt Sir Edward Grey im 16. Kapitel seiner Memoiren: „Doch als man begann, sich einzubilden, daß die serbische Regierung selbst für das Verbrechen verantwortlich sei, machte diese Sympathie (für Österreich) halt.“

Soweit die unzutreffende Beurteilung der Verhältnisse im Juli 1914 in Frage kommt, zeigen uns jetzt die neuen Britischen Dokumente, daß hieran weniger die Engländer selbst als die offizielle Berichterstattung der serbischen Regierung schuld war, die es verstanden hat, mit nicht zutreffenden Angaben England über den wahren Sachverhalt des Attentates von Sarajewo zu täuschen.

---

[8]) General Dobrorolski (1914 Oberst und Chef der Mobilisierungsabteilung des russischen Generalstabes) „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“, deutsche Ausgabe, Seite 10.

[1]) Britische Dokumente Nr. 101. Vermerke.

Die Dokumente lassen klar erkennen, wie die serbische Diplomatie in bezug auf die Personalkenntnis der beiden Hauptattentäter England gegenüber absichtlich Unkenntnis vorschützte, falsche Angaben ihrer Presse zuließ und offiziell weiter verbreitete. Ferner täuschte die serbische Regierung Verhältnisse vor, die es ihr erleichterten, der in der englischen Presse gestellten Forderung, aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der Verschwörung vorzunehmen, aus dem Wege zu gehen.

In folgendem soll untersucht werden, welche unzutreffenden Nachrichten die serbische Regierung durch den Generalsekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Gruitsch, sowie ihren Gesandten in London, Herrn Boskowitsch, der englischen Regierung zugehen ließ, und es soll im einzelnen nachgewiesen werden, daß die Berichterstattung nicht nur falsch war, sondern auch wider besseres Wissen erfolgt ist.

1. Die serbische Regierung will nichts von Princip gewußt haben.

Herr Crackanthorpe, der englische Geschäftsträger in Belgrad, hat am 18. Juli Herrn Gruitsch, den Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, besucht, um mit ihm einen „Times"-Artikel zu besprechen. Das Blatt hatte den Gedanken aufgeworfen, „daß es am klügsten für Serbien sei, wenn es selbst und aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der angeblich südslawischen Verschwörung auf serbischem Boden vornehmen würde". In der Unterredung hierüber äußerte Gruitsch, wie Crackanthorpe in seinem Bericht an Grey vom 18. Juli mitteilt: „Von Princip wisse die serbische Regierung nichts" [2]).

Am 27. Juli hatte der serbische Gesandte in London, Herr Boskowitsch, dem englischen Unterstaats-Sekretär, Sir Arthur Nicolson, einen Besuch abgestattet und unter anderem mitgeteilt, „daß die beiden Mörder österreichische Untertanen — Bosnier — seien, und daß sich e i n e r [3]) (gemeint ist Gabrinowitsch — nicht Princip) von ihnen in Serbien aufgehalten habe" [4]).

Die Behauptungen von Gruitsch und Boskowitsch waren, wie wir in nachstehendem zeigen werden, unzutreffend, sie sind wider besseres Wissen der serbischen Regierung erfolgt und stellen den gelungenen Versuch einer Täuschung dar.

---

[2]) Britische Dokumente Nr. 80.
[3]) Sperrdruck vom Verfasser.
[4]) Britische Dokumente Nr. 87.

Princip hatte bereits 1912 längere Zeit eine Schule in Belgrad besucht, war dann kurze Zeit nach Bosnien verzogen, um später wieder nach Belgrad zurückzukehren und dort sein Examen zu bestehen. Dem serbischen Unterrichtsminister Ljuba Jowanowitsch war Princip persönlich bekannt, da er ihn mehrmals besucht hatte.

Zum Beweis hierfür ist folgendes anzuführen: In der Festschrift „Blut des Slawentums“ [5]) berichtet der serbische Minister hierüber folgendes:

„Den Hauptattentäter Gawril Princip habe ich persönlich gekannt. Ich habe ihn zwei- oder dreimal in meinem Ministerium gesehen, als er zu mir kam, damit ich ihm genehmigen solle, daß er das Examen, zuerst für die fünfte und dann für die sechste Klasse. privatim ablegen könne. Er ist mir in Erinnerung geblieben als klein. breitschultrig, mit einem etwas eingefallenen, aber ganz breiten Gesicht. Er sprach einfach und ohne Furcht. Ich habe ihn, wie auch viele andere junge Leute, die aus Österreich-Ungarn nach Belgrad kamen, als Emigranten beraten und ermutigt, er solle ordentlich die Schule durchmachen, damit er mit besserer Vorbereitung dem Volke besser nützen und überhaupt seinen Idealen besser dienen könne. Die Ablegung des Examens genehmigte ich ihm beide Male, und er hat beide im ersten Gymnasium abgelegt. Das letzte Mal trennten wir uns fast scherzhaft. Es passierte mir auch bis dahin oft, daß solch' junge Emigranten zu mir kamen und mich oft wegen solcher Kleinigkeiten störten, und ich wurde böse, und jetzt fuhr ich auf Princip los und begann ihm ernste Vorwürfe zu machen. Der arme Princip sah mich zuerst verwundert an, auf einmal trat er plötzlich nach der Tür zurück: „Entschuldigen Sie, ich habe nicht gewußt. ich habe nicht gewußt . . .“ und beugte sich nach der Tür hin. Ich wandte mich um und fing an, ihn freundlich zu beruhigen, aber er beeilte sich, vorher herauszukommen. Wer hätte damals ahnen können, was einige Wochen später dieser selbe unruhige junge Student tun würde!“

So ganz unbekannt war Princip demnach nicht! — Und trotzdem sagte man den Engländern: „Von Princip wisse die serbische Regierung nichts“ und verheimlichte, daß auch Princip sich in Serbien aufgehalten hatte. — Wir werden aber in dem dritten Kapitel sehen, daß die serbische Regierung über Princip noch sehr viel mehr gewußt hat.

[5]) „Blut des Slawentums“, Belgrad 1924, Druckerei Sawa Radenkowitsch, Uskotschkastr. 10. Deutsche Übersetzung im Februarheft 1925 „Die Kriegsschuldfrage“.

2. Österreich soll Gabrinowitsch beschützt haben.

Bei dem bereits mitgeteilten Besuch des serbischen Gesandten Boskowitsch bei Sir Arthur Nicolson hatte Boskowitsch noch erwähnt, daß „die serbischen Behörden einen der Mörder (gemeint ist Gabrinowitsch) für verdächtig und gefährlich gehalten und ihn deshalb haben ausweisen wollen; als sie sich aber an die österreichischen Behörden wandten, hätten diese ihn beschützt und erklärt, daß er ein unschuldiger und harmloser Mensch sei“ [6]).

Zur Widerlegung dieser Behauptung möchte ich zunächst auf meinen Aufsatz „Die angebliche Bürgschaft der k. u. k. Regierung für Gabrinowitsch“ [7]) verweisen. Der Vollständigkeit halber soll das Wesentlichste auch hier noch einmal gebracht werden.

Gabrinowitsch war im Herbst 1913 aus Bosnien nach Belgrad eingewandert. Die Belgrader Polizei hatte, wie dies allgemein üblich war, beim österreichisch-ungarischen Konsulat auf einem vorgedruckten Formular angefragt, ob die Angaben Gabrinowitschs über seine Person zutreffend sind und ob er vorbestraft sei. Das k. u. k. Konsulat in Belgrad hatte darauf nach einer Anfrage über Gabrinowitsch in Sarajewo mitgeteilt, daß die Personalangaben über Gabrinowitsch wahr sind und daß demselben keinerlei strafbare Handlung zur Last liegt. Die Angaben gründeten sich auf eine Mitteilung des Regierungskommissars von Sarajewo an das Konsulat in Belgrad. Weiter wurde nichts mitgeteilt.

Dieser Schriftwechsel, der im Herbst 1913 zwischen der Belgrader Polizei und dem österreichisch-ungarischen Konsulat stattgefunden hat, bildete die Unterlage für die erwähnte irreführende Behauptung des serbischen Gesandten.

Die Legende ist von Serbien gleich nach dem Attentat Anfang Juli 1914 in die Welt gesetzt worden. Zuerst brachte sie der „Balkan“ in seiner Nr. 168 vom 4. Juli 1914, dann wurde sie bezeichnenderweise vom „Temps“ kolportiert und auch später von Paschitsch in einem in der serbischen Presse wiedergegebenen Interview bestätigt.

Der „Balkan“ hatte in dem fraglichen Artikel erklärt, daß er überaus glücklich sei, eine Entdeckung gebracht zu haben, welche auf das Sarajewoer Attentat ein neues Licht wirft und die Frage, wer an dem Attentat eigentlich schuld sei, ganz klar beleuchtet. Das Blatt hätte von Anfang an behauptet, die Attentäter hätten

[6]) Britische Dokumente Nr. 87.
[7]) „Die Kriegsschuldfrage“, Aprilheft 1926, S. 330.

keinerlei Verbindung mit Serbien, sie hätten in Belgrad keine günstige Aufnahme gefunden und hätten deshalb Serbien auch wieder verlassen [8]).

Weiter sagt dann der „Balkan", daß ihm ein guter Bekannter des Gabrinowitsch eine Sache mitgeteilt habe, durch welche die Unschuld Serbiens auf eine Weise bestätigt wird, daß kein Verdacht mehr möglich sei. Dieser Mitteilung zufolge, welche auch amtlich bestätigt werden müsse, fällt die Schuld für das Sarajewoer Attentat nicht auf Serbien, sondern auf Österreich. Wir wissen zwar nicht, wann und wie Gabrinowitsch auf den Gedanken gekommen ist, das Attentat zu verüben, eine Sache aber wissen wir ganz sicher: Gabrinowitsch war der Schutzbefohlene der österreichischen Behörden. Dies hat sich wie folgt zugetragen: Als Gabrinowitsch nach Belgrad gekommen war, meldete er sich bei unserer Polizei, welcher er verdächtig vorkam, da er keinerlei Legitimationspapiere vorweisen konnte. Die Belgrader Polizei hatte beschlossen, ihn deshalb auszuweisen, Gabrinowitsch hat sich dem aber entzogen, und zwar mit Hilfe des österreichisch-ungarischen Konsulates in Belgrad. Der österreichische Konsul habe sich an die Belgrader Präfektur gewandt, für Gabrinowitsch garantiert und von der Präfektur verlangt, den Gabrinowitsch in Ruhe zu lassen. — Wohl sehr richtig heißt es dann am Schluß des Artikels, daß das Dokument in dem Archiv der Präfektur sei und unbedingt veröffentlicht werden müsse.

Soweit der „Balkan".

Die serbische Präfektur hat weder damals noch bis heute das Dokument über die angebliche Bürgschaft veröffentlicht.

Die k. u. k. Regierung nahm daraufhin aber Veranlassung, den falschen Behauptungen in einem im „Fremdenblatt" vom 8. Juli 1914 veröffentlichten Communiqué sehr deutlich entgegenzutreten [9]).

[8]) Wie wenig diese Angabe des Blattes zutrifft, geht allein aus der Tatsache hervor, daß man den Attentäter Gabrinowitsch doch für würdig hielt, ihn dem serbischen Kronprinzen während eines Besuches in der Staatsdruckerei in Belgrad vorzustellen, und der Kronprinz sogar einige leutselige und nach einer Version sogar vielsagende Worte an Gabrinowitsch gerichtet hat. Siehe: von Wiesner: „König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo", Septemberheft 1926 „Die Kriegsschuldfrage" Seite 648 ff.

[9]) Das Blatt schrieb:

„Ein in Belgrad erscheinendes Blatt berichtet, daß an dem Sarajewoer Attentat auch das österreichisch-ungarische Konsulat in Belgrad insofern Schuld trage, als es für Gabrinowitsch, den die Belgrader Polizei als verdächtig habe ausweisen wollen, interveniert habe. Das Konsulat habe in einem an die Belgrader Polizeipräfektur gerichteten Akt die Bürgschaft für

Die serbische Regierung veranlaßte auf dieses Dementi der österreichischen Regierung jedoch nichts, obgleich selbst von der serbischen Öffentlichkeit dringend verlangt wurde, das Zeugnis der österreichischen Regierung zu veröffentlichen.

In diesem Zusammenhang muß noch ein Dokument erwähnt werden, das der „Berliner Lokal-Anzeiger" in seiner Nummer 244 vom 13. Mai 1916 veröffentlicht hat. Das Dokument, das bei der Eroberung Serbiens von den österreichisch-ungarischen Truppen vorgefunden wurde, hatte nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger" folgenden Wortlaut:

Belgrader Stadtverwaltung, Polizeiabteilung
Nummer (vertraulich).

Belgrad, 17./30. 6. 1914.

Dem Herrn Minister für innere Angelegenheiten! Ich beehre mich, Sie, Herr Minister, in Kenntnis zu setzen, daß gestern abend drei Personen, gewesene Freischärler, zum Svetolik Savič, dem Eigentümer des Blattes „Balkan", kamen, um ihm im Auftrag des Majors Herrn Tankosič zu übermitteln, daß er in gar keinem Falle in seinem Blatte irgendetwas über irgendwelche Verbindungen und Beziehungen des Gabrinovič mit den hiesigen Persönlichkeiten und deren Bekannten verlauten lassen und überhaupt in seinem Blatte nichts schreiben dürfe, was irgend jemand unter den Serben kompromittieren könnte. Sonst würde es bös ausgehen. Indem ich Ihnen, Herr Minister, obiges vermelde, beehre ich mich zu

---

Gabrinowitsch übernommen und verlangt, daß er unbelästigt bleibe. Die Präfektur habe das Verlangen des Konsulates berücksichtigen müssen. Trotzdem sei ihr Gabrinowitsch unter anderem auch deshalb verdächtig geblieben, weil das Konsulat für ihn die Bürgschaft übernommen habe.

Gegenüber dieser Darstellung sind wir in der Lage, auf Grund authentischer Erhebungen folgendes festzustellen: Anfang Dezember vorigen Jahres wendete sich die Belgrader Stadtpräfektur an das k. u. k. Konsulat in Belgrad mit der amtlichen Anfrage, ob die Angaben, die Gabrinowitsch der serbischen Polizei über seine Person und sein Vorleben gemacht hatte, richtig seien. Das k. u. k. Konsulat setzte sich mit der Landesregierung in Sarajewo in Verbindung und beantwortete auf Grund der erhaltenen Auskunft die Anfrage der Stadtpräfektur in dem Sinne, daß Gabrinowitsch bisher unbescholten sei und die von ihm angegebenen Personaldaten auf Wahrheit beruhten. Zu einer weiteren Mitteilung hatte das Konsulat keinen Anlaß.

Vollkommen unwahr ist es, daß das Konsulat für Gabrinowitsch interveniert oder gar irgendeine Bürgschaft für ihn übernommen hätte." Vgl. „Die Kriegsschuldfrage" Aprilheft 1926, S. 331.

berichten, daß ich Maßnahmen ergriffen habe, um die Namen jener gewesenen Freischärler zu erfahren.

gez. der Verwalter Belgrads.
(Unterschrift unleserlich.)

Aus diesem Dokument geht zunächst hervor, wie sich Tankositsch bemüht hat, daß die Presse nichts Verfängliches über Gabrinowitsch bringt. Weiter ersehen wir aber aus dem Dokument, daß der Minister des Innern auch auf Grund dieser Anzeige eine Handhabe gehabt hätte, um den Major Tankositsch einem Verhör zu unterziehen.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich demnach, daß die Mitteilung des serbischen Gesandten über Gabrinowitsch gegenüber Sir Arthur Nicolson nicht den Tatsachen entsprach und dazu angetan war, Österreich zu verdächtigen und von der richtigen Spur des Verbrechens abzulenken.

3. Die angebliche Unmöglichkeit der serbischen Regierung, von sich aus eine Untersuchung einzuleiten.

Herr Crackanthorpe, der englische Geschäftsträger in Belgrad, war von seinem italienischen Kollegen vertraulich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß zwischen dem Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, Herrn Gruitsch, und dem österreichischen Geschäftsträger, Herrn von Storck, eine ziemlich heftige Unterredung stattgefunden hatte, als dieser im Ministerium des Äußeren Herrn Gruitsch für seinen Kondolenzbesuch dankte. Crackanthorpe erwähnt dies in seinem Bericht an Sir Edward Grey vom 2. Juli und fährt dann wörtlich fort:

„Wie es scheint, hat Herr von Storck den Generalsekretär inoffiziell gefragt, ob es die serbische Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß beide Verhaftete kürzlich in Belgrad gewesen seien, nicht für ratsam halte, eine Untersuchung über die näheren Umstände des Verbrechens einzuleiten. Offenbar nahm Herr Gruitsch dies als Andeutung einer Verantwortlichkeit der serbischen Regierung für das Verbrechen recht übel auf [10])."

Über die gleiche Angelegenheit berichtet der deutsche Gesandte in Belgrad, Herr von Griesinger, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

[10]) Britische Dokumente Nr. 27.

„Wie mir der österreichisch-ungarische Geschäftsträger mitteilt, hat er gestern von sich aus an den Generalsekretär im hiesigen Auswärtigen Ministerium die Frage gerichtet, was die serbische Regierung angesichts der *selbst nach den slawischen Blättern auf Serbien und Belgrad weisenden Zusammenhänge mit dem Attentat zu deren Ermittlung angeordnet habe.* Herr Gruitsch erklärte ihm darauf, daß bis *jetzt nichts geschehen* sei und die Sache die *serbische Regierung auch nichts anginge,* und fragte seinerseits, ob der Geschäftsträger im Namen seiner Regierung spreche. Herr von Storck *ist ihm dann sehr deutlich* geworden und hat ihm sein tiefstes Befremden darüber ausgedrückt, daß eine Regierung, die fortwährend versichere, mit ihren Nachbarn in korrekten Beziehungen leben zu wollen, eine *derartige Gleichgültigkeit* an den Tag lege [11])."

Wenn sich aus diesen Mitteilungen etwas Bestimmtes auch nicht entnehmen läßt, so war die Äußerung des Herrn Gruitsch, „daß die Sache die serbische Regierung auch nichts anginge", wie eine Anmerkung Kaiser Wilhelms am Schluß des Berichts des Herrn von Griesinger zeigt, „sehr bezeichnend", und sie ist es angesichts der heute bekannten Tatsachen über die Zusammenhänge des Attentates natürlich erst recht!

Bei der Unterredung des serbischen Gesandten in London, Boskowitsch, mit Sir Arthur Nicolson am 18. Juli war, wie wir bereits erwähnt haben, Gegenstand des Gespräches ein „Times"-Artikel, in dem der serbischen Regierung der Rat gegeben war, aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der südslawischen Verschwörung vorzunehmen. Herr Boskowitsch erwiderte hierauf, die serbische Regierung besäße „kein Material, auf das sie eine Untersuchung gründen könne", und gäbe die Versicherung, daß sie nach Veröffentlichung des gerichtlichen Untersuchungsergebnisses in Serajewo durchaus bereit sei, der Forderung einer weiteren Untersuchung nachzukommen.

Am 23. Juli hatte der serbische Gesandte Sir Arthur Nicolson wieder einen Besuch gemacht. Hierbei hatte Boskowitsch nach dem Berichte Nicolsons an Grey folgende Äußerung getan:

„Falls die Untersuchung in Serajewo, die in solch geheimnisvollem Dunkel geführt werde, die Tatsache enthüllte, daß es Personen gäbe, die auf serbischem Gebiet konspirierten oder Ver-

[11]) Deutsche Dokumente Nr. 12.

schwörungen organisierten, so wäre die serbische Regierung durchaus bereit, die nötige Genugtuung zu gewähren [12])."

Aus diesen Äußerungen geht deutlich das Bestreben hervor, die Engländer glauben zu machen, daß die serbische Regierung keinerlei Möglichkeiten habe, eine zweckdienliche Untersuchung einzuleiten. Wir müssen uns daher die Frage vorlegen, wie es in Wirklichkeit hiermit stand.

Aus dem vorigen Kapitel haben wir ersehen, daß der Attentäter Gabrinowitsch in der Staatsdruckerei in Belgrad vorübergehend Beschäftigung gefunden hatte. Es wäre also möglich und naheliegend gewesen, in der Staatsdruckerei in Belgrad unter den Angestellten und Arbeitern ein eingehendes Verhör anzustellen. Man hätte unschwer feststellen können, mit wem Gabrinowitsch konspiriert hatte. Wir möchten hierbei ebenfalls an den bereits erwähnten Aufsatz von Herrn von Wiesner „König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo" [13]) erinnern. Hiernach ist es sogar nicht ausgeschlossen, daß tatsächlich eine derartige Untersuchung stattgefunden hat. Der Sachverhalt ist folgender.

Bei der Nachrichtenabteilung des Militärgouvernements in Serbien lief am 15. August 1916 eine Eingabe ein, die besagte, daß kurz nach dem Attentat in Sarajewo der Polizeiminister eine amtliche Kommission in die Staatsdruckerei in Belgrad geschickt hatte. Verschiedene Blätter hatten nach dem Sarajewoer Attentat die Mitteilung gebracht, daß die Attentäter Princip und Gabrinowitsch in der Staatsdruckerei in Arbeit gestanden hätten, und sollte diese Kommission amtliche Daten über diesen Tatbestand einholen. Im Beisein des Direktors der Staatsdruckerei Dacić wären dann die Setzer und Typographen verhört worden, mit denen Princip und Gabrinowitsch in der Staatsdruckerei in Berührung gekommen waren. Anläßlich dieser Eingabe wurden im Jahre 1916 von Herrn von Wiesner, der bereits 1914 die Untersuchung in Sarajewo geführt hatte, Erhebungen über diese Anzeige angestellt.

Ohne auf das Untersuchungsergebnis von 1916 noch einmal näher einzugehen, genügt es hier, die Tatsache festzustellen, daß die serbische Regierung 1914 fraglos Gelegenheit hatte, an geeigneter Stelle eine Untersuchung über das Attentat von Sarajewo zu führen. Auch der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin, Dr. Boghitschewitsch, hat schon darauf hingewiesen, daß der Minister des Innern unmittelbar nach dem Attentat einen ausführ-

[12]) Britische Dokumente Nr. 87.
[13]) Kriegsschuldfrage, September 1926, S. 653.

lichen Bericht vom Bezirkspräfekten von Sabac eingefordert und vor Eintreffen des Ultimatums erhalten hat [14]).

Daß von serbischer Seite vermutlich auch andere Untersuchungen stattgefunden haben, geht aus dem bereits erwähnten Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Belgrad, Herrn von Griesinger, hervor, wo es heißt [15]):

„Es verlautet nunmehr, daß am gestrigen Abend einige Verhaftungen und Haussuchungen in den von den Attentätern seinerzeit bewohnten Quartieren vorgenommen wurden. Auch sollen nähere Ermittlungen darüber im Gange sein, welchen Gesellschaften und nationalistischen Vereinen die Attentäter angehört haben, wie sie in den Besitz der Bomben gelangt sind und woher die angeblich bei ihnen vorgefundenen Gelder stammen."

Die serbische Regierung hatte aber noch weitere Kenntnis von den Attentätern, die ihr durchaus die Möglichkeit gegeben hätte, dem Verbrechen auf die Spur zu kommen.

Bekanntlich hatte der serbische Innenminister Stojan Protitsch in Verfolg einer Kabinettssitzung längere Zeit vor dem Attentat eine Weisung an die Grenzbehörden in Sabac erlassen, um die Mörder beim Überschreiten der Grenze festzuhalten. — „Aber diese Grenzbehörden waren", wie uns Jowanowitsch in seiner bereits angeführten Festschrift mitteilt, „selbst in der Organisation und führten die Verfügung Stojans nicht aus, sondern meldeten ihm — und er später uns —, seine Weisung habe sie zu spät erreicht, denn diese jungen Leute wären bereits über den Fluß gesetzt." Die serbische Regierung wußte also, daß und wo die Attentäter die Grenze passiert hatten, und hätte auch Gelegenheit gehabt, die Grenzbehörden in Sabac sowie auch die aus Loznica einem Verhör zu unterziehen.

Unter der Organisation, der die Beamten in Sabac angehörten, ist die „Schwarze Hand" gemeint, über die die serbische Regierung fraglos so weit unterrichtet war, daß sie die Namen der Führer und Hauptagenten kannte. Hier war wieder eine Gelegenheit, mit der Untersuchung einzusetzen. Hätte die serbische Regierung wirklich die Absicht gehabt, das Attentat aufzuklären, so hätte sie sofort den Obersten Dimitriewitsch-Apis, den Führer der „Schwarzen Hand" [16]), und, wie wir heute wissen, den Organisator

[14]) Dr. Boghitschewitsch „Weitere Einzelheiten über das Attentat von Sarajewo" „Die Kriegsschuldfrage", Juliheft 1925.

[15]) Deutsche Dokumente Nr. 12.

[16]) Vergl.: Boghitschewitsch „Die serbische Gesellschaft, Vereinigung oder Tod", genannt „Die Schwarze Hand". „Die Kriegsschuldfrage", 1926. Seite 664 ff.

des Attentats, verhaften lassen und verhören müssen. Auch die Verhaftung des bekannten Komitadschi-Führers Major Tankositsch, die später von Österreich gefordert wurde, hätte schon damals erfolgen können.

Dies alles trifft um so mehr zu, als wir neuerdings wissen, daß vor dem Überschreiten der Grenze durch Princip und Genossen bereits vorher ein ähnlicher Versuch unternommen worden ist, der von den Grenzbehörden verhindert und dem Innenminister gemeldet worden ist. So teilt die „Politika" Nr. 6686 vom 4. Dezember 1926 aus dem Vortrag des ehemaligen serbischen Gesandten in Wien, Jovan Jovanović über „Die Verantwortlichkeit Serbiens für den Krieg" folgende interessante Stelle mit:

„. . . Als der Agramer „Srbobran" die Nachricht brachte, Franz Ferdinand werde gerade am Vidovdan in Bosnien sein, um an Manövern teilzunehmen, verlangten die Komitas von Tankosić, die Erlaubnis, diese Reise zu verhindern, doch wurden sie von Tankosić immer wieder auf grobe Art abgewiesen.

Die Jugend wendete sich hierauf an den Obersten Dimitrijević, der Chef des Nachrichtenbureaus des Großen Generalstabes war. Dieser machte hiervon niemanden Mitteilung, und ließ die Jugend gewähren, was er jedoch ausschließlich als Chef des Nachrichtenbureaus tat. Fünf dieser Verschwörer gelangten bis Sabac, wo einer sich knapp vor dem Grenzübertritt aus Unvorsichtigkeit verriet. Die Behörden erhielten Kenntnis und der Innenminister Protić ließ sie nach Belgrad überführen. — So endete der erste Versuch . . ."

Die Behauptungen des serbischen Gesandten Boskowitsch gegenüber Sir Arthur Nicolson, daß die serbische Regierung kein Material besäße, auf das sie eine Untersuchung gründen könne, sind daher unzutreffend und wider besseres Wissen der serbischen Regierung erfolgt.

* * *

In Vorstehendem glauben wir den Nachweis erbracht zu haben, daß die offiziellen Mitteilungen der serbischen Regierung, über Princip, Gabrinowitsch sowie das Unvermögen, eine Untersuchung über das Attentat einleiten zu können, unzutreffend waren und wider besseres Wissen erfolgt sind.

Wenn man sich vor Augen hält, was die serbische Regierung von 1914 über das Zustandekommen des Attentates von Sarajewo vor Überreichung der österreichischen Note alles gewußt hat, und jetzt damit die Aussagen des serbischen Unterstaatssekretärs

Gruitsch und des serbischen Gesandten in London, Boskowitsch, vergleicht, so tut sich der ganze Abgrund auf, der das Verbrechen von Sarajewo umschließt!

Aus der Tatsache, daß die Angaben nicht richtig waren, läßt sich jedenfalls bis zu einem gewissen Grad erklären, daß das Foreign Office in London über Recht und Unrecht im österreichisch-serbischen Konflikt mit sich nicht ins Reine gekommen und Grey verleitet worden war, seine Sympathien von Wien ab und Belgrad zuzuwenden.

Die Tatsache, daß die Angaben wider besseres Wissen erfolgt sind, wirft aber die schwerwiegende Frage auf, aus welchen Motiven heraus die serbische Regierung diese Ausflüchte gemacht hat. Wir sehen hierfür drei Möglichkeiten vorliegen:

1. Die serbische Regierung fühlte sich selbst für das Zustandekommen des Attentates mitverantwortlich und wollte aus diesem Grunde eine Untersuchung vermeiden,
2. die serbische Regierung befürchtete, daß bei einer Untersuchung das befreundete Rußland kompromittiert werden würde,
3. die serbische Regierung hatte Furcht vor der „Schwarzen Hand".

Wahrscheinlich ist, daß alle drei Beweggründe für das Verhalten der serbischen Regierung mitbestimmend gewesen sind.

Solange für die falsche Berichterstattung von Gruitsch und Boskowitsch keine ausreichende Erklärung vorliegt, bedeutet die Feststellung für die Beurteilung der Frage des Rechts oder Unrechts im österreichisch-serbischen Konflikt eine neue Belastung der serbischen Regierung von 1914.

Die griechischen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Am 17. August 1917 legte die griechische Regierung ihrem Parlament ein Weißbuch vor: „Diplomatische Aktenstücke 1913—1917. Griechisch-serbischer Bündnisvertrag, deutsch-bulgarischer Einfall in Mazedonien." Athen 1917.

Diese griechische Dokumentensammlung ist fast unbekannt geblieben und auch in der Kriegsschuldliteratur nur sehr selten zitiert worden. Wir veröffentlichen nachstehend die Dokumente 11 bis 23 des griechischen Weißbuches, die die Zeit vom 24. Juli bis 9. August 1914 umfassen, in deutscher Übersetzung. Die Schriftleitung.

Herr G. Streit, Minister des Auswärtigen, an Herrn Ministerpräsidenten E. Veniselos, Triest [1]).

Telegramm. Athen, den 11./24. Juli 1914.

Der deutsche Geschäftsträger besuchte mich und las mir ganz vertraulich eine Depesche seiner Regierung [2]) vor, in welcher ihm mitgeteilt wird, daß für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Österreich und Serbien, den die Entwicklung der Dinge nicht ausschließt, die Kaiserlich deutsche Regierung an die Seite ihres Bundesgenossen treten wird. In einem solchen Falle würde Bulgarien wahrscheinlich daraus Nutzen ziehen wollen. Es sei nicht bekannt, ob die Türkei dabei uninteressiert bleiben werde. Es sei zu wünschen, daß Griechenland sich beizeiten von Serbien trennt. Unter solchen Umständen erscheine im Augenblick ein Abschluß eines Bündnisses mit der Türkei unmöglich. Dagegen wäre eine Verständigung über gegenseitige Neutralität angebracht.

Ich habe mir vorbehalten, bevor ich auf diese Erklärung antworte, mich mit Eurer Exzellenz und Seiner Majestät in Verbindung zu setzen. Seine Majestät würde ich heute nachmittag sehen.

Ich habe dem Geschäftsträger versichert, daß die Königliche Regierung es nicht unterlassen wird, für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Zugleich habe ich auf die Schwierigkeit unserer Lage hingewiesen für den Fall, daß Bulgarien am Kriege teilnehmen und Serbien eingreifen würde, und zwar sowohl wegen der Serbien gegenüber übernommenen Verpflichtungen, als auch wegen der Gefahr, daß wir isoliert bleiben, wenn ein ähnlicher Fall für Serbien infolge eines griechisch-bulgarischen Zusammenstoßes später eintreten würde. Streit.

[1]) *Griechisches Weißbuch Nr. 11.*
[2]) *Vgl. Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 122.*

Herr J. Alexandropulos, griechischer Gesandter in Belgrad, an den Ministerpräsidenten E. Veniselos, München [3]).

Telegramm. Belgrad, den 12./25. Juli 1914.

Der serbische Ministerpräsident hat mich gebeten, bei Ihnen anzufragen: ob die serbische Regierung auf einen Waffenbeistand Griechenlands rechnen kann,

1. wenn Serbien von Österreich angegriffen wird,
2. wenn Serbien von Bulgarien angegriffen wird.

Eine ähnliche Frage wird auch der griechischen Regierung in Athen von dem dortigen serbischen Gesandten gestellt werden.

Der Ministerpräsident sagte mir, daß Montenegro in beiden Fällen an die Seite Serbiens treten wird, und daß Rumänien Schritte unternehme zur Klärung der Lage und zur Vermeidung eines österreichisch-serbischen Krieges.

Im Falle eines europäischen Krieges wird sich Rumänien später entschließen, welchen Weg es gehen wird.

Seine Exzellenz fügte noch hinzu, daß nach seinen letzten Nachrichten aus Petersburg das Ministerium in Rußland beschlossen hat, Serbien militärischen Beistand zu leisten, und man wartet auf den Beschluß seiner Majestät des Kaisers von Rußland.

Alexandropulos.

Herr N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, an Herrn G. Streit, Minister des Auswärtigen, Athen [4]).

Telegramm. Berlin, den 12./25. Juli 1914.

Ich hatte eine lange Besprechung mit Herrn von Jagow, der mir sagte, daß er sofort, als er erkannte, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien eine kritische Wendung nahmen, den deutschen Vertreter in Athen beauftragt habe, Eure Exzellenz über die Lage zu unterrichten und der griechischen Regierung den Rat zu geben, sich sobald als möglich von Serbien zu trennen, auch für den Fall, daß Bulgarien sich an dem österreichisch-serbischen Zusammenstoß beteiligen würde, was er für sehr wahrscheinlich hält.

---

[3]) *Griechisches Weißbuch Nr. 12. Venizelos hatte seine Reise von Athen nach Brüssel in München unterbrochen, da er der Ansicht war, daß anläßlich des österreichisch-serbischen Konflikts eine in Brüssel geplante Zusammenkunft mit dem Großvesier zunächst keinen Zweck hatte. Vgl. „Les Affaires Balkaniques", Band 3, Nr. 252.*

[4]) *Griechisches Weißbuch Nr. 13.*

Ich antwortete ihm, daß ich über diese Mitteilung vor kurzem schon durch den griechischen Ministerpräsidenten aus München informiert worden sei. Ich habe hinzugefügt, daß Herr Veniselos mir mitgeteilt hat, daß, wenn Bulgarien es für zweckmäßig erachten sollte, sich einzumischen, Griechenland dies nicht gestatten und seinerseits auch sofort intervenieren würde.

Herr von Jagow machte mich ganz besonders auf die Gefahr aufmerksam, die uns für den Fall, daß Griechenland Bulgarien zurückzuhalten versuchen sollte, drohen würde. Nach seiner Meinung besteht diese Gefahr in einem möglichen Angriff der Türkei auf uns, da Serbien gegen Österreich kämpfen wird, und andererseits in der Möglichkeit, auf die er zu rechnen scheint, daß Rumänien sich jeder Einmischung zugunsten Serbiens enthält. Dies werde geschehen, auch für den Fall, daß Serbien Bulgarien angreifen sollte, weil Rumänien immer zum Dreibund hingeneigt und sicherlich nicht in diesem Augenblick gegenüber Österreich und dem Dreibund feindlich auftreten wolle.

Ich bestand darauf, daß es uns nicht möglich sei, Bulgarien zu gestatten, das durch den Vertrag von Bukarest hergestellte Gleichgewicht irgendwie zu stören, und ich setzte Herrn von Jagow auseinander, daß, wenn wir eine solche Vergrößerung Bulgarien gestatten, wir Gefahr laufen, daß es uns einige Jahre später, wenn es größer wird als wir, angreift.

Zum Schlusse sagte ich Herrn von Jagow, wenn er wünsche, daß keiner von den Balkanstaaten sich einmische, so müsse er in Sofia dafür eintreten, um Bulgarien zu zwingen, ruhig zu bleiben.

Ich muß Ihnen gegenüber betonen, daß ich aus der Zurückhaltung, die ich während meines Gespräches mit Herrn von Jagow hinsichtlich eines Eingreifens Bulgariens beobachtete, den Eindruck gewonnen habe, daß Österreich mit Bulgarien irgendeinen Vertrag über ein gemeinsames Vorgehen hat.

Herr von Jagow gab mir zu, daß er volles Verständnis für die äußerst delikate Lage habe, in der wir uns befinden, wiederholte aber trotzdem seine Ratschläge für ein Beiseitestehen und für Neutralität unsererseits für den Fall, daß Bulgarien eingreifen sollte.

Der Minister kam nachher wieder auf die Haltung der Türkei gegenüber uns zurück und erklärte mir, daß er aus verschiedenen Quellen Mitteilungen habe, wonach die Militärpartei in der Türkei sehr wenig Wohlwollen für Griechenland hegt, was wir nicht übersehen dürfen.

Theotoky.

Herr E. Veniselos, Ministerpräsident, an Herrn G. Streit, Minister des Auswärtigen, Athen [5]).

Telegramm. München, den 12./25. Juli 1914.

Hinsichtlich unserer Haltung für den Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Österreich und Serbien wäre es, vorbehaltlich unserer Ansicht über das Inkrafttreten des Vertrages, notwendig, daß bei den Personen, mit denen Sie sich unterhalten, kein Zweifel über unsere Entschlossenheit bleibt, daß wir für den Fall eines bulgarischen Angriffes auf Serbien nicht mit den Händen im Schoß zusehen werden.

Es wäre uns unmöglich, einen solchen Angriff zu dulden, der mit einer eventuellen Vergrößerung Bulgariens enden und den Vertrag von Bukarest erneut zur Diskussion stellen könnte.

Es handelt sich hier nicht um eine Pflicht gegenüber Serbien, mit dem wir verbündet sind, sondern um eine Notwendigkeit, die uns die Selbsterhaltung gebieterisch aufzwingt.

Veniselos.

Herr E. Veniselos, Ministerpräsident, an Herrn J. Alexandropulos, griechischer Gesandter in Serbien, Belgrad [6]).

Telegramm. München, den 13./26. Juli 1914.

Hinsichtlich der Anfrage des serbischen Ministerpräsidenten bitte ich, seiner Exzellenz zu sagen, daß ich mich mit Sr. Majestät dem König und der griechischen Regierung verständigen muß, bevor ich Ihnen definitive Antwort gebe. Ich bevollmächtige Sie aber, Sr. Exzellenz zu sagen, daß ich Ihnen meine persönliche Auffassung übermittelt habe, von der Sie ihm in einer streng vertraulichen Form Mitteilung machen können. Meine Auffassung ist folgende:

1. Hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines österreichisch-serbischen Krieges habe ich die feste Hoffnung, daß ein solcher Krieg, der ein wahres Unglück für uns alle sein würde, vermieden werden könnte, dank dem erprobten Versöhnungswillen Sr. Exzellenz, der darin auch durch Ratschläge Rußlands und aller wahren Freunde Serbiens bestärkt wird. Sollte aber unglücklicherweise ein solcher Krieg zum Ausbruch kommen, so würden wir sofort eine Entscheidung treffen und unsere eventuelle Unterstützung in Erwägung ziehen.

[5]) *Griechische Dokumente Nr. 14.*
[6]) *Griechische Dokumente Nr. 15.*

2. Sollte Bulgarien Serbien angreifen, so bin ich entschlossen, Sr. Majestät dem König und der Regierung vorzuschlagen, alle unsere Kräfte gegen Bulgarien zu wenden, um Serbien angesichts der von Bulgarien drohenden Gefahr zu entlasten und den Vertrag von Bukarest zu sichern.

Veniselos.

Herr G. Streit, Minister des Auswärtigen, an Herrn N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, Berlin [7]).

Telegramm. Athen, den 15./28. Juli 1914.

Unter Bezugnahme auf Ihre Depesche vom 12./25. ds. Mts. beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich in einer Unterredung, die ich mit dem deutschen Geschäftsträger hatte, ihm auseinandersetzte, daß eine etwaige Einmischung Bulgariens in den österreichisch-serbischen Konflikt Griechenland die Pflicht auferlegt, sich mit allen Mitteln zu widersetzen.

Wenn in der Tat Bulgarien trotz der Erklärung von Radoslavov versucht, die schwierige Lage Serbiens auszunutzen, um es anzugreifen, so würde das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan auf den Kopf gestellt werden und Griechenland Gefahr laufen, sich umringt und einem Angriff ausgesetzt zu sehen, der bei der ersten besten Gelegenheit erfolgen würde.

Das elementarste Gebot der Selbsterhaltung und der Sicherheit zwingt Griechenland, einen solchen Angriff Bulgariens auf Serbien nicht zu dulden. Der Angriff würde Fragen, die durch den Vertrag von Bukarest gelöst worden sind, erneut aufrollen.

Ich bitte Sie, bei der ersten Gelegenheit, die sich bietet, in diesem Sinne mit dem Außenminister zu sprechen.

Streit.

Herr E. Veniselos, Ministerpräsident, an Herrn G. Streit, Minister des Auswärtigen, Athen [8]).

Telegramm. München, den 16./29. Juli 1914.

Im Augenblick, wo eine Kriegserklärung seitens Österreichs uns zwingt, folgenschwere Ereignisse ins Auge zu fassen, halte ich es

[7]) *Griechisches Weißbuch Nr. 16.*
[8]) *Griechische Dokumente Nr. 17.*

für richtig, Ihnen einige Gesichtspunkte hinsichtlich unserer Haltung anzugeben.

Wenn wir bei einem lokalisierten Krieg zwischen Österreich und Serbien neutral bleiben können, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß unser Bündnis uns verpflichtet, sofort 40 000 Mann zu mobilisieren. Dennoch liegt es im gemeinsamen Interesse Serbiens und Griechenlands, daß wir nicht sofort zu einer solchen Maßnahme schreiten, die eventuell eine allgemeine Mobilmachung Bulgariens hervorrufen könnte, und die Gefahr bestände, daß schwerwiegende Ereignisse überstürzt herbeigeführt würden.

Ich bitte Sie, dem griechischen Gesandten in Belgrad dringend die nötige Instruktion zu geben, damit er der serbischen Regierung die Gründe unserer Haltung auseinandersetzt und die Versicherung unseres festen Entschlusses wiederholt, daß wir im Falle einer bulgarischen Mobilmachung sofort mobilisieren werden. Der Gesandte würde noch hinzufügen können, daß unsere Stellung vollständig derjenigen entspricht, welche die serbische Regierung zu unserem gemeinsamen Interesse während unserer Krise mit der Türkei einzunehmen entschlossen war.

Gleichzeitig bin ich der Meinung, daß das griechisch-rumänische Zusammengehen sofort durch eine gemeinsame Note der beiden Regierungen in Sofia zum Ausdruck gebracht werden muß, in der sie ihren Entschluß bekanntgeben, daß wir sofort mobil machen würden, falls Bulgarien mobilisiert. Ich bitte Sie, sich mit Bukarest zu verständigen, damit ähnliche, in diesem Sinne abgefaßte Instruktionen an die betreffenden Gesandten geschickt werden.

Andererseits müssen wir auch die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges in Betracht ziehen, damit wir von vornherein unsere Politik darnach richten. Meine Meinung, die ich nach sehr reiflicher Überlegung gefaßt habe, geht dahin, daß in einem solchen Falle die Königlich griechische Regierung sich um keinen Preis in dem serbenfeindlichen Lager befinden dürfte, um die Feinde Serbiens zu unterstützen.

Dies würde auch den vitalen Interessen Griechenlands widerstreben und der Vertragstreue und der Würde des Staates nicht entsprechen.

Unter keinem Vorwand würde ich von der oben geschilderten Politik abweichen.

Veniselos.

Herr G. Streit, Minister des Auswärtigen an Herrn J. Alexandropulos, griechischer Gesandter in Serbien, Nisch [9]).

Telegramm. Athen, den 20. Juli/2. August 1914.

Auf die seitens der serbischen Regierung gestellten Fragen über die Haltung, welche die Königliche Regierung in dem österreichisch-serbischen Konflikt einzunehmen gedenkt, bitte ich Sie, dem Ministerpräsidenten folgende Erklärung abzugeben, die Sie ihm auf seinen eventuellen Wunsch auch schriftlich hinterlassen können:

Ganz abgesehen von den aus dem Bündnis mit Serbien resultierenden Verpflichtungen genügt der bloße Gedanke daran, daß die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Serbiens einen wesentlichen, durch den Vertrag von Bukarest hergestellten Faktor des Gleichgewichtes auf dem Balkan bildet, zu dessen Erhaltung Griechenland fest und unabwendbar entschlossen ist, um der griechischen Regierung den Entschluß zu diktieren, den sie, wenigstens im Augenblick, fassen will, um die befreundete und verbündete Nation auf das wirksamste zu unterstützen.

Die Königliche Regierung hat die Überzeugung, daß sie ihrer Pflicht als Freund und Bundesgenosse durch den von ihr gefaßten Entschluß vollständig erfüllt, indem sie gegenüber Serbien wohlwollende Neutralität bewahrt und bereit ist, sich jedem Angriff, dem Serbien seitens Bulgariens ausgesetzt sein sollte, zu widersetzen.

In der Tat würde die Beteiligung Griechenlands an dem ausgebrochenen Kriege, ohne Serbien irgendwie zu nutzen, ihm nur von großem Schaden sein. Wenn Griechenland in den Krieg eintreten sollte, so würde es seinem Bundesgenossen bei der großen Stärke seines Gegners nur sehr unzulängliche Hilfe leisten können. Gleichzeitig aber würde unvermeidlich Saloniki, der einzige offene Hafen zur Verproviantierung Serbiens, den entschlossenen Angriffen Österreichs ausgesetzt sein. Außerdem würde der Eintritt Griechenlands in den Krieg unvermeidlich die Kräfte seiner Armee schwächen, die im gemeinsamen Interesse intakt bleiben müssen, um Bulgarien in Schach zu halten.

Die Königlich griechische Regierung ist überzeugt, daß die serbische Regierung anerkennen wird, daß dieser Entschluß von der wirklichen Sorge für die gemeinsamen Interessen eingegeben ist und die größte Einsicht verrät.

Die Königliche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, sich der Gefahr eines bulgarischen Angriffes zu widersetzen, daß sie

[9]) *Griechische Dokumente Nr. 18.*

alle Maßregeln getroffen hat zur eventuellen Beschleunigung der Mobilmachung ihrer Armee. Wenn Griechenland noch nicht mobilisiert hat, so ist das nur dem Umstand zuzuschreiben, daß eine solche Maßnahme eine ähnliche in Bulgarien hervorrufen würde, die zweifellos den Gang der Ereignisse und die gegenwärtige Lage der Dinge unnötigerweise erschweren würde. Im übrigen würde die griechische Mobilmachung im erforderlichen Augenblick, wenn nicht eher, so doch mindestens gleichzeitig mit der Mobilmachung Bulgariens beendet sein.

Die griechische Regierung hegt die Hoffnung, daß ihre Gesichtspunkte sich im vorliegenden Falle in absoluter Übereinstimmung mit denjenigen der serbischen Regierung befinden.

Die serbische Regierung wird freundlichst gebeten, bei gegebener Gelegenheit ihre Ansichten der griechischen Regierung mitzuteilen.

Streit.

Herr N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, an S. M. den König, Athen[10]).

Telegramm. Berlin, den 29. Juli/4. August 1914.

S. M. der Deutsche Kaiser hat mich telegraphisch gebeten, sofort zu ihm zu kommen. Kaum, als ich hereinkam, gab mir S. M. ein Telegramm zu lesen, das er von Ew. Majestät erhalten und welches der deutsche Geschäftsträger in Athen übermittelt hat[11]).

S. M. der Kaiser hat mich beauftragt, Ew. Majestät dringend folgendes zu telegraphieren:

„Der Kaiser bringt Ew. Majestät zur Kenntnis, daß heute zwischen Deutschland und der Türkei ein Bündnis zustande gekommen ist. Bulgarien und Rumänien treten ebenfalls an die Seite Deutschlands. Die im Mittelmeer sich befindenden deutschen Kriegsschiffe werden sich mit den Schiffen der türkischen Flotte zu gemeinsamem Vorgehen vereinigen."

Daraus werden Ew. Majestät ersehen, daß alle Balkanstaaten in dem Kampf gegen den Slawismus an die Seite Deutschlands getreten sind.

Indem S. M. der Kaiser seine Mitteilung zur Kenntnis Ew. Majestät bringt, appelliert er an den Freund, an den deutschen Feldmarschall, auf den die deutsche Armee stolz war, als ihm der

[10]) *Griechisches Weißbuch Nr. 19.*
[11]) *Vgl. „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" Nr. 702.*

Rang verliehen wurde, und an seinen Schwager und erinnert daran, daß Griechenland dank der Bemühungen Sr. Kaiserlichen Majestät Kavalla endgültig behalten durfte, und bittet, daß Ew. Majestät geruhen wollen, die Mobilmachung Ihrer Armee anzuordnen, sich an die Seite des Kaisers zu stellen und in Waffenbrüderschaft gegen den Slawismus, den gemeinsamen Feind, vorzugehen.

Der Kaiser fügte hinzu, daß er in diesem äußerst kritischen Augenblick diesen letzten und dringenden Appell an Ew. Majestät richte in der Überzeugung, daß Ew. Majestät diesem Appell stattgeben würden.

Wenn Griechenland nicht an die Seite Deutschlands tritt, dann wird jedes Band zwischen Griechenland und dem Deutschen Reich zerschnitten sein.

Zum Schluß sagte mir S. M., daß das, was er heute von Ihnen verlange, das gleiche sei, was S. M. und Sie oft miteinander besprochen hätten. Er bemerkte noch, daß, wenn die Bulgaren, denen der Kaiser und Deutschland niemals sehr wohlgesinnt waren, an die Seite Deutschlands treten, so könne er noch hoffen, daß Griechenland das gleiche tun werde.

Ich darf noch hinzufügen, daß der Kaiser zu allem, was er mir sagte, sehr entschlossen schien.

Theotoky.

Herr N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, an S. M. den König, Athen[12]).

Telegramm. Berlin, den 22. Juli/4. August 1914.

Nachdem ich den Kaiser besucht hatte, habe ich eine längere Unterredung mit Herrn von Jagow gehabt. Er bestätigte mir streng vertraulich den Abschluß eines Bündnisses zwischen Deutschland und der Türkei. Die türkische Armee wird unter dem Oberbefehl des Sultans und der türkischen Generale stehen, aber der deutsche General Liman wird an der Führung der türkischen Armee beteiligt sein. Bulgarien und Rumänien werden an der Seite Deutschlands marschieren. Zwischen der Türkei und Bulgarien besteht ein sicheres Einvernehmen, das diesen beiden Ländern erlaubt, gegen jeden andern Staat vorzugehen, der nicht die gleiche Politik verfolgt. Herr von Jagow glaubt, daß unsere eigene Sicherheit uns zwingt, mit den übrigen Balkanstaaten gegen Rußland und Serbien vorzugehen. Auf meine Bemerkung, daß

[12]) *Griechische Dokumente Nr. 20.*

wir infolge unserer geographischen Lage einem Handstreich von seiten Englands ausgesetzt sind, sagte er mir, daß er nicht daran glaube, daß England etwas gegen uns unternehmen würde.

Aus allem diesen konnte ich entnehmen, daß die Verhandlungen mit Bulgarien in Wien geführt werden. Ich hatte den Eindruck, daß die Kompensationsobjekte für den Fall, daß Italien die augenblicklich beobachtete Zurückhaltung beibehält, in Serbien und Albanien gesucht werden. Ich glaube nicht, daß man zwischen Wien und Sofia genau die Kompensationen festgelegt hat, die Bulgarien im Falle eines glücklichen Ausganges des Krieges zugesprochen werden sollen; ich habe vielmehr Grund zu der Annahme, daß diese Objekte in einem Entwurf einfach durch den allgemeinen Begriff festgelegt sind als „Landstriche, auf die Bulgarien historische und nationale Ansprüche hat".

Wenn wir dem Appell des Kaisers Folge leisten, so glaube ich, daß wir im Prinzip unsere Bereitwilligkeit, diesem Appell Folge zu geben, erklären sollten, aber weitere Aufklärungen darüber verlangen müssen, was man von uns zu tun fordert und was man uns für den Fall eines glücklichen Ausgang des Krieges zusichert. Ich habe den Eindruck, daß man nichts dagegen haben würde, wenn wir uns auf Kosten Serbiens vergrößern.

Ich bitte Sie inständigst, peinlich genau die ungeheuren Folgen abzuwägen, die eine Weigerung unsererseits, dem Appell des Kaisers Folge zu geben, für die Gegenwart und für die Zukunft nach sich ziehen würde.

Theotoky.

Herr G. Streit, Minister des Auswärtigen, an Herrn N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, Berlin [13]).

Telegramm. Athen, den 25. Juli/7. August 1914.

Ich teile nachstehend eine Depesche S. M. des Königs mit:

„Ich bitte Sie, in Beantwortung Ihrer Depesche vom 22. Juli/4. August 1914 folgendes zu übermitteln:

Der Kaiser weiß, daß meine persönlichen Sympathien und meine politischen Anschauungen mich an seine Seite stellen. Ich werde nie vergessen, daß wir ihm Kavalla verdanken. Nach reiflicher Überlegung kann ich aber nicht einsehen, in welcher Weise ich ihm nützlich sein könnte, wenn ich sofort meine Armee mobilisiere. Das Mittelmeer beherrschen die vereinigten Flotten

[13]) *Griechische Dokumente Nr. 21.*

Englands und Frankreichs. Sie würden unsere Kriegs- und Handelsflotte vernichten, unsere Inseln wegnehmen und vor allem die Konzentration meiner Armee verhindern, die nur auf dem Seewege vor sich gehen kann, da es noch keine Eisenbahnen gibt. Ohne ihm irgendwie nützlich sein zu können, würden wir von der Landkarte verschwinden. Ich bin daher der Meinung, daß wir neutral bleiben müssen, und daß dies ihm von Nutzen sein könnte. Ich gebe die Versicherung, daß ich seine Freunde in meinen Nachbarstaaten nicht angreifen werde, solange auch diese unsere lokalen Balkaninteressen nicht verletzen."

Constantin, R.
Streit.

Herr N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, an Herrn G. Streit, Minister des Auswärtigen, Athen[14]).

Telegramm. Berlin, den 25. Juli/7. August 1914.

Die Nachrichten aus Konstantinopel, die Sie mir übermittelten, können für den Augenblick richtig sein, aber das hindert nicht, daß trotz der Versicherung, welche die Türken jetzt hinsichtlich ihrer Mobilmachung geben, sie das Ziel verfolgen, das ich in den Depeschen an S. M. angegeben habe. Es darf nicht vergessen werden, daß die Türkei zur Mobilmachung einen ganzen Monat braucht, und daß sie alles tun muß, um nicht während der Mobilmachung gestört zu werden. Die Lage auf dem Balkan wird sich sehr bald so zeigen, wie ich sie die Ehre hatte, Ihnen zu schildern, d. h.:

Bulgarien wird im gegebenen Augenblick gegen Serbien vorgehen. Es wird daran von Rumänien nicht gehindert werden und gegen einen etwaigen Angriff seitens der Türkei gesichert sein, so daß, wenn Österreich und Deutschland Rußland besiegen, Bulgarien sich ohne Zweifel auf Kosten Serbiens und Rumänien sich auf Kosten Rußlands vergrößern werden. Haben wir angesichts dieser Lage ein Interesse daran, dieser Vergrößerung zuzusehen, die wir nicht hindern können, ohne zu versuchen, auch uns zu vergrößern? Ich glaube es nicht. Das einzige Mittel, uns einen Erfolg zu sichern wäre, mit den Bulgaren zusammen die Serben anzugreifen, die, vorausgesetzt, daß Deutschland und Österreich siegen, eine solche Verkleinerung erleiden würden, daß sie sich niemals wieder erholen könnten.

[14]) *Griechische Dokumente Nr. 22.*

Wir müssen also versuchen, uns zu diesem Zweck mit den Bulgaren zu verständigen, neutral bleiben, so lange sie es bleiben, und handeln, sobald sie handeln. Wenn wir versuchen . . . (unlesbare Worte) . . . dann würden wir Gefahr laufen, von allen andern verdrängt zu werden.

Ich glaube, daß eine solche Politik hier volles Verständnis finden würde, wo man keinen Grund mehr hat, Serbien zu schonen, das heute Deutschland den Krieg erklärte. Wenn man zudem die von Italien gegenüber Deutschland und Österreich beobachtete Haltung in Rechnung stellt, so glaube ich, daß Berlin, wenn man eine Verständigung mit Wien erreicht, keine Einwendungen erheben würde, wenn wir Kompensationen in Albanien erhalten, da bei einem nicht mehr bestehenden Serbien für Österreich die Gründe nicht mehr maßgebend sind, die seine Schaffung und Erhaltung herbeigeführt haben.

Ich begreife sehr wohl die Bedenken, die eine solche Politik Ihnen angesichts unserer Beziehungen zu Serbien einflößen, aber es handelt sich jetzt um unsere Existenz, und wir müssen aus dem allgemeinen Zusammenstoß einen möglichst großen Nutzen ziehen.

Theotoky.

Herr N. Theotoky, griechischer Gesandter in Deutschland, an S. M. den König, Athen[15]).

Telegramm. Berlin, den 27. Juli/9. August 1914.

Ich übermittelte durch Herrn von Jagow an S. M. den Kaiser die Depesche, die Ew. Majestät an mich unter dem 27. d. M. zu richten geruht haben.

Herr von Jagow sagte mir, er glaube, daß der Kaiser Verständnis haben wird für die von Ew. Majestät dargelegte Notwendigkeit, für den Augenblick die Neutralität aufrechtzuerhalten. Der Minister wiederholte mir den vorgestern gegebenen Rat, uns schleunigst mit Sofia und Konstantinopel zu verständigen, und fügte hinzu, daß Serbien heute die Kriegsbeute bildet. (La peau de l'ours.)

Theotoky.

[15]) *Griechische Dokumente Nr. 23.*

Gelbbuch 106.

In den britischen Dokumenten zum Kriegsausbruch findet sich ein neuer Beweis dafür, daß die französischen Dokumente über den Kriegsausbruch wie sie im Französischen Gelbbuch von 1914 veröffentlicht worden sind, nicht den Anspruch erheben können, als wissenschaftliche Dokumente zu gelten.

Das als Nr. 106 im Französischen Gelbbuch veröffentlichte Schriftstück ist, wie aus den britischen Dokumenten, Anlage zu Nr. 319 und Nr. 338 hervorgeht, in ein Dokument unter dem Datum des 30. Juli zusammengezogen worden, während das Dokument Nr. 338 erst vom 31. Juli datiert.

Abgesehen davon, daß in dem zusammengezogenen Telegramm einige Stellen ausgelassen wurden, sind auch viele Änderungen im Text vorgenommen worden. Auch stellt sich die Änderung eines Datums heraus. Nach Gelbbuch 106 sollen die Bahnhöfe in Frankreich erst am 28. militärisch besetzt worden sein, während nach der Originalmeldung, wie es in der Anlage der britischen Dokumente Nr. 319 veröffentlicht worden ist, die Bahnhöfe in Frankreich bereits am Sonntag, das ist der 26., besetzt worden sind.

Die Schriftleitung.

Gelbbuch 106.

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères, à M. Paul Cambon. Ambassadeur de France à Londres.

Paris, le 30 juillet 1914.

Je vous prie de porter à la connaissance de Sir Edward Grey les renseignements suivants touchant les préparatifs militaires français et allemands. L'Angleterre y verra que si la France est résolue, ce n'est pas elle qui prend des mesures d'agression.

Vous attirerez l'attention de Sir Edward Grey sur la décision prise par le Conseil des Ministres de ce matin: bien que l'Allemagne ait pris ses dispositifs de couverture à quelques centaines de mètres de la frontière, sur tout le front du Luxembourg aux Vosges, et porté ses troupes de couverture sur leurs positions de combat, nous avons retenu nos troupes à 10 kilomètres de la frontière, en leur interdisant de s'en rapprocher davantage.

Notre plan, conçu dans un esprit d'offensive, prévoyait pourtant que les positions de combat de nos troupes de couverture seraient aussi rapprochées que possible de la frontière. En livrant ainsi une bande du territoire sans défense à l'agression soudaine de l'ennemi, le Gouvernement de la République tient à montrer que la France, pas plus que la Russie, n'a la responsabilité de l'attaque.

Pour s'en assurer, il suffit de comparer les mesures prises des deux côtés de notre frontière: en France, les permissionaires n'ont été rappelés qu'après que nous avons acquis la certitude que l'Allemagne l'avait fait depuis cinq jours.

En Allemagne, non seulement des troupes en garnison à Metz ont été poussées jusqu'à la frontière, mais encore elles ont été renforcées par des éléments transportés en chemin de fer de garnisons de l'intérieur telles que celles de Trèves ou de Cologne. Rien d'analogue n'a été fait en France.

L'armement des places de la frontière (déboisements, mise en place de l'armement, construction de batteries, renforcement des réseaux de fil de fer) a été commencé en Allemagne dès le samedi 25; chez nous, il va l' être, la France ne pouvant plus se dispenser de prendre les mêmes mesures.

Les gares ont été occupées militairement en Allemagne le samedi 25, en France le mardi 28.

Enfin, en Allemagne, les réservistes, par dizaines de milliers, ont été rappelés par convocations individuelles, ceux résidant à l'étranger (classes 1903 à 1911) rappelés, les officiers de réserve convoqués; à l'intérieur, les routes sont barrées, les automobiles ne circulent qu'avec un permis. C'est le dernier stade avant la mobilisation. Aucune de ces mesures n'a été prise en France.

L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes frontières; par deux fois, hier, des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire. Tout le XVI[e] Corps de Metz, renforcé par une partie du VIII[e] venu de Trèves et de Cologne, occupe la frontière de Metz au Luxembourg; le XV[e] Corps d'armée de Strasbourg a serré sur la frontière.

Sous menace d'être fusillés, les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ont défense de passer la frontière.

René Viviani.

Britische Dokumente Nr. 319.

Anlage.

Le Ministre des Affaires Etrangères
à M. Paul Cambon.

Le 30 juillet 1914.

Je vous prie de porter à la connaissance de Sir E. Grey les renseignements suivants touchant les préparatifs militaires français et allemands. L'Angleterre y verra que si la France est résolue, ce n'est pas elle qui prend des mesures d'agression. Vous attirerez

l'attention de Sir E. Grey sur la décision prise par le Conseil des Ministres de ce matin; bien que l'Allemagne ait pris ses dispositifs de couverture à quelques centaines de mètres ou à quelques kilomètres de la frontière, sur toute la frontière, du Luxembourg aux Vosges, et porté ses troupes de couverture sur ses positions de combat, nous ne l'avons pas fait; bien que notre plan, conçu dans un esprit d'offensive, prévoit que les positions de combat de nos troupes de couverture seront aussi rapprochées de la frontière que le sont les troupes allemandes. Nous livrons ainsi une bande du territoire national sans défense à l'agression soudaine.

Nous n'avons pas pour le faire d'autre raison que de montrer à l'opinion et au Gouvernement britannique que la France comme la Russie ne tireront pas les premières.

Ci-joint le tableau des mesures prises à leurs dates des deux côtés de la frontière:

En France, comme en Allemagne, les permissionaires ont été rappelés, les troupes sont dans leur garnison, les ouvrages d'art gardés.

En Allemagne, non seulement les troupes en garnison à Metz ont été poussées jusqu'à la frontière, mais encore, elles ont été renforcées par des éléments transportés en chemin de fer de garnisons d'intérieur, telles que Trèves ou Cologne.

Rien d'analogue n'a été fait en France.

L'armement des places de la frontière (déboisements, mise en place de l'armement, construction de batteries, renforcement des réseaux de fil de fer) a été commencé en Allemagne samedi 25. Il le sera en France jeudi 30.

Les gares ont été occupées militairement en Allemagne samedi, en France dimanche.

Enfin, voici d'autres mesures qui ont déjà été prises en Allemagne et pas encore en France:

Rappel de réservistes par convocations individuelles.

Rappel de réservistes résidant à l'étranger (classes de 1903 à 1911).

Convocation d'officiers de réserve.

Sur la frontière côté allemand, routes barrées; automobiles ne circulent qu'avec un permis.

Britische Dokumente Nr. 338.

Mitteilung des französischen Botschafters (35 082).

Le Ministre des Affaires Etrangères
à M. Paul Cambon.

Le 31 juillet 1914.

L'Armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes frontières. Hier, vendredi [1]), par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire. Nos avant-postes sont en retrait à 10 kilom. en arrière de la frontière. Les populations ainsi abandonnées à l'attaque de l'armée adverse protestent, mais le Gouvernement tient à montrer à l'opinion publique et au Gouvernement britannique que l'agresseur ne sera en aucun cas la France.

Tout le 16e corps de Metz, renforcé par une partie du 8e venu de Trèves et de Cologne, occupe la frontière de Metz au Luxembourg. Le 15e corps d'armée de Strasbourg a serré sur la frontière. Sous menace d'être fusillés, les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ne peuvent pas passer la frontière; des réservistes par dizaines de milliers sont rappelés en Allemagne: c'est le dernier stade avant la mobilisation. Or, nous n'avons rappelé aucun réserviste. Comme vous le voyez, l'Allemagne l'a fait.

J'ajoute que toutes nos informations concordent pour montrer que les préparatifs allemands ont commencé samedi, le jour même de la remise de la note autrichienne [2]).

Ces éléments, ajoutés à ceux contenus dans mon télegramme d'hier, vous permettent de faire la preuve au Gouvernement britannique de la volonté pacifique de l'un et des intentions agressives de l'autre.

---

[1]) Das ist ein Irrtum; der 31. Juli war ein Freitag.

[2]) Das ist auch unrichtig; die österreichische Note wurde an einem Donnerstag (23. Juli) übergeben, und der Hinweis sollte sich wohl auf die serbische Antwort beziehen, die am Samstag (25. Juli) erfolgte.

Aus den neuen Britischen Dokumenten.

Die Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch enthalten ein Schriftstück, dessen Inhalt für die Rechtfertigung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien im Juli 1914 von größter Tragweite ist. Es handelt sich um einen Bericht des britischen Botschafters in Wien an Sir Edward Grey vom 29. Juli 1914, der unter Nr. 265 veröffentlicht ist. In diesem Dokument finden sich die Argumente wieder, die bei Kriegsausbruch auch von deutscher Seite gegenüber den fremden Mächten geltend gemacht worden sind. Von besonderer Bedeutung ist, daß das Eingeständnis von der maßgebendsten Persönlichkeit, dem serbischen Gesandten in Wien, herrührt, der am ehesten in der Lage war, die österreichisch-serbische Spannung zu beurteilen.

Im englischen Blaubuch von 1914 ist dieses Telegramm unter Nr. 79 paraphrasiert veröffentlicht, hingegen fehlt dort der zweite wesentliche Abschnitt gänzlich. Wir haben die ausgelassene Stelle hier durch Rotdruck hervorgehoben.

Die Schriftleitung.

Nr. 265.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey.

(Tel.) Nr. 122. Wien, den 29. Juli 1914.

A. 4,30 nachm.
E. 7,27 nachm.

Französischer und italienischer Botschafter pflichten mir bei, daß es augenblicklich nichts gibt, was wir nützlicherweise tun könnten, um Krieg mit Serbien aufzuhalten, dem österreichisch-ungarische Regierung nun durch Kriegserklärung und durch heute morgen veröffentlichten Aufruf des Kaisers an sein Volk völlig übermacht ist [1]). Italienischer Botschafter meint, daß Rußland bewogen werden könnte, ruhig zu bleiben, wenn österreichisch-ungarische Regierung in St. Petersburg abgegebene Erklärung, weder serbisches Gebiet erwerben noch Unabhängigkeit Serbiens vernichten zu wollen, in eine bindende Verpflichtung Europa gegenüber verwandele. Aber italienischer Botschafter ist sicher, daß österreichisch-ungarische Regierung dies ablehnen würde.

Vertraulich.

Französischer Botschafter berichtet seiner Regierung, daß ihn Geständnisse des serbischen Gesandten, mit dem er bis zu dessen Abreise am 26. Juli in enger Fühlung war, überzeugt haben, Zustand wachsender Gärung in südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie sei derart, daß österreichisch-ungarische Regierung

[1]) *Die entsprechenden englischen Worte lauten: „. . . . are now fully committed . . . .“ Die Schriftleitung.*

genötigt gewesen wäre, sich entweder in Lostrennung dieser Provinzen zu fügen oder eine verzweifelte Anstrengung zu machen, um sich die Provinzen dadurch zu erhalten, daß sie Serbien als Machtfaktor ausschalte. Serbischer Gesandter äußerte immer, die Zeit arbeite für Serbien, und er sagte französischem Botschafter, südslawische Provinzen wären innerhalb drei Jahren bereit, sich gegen Österreich-Ungarn zu erheben, ohne daß Serbien auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche. Österreich-Ungarn merkte, daß es nicht länger warten konnte, und entschloß sich zum Kriege, von dem es jetzt anscheinend nichts mehr abzuhalten vermag. Nach Ansicht französischen Botschafters geht daraus hervor, daß Konflikt nicht Folge deutscher Anstiftung ist; auch gehe nicht unbedingt daraus hervor, daß Deutschland europäischen Krieg wünscht, wie viele in Frankreich glauben.

(Gleichlautend an Botschaften.)

MONATSBERICHT.

DEUTSCHLAND.

Das historische Monumentalwerk des Auswärtigen Amtes. I. Die Genesis. II. Die Durchführung. Von Friedrich Thimme.

„Berliner Tageblatt", 8. Februar u. 1. März 1927, Nr. 64 u. 100.

Dr. Thimme, der Mitherausgeber der „Großen Politik der Europäischen Kabinette", gibt in den beiden Aufsätzen eine Darstellung über Entstehung und Durchführung des großen Werkes. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten:

„Was den Mühen und Anstrengungen aller Beteiligten die höhere Weihe gab, was ihre Kräfte beschwingte und sie befähigte, alle im Laufe der Jahre sich neu erhebenden Schwierigkeiten und Widerstände fast wie spielend zu überwinden und die eigenen Kräfte bis zum Höchstmaß zu steigern, das war das Gefühl, daß dieses Werk der Wahrheit an einem großen und klassischen, die ganze Welt in den Bann zwingenden Beispiel zu zeigen gelte, daß das deutsche Volk, von einer Übermacht überwunden und aufs tiefste gedemütigt, wie es war, doch das Bewußtsein seiner sittlichen Kräfte in sich trage und mittels ihrer aus der Tiefe wieder zur Höhe emporzusteigen

vermöge. In diesem Zeichen hat die große Publikation des Auswärtigen Amtes von Anfang bis zu Ende gestanden, und in diesem Zeichen wird sie ihren Siegeszug vollenden."

Rheinlandbesetzung und Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer. „Tägliche Rundschau", 7. Februar 1927.

Im „Echo de Paris" hatte der französische General Castelnau zum Ausdruck gebracht, daß, solange jenseits des Rheins die moralische Abrüstung sich nicht vollzogen habe, auf die Garantien des Versailler Vertrages verzichtet werden könne. In Verbindung damit bezeichnete der General die letzte Äußerung Stresemanns, daß Deutschland nicht die Verantwortung für den Kriegsausbruch trage, als einen Zynismus, der nicht überboten werden könne. Dazu schreibt der Verfasser:

„Aus dieser französischen Meinungsäußerung geht wieder einmal deutlich hervor, wie sehr das starre Festhalten Frankreichs an der Rheinlandpolitik mit der Kriegsschuldfrage aufs engste verknüpft ist. Der Durchschnittsfranzose lebt auch heute noch in der Vorstellung, daß Frankreich 1914 ohne Dazutun seiner Regierung von den Deutschen überfallen worden sei. Solange die falsche Auffassung besteht, ist es auch ganz begreiflich, daß die verängstigten Franzosen sich territoriale Sicherheiten gegenüber einem neuen deutschen Einfall schaffen wollen und immer wieder die Forderung nach moralischer Abrüstung stellen."

Es ergibt sich also die Notwendigkeit, in intensiverer Form als das bisher geschehen ist, bei den Franzosen die irrige Vorstellung von dem deutschen Überfall und der deutschen Kriegsschuld zu zerstören. Wegerer weist in seinen weiteren Ausführungen auf den dafür einzuschlagenden Weg hin:

„Um die öffentliche Meinung in Frankreich neben der unzureichenden Wissenschaft auch mit den Mitteln der Politik über die Kriegsschuldfrage aufzuklären, ist es erforderlich, daß entweder im Reichstag oder bei Gelegenheiten, wo Minister Reden halten können, die vom Ausland beachtet werden, auf die Kriegsschuldfrage einmal gründlich eingegangen wird. Selbstverständlich können sich die Minister und Parlamentarier nicht auf wissenschaftliche Diskussionen über Einzelfragen einlassen. Es dürfte unseres Erachtens aber möglich sein, einzelne Minister oder Parlamentarier soweit vorzubereiten und ihnen die erforderlichen Unterlagen zu geben, daß sie in die Lage versetzt werden, die grundlegenden Tatsachen über die Entstehung des Krieges einmal

vor aller Welt zu sagen und damit die öffentliche Meinung des Auslands über die gröbsten Lügen in der Kriegsschuldfrage aufzuklären. Wahrscheinlich würde dadurch auch nicht erreicht werden, daß sich die öffentliche Meinung in Frankreich wie mit einem Schlage wandelt, aber es würde sicher dazu führen, daß sich weitere Kreise in Frankreich mit der Kriegsschuldfrage befassen müssen und wenigstens die Legende von dem deutschen Überfall aufgegeben würde."

Die Meerengenfrage in der Vorkriegspolitik Rußlands. Von Gunther Frantz.

„Deutsche Rundschau", Februar 1927.

Gunther Frantz veröffentlicht in der „Deutschen Rundschau" den Vortrag, den er auf dem Kongreß der deutschen Historiker am 8. Oktober 1926 in Breslau über das oben stehende Thema gehalten hat. Der Aufsatz von Gunther Frantz ist die erste zusammenfassende Darstellung dieser für die Vorkriegsgeschichte so wichtigen Frage, unter Auswertung des gesamten nach dem Kriege erschienenen Dokumenten- und Memoirenmaterials.

Kriegsschuldfrage und Ständiger Internationaler Gerichtshof.

I. Von Prof. Dr. Freiherrn von Freytagh-Loringhoven, M. d. R., Breslau.

II. Erwiderung von Professor Dr. de Louter, Hilversum (Holland).

„Deutsche Juristen-Zeitung", 1. März 1927, Heft 5.

Um die Lösung der Kriegsschuldfrage. Eine bemerkenswerte Diskussion.

a) Prof. Dr. Frhr. von Freytagh-Loringhoven, M. d. R.: Kriegsschuld und Internationaler Gerichtshof.

b) Dr. Hans Wehberg: Kriegsschuldfrage und Weltgerichtshof.

c) Dr. Otto Kriegk: Völkerbund und Schuldfrage.

d) Prof. Dr. Görcke: Die Bereinigung der Kriegsschuldfrage.

„Der Weg zur Freiheit", 15. Februar 1927, Nr. 4.

Die vorstehenden interessanten Arbeiten beschäftigen sich mit der Prüfung der Frage, ob der Ständige Internationale Gerichtshof Möglichkeiten bietet, eine Prüfung der Kriegsschuldfrage durch diesen Gerichtshof zu erreichen.

ENGLAND.

Britain examines the problem of War Guilt. By Count Max Montgelas.

„Foreign Affairs", Februar 1927.

In seiner Würdigung der Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch hebt Graf Montgelas einige der wesentlichsten Folgerungen, die sich für die Kriegsschuldfrage aus dem Studium der Britischen Dokumente ergeben, hervor: Die englische Regierung hat Rußland für seine Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn carte blanche erteilt, und die deutsche Erklärung, daß der casus foederis bei russischer Teilmobilmachung gegen Österreich nicht eintrete, sofort nach Petersburg weitergegeben, so daß dort die Möglichkeit bestand, unter dem Vorwand „Teilmobilmachung" militärische Maßnahmen auch auf der deutschen Front anzuordnen.

Die russische Regierung ist in ihrem Vorgehen durch einen Privatbrief des ständigen Unterstaatssekretärs im „Foreign Office", Sir Arthur Nicolson, an den britischen Botschafter in Petersburg ermutigt worden. Die Britischen Dokumente ergeben ferner als wichtiges Faktum, daß man im „Foreign Office" über den Beginn der russischen allgemeinen Mobilmachung bereits am frühen Nachmittag des 30. Juli informiert war (die deutsche Regierung bekanntlich erst am 31. 11,40 Uhr a. m.).

*

FRANKREICH.

Poincaré für Öffnung der französischen Archive.

Nun endlich hat sich der französische Ministerpräsident mit der Öffnung der französischen Archive einverstanden erklärt. In der Kammersitzung vom 10. Februar richtete der Abgeordnete Fontanier folgende Frage an den Ministerpräsidenten Poincaré:

„Ich wünsche dem Herrn Ministerpräsidenten eine Frage zu unterbreiten, die ihm wohl bekannt ist, da sie während der letzten Legislaturperiode von Herrn Fernand Buisson wiederholt gestellt worden ist. Es handelt sich um die Veröffentlichung der Dokumente über den Kriegsausbruch. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, uns seine Absicht mitzuteilen und uns zu sagen, ob er noch immer, wie während der letzten Legislaturperiode gegenüber Herrn Buisson, die Veröffentlichung dieser Dokumente verweigert."

Poincaré: „Ich habe sie niemals verweigert."

Fontanier: „Sie haben gesagt, daß der Augenblick nicht geeignet sei; das kann noch lange dauern."

Poincaré: „Ich habe dies zu einem Augenblick gesagt, wo es schwierig war, mit der Veröffentlichung zu beginnen. Aber heute, da die Veröffentlichung überall im Auslande begonnen ist, ist es an der Zeit, sie so schnell wie möglich in Frankreich vorzunehmen. Ich werde dem Herrn Außenminister den von Herrn Fontanier vorgebrachten Wunsch, den ich teile, übermitteln."

Fontanier: „Ich danke Ihnen."

Öffnung der französischen Archive?

„Tägliche Rundschau", 22. Februar 1927, Nr. 87.

Der Pariser Korrespondent der „Täglichen Rundschau" berichtet über eine Unterredung, die er mit dem Abgeordneten Fontanier, dem Mitglied der Auswärtigen Kammerkommission, über die Öffnung der französischen Kriegsarchive hatte:

Zu einem Schritt in dieser Frage bei Poincaré entschloß sich Fontanier am 10. Februar auf Grund einer Resolution der Liga für Menschenrechte. Während der letzten Tage hatte aber Fontanier, der auch Professor der Geschichte ist, bei der Regierung wiederholt Vorstellungen erhoben, ohne daß es ihm gelungen war, eine präzise Antwort zu erhalten. In der letzten Sitzung der Kammerkommission hat Fontanier nun unter Hinweis auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten Fragen an Briand gerichtet. Unter Umgehung jeder direkten Antwort ersuchte der Außenminister den Fragesteller, sich mit ihm privat über das Problem unterhalten zu wollen. Fontanier hatte daraufhin Ende der letzten Woche eine private Aussprache mit Briand, der noch weitere folgen werden.

Von der ersten Unterredung nahm Fontanier den Eindruck mit, daß die solange erwartete Zustimmung des Außenministeriums zu der Veröffentlichung der geheimen Dokumente tatsächlich in kürzester Frist erfolgen wird.

Der Abgeordnete Fontanier übergab dem Außenminister eine Liste mit Namen hervorragender Historiker, die sich bereit erklärt haben, an der Sammlung und Veröffentlichung der Dokumente mitzuarbeiten. An erster Stelle wurde der Universitätsprofessor Mathiez von der Universität Dijon genannt, der sich durch seine Arbeiten über die französische Revolution einen Namen gemacht hat.

Im übrigen hat ein beschränkter Sachverständigenausschuß mit der Sammlung der wichtigsten Dokumente bereits vor einer Reihe von Monaten begonnen und nach Angaben des Außenministers bereits soviel Material gesichtet, daß die Veröffentlichung mehrerer Bände sofort in die Wege geleitet werden könnte.

Es ist gar nicht die Rede davon, die Bereitstellung besonderer Kredite für die Veröffentlichung zum Gegenstand eines besonderen Gesetzentwurfs zu machen, der von der französischen Kammer zu ratifizieren wäre. Es scheint vielmehr, daß der Außenminister dem Vorschlage Fontaniers zustimmen wird, der dahin lautet, daß die notwendigen Mittel aus dem geheimen Fonds entnommen werden sollen.

Dem Gedanken einer

„Internationalen Konferenz zur Ergründung der Frage der Kriegsschuld"

stimmte Herr Fontanier nur unter zweierlei Vorbehalten zu:

1. müßten die Gelehrten, denen eine Untersuchungsaufgabe zufiele, nicht nur das Aktenmaterial aller kriegführenden Staaten vorfinden (also auch Italien müßte seine Archive öffnen), sondern auch einen Einblick in die Archive derjenigen größeren Länder gewinnen, die am Kriege nicht teilnahmen.

Das Datum einer solchen Konferenz, die nur theoretischen Charakter haben könne, lasse sich auch nicht annähernd festsetzen. Diese Konferenz könnte viele Jahre dauern. Man müsse sich vor Augen halten, daß erst 1880 anläßlich der Veröffentlichung der Memoiren von Talleyrand und der Öffnung der Wiener Archive volle Klarheit über die napoleonischen Kriege geschaffen wurde;

2. dürften die Gelehrten nicht mit politischen Hintergedanken zusammenkommen, sondern sie müßten unparteiisch nach der Wahrheit streben. Sie dürften nicht die Frage stellen, „ob dieses oder jenes Land recht hatte", sondern die Frage müßte einfach lauten: „Wer hatte recht?".

Bücherschau.

Fabre-Luce, Alfred: „Locarno sans Rêves." Verlag Bernhard Grasset, Paris 1927, 241 S.

Alfred Fabre-Luce veröffentlicht soeben ein neues Buch: „Locarno sans Rêves", das im wesentlichen der deutsch-französischen Verständigungsidee gewidmet ist. Fabre-Luce zeigt die Wege, die nach Locarno geführt haben, und weist auf die Hindernisse hin, die einer restlosen Aussöhnung der beiden Nationen vorläufig im Wege stehen.

Unter diesen Schwierigkeiten nennt Fabre-Luce auch die Kriegsschuldfrage, deren historisch-politischer Bedeutung er vor zwei Jahren bereits sein berühmt gewordenes Werk „La Victoire" gewidmet hatte. In seinem neuen Buch behandelt Fabre-Luce die Kriegsschuldfrage im Rahmen seiner Gesamtdarstellung nur auf kurzem Raum, aber auch in dieser begrenzten Zusammenfassung weiß er Wesentliches zu sagen, das ernste Beachtung und Überlegung verdient.

Fabre-Luce greift den Gedanken an ein Schiedsgericht oder an eine Sachverständigenkonferenz auf. Er glaubt nicht, daß jemals ein Komitee unabhängiger Sachverständiger ein endgültiges Urteil in der Kriegsschuldfrage sprechen kann. Er weist mit Recht auf die starken nationalen Hemmungen hin, denen jedes Mitglied einer Konferenz mehr oder weniger ausgesetzt sein wird, aber er tritt dafür ein, daß der Versuch einer Enquête unbedingt gemacht werden muß. Er fordert eine Begrenzung in der Arbeit, damit über gewisse Punkte der Kriegsschuldfrage eine endgültige Auffassung erzielt werden kann. „Im Anfang — schreibt Fabre-Luce — würde es sich z. B. darum handeln, das Datum und den Charakter der Mobilmachungen des Juli 1914 und die wirkliche Geschichte der letzten Vermittlungsvorschläge festzulegen. Eine solche Arbeit würde keineswegs Enthüllungen bringen, denn alle ernsthaften Historiker sind über diese Punkte schon einig. Aber diese Einigkeit würde durch das Herausstellen der offiziellen Zusammenarbeit und durch die Redaktion einer gemeinsamen Textfassung öffentlich in sehr wirkungsvoller Form zum Ausdruck gebracht werden."

Man kann diesen Vorschlag wohl in Erwägung ziehen, er bietet die Möglichkeit einer weiteren Annäherung in der Kriegsschuldfrage und gibt vielleicht eine Basis, von der aus allmählich auch die Punkte der Kriegsschuldfrage in die Diskussion einbezogen werden können, die vorläufig noch stark umstritten sind.

Bach.

Fastrez, A.: „La Responsabilité de l'Allemagne; Etat-Major et Gouvernement." Lamertin, Bruxelles 1926, 325 S.

Das Buch des belgischen Obersten Fastrez bemüht sich, die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, namentlich die Angriffs- und Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschlands, nachzuweisen. Hierbei läßt F. wohlweislich die gesamten englischen, französischen und russischen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit außer Betracht, würdigt insbesondere die Politik der Ententeländer, vor allem die Politik Frankreichs und Rußlands in keiner Weise, sondern stellt nur aus dem größtenteils bereits 1914 bekannten Material einseitig eine Darstellung zusammen, die

durch die Phantasie des Verfassers in einer historisch-wissenschaftlich ebenso unzulässigen wie unmöglichen Weise zu Schuldbeweisen ergänzt wird. Das Buch enthält eine so überwiegende Anzahl Unrichtigkeiten, daß in der folgenden Besprechung nur einige der gröbsten Behauptungen F. richtiggestellt werden sollen.

F. kann zwar nicht die Legende vom Kronrat in Potsdam am 5. Juli 1914 aufrechterhalten, behauptet aber nichtsdestoweniger, daß am 6. Juli 1914 in den einzelnen Unterredungen des Kaisers mit untergeordneten militärischen Persönlichkeiten der europäische Krieg beschlossen worden sei. Nach F. hatte man „seit dem 6. Juli in Österreich wie in Deutschland begonnen, alle diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zwar noch nicht die Mobilmachung sind, sie aber wirksam vorbereiten" (S. 53). Hier steht F. sogar mit Poincaré in Widerspruch, der selbst zugeben mußte, daß für jene Zeit weder Deutschland noch Österreich den allgemeinen Krieg gewollt haben (Foreign Affairs, Okt. 1925 S. 14). Insbesondere die Vorgänge in den letzten tragischen Tagen des Juli 1914 erfahren bei F. eine vollkommene Entstellung, die so weit geht, daß die deutschen Schritte in Wien, die den „Halt in Belgrad" bezweckten, als unaufrichtig dargestellt werden und behauptet wird, Österreich sei am 31. Juli zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts entschlossen gewesen; Deutschland habe jedoch die Verhandlungen durch seine ultimative Forderung auf Rücknahme der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung an Rußland zum Scheitern verurteilt. Die Tatsachen werden damit vollkommen umgedreht. Deutschland hatte sich vielmehr am 27. Juli sogar verpflichtet, nicht zu mobilisieren, wenn Rußland nur gegen Österreich mobilmache (vgl. auch Brit. Dokum. Nr. 185). Rußland ordnete trotzdem bereits am Abend des 30. Juli die allgemeine Mobilmachung gegen Deutschland an, also zu dem Zeitpunkt, wo der deutsche Schritt in Wien endlich Erfolg hatte.

Bemerkenswert sind die Ausführungen auf S. 116 ff. Nach F. bedeutet der Ausdruck „Mobilmachung" nicht für alle Länder das gleiche. Dadurch, daß Rußland vor Deutschland die Mobilmachung anordnete, habe Rußland nur den unvermeidlichen Zeitverlust bei der Mobilisation seiner Streitkräfte gegenüber Deutschland vermindert (!). Liegt aber nicht hier gerade ein Beweis für den Kriegswillen Rußlands? Das geht auch aus Nr. 132 der Brit. Dokum. hervor, in dem Greys Vorschlag, daß Deutschland auf eine Mobilmachung verzichten solle, auch wenn Rußland gegen Österreich mobilmache, erörtert wird.

F. hält an allen in jenen Julitagen erdichteten französischen Tendenznachrichten von deutschen Kriegsvorbereitungen fest. Der Zweck ist klar, denn er will beweisen, daß die französischen Mobilmachungsmaßnahmen nur unter dem Zwang der deutschen und stets nach deren Bekanntwerden in Frankreich angeordnet wurden. So gibt F. selbst an, daß die beurlaubten Offiziere in Frankreich bereits am 26. Juli, 4,30 Uhr nachmittags, telegraphisch zurückberufen worden sind, also drei Tage früher als in Deutschland. Dies nur als Beispiel. Die Anfrage der deutschen Regierung, ob Frankreich in einem Krieg zwischen Deutschland und Rußland neutral bleiben werde, nennt F. „insidieuse". Aus dem geheimen Zusatz (Besetzung von Toul und Verdun als Pfand, vgl. Deutsche Dokum. Nr. 491) folgert F. den Willen Deutschlands nach einem Krieg mit Frankreich in jedem Fall. Grey hielt jedenfalls diese Neutralität noch am 1. August nicht für unmöglich (Deutsche Dokum. Nr. 596).

Deutschland akzeptiert Greys Anregung unter Fallenlassen des geheimen Zusatzes (Deutsche Dokum. Nr. 575, 578, 579).

Die belgische Frage entscheidet F. in der auf französisch-belgischer Seite gewohnten Weise. Die Verteidigung der englisch-belgischen Generalstabsbesprechungen (Ducarne-Barnadiston 1906, Jungbluth-Bridges 1912) übersieht die Tatsache, daß diese Besprechungen nicht nur vollkommen einseitig, sondern auch sehr detaillierter Art waren und Belgien auffallenderweise für den umgekehrten Fall — Verletzung der Neutralität durch Frankreich — keinen Weg zu gleichartigen Besprechungen mit Deutschland gefunden hat. Daß das deutsche Ultimatum an Belgien bereits am 26. Juli entworfen wurde, spielt übrigens für die Frage des Notstands am 2. August keine Rolle. Zum Schluß versucht F. den Nachweis, daß die deutsche Diplomatie in den Händen von Kaiser und Generalstab war, die den Krieg wollten und vorbereiteten. Auch die Legende von der barbarischen Kriegsführung Deutschlands ist nicht vergessen (S. 324). Das Werk des belgischen Obersten bedeutet einen gefährlichen Rückschlag innerhalb der objektiven Kriegsursachenforschung nach dem im Jahre 1926 erreichten Stand.

Dr. Egon Gottschalk.

Friedrich, Fr.: „Handbuch für den Geschichtsunterricht." Vierter Band, 2. Halbband. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig 1926, 493 S.

Halévy, Elie: „Histoire du peuple anglais au XIX^e siècle. Epilogue (1895—1914)." Vol. I.; Les impérialistes au pouvoir (1895—1905). Librairie Hachette, Paris 1927, 420 S.

Hendrick, Burton J.: „La vie et la correspondance de Walter H. Page, ambassadeur des Etats-Unis à Londres de 1913 à 1918." Verlag Payot, Paris 1927, 837 S.

La Politique extérieure de L'Allemagne 1870—1914. Documents officiels publiés par le Ministère Allemand des Affaires Etrangères. Avant-propos de A. Aulard, professeur honoraire à la faculté des lettres de l'Université de Paris. Tome premier 1870—1875, traduit par Henri Audoin, agrégé de l'Université, professeur au Lycée d'Amiens. Alfred Costes, Paris 1927, 284 S.

Die Société de l'Histoire de la Guerre hat die Übersetzung der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" übernommen. Der erste soeben erschienene Band wird von Prof. Aulard eingeleitet. In der französischen Ausgabe sind alle Fußnoten der deutschen Herausgeber in Fortfall gekommen, und die Anordnung der Dokumente ist nach chronologischen Gesichtspunkten erfolgt. In der deutschen Sammlung sind die Dokumente bekanntlich in einzelnen, in sich zusammenhängenden Kapiteln angeordnet.

Lumbroso, Alberto: „Le origini economiche e diplomatiche della guerre mondiale." Mondadori, Milano 1927, 544 S.

In der von dem italienischen Militärschriftsteller Oberst Angelo Gatti herausgegebenen „Collezione italiana di diari, memoirie, studi e documenti per servire alla storia della guerra del mondo" ist soeben der erste Band unter obigem Titel erschienen, verfaßt von dem bekannten Herausgeber der „Rivista di Roma" und Schriftsteller Alberto Lumbroso. Lumbroso stellt eine neue Behauptung unter Beweis: die Hauptschuld Englands. Diesem Bestreben wird der Untertitel seines Werkes gerecht: „La vittoria dell'imperialismo anglosassone" (Der Sieg des anglosächsischen Imperialismus).

Er beginnt seine Untersuchungen mit dem Jahre 1892, dem Geburtsjahr des franco-russischen Zweibundes. Eine der größten Irrtümer in der Zumessung der Kriegsschuld liegt nach Lumbroso in der Behauptung, alle europäischen Nationen hätten sich nur einer Politik des Friedens gewidmet mit Ausnahme Deutschlands, dessen Kriegsschuld man ausschließlich auf die Ereignisse und Entschließungen in den Juli- und Augusttagen 1914 gründe. Während der unlösbare Knoten sich bereits im 19. Jahrhundert schürzte und sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts noch verwickelter gestaltete, gebe es heute noch Menschen, darunter auch Historiker, die sich daran klammern, zu entdecken, wer zuerst mobilisiert, wer zuerst ein Ultimatum überreicht habe. Darauf komme es in keiner Weise an; entscheidend für eine Beurteilung seien die Jahre 1892 bis 1914, deren Quellensammlung beweise, wie alle kriegführenden Länder in gleicher Weise das Herannahen des unvermeidlichen Sturmes gefühlt haben.

Die englische Kriegsschuld erblickt Lumbroso zunächst in der Einkreisungspolitik Eduards VII., die einen offensiven Charakter trug, sodann in der steten Bereitschaft Englands, Frankreich und Rußland in einem Krieg gegen Deutschland politisch und militärisch zu unterstützen, diese beiden dadurch zu ihrer kriegstreibenden Politik aneifernd. Lumbroso stützt sich in der Hauptsache auf die belgischen, serbischen und russischen Akten. Daneben bringt er auch einige interessante Urteile aus der englischen und französischen Presse für diese beiden gegen England erhobenen Anklagen.

England trägt nach Lumbroso die Hauptschuld an der Ausbreitung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg, zu dessen Herbeiführung der von der Einkreisungspolitik Eduards VII. bezweckte und von seinen Nachfolgern weitergeführte Vernichtungskrieg gegen Deutschland die tieferen Ursachen gelegt hatte.

Die Schuld Deutschlands und seiner Staatsmänner besteht nicht in dem, was sie getan, sondern in dem, was sie nicht getan haben; die Schuld von Grey, Poincaré, Sasonow und Iswolski in dem, was sie hinter dem Rücken ihrer friedliebenden Völker zum alleinigen Vorteil Englands angestiftet haben.

Lumbroso steht mit seiner Ansicht über Englands Hauptschuld nicht allein.

Auf eine Anfrage erwidert ihm der ehemalige italienische Botschafter Graf Bosdari am 13. Juli 1926:

„Sie wünschen meine Ansicht zu hören; für mich ist die Frage entschieden im Sinne eines absoluten und beinahe ausschließlichen englischen

Ursprungs des Krieges. Ich glaube, daß wenige von denen, die aufmerksam die Politik Englands von 1905 bis 1914 verfolgt haben, hieran ehrlicherweise zweifeln können. Und ich bin sicher, daß Sie in Ihrem Buche genügende Dokumente gesammelt haben, um die deutsche Gefahr, wie man sie damals nannte, auf ihren richtigen Wert zu bringen."

Und der Senator und Philosoph Chiapelli schreibt ihm am 26. August 1926:

„In der Tat war der Krieg in der Hauptsache ein Zweikampf zwischen Großbritannien und Deutschland, und solange die Völker des europäischen Kontinents sich nicht gemeinsam dazu aufraffen, England zum Aufgeben seiner Politik der Beherrschung der Meere zu zwingen und wirklich deren Freiheit anzuerkennen, so lange wird es eine dauernde und wiederkehrende Kriegsgefahr geben."

So weit das Mittelstück, das zweite Buch des Werkes. In den beiden anderen Büchern 1 und 3 sucht Lumbroso sein Urteil aus Buch 2 noch auf anderen Grundlagen zu erhärten: aus den Ereignissen der Nachkriegszeit, vor allem unter Darlegung des britischen Nachkriegsimperialismus. — Buch 1 — sowie aus Betrachtungen über die ökonomischen Ursachen des Krieges, vor allem dem Kampf Großbritanniens gegen die Industrie, Handels- und Kolonialmacht Deutschlands — Buch 3 —. Die Kritik wird bei manchen Ausführungen und Schlußfolgerungen Lumbrosos einsetzen. Diese, was Rußland und Frankreich betrifft, verstärkend, was England betrifft, abschwächend. Auch die Beurteilung der Juni-Julitage für das Problem der Kriegsschuld wird nicht allgemeine Zustimmung finden. Das Werk als solches bedeutet aber eine erfreuliche Unterstützung des Kampfes in der Kriegsschuldfrage, der durch daraus sich ergebende Diskussionen neue Befruchtung erhält, neue Triebkräfte freimacht. Auch Lumbroso ist ein Beispiel dafür, wie der Umschwung, wenn auch nur allmählich, in den Geistern sich vollzieht. Freimütig gesteht er in seinem Vorwort, daß auch er sich von der Kriegspsychose erst loslösen, sich zur Wahrheit durchringen mußte. Zur Mahnung an alle diejenigen, die immer noch in jener „leidenschaftlichen Prosa" stecken, zitiert Lumbroso die Unterredung eines Amerikaners mit dem 80jährigen Anatole France aus dem Jahre 1923.

Der Amerikaner: Sie erklären, daß die Freundschaft Deutschlands für Frankreich ebensoviel wert sei als 50 Milliarden Reparationen. Sie dachten 1915 aber anders.

France: 1915 hatte ich unrecht.

Der Amerikaner: Sie waren zu jener Zeit mit Romain Rolland nicht einig und konnten nicht „über dem Streite" schweben.

France: Der Grund dafür liegt darin, daß Romain Rolland mehr Mut hatte als ich.

Schaer.

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber"

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Zeitung mit 12 Beilagen

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technik. Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk Kino und Kultur, Reise- und Bäder-Rundschau

Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient, ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer durch den Verlag gratis!

Berlin SW 57, Bülowstraße 66

Wer

Aufbauarbeit

leisten will, lese die Monatshefte

Heimat und Volk

die über nationale Fragen eingehend unterrichten, den bodenständigen Heimatgedanken pflegen und vertiefen, den berufsständischen Gedanken pflegen und fördern und den Weg weisen, wie der Neuaufbau unseres Volkes und Vaterlandes geschehen kann.

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte:

Volk in Not! von Volkswirt Kurt Dühmert
Die großdeutsche Befreiung von Landgerichtsrat H. Graner-Stuttgart

Bezugspreis vierteljährlich nur **1.25** RM., für das Ausland halbjährlich **3.00** RM. — Bezug durch die Hauptgeschäftsstelle, **Berlin S. 14.** Postscheckkonto: Berlin 107928.

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen ⋆ Wesermünde-Lehe

Unterstützen Sie

unsere Bestrebungen

durch ein Inserat

in der Zeitschrift

„Die Kriegsschuldfrage"

*

Anzeigenbedingungen

durch

den Verlag der Zeitschrift

Berlin NW 6 / Fernsprecher Norden 5836

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" Bezug zu nehmen. Der Verlag.

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

Wer sein Haar nicht färben,
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden"

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38
Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

D.r FRIEDRICH
THIMME
MCMXXVII
SIEG·ODER·UNSIEG
STEHT·IN·GOTTES·HAND
DER·EHRE·SIND·WIR
SELBER·HERR·UND·KÖNIG

Vertrauen zwischen den Völkern!

Die Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amts ist abgeschlossen. Damit liegt der Anteil der deutschen Regierung an der „Großen Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ jetzt offen vor aller Welt. So berechtigt wie die Freude und der Stolz über den Abschluß dieses monumentalen Werkes auch sein mögen, so liegt die Gefahr nahe, daß der Ausgangspunkt und der Zweck dieser Dokumentenveröffentlichung verwischt wird. Der Ausgangspunkt war die Versailler Kriegsschuldthese und der Zweck ist die Widerlegung dieser These auf der nunmehr durch die Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amts über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges geschaffenen sicheren Grundlage.

Das deutsche Volk wird sein Ziel erreichen, wenn es getreu an den Richtlinien festhält, die die deutsche Regierung am 29. November 1918 durch Vermittlung der Schweiz den fremden Regierungen zugehen ließ.

Es ist notwendig, diese Note heute in Erinnerung zu bringen:

„Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müßten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschicke der einzelnen

Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein könnten." . . .

Die Alliierten sind auf diesen Vorschlag seinerzeit nicht eingegangen, trotzdem haben sie nicht verhindern können, daß Europa diesen von der deutschen Regierung gekennzeichneten Weg eingeschlagen hat, denn die Aufklärung der Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, ist in allen Ländern mit Eifer und Hingabe betrieben worden. Wenn auch noch nicht erreicht worden ist, daß eine neutrale oder internationale Kommission zu einem gerechten Urteilsspruch zusammengetreten ist, sind wir diesem Ziel doch ein gutes Stück nähergekommen. Die Veröffentlichung der neuen britischen Dokumente bildet ein erstes Wahrzeichen auf dem Wege des Erfolges.

An dem von der deutschen Regierung in dieser Note vorgezeichneten Weg hat die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" in ihrem Organ „Die Kriegsschuldfrage" an der internationalen Aufklärung der Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, mitgearbeitet. Wenn uns bei dieser Arbeit Erfolge beschieden gewesen sind, so danken wir es der sachlichen, zähen und hingebungsvollen Mitarbeit der Freunde unserer Bestrebungen im In- und Ausland. Die Arbeit ist aber noch nicht vollendet. Die Argumente gegen die Versailler Kriegsschuldthese müssen mit solcher Genauigkeit ausgearbeitet werden, daß ein Ausweichen vor der Wahrheit nicht mehr möglich ist. Die Kommission, die wir im Auge haben, muß fertige Bausteine vorfinden, um in kürzester Zeit der Wahrheit in der Kriegsschuldfrage einen Tempel errichten zu können.

Wir waren uns stets bewußt, daß in diesem gewaltigen moralischen Prozeß der Gegenwart die Feststellung der Wahrheit nur durch Sachlichkeit gewonnen werden kann. So wertvoll, wie auch Kundgebungen und Appelle an die Gewissen sind, die wir keineswegs unterschätzen oder missen möchten, wird ihre Wirkung immer die Ergebnisse sachlicher Forschung und die unumstößliche Feststellung von Tatsachen zur Vorbedingung haben. Die Hauptarbeit wird also nach wie vor der wissenschaftlichen Forschung zufallen. Das Vertrauen zwischen den Völkern in der Behandlung der Kriegsschuldfrage wird aber nur heranreifen, wenn ein Vertrauen von Persönlichkeit zu Persönlichkeit durch überzeugende Arbeit am gemeinsamen Ziel, die Wahrheit an Stelle einer falschen These zu setzen, erreicht ist.

Die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" ist der Auffassung, daß für den geistigen Kampf in der Kriegsschuldfrage

jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Sachverständigen in den verschiedenen Ländern untereinander stärker in Fühlung treten müssen, um so bald als möglich auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials eine Annäherung in der Auffassung herbeizuführen.

Für die internationale Zusammenarbeit in der Kriegsschuldfrage sieht die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen", die im Verein mit ihren Mitarbeitern seit über fünf Jahren die Führung des deutschen Kampfes in der Kriegsschuldfrage übernommen hat, in der Hauptsache gegenwärtig zwei Aufgaben vorliegen:

1. Unter stärkster Auswertung der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" und der „Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch" muß die endgültige Klärung der wenigen noch umstrittenen Fragen aus der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges und des Kriegsausbruchs herbeigeführt werden.

2. Auf dieser Basis wird es möglich sein, nach vorangegangenem Gedankenaustausch eine internationale Konferenz von Sachverständigen zusammenzurufen, die befugt sein soll, eine sachliche Revision der Versailler Kriegsschuldthese herbeizuführen.

Um der ersten Aufgabe zu entsprechen, haben wir uns dazu entschlossen, künftig auch „Die große Politik der Europäischen Kabinette" systematisch in unserer Zeitschrift zu bearbeiten. Im nächsten Heft wird der Hauptherausgeber des Dokumentenwerkes, Dr. Friedrich Thimme, mit einem einleitenden Aufsatz die Auswertung der großen Aktenpublikation für die Kriegsschuldfrage beginnen.

Um eine internationale Konferenz von Sachverständigen vorzubereiten, werden wir in nächster Zeit mit bestimmten Vorschlägen an die führenden Wissenschaftler der Kriegsschuldfrage des In- und Auslandes herantreten. Einen ersten Vorschlag für ein verstärktes internationales Zusammenarbeiten enthält der Aufsatz von Hermann Lutz im vorliegenden Heft der Zeitschrift.

Wenn wir uns fragen, warum die großen und sicher vielfach ehrlichen Bemühungen, die in den letzten Jahren von den Regierungen der Großmächte gemacht worden sind, um den Weltfrieden herbeizuführen, Sicherheiten gegen künftige Kriege zu schaffen und das Vertrauen zwischen den Völkern untereinander wieder herzustellen, noch nicht den gewünschten Erfolg hatten, so sehen wir die Antwort darin, daß die Versailler Kriegsschuldthese von der Politik noch aufrechterhalten, während sie von

der Wissenschaft bereits als unhaltbar erkannt worden ist. In diesem Widerspruch zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Unwahrheit und Wahrheit, zwischen Unrecht und Recht liegt unseres Erachtens das Hindernis, das dem wirklichen Vertrauen der Völker untereinander noch entgegensteht. Dieses Hindernis zu beseitigen in gemeinsamer Arbeit mit unseren in- und ausländischen Freunden ist die Aufgabe, der wir uns auch weiterhin mit ganzer Kraft widmen wollen.

Alfred von Wegerer.

Die Militär- und Marinekonventionen der Triple-Entente vor dem Ausbruch des Weltkrieges.

Von Ernst Kabisch.

(Hierzu eine Skizze,
die Auswirkung der Konventionen im August 1914 darstellend.)

I. Die französisch-russische Militärkonvention [1]).

In dem Jahre nach Abschluß des französisch-russischen Vertrages vom 21. August 1891, der gemeinsame Verständigung für den Fall vorsah, daß der allgemeine Friede und insbesondere einer der beiden Vertragschließenden mit einem Angriff bedroht sei, wurde von französischer Seite als Ergänzung hierzu der Abschluß einer Militärkonvention angeregt. Ein vom französischen Generalstab ausgearbeiteter Entwurf wurde von russischer Seite in verschiedenen Punkten abgeändert und erhielt schließlich folgende endgültige Fassung:

„Frankreich und Rußland, gleichmäßig beseelt von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, und kein anderes Ziel verfolgend, als den Notwendigkeiten eines Verteidigungskrieges zu begegnen, der durch einen Angriff der Streitkräfte des Dreibundes gegen die eine oder andere der beiden Mächte veranlaßt wäre, sind über die folgenden Abmachungen übereingekommen:

1. Wenn Frankreich durch Deutschland oder durch Italien mit Unterstützung Deutschlands angegriffen wird, so wird Rußland alle seine verfügbaren Kräfte zum Angriff auf Deutschland verwenden.

---

[1]) „Documents Diplomatiques, l'Alliance Franco-Russe". Imprimerie Nationale, Paris 1918.

Wenn Rußland durch Deutschland oder durch Österreich mit Unterstützung Deutschlands angegriffen wird, so wird Frankreich alle seine verfügbaren Kräfte zum Kampf gegen Deutschland verwenden.

2. Falls die Streitkräfte des Dreibundes oder einer der Mächte des Dreibundes mobilisiert werden sollten, werden Frankreich und Rußland auf die erste Nachricht dieses Vorgangs und ohne daß es eines vorhergehenden Einvernehmens bedürfte, unverzüglich und gleichzeitig die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobilmachen und sie so nahe als möglich an ihren Grenzen versammeln.

3. Die gegen Deutschland zu verwendenden verfügbaren Streitkräfte werden auf Seite Frankreichs 1 300 000 Mann, auf Seite Rußlands 700 000 bis 800 000 Mann betragen. Diese Streitkräfte werden in aller Eile zu entscheidendem Kampfe eingesetzt werden, so daß Deutschland gleichzeitig im Osten und im Westen zum Kampfe gezwungen ist.

4. Die Generalstäbe der Armeen der beiden Länder werden sich ständig ins Benehmen setzen, um die Ausführung der oben vorgesehenen Maßnahmen vorzubereiten und zu erleichtern.

Sie werden sich schon in Friedenszeiten alle auf die Heere des Dreibundes bezüglichen Nachrichten mitteilen, die zu ihrer Kenntnis gelangt sind oder noch kommen werden.

Die Mittel und Wege des Verkehrs in Kriegszeiten werden studiert und im voraus geregelt werden.

5. Frankreich und Rußland werden keinen Sonderfrieden schließen.

6. Die vorliegende Konvention soll so lange dauern wie der Dreibund.

7. Alle oben aufgezählten Festsetzungen sind streng geheim zu halten.

Der Entwurf wurde am 27. August 1892 von Obrutschew, dem russischen, und Boisdeffre, dem französischen Generalstabschef, unterzeichnet. Vergeblich versuchte Ribot (Schreiben an Giers vom 31. Oktober 1892) diese militärische Verabredung in eine Abmachung der Regierungen umzuändern — Alexander III. lehnte (21. November 1892) mit der Randbemerkung ab: „Ich begreife nicht, was sie noch wollen, ich meine, sie könnten doch jetzt ruhig sein". Ein Jahr später indessen wurde die Konvention wenigstens von den beiden Außenministern ratifiziert. Besonders auffällig für eine „Militärkonvention" sind die durchaus politischen Klauseln 5 und 6.

Interessant ist, daß der erste französische Entwurf Rußland von vornherein fester binden wollte; er war noch ausdrücklicher nur gegen Deutschland gerichtet, forderte den Einsatz aller nicht unbedingt an anderer Stelle erforderlichen Truppen gegen Deutschland und forderte weiter, daß, wie auch der Ausgang des Krieges sein möchte, jede der beiden Mächte die Interessen der anderen wie ihre eigenen verteidigen sollte. Obrutschew hat sich bemüht, das Abkommen freier zu gestalten. Immerhin bleibt noch zu Punkt 1 zu bemerken, daß Rußland zum Angriff, Frankreich nur zum Kampf verpflichtet wird.

Im Jahre 1899 wurde die Konvention durch Graf Lamsdorf und Delcassé wechselseitig bestätigt. Im Jahre 1900 verzichtete unter französischem Einfluß Kuropatkin auf die in 2) vorgesehene gemeinsame sofortige Mobilmachung, wenn eine andere Macht des Dreibundes als Deutschland mobilisieren sollte, und versprach Rußlands Hilfe für den Fall eines englisch-französischen Krieges durch Konzentration eines Heeres von 300 000 bis 380 000 Mann an der afghanischen Grenze zum Zweck einer Offensive in Richtung Indien, während Frankreich für den Fall eines russisch-englischen Krieges 100 000 bis 150 000 Mann an der Kanalküste konzentrieren wollte, um mit einer Landung in England zu drohen. Damals warnte Lamsdorf den Generalstabschef vor weiteren Bindungen Rußlands. Trotzdem leitete die Besprechung der Generalstabschefs Sacharow und Pendezec im Februar 1901 eine entscheidende Wendung ein. Frankreich forderte eine erhebliche Beschleunigung des russischen Aufmarsches. Sacharow erklärte eine solche ohne den Bau neuer Eisenbahnlinien für unmöglich und wies auf die Kosten hin. Pendezec erwiderte, Frankreich lege der Innehaltung der von ihm bezeichneten Zeiten einen so großen Wert bei, daß der französische Außenminister bereit sei, sich mit seinem russischen Kollegen über eine Finanzaktion zur Herstellung der notwendigen strategischen Eisenbahnen zu unterhalten. Von da ab gerät Rußland allmählich in Finanzabhängigkeit von Frankreich, so daß es unter diesem Druck unfrei wird und „wie der Schüler dem Lehrer" Antwort stehen muß. Nach dem Russisch-Japanischen Kriege erreichen die Franzosen in der Besprechung der Generalstabschefs Palicyn und Brun im April 1906 folgende wichtige Zugeständnisse: 1. Die Konvention wird erst gültig durch die Zustimmung der Regierungen. 2. Es wird anerkannt, daß die Konvention sich nur gegen Angriffe Deutschlands richtet, von dem Österreich und Italien nur Anhängsel seien; sonach sei auch die deutsche Armee das strategische Hauptobjekt, gegen das alle verfügbaren Kräfte einzusetzen seien. Nur die deutsche

Mobilmachung verpflichtet beide Mächte zu sofortiger eigener Mobilmachung, während für den Fall einer Mobilmachung Österreichs oder Italiens Verständigung hierüber vorbehalten bleibt. 3. Brun lehnt eine neue Festlegung wechselseitigen Beistandes für den Fall des Krieges einer der beiden Mächte mit England ab.

Aus den Konferenzen der folgenden Jahre ist bemerkenswert aus dem Jahre 1911 die Erläuterung: der Ausdruck „Verteidigungskrieg" solle nicht in dem Sinne „sich in der Verteidigung halten" ausgelegt werden; im Gegenteil war Rußland verpflichtet, wenn möglich, gleichzeitig mit Frankreich und mit größter Beschleunigung anzugreifen. Die Franzosen erklärten, ihre Armee, unterstützt durch die Engländer, sei bereit, anzugreifen, die Russen hätten möglichst starke deutsche Kräfte auf der Ostfront zu fesseln und am 18. Mobilmachungstage, womöglich früher, ihre Offensive zu beginnen. Im Jahre 1912 wird die umgestaltete Konvention von Poincaré und Iswolski ratifiziert und damit in vollem Umfang ein politisch bindendes, den russischen Oberfeldherrn verpflichtendes Instrument.

Als wichtig im politischen Sinne sind aus den Besprechungen der Generalstabschefs Joffre und Shilinsky 1912 und 1913 noch folgende Ergänzungen hervorzuheben:

In Artikel 1 wird nochmals — „heute mehr als je" — die Vernichtung der deutschen Armee als erste und Hauptaufgabe bezeichnet. — In Artikel 2 wird die Bestimmung über die gleichzeitige Mobilmachung beider Mächte dahin erweitert, daß sie nicht nur durch die deutsche Mobilmachung, sondern auch „für den Fall jeder militärischen Aktion der deutschen Armee gegen eine der beiden Mächte" [2]) eintreten soll — also auch ohne deutsche Mobilmachung. Der ganz unbestimmte Begriff: en cas de toute action militaire usw. stellte den Frieden auf sehr schwache Füße; schon einfache Grenzschutzmaßnahmen konnten als eine solche Aktion ausgelegt werden. — In Artikel 3 verspricht Joffre 1913, an der deutschen Front 1 500 000 Mann zu konzentrieren, größtenteils spätestens bis zum 10. Mobilmachungstage, und mit Anbruch des 11. Mobilmachungstages die Offensive zu beginnen; Shilinsky verspricht förmlich, mindestens 800 000 Mann gegen Deutschland einzusetzen — davon der Hauptteil am 15. Mobilmachungstage an der

---

[2]) „Il en sera de même en cas de toute action militaire de l'armée allemande contre l'une des puissances alliées" (Procès verbaux de la Conférence de 1913, angeführt von Saiontschkowski, „Alliance Franco-Russe et Accords Militaires" aus: Les Alliés contre la Russie avant, pendant et après la Guerre Mondiale. — Paris 1926. André Delpeuch.

deutschen Grenze aufmarschiert —, und alsbald die Offensive zu beginnen. — Daneben kontrolliert Joffre die Eisenbahnen, die Rußland baut, fordert hier Änderungen, da zwei oder auch vier Gleise — genug, Rußland ist in völlige strategische und militärpolitische Abhängigkeit von Frankreich geraten. Mit Recht sagt Saiontschkowski: „1892 enthielt die Konvention gegenseitige Garantien und sah auch den Angriff Österreichs auf Rußland vor; 1913 war das Bündnis eine einseitige Verpflichtung Rußlands zum Schutz Frankreichs gegen die deutsche Gefahr geworden. . . . Rußland hatte seine strategische Freiheit vollständig verloren und durfte gegen Österreich nur so Krieg führen, wie es sich mit den französischen Interessen und Frankreichs Krieg gegen Deutschland vertragen würde."

Daß Frankreich dies große politische Werk hatte erreichen können, hatte es allerdings nicht nur seinem Kapital zu verdanken, sondern in noch höherem Maße der großen Unabhängigkeit, die es durch die französisch-englischen Militär- und später Marineabmachungen gewonnen hatte.

II. Das französisch-englische Militärabkommen.

Für die Besprechungen und Abmachungen zwischen den Generalstäben des französischen und englischen Heeres stehen uns bisher nicht in der Offenheit die amtlichen Dokumente zur Verfügung, wie die russische Regierung sie veröffentlicht hat. Wir sind darauf angewiesen, Nachrichten, die sich bald hier, bald da verstreut finden, und zwar hauptsächlich in französischen Veröffentlichungen, zusammenzutragen. Immerhin sind wir durch Aussagen Joffres und das französische Generalstabswerk über wichtige Teile des Militärabkommens unterrichtet.

Die ersten vorbereitenden Besprechungen wurden um Neujahr 1906 durch Colonel Repington, den militärischen Mitarbeiter der „Times", im Anschluß an die Algeciras-Konferenz veranlaßt. Man griff dabei zurück auf ein Unterstützungsangebot, das Lord Lansdowne Anfang Juni 1905 (erste Marokkokrise) Frankreich gemacht hatte, ein Angebot, das zwar von englischer Seite bestritten wurde und wird, durch August Bachs Untersuchung aber als Tatsache nachgewiesen sein dürfte[3]). Mindestens — das wird auch von englischer Seite zugegeben — haben im Juni 1905 Besprechungen

[3]) Aug. Bach: „Die Entstehung der englisch-französischen Militärkonvention." „Die Kriegsschuldfrage", 3. Jahrgang, Nr. 4, S. 231. — H. Lutz nimmt an, daß es sich nur um Besprechungen der General- und Admiralstäbe gehandelt habe. — H. Lutz: „Lord Grey und der Weltkrieg", S. 52. — Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927.

Die Militär- und Marine-Konventionen des Drei-Verbands in ihrer Auswirkung 1914

Grundlagen für eine Skizzierung der durch die verschiedenen Konventionen gegen den Dreibund und speziell gegen Deutschland verpflichteten Land- und Seestreitkräfte

Seestreitkräfte

a) fertige Linienschiffe, jünger als 20 Jahre (darunter Großkampfschiffe)

England	57 (18)	Oesterreich	14 (2)
Deutschland	33 (13)	Rußland	
Frankreich	20 (8)	Ostsee	4 (-)
Italien	11 (3)	Schwarz. Meer	4 (-)

b) fertige Panzerkreuzer, jünger als 20 Jahre (darunter Schlachtkreuzer)

England	43 (9)	Oesterreich	2 (-)
Deutschland	13 (4)	Rußland	
Frankreich	19 (-)	Ostsee	6 (-)
Italien	9 (-)	Schwarz. Meer	- (-)

c) kleine geschützte Kreuzer

England	61	Oesterreich	5
Deutschland	34	Rußland	
Frankreich	8	Ostsee	6
Italien	6	Schwarz. Meer	2

Große Torpedoboote und Zerstörer

England	240	Oesterreich	19
Deutschland	140	Rußland	
Frankreich	84	Ostsee	78
Italien	33	Schwarz. Meer	20

U-Boote

England	75	Oesterreich	6
Deutschland	27	Rußland	
Frankreich	55	Ostsee	12
Italien	20	Schwarz. Meer	9

Gegenüberstellung:

I. Gegen Deutschland mit 33 (13) Linien-Schiffen, 13 (4) Panzerkreuzern, 34 Kleinen Kreuzern, 140 Großen Torpedobooten und 27 U-Booten standen am 1. Januar 1914
England mit 57 (18) „ 43 (9) „ 61 „ 240 Zerstörern „ 75 „
und Rußland (Ostseefl.) mit 4 „ 6 „ 6 „ 78 „ „ 12 „
II. Gegen Oesterreich-Italien mit 25 (5) „ 11 „ 11 „ 52 Großen Torpedobooten „ 26 „
oder im Osten 14 (2) „ 2 „ 5 „ 19 „ „ „ „ 6 „
Frankreich mit 20 (8) „ 19 „ 8 „ 84 „ „ „ „ 55 „
Rußland mit 4 „ — — 2 „ 20 „ „ „ „ 9 „

Landtruppen:

I. Gegen Deutschland (mit rd. 2150000 M. Feldtruppen)
West: Frankreich . . . . mit 2150000
England . . . . . „ 150000 } 3100000
Ost: Rußland . . . . . „ 800000
II. Gegen Oesterreich . . . mit 1400000
Rußland . . . . . mit 1900000
(ohne die erst nach einem Monat verfügbar. as. Truppen, mit diesen 2250000).

der Militär- und Marinesachverständigen beider Länder stattgefunden im Zusammenhang mit der damals vorliegenden Kriegsgefahr. Am 29. Dezember 1905 nun brachte der französische Militärattaché in London, Major Huguet, als Gast Repingtons Bedenken seiner Regierung zur Sprache, weil Lansdownes Nachfolger Grey die von seinem Vorgänger gemachten Unterstützungszusagen nicht bestätigt hätte. Grey, von Repington interpelliert, war sofort bereit, das nachzuholen. Nun regte der französische Botschafter in London, Paul Cambon, neue militärische Besprechungen an für den Fall, daß die am 16. Januar 1906 beginnende Algeciras-Konferenz zum Kriege führen sollte. Grey erwog die Sache mit Haldane (Kriegsminister) und stimmte dann zu, indem er zugleich Cambon erklärte, das englische Volk werde einem solchen Krieg nicht ruhig zusehen. Er warnte aber davor, eine amtliche englische Erklärung herbeizuführen, denn 1. würden ja die General- und Admiralstäbe alle Vorbereitungen rechtzeitig treffen; 2. habe er Deutschland vor einer Intervention Englands gewarnt; 3. würde England sonst Einfluß auf Frankreichs Marokko-Politik fordern müssen[4]). — Obwohl am 31. Januar eine Kabinettssitzung stattfand, hat Grey das Kabinett über diese Besprechungen nicht unterrichtet. Es war für ihn ein Dogma und ist es noch, daß die englische Regierung durch sie politisch sich in keiner Weise gebunden habe. Man höre dazu Chamberlain (8. Februar 1922): „Es stand kein einziges Wort auf dem Papier, das dies Land band, aber es war ehrenpflichtig derart gebunden, wie es nie zuvor gebunden war“[5]). Wesentlich für die Beurteilung des Geistes, in dem jene Vorbesprechungen im Januar 1906 geführt wurden, ist es, daß englischerseits schon damals Fortnahme der deutschen Besitzungen im Pacific sowie von Deutsch-Ost- und -Südwest-Afrika geplant war, und von Frankreich die Zusicherung gegeben wurde, es könne und werde Togo und Kamerun fortnehmen; also Ausdehnung des Krieges auf die Kolonien. Auch wissen wir aus Haldane „Before the War“ und den Aufzeichnungen des damaligen belgischen Generalstabschefs Ducarne, daß England beabsichtigte, im Kriegsfall 150 000 Mann in der Gegend von Dünkirchen und Calais zu landen, angeblich um von da aus Belgien in seiner Verteidigung gegen den vorausgesetzten deutschen Einmarsch zu unterstützen. Nach den Angaben des französischen Generalstabswerks[6]) allerdings wären die Besprechungen bis zum Früh-

[4]) H. Lutz, a. a. O. S. 56.
[5]) Ders. a. a. O. S. 76.
[6]) Les Armées françaises dans la Grande Guerre. — Paris, Imprimerie Nationale. 1922. I. 1. S. 48 ff. und Annexes S. 20.

jahr 1911 sehr allgemeiner Natur gewesen. Erst im März jenes Jahres teilte General Wilson, Direktor der Operationsabteilung im englischen Kriegsministerium, mit, daß von jetzt ab die eventuelle Entsendung eines auf sechs Divisionen erhöhten Expeditionskorps nach Frankreich sowie Beschleunigung von Mobilmachung und Überführung vorgesehen sei. „In Übereinstimmung von Chef des Generalstabes und Kriegsminister sind diese Vorschläge aufgestellt", berichtet dazu der französische Militärattaché aus London, „aber alle beide wünschen, daß der neue Plan in keiner Weise die englische Regierung verpflichte und in nichts der Entscheidung vorgreife, die sie berufen sein kann, im rechten Augenblick zu treffen. Sie bleibt frei wie vorher, einzugreifen oder nicht und selbst die Stärke der Streitkräfte festzusetzen, die sie nach dem Festland zu schicken für angemessen erachten wird". Als dann im Juli der „Panther" im Hafen von Agadir landete und der Friede ernstlich bedroht schien, kamen die Generale Wilson und Dubail am 20. Juli 1911 in Paris zusammen, „um die neuen Bedingungen der Teilnahme der englischen Armee an den Operationen der französischen Nordost-Armeen im Falle eines Krieges mit Deutschland festzulegen. ‚Es ist von Anfang an erklärt worden', berichtet das Konferenzprotokoll, ‚daß die eingeleiteten Besprechungen jedes offiziellen Charakters entbehrten und in nichts die englische und französische Regierung binden könnten, daß die Konferenz nur den Zweck habe, gewisse Hauptfragen zu studieren und die unentbehrlichen Vorbereitungsmaßnahmen vorzusehen.' In den folgenden Jahren sind die auf der Konferenz 1911 gewählten allgemeinen Dispositionen ergänzt und verbessert worden infolge häufiger Besprechungen zwischen den beiderseitigen Generalstäben." Die Konvention sah danach bei Kriegsausbruch folgendes vor: Das englische Expeditionskorps sollte umfassen: ein großes Hauptquartier, zwei Armee-Oberkommandos, sechs Infanteriedivisionen, eine Kavalleriedivision, zwei berittene Brigaden, Armeetruppen und Etappenformationen. Die Gesamtstärke der kämpfenden Truppen beträgt 121 000 Mann. Für die Landung wurden drei Häfen: Havre, Rouen und Boulogne in Aussicht genommen; sie sollten zugleich für die ganze Dauer der Operationen die Nachschubbasis der englischen Armee bilden. Hier sollten die ausgeladenen Teile des Expeditionskorps 36 Stunden verweilen, dann mit der Bahn über Amiens und Busigny im großen in den Raum Maubeuge—Busigny—Hirson transportiert werden. Es sollten dort ausgeladen sein: am 12. Mob.-Tage: Kav.-Division und 5. Kav.-Brigade um 6 Uhr nachmittags (westeuropäische Zeit); 14. Mob.-Tag: 1. und 2. Inf.-Div. 12 Uhr mittags, 3. Inf.-Div. 6 Uhr

nachmittags; 15. Mob.-Tag: 5. und 6. Div. 6 Uhr nachmittags; 16. Mob.-Tag: 4. Inf.-Div. 6 Uhr nachmittags. Die Zahlen der Mob.-Tage setzen voraus, daß englischer 1. Mob.-Tag zusammenfällt mit dem französischen; liegt er später, so ist die entsprechende Anzahl Tage hinzuzusetzen, um diese Angaben mit dem französischen Mobilmachungs-Terminkalender in Übereinstimmung zu bringen, im umgekehrten Falle ist sie abzuziehen. Das Aufmarschgebiet wurde derart bestimmt, daß jede der großen Einheiten sich in der Nähe ihrer Ausladeplätze befände und ihren Versammlungsbefehl geschickt orientiert in der wahrscheinlichen Operationsrichtung geben könnte. So kam das große Hauptquartier nach le Cateau, die Inf.-Divisionen in die Gegenden von Fourmies, Sains, Avesnes, le Nouvion, Prisches, Wassigny, die Kav.-Div. um Maubeuge. Dieser Aufmarsch wird gedeckt im Norden durch die Festung Maubeuge, auf den Flanken durch den Mormal-Forst und die bewaldete Gegend von Trélon. Die Übereinstimmung in den militärischen Operationen beider Armeen sollte dadurch sichergestellt werden, daß der französische Oberbefehlshaber dem britischen Direktiven zugehen ließe.

Nach dem französischen Generalstabswerk wäre der Aufmarschraum lediglich gewählt worden, weil die Transportmöglichkeit günstig war und der französische Aufmarsch dadurch in keiner Weise behindert wurde. Wir erinnern uns aber, daß man englischerseits schon 1906 großes Gewicht darauf legte, im Kriegsfalle sofort die Hand auf Belgien zu legen, und man kann sich von der Verwendung dieser Armee bei der doch in der französisch-russischen Konvention vorgesehenen sofortigen Offensive eine andere Verwendung als durch Belgien nicht vorstellen. — Ob nicht noch weitergehende, bisher unveröffentlichte Abmachungen bestanden, wissen wir nicht.

Die englisch-belgischen Militärkonventionen.

Als in den ersten Monaten des Jahres 1906 mit Einwilligung von Campbell-Bannerman, Grey und Haldane die ersten Besprechungen der Generalstabschefs des britischen und französischen Heeres stattfanden, hielt England es für angezeigt, auch mit Belgien sich über sein geplantes Eingreifen „zur Verteidigung der durch Deutschland bedrohten Neutralität Belgiens“ ins Einvernehmen zu setzen. Hierzu trat der britische Militärattaché in Brüssel, Oberst Barnardiston, mit dem belgischen Generalstabschef, General Ducarne, in Verbindung; über den Inhalt ihrer Besprechungen unterrichtet uns der unten folgende Bericht Ducarnes an den belgischen Kriegsminister. Ein Nachfolger Barnardistons hat später (wahr-

scheinlich 1912) in einer offiziellen Aussprache mit dem damaligen belgischen Generalstabschef General Jungbluth die Sache wieder aufgegriffen.

Die belgischen Dokumente über diese Verhandlungen lauten folgendermaßen [7]):

Brief an den Herrn Minister über die vertraulichen Unterhaltungen.

An den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich. Brüssel, den 10. April 1906.

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen kurz über die Unterhaltungen Bericht zu erstatten, die ich mit dem Oberstleutnant Barnardiston gehabt habe und die Gegenstand meiner mündlichen Mitteilungen waren. Der erste Besuch datiert von Mitte Januar. Herr Barnardiston machte mir Mitteilung von den Besorgnissen des Generalstabes seines Landes hinsichtlich der allgemeinen politischen Lage und wegen der Möglichkeit eines alsbaldigen Kriegsausbruches. Eine Truppensendung von im ganzen ungefähr 100 000 Mann sei für den Fall vorgesehen, daß Belgien angegriffen würde.

Der Oberstleutnant fragte mich, wie eine solche Maßregel von uns ausgelegt werden würde. Ich antwortete ihm, daß es vom militärischen Gesichtspunkte nur günstig sein könnte, aber daß diese Interventionsfrage ebenso sehr die politischen Behörden angehe und daß es meine Pflicht sei, davon alsbald dem Kriegsminister Mitteilung zu machen.

Herr Barnardiston antwortete mir, daß sein Gesandter in Brüssel darüber mit unserem Minister des Auswärtigen sprechen würde.

Er fuhr etwa folgendermaßen fort: Die Landung der englischen Truppen würde an der französischen Küste stattfinden, in der Gegend von Dünkirchen und Calais, und zwar würde die Truppen-Brief an den Herrn Minister über die vertraulichen Unterredungen. bewegung möglichst beschleunigt werden. Der Einmarsch der Engländer in Belgien solle erst nach der Verletzung unserer Neutralität durch Deutschland stattfinden. Eine Landung in Antwerpen würde viel mehr Zeit erfordern, weil man größere Trans-

---

[7]) Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1885—1914. Herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes. Zweiter Kommentarband. Dargestellt auf Grund deutscher und belgischer amtlicher Akten von Bernhard Schwertfeger. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

portschiffe brauche und andererseits die Sicherheit weniger groß sei.

Nachdem man über diesen Punkt einig sei, blieben noch verschiedene andere Fragen zu regeln, nämlich: die Eisenbahntransporte, die Frage der Requisitionen, die die englische Armee machen könnte, die Frage des Oberbefehls der verbündeten Streitkräfte.

Er erkundigte sich, ob unsere Vorkehrungen genügten, um die Verteidigung des Landes während der Überfahrt und der Transporte der englischen Truppen eine Zeit, die er auf etwa zehn Tage schätzte, sicherzustellen.

Ich antwortete ihm, daß die Plätze Namur und Lüttich mit einem Handstreich nicht zu nehmen seien, und daß unsere 100 000 Mann starke Feldarmee in vier Tagen imstande sein würde, einzugreifen.

Nachdem Herr Barnardiston seine volle Genugtuung über meine Erklärungen ausgesprochen hatte, betonte er, 1. daß unsere Unterredung absolut vertraulich sein sollte, 2. daß sie seine Regierung nicht binden sollte, 3. daß sein Gesandter, der englische Generalstab, er und ich allein über die Angelegenheit unterrichtet seien, 4. er nicht wisse, ob man die Meinung seines Souveräns vorher eingeholt habe.

In einer folgenden Unterredung versicherte mir der Oberstleutnant Barnardiston, daß er niemals vertrauliche Mitteilungen der anderen Militärattachés über unsere Armee erhalten habe. Er gab darauf genau die numerischen Daten über die englischen Kräfte an; wir könnten darauf rechnen, daß in 12 oder 13 Tagen zwei Armeekorps, vier Kavalleriebrigaden und zwei Brigaden berittener Infanterie gelandet werden könnten.

Er bat mich darum, die Frage des Transports dieser Streitkräfte nach demjenigen Landesteil zu studieren, wo sie nützlich sein könnten, und versprach mir, zu diesem Zwecke die detaillierte Zusammensetzung der Landungsarmee zu geben.

Er kam auf die Frage der Effektivstärke unserer Feldarmee zurück und bestand darauf, daß man keine Detachements nach Namur und Lüttich abzweigen sollte, denn diese Plätze hätten genügende Garnisonen. Er bat mich, meine Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu richten, der englischen Armee zu gestatten, an den Vergünstigungen teilzuhaben, die das Reglement über die Kriegsleistungen vorsehe. Endlich bestand er auf der Frage des Oberbefehls.

Ich antwortete ihm, daß ich über diesen letzten Punkt nichts sagen könne, und versprach ihm, die anderen Fragen aufmerksam zu studieren.

Später bestätigte der englische Militärattaché seine frühere Schätzung: 12 Tage würden wenigstens notwendig sein, um die Landung an der französischen Küste zu bewerkstelligen. Es würde bedeutend längere Zeit notwendig sein (1—2½ Monate), um 100 000 Mann in Antwerpen zu landen.

Auf meinen Einwand, daß es unnötig sei, die Beendigung der Landung abzuwarten, um mit den Eisenbahntransporten zu beginnen, und daß man sie besser nach Maßgabe der jeweiligen Truppenankünfte an der Küste einrichten sollte, versprach mir Herr Barnardiston genaue Daten über den täglichen Landungsetat.

Was die Kriegsleistungen anlangt, so teilte ich Herrn Barnardiston mit, daß diese Frage leicht geregelt werden könne.

Je mehr die Pläne des englischen Generalstabs Fortschritte machten, desto klarer wurden die Einzelheiten des Problems. Der Oberst versicherte mir, daß die Hälfte der englischen Armee in acht Tagen gelandet werden könne, der Rest bis zum Ablauf des 12. oder 13. Tages, ausgenommen die berittene Infanterie, auf die man erst später zählen dürfe.

Trotzdem glaubte ich von neuem auf der Notwendigkeit bestehen zu müssen, die Ziffer der täglichen Ausladung genau zu kennen, um die Eisenbahntransporte für jeden Tag zu regeln.

Der englische Militärattaché unterhielt sich weiter mit mir über verschiedene andere Fragen, nämlich:

1. Notwendigkeit, die Operationen geheimzuhalten und von der Presse strikte Geheimhaltung zu verlangen.

2. Vorteile, die sich daraus ergeben würden, wenn jedem englischen Generalstab ein belgischer Offizier, jedem Truppenkommandanten ein Dolmetscher und jeder Truppeneinheit Gendarmen zugeteilt werden könnten, um den englischen Polizeitruppen zur Seite zu stehen.

Bei einer anderen Unterhaltung prüften der Oberstleutnant Barnardiston und ich die kombinierten Operationen für den Fall eines deutschen Angriffs auf Antwerpen und unter der Annahme eines Durchmarsches durch unser Land, um die französischen Ardennen zu erreichen.

In der Folge erklärte mir der Oberst sein Einverständnis mit dem Plane, den ich ihm vorgelegt hatte, und versicherte mich der Zustimmung des Generals Grierson, Chefs des englischen Generalstabs.

Andere Fragen von untergeordneter Bedeutung wurden ebenfalls geregelt, besonders hinsichtlich der Verbindungsoffiziere, der Dolmetscher, der Gendarmen, Karten, Abbildungen der Uniformen, von ins Englische zu übersetzenden Sonderabzügen einiger belgischer Reglements, das Reglement für die Verzollungskosten, für die englischen Proviantsendungen, die Unterbringung der Verwundeten der verbündeten Heere usw. Es wurde nichts vereinbart über die Einwirkung der Regierung oder der Militärbehörden auf die Presse.

Bei den letzten Begegnungen, die ich mit dem englischen Attaché gehabt habe, teilte er mir mit, wie sich das tägliche Ergebnis der Ausschiffungen in Boulogne, Calais und Cherbourg gestalten dürfte. Die Entfernung dieses letzteren Punktes, der aus technischen Notwendigkeiten in Betracht kommt, bringt eine gewisse Verzögerung mit sich. Das I. Korps würde am 10. Tage ausgeschifft werden, das II. Korps am 15. Tage. Unser Eisenbahnmaterial würde die Transporte so ausführen, daß die Ankunft, sei es in der Richtung Brüssel—Löwen, sei es nach Namur—Dinant, des I. Korps für den 11. Tag, die des II. Korps für den 16. Tag gesichert wäre.

Ich habe noch ein letztes Mal, so energisch wie ich konnte, auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Seetransporte noch zu beschleunigen, damit die englischen Truppen zwischen dem 11. und 12. Tage bei uns sein könnten. Die glücklichsten, günstigsten Resultate können durch eine gemeinsame und gleichzeitige Aktion der verbündeten Streitmächte erreicht werden. Es würde aber im Gegenteil einen ernsten Mißerfolg bedeuten, wenn das Zusammenwirken nicht stattfinden könnte. Der Oberst Barnardiston versicherte mir, daß alles zur Erreichung dieses Zweckes getan werden würde.

Im Laufe unserer Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, den englischen Militärattaché davon zu überzeugen, daß wir willens seien, soweit das möglich sei, die Bewegungen des Feindes zu hemmen und uns nicht gleich von Anfang an nach Antwerpen zu flüchten.

Seinerseits teilte mir der Oberstleutnant Barnardiston mit, daß er zur Zeit auf eine Unterstützung oder eine Intervention Hollands wenig Hoffnung setze. Er teilte mir zugleich mit, daß seine Regierung beabsichtige, die englische Verpflegungsbasis von der französischen Küste nach Antwerpen zu verlegen, sobald die Nordsee von allen deutschen Kriegschiffen gesäubert sei.

Bei allen unseren Unterhaltungen setzte mich der Oberst regelmäßig von den vertraulichen Nachrichten in Kenntnis, die er über die militärischen Verhältnisse bei unseren östlichen Nachbarn erhalten hatte. Zur selben Zeit betonte er, daß für Belgien eine gebieterische Notwendigkeit vorliege, sich dauernd darüber unterrichtet zu halten, was in dem uns benachbarten Rheinland vor sich gehe. Ich mußte ihm gestehen, daß bei uns der ausländische Überwachungsdienst in Friedenszeiten nicht unmittelbar dem Generalstab unterstehe, wir haben keine Militärattachés bei unseren Gesandtschaften. Ich hütete mich indessen sehr, ihm einzugestehen, daß ich nicht wußte, ob der Spionagedienst, der durch unsere Reglements vorgeschrieben ist, in Ordnung war oder nicht. Aber ich halte es für meine Pflicht, hier auf diese Lage aufmerksam zu machen, die uns in einen Zustand offenbarer Unterlegenheit gegenüber unseren Nachbarn, unseren eventuellen Feinden, versetzt.

Der Generalmajor, Chef des Generalstabs.
Unterschrift.

Notiz.

Als ich den General Grierson während der Manöver 1906 zu Compiègne traf, versicherte er mir, daß die Reorganisation der englischen Armee den Erfolg herbeiführe, daß nicht nur die Landung von 150 000 Mann gesichert sei, sondern daß hierdurch auch die Aktion des Heeres in einer kürzeren Zeit gewährleistet werde, als im vorstehenden angenommen wurde.

Ende September 1906.

Unterschrift.

Aufzeichnung vom 23. April, vermutlich 1912.

Vertraulich.

„Der englische Militärattaché hat den Wunsch ausgesprochen, den General Jungbluth zu sehen. Die Herren haben sich am 23. April getroffen.

Der Oberstleutnant Bridges hat dem General gesagt, daß England imstande sei, eine Armee auf den Kontinent zu schicken, die aus sechs Divisionen Infanterie und aus acht Brigaden Kavallerie — insgesamt 160 000 Mann — bestehe. England hat außerdem alles Notwendige, um sein Inselreich zu verteidigen. Alles ist bereit.

Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse unmittelbar eine Landung bei uns vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten.

Der General hat eingewandt, daß dazu unsere Zustimmung notwendig sei.

Der Militärattaché hat geantwortet, daß er das wisse, aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet.

Was den Ort der Landung anlangt, so hat sich der Militärattaché darüber nicht deutlich ausgesprochen; er hat gesagt, daß die Küste ziemlich lang sei, aber der General weiß, daß Herr Bridges während der Osterfeiertage von Ostende aus tägliche Besuche in Zeebrügge gemacht hat.

Der General hat hinzugefügt, daß wir übrigens vollkommen in der Lage seien, die Deutschen zu hindern, durch Belgien zu marschieren."

Hier liegen also sehr genaue Besprechungen vor über den beiderseitigen Aufmarsch und die Unterstützung englischer Operationen auf belgischem Gebiet. Dennoch habe ich davon abgesehen, in die Skizze die belgische Armee mit aufzunehmen, weil kein Beweis vorliegt, daß die belgische Regierung an deren Mitwirkung anders gedacht hätte als nach vorausgegangenem Einmarsch deutscher Truppen. Wichtig in dieser Beziehung sind folgende Depeschen: [8])

1. Grey an Villiers (britischer Gesandter in Brüssel) 31. Juli 1914, 6.15 Uhr nachm.

„. . . ich nehme an, daß Belgien unter Aufbietung seiner ganzen Kraft Neutralität schützen und von andern Mächten wünschen und erwarten wird, daß sie Neutralität achten und aufrechterhalten."

2. Villiers an Grey, 1. August 1914, 10.24 Uhr vorm.

„. . . Minister des Äußern . . . erwiderte, Belgien werde Neutralität mit seiner ganzen Kraft schützen und wünsche und erwarte, daß andere Mächte sie achten und aufrechterhalten werden. Er bat mich, hinzuzufügen, daß die Beziehungen zwischen Belgien und den Nachbarmächten ausgezeichnet seien, und daß kein Grund vorliege, ihren Absichten zu mißtrauen; belgische Regierung glaube im Falle der Verletzung in der Lage zu sein, die Neutralität ihres Landes zu verteidigen."

3. Villiers an Grey, 2. August 1914, 12.15 Uhr nachm.

„Außenminister erklärt, daß belgische Regierung durchaus keinen Grund hat, Deutschland einer Absicht der Neutralitätsverletzung zu

[8]) Die Britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1914—1918. Deutsche Ausgabe H. Lutz. Der Ausbruch des Krieges. — 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin. Dokument Nr. 350, 395, 476. Westeur. Zeitangaben.

verdächtigen. Er sagt, belgische Regierung habe für den Fall einer Verletzung Gedanken, andere Garantiemächte anzurufen oder Intervention nachzusuchen, nicht in Betracht gezogen; sie würde sich auf ihre eigene Macht stützen, da ausreichend, Angriff, von welcher Seite er kommen möge, zu widerstehen."

Hieraus geht hervor, daß belgischerseits ein Einmarsch britischer Truppen zunächst nicht gewünscht wurde. Daß für die englische Armee nach Lage ihres Aufmarschgebietes der Einmarsch in Belgien unvermeidlich war, wenn sie überhaupt mitwirken wollte, ist schon erwähnt. Man würde Belgien aus seiner Haltung keine Vorwürfe machen können, wenn es auch mit Deutschland Besprechungen für den doch nach den englisch-belgischen Besprechungen sehr möglichen Fall einer Verletzung der Neutralität von englischer und französischer Seite eingeleitet hätte. Dadurch würde der Verdacht des deutschen Generalstabes, Belgien sei einseitig nach Frankreich-England orientiert, beseitigt und der beabsichtigte eigene Einmarsch in ein ganz anderes Licht gerückt worden sein.

Die französisch-englische Marinekonvention.

„Im Unterschied zu den militärischen ‚Besprechungen', hat Grey die maritimen ‚Besprechungen' wenigstens einmal unter vier Augen . . . mit dem richtigen Namen genannt. Er sagte nämlich Ende Mai 1914 zum russischen Botschafter Graf Benckendorff: ‚Der englische Admiralstab besitzt die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet worden sind'" (Lutz a. a. O. S. 72). Den Tag des Abschlusses dieser Konvention kennen wir nicht; auch von Einzelheiten (die u. a. Regelung des Befehls und wechselseitige Benutzung der Flottenstützpunkte betreffen sollen) wissen wir wenig. Ganz genau aber sind wir über den Kernpunkt unterrichtet, der beim Eintritt Englands in den Weltkrieg eine überaus schwerwiegende Rolle gespielt hat.

Nach Poincaré [9]) war es Churchill, der nach seiner Reise mit Asquith nach Malta zu einer Konferenz mit Kitchener (Ende Mai 1912) den Vorschlag zu einem Marineabkommen dem französischen Marineattaché in London machte. Frankreich sollte seine ganze Schlachtflotte im Mittelmeer vereinigen, damit England die Linienschiffe seines Mittelmeergeschwaders in die Nordsee ziehen könne.

---

[9]) R. Poincaré, Le lendemain d'Agadir 1912. Paris. Plon-Nourrit et Cie. 1926 Chap. III.

Churchills Entwurf wollte, daß im Kriegsfall jede Regierung ihre Maßnahmen „in völliger Unabhängigkeit und entsprechend ihren besonderen Interessen" treffen könne. Das lehnte der französische Generalstab als unzureichend ab [10]). Vielmehr forderte Frankreich als Gegenleistung: Schutz seiner Nord- und Westküste durch die englische Flotte. Aus Churchills Werk [11]) lassen sich klar die Bedenken erkennen, die ihm bei diesen Besprechungen allmählich kamen. Er schreibt am 23. August 1912 an Asquith und Grey: „Ich bin in Sorge, daß wir unsere Handlungsfreiheit und folglich die Macht wahren, die französische Politik im voraus zu beeinflussen. Diese Freiheit wird merkbar beeinträchtigt, wenn die Franzosen sagen können, daß sie ihre atlantische Küste entblößt und (ihre Flotte) im Mittelmeer konzentriert haben infolge eines Marineabkommens mit uns . . . Bedenken Sie, welch eine furchtbare Waffe Frankreich besitzen würde, unsere Intervention zu erzwingen, wenn es sagen könnte: ‚Auf Anraten und Übereinkommen mit Euren Marine-Autoritäten haben wir unsere Nordküste unverteidigt gelassen. Wir können unmöglich rechtzeitig zurückkommen.' In der Tat, das würde wahrscheinlich entscheidend sein, gleichgültig was jetzt niedergeschrieben sein mag." Und er fügt als nachträgliche Betrachtung hinzu: „Die technischen Besprechungen konnten nur auf der Basis geführt werden, daß die französische Flotte im Mittelmeer vereinigt und im Falle eines Krieges, an dem beide Länder teilnähmen, es der britischen Flotte zufallen würde, die Nord- und Westküste Frankreichs zu verteidigen. Wie ich vorhergesehen, hoben natürlich die Franzosen den Punkt hervor, daß ihre Nord- und Westküste vollständig entblößt sein würden, wenn Großbritannien nicht am Kriege teilnähme. Wir erkannten die Schwierigkeit an, lehnten es aber gleichwohl standhaft ab, zu gestatten, daß die Seeabkommen uns irgendwie im politischen Sinne bänden [12]). Es wurde für den eintretenden Fall abgemacht, daß wenn ein Krieg drohe, die beiden Regierungen zusammen beraten und vorher vereinbaren

[10]) . . . un préambule qui, d'après notre état-major, risquait de détruire toute la valeur pratique de l'entente (Poincaré a. a. O. S. 215).

[11]) Churchill, The World Crisis 1911—1914. Thornton Butterworth Limited. London. 1923. S. 112 ff.

[12]) We however, while recognizing the difficulty, steadfastly declined to allow the naval arrangements to bind us in any political sense (Churchill a. a. O. S. 113). Die deutsche Ausgabe (Churchill, Weltkrisis, 1911—1914, deutsche Ausgabe, Leipzig, 1924) übersetzt: „Wenngleich wir die Schwierigkeiten erkannten und uns darüber klar waren, daß wir uns politisch festlegten, bestanden wir auf der Durchführung der maritimen Maßnahmen", was den Sinn auf den Kopf stellt und leider auch Lutz (a. a. O. S. 71) getäuscht hat.

sollten, was für eine gemeinsame Aktion, wenn überhaupt, sie ergreifen sollten. Die Franzosen waren gezwungen, diesen Punkt anzunehmen und endgültig zu bestätigen, daß die Seebesprechungen keine Verpflichtung zu gemeinsamer Aktion einschlössen. Das war das beste, was wir für uns selbst und für sie vermochten."

Der Schluß ist seltsam, um so mehr, als Churchill im obigen Brief ganz richtig weiter ausgeführt hat, die ganze Beweisführung der Franzosen sei falsch. Sie könnten in ihrem eigenen Interesse gar nichts besseres tun, als sich im Mittelmeer zu konzentrieren, denn ihre Flotte sei gegen die deutsche auf jeden Fall und nun gar erst bei einer Teilung zu schwach, im Mittelmeer aber könne sie sich halten und die afrikanischen Transporte schützen. Ebensowenig sei es wahr, daß die Engländer auf Frankreich angewiesen wären, um ihre Position im Mittelmeer zu halten. — Man fragt sich unwillkürlich: Warum denn das ganze Abkommen? Gab es da vielleicht doch noch geheime Klauseln z. B. betreffs der deutschen Kolonien? oder sollte es die Klammer so eng schmieden, daß das scheinbar freigehaltene Parlament sie im entscheidenden Augenblick doch nicht brechen könnte? So ist wenigstens der Erfolg gewesen!

Über Einzelheiten sind wir, wie erwähnt, nicht unterrichtet. Jedenfalls war der von Poincaré als untragbar erklärte Punkt der Präambel in Churchills erstem Vorschlag erheblich im Sinne einer gemeinsamen Aktion geändert. Den politischen Abschluß dieser Abmachungen bildete der bekannte Briefaustausch zwischen Grey und Cambon, der vom britischen Kabinett in der Sitzung vom 30. Oktober 1912 genehmigt war und für den Fall, daß eine der beiden Regierungen einen nicht herausgeforderten Angriff einer dritten Macht oder sonst eine Friedensbedrohung zu befürchten habe, gemeinsame Maßnahmen beider Regierungen in Aussicht nahm. „Wenn diese Maßnahmen zu einer militärischen Aktion führen, werden sofort die Pläne der Generalstäbe in Erwägung gezogen werden und die beiden Regierungen werden beschließen, wieweit ihnen Folge gegeben werden soll."

Tatsächlich hat sich später herausgestellt, daß Churchill mit seiner Voraussage von der Gebundenheit recht behalten sollte. Als Grey am 1. August 1914 Cambon eröffnete, die englische Regierung habe nicht über den Eintritt in den Krieg entscheiden können, berief sich dieser entrüstet auf die Schutzlosigkeit der Küsten Frankreichs infolge der Marinekonvention. Grey trug diese Beschwerde Asquith vor, und am 2. August 4.30 Uhr nachmittags konnte er mit Ermächtigung des Ministerrats Cambon die Zusicherung geben, „daß,

wenn die deutsche Flotte in den Kanal durch die Nordsee vordringt, um feindliche Operationen gegen die französische Küste oder Schiffahrt zu unternehmen, die britische Flotte jeden in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird". Diese Zusicherung hat er am 3. August im britischen Parlament verlesen und „gesagt, England könne nur durch sofortige und bedingungslose Neutralitätserklärung dem Kriege fernbleiben. Das sei jedoch unmöglich, denn: ‚Wir haben das Versprechen an Frankreich gegeben, das ich dem Hause vorgelesen habe, und dies hindert uns, das zu tun'." (Lutz, a. a. O. S. 80/81). Die bindende Kraft der Abkommen trotz aller formalen Vorbehalte hat sich damit durch die Tat erwiesen. Eine „Ehrenverpflichtung", hat Lloyd George am 7. August 1918 gesagt!

Die französisch-russische Marinekonvention [13]).

Im Jahre 1911 regte der russische Marineattaché in Paris, Kapitän Kartzow, nachdem er sich der Bereitwilligkeit des französischen Marineministers Delcassé und Admiralstabschef, Vizeadmiral Aubert, versichert hatte, unterstützt durch Iswolski, den Abschluß einer Marinekonvention als Ergänzung der Militärkonvention an. Auf Grund vorbereitender Verhandlungen kam der russische Admiralstabschef, Vizeadmiral Lieven, am 1. Juli 1912 nach Paris. Am 16. Juli wurde das Abkommen in nachfolgendem Wortlaut [14]) von den beiden Admiralstabschefs unterzeichnet und später von den Marineministern Delcassé und Grigorowitsch sowie den Außenministern Poincaré und Sasonow ratifiziert.

1. Artikel. — Die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands operieren gemeinsam bei allen Eventualitäten, bei denen das Bündnis die Zusammenarbeit der Landarmee voraussieht und bestimmt.

2. Artikel. — Die gemeinsame Operation der Seestreitkräfte wird schon in Friedenszeiten vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Chefs der beiden Admiralstäbe von jetzt an ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Nachrichten auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren und alle strategischen Pläne miteinander zu vereinbaren.

---

[13]) V. Egorief et E. Schvedè, La convention navale de 1912 etc., aus »Les alliés contre la Russie« (s. o.).

[14]) Documents Diplomatiques s. o. Deutsche Übertragung nach Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, im Auftrage des Ausw. Amtes herausgegeben. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1925. Nr. 375 Anl.

3. Artikel. — Die Chefs der beiden Admiralstäbe konferieren mindestens einmal im Jahr persönlich miteinander; sie setzen über ihre Konferenzen Protokolle auf.

4. Artikel. — Diese Konvention wird bezüglich ihrer Dauer, Auswirkung und Geheimhaltung der Militärkonvention vom 17. August 1892 und den daraus folgenden Verträgen gleichgestellt.

Ohne die Ratifikation abzuwarten, behandelten die beiden Admiralstabschefs sofort folgende wichtigste Fragen.

1. Die Mittel, die Schwarz-Meer-Flotte im Falle eines Krieges des Dreibunds gegen den Dreiverband gegen einen Einbruch der österreichisch-italienischen Flotte zu sichern. Hierbei wurden zwei Pläne erwogen.

a) Rußland schickt keine Verstärkungen aus der Ostsee nach dem Mittelmeer. — Die Notwendigkeit, die österreichisch-italienischen Flotten am Eindringen in die Meerengen [15]) zu hindern, brachte einen Wechsel in den Dispositionen der französischen Flotte mit sich, die in diesem Falle nicht in Toulon, sondern weiter östlich in Bizerta konzentriert werden mußte. Der französische Admiralstab [16]) nimmt die so gestellte Frage vollständig an. Falls es den österreichisch-italienischen Flotten trotz alledem gelingen sollte, die Meerengen zu passieren, sollte die französische Flotte ihnen folgen.

b) Das Ostseegeschwader wird nach dem Mittelmeer übergeführt. — Diese Variante stößt auf verschiedene Einwürfe der Franzosen, da Bizerta nicht genügend ausgerüstet war, um als Basis für zwei Flotten zu dienen; außer anderem fehlten dort die Naphthareserven, deren die russischen Schiffe bedurften; indessen wollte der französische Admiralstab diese Variante studieren.

2. Absolute Unmöglichkeit für die französische Flotte, an den Operationen in der Nordsee teilzunehmen. Diese wird dem Schutze der Engländer (à la garde des Anglais) überlassen.

3. Betrifft Verbesserung der Radioverbindung.

4. Eventuelle Operationen in der Nordsee. Auf Wunsch des russischen Generalstabs stellt Admiral Lieven die Frage, ob die französische Flotte an der schwedischen Küste demonstrieren könne, um so Schweden von Finnland abzulenken und dadurch

---

[15]) Im russischen Sinne sind les détroits stets die zum Schwarzen Meere führenden Engen.

[16]) Im französischen auch für die Marine état-général.

die dort festgelegten, auf der Westfront unentbehrlichen russischen Streitkräfte freizumachen. — Eine solche Operation erschien absolut unmöglich, da die Hauptkräfte der französischen Flotte im Mittelmeer konzentriert wären.

5. Äußerster Osten — jede gemeinsame Aktion wegen zu schwacher Kräfte ausgeschlossen.

6. Meinungsaustausch über Reorganisation der baltischen Flotte.

7. Zusammenfassung: die respektiven Rollen der Geschwader, die berufen waren, die Seeherrschaft zu sichern, wurden, wie folgt, verteilt: Mittelmeer — Frankreich; Ostsee — Rußland; Schwarzes Meer (gegen Türkei allein) — Rußland; Nordsee — England.

Weitere geheime Vereinbarungen bezogen sich auf den Austausch von Nachrichten und geheimen Chiffren.

Manches ist hier interessant — so der Gedanke, die russische Ostseeflotte nach dem Mittelmeer zu führen, was doch einen sehr frühen Entschluß zum Kriege voraussetzt; besonders aber die selbstverständliche Einbeziehung Englands für die Nordsee und Frankreichs Bereitschaft, seine Hauptkräfte im Mittelmeer zu vereinigen, trotzdem das englisch-französische Marineabkommen noch nicht abgeschlossen war. Nun erzählt uns Poincaré [17]): „infolge eines Irrtums der Büros der rue Royale und in Abwesenheit Delcassés, der sich in Ariège befand, erhielt Anfang September der Kommandant unseres dritten Geschwaders (Brest) vom Großen Generalstabe den Befehl, sich fahrbereit für das Mittelmeer zu machen". Dadurch, sagt Poincaré, hätte man riskiert, jedes Tauschobjekt für die Verhandlungen mit England zu verlieren. „Die Konzentration im Mittelmeer war tatsächlich der Dienst, den England von uns erwartete. In der Voraussetzung eines Abkommens sollte infolgedessen diese Maßregel die Verpflichtung darstellen, die wir als Gegengabe für das, was wir im Norden fordern würden, zu übernehmen hätten. Wenn wir im voraus und freiwillig selbst diese Bedingung verwirklichten, so unterdrückten wir das Interesse, was England hatte, sich mit uns zu verständigen." — Poincaré verhinderte die Ausführung des Befehls, die französischen Botschafter in London und Rom dementierten die von Brest rasch verbreitete Nachricht. — Hier scheint die französische Diplomatie die Engländer sehr geschickt gefangen zu haben. Die Franzosen hatten sich den Russen gegenüber verpflichtet zu dieser Maßregel;

---

[17]) Poincaré a. a. O. S. 217.

das war vermutlich der Anlaß zu jenem voreiligen Befehl nach Brest. Churchill hatte, wie oben erwähnt, den Fehler ihrer Beweisführung erkannt. Und trotzdem verstanden sie es, von England jenes schwerwiegende Versprechen herauszudrücken, als Entgelt für etwas, was auszuführen sie ohnehin entschlossen waren! Wer war der Dupierte? Die englischen Diplomaten oder das englische Volk?

Den Verabredungen mit Rußland entsprechend sahen die Franzosen 1913 Bizerta als Hauptbasis ihrer Mittelmeerflotte sowie deren Verstärkung durch Neubauten vor. In der Konferenz von 1913 wurde beschlossen, eine gemeinsame Operation zu studieren, für den Fall, daß die Schwarzmeerflotte die Meerengen zu passieren hätte, um sich mit der französischen zu vereinigen. Eine Ergänzung vom 23. Juni 1914 regelte die gegenseitige Entsendung von Marineoffizieren zu den Flotten und das Benutzungsrecht der beiderseitigen Operationsbasen (Einfahren russischer Kriegsschiffe in französische Häfen) im Kriegsfall; außerdem wurde das Nachrichten- und Verbindungssystem weiter verbessert. Bemerkenswert ist, daß 1914 Poincaré den russischen Admiralstabschef eingehend befragte über „die neuen Schiffseinheiten und die Daten des Stapellaufs; er stellte seine Fragen in gebieterischem Ton, wie ein Vorgesetzter an einen Untergebenen, und zeigte sich mehrfach unzufrieden mit der Langsamkeit, mit der, wie er sagte, sich der Bau der Linienschiffe vom Typ der „Sebastopol" vollzöge. Der Präsident der Republik legte besonderes Gewicht auf die Frage des Baues von Schnellkreuzern für das Schwarze Meer, indem er unterstrich, daß Deutschland schon derartige Kreuzer im Mittelmeer hätte und sie dort wahrscheinlich im Kriegsfall lassen würde" [18]).

Ein russisch-englisches Marineabkommen.

Die Anfänge eines solchen gehen zurück auf den Besuch Poincarés in Petersburg August 1912 und den darauffolgenden Besuch Sasonows in London bzw. Balmoral im September 1912. Nach Sasonows Bericht [19]) an den Zaren hat damals Grey auf seine Frage, „ob in einem Konflikt mit Deutschland Rußland darauf rechnen könne, daß England ihm denselben Dienst im Norden leisten werde, wie Frankreich im Mittelmeer", ohne Zaudern geantwortet: „In solchem Falle würde England alles daran setzen, der deutschen Seemacht den fühlbarsten Schlag zu versetzen." Noch

[18]) V. Egorief et E. Schvedè a. a. O. S. 59.
[19]) Stieve: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis II Nr. 508.

schärfer äußerte sich der König: „Im Falle eines Konfliktes würde dieser die unheilvollsten Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Seehandel Deutschlands haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsfahrzeug, das ihnen in die Hände fiele, versenken (we shall sink every single German merchant ship we shall get hold of)." Indes ist von einer weiteren Behandlung dieser Frage in den nächsten Jahren noch nichts zu merken. Im Frühjahr 1914 suchte der Zar Buchanan zu gewinnen für den Abschluß eines Geheimen Defensivbündnisses Rußland-England, wenigstens ähnlichen Charakters, wie es die Abkommen zwischen England und Frankreich wären [20]). „Es möchte vorteilhaft sein, sich im voraus über das Zusammenwirken der britischen und russischen Flotte zu verständigen. Bis zum Jahre 1917 hoffe er, acht Dreadnoughts in der Ostsee zu haben und im Kriegsfalle müßten die Deutschen mehr als diese Anzahl von Schiffen zu ihrer Überwachung detachieren. Er würde niemals die Entsendung einer britischen Flotte in die baltischen Gewässer vorschlagen . . . Indes würde das Vorhandensein einer russischen Flotte in der Ostsee die Lage der britischen Flotte in der Nordsee erleichtern . . . (Unsere Verständigung in Persien sollte) entweder durch irgendein Übereinkommen, wie er es vorgeschlagen habe, oder durch eine schriftliche Formel ausgedehnt werden, welche die Tatsache einer englisch-russischen Kooperation in Europa zum Ausdruck bringen würde." Der Zar hat damit Gedanken formuliert, die Sasonow im Februar 1914 gegenüber dem russischen Botschafter in London ausgedrückt hatte: es muß den Beziehungen zu London eine solidere Basis gegeben werden [21]). Es ist danach wohl nicht zu bezweifeln, daß Rußland die eigentliche Triebfeder war, wenn bei dem Pariser Besuch des von Grey und dessen Geheimsekretär Tyrrell begleiteten englischen Königspaares (21.—24. April 1914) die Frage eines englisch-russischen Marineabkommens französischerseits ernsthaft betrieben wurde. Hatte doch der Zar auch auf Paléologue bei dessen Antrittsaudienz im Sinne engerer Bindung Englands eingewirkt [22]). In einer langen Beratung am 23. April, an der als führende Persönlichkeiten der französische Ministerpräsident Doumergue und Grey teilnahmen, brachte Doumergue die russischen Wünsche vor [23]). „Zugunsten eines näheren russisch-

---

[20]) Aus einem Bericht Sir G. Buchanans vom 3. April 1914 an Grey, Beilage zu Nr. 125 der Brit. Amtl. Dokum.

[21]) Un livre noir II, S. 307. — Librairie du travail. Paris 1925.

[22]) Stieve: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis IV, S. 73.

[23]) Ders. a. a. O. IV, S. 95 ff.

englischen Abkommens" — berichtet Iswolski — „führte er hierbei hauptsächlich zwei Gründe ins Feld: 1. die Bemühungen Deutschlands, uns vom Dreiverbande abzulenken, der eine unzuverlässige und schwache politische Kombination sein soll, und 2. die Möglichkeit, durch den Abschluß einer Marinekonvention zwischen uns und England einen Teil der englischen Seestreitkräfte nicht nur für ein tatkräftiges Vorgehen in der Ost- und Nordsee, sondern auch im Mittelmeer freizubekommen. Grey erwiderte Doumergue, er persönlich sympathisiere durchaus mit dem von ihm geäußerten Gedanken und sei vollkommen bereit, mit Rußland ein Abkommen zu treffen in der Art der zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen". Er wies aber auf die Notwendigkeit hin, erst Asquith und die anderen Mitglieder der Regierung zu überzeugen und schlug vor, zunächst sollten dann beide Kabinette die Petersburger Regierung über ihre militärischen und Marineabmachungen sowie den Briefaustausch Grey—Cambon unterrichten und zugleich in Petersburg anfragen, wie man sich zu dem Gedanken eines englisch-russischen Marineabkommens stelle. „Alle drei Personen, die an der Beratung teilnahmen — Doumergue, Cambon (Paul) und de Margerie —" schreibt Iswolski weiter, „sagten mir, sie wären erstaunt gewesen über die von Sir Edward Grey klar und bestimmt ausgedrückte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten". Grey gibt in seinen Erinnerungen die Tatsache zu, führt sie aber zurück auf die Notwendigkeit, die Russen durch eine Ablehnung nicht zu kränken, strategisch sei ein solches Abkommen wertlos gewesen, denn die Russen wollten nicht aus der Ostsee heraus, die Engländer nicht hineingehen [24]). Lutz nennt Greys Motivierung „überaus naiv, beinahe unglaublich naiv". Interessant ist, daß gerade in diesen Tagen Sasonow dem italienischen Botschafter gegenüber den Gedanken, er hätte die Initiative zu einer Umwandlung der Entente in ein Bündnis ergreifen können, ins Lächerliche zog [25]).

Fortgesetzt wurden die Pariser Besprechungen in den Londoner Konferenzen (12. Mai ff.) Greys mit den Botschaftern Paul Cambon und Benckendorff; er konnte die Zustimmung des Ministerrats zur Einleitung der Verhandlung über das Marineabkommen

---

[24]) Grey: „Twenty-Five Years, 1892—1916", Houder and Stoughton, London 1925. I., S. 284.

[25]) „Die Große Politik der Europäischen Kabinette", Bd. 39, Kap. CCC, Nr. 15 870, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927.

mitteilen [26]). Nach Benckendorff gab Grey ihm durch Cambon genaue Direktiven, wie die Verhandlungen weitergeführt werden könnten, ohne daß man sich kompromittiere. „Die Verhandlungen wären zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. . . . Die Dinge könnten sich genau so abspielen, wie mit Frankreich, d. h., daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlung mit dem englischen Admiralstabe [27]) zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte." Am 26. Mai fand die erste Vorbesprechung des russischen Marineattachés Kapitäns Wolkow beim Chef des englischen Admiralstabes statt, was Grey nicht hinderte, am 11. Juni 1914 im Unterhause, allerdings in geschickt verklausulierter Weise, eine Anfrage der Opposition, „ob in letzter Zeit irgendwelche Verhandlungen hinsichtlich eines Marineabkommens zwischen Rußland und Großbritannien stattgefunden haben oder augenblicklich schweben", zu verneinen [28]). Der „Manchester Guardian" zweifelte am 12. Juni Greys Erklärung an; darauf erfolgte in der „Westminster Gazette" ein noch bestimmteres Dementi: „Es besteht kein Flottenabkommen und es schweben keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Rußland" [29]). In Wahrheit hatte am 10. Juni Benckendorff Grey benachrichtigt, daß Wolkow mit der Ermächtigung, die Verhandlungen aufzunehmen, aus Petersburg zurückgekehrt sei, worauf Grey antwortete, er wolle den Ersten Lord der Admiralität sofort hiervon in Kenntnis setzen. Indes trat nun eine Stockung ein, vielleicht doch infolge jenes bestimmten Dementis. Gebannt waren durch sie die Zweifel nicht; Theodor Wolff machte sich im „Berliner Tageblatt" zum Sprecher der Zweifler und legte die Wortklauberei klar („Verhandlungen" statt etwaiger „Unterredungen"), mit denen Grey dem zupackenden Griff zu entschlüpfen wußte. Graf Benckendorff berichtete nach Petersburg, die Verzögerung habe nichts auf sich, Prinz Louis Battenberg solle die Verhandlungen bei einem Besuch in Petersburg (im August 1914) zum Abschluß bringen.

---

[26]) a. a. O. Nr. 15 873, Anm.

[27]) Man beachte die Gleichheit des Verfahrens wie bei den Verhandlungen mit Belgien.

[28]) H. Lutz a. a. O. S. 159/160.

[29]) „Die Große Politik . . ." a. a. O. Nr. 15 882 Anm. — Dort auch das Folgende entnommen.

Die Prinzipien, die Kapitän Wolkow nach London mitbrachte, lauteten [30]):

1. England hält einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee fest. Dadurch wird die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die russische ausgeglichen, und es wird vielleicht für Rußland möglich sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern vorzunehmen.

2. Zu dem Erfolg einer solchen Operation kann England durch Überlassung einer gewissen Anzahl von Handelsschiffen vor Beginn der kriegerischen Operationen wesentlich beitragen.

3. Vom russischen Standpunkt aus ist es sehr wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Entente-Streitkräfte über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Erwünscht ist die Zustimmung Englands dazu, daß die russischen Schiffe die englischen Häfen im Mittelmeer als Basis benutzen können.

4. Es ist erwünscht, daß in dem geplanten englisch-russischen Marineabkommen die Beziehungen zwischen den englisch-russischen Flotten in allen Einzelheiten festgesetzt und Informationen über die Flotten anderer Mächte zwischen den Marineressorts ausgetauscht werden.

Zu Punkt 2 riet Graf Benckendorff, ihn erst an letzter Stelle zu berühren; er halte ihn für undurchführbar. Tatsächlich sind die Verhandlungen vor Kriegsausbruch wohl nicht mehr weiter gefördert worden. Suchomlinow hat der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" auf Anfrage mitgeteilt, der Abschluß sei für August 1914 in Aussicht genommen gewesen [31]).

Schlußbetrachtung.

Ein eiserner Ring von Militär- und Marineabmachungen umgab die Zentralmächte. In langjähriger Arbeit hatte für die Landheere der Entente der französische Generalstab die Ziele entwickelt, den einheitlichen Aufmarsch zur Durchführung eines einheitlichen Willens: Vernichtung der deutschen Heeresmacht — gesichert, während das seegewaltige England den Seekampf vorbereitet hatte, der Deutschlands Flotte „den möglichst schweren Schlag" versetzen sollte. Auf dem Papier waren es Defensivbündnisse. Das

[30]) August Bach, „Die englisch-russischen Verhandlungen von 1914 über den Abschluß einer Marinekonvention". — Preußische Jahrbücher Bd. 197, Heft 2.

[31]) Aug. Bach a. a. O. S. 194.

hinderte nicht die weitausschauenden Entwürfe der Russen, englische Handelsschiffe für ihre Truppentransporte zu sammeln, ihre baltische Flotte ins Mittelmeer zu überführen — Kriegsvorbereitungen, die doch nur bei sehr frühzeitigem Entschluß zu einem Kriege ausführbar gewesen wären. Wie denn ja auch die Franko-Russen die sofortige Offensive ausdrücklich abgemacht hatten. Englands Rolle dabei? Betrachtet man alle diese „Besprechungen" englischer Staatsmänner, Generalstabs-, Admiralstabschefs und Militärattachés im ganzen, so erscheinen die politischen Vorbehalte der Handlungsfreiheit als „Papierfetzen", und man versteht vollkommen, daß Sir E. A. Crowe in seinem Memorandum vom 31. Juli 1914 [32]) an Grey von einer Pflicht Englands gegenüber Frankreich und Rußland sprechen konnte, mit der eine Neutralitätserklärung in einem Kriege dieser beiden Mächte mit Deutschland unvereinbar sei. Wie aber war die Lage Deutschlands? Ein Blick auf die Skizze zeigt die gewaltige Überlegenheit, mit der der Dreiverband zu Lande und zu Wasser die Zentralmächte eingekreist hatte. Dabei beschränkt sich die Skizze auf die Darstellung der Abmachungen der Militärkonventionen. Sie enthält deshalb nicht die mehr als 300 000 Gewehre, die aus Serbien und Montenegro die Donaumonarchie bedrohten, sie enthält nicht die asiatischen Korps Rußlands, die erst allmählich heranrollen würden. Tatsächlich stellten sich [33]) — auch nach den Vorausberechnungen des deutschen Generalstabs — die Verhältniszahlen der Streitkräfte so, daß an Feldtruppen für den Krieg auf dem europäischen Festlande [34]) 5 600 000 Mann der Entente gegen 3 485 000 Mann der Zentralmächte ausrückten; zur See standen Flotten von zusammen 3 264 000 Tonnen Wasserverdrängung gegen Flotten von 1 268 000 Tonnen. Sollte Deutschland in solcher Lage abwarten, bis alle Kräfte der Feindstaaten zu einheitlichem Schlagen aufmarschiert waren? Bis diese Überlegenheit von mehr als zwei Millionen sich voll auswirken konnte? Kein anderer als Sir Edward Grey hat hierauf im voraus die Antwort gegeben, als er am 25. Juli 1914 dem russischen Botschafter in London sagte [35]): „. . . In der Tat verlangte ich von der deutschen Regierung, . . . sie solle, wenn Rußland

---

[32]) D. Brit. Amtl. Dok. Nr. 369, Anlage.

[33]) „Der Weltkrieg", bearbeitet im Reichsarchiv. I. S. 38/39. — E. S. Mittler u. Sohn, Berlin 1925.

[34]) Ausschließlich der Belgier. — Im übrigen nur aktive und Reserveformationen; England nur Expeditionsarmee. Bei Einsatz der Gesamtkriegsstärken wird das Verhältnis für die Zentralmächte noch viel ungünstiger.

[35]) Die Brit. Amtl. Dok. Nr. 132.

gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Betracht zu ziehen. Das zu tun, wäre nicht leicht für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig Rußland vereint ersuchen würden, eine Aktion aufzuschieben. Ich befürchtete auch, Deutschland würde antworten, daß seine Mobilmachung eine Frage von Stunden, die russische eine Frage von Tagen sei, und daß ich tatsächlich verlangt hätte, Deutschland solle im Falle der russischen Mobilmachung gegen Österreich, anstatt gegen Rußland zu mobilisieren, seine Mobilmachung aufschieben und sich unserer Intervention in Wien anschließen, wodurch es seinen Zeitgewinn opfere; denn wenn die diplomatische Intervention fehlschlüge, würde Rußland mittlerweile Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben." Klarer kann man Deutschlands Zwangslage nicht schildern. Um der Wucht des drohenden feindlichen Stoßes zu begegnen, hatte es nur eine Parade: dem gewaltigen Übergewicht der Masse die Geschwindigkeit entgegenzusetzen, die in der Strategie — wie in der Mechanik — für die kinetische Energie des Stoßes quadratisch zu bewerten ist, und diesen Stoß dahin zu richten, wo nicht zu befürchten war, daß seine Energie in der Endlosigkeit des Raumes wirkungslos erlahme. Es mußte angreifen, und zwar Frankreich angreifen. Aber nicht nur, weil es dort allein sicher war, sofort ein Objekt für seinen Stoß zu finden, sondern auch, weil sich da — das beweist der Inhalt und die Entstehungsgeschichte der Militärkonventionen — das strategische Hirn, der geistige Schwerpunkt der Landkriegsführung des Dreiverbandes befand.

Nur eine einzige Bedingung hätte Deutschlands politischen Führern das Recht gegeben, auf diese beste Aussicht in seinem Kampf auf Leben und Tod gegen den von Frankreich geschmiedeten Ring einer ungeheuren Übermacht zu verzichten: wenn England dafür seine Neutralität zugesagt hätte. Eine derartige Erklärung aber war von Grey auf keine Bedingung hin zu erhalten. Am 1. August 1914 hat er an Goschen geschrieben[36]): „. . . . Der (deutsche) Botschafter[37]) drängte mich, ob ich nicht Bedingungen anzugeben vermöchte, unter denen wir neutral bleiben würden. Er ließ sogar durchblicken, daß die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien verbürgt werden könnte. Ich entgegnete, ich fühlte mich

[36]) Die Brit. Amtl. Dok. Nr. 448.

[37]) Vorher hatte Grey wie er a. a. O. schildert, schon Lichnowskys Angebot, Deutschland werde die belgische Neutralität nicht verletzen, als unzureichenden Preis für Englands Neutralität bezeichnet. Es ist also unwahr, daß Belgien uns den Krieg mit England gebracht hat.

genötigt, jedes Versprechen, unter derartigen Bedingungen neutral zu bleiben, endgültig abzulehnen, und ich könnte nur sagen, daß wir unsere Hände freihalten müßten.“ Grey konnte auch keine Neutralität zusichern, denn England war „ehrenpflichtig derart gebunden, wie nie zuvor“, und er wollte es nicht, weil er die Freundschaft Rußlands in Asien nicht opfern wollte. So blieb Bethmann Hollweg, nachdem er lange, fast zu lange gezögert hatte, als schon die von Grey geschilderte Gefahr, daß Deutschland durch die russische Mobilmachung überholt würde, in bedenklichste Nähe gerückt war, keine Wahl mehr. In letzter Stunde mußte er sich zu der unvermeidlich gewordenen Kriegserklärung entschließen.

Italiens Rolle in der Kriegsschuldfrage.[1]

Von Paul Herre.

Es kann paradox erscheinen, über den Kriegsschuldanteil eines Landes zu handeln, das die Waffen erst ergriffen hat, als der Krieg bereits zehn Monate lang im Gange war. Aber das Problem gewinnt sofort eine andere Gestalt, wenn man in rein geschichtlichem Sinne danach fragt, wie sich Italien in allen den Verflechtungen und Zusammenhängen verhalten hat, die zum Kriege

[1]) Der nachfolgende Aufsatz stellt sich nicht die Aufgabe, das Thema nach allen Seiten zu erschöpfen. Es sollen nur die Hauptpunkte der wechselvollen Entwicklung herausgearbeitet werden, von denen aus mancherlei Licht auf die Entstehung des Weltkrieges fällt. Für den Nichtkenner sei bemerkt, daß die Darstellung überall auf die ursprünglichen Quellen zurückzugehen sucht. Neben dem großen Aktenwerk des Auswärtigen Amtes (Gr. Pol.) ist für die vertraglichen Verhältnisse der Dreibundseite vor allem die bekannte Veröffentlichung Alfred Francis Pribrams über „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879 bis 1914“ herangezogen. Über den italienisch-französischen Rückversicherungsvertrag liegt sowohl eine italienische wie eine französische amtliche Publikation vor. Für die Vorgänge der letzten Jahre vor dem Weltkrieg sind die in enger Berührung stehenden Quellenwerke B. von Sieberts „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“, Friedrich Stieves „Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“ sowie des „Livre noir“ hinsichtlich der italienischen Politik besonders aufschlußreich. Auch die Papiere Crispis und die Memoiren Giolittis bieten mancherlei Aufklärung, während die Erinnerungswerke des englischen Botschafters Rodd und des amerikanischen Botschafters Page merkwürdig unergiebig bleiben. Hinsichtlich der Einzelbelege beschränke ich mich in der Hauptsache auf neu erschlossene oder entlegenere Quellen.

geführt haben. Freilich bis zu einem gewissen Grade müssen auch dann Frage wie Antwort einigermaßen paradox bleiben, denn es ist immerhin ein geschichtliches und politisches Kuriosum, daß ein Staat an dem Zustandekommen eines Krieges nicht unbeteiligt ist, aber erst zehn Monate später eintritt. Die Feststellung dieser seltsamen Tatsache führt bereits unmittelbar an das Thema heran: Wie war das Verhalten Italiens in den Vorkriegsjahren und bei Kriegsausbruch?

Zugrunde liegt für alles als bestimmendes Faktum, daß Italien, die jüngste europäische Großmacht, nur auf dem Papier eine Großmacht war. Es waren deshalb schwere Belastungen, mit denen der schwache italienische Einheitsstaat in die Geschichte des letzten Menschenalters vor dem Weltkriege eintrat und schließlich seine politische Stellung innerhalb des europäischen Staatensystems und der europäischen Bündnisgruppierungen nahm. Italien ist im Kampfe gegen die Donaumonarchie groß geworden, und diese geschichtliche Tatsache hat nachwirkend Italiens Haltung bis in den Krieg hinein bestimmt. Italien hat aber auch in Anlehnung an die beiden westeuropäischen Großmächte Frankreich und England seine Selbständigkeit erkämpft und dafür ein starkes Bewußtsein behalten, während die preußische Waffenhilfe von 1866 in Vergessenheit kam. Zumal die britische Seemacht hat während des ganzen Jahrhunderts Italien gegenüber eine beherrschende Rolle gespielt, und auch diese Tatsache hat Italien bis in den Krieg hinein begleitet. Schon in einer Zeit, als die Bündnisgruppierungen noch keine feste Gestalt annahmen, gelangte dem Wort wie der Sache nach zum Ausdruck, was das ganze Verhältnis Italiens zu seinem späteren Verbündeten beeinflußt hat, das Streben nach Kompensation auf Kosten Österreich-Ungarns. Italien war, obschon es 1866 auch Venetien erworben hatte, mit seinem staatlichen Besitz auf der Apenninhalbinsel noch nicht zufrieden. Da ihm der Friedensschluß die andern von Italienern bewohnten Gebiete an der Etsch und Adria vorenthielt, auf die es historischen und politischen Anspruch erhob, nahm es mit irredentistischen Forderungen die Wendung gegen den Habsburgerstaat, dessen Vergrößerung mit dem italienischen Interesse als unvereinbar angesehen wurde.

Zum erstenmal meldete sich Italien mit Kompensationsforderungen in den politischen Kombinationen der späteren 70er Jahre, namentlich in der Zeit des Berliner Kongresses, der Österreich-Ungarn das europäische Mandat für Bosnien und die Herzegowina einbrachte. Sowohl Deutschland wie Österreich hörten diese Ansprüche an und behandelten sie nicht ohne Sympathie, frei-

lich immer mit dem Hinweis auf Albanien und Nordafrika. Indessen 1881, als Frankreich von Tunis Besitz ergriff, das Italien als sein zukünftiges Kolonialland ansah, trat die große Wendung in den Mittelmeerverhältnissen ein: die römische Regierung vollzog den Anschluß an das Bündnissystem Deutschland—Österreich-Ungarn. Der Irredentismus mußte zeitweilig weichen, und in dem Rückhalt an die europäischen Mittelmächte erstrebte man die Weltstellung, die Italien bisher versagt geblieben war. In einem erbitterten Zollkrieg entlud sich die neue Feindschaft gegen das französische Brudervolk, doch kennzeichnete es den rein staatlichen Charakter dieses Gegensatzes, daß die irredentistische Bewegung sich keineswegs auf die Wiedergewinnung Nizzas und Savoyens ausdehnte, die Napoleon III. auf Grund seiner „Trinkgelderpolitik" für Frankreich gewonnen hatte, und ebensowenig wurde das von England beherrschte Malta in das irredentistische Programm einbezogen.

Bei der Einleitung des neuen Bündnisverhältnisses war Italien der Werbende, nicht der Umworbene. Am wenigsten war Bismarck um die Verbindung mit dem Apenninstaat zu tun. Voll Mißtrauen gab er der Meinung Ausdruck, daß jede Abmachung mit Italien, wie auch die Fassung sein möge, „im Wesen immer ein einseitiges Geschäft zum Vorteil Italiens sein wird, um so einseitiger, als der unruhige und unverläßliche Charakter der italienischen Politik Italiens Freunde leicht in Händel verwickeln könne". Aber unter dem Gesichtspunkt, daß mit der Gewinnung der italienischen Bündnisgemeinschaft die österreichisch-ungarische Alpenfront eine wesentliche Entlastung erfuhr und daß dadurch eine russisch-französisch-italienische Verbindung verhindert wurde, wies er die Werbung nicht zurück. Weitergehende Wünsche Italiens nach einem Garantieschutz des neuen Staates und nach einer Einbeziehung Englands wurden freilich mit Entschiedenheit abgelehnt, jedoch erklärte man sich schließlich in Berlin wie Wien bereit, den Weg zu einem „allgemein gehaltenen, auf die Beobachtung der bestehenden Verträge und die Wahrung des Friedens basierten geheimen Übereinkommen" zu betreten.

Der Vertrag, der am 20. Mai 1882 auf fünf Jahre abgeschlossen wurde, war ein reiner Defensivvertrag, der die Verbündeten zu gegenseitiger Hilfeleistung mit ganzer Kriegsmacht für den Fall verpflichtete, daß einer oder zwei von ihnen ohne unmittelbare Herausforderung von ihrer Seite von einer oder zwei oder mehreren Großmächten angegriffen würde. Aber schon er erhielt insofern einen einschränkenden Charakter, als Italien eine geheime Dekla-

ration durchsetzte, daß die Bestimmungen nicht gegen England gerichtet seien; das war von der anfänglichen Forderung, England ganz in den Dreibund einzubeziehen, gegenüber dem Widerstande Bismarcks übriggeblieben. Italien gehörte so dem Dreibundsystem an. Trotzdem bestanden seine Wünsche in bezug auf Kompensationen unverändert fort, und in den Schwierigkeiten der achtziger Jahre hatte es auch die Möglichkeit, mit seinem Anspruch vorwärtszukommen. Als nach fünf Jahren der Dreibundvertrag zum ersten Male erneuert wurde, gelang es ihm, nicht nur seine alten Entschädigungswünsche, sondern auch seinen Expansionsanspruch in den neuen Vertrag hineinzuschmuggeln.

Der zweite Dreibundvertrag vom 20. Februar 1887 setzte sich aus drei Verträgen zusammen. Der erste war lediglich eine Erneuerung des Defensivvertrages von 1882. Ein zweiter, der zwischen Österreich-Ungarn und Italien abgeschlossen wurde, formulierte die Bedingungen, unter denen die beiden Adriamächte sich zu gegenseitigen Kompensationen im Falle zeitweiliger oder dauernder Okkupation von Gebieten im Balkan oder an den osmanischen Küsten des Adriatischen und Ägäischen Meeres verpflichteten. Durch einen dritten Vertrag, an dem nur Deutschland und Italien teilhatten, übernahm es das Deutsche Reich, Italien mit seiner ganzen Kriegsmacht auch dann Hilfe zu leisten, wenn dieses, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, durch das Vorgehen dieser Macht in Tripolis oder Marokko sich genötigt sehen sollte, seinerseits zu einem Angriff auf die afrikanischen oder europäischen Besitzungen Frankreichs zu schreiten, und darüber hinaus sprach es seine Bereitwilligkeit aus, nach erfolgreicher Beendigung eines solchen gemeinsam gegen Frankreich geführten Krieges die Ausdehnung Italiens auf Kosten des Feindes zu fördern. Und nicht genug mit dieser außerordentlichen Konzession, die dem schwachen Italien weit mehr gewährte als den überlegenen Verbündeten: die ehrgeizige Nation erhielt noch eine gesteigerte Garantie für die Wahrung ihrer Interessen im Mittelmeer, indem England für eine weitgehende Beteiligung gewonnen wurde. Unter diesem Gesichtspunkte bildete der von Bismarck vermittelte Notenaustausch vom 12. Februar und 24. März 1887 zwischen den Regierungen von London, Rom und Wien im Sinne der Erhaltung des Status quo im Mittelmeer die Ergänzung zu dem neuen Dreibundvertrage. Er wies England den Schutz, aber auch die Kontrolle Italiens zu; das war das Gegengewicht gegen die Einfügung offensiver Gesichtspunkte, die, von Deutschland und Österreich-Ungarn aus gesehen, eine schwere Belastung des neuen Vertrages war, jedoch

unter den damaligen politischen Verhältnissen nicht umgangen werden konnte. In separaten Vereinbarungen zwischen Italien und England übernahm dieses sogar die Verpflichtung, einen Teil der italienischen Flotte zu bemannen, um sie besser auszunutzen [2]). Italiens Gegenleistung gelangte in einer Militärkonvention mit Deutschland zum Ausdruck, die am 1. Februar 1888 abgeschlossen wurde und die Entsendung italienischer Truppen an die deutsche Front gegen Frankreich jenseits des Rheins in Aussicht nahm.

Vollends nach dem Sturze Bismarcks und der Lösung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages bewegte sich die Entwicklung in dieser Richtung weiter. Gewiß wurden die von Paris unternommenen Versuche, Italien dem mitteleuropäischen Bündnis abspenstig zu machen, in Rom zurückgewiesen. Aber Italien setzte in der gleichen Zeit seine Bemühungen fort, Deutschlands und Österreich-Ungarns Vertragsverpflichtungen noch wesentlich zu erweitern, mit Forderungen, deren Erfüllung das Bündnis zum einseitigen Werkzeug der italienischen Ausbreitungsbestrebungen gemacht hätte. Der neue Reichskanzler Caprivi sprach es schon damals aus, daß Deutschland nur unter dem politischen Gesichtspunkte einer Erneuerung des Dreibundvertrages zustimme, vom rein militärischen Standpunkt aus aber sich versagen würde. Trotzdem setzte der selbstsüchtige Partner durch, daß im dritten Dreibundvertrage vom 6. Mai 1891 Deutschlands Verpflichtung zum Schutz der italienischen Interessen in Nordafrika noch genauer umschrieben wurde, wobei nun auch Tunis als italienische Interessensphäre genannt wurde. Im Sinne der zwischen England und den Dreibundmächten bestehenden Verbindung einigte man sich weiter darüber, bezüglich der neuen Punkte ein Einvernehmen mit der britischen Seemacht herzustellen. Auf dieser Grundlage wurde der Vertrag abgeschlossen, und zwar zum ersten Male als ein einziger Vertrag, indem auf Antrag Italiens die drei Verträge von 1887 zu einem gemeinsamen Instrument zusammengefaßt wurden. Seine Dauer wurde auf sechs Jahre festgesetzt, die automatisch um sechs Jahre weiterlief, falls nicht ein Jahr vor dem Ablauf eine Kündigung erfolgte. Der Kompensationsvertrag zwischen Italien und Österreich-Ungarn wurde zum berüchtigten Artikel 7, während die deutsch-italienischen Vereinbarungen in die Artikel 9 bis 11 übergingen. Ein dem Vertrag angeschlossenes Protokoll trug dem Wunsche Italiens Rechnung, England in möglichst bindender Form zur Gutheißung und Unterstützung dieser Vereinbarung zu be-

[2]) Hoyos: Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, S. 53.

wegen. Deutlicher konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, was die wohlwollende Haltung der Beherrscherin des Mittelmeeres für Italien besagte.

Noch war das zunächst unbedenklich, denn England hielt zumal in diesen Jahren der russisch-französischen Annäherung an der Flankierungspolitik gegenüber dem Dreibund fest. Italien selbst fühlte sich in der fortbestehenden Kampfstellung gegen Frankreich mit Überzeugung dem mitteleuropäischen Bündnissystem zugehörig, und ein Geständnis wie das König Humberts zu Caprivi, daß er das Bündnis sehr schätze und daß Deutschland dabei mehr der Gebende, Italien der Empfangende sei [3]), kennzeichnete wahrheitsgetreu die damalige Lage. Aber es war ein offensichtliches Schwächemoment, daß der Zusammenhalt zwischen den drei Verbündeten so stark von einer vierten Macht bestimmt wurde, und die Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns waren dadurch Gefahren ausgesetzt, die zumal in Berlin für den Ernstfall nicht genügend in Rechnung gestellt wurden.

Die folgenden Jahre waren von den Bemühungen Italiens erfüllt, die neuen Abmachungen durch die in Aussicht genommene engere Heranziehung Englands an das Dreibundsystem zu vervollständigen. Indessen wich die britische Regierung diesen Vereinbarungen immer wieder aus, und selbst der sogenannte Balkandreibund zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien von 1887 geriet allmählich in Vergessenheit. Statt dessen kam es seit der Mitte der neunziger Jahre zu jener deutsch-englischen Spannung, die auf die staatliche Entwicklung der Vorkriegszeit einen so tiefen Einfluß üben sollte. Damit entstand für Italien eine völlig veränderte Situation, die auch schon von dem unbedingten Dreibundfreund Crispi schwer empfunden wurde. Vollends unter dem Eindruck der schweren kolonialen Niederlage, die Italien im März 1896 in Abessinien erlitt, gelangte es Schritt für Schritt zu einer Revision seines Standpunktes.

Im Zeichen der seelischen Erschütterung, die die ganze Nation im Anschluß an die Niederlage von Adua durchmachte, glaubte das neue Ministerium Rudini, das an die Stelle des kompromittierten Kabinetts Crispi getreten war, die Zeit der Kündigungsmöglichkeit für den Dreibund nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne eine Änderung der vertraglichen Grundlage zu erwirken, die dem besonderen Verhältnis Italiens zu England neu Rechnung trug. Demgemäß regte es die Wiederaufnahme des Protokolls von 1882

[3]) Aufzeichnung Caprivis vom 10. November 1890. Gr. Pol. VII S. 56.

an, daß das Bündnis nicht gegen das britische Inselreich gerichtet sei, doch wurde der Vorschlag in Berlin wie in Wien zurückgewiesen. Darauf ließ Marquis Rudini die noch bemerkenswertere Mitteilung folgen, daß Italien an einem Kriege, in dem England und Frankreich gemeinsam als Gegner auftreten würden, nicht teilnehmen könne. Diese Erklärung, die dem ganzen Geist und Wortlaut des Dreibundvertrages widersprach, weigerten sich Deutschland und Österreich-Ungarn zur Kenntnis zu nehmen, und die italienische Regierung bediente sich nunmehr eines beinahe noch bedenklicheren Mittels, um ihren Vorbehalt durchzudrücken. Rudini erklärte nämlich vor aller Öffentlichkeit in der Kammer, daß die Freundschaft Englands die notwendige Ergänzung des Dreibundes bilde und daß die Regierung im Interesse Italiens und seiner Verbündeten die vertraglichen Abmachungen verbessern werde, wofür der Vertrag die Möglichkeit gebe. Die Erklärung war um so auffälliger, als der Minister schon vorher den Verbündeten seinen Entschluß bekanntgegeben hatte, die Kündigungsfrist unbenutzt zu lassen, und sie wurde auch durch eine nachträgliche beruhigende Auslegung nicht abgeschwächt. Die ganze Auseinandersetzung zeigte wieder deutlich, in welchem Maße Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund durch die Abhängigkeit von England bestimmt wurde. Sehr charakteristisch bezeichnete einmal der Außenminister im letzten Kabinett Crispi, Baron Blanc, das Verhältnis Italiens zu Deutschland und England als das eines Kindes zu seinen Eltern, die sich trennen wollen. Deutschland aber nahm die Feststellung der Unmöglichkeit für Italien, selbst bei Vorhandensein des casus foederis kriegerisch gegen die vereinigte Macht Englands und Frankreichs vorzugehen, „als eine Wirkung von vis major“ hin, die an der Natur des Dreibundvertrages nichts ändere und abgewartet werden könne [4]). Die Verbündeten waren deshalb nicht unschuldig, wenn als eine verhängnisvolle Folge der beginnenden Spannung zwischen Deutschland und England die italienische Lavierungspolitik ihren Anfang nahm.

Die Wendung der italienischen Politik rief indessen auch ein verändertes Verhältnis zu Frankreich hervor. Da man keine Möglichkeit mehr sah, seine Ansprüche im Mittelmeer im Gegensatz zu den Nicht-Dreibundmächten durchzusetzen, näherte man sich nunmehr auch der Nachbarrepublik, die man länger als ein Dutzend Jahre leidenschaftlich bekämpft hatte. Die Verbündeten waren mit dieser Schwenkung insoweit einverstanden, als Italien mit

---

[4]) Marschall (Konzept Holstein) an Bülow, 30. Mai 1896. Gr. Pol. XI S. 282.

Frankreich etwa auf denselben Fuß kam wie Österreich-Ungarn. Aber es zeigte sich bald, daß man in Rom auf dem neuen Wege ungestümer vorwärts eilte, als es dem Dreibundinteresse entsprach. Hatte man noch Ende 1896 durch die Heirat des Kronprinzen Viktor Emanuel mit der Tochter des Fürsten von Montenegro nach dem Balkan hin Fühlung genommen, so war, zumal seitdem Camille Barrère 1897 den französischen Botschafterposten in Rom übernahm, Frankreich bestrebt, Italiens Ausbreitungsgelüste nach dem Osten abzulenken, wo die alte Rivalität zwischen den beiden Adriamächten sich neu entfachen mußte. Tatsächlich ging die römische Regierung auf die französischen Anregungen ein, und noch 1897 zwang sie Österreich-Ungarn zu einem Abkommen, das mit der Festlegung des Status quo in Albanien die Donaumonarchie im westbalkanischen Gebiete band und drei Jahre später erneuert wurde. Der Handelsvertrag, den Italien am 30. September 1896 mit Tunesien abschloß, leitete die neue Entwicklung ein. Die Kreta-Krise des folgenden Jahres sah es bereits auf der Gegenseite des Dreibundes, namentlich in der Gefolgschaft Englands. Die entscheidende Grundlage des neuen Verhältnisses schuf schließlich der Handelsvertrag vom 26. November 1898, der den zehnjährigen Wirtschaftskrieg zwischen Frankreich und Italien beendete und dessen hochpolitische Bedeutung auf französischer Seite von Delcassé aufs stärkste betont wurde.

Den Anstoß zu noch weitergehenden Schritten gab das sogenannte Sudan-Abkommen vom 21. März 1899, durch das die bisherigen Weltgegner England und Frankreich den ernsten Streitfall von Faschoda endgültig beilegten, und das, ohne Tripolitaniens Erwähnung zu tun, Nordafrika in eine westliche französische und eine östliche englische Einflußsphäre teilte. Im Hinblick darauf wie auf die gleichzeitig damit geschaffene allgemeine französisch-englische Interessengemeinschaft vollzog Italien eine weitere Schwenkung, die über die bisherige erheblich hinausging. Es sprach dabei wohl mit, daß in denselben Jahren die vergeblichen Versuche unternommen wurden, das alte Freundschaftsverhältnis zwischen England und Deutschland wieder herzustellen. Vor allem aber übte auch der Thronwechsel, der nach der Ermordung König Humberts (29. Juli 1900) stattfand, eine bedeutende Wirkung. Der neue König Viktor Emanuel III. nahm sehr viel freier Stellung, indem er sich der Meinung anschloß, daß die Verfolgung einer weitgehenden Lavierungspolitik den italienischen Interessen entspreche, und mit seinen demokratischen Neigungen, die teils persönlicher Überzeugung, teils ängstlicher Rücksichtnahme auf innerpolitische

Strömungen entsprangen, brachte er den westeuropäischen Demokratien größere Sympathie entgegen als den konstitutionellen Monarchien Mitteleuropas. Als nüchterner Rechner wirkte er auch reduzierend auf die praktischen Folgerungen ein, die der italienische Generalstab für seine Vorbereitungsarbeit aus den militärischen Vereinbarungen mit Deutschland zog und die er mit den wirklichen Kräften Italiens nicht in Einklang fand. Demgegenüber kam der Marinekonvention, die nach langen Vorbereitungen am 5. Dezember 1900 zwischen den drei Verbündeten abgeschlossen wurde und die im Kriegsfall getrennte Operationen vorsah, keine große Bedeutung zu.

Die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Italien und Frankreich vollzog sich in unmittelbarem Zusammenhang mit der bevorstehenden Erneuerung des Dreibundvertrages. Mit Erfolg war die römische Regierung bestrebt, die beiden Beziehungsreihen miteinander zu verknüpfen und einen Partner gegen den anderen auszuspielen. Noch vertrug es sich mit den Dreibundverpflichtungen, daß der Außenminister Marquis Visconti Venosta in dem Notenaustausch vom 14. und 16. Dezember 1900 mit dem Botschafter Barrère eine Vereinbarung über die kolonialen Interessen Italiens und Frankreichs in Nordafrika traf, auf Grund deren sich die beiden Mächte gegenseitig den Weg freigaben, mit der Einschränkung, daß das italienische Hinübergreifen nach Tripolis zeitlich an das französische nach Marokko gebunden wurde, und es kennzeichnete die opportunistische Lässigkeit der damaligen deutschen Politik, wenn Bülow im Herbst 1901 dem neuen Außenminister Prinetti sein Einverständnis aussprach, daß Italien sich seine Interessen im Mittelmeer durch die beiden westeuropäischen Großmächte sicherstellen lasse, da das durchaus im Interesse des Dreibundes liege, und wenn er dann den Reichstag mit dem ironisch-überlegenen Wort von den unschuldigen Extratouren einer in glücklicher Ehe lebenden Frau beruhigen zu können glaubte. Der deutsche Reichskanzler sanktionierte damit unwissentlich, was die römische Regierung insgeheim, wenigstens nach Frankreich hin, bereits getan hatte, und machte ihr mit dieser entgegenkommenden Haltung Mut, noch einen Schritt weiterzugehen. Bülows Rechnung, die treibenden politischen Kräfte mit den Mitteln diplomatischer Taktik meistern zu können, die er gewiß virtuos handhabte, war an der wirklichen Herauslockerung Italiens aus dem Dreibundgefüge nicht unschuldig.

Denn was das Kabinett Zanardelli-Prinetti nun weiter tat, war allerdings mit Italiens Dreibundverpflichtungen nicht mehr

vereinbar. Während die Verbündeten auf der einen Seite jede Änderung des zu erneuernden Vertrages mit Entschiedenheit ablehnten und schließlich durchsetzten, daß der Dreibundvertrag von 1891 ohne jede Änderung und jede Hinzufügung erneuert wurde, traf die italienische Regierung in zwei neuen Notenaustauschen erweiterte Abmachungen mit Frankreich, die es geradezu in ihr Belieben stellten, wann und wie sie die Dreibundverpflichtungen anerkennen wollte oder nicht. Ein erster Briefwechsel vom 4. und 6. Juni 1902 zwischen dem französischen Außenminister Delcassé und dem italienischen Botschafter in Paris, Grafen Tornielli, stellte fest, „daß in der Erneuerung des Dreibundes nichts enthalten sei, was sich direkt oder indirekt aggressiv gegen Frankreich richte, keine Verpflichtung, die Italien in irgendeinem Falle dazu zwingen könne, an einem Angriffe gegen Frankreich teilzunehmen, auch keine Abmachung, die die Sicherheit und Ruhe Frankreichs bedrohen würde". Das war das Äußerste, was als „Rückversicherung" im Sinne der loyalen Bismarckschen Staatskunst statthaft war.

Aber nicht einmal diese Zusicherung genügte Delcassé. In einem neuen Vorstoß bezeichnete er es als den Hauptpunkt der Abmachungen zwischen Frankreich und Italien, daß sich die beiden Mächte verpflichteten, strenge Neutralität zu bewahren für den Fall, daß eine von ihnen zu einer von dritter Seite provozierten Kriegserklärung gezwungen würde. Auch auf eine solche Vereinbarung war die römische Regierung bereit einzugehen, obschon der Begriff „Provokation" lebhafte Meinungsäußerungen zwischen den beiden Parteien hervorrief. Nach längerem Hin und Her verständigte man sich am 1. November auf folgende Formel: „Für den Fall, daß eins der beiden Länder Gegenstand eines direkten oder indirekten Angriffs einer oder mehrerer Mächte würde, sollte das andere strengste Neutralität bewahren". Die gleiche Bestimmung sollte auch für den Fall gelten, daß „eine der beiden Mächte infolge einer unmittelbaren Herausforderung gezwungen sein sollte, zur Verteidigung der eigenen Ehre und der eigenen Sicherheit die Initiative zu einer Kriegserklärung zu ergreifen; es sollte dann jede der beiden Mächte verpflichtet sein, vorher die andere zu unterrichten und ihr die Möglichkeit zu geben festzustellen, daß es sich in Wahrheit um direkte Provokation handelte. Die beiden Länder sollten keine Abmachungen oder militärischen Vorbereitungen treffen, die im Gegensatz zu diesen Erklärungen ständen, die ihrerseits so lange Gültigkeit haben sollten, als nicht eine der Mächte ausdrücklich ganz oder teilweise von ihnen zurücktrete."

Allerdings gab der Begriff „Provokation" hinterher nochmals zu einem Meinungsaustausch Anlaß, und die Auslegung, daß sie sich nur auf Tatsachen erstrecke, die die direkten Beziehungen zwischen der provozierenden und der provozierten Macht betreffen müßten, sollte eine Sicherung gegen allzu weitgehende Folgerungen der französischen Revanchelust sein. Trotzdem war Italien mit diesem Abkommen über das hinausgegangen, was den Verbündeten gegenüber vertraglich loyal war, und italienische Minister wie Rudini und Sonnino haben offen eingestanden, daß dieser Rückversicherungsvertrag dem Geiste und Wortlaut des Dreibundvertrages widersprach. Indessen mochten sie die Politik des Kabinetts Zanardelli-Prinetti als illoyal und dilettantisch bezeichnen: der Vertrag blieb in Kraft, und die Auffasungsunterschiede auf italienischer Seite bestanden nur darin, daß diese kritischen Italiener die vertragliche Festlegung verurteilten, nicht aber den Sinn der Abmachungen. Was diese für die weiteren Vorgänge bedeuteten, das hat Poincaré später (Ende 1912), als in der Höhezeit der zweiten Balkankrise Italien ihnen eine Auslegung gab, die den chauvinistischen Wünschen in Paris nicht entsprach, dahin gekennzeichnet, daß Italien seitdem alle Defensiv- und Offensivvorbereitungen an der französischen Grenze einstellte und seine militärischen Vorbereitungen auf die österreichische Grenze konzentrierte. Diese Tatsache überwog alle sonst bestehenden Zweideutigkeiten, und Prinetti hatte allen Grund, den Bundesgenossen die Kenntnis des bedenklichen Vertrages vorzuenthalten. Zumal die Stellung, die der Kriegserklärung in dieser Vereinbarung eingeräumt wurde, erweist die volle Parteilichkeit der italienischen Stellungnahme; denn sie gewährte Frankreich das, was 1914 dem verbündeten Deutschland verweigert wurde. Die letzte Erklärung gibt nicht nur der dilettantische Charakter des Kabinetts Zanardelli-Prinetti, sondern die politische Mentalität der Italiener, die im nationalistischen wie im demokratischen Lager sich Macchiavells als ihres großen politischen Genies rühmen und sich gern auf die von ihm vertretenen Lehren berufen. Die innere Doppelzüngigkeit ihres Lavierungssystems, das sicherlich in der Zukunft einmal allgemeine Verurteilung finden wird, war und ist ihnen nicht anstößig.

Die Wendung Deutschlands zur Weltpolitik deckte den Riß im Dreibund von Jahr zu Jahr deutlicher auf. In der Marokkokrise von 1905/06, die ein erstesmal Frankreich und England als neue Ententeverbündete zu Deutschland in offenen Gegensatz brachte, machte sich die Unvereinbarkeit der beiden Vertragssysteme scharf geltend, und Italien sah sich zu einer ausweichenden Politik den Ver-

bündeten gegenüber genötigt. Während der Algeciras-Konferenz zumal lastete auf der italienischen Politik jene vertragliche Bindung nach zwei Seiten, die sich in ernstem Kampf gegenüberstanden. Trotzdem dachte die damalige dreibundfreundliche Regierung nicht daran, etwa den Rückversicherungsvertrag mit Frankreich zu kündigen, um ehrlich die Partei der Verbündeten zu ergreifen. Nur in Einzelheiten drückte man auf Marquis Visconti Venosta, der als Unterhändler auf der Konferenz die italienischen Interessen vertrat und im Sinne der von ihm getragenen Abmachungen eine stark Frankreich freundliche Politik trieb. Es war für Italien eine Befreiung aus einem furchtbaren Dilemma, daß die große internationale Streitfrage zu einer friedlichen Regelung gelangte.

Indessen war die dabei offenbar gewordene Unzuverlässigkeit Italiens, die aus taktischen Gründen in Berlin übertrieben bereitwillig bemäntelt wurde, die Voraussetzung dafür, daß Graf Monts, der in jenen Jahren den deutschen Botschafterposten in Rom bekleidete, zu der Meinung gelangte, daß von einer Erneuerung des Dreibundvertrages abgesehen oder daß jedenfalls eine solche nicht ohne gründliche Abänderung vorgenommen werden solle. Trotzdem hielt man in Berlin und Wien an der Auffassung fest, daß das Verbleiben auch eines unsicheren Italiens im Dreibund aus politischen Gründen zweckmäßig sei, und obschon eben in der Höhezeit der Marokkokrise Rudini die Erklärung erneuert hatte[5]), daß Italien im Ernstfalle nicht gleichzeitig gegen Frankreich und England kämpfen könne, baute man dem unzuverlässigen Verbündeten weiter goldne Brücken. Und dies, obschon in derselben Zeit die irredentistische Stimmung gegen die verhaßte Donaumonarchie auf italienischer Seite neu auflebte und zu zahlreichen Ausbrüchen führte, die ihrerseits auf die Stimmung in Österreich-Ungarn stark zurückwirkten. Es war eine neue schwere Belastung, daß im Herbst 1906 in General Conrad eine Persönlichkeit an die Spitze des österreichisch-ungarischen Heeres trat, die in einem Präventivkrieg gegen Italien ein Lebensinteresse der Monarchie erblickte und diese Forderung immer wieder der Staatsleitung gegenüber vertrat.

So war es denn kein Wunder, daß sich während der ersten Balkankrise 1908/09 die Vorgänge der Marokkokrise wiederholten. Obschon der Außenminister Tittoni der von dem Leiter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik Grafen Aehrenthal vorbereiteten Annexion Bosniens und der Herzegowina ausdrücklich zugestimmt hatte, und obschon der Verzicht der Donaumonarchie auf ihre

[5]) Monts an Bülow, 27. Februar 1906. Gr. Pol. XXI, 1 S. 231.

Rechte im Sandschak von Novibazar und an der montenegrinischen Küste einen erheblichen Gewinn Italiens darstellte, begab er sich mit jäher Schwenkung in das gegnerische Lager, das seit der englisch-russischen Verständigung von 1907/08 zu einer überlegenen Interessengemeinschaft zusammengewachsen war. In Verbindung mit dem Wiedererstarken der Balkangegensätze gewann der alte Irredentismus über das italienische Volk noch vermehrte Gewalt, und von neuem entzog sich der unselbständige und von innerpolitischen Strömungen beeinflußte Staat der Bundesgemeinschaft. Zum ersten Male machte man damals auch unter Berufung auf den Artikel 7 des Dreibundvertrages einen Kompensationsanspruch geltend, und nur mit Mühe gelang es Aehrenthal, diese Forderung zurückzuweisen. Zu enger Zusammenarbeit reichte man der Petersburger Regierung die Hand und nahm offen gegen den habsburgischen Verbündeten Stellung.

Auch diesmal enthob die friedliche Beilegung der Krise Italien der Notwendigkeit, nach einer der beiden Seiten die letzte Konsequenz zu ziehen, und durch den diplomatischen Sieg der Verbündeten ernüchtert, fand es sich nach Beendigung der Annexionskrise wieder im Dreibundlager ein. Aber zumal der Verlauf dieser Auseinandersetzungen nahm den Beteiligten den Glauben, daß der Dreibund noch mehr sei als ein rein politisches Rückversicherungsverhältnis. In der Tat nahm die römische Regierung ihre alte Lavierungspolitik zwischen den beiden Machtsystemen wieder auf, und insbesondere stellte sie nun auch mit Rußland als dem Hauptgegner des österreichisch-ungarischen Nebenbuhlers ein enges Verhältnis her. Es war gleichsam ein neues Rückversicherungsverfahren, das man einschlug. Auf der einen Seite brachte man Österreich-Ungarn zu dem Zugeständnis, daß nach dessen Verzicht auf seine Vorrechte im Sandschak von Novibazar auch dieser in die durch den Artikel 7 des Dreibundvertrages berührten türkischen Gebiete einbezogen sei, auf die sich im Falle von Veränderungen die gegenseitige Bindung der beiden Nebenbuhler erstreckte; weiter erneuerten die beiden Partner für den Fall einer Veränderung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan, an der türkischen Küste und auf den Inseln des adriatischen und ägäischen Meeres die loyale Versicherung des Meinungsaustausches und der Verständigung, ja darüber hinaus verpflichteten sie sich, kein Übereinkommen mit einer dritten Macht in Balkanfragen ohne die gleichmäßige Teilnahme des anderen einzugehen und jeden Vorschlag einer dritten Macht dem anderen mitzuteilen. Damit war dem Verbündeten bereits jede Bewegungsfreiheit geraubt. Auf der

anderen Seite aber traf man mit Rußland am 24. Oktober das Geheimabkommen von Racconigi[6]), das eine russisch-italienische Gemeinschaftspolitik auf dem Balkan zur aktiven Verhinderung aller österreichisch-ungarischen Expansionsbestrebungen darstellte, denn es verpflichtete die beiden Vertragsmächte zur Aufrechterhaltung des Status quo auf der Halbinsel und zur Anwendung des Nationalitätsprinzips unter Ausschluß jeder Fremdherrschaft. Im übrigen sicherte Italien eine wohlwollende Stellungnahme gegenüber den russischen Interessen in den Meerengen zu, während Rußland das gleiche hinsichtlich der italienischen Interessen in Tripolis tat.

Damit war Italien ein weiteres Stück aus dem mitteleuropäischen Bündnissystem herausgelockert, und der Besuch, den bald darauf die französische Flotte in Neapel abstattete, war gleichsam die Sanktion, die die Republik als Verbündeter Rußlands der Verständigung erteilte. Die nahe Beziehung, in die Italien auf dieser Grundlage zu Rußland getreten war, erwies sich für die Vorgänge der folgenden Jahre von großer Bedeutung. Während die Beziehungen zu Frankreich, so freundschaftlich sie durch den Rückversicherungsvertrag von 1902 beeinflußt waren, im Ernstfalle immer einer starken Belastung ausgesetzt blieben, weil die Rivalität der beiden Mächte im Mittelmeer eine feststehende Tatsache ist, so bestand eine solche Nebenbuhlerschaft Rußland gegenüber nicht. Petersburg konnte deshalb im Falle von Reibungen und Spannungen zwischen Italien und Frankreich die Rolle des Vermittlers spielen, stets mit dem Erfolg, daß auch höhergehende Wogen wieder geglättet wurden.

Die Vorgänge der Jahre 1908/09, die Österreich-Ungarn einen positiven Gewinn gebracht hatten, ohne daß Italien ein Kompensationsgeschenk zugefallen war, führten die Leiter der italienischen Politik zu dem Entschluß, um jeden Preis die Wiederholung dieses Vorganges zu verhindern, und so faßten sie ins Auge, im Falle weiterer Veränderungen auf dem Balkan den Verbündeten vorher auf eine bestimmte Kompensation festzulegen[7]). Es war namentlich der italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, der diesen Plan betrieb. An sich durchaus dreibundfreundlich, suchte er eine Lösung in der Richtung, daß Italien dem

[6]) Der Wortlaut im „Livre noir" I S. 357—358.

[7]) Über diese interessanten Bemühungen, von denen in der großen Publikation des Auswärtigen Amtes nicht die Rede ist, unterrichtet, wenn auch nur andeutend, Carlo Avarna di Gualtieri nach den Papieren seines Vaters in der Schrift „L'ultimo Rinnovamento della Triplice" (Milano 1924), S. 48—52.

Verbündeten den Weg nach dem Orient freigab, und zwar gegen die bestimmte Zusicherung, mit noch „nichtbefreiten" Gebieten wie Trient und Triest den Verbündeten zu entschädigen. Im März 1910 erteilte er der römischen Regierung den Rat, die Donaumonarchie über Berlin für ein solches Arrangement zu gewinnen [8]), und in der Tat fanden zwischen der deutschen und italienischen Diplomatie in den folgenden Monaten Besprechungen in dieser Richtung statt. Doch urteilte man in Berlin über den Erfolg eines solchen Schrittes so skeptisch, daß von Vorschlägen in Wien Abstand genommen wurde. Ebenso ergebnislos war die parallele Anregung Avarnas, bei der bevorstehenden Erneuerung des Dreibundvertrages auf die Wiedereinführung einer Klausel zu bestehen, die Italien von der Verpflichtung befreite, in einem Konflikte mit England mitzuwirken.

Nach der Strafexpedition, die Frankreich im Frühjahr 1911 nach Fez unternahm und die zu einer Besetzung Marokkos führte, wurde der Wechsel fällig, den sich Italien auf Tripolis hatte ausstellen lassen, und rücksichtslos zeigte es sich entschlossen, ihn einzulösen, obschon der Krieg, den man der Türkei damit aufzwang, die Gefahr einer Aufrollung der orientalischen Frage in sich schloß. Die Dreibundgenossen wie die Ententemächte ließen Italien handeln. Aber indem dieses sich entschloß, den Kriegsschauplatz auch auf den Balkan und die Gebiete des ägäischen Meeres auszudehnen, begegnete es hüben wie drüben wachsendem Widerspruch. Allerdings hatte die römische Regierung es verstanden, durch die frühzeitige Betonung ihrer Bereitwilligkeit, den Dreibundvertrag ohne Änderung zu erneuern, die Verbündeten in einigermaßen freundliche Stimmung zu versetzen. Gegenüber der Militärpartei in Wien drückte Graf Ährenthal durch, daß man Italien nicht kriegerisch in den Arm fiel, und General Conrad mußte von seinem Platze weichen. Aber damit erst recht besaß Österreich-Ungarn die Handhabe, dem rücksichtslosen Vorgehen Italiens gegenüber sich des Artikels 7 des Dreibundvertrages zu bedienen und dessen Versuch, den Krieg in die europäischen Gebiete zu tragen, zurückzuweisen. Es war nur der deutschen Vermittlung zu verdanken, wenn der neue Außenminister, Graf Berchtold, Italiens Festsetzung im ägäischen Meere als ein Provisorium zuließ, demgegenüber er sich die Entschädigungsansprüche Österreich-Ungarns vorbehielt.

Indessen weit kritischer noch nahmen England und Frankreich zu der unbekümmerten Kriegsführung Italiens Stellung. Besonders übelwollend verhielt sich Frankreich, das den Kampf der Ein-

[8]) Gutachten vom 2. März 1910. Eb. S. 87—101.

geborenen Tripolitaniens durch einen umfassenden Waffenschmuggel begünstigte. Als die Italiener im Januar 1912 zwei französische Postdampfer aufbrachten, die Kriegskonterbande für die Türkei an Bord hatten, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den befreundeten Regierungen, und der Außenminister Marquis San Giuliano, legte dem gerade in Rom befindlichen deutschen Staatssekretär Kiderlen-Waechter sogar die Frage vor, ob Italien bei einem Krieg aus diesem Anlaß auf die bewaffnete Unterstützung Deutschlands und Österreich-Ungarns rechnen könne, die selbstverständlich verneint wurde. Die gesamte Kombination führte dahin, daß Italien sich wieder enger dem Dreibundsystem einfügte. und insbesondere Deutschland näherkam. Bei der Begegnung, die Kaiser Wilhelm und König Viktor Emanuel Ende März 1912 in Venedig hatten, gab der italienische Herrscher der Erwartung Ausdruck, daß der Dreibund nach Erledigung der Tripolisfrage im Bewußtsein seines Volkes feste Wurzel schlagen werde.

Diese freundlichere Stimmung wirkte in die zweite Balkankrise hinüber, die Europa noch einmal die Gefahr eines allgemeinen Krieges brachte. Es war diesmal vor allem das gemeinsame Interesse Österreich-Ungarns und Italiens an der Fernhaltung Serbiens von der Adria, das die beiden Nebenbuhler zusammenführte, denn es schien Italien für die zukünftige Entwicklung gefährlich, neben dem morschen habsburgischen Kaiserstaat auch den südslawischen Emporkömmling im Rücken zu haben. Nicht wenig aber fiel ins Gewicht, daß das britische Inselreich in dem neuen Konflikt nicht unbedingt dreibundfeindlich Partei ergriff. Im Gegensatz zur Politik der Vorjahre konnte Italien deshalb ohne Drehen und Wenden als Dreibundmacht Stellung nehmen, und die von Paris aus unternommenen Versuche, es seinen Verbündeten zu entfremden, wehrte die römische Regierung mit der Erklärung ab, daß sie verpflichtet sei, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und daß sie, falls ein Krieg wegen dieser Frage ausbräche, Österreich bewaffnete Unterstützung leisten müsse. In der damaligen Lage wollte sie den Hinweis auf den italienisch-französischen Neutralitätsvertrag und das Abkommen von Racconigi nicht gelten lassen. Tittoni, der 1908/09 als auswärtiger Minister Italiens die zweideutige Politik geführt hatte, eröffnete nun als Botschafter in Paris dem französischen Ministerpräsidenten, daß der Vertrag Italiens mit Österreich-Ungarn über Albanien den Verträgen mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Zur Unterstreichung dieser Stellungnahme entschloß man sich nun auch zur vorzeitigen Er-

neuerung des Dreibundvertrages. Allerdings setzte es die römische Regierung trotz anfänglichen Widerstrebens Österreich-Ungarns durch, daß der garantierte Status quo Italiens Souveränität in Tripolitanien einschloß und daß die Erneuerung des Bündnisses die gesonderten Abmachungen bezüglich Albaniens und des Sandschaks von Novibazar nicht modifizierte. Mit diesem Zusatzprotokoll, das Italien neue Vorteile einbrachte, wurde der Dreibundvertrag nach dem unveränderten Wortlaut von 1891 und 1902 am 5. Dezember 1912, das letztemal vor dem Weltkrieg, erneuert.

So kam die Weltlage diesmal den Mittelmächten zugute und selbst militärisch suchte man sich wieder zu nähern. Zwar trat Italien Ende 1912 formell von der Militärkonvention von 1888 zurück, die es zur Entsendung einer Armee an den Südflügel der deutschen Heeresfront gegen Frankreich verpflichtete, um dafür bei eintretendem Bündnisfall die Einsetzung seiner gesamten Kriegsmacht an der eigenen Alpengrenze zuzusichern, und die Wiener Militärpartei, voran General Conrad, der am Tage der Dreibunderneuerung wieder an die Spitze der österreichisch-ungarischen Wehrmacht berufen wurde, wollte in diesem Schritte einen neuen Treubruch des unzuverlässigen Bundesgenossen erblicken. Indessen war er nur das offene Eingeständnis der militärischen Schwäche Italiens, wie sie sich im Gefolge der Tripolisunternehmung geäußert hatte, und auch in Wien gelangte man allmählich zu dieser Auffassung. Freilich hatte der Wert des Verbündeten damit für Deutschland und Österreich-Ungarn eine neue Einbuße erlitten, die umso schwerer wog, als Italien sich finanziell außerstande sah, die Steigerung der militärischen Rüstungen mitzumachen, zu der sich die übrigen Großmächte entschlossen, und dieser Nachteil wurde auch dadurch nicht ausgeglichen, daß nach weiteren Verhandlungen der Generalstäbe Italien die alte Verpflichtung von 1888 wieder auf sich nahm und darüber hinaus am 23. Juni 1913 noch eine neue Marinekonvention mit den Verbündeten abschloß, die entgegen den Vereinbarungen von 1900 im Kriegsfalle eine gemeinsame Operation im Mittelmeer vorsah.

Bei alledem übten die Flottenabmachungen auf seiten der Entente vom Sommer und Herbst 1912 eine große Wirkung. Italien faßte diese mißtrauisch als auch gegen sich gerichtet auf, und französische Publizisten hatten nicht unrecht, ihrer Regierung vorzuwerfen, daß sie durch die Mittelmeerabkommen mit Rußland und England ungeschickterweise Italien wieder den Dreibundgenossen in die Arme getrieben habe. Die Ententeregierungen selbst sahen jedoch die Entfremdung mit größter Ruhe an, denn sie waren sicher,

daß ihr nur eine vorübergehende Bedeutung zukam. Bei dem mündlichen Meinungsaustausch, der gelegentlich des Besuches Poincarés in Petersburg (August 1912) zwischen den russischen und französischen Staatsmännern stattfand, herrschte die übereinstimmende Auffassung: unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen beständen und gegenseitiges Zutrauen herrsche, sei das Verbleiben Italiens „als totes Gewicht" im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern auch Italien nützlich [9]). Freilich war die Voraussetzung für Frankreich, daß es auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeer behauptete [10]). Für die Wiederherstellung des gestörten freundschaftlichen Verhältnisses aber war mit gutem Erfolge Rußland bemüht, und wenn nun auch vom Ententelager her scharfe Äußerungen über „die traditionelle Zwiespältigkeit [11])" und „die tiefe Unaufrichtigkeit und Verlogenheit [12])" der italienischen Politik kamen, so hielt man die Verbindung mit dem machiavellistischen Schaukelstaat geflissentlich aufrecht.

Die Entwicklung gab dem ruhigen Urteil der Ententemächte durchaus recht. Trotz der neuen Betonung der Dreibundzugehörigkeit dachte die römische Regierung nicht daran, die Beziehungen zur Gegenseite zu lockern. In Verbindung mit den Bestrebungen, in Kleinasien eine Einflußsphäre zu gewinnen, war Italien insbesondere auf das Wohlwollen Englands angewiesen. Es ist bezeichnend, daß in dieser Frage mehr in London als in Konstantinopel verhandelt wurde, und es spricht für das enge Verhältnis zwischen den beiden Mächten, daß sie auch Geheimverhandlungen über die Neutralisierung des von Griechenland begehrten Kanals von Korfu einleiteten, deren Abschluß nur durch den Ausbruch des Weltkrieges verhindert wurde. Auch das Freundschaftsverhältnis zu Frankreich wurde schließlich wiederhergestellt. Die Befürchtung, daß eine Annäherung Spaniens an Frankreich Nachteile bereiten könnte, ließ Italien im Herbst 1913 nach Paris hin neue Fühlung nehmen, und es spannen sich Fäden zwischen den beiden Regierungen in der Richtung von Abmachungen über die Mittelmeerfragen im allgemeinen und die orientalischen Verhältnisse im besonderen. Auch in einer neuen Vereinbarung über die italienischen Interessen

---

[9]) Sasonows Bericht vom August 1912. Siebert S. 793.
[10]) Iswolski an Sasonow, 18. Juli 1912. Eb. S. 469.
[11]) Äußerung Pichons. Iswolski an Sasonow, 20. November 1913. Eb. S. 458.
[12]) Ders. an dens., 1. Januar 1914. Süddt. Monatshefte September 1922, S. 258.

in Tunesien (Mai 1914) kam die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Schwesternationen zum Ausdruck.

Der Gang der Dinge wurde durch die erneute Verschlechterung der Beziehungen Italiens zur Donaumonarchie seit dem Sommer 1913 wesentlich beeinflußt. Die Ordonnanzen des Statthalters Prinzen Hohenlohe, die die sofortige Entlassung der Angestellten italienischer Nationalität aus dem kommunalen Dienst der Stadt Triest aussprachen, entfachte neuerdings die seit dem Tripoliskrieg abgeflaute irredentistische Bewegung, und bald richtete auch die italienische Balkanpolitik wieder ihre Spitze gegen Österreich-Ungarn. Nicht nur dessen Pläne in bezug auf Serbien erregten in Rom tiefstes Mißtrauen; vor allem lebte in dem neugeschaffenen albanischen Staate der alte Gegensatz zwischen den adriatischen Nebenbuhlern wieder auf, und die kurze Geschichte der Regierung des Fürsten von Wied war — abgesehen von den inneralbanischen Auseinandersetzungen selbst — im Grunde nur ein Kampf zwischen Österreich-Ungarn und Italien um den beherrschenden Einfluß in dem lebensunfähigen Staatswesen. Auch die Aussprache Berchtolds und San Giulianos im April 1914 änderte an diesem Zustand nichts. Mochte man in Rom um die Aufrechterhaltung naher Beziehungen zu Deutschland bemüht sein: aus der vielversprechenden Annäherung der Dreibundpartner wurde trotz des engeren militärischen Zusammenschlusses allmählich wieder ein mißtrauisches Neben- und Gegeneinander. Im Sommer 1914 war Italien zu dem alten Lavierungssystem zurückgekehrt, das seine Politik seit den 90er Jahren kennzeichnete. Es wurde auch für seine Haltung zum Kriegsausbruch bestimmend.

Für die Kriegsausbruchswochen lassen sich drei Phasen der italienischen Politik feststellen [13]). Anfangs herrschte unbedingt das Mißtrauen gegenüber der verbündeten Donaumonarchie vor und damit das Bestreben, auf Grund des alten vertraglich festgelegten Kompensationsanspruches um jeden Preis sich einen territorialen Gewinn zu sichern. Angesichts der drohenden Zu-

---

[13]) Neben den vervollständigten Buntbüchern — das italienische Grünbuch selbst, das bisher keine Neubearbeitung erfahren hat, beginnt bekanntlich erst mit dem 9. Dezember — kommt dafür eine, vermutlich auf Barrère zurückgehende Veröffentlichung in der „Revue des deux Mondes“ vom 1. Oktober 1926 in Betracht, über die August Bach in der „Kriegsschuldfrage“ 1926 S. 879—884 referiert hat. Einige Ergänzungen bietet ein Interview Salandras im „Matin“ vom 6. Februar 1919, das mir in einem Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros vom 15. Februar 1919 vorliegt.

spitzung des Konflikts trat dann das ernste Bemühen in den Vordergrund, den Ausbruch des großen Krieges zu verhindern, der Italien zwingen mußte, zwischen Dreibund und Dreiverband zu wählen. Die letzte Phase aber erhielt ihren Stempel durch die Entscheidung zugunsten der Neutralität und die damit verbundene innere Loslösung von den Dreibundgenossen. Trotz allen Schwankens vollzog sich die Entwicklung folgerichtig zugunsten der Ententemächte.

Vom ersten Augenblick der Krise an nahm die öffentliche Meinung Italiens der österreichisch-ungarischen Politik gegenüber wenig wohlwollend Stellung. Die dreibundfeindliche Presse gab unverhüllt ihrer Freude über die Ermordung des verhaßten Erzherzogs Franz Ferdinand Ausdruck, und das Lebensinteresse der verbündeten Monarchie an der Zurückweisung der großserbischen Treibereien wurde ignoriert. Die Regierung hielt sich zunächst zurück, aber wie wenig selbst der dreibundfreundliche Marquis di San Giuliano mit Österreich-Ungarn sympathisierte, ging daraus hervor, daß er sich schon Mitte Juli einem bei dem Völkerrechtslehrer Fusinato eingeholten Gutachten anschloß, demzufolge die Ermordung des Thronfolgers der Wiener Regierung keine Rechtshandhabe böte, gegen Serbien Maßnahmen zu ergreifen, weil die Tat nicht von serbischen Staatsangehörigen verübt sei. Er erklärte dem deutschen Botschafter von Flotow, Italien könne auf dem Wege, die serbische Nationalität zu unterdrücken, Österreich-Ungarn nicht folgen, da es selbst in seinem nationalen Kampfe und in der Pflege liberaler Ideen groß geworden sei. Dem tieferen Sinn dieser Haltung gab der Außenminister einige Tage später die sehr viel schlüssigere Fassung: „Italien wünsche ein starkes Österreich-Ungarn, aber so wie es sei, ohne territoriale Vergrößerung".

Die Gefahr war da, daß Italien dem Verbündeten in den Rücken fiel, und in Berlin erkannte man klar, daß die Donaumonarchie aus politischen Gründen dem Kompensationsanspruch Italiens entgegenkommen müsse, um das geschlossene Auftreten des Dreibunds in der großen Krise zu sichern. Indessen die Wiener Staatsmänner wiesen hartnäckig die Auffassung zurück, daß Italien irgend ein Recht auf Entschädigung zustehe, und nur das eine vermochte die deutsche Regierung durchzusetzen, daß Österreich-Ungarn die Erklärung abgab, sich einer territorialen Festsetzung enthalten zu wollen. Diese Zusicherung genügte jedoch der mißtrauischen italienischen Staatsleitung nicht und die Tatsache, das sie vor dem Ultimatum an Serbien erst nach dessen Überreichung Kenntnis erhielt, steigerte noch ihre Unzufriedenheit. Dieses Ultimatum selbst fand in den Diensträumen des römischen Außenministeriums zwar

eine günstige Aufnahme und der Generalsekretär de Martino erkannte angesichts des Beweismaterials sogar seinen defensiven Charakter an[14]). Ganz anders jedoch verhielten sich die leitenden Staatsmänner, und man wird nicht fehlgehen, wenn man dem gegen Österreich-Ungarn stark eingenommenen Ministerpräsidenten Salandra daran den entscheidenden Anteil beimißt. Noch am 24. Juli wurde dem deutschen Botschafter eröffnet, daß sich Italien nun nicht mehr an den Dreibundvertrag gebunden erachte, und San Giuliano ließ durchblicken, Italien werde möglicherweise sogar gegen die Donaumonarchie Stellung nehmen, und zwar im Falle einer Besetzung des Lowcen, des beherrschenden Gebirgsstockes an der dalmatinisch-montenegrinischen Grenze. Es war deshalb ein diplomatischer Erfolg der deutschen Vermittlung, daß sich der Außenminister schließlich auf die Erklärung zurückzog, in einem etwaigen kriegerischen Konflikt eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einnehmen zu wollen, indessen mit der betonten Einschränkung, daß Italien unbedingt das ihm aus dem Art. 7 zustehende Kompensationsrecht in Anspruch nehme und daß Österreich-Ungarn sich vor der etwaigen Besetzung serbischen Gebietes mit ihm in Verbindung setze. Und schon forderte der italienische Botschafter in Berlin Bollati vertraulich Trient und gegebenenfalls auch Valona.

War man damit schon viel weiter gegangen als die loyale Auslegung des Bündnisvertrages gestattete, so nahm man in denselben Tagen nach dem gegnerischen Lager hin eine Haltung ein, die auf dessen Begünstigung hinauslief. Zwar ist die Richtigkeit einer Meldung, die die Wiener Regierung einem „sehr beachtenswerten und vollkommen glaubwürdigen" Gewährsmann verdankte, bis heute nicht erweislich: daß Rom nicht nur den Ententemächten Nachrichten über den Stand der Dinge im Dreibundlager habe zukommen lassen, sondern sogar in London auf die Möglichkeit eines deutschen Flottenüberfalls hingewiesen habe[15]), aber eine enge Vertraulichkeit der italienischen Botschafter in Paris, London und Petersburg, die sämtlich stark gegen Österreich-Ungarn eingenommen waren, mit den dortigen Regierungen ist allerdings deutlich erkennbar. In Rom selbst rechnete bereits am 22. Juli der englische Botschafter Rennell Rodd damit, daß Italien irgend ein Mittel finden werde, sich den Verpflichtungen eines gefährlichen Bündnisses zu entziehen, und tatsächlich mußte San Giulianos Äußerung, daß er eine

[14]) Mérey an Berchtold, 24. Juli. Öst. Rotbuch, 1919 II, Nr. 8.

[15]) Goss: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges, S. 201, Anm. 1.

Vereinbarung Englands und Italiens für denkbar halte, sich aus der Sache herauszuhalten, ihn in dieser Meinung bestärken [16]). Vollends nach dem Bekanntwerden des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien war es auch dem wachsamen Barrère wahrscheinlich, daß die Beobachtung der Bündnispflichten seitens Italiens nicht auf ein Zusammengehen mit den Verbündeten im Ernstfalle hinzielte, sondern lediglich auf eine abwartende Stellungnahme zwischen den Parteien.

Aber je mehr sich der Konflikt zuspitzte, um so besorgter wurde die römische Regierung, daß der Ausbruch des Weltbrandes sie zur Entscheidung zwischen den Parteien dränge, und um so eifriger war sie um die friedliche Beilegung der gefährlichen Krise bemüht. Ehrlich unterstützte sie die Versuche Greys: „man müßte verrückt sein, um als Italiener den Krieg zu wollen", so erklärte Salandra dem französischen Botschafter. Am 27. Juli trat San Giuliano, einer Anregung des Herzogs von Avarna Folge leistend [17]), mit einem eigenen Vermittlungsvorschlag hervor, der zweifellos große Aussicht auf eine befriedigende Lösung der Streitfrage eröffnete. Ihm zufolge sollten die vier nicht beteiligten Großmächte Serbien den Rat erteilen, das Ultimatum nachträglich uneingeschränkt anzunehmen, wobei Österreich-Ungarn im Sinne einer milden Auslegung seinerseits ein Entgegenkommen zeigen sollte. Die Anregung stieß bei Serbien wirklich auf Gegenliebe — übrigens ein schlagender Beweis, daß es das Ultimatum von vornherein hätte annehmen können! — und hätte die Dinge wohl in andere Bahnen lenken können, wenn sie in Paris und London stärkere Beachtung gefunden hätten. Daß jedoch auch sie keineswegs gewillt war, dem habsburgischen Verbündeten den Weg zu ebnen, sondern vielmehr hinterhältige Gedanken in sich schloß, brachte der Ratschlag zum Ausdruck, mit dem man in Belgrad die Annahme des Vorschlags mundgerecht zu machen suchte: Serbien solle den Zeitpunkt abwarten, wo es sein Verhältnis zu Österreich-Ungarn radikal regeln könne [18]).

Der Ministerrat, der an diesem selben 27. Juli in Rom tagte, ließ klar erkennen, wie es um die Haltung Italiens stand. Er enthüllte das Vorhandensein einer Partei im Kabinett, die sich für die unbedingte Neutralität oder sogar für das Aufgeben des Bündnisses mit den Mittelmächten aussprach, und wenn San Giuliano selbst auch

[16]) Rodd an Grey, 22. und 23. Juli. Brit. Dok. S. 186—187.
[17]) Bunsen an Grey, 27. Juli. Eb. S. 199.
[18]) Pasitsch' Bericht vom 31. Juli an den Chef des serbischen Generalstabs. „Die Kriegsschuldfrage" 1926, S. 732.

eine Stellungnahme im Geiste des Dreibundvertrags befürwortete, so war das Ergebnis der Aussprache doch der ausweichende Beschluß, abwarten zu wollen, ob der Fall des Angriffs auf die Verbündeten eintraf. Das schlimmste aber war, daß die Ententefreunde im Kabinett, voran der Kolonialminister Martini, dem französischen Botschafter sogleich von dieser für die Entente günstigen Entscheidung Mitteilung machten. In Paris und Petersburg war man so gewarnt, hinsichtlich der etwaigen Kriegserklärung möglichst vorsichtig zu verfahren.

Um so stärker wurde der deutsche Druck in Wien, Italien in der Kompensationsfrage weiter entgegenzukommen, um dessen drohenden Abfall zu verhindern. Durch die versöhnliche Haltung Avárnas in falsche Sicherheit gewiegt, sah sich die habsburgische Regierung schließlich doch zu einem wirklichen Zugeständnis genötigt, und am 28. Juli, am Tage der Kriegserklärung an Serbien, sprach sie ihre Bereitwilligkeit zu einem Meinungsaustausch im Falle einer nicht beabsichtigten nicht nur vorübergehenden Okkupation serbischen Gebietes aus, aber auch d'es nur unter betonter Erwartung einer bundesfreundlichen Haltung Italiens. Während in Berlin das Urteil über dieses Entgegenkommen Österreich-Ungarns geteilt war, sah man es in Rom als völlig unzureichend an, und fast noch mehr Schaden richtete die österreich-ungarische Kriegserklärung an Serbien an, die zumal im Zusammenhang der italienischen Vorgänge als ein überaus schwerer Fehler der Wiener Regierung bezeichnet werden muß. Schwer verstimmt, wie man über das Verhalten des Verbündeten war, tat man nun am 29. Juli einen Schritt, der alle bisherige Illoyalität in Schatten stellte. Man regte nämlich, vielleicht von Paris und Petersburg her beeinflußt, in London an, mit einer Erklärung hervorzutreten, daß England mit Rußland und Frankreich zusammengehen werde, da man sich davon eine große Wirkung auf Deutschland versprach. Gewiß lag auch diesem Vorschlag die Rechnung zugrunde, daß vielleicht mit Hilfe eines solchen Drohmittels der Friede erhalten werden könne, aber es kennzeichnete doch die eigenartig bedenkliche Stellung Italiens zwischen den beiden Lagern, daß sich die Regierung nicht scheute, durch die Mächte des Gegenbundes auf die eignen Verbündeten zu drücken, um so mehr, als man soeben noch den Gedanken erwogen hatte, mit England, das man jetzt gegen die Mittelmächte aufrief, dem Konflikte fernzubleiben. Es ist ein schlechter Ruhmestitel, daß es somit unmittelbar auf Italiens Anregung zurückging, wenn Grey in den Nachmittagsstunden des 29. Juli dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky zum erstenmal warnend eröffnete, daß Deutsch-

land es im Fall eines auch Frankreich umfassenden Krieges mit Englands Gegnerschaft zu tun haben werde [19]).

Soweit sich Italien damit innerlich von den Verbündeten entfernt hatte, so war es doch entschlossen, auch jetzt nicht die abwartende Haltung aufzugeben. Freilich eröffnete San Guiliano am 30. Juli dem österreichisch-ungarischen Botschafter Merey, daß Italien in Anbetracht des provokatorischen Vorgehens gegen Serbien keine Verpflichtung habe, am etwa ausbrechenden Kriege teilzunehmen, aber zugleich brachte er seine persönliche Geneigtheit zum Ausdruck, zu einem späteren Zeitpunkt den Anschluß an die Verbündeten zu vollziehen, falls die italienischen Interessen auf dem Balkan gewahrt würden. Unter diesem Gesichtspunkt wies er an demselben Tage den deutschen Botschafter auf die Notwendigkeit hin, die Absichten der österreichisch-ungarischen Regierung endlich klarzustellen, und wirklich wurde am folgenden Tage in Wien eine neue Formel vereinbart, die dem italienischen Standpunkt weit entgegenkam und Avárnas Zustimmung fand. Unter der Voraussetzung, daß Italien sich bereit erklärte, seinen Bündnispflichten im Sinne des Artikels 3 nachzukommen, der im Falle des nicht provozierten Angriffs die militärische Beihilfe vorschrieb, gab Österreich-Ungarn nunmehr die Zusicherung, daß, wenn es auf dem Balkan zu territorialen Erwerbungen sich genötigt sehen sollte, es sich mit Italien bezüglich der diesem zu gewährenden Kompensationen verständigen wolle, gleichgültig, ob sich Italien dem Verbündeten auf der Grundlage des casus foederis zur Seite stellte oder ob es ihm ohne den eintretenden Bündnisfall seine Mitwirkung lieh.

Indessen auch dieser Beweis der Nachgiebigkeit des Verbündeten in letzter Stunde vermochte die Dinge nicht mehr zu wenden. Das alte Mißtrauen gegenüber Österreich-Ungarn im Verein mit dem eignen schlechten Gewissen und die fixe Idee, um jeden Preis etwas Sicheres in die Hand zu bekommen, behielt in Rom die Oberhand. Ja, an diesem selben 31. Juli trat Italien aus der letzten Reserve heraus und San Giuliano gab dem französischen Botschafter Barrère auf dessen sehr begreifliches Befragen nach der endgültigen Stellungnahme Italiens bereitwillig die vertrauliche und zu Stillschweigen seitens der französischen Regierung verpflichtende Auskunft, Italien sehe das österreichisch-ungarische

[19]) Dieses zeitliche Aufeinander und der darauf beruhende kausale Zusammenhang ist durch die Angaben in den neuen Britischen Dokumenten gesichert. Rodds Telegramm an Grey (Nr. 252) stammt noch aus den Vormittagsstunden; die Besprechung Greys mit Lichnowsky (D. D. Nr. 368) fand erst in den späten Nachmittagsstunden statt.

Vorgehen als offensiv an und lehne dementsprechend die Bundesverpflichtung zur Waffenhilfe ab. Salandra ging nach seinen Angaben noch weiter. Ohne Einschränkung eröffnete er dem Botschafter: „Sie haben nichts von uns zu fürchten." Barrère fragte: „Kann ich diese Mitteilung nach Paris drahten?" Und der Ministerpräsident antwortete: „Das können Sie". Damit war Frankreich die Öffnung der Grenze gegen Italien und die Konzentration der gesamten Streitkräfte gegen Deutschland freigegeben.

Konnte der wahre Charakter dieser Entscheidung deutlicher dokumentiert werden? Der Botschafter Merey, ein so typischer Vertreter habsburgischer Staatskunst er auch war, hatte nicht Unrecht, wenn er die Situation dahin beurteilte, daß die Frage, ob Italien am Kriege teilnehme oder neutral bleibe, nicht wirklich von der Kompensation abhänge, sondern von der Beurteilung der gesamten europäischen Lage, und da blieb es bei der Auffassung, wie ihr Giolitti später kurz und bündig Ausdruck gab: „Der Regierung blieb kein anderer Weg übrig. Italien darf mit England nicht zusammenstoßen". Es war nur die Auswirkung des Abhängigkeitsverhältnisses Italiens von der britischen Seemacht, wie es vom Beginn des Dreibundes bis zu seinem Ende unverändert bestand, wenn ein Kampf gegen England in Rom als „eine entsetzliche Perspektive" [20]) angesehen wurde. Der Kolonialminister Martini nahm einige Tage später im Gespräch mit dem englischen Botschafter Rodd ausdrücklich auf die Eröffnungen des Marquis Rudini von 1896 Bezug, daß Italien unter keinen Umständen einwilligen könne, in offener Feindschaft gegen England aufzutreten, und betonte, dieser stillschweigende Grundsatz sei seinem Verbündeten sehr wohl bekannt [21]). Das war, noch vor dem Verhalten der verbündeten Donaumonarchie, für alle Italiener die politische Rechtfertigung ihrer Entscheidung.

Am 1. August beschloß ein Ministerrat formell das Fernbleiben Italiens vom Kriege, und es war nur eine Floskel, wenn San Giuliano bei Bekanntgabe des Beschlusses wieder dem österreichisch-ungarischen Botschafter erklärte, daß die letzte Entscheidung damit noch nicht gefallen sei und daß Italien später vielleicht doch an der Seite der Verbündeten am Kriege teilnehmen werde, wobei er von neuem das Wort Kompensation sprach. Man hatte doch entschieden, und es kennzeichnete eindeutig die Situation, wenn die Regierung hinsichtlich

[20]) Merey an Berchtold. 1. August. Öst. Rotbuch, 1919, III, Nr. 98.
[21]) Rodd an Grey, 4. August. Brit. Dok. S. 529.

der Neutralitätserklärung sich noch von London beraten ließ [22]). Am 2. August wurde die Neutralität in aller Form verkündet, „gemäß dem Geiste und Wortlaut des Dreibundvertrages", und König Viktor Emanuel gab dem greisen Kaiser Franz Josef die Zusicherung, „daß Italien eine herzliche freundschaftliche Haltung gegenüber seinem Verbündeten beobachten werde, entsprechend dem Dreibundvertrag, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es wahren muß".

Auch diese Äußerung erwies sich bald als eine leere Floskel. In einem Circulus vitiosus ohnegleichen zwischen österreichischem Sträuben und italienischer Begehrlichkeit kam es dahin, daß der Verbündete von 33 Jahren zum Feinde wurde und schließlich die Waffen gegen die eignen Bundesgenossen erhob. Für die ganze Entwicklung vom Kriegsausbruch bis zum Eintritt Italiens in den Krieg aber war jenes Leitwort bestimmend, das ein Zeitgenosse Machiavells, der Florentiner Historiker Guicciardini geprägt und das Cavour dem neuen Italien als „italienische politische Bibel" zu lebendiger Geltung wiedergeschenkt hat: Pregate Dio sempre di trovare dove si vince [23]).

Will man die Rolle, die Italien in der Kriegsschuldfrage gespielt hat, mit einer kurzen Formel umschreiben, so wird man folgendes sagen können: Italiens Anteil an der Kriegsschuld besteht bezüglich dessen, was als Vorkriegsgeschichte zu bezeichnen ist, darin, daß es durch seine offensiven politischen Wünsche gegenüber dem defensiven Verhalten seiner Verbündeten und die darin begründete Herauslockerung aus dem Dreibundsystem den Kriegswillen und die Kriegsbereitschaft im Ententelager erheblich gestärkt hat. Sein Anteil an der Kriegsschuld in den Kriegsausbruchstagen besteht darin, daß es durch seine Neutralitätserklärung und die damit verbundene Freigabe der französischen Grenze Frankreich den Entschluß zum Kriege wesentlich erleichtert hat.

---

[22]) Rodd an Grey und dessen Antwort, 31. Juli und 1. August. Eb. S. 350 u. 394.

[23]) Bittet Gott immer, daß man findet, wo gesiegt wird.

Weltparlament der Kriegsschuldforscher.

Ein Vorschlag zur Förderung der Schuldfrage.

Von Hermann Lutz.

Wer die ursprünglich dünnen, aber allmählich zu stattlichem Umfang herangewachsenen Hefte dieser Zeitschrift vom Juli 1923 an durchblättert, wird warm anerkennen, daß in diesen Blättern ganz Außerordentliches in Sachen der Kriegsschuldforschung geleistet wurde. „Die Kriegsschuldfrage" ist in der Tat für jeden In- und Ausländer, der sich ernsthaft mit den Ursachen des Großen Krieges befaßt, unentbehrlich geworden. Insbesondere ist es zu begrüßen, daß es dem Herausgeber gelungen ist, in steigendem Maße Ausländer für die Mitarbeit zu gewinnen und in so mancher Diskussion umstrittene Punkte der Klärung entgegenzuführen. Und doch möchte man wünschen, daß sich in beidem, der Mitarbeit ausländischer Forscher und der völligen Klärung einzelner Punkte, mehr erreichen ließe. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, sind groß. Im Hinblick auf die stets noch anschwellende Fülle neuen dokumentarischen Materials, neuer Enthüllungen ist die Beschäftigung mit den Kriegsursachen ein Sonderstudium geworden, dem sich nur ganz wenige in ausreichendem Maße widmen können. Und dann müssen wir mit der Unlust vieler ausländischer Geschichtsforscher, namentlich der ehemaligen Feindstaaten, rechnen, sich über unsere Frage öffentlich überhaupt zu äußern.

Es ist von größter Wichtigkeit, diese Hindernisse allmählich zu beseitigen. Bei der nötigen Beharrlichkeit wird es ohne Zweifel eines Tages gelingen, mit einer Reihe von internationalen Forschern zu einer Diskussion über die Kriegsursachen zu gelangen. Dann wird es aber dringend erforderlich sein, daß die daran beteiligten Deutschen in den Grundlinien einig sind. Es wäre überaus schädlich für die Sache, wenn Deutsche in einer internationalen Diskussion die eine oder andere Position preisgeben müßten. Die Losung kann daher nur lauten: Räumung alles dessen, was der wissenschaftlichen Forschung nicht standzuhalten vermag, und äußerster, hartnäckigster Kampf für alles, was auf sicherer Grundlage steht. Freilich sind wir Deutsche dabei im Nachteil, da unsere Archive, neben den österreichischen und teilweise russischen, geöffnet sind, während von den ehemaligen Feindstaaten bisher nur Großbritannien seine Dokumente über den Kriegsausbruch vor kurzem der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Wir sind daher berechtigt, zu

Dingen, die nicht nur allein Deutschland und Österreich-Ungarn betreffen, entsprechende Vorbehalte zu machen. Auch ist natürlich klar, daß es sich bei uns nicht bloß um eine Verteidigung handeln kann, sondern überall da um Gegenangriffe, wo die Grundlagen dafür in ausreichendem Maße gegeben sind.

Wenn wir uns auf den Kriegsausbruch beschränken, so können wir eine Reihe von Punkten als geklärt feststellen. Dazu gehören der „Potsdamer Kronrat" oder „Potsdamer Kriegsrat"; der Nichtzusammenhang des Lokalanzeiger-Extrablattes mit der russischen allgemeinen Mobilmachung; der französische Rückzug um zehn Kilometer; dazu gehört auch die Haltlosigkeit der mutlosen, einseitigen Anschuldigungen des Ultimatums vom 16. Juni 1919 und der Mantelnote Clemenceaus. Kein ernsthafter Forscher des In- oder Auslandes dürfte uns in diesen hinreichend geklärten Punkten noch entgegentreten.

Dagegen sind andere Punkte, auch in der deutschen Forschung, noch lebhaft umstritten. Ich nenne hiervon: die Abmachungen Poincaré-Vivianis Ende Juli 1914 in St. Petersburg; die Mitverantwortung Greys für die russische Mobilmachung; das Verhalten Tschirschkys; die Beeinflussung oder Nichtbeeinflussung Wiens durch Moltke am 30. und 31. Juli; die Frage der serbischen Souveränität; die Frage, ob die österreichische allgemeine Mobilmachung zum Weltkrieg führen mußte; die Frage, ob das russisch-französische Bündnis 1914 ins Spiel kam usw. Mancher Leser der „Kriegsschuldfrage" wird geneigt sein, auszurufen, daß doch auch diese Punkte genügend geklärt seien. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn wir dürfen nicht außer acht lassen, daß bezüglich der oben aufgeworfenen Fragen die bisherigen Mitarbeiter dieser Zeitschrift nicht die Gesamtstimme Deutschlands repräsentieren, im einen oder andern Punkt vielleicht nicht einmal die Mehrheit der deutschen Sachverständigen, und daß die Mehrheit der ausländischen Forscher die aufgeworfenen Fragen wiederum anders beantwortet.

Zur wünschenswerten Klärung der Fragen scheint es mir daher angebracht, die einzelnen Punkte von je zwei Deutschen behandeln zu lassen, von denen auf Grund ihrer bisherigen Veröffentlichungen bekannt ist, daß sie in ihrem Urteil abweichen; dann sollten ihre Darlegungen den in- und ausländischen Forschern mit der Bitte vorgelegt werden, dazu, und nur zu dem betreffenden Einzelthema, Stellung zu nehmen. Dies Verfahren würde es den Forschern ersparen, selbst dem Thema im einzelnen nachzugehen; sie brauchten vielfach lediglich zu erklären, daß sie dieser oder jener

Darlegung beipflichten, mehr dieser oder jener Auffassung zuneigen, oder daß sie einen Mittelweg einschlagen. Voraussetzung ist natürlich, daß die Darlegungen der Deutschen streng sachlich gehalten und dokumentarisch belegt sind, so daß der Leser daran unschwer ein eigenes Urteil zu bilden vermag. Dabei müßte das Bestreben sein, an möglichst viele Ausländer heranzutreten, namentlich an solche, die der „Kriegsschuldfrage" bisher ferngeblieben sind. Die Zeitschrift wäre in der Lage, jeweils eine Liste derjenigen aufzustellen, an die sie sich gewandt hat. Das mag manchem Ausländer unbequem sein. Wir Deutsche haben jedoch ein Recht, nicht bloß gehört, sondern auch eines Bescheides gewürdigt zu werden. Denn wir sind die Verfemten, Geächteten, Verurteilten, denen kein billig Denkender das Recht weigern kann, um das höchste Gut, die nationale Ehre, zu ringen. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte sich doch mancher Ausländer zu einer Stellungnahme herbeilassen, der bislang der Sache abgeneigt war, und sein Hervortreten würde dadurch wesentlich erleichtert werden, daß sein Urteil über ein Einzelthema noch nichts über seine Gesamtansicht in bezug auf die Frage der Verantwortung für den Kriegsausbruch besagen würde. Für uns hätte aber jede Stellungnahme den Wert, über einzelne Punkte eine Klärung herbeizuführen, die für die Förderung der Sache und im Hinblick auf eine internationale Diskussion von hoher Bedeutung wäre. Zum mindesten dürften einige Versuche der Mühe wert sein. Ich nehme dabei an, daß die Leser der „Kriegsschuldfrage" es sich angelegen sein ließen, ihre persönlichen Beziehungen zu Ausländern in der Sache zu verwerten; die Bitte an einen persönlich Bekannten wird manches Mal zu einem Ergebnis führen, wenn die Bitte eines Unbekannten unbeachtet bleibt.

Das Streben müßte sein, führende Geschichtschreiber der Neutralen und der Gegenseite zu erfassen, namentlich solche, die sich schon im Krieg über die Verantwortlichkeiten ausgelassen haben. Zum Beispiel von Briten: J. W. Allen, Beazley, Dawson, Dickinson, Ewart, Farrer, H. A. L. Fisher, Gooch, Grant, Headlam-Morley, Masterman, G. Murray, Oman, Pollard, Rose, Sarolea, Seton-Watson, Spender, Steed, Temperley, Webster, Wells; von Franzosen: Aulard, Demartial, Fabre-Luce, Fontanier, Hanotaux, Matthiez, Pinon, Reinach, Renauld, Renouvin, Seignobos; von Amerikanern: Anderson, Barnes, Beard, Becker, Blakeslee, Buell, Bullard, Coolidge, Earle, Fay, Fife, Gibbons, Hart, Henderson, Jastrow, Morse, Schevill, B. E. Schmitt, Seymour, Shotwell, Stowell, Wright; von Schweizern: Bächtold, Hofer, Hünerwadel, Öhler,

Ruchti, Sauerbeck, Zurlinden; von Holländern: Japikse; von Skandinaviern: Aall, Drolsum; von Italienern: Barbagallo, Lumbroso, Palamenghi-Crispi, Torre [1]).

Wie geboten es ist, über einzelne Punkte eine größere Anzahl von Stimmen verschiedener Lager zu sammeln, lehrt der Umstand, daß Professor Herre im Septemberheft 1926 der „Kriegsschuldfrage", Seite 616, ausgeführt hat, das österreichische Ultimatum an Serbien sollte nicht unannehmbar sein. Bisher war die Forschung ganz überwiegend der Meinung, daß die österreichisch-ungarische Regierung das Ultimatum absichtlich unannehmbar machte, und nun ist die Darlegung Professor Herres an Hand des von ihm herangezogenen Materials, zuzüglich der amtlichen Dokumente, erneut nachzuprüfen. Übrigens versteht es sich von selbst, daß die einzelnen strittigen Punkte stets auch allen deutschen Forschern zur Äußerung vorgelegt werden sollen.

Gelingt es, auf die geschilderte Weise Einheitlichkeit in einer Anzahl von Punkten, eine weitgehende Klärung in anderen Punkten zu erreichen, dann wird für eine dereinst stattfindende internationale Diskussion eine bedeutende Vorarbeit geleistet sein. Sobald die angestrebte Klärung in bezug auf den Kriegsausbruch erfolgt ist, wäre etappenweise mit sachlich begrenzten Begebenheiten, Phasen, Punkten der weiteren Vorgeschichte des Weltkrieges zu beginnen. So würde sich eine fruchtbare Diskussion an die andere reihen, und die in- und ausländischen Mitarbeiter daran würden ein allmählich sich erweiterndes Weltparlament der Kriegsschuldforschung bilden, das berufen wäre, die unausbleibliche internationale Diskussion über die Kriegsursachen und die Verantwortlichkeiten des Krieges zur gegebenen Zeit zu verwirklichen.

---

[1]) *Mit der vom Verfasser getroffenen Auswahl von Persönlichkeiten können wir uns nicht ganz einverstanden erklären.*
Anm. d. Schriftleitung.

Kriegsschuldfrage und Ständiger Internationaler Gerichtshof.

Von Egon Gottschalk.

Professor Dr. Frh. v. Freytagh-Loringhoven hat in einem Aufsatz in der Deutschen Juristenzeitung (DJZ. 1927, S. 337 ff.) und der „Kriegsschuldfrage" (Januar 1927) die bedeutsame Anregung gegeben, die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage, die bisher auf diplomatischem Wege von Deutschland stets vergeblich versucht worden ist, durch Klagerhebung vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag (StIG.) auf Grund des Artikel 36 des Statuts des StIG. und der sog. Disposition facultative vom 16. Dezember 1920 herbeizuführen. Die prozessuale Möglichkeit besteht dazu zweifellos. Fraglich ist jedoch, ob die materiellen Voraussetzungen für eine Prüfung der Schuldfrage durch den StIG. gegeben sind. Voraussetzung ist nach Artikel 36 des Statuts des StIG., daß es sich um Rechtsstreitigkeiten folgender Art handelt: „a) die Auslegung eines Vertrages, b) alle Fragen des Völkerrechts, c) das Bestehen einer Tatsache, die, wenn festgestellt, die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, d) Art und Umfang der wegen Verletzung einer internationalen Verpflichtung geschuldeten Entschädigung". Nach Freytagh-Loringhoven fällt die Kriegsschuldfrage unter b; die materielle Zuständigkeit des StIG. wäre danach zu bejahen. Die Feststellung einer Verfehlung Deutschlands in Artikel 231 des Versailler Vertrages (VV) hat nach Freytagh-Loringhoven nicht nur moralische, sondern rechtliche Bedeutung, da diese Feststellung zur Grundlage von Entschädigungsverpflichtungen gemacht worden ist. „Dadurch erhält sie rechtlichen Charakter, da auf einer rein moralischen, vom Recht nicht berücksichtigten Verfehlung eine Entschädigungsforderung nicht aufgebaut werden kann. Geschieht das, so wird dadurch zweifellos die fragliche Haltung zu einer rechtlichen Verfehlung gestempelt. Das heißt nichts anderes, als daß zugleich das Vorhandensein eines Rechtssatzes behauptet wird, der verletzt worden ist. Liegen die Dinge aber so, dann geht der Streit nicht darum, ob eine gegen uns erhobene und von uns unter dem Druck eines Ultimatums anerkannte moralische Beschuldigung begründet ist, sondern darum, ob wir eine Verletzung des Völkerrechts, sei es einer einzelnen Regel, sei es seines Geistes, begangen haben. Und das ist unbestreitbar eine Frage des Völkerrechts im Sinne des Art. 36." Demgegenüber führt in einer Erwiderung (DJZ., 1927, S. 341 ff.) der bekannte holländische Völkerrechtslehrer de Louter aus, daß die dreifache Behauptung Freytagh-

Loringhovens, „daß a) die Feststellung der Kriegsschuld zur einzigen Grundlage der Entschädigungsverpflichtungen gemacht sei, daß b) diese Feststellung deshalb einen rechtlichen Charakter erhalte, weil c) auf eine rein moralische Verfehlung keine Entschädigungsforderung aufgebaut werden könne", in jedem Gliede anfechtbar zu sein und mit dem historischen Vorgang in Widerspruch zu stehen scheine. „Aus der Geschichte der Friedensverhandlungen und dem Wortlaut des Friedensvertrages ziehe ich vielmehr den Schluß, daß die Feststellung der Kriegsschuld in Art. 231 rein moralische Bedeutung hat und nur auf diplomatischem oder politischem Wege beseitigt werden kann." Die Grundverschiedenheit dieser Auffassungen fordert bei der Bedeutung, die diese Frage für Deutschland besitzt, eine gründliche Prüfung der Frage nach dem Rechtscharakter des Art. 231 VV. In kurzen Zügen sei im folgenden versucht, festzustellen, ob sich die These von Freytagh-Loringhovens rechtlich vertreten läßt.

Zweifellos ist der S t r a f charakter des Versailler Friedens. Die harten Bedingungen des VV sind nur dadurch verständlich, daß man Deutschland als alleinschuldig für den Ausbruch des Weltkrieges erklärte und dafür verantwortlich machte. Die Verpflichtung eines Staates zur Leistung von Schadensersatz setzt die Verletzung eines Völkerrechtssatzes gegenüber einem anderen Staat, ein sogenanntes völkerrechtliches Delikt, voraus. Ob hierbei der das Völkerrecht verletzende Staat schuldhaft handelt oder nicht, ob Schuldhaftung oder Erfolgshaftung besteht, kann zunächst als Frage sekundärer Art zurückgestellt werden. Es gibt nun keinen völkerrechtlichen Satz, der den Krieg als solchen ganz allgemein verbietet. Insbesondere ist nicht erforderlich, daß der Krieg „gerecht" ist. Die Ansicht, daß der Krieg „gerecht" sein müsse, findet sich noch bei Grotius und Vattel; in der modernen Völkerrechtswissenschaft wird diese Ansicht jedoch mit wenig Ausnahmen (vgl. Strisower, Der Krieg und die Völkerrechtsordnung, 1919) abgelehnt. Soweit die Völkerbundssatzung den Krieg verbietet, enthält sie keineswegs ein völkerrechtliches Grundgesetz, das den Krieg als völkerrechtliches Delikt erklärt, vielmehr wird der Krieg erst dann als Delikt aufgefaßt, wenn er e n t g e g e n den Bestimmungen der Völkerbundssatzung von einem Bundesmitglied geführt wird, also eine Verletzung der Bundespflichten und damit des Völkerrechts darstellt. Die Völkerbundssatzung unterscheidet nicht zwischen „gerechtem" und „ungerechtem" Krieg, sondern zwischen rechtsmäßigem und rechtswidrigen, d. h. der Völkerbundsatzung widersprechenden, Krieg. Der Krieg als solcher, ob gerecht oder ungerecht, kann also kein

völkerrechtliches Delikt darstellen, sondern nur einzelne, dem Völkerrecht widersprechende Akte der Kriegführung. Bereits aus dieser Feststellung wird gefolgert, daß Art. 231 VV. keine juristische, sondern rein moralische Bedeutung habe, die Art. 232 ff. also nicht Folge eines völkerrechtlichen Delikts sind (vgl. Strupp, Theorie und Praxis des Völkerrechts 1925 S. 132).

Zum gleichen Schluß kommen auch die Anhänger des Prinzips der objektiven Erfolgshaftung beim völkerrechtlichen Delikt (vgl. Anzilotti, einschränkend, nicht bei Ommissivdelikten Strupp a. a. O. S. 77). Dagegen werden die Vertreter der Schuldhaftung beim völkerrechtlichen Delikt — herrschende Meinung — in Art. 231 ff. des VV. den folgerichtigen Ausdruck eines rechtlichen Grundsatzes sehen*). Die amerikanischen Gelehrten Binkley und Dr. Mahr wollen in Art. 231 lediglich das Anerkenntnis der Haftbarkeit Deutschlands für die Verursachung der gesamten Schäden und Verluste erblicken, was sich jedoch mit dem Wortlaut des Art. 231 nicht vereinbaren läßt (vgl. v. Boehn, DJZ. 1926, S. 1332 ff.).

Kann man aber nun sagen, daß Art. 231 deshalb nie rechtliche, sondern nur moralische Bedeutung hat, weil es keinen völkerrechtlichen Satz gibt, der durch die Herbeiführung des Krieges als solcher überhaupt verletzt werden konnte? Dieser Schluß ist m. E. nicht zwingend. Ist Art. 231 VV. die Rechtsgrundlage für irgend welche Verpflichtungen, so kann der Umstand, daß die in Art. 231 VV. getroffene Feststellung völkerrechtlich irrelevant und daher auch keine Rechtsfolgen (Wiedergutmachung des Völkerrechtsdelikts) nach sich ziehen kann, nicht ausreichen, Art. 231 jeden rechtlichen Charakters zu entkleiden. Auch die Frage, ob eine Vertragsbestimmung bestimmte Rechtsfolgen überhaupt nach sich ziehen kann, ist eine dem Recht angehörende Frage. Die prinzipielle Frage wird sich daher namentlich dahin zuspitzen, ob die Frage der Kriegsschuld zur einzigen, mindestens aber zur hauptsächlichsten Grundlage der Entschädigungsverpflichtungen gemacht worden ist. De Louter glaubt aus der Geschichte der Friedensverhandlungen und dem Wortlaut des Friedensvertrages dies verneinen zu müssen. Der Wortlaut des Friedensvertrages steht jedoch der These von Freytagh-Loringhovens keineswegs entgegen.

Art. 232 VV. knüpft in direkter Bezugnahme an Artikel 231 an. Abs. 1 des Art. 232 lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter

*) Jeweils unter der Voraussetzung, daß ein völkerrechtliches Delikt vorliegt bzw. als vorliegend behauptet wird.

Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten." (Franz: „de toutes ces pertes et de tous ces dommages", engl.: „for all such loss and damage".) Diese Bestimmung besagt, daß aus Art. 231 die Haftung für alle Verluste und Schäden, für die Deutschland als Urheber verantwortlich sei, hervorgehe, aber aus praktischen wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Begrenzung dieser Haftung vorgenommen werden müsse. Damit beschränkt Art. 232 VV. die Haftung, die Art. 231 begründen soll, stellt aber keine selbständige Begründung der Schadensersatzverpflichtungen Deutschlands dar. Dies ergibt auch Abs. 2 des Art. 232: „Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen und Deutschland verpflichtet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden, die die Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Eigentum während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland in Kriegszustand befand, durch den bezeichneten Angriff zu Lande, zur See und in der Luft zugefügt worden sind, sowie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind." Genügt zwar Abs. 2 des Art. 232 den Erfordernissen der Begründung einer selbständigen Verpflichtung Deutschlands, die dort näher bezeichneten Schäden zu ersetzen („die alliierten und assoziierten Regierungen verlangen und Deutschland verpflichtet sich"), so geht aus der Formulierung auch dieses Absatzes — Verweisung auf den in Art. 231 bezeichneten Angriff — hervor, daß die eigentliche Grundlage der Verpflichtung in der in Art. 231 festgestellten Kriegsschuld Deutschlands zu suchen ist und der Zusammenhang ausdrücklich gewahrt werden wollte. Gewiß, Art. 231 ist nicht die einzige Grundlage für die Entschädigungsverpflichtungen. Eine Ausnahme machen die an Belgien zu leistenden Entschädigungen. Hier ist die Grundlage der Verpflichtung die formelle Verletzung der Neutralisierungsverträge von 1839 geworden. Doch stellen diese Schadensersatzleistungen nur einen Bruchteil der Gesamtverpflichtungen Deutschlands dar."

Aber auch historisch läßt sich, ohne in dieser Hinsicht das Problem erschöpfend prüfen zu wollen, ein anderer Schluß ziehen, als wie de Louter folgert. Nachdem die alliierten und assoziierten Mächte wußten, daß Deutschland endgültig am Boden lag, setzte man an die Stelle der ursprünglichen Forderung, daß Deutschland nur direkte Schäden der Zivilbevölkerung zu ersetzen habe, den Satz, daß Deutschland die gesamten Kriegskosten zahlen müsse.

Um die Forderungen des Feindbunds politischer und wirtschaftlicher Art überhaupt rechtfertigen zu können, wurde Art. 231 geschaffen. Auch hier über die Punkte Wilsons hinaus, in denen die Schuldfrage in keiner Weise aufgerollt worden war. Deutschlands Schuld am Kriege wurde aber zum Grundpfeiler nicht nur der Entschädigungsverpflichtungen, sondern des gesamten Versailler Vertrages. Selbst die Präambel der Entwaffnungsbestimmungen bringt mit den Worten: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland . . ." zum Ausdruck, daß Deutschland den anderen Nationen die Rüstungen aufgezwungen habe. Aus dem Gesamtcharakter des VV. als eines „Straffriedens" ergibt sich die Berechtigung der These Freytagh-Loringhovens, daß Art. 231 Grundlage der Entschädigungsverpflichtungen Deutschlands geworden ist. Als Präjudiz kann hierbei auch nicht die Entscheidung Nr. 2 des deutsch-amerikanischen Gemischten Schiedsgerichts (mixed claims commission) vom 1. 11. 1923 gelten, die Art. 231 nur moralische Bedeutung beimißt. (»Article 231 of the Versailles treaty amounts to no more than an acceptance by Germany of the affirmance by the Allied and Associated Governments of Germanys responsibility for all loss and damage suffered as a consequence of the war — a moral responsibility«). Art. 232 beschränkt Art. 231 in seiner Auswirkung, ohne seinen Rechtscharakter zu beeinflussen, der sich als Grundlage der Art. 232 ff. manifestiert. Art. 231 kann nicht Grundlage anderer Rechtsansprüche sein, als die in Art. 232 ff. näher bestimmten, jedoch nicht wegen seiner moralischen Bedeutung, sondern wegen der ihm in Art. 232 ff. gegebenen Beschränkung.

Die weitere Einwendung de Louters geht dahin, daß selbst dann, wenn Art. 231 Grundlage der Entschädigungsverpflichtungen Deutschlands ist, damit die Feststellung des Art. 231 noch keinen rechtlichen Charakter erhalten müsse. Schadensersatzpflicht heißt aber nichts anderes, als die Folge einer Handlung beseitigen, die zum Schadensersatz verpflichtet. Dies kann aber im Völkerrecht nur eine Rechtsverletzung durch ein Völkerrechtssubjekt sein. Die Frage aber, ob die Feststellung einer Handlung — Kriegsschuld Deutschlands — die Verletzung eines Rechts ist, hat den Charakter einer Frage des Völkerrechts, fällt also unter Art. 36 des Status des StIG. Schadensersatzpflicht ist im Völkerrecht stets die Folge rechtlicher relevanter Tatbestände (z. B. Enteignung von Privateigentum), nicht aber Folge einer moralischen Verfehlung. Als Folge einer moralischen Verfehlung würde die Ersatzpflicht den Charakter der Strafe erhalten, eine Folge, die für das Völkerrecht abgelehnt

werden muß. Daß der VV. selbst kriminelle Strafbarkeit völkerrechtswidrig bestimmte, (Art. 227 und 228) ist bekannt. Auch hier muß zum mindesten der Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts, also die Verletzung von Rechtssätzen erfüllt sein. Jedoch läßt sich m. E. folgendes Bedenken gegen die Argumentation von Freytagh-Loringhoven erheben. Wie Freytagh-Loringhoven selbst richtig ausführt, ist der Schluß auf den Rechtscharakter der Feststellung des Art. 231 nur möglich, wenn zugleich das Vorhandensein eines Rechtssatzes behauptet wird, der verletzt worden ist, weil völkerrechtlich auf eine moralische, vom Recht nicht berücksichtigte Verfehlung eine Entschädigungsforderung nicht aufgebaut werden kann. „Geschieht das, so wird dadurch zweifellos die fragliche Haltung zu einer rechtlichen Verfehlung gestempelt." Das Unrecht des Art. 231 braucht sich jedoch nicht nur in der der Wahrheit widersprechenden Feststellung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu erschöpfen, sondern kann auch darin bestehen, daß an eine Feststellung an sich rein moralischen Charakters entgegen den völkerrechtlichen Voraussetzungen überhaupt Rechtsfolgen geknüpft worden sind. Dies bedeutet rechtlich eine Unmöglichkeit, also reine Willkür, die jedoch an dem moralischen Charakter der festgestellten Verfehlung nichts ändern würde. Sind jedoch auf Art. 231 die Entschädigungsforderungen gegen Deutschland aufgebaut, so ist angesichts der Tatsache, daß das Völkerrecht eine Schadensersatzpflicht ohne Rechtsverletzung nicht kennt — von dem umstrittenen Fall völkerrechtlicher Notwehr abgesehen — auch hier davon auszugehen, daß die moralische Verfehlung, da mit Rechtswirkung ausgestattet, zugleich als völkerrechtliche Verfehlung behauptet werden sollte. Völkerrechtslehre und Staatenpraxis rechtfertigen diese Unterstellung und damit kann das geäußerte juristisch-logische Bedenken gegen die Argumentation von Freytagh-Loringhovens nicht als durchschlagend ins Feld geführt werden. Solange jedoch die Frage nach dem Rechtscharakter des Art. 231 VV. wissenschaftlich eine Streitfrage bildet — und eine solche wird sie voraussichtlich stets bleiben —, sind auch erfahrungsgemäß die Aussichten für eine Anrufung des StIG. bedauerlicherweise nicht als unbedingt günstig zu bewerten.

Generalfeldmarschall Graf Moltke und das Problem des Krieges.

Graf Max Montgelas.

Am 19. November 1880 übersandte Geheimrat Professor Dr. Bluntschli dem Chef des Deutschen Generalstabes, Feldmarschall Grafen Moltke, das Handbuch über „Die Gesetze des Landkrieges", das in dem von Bluntschli mitbegründeten „Institut für Völkerrecht" soeben neu bearbeitet worden war.

In seiner Antwort würdigte Moltke vollkommen das menschenfreundliche Bestreben, die Leiden zu mildern, die der Krieg mit sich führe, und erklärte sich durchaus einverstanden mit dem in der Vorrede des Handbuchs ausgesprochenen Satze, daß „die allmählich fortschreitende Gesittung sich auch in der Kriegführung abspiegeln müsse". Er gab jedoch seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß allein diese allmählich fortschreitende Gesittung, nicht jedoch ein kodifiziertes Kriegsrecht das angestrebte Ziel zu erreichen vermöge. Denn da der irdische Richter fehle, könne der Erfolg nur erwartet werden „von der religiösen und sittlichen Erziehung der einzelnen, von dem Ehrgefühl und dem Rechtssinn der Führer, welche sich selbst das Gesetz geben und darnach handeln, soweit die abnormen Zustände des Krieges es überhaupt möglich machen". Dieselbe Ansicht wurde später auch gerade von deutschen Vorkämpfern des Pazifismus, wie Bertha von Suttner und Dr. A. H. Fried, vertreten, die den Bestimmungen der Haager Konventionen und der Londoner Seerechtsdeklaration keine zu große Bedeutung beimessen wollten, da die Kriegführenden im Falle der Not sich doch darüber hinwegsetzen würden. Der Weltkrieg hat den geringen Wert solcher Satzungen „beim Fehlen des irdischen Richters" grell beleuchtet, während die von Moltke und Bluntschli gehegte Hoffnung auf „allmählich fortschreitende Gesittung" nicht nur durch den Weltkrieg, sondern auch durch die sogenannten „Friedensschlüsse" und die gesamte Nachkriegspolitik der „Sieger" grausam enttäuscht worden ist.

Der erwähnte Brief Moltkes enthielt nun in seinem Eingange noch einen Satz, der seinerzeit den Gegenstand heftiger Angriffe gebildet hat, und von solchen, die den gesamten Briefwechsel des Feldmarschalls über das Problem des Krieges nicht kennen, heute noch zum Gegenstand unberechtigter Angriffe gegen den „deutschen Militarismus" gemacht wird. Es ist somit auch für die Vertiefung der Frage nach der „Verantwortlichkeit für den Kriegs-

ausbruch“ nicht ohne Interesse, das Wichtigste aus der weiteren Korrespondenz des deutschen Generalstabschefs mit führenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes in Erinnerung zu bringen [1]).

Auf Grund des an Bluntschli gerichteten Briefes erhielt Moltke im Februar 1881 ein Schreiben des Herrn Goubareff, der in seiner Eigenschaft als Mitglied der „Gesellschaft der Friedensfreunde“ und der „Gesellschaft für die Reform und Kodifikation des Völkerrechts“ ein Memorandum gegen den Krieg übersandte,

Aus der Erwiderung Moltkes seien zunächst die folgenden Sätze wiedergegeben:

„Sie erklären den Krieg bedingungslos für ein V e r b r e c h e n, wenn auch ein in Versen besungenes. Ich halte ihn für ein l e t z t e s [2]), aber vollkommen gerechtfertigtes Mittel, das Bestehen, die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates zu behaupten.“

„Hoffentlich wird dieses letzte Mittel bei fortdauernder Kultur immer seltener in Anwendung kommen, aber ganz darauf verzichten kann kein Staat.“

„Wer möchte in Abrede stellen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk ist; denn kein Landerwerb, keine Milliarden können Menschenleben ersetzen und die Trauer der Familien aufwiegen.“

„Möchten nur überall die Regierungen stark genug sein, um zum Kriege drängende Leidenschaften der Völker zu beherrschen.“

„Ihr Memorandum betont die besonders kriegerische Neigung der germanischen Rasse; ich bitte Sie, die Geschichte unseres Jahrhunderts durchzumustern und zu urteilen, ob von Deutschland die Kriege ausgegangen sind.“ [3])

---

[1]) Der gesamte Schriftwechsel Moltkes über „Völkerrecht, Politik und Krieg“ ist abgedruckt in den „Gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten“ des Feldmarschalls Bd. V. S. 190 ff.

[2]) Sperrdruck beide Male in Original.

[3]) Zwischen 1815, dem Jahre, in dem die durch die französische Revolution und Napoleon I. verursachten Kriege zum Abschluß gelangten, bis zum Jahr 1870 haben Kriege und kriegerische Expeditionen gegen andere Staaten unternommen:

Frankreich: 1823 Intervention in Spanien,
1830—1847 Eroberung von Algier, von Teilen Westafrikas sowie Ozeaniens und der Strafkolonie Neukaledonien,
1854—56 Krimkrieg,
1857 und 1859 Kriege gegen China,
1858—62 Eroberung von Cochinchina,
1859 Krieg gegen Österreich,
1861—67 Expedition nach Mexiko.

Preußen: gegen nichtdeutsche Staaten nur 1864 gegen Dänemark zur Befreiung deutschen Landes.

„Deutschland hat sein Ziel, die Wiedervereinigung, erreicht; es hat nicht die mindeste Veranlassung, auf kriegerische Abenteuer auszuziehen, aber es kann zur Abwehr gezwungen werden und muß darauf vorbereitet sein. Mit Ihnen wünsche ich aufrichtig, daß diese Notwendigkeit nicht eintreten möge."

In dieser Antwort an Goubareff hatte Moltke neben der Betonung des Krieges als eines „letzten Mittels" ferner darauf hingewiesen, daß im Kriege immerhin auch gute Eigenschaften zur Entfaltung kämen. Dies gab Professor Dr. Jansen (Berlin) Veranlassung, dem Feldmarschall eine Reihe von Zitaten aus den Werken Kants zu übersenden, um nachzuweisen, wie sehr manche Aussprüche des Philosophen sich mit denen des deutschen Heerführers decken. In der Tat ist die Übereinstimmung überraschend, wie im Nachstehenden an einigen Proben gezeigt werden soll.

Moltke: „Daß der Krieg auch seine schönen Seiten hat, daß er Tugenden zur Ausführung bringt, die sonst schlummern oder erlöschen würden, kann wohl kaum in Abrede gestellt werden."

Kant: „Selbst der Krieg, wenn er mit Ordnung und Heilighaltung der bürgerlichen Rechte geführt wird, hat etwas Erhabenes an sich und macht zugleich die Denkungsart des Volkes, welches ihn auf diese Weise führt, desto erhabener, je mehreren Gefahren es ausgesetzt war und sich mutig darunter hat behaupten können; dahingegen ein langer Friede den bloßen Handlungsgeist (= Handelsgeist), mit ihm aber den niedrigen Eigennutz, Feigheit und Weichlichkeit herrschend zu machen und die Denkungsart des Volkes zu erniedrigen pflegt." [4])

Moltke: „Wer in dieser Welt vermag sich dem Unglück wie der Notwendigkeit zu entziehen? Sind nicht beide nach Gottes Fügung Bedingungen unseres irdischen Daseins? Nicht den Wallenstein, sondern Max läßt unser großer Dichter sprechen:

Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen,
Doch ist er gut, ist ein Geschick wie sie."

Kant: „Der Krieg selbst bedarf keines besonderen Beweisgrundes, sondern scheint auf die menschliche Natur gepfropft zu sein und sogar als etwas Edles, wozu der Mensch

[4]) Die hier wiedergegebenen und noch weitere, von Dr. Jansen angeführten Sätze Kants sind zusammengestellt in „Kant und Rousseau" von Dr. Konrad Friedrich, 1878 (S. 138).

durch den Ehrtrieb, ohne eigennützige Triebfedern, beseelt wird, zu gelten; so daß Kriegsmut, nicht bloß, wenn Krieg ist — wie billig — sondern auch, daß Krieg sei, von unmittelbar großem Wert zu sein geurteilt wird . . ."

Moltke: „Das Leben des Menschen, ja der ganzen Natur ist ein Kampf des Werdenden gegen das Bestehende, und nicht anders gestaltet sich das Leben der Völkereinheiten."

Kant: „Der Krieg ist . . . ungeachtet der schrecklichsten Drangsale, womit er das menschliche Geschlecht belegt, und der vielleicht noch größeren, womit die beständige Bereitschaft dazu im Frieden drückt, dennoch eine Triebfeder mehr, alle Talente, die zur Kultur dienen, bis zum höchsten Grade zu entwickeln . . . Auf der Stufe der Kultur, worauf das menschliche Geschlecht noch steht, ist der Krieg noch ein unentbehrliches Mittel, diese noch weiter zu bringen."

Ein Vergleich der Urteile beider Männer zeigt, daß der Verfasser der Schrift „Zum ewigen Frieden" in der Begründung der Unvermeidlichkeit des Krieges und in der Betonung seiner — trotz aller Schrecken — guten Seiten erheblich weiter gegangen ist als der in drei Kriegen siegreiche Stratege. Das ist erklärlich, da Kant seine Ansichten niederschrieb, bevor noch Napoleon die Geißel des Krieges zwei Jahrzehnte lang über unserem Erdteil geschwungen hatte. Noch schärfer unterstrich Moltke seine Stellung zum Problem des Krieges, als er bei Abschluß des hier besprochenen Schriftwechsels äußerte:

„Die Angriffe der Presse machen wenig Eindruck auf mich, sie beruhen auf dem — vielleicht absichtlichen — Mißverständnis, als ob ich den Krieg wünsche, weil ich ihn für ein nicht zu vermeidendes Übel halte."

Wer in dieser und anderen Äußerungen des Feldmarschalls vielleicht lediglich ein diplomatisches Abrücken von dem Satz über den „Traum des ewigen Friedens" zu sehen geneigt sein sollte, der sei darauf aufmerksam gemacht, daß Moltke schon zwei Jahre v o r dem angefeindeten Brief an Bluntschli auf ein ihm 1879 vorgelegtes Abrüstungsprojekt erwidert hatte:

„Wer teilte nicht den innigen Wunsch, die schweren Militärlasten erleichtert zu sehen, welche vermöge seiner Weltstellung inmitten der mächtigsten Nachbarn zu tragen Deutschland genötigt ist.

Nicht die Fürsten und Regierungen verschließen sich ihm, aber glücklichere Verhältnisse können erst eintreten, wenn alle

Völker zu der Erkenntnis gelangen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein nationales Unglück ist."

Infolge seiner Kenntnis der napoleonischen Kriegsfurie erkannte eben der Feldmarschall des 19. Jahrhunderts die Schattenseiten des Krieges klarer als der Philosoph des 18. Das 20. Jahrhundert wiederum steht nach den Erlebnissen eines vierjährigen Völkerringens auch den veredelnden Nebenwirkungen des Krieges skeptischer gegenüber als die beiden großen Denker früherer Generationen. Eine arge Versündigung gegen historisches Denken würde es jedoch bedeuten, wenn man an die Aussprüche Kants und Moltkes den Maßstab der heutigen Erfahrung legen wollte.

Mit seinen Urteilen

„Der Krieg ein letztes Mittel, das hoffentlich immer seltener in Anwendung kommen wird",

„Jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk",

„Jeder Krieg, auch der siegreiche, ein nationales Unglück"

steht der Sieger von Königgrätz und Sedan nicht nur auf dem äußersten Friedensflügel aller Generalstabschefs seiner Zeit, sondern bekundet auch eine friedlichere Denkungsart als die Mehrzahl der gleichzeitigen nichtdeutschen Politiker. Mit seiner Begründung der Rüstung Deutschlands endlich überragt er turmhoch auch alle heutigen Militärs und Politiker der sogenannten „Siegerstaaten". Er begründet die Notwendigkeit der deutschen Rüstung ausschließlich mit dem tatsächlichen Rüstungsstand der Nachbarn. Er spricht nicht von der riesigen „Rüstungsmöglichkeit" (potentiel de guerre) Rußlands, nicht von den sieben Invasionen deutschen Landes durch französische Heere in den Jahren 1792, 1794, 1796, 1800, 1805, 1806 und 1809 und nicht von der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870. Er fordert nicht die Entwaffnung des besiegten Gegners und fordert nicht für sein Land die fünfundvierzigfache Rüstung gegenüber dem Nachbarn.

Zur Beurteilung Greys.

Von Hans Rothfels.

Nur sehr ungern folge ich der Aufforderung, über das Buch von **Hermann Lutz,** Lord Grey und der Weltkrieg (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 1927, XII. u. 421 S.) hier kritisch zu berichten. Denn der Verfasser hat eine so entsagungsvolle Arbeit, ein so ungewöhnliches Maß von Kenntnis auch entlegener Dinge an diese Aufgabe gesetzt, daß man die reiche Stoffvermittlung im einzelnen nur dankbar hinnehmen kann; sein Werk zeigt ein so reines und sympathisches Streben nach menschlichem Verständnis und sachlicher Gerechtigkeit, daß man nur zögernd an eine kritische Besprechung herangeht. Aber bei der zentralen Natur des Problems, die ja außer Zweifel steht, wird es doch nötig sein, die Hauptansatzpunkte abweichender Beurteilung kurz zu bezeichnen.

Dabei soll von allen Einzelheiten zunächst abgesehen und nur an Fragen der Methode und des Prinzips angeknüpft werden. Die Methode ist die des Mosaiks, und zwar in einem solchen Maße, daß ein gutes Drittel des Buches aus Anmerkungen und von dem Text selbst wieder ein starker Teil aus Zitaten besteht. Nun ist gewiß „Quellennähe" ein großer Vorzug, aber um sie fruchtbar zu machen, bedarf es einer methodisch-kritischen Schulung, über die der Verfasser in ausreichendem Maß nicht verfügt. So werden Urteile von Freunden und Gegnern der einzelnen Personen und Greys insbesondere, Urteile aus den verschiedensten Zeitphasen und Konstellationen verhältnismäßig gleichwertig nebeneinandergesetzt, die „Arbeitsteilung" zwischen „Ins" und „Outs", die Mentalität der „Kautskys", die es in allen Ländern gegeben hat, die Motive der Anklage oder der Retouche aus den Bedürfnissen früherer Kampfstellung oder heutiger Politik, alle diese Gesichtspunkte kommen in der Quellenbewertung nicht genügend zur Geltung. So rühmenswert das Bestreben des Autors ist, sich selbst primär sein Urteil zu bilden — mitunter würde doch die Benutzung der schon geleisteten historischen Forschungsarbeit nützlicher gewesen sein als die in ihrer Art erstaunliche Kenntnis der Memoiren sowie der parlamentarischen und journalistischen Quellen. Es wird hier vermutlich noch an Einzelheiten nachzuprüfen sein, inwieweit mit dieser Methode Neues und Haltbares für die Auffassung der Krise von 1914 und nebenbei auch der deutschen Politik gewonnen ist. Ich möchte mich an die Hauptfrage, die Beurteilung Greys, halten.

Sie kreist um zwei Probleme, um das der „Aufrichtigkeit“ und das des „Friedenswillens“. Für beide, die unter sich naturgemäß eng zusammenhängen, werden die Meinungen anderer Männer über Grey, der Memoirenbericht und die Wirklichkeit seiner Taten, nebeneinandergestellt. Aus den „Meinungen“ ergibt sich gewissermaßen mit quantitativer Majorität die Wahrheitsliebe und bona fides des englischen Ministers. Der Verfasser überschreibt sein Buch mit den Worten Greys: „Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen; die Schwierigkeit besteht darin, an sie glauben zu machen.“ Ja, Lutz meint, was zugleich als Stilprobe gelten mag, diese Worte seien das „einzig passende Motto“ seiner Darstellung. Tatsächlich jedoch kommt der Verfasser, wie es gar nicht anders sein kann, wiederholt zu dem Schluß, daß es für Grey offenbar sehr schwer gewesen ist, die Wahrheit zu sagen. Dem Memoirenschreiber und dem Staatsmann werden berechtigterweise eine Fülle von Verschweigungen und Verhüllungen, von Halbwahrheiten und direkten Unwahrheiten nachgewiesen. Ebenso erheben sich die ernstesten Zweifel an der bona fides des Greyschen Friedenswillens. Lutz kommt gelegentlich zu der Meinung, so naiv, wie Grey sich hier (russisch-englische Flottenkonvention) stelle, könne er unmöglich gewesen sein. Im Grunde ist aber das doch die Lösung des Verfassers: Grey war neben anderen politischen Unzulänglichkeiten und staatsmännischen Mängeln vor allem „naiv“. Er lebte in einer erträumten Welt, er täuschte sich selbst mehr als andere, ohne Kenntnis des Kontinents war er unberechtigt mißtrauisch nach der einen, unberechtigt vertrauensselig nach der anderen Seite, er bildete sich den Glauben an die „freie Hand“ ein und merkte nicht, wie sie ihm entwunden wurde. Das Bild dieser „melancholischen“ Figur wird vom Verfasser (S. 166 ff.) mit viel Feinheit ausgeführt, auch sonst finden sich beiläufig eindringende psychologische Bemerkungen. Und doch scheint mir hier ein erheblicher Konstruktionsfehler vorzuliegen. Lutz selbst spricht mehrfach von der zähen Folgerichtigkeit, der nüchternen Kühle, der meisterhaften Technik der Greyschen Politik. Unter den zahlreichen Urteilen, die er anführt, ist keines vielleicht so beweiskräftig wie das des nahen und rückhaltlosen Mitarbeiters Churchills, wonach Grey „ein glänzendes Muster eines Engländers sei, der beste der Art“. Diesen Beobachtungen ist Lutz leider nicht nachgegangen. Grey bleibt für ihn ein Mann, der „wahrscheinlich innerlich beschämt“ (!) am russischen Drahte zappelt, dessen gedankliche Schutzmauer bei der Berührung mit der „rauhen Wirklichkeit“ (!) in Schutt zerfällt. Man wird von ferne und mutatis mutandis an den Ausspruch jenes

preußischen Artillerieleutnants über Napoleon erinnert: Ein herzensguter Kerl, aber dumm, dumm.

Von diesen Kategorien aus ergibt sich die eigentümliche Lage, daß Grey persönlich — trotz des Mottos —, wenn man will, mit unberechtigter Schärfe, jedenfalls mit einem Mangel an historischem Verständnis beurteilt wird, während aus dem gleichen Mangel heraus seine Politik eine ganz unberechtigt harmlose Deutung erfährt. Dafür aus der Fülle des Stoffes heraus nur je ein Beispiel. Lutz spricht ausführlich und kritisch über die russisch-englischen Marineverhandlungen. Es ist hier ja besonders klar, daß Grey den Lesern seiner Erinnerungen ebenso Sand in die Augen streut, wie er es seinerzeit Lichnowsky gegenüber getan hat. Man könnte hinzufügen, daß auch die neue englische Aktenpublikation wohl nicht zufällig den Bericht Buchanans vom 3. April 1914 verstümmelt wiedergibt (Nr. 125 Anl.). Ganz besonders belastend aber findet Lutz die Erwiderung Greys auf die Anfragen im Unterhaus, die durch die Nachricht von englisch-russischen Verhandlungen hervorgerufen wurden. Grey hat damals mit einer formalistisch korrekten Feststellung geantwortet, zugleich aber behauptet, beide Anfragen seien dadurch gedeckt. Das war offensichtlich unrichtig und bedeutete nach aller Überlieferung dieses parlamentarischen Versteckspiels nichts anderes als die Verweigerung genauerer Auskunft. Es ist die Frage, ob die Interpellanten überhaupt mehr erwarteten, als die Gerüchte in irgendeiner Form dementiert zu sehen. Jedenfalls erwies sich Grey der „rauhen Wirklichkeit" durchaus gewachsen, seine Haltung ist die des geübten und traditionsgebundenen Diplomaten, sie kann nicht nach dem Maßstab der Pilatusfrage, sondern nur nach dem der außenpolitischen und parlamentarischen Praxis beurteilt werden. Hier wie auch sonst übersieht Lutz, daß der Memoirenschreiber und der Staatsmann Grey in jedem Augenblick Diplomat von Beruf ist, daß er nach Zwecken der englischen Politik — der damaligen wie der heutigen — handelt. — Auch für die Verkennung der englischen Politik nur ein Beispiel: Der berüchtigte Erlaß Greys an Buchanan vom 25. Juli 1914 wird von Lutz ganz richtig (so, wie ich es im Märzheft des vorigen Jahrgangs der „Kriegsschuldfrage" gleichfalls getan habe) als einseitige Parteinahme und Ermunterung gegenüber Rußland, als Hinterhältigkeit gegenüber Deutschland interpretiert. „Aber", so meint der Verfasser, „dieser schwere Fehler Greys wird dadurch erheblich gemildert, daß der britische Staatssekretär von Beginn der Krise an eine Reihe von Vorschlägen zu ihrer Beilegung machte" (S. 208). Es hat etwas Rührendes, wie

der deutsche Beurteiler, indem er der englischen Politik einen Maßstab unbedingter Friedlichkeit anlegt, Grey erst einen „Fehler" aufmutzt und dann auf „mildernde Umstände" plädiert. In Wahrheit sind beide Seiten des Handelns vom Standpunkt der englischen Staatsinteressen aus eine offenbare Einheit. Die dolose Haltung des Erlasses vom 25. Juli wird nicht durch die Vermittlungspolitik „gemildert", sondern diese durch jene, wenn man will, kompromittiert. D. h. es wird klarer, als es bisher schon zu sehen möglich war, die Unterströmung dieser Vermittlungspolitik bloßgelegt. Ihr Sinn war nicht, wie es sich der Deutsche vorstellt, unbedingte Friedenserhaltung, sondern ein (am liebsten nur mit unkriegerisch-diplomatischen Waffen zu erringender) Sieg der Entente. Schon aus den Erinnerungen Greys ging hervor, daß die Sorge vor neuer Isolierung Englands, vor dem Zerbrechen des Entente-Instruments, vor der Gefährdung des Imperiums, ein beherrschendes Motiv der englischen Politik gewesen ist. Vollends nach dem Erscheinen der „Britischen Amtlichen Dokumente" kann daran kein Zweifel sein.

Damit ist der Punkt bezeichnet, von dem aus der Umbau des Lutzschen Buches vorzunehmen wäre. Gewiß ist Grey kein wirklich großer Staatsmann, gewiß auch kein Teufel in Menschengestalt gewesen. Gerade aber weil er mehr ein Engländer des Durchschnitts war, muß er in erster Linie als Sachwalter der englischen Interessen begriffen werden. Er hat ihnen keine neuen Wege gewiesen, wie es ein genialer Mensch vielleicht vermocht hätte, er ist abhängig gewesen von Vorurteilen, langsam in der Entscheidung, beeinflußbar im Entschluß. Auch seine Unkenntnis festländischer Dinge war gewiß ein Hemmnis. Um so besser aber wußte dieser Mitführer des liberalen Imperialismus in der „rauhen Wirklichkeit" des englischen Weltreichs und seiner Interessen Bescheid. Die Doppellinie einer Friedenspolitik mit friedensgefährlichen Mitteln ist nicht nur eine psychologische Angelegenheit, sondern entspricht aufs genaueste der Doppellinie, auf der die Sicherung des Imperiums seit der Wende des Jahrhunderts beruhte. Was die englische Politik in Europa tat oder unterließ, hatte immer seinen Nebensinn, häufig seinen Hauptsinn im Mittelmeer, in Persien und in Italien. Das sind Gesichtspunkte, die das Lutzsche Buch zu Unrecht vernachlässigt. Ein Mangel, der übrigens auch von Friedrich Stieve in einer wertvollen Besprechung des vorliegenden Werkes betont worden ist („Germania", 9. Januar 1927 M. A.) Stieve weist mit Recht darauf hin, daß der geläufige Vorwurf gegen die „insulare Beschränktheit" Greys nur zu sehr auf „kontinentaler Verengerung" des Gesichtsfeldes beruht, und er

betont den zähen, sicheren Instinkt der Greyschen Politik, die nur scheinbar Schwäche gegenüber Frankreich-Rußland war. Ich schließe mich dem Stieveschen Aufsatz insoweit ganz an und habe einen ähnlichen Standpunkt in dieser Zeitschrift schon früher vertreten (März 1926). Seitdem die englischen Akten zum Kriegsausbruch vorliegen, kann man das alles nunmehr schärfer präzisieren. Lutz hingegen folgt mehr dem alten Rezept, er belastet Grey und entlastet die englische Politik: Weil der Staatssekretär ein innerlich brüchiger Mensch war, geriet seine Politik in das Schlepptau stärkerer Genossen. Ja Lutz steht im Grunde der von England selbst ausgegebenen Parole nahe, daß Grey als schwerfällig-begriffsstutziger Staatsmann sich in die üblen, intriganten Methoden kontinentaler Diplomatie habe verstricken lassen.

Hier sind die wirklichen Hergänge nun vollends auf den Kopf gestellt. Denn eben die englische Politik ist es gewesen, die den Kontinent erst recht verstrickt hat. Grey war dabei zunächst der Erbe einer schon sich einlebenden Richtung, er hat sie dann seinerseits entscheidend gefördert. Von da aus in erster Linie ist seine Rolle in der Vorkriegsgeschichte zu beschreiben. Nicht so sehr Greys Charakter, wie vielmehr der Charakter der englischen Politik, der er sinngemäß und erfolgreich diente, bietet den Schlüssel des Geschehens [1]). Um des Imperiums willen wurden die doppelpoligen Schritte getan, die Lutz mühsam und widerspruchsvoll aus der psychologisch-moralischen Ebene zu „erklären" versucht — jene Schritte, die den Knoten wesentlich geschürzt und den gewaltsamen Ausbruch mit herbeigeführt haben.

[1]) Es würde zu weit führen, das im einzelnen hier zu belegen und die Lutzsche Darstellung der konkreten englischen Politik zu kritisieren. Für das Grundsätzliche verweise ich auf meinen Vortrag „Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik" (Archiv für Politik und Geschichte, Dezember 1926).

„Ein englisches Urteil über Barnes."

Ein Brief von Lowes Dickinson
und eine Entgegnung von Ferdinand Tönnies.

Im Februar-Heft „Die Kriegsschuldfrage" haben wir einen Aufsatz von Professor Dr. Tönnies: „Ein englisches Urteil über Barnes" veröffentlicht, zu dem wir von Professor Dickinson nachstehenden Brief erhalten haben, den wir mit einer Erwiderung von Professor Tönnies wiedergeben.

Die Schriftleitung.

Im Februarheft „Die Kriegsschuldfrage" macht Ihr Mitarbeiter Dr. Tönnies einige recht feine Bemerkungen zu meiner Besprechung des Buches von Professor Barnes „The Genesis of the World War". Es möchte unhöflich aussehen, wenn ich nicht ein Wort darauf erwiderte, obwohl ich weder die Zeit noch in der Tat die Neigung habe, einen langen Artikel zu schreiben. Meine Auffassung über den Ursprung des Krieges ist in meinem Buche „The International Anarchy", auf das Dr. Tönnies Bezug nimmt, ausführlich dargelegt, und ich habe noch keinen Anlaß gefunden, die darin ausgesprochenen Ansichten ernstlich zu modifizieren. Doch will ich zwei Punkte berühren, die für die vorliegende Erörterung erheblich sind. In der ganzen Psychologie der Vorkriegsjahre, insbesondere der letzten zehn Jahre, würdigen die Deutschen meines Erachtens nicht im vollen Maße die Furcht vor einem deutschen Angriffe, welche die Ententeregierungen beunruhigte und ihre Politik in einem Grade erklärlich macht, den mir die Deutschen nicht richtig einzuschätzen scheinen. Und zweitens legt die deutsche Rechtfertigung nicht genügenden Nachdruck auf die üblen Folgen des vorsätzlichen Versuchs Deutschlands und Österreichs, Europa im Ungewissen zu halten, während sie den Angriff auf Serbien vorbereiteten. Ich glaube, daß, wenn diese beiden Punkte in der Kriegsschuldfrage mit mehr Ernst behandelt würden, die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Geschichtsschreibern aller Länder näherliegen würde, als es jetzt der Fall ist.

G. Lowes Dickinson,
King's College Cambridge England.

Erwiderung.

Es liegt mir zunächst ob, ein Mißverständnis aufzuklären. Ich selber habe mich in einem Irrtum befunden und Herr Dickinson befindet sich in einem Irrtum. Ich habe gemeint, das kleine Kriegsbuch „The European Anarchy" sei das einzige Werk, das der Ver-

fasser zu unserer Frage beigetragen habe. Herr Dickinson meint hingegen, daß ich auf seine größere und bedeutendere Schrift „The International Anarchy 1904—1914“ hingewiesen hatte. Dieses vor etwa einem halben Jahre erschienene Werk — es unterscheidet sich schon durch seinen Umfang sehr stark, etwa 200 000 gegen etwa 34 000 Worte — habe ich erst jetzt kennengelernt und sogleich mit größter Aufmerksamkeit durchgelesen. Es ist ein außerordentlich gründliches, historisches Werk, das in ausgeprägter Weise um ein gerechtes Urteil sich bemüht. Der Grundgedanke, schon durch den Titel angezeigt, ist der, daß der Wettbewerb der Rüstungen und der gesamte Zustand Europas, in Verbindung mit den Praktiken der Diplomatie, mit der Unwahrhaftigkeit offener und geheimer Verträge, den Krieg notwendig gemacht hat. Dem Inhalt des Buches näher nachzugehen, ist gegenwärtig nicht meines Amtes. Hervorheben möchte ich nur, daß das jetzt ausgesprochene Bedenken des Verfassers, es sei die Tatsache von uns nicht gehörig gewürdigt, daß etwa zehn Jahre lang oder länger die Furcht vor einem deutschen Angriffe die Ententeregierungen beunruhigt habe, und ihre Politik in höherem Grade erklärlich mache als von uns anerkannt werde, in seinem eigenen großen Werke nicht zur Geltung gekommen ist; es ist natürlich kein Vorwurf gegen ihn, wenn er etwa erst neuerdings diesem Gedanken Raum gegeben hat. Ich halte aber diese Meinung nicht für hinreichend begründet, auch nicht nach der Sachlage, wie sie von Dickinson selber vortrefflich gezeichnet wird. Es scheint sich vielmehr daraus zu ergeben, daß das Deutsche Reich in jeder Beziehung Grund hatte, das Netzwerk zu fürchten, das die Verträge und Verabredungen jener Mächte über seinem und Österreichs Haupte zusammenzogen. So meint er, der Entschluß Großbritanniens und Rußlands, ihre Differenzen gütlich auszugleichen, sei ja an sich sehr vernünftig gewesen, „wäre es nicht, daß der Plan in eine verbundene Feindseligkeit gegen deutsche Zwecke und Politik sich entwickelte“ (S. 264). Ich weiß sehr wohl, daß die Furcht vor einer deutschen Landung im englischen Volke sehr verbreitet war; ich behaupte aber auch, daß die britischen Staatsmänner diese Furcht für lächerlich gehalten haben und die Überlegenheit ihrer Flotte nicht nur aufrecht zu erhalten unablässig bemüht waren, sondern auch dieser Überlegenheit sich sicher fühlten. — Was den vorsätzlichen Versuch Deutschlands und Österreichs betrifft, „Europa im Dunkeln zu lassen, während sie den Angriff auf Serbien vorbereiteten“, so vermag ich wiederum diese Meinung nicht aus der sehr durchdachten Schrift über die internationale Anarchie abzuleiten. Ich entdecke sie in ihrem Zu-

sammenhange nicht. Es wird vielmehr darin deutlich gemacht, daß die Balkankriege 1912/13 den Weltkrieg in ihrem Schoße trugen und daß die russische Politik, die mit so großer Sorgfalt das Bündnis der Balkanstaaten vorbereitet hatte, auch emsig beflissen war, nachdem Bulgarien ausgeschieden war, die übrigen Staaten und Rumänien in einem neuen Bund zusammen zu schmieden, „günstig für die Slawen und feindlich gegen Österreich, in Vorbereitung jenes für unvermeidlich ausgegebenen Krieges, der bestimmt war, Österreich-Ungarn zu zerstören und die ehrgeizigen Pläne der Slawen zu verwirklichen“ (S. 350). Daß Österreich-Ungarn bald nach der Mordtat diese als einen vorsätzlichen Angriff der serbischen Regierung erkannt und um seiner Selbsterhaltung willen für notwendig gehalten hat, ihn durch eine kriegerische Expedition abzuwehren, ist allerdings Tatsache; daß aber das bundestreue Verhalten Deutschlands dazu nicht richtig charakterisiert wird als ein gemeinsamer Angriff auf Serbien, geschweige denn als ein vorsätzlicher Versuch, Europa darüber im Dunkeln zu halten, könnte ich wiederum aus dem eigenen streng sachlichen Bericht unseres Historikers leicht erweisen: Dickinson weist auch nachdrücklich darauf hin, daß am 28. Juli die deutsche Politik ihre Haltung zu dieser Sache verändert und die verbündete Monarchie zu hemmen sich bemüht hat.

Ferdinand Tönnies.

Kleine Mitteilungen.

Anläßlich des Abschlusses des Werkes „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“ wurde dem Hauptherausgeber Dr. Friedrich Thimme gelegentlich eines Frühstücks beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Schubert eine Plakette überreicht. Eine photographische Reproduktion dieser Plakette stellt unser auf der ersten Seite gebrachtes Bild dar. Der sinnvolle Spruch wurde von Reichsaußenminister Dr. Stresemann gewählt.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Readjustment of Germany's Economic Structure, Promotes Trade with the Pacific Coast.

Mercantile Trust Review of the Pacific Band XV, Nr. 11.

In dieser Arbeit, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit auf Grund der durch den Dawes-Plan festgelegten Forderungen behandelt, heißt es:

„Der Dawes-Plan trat am 1. September 1924 in Kraft. Die Reparationen beruhen auf der Theorie, daß Deutschland und seine Verbündeten als die alleinigen Urheber des Krieges so weit als möglich alle seine Kosten und Schäden bezahlen sollen. In der Tat zwang der Vertrag von Versailles Deutschland in Artikel 231 und 237, seine Schuld in diesem Punkte anzuerkennen . . . Inzwischen beginnt ein neuer Gesichtswinkel in der Reparationsangelegenheit in Erscheinung zu treten. Die Gelehrtenwelt — und die französische Gelehrtenwelt sogar mehr als andere — kommt mit großer Schnelligkeit zu dem Schluß, daß Poincaré als Präsident von Frankreich im Jahre 1914, Viviani als Ministerpräsident mit Delcassé und den russischen Führern direkter und bewußter Urheber des Krieges waren, als Bethmann Hollweg und der Kaiser oder selbst Berchtold in Wien. Wenn diese Gedankenrichtung nicht abgelenkt werden kann, so kann die ganze Grundlage der Reparationen bald verschwinden. Deutschland ist jetzt im Völkerbund; das ist keine schlechte Rednertribüne, um an die ganze Welt zu appellieren. Die deutschen, österreichischen und russischen Regierungsarchive sind auch der Allgemeinheit geöffnet worden, die französischen, belgischen, italienischen und amerikanischen nicht. Es sieht sehr viel wahrscheinlicher aus, daß deutsche Reparationen keine weiteren zehn Jahre gezahlt werden, als daß Deutschland in zwanzig Jahren noch große Summen wegen seiner Alleinschuld am Kriege bezahlen wird."

War Guilt Tacties changed.

„New York Times", 4. März 1927.

Der Berliner Korrespondent der „New York Times" berichtet seinem Blatt über die Reichstagskundgebung zum Abschluß der Aktenpublikation:

„Deutschland hat seine Taktik in der Kriegsschuldfrage geändert. Anstatt andere zu tadeln, ist es jetzt damit zufrieden, zu

versuchen, seine eigene Unschuld zu beweisen. Dies war offensichtlich heute abend bei einer großen, im Reichstagsgebäude arrangierten Demonstration zur Feier des Abschlusses der Veröffentlichung der Dokumente des Auswärtigen Amtes über die Ursachen des Weltkrieges. Die Redner waren vorsichtig, nicht ein für fremde Nationen beleidigendes Wort zu sagen, und stellten lediglich fest, daß die Wahrheit siegen und zur Versöhnung der Völker führen muß . . . (Nach dieser Auffassung der „New York Times" muß man die nicht sehr erfreuliche Feststellung machen, daß das Blatt anscheinend die vornehme Zurückhaltung des Kanzlers als ein Aufgeben der moralischen Offensive in der Kriegsschuldfrage deuten möchte. Wir glauben daher, daß es notwendig ist, mit Nachdruck zu betonen, daß nach unserer Auffassung Deutschland nicht damit zufrieden ist, nur „zu versuchen, seine eigene Unschuld zu beweisen", sondern daß es das Ziel Deutschlands ist, die Aufdeckung der Wahrheit in der Kriegsschuldfrage herbeizuführen, ohne Rücksicht auf die Nationen zu nehmen, die augenblicklich glauben, daß sie durch politische Machtmittel ein gerechtes Urteil in dieser großen Frage dauernd niederhalten können.) Die Kriegsschuldfrage, wie sie von der Berliner monatlichen Veröffentlichung desselben Namens — „Die Kriegsschuldfrage" — ausgelegt wird, hat nach und nach vier Thesen in den letzten drei Jahren entwickelt:

1. Andere Kriegführende waren gleichschuldig mit Deutschland, welches von Rußland in den Krieg hineingezwungen und von Österreich-Ungarn getäuscht wurde.

2. Rußland, Frankreich und England waren die Hauptschuldigen in der gegebenen Reihenfolge: Rußland und Frankreich, weil sie sich verschworen hatten, irgendeinen Balkankrieg, der Rußland mit Österreich-Ungarn verwickelte, auszunutzen, und einzeln, weil Rußland eine allgemeine Mobilmachung befahl, „die den Krieg mit Deutschland unvermeidlich machte", und Frankreich, weil es Rußland unterstützte, während es sich hätte von dem Doppelbündnis zurückziehen können, weil Rußland und nicht Deutschland der Angreifer war.

(3.) Und Englands Schuld lag in der Tatsache, daß es sich weigerte, neutral zu bleiben, selbst nachdem Deutschland zugestimmt hatte, sich aus Belgien zurückzuziehen.

4. Deutschland ist gänzlich unschuldig, weil es von Rußland angegriffen, von Österreich-Ungarn getäuscht wurde und seine Bemühungen um den Frieden in Petersburg, Paris und London

ignoriert wurden, so daß es lediglich in Selbstverteidigung in den Krieg eintrat.

Die laufende Nummer der „Kriegsschuldfrage" enthält eine Anzahl Artikel von Ausländern, die durch die kürzliche Veröffentlichung der Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes inspiriert sind, welche die Periode 1871—1914 behandeln, „Die Große Politik der europäischen Kabinette", und die die These Nr. 4 entwickeln . . ."

Die Auffassung des Berliner Korrespondenten der „New York Times", daß „Die Kriegsschuldfrage" Thesen entwickelt, ist ebenso willkürlich wie die Thesen selbst. Fehlerhaft ist besonders die Auffassung, daß Deutschland von Österreich-Ungarn getäuscht worden ist. Wir wären sehr dankbar, wenn die „New York Times" den Irrtum ihres Korrespondenten so bald wie möglich richtig stellen würde.

British Revelations on the Outbreak of the World War. By Bernadotte E. Schmitt, Professor of Modern History in the University of Chicago.

Current History März 1927. Vol. XXV, Nr. 6.

In dieser Würdigung der britischen Dokumente zum Kriegsausbruch schreibt Professor Bernadotte E. Schmitt:

„Zum ersten Male hat einer der Sieger die Aufforderung zur Veröffentlichung angenommen und hat alle seine Karten aufgedeckt.

Die britische Original-Veröffentlichung mit gewissen später veröffentlichten Depeschen enthielt 164 Dokumente. In dem neuen Bande sind deren 677. Ein Vergleich der beiden Bücher läßt vier Beobachtungen zu:

1. Die im Jahre 1914 veröffentlichten Telegramme waren in Umschreibung gegeben um die Chiffern zu schützen; die Umschreibung war immerhin ehrlich ausgeführt. Nur einmal (soweit der Verfasser es bemerkt hat), war die Bedeutung geändert, und da anscheinend durch ein Versehen. In Nr. 110 der Darstellung von 1914 im letzten Satze des ersten Paragraphen scheint Sir Edward Grey eine Sprache zu gebrauchen, die nach Nr. 335 der neuen Ausgabe von dem deutschen Botschafter kam.

2. Von den 164 Originaldokumenten waren 44 mittels Auslassung gewisser Sätze „herausgegeben". Die ausgelassenen Teile beziehen sich nicht auf britische Politik, sondern auf die anderer

Regierungen; sie bieten ein etwas weniger günstiges Bild russischer und französischer Handlungsweise und eine etwas günstigere Ansicht des deutschen Benehmens.

3. Im ganzen kann man dasselbe Urteil über die 513 neuen Dokumente abgeben; nur in zwei Punkten ist eine gewisse Aufklärung notwendig. Aus dem Weißbuch könnte man annehmen, daß die britische Regierung nicht gegen die russische Mobilmachung war; in der Tat sagte Grey dem russischen Botschafter, daß er annehme, Rußland würde mobilmachen (Nr. 132). Zweitens wird die britische Haltung zur Neutralität viel klarer gemacht. Was neu ist, findet man in den „Anmerkungen" auf den Dokumenten, die von Sir Edward Grey, Sir Arthur Nicolson, permanentem Unterstaatssekretär, und Sir Eyre Crowe, Hilfsunterstaatssekretär, gemacht sind; diese sind sehr aufklärend und oft von höchster Bedeutung.

4. Keine Dokumente waren gefälscht. Es wird eine ausreichende Erklärung des Problems, das durch Nr. 105 des Weißbuches aufgestellt wird, gegeben. Dieses Dokument war eine Depesche vom 30. Juli, der ein französisches Memorandum über deutsche militärische Rüstungen, datiert 31. Juli, beigefügt war. Als auf den Anachronismus aufmerksam gemacht wurde, wurde das Datum unterdrückt, und viele Personen bezweifelten die Echtheit des Dokuments. Das Dokument war echt genug, aber der französische Botschafter hatte zwei Telegramme eingereicht, eins am 30. Juli, das zweite am 31. Juli, und in der Hast der Zusammenstellung des Weißbuches wurde das falsche Dokument gedruckt. Im allgemeinen schneidet die britische Regierung durch ihre eigenen Geheimpapiere außerordentlich gut ab. Während die Nachkriegsausgaben österreichischer, deutscher und russischer Dokumente zu ernsten Meinungsänderungen über die Politik der entsprechenden Regierungen geführt haben, wird die im Jahre 1914 geschaffene Ansicht von der britischen Politik nicht von Grund auf geändert werden, doch werden die Motive dieser Politik besser verstanden werden."

*

DEUTSCHLAND.

Eine Kundgebung zum Abschlusse der großen Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes.

Unter dem Protektorat des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände" und des „Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Kriegsschuldlüge" fand am 3. März 1927 im Reichstag eine

Kundgebung statt, bei der Reichskanzler Dr. Marx, Geheimrat Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy und Frau Klara Mende sprachen.

Der Reichskanzler führte in seiner Rede u. a. aus:

„Immer stärker regen sich in allen Ländern diejenigen Kräfte, die daran arbeiten, die Gegensätze zwischen den Nationen zu überwinden und ein Zusammenarbeiten herbeizuführen; aber der Kampf aller gegen alle, der als Ausfluß einer besonderen Zeitepoche die Nationen unseres Kontinents schon lange vor 1914 zu entzweien begann, liegt uns irgendwie noch im Blute, beherrscht noch unbewußt das Denken weiter Kreise und stemmt sich der Idee der Versöhnung entgegen. Da gibt es nur ein Mittel, das Hindernis zu überwinden. Wir müssen uns über den Sinn und das Wesen des ungeheuren Erlebnisses, des Weltkrieges, der hinter uns liegt, klar zu werden versuchen. Wir dürfen es ohne Anmaßung mit einem berechtigten Stolz aussprechen: Wir Deutsche waren die ersten, die den Weg zur Enthüllung der Wahrheit betreten haben. Als man uns auf die Anklagebank verwies und uns mit dem furchtbaren Vorwurf belastete, daß wir allein oder zusammen mit unseren Bundesgenossen das Unglück Europas entfesselt hätten, da faßten wir den Beschluß, von dem durch die Ankläger gefällten Urteil an die einzig sicheren Zeugen zu appellieren, die über unsere Absichten und Taten in der Vorkriegszeit Aufschluß zu geben vermochten: an die diplomatischen Urkunden, in denen diese Absichten und Taten niedergelegt sind. Wir haben ohne Rücksicht auf uns selbst die Schleier von unseren Geheimnissen gelüftet und drei einwandfreien Gelehrten die bisher sorgfältig verschlossenen Archive geöffnet. Wir dürfen wohl heute schon feststellen, daß auf Grund der von uns veröffentlichten Akten der politischen Epoche von 1871—1914 niemand mehr an den Beschuldigungen festhalten kann, die eine haßerfüllte Kriegspropaganda gegen uns über die ganze Welt verbreitete. Gerade hierin aber erblicken wir einen großen Fortschritt zugleich im Sinne der Völkerversöhnung. Denn wie kann eine wahre Eintracht erzielt werden, solange im Kreise der Völker eines oder einige moralisch gebrandmarkt bleiben? Wir wollen den Augenblick des Abschlusses der Aktenpublikation, die dem hohen Zweck der Wahrheit und geistigen Befreiung dienen soll, nicht vorübergehen lassen, ohne den Herausgebern, Herren Dr. Friedrich Thimme und Professor Mendelssohn-Bartholdy, die sich ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe mit unermüdlichem Eifer und tiefer Aufrichtigkeit gewidmet haben, von ganzem Herzen für die von ihnen geleistete Arbeit zu danken.“ Der Reichskanzler dankte weiter noch dem Oberst Schwertfeger,

der durch seine Wegweiser-Bände die Aktenpublikation ergänzt habe, und dem Verleger des Werkes, Leiter der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Hans Moeller. Er wies darauf hin, daß auch andere Regierungen beschlossen haben, dem deutschen Beispiele folgend, ihre Archive zu öffnen. Soeben sei der erste Band der englischen Aktenpublikation erschienen, der die Krisentage des Jahres 1914 behandelt. „Dadurch, so schloß der Kanzler, hat unser Kampf um Wahrheit und Verständigung immer wachsende Aussichten auf den endgültigen Sieg. In diesem Sinne heiße ich den Abschluß unserer Publikationen als ein bedeutungsvolles und freudiges Ereignis willkommen."

Geheimrat Dr. Mendelssohn-Bartholdy, der Mitherausgeber der Aktenpublikation, gab eine Würdigung des nunmehr abgeschlossenen Aktenwerkes. 16 000 Dokumente mußten aus den Archiven ausgewählt werden. Der Redner wirft die Frage auf: „Empfinden wir denn nicht alle in Deutschland, in Europa, wieder so bitter das Unvermögen der großen Gesellschaften, des Staates, der Parlamente, der öffentlichen Meinungen und ihrer Zeitungen zu dem, was ihres Berufes ist, zum sachlichen Beraten über den Weg, den das Volk gehen muß? Mit Friedrich Thimme stelle ich die Forderung, daß an dem Aktenwerk nun fortgearbeitet werde, wie die Herausgeber und ihre Helfer es getan haben, indem sie über die Parteikonfessionen hinweg an der politischen Bildung und an der Bürgertugend unseres Volkes gewirkt haben. Wir müssen das Unheil eines Krieges ändern können, dessen Erinnerung uns um so furchtbarer wird, je sicherer wir beim Vergleichen der Zeugnisse davon überzeugt werden, daß die Regierungen ihn nicht gewollt und nicht berechnend zur günstigen Zeit herbeigeführt haben. Sie machten es sich zu leicht, als sie in Paris vor acht Jahren die deutsche Offensive gegen Westen in einen lang vorbereiteten Angriff und in einen frevelhaften Überfall umdeuteten und den Zentralmächten die Schuld am Kriege aufluden. Ich bin aus diesen Hundertausenden von Zeugnissen nicht mit einer Anklage gegen diesen oder jenen, der vorsätzlich oder fahrlässig gefehlt hat, herausgegangen, sondern erfüllt von ungeheurem Mitleid mit allen, die ihre Anstrengungen der diplomatischen Friedenssicherung scheitern sehen mußten. Vielleicht gab es für einen Staatsmann wie Bismarck einen Ausweg aus der Verkettung, in der sich Europa befand. Wir wissen jetzt aus den Akten, was Bismarck damals zurückhielt, das Wort der Kündigung des Bündnisses mit Italien auszusprechen. Er hörte auf den Willen des Volkes, das am Dreibund hing. Alle Völker Europas müssen es aber heute

ändern können, daß noch einmal der Frieden der Welt durch das Spiel mit dem casus föderis aufs Spiel gesetzt wird. Wir wollen heraus aus der abergläubischen Furcht, die den Krieg aus Fahrlässigkeit, aus Mangel an der Kraft zum Frieden entstehen läßt. Zu dieser geistigen Anstrengung will das deutsche Aktenwerk im Verein mit denen, die ihm in der Welt folgen werden, helfen."

Frau Klara Mende sagte in ihrer Rede u. a.:

„Wenn wir die Öffnung der deutschen Archive und ihre Veröffentlichungen begrüßen im Sinne einer gesunden nationalen Erziehung des deutschen Volkes, so erwerben wir mit dieser Tat auch den Anfang einer glücklichen internationalen Erziehung. Wir fordern von unseren Kriegsgegnern auch die Öffnung ihrer Archive, und auf die Dauer können sie sich dieser Forderung gar nicht entziehen, ohne sich einer ungünstigen Würdigung auszusetzen. Deutschland hat sich nicht gescheut, seine Diplomatie vor aller Welt darzustellen. Warum tun es die anderen nicht? „Der Krieg geht nicht aus der direkten Aktion der Menschen hervor, der Krieg entsteht in einer dazu geeigneten Atmosphäre", rief einmal Briand in der französischen Kammer aus. Das ist auch unsere Auffassung; darum gibt es nicht einen Schuldigen, sondern Schuldige schlechthin. Die ausfindig zu machen, soll die Aktenpublikation mithelfen, helfen sie uns mit die anderen, dann kommen wir schnell zum Ziel. Auch der Friede geht nicht aus direkten Aktionen der Menschen hervor, möchte ich sagen, auch der Friede entsteht und gedeiht nur in einer dazu geeigneten Atmosphäre. Wir wollen sie schaffen, durch die Wahrheit, die wir verbreiten und erkennen helfen, wenn wir uns der deutschen Aktenpublikation bedienen."

Tribut und Schuldfrage. Von Hermann Lutz.

„Münchner Neueste Nachrichten", 6. März 1927.

„Anfang Februar 1927 hat sich nach der „New York Times" ein zurückgetretenes Mitglied des Transferausschusses, Sterrett, außerordentlich günstig über den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands geäußert. Ein Bericht darüber in den „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 9. Februar 1927 schließt, offenbar die Worte Sterretts wiedergebend, mit den Sätzen:

„Der Dawes-Plan sieht vor, daß Deutschland jährlich eine Kriegsschuld von 625 Millionen Dollar für alle Ewigkeit bezahlen soll. Selbstverständlich ist das unausführbar. Deshalb sollten die Nationen der Erde im Geiste des Friedens und der Versöhnung sich bald zusammensetzen und Deutschlands Endschuld festsetzen,

was bislang der herrschende Geisteszustand verhinderte. Alle diese Dinge sind zu 75 Prozent psychologischer und zu 25 Prozent ökonomischer Natur und jene Psychologie bessert sich fortschreitend."

Ein überaus interessantes Zeugnis! Der „herrschende Geisteszustand", der bisher eine versöhnliche Zusammenarbeit der Nationen „im Geiste des Friedens" verhinderte, ist ganz einfach die vergiftende Nachwirkung der Verleumdung von Deutschlands Kriegsschuld, und die „75 Prozent psychologischer Natur", die in einer Lösung des Zahlungsproblems eingeschlossen liegen, bestehen wiederum in nichts anderem als der Aufklärung der breiten Massen des Auslandes über die wahren Kriegsursachen."

Die Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes und die Öffentlichkeit. Von Clara Mende, M. d. R.

„Berliner Börsen-Zeitung", 19. März 1927, Nr. 131.

Frau Mende fordert stärkste Auswertung der „Großen Politik der europäischen Kabinette". „Die Resultate der historischen Forschung müssen in breite Kreise des In- und Auslandes getragen werden. Ein Werk der Erziehung beginnt. Aber nicht ein Verein, nicht ein Verband, nicht eine Partei kann sich allein berufen fühlen, über alle Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten hinweg muß deutsche Arbeit geleistet werden. Die deutsche Jugend, die seit zehn Jahren gelitten hat und noch leidet an allen Folgen der Ereignisse und Zustände dieser Zeitspanne, hat ein Anrecht auf reine ungeschminkte Wahrheit; sie hat ein Anrecht auf politische Bildung."

* * *

Von Kriegführung, Politik, Persönlichkeiten und ihrer Wechselwirkung aufeinander. Von Georg Graf Waldersee, Generalleutnant a. D.

„Deutscher Offizier-Bund" 1927, Nr. 8.

Graf Waldersee schreibt in seinen Ausführungen u. a.: „Es will mir scheinen, als hätte es selten eine schwierigere Aufgabe als die für den Chef des deutschen Generalstabes im Dezennium vor dem Weltkriege gegeben, die Aufgabe, unter den damaligen Umständen bei den Sprüngen und Schwankungen der inneren und äußeren Politik seine Maßregeln zu treffen und sie den Bedürfnissen und Mitteln anzupassen, die Aufgabe, im gegebenen Falle mit der Waffe die Politik fortzusetzen."

* * *

Amerika und die deutsche Republik. Ein Brief.

„Berliner Tageblatt", 6. März 1927, Nr. 110.

Der frühere amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau, hat an den Korrespondenten des „Berliner Tageblattes" in Washington, Dr. Max Jordan, einen Brief gerichtet, in dem er u. a. schreibt: „Es würde eine große Hilfe sein, wenn diejenigen, die die Sprecher des neuen Deutschland sind, ganz offen versichern würden, daß für alle politischen Handlungen, die vor der Errichtung der Republik, und darin ist auch die Kriegsschuld einbegriffen, begangen worden sind, die kaiserliche Regierung verantwortlich ist und nicht die heutige Demokratie oder die gegenwärtige Regierung." In ihrem Kommentar schreibt dazu die Redaktion des „Berliner Tageblattes": „Zu den Bemerkungen Morgenthaus über die Kriegsschuldfrage wollen wir kurz feststellen, daß die Versailler These, soweit sie eine deutsche Alleinschuld und eine planmäßige Herbeiführung des Krieges konstruiert, auch die kaiserliche Regierung zu Unrecht belastet, und daß wir eine These nicht anerkennen können, die wir in ihrem Umfang und ihrer Fassung für falsch halten."

Wir hoffen, daß diese Abfuhr Herrn Morgenthaus durch das „Berliner Tageblatt" genügen möge, um ähnliche Versuche unmöglich zu machen, der deutschen Demokratie mit Hilfe der Kriegsschuldfrage eine Falle zu stellen.

Deutsch-französische Freimaurer-Konferenz.

„Vossische Zeitung", 6. März 1927, Nr. 110.

In Frankfurt am Main wird demnächst die erste Konferenz nach dem Kriege zwischen den deutschen und den französischen Freimaurerlogen stattfinden. Der Konferenz ist ein schriftlicher Meinungsaustausch über einige politische Grundfragen vorausgegangen. Von den deutschen Großlogen war an Paris folgende Frage gestellt worden: „Sind die französischen Freimaurer bereit, der deutschen Nation alle Rechte eines freien Volkes zuzugestehen? Sind sie demgemäß bereit, Deutschlands Recht anzuerkennen, eine Revision des Artikels 231 des Versailler Friedensvertrages zu verlangen, der Deutschland die alleinige Schuld am Kriege zuschreibt?" Die Antwort darauf lautete: „Die französischen Freimaurer haben sich mit dieser rein politischen Frage bisher nicht befaßt, aber sie sind bereit, sie dem obersten Logenrat zu unterbreiten, der allein für die Beantwortung zuständig ist."

Neues zur Kriegsschuldfrage. Die britischen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. Von Alfred von Wegerer.

„Deutsche Tageszeitung", 25. März 1927, Nr. 142.

Der Verfasser gibt eine Besprechung der britischen Dokumente zum Kriegsausbruch und hebt insbesondere die aus diesen Dokumenten sich ergebenden Verhandlungen zwischen England und Rußland hervor. Er zeigt, wie frühzeitig die britische Regierung über die russische Mobilmachung orientiert war und wie wenig die führenden Männer des britischen Auswärtigen Amtes getan haben, um die russischen militärischen Vorbereitungen, die unweigerlich zu einem Zusammenstoß mit Deutschland und damit zu einem europäischen Kriege führen mußten, zur Einstellung zu bringen.

Die Kriegsschuldfrage und der italienisch-jugoslawische Konflikt.

Das „Giornale d'Italia" bringt am 19. März einen Bericht seines Belgrader Korrespondenten, in dem es u. a. heißt: die antiitalienische Kampagne werde von dem Direktor der Nationalbank Weifert, der bereits 1914 das Attentat in Sarajewo organisiert habe, finanziert. (Nach „Berliner Tageblatt" 1927, Nr. 134.)

Adria-Wolken. Von Dr. C. Mühling.

„Berliner Lokal-Anzeiger", 22. März 1927, Nr. 136.

In seinem Leitartikel, der dem italienisch-jugoslawischen Konflikt gewidmet ist, schreibt Dr. Mühling, daß der italienisch-albanische Vertrag von Tirana in Voraussicht von Ereignissen abgeschlossen worden ist, deren Eintritt Italien jetzt in London, Paris und Berlin zur Kenntnis gebracht hat. „In Belgrad hat noch vorgestern der Minister des Äußern in Abrede gestellt, daß solche Ereignisse eingetreten seien. Aber die jetzt fast bis in alle Einzelheiten aufgeklärte Vorgeschichte des Attentats von Sarajewo lehrt, daß solchen Versicherungen aus Belgrad gegenüber sehr großes Mißtrauen außerordentlich angebracht ist. Im letzten Heft „Die Kriegsschuldfrage" wird zum erstenmal in deutscher Sprache eine im Jahre 1911 geschriebene Broschüre abgedruckt, die nur für die Mitglieder der „Narodna Odbrana" bestimmt war und in der es wörtlich heißt: ‚Die „Narodna Odbrana" betrachtet Österreich als Serbiens hauptsächlichen und größten Feind und stellt es als solchen unserem Volke dar.' Diese Broschüre war der serbischen Regierung, von deren Mitgliedern viele der „Narodna Odbrana" angehörten, bekannt. Trotzdem hat sie es immer abgeleugnet, zu wissen, daß dieser Verschwörerverein irgendwelche feindlichen Absichten gegen die Nachbarmonarchie habe."

Die französische Rheinpolitik. Von L. Raschdau.

Tägliche Rundschau, 11. März 1927, Nr. 118.

Eine Besprechung der von Oncken gesondert veröffentlichten Einleitung zu seinem großen Dokumentenwerk über die Ursachen des Krieges von 1870/71 und die Rheinpolitik Napoleon III.

★

FRANKREICH.

Die Kriegsschuldfrage in der französischen Gegenwartspolitik.

Die hervorragenden französischen Politiker verstehen es, in geschickter Form bei allen Gelegenheiten die Kriegsschuldfrage zu berühren und immer erneut die Versailler Kriegsschuldthese als ein historisches Faktum hinzustellen.

Am 7. Februar hielt der französische Außenminister Briand auf einem Frühstück der „Poilus d'Orient" eine große politische Rede, in der er u. a. ausführte:

„Viele Leute in Frankreich reden und denken noch wie nach 1871. Wir sind nicht mehr Besiegte, sondern Sieger. Und Sieger welcher Art? Etwa rein materieller Natur? Etwa aus einem Kriege, dessen Beweggründe man zu verheimlichen hätte, um unseren Ruhm nicht zu verdunkeln? Nein, Sieger in einem Kampfe, den alle Welt als Dienst an der Menschheit angesehen hat, Sieger in einem Kriege, in dem Frankreich moralisch so stark war, daß die ganze Welt herbeigeeilt ist, um sich unter seine Fahnen zu reihen."

Am 27. Februar 1927 brachte „Le Petit Parisien" die so viel beachteten und kommentierten Ausführungen Briands über die deutsch-französische Annäherungspolitik. Briand sagte in diesem Interview u. a.:

„Unabhängig von den durchgesetzten Entwaffnungsmaßnahmen, deren Wirksamkeit der Marschall Foch anerkannt hat, denken Sie doch auch ein wenig über den Wert nach, den dieses ganze Netz von Verträgen mit befreundeten Völkern darstellt. Bringen Sie selbst diese freiwilligen Verpflichtungen des Reiches, von denen wir sprachen, in Abzug, und fragen Sie sich, ob angesichts eines derartigen Bündnisblocks selbst ein bis zu den Zähnen bewaffnetes Deutschland wie das von 1914 es gewagt haben würde, den Krieg zu entfesseln? Ich für meine Person sage: Nein!"

Am 27. Februar 1927 wurde auf dem Friedhof Seine-Port in der Nähe von Paris am Grabe Vivianis eine Gedenkfeier abgehalten, bei der Briand eine Rede hielt. Er feierte Viviani als Staatsmann und als großen Redner. Er erinnerte die versammelten Freunde Vivianis an die Stunden des Kriegsausbruchs 1914 und sagte:

„In jenen Tagen, über deren jeden einzelnen noch heute die führenden Männer dieser Tragödie nachsinnen, um ihre eigne Verantwortung zu ergründen und sich voll Angst zu fragen, ob das, was sie taten, gut getan und ausreichend war, stand mir René Viviani zur Seite, wie ich auf seiner Seite stand. Wir beide haben, belastet mit der erdrückenden Aufgabe, das Volk einer großen Geschichte zum Siege zu führen, der nicht nur sein eigner Sieg, sondern derjenige des Rechts war, sehr häufig unsere Sorgen, unsere Ängste und unsere Hoffnungen miteinander ausgetauscht." ... Schon jetzt habe die Geschichte ihr endgültiges Urteil über Viviani gesprochen: „Es ist ein Name, der nicht untergehen wird, dieser Name des sozialistischen Führers, des edlen Staatsmannes, des Träumers, des Idealisten, der, auf jenen tragischen Gipfel gehoben, von dem ein Wort, eine Geste genügte, um den Krieg auszulösen, die Verantwortung auf sich nahm, unsere Armee zehn Kilometer vom deutschen Boden entfernt anzuhalten."

Hätte Viviani im Juli 1914 bei seinem Besuch in Petersburg das rechte Wort gefunden, um die Abmachungen Poincarés mit dem Zaren zu verhindern, so hätte er dem Frieden wohl besser gedient als mit der zu späten, nur für England berechneten Geste, des Zurückhaltens der französischen Truppen in der 10-Kilometer-Zone.

Am 26. Februar 1927 schrieb Jaques Seydoux, der bis vor wenigen Monaten Direktor der Handelsabteilung im französischen Auswärtigen Amt war, in einem Aufsatz in „Le Petit Parisien" über Frankreichs auswärtige Politik: „In den Jahren von 1871—1914 hat niemand in Europa sich ohne die Erlaubnis Berlins zu rühren gewagt."

Im Märzheft 1927 der neugegründeten Monatsschrift „La Revue des Vivants" veröffentlichte Seydoux einen Aufsatz „Méthodes de la diplomatie allemande", in dem er die diplomatischen Methoden Bismarcks und seiner Nachfolger bis zur Gegenwart charakterisiert. Seydoux schreibt in dieser Arbeit:

„Wilhelm II., der die Methode Bismarcks anwandte, ohne sie zu verstehen, wollte in seiner auswärtigen Politik immer gewinnen,

immer vorangehen: indem er seine maritimen Rüstungen ebenso stark ausbaute wie seine Landrüstungen entfremdete er sich England; unaufhörlich beunruhigte er Frankreich und erreichte endlich, daß dieses so ausgesprochen friedliche Land sich derart bedroht fühlte, daß das französische Volk nach verschiedenen bösen Abenteuern den Krieg, als er kam, mit Freuden aufnahm. Aber es waren vor allem seine Orientträume, die ihn zugrunde richteten; der Besuch in Jerusalem, später die Bagdadaffäre, der Wunsch nach Expansion und Beherrschung, der Deutschland zur Türkei getrieben hat, beunruhigten schließlich die ganze Welt, hauptsächlich aber Rußland. Letzten Endes verlor Wilhelm II. den Kopf, überall fand er Widerstände, die Völker verteidigten ihr Eigentum und wollten vor den Befehlen des Herrn von Berlin nicht zurückweichen; seine Pläne nach Hegemonie und Gewaltherrschaft konnten nur nach einem siegreichen Kriege verwirklicht werden: Vorwärts getrieben durch die Militärpartei, vorwärts getrieben selbst durch die Industriellen, die sich bedroht fühlten, entfesselte Wilhelm II. die Katastrophe."

In diesem Artikel versucht Seydoux die Dinge genau auf den Kopf zu stellen. Nicht die Völker der Entente verteidigten ihr Eigentum, sondern Österreich-Ungarn wollte seine südslawischen Provinzen vor dem Zugreifen Serbiens bewahren, während Rußland nach dem Besitz von Konstantinopel und Frankreich nach dem Elsaß-Lothringens strebte. Welche Rolle die sogenannte Militärpartei, die, wie wir des öftern gezeigt haben, in Wirklichkeit gar nicht bestand, gespielt hat, zeigt ein Aufsatz im nächsten Heft. Wie wenig die Industriellen den Krieg wollten, berichtet der britische Botschafter in Berlin Goschen in seinem Schlußbericht an Grey, in dem er sagt: „Ich höre tatsächlich von allen Seiten, daß die Finanz- und Industriekreise absolut gegen einen Krieg in jeder Form sind — namentlich aber gegen einen Krieg, der in seinem Ursprung deutsche Interessen nicht berührt." (Brit. Dok. Nr. 677.) Was Seydoux' Auffassung über Wilhelm II. anbelangt, so wollen wir ihm die Auffassung des bekannten amerikanischen Senators Robert L. Owen gegenüberstellen, der in seiner Rede am 27. März 1926 sagte: „Wilhelm II. war der einzige dieser nationalen Führer, der, als er entdeckte, daß ein europäischer Krieg drohe, die größten Anstrengungen machte, den Krieg zu unterdrücken."

So einfach wie Herr Seydoux es sich vorstellt, liegen die Dinge nicht.

Die gleiche Zeitschrift bringt einen Aufsatz von Jules Cambon, der bis 1914 französischer Botschafter in Berlin war und heute Vorsitzender des Pariser Botschafterrates ist, über „Le rapprochement franco-allemand". Jules Cambon, von dem die „Kölnische Zeitung" (10. März, Nr. 184) sagt, er sei einer der Haupteinkreiser Deutschlands gewesen und habe grundsätzlich in der französischen öffentlichen Meinung das Mißtrauen gegen Deutschland geschürt, schreibt in dem genannten Aufsatz:

„Es gibt wenig Deutsche, wenn es überhaupt welche gibt, die nicht von der Unschuld Deutschlands an der Katastrophe von 1914 und der verbrecherischen Bosheit der Alliierten überzeugt sind. Diese Empfindung ist von all denen, die auf die öffentliche Meinung Einfluß haben können, sorgsam unterhalten und gepflegt worden. Man erkennt daraus, wie sehr gewisse Publizisten in den alliierten Ländern, die der Sache des Friedens zu dienen glauben, wenn sie den Versuch machen, Deutschland von seiner Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch zu entlasten, direkt dem Ziel, das sie sich gesetzt haben, entgegenarbeiten, denn ihre sorgfältig übersetzten Veröffentlichungen dienen nur dazu, die deutsche öffentliche Meinung in ihrem gefährlichen Irrtum gefangen zu halten."

Der „Temps" vom 3. März 1927 bringt einen Artikel seines über Deutschland wohl unterrichteten und in seinen Äußerungen stets sehr maßvollen Mitarbeiters, des Grafen Wladimir d'Ormesson: „La confiance en Allemagne". D'Ormesson entgegnet auf einen Aufsatz in der „Germania" vom 21. Januar 1927. Er versucht eine Begründung des in Frankreich gegenüber Deutschland bestehenden Mißtrauens zu geben:

„Der Franzose ist mißtrauisch geworden. Die Umstände, unter denen die Katastrophe von 1914 zum Ausbruch kam, der Vormarsch des kaiserlichen Deutschlands auf Belgien — d. h. auf Paris — damals, als nicht ein Franzose — wir können es vor Gott beschwören auf den Gräbern unserer 1 500 000 Toten — damals, als kein Franzose nicht nur den Krieg nicht wollte, sondern nicht einmal an seine Möglichkeit glaubte, haben in der französischen Seele eine argwöhnische Empfindlichkeit wachgerufen, die ihr ungewohnt und ihrer natürlichen Regung entgegengesetzt ist. Erst am 2. August 1914, 3 Uhr nachmittags, wurde den Franzosen der Krieg offenbar. Die gewaltigen deutschen Armeen setzten sich schon auf Lüttich in Bewegung. Von diesem Punkt nimmt alles seinen Ausgang, hierdurch rechtfertigt sich alles."

Wir verstehen durchaus den Argwohn und das Mißtrauen, den die französische Bevölkerung nach dem überraschenden Kriegsausbruch empfindet. Der Fehler liegt unseres Erachtens nur darin, daß sich dieses Mißtrauen gegen das kaiserliche Deutschland richtet, anstatt gegen die eigene Regierung, die bereits am 25. Juli Rußland vorbehaltlos die Unterstützung Frankreichs für den drohenden Krieg zusagte.

La publication des archives diplomatiques.

„Les Cahiers des Droits de l'Homme", 10. März 1927.

Der Vorstand der französischen Liga für Menschenrechte hat am 18. Februar einen Brief an den französischeu Außenminister gerichtet, in dem er erneut die Öffnung der französischen Archive fordert. In diesem Briefe heißt es:

„Wir sind uns, Herr Minister, vollständig der Schwierigkeit und der Größe der Aufgabe bewußt, die eine solche Veröffentlichung darstellt, aber wir können nicht umhin, Sie und uns daran zu erinnern, daß Deutschland, Österreich und Rußland bereits seit langer Zeit diese Aufgabe zu einem guten Ende geführt haben, und daß unser ehemaliger Verbündeter England jetzt seinerseits einen stattlichen Band veröffentlicht hat, der die Dokumente über den Ausbruch des Weltkrieges enthält. Ist es denkbar, daß Frankreich, das, was die anderen Staaten seit Jahren verwirklicht haben, nicht auch seinerseits verwirklichen könnte und steht nicht zu fürchten, daß bei längerer Hinauszögerung der Dokumenten-Veröffentlichung, man vermutet — wie dies schon in Deutschland und selbst in gewissen französischen Kreisen geschieht — daß wir Gründe hätten, der Welt das, was sie wissen will, zu verheimlichen?"

Die unbequeme Akten-Veröffentlichung.

„Kölnische Zeitung", 21. März 1927, Nr. 212.

Am 19. März hat bei einer Sitzung der Pariser Akademie für moralische und politische Wissenschaften der Professor Emile Bourgeois einen Bericht über den ersten ins Französische übersetzten Band der deutschen Akten-Veröffentlichung erstattet. Er hat die Wissenschaftlichkeit und Ehrlichkeit dieser Veröffentlichung angezweifelt. Schon der erste Band lasse den Charakter und die Tragweite dieser Dokumentensammlung erkennen. Sie sei einmal unvollständig, weil wichtige Schriftstücke ausgelassen seien, deren Vorhandensein durch den Briefwechsel von Thiers, Saint-Vallier und Manteuffel bezeugt sei. Andere Dokumente seien entstellt und

verkürzt, mit der nur schlecht verhüllten Absicht, dem Revanchegeist der Franzosen die friedlichen Absichten Bismarcks gegenüberzustellen. Professor Bourgeois hält es deshalb für unzweckmäßig, daß eine für die deutsche Propaganda bestimmte Veröffentlichung auf Französisch in Frankreich verbreitet werde, und bezeichnet dies sogar als einen Skandal.

Wir hoffen, daß die deutschen Herausgeber diese unerhörten Anschuldigungen gebührend zurückweisen werden.

ITALIEN.

Die Kriegsschuldfrage. Eine italienische Stimme.

„Germania", 17. März 1927, Nr. 128.

Die bekannte politische Zeitschrift „Echi e comenti" bringt einen längeren Artikel über die Verantwortung der Schuld am Weltkriege aus der Feder ihres Herausgebers, des Senators L o r i a. Dieser beginnt mit dem Hinweis, daß er nach der Lektüre der verschiedenen Grün-, Rot- und Weißbücher sofort den Eindruck gehabt habe, daß England eine ungeheure Verantwortung am Weltkrieg treffe. England habe sich absichtlich so gestellt, als ob es am Kriege nicht teilnehmen werde, während es in Wirklichkeit die Absicht gehabt habe, am Kriege teilzunehmen. England habe in heuchlerischer Weise so gehandelt, damit sich Deutschland festrenne und dann nicht mehr zurück könne. Wenn England später so getan habe, als ob es in den Krieg wegen des Bruches der belgischen Neutralität durch Deutschland eingetreten sei, so sei das eine offene Heuchelei gewesen. Der deutsche Einmarsch in Belgien habe England nur den willkommenen Vorwand gegeben, seine längst feststehende kriegerische Absicht mit dem Humanitätsmantel zu verschleiern. Im Grunde genommen sei aber die englische Verantwortung am Weltkrieg nur eine indirekte; die direkte Verantwortung habe Rußland auf sich geladen, und zwar besonders der russische Generalstabschef Januschewitsch durch seine Mobilmachung gegen Deutschland. Senator Loria beruft sich auf das 1915 in London erschienene Buch von Brailsford „Der Völkerbund". Rußland treffe die Hauptschuld am Kriege, so schließt Senator Loria seinen Artikel und die vielleicht noch offenen Streitfragen beständen nur darin, ob nicht Frankreich und England von der allgemeinen russischen Mobilmachung durch Januschewitsch gewußt hätten und mit daran schuld waren, wie Lumbroso in seinem neuesten bekannten Buche über den wirtschaftlichen und diplomatischen Ursprung des Weltkrieges an der Hand interessanter Dokumente zeigt.

SCHWEDEN.

Deutschland sah den Weltkrieg nicht voraus. Von Gustav Blomquist, früherem Presseattaché in Berlin.

„Nya Dagligt Allehanda", Sonntag, 13. Februar 1927.

Der Verfasser sucht an dem Verhältnis Deutschlands zu England während der nachbismarckischen Periode bis zum Weltkriege nachzuweisen, wie erstaunlich gering das Maß politischer Voraussicht gewesen ist, das die verantwortlichen deutschen Staatsmänner, insbesondere der Kaiser, besessen haben.

Er schildert zunächst den grundsätzlichen Unterschied der Politik Bismarcks, der ungeheuer geschickt und sicher seine Politik der Aufrechterhaltung einer, wenn auch etwas kühlen, auf gemeinsamen Interessen aufgebauten, Freundschaft mit England und Rußland durchführte, und der Kaiser Wilhelms II., der sich demgegenüber von augenblicklichen Gefühlen bestimmen ließ und immer wieder diplomatische Fehler beging, die er später seinen Mitarbeitern aufzubürden suchte.

Der Verfaser meint, es habe den Deutschen eigentlich nicht entgehen dürfen, wie England seit 1905 Schritt für Schritt seine Flotte gegen Deutschland zusammenzog. Am Schlusse geht er ausführlicher auf den Unterschied der englischen und deutschen Flottenleitung kurz vor dem Kriege ein. Der energischen und zielbewußten Politik Churchills, die der englischen Flotte während der Julikrise 1914 einen solchen Vorsprung in der Mobilisation gegenüber der deutschen gab, stellt er die Halsstarrigkeit des Kaisers entgegen, der die Norwegenfahrt ruhig weiter fortsetzen läßt und erst nach der Nachricht von dem Ultimatum die Heimreise zugibt. Beim Lesen der Memoiren merke man, daß sich in der deutschen Regierung die verschiedensten Seiten geltend zu machen suchten, während im demokratischen England Churchill ziemlich eigenmächtig die Leitung übernahm.

SERBIEN.

Frankreichs Verdienste um Südslawien. Interessante Eingeständnisse.

„Berliner Tageblatt", 19. März 1927, Nr. 132.

Der Belgrader Korrespondent des „Berliner Tageblatt" berichtet:

„Der Belgrader ‚R a d i k a l', das Organ des verstorbenen Stojan Protitsch, Innenminister während des Weltkrieges und Minister-

präsident in der Nachkriegszeit, dazu intimer Parteifreund Paschitsch's, behandelt die Dienste, die Frankreich Serbien während der letzten Kriege geleistet hat. Das Blatt schreibt, neben Rußland sei es das französische Volk gewesen, das Schulter an Schulter mit Serbien gestanden habe. Die französische Regierung habe die Vorbereitung für den Krieg ermöglicht. Heute könne man das Geheimnis lüften, daß Paris in der Zeit der Vorbereitung für die Kämpfe erklärte, Serbien könne immer damit rechnen, daß es alle Mittel erhalten werde, die für eine materielle Kriegsvorbereitung notwendig seien. Als unsere erste Mobilisation am 17. September 1912 statfand, war Poincaré Ministerpräsident, und er erklärte sofort, auch wenn Serbien besiegt werde, dürfe der Status quo auf dem Balkan nicht verändert werden. Keinen kleinen Dienst leisteten das französische Volk und seine Führer auch im Hinblick auf unsere Verteidigung im Juli 1914. Hätte die französische Regierung sich damals der russischen Regierung entgegengestellt, dann hätte Rußland uns schwerlich derart unterstützen können und dürfen, wie es im Juli 1914 der Fall gewesen ist."

Bücherschau.

Boghitchévitch: „Le Procès de Salonique" Juin 1917. André Delpeuch. Paris 1927, 183 S. (Besprechung im Maiheft.)

Churchill, Winston S.: „The World Crisis 1916—1918." Thornton Butterworth, London 1927, 2 Bde., 589 S.

Danilov, Youri: „La Russie dans la Guerre Mondiale 1914 bis 1917." Préface de Mr. le maréchal Foch. Payot, Paris 1927.

Demartial, Georges: „La Mobilisation des Consciences." Nouvelle Edition revue et vorrigée par l'auteur et augmentée d'un index des nommes cités. Les Editions Rieder, Paris 1927.

Demartial, Georges: „L'Evangile du Quai d'Orsay." André Delpeuch Editeur, Paris 1926. 189 S.

G. Demartial, während des Krieges als hoher Beamter im französischen Kolonialministerium tätig, den Forschern der Vorgeschichte des Krieges durch zahlreiche Studien bekannt, ganz besonders durch sein vorzügliches, auch ins Deutsche übertragene Buch „Comment on mobilisa les Consciences", beschäftigt sich zurzeit mit einem großen Werk über die „Geschichte der russischen Mobilmachung", ein Problem, das er mit vollendeter Sachkenntnis beherrscht. Wie gründlich diese Arbeit sein wird, zeigt der jetzt als Monographie unter dem gutgewählten sarkastischen Titel „Die Glaubenslehre des französischen Auswärtigen Amts" der Öffentlichkeit übergebene dreizehnte Abschnitt des zu erwartenden Buches.

Demartial bespricht darin zunächst, daß in dem von vielen Franzosen und auch von vielen mangelhaft unterrichteten Nicht-Franzosen als Verkünder unfehlbarer Wahrheit angesehenen französischen Gelbbuch vom Dezember 1914 (im Nachstehenden mit F bezeichnet) — von Unterdrückungen und Fälschungen über andere Fragen abgesehen — allein über die Mobilmachungen nicht weniger als 10 Dokumente unterschlagen, nicht weniger als 20 gefälscht sind.

Unterschlagen sind nach Demartial:

1. Ein durch den Bericht des Historikers N. Emile Bourgeois an den französischen Senat bekanntgewordenes Telegramm des französischen Botschafters Paléologue in Petersburg vom 26. Juli, worin er meldet: „Gestern (25.) bestätigte mir (m'a confirmé) der Kriegsminister die Mobilmachung" der vier südwestlichen Militärbezirke usw.

2. Das französische Wort „confirmer" wird bekanntlich durch „bestätigen" nur unvollständig wiedergegeben, denn es drückt aus, daß eine schriftliche oder mündliche Äußerung wiederholt wird. Paléologue oder der Militärattaché der Botschaft muß daher schon früher eine gleichlautende Mitteilung von russischer Seite erhalten haben, über die sicher auch berichtet wurde, die jedoch gleichfalls unterschlagen ist.

3. Während ihrer fünftägigen Heimreise vom Zarenhofe nach Dünkirchen haben Poincaré und Viviani vom Bord des Panzers „France" zweifellos zahlreiche Telegramme mit Paris, Petersburg und London gewechselt. Das Gelbbuch enthält nur ein einziges. Alle übrigen sind unterschlagen.

4. Nach den Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums hat Paléologue dort am 28. Juli „im Auftrag der französischen Regierung versichert, daß Frankreich gegebenenfalls bereit ist, die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen". Das Gelbbuch schweigt über diesen Auftrag.

5. Paléologue hat die Ausführung dieses Auftrags sicherlich gemeldet und dabei berichtet, wie er aufgenommen wurde. Das Gelbbuch schweigt.

6. Der Bericht Bourgeois' an den Senat führt folgendes Telegramm Paléologues vom 29. Juli an: „Nach dem russischen Generalstabe wird die deutsche Mobilmachung morgen, 30. Juli, angeordnet werden." Im Gelbbuch ist dieses Telegramm unterschlagen, das wohl auch von Bourgeois nicht vollständig wiedergegeben ist. Die Unterschlagung erfolgte offenbar deshalb, weil nicht bekannt werden sollte, daß die von Deutschland erst am 1. August angeordnete Mobilmachung vom russischen Generalstabe wegen der in Rußland getroffenen Maßnahmen schon zwei Tage früher erwartet wurde, daß somit Deutschland, weit entfernt die Ereignisse zu überstürzen, seine Mobilmachung nach Auffassung der russischen Militärs zwei Tage zu spät angeordnet und dadurch schwere militärische Nachteile in den Kauf genommen hat.

7. In der Nacht vom 29. zum 30. Juli unterläßt Paléologue selber jede Meldung über die nach seinen Memoiren ihm sofort sehr genau bekanntgewordenen Vorgänge, nach denen Rußland schon am 29. Juli die allgemeine Mobilmachung angeordnet hatte und diese nur in letzter Stunde infolge unmittelbaren Eingreifens des Zaren in Teilmobilmachung gegen Österreich umwandelte.

8. Am Abend des 29. oder frühen Morgen des 30. Juli hat der französische Botschafter in London, wie wir aus englischen und russischen Quellen wissen, den Auftrag erhalten, Grey an den bekannten Briefwechsel vom November 1912 zu erinnern. Das Gelbbuch enthält nichts darüber.

9. Ebenso ist die Meldung Cambons über Erledigung dieses Auftrags unterschlagen.

10. Am 2. August meldet Iswolski nach Petersburg, Poincaré habe ihm gesagt, die deutschen Truppen überschritten in kleinen Detachements die französische Grenze, weshalb die französische Regierung am Dienstag (4. August) in der Kammer erklären werde, daß Frankreich „das Opfer eines Angriffs" geworden sei, um auf diese Weise eine formelle Kriegserklärung an Deutschland zu vermeiden. Was nun Poincaré zu Iswolski sagte, mußte doch auch Viviani an Paléologue telegraphieren. Das Gelbbuch enthält kein solches Telegramm.

Schlimmer noch als diese Unterschlagungen sind die Fälschungen, die sich nicht wie bei den Farbbüchern anderer Mächte auf die Auslassungen einzelner Stellen in den Dokumenten beschränken, sondern die in dreimonatiger emsiger Arbeit auch neue Stellen eingefügt und manche Telegramme erheblich verändert haben. Besonders zu erwähnen sind folgende Punkte:

11. Eine Meldung Paléologues vom 29. Juli (F 91) behauptet, der russische Generalstab habe „festgestellt, daß Österreich seine militärischen Vorbereitungen gegen Rußland beschleunige" usw. Die dem Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß des Deutschen Reichstages vorliegenden authentischen Tagesberichte des russischen Generalstabes enthalten nichts derartiges.

12. Der durch russische Veröffentlichung bekanntgewordene Text eines Telegramms Vivianis an Paléologue vom 29. Juli (F 101) beginnt mit einem Hinweis auf die dem Botschafter „von Bord der ‚France' gesandten Instruktionen". Da diese Instruktionen sämtlich unterschlagen sind, mußte notwendig auch dieser Satz unterschlagen werden.

13. F 101 teilt ferner mit, Frankreich habe in Petersburg geraten, „keinerlei Anordnungen zu treffen, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung geben würden". Dabei ist der aus russischen Quellen bekannte hinterlistige Zusatz unterschlagen, Rußland könne ja „zeitweilig die Mobilmachungsmaßnahmen verlangsamen, was nicht hindern würde, daß es sie fortsetze und sogar intensiver gestalte".

14. Eine dritte Fälschung von F 101 ist folgende: Ein Satz, der lautet „Es wird keine Anstrengung zur Lösung des Konflikts im Interesse des allgemeinen Friedens unterlassen", ist in den Text derart eingereiht, daß er sich auf Frankreich bezieht. Bei richtiger Stellung nach dem von der französischen Liga für Menschenrechte ermittelten authentischen Text bezieht sich der Satz jedoch nicht auf Frankreich, sondern auf Rußland. Die Versicherung klingt dann freilich besonders merkwürdig, da sie unmittelbar auf die Erklärung Rußlands folgt, es bleibe ihm nichts anderes übrig, als „seine Rüstungen zu beschleunigen und den Krieg als unmittelbar bevorstehend zu betrachten".

15. Die nächste Nummer (F 102) stellt eine Fälschung von grundlegender Bedeutung dar. Sie ist aus zwei Telegrammen Paléologues vom 30. Juli 4 Uhr 31 nachmittags und 9 Uhr 15 abends zusammengezogen, wobei im zweiten Telegramm die entscheidenden Worte unterschlagen sind: „Die russische Regierung hat beschlossen, die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung durchzuführen." An die Aufklärung dieser Fälschung knüpfte sich ein ganzer Rattenkönig von Irrtümern, Widersprüchen, Ausflüchten und Berichtigungen von seiten des französischen Auswärtigen Amts, eine Komödie der Irrungen, die der Leser im Original bei Demartial nachschlagen möge.

16. Vom 30. Juli datiert auch das Täuschungsmanöver des 10-km-Rückzuges (F 106), das Demartial meisterhaft und gründlich (S. 78—85) zerpflückt, um mit den Worten zu schließen: „Die heuchlerischste und dümmste aller Kriegslügen ist das Symbol der Unschuld Frankreichs geworden und wird ohne jede Rücksicht auf die einfachste Vernunft immer wieder lärmend ausposaunt, ungeachtet der erdrückendsten Häufung von Gegenbeweisen, wie sie die Geschichte noch niemals gekannt hat."

17. Die unwahren Angaben in derselben Nummer (F 106) über die Priorität der militärischen Maßnahmen in Deutschland gegenüber denen in Frankreich bilden ein Kapitel für sich und werden von Demartial (S. 86—90) eingehend widerlegt. Die Machinationen, die mit diesem obendrein noch falsch datierten Aktenstück vor sich gegangen sind, und die schwere Mitschuld der Londoner Regierung an diesen Machenschaften sind inzwischen durch die neuen englischen Dokumente (Nr. 319 Anm.) aufgedeckt worden.

18. Voller unwahrer Angaben über die friedlichen Absichten Rußlands und den Kriegswillen Deutschlands ist auch F 114 vom 31. Juli.

19. Unterstützt wird die unwahre Darstellung der Krise durch den bekannten Brief Poincarés von demselben Tage (31. Juli) an den König von England, worin der Präsident der Republik sagt: „Wir haben von Anfang an unseren Verbündeten eine Mäßigung empfohlen, von der sie nicht abgewichen sind." Man vergleiche diese Versicherung mit dem Telegramm Sasonows nach Paris und London vom 27. Juli, worin er sich „jede mäßigende Einwirkung" verbat.

20. Das Telegramm Vivianis, worin er Paléologue die vom deutschen Botschafter am Abend des 31. Juli über die Haltung Frankreichs im Falle eines deutsch-russischen Krieges gestellte Anfrage mitteilt, beginnt im Gelbbuch (F 117) folgendermaßen: „Die deutsche Regierung hat mittags beschlossen, alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die der sogenannte Zustand der Kriegsgefahr mit sich bringt." Das mußte den Eindruck erwecken, als ob Deutschland diese Maßnahmen ohne besondere Veranlassung getroffen habe. Das Gelbbuch hat nämlich den von der französischen Liga für Menschenrechte ermittelten Satz unterschlagen, der hinter „deutsche Regierung" einzufügen ist und der lautet: „welche behauptet, daß die russische Regierung die allgemeine Mobilmachung ihrer Land- und Seestreitkräfte angeordnet hat".

21. In F 117 ist ferner der Schlußsatz unterdrückt worden: „Ich bitte mir umgehend zu berichten, ob die Tatsache einer angeblichen allgemeinen Mobilmachung in Rußland zutrifft."

22. Die Krone der Fälschungen ist F 118. Der authentische Text dieses am 31. Juli 10 Uhr 45 vormittags von Petersburg abgesandten und 8 Uhr 30 abends in Paris erhaltenen Telegramms Paléologues ist lediglich der folgende einzige Satz:

„Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet."

Dieser Satz ist durch folgendes ausführliches Phantasiegemälde ersetzt: „Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim, aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter überholen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen. Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben."

Diese Fälschung steht meines Wissens ohne Gegenstück in der Geschichte der Farbbücher von 1914 da, sogar das russische Orangebuch hat nichts Ähnliches aufzuweisen.

23. Am 1. August telegraphiert Viviani zweimal an sämtliche europäischen Botschafter (F 120 und 125), Rußland habe die englische Formel angenommen, „die eine Einstellung der militärischen Vorbereitung aller Länder in sich schließe".

Tatsächlich hatte hingegen Sasonow am 31. Juli erklärt, daß eine im Gang befindliche Mobilmachung sich nicht aufhalten lasse (englisches Blaubuch 120 und neue englische Dokumente 393).

24., 25. und 26. Am 1. August erfolgte ein wahres „Schnellfeuer" mit der Lüge, daß Österreich vor Rußland mobilisiert und dieses zur Nachahmung gezwungen habe. Viviani drahtet es an Cambon nach London

(F 127), der Direktor der politischen Abteilung sagt es dem britischen Botschafter (Blaubuch 126, neu 428), der Präsident der Republik wiederholt es Sir Fr. Bertie noch einmal (Blaubuch 134, neu 403). Die Hauptlüge für die Zeit von 1914—1927 war gefunden.

27. Der Direktor der politischen Abteilung ging so weit, zu behaupten, man habe auch den deutschen Botschafter von Schoen auf die Priorität der österreichischen Mobilmachung vor der russischen aufmerksam gemacht (Blaubuch 126, neu 428). Aber weder in dem Bericht Vivianis (F 125) noch in dem Schoens (Deutsche Dokumente 571) über die betreffende Unterredung findet sich davon die leiseste Spur.

28. Große Zweifel bestehen auch nach Demartial, wie der französische Botschafter in Wien in die Lage kommen konnte, in einem angeblich 6 Uhr morgens aufgegebenen Telegramm (F 115) die allgemeine Mobilmachung in Österreich zu melden, da sie doch nachweislich erst um die Mittagsstunde ausgesprochen worden ist.

29. Die Lüge über die Mobilmachungen bleibt aufrechterhalten für die Dauer des Krieges und für die Nachkriegszeit, obschon der „Matin" vom 1. August 1914 zwei Telegramme gebracht hatte, worin die Reihenfolge annähernd richtig gemeldet war, nämlich Erlaß des russischen Befehls am Abend des 30. Juli, des österreichischen in den ersten Nachmittagsstunden des 31. Juli.

30. Besonders sorgfältig werden die falschen Angaben über die Mobilmachungen in den Mitteilungen nach London ausgebaut. In einem Telegramm an Cambon vom 1. August (F 127) heißt es: „Deutschland hat unter dem Vorwand des Zustandes der Kriegsgefahr sofort die eigene Mobilmachung begonnen." — „Heute hat Paléologue telegraphiert, daß Graf Pourtalès der russischen Regierung die deutsche Mobilmachung angekündigt habe." — „Nachrichten, die im Kriegsministerium eingegangen sind, bestätigen, daß diese Mobilmachung tatsächlich in voller Ausführung ist." — „Der französische Mobilmachungsbefehl ist daher eine unbedingt nötige Vorsichtsmaßregel." — So viel Sätze, so viel Unwahrheiten.

* * *

Wenn man diese 30 Anklagepunkte noch so kritisch prüft, so kann man äußerstenfalls folgende Einwände erheben:

Zu 3. Daß Poincaré und Viviani von Bord der „France" in eifrigem Gedankenaustausch mit Paris standen, ist zweifellos richtig. Ob sie auch in der Lage waren, mit London und Petersburg direkt durch Zifferntelegramme zu verkehren, ist hingegen fraglich. Kaiser Wilhelm z. B. hatte an Bord der „Hohenzollern" nur die Schlüssel zum unmittelbaren Verkehr mit Berlin bei sich.

Zu 7. Die Schuld an dieser Unterschlagung ist vielleicht ausschließlich auf die Schuld Paléologues zu setzen.

Zu 11. Die unwahren Mitteilungen des russischen Generalstabes über die angeblichen militärischen Vorbereitungen Österreichs dürften wohl ausschließlich Petersburg zur Last fallen.

Zu 23. Die Angabe Vivianis, Rußland habe die englische Formel angenommen, könnte auch darauf beruhen, daß er über die Zurückweisung dieser Formel durch Sasonow, d. h. ihre Verdrehung, nahezu in das Gegenteil, noch nicht unterrichtet war.

Zu 28. Botschafter Dumaine kann durch Agenten falsch unterrichtet worden sein.

Abgesehen von diesen unwesentlichen Einschränkungen werden die mit logischer Schärfe vorgebrachten Argumente Demartials schwer zu widerlegen sein. Die große Sorgfalt, welche die Bearbeiter des französischen Gelbbuchs während dreier Monate darauf verwendeten, die wahren Spuren über die Vorgeschichte der russischen Mobilmachung sorgsam zu verwischen, beweist zur Genüge, welche grundlegende Bedeutung dieser Frage von seiten Frankreichs beigelegt wurde, wie gänzlich abwegig daher die Kritik jener Historiker ist, die mit überlegenem Achselzucken auf die Kleinarbeit herabschauen, durch die langsam Licht in das Dunkel der von der ententistischen Literatur verwirrten Reihenfolge der Mobilmachung gebracht worden ist.

Die Schrift Demartials beschränkt sich übrigens keineswegs auf solche „Chronologie". Sie erörtert ausführlich das ganze Problem der französisch-russischen Allianz und das Gesamtverhalten Frankreichs während der Krise von 1914 gegenüber dem aggressiven Vorgehen Rußlands. Besonders möchte ich hinweisen auf folgende Punkte: Anerkennung der Tragweite einer Mobilmachung beim Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention (S. 30); Geheimhaltung der Bestimmungen des Bündnisses vor dem französischen Parlament und Volke (S. 34); Nichtverpflichtung Frankreichs zur Teilnahme an einem Balkankriege (S. 38); Ungeschicklichkeit der Ausflüchte Vivianis und Berthelots (S. 40—42, 65); Folgen der französisch-englischen Abmachungen (S. 71); Berechtigung Deutschlands, sich Klarheit über die Haltung Frankreichs in einem deutsch-russischen Kriege zu verschaffen (S. 77); Heuchelei Frankreichs, nur zum Schutze Rußlands in den Krieg gegangen zu sein (S. 79); Betonung der Wichtigkeit der ersten Mobilmachungsmaßnahmen von französischer Seite noch im Februar 1925 (S. 89); Bedeutung der russischen Mobilmachung 1914 im besonderen (S. 107); Doppelgesicht Frankreichs gegenüber deutscher und französischer Mobilmachung (S. 111). Es sei warm empfohlen, alle diese Ausführungen in der Schrift Demartials selber nachzulesen, die zwar derbe Wahrheiten ausspricht, dabei jedoch in elegantem Stile geschrieben ist.

Graf Max Montgelas.

Erzherzog Josef: „Der Weltkrieg wie ich ihn sah — auf Grund von Tagebuchaufzeichnungen und amtlichen Akten." Budapest 1927, 700 S. (bisher nur ungarisch erschienen).

Frangulis, A. F.: „La Grèce et la Crise mondiale." F. Alcan, Paris 1927, 595 S.

Im Dienste der Wahrheit. Zum Abschluß der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes. Herausgegeben vom „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände". Berlin 1927, 63 S.

Eine mit Bildern und Facsimiles reich ausgestattete Festschrift, die Beiträge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und hervorragender Politiker und Wissenschaftler enthält.

Pinnow, Hermann: „Deutschland im Lichte ausländischer Schulbücher der Vorkriegszeit."

„Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen, die Schwierigkeit besteht darin, an sie glauben zu machen." Hermann Lutz hat dies Wort seinem letzten Werke: „Lord Grey und der Weltkrieg" als Leitspruch vorangestellt, ein Wort, das von dem verantwortlichen Führer der englischen Vorkriegspolitik selber stammt und das allerdings auf dem Gebiete des Kriegsschuldproblems in sehr schmerzlicher Weise seine Bestätigung findet. Freilich macht die unermüdlich und unerbittlich arbeitende Wissenschaft Fortschritte, die in wissenschaftlich gerichteten Kreisen heute allgemein anerkannt sind. Jeder Kenner weiß, welcher Umschwung sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Zugeständnisse sind gemacht, die man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätte. Das Jahr 1919 könnte sich heute in Versailles nicht wiederholen.

Auf der anderen Seite darf man sich aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß die große Masse der Völker wenig davon berührt worden ist. Tritt uns doch sogar in Deutschland in beklagenswerter Weise Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit in dieser Lebensfrage des Volkes entgegen, politische Belastung und wirtschaftliche Kämpfe kommen hemmend hinzu. Und auch im Auslande zeigt sich in erschreckendem Maße das Beharrungsvermögen des einmal eingewurzelten Vorurteils.

Das tritt besonders zutage auf einem Gebiete, wo die Auswirkung die verhängnisvollste Bedeutung hat, dem der Erziehung und Schule. Jeder Versuch, die Völker einander näher zu bringen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn hier Gegenwirkung einsetzt. Das bedarf keines weiteren Beweises. Die Gesinnung der Zukunft wird jetzt geschaffen.

Damit eröffnet sich auch für die geistige Arbeit in der Kriegsschuldfrage ein besonderes Feld, das auch in dieser Zeitschrift, die ja in erster Linie der wissenschaftlichen Forschung gilt, nicht übersehen werden kann. Es ist die praktische Seite, die auch gewürdigt werden muß. Es muß auch die Frage beantwortet werden, wie wird die Jugend in den einzelnen Ländern heute erzogen? Was erfährt sie heute von der Kriegsentstehung, den Ursachen, den Kräften, die die Weltkatastrophe herbeigeführt haben? Auf das Wort „heute" ist besonderer Nachdruck zu legen. An Erörterungen über die Frage, wie es in dieser Hinsicht vor dem Kriege stand, fehlt es nicht — wenngleich noch mehr zu geschehen hätte —; es ist klar, daß die Schule ihre große Bedeutung für die politische Richtung der Länder gehabt hat, so gut wie die Presse.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Beantwortung dieses Problems hat die oben genannte Schrift geliefert. Sie hat sich die bedeutungsvolle Aufgabe gestellt, eine zusammenhängende Übersicht zu geben von der Beschaffenheit der Lehrbücher, die in den Schulen unserer ehemaligen Gegner in Gebrauch sind. Untersucht ist hauptsächlich die pädagogische Literatur Frankreichs und Belgiens. Auch England und Amerika ist nicht ganz unberücksichtigt geblieben.

Die ungeheure Wichtigkeit der Fragen springt in die Augen. Paul Rühlmann, dessen Name unter den Unterzeichnern des Werkes sich befindet, der bekannte Fachmann auf dem Gebiete des französischen

Schulwesens, hat an anderer Stelle darauf hingewiesen, wie eng in Frankreich Politik und Schule verbunden sind, wie die französische Verwaltungstradition die Schule, besonders die Volksschule, als ein „instrumentum dominationis" betrachtet und diese, ganz anders als in Deutschland, ein Werkzeug der Regierung darstellt. Der französische Volksschullehrer untersteht nicht einem Schulmann, einem Vertreter des Unterrichtsministeriums, sondern einem politischen Beamten, dem Präfekten. Das bedeutet Politisierung der Schule.

Damit gewinnt die Sache erhöhte Bedeutung. Jedenfalls kann dort der Geist der französischen Politik nachgeprüft werden. Er muß sich auch in den Lehrbüchern, die von der Behörde gebilligt werden, widerspiegeln. Das ist beachtenswert, besonders in unseren Tagen. Jedenfalls kann man feststellen, ob es mit Locarno dort Ernst ist.

Schon 1924 hat die Conciliation internationale eine Untersuchung über die französischen und deutschen Schulbücher veranstaltet und das Resultat veröffentlicht. Sicher ein dankenswertes Unternehmen. Doch kann die Schrift nicht als befriedigend angesehen werden. Einmal ist die Auswahl der geprüften Werke für Frankreich und Deutschland nach ganz verschiedenen Grundsätzen erfolgt, und weiter ist die Methode der Untersuchung nicht einheitlich; ein objektives, wissenschaftlich befriedigendes Ergebnis konnte so nicht gewonnen werden. Es war mindestens eine Ergänzung und Berichtigung notwendig. Diese ist in der oben genannten Schrift geleistet.

Sie ist herausgegeben im Auftrage des Verbandes deutscher Geschichtslehrer. Zehn seiner Mitglieder haben französische und belgische Lehrbücher der Geschichte, auch der Sprache und der Literatur, in möglichster Vollzähligkeit genau durchforscht in Rücksicht auf den Geist, den sie atmen, und die Richtigkeit der Darstellung. Die mit dem Streben nach Völkerversöhnung und Wahrheit nicht in Einklang stehenden Stellen sind herausgehoben, zusammengestellt und wörtlich wiedergegeben. Das gesamte so gewonnene Material ist dann überarbeitet und kritisch gewürdigt von Oberstudienrat Pinnow in Kassel, der dem deutschen Geschichtslehrer als Fachmann bekannt ist und selbst eine Reihe von französischen Lehrbüchern durchgesehen hat.

Zum Unterschiede von der oben erwähnten französischen Untersuchung hat die deutsche ihre Auswahl auf die Unterrichtswerke beschränkt, die nach dem Kriege geschrieben sind und bis 1925 auf den Schulen benutzt wurden. Es kann daher behauptet werden, daß ein im ganzen zutreffendes Bild des heutigen Zustandes erreicht ist, wenngleich selbstverständlich im einzelnen Modifikationen möglich sind. Und nochmals sei an die oben erwähnte Feststellung Rühlmanns erinnert.

Man wird also den Wert der deutschen Publikation hoch anschlagen müssen. Wie steht es damit?

Es sind beanstandet 25 französische, 6 belgische, 5 englische, 3 amerikanische Schulbücher, natürlich nicht gleichmäßig; das liegt auf der Hand. Und es muß auch hervorgehoben werden, daß erfreulicherweise einige geprüfte Bücher — es werden 8 genannt — als einwandfrei bezeichnet werden können, ebenso, daß in Frankreich eine gewisse Gegenwirkung gegen den völkervergiftenden Nationalismus eingesetzt hat. Die Vereinigung der sozialistischen Lehrer dort, die 78 000 Mitglieder zählt, bekämpft den Gebrauch einer Anzahl von Schulbüchern,

die dem Geiste der Verständigung nicht entsprechen. Sie hat eine schwarze Liste solcher Werke aufgestellt, deren Namen sich zum Teil auch in unserer Schrift befinden. Es ist auch, das sei betont, einzelnen besonders berüchtigten Ungeheuerlichkeiten dort entgegengetreten, so der Lüge von den abgehackten Händen belgischer Kinder, und der Schauermär von der Erschießung eines kleinen Franzosen, der mit einem Holzgewehr spielte, durch einen deutschen Offizier. Doch muß man sich leider überzeugen, daß dieses Streben nach Beseitigung sogar dieser Lügen keineswegs überall gelungen ist. In manchen Büchern sind sie heute noch zu finden.

Aber im ganzen ist doch zu sagen: Das Ergebnis ist niederschmetternd. „Je mehr sich die Darstellung der Gegenwart nähert, um so lauter wird der Chor derer, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so ziemlich für alles Leid verantwortlich machen, das die europäische Welt in vergangenen Jahren zu tragen hatte und noch immer trägt.“ Das ist das Urteil Pinnows. Und er bringt so viel Beweise, daß ihm nicht widersprochen werden kann.

Hier soll nur auf die Kriegsschuldfrage eingegangen werden. Die Vergiftung durch die Kriegsgreuellegende, die eine sehr große Rolle in der pädagogischen Literatur dort spielt, bildet ein besonderes Kapitel für sich, das hier nicht behandelt werden kann. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Leser einen geradezu abscheuerregenden Eindruck bekommt. Wir wollen bei dieser unerquicklichen Sache nicht stehen bleiben, sondern uns der Darstellung der Ursachen und des Ausbruchs des Weltkrieges zuwenden.

Am bedenklichsten ist es, daß die Entstehung des Krieges von sehr vielen Autoren mit den Grundzügen der deutschen Sinnesart in Verbindung gebracht wird. Diese erscheint in düsteren Farben: wie in der deutschen Geschichte Machthunger, Beutegier und Raublust die treibenden Faktoren sehr häufig gewesen seien, so habe auch der Grundsatz: „Gewalt geht vor Recht“, der auf deutscher Seite gepredigt wurde, den Weltkrieg hervorgerufen. Bethmanns Wort von dem Fetzen Papier kennzeichne die deutsche Mentalität. Damit paare sich Überheblichkeit, hochmütiger Stolz auf die deutsche Kultur, unermeßliche Herrschsucht; sie mußte sich politisch dahin auswirken, die Welt nach deutschem Bilde umzugestalten.

Dieser Machthunger und kulturelle Größenwahn hatte das ganze Volk ergriffen. Besonders grell zeigt es sich in den politisch und militärisch führenden Schichten, am meisten natürlich in Wilhelm II., der als ein wahres Ungeheuer geschildert wird. Es ist wohl überflüssig, diese Einseitigkeiten und groben Verzerrungen weiter anzudeuten. Das schlimmste aber liegt darin, daß so ein ganzes Volk infamiert und als kulturell, sittlich und politisch minderwertig hingestellt wird. Es ist auch sehr schwer, hier Entgiftung zu versuchen. Denn es ist leicht, auch für die sinnloseste Anklage so allgemeiner Art scheinbares Beweismaterial beizubringen.

Die Darstellung des Kriegsausbruches selbst, die Schilderungen der Ereignisse und Zustände ergibt kein besseres Bild. Man gewinnt den Eindruck, daß eine große Anzahl dieser Pädagogen die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit keines Blickes gewürdigt haben muß.

Deutschland war am besten und stärksten gerüstet. Die Vermehrung seines Heeres und Vergrößerung seiner Flotte, die Organisation einer unerhörten Spionage beweisen seine Kriegsabsicht.

Seine Bestrebungen sind klar: Unterjochung Frankreichs, Zerstückelung der französischen Republik, Raub der Kolonien; sogar den Erwerb von Häfen im Süden als Kriegsziel Deutschlands hinzustellen, ist einem amerikanischen Pädagogen vorbehalten geblieben. Das Attentat von Sarajewo diente nur als Vorwand, den Krieg zu entfesseln, ebenso die russische Mobilmachung; jede Konferenz, jeden friedlichen Plan hat Deutschland vereitelt. Es gab 1914 nur vier friedlich gesonnene Mächte: Frankreich, England, Italien, Rußland — es wird immer wieder das eine Thema variiert: Deutschland allein schuldig. Höchstens wird noch Österreich genannt als ebenfalls verantwortlich. Nur eine Probe sei gegeben von der Art, wie die kleinen Schüler in einem Lehrbuch über die Entstehung des Krieges belehrt werden: „Der Kaiser Wilhelm II. war ein böser Mensch. Anstatt seinem Volke zu sagen, daß der Fortschritt nur durch Arbeit sich vollzieht, daß das Glück nur in Güte, Ehrbarkeit und Gerechtigkeit besteht, sagte er ihm: „Seht das schöne, reiche Frankreich! . . . . Folgt mir zum Kriege, und alle diese Reichtümer sollen euch gehören!". Das ist böse Vergiftung.

Es ist im ganzen ein dunkles Bild, das sich so zeigt. Solange hier keine Besserung eintritt, wird die Wissenschaft Mühe haben, sich durchzusetzen. Wirklich realisierbare Besserungsvorschläge zu machen ist nicht leicht. Ob eine Kontrolle durch ein beim Völkerbund zu schaffendes Amt segensreich wirken kann, wie im Vorwort angeregt wird, wird manchem zweifelhaft erscheinen. Wenn es möglich ist — es wird noch Zeit vergehen, bis die Ausführung erfolgen kann. — Aber es gibt doch auch in den Ländern unserer früheren Gegner Männer, die Sinn dafür haben, daß nur gemeinsame Arbeit, nicht gegenseitige Vernichtung Europa retten kann. Unsere Schrift führt den belgischen Unterrichtsminister Huysmans an, der den Kampf gegen diese Haßliteratur aufgenommen hat. Er fordert in seinem Erlaß vom April 1926, daß pädagogische Bücher sowohl die Pflichten des Patriotismus wie der internationalen Moral predigen sollen. Dringt diese Forderung durch, dann kann es besser werden.

Professor Schrader.

The War Guilt. A Series of Illuminating Articles from the Columns of "The Progressive". Published by The Steuben Magazine Corporation, New York. 1927. 127 S.

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber"

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

Ein deutscher Schlüssel zur englischen
„Großen Aktenpublikation"

Lord Grey und der Weltkrieg

Ein Schlüssel zum Verständnis der britischen amtlichen Aktenpublikation über den Kriegsausbruch 1914

Von **Hermann Lutz**

XII, 421 Seiten. Gr. 8°

In Pappe **M. 16,—**, in Halbleder **M. 25,—**

Hermann Lutz, einer der besten Kenner der englischen Politik, der berufene Herausgeber der englischen Aktenpublikation, beleuchtet in seinem Buche, das die geschichtlichen Tatsachen objektiv untersucht, die politische Wirksamkeit Lord Greys und zieht aus seiner Untersuchung der Memoiren Greys und der englischen Vorkriegsdokumente bedeutungsvolle Schlüsse im Zusammenhang mit der Frage der Schuld am Kriege.

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands während des Weltkrieges

Voranzeige

Das zaristische Rußland im Weltkrieg

Neue Dokumente aus den Russischen Staatsarchiven über den Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Italiens in den Weltkrieg

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

LIX, 337 Seiten. Gr. 8°

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Wilhelmstraße 66

Das moderne, umfassende Nachschlagewerk über Fragen der Politik im weitesten Sinne

Politisches Handwörterbuch

Unter Mitarbeit von über 180 führenden Fachleuten und redaktioneller Mitarbeit von Dr. Kurt Jagow gibt Prof. Dr. Paul Herre etwa 4500 einzelne Aufsätze heraus, die Persönlichkeiten und Organisationen der internationalen Politik unter Wahrung strenger Unparteilichkeit behandeln.

2 Bände in Lexikonformat mit über 2000 Seiten Text, statistischem Material, Tabellen, graphischen Darstellungen und farbigen Karten

In Halbleinen 56.— RM.

K. F. Koehler / Verlag / Berlin W 9 und Leipzig

Ein neues Buch, das größte Beachtung verdient:

Die Südtiroler Frage

Entstehung und Entwicklung eines Europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit

von

PAUL HERRE

1927. 430 S. Gr. 8°. Geheftet ℳ 12.—, in Ganzleinen ℳ 16.—

Die Kritik: „...Herres Darstellung des Südtiroler Problems ist peinlich exakt, leidenschaftslos, wahrheitsgetreu und in der Zielsetzung außerordentlich gemäßigt... Das Unrecht, das Italien in Südtirol begeht, wird ins volle Licht gerückt, ohne daß der Verfasser sich irgendwo zu Schlagworten oder Drohungen hinreißen läßt. Es reden die Tatsachen ihre wuchtige, unwiderlegliche Sprache." Münchner Neueste Nachrichten.

„...Das ganze Buch ist von der ersten bis zur letzten Seite spannend geschrieben, dabei nicht polemisch, sondern durch die geschichtlichen Vorgänge überzeugend und mit dem ernsten Willen zur Verständigung zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien." Hamburger Fremdenblatt.

C. H. BECK ★ MÜNCHEN

Wer

Aufbauarbeit

leisten will, lese die Monatshefte

Heimat und Volk

die über nationale Fragen eingehend unterrichten, den bodenständigen Heimatgedanken pflegen und vertiefen, den berufsständischen Gedanken pflegen und fördern und den Weg weisen, wie der Neuaufbau unseres Volkes und Vaterlandes geschehen kann.

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte:

Volk in Not! von Volkswirt Kurt Dühmert
Die großdeutsche Befreiung von Landgerichtsrat H. Graner-Stuttgart

Bezugspreis vierteljährlich nur **1.25** RM., für das Ausland halbjährlich **3.00** RM. — Bezug durch die Hauptgeschäftsstelle, **Berlin S. 14.** Postscheckkonto: Berlin 107928.

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren
Silberausstattungen

gegründet 1767

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

Wer sein Haar nicht färben,
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden"

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38
Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Friseursalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken.

Ganz besonders möchten wir auf die Inserate der Kurorte in diesem Heft aufmerksam machen.

Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen an die Kurverwaltungen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

HERZHEILBAD

ALTHEIDE

Ganzjährig geöffnet

Prospekte kostenfrei durch die Badeverwaltung Altheide (Schlesien)

Berchtesgaden

das Paradies der bayerischen Alpen

Alpines Solbad / Erholung / Höhenluftkurort / Touristik

Auskünfte und Prospekte
kostenlos durch die **Kurdirektion Berchtesgaden,** Postfach 41

BORKUM

das deutsche Nordseebad

Reinstes Seeklima
stärkster Wellenschlag
steinfreier Strand

BÜHLERHÖHE

800 m üb. dem Meere im Schwarzwald bei **BADEN-BADEN** Luftkurort mit subalpinem Höhenklima

Sommer- und Winterkuren, Wintersport

Kurhaus 85 Betten } für Erholungbedürftige,
Sanatorium 60 Betten } Nerven- und innere Kranke

Elektrische und Hydro-Therapie / Diät / Stoffwechsellaboratorium

DEUTSCHES NORDSEEBAD

Büsum

in Schlesw.-Holstein * Reichsbahnstation

Auskunft und Führer kostenlos durch die Badeverwaltung

Sommerkurorte, in denen „Die Kriegsschuldfrage" ausliegt

Diese vier:

Sonne Sand Seewind Salzwasser

bringen Ihnen Lebensfreude

Auf, ins Nordseebad CUXHAVEN!

Bad Driburg

Am Teutoburgerwalde

Kohlensaur. Stahl- u. Schwefelmoorbad

heilt

Blutarmut, Frauen-, Herz-, Nieren- und Blasenleiden, Gicht und Rheuma

Kurzeit Ostern bis 31. Oktober

Kostenlose Badeschrift durch Gräfliche Kurverwaltung

EISENACH

UND DIE WARTBURG

Der schönste Fremdenort Thüringens

Volle Pension ab Mark 6,—

Bad Flinsberg

im Schlesischen Isergebirge, 524—770 m hoch

Kohlensaure Stahlquellen, Fichtennadel- und Moorbäder. Inhalatorium.

Heilt Bleichsucht, Herz- und Nervenleiden, Frauenkrankheiten, Gicht

Prospekt durch Badeverwaltung

Sommerkurorte, in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

GARMISCH-PARTENKIRCHEN

mit seinen Schwefel-Jodquellen u. Eisenmoorbädern im

KAINZENBAD

Luftkurort in unvergleichlich schöner hochalpiner Lage
Seilschwebebahnen zum Kreuzeck 1652 m, Zugspitze 2964 m

Auskunft, Prospekte durch die Kurverwaltung

Bad Grund im Oberharz

Gebirgs-Luftkurort
Tannen- und Buchenwald
Fichtennadel- und andere Bäder
Luft- u. Sonnenbad, Tennisplätze, Schwimmbad
Preiswerte Hotels und Privatwohnungen

Führer usw. durch die städtische Kurverwaltung

HAHNENKLEE-BOCKSWIESE

Oberharz 600 m — Höhenluftkurort

Neue Freibadeanstalt im Kuttelbacher Teich

Regelm. Postautoverbindung mit D-Zug-Station Goslar

Auskunft und Prospekte durch Kurverwaltung Hahnenklee — Fernr. 12

BAD HERSFELD

Wasserversand durch die Lullusbrunnengesellschaft m. b. H.

Bez. Kassel * Lullusbrunnen

heilt wie Karlsbad

Magen-, Darm-, Leber-, Gallen- und Stoffwechselkrankheiten

Kurzeit Mai—September

Bad HOMBURG vor der HÖHE

Das Bad für Magen-, Darm- und Stoffwechselleidende

(Erkrankungen des Gefäß-Systems und des Herzens)

Sommerkurorte, in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

Erholungsbedürftige Nerven- und Herzkranke
besuchen mit Erfolg

BAD ILMENAU

Thür. Wald / 480—900m ü. d. Meer
Altberühmter Höhenluftkurort und Wintersportplatz :: Goethestadt
Nähere Auskunft durch die Kurdirektion

BAD KREUZNACH

das Rheinische Heil- und Erholungs-Bad
gegen Frauenleiden u. Kinderkrankheiten / Rheuma / Gicht
Ischias / Herz- und Gefäßerkrankungen / Alterserscheinungen
Ganzjähriger Kurbetrieb
Hauptkurzeit Mai bis September / Grosse Sportveranstaltungen
Unterhaltungen mannigfacher Art / Geschützte Lage / Mildes Klima

BAD KUDOWA

ältestes Herzheilbad Schlesiens

Gleiche vorzügliche Heilerfolge bei
Nerven-, Nieren-, Arterien-, Blut-,
Frauen- und Rheuma-Krankheiten

BAD MEINBERG

Teutoburger Wald / Station: Horn-Bad Meinberg

Altberühmtes Schlamm- und Kohlensäure-Bad
Hervorrag. Erfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias,
Herz-, Nerven-, Nieren- und Leberkrankheiten

Eröffnung: 1. Mai

Prospekt durch die Kurverwaltung

BAD SACHSA

Glanzpunkt des Südharzes
durchschnittlich 400 m über d. Meer,
ist angenehmster Kur- und Ferienaufenthalt
Auskunft kostenlos / Kurverwaltung

Bad Salzhausen

Staatliches Solbad in Oberhessen, 2 Bahnstunden von Frankfurt a. M., bekannt durch seine ruhige, idyllische Lage und seine Heilwirkungen bei Rheumatismus, Ischias usw.

Prospekt durch die Hessische Badedirektion, Bad Salzhausen.

Bad Salzig

am Rhein bei Boppard

Kohlensäurereiche Thermalquellen. — Heilanzeige: Gicht, Rheumatismus, Erkrankungen des Herzens, alle Stoffwechselleiden. — Bade- und Trinkkur. Luft- und Sonnenbad. — Kurmusik. — Geringe Kurtaxe. — Waldreiche Umgebung. — Herrliche Partien am Mittelrhein. — Billige Pensionspreise. — Prospekte frei durch die Badeverwaltung.

Bad Salzschlirf

und sein Bonifaziusbrunnen!

Gegen Gicht, Stein- und Stoffwechselleiden!

Ermäßigte Pauschalkuren (mindestens) 3 Wochen: Pauschalpreis Mk. 189.—. Im Kurhaus: Wochenpauschalpreis: Mk. 80,50, im Badehof: Wochenpauschale: Mk. 105.—

Auskunft auch über Hauskuren durch die Badeverwaltung.

Bad Salzungen

THÜRINGEN

Sol- u. Moorbad mit großem Inhalatorium. Gradierhäuser mit 27%iger Solezerstäubung. Pneumatische Kammern. Trinkkur. Kuren für alle Erkrankungen der Atmungsorgane, Asthma, Emphysem, Skrofulose, Rachitis, Gicht, Rheumatismus, Herz- u. Frauenleiden. Prosp. durch die Badedirektion.

OSTSEE-FREIBAD SASSNITZ

D- und Schnellzugverbindungen

Auf Anfragen werden K-Prospekte gratis und franko durch die Badedirektion versandt.

SCHIERKE im Harz

Der alpine Luftkurort am Brocken. 650—1142 m über dem Meere.

Sommer- und Wintersportplatz

Sein Name wirkt wie ein Programm für **klassische Natur- und Landschaftsschönheit.** Sichere Gelegenheit der Erfrischung und Kräftigung Behagliche Unterkunft in weitbekannten Hotels und Pensionen.

Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung — Verkehrsamt — der Gemeinde Schierke im Harz. Fernruf 50

Kurbeginn 12. April bis Oktober.
Bei Gicht, Ischias, Rheumatismus, Frauenleiden seit über 50 Jhr. hervorragend bewährt

EISEN-MOORBAD BAD SCHMIEDEBERG

Bez. Halle a. Saale

Bahn: Berlin-Wittenberg-Eilenburg-Leipzig
Herrliche Waldgegend, großes Kurhaus mit Versammlungsräumen für Kongresse u. s. w.
Prospekt durch Magistrat-Badeverwaltung / Freie Aerztewahl

CALCIUMSOLBAD BAD SUDERODE OSTHARZ

Die Perle der Heilbäder. Bad-Suderoder-Calciumquelle. Natürliche Kalktherapie ist am wirksamsten. Calciumsolbäder. Calciumhaustrinkkuren. Glänzende Heilerfolge. Als Heilquelle bei Magen- nnd Darmleiden, Herzleiden, Arterienverkalkung, Gicht, Zucker, Fettsucht, Blutarmut, Tuberkulose, Rachitis, Nieren-, Leber-, Blasen- und Gallenleiden, Skrofulose.
Segensreich für Mutterschaft und Stillperiode.
Broschüren und Probesendungen werden für die Herren Ärzte und Apotheker gratis und franko geliefert.
Versand und Prospekte durch die Kurdirektion Bad Suderode, Harz. Telefon 411.

TABARZ
THÜRINGER WALD

Sommerfrische. Erholungsort. Ruhesitz.

Geschützte Lage am Fuße des 912 m hohen Inselberges.

TITISEE
das Seebad im Hochschwarzwald

860 m über dem Meere

Vielbesuchter Höhenluftkurort
Wintersportplatz I. Ranges

Auskunft und Prospekte durch das Kurbüro / Telefon Neustadt 363

Sommerkurorte, in denen „Die Kriegsschuldfrage" ausliegt

WANGEROOGE

Kalte und warme Seebäder / Licht- und Luftbäder / Jedem Wunsch entsprechendes Familienbad / Tägliche Verbindungen über Bremerhaven, Wilhelmshaven u. Carolinensiel / Flugzeugverbindung

Prospekte durch die Badeverwaltung und sämtliche Reisebüros

OSTSEEBAD WARNEMÜNDE

Direkter D-Zug: Berlin (4 Stunden), Hamburg (3½ Stunden), Leipzig (Eilzug 7 Stunden)

Waldreiche Umgebung * **Herrlicher Sandstrand**

Molen * **Offene See** * **Yachthafen**

Auskunft durch die Badeverwaltung

Weißer Hirsch Dresden

mit Bühlau

der schönstgelegene klimatische Kurort Sachsens

heilt Stoffwechselkrankheiten, Nervosität, Blutarmut und Arteriosklerose

Er ist das Dorado aller Erholungsbedürftigen

Auskunft: Reisebüros, Kurverwaltung. Fernspr. 37385.

EISENMOORBAD WILSNACK

(Berlin-Hamburger Bahn)

Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden Erfolg tausendfach bestätigt / Renoviertes u. vergrößertes Badehaus mit modern. Hotelaufbau (50 Zim.) Eröffnung 1. Mai 1927 / Kurzeit ganzjährig

Prospekte durch die Badeverwaltung und div. Reisebüros

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands
während des Weltkrieges

Das Zaristische Rußland im Weltkriege

(„Царская Россия в мировой войне")

**Neue Dokumente
aus den Russischen Staatsarchiven über den
Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und
Italiens in den Weltkrieg**

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung
der Kriegsursachen

LIX, 337 Seiten. Groß-Oktav. — Preis M. 12,—

In seinem Vorwort schreibt Alfred von Wegerer:

„... Wer die Dokumente über den Kriegsausbruch aus den Farbbüchern der am Kriege beteiligten Grossmächte, die 1914 in Konflikt geraten sind, durchgelesen hat, wird in den offiziellen Schriftstücken immer wieder Spuren entdecken, dass mit wenigen Ausnahmen die verantwortlichen Staatsmänner die Pflicht in sich fühlten und auch zum Ausdruck brachten, den Krieg, wenn möglich, doch zu vermeiden. In den vorliegenden Dokumenten, die den Eintritt der genannten Staaten in den Krieg enthalten, wird man vergebens nach derartigen Sentimentalitäten suchen. Nachdem zwischen den Grossmächten der Konflikt offen ausgebrochen war, scheint jede Scheu vor dem Kriege an sich geschwunden zu sein, und wir sehen, wie in den Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien nur rein materielle Gesichtspunkte die Politik beherrschen. Ungeschickt und brutal tritt der Krieg als Geschäft in die Erscheinung. Der ganze hier vorliegende diplomatische Schriftwechsel charakterisiert sich als ein Feilschen der russischen Regierung mit den Regierungen der Länder, die es in den Krieg an seiner Seite hineinziehen will. Unverhüllt zeigen die vorliegenden Dokumente, wie man Monate hindurch angesichts der Verheerungen des Krieges mit kühler Ruhe darüber verhandelte, unter möglichst günstigen Bedingungen „zum Kriege zugelassen" zu werden."

**Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Wilhelmstraße 66**

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142, entgegengenommen.

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden“

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). **Nur** zu haben bei

Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute

Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Die Auswertung der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes für die Kriegsschuldfrage.

Von Friedrich Thimme.

Die Aufforderung der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, die von ihr im großen Stile geplante systematische Auswertung der jetzt fertig vorliegenden Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes für die Kriegsschuldfrage mit einem einleitenden Aufsatz zu beginnen, erfüllt mich mit Freude. Sieben lange Jahre meines Lebens habe ich alle physischen und geistigen Kräfte daran wenden müssen, um die immer größere Dimensionen annehmende Aktenveröffentlichung mit möglichster Beschleunigung durchzuführen; da blieb mir einfach nicht die Zeit, auch selbst noch die historisch-kritische Auswertung des für die wissenschaftliche Forschung bereitgestellten, fast unermeßlichen Stoffes in Angriff zu nehmen. Ich mußte mich damit begnügen, in den Fußnotenapparat der Publikation, der vor allem das bisher bekanntgewordene Material unserer ehemaligen Gegner in Parallele zu dem unsrigen stellte, zahlreiche Winke und Fingerzeige für die weitere Forschung zu geben. In die freudige Genugtuung, mit der ich wahrnahm, wie die Geschichtsforschung im weiteren, die Kriegsschuldforschung im engeren Sinne von dem Erscheinen der ersten Serie unseres Werkes an es zu neuen Erkenntnissen verarbeitete, mischte sich so ein leises Gefühl des Bedauerns und fast des Neides, daß ich in dieser Hinsicht hinter meinen Fachgenossen zurückbleiben mußte. Als endlich am 10. Dezember vorigen Jahres die letzten Dokumentenbände der Publikation ausgegeben wurden, bewegte mich vor allem die frohe Hoffnung, daß nun auch für mich die Zeit komme, wo ich mich ganz der historiographischen Auswertung der Publikation widmen könne.

Indem ich mich nun anschicke, zu der Auswertung unseres großen deutschen Aktenwerkes zunächst in einigen einleitenden Ausführungen das Wort zu nehmen, möchte ich anknüpfen an den mahnenden Hinweis des Leiters der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen in dem programmatischen Leitartikel des vorigen Heftes dieser Zeitschrift, daß der Ausgangspunkt und der Zweck der Dokumentenveröffentlichung nicht verwischt werden möge: „Der Ausgangspunkt war die Versailler Kriegsschuldthese und der Zweck ist die Widerlegung dieser These auf der nunmehr durch die Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amts über die

Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges geschaffenen sicheren Grundlage.“ Diese Mahnung Alfred von Wegerers richtet sich offensichtlich an jene Historiker strengerer Observanz, die sich von der Kriegsschuldforschung um ihrer Zwecksetzung willen fernhalten und die es beinahe auch der großen Aktenpublikation als einen Mangel anrechnen möchten, daß sie nicht ein rein wissenschaftliches, sondern zugleich ein politisches Ziel verfolgt habe. Als einer dieser Historiker mag hier der Bonner Justus Hashagen genannt werden, der sich kürzlich in den „Neuen Jahrbüchern für Wissenschaft und Jugendbildung“ (I. 395) dahin ausgelassen hat, „eine wissenschaftliche Vorgeschichte des Weltkrieges könne nur dann gedeihen, wenn sie nicht sofort und überall auf die Schuldfrage und die deutsche Politik zugespitzt werde.“

Nun, auch ich rechne mich den Historikern strengerer Observanz zu, und ich habe von Anfang an wohl gefühlt, daß eine allzu enge politische Zwecksetzung den historisch-wissenschaftlichen Charakter unserer Publikation beeinträchtigen müsse. Eben deshalb habe ich auch die ursprünglich bei der Erteilung des Auftrages an die Herausgeber des Aktenwerks vorwaltende Absicht, nur das unmittelbar mit der Entstehung des Weltkrieges und mit unserer Haltung zusammenhängende dokumentarische Material in etwa drei Bänden herauszubringen, verworfen und — in voller Übereinstimmung mit meinem Mitherausgeber Albrecht Mendelssohn Bartholdy — unserer Publikation den gewaltig ausgreifenden, eigentlich doch die gesamte Außenpolitik der europäischen Kabinette umfassenden Charakter verliehen. Und wenn wir auch in dem Vorworte zur zweiten Serie als den obersten Zweck der Aktenpublikation die möglichst klare und vollständige Aufdeckung der Ursachen des Weltkrieges, soweit sie in der Politik der Großmächte lagen, bezeichnet haben, so haben wir damit uns doch nicht zu einer den wissenschaftlichen Charakter des Werkes irgend beeinträchtigenden apologetischen Tendenz zugunsten Deutschlands bekennen wollen, die wir vielmehr immer mit der größten Entschiedenheit von uns gewiesen haben.

Für den wissenschaftlichen Charakter unserer Publikation glaube ich also, auch wenn ihr Zweck mit der Lösung der Kriegsschuldfrage im engsten Zusammenhange steht und wenn wir auch in dem systematisch-sachlichen Aufbau des Aktenwerkes von der sonst in der Wissenschaft üblichen Methode der chronologischen Anordnung aus oft dargelegten Gründen abgewichen sind, doch durchaus eintreten zu können.

Aber auch der Kriegsschuldforschung selbst wird dadurch, daß sie offen und gerade als ihren eigentlichen Zweck die Widerlegung

der Versailler Kriegsschuldthese hinstellt, der wissenschaftliche Charakter noch keineswegs abgestreift. So unsinnig die Versailler Kriegsschuldthese auch ist und soweit schon ein großer Teil selbst der den gegnerischen Staaten angehörenden Forscher von ihr abrückt: sie ist nun einmal in einem Vertragswerk von völkerrechtlicher Geltung verankert und zieht aus diesem ihrem offiziellen Ursprung immer neue Kräfte. Sie zu ignorieren ist einfach nicht möglich, und am wenigsten kann es eine Zeitschrift tun, die Inhalt und Titel von der Schuldfrage selbst hernimmt. Das schließt indes nicht aus, daß die politische Zwecksetzung mit wissenschaftlichen Mitteln und in wissenschaftlichen Formen verfolgt wird, und der so geführte Kampf sollte auch selbst von den Historikern strengster Observanz anerkannt werden. Ich habe die von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen herausgegebene Zeitschrift von ihren Anfängen an mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, und ich möchte es an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß in ihr immer stärker und nachhaltiger ein ernstes wissenschaftliches Streben und ein Hinwirken auf wissenschaftlich einwandfreie Methode erkennbar geworden ist. Es ist naturgemäß, daß in manchen der veröffentlichten Aufsätze, für die ja die Verfasser die Verantwortung selbst tragen, sich auf der einen Seite noch ein apologetischer, auf der anderen ein anklagender Ton geltend macht. Aber das Streben nach Sachlichkeit, Gerechtigkeit, auch gegenüber unseren ehemaligen Gegnern, und nach unbedingter Wahrheit tritt doch so überzeugend in den Vordergrund, daß mir die hier und da bemerkbare Zurückhaltung der berufsmäßigen Historiker von der Erörterung des Schuldproblems im Rahmen dieser Zeitschrift nicht berechtigt erscheint. Erst recht kann und darf kein Argument gegen eine mit wissenschaftlichen Mitteln zu führende Diskussion in der Schuldfrage daraus abgeleitet werden, daß diese leider noch immer viel zu viel in die innerpolitischen Meinungskämpfe hineingezerrt wird. Gerade weil dem so ist, sollten diejenigen, die zu einer vorurteilslosen und sachlich in die Tiefe dringenden wissenschaftlichen Erörterung vor anderen berufen sind, an ihr mit gesteigertem Eifer teilnehmen. Ich möchte hoffen, daß der Abschluß der deutschen Aktenpublikation, der so glücklich zusammenfällt mit dem Beginn der englischen, ein Antrieb für unsere Historiker werden wird, sich in erhöhtem Maße der Kriegsschuldforschung zuzuwenden.

Mir ist ja hier und da unter den deutschen Historikern die Auffassung entgegengetreten, als ob es eigentlich noch gar nicht an der Zeit sei zu einer wissenschaftlichen Vorgeschichte des Weltkrieges, weil — genau genommen — doch erst das deutsche Material in hin-

reichender Vollständigkeit vorliege. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, die davor warnen, daß das überwiegende deutsche Material unser historisches Gesamturteil zu sehr beeinflussen könne. Derselbe Justus Hashagen, den wir schon einmal zitierten, hat in seinem Aufsatz „Probleme der Vorgeschichte des Weltkrieges" (Neue Jahrbücher a. a. O.) ausgeführt:

„Es wäre nun aber ein äußerliches, geradezu opportunistisches und deshalb die wissenschaftliche Wahrheitserkenntnis schädigendes Verfahren, wenn man die deutsche Politik in der Vorgeschichte des Weltkrieges deshalb in den Vordergrund schöbe, weil man darüber dank der neuen Enthüllungen am meisten weiß oder zu wissen glaubt. Man darf sich vielmehr, wenn man um ein sachliches Verständnis bemüht ist, gerade durch dies neue Wissen die Perspektive und das Augenmaß für das verschiedene Schwergewicht und die verschiedene Politik der einzelnen Mächte und überhaupt den unbefangenen Blick für das Ganze des gewaltigen Kräftespiels um so weniger trüben lassen. Es ist notwendig, die großen Mächte in ihrer auswärtigen Politik auch einmal ohne Rücksicht auf Deutschland ganz an und für sich selbst zu behandeln, um tiefer in die treibenden Kräfte und die erstrebten Ziele einzudringen."

An dieser Auffassung Hashagens ist soviel richtig, daß die wissenschaftliche Vorgeschichte des Weltkrieges und ebenso die Kriegsschuldforschung im engeren Sinn so lange etwas Unfertiges behalten müssen, als nicht speziell das englische und französische Material in gleicher Vollständigkeit wie das unsrige vorliegt. Wir sehen ja schon aus dem einen Bande, der „Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch", in welchem Maße unser Wissen durch die Öffnung der englischen Archive bereichert wird. Aber das Ausstehen weiterer Veröffentlichungen von seiten der ehemals gegnerischen Staaten kann niemals ein Grund sein, daß wir darauf verzichten sollten, immer wieder neue Bausteine zu unserer historisch-moralischen Rehabilitierung herbeizutragen oder, wissenschaftlich ausgedrückt, auf Grund des jeweils vorliegenden Materials unser Urteil auch in der Kriegsschuldfrage immer wieder neu zu formulieren und festzulegen. Die Besorgnis Hashagens, daß die Vorgeschichte des Krieges zu sehr auf die deutsche Politik zugespitzt werden könnte, trifft recht eigentlich doch nur die Väter der Versailler Kriegsschuldthese und ihre Nachbeter, nicht aber unsere Aktenpublikation, die nicht umsonst den Titel der „Großen Politik der europäischen Kabinette" führt, und ebenso wenig die Kriegsschuldforschung, die ihr Augenmerk in erster Linie dem Verhalten der Staaten der Entente zugewandt hat. Ich muß gestehen,

daß ich eher den Vorwurf erwartet hätte, die deutsche Kriegsschuldforschung habe sich stellenweise zu sehr auf die Frage der persönlichen Kriegsschuld von Männern, wie Iswolski und Poincaré zugespitzt. Gegen solche Auswüchse hat sich in letzter Zeit mit besonderem Nachdruck mein Mitherausgeber, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, gewandt, dessen schönes Wort bei der von dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände zum Abschluß der Aktenpublikation veranstalteten Feier vom 4. März: „Ich bin aus diesen hunderttausenden von Zeugnissen des guten und bösen Willens, des Mißtrauens und der Schwäche, des Ehrgeizes und Leichtsinns, der Sorge und Angst, aber auch der geduldigsten Bemühung, der eifrigsten Arbeit herausgekommen, nicht mit einer Anklage gegen diesen oder jenen, der vorsätzlich oder fahrlässig gefehlt hat, sondern erfüllt von ungeheurem Mitleid mit allen, die ihre Anstrengungen der diplomatischen Friedenssicherung scheitern sehen mußten an dem unausgleichbaren Widerspruch zwischen dem System des Mächtegleichgewichts mit seinen feindlichen Bündnisgruppen und der Wirklichkeit dessen, was wir heute so gern die Wirtschaft als Gegensatz zur Politik nennen", gewiß auch von der deutschen Kriegsschuldforschung zu beherzigen sein wird. Freilich darf dieser Ausspruch nicht in dem Sinne Eugen Fischers dahin übersteigert werden, als ob jetzt schon ein Iswolski oder ein Poincaré von aller Kriegsschuld freigesprochen werden müßten. Das wäre schon deshalb abwegig, weil wir erst einen kleinen Teil des englischen und französischen Materials kennen und, um ein einigermaßen abschließendes Urteil zu fällen, erst seine Vervollständigung abwarten müssen. Daß sich das Bild dadurch leicht erheblich zu Ungunsten der Ententestaaten verschieben könnte, haben ja eben erst die „Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch" gelehrt, die doch eine wesentliche Belastung weniger Sir E. Greys als seiner beiden Ratgeber Sir Eyre Crowe und Sir A. Nicolson ergeben haben.

Das eben zitierte Wort Mendelssohn Bartholdys von dem unauflgleichbaren Widerspruch zwischen dem System des Mächtegleichgewichts mit seinen feindlichen Bündnisgruppen und den wirtschaftlichen Verhältnissen gibt uns auch einen Fingerzeig, in welcher Richtung die Auswertung namentlich der die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges behandelnden Bände der Aktenpublikation — bei den früheren Bänden hat ja die wissenschaftliche Ausnutzung schon längst begonnen — vorzugsweise einsetzen sollte. Es ist einmal der große, noch längst nicht ausgeschöpfte Fragenkomplex des Systems des Mächtegleichgewichts mit den beiden feindlichen Bündnisgruppen, der mehr und mehr in den

Mittelpunkt der Kriegsschuldforschung gerückt werden sollte. Damit verbindet sich eng ein zweiter Fragenkomplex: Ob denn dieses unheilvoll ausgeartete und erstarrte System des Mächtegleichgewichts wirklich in einem unausgleichbaren Widerspruch zu den innerhalb der beiden Bündnisgruppen bestehenden expansiven wirtschaftlichen Tendenzen stand, ob nicht der Gegensatz gerade von der wirtschaftlichen Seite, ob er nicht überhaupt durch ein System der Zusammenarbeit zwischen den Mächten der beiden Gruppen hätte aufgelockert werden können. Die Kriegsschuldfrage würde sich dann vor allem auf die Frage zu werfen haben: Welche von den beiden Bündnisgruppen hat in sich den stärksten Drang getragen, das Gleichgewicht, das ursprünglich von beiden erstrebt wurde, zu einem Übergewicht der eigenen Gruppe in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu gestalten, welche von ihnen hat am ehrlichsten und nachhaltigsten nach einem Ausgleich zwischen beiden und nach einer Auflockerung des Gegensatzes gestrebt?

Für die Beantwortung und Lösung dieser Fragen bieten die neuesten Bände unserer Aktenpublikation, die im wesentlichen die Zeit von den Balkankriegen bis zum Ausbruch der Julikrise umfassen, ein außerordentlich ergiebiges, und, man kann sagen, entscheidend ins Gewicht fallendes Material, dessen sorgfältige Bearbeitung und Auswertung uns sicherlich dem Ziele der vollen Aufdeckung der tieferen Kriegsursachen wesentlich näher führen wird. Es ist nun sehr charakteristisch, daß, obwohl dieses wichtige Material bereits seit mehreren Monaten vor aller Welt ausgebreitet liegt, bisher weder von der Seite unserer früheren Gegner noch aus der sogenannten „Selbstmörder- und Selbstbezichtigungsecke Deutschlands" ein ernstlicher Versuch gemacht worden ist, es gegen uns auszunutzen. Dabei behandelt unser neues Material vielfach, z. B. in den wichtigen Kapiteln über die deutsche Wehrvorlage von 1913, über die Liman-Sanders-Mission usw., gerade solche Gegenstände, die sonst mit Vorliebe als ein Beweis für die aggressiven und hegemonistischen Absichten Deutschlands ausgemünzt wurden. Darf man das Schweigen schon als ein Zeichen ansehen, daß sich bessere Einsicht geltend zu machen beginnt? Tatsächlich erweist unser neues Material zur Evidenz, daß die deutsche Regierung bei der Einbringung der Wehrvorlage von 1913 lediglich die Absicht verfolgt hat, das durch den Ausgang der Balkankriege ganz wesentlich zu Ungunsten der Mittelmächte verschobene militärisch-politische Gleichgewicht wiederherzustellen, während die Übertrumpfung der deutschen Rüstungsmaßregeln durch die Einführung der dreijährigen

Dienstzeit in Frankreich und durch die gewaltigen, auf Betreiben des französischen Alliierten inszenierten russischen Rüstungen abermals eine Verschiebung jenes Gleichgewichts zu Ungunsten der Mittelmächte bezweckten und herbeiführten. Daß aber die Liman-Sanders-Mission, die nicht einen überlegten Schachzug der deutschen Politik vorstellt, sondern der türkischen Initiative ihre Entstehung verdankt, nicht als ein aggressiver Akt Deutschlands gegen Rußland gedeutet werden darf, zeigt neben dem deutschen Einlenken das gleichzeitige bereitwillige Zusammenwirken Deutschlands mit Rußland zur Lösung der armenischen Frage, das die Eifersucht der Ententegenossen erregte.

Es ist überhaupt wohl der stärkste Eindruck, den die neuen Bände unseres Aktenwerks im Inlande und, soviel ich sehen kann, auch im Auslande, hinterlassen haben, daß die deutsche Regierung in der letzten Phase vor dem Weltkriege in den großen Fragen des europäischen Bündnissystems diejenige Macht gewesen ist, die auf dessen Auflockerung am stärksten und bewußtesten hingearbeitet hat, und zwar durchaus bona fide und nicht etwa in der Weise Rußlands und Frankreichs, die sich nach Kräften bemüht haben, Italien und Rumänien von dem Dreibund zu lösen und auch so das gepriesene Gleichgewicht in ein Übergewicht ihrer Bündnisgruppe zu verkehren. Man kann geradezu sagen, daß Deutschland in den Jahren vor dem Weltkriege ganz systematisch den Versuch ehrlicher Zusammenarbeit mit den Mächten der Entente verfolgt hat. Wir wiesen schon darauf hin, daß Deutschland in der armenischen Frage mit Rußland zusammenzugehen gesucht hat. Mit England hat Deutschland, nachdem der mehrfach wiederholte Versuch des Abschlusses eines Neutralitätsabkommens endgültig an der englischen Besorgnis gescheitert war, bei Frankreich und Rußland anzustoßen, sich nicht nur in den Kolonialfragen, sondern auch in der Bagdadbahnfrage, also gerade in der Frage, aus der man wieder einen Beweis der hegemonistischen deutschen Tendenzen entnehmen möchte, zu verständigen versucht. Auch mit Frankreich strebte Deutschland den wirtschaftlichen Ausgleich in den Orientfragen an. Daß Deutschland in den Balkankriegen und namentlich auch auf der Londoner Konferenz, unbeschadet des Rückhalts, den es seinem österreichischen Bundesgenossen gewähren mußte, der aber nie so weit ging, diesen zu unbedachtem Vorgehen zu ermutigen, loyal vor allem mit den beiden Westmächten zusammenzuarbeiten beflissen war, soll hier nicht weiter betont werden, denn auch diese Mächte möchten und können vielleicht aus ihrem entsprechenden Verhalten einen Beweis ihres Friedenswillens ableiten. Was aber

sehr gegen die Mächte der Entente spricht, ist, daß sie die deutschen Versuche, die Gegensätze zwischen den beiden Bündnisgruppen durch Zusammenarbeiten mit den einzelnen Mächten der anderen Gruppe zu überbrücken, nicht nur nicht unterstützt, sondern im Gegenteil durchweg sabotiert haben. An der Eifersucht und an dem Widerspruch der übrigen Glieder der Entente ist fast jeder der deutschen Entspannungsversuche mit den einzelnen Mächten der Entente schon von dem Potsdamer Abkommen im Jahre 1910 ab mehr oder minder gescheitert, während Deutschland sich der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Ententemächten und seinem Bundesgenossen Österreich — ich erinnere nur an die Verhandlungen Frankreichs mit Österreich über die Orientbahnen — nie widersetzt hat.

Bei der seitens der Zentralstelle geplanten systematischen Auswertung der Aktenpublikation und namentlich ihrer letzten Bände scheint es mir die wichtigste Aufgabe zu sein, gerade diese mit dem europäischen Bündnissystem zusammenhängenden Fragen, deren zentrale Bedeutung für das Kriegsschuldproblem in die Augen springt, in den Mittelpunkt zu rücken und sie nach allen Richtungen hin auf das sorgfältigste und selbstverständlich auf das unparteiischste von Grund aus zu prüfen. Ich selbst hoffe, nachdem ich hier zunächst nur einige Andeutungen geben konnte, bald mit größeren Beiträgen über diese Fragen zur Stelle zu sein, und möchte auch meine Fachgenossen dringend bitten, die Zentralstelle in ihren Bestrebungen, eine vertiefte Diskussion über dieses Grundproblem herbeizuführen, nach Kräften zu unterstützen. Indem so die Frage nach dem Verhalten bestimmter, in den bisherigen Diskussionen immerhin stark belasteter Persönlichkeiten der Entente zurückgedrängt und die Gesamtfrage des europäischen Bündnissystems einschließlich ihrer wirtschaftlichen Hintergründe noch mehr als bisher vorangestellt wird, wird auch das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern in der Kriegsschuldfrage gefördert werden. Mit Recht sagte der Reichskanzler Marx bei der Feier zum Abschluß der Aktenpublikation, daß die Kriegsschuldfrage der Völkerversöhnung dienen solle. Es ist das nur eine Bestätigung dessen, was wir Herausgeber schon in dem Vorwort zur ersten und wieder zur zweiten Serie der Publikation ausgesprochen haben und wozu sich auch der Leiter der Zentralstelle in den programmatischen Sätzen des letzten Heftes bekannt hat. Wenn so das Vertrauen zwischen den Völkern gestärkt wird, so dürfen wir hoffen, daß damit auch der gute Wille, uns volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den voreiligsten aller Schuldsprüche zu beseitigen, je länger je mehr

zunehmen wird. Bis dahin aber, daß dieses hohe Ziel der Wiederversöhnung der Völker in vollem Umfange erreicht sein wird, dürfen wir uns das Wort gegenwärtig halten, das Reichsminister Stresemann seinerseits bei dem Abschluß der Aktenpublikation als Sinn und Wahrspruch beigesteuert hat: „Der Ehre sind wir selber Herr und König".

Die deutsch-italienische Militärkonvention [1].

Von Wolfgang Foerster.

Nach dem im Jahre 1882 geschlossenen, später mehrmals erneuerten Dreibundvertrage waren Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichtet, Italien mit ihrer ganzen Kriegsmacht zu unterstützen, falls es ohne Provokation von seiner Seite durch Frankreich angegriffen werden sollte. Dieselbe Verpflichtung gegenüber Deutschland lag Italien ob, nicht aber Österreich-Ungarn. Das letztere hatte Deutschland im Kriege gegen Frankreich erst dann Hilfe zu leisten, wenn eine andere Großmacht an die Seite der Franzosen treten sollte. Wurde Österreich-Ungarn ohne Provokation von seiner Seite durch Rußland angegriffen, so war Deutschland zur bewaffneten Unterstützung, Italien nur zu wohlwollender Neutralität verbunden. Der casus foederis gemeinsam für alle drei Kontrahenten trat erst ein, wenn einer oder zwei von ihnen ohne eigene direkte Provokation von zwei oder mehr Großmächten, die nicht Mitunterzeichner des Vertrages waren, angegriffen wurde. Danach hatte Italien bewaffnete Unterstützung für Österreich-Ungarn erst zu leisten, wenn dieses außer durch Rußland noch durch eine andere, außerhalb des Vertrages stehende Großmacht angegriffen wurde.

Der Dreibundvertrag trug also einen ausgesprochen defensiven Charakter. Bewaffnete Bundeshilfe — mit den vorerwähnten Einschränkungen — wurde überhaupt nur zugesagt für den Fall, daß der Anstoß zum Kriege nicht von einer der vertragschließenden

[1] Unter Benutzung von Akten des Reichsarchivs. Vgl. auch den Aufsatz des Verfassers: „Der deutsche und der italienische Generalstab vor dem Weltkriege" in der Zeitschrift „Deutscher Offizier-Bund", 1926, Nr. 19 und 20.

Mächte, sondern von gegnerischer Seite ausging, und auch dann nur, wenn ein solcher Angriff nicht durch das Verhalten einer der vertragschließenden Mächte provoziert wurde. Dieser rein defensive Charakter blieb in der Folge auch bei den mehrfachen Erneuerungen des Vertrages für diejenigen Verpflichtungen maßgebend, die Italien gegenüber den beiden anderen Kontrahenten übernommen hatte. Er änderte sich aber mit Rücksicht auf die italienischen Mittelmeer- und Balkaninteressen in bezug auf die Verpflichtungen Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber Italien. So sprach schon der 1887 erneuerte Vertrag die Verpflichtung Deutschlands aus, Italien mit ganzer Kriegsmacht zu unterstützen, falls es, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, durch das Vorgehen dieser Macht in Tripolis oder Marokko genötigt sein sollte, seinerseits zu einem Angriff auf die dortigen oder auf die europäischen Gebiete Frankreichs zu schreiten. Im Vertrage von 1891 wurde dieses Zugeständnis Deutschlands auch auf die Wahrung der italienischen Interessen in Tunis ausgedehnt.

Die ersten militärischen Besprechungen zwischen dem deutschen und dem italienischen Generalstab über die Form und den Umfang der gegenseitigen Unterstützung fanden auf Anregung des italienischen Ministerpräsidenten Crispi und nach erzielter Zustimmung Bismarcks gegen Ende des Jahres 1887 statt. Sie führten am 28. Januar 1888 zur Unterzeichnung eines Protokolls durch militärische Bevollmächtigte Deutschlands, Italiens und Österreich-Ungarns. Der erste Absatz dieses Protokolls lautete: „Wenn etwa ein Krieg zwischen den drei Mittelmächten einerseits und Frankreich und Rußland andererseits ausbrechen sollte, so würde der größte Teil der italienischen Kräfte Frankreich an der Alpengrenze angreifen, der Rest sich mit denjenigen deutschen Kräften vereinen, die jenseits des Rheines operieren, um gemeinsam mit ihnen an den aktiven Operationen zu wirken, die auf diesem Kriegstheater gegen Frankreich gerichtet werden würden." Des weiteren wurde die Stärke der an den Rhein zu entsendenden italienischen Truppenmacht auf sechs Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen festgesetzt, später auf fünf Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen — die italienische 3. Armee — herabgemindert. Sie sollten mit Hilfe einer Eisenbahntransportbewegung durch österreichisches Gebiet auf drei Linien (Cormoans—Wien—Passau, Pontebba—Salzburg, Ala—Innsbruck) an den Oberrhein gebracht werden. Die näheren Besprechungen über die technische Ausführung dieses Eisenbahntransportes durch Österreich wurden dann im Februar 1888 in einem Separatabkommen zwischen Ver-

tretern des italienischen und des österreichischen Generalstabes getroffen. Die deutsch-italienische Militär-Eisenbahnkonvention vom 14. April 1888 regelte die Weiterführung der Transporte durch Süddeutschland in das Elsaß. Die damals getroffenen Vereinbarungen der Generalstäbe sind in der Folgezeit teils durch schriftliche Abmachungen, teils durch mündliche Besprechungen in Berlin, Rom und Wien in bezug auf technische Einzelheiten weiter ausgebaut worden.

Der deutsche Generalstab hat der deutsch-italienischen Militärkonvention von jeher nur einen sehr bedingten praktischen Wert beigemessen, da er in den politischen Verhältnissen Italiens keine hinreichende Garantie für die Innehaltung der Zusagen im Kriegsfalle sah. Graf Schlieffen gab Ende 1903 in einem Bericht an den Reichskanzler seiner Überzeugung Ausdruck, „daß wir nicht nur nicht auf die 3. italienische Armee rechnen dürfen, sondern daß wir auch darauf gefaßt sein müssen, es mit dem gesamten französischen Heere ohne irgendeinen Abzug an der Alpengrenze zu tun zu haben." Auch sein Nachfolger, General von Moltke, führte im November 1911 in einer dem Reichskanzler eingereichten Denkschrift aus, daß angesichts der unzuverlässigen Haltung der italienischen Politik „Deutschland gut daran tun werde, sich darauf vorzubereiten, daß es einen Krieg gegen Frankreich und England zunächst allein zu führen haben werde".

Am 5. Dezember 1912 wurde der Dreibund zum vierten und letzten Male erneuert. Wie es dem deutschen Generalstab schien, legte Italien Wert auf die Erneuerung, da es inzwischen seine früheren nordafrikanischen Expansionspläne wenigstens in bezug auf Tripolis wieder aufgenommen hatte und dabei in ein kostspieliges kriegerisches Abenteuer geraten war, das erst durch den Ausbruch des ersten Balkankrieges im Oktober 1912 zu seinen Gunsten ausschlug. Infolgedessen kam es Italien darauf an, in der Durchführung seiner Pläne von den beiden anderen Kontrahenten nicht nur nicht gehemmt, sondern vertragsgemäß unterstützt zu werden. Daneben bedurfte es des Beistandes der Donaumonarchie, um zu verhindern, daß ein slawischer Balkanstaat, Serbien, festen Fuß an der Adria faßte.

General von Moltke hielt diesen Zeitpunkt für günstig, um den italienischen Generalstab zu einer präzisen Erklärung seiner in den letzten Jahren ganz in Dunkel gehüllten operativen Absichten zu veranlassen. Noch bevor die diplomatischen Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundvertrages ihren Abschluß gefunden

hatten, schlug er daher dem neuen italienischen Generalstabschef, General Pollio, vor, mit ihm in einen näheren Gedankenaustausch über eventuelle gemeinsame militärische Operationen einzutreten. Dieser aus der persönlichen Initiative des Generals von Moltke hervorgegangene Schritt übte nachhaltige Wirkung und machte die Bahn frei für vertrauensvolle offene Aussprache. General Pollio, der persönlich aus voller Überzeugung sehr dreibundfreundlich gesinnt war, ging sofort bereitwillig auf den Vorschlag Moltkes ein und entsandte in den ersten Tagen des Dezember 1912 einen Vertrauensmann, Oberst Zupelli, nach Berlin. Dieser überbrachte die zwar unerwünschte, aber nach Lage der Dinge nicht überraschende Erklärung, Italien sei zurzeit gezwungen, so starke Kräfte in dem neu erworbenen Tripolis und auf der Cyrenaika zu unterhalten, daß es nicht möglich sein werde, wie verabredet, die 3. Armee im Kriegsfall nach Deutschland zu entsenden. Italien werde dagegen gegebenenfalls über die Alpengrenze gegen Frankreich vorgehen. Außerdem sei geplant, eine Expedition in die Provence zu unternehmen, was allerdings zur Voraussetzung habe, daß die französische Flotte niedergekämpft und die Seeherrschaft im Mittelmeer Italien zugefallen sei. Wenn dies eingetreten, beabsichtige Italien, mit starken Kräften im Rhonetale vorzugehen. Es sei gerade jetzt infolge der vielen Übersee-Expeditionen nach Nordafrika auf eine solche Unternehmung besonders gut vorbereitet und eingespielt. General von Moltke erwiderte dem Obersten Zupelli: „Bitte, beantworten Sie mir klipp und klar die Frage: Wird Italien, wenn es zu dem vorausgesehenen europäischen Kriege kommt, seinen Verträgen treu bleiben und unter allen Umständen am Kriege auf Seite der beiden anderen Bundesstaaten teilnehmen? Das zu wissen, ist mir zunächst die Hauptsache, über das „Wie" der Teilnahme können wir uns dann noch weiter unterhalten." Die Frage wurde sowohl von Oberst Zupelli wie von dem an dem Gespräch teilnehmenden italienischen Militärattaché in Berlin, General Graf Calderari, unter den lebhaftesten Beteuerungen bejaht. General von Moltke legte dann dar, wie aussichtsreich ein gemeinsames Operieren Deutschlands und Italiens sein würde, wenn die italienische 3. Armee, wie es früher geplant und verabredet gewesen, an den Oberrhein kommen und von dort aus den übrigen italienischen Kräften den Übergang über die Westalpen öffnen würde. Oberst Zupelli machte hiergegen die schon früher betonte Notwendigkeit geltend, die Küsten Italiens gegen mögliche französische Landungen durch starke Kräfte zu schützen. Nach einigen Tagen überbrachte er die Bitte des Generals Pollio, General

von Moltke möge seine Ansicht über das wahrscheinliche Verhalten der Schweiz im Kriegsfalle äußern. Er sei besorgt, daß französische Truppen durch die Schweiz vorgingen und so die italienische 3. Armee beim Vorgehen vom Oberrhein her in der Flanke bedrohen könnten. General von Moltke erwiderte, daß er über das Verhalten der Schweiz natürlich nur Mutmaßungen äußern könne; er nehme aber als sicher an, daß die Schweiz strengste Neutralität nicht nur zu halten, sondern auch mit Waffengewalt zu wahren wissen werde; er halte es für ausgeschlossen, daß französische Truppen die Schweizer Grenze überschreiten könnten, ohne in einen Kampf mit der Schweizer Wehrmacht zu geraten, die ein sehr beachtenswerter Faktor sei. Somit werde die italienische 3. Armee an der Schweiz eine völlig gesicherte Flankendeckung haben. Nach wiederum einigen Tagen überbrachte Oberst Zupelli dem General von Moltke den definitiven Entschluß des Generals Pollio, der in bezug auf die Entsendung der 3. Armee ablehnend lautete und mit den schon früher geäußerten Bedenken begründet war. Im übrigen beteuerte Oberst Zupelli aufs neue, daß Italien unter allen Umständen bundestreu sein und mit so starken Kräften gegen die französische Südostgrenze vorgehen werde, daß ein erheblicher Teil der französischen Armee dadurch gefesselt würde. Italien werde bestimmt an demselben Tage seine ganze Armee mobilmachen, an dem Deutschland die Mobilmachung anordnen werde.

Genau in diesem Sinne erfolgte dann am 21. Dezember 1912 eine schriftliche Äußerung des Generals Pollio an General von Moltke, daß Italien, sobald der casus foederis eintrete, seine gesamten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser mobilisieren und ohne Zeitverlust die Offensive über seine Nordwestgrenze gegen Frankreich ergreifen werde. Eventuelle Landungen an der französischen Südküste seien ins Auge gefaßt. Von erheblicher Bedeutung war dabei, daß Pollios Versicherung der Teilnahme an einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich einen offiziellen Charakter trug, indem er schrieb: „Le gouvernement italien me charge de déclarer." Gewiß durfte General von Moltke in dieser festen Zusicherung einen Beweis für die Bündnistreue Italiens erblicken, über ihre praktischen Wirkungen gab er sich gleichwohl auch jetzt keinerlei Illusionen hin. Am Schluß seiner eigenhändigen Niederschrift über die Gespräche mit Oberst Zupelli verzeichnete er: „Wir wissen also nun, woran wir sind. Von der italienischen Unternehmung wird zu erwarten sein sicher die Fesselung der französischen Alpenarmee, vielleicht auch die des französischen XIV. und XV. Armeekorps. Im übrigen werden wir den Kampf

mit Frankreich allein durchzufechten haben. Eine direkte Mithilfe Italiens wird voraussichtlich erst spät eintreten." In ähnlicher Weise sprach er sich in einer am 21. Dezember 1912 dem Reichskanzler eingereichten Denkschrift aus: „Es ist ziemlich sicher zu erwarten, daß mit einem rücksichtslosen und bis zum äußersten gehenden Einsetzen der militärischen Kraft Italiens nicht gerechnet werden kann. Es wird hinhaltend und vorsichtig operieren und abwarten, wie die Ereignisse jenseits der Alpen verlaufen, um sich ohne wesentliche Verluste zurückziehen zu können, wenn die beiden anderen Verbündeten Rückschläge erleiden sollten."

So gering das materielle Ergebnis dieses ersten Gedankenaustausches zwischen Moltke und Pollio erschien, so hatte er doch das Gute, daß endlich Klarheit über das Maß der von Italien bestenfalls zu erwartenden Unterstützung gewonnen war. Erheblich wichtiger noch war die zutage getretene offene und loyale Haltung und bündnistreue Gesinnung des italienischen Generalstabschefs, die die Hoffnung auf gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihm aufkommen ließ. Von jetzt an ging das Streben des Generals von Moltke darauf aus, die Voraussetzungen für die praktische Erfüllbarkeit der italienischen Zusagen nach Möglichkeit zu verbessern. Zu diesem Zwecke griff er den von Pollio selbst in seinem Schreiben angedeuteten Gedanken einer gemeinsamen Aktion der verbündeten Flotten im Mittelmeer auf. „Bei dem von Euer Exzellenz gewählten Wege des ausschließlichen Angriffs durch die Alpen" — so schrieb er am 9. Januar 1913 an Pollio — „wird meiner Ansicht nach die Entlastung Deutschlands um so wirkungsvoller sein, je eher Italien zu Landungen an der Südküste Frankreichs schreiten kann, wie dies von Euer Exzellenz beabsichtigt wird. Hierzu ist allerdings die Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeer Vorbedingung, und diese setzt eine gemeinsame Aktion der verbündeten Flotten voraus, die herbeizuführen der Schlußpassus in Euer Exzellenz Schreiben bezweckt. Mit wie starken Kräften Deutschland an einer Operation im Mittelmeer wird teilnehmen können, wird indessen vom Verhalten Englands abhängen müssen. Aber schon ein Übereinkommen Italiens und Österreichs, dem die im Mittelmeer verfügbaren deutschen Schiffe sich jedenfalls anschließen würden, wird für den gemeinsamen Kriegszweck von größter Bedeutung sein. Frankreich würde schon dadurch verhindert werden können, sein XIX. Armeekorps aus Algier und seine in Marokko stehenden Truppen in Stärke von etwa zwei Armeekorps nach Europa zu überführen und gegen Deutschland einzusetzen. Österreich und Italien würden so zur Herbeiführung einer glücklichen

Entscheidung in dem Kampfe Deutschlands gegen Frankreich beitragen können, die zugleich ausschlaggebend sein wird für den gesamten Ausgang des allgemeinen europäischen Krieges.“ Gleichzeitig befürwortete General von Moltke, zu dessen Ressort die Marineangelegenheiten nicht gehörten, den Gedanken des Zusammenwirkens der Mittelmeerflotten sehr warm sowohl beim deutschen Chef des Admiralstabes wie beim Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes. Nach der bisher gültigen, im Jahre 1900 zwischen Italien und Österreich abgeschlossenen Marinekonvention sollte Österreich für seine Seeoperationen die Adria, Italien das westliche Mittelmeer zufallen, das östliche Mittelmeer gemeinsames Operationsgebiet sein. Die Beteiligung etwa im Mittelmeer befindlicher Schiffe sollte von Fall zu Fall geregelt werden.

Um sowohl den weiteren Verhandlungen in dieser Frage Nachdruck zu geben, wie auch den Meinungsaustausch über die Führung der Landoperationen weiter zu fördern, sandte Generaloberst von Moltke Mitte Januar 1913 den Oberquartiermeister, Generalmajor Grafen Waldersee nach Rom und Wien zwecks privater Aussprache mit den beiden verbündeten Generalstabschefs. Ihm gegenüber entwickelte General Pollio sehr freimütig seine operativen Ansichten in der Landkriegführung, die darauf ausgingen, die Franzosen zunächst mit etwa fünf Armeekorps an der Alpengrenze anzufassen und fünf Armeekorps bei Mailand, Florenz, Ferrara und Venedig zum Bahntransport bereitzustellen, um sie je nach Bedarf, eventuell auch zur Landung an der provenzalischen Küste zu verwenden, „angeblich auch noch im unmittelbaren Anschluß an den deutschen linken Flügel“ am Oberrhein. Auch dem Gedanken, das maritime Zusammenwirken der Flotten im Mittelmeer durch ein neues Abkommen sicherzustellen, trat General Pollio mit großer Wärme bei. Am 29. Januar 1913 berichtete Graf Waldersee schriftlich an General von Moltke: „Die Eindrücke, die ich von der Person des Generals Pollio im weiteren Verlauf unserer Gespräche gewann, sind dieselben vorteilhaften geblieben, die ich anfangs hatte. Er ist ein ruhiger, ernster Mann, der augenscheinlich reiflich das überlegt hat, was er sagt. Sein Auge ist offen und vertrauenerweckend, er müßte ein ungewöhnlich verschlagener Mensch sein, wenn die Offenheit, mit der er mit mir große und kleine Dinge besprach, ihm als ein Mittel zur Täuschung gedient haben sollte. Sämtliche Angaben, die er mir über seine Absichten gemacht hat, erklärte er mir, unter Billigung Seiner Majestät des Königs von Italien zu geben. Eine fernere Garantie glaube ich darin erblicken

zu sollen, daß mir der Kriegsminister Spingardi ausdrücklich zu erkennen gab, daß General Pollio sein volles Vertrauen genieße und daß er allen zwischen uns getroffenen Abreden zustimme. Endlich stimmen die Berechnungen, die der General seinen Darstellungen zugrunde legte, mit dem überein, was wir über die italienische Armee annehmen . . . . Wie ich die Dinge und Personen nunmehr in Italien ansehe, erkläre ich mir das Aufgeben der Entsendung der 3. italienischen Armee sofort an den Rhein nicht aus bösem Willen. Aus dem Auftreten des Generals Pollio entnehme ich, daß er gerade, indem er so verfuhr, wie geschehen, loyal zu handeln meinte und handelte und keine Versprechungen bestehen ließ, die er nicht sicher halten konnte. Denn in der Tat sind noch immer in Lybien so viele Kräfte gebunden, daß die 3. Armee nur sehr geschwächt abgeschickt werden könnte, und in Berücksichtigung dieses Umstandes konnte er nicht sicher sein, ob Regierung und Volk einer sofortigen Entsendung eines so großen Teiles seiner Streitkräfte weit außerhalb des eigenen Landes nicht entgegen sein würden. Was er jetzt verspricht, ist General Pollio überzeugt, leisten zu können. Wenn ich mich nicht täusche, ist man in Italien erfreut, unter den nunmehrigen Modalitäten loyal seine Bündnispflichten erfüllen zu können."

Auch in Wien fand Graf Waldersee bei General von Conrad nicht nur bereitwilliges Entgegenkommen in der Angelegenheit des Marineabkommens, sondern auch Zustimmung zu seiner günstigen Beurteilung der vertrauenerweckenden Persönlichkeit des italienischen Generalstabschefs. Nur zeigte sich General von Conrad skeptisch gegenüber der Frage, wie lange und wie weit Pollios Einfluß reichen werde. Die Verhandlungen über das Marineabkommen verzögerten sich noch einige Zeit durch den Wechsel in der Person des italienischen Admiralstabschefs, kamen dann aber im April in gemeinsamen Besprechungen in Wien in Fluß und fanden schließlich am 23. Juni 1913 ihren definitiven Abschluß in einer amtlichen Konvention. In dieser wurde ein gemeinsamer Operationsplan aufgestellt, der die schnelle Erringung der Seeherrschaft über die französische Mittelmeerflotte und deren Verbündete zum Ziel hatte und neben der Sicherung der Adria die Unterbindung französischer Truppentransporte von Afrika nach Südfrankreich erstrebte.

In der Folgezeit ließ sich General von Moltke angelegen sein, das günstige Verhältnis zu dem italienischen Generalstabschef immer vertrauensvoller zu gestalten. Es entspann sich eine rege

Privatkorrespondenz. Am 18. April, noch vor Abschluß des Marineabkommens, schrieb General Pollio: „Ich hoffe, daß alles sich gut anlassen und daß man zu Entschließungen kommen wird, die für die großen Interessen der drei verbündeten Mächte vorteilhaft sind. Aber natürlich die beste Grundlage des Erfolges ruht in der stillen Zusammengehörigkeit, im gegenseitigen Vertrauen, kurz im guten Willen. Ein jedes Bündnis drückt sich in seiner militärischen Macht aus, und die Persönlichkeiten, die die Ehre haben, diese wahrhaft gewaltige Macht in Anwendung zu bringen, müssen vornehmlich auf das gemeinsame Interesse des Bündnisses sehen und, wo es nötig ist, das Sonderinteresse ihrer eigenen Flotte oder Armee in dieser oder jener Lage hintansetzen." Moltke erwiderte: „Die Worte über den Wert eines Bündnisses, über sein Wesen und über die Grundlagen, auf denen es beruhen muß, sind mir aus der Seele gesprochen. Auch ich bin durchaus davon überzeugt, daß der gute Wille aller Beteiligten die Basis sein muß, auf die eine gemeinsame Aktion sich gründet, und daß gegenseitiges Vertrauen die Vorbedingung des Erfolges ist. Euer Exzellenz wollen versichert sein, daß ich dieses Vertrauen Euer Exzellenz in vollem Maße entgegenbringe und daß ich mich glücklich schätze, die gleiche Empfindung in den Worten zu finden, die Euer Exzellenz an mich gerichtet haben. Es würde mich mit höchster Befriedigung erfüllen, wenn ich etwas dazu beitragen könnte, dieselben Empfindungen zwischen meinem österreichischen Kollegen und Euer Exzellenz zu festigen. Wenn Italien, Österreich und Deutschland sich offen und ehrlich die Hand reichen, können sie einer Welt von Feinden getrost die Stirn bieten." Freilich verhehlte sich General von Moltke dabei nicht, daß die engen Beziehungen, die sich allmählich zwischen ihm und Pollio anbahnten, politisch nur dann Wert haben konnten, wenn gleichzeitig in beiden Staaten die verantwortlichen politischen und militärischen Stellen vertrauensvoll zusammenarbeiteten. Wie wenig das in Italien der Fall war, war einem Bericht des deutschen Militärattachés in Rom, Majors von Kleist, vom 9. Juni 1913 zu entnehmen. Danach hatte General Pollio in beweglichen Worten Klage geführt, daß er wahrlich nicht auf Rosen gebettet sei, daß er über die politische Augenblickslage und alle Zukunftspläne seiner Regierung vollständig in Ungewißheit gehalten werde, und mit den Worten geschlossen: „Ich hoffe, nein, eigentlich bin ich überzeugt davon, daß dies alles in Ihrem so wunderbar militärisch organisierten Vaterlande viel besser ist." Moltke bemerkte dazu am Rande: „Leider nicht!"

Im Herbst 1913 wohnte General Pollio gemeinsam mit General von Conrad den deutschen Kaisermanövern bei. Bei dieser Gelegenheit kam es unter dem Vorsitz Kaiser Wilhelms zu einer Besprechung der drei verbündeten Generalstabschefs, in der Italiens Mitwirkung im Kriegsfalle das Hauptthema bildete. Nach seinem eigenen Bericht erklärte hierbei General Pollio, „daß der Dreibund in einem Kriege wie ein einziger Staat handeln müsse". Vorbehaltlich der Zustimmung der italienischen Regierung sei er bereit, Deutschland von dem Überfluß an Kavallerie zwei Kavalleriedivisionen zur Verfügung zu stellen, auch wolle er die Verwendung der 3. Armee am Oberrhein, jedoch in kleinerem Ausmaße, einer erneuten Prüfung unterziehen, da die günstige Gestaltung der Verhältnisse in Nordafrika nicht mehr eine so starke Bindung italienischer Streitkräfte dort erfordere. In Verfolg dieser Aussprache entsandte Pollio dann gegen Ende November 1913 den Oberstleutnant des Generalstabs Montanari nach Berlin, um über die Frage der Entsendung von zwei Kavalleriedivisionen auf den deutsch-französischen Kriegsschauplatz Vereinbarungen anzubahnen. Moltke schrieb hierüber vertraulich an Graf Waldersee: „Die zwei Kavalleriedivisionen werden voraussichtlich so spät eintreffen, daß sie als Aufklärungstruppen kaum noch Verwendung finden können. Einen positiven Vorteil durch Ausnutzung ihrer Gefechtskraft werden wir nicht von ihnen haben. Ich würde ihre Entsendung überhaupt dankend ablehnen, wenn das politische Moment nicht wäre, und wenn ich nicht noch immer die Hoffnung hätte, daß sie die Rolle der Vorhut für weitere Transporte an Infanterie bilden werden." Mitte Dezember reiste dann Graf Waldersee wiederum nach Rom, um in mündlicher Aussprache mit General Pollio diese Möglichkeit weiter zu erörtern. Der italienische Generalstabschef äußerte hierbei, er wisse, daß die Entscheidung im Kriege auf dem deutsch-französischen Kriegsschauplatz fallen werde, am liebsten schickte er alle seine verfügbaren Kräfte sofort an den Oberrhein, er allein könne indessen einstweilen mit den rein militärischen Gesichtspunkten bei der Regierung nicht in dem Maße durchdringen, wie er es wünschte. Für die Kavalleriedivisionen habe er bis jetzt gekämpft und ihre Entsendung auch erreicht. Er erwarte, daß er bald mehr — drei Armeekorps — durchsetzen werde, noch könne er das aber nicht versprechen. Graf Waldersee faßte in seinem an Generaloberst von Moltke erstatteten Bericht seine Ansicht dahin zusammen: „Ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich wiederum meine, daß General Pollio nichts verspricht, was er nicht zu halten gesonnen ist. Aber eben mit der Regierung hier ist es

ein eigen Ding. Auch jetzt wie damals in der Flottenfrage mache ich die Erfahrung, daß es mit den Italienern recht langsam geht."

Einen weiteren Beweis dafür, daß es General Pollio mit seinen Bemühungen um die Wiederherstellung der alten Abmachungen über unmittelbare italienische Waffenhilfe nördlich der Alpen ernst war, erhielt Generaloberst von Moltke am 11. Februar 1914 durch die Mitteilung des italienischen Militärattachés in Berlin, daß seine Regierung im Falle eines deutsch-französischen Krieges die Entsendung von drei Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen nach Süddeutschland beschlossen habe. Graf Calderari fügte hinzu, daß in nächster Zeit General Zuccari, der als Führer der italienischen 3. Armee in Aussicht genommen sei, zu weiteren Besprechungen und zu seiner eigenen Orientierung in Berlin eintreffen würde. Moltke dankte Pollio sogleich in einem warm gehaltenen Briefe: „Ich weiß, daß diese endgültige Abmachung nur den Bemühungen Euer Exzellenz zu danken ist, dem weiten Blick, mit dem Sie das Endziel eines gemeinsamen Krieges erkannt, und der stetigen Energie, mit der Sie Ihre Kraft zur Erreichung desselben eingesetzt haben. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie von dem Augenblick an, wo wir in Beziehung zu einander getreten sind, mir mit voller Offenheit und Klarheit entgegengekommen sind und immer nur das zugesagt haben, was erfüllbar war. Immer habe ich deshalb die Gewißheit gehabt, mich unbedingt auf Ihr Wort verlassen zu können, und damit die Sicherheit und das Vertrauen gewonnen, die einer treuen Bundesgenossenschaft den höchsten Wert verleihen. Das Marineabkommen und die Erneuerung unserer alten Verträge sind Ihr Werk, und wenn es Gottes Wille ist, daß Deutschland und Italien dermaleinst, Schulter an Schulter zusammen kämpfend, den Sieg erringen werden, so wird Ihr Name in ehrenvollster Weise damit verknüpft sein." General Pollio erwiderte am 28. Februar: „Es ist ein Glück, daß militärisch alles gut entschieden ist, und daß, wie Euer Exzellenz sagen, wenn Gott den Krieg will, Euer Exzellenz und ich das Bewußtsein haben werden, ihn in bester Art für das Wohl und den Ruhm unserer Herrscher und Völker vorbereitet zu haben."

Anfang März 1914 traf General Zuccari in Begleitung des Oberstleutnants Montanari in Berlin ein. Am 10. und 11. März fanden mit beiden Offizieren Konferenzen statt, an denen auf deutscher Seite Generalmajor Graf Waldersee und Oberstleutnant Tappen teilnahmen. Hierbei wurden die der italienischen Armee gegebenenfalls zufallenden operativen Aufgaben, unter anderem auch ein Vorgehen über die Vogesen in der Richtung auf die französischen

Sperrforts an der oberen Mosel und die Vervollständigung der Ausstattung der italienischen Armee durch deutsche taktische und technische Formationen, erörtert. Das Ergebnis der Besprechungen wurde protokollarisch festgelegt und von allen Teilnehmern unterzeichnet. Die wichtigsten Punkte waren: „Die italienische Armee wird der Lage entsprechend ausgeladen und am linken Flügel des deutschen Heeres im unmittelbaren Anschluß an dieses verwendet. Sie erhält Weisungen direkt von der deutschen Obersten Heeresleitung. Die Art ihrer Verwendung muß sich nach der derzeitigen militärischen Lage richten. Verschiedene Fälle der möglichen Operationen und der Vorbewegung der italienischen Armee wurden erörtert und Einvernehmen in der Auffassung erzielt. Insbesondere wurde festgestellt, daß das einstweilige Ziel der Mitwirkung jener italienischen Armee in Deutschland die gemeinsame Überwältigung des französischen Heeres sei." General Zuccari erklärte, daß, wenn auch zurzeit lediglich der Transport der drei italienischen Armeekorps nach dem Rheine fest bearbeitet würde, die italienische Heeresleitung sich doch vorbehalte, diesen drei Armeekorps noch weitere Armeekorps folgen zu lassen. Schließlich wurde als einstimmiger Wunsch aller Versammlungsteilnehmer protokolliert, „sobald als möglich zu eingehenderen Abreden über die Einzelheiten zu gelangen, als diese von den bisherigen Konventionen geliefert seien, und daraufhin diese Details der Konventionen neu aufzustellen, soweit nötig, unter Hinzuziehung des österreichischen Generalstabes."

Generaloberst von Moltke teilte das „vorläufig befriedigende Ergebnis" dieser Abmachungen am 13. März 1914 brieflich dem General von Conrad mit. Wie sehr er sich indessen hütete, die in Aussicht gestellte italienische Waffenhilfe als einen sicheren Faktor in seine strategische Rechnung einzusetzen, zeigt seine Unnachgiebigkeit gegen das stetige Drängen Conrads auf Verstärkung der von Deutschland im Osten gegen Rußland einzusetzenden Kräfte. Moltke schrieb: „Zurzeit muß man mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, und wir müssen den Krieg so beginnen, als ob die Italiener überhaupt nicht zu erwarten wären. Wir können daher zunächst keine Änderungen in den einmal getroffenen Dispositionen eintreten lassen." Auch Graf Waldersee schrieb dem deutschen Militärattaché in Rom: „Ich will wünschen, daß nicht etwa ein Ministerium Luzzati-Tittoni unsere Abmachungen wieder schmälert."

Das Zutrauen in die Person des italienischen Generalstabschefs und in die Ehrlichkeit seiner bündnistreuen Haltung wuchs noch,

als er sich mit Eifer im Sinne des Zustandekommens einer neuen Militärkonvention tätig zeigte. Er selbst übersandte Moltke hierfür Ende April einen Entwurf und betonte im Gespräch mit dem deutschen Militärattaché, er lege Wert darauf, daß die Konvention „die Unterschriften der Männer trüge, die sich wirklich im Namen der Regierungen verpflichten könnten, also für Italien er selbst, und nicht, wie es früher gewesen sei, zwei Oberstleutnants des Generalstabs". Weiterhin äußerte er sich: „Wie Sie wissen, möchte ich Ihnen von Herzen gern sehr viel mehr Armeekorps zur Verfügung stellen als nur drei. Es wird dies auch geschehen, sobald ich überzeugt bin, daß ein Krieg „lokalisiert" bleibt und wir diese Korps also auch frei haben. Wird das aber geschehen? Denken Sie an die schnellere Bereitschaft mit größeren Massen als früher bei den Russen! Wird Österreich seine Aufgaben allein lösen können, wenn ihm Serbien dabei in den Rücken fällt, und werden wir nicht mehrere Armeekorps gegen Serbien Österreich zu Hilfe senden müssen?" Major von Kleist fügte seinem Bericht über dieses Gespräch hinzu: „Ich fiel beinahe vom Stuhl, als ich dies hörte. Der italienische Chef des Generalstabes hält es ernstlich für möglich, italienische Korps nach Österreich diesem zu Hilfe zu senden! Wie haben sich die Zeiten geändert, oder spekuliert man auf einen „Dank" in Gestalt von Triest oder Trient?"

Dieser Bericht des deutschen Militärattachés war ferner noch bemerkenswert durch die Wiedergabe nachfolgender Worte des Generals Pollio: „Der Ring, der sich um den Dreibund bildet, verstärkt sich von Jahr zu Jahr, und wir sehen uns das ruhig mit an! Ich glaube wirklich, daß die Jahre 1917 oder 1918, die allgemein (partout, mais partout) von den Gegnern des Dreibundes als Termin für ein allgemeines Losschlagen genannt werden, nicht nur der Phantasie entsprungen sind. Sie können sehr wohl einen realen Hintergrund haben! Wollen wir nun wirklich abwarten, bis die Gegner fertig und bereit sind? Ist es nicht für den Dreibund logischer, alle falsche Humanität über Bord zu werfen und einen Krieg, der uns einmal aufgezwungen werden wird, selbst beizeiten zu beginnen? Und deshalb frage ich, wie ich glaube, ganz im Sinne Ihres großen Königs Friedrich, als er 1756 den eisernen Ring seiner Gegner durchbrach: Warum beginnen wir nicht jetzt diesen unvermeidlichen Krieg?"

Generaloberst von Moltke glaubte die weitgehende Bereitwilligkeit des italienischen Kollegen und seine bundestreue Gesinnung für die Abfassung der in Aussicht genommenen neuen Militär-Konvention nutzbar machen zu können und schlug daher vor,

dieser Konvention folgende Eingangsformel zu geben: „Wenn der in dem Bündnisvertrag der drei Mächte vorgesehene casus foederis eintritt und das italienische Heer das französische an der Alpengrenze angreift, werden möglichst starke italienische Kräfte zum deutschen Heere stoßen, um einerseits gemeinsam mit den deutschen Kräften gegen das französische Heer zu operieren, andererseits gegen Rußland verwendet zu werden.“ Graf Waldersee begründete diesen Vorschlag seines Chefs in einem Schreiben an den italienischen Militärattaché vom 22. Mai 1914 folgendermaßen: „Die in letzter Zeit immer mehr befestigte Erkenntnis, daß das französische Heer am 10. Mobilmachungstage seine Operationen beginnen kann, daß Rußland um Wochen früher fertig sein kann als noch vor Jahresfrist, hat meinen Herrn Chef zu der Überzeugung geführt, daß, wenn die italienischen Truppen in Deutschland eintreffen, die Möglichkeit vorliegt, um unserer großen gemeinsamen Sache am besten zu dienen, zu der Maßregel schreiten zu müssen, jene Armeekorps an der Seite unseres Ostheeres einzusetzen. Die technische Ausführbarkeit einer solchen Maßregel ist sorgfältig geprüft. Es kommt hinzu, daß nach den uns bekannten Ansichten Seiner Exzellenz des Herrn Generals Pollio es in späterer Zeit unter gewissen Umständen in Frage kommen kann, weitere italienische Streitkräfte nach Deutschland zu führen.“

Eine Rückäußerung des Generals Pollio zu diesem Vorschlage Moltkes ist nicht mehr erfolgt. Wir wissen aber aus dem Buch des italienischen Generals Alberti (General Falkenhayn. Die Beziehungen zwischen den Generalstabschefs des Dreibundes. 1924), daß Pollio dem General Zuccari von dem Gedanken mit folgendem Begleitschreiben Kenntnis gegeben hat: „Bezüglich der Verwendung der 3. Armee gegen Rußland erachte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Kriegsnotwendigkeiten eine solche Verwendung rechtfertigen können, und wenn der Krieg einmal erklärt wäre, würde ich auch die Verantwortung für sie übernehmen. Wenn ich aber auch erlauben kann, daß man darüber spricht, so kann ich doch bei der gegenwärtigen politischen Lage mit der Regierung darüber nicht verhandeln, noch auch um die entsprechende Ermächtigung nachsuchen, dies in die Konvention aufzunehmen. Ich kann nur einen Ideenaustausch ohne amtliche Ratifikation genehmigen.“ Im übrigen wurden die Verhandlungen über Einzelheiten der neuen Militärkonvention und für ihre Unterzeichnung zwischen den beiderseitigen Generalstäben fortgesetzt.

Trotz aller loyalen und unzweideutigen Bekundungen des italienischen Generalstabschefs hüteten sich aber die führenden

Persönlichkeiten im deutschen Generalstabe nach wie vor wohlweislich, darin feste Garantien für die militärische Mithilfe Italiens im Kriegsfalle zu sehen. Am 18. Mai reichte Generalmajor Graf Waldersee dem Generaloberſten von Moltke eine Denkschrift über Deutschlands militärpolitische Lage ein, in der er u. a. ausführte: „. . . Daß sich unsere Feinde sagen können, im Augenblick halte Italien noch zum Dreibund und noch halte Kaiser Franz Joseph die bunte Donaumonarchie zusammen, ist klar. Aber wie lange? Werden diese Dinge sich nicht vielleicht recht bald zu ihren Gunsten verschieben? Diese Frage wird niemand mit einem bestimmten „Nein“ beantworten wollen. Italien ist im Aufblühen, zehrt aber noch an dem wenig verdauten Bissen Cyrenaika. Die finanzielle Kraft ist äußerst angespannt. Für die Armee kann wenig geschehen. Sie steckt in vieler Hinsicht noch in den Kinderschuhen. Der vortreffliche Chef des Generalstabs ist ein großdenkender, sicherer Mann. Wie lange wird sein Einfluß dauern? Der König ist von seiner parlamentarischen Regierung abhängig. Frankreich hat viele einflußreiche Freunde, Tittoni, Luzzati u. a. m. Dazu die eigenartigen Verhältnisse an der Adria, latente Gegensätze zu Österreich. Das neue Italien hat bisher immer seine Geschäfte durch die Siege anderer gemacht.“ Moltke hat die in dieser Denkschrift niedergelegten Ansichten mündlich auch dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg vorgetragen.

Da starb ganz plötzlich am 28. Juni General Pollio. Sein Tod stellte den Fortbestand der vertrauensvollen Beziehungen zwischen dem deutschen und italienischen Generalstab und damit alles im letzten Jahre mühsam Erreichte in Frage. Pollios Nachfolger, General Cadorna, der erst am 27. Juli sein Amt antrat, war für den deutschen Generalstab eine unbekannte Größe. Am gleichen Tage aber noch telegraphierte der deutsche Militärattaché aus Rom: „General Cadorna übernimmt alle Verpflichtungen, welche Pollio eingegangen.“ Am 29. Juli, als die Kriegsgefahr schon wesentlich verschärft war, erhielt Moltke einen vom 27. Juli datierten Brief Cadornas, in dem dieser ihm die Übernahme der Geschäfte als Generalstabschef mitteilte und hinzufügte: „Die Bande, die die verbündeten Mächte verknüpfen und das ständige Gefühl der Freundschaft, das stets die Beziehungen Italiens zu dem starken deutschen Reiche und seinem tapferen Heer geleitet hat, begeistern den Gruß, den ich Euer Exzellenz in dem sicheren Vertrauen auf unsere gemeinsame Zukunft zu senden die Ehre habe, zu Gefühlen aufrichtiger Kameradschaft.“ Moltke verband seinen sofort übermittelten Dank mit den Worten: „Vielleicht wird sehr bald die

Stunde schlagen, die unsere beiden Länder und Armeen vor eine gemeinsame Aufgabe stellen wird, in der sie Zeugnis ablegen werden von gegenseitiger Treue und Waffenbrüderschaft. Gebe Gott, daß wir dann Hand in Hand zum Siege schreiten."

Die Worte des italienischen Generalstabschefs klangen gewiß beruhigend. Indessen, es kam jetzt nicht mehr auf Worte, sondern auf Taten an. Wir wissen nicht, ob Cadorna im Herzen den Waffengang an Deutschlands Seite gewünscht hat. Jedenfalls aber hat er mit der Möglichkeit gerechnet, daß Italien durch die politische Entwicklung gezwungen sein könnte, seiner Bündnispflicht durch Waffenhilfe Ausdruck zu geben. Nach dem Wortlaut des Dreibundvertrages lag dieser Zwang vor, sobald Deutschland ohne Provokation von seiner Seite durch Frankreich angegriffen wurde. Von diesem Gesichtspunkte muß auch die nachfolgend abgedruckte Denkschrift Cadornas beurteilt werden, die er am 31. Juli dem Generaladjutanten des Königs übergab:

„Zusammenfassende Denkschrift über unseren Nord-West-Aufmarsch und über den Transport der größtmöglichen Streitkräfte nach Deutschland [1a])."

I.

Unter allen Gesichtspunkten würde es unseren Interessen am meisten entsprechen, wenn wir im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen den beiden Dreibünden unabhängig von dem deutschen Kriegsschauplatz auf unserem eigenen handeln könnten.

Diese undiskutierbare Annehmlichkeit in Einklang zu bringen mit der wirklichen Lage, wie sie sich aus den tatsächlichen und natürlichen Bedingungen des Kriegsschauplatzes auf unserer Nordwest-Front, wie auch aus den Leitgedanken des französischen Generalstabs ergibt, war das ernste Problem, das die Gedanken meiner Vorgänger stets beschäftigt hat. Das Suchen einer geeigneten Lösung, die innerhalb dieses Problems blieb und einen Einklang herbeiführte, erwies sich jedoch als vergebliches und unmögliches Bemühen. Da sie daher nicht überwinden konnten, was die unerbittliche Wirklichkeit auferlegte, und da sie außerdem sich von dieser Wirklichkeit nicht überwinden lassen wollten, rückten sie ihr entschlossen auf den Leib und setzten an ihre Stelle die Lösung, wie sie aus folgender kurzer Darlegung ersichtlich ist.

Nach dem ursprünglichen Wortlaut des Dreibund-Vertrags kam General Cosenz in der Erwägung, daß die italienischen Streitkräfte

[1a]) Luigi Cadorna: „Altre pagine sulla grande guerra". Mondadori, Milano 1926, S. 15 ff.

auf der alten Front nur in einer auf einige wenige Monate des Jahres beschränkte Wirksamkeit sich fühlbar machen konnten, daß diese Wirksamkeit außerdem durch die Schwierigkeit des Geländes und durch die Befestigungen nur eine langsame und daher für die Masse der mobilisierten Armee ungenügende sein werde, und nach einer Prüfung, wie sich eine Offensive gegen Frankreich entfalten würde, zu der Auffassung, daß auf jeden Fall fünf oder sechs unserer Armeekorps und zwei oder drei Kavalleriedivisionen ohne Verwendung bleiben würden und man daher vom strategischen wie außenpolitischen Standpunkte aus nichts besseres machen konnte, als beim Ausbruch der Feindseligkeiten diese Truppen nach Deutschland zu transportieren, um sie dort zur Unterstützung der deutschen Truppen oder zu ihrer Verstärkung gegen Frankreich, d. h. auf dem hauptsächlichsten Kriegsschauplatz zu verwenden, wo sich unzweifelhaft das Schlachtenglück entscheiden würde.

Dieser einfache und logische Gedanke bildete die Grundlage jener Militärkonvention vom Jahre 1888, die nicht zu Unrecht als ein mustergültiges Beispiel strategischer und diplomatischer Weisheit angesehen wurde. Er trug zur Erhöhung der Achtung Italiens bei den anderen Dreibund-Mächten und namentlich bei Deutschland bei.

Nachdem General Saletta Schritt für Schritt die Nordwest-Grenze studiert und einige Änderungen in den Aufmarsch wie in die Aufstellung gebracht hatte, nachdem er ferner der emsigen und progressiv fortschreitenden und sich konsolidierenden Vorbereitung des französischen Geländes und der mobilen Streitkräfte Frankreichs an der Alpenfront beigewohnt hatte, gegenüber der unsere Vorbereitung nur langsam und mühselig verlief, überzeugte auch er sich von der strategischen Notwendigkeit des Eingreifens unserer 3. Armee in Deutschland.

Zurzeit der letzten und vorzeitigen Erneuerung des Dreibund-Vertrags, als der italienisch-türkische Krieg im Gange war und außerdem der Balkansturm sich zu einer Tragödie zu entfesseln drohte, mußte General Pollio mit Bedauern erkennen, daß es unter diesen Umständen und in dieser Lage absolut unmöglich war, daran zu denken, italienische Streitkräfte an den Rhein zu entsenden. Er ließ daher dem deutschen Generalstabschef unter Einverständnis mit dem König mitteilen, daß die Konvention von 1888 als nicht mehr in Kraft zu betrachten sei.

In dem aufrichtigen Wunsche aber, eine neue Militärkonvention nach Art der vorläufig aufgehobenen sobald wie möglich wieder herzustellen, wollte er in der Erwartung einer derartigen Möglich-

keit die eventuelle Verwendung aller unserer Streitkräfte auf unserem vom deutschen Kriegsschauplatz unabhängigen Kriegsschauplatz noch gründlicher prüfen und ließ zu diesem Zwecke zwei Pläne ausarbeiten.

General Pollio wurde hierdurch aber nur in seinem Wunsche bestärkt, den früheren von General Cosenz erdachten Plan wieder aufzunehmen. Nach seiner Reise nach Deutschland und nach den mit dem Kaiser und dem deutschen Generalstabschef gehabten Erörterungen sowie endlich in dem lebhaften, auch einmütig von dem italienischen Armee-Kommandanten unterstützten Wunsche, die Militärkonvention wieder herzustellen, unterbreitete er dem König wie der Regierung einen Lagebericht und erreichte dadurch, daß mindestens zwei verstärkte Kavallerie-Divisionen und drei Armeekorps nach Deutschland verbracht werden konnten. Die letzten Verhandlungen über einige Einzelheiten der neuen Konvention und für die Unterzeichnung derselben sind augenblicklich im Gange.

Das ist kurz die Geschichte der verschiedenen Stadien, die die äußerst wichtige Frage durchlaufen hat; dies ist ihr augenblicklicher Stand, wie ich ihn vorfinde.

II.

Meine innerste Überzeugung ist, daß diese wichtige Frage keiner anderen Lösung entgegengeführt werden kann, und hierin stimme ich also völlig mit allen meinen Vorgängern überein.

Auf der anderen Seite ist aber meine feste und genaueste Überzeugung, daß die in Aussicht genommene Lösung nicht völlig den Interessen des Vaterlandes entspricht, wenn sie nicht die größtmöglichste Ausdehnung erfährt, deren sie fähig ist.

Mit anderen Worten bin ich dafür, daß man der nach Deutschland zu entsendenden Armee nicht nur fünf Armeekorps (außer den Kavallerie-Divisionen) zuteilen solle, sondern daß man versuchen muß, auf den hauptsächlichsten Kriegschauplatz alle die Streitkräfte zu werfen, die unsere eigenen Bedürfnisse an der Nordwest-Grenze sowie im Landesinnern entbehrlich machen: eine Notwendigkeit, die ich nach gründlichen Studien mir vorzuschlagen erlaube. Hierin vervollständigt mein Gedanke denjenigen meiner Vorgänger, indem sie den grundlegenden Plan der tatsächlichen Lage anpaßt, wie sie sich aus unserer Stellung an der Nordwestgrenze gegenüber Frankreich und aus den Betrachtungen der internationalen Politik ergibt.

Es erscheint in der Tat heute die Lage des alpinen Schachbretts in seiner territorialen Beschaffenheit und im Aufbau der französischen Streitkräfte wie der unsrigen gründlich verändert gegenüber der Zeit, in der General Cosenz fünf oder sechs Armeekorps (außer den Kavallerie-Divisionen) als unsere eigenen Bedürfnisse übersteigend betrachtete und sie nach Deutschland entsenden wollte.

Damals existierte der defensive Ausbau der französischen Gebiete noch kaum oder war erst in seinen Anfängen. Er hat durch kluge Ausnutzung der Bodeneigenarten, durch planmäßiges Fortschreiten und durch unbeugsame Beibehaltung der Richtung, die heute noch verstärkt und erweitert ihren Fortgang nehmen, aufeinanderfolgende Widerstandslinien geschaffen (deren am weitesten fortgeschrittene ihren Aktionsradius innerhalb unseres Gebiets hat), die zu ihrer Überwindung die dauernde Verwendung regelrechter Belagerungstruppen erfordert. Ich erwähne die zum äußersten befestigten Gebiete bei Nizza, die großartig verschanzten Lager bei Briancon und Lyon, die zwei-, drei-, ja vierfachen Festungsreihen und Festungsgruppen wie bei Tarantasia und Moriana. Dieser kluge Ausbau, der einerseits die größtmögliche Sparsamkeit in der Verwendung mobiler Kräfte bewilligt, verlangsamt auf der anderen Seite eine eventuelle Offensive unsererseits — welches auch ihre Richtung sein mag —, so daß begründete Vermutung besteht, daß das Einsetzen der schlechten Jahreszeit unsere Truppen im Alpenmassiv und außerdem im Bereich der Befestigungen erfaßt und endgültig alle Maßnahmen lähmt, da bekanntermeise die klimatischen Verhältnisse unserer Westalpen große militärische Operationen auf höchstens vier bis fünf Monate des Jahres beschränkt. Frankreich wird sich daher von nun an sicherfühlen vor Zufallsergebnissen einer eventuellen Offensive unsererseits, und wie aus vielen wichtigen Anzeichen hervorgeht, scheint es entschlossen, sofort bei Ausbruch der Feindseligkeiten von der Grenze den besten Teil der Truppen der Armée des Alpes wegzunehmen, namentlich die beiden aktiven Armeekorps, das XIV. und XV., und uns gegenüber nur aktive alpina und regionale Truppen sowie die Reserve- und Territorialformationen der genannten Armeekorps zu lassen.

Unter diesen Umständen fällt der Schaden in die Augen, der den gemeinsamen Interessen des Dreibundes dadurch entstehen würde, wenn wir die Menge der an der Nordwestgrenze zu verwendenden Streitkräfte nicht mit denen in Einklang brächten, die Frankreich uns dort entgegenzustellen beabsichtigt (und die wir vorsichtigerweise denen der Armée des Alpes gleichbewerten), und die Ziele einer eventuellen Offensive nicht dadurch beschränkten,

daß wir sie der beschränkten Ausdehnung und der besonderen Natur des Operationsfeldes anpaßten und ihnen unterordneten. Wir würden sonst höchstens dazu beitragen, einige wenige französische aktive und Reservetruppen vom Hauptkriegsschauplatz am Rhein abzuziehen. Wenn wir auf unserer Seite dadurch eine Fülle von Truppen zur Unbeweglichkeit verurteilen anstatt sie zum Kampf nach Deutschland zu bringen, so würden wir vielleicht auch zu einem für die Waffen des Dreibundes ungünstigen Ausgang des Krieges beitragen. Wenn trotzdem der Ausgang günstig ausfallen sollte, dann wären die Folgen für unser Land nicht weniger ernst. Ganz abgesehen von jedem Gedanken an Kompensation würde das Ansehen Italiens bei künftigen eventuellen Allianzen in nicht wieder gutzumachender Art herabgesetzt werden.

Es ist außerdem hervorzuheben, daß sich auch die Lage Deutschlands gegenüber der Eventualität eines Konflikts zwischen den beiden Dreibünden beachtlich verändert hat.

Deutschland hat erst kürzlich eine ungeheure Anstrengung unternommen und dadurch den schon festen und glänzenden Zusammenhalt seiner Armee noch mehr vertieft und verstärkt. Parallel damit hat auch Frankreich mächtige Anstrengungen gemacht und Rußland gleiche und vielleicht noch größere zur Vermehrung der Streitkräfte und zur Beschleunigung ihrer Mobilisierung und ihres Aufmarsches*). Österreich hat andererseits ebenfalls seine bewaffnete Macht vermehrt und verstärkt, begegnet aber neuen und größeren Schwierigkeiten auf dem Balkan.

Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß Deutschland den direkten Beistand unserer Streitkräfte auf dem Hauptkriegsschauplatz so groß wie möglich nur wünschen kann.

Unser Interesse kann dem allgemeinen Interesse der Bündnisgruppe, zu der wir gehören, nur gleichlaufen. Das Spiel des Kräftegleichgewichts zwischen den beiden gegnerischen Staatengruppen neigt dazu, zum Schaden des Dreibundes unbeständig zu werden. Wenn wir nicht die größte Anstrengung machten, um wieder zu seiner Stabilität beizutragen, so würde dies verhängnisvoll für das allgemeine Interesse wie für das unserige im besonderen werden.

Neben der politischen Betrachtung der weitgehendsten Kompensationen, die wir für unseren weitgehendsten Beistand fordern werden, rät und befiehlt das strategische Interesse, die Streitkräfte

*) Sperrdruck von der Schriftleitung.

des Dreibundes als zu einem einheitlichen Heere gehörig zu betrachten und sie nach einheitlichen Direktiven zu verteilen und zu verwenden. Da der Hauptkriegsschauplatz, auf dem sich das Waffenglück entscheiden wird, der nördliche ist, wo wie schon 1805, 1809 und 1813 die Massen der Streitkräfte zusammenströmen werden, so würde das Entziehen auch nur einer anderswo entbehrlichen Einheit bedeuten, daß wir bewußt beitragen wollten, die Wahrscheinlichkeit des aus dem gemeinsamen Werk hervorgehenden Erfolges zu verringern.

Dies sind nach meiner Auffassung die grundlegenden Pläne, nach denen wir unseren bewaffneten Beistand in einem eventuellen Krieg zwischen den beiden Dreibünden richten müssen. Die schon im Gang befindlichen Studien für die passende Verwendung unserer Truppen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz können fortgeführt werden. Ehe wir ihnen aber in den bereits eingeleiteten Verhandlungen und Abmachungen konkrete Gestalt geben, müßte die Regierung ihre Ansicht kundgeben für den Fall, daß sich der Ausführung des Planes in der von mir gegebenen Entwicklung Erwägungen der hohen Politik entgegenstellen und vielleicht mit den rein militärischen Betrachtungen entspringenden Erwägungen in Gegensatz treten konnten.

III.

Obiges stellt die großen Linien des Programms dar. Aber das Programm selbst kann leider keine völlige und sofortige Verwirklichung finden, wie es im Hinblick auf die allgemeine Lage der gegenwärtig unsteten und gefahrdrohenden internationalen Politik erforderlich wäre.

Ein Haupt-, wenn nicht ausschließliches verzögerndes Hindernis für die Verwirklichung des Programms ist der anormale Zustand, in dem sich unsere Armee befindet. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen anzugeben, welchen schon in der Vergangenheit erkannten Bedürfnissen man noch nicht nachgekommen ist und warum nicht. Zu diesen Bedürfnissen sind neue hinzugekommen, desgleichen andere störende Ursachen. Es genügt, daran zu erinnern, daß seit einiger Zeit unser Heer in der Hauptsache auf die Funktion eines Auffüllungsdepots für das lybische Expeditionskorps zurückgeführt ist. Dies hat den in Italien befindlichen Korps Homogenität sowie materiellen und moralischen Zusammenhalt geraubt, sie zum mindesten herabgemindert, ihnen die Möglichkeit ersprießlicher Instruktion geraubt, wozu noch erschwerend der Mangel an Offizieren und Unteroffizieren sowie ihr dauernder Wechsel hinzu-

kommt. Dies hat weiter bei den Truppen der Hauptstadt die Anordnung einer schnellen und geordneten Mobilmachung geschwächt und vor allem die Sicherheit organischen Zusammenhalts und kräftiger Ausfüllung der Einheiten auf Kriegsstand verringert. Das erste und unumgänglich Notwendige für unsere militärische Vorbereitung, das Dringendste ist, aus der Klemme dieser sorgenvollen Lage herauszukommen; unseren Einheiten wieder Zusammenhalt und Einteilung, dem Heere wieder Ruhe und normales Funktionieren zu geben.

Rom, den 31. Juli 1914.

L. Cadorna,
Generalleutnant und Generalstabschef.

Im ersten und zweiten Teil dieser Denkschrift beschränkte Cadorna sich streng auf die Darlegung der militärischen Zweckmäßigkeitsgründe, die für die Entsendung weit stärkerer italienischer Kräfte an den Oberrhein, als sie bisher in Aussicht genommen waren, sprachen. Im dritten Teil hingegen schwächte er das Gewicht dieser Gründe durch den Hinweis auf die innere Unfertigkeit des italienischen Heeres für einen Krieg erheblich ab und kam damit zweifellos den Wünschen der italienischen Politik entgegen.

Die Geschichte der deutsch-italienischen Militärkonvention ist somit ein Schulbeispiel dafür, daß militärische Vereinbarungen der Generalstäbe allein völlig bedeutungslos sind, sobald sie nicht oder nicht mehr im Einklang mit den politischen Zielen der Staaten stehen. Was General Pollio als die Grundlage eines jeden wirklichen Vertragsverhältnisses bezeichnet hatte, der gute Wille zur Innehaltung der Bündnispflicht, war bei der politischen Leitung Italiens nicht vorhanden. Der Minister des Auswärtigen, San Giuliano, erklärte [2]), daß die vielfachen Grenzverletzungen französischer Truppen vor Kriegsbeginn nicht als Voraussetzungen des casus foederis für Italien angesehen werden könnten, „da sie nur Konsequenzen des ersten aggressiven Vorgehens Österreichs seien". Noch bevor die deutsche Kriegserklärung an Frankreich am 3. August in Rom bekanntgeworden war, erklärte Italien offiziell seine Neutralität [3]) und zog sich damit auf die von Anfang an beabsichtigte abwartende Stellung zwischen den kriegführenden Parteien zurück.

[2]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch. Band IV, Nr. 745
[3]) Ebenda Band IV, Nr. 757.

Les nouveaux documents diplomatiques anglais sur l'explosion de la guerre.

Georges Demartial.

Pendant la guerre j'avais écrit, à l'aide des documents alors connus, un livre sur son explosion. Je comptais le publier quand la censure serait supprimée. Mais elle ne le fut qu'en octobre 1919. A ce moment la révolution avait déjà éventré les coffre-forts qui renfermaient les archives russes, autrichiennes, allemandes. Mon manuscrit se trouvait dépassé par les événements. Je le rentrai dans un tiroir. Cependant j'aime à le revoir comme on aime à revoir la photographie d'un enfant mort. Et j'y trouve ce passage: „Si l'Allemagne n'est pas écrasée par les tombereaux de mensonges de la propagande de l'Entente, c'est au Livre bleu anglais qu'elle le devra". En effet certaines pièces de ce recueil confirmaient la thèse du gouvernement allemand, à savoir que lorsqu'il avait vu surgir la guerre européenne, il avait essayé de l'éviter, et ne s'y était résolu que devant le danger de mort que la mobilisation générale russe faisait courir à l'Allemagne.

Cette sincérité donnait à penser que le Livre bleu anglais, abstraction faite de deux documents postérieurs à l'entrée de l'Angleterre dans la guerre, et de l'Introductory Narrative of events publiée en tête de l'édition populaire, méritait confiance. On y remarquait bien un document du 31 juillet annexé à un télégramme du 30 et quelques autres bizarreries. Mais dans l'ensemble il donnait l'expression du fair play.

Des doutes commencèrent à s'élever quand parurent les documents authentiques étrangers. L'auteur norvégien Aall les exposa. Mais ce n'est qu'aujourd'hui, le Foreign-Office s'étant décidé, comme le gouvernement allemand, à ouvrir ses archives, qu'on a pu faire cette double constatation: le dossier de 1914 était loin d'être complet puisqu'il ne contenait que 161 pièces au lieu des 677 mises aujourd'hui sous nos yeux, et un certain nombre de pièces avaient été amputées soit de passages, soit de phrases ou de membres de phrase.

* * *

Disons tout de suite que nombre des documents laissés de côte n'étaient pas essentiels à l'intelligence des cironstances dans lesquelles avait explosé la guerre. Ils auraient inutilement alourdi un recueil qui était destiné à une large circulation. Mais pourquoi

en a-t-on supprimé, soit totalement soit en partie, dont l'importance était au contraire indéniable?

Dans l'Introduction, M. Headlam-Morley, conseiller historique du Foreign-Office, l'explique ainsi: „On a insinué, dit-il, que ces omissions avaient eu pour but de supprimer ce qui pouvait être défavorable à la cause du gouvernement britannique ou de ses alliés. Ce soupçon est complètement dénué de fondement . . . C'est une règle de courtoisie, toujours suivie par le gouvernement britannique, de ne pas publier sans autorisation des documents où se trouvent rapportées des conversations ou des confidences des gouvernements amis." L'explication n'est pas fameuse. Le devoir de vérité passe avant celui de courtoisie. Le parlement et le peuple anglais furent privés d'un élément essentiel d'information. Faire la guerre avec des alliés et ne pas savoir les véritables raisons pour lesquelles ils ont entrepris la guerre, c'est la faire avec un bandeau sur les yeux.

Prenons par exemple le cas que M. Headlam-Morley cite et commente lui-même. Dans le livre de 1914 on supprima d'un télégramme du 24 juillet de l'ambassadeur à Pétersbourg le passage où il indiquait les termes de l'accord intervenu, pendant le séjour du président de la république, entre les gouvernements russe et français, et suivant lequel ils s'engageaient à ne tolérer aucune immixtion de l'Autriche dans les affaires intérieures de la Serbie. Comme l'assassinat de l'archiduc avait été ourdi et matériellement préparé en Serbie et que les assassins en arrivaient, c'était, et de quel droit, imposer à l'action prévue de l'Autriche une limitation qui devait lui paraître inacceptable. Cet accord franco-russe avait donc une importance capitale. Prétendre exposer loyalement les causes de l'explosion de la guerre, tout en le taisant sous prétexte qu'il n'appartenait qu'aux signataires de le dévoiler, c'était vouloir montrer la lanterne magique sans lumière.

* * *

»En tous cas, dit M. Headlam-Morley, le gouvernement anglais agit avec une entière bonne foi. Il avait tout fait pour éviter la guerre et croyait que ses alliés en avaient fait autant. Il n'avait l'intention de rien cacher de la vérité. Il désirait que la publication fut aussi complète et franche que possible.«

Assertion bien basardée, car le gouvernement anglais n'a pas caché seulement des documents qui faisaient parler des ambassadeurs ou des ministres des puissances alliées, il a caché aussi nombre de documents qui n'engageaient que la responsabilité de ses propres

agents, et pour la publication desquels ils n'avait rien à demander à personne, mais qui mettaient ses alliés, et lui-même par conséquent, en mauvaise posture. En voici des exemples.

On sait que si le peuple français accepta si facilement la guerre, ce fut dans la croyance que la Russie et la France, après avoir tout fait pour éviter la guerre, avaient été surprises par une agression de l'Allemagne, agression »traîtresse«, dit le Président de la République dans son message du 4 août 1914.

Or il y a dans le nouveau recueil anglais un télégramme de l'attaché militaire en Russie, daté du 31 juillet, et où on lit: »Les affiches ordonnant la mobilisation générale ont été posées le matin du 31 juillet à 4 heures . . . On ne signale aucun mouvement de troupes en Allemagne sur la ligne Berlin-Königsberg-Eydkuhnen [1]), mais les ponts sont gardés. La moitié de la moisson seulement est faite en Allemagne orientale et est en général encore sur place. Dans le sud de la Pologne et de la Russie on dit qu'elle est rentrée. La Russie a pu à loisir envoyer des troupes, principalement de la cavalerie et de l'artillerie, à la frontière. On dit que 16 trains ont quitté Pétersbourg en une nuit« (410). — Si ce télégramme avait été publié en 1914, on aurait su tout de suite que l'ordre de mobilisation générale avait été affiche en Russie 12 heures avant de l'être en Autriche et 36 avant de l'être en Allemagne, et que la couverture de la frontière y était en place, quand les Allemands en étaient encore à la garde des ponts.

Le 30 juillet M. Viviani, ministre des affaires étrangères de France, fit remettre à Londres un tableau comparatif des préparatifs militaires en France et en Allemagne. Il y était dit:

»En Allemagne, non seulement des troupes en garnison à Metz ont été poussées jusqu'à la frontière, mais encore elles ont été renforcées par des éléments transportés en chemin de fer de garnisons de l'intérieur, telles que celles de Trèves ou de Cologne. Rien d'analogue n'a été fait en France.«

Ce tableau fut reproduit dans le Livre anglais de 1914. Mais on se garda d'y reproduire ce qu'écrivait le même jour l'ambassadeur à Paris: »Aller aux Eaux dans l'est de la France, ou en revenir est devenu difficile à cause des mouvements de troupes amenées du centre sur la frontière de l'est« (320).

Le Livre de 1914 a reproduit avec complaisance un télégramme du gouvernement français, donné comme du 30 juillet, disant »que

---

[1]) C'est la principale ligne qui allait de Berlin à la frontière russe de la Prusse orientale.

des réservistes sont rappelés par dizaines de mille en Allemagne«. Mais il a supprimé un télégramme de l'ambassade anglaise à Berlin du 1 août disant »qu'aucun appel de troupes de réserve n'avait encore eu lieu en Allemagne« (404).

On pourrait multiplier les échantillons. Le premier Livre anglais a de parti pris publié les informations manifestement tendancieuses et fantaisistes que lui envoyait le gouvernement français sur les préparatifs militaires, et caché les informations contraires de ses propres agents.

Mensonges chevaleresques, dira-t-on, faits pour un frère d'armes. Alors tous les mensonges sont permis. Si on peut, dans l'intérêt d'un ami, le laisser accuser faussement un adversaire, on peut en faire autant pour son propre intérêt. En fait le gouvernement anglais était tout aussi intéressé que le gouvernement français à cacher ces documents. L'opinion anglaise, on en avait déjà la preuve dans le recueil de 1914, mais on l'a encore davantage dans celui-ci, n'aurait jamais accepté une guerre pour la Serbie, ou pour la Russie si elle voulait soutenir la Serbie. Il faut, écrivait à Grey l'ambassadeur à Paris le 27 juillet, »arrêter l'absurde et surannée prétention de la Russie de se poser en protectrice de tous les états slaves, quelle que soit leur conduite, car elle conduira à la guerre« (192). Mais, dès le début de la crise, le Foreign-Office s'était résolu à faire la guerre aux côtés de la Russie si elle soutenait la Serbie. A l'arrivée du télégramme de Pétersbourg qui contenait l'accord franco-russe contre l'Autriche, sir Eyre Crowe, adjoint au sous-secrétaire d'état permanent [1]), exposa dans une note que quoi qu'on pût penser de la valeur des griefs de l'Autriche contre la Serbie, du moment que la France et la Russie décidaient d'accepter le défi et d'engager le grand procès Triple-Alliance contre Triple-Entente, il serait difficile sinon dangereux pour l'Angleterre d'essayer de les retenir, et qu'elle n'avait qu'à les suivre (101). C'est cette politique que fit sir Ed. Grey. Mais comme elle était contraire au sentiment public, il fallait lui donner de la guerre une autre explication. Et cette autre explication, c'était que l'Allemagne avait réellement attaqué la Russie et la France, c'est que ses déclarations de guerre avaient été unprovoked. Le Foreign-Office avait donc un intérêt personnel à supprimer du Livre bleu les pièces qui révélaient qu'elles avaient été provoked.

[1]) A la tête de chaque ministère anglais est placé un fonctionnaire de carrière appelé le sous-secrétaire d'état permanent, par opposition au sous-secretaire d'état parliamentary, qui, étant un personnage politique, est destiné à s'en aller avec le cabinet. Le permanent et son ou ses adjoints sont des personnages considérables.

Que le »Times« et le »Temps« disent que le nouveau Livre anglais ne fait que confirmer l'innocence des gouvernements de l'Entente, je ne m'attarderai pas à m'en étonner. De même, quand Galilée apportait les preuves de la rotation de la terre, le Saint-Office en concluait que la terre était immobile. On est plus surpris qu'en tête de son compte-rendu le »Manchester Guardian« ait dit: »Ce qui ressort tout d'abord de ce second recueil, est la preuve de l'honnêteté du premier.« Alors pourquoi le Foreign-Office a-t-il attendu treize ans pour donner cette preuve? Mon humble avis est différent. Je continue à penser que le premier recueil anglais était plus probant que le squelettique recueil allemand, et plus honnête que les recueils russe et français, car on n'y voit pas de pièces fabriquées. Mais les citations qui précèdent ne permettent pas de parler d'une honnêteté absolue. Disons qu'il fut à moitié honnête. Pour des diplomates, c'est déjà très flatteur.

* * *

Le 1er août le président de la république, le ministre des affaires étrangères, et le directeur politique à ce ministère s'évertuaient, chacun de son côté, à faire croire faussement aux Anglais que, si la Russie venait de mobiliser contre l'Allemagne, c'était parce que la mobilisation générale autrichienne l'y avait obligée, que d'ailleurs la mobilisation de la Russie, comme celle de la France qui allait suivre, étaient des mesures essentiellement pacifiques. Pourquoi cette nappe de gaz asphyxiant était-elle lancée sur Londres de trois côtés à la fois? Le nouveau Livre anglais nous l'apprend.

Au milieu de la nuit du 31 l'ambassadeur d'Allemagne avait communiqué au Foreign-Office un télégramme, dont il me sera peut-être permis de dire qu'il est émouvant, par lequel le gouvernement allemand exposait au gouvernement anglais que la mobilisation russe contre l'Allemagne venait d'anéantir ses efforts pour amener Vienne aux concessions convenues entre Londres et Berlin, et que si cette mobilisation n'était pas contremandée dans les douze heures, la sécurité de la patrie allemande exigeait qu'elle y répondît par la guerre [1]). Le roi adressa sur le champ au Tsar un message personnel pour lui demander quel malentendu avait

---

[1]) *Diese letzten Worte sind nicht ganz korrekt wiedergegeben worden. Der Reichskanzler hatte an den Botschafter in London telegraphiert: „Wir haben Rußland gesagt, daß, wenn nicht binnen 12 Stunden die kriegerischen Maßnahmen gegen uns und Österreich-Ungarn eingestellt würden, wir mobilmachen müßten, was den Krieg bedeuten würde." Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 513.*
Die Schriftleitung.

pu produire cette situation inextricable, et le supplier de faire son possible pour la réouverture des négociations. Ce message fut expédié à l'ambassadeur à Pétersbourg à 3 h, 30 du matin, avec ordre de demander immédiatement une audience au Tsar. Buchanan sabota sa mission.

Tout cela on le savait déjà. Mais ce qu'on ne savait pas, c'est qu'avant même d'être cablé à Pétersbourg le message royal avait été cablé à l'ambassadeur à Paris, à 2 h 50 du matin, avec un avis spécial de son importance, et avec instruction de demander immédiatement une audience au Président de la République pour le lui communiquer. C'est en réponse à cette communication que M. Poincaré défila à l'ambassadeur tout le chapelet de faussetés qui constitue la pièce 134 du Livre bleu, et qui débute par l'affirmation que la mobilisation générale russe avait été causée par l'autrichienne. Nul doute que les assertions analogues de M. Viviani et de son principal collaborateur, qui sont de l'après-midi, eurent également pour but de détruire l'impression causée sur le roi d'Angleterre par les conséquences de la mobilisation russe.

* * *

En somme le nouveau Livre anglais confirme ce que la raison indiquait dès le début de la guerre, et ce que la foule des documents produits depuis n'a cessé de démontrer, à savoir que l'Angleterre a pris part à la guerre uniquement parce que ses dirigeants l'ont jugé de son intérêt, et aucunement dans l'intérêt »du droit, de la liberté, de la civilisation«, pas plus d'ailleurs que pour »la sainteté des traités«.

Ces grands mots ne furent que les masques dont s'affublèrent les gouvernement démocratiques pour tromper leurs peuples, qui ne demandèrent d'ailleurs qu'à l'être, et qui tiennent à le rester, à en juger par le peu de succès qu'y obtient la vérité. La leçon ne paraît cependant pas avoir été perdue pour tout le monde. Je viens d'ouvrir mon journal. J'y trouve reproduite une caricature d'un journal chinois. Un être à figure de monstre tient à la main un masque qu'il vient d'enlever. Comme légende: »Quand les peuples civilisés retirent leur masque«.

(Deutsche Übersetzung.)

Die neuen englischen diplomatischen Dokumente über den Kriegsausbruch.

Georges Demartial.

Während des Krieges hatte ich auf Grund der damals bekannten Dokumente ein Buch über seinen Ausbruch geschrieben. Ich beabsichtigte, es nach Aufhebung der Zensur zu veröffentlichen. Diese aber wurde erst im Oktober 1919 abgeschafft. Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits die Revolution die feuerfesten Aktenschränke gesprengt, welche die russischen, österreichischen und deutschen Urkunden-Sammlungen bargen. Mein Manuskript war von den Ereignissen überholt worden. Ich legte es beiseite in eine Schublade. Doch sehe ich es gern wieder an, wie man die Photographie eines verstorbenen Kindes zu betrachten liebt. Und darin finde ich folgende Stelle: „Wenn Deutschland nicht durch die Karren voller Lügen der Entente-Propaganda zermalmt worden ist, so hat es das dem englischen Blaubuch zu verdanken." Tatsächlich bestätigen gewisse Stellen dieser Sammlung die Behauptung der deutschen Regierung, sie habe, als sie den europäischen Krieg hereinbrechen sah, ihn zu verhüten gesucht und sich erst dann dazu entschlossen, als die allgemeine russische Mobilmachung für Deutschland zu einer Todesgefahr wurde.

Diese Aufrichtigkeit berechtigte zu der Annahme, daß das englische Blaubuch des Vertrauens würdig sei, abgesehen von zwei Dokumenten, die aus der Zeit nach dem Eintritt Englands in den Krieg stammen, und von der „Introductory Narrative of events", die der Volksausgabe vorangestellt ist. Man fand darin allerdings ein Dokument vom 31. Juli, das an ein Telegramm vom 30. angehängt war, und einige sonstige Absonderlichkeiten. Aber in seiner Gesamtheit machte es den Eindruck des fair play.

Zweifel begannen sich zu regen, als die unbedingt echten fremdländischen Dokumente an die Öffentlichkeit gelangten. Der norwegische Schriftsteller Aall nahm sich der Sache an. Aber erst jetzt, nachdem das Foreign Office, ebenso wie die deutsche Regierung, sich entschlossen hat, seine Archive zu öffnen, hat man folgende zweifache Feststellung machen können: die Aktenpublikation von 1914 war nichts weniger als vollständig, da sie ja nur 161 Dokumente statt der uns jetzt vorliegenden 677 umfaßte, und ein gewisser Teil der Urkunden war um ganze Abschnitte, Sätze oder Satzteile gekürzt.

* * *

Erklären wir vorweg, daß eine Anzahl von den beiseitegelassenen Dokumenten nicht von wesentlicher Bedeutung war für das Verständnis der Verhältnisse, unter denen der Krieg ausbrach. Sie hätten die für eine weite Verbreitung bestimmte Sammlung nur unnötigerweise beschwert. Warum aber hat man, entweder ganz oder teilweise, diejenigen von ihnen unterdrückt, deren Wichtigkeit dagegen nicht abzustreiten war?

In der Einleitung erklärt Herr Headlam-Morley, historischer Beirat des Foreign Office, dies folgendermaßen: „Man hat auch die Vermutung ausgesprochen, daß wichtige Dokumente oder Abschnitte von Dokumenten weggelassen und daß andere abgeändert worden seien, um Beweismaterial zu unterdrücken, das für die Sache der britischen Regierung und ihrer Verbündeten ungünstig erscheinen könnte. Dieser Argwohn war vollkommen unbegründet . . . Nach einer feststehenden Höflichkeitsregel, die von der britischen Regierung immer streng beachtet wurde, soll kein Dokument, das einen Bericht über Unterredungen mit den Botschaftern und Gesandten anderer befreundeter Mächte oder eine vertraulich von ihnen übermittelte Information enthält, ohne die Zustimmung der betreffenden Regierung veröffentlicht werden [1])." Diese Erklärung ist nicht sehr glücklich. Zuerst kommt die Pflicht der Wahrheit, dann die der Höflichkeit. Das Parlament und das englische Volk wurden eines wesentlichen Mittels zu ihrer Information beraubt. Zusammen mit Verbündeten in den Krieg zu ziehen, ohne die eigentlichen Gründe zu kennen, aus denen diese ihn unternommen haben, heißt mit verbundenen Augen Krieg führen.

Nehmen wir z. B. den Fall, den Herr Headlam-Morley selbst anführt und erläutert. In dem Blaubuch von 1914 unterdrückte man in einem Telegramm des Botschafters in Petersburg vom 24. Juli die Stelle, in der er den Wortlaut der Vereinbarung angab, die zwischen den Regierungen Rußlands und Frankreichs während des Aufenthalts des Präsidenten der Republik getroffen worden war und gemäß deren sie sich verpflichteten, keinerlei Einmischung Österreichs in die inneren Angelegenheiten Serbiens zu dulden. Da die Ermordung des Erzherzogs in Serbien angezettelt und materiell vorbereitet worden war und die Mörder ihr Ziel erreichten, so hieß das — und mit welchem Recht? — der beabsichtigten Aktion Österreichs eine Beschränkung auferlegen, die ihm unannehmbar erscheinen mußte. Dieses französisch-russische Übereinkommen war also von wesentlichster Bedeutung. Zu behaupten, man lege die

[1]) *Britische Dokumente, Ausgabe Lutz, S. XVIII. D. Schriftleitg.*

Ursachen des Kriegsausbruchs in loyaler Weise dar, verschweigt aber dabei dieses Übereinkommen unter dem Vorwand, es sei ausschließlich Sache der Unterzeichner, es bekanntzugeben, heißt soviel, als eine Laterna Magica ohne Licht zeigen zu wollen.

* * *

Jedenfalls, sagt Herr Headlam-Morley, handelte die englische Regierung vollkommen in gutem Glauben. Sie hatte alles getan, um den Krieg zu verhüten, und dachte von ihren Verbündeten das gleiche. Sie hatte die Absicht, nichts von der Wahrheit zu verschweigen. Sie wünschte, daß die Veröffentlichung so vollständig und offenherzig wie nur möglich sein sollte.

Eine sehr gewagte Behauptung, denn das Blaubuch von 1914 hat nicht allein Dokumente verheimlicht, in denen Botschafter oder Minister der verbündeten Mächte zum Wort kamen, es hat auch eine Anzahl von Dokumenten unterschlagen, die nur von der Verantwortlichkeit eigner Agenten handelten und wegen deren Publikation es keinen Menschen zu fragen brauchte, die aber die Verbündeten und infolgedessen auch die englische Regierung selbst in ein schlechtes Licht setzten. Hiervon einige Beispiele.

Man weiß, daß, wenn das französische Volk so leicht den Krieg annahm, dies in dem Glauben geschah, Rußland und Frankreich seien, nachdem sie alles getan hätten, um ihn zu verhüten, durch einen Angriff Deutschlands überrascht worden, einen „verräterischen" Angriff, sagt der Präsident der Republik in seiner Botschaft vom 4. August 1914.

Es findet sich nun aber in der neuen englischen Sammlung ein Telegramm des Militär-Attachés in Rußland, datiert vom 31. Juli, und darin liest man: „Zettel mit Befehl allgemeiner Mobilmachung am 31. Juli 4 Uhr früh angeschlagen . . . In Deutschland auf Linie Berlin—Schneidemühl—Dirschau—Königsberg—Eydtkuhnen[1]) keine Truppenbewegungen wahrgenommen, aber alle Brücken bewacht. In Ostdeutschland erst Hälfte der Ernte geschnitten und diese liegt in meisten Fällen noch auf Feldern. Ernte soll in Südpolen und Südrußland eingebracht sein.

Rußland hat unauffällig Truppen, hauptsächlich Kavallerie und Artillerie, an Grenze abbefördert. In einer Nacht sollen 16 Züge Petersburg verlassen haben *)." (410.) — Wenn dieses Telegramm

[1]) Das ist die Hauptlinie, die von Berlin an die russische Grenze Ostpreußens führte.

*) *Wortlaut nach Britische Dokumente. Ausgabe Lutz, S. 380 f. Die Schriftleitung.*

im Jahre 1914 veröffentlicht worden wäre, so hätte man sofort gewußt, daß der Befehl der allgemeinen Mobilmachung in Rußland 12 Stunden früher als in Österreich und 36 Stunden früher als in Deutschland angeklebt worden ist und daß die Grenzbesetzung schon an Ort und Stelle war, während die Deutschen sich erst mit der Bewachung der Brücken befaßten.

Am 30. Juli ließ Herr Viviani, der französische Außenminister, in London eine Vergleichstabelle der militärischen Vorbereitungsmaßregeln in Frankreich und Deutschland überreichen. Darin war gesagt: „In Deutschland sind nicht nur die Garnisontruppen von Metz bis zur Grenze vorgeschoben worden, sondern sie sind sogar durch Abteilungen verstärkt worden, die auf der Eisenbahn aus Garnisonen im Innern, wie Trier oder Köln, herangebracht worden sind. Nichts ähnliches ist in Frankreich geschehen." Diese Tabelle wurde in dem englischen Blaubuch von 1914 abgedruckt. Aber man hütet sich wohl, dort wiederzugeben, was an demselben Tage der Botschafter in Paris schrieb: „Das Reisen von und nach „les Eaux" im Osten Frankreichs wird infolge der Truppenbewegungen von der Mitte Frankreichs nach der Ostgrenze hin schwierig ...*)" (320a.)

Das Blaubuch von 1914 hat willfährig ein Telegramm der französischen Regierung, als am 31. Juli aufgegeben, nachgedruckt, in dem steht, „daß in Deutschland Zehntausende von Reservisten zu den Fahnen gerufen worden sind". Aber es verheimlicht ein Telegramm der englischen Botschaft in Berlin vom 1. August, welches besagt, „daß in Deutschland noch keine Einberufung von Reserven stattgefunden habe". (404.)

Man könnte diese Proben erheblich vermehren. Das erste englische Blaubuch hat mit wohlüberlegter Absicht offenkundig tendenziöse und phantastische Informationen veröffentlicht, die ihm die französische Regierung über die militärischen Vorbereitungen zur Verfügung stellte, und anderslautende Meldungen der Agenten des eigenen Landes verheimlicht.

Ritterliche Lügen, wird man sagen, für einen Waffenbruder! Dann sind schließlich alle Lügen erlaubt. Wenn man im Interesse eines Freundes duldet, daß dieser einen Gegner falsch beschuldigt, so kann man in seinem eignen Interesse das gleiche tun.

Tatsächlich hatte die englische Regierung ebensoviel Interesse daran, diese Dokumente zu verheimlichen, wie die französische. Die öffentliche Meinung Englands — man hatte den Beweis dafür bereits in der Sammlung von 1914, aber noch weit mehr in dieser

*) *Wortlaut nach Britische Dokumente. Ausgabe Lutz, S. 317. Die Schriftleitung.*

letzten — würde sich nie mit einem Kriege zugunsten Serbiens einverstanden erklärt haben bezw. für Rußland, falls es Serbien unterstützen wollte. Man muß — schreibt der Pariser Botschafter am 27. Juli an Grey — der albernen und veralteten Anmaßung Einhalt gebieten, „daß Rußland der Schirmherr aller slawischen Staaten — und zwar ungeachtet ihres Benehmens — sei, denn das wird zum Kriege führen". (192.) Aber seit Beginn der Krisis war das Foreign Office zum Kriege auf seiten Rußlands entschlossen, wenn dieses Serbien unterstützen sollte. Bei Ankunft des Telegramms aus Petersburg, welches das französisch-russische Übereinkommen gegen Österreich enthielt, erklärte Sir Eyre Crowe, der Gehilfe des ständigen Unterstaatssekretärs [1]), in einer Note, wie man auch die Beschwerden Österreichs gegen Serbien bewerten möge, in dem Augenblick, wo Frankreich und Rußland entschlossen seien, den Fehdebrief anzunehmen und sich in den gewaltigen Prozeß des Dreibundes gegen den Dreiverband einzulassen, würde es schwer, wenn nicht sogar gefährlich für England sein, sie zurückzuhalten, und ihm bliebe nichts anderes übrig, als ihnen zu folgen. (101.) Das war die Politik Sir Edward Greys. Da sie aber dem öffentlichen Empfinden entgegen war, so mußte man diesem eine andere Erklärung für den Krieg geben. Und sie bestand darin, daß Deutschland in Wirklichkeit Rußland und Frankreich angegriffen habe und daß die Kriegserklärungen „unprovoked" gewesen seien. Das Foreign Office hatte mithin ein persönliches Interesse daran, diejenigen Dokumente im Blaubuch zu unterdrücken, aus denen sich erkennen ließ, daß diese „provoked" gewesen waren.

Daß die „Times" und der „Temps" behaupten, das neue englische Blaubuch bestätige nur die Schuldlosigkeit der Entente-Regierungen, kann mich nicht weiter in Erstaunen setzen. Auf derselben Berechtigung folgerte, nachdem Galilei den Beweis von der Drehung der Erde erbracht hatte, die Inquisition, daß die Erde unbeweglich sei. Man ist eher verwundert, daß der „Manchester Guardian" an der Spitze seiner Besprechung sagt: „Was zunächst aus dieser zweiten Sammlung in die Augen springt, ist der Beweis von der Ehrlichkeit der ersten." Warum hat denn das Foreign Office 13 Jahre gewartet, um diesen Beweis zu liefern? Meine bescheidene Ansicht ist anders. Ich meine immer noch, die erste englische Sammlung sei beweiskräftiger gewesen als die dürftige

[1]) An der Spitze jedes englischen Ministeriums steht ein Fachbeamter, der ständiger Unterstaatssekretär genannt wird, im Unterschied zu dem parlamentarischen Unterstaatssekretär, der, als politische Persönlichkeit, mit dem Kabinett ausscheiden muß. Der ständige und sein oder seine Gehilfen sind maßgebende Persönlichkeiten.

deutsche Sammlung und anständiger als die russischen und französischen Dokumenten-Veröffentlichungen, denn man findet in ihr keine fabrizierten Urkunden. Aber die vorstehend angeführten Zitate gestatten es nicht, von einer absoluten Ehrlichkeit zu reden. Sagen wir, sie sei halbehrlich gewesen. Für Diplomaten ist dies schon recht schmeichelhaft.

* * *

Am 1. August bemühten sich der Präsident der Republik, der Außenminister und der politische Direktor dieses Ministeriums, jeder für seinen Teil, fälschlicherweise die Engländer glauben zu machen, daß die Mobilisierung Rußlands gegen Deutschland nur erfolgt wäre, weil die allgemeine österreichische Mobilmachung Rußland dazu gezwungen habe, und daß ferner die russische Mobilisierung und die darauffolgende Frankreichs nur durchaus dem Frieden dienende Maßnahmen waren. Warum wurde dieses Betäubungsmittel von drei Seiten gleichzeitig nach London lanciert? Das neue englische Blaubuch sagt es uns.

Mitten in der Nacht des 31. Juli hatte der deutsche Botschafter dem Foreign Office ein Telegramm mitgeteilt, das ich, mit Verlaub, als ergreifend bezeichnen möchte. Darin erklärte die deutsche Regierung der englischen, daß die russische Mobilmachung gegen Deutschland ihre Bemühungen, Wien zu den zwischen London und Berlin vereinbarten Konzessionen zu bewegen, vereitelt habe und daß, wenn diese Mobilmachung nicht innerhalb von 12 Stunden rückgängig gemacht würde, es die Sicherheit des deutschen Vaterlandes erfordere, sie mit einer Kriegserklärung zu beantworten [1]). Der König schickte sofort an den Zaren ein persönliches Telegramm, um ihn zu fragen, welches Mißverständnis diese verworrene Lage habe schaffen können, und um ihn zu bitten, doch sein Möglichstes zur Wiederaufnahme von Verhandlungen beizutragen. Diese Anfrage wurde an den Botschafter in Petersburg um 3 Uhr 30 Minuten morgens aufgegeben. Buchanan verzögerte absichtlich deren Übergabe.

---

[1]) *Diese letzten Worte sind nicht ganz korrekt wiedergegeben worden. Der Reichskanzler hatte an den Botschafter in London telegraphiert: „Wir haben Rußland gesagt, daß, wenn nicht binnen 12 Stunden die kriegerischen Maßnahmen gegen uns und Österreich-Ungarn eingestellt würden, wir mobilmachen müßten, was den Krieg bedeuten würde.“ Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 513.*
Die Schriftleitung.

Das alles wußte man schon. Aber was man nicht wußte, ist, daß die königliche Benachrichtigung, bevor sie überhaupt nach Petersburg gekabelt worden war, um 2 Uhr 50 Minuten bereits unter einem besonderen Hinweis auf ihre Wichtigkeit sowie mit der Instruktion an den Botschafter in Paris telegraphiert wurde, sofort eine Audienz beim Präsidenten der Republik zu erbitten, um sie ihm bekanntzugeben. Als Beantwortung hierauf betete Herr Poincaré dem Botschafter gegenüber den ganzen Rosenkranz von Fälschungen ab, die das Dokument 134 des Blaubuchs bilden und das mit der Versicherung beginnt, die allgemeine russische Mobilmachung sei eine Folge der österreichischen gewesen. Ohne Zweifel hatten die ähnlichen Beteuerungen des Herrn Viviani und seines Hauptmitarbeiters, die nachmittags erfolgten, ebenfalls nur den Zweck, den Eindruck zu verwischen, den die Folgen der russischen Mobilmachung auf den König von England gemacht hatten.

* * *

Im ganzen bestätigt das neue englische Blaubuch, was seit Beginn des Krieges der Verstand uns sagte und was die Fülle der seither beigebrachten Dokumente immer wieder beweist, daß nämlich England nur an dem Kriege teilgenommen hat, weil seine leitenden Staatsmänner glaubten, daß es im Interesse des Landes sei, und keineswegs aus Interesse für „Recht, Freiheit und Zivilisation“ und ebensowenig für die „Heiligkeit der Verträge“.

Diese großen Worte waren nur Masken, hinter denen die demokratischen Regierungen ihre Völker zu täuschen versuchten, die es übrigens auch nicht anders wollten und sich damit zufrieden geben, wie man aus dem schwachen Erfolg schließen kann, den in dieser Beziehung die Wahrheit erreicht. Die Lektion scheint aber trotzdem nicht für die ganze Welt vergebens gewesen zu sein. Ich nehme soeben meine Zeitung in die Hand. In ihr finde ich die Wiedergabe einer Karikatur aus einem chinesischen Blatte: ein Wesen mit einem schrecklichen Gesicht hält in der Hand eine Maske, die es soeben abgenommen hat. Als Erklärung steht darunter: „Wenn die zivilisierten Völker ihre Masken ablegen.“

La politique russo-anglaise d'avant-guerre et la récente publication de documents diplomatiques du Foreign Office.

Baron M. de Taube.

Vers la fin du mois de novembre 1926 — presqu'en même temps avec les derniers volumes de la grande publication de documents diplomatiques allemands [1]) — le Foreign Office a fait paraître le premier tome d'une collection analogue, consacrée aux négociations des cinq dernières semaines avant la déclaration de la guerre et formant, d'après le plan de cette publication, le 11 - e volume d'une série intitulée: „Documents britanniques sur les origines de la guerre, 1898—1914" [2]).

Confié par le Gouvernement anglais aux soins de MM. G. P. Gooch et Harold Temperley, cette édition se propose donc, à l'instar de celle du Gouvernement allemand, d'ouvrir les archives diplomatiques de Londres aux investigations critiques des érudits ou publicistes de toutes les nations. Le volume 11 (seul paru jusqu'à présent) est rédigé avec l'aide de M. J. W. Headlam-Morley, Conseiller au Foreign Office pour les questions historiques *(Historical Adviser to the Foreign Office),* auquel on doit l'intéressante „Introduction" et les nombreuses notes explicatives qui accompagnent les documents. Ces derniers sont publiés pour la plupart *in extenso,* tandis que leur publication antérieure, dans l'ancien „Blue Book" de 1914, ne put se passer de certaines modifications ou suppressions de textes, — ce qui est consciencieusement noté chaque fois par les éditeurs actuels. On peut donc qualifier ce volume de r é é d i t i o n s c i e n t i f i q u e du „White Paper" analogue, présenté à la Chambre des Communes par le Gouvernement britannique le 6 août 1914, c'est à dire deux jours après la déclaration de guerre faite à l'Allemagne. —

Il est inutile de relever toute l'importance de cette publication anglaise pour quiconque s'intéresse à l'histoire politique moderne et spécialement aux origines de la grande guerre. Il suffit sous ce rapport de faire observer que, pour la période critique du 28 juin 1914 (jour de l'assassinat de l'archiduc François-Ferdinand) jusqu'au

---

[1]) „Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 1871—1914."

[2]) „British Documents on the Origins of the War. 1898—1914. Vol. XI: The Outbreak of War. Foreign Office Documents June 28th — August 4th 1914." (London 1926.)

4 août (date de la déclaration de guerre par la Grande Bretagne), la nouvelle collection contient 677 documents qui viennent remlacer les 161 pièces du Blue Book originaire. De plus, comme contenu, le recueil de M. Headlam-Morley se distingue par la publication d'une série de „lettres privées" de diplomates anglais, du plus haut intérêt politique, formant la correspondance, dite personnelle, de Sir Edward Grey et de Sir Arthur Nicolson, Sous-Secrétaire permanent aux Affaires Etrangères. Enfin, pour la première fois dans les publications officielles britanniques, on a fait suivre les dépêches, lettres ou autres pièces diplomatiques de notes marginales ou autres observations *(minutes),* très instructives surtout au point de vue psychologique, émanant de la plume de divers lecteurs de ces documents au Foreign Office, à commencer par ses deux prinicipaux chefs susmentionnés. Ce sont en particulier les remarques, quelquefois très circonstanciés, du Sous-Secrétaire Adjoint, Sir Eyre Crowe, qui s'imposent à notre attention et que nous mentionnerons encore à plus d'une reprise.

Telle est la remarquable publication de documents britanniques, dont on ne peut que féliciter et le Foreign Office, qui en prit l'initiative, et les trois savants éditeurs. Il va de soi qu'il serait tout à fait impossible de l'analyser comme elle le mériterait dans un court article de revue; son contenu est trop riche et il se rapporte, en outre, à tant de questions spéciales de la grande politique européenne d'avant-guerre qu'on doit malheureusement renoncer à s'expliquer sur tous les problèmes qu'elle nous rappelle ou qu'elle soulève à nouveau. Aussi, dans l'examen succinct qui va suivre, ne tâcherons-nous que de dégager quelques conclusions qui paraissent découler de ces actes au point de vue spécial de la politique anglo-russe d'avant-guerre. Nous commencerons cette courte analyse par une petite investigation pour ainsi dire technique, qui n'est pas sans intérêt pour la juste appréciation des rapports entre Londres et Saint-Pétersbourg à cette époque.

I.

Ce qui frappe avant tout le lecteur qui se donne la peine de parcourir les 370 pages in-folio de la récente publication des pièces diplomatiques tirées des archives du Foreign Office dans le but d'élucider les origines de la grande conflagration européenne de 1914, c'est non seulement la richesse de ces documents comme source d'information officielle sur les voies et moyens de la politique anglaise d'avant-guerre, mais aussi la quantité de documents qui furent publiés en son temps, en 1914, de l'aveu même des éditeurs

actuels, sous une forme essentiellement modifiée en comparaison de leur texte authentique. Que des textes diplomatiques parussent en général fortement paraphrasés dans nos Livres bleus, oranges, blancs ou jaunes, cela n'étonnerait assurément aucun critique. Ne sait-on pas que le secret du chiffre à lui seul impose le devoir de ne jamais communiquer à personne le texte d'une dépêche télégraphique autrement que paraphrasé. Mais si, à côté de ce procédé techniquement indispensable, on constate de nombreux documents où des passages entiers furent purement et simplement supprimés, la chose devient plus grave et, comme on dit, donne à penser. Or, à partir du N° 2 du Blue Book de 1914 (correspondant au N° 77 de la nouvelle publication), la mention significative *„paraphrased and parts omitted"* accompagne toute une série de documents . . . Aussi le lecteur se demande-t-il involontairement: dans quel but ces „omissions" furent-elles opérées lors de la première publication du Foreign Office en août 1914?

L'examen de quelques cas typiques de ce genre nous donnera sans grande difficulté la clef de l'énigme — on plutôt une des clefs de l'énigme.

Voici, par exemple, le N° 125 de la nouvelle collection — une longue dépêche de l'ambassadeur britannique à S. Pétersbourg, Sir George Buchanan, à Sir Edward Grey en date du 25 juillet 1914 — qui reconstitue aujourd'hui tout un tiers du texte original supprimé dans le Blue Book de 1914 (N° 17). Il s'agit notamment d'un échange de vue à trois survenu à cette date à Saint-Pétersbourg — entre M. Sazonow, l'ambassadeur britannique et l'ambassadeur de France, M. Paléologue — au sujet de mesures à prendre en vue de la tournure menaçante qu'assumait déjà le conflit austro-serbe [3]). Le ministre russe annonce à ses interlocuteurs que le conseil des ministres vient de pendre la résolution de faire mobiliser 1 100 000 hommes [4]), que l'oukase y relatif ne sera publié que lorsque le ministre des affaires étrangères le trouvera opportun, mais que les mesures préparatoires seront néanmoins prises incessamment. M. Paléologue donne, à son tour, une assurance formelle à M. Sazonow que „la France se place du côté de la Russie sans aucune réserve" (unreservedly) et déclare que son Gouvernement voudrait enfin *(at once)* savoir si la flotte britannique est préparée

[3]) Comp. le récit de M. Paléologue dans ses mémoires „La Russie des Tsars pendant la grande guerre", t. I-er (Paris 1921), p. 26.

[4]) C'étaient les treize corps d'armée destnnés à opérer éventuellement contre l'Autriche-Hongrie.

à jouer le rôle qui lui est assigné par la convention navale franco-anglaise [5]). Tous les deux insistent alors auprès de Sir George Buchanan sur la nécessité d'être assurés d'un „concours actif" *(active support)* de la part de l'Angleterre en cas de guerre avec l'Allemagne. Enfin, l'ambassadeur britannique à S. Pétersbourg avoue, de son côté, à Sir Edward Grey qu'il partage de tout point la manière de voir de MM. Sazonow et Paléologue et lui soumet l'alternative d'aider militairement la Russie ou de renoncer à son amitié, pourtant si précieuse pour la bonne entente en Asie. — Tout cela était supprimé dans l'édition officielle britannique de 1914.

Notre second exemple est non moins significatif. Il prouve, entre autres choses, l'utilité de la confrontation des textes récemment publiés en Angleterre avec les publications analogues faites dans d'autres pays. C'est le N° 206 (ou 53 de l'ancien Blue Book). Il peut se flatter d'avoir provoqué, depuis 1922, toute une petite littérature de commentaires, lesquels ne font, du reste, à notre avis, qu'obscurcir davantage cet épisode diplomatique assez mystérieux. Voici le cas [6]).

A la même date du 25 juillet 1914, la situation politique et militaire entre la Russie et l'Autriche-Hongrie devenant de plus en plus menaçante, Sir Edward Grey mit en avant l'idée, qui paraissait être très pratique à ce moment de la crise, d'interposer entre les Puissances en litige la médiation amicale des autres quatre Puissances, c'est à dire de l'Angleterre, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie (N° 112). M. Sazonow, qui semblait au commencement être favorable à cette suggestion, changea bientôt d'avis et, le 27 juillet, M. Paléologue crut devoir prévenir son collègue britannique à S. Pétersbourg que le ministre russe préférait s'en tenir

---

[5]) L'éditeur fait ici l'observation suivante (p. 94): „Note. — En soulevant cette question l'ambassadeur de France agissait sans aucune instruction de son Gouvernement. Ce n'était qu'une observation privée découlant de son interprétation personnelle de la situation (Voir l'Introduction, p. XII)." — Dans l'Introduction, p. XII, M. Headlam-Morley s'exprime d'une manière encore plus catégorique. „Il n'était même pas question *(it was out of question)* de donner à l'Ambassadeur de France à S. Pétersbourg des instructions pour soulever une question de cette nature; avec son caractère impulsif *(with characteristic impulsiveness)*, il n'exprimait que sa manière de voir personnelle." (!!) Il est assez curieux — et très naturel — qu'on ne trouve aucune trace de tout ceci dans le Livre Jaune français.

[6]) Si nous ne nous trompons pas, c'est M. W. N. Ewer qui attira le premier l'attention du public sur ce petit mystère diplomatique. Voir ses articles dans le „Daily Herald" du 18 Octobre 1922 et du 5 Octobre 1925. Comp. „Die Kriegsschuldfrage", Novembre 1925, p. 780 et ss.

à des pourparlers directs avec Vienne (N° 179). Cette nouvelle fut pour Londres une surprise assez peu agréable, et provoqua de la part de Sir Arthur Nicolson une appréciation plutôt désobligeante des qualités ministérielles de M. Sazonow (Ibid., *Minute*, p. 126).

„C'est embrouillant" *(This is confusing)*, s'écrie le diplomate anglais. „Dans le courant de trois jours consécutifs, M. Sazonow a fait une suggestion et deux propositions, toutes différant l'une de l'autre.

1. La suggestion. Si la Serbie en appelait aux Puissances, la Russie se mettrait de côté et laisserait la question dans les mains de l'Angleterre, de la France, de l'Italie et de l'Allemagne (25 juillet).

2. 26 juillet. Proposition faite à l'ambassadeur d'Autriche de faire collaborer l'Angleterre et l'Italie avec l'Autriche afin de mettre fin à la tension actuelle.

3. 27 juillet. Projet de conversations directes entre la Russie et Vienne."

Et Sir Arthur ajoutait: „On ne sait vraiment pas où on en est avec M. Sazonow, — c'est ce que j'ai dit cet après-midi au Comte Benckendorff" [7]).

Or, en conformité de sa nouvelle attitude, le Ministre des Affaires Etrangères de Russie lança, à la même date du 27 juillet, un télégramme aux ambassadeurs du tsar à Londres, à Paris et à Berlin pour leur expliquer qu'il n'entendait accepter la proposition anglaise (d'une conférence des 4 Puissances à convoquer à Londres) que dans le cas où ses pourparlers directs avec l'Autriche n'aboutiraient pas. En même temps, il croyait devoir „écarter un malentendu" qui visait les soupçons possibles, de la part des Puissances pour ainsi dire neutres, quant aux velléités belliqueuses de sa propre part. Très résolument, il concluait comme suit:

„S'il s'agit d'une action modératrice quelconque à St. Pétersbourg, nous la déclinons à l'avance, vu que dès le début nous avons pris une position à laquelle nous ne pouvons rien changer, car nous allons déjà au-devant de toutes les exigences acceptables de l'Autriche."

Tout ce dernier passage qui se trouve dans le télégramme original envoyé de S. Pétersbourg par ordre de M. Sazonow — publié dans un recueil de documents russes par le Gouvernement Soviétique [8]) — ne se trouve pourtant ni dans le Blue Book de 1914,

[7]) L'expression textuelle de Sir Arthur Nicolson était celle-ci: „One really does not know where one is with M. Sazonof."

[8]) *Krasny Arkhiv* (Archives Rouges), t. I-er, N. 26.

ni dans la collection de 1926, qui fait l'objet de la présente étude. On est donc en droit de se de demander où et pour quelle raison cet acte de castration diplomatique a pu avoir lieu? Est-ce le *Chesham House* ou l'hôtel du Foreign Office qui en fut le théâtre?

Lord Grey (dans ses Mémoires) et les éditeurs actuels des documents britanniques déclarent catégoriquement que le texte publié en Angleterre correspond scrupuleusement à l'original déposé au Foreign Office par le Comte Benckendorff, original qui porte néanmoins les traces d'une légère opération chirurgicale![9]) Le savant éditeur anglais propose une solution de ce petit problème qui ne fait que le compliquer encore, car le texte même du document, tel qu'il se trouve publié en 1914 (N° 53) et en 1926 (N° 206), atteste dans tous les cas non seulement la suppression du dernier alinéa (ou plutôt de la dernière phrase citée ci-dessus), mais encore une altération inexplicable de la phrase précédente, comparativement au texte original du télégramme de M. Sazonow.[10])

Nous préférons ne plus insister sur ces détails de la cuisine diplomatique de feu M. de Benckendorff en constatant simplement qu'une preuve assez génante d'une certaine intransigeance qui s'était malheureusement emparé de notre ministre des Affaires Etrangères vers le 26 juillet a disparu à temps du dossier publié actuellement à Londres . . . Par notre premier exemple, nous avous vu, d'autre part, que le même sort y fut réservé — et dans une très large mesure — à tous les textes se rapportant soit aux révélations (ou insistances) quelque peu belliqueuses de M. M. Sazonow et Paléologue, soit aux actes de douce pression opérés par les collaborateurs de Sir Edward Grey sur leur ministre — très irrésolu — afin de le décider à prendre ouvertement fait et cause pour la Russie et la France dans le grand conflit qui était sur le point d'éclater (tout-à-fait indépendamment de la question de la neutralité de la Belgique). C'est un fait qu'il est impossible de nier après la publication du Foreign Office.

---

[9]) Bl. Book de 1926 p. 143 (Note): „A scrutiny of the document handed in by Count Benckendorff shows in fact that the bottom of the page has been cut off."

[10]) Le bout de phrase „concernant des conseils de modération à donner au Cabinet Impérial", qui termine l'alinéa 4 du texte publié dans le Bl. B., n'existe pas dans le télégramme original. C'est pour cela qu'il manque aussi dans „Un Livre Noir" vol. II, p. 279—280, qui donne la version authentique. — Du reste, le télégramme de M. Sazonow ne mentionnait pas du tout, comme cela se fait pourtant toujours, qu'une partie de son texte ne concernait pas l'ambassade de Russie à Londres (selon l'hypothèse de M. Headlam-Morley).

II.

Après cet examen technique préliminaire, qui est déjà, comme on voit, de nature à nous révéler certaines vérités concernant la tendance qui avait guidé, en 1914, les rédacteurs de l'ancien Blue Book, il est temps de dire notre opinion sur l'impression générale qui se dégage de la lecture de tous ces documents au point de vue des rapports politiques russo-anglais au moment de la grande crise européenne. Nous essayerons de résumer nos principales impressions dans les quelques points qui vont suivre.

1. Notre premier point se ramène à une assertion qui va tout à fait à l'encontre d'une des thèses favorites des publicistes allemands modernes concernant le développement de la Triple Entente et spécialement de l'„entente" anglo-russe avant la guerre. A en juger d'après les nombreuses notes marginales de l'empereur Guillaume sur les document diplomatiques à partir de 1907, cette thèse paraît même être invétérée depuis longtemps dans les sphères gouvernementales allemandes. On se repésente, notamment, que, depuis le fameux accord anglo-russe du 31 août 1907 concernant la Perse, l'Afghanistan et le Thibet, et surtout depuis l'entrevue du roi Edouard avec l'empereur Nicolas II à Reval en juin 1908, l'existence d'une entente générale entre la Russie et l'Angleterre sur tous les principaux points de leur politique en Asie et en Europe (tacitement dirigée contre l'Allemagne) ne saurait être mise en doute.

Or, en réalité, ni en 1907, ni en 1908, ni même en 1909 — époque de la „crise d'annexion" — la politique de M. Iswolsky n'était pas encore inféodée à celle de Sir Edward Grey, qui lui réservait parfois (comme par exemple en 1908—1909) de très pénibles désillusions.[11]) Même du temps de M. Sazonow — que beaucoup de ses compatriotes considéraient autrefois comme une espèce de Sous-Secrétaire d'Etat britannique délégué auprès du Tsar, — *l'évolution naturelle, essentiellement divergente, des intérêts des deux Empires en Asie* menaçait à chaque instant l'existence de ce château de cartes diplomatique russo-anglais. C'est qu'il était construit par un petit

---

[11]) Nous avons tout particulièrement en vue l'insuccès des conversations de M. Iswolsky à Buchlau et de ses combinaisons concernant les Détroits, dont l'origine remonte sans aucun doute à ses plus intimes impressions rapportées de l'entrevue d'Edouard VII avec Nicolas II à Reval (juin 1908). Nos Mémoires pourront peut être fournir quelques nouvelles données pour expliquer cet épisode de l'activité du ministre russe, très mal éclairci jusqu'à présent, malgré toutes les récentes publications de documents.

groupe de théoriciens de chancellerie anglomanes (avec l'aide d'une campagne de presse savamment organisée), contrairement au sentiment très prononcé d'une grande partie des véritables représentants de la cause russe en Orient—consuls, marchands, ingénieurs, militaires etc.[12]) Et si ce château de cartes put être consolidé, ce n'est peut être que grâce à une série de fautes de la politique allemande . . .

C'est de cette nature purement artificielle, peu stable, tout-à-fait personnelle de l'entente anglo-russe qu'on trouve aujourd'hui d'intéressantes preuves dans les actes publiés par le Foreign Office, même au cours des derniers mois avant le commencement de la guerre. Dans cet ordre d'idées, il n'est qu'à regretter que notre champ d'investigation y soit trop restreint, puisque cette matière ne se rapporte pas directement, d'après la très observation de M. Headlam-Morley, au principal thème de sa publication.[13])

Ce qui ressort, dans tous les cas, des quelques données sur cette question publiées dans le volume qui nous préoccupe, c'est le fait que, généralement parlant, on se rendait parfaitement compte à Londres de l'instabilité de l'„entente" avec la Russie; que les insistances de S. Pétersbourg en vue de resserrer ces liens, notamment au point de vue militaire (et surtout naval), soutenues à Paris, trouvaient un écho plutôt sceptique à Londres; qu'un groupe de diplomates anglais (Buchanan, Nicolson, Crowe) travaillait énergiquement à vaincre les résistances de Sir Edward Grey en le menaçant du spectre d'un retour possible de la Russie à son ancienne amitié avec l'Allemangne, ainsi que des pires complications en Asie, écartées jusqu'alors par la coopération amicale avec le Gouvernement russe; que ce dernier enfin, dans la personne de M. Sazonow, cherchait, de son côté, à emporter la forteresse britannique — — — en capitulant lui même sur toute la ligne! C'est, notamment, le sens de l'extraordinaire proposition très confidentielle, faite à deux reprises à Sir George Buchanan par le ministre russe (le 9 et le 19 juillet 1914), de garantir à l'Angleterre la possession

---

[12]) On sait que le Comte Witte considérait l'accord anglo-russe de 1907 comme une espèce de marché de dupes du côté russe (opinion qu'il ne cacha pas dans ses Mémoires). Une histoire véridique de l'effondrement progressif des intérêts russes dans le Proche-Orient depuis 1907 pourrait être écrite un jour par . . . M. J. Korostovetz, le très intelligent et énergique ministre de Russie en Perse, qui fut une des victimes de la politique Iswolsky-Sazonow-Benckendorff.

[13]) Voir l'Introduction, p. XI, où l'on trouvera aussi d'intéressantes données sur la proposition de M. Sazonow mentionnée ci-après.

de tous ses territoires asiatiques par un acte d'assurance mutuelle à trois (Russie, Angleterre, Japon). Evolution logique, nous dira-t-on, des principes de la convention Iswolsky de 1907, évolution dont personne, par conséquent, ne saurait faire un grief à M. Sazonow et qui constituait, de plus, un beau geste de sa part à l'adresse du Gouvernement britannique. Mais, tout de même, quelle ironie du destin de voir deux ministres russes, ennemis des principes surannés de la Sainte-Alliance de 1815, aboutir en fin de compte, cent ans après, à un plan de sa reconstitution . . . en Asie — au profit de la Grande Bretagne — au XX^{e} siècle, au moment du réveil national des peuples de l'Orient! *Quos vult perdere, Jupiter . . .*

2. Le nouveau Blue Book anglais nous montre ensuite, avec une franchise qui fait vraiment honneur aux chefs actuels du Foreign Office, quel rôle décisif dans la résolution finale du Gouvernement britannique de prendre fait et cause pour la Russie fut joué par un petit groupe d'amis de cette dernière — ou plutôt d'ennemis de l'Allemagne — que nous avons déjà mentionné. C'est surtout le langage de Sir Eyre Crowe, dans ses annotations ajoutées aux documents qu'il avait à présenter à son ministre, qui se distingue par la netteté des sentiments anti-allemands et franchement militaristes. Quiconque a eu le plaisir de connaître personnellement ce remarquable diplomate anglais et de l'avoir vu à l'oeuvre,[14]) reconnaîtra sans peine dans ces annotations la même intelligence, la même lucidité d'esprit, la même pénétration dans l'essence réelle d'un problème à résoudre au travers de mille détails qui en encombrent la juste compréhension. Mais il y reconnaîtra aussi cette espèce d'impétuosité ardente dans les affaires qui caractérisait Sir Eyre Crowe et qui le poussait à souligner parfois, non sans exagération, son peu de sympathie personnelle et son peu de confiance vis-à-vis de l'Allemagne — malgré ses doubles attaches de famille avec ce pays. De longue date, il était coutumier d'accuser la patrie de sa mère et de son épouse de tout ce qui devait prendre place ensuite dans les célèbres actes de juin 1919 sur les responsabilités de la grande guerre.

---

[14]) L'auteur de ces lignes a eu cet honneur pendant les quelques mois de son séjour à Londres, en 1908—1909, lors de la Conférence Navale, où il était Plénipotentiaire de Russie. M. Eyre A. Crowe avec le très distingué M. Cecil Hurst (aujourd'hui Sir Cecil Hurst) faisaient partie de la Délégation britannique, présidée par Lord Desart, en qualité de représentants du Foreign Office.

Il suffit de citer ici deux rapports de Sir Eyre Crowe, en date du 25 et du 31 juillet 1914.[15])

Le premier fut provoqué par la communication de l'ambassadeur britannique à S. Pétersbourg en date du 24 juillet: la France serait fermement résolue de soutenir militairement la Russie dans son différend avec l'Autriche lequel, d'après M. Sazonow, fait indubitablement partie du grand problème européen. Et Sir Eyre Crowe est visiblement impressisuné par cette nouvelle.

„Le moment est passé — écrit-il (avant même d'avoir appris le fait de la rupture diplomatique entre Vienne et Belgrade) — où il eût été possible de compter sur l'appui de la France pour retenir la Russie. Il est clair que la France et la Russie sont résolues d'accepter le défi qui leur est lancé. Quoi que nous puissions penser du bien-fondé des accusations autrichiennes portées contre la Serbie, la France et la Russie considèrent que ce sont uniquement des prétextes et que la cause, beaucoup plus importante, de la Triple Alliance contre la Triple Entente est définitivement engagée. Je pense qu'il serait impolitique, sinon dangereux, pour l'Angleterre de contrecarrer cette opinion ou d'essayer d'en obscurcir l'issue directe *(to endeavour to obscure the plain issue)* par quelque démarche à S. Pétersbourg et à Paris. Le point important, c'est la question de savoir si, oui ou non, l'Allemagne est absolument décidée à faire la guerre maintenant. Il y a encore des chances pour la faire hésiter, si notamment on pouvait lui faire appréhender que la guerre trouverait l'Angleterre du côté de la France et de la Russie." Et le diplomate anglais suggère à son ministre la nécessité de mobiliser immédiatement la flotte britannique en portant ce fait à la connaissance des deux autres membres de l'„Entente".

Toutefois, Sir Edward Grey hésite. Il hésite même encore à la date du 31 juillet, après la mobilisation générale ordonnée en Russie. Sir Eyre Crowe prend alors la plume pour pousser son chef à la guerre — „peut être sous une forme assez crue", dit il lui-même *(in perhaps rather crude words)*. Voici textuellement le commencement de son long „Mémorandum" du 31 juillet (N° 369):

„La théorie que l'Angleterre ne peut pas s'engager dans une grande guerre signifie son abdication comme Etat indépendant. Si cette théorie est juste, le principe général sur lequel reposait jusqu'à présent toute notre politique étrangère devient une futilité vide de sens *(an empty futility)*. Un équilibre de forces ne peut

---

[15]) NN° 101 et 369.

pas être maintenu par un Etat qui est incapable de se battre . . . Je me permets de croire que l'argument d'après lequel l'Angleterre ne peut pas faire la guerre à tout moment donné *(in any circumstances)* n'est pas vrai et qu'une reconnaissance quelconque de ce principe serait un acte de suicide politique". . .

Comme on sait, cette fois, Sir Eyre Crowe n'eut plus aucune raison de se plaindre: la guerre fut décidée et même, hélas, sans cette mesure préventive sur laquelle on insistait également à S. Pétersbourg et à Paris, c'est à dire sans aucune déclaration préalable de la part de la Grande Bretagne qu'en cas de guerre européenne, l'Angleterre se rangerait du côté de la Russie et de la France!

C'est sur ce dernier point, assez énigmatique jusqu'aujourd'hui, que nous voudrions encore attirer l'attention du lecteur.

3. Quelle que soit la responsabilité morale, qui pèse indubitablement sur un groupe de généraux et de ministres russes, d'avoir précipité le dénouement tragique de la crise par la mobilisation générale de l'armée,[16]) il est sûr que spécialement M. Sazonow n'encourt aucun repoche du moins dans deux questions rentrant dans le grand problème des responsabilités de la guerre mondiale. Dès le commencement, il fit notamment son possible pour démontrer à qui voulait l'entendre qu'on ne réussirait jamais à »localiser« le conflit austro-serbe d'après la formule théorique, un peu naïve, imaginée à Vienne et malheureusement soutenue à Berlin. Les documents britanniques nous prouvent que le point de vue russe fut partagé à Londres au moins depuis le 28 juillet (N° 239, Nicolson à Buchanan: critique très raide de l'idée de la »localisation de la guerre«). Aussi faut-il constater, à propos de ce fait, que le bruit imprudemment lancé à cette époque par l'ambassadeur de France à Vienne que la Russie n'irait *pas* jusqu'à soutenir la Serbie à main armée était dû, sans aucum doute, à

[16]) Le journal intime du Baron Schilling, chef de la chancellerie de M. Sazonow (publié par le Gouvernement Soviétique), semble écarter tout doute sous ce rapport. D'après ce document, le groupe de personnes dont nous parlons était composé des généraux Janouchkévitch et Soukhomlinow (ministre de la guerre) et des ministres Sazonow et Krivochéine. — En constatant ce fait, on n'attaque nullement la bonne foi de ces personnes qui étaient, paraît-il, convaincus que la guerre était déjà inévitable. Mais un historien ne doit pas confondre les impressions subjectives avec les faits objectifs. Tout ce qui a été publié jusqu'à présent sur les derniers jours du mois de juillet 1914 prouve que la cause de la paix n'était p a s e n c o r e desespérée le jour où le tsar arrêta personnellement la mobilisation générale de l'armée russe.

quelque regrettable malentendu dont la responsabilité semble retomber sur M. Dumaine.[17]) Dans tous les cas, les actes britanniques attestent juste le contraire: dès son retour de S. Pétersbourg, l'ambassadeur de Russie à Vienne, M. Schébéko, informa officiellement le Ministère des Affaires etrangères d'Autriche-Hongrie que la Russie ne serait pas disposée à rester simple spéctatrice d'une lutte inégale entre la Monarchie et la Serbie, et qu'il serait, par conséquent, impossible de »localiser« la guerre.[18]) Le Gouvernement impérial ne cachat donc pas ses intentions dans le cas d'une »exécution« militaire de la Serbie.

D'autre part, M. Sazonow — et il n'était pas le seul — ne se lassait pas de demander à Sir Edward Grey de déclarer nettement au Cabinet de Berlin qu'en cas de guerre européenne, l'Angleterre ne resterait pas neutre; si on s'en rendait sérieusement compte à Berlin, il serait encore possible d'arrêter l'explosion générale. Comme nous avons vu, les collaborateurs de Sir Edward Grey étaient du même avis. La diplomatie française insistait dans le même sens.[19]) Le 30 juillet encore, Sir Francis Bertie informe le ministre anglais que M. Poincaré estime lui aussi qu'une déclaration de ce genre serait le seul moyen de sauvegarder la paix (N° 373). Le lendemain, le Président de la République Française eut même recours au procédé suprême d'une lettre, rédigée dans ce sens, au nom du roi d'Angleterre . . .[20]).

---

[17]) D'après les documents autrichiens M. Dumaine aurait eu l'imprudence de raconter le 22 juillet, au cours d'une conversation au Ministère des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie, que „son collègue russe" était persuadé que la Russie n'irait pas au-delà d'une „assistance morale" de la Serbie. Comme conséquence, M. Dumaine aurait émis l'avis que, selon toutes les probabilités, la Russie s'attacherait, de son côté, à „localiser" la guerre! Voir „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges" (Vienne 1919), p. 129. Ce „collègue russe", c'était évidemment, en l'absence de M. Schébéko (qui se trouvait en congé en Russie), le Prince Koudacheff.

[18]) Voir les NN° 166, 199, 248 etc. Comme sentiment personnel, M. Schébéko avait exprimé la même opinion dès-avant le 17 juillet (Lettre de cette date de Sir Maurice de Bunsen à Sir Arthur Nicolson, N° 56).

[19]) Une lettre de Sir Edward Goschen à Sir Arthur Nicolson écrite de Berlin en juillet 1914 (et reçue par le destinataire le 5 septembre!) contient sous ce rapport un passage bien caractéristique: „Jules Cambon (qui était à cette époque ambassadeur de France à Berlin) is continually scolding me about England keeping her intentions so dark and says that the only way by which a general war can be prevented is by Sir E. Grey's stating *carrément* that England will fight on the side of France and Russia . . ." N° 677.

[20]) R. Poincaré: Les Origines de la guerre, p. 263.

Hélas, personne ne put vaincre l'irrésolution fatale du Secrétaire d'Etat britannique. Aussi, même après la publication du nouveau Blue Book, les véritables raisons de son silence — vraiment sinistre au point de vue du maintien de la paix européenne — demeurent mystérieuses comme par le passé. Nous apprenons seulement par plusieurs documents anglais que certains collaborateurs de Sir Edward Grey à l'étranger appréhendaient un effet contraire d'une déclaration britannique, telle qu'on la demandait à S. Pétersbourg et à Paris: elle n'intimiderait pas autant l'Allemagne, disait-on, qu'elle encouragerait la Russie et la France dans leur politique belliqueuse! [21])

Mais alors, en bonne logique, un dilemme inquiétant s'impose. Ou bien le ministre anglais et quelques-uns de ses agents diplomatiques à l'étranger croyaient sérieusement aux velléités belliqueuses de la Russie secondée par la France; dans ce cas, comment concilier ce fait avec les affirmations du fameux Ultimatum des Puissances Alliées et Associées de juin 1919, qui rejette toute la responsabilité de la politique militariste d'avant-guerre sur l'Allemagne? Ou bien, au contraire, Sir Edward Grey n'y croyait pas, — et alors pourquoi ne se décida-t-il pas à faire la déclaration qu'on lui demandait si instamment de S. Pétersbourg et de Paris? Et, en tout état de cause, cette mesure étant déjà, de l'avis unanime des deux Gouvernements, russe et français, le dernier moyen de maintenir la paix, — comment pouvait-on hésiter encore, même le 30 et le 31 juillet, *si* réellement on désirait la paix? — — —

Voilà pourquoi, sur ce point encore, la lecture de la très intéressante publication du Foreign Office produit — de moins sur un lecteur russe — une impression des plus pénibles.

Oui, toute la politique de Lord Grey à cette époque — correcte, mesurée, sage, circonspecte, — était pleine de soucis formels pour le maintien de cette chère paix européenne: notes, lettres, télégrammes, interminables conversations diplomatiques, avec conseils de modération, suggestions pacifiques, projets de médiation etc. etc. Mais, avec tout cela, l'essentiel, le principal, ne fut-il pas oublié — ou, peut-être même, sciemment écarté? Le

---

[21]) Voir p. ex. la phrase suivante dans la lettre de Sir E. Goschen citée dans notre note 19: „But I tell him that a statement to that effect at the present stage, while it might cause Germany to hesitate, might equally urge Russia on . . ." Sir E. Grey partageait-il cet avis? „I think it premature écrivait-il le 25 juillet (N° 101, *Minutes,* p. 82) to make any statement to France and Russia yet." — Quant à une déclaration à faire à l'Allemagne, il semble qu'on n'y a jamais pensé à Londres!

mot décisif fut-il prononcé à temps? Le „veto de fait“ fut-il déclaré à Londres — ce veto qu'on attendait alors de la Grande Bretagne et qui, selon toutes nos données retrospectives d'aujourd'hui, eût pu arrêter l'épée germanique à demi tirée du fourreau?

Non. Et pourquoi? On l'ignore. — On pourrait même former à ce sujet des hypothèses fort différentes. Mais le juriste n'aime pas à opérer avec des conjectures. Et l'historien n'a, jusqu'à présent, aucune donnée assez convaincante pour se prononcer avec certitude.

Arrêtons-nous donc, pour le moment, devant ce mystérieux silence de l'histoire. Ne l'oublions pas, — attendons son éclaircissement.

Die Irrtümer Headlam-Morleys.

Graf Max Montgelas.

Im Januarheft der englischen Zeitschrift „The Quarterly Review“ hat Professor Headlam-Morley einen Angriff gegen jenen Teil der deutschen, amerikanischen und französischen Kriegsschuldliteratur gerichtet, der es wagt, der offiziellen französisch-englischen These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands entgegenzutreten.

An erster Stelle bespricht der englische Historiker das Buch des deutschen Kronprinzen „Ich suche die Wahrheit“, dem er im allgemeinen vorwirft, daß es den Beginn der diplomatischen Krise zu eilig behandle und die ganze Aufmerksamkeit der Leser auf die russische Mobilmachung lenke, dabei jedoch die Gründe verschweige, welche diese Mobilmachung „unbedingt nötig“ (imperative) gemacht hätten (S. 189). Dann fährt er fort:

> „Auch Montgelas . . . befolgt dieselbe Methode. Er führt niemals die Randbemerkung des Kaisers an, worin dieser Tschirschky zurechtwies, daß er die Österreicher vor einem eiligen und unüberlegten Vorgehen gewarnt habe, obwohl diese Randbemerkung unzweifelhaft als eine förmliche Instruktion im deutschen Auswärtigen Amt aufgefaßt wurde.“

Das ist der erste Irrtum Headlam-Morleys mir gegenüber. In meinem „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ behandle ich auf S. 172 (208) [1]) ff. ausführlich die Legende, daß Kaiser Wilhelm an Tschirschky eine „besondere Instruktion“ geschickt habe, und

[1]) Die in Klammern beigesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf die englische Ausgabe des „Leitfadens“.

ebenso die andere Legende, daß der Kaiser dem Botschafter wegen seiner anfänglich lauen Haltung einen „Verweis" erteilt habe. Da der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Graf Szögyényi einmal berichtete, man habe ihm in der Wilhelmstraße von einem solchen „Verweise" gesprochen, schließe ich den Abschnitt mit folgendem Satz:

„Da sich über den „Verweis" nichts in den Akten findet, bleibt nur die Erklärung, daß einer der nachgeordneten „maßgebenden Persönlichkeiten" etwas von der kaiserlichen Randbemerkung zum Berichte Tschirschkys vom 30. Juni (Deutsche Dokumente 7) erfahren hatte und darüber mit dem österreichischen Botschafter gesprochen hat."

Im Wortlaut ist somit die Randbemerkung allerdings nicht aus den Akten abgeschrieben. Da jedoch ausdrücklich das Dokument genannt wurde, wo sie zu finden ist, war das für jeden in der Vorgeschichte des Krieges einigermaßen bewanderten Leser wohl genügend. Die Behauptung Headlam-Morleys, daß diese Randbemerkung zweifelsohne als eine förmliche Instruktion im deutschen Auswärtigen Amt aufgefaßt worden sei, ist eine durch nichts bewiesene persönliche Ansicht. Im allgemeinen haben derartige Randbemerkungen solche Beachtung nicht erfahren. Wenn der Kaiser „förmliche Instruktionen" zu erteilen wünschte, so wählte er dazu den Weg persönlicher Handschreiben, wie z. B. nach Kenntnisnahme der serbischen Antwortnote (Deutsche Dokumente 293).

Die Kritik Headlam-Morleys fährt fort:

„Er (Montgelas) verweist die Erörterung der Berichte Szögyényis in einem Anhang und sogar dort läßt er den grundlegenden (cardinal) Abschnitt aus, worin der österreichische Botschafter über seine Unterredung mit Bethmann-Hollweg berichtet: „Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß wir beurteilen müßten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären; wir könnten hierbei — wie immer auch unsere Entscheidung fallen möge — mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr steht."

Diese Ausführungen bilden einen zweiten Irrtum Headlam-Morleys. In einen Anhang verwiesen — richtiger im IV. Hauptteil meines Buches zusammengefaßt — sind nämlich nicht etwa, wie nach der Kritik der nichteingeweihte Leser annehmen könnte, nur die Berichte Szögyényis, sondern alle Einzelfragen, in denen besonders törichte Angriffe gegen Deutschland erhoben worden sind. Von den Depeschen des österreichischen Botschafters sind nur zwei im Wortlaut wiedergegeben, die vom 5. Juli auf S. 168 (204) und die vom 27. Juli auf S. 174 (211), weil nur aus diesen beiden Telegrammen Anschuldigungen gegen die deutsche Politik abgeleitet worden sind. Die Stelle, deren Auslassung Headlam-Morley

beanstandet, findet sich weder in dem einen noch in dem anderen der beiden in Wortlaut angeführten Berichte, sondern in dem vom 6. Juli. In diesem Bericht nun stimmt die von meinem Kritiker vermißte Stelle, wie ich S. 170 (206) erwähne, auffallend genau mit der an Tschirschky erlassenen amtlichen deutschen Instruktion (Deutsche Dokumente 15) überein, wo gesagt ist:

„Was endlich Serbien anlange, so könne S. M. zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen keine Stellung nehmen, da diese sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Josef könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bundespflichten und seiner alten Freundschaft treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde."

Es besteht somit nahezu wörtliche Übereinstimmung zwischen dem Bericht Szögyényis und der amtlichen Instruktion an Tschirschky, mit Ausnahme der Einschaltung „wie immer auch unsere Entscheidung fallen möge", der die im Entwurf der deutschen Instruktion enthaltenen, vom Reichskanzler jedoch gestrichenen Worte „unter allen Umständen" entsprachen. Im Hinblick auf diese Übereinstimmung lag somit kein Anlaß vor, die von der Kritik vermißte Stelle im Wortlaut wiederzugeben.

Headlam-Morley fährt fort:

„Bei Besprechung der russischen Entscheidung vom 29. Juli, zu mobilisieren, sagt Montgelas, dieser Entschluß beweise: „Der russische Minister wollte vom Morgen des 29. Juli an den Krieg, wie die erste Unterzeichnung des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung zeigt."

Dieser Satz findet sich in dieser Form in meinem Buch überhaupt nicht. Auf S. 130 (161) steht vielmehr:

„Am Vormittag des 29. unterzeichnete Nikolaus II. nicht den Ukas für die Teilmobilmachung, sondern den für die allgemeine Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn und Deutschland."

Auf diese Ungenauigkeit der Kritik will ich kein besonderes Gewicht legen, denn es ist richtig, daß ich in der Unterzeichnung des Befehls für die allgemeine Mobilmachung gegen Österreich und Deutschland den Willen zum Kriege sehe. Headlam-Morley hingegen schreibt:

„Natürlich beweist das nichts Derartiges. Es beweist nicht, daß Sasonow den Krieg wollte; es beweist vielmehr, daß er infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien und der Beschießung von Belgrad ganz natürlich zu der Folgerung kam, der Krieg sei unvermeidlich, was etwas ganz anderes ist."

Hier liegt zunächst ein Irrtum hinsichtlich der Reihenfolge der Ereignisse vor. Der Zar unterzeichnete den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung am Vormittag des 29., die Nachricht von der Be-

schießungs Belgrads erhielt Sasonow am Nachmittag [2]) desselben Tages. Selbst wenn diese Verwechslung von Vor- und Nachmittag nicht vorläge, würde es unerfindlich sein, warum infolge der Kriegserklärung an Serbien und der Beschießung von Belgrad der Krieg gegen Österreich und Deutschland für Rußland „unvermeidlich" geworden sein sollte. Es gab für Rußland doch keine größere militärische Sicherheit, als wenn Österreich-Ungarn sich auf Unternehmungen einließ, welche die Hälfte seines Heeres weit weg von der russischen Grenze in das unwegsame serbische Bergland führten. Die von der Entente im Jahre 1914 vertretene Auffassung, daß Rußland unter allen Umständen eine Protektorrolle über die Balkanstaaten zufalle, hat niemand anders als der britische Botschafter in Paris, wie wir aus den von Headlam-Morley soeben herausgegebenen englischen Dokumenten erfahren haben, als „albern und veraltet" bezeichnet. Wie wenig zudem Rußland in Wirklichkeit an die Interessen der Balkanstaaten dachte, zeigt u. a. eine Erklärung, die man am 19. Februar 1913 im russischen Generalstab dem deutschen Militärattaché gab: „Nicht um die Interessen der Balkanstaaten handelt es sich. Das sind alles Redensarten. Jetzt geht es um die eigenen Interessen." [3])

Bei Besprechung des Zusammenhanges zwischen der österreichischen Kriegserklärung an Serbien und der russischen Mobilmachung übersieht der englische Kritiker ferner, daß Sasonow die offiziell zugegebene Teilmobilmachung gegen Österreich, an deren Stelle in Wirklichkeit jedoch die allgemeine angeordnet worden war, in sehr verschiedener Weise begründet hat:

a) In der Mitteilung nach England (Blaubuch 70) wird allerdings die Kriegserklärung an Serbien als Grund genannt.

b) In Berlin hingegen (Deutsche Dokumente 385) wird als Grund bezeichnet „weil Österreich acht Korps mobilisiert hat und diese Maßregel als zum Teil gegen Rußland gerichtet angesehen werden müsse".

c) In Paris sagt man zur Begründung (Gelbbuch 91), daß Österreich „seine militärischen Vorbereitungen beeile und seine Mobilisation aktiv betreibe".

---

[2]) Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914", dazu Österreichisches Rotbuch III. 1919 S. 20 und „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums" deutsche Ausgabe S. 19.

[3]) Diese Erklärung erfolgte anläßlich des russischen Einspruchs gegen eine Vergrößerung Rumäniens auf Kosten Bulgariens; „Große Politik der Europäischen Kabinette" Bd. 34, I. Nr. 12 899.

d) Unmittelbar darauf jedoch (Gelbbuch 100) beruft man sich auf „den Ton, in dem Graf Pourtalès den Auftrag ausgerichtet hat, daß Deutschland mobilisieren müsse, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle".

Die Begründung lautet also in vier Mitteilungen viermal verschieden, ein Beweis, daß keine Begründung die richtige ist. Der wahre Grund, der durch die von Headlam-Morley veröffentlichten englischen Dokumente ans Licht gekommen ist, war der, daß Sir Edward Grey den Russen die Mobilmachung gegen Österreich nahelegte und Deutschland zu der Zusage veranlaßte, in solchem Falle nicht zu mobilisieren (englische Dokumente 132); daß Deutschland in diese Falle ging und Grey dies sofort nach Petersburg mitteilte (ebenda 185); daß Sasonow auf solche Weise wußte, daß weder England noch Deutschland gegen eine angeblich nur gegen Österreich gerichtete Mobilmachung Einspruch erheben würden, so daß man unter dem Deckmantel einer solchen Teilmobilmachung auch die allgemeine vornehmen könne [4]).

Nunmehr folgt der merkwürdigste Irrtum Headlam-Morleys mit der Behauptung:

„Aber dann sagt Montgelas seinen Lesern niemals etwas über die Kriegserklärung an Serbien."

Jeder Kenner meines Buches wird mein Erstaunen beim Lesen dieses Satzes begreifen. Ich spreche über die Kriegserklärung an Serbien an drei Stellen:

S. 109 (138): „Bevor noch die Weisung an Tschirschky abgehen konnte, traf (gegen sieben Uhr abends) die Nachricht der österreichischen Kriegserklärung an Serbien ein."

Dazu die Fußnote: „Daß die Kriegserklärung für den 28. oder 29. beabsichtigt war, wußte man in Berlin seit dem 27."

Ferner S. 110 (138/39): „Um dem schädlichen Eindruck dieser Entschlüsse (Kriegserklärung an Serbien und Ablehnung der serbischen Antwort als Verhandlungsgrundlage) tunlichst rasch entgegenzuwirken, wurde nicht nur Petersburg, sondern auch London, Paris und Wien selber umgehend verständigt, daß man in Berlin dauernd bemüht bleibe, Wien zu einer offenen Aussprache mit Petersburg zu veranlassen, und daß die österreichische Kriegserklärung hieran nichts ändere."

Ebendort: „Das war der unter den gegebenen Verhältnissen, bei der Empfindlichkeit Wiens und dessen voreiliger Kriegserklärung

[4]) Dieser Zusammenhang ist von mir näher begründet im Februarheft 1927 S. 108 ff.

sehr geschickte, deutscher Initiative zu verdankende Vorschlag „Halt in Belgrad", der wie kaum ein anderer geeignet war, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu zeigen."

Der oben angeführte Satz, daß ich niemals die Kriegserklärung an Serbien erwähne, fährt fort:

„Noch weniger erklärt er (Montgelas) den Lesern, daß der Grund dafür (für die österreichische Kriegserklärung an Serbien) der war, daß die Besprechungen mit Rußland, deren Fortsetzung beinahe sicher zu einer Art von Kompromiß oder Einverständnis mit Rußland geführt haben müßte, abgebrochen werden mußten, um ein Ergebnis zu vermeiden, das den Krieg, den man (in Wien) von ganzem Herzen wünschte, unmöglich machen würde."

Eine merkwürdige Konstruktion! Das gerade Gegenteil war der Fall. Der Krieg, den man in Wien „von ganzem Herzen wünschte", war der Krieg mit Serbien, nicht der mit Rußland. Gerade nach der Kriegserklärung mit Serbien erkannte man auch in Wien das Vorteilhafte einer direkten Aussprache zwischen Österreich und Rußland. Es war eine unwahre Behauptung Sasonows, daß diese Besprechungen abgebrochen worden seien.

Headlam-Morley schließt die wenig gründliche Besprechung meines Buches mit den Worten:

„Die ganze (deutsche) Propagandaliteratur ist voll falscher derartiger Behauptungen."

Nach den vorstehenden Ausführungen darf ich es dem Urteil der Leser überlassen, ob Headlam-Morley seine Kritik auf wahre oder auf falsche Behauptungen stützt.

Der Präsident der französischen Republik zur Kriegsschuldfrage.

Von Alfred von Wegerer.

Der Präsident der französischen Republik, Gaston Doumergue, hat am Sonntag, den 3. April, der Stadt Lille einen Besuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit wurde Doumergue von der Präfektur ein Bankett gegeben. Der Präsident hielt hierbei eine Rede, in der er vom Frieden sprach, den alle Völker heiß ersehnten. Die Rede wird auf die Bevölkerung von Lille von besonderem Eindruck gewesen sein, da Lille lange Zeit inmitten der deutschen Stellungen lag und den Krieg aus unmittelbarer Nähe kennen lernen mußte. Hierbei fühlte sich der Präsident veranlaßt, Beweise für Frankreichs Friedensliebe anzuführen, die mit der Kriegsschuldfrage im Zusammenhang stehen. Nach dem „Temps" vom 5. April hat Doumergue hierbei folgendes ausgeführt [1]):

„Welch entschiedeneren Beweis unseres unbestreitbaren Friedenswillens konnten wir am Vorabend des Angriffes vom August 1914 geben als den Rückzug unserer Truppen hinter die Grenze?"

Doumergue tritt hiermit offiziell als der Verfechter der Behauptung auf, die Zurückziehung der französischen Truppen hinter die 10-Kilometer-Zone sei als ein Beweis des unbestreitbaren Friedenswillens Frankreichs aufzufassen.

Obgleich diese Auffassung oft und eingehend widerlegt worden ist [1a]), hält man trotzdem in Frankreich an ihr fest. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die wesentlichsten Beweisstücke noch einmal kurz zusammenzufassen und durch einiges neuere Material zu ergänzen.

Am 30. Juli 1914 wurde auf Veranlassung des französischen Ministerpräsidenten Viviani, der darauf nicht wenig stolz war, der Befehl gegeben, die französischen Grenzschutztruppen in einer Ent-

---

[1]) Die deutsche Presse hat diese Stelle der Rede leider nicht gebracht. Soweit wir darüber unterrichtet sind, hing dies damit zusammen, daß die Nachrichten-Büros, die die deutsche Presse versorgen, in ihren Berichten diese Stelle der Rede nicht mit aufgenommen hatten.

[1a]) Siehe Graf Max Montgelas „Leidfaden zur Kriegsschuldfrage", deutsche Ausgabe, Seite 180, Nr. 8 „Der französische Schachzug der zehn Kilometer" und Wilhelm Schaer: „Französische Spiegelfechterei in der Kriegsschuldfrage." Elsaß-Lothringen Heimatstimmen, Mai 1925.

fernung von 8—10 Kilometer von der Grenze fernzuhalten. In dem vom Kriegsminister Messimy hierfür erlassenen Befehl heißt es wörtlich [1b]): „Die Grenzschutztruppen haben unverzüglich die Stellungen einzunehmen, die für den Fall eines plötzlichen Angriffs vorgesehen sind. Aus diplomatischen Gründen ist es jedoch unerläßlich, daß sich hieraus kein Zwischenfall ereigne; es darf daher weder eine Patrouille, noch ein sonstiges Detachement sich unter irgendeinem Vorwande der Grenze nähern, noch dieselbe überschreiten." Es folgt dann die Aufzählung der Ortschaften, die für die französischen Grenztruppen eine Linie zieht in einer Entfernung von 10 Kilometern von der französisch-deutschen Grenze.

In einem weiteren Befehl vom 1. August werden die diplomatischen Gründe näher erläutert. Es heißt hier: „Um uns der Mithilfe unserer englischen Nachbarn zu versichern, bleibt es nach wie vor unerläßlich" usw. Ein dritter Befehl des Kriegsministers, ebenfalls vom 1. August, sagt: „Auf Weisung des Präsidenten der Republik und aus ernsten diplomatischen Erwägungen heraus besteht nach wie vor" usw.

Der französische Historiker Renauld trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er in seiner „Histoire populaire de la guerre" ausspricht, daß die Zurücknahme der französischen Truppen um 10 Kilometer nur angeordnet worden sei, „um der englischen Regierung ein Argument für ihr Volk zu verschaffen, um es zur Teilnahme am Kriege zu bestimmen. Es geschah also nicht im friedlichen, sondern im kriegerischen Sinne".

Diese bereits 1923 von Renauld aufgestellte Behauptung findet jetzt durch die britischen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges ihre Bestätigung. So erfahren wir aus Nr. 447 der Britischen Dokumente, daß Cambon in seiner Unterredung mit Grey nach der Kabinettssitzung vom 1. August gesagt habe, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England habe Frankreich seine Truppen von der deutschen Grenze zurückgezogen, also genau das, was Renauld behauptet hat. Von besonderem Interesse ist aber auch die Begründung, die Cambon Grey gegenüber für diese Maßnahmen zum Ausdruck bringt. Er sagte nämlich, daß Frankreich jetzt in der Lage sei, „sich nur defensiv zu verhalten, statt angriffsweise gegen Deutschland vorzugehen" („to take only the defensive, and not the offensive against Germany"). Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, ist diese Folgerung aus der Zurückziehung des Grenz-

[1b]) Die Befehle sind dem französischen Generalstabswerk: „Les armées françaises dans la grande guerre", Paris, Imprimerie Nationale, entnommen.

schutzes um einige Kilometer sebstverständlich lächerlich, und bedarf es keiner weiteren Erläuterungen hierfür. Es zeigt aber, ein wie geringes militärisches Verständnis Cambon bei Sir Edward Grey voraussetzen durfte.

Ein weiteres Argument dafür, daß nicht die Erhaltung des Friedens, sondern die Sicherstellung der englischen Unterstützung der Grund für die scheinbar entsagungsvolle militärische Maßnahme war, ist die Tatsache, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen hinter die Grenze erst am 5. August, 12,30 Uhr nachmittags, vollständig aufgehoben wurde. Dies war also zu einer Zeit, wo es sicher feststand, daß England an der Seite Frankreichs in den Krieg gegen Deutschland eingetreten war.

Wir wollen uns aber nicht nur auf diese anscheinend nur am Quai d'Orsay nicht bekannten Dinge beschränken, sondern auch die französische Maßnahme noch von einer anderen Seite aus betrachten. Zunächst muß hervorgehoben werden, daß die Aufstellung des französischen Grenzschutzes am 30. Juli an sich alles andere als eine friedliche Maßnahme war. Dieser Grenzschutz, der aus 11 Infanterie- und 10 Kavallerie-Divisionen bestand, war eine Gefahr für Deutschland, das zu dieser Zeit seinen Grenzschutz überhaupt noch nicht aufgestellt hatte. Von deutscher Seite geschah dies erst nach Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung am 31. Juli, 1 Uhr mittags, mit der Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr".

Nicht richtig ist ferner die Annahme, daß durch die Zurückziehung des französischen Grenzschutzes aus angeblicher Friedensliebe irgendein militärischer Vorteil aus der Hand gegeben worden sei. Abgesehen davon, daß die Zurückziehung der Truppen sich nicht starr an die 10-Kilometer-Zone hielt, sondern an mehreren Stellen nur 5 bis 6 Kilometer betrug, dürfte mitgesprochen haben, daß es im strategischen Interesse Frankreichs lag, vorzeitige Kampfhandlungen an der deutschen Grenze zu vermeiden. Für die Alliierten kam es darauf an, wie dies bei den französisch-russischen Generalstabskonferenzen immer wieder zum Ausdruck gebracht worden ist, Deutschland möglichst gleichzeitig anzugreifen. Daraus ergab sich von selbst für das französische Heer die Aufgabe zu warten, bis die russische „Dampfwalze" zum Vorgehen bereitstand, und das Eingreifen des englischen Landungskorps gesichert war. Also auch unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, stellt sich heraus, daß die Maßnahme „nicht im friedlichen, sondern im kriegerischen Sinne" erfolgte.

Diese Auffassung, die wir bereits in früheren Aufsätzen zum Ausdruck gebracht haben, findet in einer Debatte der französischen Kammer vom 31. Januar 1919 über die Preisgabe des Erzbeckens von Briey eine interessante Ergänzung.

Diese Kammerdebatte hat folgende Vorgeschichte. Zwischen den beiden französischen Generalen Malleterre und Verraux hatte im Januar 1917 eine Diskussion in der Presse stattgefunden. Der General Malleterre hatte im „Temps" vom 31. Januar 1917 seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß die französische Regierung bei Ausbruch des Krieges 1914 durch ihren Befehl zur Zurückziehung der französischen Truppen 10 km hinter die Grenze das Erzbecken von Briey preisgegeben habe, das für die Kriegsführung so außerordentlich wichtig war. Demgegenüber nahm General Verraux im „Oeuvre" vom 3. Februar 1917 die Regierung in Schutz, die diesen Befehl gegeben hatte, und sagte, daß die 42. Division, die gegenüber Briey den Grenzschutz innehatte, nach einer Instruktion vom Januar 1914 den Befehl gehabt hätte, auf den ersten Alarm hin an den Maasabhängen 25 km von der Grenze entfernt Aufstellung zu nehmen.

An diese Diskussion der beiden Generale knüpfte Viviani in seiner Kammerrede an und sagte, um die von den Parteien kritisierte Preisgabe des Erzbeckens von Briey zu verteidigen, wörtlich folgendes [2]):

„Die von General Verraux hervorgehobene Instruktion, die von 1914 datiert, enthält aus Gründen, auf die ich hier nicht eingehen kann, den Befehl, sich in der Gegend von Briey um 25 km zurückzuziehen. So hat die von der Regierung gegebene Anordnung zum wenigsten den Erfolg gehabt, unsere Truppen 10 km von der Grenze entfernt zu stationieren, während sie nach dem ursprünglichen Befehl um 25 km zurückgegangen wären."

Hieraus ergibt sich zweierlei.

Einmal ist zu ersehen, daß für den Befehl der Zurückziehung der Truppen um 10 km nicht überall französischer Boden von vornherein preisgegeben worden ist, sondern im Gegenteil ursprünglich preisgegebenes Gelände in die Stellungen miteinbezogen worden ist.

Ferner geht hieraus hervor, daß die Zurückziehung der Truppen jedenfalls an einzelnen Stellen schon lange vor dem Kriege erwogen und angeordnet worden ist.

---

[2]) Siehe Journal Officiel, Chambre des Deputés, séance du 31 janvier 1919 p. 297.

Ganz abgesehen davon, ob durch den Befehl der Zurückziehung der Truppen hinter die 10-Kilometer-Zone der Grenzschutz die Defensive besonders betonte, kann diese Maßnahme überhaupt nicht als ein taugliches Mittel angesehen werden, den Frieden zu erhalten. Es fragt sich aber, ob Frankreich nicht andere und bessere Mittel gehabt hätte, um den Krieg zu vermeiden. Diese waren unseres Erachtens vorhanden und waren in der Einwirkung gegenüber Rußland zu suchen. Aus den neuen britischen Dokumenten sowie aus anderen bereits bekannten Quellen läßt sich heute die Einwirkung Frankreichs auf Rußland ausreichend beurteilen. Selbst wenn man nur dokumentarisches Material heranzieht und die Unterhaltungen Poincarés mit dem Zaren im Juli 1914 ganz aus dem Spiel läßt, zeigt sich, daß Frankreich gegenüber Rußland nichts getan hat, um es vom Kriege abzuhalten, sondern im Gegenteil, es in diesem Vorhaben stets zielbewußt bestärkt hat.

Als Sasonow am 25. Juli dem französischen Botschafter Paléologue den Entschluß der russischen Regierung bekanntgibt, 1 100 000 Mann mobil zu machen, ist Paléologue sofort ganz damit einverstanden, und gibt die formelle Versicherung seiner Regierung, „that France placed herself unreservedly on Russia's side“ [3]), (daß Frankreich sich vorbehaltlos an Seite Rußlands stelle).

Am 28. Juli gab Paléologue im Auftrag seiner Regierung eine neue Versicherung ab, „über die vollkommene Bereitschaft Frankreichs, wenn es notwendig sein sollte, seine Bündnispflichten zu erfüllen“ [4]). Iswolski versicherte in einem Telegramm am gleichen Tage Sasonow, daß die französische Regierung „keinen Augenblick die Möglichkeit eines mäßigenden Einflusses in Petersburg zugelassen habe“ [5]).

Am 29. Juli bestätigte der französische Ministerpräsident Viviani dem russischen Botschafter den „festen Entschluß der französischen Regierung“, in Übereinstimmung mit Rußland zu handeln [6]).

Nach der Ministerbesprechung unter dem Vorsitz Poincarés in der Nacht vom 29. zum 30. Juli, in der die Haltung Frankreichs angesichts der russischen Mobilmachung gegen Österreich besprochen wurde, drahtete der französische Ministerpräsident nach Peters-

---

[3]) Brit. Doc. Nr. 125.

[4]) Tagesaufzeichnungen, deutsche Ausgabe S. 15.

[5]) Das Russische Orangebuch von 1914, Nr. 77.

[6]) Das Russische Orangebuch Nr. 95.

burg, „Frankreich ist entschlossen, alle seine Bündnispflichten zu erfüllen“ [7]).

Am 30. Juli meldete Iswolski Sasonow, daß die französische Regierung sich zwar nicht in die militärischen Vorbereitungen Rußlands mischen wolle, „halte es aber für äußerst wünschenswert, daß diese Vorbereitungen in Anbetracht der noch andauernden Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter haben. Seinerseits hat der Kriegsminister denselben Gedanken unserem Militärattaché entwickelt und gesagt, wir könnten erklären, daß wir im höheren Interesse des Friedens bereit sind, unsere Mobilmachungsvorbereitungen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, unsere Vorbereitungen fortzusetzen und sogar zu verstärken, wobei wir uns nach Möglichkeit größerer Truppentransporte zu enthalten hätten. . .“ [8]).

Am 31. Juli, 1 Uhr nachts, erklärte der französische Kriegsminister dem russischen Militärattaché „in gehobenem, herzlichem Ton, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei. . .“ [9]).

Am 1. August erklärte Poincaré dem russischen Botschafter „in der allerkategorischsten Form, daß sowohl er selbst als auch das gesamte Kabinett fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag auferlegten Verpflichtungen völlig und ganz zu erfüllen“ [10]).

Wie der amerikanische Richter Frederick Bausman in seinem leider noch immer nicht ins Französische übersetzten Buch „Und Frankreich?“ einmal sehr richtig gesagt hat, hätte „ein einziges Telegramm der französischen Regierung an die russische genügt, den Krieg zu verhindern, ein einfaches Telegramm des Inhalts, daß Frankreich Rußland in einem Konflikt wegen des Balkans nicht beistehen werde. . . Eine einzige solche Drahtbotschaft würde, das wiederhole ich, die Zivilisation vor der Katastrophe bewahrt haben“.

In seiner angeführten Rede hat der Präsident der französischen Republik aber noch mehr gesagt:

„Ihr so wohlhabendes und dank der Arbeit seiner Bewohner und dank seines Bodens und seiner Bodenschätze so reicher Norden war das Schlachtfeld der Völker des für die Invasion er-

---

[7]) Gelbbuch 101.

[8]) Das Russische Orangebuch Nr. 116.

[9]) Das Russische Orangebuch Nr. 147.

[10]) Das Russische Orangebuch Nr. 170.

wählten Landes, wie uns eben Herr Salengro und Herr Potié sagten und mich daran erinnerten, daß diese Invasionen durch den Neid auf den Reichtum und die Wohlhabenheit der Länder hervorgerufen waren."

Herr Doumergue steht demnach auf dem Standpunkt, daß der Vormarsch der deutschen Armeen unter dem Gesichtspunkt erfolgt ist, sich die reichsten und wohlhabendsten Landesteile Frankreichs als Schlachtfeld auszusuchen, und daß der Beweggrund für den deutschen Einmarsch in Frankreich Neid auf den Reichtum und die Wohlhabenheit dieser Länder gewesen sei. Es fällt nicht leicht, auf eine derartige Begründung des deutschen Vormarsches von 1914 überhaupt einzugehen, und wir würden auch hierauf verzichtet haben, wenn der Sprecher nicht der französische Staatspräsident selbst gewesen wäre. Es ist aber wohl ohne nähere Darlegung einleuchtend, daß für den Vormarsch der deutschen Armeen nur strategische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Welcher Art die Überlegungen waren, die den deutschen Entschlüssen von 1914 zugrunde gelegen haben, geht recht verständlich aus dem ersten, leider nicht verwandten Entwurf der Kriegserklärung an Frankreich hervor, wo es heißt [11]):

„. . . Die deutsche Regierung hat daher die russische Regierung zur sofortigen Einstellung der Mobilmachung gegen Deutschland und seinen Verbündeten, Österreich-Ungarn, aufgefordert. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung die Regierung der französischen Republik hiervon in Kenntnis gesetzt und sie in Anbetracht der bekannten Beziehungen der Republik zu Rußland um eine Erklärung darüber ersucht, ob Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Hierauf hat die französische Regierung die zweideutige und ausweichende Antwort gegeben, Frankreich werde das tun, was seine Interessen geböten. Mit dieser Antwort behält sich Frankreich vor, sich auf Seiten unserer Gegner zu stellen, und es ist in der Lage, uns jeden Augenblick mit seiner inzwischen mobilisierten Armee in den Rücken zu fallen. Deutschland muß in diesem Verhalten um so mehr eine Bedrohung erblicken, als auf die an Rußland gerichtete Aufforderung, die Mobilisierung seiner Streitkräfte einzustellen, nach längst verstrichener Frist keine Antwort eingegangen und daher ein russisch-deutscher Krieg ausgebrochen ist. Deutschland kann die Wahl des Zeitpunktes, in dem die Bedrohung seiner westlichen Grenze zur Tat wird, nicht Frank-

[11]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 608.

reich überlassen, sondern muß, von zwei Seiten bedroht, sofort seine Verteidigung ins Werk setzen. . ."

Also nicht Ländergier, sondern Abwehr des Zweifrontenkrieges war der Grund für den deutschen Vormarsch.

Im Anschluß an die erwähnte Stelle fährt Doumergue in seiner Rede weiter fort:

„Diese schmerzlichen und lehrreichen Erinnerungen fordern von uns nicht eine unsichere und kurze Sicherheit, sondern eine dauerhafte und wohl garantierte Sicherheit. Frankreich will nicht mehr leben und arbeiten in der beständigen Furcht vor einer Katastrophe."

Niemand wird Frankreich verargen wollen, daß es in dem Bewußtsein einer dauerhaften Sicherheit leben und arbeiten will. Das will nicht nur Frankreich, das will auch Deutschland, und das wollen alle Völker. Es fragt sich nur, ob dieses Ziel dadurch erreicht werden kann, daß man die französische Bevölkerung in den Irrtümern und Entstellungen der Kriegspropaganda befangen hält, oder ob man auch dem Franzosen, der an Intelligenz den andern Nationen doch keineswegs nachsteht, ebenfalls die Möglichkeit gibt, sich über die Entstehung und den Ausbruch des Krieges ein zutreffendes Bild zu machen. Auch das offizielle Frankreich wird sich von der Kriegspropaganda trennen müssen und endlich den Weg freimachen für eine objektive Beurteilung der Ursachen, die den Weltkrieg herbeigeführt haben. Noch immer aber hält die französische Regierung ihre Archive verschlossen. Es ist wohl zuzugeben, daß von der französischen Regierung ein besonderes Maß von Selbstüberwindung verlangt wird, wenn sie die Fälschungen ihres Gelbbuches von 1914 durch die Öffnung der Archive wird zugeben müssen, aber diese Selbstüberwindung muß gefordert werden, da sie eine Vorbedingung ist, um jene Sicherheit zu schaffen, deren die Welt — nicht nur Frankreich allein — bedarf.

„Zur Beurteilung Greys".

Richtigstellungen in eigener Sache.

Von Hermann Lutz.

Herr von Wegerer hat in seinem bemerkenswerten Artikel „Vertrauen zwischen den Völkern!" im Aprilheft 1927 dieser Zeitschrift geschrieben:

„Wir waren uns stets bewußt, daß in diesem gewaltigen moralischen Prozeß der Gegenwart die Feststellung der Wahrheit nur durch Sachlichkeit gewonnen werden kann. So wertvoll, wie auch Kundgebungen und Appelle an die Gewissen sind, die wir keineswegs unterschätzen oder missen möchten, wird ihre Wirkung immer die Ergebnisse sachlicher Forschung und die unumstößliche Feststellung von Tatsachen zur Vorbedingung haben."

Diese Richtschnur, der nach Menschenmöglichkeit zu folgen unser aller Streben sein sollte, wurde in einem Artikel desselben Heftes aus der Feder von Herrn Professor Dr. Hans Rothfels nicht durchweg eingehalten. Der Artikel stellt einen kritischen Bericht des genannten Historikers über mein Buch „Lord Grey und der Weltkrieg" dar. Dr. Rothfels hat Einzelheiten aus meinem Buch herausgegriffen, ohne ihren Zusammenhang zu erwähnen, und der Leser muß dadurch ein schiefes Bild vom Gesamtinhalt des Buches und ein falsches Urteil darüber gewinnen. Ich möchte dabei von vornherein klarmachen, daß ich Herrn Dr. Rothfels nicht die Absicht der Irreführung vorwerfe; daß ich seine Arbeiten, deren ich einige kenne, hochschätze; daß ich ihn für einen unserer ersten Kenner der englischen Politik erachte; und daß ich mich gerne sachlich belehren lasse. Ich erkläre daher auch ausdrücklich, daß ich seiner anderslautenden Ansicht über die englische Politik und Sir Edward gerne sachlich belehren lasse. Ich erkläre daher ausdrücklich, daß ich mir im Gegenteil seine diesbezüglichen Ausführungen reiflich überlegen werde, wenn ich mich ihnen auch nicht ohne Abweichungen werde anschließen können. Das sind Meinungsverschiedenheiten, die ihre Geltung haben, und dagegen wende ich mich nicht. Ich wende mich gegen die Art, wie Einzelheiten aus meinem Buch herangezogen und verallgemeinert werden. Eine Gegenüberstellung der betreffenden Punkte wird den Unterschied klarmachen.

Lutz, Seite XII:

Als Freiherr Marschall von Bieberstein im Jahre 1912 deutscher Botschafter in London wurde, erinnerte er Sir Edward beifällig an einen dem Gedächtnis nach zitierten Satz aus irgendeiner Rede Greys (Band I Seite 246—247), der lautete:

„Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen; die Schwierigkeit besteht darin, an sie glauben zu machen."

Das ist in der Tat, namentlich im politischen Leben, nicht selten der

Dr. Rothfels, Seite 351:

Der Verfasser überschreibt sein Buch mit den Worten Greys: „Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen; die Schwierigkeit besteht darin, an sie glauben zu machen." Ja, Lutz meint, was zugleich als Stilprobe gelten mag, diese Worte seien das „einzig passende Motto" seiner Darstellung.

Fall. Aus dem Munde Greys gewinnt der Satz eine ganz besondere Bedeutung. Deshalb setzte ich ihn als einzig passendes Motto über diese Arbeit und bin mir im übrigen wohl der internationalen Schwierigkeit bewußt, zuweilen an die Wahrheit glauben zu machen.

Als ich mein Vorwort mit den links zitierten Sätzen schloß, und als ich später wiederholt die Korrekturen las, ist mir nie der Gedanke gekommen, der Leser könnte daraus entnehmen, daß ich das Wort Greys für das einzig passende Motto meiner Darstellung hielte. Indem ich schrieb: „Aus dem Munde Greys gewinnt der Satz eine ganz besondere Bedeutung. Deshalb . . .", glaubte ich es klar genug gemacht zu haben, daß das Motto — in einem Buche von und über Grey — einen Hieb auf Grey bedeutete, wie aus dem Buche selbst genugsam hervorgeht. Die Auslegung von Dr. Rothfels, die im obigen Zitat nicht begründet ist, schiebt mir die Anmaßung unter, als betrachtete ich mich für den Sachwalter der Wahrheit an sich. Dass mir ein solch grotesker Gedanke völlig fernlag und fernliegt, wird jeder wissen, der mich persönlich kennt. Auf Seite 106 ff. meines Buches habe ich das Kapitel „Persien" behandelt und dabei die Haltung Greys an den Pranger gestellt, Greys, der sich wiederholt in der Geschichte moralisch entrüstet hat, es aber doch fertigbrachte, die Schandtaten der Russen in Persien gegen die empörte öffentliche Meinung Englands öffentlich zu decken. Es heißt dann

in meinem Buche auf Seite 109:

Grey tat jedoch noch viel mehr. Morgan Shuster, der die persischen Finanzen in Ordnung bringen sollte, wünschte den britischen Militärattaché Stokes in einem wichtigen Posten zu verwenden; Stokes reichte zu diesem Zwecke seinen Abschied ein. Die Russen wollten aber keine finanzielle Reorganisation Persiens (ebensowenig wie seinerzeit die Franzosen in Marokko), sondern wollten das Land schwach erhalten (wie die Franzosen mit Marokko), und sie beschwerten sich daher bei Grey über diese Machenschaft Shusters. Grey zog auch, wie Benckendorff berichtete, „sofort die Konsequenzen":

„Er ist so weit gegangen, daß er ein Mittel angewandt hat — die Weigerung, Stokes den Abschied zu bewilligen —, dessen Legalität angefochten werden kann."

Und ähnlich mit Shuster. Grey hielt ihn zwar „für die geeignete

bei Rothfels auf Seite 351:

Persönlichkeit". Aber den Russen paßte er nicht und Grey schloß sich ihnen darum zu seinem Sturze an. Er tat das alles höchst ungern, gewiß. Aber er bot doch in seiner Schwäche das wenig erhebende Schauspiel, widerwillig, und wahrscheinlich innerlich beschämt, am russischen Draht zu zappeln. Die Russen erkannten das mit Genugtuung usw.

Grey bleibt für ihn (Lutz) ein Mann, der „wahrscheinlich innerlich beschämt" (!) am russischen Drahte zappelt, dessen gedankliche Schutzmauer bei der Berührung mit der „rauhen Wirklichkeit" (!) in Schutt zerfällt.

Über die „rauhe Wirklichkeit" gleich das Nähere. Dr. Rothfels unterläßt es, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, in welchem Zusammenhang ich das „wahrscheinlich innerlich beschämt" angewendet habe. Durch das Verschweigen des Zusammenhanges muß der Leser aber den Eindruck gewinnen, ich hätte allgemein geschrieben, daß Grey „wahrscheinlich innerlich beschämt" am russischen Draht zappelte. Meine Bezeichnung „wahrscheinlich innerlich beschämt" bezieht sich, wie ganz klar aus dem Zitat links hervorgeht, auf die geschilderten Handlungen Greys in bezug auf die russische Politik in Persien. Dabei wird der entstellende Sinn in der Kritik von Dr. Rothfels noch durch das Wörtchen „bleibt" sowie dadurch verschärft, dass er die Ausrufezeichen einfügt und dem Zitat rechts den freundlichen Satz anhängt: „Man wird von ferne und mutatis mutandis an den Ausspruch jenes preußischen Artillerieleutnants über Napoleon erinnert: Ein herzensguter Kerl, aber dumm, dumm."

Ich fordere den Leser auf, sich selbst ein Urteil über den Fall zu bilden und sich zu fragen, ob die Bemerkungen Rothfels' sich noch im Rahmen der Sachlichkeit halten oder nicht. Bekanntlich hat Grey stets eifrig behauptet, er habe sich „freie Hand" gewahrt und England in keiner Weise an Frankreich-Rußland gebunden. Ich habe das eingehend im 2. Kapitel meines Buches widerlegt. Dies Kapitel ist zuerst im „Archiv für Politik und Geschichte", 1926, Heft 4/5, Seite 352 ff. erschienen. Ich schrieb dort auf Seite 398, im Buch auf Seite 81:

„Grey wußte also am 3. August sehr gut, daß durch das Versprechen an Frankreich die britische Neutralität unmöglich gemacht wurde. Und hieran wird das gewaltige Loch offenbar, das in der Greyschen Schutzwand, die „freie Hand" genannt, war, und das zu verdecken Grey sich vergeblich bemühte. Es war ein Loch, so groß, daß sogar Grey es in wachen Augenblicken sah und er wohl merkte, daß dies Loch, von den tausend kleinen anderen Löchern der militärischen „Besprechungen" ganz zu schweigen, seine krampfhaft aufrechterhaltene Schutzmauer, sobald sie mit der rauhen Wirklichkeit in Berührung kam, in Trümmer legte. Da er aber seit 1906 wieder und wieder jede Verpflichtung bestritten und dem Parlament versprochen hatte, die freie Hand zu wahren, sah er sich nun zu einer groben Täuschung genötigt, indem er von „Freundschaft" sprach und die Marinekonvention verschwieg."

Der Leser wird sogleich bemerken, daß auch hier die „rauhe Wirklichkeit" sich auf einen ganz besonderen Punkt bezieht. Dr. Rothfels unterläßt es aber auch in diesem Fall, den ganz besonderen Zusammenhang auch nur anzudeuten, und der Leser muß um so mehr zu einer ganz irrigen Auffassung gelangen, als Dr. Rothfels das Zitat von der „rauhen Wirklichkeit" in seinem Aufsatz von 5 Seiten noch an zwei weiteren

Stellen, auf den Seiten 352 und 353, in einem Zusammenhang bringt, der mit meiner Darstellung nichts zu tun hat. Ich darf es auch hier dem Leser überlassen, sich sein eigenes Urteil zu bilden. Herr Dr. Rothfels hat bemerkt, meine Methode sei die des Mosaiks. Ich muß dazu feststellen, daß er einzelne Mosaiksteine herausgegriffen und ihnen einen allgemeinen Wert untergeschoben hat, statt sie im richtigen Zusammenhang als das zu kennzeichnen, was sie ganz unzweideutig sein sollen. Um deutlich zu machen, wie mein zusammenfassendes Urteil über Grey lautet, drucke ich hier die betreffenden Seiten 166—169 ab. Das ist auch deshalb angebracht, weil „Die Kriegsschuldfrage" in einem Bericht über eine Besprechung meines Buches aus der Feder von Herrn Dr. Fr. Stieve in der „Germania" vom 9. Januar 1927 geschrieben hat: „Dieser Auffassung Greys als eines mehr oder minder großen Schwächlings tritt Stieve entgegen" (Februar 1927, Seite 168). Ich stelle dazu fest, daß das „mehr oder minder großer Schwächling" nicht von Dr. Stieve geprägt wurde; ich lasse seine von der meinigen abweichende Meinung durchaus gelten und habe an seinem Artikel gar nichts auszusetzen. Seine Kritik deckt sich in einem Hauptpunkt mit der von Herrn Dr. Rothfels — siehe „Die Kriegsschuldfrage" Seite 353 —, Herr Dr. Stieve hatte jedoch die Freundlichkeit, über mein Buch u. a. zu schreiben: „. . ein Buch, . . . das als ein äußerst verdienstvoller Beitrag zur Erkenntnis der Wahrheit allgemeine Beachtung verdient .... Auf Grund einer geradezu vorbildlich umfassenden Kenntnis des einschlägigen Materials . . . Wer das Buch gelesen hat, wird es mit dem dankbaren Bewußtsein der vielseitigen Bereicherung weglegen, denn er wird das Gefühl haben, an der Hand der klaren, sicheren und überall vorsichtig abwägenden Darstellung der Ereignisse den letzten Rätseln der Katastrophe von 1914 ein beträchtliches Stück nähergerückt zu sein". In dem erwähnten Referat der „Kriegsschuldfrage" wird der Leser die hier zitierte Anerkennung nicht vorfinden, dafür aber einen Teil der Kritik von Herrn Dr. Stieve und die den Inhalt meines Buches nicht deckende Bezeichnung „mehr oder minder großer Schwächling". Allerdings habe ich in meinem Buche da und dort Grey als schwach bezeichnet, aber das geschah wiederum in einem besonderen Zusammenhang (vgl. oben über Persien), und das „mehr oder minder großer Schwächling" der „Kriegsschuldfrage" verleiht meinem Buche eine Färbung, die es nicht hat. Zum Beweis dafür hier meine zusammenfassende Charakterzeichnung Greys: „So geschah es, daß Frankreich und Rußland 1914 „mit einem klar entwickelten Programm" in den Krieg eintraten: „Frankreich auf den Wiedergewinn der Rheinprovinzen, Rußland auf die Eroberung Konstantinopels bedacht", während Deutschland und England ihr Programm erst während der Feindseligkeiten entwarfen [239]).

An diesen Tatsachen gemessen, stellt sich die politische Welt Greys, wie er sie 1914 sah, als verzerrtes Trugbild dar. War er dabei in völlig gutem Glauben? Viele bezweifeln es. Man kann manche Gründe dafür geltend machen. Greys Beteuerungen der „freien Hand" haben sich in wenigstens einem wichtigen Punkte, der Wirkung der britisch-französischen Marinekonvention, durch ihn selbst, durch seine Unterhausrede am 3. August 1914, als nichtig widerlegen lassen. Er beging dabei, wie wir festgestellt haben, eine grobe „Täuschung der Öffentlichkeit. Ihr war im

[239]) G. P. Gooch, „Germany", London 1925, Seite 116. — (Rest der Fußnote hier nicht von Belang.)

Juni 1914 eine direkte Unwahrheit beim Versuch vorausgegangen, das Parlament über das Bestehen militärischer und maritimer Abmachungen irrezuführen. Dazu die jahrelang betriebene, der Klarheit entbehrende Politik, eng an Frankreich-Rußland geschlossen und doch wieder halb zwischen den beiden europäischen Bündnisgruppen stehend. In all dem haben viele den Macchiavell und Mephisto gesehen.

Dazu die auffallenden Lücken seines Wissens. Grey hat, wie wir sahen, eine gewisse Kenntnis von den deutschen Akten, dem „Livre Noir" und den Siebert-Dokumenten. Seine Kenntnis scheint aber recht einseitig und mangelhaft zu sein. Hier tappt man ganz im Dunkeln, da er seit Jahren fast erblindet ist und wir nicht wissen, was man ihm an neuem Material vorlegt, was man ihm verheimlicht.

Doch Viscount Grey of Fallodon hat sich ja anheischig gemacht, die Wahrheit über die Kriegsursachen zu enthüllen. Da müssen die klaffenden Lücken in seinem Wissen um so peinlicher empfunden werden. Hat J. A. Spender versagt und es unterlassen, Grey auf dies und jenes aufmerksam zu machen? Wenn ja, dann hat er ihm einen schlechten Dienst erwiesen; denn bei dem Anspruch, den Grey in der Einleitung zu seinen „Twenty-Five Years" erhebt, wird man letzten Endes doch ihn selbst für seine aktenmäßig widerlegbaren groben Verzeichnungen und Auslassungen verantwortlich machen.

Doch wir müssen uns nochmals in die Gedankenwelt und das Seelenleben dieses komplizierten Charakters vertiefen. Wir haben schon im Vorspiel zu seiner Tätigkeit als Außenminister die politischen Neigungen und Vorurteile kennengelernt, die seinen Blick außergewöhnlich trübten. Diese Neigungen und Vorurteile haben während seiner Leitung der Geschäfte im Foreign Office derart Besitz von ihm ergriffen, daß er schon 1908 an den unvermeidlichen Krieg mit Deutschland glaubte und 1910 von der absoluten Friedensliebe sämtlicher Großmächte überzeugt war, nur nicht von derjenigen Deutschlands, das nach ihm die Hegemonie Europas anstrebte. Diese Furcht hält ihn stets gefangen; sie macht ihn antideutsch, was er nicht sein will; sie führt ihn dazu, Schranke auf Schranke um die Mittelmächte zu errichten, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu hemmen, die General- und Admiralstäbe mit Frankreich und Rußland Pläne zu gemeinsamen Operationen für den Fall des allgemeinen Krieges ausarbeiten zu lassen, sich enger und enger an diese beiden Mächte anzuschließen. Seine Verblendung geht dabei so weit, daß er sich heute noch über die Annexion Bosniens höchlichst entrüstet und die schlimmeren Vertragsverletzungen seiner eigenen Gruppe nicht sieht; wodurch er als ausgemachter Heuchler wirkt. Aus Furcht vor Deutschland begibt er sich ins Schlepptau Rußlands, klammert sich aber an die brüchige Vorstellung, frei zu sein. Und es stehen andere Kräfte neben und hinter ihm, die ihn unmerklich beeinflussen und lenken.

Inzwischen haben fast alle europäischen Mächte, emsig wie die Bienen, einen gewaltigen Scheiterhaufen errichtet. Das englisch-französische Abkommen von 1904, Tanger, Algeciras, Persien, die deutsche Schlachtflotte, Bosnien, Agadir, Tripolis, die Balkankriege, das Wettrüsten auf allen Seiten, die russischen Versprechungen an Serbien, das neu erwachte Revanchegefühl in Frankreich, Alldeutsche, Chauvinisten, Panslawisten und Jingoes, allseitige Furcht, die russischen Gelüste nach Konstantinopel und die serbischen Aspirationen auf österreichisch-ungarisches Gebiet: jedes dieser Worte ein mehr oder weniger großer Klotz, den die

Mächte einzeln und gemeinsam auf den Scheiterhaufen Europas türmten. Und auf beiden Seiten, in zwei Gruppen getrennt, stehen ein paar Herren um den Scheiterhaufen, mit Fackeln in den Händen, die zuweilen, wie 1905, 1908, 1911, 1912 und 1913 gefährlich aufglühen. Sir Edward Grey aber, den Blick gebannt nur auf die Gegengruppe gerichtet, sieht bloß in ihren Händen Fackeln glühen und wähnt vertrauensselig, in den Händen der Leute seiner Gruppe nur Friedenspfeifen und Löschapparate zu sehen.

So kommt für ihn der Ausbruch des Weltkrieges. Und er quält sich nun in schlaflosen Nächten mit der Frage, was er etwa versäumt haben mag, um die Katastrophe zu verhindern.[240]) Einer bösen Absicht ist er sich nicht bewußt; in keiner Weise; er hat nach seiner Überzeugung das Mögliche getan. Und doch: das Gewissen klopft. Kein Wunder, wenn man an die vielen Millionen Tote, an die Verstümmelten, die zahllosen Witwen und Waisen, das ganze ungeheure Elend der Welt seit 1914 denkt. Und zweifelnd frägt sich Grey wieder und wieder, ob er eine Schuld daran habe. Er ist keine starke Natur. Er ist kein Machiavell, der sagen könnte: Jawohl, ich habe natürlich auch dazu beigetragen; aber was wollt ihr: meine Gruppe hat gesiegt, das Reich steht größer da denn je! Dieser Gedanke kommt Grey gar nicht. Er denkt an das Elend, an die Toten, an das Chaos. Und immer wieder steigen quälende Zweifel in ihm auf. Er fühlt, daß sie ihn zu Boden drücken, niederschlagen würden, wenn er ihnen eine ernstliche Berechtigung zubilligte. Dagegen sträubt sich seine ganze Natur; die Zweifel müssen zerstreut, sie müssen beschwichtigt werden. Er sieht nicht mehr, was er nicht sehen will. Er lebt aus Selbstschutz in seiner Scheinwelt weiter; so wie er von 1906 bis 1914 sich der Überzeugung hingab, sein Land völlig frei von jeder Verpflichtung gelassen zu haben. Seine Fähigkeit, sich bis zur inneren Überzeugung in eine ihm zusagende Vorstellung zu versenken, alles Dawiderzeugende zu verbannen, stärkt ihn; sein Augenleiden, das ihn zwingt, in einem Dämmerdasein zu leben, kommt ihm willkommen zu Hilfe. Und so hält er, im schützenden Bewußtsein, aufrichtig und ehrlich zu sein, das Gleichgewicht seiner schwanken Seele aufrecht.

Blunt hat Grey für einen Mann ohne Einbildungskraft gehalten. Das ist nur zum Teil richtig. Seine Vertrauensseligkeit der Entente gegenüber, sein abgrundtiefes Mißtrauen gegen Deutschland, sein Glaube an die „freie Hand" und anderes sind offensichtliche Beweise für seine ungewöhnliche Fähigkeit der Einbildung. Aber sie war stark begrenzt, einseitig. Zum Wesen der Staatskunst und Diplomatie gehört es, sich in die Lage eines andern, des Mit- und Gegenspielers zu versetzen. Und diese Einbildungskraft, die der frühere Diplomat Blunt sicher meinte, war und ist Grey in der Tat nahezu völlig versagt geblieben. Daher die Trugbilder, die er auf der einen und auf der andern Seite fortgesetzt sieht.

Im persönlichen Leben vornehm, von anständiger Gesinnung, mit guten Absichten. Ein überaus nachsichtiger, anhänglicher und treuer Freund; als Gegner verbissen streng. Kein Machiavell, auch subjektiv kein Heuchler, und nicht der Bösewicht mit einem Habichtsgesicht und räuberischen Krallenfingern, wie er zu Kriegszeiten vielen Deutschen vorschwebte. Kein eigentlicher Staatsmann. Sondern von insular-engem Gesichtsfeld; den Blick durch tiefe Neigungen und krasse Vorurteile stark getrübt; und nicht erkennend, welch gewaltigen Anreiz seine Entente-

[240]) Grey Band II Seite 47 ff.

politik den nationalistischen Machthabern Rußlands und Frankreichs verlieh. Einflüsterungen zugänglich und stark der Autosuggestion unterlegen. Ein nur widerstrebend auf seinen Posten gelangter Mann, der glaubte, das ihm anvertraute Staatsschiff sicher zu steuern, und der nicht merkte, daß noch andere mit ihm in die Speichen des Rades griffen; der sich frei wähnte und die tausend Fäden nicht sah, die er selbst gesponnen und die, in ein unzerreißbares Tau verflochten, ihn, mehr im Schlepptau als selber führend, gefesselt hielten. Ein wohlmeinender, friedliebender Edelmann, dessen Herz nach der einfachen Natur verlangte. Tugendhaft in echt britischer Färbung; ohne erlösenden Humor; von ernstem Wollen. Ein Mann zweiseitig gemischter Menschlichkeiten; des zweierlei Maß und der doppelten Moral. Kein großer Mann; und kein starker Mann. Sondern mit einem Bruch in der Seele. Ein Mann, dem eine ungewollt zweideutige Politik ein paar innerlich verabscheute, unfreiwillige Züge Machiavells aufdrückte; garstige Züge, die von seinem trüben Antlitz nimmer verschwinden werden. Eine melancholische Figur, die der inneren Tragik nicht entbehrt.

Und dieser Mann war es letzten Endes, der in der Julikrise von 1914 die Entscheidung über Frieden oder Weltkrieg in der Hand hielt." Die Steinchen für dieses Gesamtbild sind in der Darstellung meines Buches enthalten. Man wolle dabei berücksichtigen, daß es sich nicht allein um den Politiker Grey, sondern ebenso sehr um den Menschen Grey handelt und daß die Grundlage zu meinem Buch das Erinnerungswerk Greys war. Selbstverständlich erwarte ich nicht, daß dies Bild allgemeine Zustimmung erfährt. Auch bin ich nicht so eingebildet, zu erklären, daß jeder Strich an diesem Bild durchaus den Tatsachen entspricht. Als Menschenwerk kann meine Darstellung nicht vollkommen sein. Doch es sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß ich zu meiner Charakteristik Greys nicht nur die in meinem Werke angeführten Quellen benutzt habe, sondern mir stand dafür ein reiches Material von p r i v a t e r Seite zur Verfügung, das ich durch jahrelangen Verkehr mit Engländern und maßgebenden Nichtengländern der verschiedensten Richtung und Lebensstellung sammeln konnte. Darunter befanden sich mehr als ein Dutzend Herren, die Grey, zum Teil aus der Zeit vor dem Kriege, p e r s ö n l i c h kannten, amtlich mit ihm zu tun hatten, Leute, die heute noch seine Freunde sind, andere, die seine Politik von jeher heftig bekämpften, ein Kreis von Männern, der sich aus Parlamentariern und Ministern, aus Völkerbündlern, Journalisten, Geschichtsforschern, Offizieren, Diplomaten, Beamten etc. zusammensetzt. Es entzieht sich meiner Kenntnis, über welche Quellen dieser Art Herr Dr. Rothfels verfügt. Aber auf jeden Fall wird man wohl zugeben, daß diese von mir seit Jahren systematisch gesammelten persönlichen Auskünfte bei meiner Schilderung Greys ins Gewicht fallen mußten. Auf diesen Auskünften beruht z. B. die „melancholische Figur", die Herr Dr. Rothfels in seiner Kritik anmerkt. Nach neuerlicher Durchsicht meines Materials sehe ich noch keinen Grund, an meinem Charakterbild etwas von Belang zu ändern. Man braucht es deshalb nicht für zutreffend zu halten. Aber ich bitte den Leser, den obigen Abschnitt daraufhin durchzuforschen, ob ich dort Grey als einen „mehr oder minder großen Schwächling" (und sonst nichts) bezeichnet habe, der „wahrscheinlich innerlich beschämt" (!) am russischen Drahte zappelte und dessen gedankliche Schutzmauer — allgemein gesprochen — bei der Berührung mit der „rauhen Wirklichkeit" (!) in Schutt zerfiel. Im ganzen Abschnitt ist von „wahrscheinlich innerlich beschämt" überhaupt nicht die

Rede, wohl aber von Greys Abhängigkeit von Rußland; an die anderen Dinge finden sich Anklänge, aber sie sind bei weitem nicht so stark aufgetragen, wie es meinem Buche entstellend entnommen wurde, und es sind zudem nur Einzelzüge in einem vielseitigen Bilde. Das die sachlichen Richtigstellungen einer deutlich über den Rahmen der Sachlichkeit hinausgehenden Kritik, die dem Leser einen irrigen Begriff vom Gesamtinhalt meines Buches vermitteln muß. In der übrigen Kritik, die ich als andere Auffassung durchaus gelten lasse, kommt hauptsächlich zum Ausdruck, daß Grey „in erster Linie als Sachwalter der englischen Interessen begriffen werden" müsse, und dazu habe mir das historische Verständnis gefehlt. Im Gegensatz zu Herrn Dr. Rothfels bin ich entschieden der Meinung, daß das oberste britische Interesse nicht in der Verstrickung Großbritanniens in die Entente, in die Kontinentalhändel, sondern darin bestand, den Weltfrieden wenn nur irgend möglich zu retten. Es ist meine Überzeugung, daß Großbritannien das ausschlaggebende Gewicht dazu hatte; dafür lassen sich reichliche Belege anführen. Das britische Reich hat durch den Krieg zwar an Ausdehnung gewonnen; an innerer Festigkeit hat es starke Einbußen erlitten. und es sind Gefahren aufgetaucht, an die 1914 kein Mensch dachte. In mehr als einer Hinsicht hat das britische Reich den Krieg eher verloren als gewonnen. Zudem erwarteten Grey und seine Leute einen raschen, überwältigenden Sieg; der hätte die Vorherrschaft des Zarismus in ganz Osteuropa, neben der Vorherrschaft Frankreichs im Westen, bedeutet. Wäre diese von Grey erhoffte und gewollte Lage eingetreten, dann wäre heute die Mehrheit des britischen Volkes über die Folgen der Greyschen Politik entsetzt: die Erfüllung dieser angestrebten Politik hätte es allen Augen klar enthüllt, wie sehr es das wahre Interesse Englands gewesen wäre, seinen ausschlaggebenden Einfluß für die Erhaltung des Weltfriedens einzusetzen. Ich halte es für unrichtig, daß bei einer diplomatischen Niederlage Rußlands 1914 die Entente in die Brüche gegangen wäre. Bei einer Neugruppierung kam für Rußland nur Deutschland in Betracht. Dieser Anschluß hätte für Rußland jedoch nur dann einen Sinn gehabt, wenn Deutschland bereit war, Österreich-Ungarn zu opfern. War das bei der Bündnistreue Wilhelms II., zumindest während der Lebenszeit des Kaisers Franz Joseph, überhaupt denkbar? Das muß verneint werden. Ein Anschluß Rußlands an das Deutsche Reich hätte außerdem die Sprengung des franko-russischen Bündnisses zur sofortigen Folge gehabt: Rußland hätte also um der schönen Augen Deutschlands willen gleich zwei Freunde, England und Frankreich, verloren. Bei dieser Sachlage war es das offensichtliche Interesse Rußlands, beim Versagen Englands 1914 gute Miene zum bösen Spiel zu machen und weiterhin den engeren Zusammenschluß mit England zu betreiben. Die von englischer Seite sichtlich geförderte Auffassung, England habe die angeblich heiklen Beziehungen zu Rußland schonen müssen, habe es daher nicht zurückhalten können, sondern mit ihm zusammengehen müssen, verdunkelt das wahre Bild und dient dazu, die Verantwortung Englands abzuschwächen. Dr. Rothfels meint, ich belaste Grey und entlaste die englische Politik. Das lag keineswegs in meiner Absicht, und ich weiß nicht, wie das aus meinem Buch herauszulesen ist. Indem ich darin wiederholt ausführte, daß England den Ausschlag gab, aber schließlich nicht für den Frieden, sondern für den Krieg, haben andere Leser nicht mit Unrecht daraus gefolgert, daß also die Hauptverantwortung für die Verstrickung des Kontinents in den Weltkrieg letzten Endes auf England laste (die besonderen Verantwortlichkeiten für die Julikrise 1914 sind wieder anderer Art). In der Tat neige ich dieser

Auffassung zu, wie aus meinem Buche über die Zeit bis zum Jahre 1914 hervorgehen dürfte.

Die vorstehend skizzierten Gedankengänge, in denen ich mich, so weit die Frage des wahren englischen Interesses in Betracht kommt, in starkem Gegensatz zu Herrn Dr. Rothfels befinde, sollen demnächst Gegenstand einer ausführlicheren Arbeit sein. Abschließend möchte ich auf das in dieser Hinsicht sehr bemerkenswerte neue Buch von W. H. Dawson, „Richard Cobden and Foreign Policy", London 1926, hinweisen, das eindringlich dartut, was die wirklichen Interessen Großbritanniens vor dem Kriege geboten hätten und was sie jetzt und für die Zukunft erheischen.

Erwiderung.

Von Hans Rothfels.

Der Richtigstellung von Hermann Lutz möchte ich nur wenige kurze Bemerkungen hinzufügen.

Was zunächst das ominöse Motto betrifft („Es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen; die Schwierigkeit besteht darin, an sie glauben zu machen"), so ist dabei offenbar beiderseits ein bedauerliches Mißverständnis unterlaufen. Herr L. faßt meine Kritik an diesem Motto so auf, als hätte ich darin einen von ihm verkündeten Anspruch auf alleinigen Besitz der Wahrheit erblickt. Ein so unberechtigter und geschmackloser Anwurf hat mir ganz fern gelegen. Ich wandte mich vielmehr dagegen, daß jene Worte das „einzig passende Motto" für eine psychologische Analyse Greys seien. Nun betont L. in seiner Richtigstellung, das Motto sei ein „Hieb" auf Grey. Das ist aus dem Zusammenhang jedoch schwer zu erkennen, auch liegt eine ironische Stilführung dem Verfasser (was bei dem Gewicht seines Gegenstandes auch begreiflich ist) im ganzen durchaus fern. Meine irrtümliche Interpretation, die das Motto ernst nahm, ist also wohl entschuldbar; ich bedauere sie darum nicht weniger. Und ich bedauere erst recht, daß ich meinerseits mich offenbar auch nicht klar genug ausgedrückt habe, obwohl für mein Gefühl der anschließende Satz (S. 351: „Tatsächlich kommt jedoch der Verfasser wiederholt ... zu dem Schluß, daß es für Grey ... sehr schwer, die Wahrheit zu sagen") jeden Irrtum ausschließt; ich kann nur hoffen, daß die Mehrzahl der Leser mich ohne weiteres richtig verstanden hat. Auf alle Fälle möchte ich auch den leisesten Anschein eines so kränkenden Vorwurfs nicht zögern ausdrücklich zu dementieren. Ich denke, daß in dem Referat die Achtung vor dem Wahrheitssucher L. deutlich genug hervortritt, wenn es mir auch nicht gegeben ist und deplaciert erscheinen würde, darüber starke Worte zu machen.

Daß ich trotzdem gegen das Buch von L. lebhaft zu polemisieren mich veranlaßt sah, hat seinen Grund in methodischen und sachlichen Differenzen, die ich auf knappem Raum nur durch scharfe Schlaglichter illustrieren konnte. Ob ich dem Gedankengang des L.'schen Buches dabei Gewalt angetan habe, möchte ich auch meinerseits dem Leser zu beurteilen überlassen, dabei aber das Ganze meiner Kritik zu lesen bitten. Hier nur soviel: Die angeführten Worte „beschämt am russischen Drahte zappeln" — „rauhe Wirklichkeit" sind gewiß in bestimmtem Zusammenhang gefallen, aber daß sie überhaupt möglich sind, hat zugleich typische Bedeutung, und

die gleiche Grundform des Urteils „bleibt" durch das ganze Buch bestehen. Daß Grey bei Lutz als „mehr oder minder großer Schwächling" erscheint, (Kriegschuldfrage, Februar 1927) ist nicht von mir gesagt worden, kennzeichnet aber den Eindruck seines Buches auf andere kritische Leser. Und ist der Eindruck so abwegig? Man vergleiche nur eine Reihe von Epiteta in dem hier wiederholten Charakterbild (Trübung des Blicks, Verblendung, Schlepptau, brüchige Vorstellung, vertrauensselig, Selbstschutz in einer Scheinwelt). Ich sage weder, daß diese Einzelzüge an sich falsch sind, noch daß L. sich auf sie beschränkt. Mein Referat sprach ausdrücklich von der Feinheit des angeführten psychologischen Gemäldes, wie denn ähnlich reiche Quellen privater Information kaum einem anderen deutschen Beurteiler und ganz gewiß nicht mir zur Verfügung stehen. Aber diese Nahperspektive hat auch ihre großen Gefahren, sie läßt die allgemeinen historischen Zusammenhänge zurücktreten, die Traditionen und Interessen des Weltreichs, aus denen heraus Greys Handeln sehr wohl verständlich ist. Statt dessen wird der Staatssekretär zum Sündenbock der englischen Politik, ihr Anteil an der Herbeiführung des Krieges reduziert sich auf die Fehler und Uuzulänglichkeiten, auf mangelnde Einsicht Greys, der in einer Scheinwelt lebend sich hat einspinnen und von der kontinentalen Diplomatie fortreißen lassen. Nicht zufällig wird eine s o l c h e Form der Preisgabe Greys heute mit Vorliebe von englischen Autoren vertreten.

Gegen diese Maßstabbildung und ihre methodischen Voraussetzungen war die Spitze meines Referats gerichtet. Daß trotz alledem das Lutzsche Buch unsere Kenntnis aufs Wertvollste bereichert, dächte ich, deutlich genug gesagt *), zugleich aber auch an zwei herausgegriffenen Beispielen des Jahres 1914 gezeigt zu haben, zu welchen Verzerrungen das moralisierende und isolierende Verfahren des Buches führt. Grey kann weder an einem Maßstab unbedingter Friedlichkeit gemessen, noch dürfen meines Erachtens über der Brüchigkeit seines Wesens die Impulse imperialer Politik vergessen werden, denen er (gewiß ohne das Charisma des großen Führers) aber fraglos gewissenhaft mit festem Willen und mit zähem Instinkt — nach Churchills Wort „als glänzendes Muster eines Engländers" diente. Daß die Bedürfnisse des Weltreichs primär auf Frieden hinwiesen, ist auch meine Ansicht, jedoch auf Frieden nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen kontinentaler Verstrickung. Von diesen Voraussetzungen hing die Sicherheit des Empire ab, und sie führten folgerichtig seit der Jahrhundertwende zu jener doppelpoligen Politik, die Grey und seine Helfer oder Hintermänner getrieben haben, zu einer „Friedenspolitik mit kriegsgefährlichen Mitteln". Wie stark dabei individuelle Faktoren Greyscher Psychologie mitspielten, darüber kann man gewiß streiten; die Ansicht jedenfalls von der e n t s c h e i d e n d e n V e r a n t w o r t u n g Englands, die L. gegen Ende seiner Berichtigung äußert, akzeptiere ich durchaus, und vielleicht ist diese Übereinstimmung ein realer Gewinn der hier ausgetragenen Differenz.

*) Dabei gebe ich zu, daß der Napoleonsatz trotz aller Kautelen einen übertreibenden Zug hat. Ich würde ihn vermutlich gestrichen haben, wenn die Schriftleitung Zeit gehabt hätte, mir Korrektur zu senden. Zugleich möchte ich einen anderen stehengebliebenen Fehler berichtigen (S. 353 Reihe 7 von unten „Indien" statt Italien).

Erwiderung.

Von Hermann Lutz.

Neben der vorliegenden Auseinandersetzung hat ein Schriftwechsel stattgefunden, der erfreulicherweise zu einer weiteren Klärung geführt hat. Auf den von mir geäußerten Wunsch nach einer gelegentlichen persönlichen Aussprache hat Herr Professor Dr. Hans Rothfels im selben Sinne geantwortet. Ich weiß seine hier eingenommene Haltung zu schätzen; sie hat meine Sympathie, und ich sehe daher einer Aussprache mit aufrichtigem Vergnügen entgegen. Ihr möge die Unterhaltung über Punkte vorbehalten sein, die hier öffentlich nicht berührt wurden. Nur einen Punkt von weittragender Bedeutung möchte ich hier herausgreifen.

Dr. Rothfels kritisiert u. a. das moralisierende Verfahren meines Buches; er weist mich dabei brieflich auf seine Arbeit im Dezemberheft 1926 des „Archiv für Politik und Geschichte" hin, in der er sich auch über „die verhängnisvolle geistige Abhängigkeit von der Versailler These" ausließ (das Zitat im Briefe, den zu benutzen mir Herr Dr. Rothfels gütigst erlaubte). Dazu nur dies: Vom Standpunkt der Geschichtswissenschaft aus kann ich all denen bloß beipflichten, die betonen, daß es an sich verfehlt ist, eine Darstellung des Weltgeschehens mit Moral zu durchwirken. Es ist vollkommen verständlich, daß Dr. Rothfels als Historiker energisch dagegen auftritt. Aber wir müssen doch mit der gegebenen Tatsache rechnen, daß die Schuldthese von Versailles nun einmal, und zwar mit Hilfe von zahlreichen Historikern, in die Welt gesetzt wurde, daß sie dauernd ihre unheilvolle Wirkung ausübt, und daß man sie im Kampf gegen Versailles gar nicht umgehen kann. Dazu kommt, daß Grey in seinen „Twenty-Five Years" gar häufig als Moralrichter auftritt und ich so aus zwei Gründen die moralische Seite der Sache nicht ausschließen durfte. Indem Grey seine eigene Friedensliebe und die der Ententemächte in eine Art bengalisches Licht rückte und dabei die These von Versailles spielen ließ, wies er den Weg der Gegenwehr. Daraus ergibt sich z. B. meine Feststellung, es sei ein „Fehler" Greys gewesen, die Russen am 25. Juli 1914 zur Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn ermutigt zu haben. „Fehler" ist hier mit „Schuld" im Sinne von Versailles gleichzusetzen. Mit dem allgemein anerkannten Zusammensturz der These von Versailles, mit der Beseitigung ihrer Folgerungen und Folgen wird die Geschichtsschreibung wieder ganz in der Sphäre sich bewegen können, die Dr. Rothfels, an sich durchaus richtig, für sie fordert. Bis dahin aber ist das europäische Problem, nach einem Worte Nittis, „vor allem ein moralisches Problem". Im selben Sinne hat auch Alfred von Wegerer im Aprilheft 1926 dieser Zeitschrift auf Seite 280 unsere Sache mit Recht „diesen gewaltigen moralischen Prozeß der Gegenwart" genannt.

Zum Schlusse ist es meine Pflicht, einen Fehler in meinem Buche öffentlich zu berichtigen. Ich verdanke den Hinweis darauf Seiner Exellenz Herrn Generalleutnant a. D. Ernst Kabisch auf Seite 297 des Aprilheftes der „Kriegsschuldfrage", Fußnote 12. Ich habe mich durch die recht fehlerhafte deutsche Übersetzung von W. Churchills „Weltkrisis" mit dem „politisch festgelegt" täuschen lassen. Danach ist mein Buch auf den

Seiten 69—72, im „Archiv“ auf den Seiten 383—386, an den betreffenden Stellen zu ändern. Auf die Gesamtdarstellung hat der mir unterlaufene Fehler keinen Einfluß.

Zusatz.

Damit nicht neue Mißverständnisse entstehen, möchte ich betonen, daß ich den Kampf gegen die Versailler Anklage gerade aus moralischen Gründen gleichfalls für höchst nötig von jeher gehalten und nur die Gefahr betont habe, dabei in „geistige Abhängigkeit“ von der Versailler Fragestellung zu geraten. Das hier zu erläutern, würde den Rahmen dieser Auseinandersetzung sprengen. Rothfels.

Kleine Mitteilungen.

Die Schriftleitung hatte im Januarheft d. J. auf Seite 2—10 und im Märzheft auf Seite 238—246 und 266—267 einige Schriftstücke aus den Neuen Britischen Dokumenten im Wortlaut gebracht. Hierbei wurde versäumt, im Text oder in der Fußnote anzugeben, daß der Wortlaut der von Herrn Hermann Lutz herausgegebenen deutschen Übersetzung „Die Britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1888—1914“ entnommen war.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

New Phase of War Guilt Controversy. By M. Hermond Cochran.

„Current History“, April 1927.

Der Verfasser stellt in objektiver Weise die verschiedenen Auffassungen in der Kriegsschuldfrage einander gegenüber. Am Schluß seines Aufsatzes stellt er die Forderung auf, daß nicht eine Feststellung der Schuld nottut, sondern eine Feststellung der Tatsachen.

Hierin können wir dem Verfasser nur beipflichten. Darüber hinaus müssen wir aber auf Grund der festgestellten Tatsachen an der Forderung festhalten, daß die Versailler Kriegsschuldthese auch offiziell beseitigt wird.

British Documents on the Origins of the War, 1898—1914. Von Sidney B. Fay.

„The American Historical Review", Aprilheft 1927.

Sidney B. Fay bespricht hier den XI. Band der neuen britischen Dokumente über den Ausbruch des Weltkrieges. Sidney B. Fay hat im großen und ganzen den Eindruck, daß bei dem Paraphrasieren der Britischen Dokumente im Blaubuch 1914 mit Ehrlichkeit und Geschick (honesty and ability) verfahren wurde, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Arbeit in wenigen Stunden zu leisten war. Die verschiedenen neueren Mitteilungen über die russische Mobilmachung hebt Sidney B. Fay entsprechend hervor, ebenfalls die Auffassungen Lord Berties über den österreichisch-serbischen Konflikt. Er erwähnt, daß Buchanan die russische allgemeine Mobilmachung 16 Stunden früher erfahren habe als der deutsche Botschafter. Sir Edward Grey wirft Fay vor, daß er praktisch nichts getan habe, um die Russen zurückzuhalten. Grey habe wohl viele Friedensvorschläge gemacht und sorgfältig vermieden, irgend etwas zu sagen, was Rußland und Frankreich hätte ermutigen können, aber er hielt mit einem mäßigenden Einfluß zurück, wie es Deutschland, wenn auch zu spät, gegenüber seinen Bundesgenossen getan hat.

Justifying Germany in 1914. By Count Max Montgelas, eminent German historian; a leading „Revisionist".

„Current History", April 1927.

In dem vorstehenden Aufsatz wendet sich Graf Montgelas gegen die von Kanner in seinem Buch „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage" aufgestellte Behauptung, daß die deutsche Regierung vor Kenntnis der Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung bereit gewesen sei, den Zustand drohender Kriegsgefahr zu erklären. Unter eingehender Heranziehung der in Frage kommenden Dokumente weist Graf Montgelas nach, daß allein die russische allgemeine Mobilmachung die Ursache für den am 31. Juli 1 Uhr mittags angeordneten Zustand drohender Kriegsgefahr gewesen ist.

10. Jahrestag der amerikanischen Kriegserklärung.

Die 10. Wiederkehr des Kriegseintritts Amerikas hat in den Vereinigten Staaten keine besondere Begeisterung hervorgerufen. Durch die Aufsätze der wichtigeren Zeitungen geht das Bekenntnis, daß sich durch den Eintritt Amerikas in den Krieg nicht viel geändert habe. „New York American" sagt: „Wir traten in den Weltkrieg ein, um für die Welt die Demokratie zu sichern. Jetzt leben zwei Drittel

der Menschheit unter Autokratie und Anarchie. Weitere Kriege sind nur deshalb unmöglich, weil alle Nationen, außer den Vereinigten Staaten verarmt sind. Wir werden nicht als Retter gefeiert, sondern als Shylocks gehaßt."

„Baltimore Sun" weist darauf hin, daß Wilsons Ziele in Versailles nicht erreicht worden sind, und daß die Kriegsfolgen den Idealismus durch krassen Materialismus verdrängt haben.

Die bekannte Zeitschrift „The Nation" sagt: „Amerikas angeblicher heiliger Kreuzzug gegen Deutschland ermöglichte den sadistischen Versailler Vertrag und dessen schreckliche Folgen."

———

Prof. Bernadotte E. Schmitt von der Universität Chicago hat für seine Studien auf dem Gebiet der Kriegsschuldforschung einen von dem ehemaligen Senator Simon Guggenheim gestifteten Preis erhalten.

★

DEUTSCHLAND.

Die englischen Akten zum Kriegsausbruch. Von Hans Rothfels.
„Königsberger Allgemeine Zeitung", 30. März 1927, Nr. 150.

Rothfels wirft in diesem Aufsatz unter anderem die Frage auf, welches Maß von Glaubwürdigkeit der englischen Aktenpublikation zukomme. Es stehe in dieser Hinsicht um die englische Aktenveröffentlichung erheblich schlechter als um die deutschen Bände. Die Männer, die in Deutschland die Akten über den Kriegsausbruch veröffentlichten, standen in mehr oder weniger scharfem Widerspruch zum alten deutschen Regierungssystem. „England hat einen solchen inneren Druck nicht erlebt, und so spricht hier die Vermutung von vornherein für die Absicht der Entlastung."

Die englische Aktenveröffentlichung. Von Dr. Friedrich Thimme.
„Kölnische Zeitung", 12. April 1927, Nr. 271, 272, 13. April 1927, Nr. 274.

In seiner sehr wertvollen Abhandlung über die Bedeutung der englischen Aktenveröffentlichung kommt Friedrich Thimme zu folgendem Schluß: „Der englischen Aktenveröffentlichung kommt für die tiefere Erfassung der Kriegsursachen und gleichzeitig für

eine gerechtere Würdigung des deutschen Verhaltens in der Weltkrise die höchste Bedeutung zu. Ihrer rückwärtigen Ausdehnung auf die Vorkriegszeit bis 1898 dürfen wir mit hochgespannten Erwartungen entgegensehen. Uns selbst aber können wir beglückwünschen, daß das große Beispiel Deutschlands in der Öffnung der diplomatischen Archive, indem es zunächst England zur Nachfolge zwang, und auch die übrigen Mächte zu gleichem Vorgehen nötigt, wirklich den richtigen und einzigen Weg eingeschlagen hat, um den völligen Zusammenbruch der einseitigen Schuldanklage von Versailles herbeizuführen und so der Versöhnung der Völker die Wege zu ebnen."

Die Zeitung und die Erforschung der Vorgeschichte des Weltkrieges. Von Jürgen Bachmann.

„Kölnische Volkszeitung", 10. April 1927, Nr. 266.

Bachmann weist auf die hohe Bedeutung hin, die die Zeitung als Quelle ersten Ranges für die Erforschung der Vorgeschichte des Krieges einnimmt. Niemand könne mehr bestreiten, daß die Zeitung ein hohes politisches Dokument darstelle.

Kriegsschuld und Abrüstung. Von Graf Max Montgelas.

„Zwickauer Tageblatt", 26. März 1927, Nr. 72.

Graf Montgelas stellt in dem vorstehenden Aufsatz den Zusammenhang zwischen den Abrüstungseinwendungen Frankreichs und seiner Verbündeten und der Kriegsschuldfrage dar.

Auswärtige Politik. Von Staatssekretär z. D., Freiherr von Rheinbaben, M. d. R.

„Tägliche Rundschau", 1. April 1927, Nr. 153.

Auch Rheinbaben weist in diesem Artikel auf den engen Zusammenhang zwischen Abrüstungs- und Kriegsschuldfrage hin.

Zum Abschluß des Aktenwerkes. Von Privatdozent Dr. Wilhelm Mommsen.

„Magdeburger General-Anzeiger", 30. März 1927, Nr. 75.

Mommsen erklärt, daß die Bekämpfung der Versailler Kriegsschuldthese heute mit Ausnahme einiger Außenseiter wohl Gesamtüberzeugung aller Deutscher ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung

sei. „Wenn man eine politische Lehre aus dem Aktenwerk ziehen kann, so ist es die, daß nur eine geradlinige und folgerichtige Außenpolitik zum Erfolge führen kann. Vor allem aber ist auch nach Abschluß des Aktenwerkes das erste Erfordernis, die ruhige und sachliche, wissenschaftliche Arbeit über die Vorgeschichte des Krieges fortzusetzen, deren bisherige Erfolge auf der Hand liegen, und deren Weiterführung zur Umstellung der öffentlichen Meinung der Welt und zur Überwindung der aus der Kriegspsychose hervorgegangenen einseitigen Behauptung des Artikels 231 das allein Erfolg versprechende Mittel ist."

Erlebnisse, die Weltgeschichte wurden. Erinnerungen deutscher Diplomaten.

„Hamburger Fremdenblatt", 16. April 1927, Nr. 105.

Die Schriftleitung des „Hamburger Fremdenblattes" hat sich an eine Anzahl zurzeit nicht mehr im Auslandsdienst stehender deutscher Diplomaten mit der Frage gewandt, welches politische Erlebnis ihnen als das bedeutendste ihrer diplomatischen Tätigkeit erscheint. Beiträge haben u. a. Fürst Lichnowsky, Freiherr von Schoen, Freiherr von Romberg und Freiherr von dem Busshe-Haddenhausen gegeben. Lichnowsky erzählt, wie er Botschafter wurde; Freiherr von Schoen gibt noch einmal in sehr interessanter Form eine Darstellung der deutschen Kriegserklärung an Frankreich; Freiherr von Romberg gibt eine wenig bekannte Erzählung über einen bemerkenswerten diplomatischen Schritt des französischen Gesandten in Bern Anfang Mai 1914. Der Gesandte erschien um diese Zeit bei der Schweizer Regierung und machte das Anerbieten, daß Frankreich im Kriegsfalle der Schweiz die Getreideeinfuhr auf seinen Bahnen zusichern wolle unter der Voraussetzung, daß die eidgenössische Regierung den Verbleib des Getreides in der Schweiz garantiere. Es fanden dann eingehendere Verhandlungen zwischen dem französischen Militärattaché und den schweizerischen militärischen Stellen statt. „Mit der Klugheit und Loyalität, die die politische Leitung der Schweiz auszeichnete und die sie auch im Kriege nicht verlassen hat, fand sie aus dieser schwierigen Lage einen überaus glücklichen Ausweg. Die Eidgenossenschaft wandte sich an die deutsche Regierung und bat sie um analoge Zusicherungen wie sie sie von Frankreich für den Kriegsfall erhalten hatte. Deutschland ging in richtiger Erkenntnis der Sachlage bereitwillig auf diesen Antrag ein und erklärte sich für den Kriegsfall bereit, in Deutschland lagerndes, für den schweizerischen Staat bestimmtes Getreide nicht zu beschlag-

nahmen, sowie für ihn bestimmte Sendungen von Getreide und Kohle nicht aufzuhalten und für deren Weiterbeförderung Transportmittel und Zufahrtslinien zur Verfügung zu stellen, bezw. der Schweiz zu gestatten, die betreffenden Sendungen mit ihren Transportmitteln abzuholen."

Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen schreibt über den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg.

Von Kriegführung, Politik, Persönlichkeiten und ihrer Wechselwirkung aufeinander. Von Generalleutnant a. D. Georg Graf Waldersee.

„Deutscher Offizier-Bund", 15. April 1927, Nr. 11.

In seiner außerordentlich aufschlußreichen Artikelserie behandelt Graf Waldersee nunmehr die Überlegungen des Generals Moltke für den Aufmarsch der deutschen Armee. Im Jahre 1913 wurde von Moltke erneut die Frage geprüft, ob sich der Einmarsch in Belgien vermeiden ließe. Er kam zur Verneinung. „Selbst wenn man die Mithilfe Italiens durch Vorgehen oder Demonstrieren in den Alpen einstellte, selbst wenn man damit rechnen wollte, eine Armee Italiens am Oberrhein einzusetzen, konnte man sich doch einen befriedigenden so schnellen Verlauf des Feldzuges gegen Frankreich nicht versprechen, daß man rechtzeitig von dort Truppen gegen Osten fortziehen konnte, ohne Belgien zu betreten. Aber man durfte die italienische Armee nicht als einen sicheren Faktor in die Rechnung aufnehmen, man konnte nur die Hoffnung auf eine nützliche Zugabe schwach hegen. Auf der anderen Seite bestand auf Grund untrüglicher Wahrnehmungen und einer Reihe wichtiger Indizien im Generalstabe die felsenfeste Überzeugung, daß die Westmächte die belgische Neutralität ihrerseits nicht respektieren, unseren rechten Flügel zu umfassen suchen, und damit alsbald in bedrohliche Nähe unseres für die Kriegführung lebenswichtigen Ruhr-Industriegebietes gelangen würden."

Widerruf des Kriegsschuldgeständnisses. Von Dr. Kurt Jagow.

„Deutsche Zeitung", 20. April 1927, Nr. 91b.

Jagow stellt die Frage, ob es bei der Öffnung der deutschen Archive sein Bewenden haben soll oder ob die deutsche Regierung eine Aufhebung des Artikels 231 herbeiführen will. „Ein wissenschaftlicher Erfolg ist freilich unverkennbar eingetreten: in Deutschland ist in der Kriegsschuldfrage eine Einheitsfront zustande ge-

kommen, und im Auslande wird die Zahl der Forscher immer größer, die die These von der Alleinschuld Deutschlands verwerfen. Was wir aber brauchen, ist Politik, nicht Historie!“

Konopischt. Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage. Von Dr. Egon Gottschalk.

„Deutsche Stimmen“ (Berlin), 5. April 1927, Nr. 7.

Der belgische Oberst Fastrez hatte in seinem 1926 erschienenen Buche „La Responsabilité de l'Allemagne“ erneut die längst widerlegte Legende von Konopischt vorgebracht. Seinen Ausführungen tritt Dr. Gottschalk an Hand der in Band 39 der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ veröffentlichten deutschen Dokumente entgegen und weist die völlige Inhaltlosigkeit der von Fastrez gegen den Kaiser und den Erzherzog Franz Joseph erhobenen Beschuldigungen nach.

Europa vor der Katastrophe. Deutschland und der österreichisch-serbische Gegensatz. Von August Bach.

„Kreuz-Zeitung“, 15. April 1927, Nr. 177.

Auf Grund der in den letzten Bänden der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ veröffentlichten Dokumente zeigt der Verfasser, in wie hohem Maße die deutsche Regierung in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch bemüht war, den Forderungen ihres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen gerecht zu werden, ohne gleichzeitig eine europäische Kriegsgefahr heraufzubeschwören. Es war eine sehr mühsame und sehr undankbare Arbeit, die in diesem Sinne von der Berliner Regierung geleistet wurde und die im Juli 1914 erfolglos blieb, da weder England noch Frankreich gewillt waren, die Lokalisierungsbemühungen Deutschlands in gleichem Maße Rußland gegenüber zu unterstützen.

Eine Tagung des Frauenausschusses.

„Tägliche Rundschau“, 24. April 1927, Nr. 189.

Der Deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge hält seine fünfte Tagung vom 23. bis 25. Mai in Breslau ab. Die Sitzungen finden in Breslau in der Matthiaskunst statt. Es werden unter anderen sprechen: Graf Montgelas, Herr Oberst Schwertfeger, Herr Professor Dr. Raab-Tharandt bei Dresden, Herr Professor Dr. Laubert, Frau Clara Mende, M. d. R., Frau Martha Dönhoff, M. d. L., Dr. Freiin von Watter, M. d. L., Herr Professor Dr. Jahn.

Anmeldungen von Teilnehmern aus dem Reich werden erbeten an das Büro des Frauenausschusses, Berlin, Potsdamer Straße 41, Kurfürst 9723.

★

FRANKREICH.

Doumergue und die 10-km-Zone. Rede des Präsidenten der Republik in Lille.

„Le Figaro", 4. April 1927.

In einer Rede, die Doumergue, der Präsident der französischen Republik, am 3. April in der Präfektur zu Lille gehalten hat, sagte er u. a. wörtlich: „A la veille de l'agression d'août 1914, quelle preuve plus décisive pouvions-nous donner de l'insdiscutable sincérité de notre volonté pacifique que le retrait de nos armées en arrière de la frontière?"

Ouvrons nos archives! Von Victor Basch.

„L'Oeuvre", 3. April 1927.

Prof. Victor Basch, Präsident der französischen „Liga für Menschenrechte", richtet erneut an die französische Regierung das dringende Ersuchen, die französischen Dokumente über den Kriegsausbruch 1914 zu veröffentlichen. Die französische Regierung habe zu wiederholten Malen in dieser Hinsicht Zusicherungen gegeben, aber bis heute sei noch nicht einmal eine Kommission der für die Herausgabe bestimmten Persönlichkeiten ernannt. Basch weist auf die schweren Schädigungen hin, die Frankreich aus diesem passiven Verhalten der französischen Regierung in der Kriegsschuldfrage erwachsen muß. Er persönlich stehe auch heute noch auf dem gleichen Standpunkt, den er bereits 1915 in einer kleinen Schrift vertreten habe, daß die Kriegsverantwortlichkeit in erster Linie auf Österreich-Ungarn und in zweiter Linie auf Deutschland falle. Aber es sei möglich, daß eine Veröffentlichung der französischen Dokumente seinen Standpunkt vollkommen ändern werde, deshalb fordere er und mit ihm die „Liga für Menschenrechte" zur Feststellung der Wahrheit die Öffnung der französischen Archive.

Aus den letzten Heften der „Evolution".

Das Märzheft der „Evolution" brachte ausgewählte Dokumente aus den russischen, englischen und deutschen Akten. Eine Einführung schrieb Joseph Schapiro und ein Vorwort Victor Margueritte.

Im Aprilheft schreibt Demartial über die neuen britischen Dokumente. Im gleichen Heft werden einige der ausländischen Stimmen über die „Große Politik der Europäischen Kabinette", die im Dezemberheft 1926 „Die Kriegsschuldfrage" veröffentlicht wurden, wiedergegeben.

*

ITALIEN.

Come si giunse alla Guerra? Documenti inediti dell'Archivio britannico. Von Alberto Lumbroso.

„Gazzetta del Popolo", 3. April 1927, Nr. 80.

Lumbroso schreibt in seinem Artikel u. a.: „Nachdem ich die 676 uns von der englischen Regierung mit so viel Offenheit — und ich möchte sagen, mit unerhörter Bescheidenheit, da sie selbst die Beweise für die vom Foreign Office im Jahre 1914 beliebten Änderungen oder Auslassungen abdruckt — uns zur Verfügung gestellten neuen Dokumente mit Sorgfalt durchgelesen und gewürdigt habe, muß ich sagen, daß der ganze gewaltige Bau sich harmonisch zusammenschließt. Es ist ein ununterbrochenes Geständnis eines Mannes (Grey), der sagt: ‚Ich habe 1914 die Katastrophe vermeiden wollen, aber . . . die Dinge haben den Gang genommen, wie wir schon seit langer Zeit, wenigstens seit 1898, gewünscht hatten, daß sie gehen sollten, nämlich in einer Weise, daß der englische Sieg, die deutsche Niederlage gesichert würde'. Grey wäre also ein Mann, der den Brand Jahre lang vorbereitet, aber in dem Augenblicke, wo das Feuer an die Lunte gelegt werden sollte, e h r l i c h einen Schimmer von Gewissensbissen gehabt und die bereits zur Tat bereite Hand in der Luft gehalten hat; aber die Ungewißheit ist von kurzer Dauer gewesen, und . . . die Flamme ist mit festem Arme dem Pulver nahegebracht worden . . ."

*

JUGOSLAWIEN.

Die Kriegsschuld-Welle.

„Obzor", 6. April 1927.

Der „Obzor" bringt eine Übersicht der neuesten Kriegsschuldliteratur in den verschiedenen Ländern. Das kroatische Blatt beklagt es, daß man der Sache, die namentlich in den anglosächsischen Ländern bereits vom theoretischen Gebiet auf das praktisch-politische Gebiet übergegangen sei, zu wenig Aufmerksamkeit schenke und sie entweder als müßiges Spintisieren einiger

Professoren betrachte oder einfach gar nicht beachte und den Kopf in den Sand stecke.

Das französische und das südslawische Volk.

„Radikal", 17. März 1927, Nr. 115.

Der „Radikal" widmet diesen Aufsatz den engen Beziehungen, die Frankreich mit Südslawien verbinden. Über die Zeit vor dem Kriege schreibt das Belgrader Blatt: „Bevor wir die gemeinsamen vitalen Interessen, die uns heute mit der französischen Republik verbinden, im einzelnen durchgehen, müssen wir darauf hinweisen, daß neben dem russischen Brudervolke das französische Volk als erstes mit uns Schulter an Schulter stand, als es galt, dem kleinen Serbien in der Zeit vor Kumanovo beizustehen, damit es sich für seine historische Aufgabe im Kampfe für unsere Befreiung und Einigung rüste. Das französische Volk, die französischen Regierungen waren es, die uns die Weltmittel darboten und unsere Bewaffnung und Kriegsvorbereitung ermöglichten. Heute darf man das große Geheimnis von damals enthüllen: Paris hat, in der Zeit unserer Vorbereitung für den Kampf um die nationale Befreiung und Einigung, die Erklärung abgegeben, daß Belgrad stets darauf rechnen könne, alle für die materielle Kriegsvorbereitung erforderlichen Mittel zu erhalten. Poincaré, der heutige Regierungschef, war auch damals Ministerpräsident, als am 17. September 1912 unsere erste Mobilisierung kundgegeben wurde. Aus Besorgnis, daß die Zufälle des Krieges uns im Kampfe mit der Türkei statt des Sieges eine Niederlage bringen könnten, erwirkte Poincaré im Konzert der europäischen Mächte die Erklärung, daß der territoriale status quo ohne Rücksicht auf den Kriegsausgang ungeändert bleiben solle. Als aus dem Zusammenstoß der Balkanvölker mit den Türken unser ungeahnt großer Sieg hervorging und die geschlagenen Türken die französische Regierung an die Erklärung des status quo mahnten, gab Poincaré zur Antwort, diese Erklärung habe sich nur auf die Balkanvölker bezogen; die Türken aber hätten in den letzten 100 Jahren nach jedem Kriege ohne Rücksicht auf Sieg oder Niederlage Gebiete verloren.

Nicht gering ist auch das Verdienst des französischen Volkes und seiner Führer bei unserer Abwehr im Juli 1914. Hätte sich zu jener Zeit die französische Regierung der russischen Regierung irgendwie widersetzt, so hätte Rußland uns bei unserer Verteidigung kaum so unterstützen können und dürfen, wie es im Juli 1914 der Fall war."

★

ÖSTERREICH.

Der Balkan und Italiens Aufstieg. Die Bedeutung des italienisch-albanischen Paktes. Zur Neuorientierung der jugoslawischen Außenpolitik. Von Generaloberst Stephan Freiherrn Sarkotić von Lovcen, ehemals Landeschef von Bosnien und der Herzegowina.

„Reichspost", Wien, 7. November, 15. Dezember 1926 und 1. Jänner 1927.

Die Aufsätze, die eine tiefgründige Einführung in den italienisch-jugoslawischen Konflikt bilden, sind auch für die Beurteilung der Vorkriegsverhältnisse von Nutzen.

Die Faustpfand-Theorie der Diplomaten. Als wir Belgrad nehmen sollten. Von Oberst Emil Seeliger.

„Neues Wiener Journal", 3. April 1927.

Oberst Seeliger faßt in seinem Artikel die wesentlichsten Punkte aus dem Aufsatz zusammen, den Oberstleutnant Kiszling im Märzheft „Die Kriegsschuldfrage" über den Handstreich auf Belgrad veröffentlicht hat.

Das Geheimnis des Attentats von Sarajewo. Neue serbische Forschungen und Enthüllungen.

„Neues Wiener Journal", 6. April 1927.

Der Belgrader Berichterstatter des „Neuen Wiener Journal" teilt einiges über die Nachforschungen, die der Belgrader Publizist Duschan Tvordeka seit 4 Jahren im Auftrage des jugoslawischen Außenministeriums über die Vorgeschichte des Attentats von Sarajewo unternimmt. Diese Persönlichkeit taucht seit 2 Jahren von Zeit zu Zeit immer wieder auf, und immer werden von ihr die gleichen Legenden in der Presse verbreitet. So hat auch jetzt wiederum Tvordeka das alte Märchen aufgetischt, daß der Attentäter Gabrinowitsch von der österreichischen Militärpartei gekauft worden sei, um ein Schein-Attentat gegen Franz Ferdinand durchzuführen, das den Vorwand für eine österreichische Aktion gegen Serbien bieten sollte. Diese Märchen sind schon während des Krieges von seiten der Entente eifrig verbreitet worden und haben u. a. in dem Buch des Amerikaners Gottfried Beck: „Ungarns Rolle im Weltkrieg", das 1917 in Lausanne erschien, ihren Niederschlag gefunden.

Bücherschau.

Boghitchévitch: „Le Procès de Salonique" Juin 1917. André Delpeuch. Paris 1927, 183 S.

Le procès de Salonique est celui ou onze serbes furent, pendant la guerre, accusés de tentative d'attentat contre le prince-régent Alexandre aujourd'hui roi de Serbie, et de participation à la Société secrète L'Union ou la Mort. Trois d'entre eux, dont le colonel Dimitrievitsch, furent fusillés le 26 juin 1917. Or ce colonel avait été, ce n'est plus contesté par personne, l'instigateur de l'assassinat de l'archiduc d'Autriche à Serajevo. Voilà, dit le Dr. Boghitchévitch, le vrai motif de son exécution. Dimitrievitch n'a pas commis la tentative d'attentat contre le prince Alexandre pour laquelle il a été fusillé. Le gouvernement serbe, soupçonné de n'être pas étranger à l'assassinat de l'archiduc, n'a voulu que se débarrasser d'un témoin gênant. Ce n'est pas impossible. Mais l'exposé de l'auteur laisse subsister des obscurités.

Dès le début du procès le Tribunal fit appel au patriotisme des accusés pour leur demander de ne faire aucune allusion à l'attentat de Serajevo, et en général de ne pas parler de faits se rattachant à l'action de la propagande panserbe à l'étranger et qui auraient pu nuire au gouvernement serbe. Cependant, quand le procès fut terminé, on exigea des condamnés en particulier une déclaration écrite sur ce qu'ils savaient de l'attentat de Serajevo. Il y à là une contradiction qu'on ne s'explique pas. On sait, dit Boghitchévitch, que dans sa déclaration le colonel se reconnait seul coupable de l'attentat, mais ajoute que la cour, le gouvernement, le ministre de Russie et l'attaché militaire russe avaient eu connaissance des préparatifs. Raison de plus pour s'étonner qu'on ait sollicité cette déclaration.

Les officiers condamnés au procès de Salonique pour avoir fait partie de la société L'Union ou la Mort, et qui ne furent pas exécutés, ont, dans une déclaration adressée à la Chambre serbe, protesté que cette société n'avait jamais rien tramé contre le prince Alexandre, affirmé que son activité avait toujours été connue des autorités compétentes et se conformait à leurs intentions, et demandé la révision du procès afin d'en pouvoir faire la preuve. Cependant il ressort de l'exposé même du Dr. Boghitchévitsch que, peu après sa fondation qui remontait à 1911, il y avait eu entre la société et le gouvernement serbe de tels dissentiments qu'en 1914 »une guerre civile était imminente«. Il n'est donc pas exclu qu'en 1917 le gouvernement serbe ait voulu frapper en Dimitrievitch un adversaire politique particulièrement audacieux, plutôt que supprimer le dépositaire de certains secrets d'état.

Il existe un compte-rendu officiel et détaillé du procès, qui compte 638 pages. Le gouvernement serbe l'a retiré de la circulation. Mais M. Boghitchévitch le connait. Cependant on ne trouve rien dans son livre sur les débats. Il eut été intéressant de savoir ce que les accusés ont pu répondre aux accusations portées contre eux. Il semble bien, d'après ce que dit l'auteur, que le colonel Dimitrievitch fut accusé faussement d'avoir voulu assassiner le prince Alexandre. Mais comme il avait pris une part prépondérante à l'assassinat du roi et de la reine de Serbie en 1903 et provoqué celui de l'archiduc d'Autriche, indépendamment de ceux de l'empereur d'Autriche et du roi de Bulgarie qu'il avait parait-il projetés,

il ne serait pas impossible qu'il eût voulu assassiner aussi le régent. C'était assurément un grand patriote, mais c'était aussi un spécialiste de l'assassinat politique.

Dans sa préface M. Boghitchevitch dit: »Toute discussion scientifique des causes ou des conséquences de l'attentat de Serajevo exige une connaissance exacte du procès de Salonique«. Et plus loin: »Je ne crois pas me tromper en affirmant que, si l'on tient compte de tous les dessous et de toutes les complexités de cette question, seul un Serbe est capable d'en tenter l'explication«. C'est précisément pourquoi on aurait aimé que M. Boghitchévitch, qui jouit en cette matière d'une si grande autorité, fit une démonstration plus décisive du lien qu'il voit entre l'attentat de Serajevo et le procès de Salonique. A mon modeste avis ce procès reste enveloppé de mystère, et n'infirme ni ne confirme les responsabilités du gouvernement serbe dans l'assassinat de l'archiduc.

Une pièce émouvante est le compte-rendu officiel de l'exécution du colonel et de ses deux compagnons, adressé par un officier au ministre de la guerre. Afin de pouvoir dire que l'exécution avait eu lieu avant l'arrivée d'un télégramme du gouvernement anglais qui intercédait en faveur des condamnés, c'est à une heure du matin qu'ils furent conduits sur la place. Ils durent faire une partie du chemin à pied. Leur sans-froid fut extraordinaire. La lecture du jugement dura deux heures et demie. On attendit l'aurore pour tirer.

Ce récit rappelle presque point pour point celui de l'exécution, en novembre 1922, des cinq ministres grecs rendus responsables de la débâcle de l'Asie-Mineure, tel qu'il est fait par M. Frangulis, ancien délégué de la Grèce à la Société des Nations, dans le second volume de son grand ouvrage La Grèce et la crise mondiale. Eux aussi furent transférés à une heure du matin dans un local proche du lieu d'éxécution, pour n'être fusillés qu'à onze heures. Une intervention du gouvernement anglais avait été également vaine. Nos moeurs ne sont pas encore très douces.

G. Demartial.

Brandenburg, Erich: „From Bismarck to the World War": A History of German Foreign Policy, 1870—1914. Translated by Annie Elizabeth Adams. University Press, Oxford. Milford, London, 1927. 542 S.

Dickinson, G. Lowes: „The International Anarchie 1904—1914". George Allen & Unwin Ltd., London 1926, 516 S.

Das neue Werk des Cambridger Professors G. Lowes Dickinson ist in Deutschland bisher so gut wie unbekannt geblieben, sehr zu Unrecht; denn es nimmt in der angelsächsischen Literatur zur Kriegsschuldfrage zweifellos einen führenden Platz ein. Neben den verwandten und hochgeschätzten Werken eines Bausman, Ewart und Barnes verdient es insofern eine besondere Beachtung, als der Verfasser nicht unter dem Gesichtspunkt der Kriegsschuldfrage, sondern mit rein historisch-wissenschaftlicher Fragestellung an den Stoff herangetreten ist. Hatte sich Dickinson schon in seinem früheren Buch „The European Anarchy", das bald nach Kriegsausbruch erschien, als ein durchaus selbständiger Forscher gezeigt, der sich auch mitten in dem Tosen des großen Ringens den Kopf klar und das Auge

offen hielt, so ist vollends dieses auf breitester Quellengrundlage aufgebaute neue Werk über die internationale Anarchie die Arbeit eines völlig unabhängigen Forschers, der ganz seine eignen Wege geht und dem es allein um die Feststellung der Wahrheit zu tun ist. Es handelt sich für den Verfasser um nichts anderes als um die Frage, wie es zum Kriege gekommen ist.

Die Darstellung, die sich auf der souveränen Beherrschung der gesamten vielsprachigen Kriegsschuldliteratur gründet, verfährt demgemäß in der Hauptsache geschichtlich erzählend. Allerdings wird der zeitliche Gang nicht unbedingt eingehalten. Dickinson zeigt sich bemüht, den historischen Verlauf nicht nur chronologisch zur Darstellung zu bringen, sondern auch gewisse stofflich oder räumlich in Verbindung stehende Vorgangsgruppen zusammenzufassen, so daß sich die einzelnen Kapitel teilweise erheblich überschneiden. Obschon die Aussonderung solcher Abschnitte (wie über die Bagdadbahn, die Persische Frage, den Fernen und den Nahen Osten, die Haager Konferenzen und das Rüstungsproblem) die geschichtliche Erzählung, die die weltpolitischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang begreift, mitunter störend zerreißt, kann über den rein historischen Charakter des Buches doch kein Zweifel bestehen, und auch das kausale Ineinander der gesamten Verflechtung kommt noch hinreichend zum Ausdruck. Die weitere Vorgeschichte des Krieges steht durchaus im Vordergrunde der Betrachtungen, aber auch der eigentliche Kriegsausbruch findet eine eingehende Behandlung, freilich mit dem deutlichen Unterton, daß die Vorgänge vom Juli 1914 nur die selbstverständliche Folge dessen waren, was in den zehn Jahren vorher sich zwischen den Mächten angesponnen hatte. Ein kurzes Schlußkapitel beschäftigt sich mit den Geheimverträgen der Kriegsjahre und mit den Friedensdiktaten, deren Inhalt der Verfasser mit dem Geist der Vorkriegszeit ganz in Einklang findet.

„Die internationale Anarchie" trägt die Verantwortung an dem Kriege: das ist die alles beherrschende These Dickinsons; alles andere ordnet sich dem ein und unter. In einem Einleitungskapitel entwickelt der pazifistische Verfasser die Glaubenssätze, Mittel und Methoden, durch deren Handhabung das friedliche Nebeneinander der Staaten und Völker zur „internationalen Anarchie" wurde, das Prinzip des Gleichgewichts der Mächte, die Rüstungen und Gegenrüstungen, die Geheimdiplomatie, den Begriff der nationalen Ehre, die Öffentliche Meinung und die Presse. Die grundsätzliche Verurteilung dieser politischen und militärischen Beweggründe und Ziele des Staatensystems unserer Tage zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch. Sie wirkt schließlich — das muß in rein wissenschaftlichem Sinne ausgesprochen werden — für dieses wie eine Belastung, denn sie äußert sich in einem immer wiederkehrenden Werturteil, das die sachliche Darlegung beeinträchtigt. Aber es muß zugegeben werden, daß das mehr in äußerer als in innerer Hinsicht zum Ausdruck kommt, denn am Ende vermag Dickinson dank seiner wissenschaftlichen Einstellung und Erkenntnis sich immer von der persönlichen Weltanschauung freizumachen und Zeit und Dinge als geschichtliche Gegebenheiten zu würdigen.

Im letzten Grunde hat demnach doch ein unbefangen historisches Urteil die Führung, und dank dem unbedingt vorwaltenden wissenschaftlichen Grundzuge kommt es Dickinson nicht darauf an, durch prägnante und scharf geschliffene Formulierungen in der Kriegsschuldfrage eine bestimmte und feste Stellung zu nehmen. Als echter Historiker sieht er die Entwicklung in ihrer ganzen Verwickeltheit, bemüht sich, allen Parteien und Richtungen

Verständnis entgegenzubringen[1]), und geht deshalb vereinfachenden Formen geradezu aus dem Wege. Der allgemeinen Anschauung entsprechend, die das ganze interstaatliche System zum eigentlichen Schuldigen macht, denkt er auch nicht daran, etwa eine Reihenfolge des Schuldanteils aufzustellen, den die einzelnen Mächte an der Entfesselung des großen Krieges haben sollen[2]). Er liebt, vorsichtige Zurückhaltung zu üben, um nicht ungerecht zu werden, und zwar so weitgehend, daß seine Darstellung stellenweise geradezu farblos wird. Nur als Pazifist kann er zu einem leidenschaftlichen Kritiker und Ankläger werden. Trotzdem kommt die These Dickinsons dem Standpunkt der deutschen Forschung in wichtigen Punkten außerordentlich nahe. Denn bei einer Stellungnahme, die alle Verantwortung auf die „internationale Anarchie" schiebt, kann von einem besonderen Schuldanteil Deutschlands keine Rede sein, und im einzelnen begegnen trotz aller Reserve doch zahlreiche Äußerungen, die Deutschland und Österreich-Ungarn mehr in der Defensive befindlich anerkennen und ihrer Haltung volles Verständnis entgegenbringen, wenn auch mit einschränkenden Urteilen hinsichtlich der Fehlerhaftigkeit ihrer Politik. Schließlich sieht auch dieser höchst vorsichtige Geschichtsschreiber das offensive Wollen, das den Brand entfachte, auf der Gegenseite, und mag er dabei den Schuldbegriff nach Möglichkeit ausschalten: einen Erdenrest von bösem und schuldhaftem Begehren läßt selbst er bestehen, und das kommt einer Rechtfertigung Deutschlands gleich.

Ist der Forschungsarbeit Dickinsons und seinem wissenschaftlichen Streben somit das ehrendste Zeugnis auszustellen, so bleibt er doch eine absolut befriedigende Antwort auf die Frage nach der Entstehung des Weltkriegs schuldig. Denn in einem wesentlichen Punkte, der für den Gesamtstandpunkt des Verfassers von großer Bedeutung ist, sind starke kritische Bedenken gegen die Darstellung geltend zu machen: hinsichtlich der Beurteilung der englischen Politik in dem von ihm behandelten Zeitraum. Dickinson lagen die neuen britischen Dokumente zum Kriegsausbruch noch nicht vor, und man möchte wohl wissen, wie er auf Grund ihrer Kenntnis die Dinge da und dort dargestellt hätte. Indessen dürfte die Vermutung zutreffen, daß er die neuen Quellen heute im wesentlichen nur als eine Be-

---

[1]) Ein besonders charakteristisches Beispiel scheint mir Dickinsons Stellungnahme zu der bekannten Randbemerkung des Kaisers zu Graf Pourtalès' Telegramm vom 30. Juli 1914 (Deutsche Dok. Nr. 401), die sich unter dem Eindruck der Nachricht von der russischen Mobilmachung in schärfster Weise über das von England geleitete Einkreisungssystem mit dem Ziele der Vernichtung Deutschlands ausläßt (S. 474). Der Verfasser erkennt die subjektive Berechtigung dieser Äußerung durchaus an und hat überhaupt ein klares Gefühl für die Tragik der Persönlichkeit und des Wollens Wilhelms II.

[2]) Hierin liegt der Hauptunterschied zwischen den Forschungsergebnissen Dickinsons und Barnes'. Professor Tönnies hat in dieser Zeitschrift (Jahrgang 1926 S. 145—151) auf den Aufsatz der „New Republic" vom 28. Juli 1926 hingewiesen, in dem sich der Engländer mit dem Kriegsschuldwerk des Amerikaners auseinandersetzt. Indessen hat Professor Barnes seinerseits nicht Unrecht, wenn er im „Progressive" vom 1. Dezember 1926 anläßlich der Zurückweisung des (auch in der „Kriegsschuldfrage" Jahrg. 1926 S. 948—989 behandelten) Aufsatzes Professor Bernadotte E. Schmitts eine weitgehende Übereinstimmung mit Dickinson feststellt.

stätigung der von ihm vertretenen Auffassung ansieht [3]), ähnlich wie er das mit den Memoiren Greys tut [4]), die er nach Fertigstellung seines Buches kurz vor Beendigung des Drucks noch einsehen konnte. Dickinson glaubt an den pazifistischen Charakter der englischen Staatskunst und ihrer Träger wie an ein Dogma, und in ehrlicher Überzeugung setzt er Inhalt und Form der Politik für England völlig gleich. Wie die Staatsmänner auf ihre Weise, so repräsentiert dieser Wissenschaftler auf die seinige den so häufig festgestellten englischen Grundzug: er glaubt, was er glauben möchte [5]). Auch sein Pazifismus ist davon beeinflußt.

Zunächst ist es kennzeichnend, daß er die internationale Anarchie erst 1914 formell beginnen läßt, im Grunde ohne klarzustellen, wie sie entstanden ist — abgesehen von der erwähnten Erörterung der allgemeinen Ursachen. Er sieht nicht, daß die große Schwenkung der englischen Politik um die Jahrhundertwende ihren Ausgang bildet. Zwar berichtet er in knappen und nüchtern referierenden Sätzen (S. 60—62) von dem Beschluß der britischen Staatsleitung, mit der „splendid isolation" zu brechen, von den vergeblichen Bündnisangeboten an Deutschland und der schließlichen Wendung zu Frankreich, aber es bleibt ihm die Tatsache wie deren Bedeutung verborgen, daß es auf Englands Initiative zurückgeht, wenn die großen europäischen Gegensätze, aus denen zuletzt der Weltkrieg erwuchs, zu neuem Leben erweckt wurden, und daß England somit dafür die letzte Verantwortung trägt. Für ihn erschöpft sich das Problem in der pazifistisch-philosophischen Feststellung, daß die Wendung von Deutschland zu Frankreich beweise, von welchen Zufälligkeiten die Schicksale der Völker bei Bestehen einer internationalen Anarchie abhängig seien.

Noch deutlicher äußert sich diese Auffassung zugunsten des eignen Landes in der eigentlichen Darstellung, die ja mit der Schilderung der Einkreisungspolitik gleichbedeutend ist. Dickinson nimmt den Ententekurs als eine geschichtliche Gegebenheit hin, äußert sich zwar nicht ohne Kritik hinsichtlich der einzelnen Phasen der immer enger werdenden Verbindung Englands mit Frankreich und Rußland, sucht sie aber auch wieder auf der Grundlage der „internationalen Anarchie" zu verstehen. Er hat seine Bedenken gegenüber den moralischen und juristischen Verpflichtungen, die England dabei übernimmt, und kann sie doch nicht klar verwerfen, ja besonders belastende wie die englisch-französische Marinekonvention von 1912 nicht einmal in ihrer vollen Tragweite erkennen. So ergibt sich für die Beurteilung der englischen Politik, über die allgemeine Zurückhaltung hinaus, ein Ausweichen, das durch den Hinweis auf die zu erwartende große englische Aktenpublikation auch äußerlich noch unterstrichen wird. Gewiß schließt er sich nicht der Behauptung Greys an, daß sich die Regierung bis zum Schluß die Hände frei gehalten habe, aber es kommt ihm nicht der Gedanke, zwischen Grey und der englischen Politik, etwa im Sinne einer britischen Staatsräson, zu unterscheiden. Im Rahmen der bestehenden Verhältnisse ist ihm der Imperialismus, der sich an europäische Ge-

---

[3]) In seinem Briefe an die Zentralstelle (siehe Anm. 9) erklärt er generell, daß er noch keinen Anlaß gefunden habe, die in seinem Buche ausgesprochenen Ansichten ernstlich zu modifizieren.

[4]) S. 498.

[5]) Mit dieser Formel charakterisiert Lord Loreburn in seinem bekannten Buch „How the war came" (S. 134) die für die Ententepolitik Englands verantwortlichen imperialistisch-liberalen Minister.

meinschaftsgefühle in keiner Weise gebunden erachtet, eine Selbstverständlichkeit.

Vollends für die Kriegsausbruchswochen gilt dieser Standpunkt. Dickinson findet Grey ehrlich und ohne jeden Hintergedanken um die Erhaltung des Friedens bemüht und sieht keinerlei Parteilichkeit in dessen Stellungnahme. Von dem Einfluß Churchills und seines Kreises, von der bedeutsamen Weisung vom 25. Juli an Buchanan, die eine Ermutigung Rußlands zur Mobilisation darstellt, ist keine Rede: England ist pazifistisch, handelt aber auch nach den Verpflichtungen, die nun einmal bestehen. Das sind für Dickinson keine Widersprüche. Das staatliche Interesse Englands fordert sein Recht, und, soweit das mit dem wahren Pazifismus nicht verträglich ist, tröstet er sich mit der Feststellung, daß Rußland auch ohne die Gewißheit der britischen Unterstützung den Krieg gewagt hätte.

Die Darstellungsart und Urteilsweise Dickinsons wird in ihrer Stärke wie in ihrer Schwäche am besten durch die wortgetreue Wiedergabe des Forschungsergebnisses, das er S. 477—481 — halb widerstrebend — doch zusammengefaßt hat, gekennzeichnet:

„Jahrelang hatte der kleine serbische Staat das österreichische Kaiserreich unterminiert. Er hatte das mit demselben Antrieb und demselben Recht getan, die Italien während der österreichischen Okkupation bestimmt und gerechtfertigt hatten. Was sollte Österreich zur Selbstverteidigung tun? Man kann den Standpunkt vertreten, daß Österreich nicht hätte wünschen sollen, eine Nationalität gegen ihren Willen niederzuhalten. Aber das wäre nicht der Standpunkt der Geschichte, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart. Niemals hat ein Reich vor den zerbrechenden Kräften der Nationalität Verzicht geleistet. Immer hat es gekämpft. Und ich glaube nicht, daß es einen Staat gegeben hat, der sich nicht unter ähnlichen Umständen wie Österreich entschlossen hätte, der Drohung ein für allemal durch Krieg ein Ende zu machen. Solange wie Macht der Zweck der Staaten ist, so lange wird solche Politik verfolgt werden; und welcher Staat hat daran ein Interesse, den anderen zu tadeln?

Die eigentliche Frage ist deshalb: warum wurde der Krieg nicht lokalisiert, wie Österreich und Deutschland beabsichtigten und wünschten? Es gibt darauf nur eine Antwort: weil Rußland vorzog, das nicht zu erlauben. Warum nicht? Wegen seiner Zuneigung zu den slawischen Brüdern? Kaum, denke ich; obwohl dieses Gefühl ohne Zweifel eine Rolle in seiner öffentlichen Meinung spielte. Man höre Sasonows Bemerkung zum österreichischen Botschafter: „Was die Balkanslawen anbelange, so sollte er dies zwar nicht sagen, aber er habe gar kein Gefühl für die Balkanslawen. Diese seien sogar eine schwere Last für Rußland, und wir könnten uns kaum vorstellen, was man von ihnen schon zu leiden gehabt habe.“ Das wahre Motiv der russischen Politik wurde sicherlich von Sasonow zum Ausdruck gebracht, als er im Gespräch mit dem britischen Botschafter erklärte, daß „er während der Balkankrisis der österreichischen Regierung klargemacht habe, daß einem österreichischen Angriff auf Serbien unvermeidlicherweise der Krieg mit Rußland folgen müsse. Es sei klar, daß die österreichische Herrschaft über Serbien für Rußland ebenso unerträglich sei, wie es die Abhängigkeit der Niederlande von Deutschland für Großbritannien sein würde. Es sei in der Tat für Rußland eine Frage von Leben und Tod.“ „Leben und Tod!“ Noch einmal diese zweideutige Wendung! Das „Leben“ eines Staates

bedeutet in diesem Zusammenhange seine Macht; und dafür kann das Leben seines Volkes uneingeschränkt geopfert werden. Aber warum war die Balkanfrage für Rußland eine Frage von „Leben und Tod"? Die Antwort ist, daß es Konstantinopel und die Meerengen begehrte [6]); daß es den Zugang zum Mittelmeer begehrte; daß es territoriale Ausbreitung und Einfluß begehrte; daß es eine „historische Mission" hatte; daß es sich sichern mußte; kurz: der ganze Mischmasch abergläubischer Vorstellungen, der alle Staaten unter den Bedingungen der bewaffneten Anarchie beherrscht.

Wenn wir wirklich die „moralische" Frage in einer Weise aufwerfen wollen, daß es die Mühe lohnt zu antworten, müssen wir untersuchen, wer die größere Rechtfertigung besitzt — ein Staat (Österreich), der sich gegen Zerreißung verteidigt, oder einer (Serbien), der seine Macht durch die Zerreißung seines Nachbarn auszudehnen bestrebt ist. Das war in Wahrheit die Frage zwischen Österreich und Rußland. Ich für meine Person würde, wenn ich es der Mühe wert erachtete zu antworten, darauf antworten, daß die Rechtfertigung bei Österreich liegt und der Angriff bei Rußland. Der Leser mag anderer Meinung sein; aber auf jeden Fall ist das der Ausgangspunkt.

Es mag vielleicht erwidert werden, daß Rußland eine Bestrafung Serbiens, die seiner „Souveränität" oder seiner „Unabhängigkeit" nicht Eintrag tun würde, zugelassen und Frankreich und England sie begünstigt hätte. Aber wäre das wirklich eine Lösung gewesen? Sie würde Serbien nur Zeit gegeben haben zu warten, bis es für das große Wagnis gerüstet war. Wenigstens war die österreichische Regierung dahin gekommen, so zu denken; und will ein ehrlicher Jugoslawe das heute leugnen? Mit jedem Jahr, das verging, würde die österreichische Lage schlechter und die serbische besser werden. So wenigstens dachten die Österreicher, und nicht ohne Grund. Sie nahmen das Wagnis auf sich gemäß den in solchen Angelegenheiten üblichen Vorschriften. Sie mögen der Fehlrechnung angeklagt werden, aber ich sehe nicht, wie sie von jemand, der die Grundsätze, die die Politik der Staaten immer bestimmt haben, jetzt anerkennt oder damals anerkannte, eines Unrechts angeklagt werden können.

Wir kommen nun zu Deutschland. Gegen dieses hat sich der meiste moralische Unwillen der siegreichen Mächte gewendet. Daß dies durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt wird, sollte nach unserer Analyse klar sein. Denn obwohl Deutschland im Anfang Österreich den Rücken stärkte, war es am letzten Tage oder an den letzten zwei Tagen — vergeblich — bemüht, es zurückzurufen. Aber der Leser mag fragen: warum stärkte es Österreich durchaus den Rücken? Aus demselben Grunde, der Frankreich veranlaßte, Rußland den Rücken zu stärken: wegen des „Machtgleichgewichts"; weil es unter seinen Feinden isoliert gewesen wäre, wenn Österreich besiegt wurde; wegen seiner wirtschaftlichen Unternehmungen, die sich quer durch Asien erstreckten und deren Zerschneidung durch die Balkanstaaten unter russischer Kontrolle es nicht zulassen konnte; weil es durch seine Allianz verpflichtet war, Österreich zu verteidigen; kurz wegen all dieser Erwägungen, die stets für alle Staaten gelten. Die deutsche Diplomatie war verworren, töricht und

[6]) Das Wort „want" habe ich durchgängig mit „begehren" wiedergegeben.

unehrlich. Zugegeben, sie war es! Aber die deutsche Politik war so, wie sie jeder Staat in seiner Lage getrieben hätte. Die Ententemächte sagen, daß der Anstoß Österreichs Rückendeckung durch Deutschland war. Die Deutschen sagen, daß der Anstoß Serbiens Rückendeckung durch Rußland war. Um diesen Punkt dreht sich in Wahrheit der ganze Streit. Meines Erachtens ist die deutsche Stellungnahme die vernünftigere. Aber was ist nach alledem der Nutzen solcher Erörterungen? Wenn die Staaten so in Linie aufmarschiert sind, wie es die europäischen Mächte vor dem Kriege waren, kommt der Krieg, sie mögen tun, sagen oder denken was sie wollen.

Und Frankreich? Frankreich trat in den Krieg wegen des Machtgleichgewichts und um Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen; und sein technischer Erfolg, zu warten, bis die Kriegserklärung von Deutschland kam, ändert an der Lage der Dinge nichts. Es war seit wenigstens zwei Jahren bekannt und wurde während der Krisis mehr als einmal bestätigt, daß, wenn Deutschland gegen Rußland in Krieg kam, Frankreich gegen Deutschland in Krieg kommen würde. Wir haben gesehen, wie die Vorbereitungen für diesen Krieg von den zwei Verbündeten getroffen worden waren. Wir haben ihre Versicherungen gegenseitiger Treue gehört. Begehrten[7]) sie trotzdem nicht den Krieg? Nein! Wer tat das? Aber sie hielten es unter den bestehenden Umständen der Mühe für wert, ihn lieber zu haben als ihn nicht zu haben. Aber sie würden ihn nicht herbeigeführt haben? Wer kann das sagen? Auf jeden Fall wollten sie seit 1912 immer eintreten, wenn Rußland es tat. Und glaubt irgend jemand, der die vorangehenden Kapitel gelesen hat und der sich den Zustand Europas vor Augen stellt, daß Rußland ihn nicht ein oder zwei Jahre später herbeigeführt hätte?

Und England? Ernster und hoffnungsvoller als irgendeine andere Macht arbeitete England für den Frieden. Es war weniger als die Kontinentalmächte beteiligt[8]); und es hatte eine Regierung und einen Sekretär des Auswärtigen, die vielleicht friedfertiger waren, als sie jemals vorher einem Staate in der Geschichte geschenkt wurden. Aber wir wollen nicht übertreiben. Obwohl England nicht mit Frankreich und Rußland verbündet und durch keine feste Vereinbarung an sie gebunden war, in den Krieg zu gehen, war es in den letzten zehn Jahren enger und enger an ihre Seite gezogen worden. Es hatte militärische und maritime Vereinbarungen mit Frankreich, die es wie ein Saugrohr, ob es wollte oder nicht, in den Krieg zog. Und diese Annäherung an die beiden andern Ententemächte war aus keinem anderen Grunde erfolgt als zur Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts. Wir waren vor Deutschland furchtsamer geworden als vor unseren traditionellen Feinden Frankreich und Rußland. Nach all unseren Vereinbarungen mit Frankreich wäre es gemein gewesen, es in Stich zu lassen. Zugegeben! Aber welches waren die Ziele, deretwegen diese Vereinbarungen getroffen wurden? Unsere eigene Macht, unser eigenes Reich, unsere eigene Sicherheit. Ist es ein Verbrechen, mag der Leser fragen, an diese Dinge zuerst zu denken? Ich sage das nicht. Was ich sage, ist etwas Wichtigeres: daß solange die Staaten der Welt mit der Aussicht auf Krieg sich bewaffnen, eine Politik verfolgen, die nur durch Krieg zum Ziele geführt werden kann, in Er-

[7]) „Wanted" steht hier in Anführungszeichen.
[8]) Entangled.

wartung des Kriegs Bündnisse schließen, ihre Beziehungen im Hinblick auf den Krieg geheimhalten, solange wird Krieg kommen, bis der Krieg die Menschheit vernichten wird; und so lange wird jedes Ziel, das für das Dasein der Staaten Rechtfertigung ist — das Glück der Masse des Volkes, die Förderung von Wissenschaft und Kunst, die Pflege menschlicher Beziehungen —, jenem Moloch geopfert, der in Wiederholung nichts bietet als die Aussicht auf neue Opfer. Ist es nicht Zeit, daß wir unsere Erörterungen darüber abbrechen, wer der gute oder der schlechte Bube war, und endlich beginnen, aus der wahren Lage Lehren zu ziehen? Die Zeit ist kurz und die Gefahr drohend."

Es spricht aus dieser Stellungnahme das ruhige Urteil des Forschers, der rein geschichtlich denkt und sich gegen systematisierende Formulierungen sträubt, zugleich aber auch die nationale Gebundenheit des Engländers, der letzten Endes doch nicht so frei ist wie er zu sein glaubt. Diese Unfreiheit steigert sich in den Schlußsätzen zur Gleichgültigkeit des Angehörigen der Siegespartei gegenüber dem Schicksal des Besiegten, der noch immer die Last der Beschuldigung, allein für den Krieg verantwortlich zu sein, mit sich herumschleppt. Oder handelt es sich nur um die Verständnislosigkeit des wissenschaftlichen Theoretikers gegenüber praktischen Auswirkungen der Politik, anders ausgedrückt, um die unbekümmerte Stellungnahme des Gelehrten, der allein die Frage nach der Entstehung des Krieges, nicht aber die nach der Schuld am Kriege kennt. Die plötzliche nachträgliche Hervorkehrung der zwei Gesichtspunkte, die das Verhalten der Ententemächte rechtfertigen oder wenigstens erklären sollen [9]) — die Furcht vor einem deutschen Angriff und der vorsätzliche Versuch Deutschlands und Österreich-Ungarns, Europa im Ungewissen zu halten, während sie den Angriff auf Serbien vorbereiteten — und von denen im Buche noch keine Rede ist, deutet allerdings darauf hin, daß Dickinson erst jetzt eine innere Umgruppierung auf die Fragestellung des Kriegsschuldproblems vollzieht, und so könnte die Kälte gegenüber den deutschen Bemühungen um eine Entlastung in der Kriegsverantwortung zu einem Teile wohl Ausfluß jener früher festgestellten, sozusagen akademischen Betrachtungsweise sein. Aber sicherlich nur zu einem Teile. Die klare Einsicht, die der Verfasser sonst gerade für politische Zusammenhänge zeigt, läßt mit Bestimmtheit annehmen, daß er für die politische Bedeutung dieser Frage schon vorher volles Verständnis besessen hat und ihr nicht ohne Absicht aus dem Wege gegangen ist, und die starke Berührung mit Grey, der in seinen Erinnerungen auch davor warnt, der Kriegsschuldfrage allzuviel Aufmerksamkeit zu widmen, bleibt höchst auffällig.

Dickinson hat mit seinem Buche nur die Verwerflichkeit des Systems der „internationalen Anarchie", das den großen Völkermord geboren hat, beweisen wollen. Wir Deutsche werden, nicht nur obschon, sondern auch weil er ein Pazifist mit englischem Vorzeichen ist, ihn mehr noch als gewichtigen Kronzeugen für die Unhaltbarkeit der gegen Deutschland erhobenen Kriegsschuldanklage in Anspruch nehmen.

Paul Herre.

---

[9]) Siehe Dickinsons Brief an die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" in der „Kriegsschuldfrage" Jahrgg. 1927 S. 355. Ebenda auch Tönnies' Entgegnung, die mich eines Eingehens auf diese Punkte enthebt.

Dolgorouky, Stéphanie: „La Russie avant la Débacle". Verlag Eugène Figuière, Paris 1927, 315 S.

Ebray, Alcide: „A Frenchman looks at the Peace." Translated by E. W. Dickes. Kegan Paul, London 1927, 267 S.

Grey, Edward: „Mémoires d'Edward Grey." Payot, Paris 1927, 480 Seiten.

Hammann, Otto: „The World Policy of Germany, 1890—1912." Translated by Maud A. Huttman, Ph. D., London 1927, 269 S.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Anwand, Oskar: „Das deutsche Morgenrot." Ein Arndt- und Stein-Roman. Verlag Rich. Bong, Leipzig 1927, 325 S.

Ein interessanter historischer Roman, in dem Scharnhorst und Gneisenau, Friedrich Wilhelm III. und Zar Alexander I. eine bedeutsame Rolle spielen.

Bericht über die fünfzehnte Versammlung Deutscher Historiker vom 3. bis 9. Oktober 1926. Priebatschs Buchhandlung, Breslau 1926, 123 S.

Fittbogen, Gottfried: „Wie lerne ich die Grenz- und Auslanddeutschen kennen." Einführung in die Literatur über die Grenz- und Auslanddeutschen. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage. Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin 1927, 82 S.

Grabowsky, Adolf: „Englands Grundprobleme." Sonderdruck aus Band XVI, Heft 5 (1927) der „Zeitschrift für Politik." Carl Heymanns Verlag, Berlin 1927, 482 S.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber"

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142, entgegengenommen.

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Eine Anfrage an die französischen Historiker.

Zum Appell des Präsidenten der französischen Republik, Gaston Doumergue, an die „unparteiische Geschichte".

Am 18. Mai hat der Präsident der französischen Republik, Doumergue, als Gast des Lordmayors von London gelegentlich eines Frühstücks in der Guildhall folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Die althergebrachte tiefe gegenseitige Achtung hat beide Völker auf den Weg der Entente cordiale gebracht, als der Lauf der Ereignisse sie die enge Solidarität ihrer großen nationalen Interessen entdecken ließ, sowie den glücklichen Einfluß, den ihre gemeinsame Aktion in der Welt für die Aufrechterhaltung des Friedens ausüben könnte. Wenn dieser Friede trotzdem durch einen furchtbaren Krieg gestört werden konnte, dessen Erinnerung allein genügen sollte, um der Menschheit für immer eine so grausame Katastrophe zu ersparen, so wird die unparteiische Geschichte Großbritannien und Frankreich die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie im Jahre 1914 bis zur letzten Minute alles getan haben, was zu tun möglich war, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. Die Freundschaft und die Entente cordiale beider Völker bildet heute noch mehr als in der Vergangenheit ein wertvolles Element des Friedens."

Wir dürfen wohl annehmen, daß diese Stelle der Rede des Präsidenten als eine wohlüberlegte, verantwortlich abgegebene Erklärung des höchsten Beamten der französischen Republik aufgefaßt werden muß.

Wir möchten daher an die namhaften französischen Historiker die Anfrage richten, ob es jemand unter ihnen übernehmen würde, für diese offizielle Äußerung des Präsidenten einzutreten und in unserer Zeitschrift die Auffassungen des Präsidenten durch sachliche Ausführungen zu stützen.

Wir würden in diesem Falle den Aufsatz des französischen Historikers mit der Stellungnahme eines gleich angesehenen deutschen Geschichtsforschers in unserer Zeitschrift in französischer und deutscher Sprache veröffentlichen und für eine sich hieran anschließende Polemik den beiden Historikern weiteren Raum zur Verfügung stellen.

Wir dürfen wohl hoffen, daß der Appell des französischen Präsidenten an die „unparteiische Geschichte“ von den französischen Historikern nicht unbeachtet bleibt.

Alfred von Wegerer.

Une question à l'adresse des historiens français

au sujet de l'appel que M. Gaston Doumergue, Président de la Republique française, a fait à l'»histoire impartiale«.

Le 18 mai, M. Doumergue, Président de la République française, s'est exprimé en ces termes, lors d'un déjeuner au Guildhall, auquel il était invité par le Lord-Maire de Londres:

»C'est cette ancienne et profonde estime qui les a mis sur la voie de l'entente cordiale quand le cours des événements leur a fait découvrir l'étroite solidarité de leurs grands intérêts nationaux et l'heureuse influence que leur action conjuguée pouvait exercer dans le monde pour le maintien de la paix.

Si cette paix, néanmoins, a pu être troublée par une guerre effroyable dont le seul souvenir devrait suffire à préserver à jamais le genre humain d'une autre aussi cruelle catastrophe, l'histoire impartiale rendra cette justice à la Grande-Bretagne et à la France qu'elles ont fait, en 1914, jusqu'à la dernière minute, tout ce qu'il était possible de faire pour empêcher les hostilités d'éclater.« (Le Temps 19. Mai 1927.)

Nous pouvons bien supposer que ce passage du discours du Président doit être considéré comme une déclaration mûrement réfléchie du plus haut fonctionnaire de la République française et engageant sa responsabilité.

C'est pourquoi nous nous permettons d'adresser aux historiens français notables la question de savoir si parmi eux il s'en trouve un qui se chargerait de prendre sur son compte cette déclaration officielle du Président et d'appuyer la manière de voir de celui-ci par des développements objectifs dans notre Journal.

Dans ce cas, nous publiérions dans notre Journal, en français et en allemand, l'article de l'historien français avec l'opinion d'un savant allemand du même rang, et s'il devait en résulter une polémique entre les deux historiens, elle serait également accueillie dans nos colonnes.

Nous croyons pouvoir espérer que l'appel que le Président français a adressé à „l'histoire impartiale“, ne passera pas inaperçu auprès des historiens français.

Alfred von Wegerer.

A Suggestion for the Consideration of French Historians.

Arising out of the Appeal Made by M. Gaston Doumergue, President of the French Republic, to History for Its „Impartial Judgment".

On May 18 the President of the French Republic, M. Doumergue, speaking at a luncheon in the Guildhall as a guest of the Lord Mayor of London, uttered the following words:

„It is this ancient and profound esteem which placed our two countries in the path of the Entente cordiale. The course of events revealed the solidarity of their great national interests, and showed what influence their united action could exercise throughout the world for the maintenance of peace. This peace was disturbed by a terrible war, the mere remembrance of which should suffice to preserve the human race from a similar cruel catastrophe. Impartial history will render this justice to Great Britain and France—that in 1914 they made until the last minute every effort to prevent the outbreak of hostilities." (The Times, 19. Mai 1927.)

We may take it for granted that the above passage in the President's speech represents a carefully considered and responsible statement on the part of the supreme official of the French Republic.

We should therefore like to ask French historians of standing whether anyone among them is prepared to enter the lists on behalf of this official utterance of the French President's and, in an objective exposition to be published in our journal, to support the views expressed by the President. If this proposal be accepted, we are ready to publish both in French and German in our journal the French historian's essay together with a reply from some German historical scholar of like eminence. We will also place our columns at the disposal of the two historians to enable them to argue the points at issue.

We venture to express the hope that the appeal made by the French President to the „impartial judgment" of history may not be allowed to pass unheeded.

Alfred von Wegerer.

Die unwiderlegt gebliebene Begründung für das Ultimatum Oesterreichs an Serbien vom Juli 1914.

Das Mémoire Österreich-Ungarns über die großserbische Propaganda und deren Zusammenhänge mit dem Sarajewoer Attentat.

Von Dr. Friedrich Ritter von Wiesner,
a. o. Gesandter und bevollmächt. Minister a. D.

Das „Mémoire", oder wie es auch genannt wird, das „Dossier" bildet die hauptsächlichste Grundlage für die Beurteilung des österreichisch-serbischen Konflikts. Leider wird es meist nicht genügend beachtet. Wir haben es daher für notwendig erachtet, dieses Schriftstück erneut herauszustellen.

Der Verfasser des „Mémoire", Dr. Friedrich Ritter von Wiesner, war so gütig, uns hierzu einige Vorbemerkungen und Nachträge zur Verfügung zu stellen.

Die Schriftleitung.

Vorbemerkungen.

Die beiden Rotbücher Österreich-Ungarns [1]) sind im Buchhandel derzeit schon schwer erhältlich. Da die Diskussion sich immer wieder mit dem an Serbien gerichteten sogenannten Ultimatum, richtig genannt: befristete Note Österreich-Ungarns, vom 23. Juli 1914 befaßt, deren genauer Wortlaut hierbei nicht immer vorzuliegen scheint — wären doch sonst die stets wiederkehrenden Irrtümer über den Inhalt der Note nicht erklärlich —, empfiehlt es sich, deren Text neuerlich vor Augen zu führen. Nicht minder wichtig aber ist es, das zum Verständnis und zur Würdigung der Begehrnote geradezu unentbehrliche Mémoire in Erinnerung zu bringen, in dem, unter Beigabe der wichtigsten aktenmäßigen Unterlagen, die großserbische Propaganda mit ihrer, gegen die österreichisch-ungarische Monarchie gerichteten Spitze dargestellt war und gezeigt wurde, wie das Sarajewoer Attentat mit dieser Propaganda zusammenhing, ja geradezu aus ihr hervorging. Dieses Mémoire —

[1]) „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914", herausgegeben vom k. u. k. Ministerium des Äußern, Wien 1915, k. k. Hof- und Staatsdruckerei. „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch", herausgegeben vom Staatsamt f. Äußeres der Republik Österreich, 3 Teile, Wien 1919, Staatsdruckerei. Letzteres auch in offizieller französischer Übersetzung unter dem Titel: „Actes diplomatiques sur les événements qui ont précédé la guerre de 1914, Complément du livre rouge austro-hongrois". Vienne 1919, Imprimerie de l'état, Editeur: Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15.

es wird wegen seiner aktenmäßigen Ausstattung mit Beilagen wiederholt auch Dossier genannt —, bildet in seiner Gesamtheit und in seinen Einzelheiten Voraussetzung und Begründung der befristeten Note, sowohl hinsichtlich ihrer einzelnen Forderungen, als auch hinsichtlich ihrer Gesamtfunktion.

Mit Rücksicht auf dieses Wesen des Mémoires und seine Aufgabe, den Mächten die Überzeugung zu verschaffen, daß die befristeten Forderungen Österreich-Ungarns begründet oder wenigstens „nach den Empfindungen zivilisierter Nationen" nicht wohl bestreitbar waren, wäre es natürlich zweckmäßig gewesen, wenn das Mémoire den Mächten gleichzeitig mit der Mitteilung des Inhaltes des Ultimatums und seiner erfolgten Überreichung, also am 24. Juli 1914, zur Kenntnis gebracht worden wäre, somit bei Ausführung des Auftrages, auf den sich die Zirkularnote des Grafen Berchtold vom 20. Juli 1914 an die k. u. k. Botschafter in Berlin, Rom, Paris, London, St. Petersburg und Konstantinopel bezog [2]). Die von den Botschaftern bei Durchführung dieser Demarche zu gebenden Aufklärungen über die Beweggründe, von welchen die österreichisch-ungarische Regierung bei Erlassung des Ultimatums geleitet war, fußten auf dem Mémoire, auf das sich die Zirkularnote in ihrem drittletzten Absatz ausdrücklich mit den Worten berief: „Zur Unterstützung der vorstehenden Ausführungen hält die k. u. k. Regierung zur Verfügung der . . . . . Regierung eine Sammlung von Beweisstücken (richtig: ein Dossier), welche die serbischen Umtriebe und die Beziehungen veranschaulichen, die zwischen diesen Umtrieben und der Mordtat vom 28. Juni bestehen."

Leider war das Mémoire am 24. Juli 1914 noch nicht in den Händen der Botschaften. Erst mit dem Erlaß vom 25. Juli 1914 [3]) wurde es an sie und an die anderen k. u. k. Missionen versendet. Und entgegen der sonstigen Gepflogenheit des Ballhausplatzes ging das Dossier nur in deutscher Sprache hinaus. Die Gründe seiner verspäteten Versendung und des Fehlens von Übersetzungen bei der Versendung werden weiter unten dargelegt werden. Hier sei vorerst nur festgestellt, daß Großbritannien, Frankreich und Rußland schon am 24. Juli 1914 durch die vorerwähnte Zirkularnote des Grafen Berchtold vom 20. Juli 1914 und durch die Beilage zum Ultimatum [4]) in großen Zügen über die Beschwerden Österreich-Ungarns gegen Serbien unterrichtet waren und daß sie weiter wußten, es werde ihnen in den nächsten Tagen noch ein ausführ-

[2]) ö.-u. Rotbuch 1919. I. Nr. 29.
[3]) ö.-u. Rotbuch 1919, II. Nr. 48.
[4]) ibidem, I. Nr. 27, am Schluß.

liches Dossier zur Verfügung gestellt werden, das eine der heikelsten Fragen Mitteleuropas und des Balkans in ihrer unruhestiftenden Auswirkung dokumentarisch darstellen würde. Wollten die Kabinette von Paris, London und St. Petersburg den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bestehenden Konflikt, wenn schon nicht wohlwollend, so doch wenigstens geschäftsmäßig-korrekt und unparteiisch behandeln, dann hatten sie die ihnen bereits bekanntgegebenen Gravamina Österreich-Ungarns zu beachten, die zeigten, daß die vitalsten Interessen der Monarchie in Frage stünden, und hatten die kurze Frist bis zur Vorlage des Mémoires zuzuwarten, das sie erst vollständig „en connaissance de cause" setzen würde.

Wie bei einem anderen Anlasse aus den Farbbüchern im einzelnen nachgewiesen werden soll, haben die Mächte des Dreiverbandes seit dem 24. Juli 1914 nichts unternommen, um sich über die von der österreich-ungarischen Regierung geltend gemachte Gefährdung der Monarchie durch die serbischen Zettelungen zu orientieren. Sie haben vielmehr über die Lebensfrage Österreich-Ungarns, daß nämlich die in Serbien herrschende „brandstiftende Bewegung zum Stillstand gebracht werde, welche die Sicherheit und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie bedroht [5])", von allem Anfange an geradezu hinweggesehen; Paris und London haben im allgemeinen nur einen Anspruch auf Bestrafung eventueller Mitschuldiger am Attentate anerkannt [6]), während Petersburg auch einen solchen ablehnte und bezüglich des angekündigten Memorandums schlankweg erklärte, es sei darauf gar nicht neugierig [7]); dagegen haben alle sich höchst besorgt gezeigt, daß die Souveränität Serbiens durch die Forderungen der Note, insbesondere durch deren Punkt 5, verletzt werde. Die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 25. und 26. Juli 1914 erfolgte neuerliche Betonung, daß ihr Vorgehen nur einen Akt der Selbstverteidigung darstelle [8]), brachte wohl eine kleine Verbesserung der Lage, indem Sazonow das von der österreichisch-

---

[5]) Aus dem fünfletzten Absatz der Zirkularnote des Grafen Berchtold vom 20. Juli 1914.

[6]) Zirkularerlaß des Herrn Bienvenu-Martin vom 24. Juli 1914, Franz. Gelbbuch Nr. 28, in der deutschen Ausgabe 1926, und Berichte des Grafen Szécsen v. 24. Juli 1914, ö.-u. Rotbuch 1919, Nr. 9 Bericht des Grafen Mensdorff vom 24. Juli 1914, ö.-u. Rotbuch 1919, II. Nr. 11.

[7]) Berichte des Grafen Szápáry vom 24. Juli 1914, ö.-u. Rotbuch 1919, II. Nr. 16, 17, 18.

[8]) Erlaß des Grafen Berchtold vom 25. Juli 1914 an den Grafen Szápáry, ö.-u. Rotbuch 1919, II. Nr. 42, und vom 26. Juli 1914 an die Botschafter in Paris u. London, dito Nr. 62.

ungarischen Regierung „verfolgte Ziel“ am 27. Juli 1914 als ein im allgemeinen wohl „vollkommen legitimes“ anerkannte [9]), dabei aber doch einzelne Forderungen der befristeten Note als unannehmbar bezeichnete und schließlich Interesse für das versprochene, aber noch nicht erhaltene Dossier zeigte. Daß in diesem Zeitpunkte bereits umfassende „Vorkehrungen“ der russischen Armee im Gange waren, sei der Vollständigkeit halber in Erinnerung gebracht.

Was nun die Frage anbelangt, wie das Mémoire selbst bei den Regierungen des Dreierverbandes behandelt worden ist, so konnte ich hierüber folgendes feststellen.

In Paris wurde das Dossier am 27. Juli 1914 überreicht. Am selben Tage sandte der stellvertretende französische Außenminister den französischen Botschaftern in London, Petersburg, Berlin, Wien und Rom eine Kopie des Memorandums, jedoch ohne dessen Beilagen, die doch die überzeugenden Belegstücke waren [10]).

Ob das Mémoire damals in deutscher Abschrift oder in französischer Übersetzung an die genannten Botschaften versendet wurde, ist dem Gelbbuche nicht zu entnehmen, ebenso nicht, ob man in Paris jemals von dessen Beilagen Kenntnis genommen hat, die im Gelbbuche nicht abgedruckt sind. Bemerkenswert ist, daß die dort enthaltene Übersetzung des Mémoires einen überaus sinnstörenden Übersetzungsfehler enthält [11]), der annehmen läßt, daß

---

[9]) Bericht des Grafen Szápáry vom 27. Juli 1914, ö.-u. Rotbuch 1919, II. Nr. 73.

[10]) Französ. Gelbbuch, Nr. 75, in der früher zitierten Ausgabe; auch dort ist das Mémoire allein, ohne eine Beilage abgedruckt.

[11]) Im viertletzten Absatz des Mémoires findet sich gegen Schluß folgender Satz: „Eine spezielle, nicht erbetene Fürsorge entwickelten aber Tankosić und Ciganović zur Geheimhaltung des Komplotts: sie stellten Zyankali mit der Weisung bei, daß sich die Täter nach vollbrachter Tat damit entleiben sollten...“ Der nach dem Doppelpunkt stehende Satz wurde in Paris übersetzt wie folgt: »ils apostèrnt Zian Kali avec l'indication que les deux auteurs, après l'attentat, devaient se tuer.« Das heißt zu deutsch: „Sie bestellten daher den Zian Kali als Aufpasser mit dem Auftrage, darüber zu wachen, daß die zwei Täter sich nach vollbrachter Tat töten.“ Der Übersetzer sah Zyankali für einen neuen Mitverschworenen an, der den Vollzug des Selbstmordes der Täter zu überwachen hatte. Die richtige Übersetzung hätte zu lauten gehabt: »Ils fournirent du cyanure de potassium pour que, l'attentat accompli, les auteurs se tuent avec.“ Dieser Übersetzungsfehler ist später von Jules Chopin (Pseudonym für J. E. Pichon) aufgegriffen und in seiner Schrift »Le complot de Sarajévo«, Paris, Editions Bossard, 1918, auf Seite 46, als ein im Wiener Auswärtigen Amt begangener gerügt worden, der „bizarr und kompromittierend“ sei. Pichon, welcher jeden Satz des Mémoires bestritt und überall Fälschungen und Hinterhältigkeiten sah, vermutete auch in diesem „offiziellen Fehler“ irgendeine böse Absicht.

man sich mit dem Inhalt des Mémoires nicht weiter befaßt hat. Wäre dies geschehen und hätte man insbesondere die Beilagen aufmerksam gelesen, dann hätte man diesen Fehler entdecken müssen. Jedenfalls ist der folgenden diplomatischen Korrespondenz nicht zu entnehmen, daß der Inhalt des Mémoires bei den in Paris gefaßten Entschlüssen irgendwie in Erwägung gezogen worden wäre. Aus dem Zirkularerlaß des Herrn Bienvenu-Martin vom 29. Juli 1914 [12]) ist vielmehr ersichtlich, daß auch nach Kenntnisnahme, oder wenigstens nach Entgegennahme des Mémoires, der Notstand Österreich-Ungarns in der Argumentation der französischen Regierung keine Rolle spielte, und daß dort nur der eine leitende Gedanke vorherrschte, „zu verhindern, daß Österreich seinem diplomatischen Vorsprung noch einen militärischen Erfolg beifügt", dies mit der Motivierung, die österreichisch-ungarische Regierung werde es „sicherlich" nicht unterlassen, „trotz aller Versicherungen eines territorialen Desinteressements" Serbien Bedingungen aufzuerlegen, die „den gegenwärtigen Zustand Osteuropas verändern würden und dazu angetan wären, den allgemeinen Frieden, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, schwer zu gefährden". Diese Stellungnahme sei hier nur festgestellt, um zu konstatieren, daß der detaillierte dokumentarische Nachweis der Berechtigung aller von Österreich-Ungarn gegen Serbien erhobenen Anklagen von der französischen Regierung vollkommen unberücksichtigt geblieben ist. Eine Kritik der französischen Suppositionen gehört nicht mehr in den Rahmen dieser Erörterungen.

In London wurde das Memorandum am 29. Juli 1914 vom Botschafter Grafen Mensdorff dem Staatssekretär Sir Edward Grey übergeben [13]). Grey stellte sich auf den Standpunkt, er wolle das „Meritum der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien spielenden Frage", oder, wie es in dem korrespondierenden Bericht des Grafen Mensdorff [14]) heißt, „das pro und contra unseres Standpunktes" nicht diskutieren, ihn interessiere nur die europäische Frage. Diesen Standpunkt hielt Sir Edward Grey fest, obwohl Graf Mensdorff wiederholt auf die Lage Österreich-Ungarns hinwies, das seine Existenz verteidige, während es bei den anderen Mächten nur um Prestigefragen gehe.

---

[12]) Französisches Gelbbuch, Nr. 85.

[13]) Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. 1898—1914. Vom Britischen Auswärtigen Amt autorisierte einzige deutsche Ausgabe. Herausgegeben von Hermann Lutz. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte, Berlin 1926, Nr. 282.

[14]) ö.-u. Rotbuch 1919, III. Nr. 14.

Aus den englischen Dokumenten zum Kriegsausbruch, deren letzter Band jetzt erschienen ist, der mir aber noch nicht vorliegt, geht nach Mitteilungen, die ich von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" erbeten habe, hervor, daß das Mémoire bis heute nur im deutschen Original in den Akten des Foreign Office erliegt, also offenbar nie übersetzt und nie irgendwie studiert und in Erwägung gezogen worden ist [15]). Dies stimmt ganz mit dem oben zitierten Standpunkt des Staatssekretärs überein, daß ihn das Meritum der Differenzen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Serbien nicht berühre. Dieser am 29. Juli 1914 kundgegebene Standpunkt Greys stimmt nun nicht mit der Auffassung überein, die noch am 25. Juli 1914 im Foreign Office bestand. Denn in den Bemerkungen Crowes von diesem Tage zur deutschen Note über das Ultimatum [16]) heißt es: „Die von Österreich aufgestellten und nun von Deutschland wiederholten Behauptungen über die Missetaten Serbiens beruhen bis jetzt auf keinem den Mächten zugänglichen Beweismaterial, obwohl die österreichische Regierung die Mächte aufgefordert hat, jene Behauptungen hinzunehmen. Man müßte ihnen Zeit lassen, sich von den Tatsachen zu überzeugen, die sie anerkennen sollen."

Die Möglichkeit zu dieser Prüfung hatte man in London ab 29. Juli 1914. Daß man sie nicht benützt, ja geradezu abgelehnt hat, lag darin, daß inzwischen ein voller Umschwung in den Auffassungen der englischen Regierung eingetreten war, und zwar noch am 25. Juli, am selben Tage, an dem der Wunsch nach Untersuchung der Beweise für die Verfehlungen Serbiens ausgesprochen worden war. Zum Berichte Buchanans vom 24. Juli 1914 über die russisch-französische Solidarität [17]) schrieb Crowe gleichfalls am 25. Juli 1914:

„Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband endgültig aufgeworfen ist.

Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln . . .

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu erreichen, und um den Wunsch der

---

[15]) Britische Dokumente, Nr. 282.
[16]) Britische Dokumente Nr. 100.
[17]) Britische Dokumente, Nr.101.

Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten — in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs und Rußlands verknüpft."

Dieser von Nicolson gebilligte Standpunkt ist vom 26. Juli an im wesentlichen die Grundlage der englischen Politik. Daher auch von diesem Zeitpunkte an die volle Gleichgültigkeit Greys für die Beweisbarkeit der österreichisch-ungarischen Beschwerden gegen Serbien. So war das Memorandum von vornherein dazu verurteilt, bei den Mächten des Dreiverbandes toter Buchstabe zu bleiben. Wäre es selbst am 24. Juli 1914 überreicht worden, dann hätte man es bereits am nächsten Tage zu den Akten gelegt und endgültig begraben.

Die in den Julitagen 1914 von Österreich-Ungarn und seinen Staatslenkern gehegte Überzeugung, nach dem geltenden Völkerrecht und den internationalen Gebräuchen das Recht zu besitzen, für die Verteidigung der Existenz des Staates gegen nachgewiesene, lebensbedrohende Zettelungen in einem anderen Staate einzuschreiten, um diese endgültig abzuschneiden, war also, wie sich jetzt herausstellt, irrig, denn Österreich-Ungarn war — wenigstens im Verhältnis zu Serbien — von dem Rechte ausgeschlossen, seine vitalen Interessen wirksam zu wahren. Deshalb wich denn auch der Dreiverband geflissentlich einer Prüfung der Beschwerden Österreich-Ungarns aus, deren „Meritum" ihn bei diesem Stand der Dinge tatsächlich nicht interessieren konnte und durfte.

In Petersburg scheint das Memoire nicht mehr übergeben worden zu sein. Als Sasonow am 29. Juli dem österreichisch-ungarischen Botschafter den Wunsch aussprach, das Dossier zu sehen [18]), war es noch nicht in Petersburg eingelangt. In den späteren Berichten des Grafen Szapary geschieht der Sache keine Erwähnung mehr, vielleicht deshalb, weil sie mittlerweile durch den Gang der Ereignisse überholt war. Was hätte aber die Kenntnis des Memorandums an dem Verhalten Rußlands geändert, wenn es mit Frankreich aus Anlaß des Besuches Poincarés darüber einig geworden war, „ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderungen zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit betrachten könnte" [19])? Diese Vereinbarung war geschlossen worden, bevor die beiden Mächte noch Kenntnis von dem Ultimatum und dessen Begründung hatten. Da sie in die großserbischen Wühlereien

[18]) Österr.-ungar. Rotbuch 1919, III. Nr. 16.
[19]) Britische Dokumente, Nr. 101.

vollauf eingeweiht waren, die man in Serbien als „innere Angelegenheit“ konstruiert hatte, bedeutete dieser Entschluß, daß Österreich-Ungarn von ihnen daran gehindert werden solle, eine Beseitigung dieser „inneren Angelegenheit Serbiens“ zu verlangen und zu erreichen. Der Plan der beiden Mächte bestand also darin, die österreichisch-ungarische Monarchie auch weiterhin den großserbischen Zettelungen ausgeliefert zu lassen.

Nach dem Gesagten ist es durchaus verständlich, daß die „Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen“ bei Prüfung der „Schuldfrage“ im Kapitel I, Punkt I, A, ihres Berichtes, dem Memoire und überhaupt der Begründung des Ultimatums ganz aus dem Wege gegangen ist. Mehr möchte ich hier zu diesem Punkte nicht sagen.

Zur Frage, warum das Memoire nicht gleichzeitig mit dem Erlaß vom 20. Juli 1914 oder wenigstens noch so rechtzeitig an die österreichisch-ungarischen Botschaften hinausgegeben worden ist, daß es am 24. Juli 1914 in deren Händen sein konnte, ist folgendes zu bemerken:

Der Beschluß, ein Memoire über die großserbische Aktion und über das Attentat zu verfassen, wurde erst gefaßt, als man aus dem von Sarajewo eingelangten Material konkrete Anhaltspunkte für einen Zusammenhang des Attentates mit den serbischen Treibereien besaß und sich im Prinzip entschlossen hatte, Forderungen an Serbien zu stellen. Letzteres war im Ministerrat am 7. Juli beschlossen worden. Am folgenden Tage wurde während der Abwesenheit des Ministers in Ischl (wohin er zur Berichterstattung an den Kaiser gefahren war) im Kreise der Referenten, zu denen auch ich gehörte, auf Grund mehrerer Elaborate eine Forderungsliste besprochen. Am 9. Juli berichtete Gesandter Baron Musulin, der mit dem Hauptreferat betraut worden war, dem Minister hierüber. Ich erhielt danach den Auftrag, ein Memorandum auszuarbeiten. Ich hatte bereits am 4. und 5. Juli das im Ministerium des Äußern über die großserbische Frage vorliegende Aktenmaterial durchgesehen; es war überaus mager, unzusammenhängend, nur zum geringen Teile brauchbar. Auch das, was mir auf mein Ersuchen am 7. Juli im Gemeinsamen Finanzministerium vorgelegt worden war, hatte sich als lückenhaft und unzureichend erwiesen. Über das Attentat selbst lagen nur zusammenfassende Berichte aus Sarajewo, nicht aber Aktenabschriften vor, so daß es mir unmöglich war, mir darüber ein sicheres eigenes Urteil zu bilden. Überdies bestanden auch da Unklarheiten und empfindliche Lücken. Ich erklärte also, auf Grund dieses Materials keine verläßliche und wirk-

lich brauchbare Arbeit herstellen zu können und beantragte, es mögen alle auf die großserbische Aktion bezüglichen Akten von den Ministerpräsidien und Ministerin des Innern in Wien und Budapest, von den Statthaltereien in Zara und Triest, von der kroatisch-slawonischen Landesregierung in Agram, vom Evidenzbüro des Generalstabes sowie von den obersten zivilen und militärischen Stellen in Bosnien beigeschafft und überdies Abschriften der wichtigsten Aktenstücke des Attentatsprozesses aus Sarajewo eingeholt werden. Nach einer Besprechung wurde beschlossen, daß ich sofort nach Sarajewo reisen solle, einerseits um in allen auf das Attentat bezüglichen, noch ungeklärten Fragen rasche, verläßliche und möglichst erschöpfende Klarstellung herbeizuführen, andererseits um das dort bei den militärischen und den bosnisch-herzegowinischen Stellen vorhandene Informationsmaterial über die großserbische Propaganda, von dem ich mir die meiste Aufklärung erwartete, gleich selbst zu sichten und zu prüfen. Das übrige von mir gewünschte Material wurde telephonisch und telegraphisch eingefordert.

In Sarajewo, wo ich am 11. Juli nachmittags angekommen war, arbeitete ich mit Unterstützung des Justizreferenten den Attentatsprozeß durch und konnte hierbei alle nötigen Aufklärungen erreichen oder anbahnen. Weiters habe ich dort alle nach meinem Wunsche ausgehobenen Akten der Landesregierung, der Polizeidirektion, des Generalkommandos und des Gendarmeriekommandos durchgesehen und sie, soweit es nötig war, mit den Referenten besprochen. Da auch in Sarajewo kein geschlossenes, zusammengefaßtes Material vorlag, bestand diese Information gleichfalls nur aus einzelnen Stücken. Immerhin bot das Gefundene die Möglichkeit, ein auf konkrete Tatsachen gegründetes Gesamtbild der großserbischen Aktion zu gewinnen. Einen Teil dieses Materials mußte ich bei der Landesregierung zurücklassen, damit Übersetzungen der kroatischen und serbischen Texte hergestellt werden. Am 14. Juli abends war ich wieder in Wien. Dort studierte und sortierte ich die inzwischen von den anderen Zentralstellen und Ämtern eingeholten Akten. Damit war eine Übersicht über das überhaupt brauchbare Material geschaffen, das ich dann nach einem inzwischen geschaffenen Plane gruppierte, wobei die an Serbien zu stellenden Forderungen eine mitbestimmende Rolle hatten. Ich nahm nun eine nochmalige Revision dieses geordneten Materials vor, wobei ich alle Stücke ausschied, die nicht als absolut stichhaltig anzusehen waren. Dieser Sichtung fielen — mit Ausnahme der Beilage 7 — auch alle noch so interessanten konfidentiellen Mitteilungen zum Opfer; Beilage 7

wurde beibehalten, weil diese Meldungen aus guter Quelle stammten, die nur nicht genannt werden konnte.

Nach dieser Riesenarbeit, die ebenso wie in Sarajewo nur wenige Stunden Schlafes erlaubte, entwarf ich am 17. Juli die erste Skizze des Memoires, das ich deshalb nicht sofort ausarbeiten konnte, weil noch die in Sarajewo zur Herstellung von Übersetzungen zurückgebliebenen Akten und die erbetenen Ergänzungen der Strafuntersuchung fehlten, darunter insbesondere Beilage 2, der Bericht über die Organisation der „Narodna odbrana", eine umfangreiche Broschüre. Noch am selben Tage machte ich mich an die Redaktion der Beilagen, die je nach Fertigstellung der Hausdruckerei des Ministeriums übergeben wurden. Zur Beschleunigung des Druckes wurde jede Beilage separat gesetzt, sofort nach Herstellung der Fahnen korrigiert, dann einer zweiten Korrektur unterzogen und sohin gleich ausgedruckt. Zwischen dem 18. und 20. Juli langten nach und nach aus Sarajewo die Ergänzungen der Voruntersuchung und die Übersetzungen ein, die ich je nach Einlangen sofort für die Beilagen verarbeitete, die inzwischen wieder nach Maßgabe der Fertigstellung in Druck gingen. Gleichzeitig arbeitete ich das Memoire im einzelnen aus, das ich ergänzte, je nachdem die noch fehlenden Stücke eintrafen. Als am 20. Juli der Erlaß an die k. u. k. Botschaften hinausging, war also nur ein Teil der Beilagen gedruckt, ein anderer im Druck, der Rest aber und das Memoire selbst noch nicht einmal im Konzept fertig. Die letzten Beilagen kamen am 23. Juli aus der Maschine, während das Memoire am 24. Juli fertiggedruckt wurde.

Wenn man bedenkt, daß erst am 9. Juli begonnen worden war, das in der ganzen Monarchie verstreute Material zu sammeln, und daß dann binnen fünfzehn Tagen aus diesem Wust von unzusammenhängenden, disparaten, nur zum Teile brauchbaren Akten das vorliegende Memoire druckfertig hergestellt wurde, so muß das, auch rein technisch, als eine Maximalleistung bezeichnet werden, über die ich selbst als Autor heute aus der Rückschau immer wieder staune und die ich nur damit erklären kann, daß die Größe der Aufgabe und Verantwortung auch die dazu nötige Kraft schuf. Diese physisch-technische Leistung der Bewältigung und Gestaltung des Stoffes zu einem organischen Ganzen innerhalb einer kaum unterschreitbaren Frist rechne ich mir denn auch gar nicht als ein Verdienst an. Dagegen wohl die aus meiner richterlichen Schule stammende rücksichtslose Kritik des Materials und die Zurückhaltung bei den daraus gezogenen Schlüssen, die das Memoire zu einem bisher im ganzen und im einzelnen unwiderlegten Dokument

machen, das, wenn man ihm Beachtung geschenkt hätte, seine politische Aufgabe erfüllt hätte, das aber so jedenfalls ein geschichtliches Dokument zum Beweise der Ehrenhaftigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie sein wird, die es — vom Minister des Äußern, Grafen Berchtold an, über die Sektionschefs und den Referenten Baron Musulin bis zu mir — nicht geduldet hätte, daß in dieser Darstellung eine nicht voll vertretbare Einzelheit enthalten gewesen wäre. Daß die Kriegsschuldkommission diesem Dokument aus dem Wege gegangen ist, erklärt sich eben auch aus dieser seiner Unanfechtbarkeit.

Hiermit ist festgestellt, daß das Memoire vor dem 25. Juli von Wien gar nicht abgehen konnte. Die Gründe, welche im Vorstehenden dafür angeführt worden sind, daß das Memoire mit Beilagen nicht zu einem früheren Termin fertiggestellt sein konnte, gelten auch dafür, daß das Dossier nicht auch in französischer Sprache hinausgegeben wurde. Es war eine technische Unmöglichkeit, dieses Konvolut von 57 Druckseiten, wovon das Memoire selbst mit 29 Druckseiten erst am 22. Juli übersetzungsreif war, in der zur Verfügung stehenden Frist mit dem 24. Juli als Endtermin zu übersetzen und zu drucken.

Diese Darstellung wäre nicht vollständig, wenn nicht einer Bemerkung gedacht werden würde, die sich im Geheimerlaß des Grafen Berchtold an den k. u. k. Botschafter in Petersburg vom 25. Juli 1914 [20]) befindet und die lautet: „Ich bemerke hier, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß das Dossier den Mächten nur für den Fall einer Ablehnung unserer Forderungen übermittelt werden wird.“ Welcher Grund für diese Terminierung der Aussendung des Dossiers maßgebend war, die — wie gesagt — sowieso nicht früher hätte stattfinden können, ist mir nicht bekannt. Ich nehme aber an, daß die politisch beachtenswerte Erwägung dafür maßgebend gewesen sein dürfte, daß die öffentliche Bloßstellung Serbiens durch die vollständige Aufdeckung der kompromittierenden großserbischen Zettelungen in dem Moment überflüssig sei und für eine loyale Erfüllung der ultimativen Forderungen vielleicht sogar schädlich sein könnte, in dem das Königreich die Begehren der befristeten Note angenommen haben würde. Auch könnte der Gedanke mitgespielt haben, daß es dem Ansehen der Monarchie nicht förderlich sei, wenn sie ohne äußerste Notwendigkeit aufzeige, wie weit sie die großserbischen Wühlereien habe vordringen lassen, die ja nicht die einzigen äußeren Angriffe ähnlicher Art gegen den Territorial-

[20]) Österr.-ungar. Rotbuch, 1919, II. Nr. 42.

Begrüßung der Gemahlin des Thronfolgers Franz Ferdinand durch den Landeschef Potiorek vor dem Hotel Bosnia in Ilidze. (Walter Tausch, Photographische Kunstanstalt, Sarajewo.)

bestand der Monarchie waren. Wie dem auch sei, so wäre es doch sehr wünschenswert gewesen, wenn das Memoire schon früher hinausgegangen wäre. Daß dies erst am 25. Juli 1914 geschehen konnte, ändert natürlich nichts daran, daß die Mächte des Dreiverbandes schwer gefehlt haben, als sie über dieses Dossier achtlos hinwegschritten.

* * *

Dieses Dossier und seine Beilagen [21]) lauteten:

Memoire.

Die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südslawischen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, reicht weit zurück.

In ihren Endzielen stets gleichbleibend und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnd, hat diese Propaganda auf serbischem Boden zur Zeit der Annexionskrise einen ihrer Höhepunkte erreicht. Den schützenden Mantel der Heimlichkeiten abstreifend, war sie damals mit dem Einbekenntnisse ihrer Tendenzen offen hervorgetreten und hatte versucht, unter der Patronanz der serbischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verwirklichung ihrer Absichten zu gelangen.

Während die gesamte serbische Presse in gehässigen, die Tatsachen entstellenden Ausfällen zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich — von anderen Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diesen Kampf vorbereiteten.

An Bedeutung ragte unter diesen die Narodna odbrana hervor. Aus einem damals bestandenen revolutionären Komitee hervorgegangen, war diese als Privatverein konstituierte, jedoch vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation von serbischen Militär- und Zivilfunktionären ins Leben gerufen worden. Als ihre Gründer fungierten unter anderen: General Bozo Janković, die ehemaligen Minister Ljuba Jovanović, Ljuba Davidović und Velislav Vulović, der Direktor der Staatsdruckerei Zivojin Dačić und die damaligen Hauptleute, jetzt Majore Voja Tankosić und Milan Pribičević. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt. (Siehe Beilage 2.)

[21]) Österr.-ungar. Rotbuch, 1919, II. Nr. 48.

Ein anschauliches Bild der damaligen Tätigkeit der Narodna odbrana liefert unter anderem die Aussage des vom Kreisgerichte in Sarajewo als Zeugen vernommenen bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen Trifko Krstanović, der sich zu jener Zeit in Belgrad befand, und der, nebst anderen Angehörigen der Monarchie, von der Narodna odbrana als Komitatschi angeworben war. Mit etwa 140 anderen Bandenmitgliedern war Krstanović anfangs 1909 nach einer für die Ausbildung von Banden in Cuprija (Bezirk Jagodina) errichteten und von den Hauptleuten Voja Tankosić und Dusan Putnik geleiteten Schule gebracht worden. Als Lehrer fungierten dort ausschließlich serbische Offiziere. General Bozo Janković und Hauptmann Milan Pribičević inspizierten diesen dreimonatlichen Bandenkurs in regelmäßigen Zeitabschnitten.

Dort erhielten die angehenden Komitatschis Unterricht im Schießen und Werfen von Bomben, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnen, Tunnels und Brücken sowie im Zerstören von Telegraphenleitungen. Ihre Aufgabe war es, nach den Aufträgen ihrer Befehlshaber die neuerworbenen Kenntnisse in Bosnien und der Herzegowina in die Tat umzusetzen.

Durch diese ganz öffentlich betriebene und von der serbischen Regierung geförderte Aktion der Narodna odbrana wurde damals der Bandenkrieg gegen Österreich-Ungarn vorbereitet. Angehörige der Monarchie wurden hierbei zum Verrate an ihrem Vaterlande verleitet und systematisch dazu erzogen, als serbische Emissäre heimtückische Angriffe gegen die Verteidigungsmittel ihrer Heimat zu richten.

Diese Periode der aggressiven Aspirationen fand ihren Abschluß mit der von der serbischen Regierung am 31. März 1909 abgegebenen Erklärung, in welcher sich diese mit der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen völker- und staatsrechtlichen Neuordnung abfinden zu wollen erklärte und feierlich versprach, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie in Hinkunft in freundschaftlichen Beziehungen leben zu wollen.

Mit dieser Erklärung schien auch das Ende der eine stete Quelle der Unruhe bildenden Bewegung gegen Österreich-Ungarn gekommen und der Weg zu einer wirklich freundschaftlichen Annäherung Serbiens an die Monarchie betreten. Der Förderung durch die serbische Regierung beraubt und von ihr pflichtgemäß bekämpft, hätte die monarchiefeindliche Propaganda nur mehr ein schattenhaftes, dem baldigen Untergange geweihtes Dasein fristen können. Dagegen hätten die zwischen den südslawischen Teilen der Monarchie und Serbien auf sprachlichem, ethnischem und kulturellem

Gebiete bestehenden Berührungspunkte zur Verrichtung gemeinsamer, vom Geiste gegenseitiger Freundschaft und paralleler Interessen getragener Kulturarbeit führen müssen.

Diese Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Die monarchiefeindlichen Aspirationen sind geblieben und unter den Augen der serbischen Regierung, die nichts getan hat, um diese Bewegung zu unterdrücken, hat die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nur noch an Breite und Tiefe gewonnen. Der Haß gegen die Monarchie wurde wacherhalten und durch stets neue Anfachung zu einem unversöhnlichen gestaltet. Mit den alten, der geänderten Situation angepaßten und durch neue Methoden ergänzten Mitteln wurde das Volk Serbiens „zum unvermeidlichen Vernichtungskampfe" gegen Österreich-Ungarn aufgerufen. Systematisch wurden geheimnisvolle Fäden nach den südslawischen Gebieten der Monarchie gesponnen und deren Bürger zum Verrate am Vaterlande geworben.

Vor allem hat die serbische Presse seither nicht aufgehört, in diesem Geiste zu wirken.

Nicht weniger als 81 in Serbien erscheinenden Zeitschriften mußte bis heute wegen ihres die inländischen Strafgesetze verletzenden Inhaltes das Postdebit entzogen werden.

Kaum eine der Strafnormen, welche die erhabene Person des Monarchen, die Mitglieder Allerhöchstseines Hauses und die Integrität des Staates schützen, ist seitens der serbischen Blätter unverletzt geblieben. Einige wenige aus der überreichen Fülle dieses Materials entnommene, aus verschiedenen Zeitpunkten stammende Proben dieser Preßstimmen sind in der Beilage 1 zusammengestellt.

Ohne in eine detaillierte Besprechung dieser Äußerungen der öffentlichen Meinung Serbiens einzugehen, muß immerhin bemerkt werden, daß sie die Annexion Bosniens und der Herzegowina trotz der serbischerseits erfolgten Anerkennung dieses Aktes nach wie vor als einen an Serbien verübten Raub, der einer Remedur bedarf, hinstellen, ein Gedanke, der nicht bloß in den Blättern schärfster Richtung in allen Variationen ihrer unflätigen Sprache immer wiederkehrt, sondern der auch in der dem Belgrader Auswärtigen Amte so nahestehenden „Samouprava" in kaum verhüllter Form ausgesprochen wird (lit. b der Beilage 1).

Ebenso kann nicht unterlassen werden, das Augenmerk darauf zu lenken, wie das am 15. Juni 1910 in Sarajewo von Bogdan Zerajić verübte Attentat gegen den Landes-Chef von Bosnien und der Herzegowina, Feldzeugmeister von Varesanin, publizistisch verwertet wurde.

Wie bekannt, hatte sich Zerajić unmittelbar nach der Tat entleibt und vor deren Verübung seine gesamten Papiere verbrannt. Unter diesen Umständen vermochten die Motive seines Anschlages nicht vollkommen klargestellt zu werden. Immerhin konnte man aber aus einem bei ihm gefundenen Abzeichen schließen, daß er Krapotkinschen Ideen huldigte. Auch die geführten Erhebungen deuteten darauf hin, daß man es mit einem auf anarchistischen Grundlagen beruhenden Verbrechen zu tun hatte.

Dies hinderte jedoch die Presse Serbiens nicht, den Attentäter als serbischen Nationalhelden zu feiern und seine Tat zu verherrlichen. Ja, die „Politika" verwahrte sich förmlich dagegen, daß Zerajić Anarchist gewesen sei und reklamierte ihn als „heldenmütigen Serben, dessen Name jeder Serbe mit Achtung und Schmerz nennen wird".

Das Datum des 18. August[22]) desselben Jahres hielt die „Politika" für eine passende Gelegenheit, sich mit dem Anschlage des Zerajić, „dessen Name im Volke wie etwas ‚Heiliges' genannt werde", neuerlich zu befassen und das Attentat in einem Gedichte zu feiern (lit. a der Beilage 1).

So wurde dieses Verbrechen, das mit den Aspirationen auf Territorien der Monarchie nichts zu tun hatte, für die Förderung dieser Ideen ausgebeutet und durch die Glorifizierung des Zerajić der Mord ganz ausdrücklich als ein rühmliches und nachahmenswertes Mittel im Kampfe für die Verwirklichung dieser Gedanken anerkannt. Diese Sanktionierung des Mordes als einer vollkommen zulässigen Methode im Kampfe gegen die Monarchie kehrt später in den Blättern bei Besprechung des von Jukić verübten Attentates gegen den königlichen Kommissär von Cuvaj wieder (lit. c der Beilage 1).

Diese nicht nur in Serbien verbreiteten, sondern — wie später gezeigt werden wird — auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie eingeschmuggelten Zeitungen waren es, die bei den breiten Massen jene Stimmungen erzeugten und wacherhielten, welche einen fruchtbaren Nährboden für die Machenschaften der monarchiefeindlichen Assoziationen boten.

Zum Zentralpunkte dieser von Vereinen betriebenen Agitation wurde die Narodna odbrana. Dieselben Personen, die zur Zeit der Annexion an der Spitze des Vereins gestanden hatten, bildeten auch jetzt seine Leitung; wieder findet man hier, wie seinerzeit, als die energischesten und tätigsten Organisatoren die heftigsten Gegner

[22]) Geburtstag Seiner k. und k. Apostolischen Majestät.

der Monarchie; den General Bozo Janković, den Direktor der Staatsdruckerei Zivojin Dačić sowie die Majore Milan Pribičević und Voja Tankosić. Organisatorisch auf eine in die Breite und Tiefe gehende Basis gestellt und hierarchisch straff gegliedert (siehe Beilage 2 unter „Organisation"), besaß die Narodna odbrana bald zirka 400 Ausschüsse, die eine heftige Agitation entfalteten.

Hiezu kam, daß die Narodna odbrana zu dem Schützenbunde (mit 762 Vereinen), dem Sokolbunde „Dusan Silni" (mit 2500 Mitgliedern), dem olympischen Klub, dem Reitervereine „Knez Mihajlo", dem Jägerbunde und der Kulturliga in engste Verbindung trat und zahlreiche andere Vereine in ihre Dienste stellte, die alle, von der Narodna odbrana geführt und unterstützt, in deren Sinn wirken. In steter gegenseitiger Durchdringung gelangten diese Vereine zu einer förmlichen Amalgamierung, so daß sie heute eigentlich alle nur Glieder des einen Körpers der Narodna odbrana sind.

So spannte die Narodna odbrana über ganz Serbien ein engmaschiges Netz der Agitation, mit welchem sie alle für ihre Ideen Empfänglichen an sich zog.

Welches aber der Geist ist, in dem die Narodna odbrana wirkt, das geht mit genügender Klarheit schon aus ihren offiziellen Vereinspublikationen hervor.

In ihren Statuten im Kleide eines Kulturvereines auftretend, dem nur die geistige und körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna odbrana in ihrem Vereinsorgane (siehe Beilage 2) den wahren und einzigen Grund ihres Daseins, ihr sogenanntes „reorganisiertes Programm", nämlich:

In „fanatischer und unermüdlicher Arbeit" dem serbischen Volke unter dem Vorwande, daß ihm die Monarchie „seine Freiheit und Sprache nehmen, ja Serbien zerschmettern" wolle, die „heilige Wahrheit" zu predigen, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich-Ungarn, diesen seinen „ersten und größten Feind", den „Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone" zu führen und das Volk „mit allen Mitteln" auf diesen Kampf vorzubereiten, der zu führen ist, „zur Befreiung der unterworfenen Gebiete", in denen „7 Millionen unterjochter Brüder schmachten".

Ausschließlich im Dienste dieser Idee stehen die „Kulturbestrebungen" der Narodna odbrana, als bloße Mittel zur Organisierung und Erziehung des Volkes für den ersehnten Vernichtungskampf gegen die Monarchie.

In eben diesem Geiste wirken aber alle der Narodna odbrana affilierten Vereine, wofür der Sokolverein in Kragujevac als Beispiel dienen möge (siehe Beilage 3).

Wie bei der Narodna odbrana, so stehen auch hier Offiziere, Professoren und Staatsbeamte an der Spitze.

Die Ansprache, mit welcher der Vereinspräsident Major Kovačević die Jahresversammlung im Jahre 1914 eröffnete, verzichtet vollkommen darauf, das Turnen, das doch der eigentliche Zweck eines Sokolvereines ist, zu erwähnen und befaßt sich ausschließlich mit der „Vorbereitung zum Kampfe" gegen den „gefährlichen, herzlosen, lüsternen, lästigen und gefräßigen Feind im Norden", der „Millionen serbischer Brüder Freiheit und Recht nimmt und sie in Sklaverei und Ketten hält".

In dem Verwaltungsberichte dieses Vereines treten die sachlichen Ausführungen ganz in den Hintergrund und geben nur die Stichworte für das Bekenntnis des wahren „Zieles der Handlungen der Verwaltung" ab, nämlich: die Vorbereitung der nationalen Entwicklung und der Stärkung der „unterdrückten Nation" zu dem Ende, damit sie ihr „noch nicht erfülltes Programm, ihre noch nicht erfüllte Arbeit" zu Ende führen und jene „große Tat" vollbringen könne, „die sich in nächster Zeit abspielen wird": „die Befreiung der jenseits der Drina wohnenden Brüder, welche die Leiden des Gekreuzigten erdulden".

Ja sogar der Kassier benützt seinen Kassenbericht zu dem Mahnrufe, man müsse „Falken erziehen", die imstande sind, den „noch nicht befreiten Brüdern die Freiheit zu bringen".

Ebenso wie bei der Narodna odbrana die Kulturbestrebungen, ist also bei den Sokols die turnerische Betätigung nicht Selbstzweck, sondern ein bloßes Mittel im Dienste ebenderselben Propaganda, die mit denselben Gedanken, ja fast mit den gleichen Worten betrieben wird.

Wenn nun die Narodna odbrana das „Volk" zum Vernichtungskampfe gegen die Monarchie aufruft, wendet sie sich nicht nur an das Volk in Serbien, sondern an alle südslawischen Völkerschaften. Gelten doch der Narodna odbrana die südslawischen Gebiete der Monarchie als „unsere unterworfenen serbischen Gebiete". (Siehe auch Beilage 4.) So sollen also auch die südslawischen Angehörigen der Monarchie an dieser „nationalen Arbeit" teilnehmen; so soll auch jenseits der serbischen Grenze diese „gesunde, notwendige Arbeit" verrichtet werden. Und auch auf dem Boden der Monarchie sucht die Narodna odbrana jene „Helden für diesen heiligen Kampf",

denen Obilić, der Mörder Murads, als nachstrebenswertes Beispiel nationaler Opferwilligkeit voranleuchten soll.

Um aber die „Brüder außerhalb Serbiens“ zur Teilnahme an der „Arbeit privater Initiative“ anzuspornen, unterhält die Narodna odbrana eine lebhafte Verbindung mit den „Brüdern jenseits der Grenze“. Wie diese Verbindung geartet ist, wird in dem Vereinsorgane nicht gesagt, wohl deshalb, weil dies zu jenem Teile der „Gesamtarbeit“ gehört, der „aus mehrfachen Gründen weder wiedergegeben werden darf noch kann“.

Wie umfangreich dieser Zweig ihrer Tätigkeit ist, läßt sich aus dem Umstande erkennen, daß sowohl der Zentralausschuß der Narodna odbrana als auch einzelne ihrer Kreisausschüsse eigene Sektionen für „auswärtige Angelegenheiten“ besitzen.

Diese „auswärtige“ Tätigkeit der Narodna odbrana und ihrer Affiliierten ist eine äußerst vielseitige.

Das, weil behördlich kontrollierbar, relativ ungefährlichste Mittel dieser Agitation sind die Vortragsreisen, welche hervorragende Vereinsmitglieder der Narodna odbrana nach den südöstlichen Teilen der Monarchie unternehmen, wo sie in verschiedenen Vereinen über nationale und kulturelle Fragen sprechen. Diese Anlässe bieten den Vortragenden die von ihnen gesuchte und wohl den vornehmlichsten Zweck dieser Reisen bildende Gelegenheit, in halben, dem Kenner verständlichen Worten und Wendungen im Sinne der wahren Tendenzen dieser Vereine zu wirken.

Unter diesen Emissären nimmt unter anderen auch der schon mehrmals erwähnte Direktor der serbischen Staatsdruckerei Zivojin Dačić eine hervorragende Stellung ein, jener Zivojin Dačić, der am 8. August 1909 einen „Aufruf“ an das serbische Volk erließ, in welchem er Österreich-Ungarn als den Feind Serbiens bezeichnete und zur Vorbereitung auf den Kampf mit der Monarchie ermahnte. Wiederholt unternahm Dačić Agitationsreisen nach den südöstlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bei einem solchen Vortrage in Karlovci (1912) legte er seine sonst beobachtete Vorsicht ab und trat geradezu für die „Vereinigung aller Serben gegen den gemeinsamen Feind“ ein, als den er in nicht mißzuverstehenden Andeutungen Österreich-Ungarn hinstellte.

Bedenklicher sind die Beziehungen, welche die im Geiste der Narodna odbrana wirkenden serbischen Korporationen unter dem Deckmantel der Interessen- und Kulturgemeinschaft mit Vereinen in der Monarchie angeknüpft haben, denn die gegenseitigen deputativen oder korporativen Besuche dieser Vereine, die sich

einer genaueren behördlichen Kontrolle entziehen, werden serbischerseits zu allerlei monarchiefeindlichen Machenschaften benützt.

So hat sich beispielsweise ein zu der bekannten Feier des Sarajevoer Prosvjetavereines im September 1912 entsendeter Delegierter der Narodna odbrana nicht gescheut (siehe Beilage 6), bei diesem Anlasse im geheimen bosnische Mitglieder für seinen Verein anzuwerben. Die Entsendung eines Vertreters des Kragujevacer Sokolvereines zu dieser Feier sollte den „Brüdern in Bosnien" sagen: „Wir haben Euer nicht vergessen; die Flügel des Falken der Sumadija sind noch mächtig", ein Gedanke, der im intimen Verkehre wohl einen ganz anderen, den früher dargelegten Tendenzen dieses Vereines adäquateren Ausdruck gefunden haben wird. (Siehe Beilage 3.) Was die Vorgänge anbelangt, die sich bei den in Serbien abgehaltenen Zusammenkünften dieser Art abspielen, so entziehen sich diese allerdings einer auf vollkommen sicherer Basis stehenden Kenntnis der k. und k. Behörden, denen ja für diese Fälle nur schwer kontrollierbare konfidentielle Mitteilungen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhange wäre des Besuches von Agramer Studenten in Serbien im April 1912 zu gedenken, der auf serbischer Seite durch die Veranstaltung eines offiziellen militärischen Empfanges, ja sogar einer Truppenparade, zu Ehren dieser Studenten zu einer derart suggestiven Demonstration gestaltet wurde, daß der Verwaltungsbericht des Kragujevacer Sokolvereines sagen darf, dieses „Ereignis bedeutet den Anfang und Keim einer großen Tat, die sich in der nächsten Zukunft abspielen wird", „ein Keim, der reifen wird, wenn die Volksseele noch mehr aufwallt", „bis es keine Schranken gibt, die sie nicht niederreißen könnte".

Erst vor kurzem ist es zur Kenntnis der Behörden der Monarchie gelangt, daß die Sokolvereine Serbiens einige analoge Korporationen in der Monarchie dazu bestimmt haben, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbande zu vereinigen, dessen Charakter bisher noch nicht ganz klargestellt ist, da die Erhebungen darüber derzeit noch fortdauern. Immerhin lassen die schon jetzt erzielten Ergebnisse der Nachforschungen vermuten, daß man hier einem der Wege auf die Spur gekommen ist, auf dem die subversiven Tendenzen der serbischen Sokols und ihrer Freunde einzelnen verführten und irregeleiteten Personengruppen in der Monarchie eingeimpft werden.

Diese auf breitere Schichten gemünzte, mehr vorbereitende Propaganda tritt aber an Bedeutung gegenüber jener „auswärtigen Arbeit" in den Hintergrund, die von der Narodna odbrana und ihren

Freunden in der Agitation von Mann zu Mann geleistet wird. Hier ist jenes Gebiet, auf dem ihre traurigsten Erfolge liegen.

Durch ihre geheimen Vertrauensmänner und Emissäre trägt sie das Gift der Aufwieglung in die Kreise der Erwachsenen ebenso wie der urteilslosen Jugend.

So haben beispielsweise, von Milan Pribičević verleitet, die ehemaligen Honvedoffiziere V. B., D. K., V. N. und der kroatisch-slawonische Gendarmerieleutnant V. K. den Heeresdienst in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verlassen und sich nach Serbien gewendet, wo sie inzwischen allerdings manche ihrer Hoffnungen getäuscht sehen und wenigstens zum Teile daran denken, in die von ihnen verratene Heimat zurückzukehren.

Die von Serbien aus in die mittleren Schulen Kroatiens und Bosniens getragene Agitation ist leider so bekannt, daß sie einer Exemplifizierung nicht bedarf. Weniger bekannt aber ist es, daß die wegen schwerer disziplinärer Vergehen aus kroatischen und bosnischen Schulen Ausgeschlossenen in Serbien mit offenen Armen aufgenommen, oft sogar von Staats wegen unterstützt und zu Feinden der Monarchie erzogen werden. Die serbischen Schulen mit ihren monarchiefeindlichen Lehrbehelfen und ihrer großen Zahl von Professoren und Lehrern, die in den Reihen der Narodna odbrana stehen, sind allerdings geeignete Anstalten zur Erziehung derartiger Adepten. Ein besonders beachtenswerter Fall dieser Art mag hier als Beispiel Erwähnung finden. Im März 1914 waren mehrere Schüler der Lehrerpräparandie in Pakrac (Kroatien) wegen eines Streikes relegiert worden. Dieselben wandten sich nach Serbien, wo sie zum Teile sofort als Lehrer Anstellungen erhielten, zum Teile in einer Lehrerbildungsanstalt untergebracht wurden. Mit monarchiefeindlichen Kreisen in Verbindung stehend, hat einer dieser Relegierten öffentlich erklärt, er und seine Leute würden zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzog-Thronfolgers in Bosnien den Beweis liefern, daß Bosnien serbisches Land sei. Recht merkwürdig mutet es an, daß der königlich serbische Kreispräfekt in Krajna, wie hier ergänzend bemerkt sei, dreien aus dem Kreise dieser so arg kompromittierten Studenten gerade zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand in Bosnien serbische Pässe ausstellte, in denen er sie fälschlich als serbische Staatsangehörige bezeichnete, obwohl er deren kroatische Heimatsberechtigung kennen mußte. Mit diesen Pässen ausgerüstet, vermochten die drei Präparandisten unbemerkt nach der Monarchie zu gelangen, wobei sie jedoch erkannt und angehalten wurden.

Mit all dem wäre aber die „auswärtige“ Tätigkeit der Narodna odbrana noch lange nicht erschöpfend charakterisiert.

Schon seit längerer Zeit war die k. und k. Regierung durch konfidentielle Meldungen darüber unterrichtet, daß die Narodna odbrana den von ihr gewünschten Krieg gegen die Monarchie auch militärisch insofern vorbereite, als sie in der Monarchie Emissäre halte, die nach gewohnter Bandenart im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten die Zerstörung von Transportmitteln und -Einrichtungen bewirken und Revolten sowie Paniken hervorrufen sollten. (Siehe Beilage 7.)

Das im Jahre 1913 beim Kreisgerichte in Sarajewo gegen Jovo Jagličić und Genossen eingeleitete Strafverfahren wegen Verbrechens der Ausspähung (Beilage 6) hat die Bestätigung dieser vertraulichen Mitteilungen gebracht. So wie zur Zeit ihrer Gründung steht auch heute noch die Vorbereitung des Bandenkrieges auf dem Programme der Narodna odbrana, wozu noch ergänzend die Entwicklung einer Spionagetätigkeit trat.

So ist das heutige sogenannte „reorganisierte Programm“ der Narodna odbrana in Wahrheit ein erweitertes Programm: Den „Ausrottungskampf“ gegen die Monarchie vorzubereiten, ja herbeizuführen und dann wieder „die alte rote Fahne der Narodna odbrana“ zu entfalten.

Aus dieser Atmosphäre des offen und geheim geschürten Hasses gegen die Monarchie, verbunden mit einer sich jenseits aller Verantwortlichkeit dünkenden Agitation, die im Kampfe gegen Österreich-Ungarn alle Mittel für zulässig erachtet und hierbei ganz ungescheut den gemeinen Mord als deren wirksamstes empfiehlt, mußten schließlich, auch ohne weiteres Zutun der monarchiefeindlichen Kreise Serbiens, Akte des Terrorismus entstehen.

Am 8. Juni 1912 gab Lukas Jukić gegen den königlichen Kommissär in Agram, von Cuvaj, einen Schuß ab, durch den der im Wagen sitzende Banalrat von Hervoić tödlich verletzt wurde. Auf der Flucht erschoß Jukić einen ihn verfolgenden Polizeimann und verletzte zwei weitere.

Wie aus der öffentlich durchgeführten Hauptverhandlung bekannt ist, finden sich in den Ideen des Jukić die grundlegenden Gedanken der von der Narodna odbrana propagierten Pläne wieder. Wenn sich Jukić auch schon seit einiger Zeit mit Attentatsplänen trug, so kamen diese doch erst zur Reife, als er am 18. April 1912 den Ausflug der Agramer Studenten nach Belgrad mitgemacht hatte. Bei den zu Ehren der Besucher veranstalteten rauschenden Festlichkeiten war Jukić zu verschiedenen Personen in Beziehung getreten,

Ankunft des Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, vor dem Rathaus, kurz nachdem sie dem Bombenattentat des Gabrinović entgangen waren.

die dem Kreise der Narodna odbrana angehörten und mit denen er politische Gespräche führte. Wenige Tage später war Jukić wieder in Belgrad, und hier erhielt er von einem serbischen Major eine Bombe und von einem Genossen die Browningpistole, mit der er das Attentat vollführte.

Die in Agram aufgefundene Bombe war nach dem Gutachten der Sachverständigen in einem Arsenale zu militärischen Zwecken erzeugt worden.

Noch war der Anschlag des Jukić nicht vergessen, als am 18. August 1913 der aus Amerika zugereiste Stephan Dojčić in Agram ein Attentat gegen den königlichen Kommissär Baron Skerlecz verübte — eine Tat, die der von Serbien aus organisierten Verhetzung der in Amerika lebenden Südslawen entsprang —, gleichfalls ein Werk der „auswärtigen" Propaganda der Narodna odbrana und ihrer Gesinnungsgenossen.

Die von dem Serben T. Dimitrijević verfaßte, in Chikago gedruckte Broschüre „Natrag u staro ognjiste vase" mit ihren maßlosen Ausfällen gegen Seine k. und k. Apostolische Majestät und ihrer Aufforderung an die Serben der Monarchie, im Hinblick auf ihre baldige „Befreiung" nach Serbien heimzuwandern, zeigt den Parallelismus dieser in Amerika mit voller Freiheit der Bewegung betriebenen, von Serbien aus geleiteten Propaganda und jener, die von Serbien aus in die Gebiete der Monarchie getragen wird.

Und wieder kaum nach Jahresfrist war Agram der Schauplatz eines, diesmal mißglückten Attentates.

Am 20. Mai l. J. versuchte Jakob Schäfer im Agramer Theater einen Anschlag auf den Banus Freiherrn von Skerlecz, woran er im letzten Augenblick durch einen Polizeibeamten gehindert wurde. Die Untersuchung ergab den Bestand eines Komplottes, dessen Seele Rudolf Hercigonja war. Aus den Aussagen Hercigonjas und seiner fünf Mitangeklagten ergab sich, daß auch dieses Attentat seinen Ausgang von Serbien nahm.

An einem gescheiterten Versuche zur Befreiung des Jukić beteiligt, war Hercigonja nach Serbien geflüchtet (Oktober 1912), wo er gemeinsam mit seinem Komplizen Majoran Jaksić mit Komitatschis und Mitgliedern der Narodna odbrana verkehrte. Wie schon so oft bei den durch viel zu frühe Beschäftigung mit Fragen der Politik überhitzten jugendlichen Gemütern, war das Ergebnis dieses korrumpierenden Verkehrs auch diesmal ein unheilvolles. Hercigonja kehrte mit dem in Belgrad verkündeten Dogma zurück, daß die südslawischen Länder Österreich-Ungarns von der Monarchie abgetrennt und mit dem Königreiche vereinigt werden müßten.

Dazu hatte er in dem Kreise, in dem er dort verkehrte, die Lehre eingesogen, daß dieses Ziel durch die Ausführung von Attentaten auf hochstehende Persönlichkeiten und führende Politiker der Monarchie anzustreben sei, da es nur durch diese Mittel verwirklicht werden könne.

In diesem Sinne wirkte dann Hercigonja in Agram auf seine Freunde ein, deren einige er für seine Ideen gewann. Im Vordergrunde seiner Pläne stand die Verübung eines Anschlages auf den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Wenige Monate vorher waren gegen Luka Aljinović Erhebungen wegen hochverräterischer Propaganda geführt worden. Im Zuge dieses Verfahrens hatten drei Zeugen ausgesagt, Aljinović habe vor ihnen erklärt, er hätte im Jahre 1913 in Belgrad zu Propagandazwecken, speziell aber zur Ausführung eines Attentates auf den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand von der Narodna odbrana 100 Dinar und die gleiche Summe von einer geheimen Studentenvereinigung bekommen.

Man sieht, wie sich die verbrecherische Agitation der Narodna odbrana und der ihr Gleichgesinnten in letzter Zeit auf die Person des Herrn Erzherzog-Thronfolgers konzentrierte.

Aus allen diesen Feststellungen gelangt man zu dem Schlusse, daß die Narodna odbrana mit den um sie gruppierten monarchiefeindlichen Kreisen Serbiens seit kurzem den Zeitpunkt für gekommen erachtete, die von ihr verbreiteten Lehren durch Taten verwirklichen zu lassen.

Beachtenswert ist aber, daß sie sich hierbei damit begnügte, für diese Taten die Anregungen zu geben und dort, wo diese Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren, die materiellen Hilfsmittel zu deren Verwirklichung beizustellen, daß sie aber die einzige gefährliche Rolle bei dieser Propaganda der Tat ausschließlich der von ihr verhetzten und verführten Jugend der Monarchie zuschob, die ganz allein die Lasten dieses traurigen „Heldentums“ zu tragen hat.

Alle Züge dieser Mache finden sich in der Entstehungsgeschichte des tiefbetrübenden Attentates vom 28. Juni wieder. (Beilage 8.)

Princip und Grabez tragen den Typus der schon in der Schule von den Gedanken der Narodna odbrana vergifteten Jugend.

In Belgrad, im Kreise einer von diesen Ideen erfüllten Studentenschar verkehrend, trug sich Princip mit Attentatsplänen gegen den Herrn Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand, gegen den sich damals aus Anlaß seiner Reise nach den annektierten Ländern der

Haß der monarchiefeindlichen Elemente Serbiens besonders akzentuiert hatte.

Ihm gesellte sich der im selben Kreise verkehrende Cabrinović bei, dessen wechselnde, radikal-revolutionären Ansichten nach seinem eigenen Geständnisse unter dem Einflusse seiner Belgrader Umgebung und der Lektüre der serbischen Blätter in die gleiche monarchiefeindliche und zur Propaganda der Tat neigende Richtung gedrängt wurden.

Dank seiner bereits vorhandenen Dispositionen erlag Grabez diesem Milieu, in das er erst später trat, sehr rasch.

Soweit aber dieses Komplott auch gediehen und so fest der Entschluß der Verschwörer auch gewesen sein mag, zur Ausführung des Attentates zu schreiten, so wäre es doch nie zu dessen Verübung gekommen, wenn sich nicht, gleich wie im Falle Jukić, Leute gefunden hätten, die den Komplizen die Mittel zur Verübung des Anschlages zur Verfügung gestellt hätten. Denn es fehlte ihnen, wie Princip und Cabrinović ausdrücklich bestätigen, an den nötigen Waffen, ebenso aber auch an Geld zu deren Anschaffung.

Interessant ist es nun zu sehen, wo sich die Komplizen ihre Werkzeuge zu verschaffen suchten. Milan Pribičević und Zivojin Dačič, diese beiden führenden Männer der Narodna odbrana, waren die ersten, an die sie als sichere Helfer in ihrer Not dachten, offenbar deshalb, weil es im Kreise der Attentatslustigen bereits zur Tradition geworden ist, die Mordwerkzeuge von diesen Repräsentanten der Narodna odbrana zu beziehen. Der zufällige Umstand, daß diese beiden Männer zur kritischen Zeit nicht in Belgrad weilten, vereitelte allerdings diesen Plan, doch waren Princip und Cabrinović deshalb nicht verlegen, eine andere Unterstützungsstelle zu finden, jenen Milan Ciganović, einen gewesenen Komitatschi, jetzt Beamten der serbischen Eisenbahndirektion in Belgrad, gleichfalls ein aktives Mitglied der Narodna odbrana, welcher in deren Geschichte zuerst im Jahre 1909 als Zögling der Bandenschule in Cuprija (Beilage 5) auftaucht. In ihrer Erwartung hatten sich denn auch Princip und Cabrinović nicht getäuscht, denn bei Ciganović fanden sie sofort die erbetene Unterstützung.

Dieser und durch dessen Vermittlung sein Freund, der schon mehrmals genannte königlich serbische Major Voja Tankosić, ebenfalls einer der Führer der Narodna odbrana, der im Jahre 1908 Leiter der Bandenschule in Cuprija gewesen war (Beilage 5), traten nun als geistige Leiter und entscheidende Förderer an die Spitze des Komplotts, das sie mit einer abstoßenden, für die moralischen Qualitäten der ganzen monarchiefeindlichen Bewegung bezeichnen-

den Selbstverständlichkeit billigten. Nur ein leises Bedenken hatten sie zuerst — ob die drei Verschwörer auch fest entschlossen wären, die Tat zu wagen — ein Bedenken, das unter ihrer suggestiven Mithilfe allerdings bald schwand. Dann aber waren sie zu jeder Hilfe bereit. Tankosić stellte vier Brownings mit Munition und Reisegeld zur Verfügung; sechs Handgranaten aus serbischen Armeebeständen bildeten die Vervollständigung der Ausrüstung, eine Bewaffnung, die nach ihrer Zusammenstellung und Herkunft Reminiszenzen an den Fall Jukić wachruft. Um den Erfolg der Aktion besorgt, verfügte Tankosić die Unterweisung der Verschwörer im Schießen, eine Aufgabe, der sich Ciganović mit dem bekannten Erfolge unterzog. Eine spezielle, nicht erbetene Fürsorge entwickelten aber Tankosić und Ciganović zur Geheimhaltung des Komplottes: sie stellten Zyankali mit der Weisung bei, daß sich die Täter nach vollbrachtem Anschlage damit entleiben, ein Akt der Fürsorge, der in erster Linie ihnen zugute kommen mußte, da die Wahrung des Geheimnisses sie auch noch den geringen Gefahren entrückte, die sie bei dieser Unternehmung auf sich nehmen mußten. Der sichere Tod für die Opfer ihrer Verführung, die volle Sicherheit für sich, das ist die bereits bekannte Devise der Narodna odbrana.

Um die Ausführung des Attentatsplanes zu ermöglichen, mußten die Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt werden. Auch hier tritt Ciganović helfend auf, er schreibt den Verschwörern eine genaue Reiseroute vor und sichert ihnen für ihr Einschleichen nach Bosnien die Unterstützung der serbischen Grenzbehörden. Die Art, wie dieser selbst von Princip als „mysteriös" bezeichnete Transport organisiert war und durchgeführt wurde, läßt keinen Zweifel darüber offen, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna odbrana schon oft begangener Schleichweg war. Mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit, die nur der Gewohnheit entspringen können, stellten die Grenzhauptleute in Sabac und Loznica ihren Verwaltungsapparat für diesen Zweck zur Verfügung. Ohne Störungen vollzog sich dieser geheimnisvolle Transport mit seinem komplizierten System von stets wechselnden Führern, die wie durch Zauberkraft herbeigerufen, immer zur Stelle waren, wenn man sie brauchte. Ohne nach dem Zwecke dieser merkwürdigen Reise einiger unreifer Studenten zu fragen, ließen die serbischen Behörden, auf die Weisung des ehemaligen Komitatschis und untergeordneten Bahnbeamten Ciganović hin, diesen glatt funktionierenden Apparat spielen. Sie brauchten übrigens nicht zu fragen, denn nach den erhaltenen Weisungen war ihnen wohl klar, daß hier

wieder eine „Mission“ der Narodna odbrana zu erfüllen war. Der Anblick des Arsenals von Bomben und Revolvern entlockte denn auch dem Finanzwachmanne Grbić nur ein wohlwollend zustimmendes Lächeln, wohl ein ausreichender Beweis dafür, wie sehr man auf dieser „Straße“ an den Anblick derartiger Konterbande gewöhnt war.

Schwere Schuld hat die königlich serbische Regierung auf sich geladen, als sie all dies geschehen ließ.

Zur Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn verpflichtet, hat sie ihrer Presse gestattet, den Haß gegen die Monarchie zu verbreiten; hat sie es zugelassen, daß auf ihrem Boden etablierte Vereinigungen unter Führung hoher Offiziere, Staatsbeamten, Lehrer und Richter öffentlich ein Kampagne gegen die Monarchie führen, die auf die Revolutionierung ihrer Bürger abzielt; hat sie es nicht verhindert, daß an der Leitung ihrer Militär- und Zivilverwaltung beteiligte, aller moralischen Hemmungen bare Männer das öffentliche Gewissen derart vergiften, daß ihm in diesem Kampfe der gemeine Meuchelmord als die beste Waffe scheint.

Beilage 1.

Serbische Pressestimmen.

a) Die „Politika“ brachte am 18. August 1910 anläßlich des 80. Geburtstages Seiner k. und k. Apostolischen Majestät ein großes Bild des Bogdan Zerajić, der zwei Monate vorher gegen den Landeschef von Bosnien, Freiherrn von Varešanin, ein Attentat verübt hatte. In dem dazu gehörigen Artikel hieß es: „Vor zwei Monaten, am 2. Juni (a. St.) gerade, am Tage der Eröffnung des bosnisch-herzegowinischen Landtages, versuchte ein junger Serbe, der Student Bogdan Zerajić, inSarajevo den Landes-Chef von Bosnien und der Herzegowina, den General Marian Varešanin zu töten. Fünf Schüsse feuerte Zerajić auf diesen Renegaten, der sich seine Karriere im berühmten Volksaufstande in Rakovica durch Vergießung des Blutes seiner leiblichen Brüder gesichert hatte; durch einen merkwürigen Zufall gelang es nicht, ihn zu töten. Dann jagte sich der tapfere und selbstbewußte Zerajić die sechste und letzte Kugel in den Kopf und stürzte sofort tot zusammen. In Wien verstanden sie sehr gut, daß Zerajić das Attentat nicht deshalb verübte, weil er russische und revolutionäre Schriften gelesen, sondern daß er dies als edler Sprosse eines Volkes getan hatte, das auf diese blutige Weise gegen die Fremdherrschaft protestieren wollte. Deshalb trachteten sie, diese ganze Sache möglichst schnell zu vertuschen und — was gegen ihre Gewohnheit ist — eine Affaire zu vermeiden, welche die österreichische Regierung in Bosnien und der Herzegowina noch mehr kompromittiert hätte. In Wien wünschte man, daß jedes Andenken an Zerajić ausgelöscht und seinem Attentate jede Bedeutung abgesprochen werde. Aber gerade diese Furcht vor dem toten Zerajič und das Verbot, daß sein Name in ganz Bosnien und der Herzegowina erwähnt werde, bewirkten, daß sein Name im Volke wie etwas Heiliges genannt wird, heute, am 18. August vielleicht mehr als jemals.

Am heutigen Tage zünden auch wir eine Kerze auf seinem Grabe an und rufen: „Ehre dem Zerajić!“

Hieran schloß sich ein Gedicht, dessen Inhalt in Uebersetzung lautet:

„Bosnien lebt, noch ist es nicht tot,
Umsonst habt ihr seinen Leib begraben;
Noch sprüht es Feuer, das gefesselte Opfer,
Noch ist's nicht Zeit, das Grablied zu singen.
Mit Satanshand scharrtet auf ihr die Grube,
Aber der lebende Tote will nicht in die Gruft;
Kaiser, hörst Du? Im Blitzen des Revolvers
Sausen die bleiernen Kugeln gegen Deinen Thron!
Das sind nicht Sklaven, das ist herrliche Freiheit,
Die aus der kühnen Hand des Unterjochten leuchtet!
Was zittert so dieses schreckliche Golgatha?
Petrus zog das Schwert, Christus zu schirmen.
Seine Hand sank, aber aus dem Blute
Werden tausende tapfere Hände sich erheben;
Dieser Schuß war nur der erste Bote
Der glorreichen Ostern nach Golgathas Peinen.“

b) Am 8. Oktober 1910 brachten anläßlich des Jahrestages der Annexion Bosniens und der Herzegowina „Politika“ und „Mali Journal“, von denen letzteres mit schwarzem Rande erschien, Artikel, in denen sie sich in heftigen Angriffen gegen Österreich-Ungarn ergingen. Europa müsse sich überzeugen, daß das serbische Volk noch immer an die Revanche denke. Der Tag der Revanche müsse kommen, dafür bürgten die fieberhaften Anstrengungen Serbiens zwecks Organisierung seiner Wehrmacht sowie die Stimmung und der Haß des serbischen Volkes gegen die Nachbarmonarchie.

Aus dem gleichen Anlaß schrieb die „Samouprava“ am 9. Oktober 1910: „Schimpfworte und Exzesse sind kein Mittel, um den wahren Patriotismus zum Ausdruck zu bringen. Nur stille und würdige Arbeit führt zum Ziele!“

c) Am 18. April 1911 hieß es in der „Politika“: „Außer einigen Zynikern würde es niemand in Serbien gerne sehen, wenn König Peter nach Wien oder Budapest reisen sollte. Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina ist ein für allemal die Möglichkeit einer Freundschaft zwischen Serbien und Österreich-Ungarn zerstört worden. Das fühlt jeder Serbe.“

d) Die „Beogradske Novine“ schreiben am 18. April 1911: „Auch die meisten Regierungsmänner mißbilligen die geplante Reise des Königs Peter zu Kaiser Franz Joseph. Der Sturm der Entrüstung, der sich wegen des Planes dieser Reise des Königs des ganzen Serbentums bemächtigt hat, ist vollkommen begreiflich.“

e) Das „Mali Journal“ vom 19. April 1911 sagt: „Ein Besuch des Königs Peter beim Herrscher von Österreich-Ungarn wäre eine Beleidigung des ganzen Serbentums. Durch diesen Besuch würde Serbien das Recht auf die Piemontrolle verlieren. Die Interessen Serbiens können sich niemals mit den Interessen Österreichs decken.“

f) Am 23. April 1911 führen „Politika“, „Mall Journal“, „Tribuna“, „Beogradske Novine“ und „Večernje Novosti“ zu dem Plane eines Besuches König Peters am Wiener Hofe aus: Zwischen Serbien und Österreich-

Verhaftung des Attentäters Gabrinovič nach dem nicht vollständig geglückten Bombenattentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand. Gabrinovič war vor dem Attentat Angestellter der Staatsdruckerei in Belgrad.

Ungarn könne niemals Freundschaft existieren. Der geplante Besuch des Königs Peter sei daher für Serbien eine „schändliche Kapitulation", eine „Demütigung Serbiens", eine „feierliche Sanktionierung aller Verbrechen und Missetaten, die Österreich-Ungarn an Serbien und dem serbischen Volke begangen habe".

g) Am 18. April 1912 schreibt „Trgovinski Glasnik" in einem mit „Der Zerfall in Österreich" überschriebenen Artikel: „In Österreich-Ungarn herrscht ein Zerfall nach allen Seiten. Was jenseits der Donau und Save geschieht, das ist nicht mehr eine deutsche, magyarische, böhmische oder kroatische Krise, das ist eine allgemeine österreichische Krise, eine Krise der Dynastie selbst. Wir Serben können mit Zufriedenheit einer solchen Entwicklung der Dinge in Österreich zusehen."

h) In einem „Die Grenzen Albaniens" betitelten Artikel greift der „Balkan" Österreich-Ungarn mit folgenden Ausführungen an: Wenn Europa zu schwach sei, um Österreich Halt zu gebieten, würden Montenegro und Serbien dies tun, indem sie Österreich zurufen: „Halt, weiter geht es nicht! Ein Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ist unausbleiblich. Wir haben das türkische Reich zerstückelt, wir werden auch Österreich zerstückeln. Einen Krieg haben wir beendet, jetzt stehen wir vor einem zweiten."

i) „Večernje Novosti" vom 22. April 1913 richten einen Aufruf an das serbische reisende Publikum und an die serbischen Kaufleute, sie mögen die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft boykottieren. Niemand solle mit den Schiffen dieser österreichischen Gesellschaft fahren oder Waren transportieren lassen. Alle, die dies täten, würden von einem Ausschusse mit Geldbußen bestraft. Die Gelder würden der Komitatschikasse zufließen, welche für die Verwendung im kommenden Kriege mit Österreich bestimmt sei.

k) Die „Tribuna" vom 26. Mai 1913 schreibt aus Anlaß der Besitzergreifung Ada Kalehs durch Österreich-Ungarn: „Das schwarz-gelbe verbrecherische Österreich hat wieder einen räuberischen Trick durchgeführt. Es ist ein Dieb, der, wenn er nicht einen ganzen Sack Geld stehlen kann, sich auch mit einem Dinar begnügt."

l) Am 10. Juni 1913, anläßlich der Wiederkehr des Jahrestages des Attentates auf den königlichen Kommissär in Agram durch den Studenten Luka Jukić brachten die serbischen Blätter Gedenkartikel. In einem Artikel der „Pravda" heißt es: „Es muß aus tiefster Seele wehe tun, daß nicht jeder so gehandelt hat wie unser Jukić. Wir haben keinen Jukić mehr, aber wir haben den Haß, wir haben den Zorn, wir haben heute zehn Millionen Jukić. Wir sind fest überzeugt, daß Jukić bald durch sein Arrestfenster den letzten Kanonenschuß der Freiheit vernehmen wird."

m) „Mali Journal" vom 7. Oktober 1913 bringt an leitender Stelle einen Artikel, in welchem Österreich-Ungarn die Existenzberechtigung abgesprochen wird und die slawischen Nationalitäten aufgefordert werden, den Angriffskampf, den Serbien zu unternehmen gedenke, zu unterstützen.

n) Der „Piémont" vom 8. Oktober 1913 schreibt zu dem Gedächtnistage der Annexion: „Heute sind es fünf Jahre, daß mittels eines kaiserlichen Dekretes die Souveränität des Habsburger Szepters über Bosnien und die Herzegowina ausgebreitet wurde. Den Schmerz, der an diesem Tage dem serbischen Volke zugefügt wurde, wird das serbische Volk noch durch Jahrzehnte fühlen. Beschämt und vernichtet stöhnte das serbische Volk ver-

zweifelt. Das Volk legt das Gelübde ab, Rache zu üben, um durch einen heroischen Schritt zur Freiheit zu gelangen. Dieser Tag hat die bereits eingeschlafene Energie geweckt, und der wiederbelebte Held wird eines Tages die Freiheit suchen. Heute, wo serbische Gräber die alten serbischen Länder zieren, wo die serbische Kavallerie die Schlachtfelder von Mazedonien und Altserbien betreten hat, wendet sich das serbische Volk, nachdem es seine Aufgabe im Süden beendet hat, der entgegengesetzten Seite zu, von wo das Stöhnen und Weinen des serbischen Bruders gehört wird, wo der Galgen haust. Serbische Soldaten, die heute in Dušans Reiche mit jenen Albanesen kämpfen, die gegen uns der Staat aufwiegelte, welcher uns Bosnien und Herzegowina nahm, legten heute das Gelübde ab, daß sie gegen die „zweite Türkei" ebenso vorgehen werden, wie sie mit Gottes Hilfe gegen die Balkan-Türkei vorgegangen sind. Sie legen dieses Gelübde ab und hoffen, daß der Tag der Rache naht. Eine Türkei verschwand. Der gute serbische Gott wird geben, daß auch die „zweite Türkei" verschwindet."

o) Das „Mali Journal" vom 4. November 1913 schreibt: „Jedes Streben nach einer Annäherung an Österreich-Ungarn kommt einem Verrate an dem serbischen Volke gleich. Serbien muß sich mit den Tatsachen abfinden und immer vor Augen halten, daß es in Österreich-Ungarn seinen gefährlichsten Feind hat, den energisch zu bekämpfen die heiligste Pflicht jeder serbischen Regierung sein muß."

p) Am 14. Jänner 1914 heißt es in der „Pravda": „Unsere Neujahrswünsche gelten in erster Linie unseren noch nicht befreiten, unter fremder Knechtschaft seufzenden Brüdern. Die Serben mögen aushalten; nach Kossovo kam Kumanovo, und unser Siegeszug ist noch nicht beendet."

q) „Novosti" vom 18. Jänner 1914 brachten ein Bild der Wasserweihe in Bosnien mit folgendem Text: „Auch in Orten, die unter fremdem Joche seufzen, bewahren die Serben ihre Sitten, bis sie der Tag der Freiheit in heller Begeisterung finden wird."

r) Die „Zastava" gesteht im Jänner 1914: „Serbien eifert die österreichisch-ungarischen Serben zur Revolution an.'

s) Das „Mali Journal" vom 9. März 1914 schreibt: „Serbien kann das Säbelrasseln Franz Ferdinands anläßlich der Skutariaffäre nie vergessen."

t) Am 4. April 1914 schreibt die „Zastava": „Die österreichischen Staatsmänner, die nur eine Politik des Hasses, eine Bureaukratenpolitik führen, nicht aber eine weitausblickende Politik, bereiten selbst den Untergang ihres Staates vor."

u) Die „Pravda" vom 8. April 1914 sagt: „Österreich hat heute seine Existenzberechtigung verloren."

v) In den Osternummern (April 1914) geben alle serbischen Blätter der Hoffnung Ausdruck, daß auch die nichtbefreiten, unterjochten, gedrückten Brüder bald eine frohe Auferstehung feiern werden.

w) In der „Tribuna" vom 23. April 1914 heißt es: „Die Pazifisten haben ein neues Schlagwort erfunden, das vom „Patriotismus Europas". Dieses Programm kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn Österreich aufgeteilt wird."

x) Das „Mali Journal" vom 12. Mai 1914 schreibt: „Was im Privatleben Verbrechen heißt, nennt man in Österreich Politik. Die Geschichte kennt ein Ungeheuer, und dieses Ungeheuer heißt Österreich."

Beilage 2.

Auszug aus dem vom Zentralausschusse des Vereines „Narodna odbrana" herausgegebenen Vereinsorgane gleichen Namens. (Narodna odbrana, izdanje središnog odbora narodne odbrane. Beograd, 1911. Nova stamparija „Davidović", Dečanska ulica br. 14, Ljub. Davidoviča.)

In einer kurzen Einleitung wird zunächst bemerkt, daß diese Broschüre „keine vollkommene, erschöpfende Wiedergabe der Gesamtarbeit der Narodna odbrana bilde, da sie dies aus mehrfachen Gründen weder sein darf, noch sein kann".

Diese Schrift ist in drei Abschnitte geteilt, deren erster aus XIV Kapiteln besteht und programmatischer Natur ist, während der zweite Abschnitt einen Bericht über die Vereinstätigkeit enthält und im dritten Beispiele für die Organisation ähnlicher ausländischer Vereine angeführt werden.

Im I. Kapitel „Entstehung und Tätigkeit der ersten Narodna odbrana" wird bemerkt, daß dieser Verein anläßlich der in Serbien durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina entstandenen Volksbewegung mit folgenden Zielen gegründet wurde:

1. Hebung, Ermutigung und Stärkung des Nationalgefühls.
2. Einschreibung und Sammlung von Freiwilligen.
3. Formierung von Freiwilligeneinheiten und deren Vorbereitung zur bewaffneten Aktion.
4. Sammlung von freiwilligen Beiträgen, Geld und anderen Erfordernissen zur Verwirklichung ihrer Aufgabe.
5. Organisierung, Ausrüstung und Einexerzierung einer besonderen aufständischen Truppe (Komitee), bestimmt zu besonderer und selbständiger Kriegführung.
6. Entwicklung einer Aktion in allen anderen Richtungen der Verteidigung des serbischen Volkes.

Anknüpfend hieran wird bemerkt, daß durch die Anerkennung der Annexion seitens der Großmächte dieser ganzen Arbeit des Vereines ein Ende bereitet worden ist, worauf unter Beibehaltung der bestehenden Vereinsverfassung zu einer Reorganisation des Programmes und zu neuer Arbeit geschritten worden sei, damit bei Wiederholung eines ähnlichen Anlasses „die alte rote Kriegsfahne der Narodna odbrana wieder entfaltet werden könne."

Im II. Kapitel „Die neue heutige Narodna odbrana" wird zunächst ausgeführt: „Man hat zur Zeit der Annexion die Erfahrung gemacht, daß Serbien für den Kampf, den ihm die Verhältnisse auferlegen, nicht vorbereitet ist und daß dieser Kampf, den Serbien aufzunehmen hat, viel ernster und schwieriger ist, als man dachte; die Annexion war nur einer der Schläge, den die Feinde Serbiens gegen dieses Land geführt hatten, ein Schlag, dem bereits viele andere Schläge vorangegangen sind und dem noch andere folgen werden. Damit ein neuer Überfall Serbien nicht ebenso unvorbereitet trifft, ist es notwendig, sich vorzubereiten, zu arbeiten." Als Ziel dieser in den breitesten Schichten des Volkes zu leistenden „Arbeit" wird die „Vorbereitung des Volkes zum Kampfe in allen Richtungen der nationalen Arbeit, entsprechend den heutigen Zeiterfordernissen" bezeichnet und werden als Mittel hierzu „Stärkung des nationalen Bewußtseins, körperliche Übungen, das wirtschaftliche und gesundheitliche Wohlergehen, Hebung der Kultur usw." hervorgehoben, „insoweit auf diesem Gebiete neben dem Staate der einzelne und die Gesellschaft wirken kann und muß".

Das Kapitel III „Die drei Hauptaufgaben“ beginnt mit dem Hinweise darauf, daß die Annexion gelehrt habe, das Nationalbewußtsein in Serbien sei nicht so stark, als es in einem Lande sein sollte, welches als ein kleiner Teil von 3 Millionen die Hoffnung und Stütze für 7 Millionen des unterjochten serbischen Volkes bilde. Die erste Aufgabe des Vereines bestehe daher in der Stärkung des nationalen Bewußtseins. Die zweite Aufgabe sei die Pflege körperlicher Übungen, die dritte die Erzielung einer richtigen Wertung dieser sportlichen Betätigung.

In dem IV. „Vom Schießwesen“ handelnden Kapitel wird der Wert einer guten Ausbildung im Schießen speziell für die serbischen Verhältnisse hervorgehoben, da dort die militärische Ausbildung nur 6 Monate dauere. Diese Ausführungen konkludieren in dem Satze:

„Einem neuen Schlage, wie die Annexion einer war, muß ein neues Serbien entgegentreten, worin jeder Serbe vom Kinde bis zum Greise ein Schütze ist.“

Kapitel V, welches das „Verhältnis der Narodna odbrana zur Sokolschaft“ behandelt, beginnt mit einem allgemeinen kulturpolitischen Exkurs über die Bedingungen der Kräfte der Staaten. Hiebei wird auf den Niedergang der Türkei verwiesen und anknüpfend hieran gesagt:

„Die alten Türken vom Süden her verschwinden nach und nach und nur noch ein Teil unseres Volkes leidet unter ihrer Herrschaft. Aber neue Türken kommen vom Norden, furchtbarer und gefährlicher als die alten. Kulturell und wirtschaftlich stärker, gehen die nördlichen Feinde auf uns los. Sie wollen uns unsere Freiheit, unsere Sprache nehmen, uns zerschmettern. Die Vorzeichen des Kampfes, der da kommt, sind fühlbar. Das serbische Volk steht vor der Frage, sein oder nicht sein.“

„Was wollen wir mit den Vorträgen“, lautet die Überschrift des VII. Kapitels, dessen wesentlichster Inhalt sich in dem Satze erschöpft:

„Die Narodna odbrana veranstaltete Vorträge, welche mehr oder weniger Agitationsvorträge waren. Es wurde das Programm unserer neuen Arbeit entwickelt. Bei jedem Vortrage wurde von der Annexion gesprochen, von der Arbeit der alten Narodna odbrana und den Aufgaben der neuen. Die Vorträge werden nie aufhören Agitationsvorträge zu sein, sie werden sich jedoch immer mehr nach den einzelnen Fächern entwickeln und sich mit allen Fragen unseres gesellschaftlichen und nationalen Lebens befassen.“

In den Kapiteln VIII „Tätigkeit der Frau in der Narodna odbrana“, IX „Detail- und Kleinarbeit“ und X „Renaissance der Gesellschaft“ wird unter Hinweis auf die Aufgaben der Narodna odbrana die Vorbereitung und Vertiefung der Vereinsarbeit und die Notwendigkeit einer Regenerierung der Individuen, des Volkes und des Staates behandelt.

Das Kapitel XI „Neue Obiliće und Singjeliće“[23]) sagt einleitend:

---

[23]) Milos Obilić (auch Kobilić) schlich sich — nach der serbischen Tradition — nach der Schlacht auf dem Amselfelde in das türkische Lager und ermordete dort Sultan Murad (von Kállay, „Geschichte der Serben“, I. Bd.). Stephan Singjelić, Knez von Resara, spielte während des serbischen Aufstandes (1807—1810) eine Rolle. 1809 verteidigte Singjelić die Redoute von Tschagar gegen die Türken und soll sich, da er der Übermacht nicht gewachsen war, mit einem Teile der Seinen und mit zahlreichen Türken in die Luft gesprengt haben. (Von Kállay, „Die Geschichte des serbischen Aufstandes.“)

„Es ist ein Irrtum zu behaupten, Kossovo sei gewesen und vorüber. Wir befinden uns mitten im Kossovo. Unser heutiges Kossovo ist die Finsternis und Unkenntnis, in welcher unser Volk lebt. Die anderen Gründe des neuen Kossovo leben an den Grenzen im Norden und Westen: Die Deutschen, Österreicher und Schwabas mit ihrem Vordringen gegen unseren serbischen und slawischen Süden.“ Anknüpfend hieran wird unter Hinweis auf die Heldentaten des Obilić und Singjelić auf die Notwendigkeit der Aufopferung im Dienste der Nation hingewiesen und gesagt: „Die nationale Arbeit ist mit Opfern verbunden, namentlich in der Türkei und in Österreich, wo solche Arbeiter von den Behörden verfolgt, in den Kerker und an den Galgen gebracht werden, Auch für diesen Kampf gegen die Finsternis und Unwissenheit sind solche Helden nötig. Die „Narodna odbrana“ zweifelt nicht, daß im Kampfe mit Gewehr und Kanone gegen die Schwabas und unsere sonstigen Feinde, dem wir entgegengehen, unser Volk eine Reihe von Helden stellen wird. Doch ist die Narodna odbrana damit nicht zufrieden, denn sie betrachtet auch die heutigen sogenannt friedlichen Verhältnisse als Krieg und fordert gleichfalls Helden für diesen heutigen Kampf, den wir in Serbien und jenseits der Grenze führen.“

Über die „Verbindung mit den Brüdern und Freunden“ handelt das XII. Kapitel, dessen wesentlichster Inhalt sich in folgenden Sätzen zusammendrängt:

„Zu den Hauptaufgaben der Narodna odbrana gehört die Aufrechterhaltung der Verbindung mit unseren nahen und ferneren Brüdern jenseits der Grenze und unseren übrigen Freunden in der Welt. Mit dem Worte „Volk“ meint die Narodna odbrana unser ganzes Volk, nicht nur jenes in Serbien. Sie hofft, daß die von ihr in Serbien geleistete Arbeit den Brüdern außerhalb Serbiens ein Ansporn zu lebhafterer Teilnahme an der Arbeit privater Initiative werde, damit der heutige neue Aufschwung für die Schaffung einer kräftigen serbischen Narodna odbrana in allen serbischen Gebieten unter einem vor sich gehe.“

„Zwei wichtige Aufgaben“ benennt sich Kapitel XIII, welches ausführt:

„Indem wir auf dem Standpunkte stehen, daß durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina das Vordringen gegen unsere Länder vom Norden her vollkommen zutage getreten ist, erachtet die Narodna odbrana und nennt dem Volke Österreich als unseren ersten und größten Feind.“ Diese Arbeit (nämlich Österreich dem serbischen Volke als dessen größten Feind zu bezeichnen) betrachtet der Verein nach den folgenden Ausführungen als eine gesunde, notwendige Aufgabe, als seine Grundpflicht. Dann fährt die Broschüre fort:

„Wie einst die Türken vom Süden auf uns losgegangen sind, so geht heute Österreich vom Norden her auf uns los. Wenn die Narodna odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich predigt, so predigt sie eine heilige Wahrheit unserer nationalen Lage.“

Der durch diese Propaganda entstehende Haß gegen Österreich sei allerdings nicht das Ziel, sondern die natürliche Konsequenz der Arbeit, deren Zweck die Selbsterhaltung und Freiheit sei. Wenn hiebei der Haß gegen Österreich aufkeime, so sei es Österreich, welches ihn durch sein Vorgehen säe, welches Vorgehen den „Kampf gegen Österreich bis zu dessen Ausrottung auferlegt“.

Nach einem Lobe der modernen Auffassung der nationalen Idee wird bemerkt, daß bei Besprechung der „Befreiung und Vereinigung“ zu viel mit Phrasen gearbeitet werde. Dem Volke müsse gesagt werden:

„Die Befreiung unserer unterworfenen serbischen Gebiete und deren Vereinigung mit Serbien ist für unseren Herrn, unseren Kaufmann, unseren Bauer notwendig wegen der fundamentalsten Bedürfnisse der Kultur, des Handels, wegen des Brotes und des Raumes. In dieser Erkenntnis wird das Volk mit größerer Opferwilligkeit bei der nationalen Arbeit zugreifen. Unserem Volke muß gesagt werden, daß die Freiheit Bosniens für dasselbe notwendig ist, nicht nur aus Mitleid mit den dortselbst leidenden Brüdern, sondern wegen des Handels und der Verbindung mit dem Meere."

Die „beiden Aufgaben" der Narodna odbrana werden dann nochmals in folgendem Schlußsatze zusammengefaßt: „Neben der Aufgabe, dem Volke die ihm seitens Österreichs drohende Gefahr zu erklären, hat die Narodna odbrana noch die wichtige Aufgabe, unter vollständiger Wahrung der heiligen nationalen Erinnerungen dieses neue, gesunde und in seinen Folgen mächtige Erfassen des Nationalismus und der Arbeit zum Zwecke der Befreiung und Vereinigung in das Volk zu tragen."

Das XIV., Schlußkapitel, beginnt mit einem Appell an die Regierung und das Volk Serbiens, sich mit allen Mitteln für den Kampf vorzubereiten, „den die Annexion vorangezeigt hat".

In folgendem Satz wird hierauf die Tätigkeit der Narodna odbrana nochmals rekapituliert:

„Indem die Narodna odbrana zeitgemäß, den veränderten Verhältnissen entsprechend wirkt, dabei alle zur Zeit der Annexion geknüpften Verbindungen aufrechterhält, ist sie heute dieselbe, die sie zur Zeit der Annexion war. Sie ist auch heute odbrana (Wehr), sie ist auch heute Narodna (des Volkes). Sie versammelt auch heute um ihre Fahne die Staatsbürger Serbiens, wie sie sie zur Annexionszeit versammelt hat. Damals rief man nach dem Kriege, heute ruft man nach der Arbeit, damals wurden Meetings, Demonstrationen, freiwillige Komitees, Gewehre und Bomben verlangt, heute wird die stille, fanatische, unermüdliche Arbeit und wieder Arbeit in der Richtung der Aufgaben und Pflichten verlangt, welche wir vorgeführt haben, als vorläufige Vorbereitung für den Kampf mit Gewehr und Kanone, welcher kommen wird."

Über die Organisation der Narodna odbrana enthält diese Broschüre und der Jahresbericht dieses Vereins folgende Daten:

Ein Zentralausschuß mit dem Sitze in Belgrad leitet alle Agenden der Narodna odbrana. Diesem sind alle anderen Ausschüsse der Narodna odbrana untergeordnet. Der Zentralausschuß teilt sich in vier Sektionen: für kulturelle Arbeit, für körperliche Fortbildung, für die finanzielle Gebarung und für auswärtige Angelegenheiten.

Kreisausschüsse mit dem Sitze an den Orten der politischen Kreisbehörden leiten die Vereinsangelegenheiten in den betreffenden Kreisen. Jeder Kreisausschuß teilt sich in je eine Sektion für kulturelle Arbeit (Vorstand ist der im Orte befindliche Obmann einer Filiale der „Kulturliga"), für körperliche Fortbildung (Vorstand ist ein im Orte befindliches Mitglied des Schützen-, Sokol-, Jäger-, Reitervereines) und für finanzielle Gebarung; bei einzelnen Kreisausschüssen besteht auch eine Sektion für auswärtige Angelegenheiten.

Bezirksausschüsse mit dem Sitze an den Orten der politischen Bezirksbehörden leiten die Vereinsangelegenheiten in den betreffenden Bezirken.

Ortsausschüsse sind die leitenden Organe in den einzelnen Orten.

Das Thronfolgerpaar auf der Fahrt nach dem Konac, wenige Sekunden vor dem Attentat an der Lateinerbrücke. Vergleiche auch das Bild hinter Seite 536. Die kleine Mauerwand rechts vom Auto ist auf diesem Bild links von dem Sühnedenkmal deutlich wiederzuerkennen.

Vertrauensmänner befinden sich in jenen Orten im Innern des Landes, wo die Notwendigkeit, einen Ausschuß zu bilden, nicht besteht.

Vereine, „welche mit der Arbeit der Organisation der Narodna odbrana in engster Verbindung stehen" und von dieser in jeder Hinsicht unterstützt werden, sind: der Schützenbund mit 762 Vereinen, der Sokolbund „Dušan Silni" mit 2500 Mitgliedern, der olympische Klub, der Reiterverein „Knez Mihajlo", der Jägerbund und die Kulturliga.

Alle diese Vereine sind ähnlich organisiert wie die Narodna odbrana, benützen auch deren Lokalitäten, bzw. Vereinshäuser, deren Bibliotheken etc.; angesehene Mitglieder dieser Vereine sind Sektionsvorstände in den Ausschüssen der Narodna odbrana.

Beilage 3.

Auszug aus dem „Bericht über die Tätigkeit des Sokolvereines Dušan Silni in Kragujevac in den Jahren 1912 und 1913" (Kragujevac, Druckerei „Budućnost" Tih. Lekić 1914).

An der Spitze dieses Berichtes ist die Ansprache abgedruckt, mit welcher der Präsident des Vereines, der königlich serbische Major Kovačević, die Jahresversammlung im Jänner 1914 begrüßte.

„Es ist Euch bekannt", begann der Präsident, „daß das Sokolwesen, im Kampfe gegen den Germanismus entstanden, eine rein slawische Institution ist, welche das Ziel verfolgt, alle slawischen Brüder zu vereinigen, zu begeistern und durch Kultur und Gewalt für den Kampf gegen den Feind des Slawentums vorzubereiten.

Wir Serben als ein Teil der großen Slawengemeinschaft haben die Sokolidee aufgenommen und der gemeinschaftlichen Arbeit für unser und unserer Brüder Wohlergehen und Glück zugestimmt.

Auch wir Serben wollen im Geiste des Sokols leben und arbeiten, denn wir wünschen die Müden und Matten zu beleben, die Schwachen und Verkümmerten zu stärken, die Gefangenen und Gefesselten zu befreien. Wir haben dies auch jetzt und in den früheren Kriegen getan. Wir haben einen Teil unserer Brüder von dem Übermute des Feindes im Süden befreit. Wir haben ihnen die Fesseln aufgerissen, sie der Qualen entledigt und ihnen die Freiheit gegeben, damit sie in ihr das Glück, die Gleichheit und Brüderschaft fühlen."

Nach einigen Worten der Lobpreisung dieser „edlen Arbeit", welche „einen Teil der großen Sokolidee verwirklichte", fuhr Major Kovačević fort:

„Aber meine Brüder und Schwestern, unser Feind im Norden ist gefährlicher und herzloser, weil er kulturell und ökonomisch stärker ist.

Dieser Feind ist in seinen Gelüsten unersättlich; er hält Millionen unserer Brüder in Sklaverei und Ketten. Er nahm ihnen die Freiheit und das Recht und unterwarf sie alle seinen Diensten. Die Brüder murren, rufen und bitten um je raschere Hilfe.

Wir dürfen sie nicht auf Gnade und Ungnade diesem fürchterlichen und gefräßigen Feinde überlassen. Wir müssen ihnen je eher zu Hilfe eilen, weil dies zu tun unsere Pflicht ist. Könnten wir denn schließlich glücklich sein, wenn so viele Brüder in Sklaverei leben, leiden und murren?

Brüder und Schwestern!

Der Feind ist gefährlich, lüstern und lästig. Seien wir immer auf der Hut!

Arbeiten wir mit noch größerer Lust und Aufopferung. Seien wir genau in der heiligen Sokolpflicht, treu und ausharrend.

Bereiten wir uns zum Kampfe und für die gerechte Sokolidee vor.

Vereinigen und gesellen wir uns zu unzählbaren Sokolschwärmen und denken wir immer an jene Wahrheit, welche die serbischen Sokolašen auf ihrer Fahne geschrieben haben: Daß nur ein gesundes, kräftiges, nationalbewußtes und gut organisiertes Volk geeignet ist, sich zu verteidigen, zu kämpfen und zu siegen."

An diese Ansprache des Präsidenten schließt sich der Bericht des Verwaltungsausschusses an. Nach einer Schilderung der Erfolge der letzten Kriege, welche den Verein während zweier Jahre an einer Betätigung hinderten, heißt es dort: „Es kam der Tag, an dem wir zu unserer Arbeit zurückkehren, weil unser Programm noch nicht erfüllt, weil unsere Aufgabe noch nicht beendet ist. Noch ein großer Teil unseres Volkes erduldet die Leiden des gekreuzigten Christus; wir haben noch unsere Brüder jenseits der Drina zu besuchen; wir haben noch die Stadt Sarajevo und das Vermächtnis des heiligen Sava [24]) aufzusuchen; wir haben das Heimatland des Marina Novak, des Deli Radivoj und des alten Vujadin zu besichtigen; wir haben das Gebirge Romanija zu überschreiten und zu sehen, warum sich Travnik in Nebel gehüllt hat, es muß einmal jenes Lied aufhören: Aoj, Bosnien, Du Waisenkind vor Gott, hast Du nirgends Leute Deines Stammes . . ."

Nach einer Besprechung diverser Unternehmungen des Vereines wird betont, daß der Verein zu den „Brüdervereinen jenseits der Save und Drina" Beziehungen unterhielt und speziell die Entsendung von Delegierten zu der in Sarajevo abgehaltenen Jubelfeier der Prosvjeta betont. Hiezu bemerkt der Bericht: „Durch Absendung der Repräsentanten zu den Brüdern nach Bosnien beabsichtigte der Ausschuß, denselben hiemit zu sagen: „Wir haben Euer nicht vergessen, die Flügel des Falken der Sumadija sind noch mächtig."

Nach eingehender Schilderung eines Besuches der Agramer Studenten in Serbien [25]) und der Fahnenweihe des „Verbandes der nüchternen Jugend" schließt der Verwaltungsbericht mit folgenden Sätzen:

„Diese Erscheinungen — die Ankunft der Brüder Kroaten in der Sumadija und die Zusammenkunft der „nüchternen Jugend" aus allen Gegenden des Serbentums weiß die Verwaltung richtig zu würdigen, und man wird nicht übertreiben, wenn man sagt, daß diese Ereignisse den Anfang und Keim einer großen Tat bedeuten, die sich in der nächsten Zukunft abspielen wird.

Sie sind der Ausdruck eines großen, bisher noch stillen Erwachens des nationalen Bewußtseins und der Stärke einer unterdrückten Nation, welcher man nicht erlaubt, daß sie sich emporhebt und einigt. Noch eine Zeitlang, und dieser Keim wird reifen, und wenn die Volksseele noch mehr aufwallt, wird es keine Schranken geben, die sie nicht zerreißen kann, keine Hindernisse, die sie auf ihrem Wege nicht wird niederreißen können. Die

---

[24]) Der hlg. Sava ist Schutzpatron der Serben (gestorben 1236). Ducatus sancti Save heißt Herzegowina. Vermächtnis des hl. Sava ist also mit Herzegowina gleichbedeutend.

[25]) Dieser Besuch der Agramer Studenten (April 1912) in Belgrad, Nis, Semendria usw. wurde in Serbien zu einer großen, monarchiefeindlichen Demonstration benützt. Den Ausflüglern wurden militärische Ehren erwiesen, es fanden in der Militärakademie und im Offizierskasino Déjeneurs und Bälle statt. In Nis wurde zu Ehren der Besucher sogar eine militärische Parade abgehalten.

Arbeit an der Kräftigung dieser Macht, die Mithilfe und Beschleunigung des Laufes dieser nationalen Entwicklung, die Vorbereitung und die Unterstützung dieser Idee war der Verwaltung stets das Ziel ihrer Handlungen."

Der Bericht des Kassiers führt vorerst alle jene an, die dem Verein ihre Unterstützung liehen. Nebst einer Reihe von Mitgliedern des Kragujevacer Kreisausschusses werden hierbei dankend erwähnt:

Der Kreisausschuß der „Narodna odbrana" in Kragujevac, insbesonders dessen Rittersektion, die dem Sokolverein öfters mit reichlichen Unterstützungen zu Hilfe kam; der Direktor des Gymnasiums in Kragujevac, der den Sokolen „ständig seine väterliche Aufmerksamkeit zeigte"; der Divisionskommandant der Sumadija, der den Verein reichlich unterstützte; der Präsident des Kreisgerichtes in Kragujevac, der Kreisvorstand und der Gemeindevorstand in Kragujevac.

Nachdem der Kassier der im Kriege gefallenen Vereinsmitglieder gedacht hat, schließt er seinen Bericht mit folgenden Worten:

„Nach dem so glänzenden Siege über einen Teil unseres Feindes hofft die Vereinsleitung, daß Ihr alle von nun ab noch mehr, fester und lieber Euch der Tätigkeit des Sokoltums widmen werdet, damit Ihr in unserem Falkenhorst Falken erzieht, die im gegebenen Zeitpunkte eines Tages in der Lage sein werden, hoch aufzufliegen und auf ihren mächtigen Schwingen auch allen unseren noch nicht befreiten Brüdern Brüderschaft, Liebe und Freiheit zu bringen."

Der Jahresbericht ist unterfertigt von dem Majore M. J. Kovačević als Präses, dem Gerichtssekretär D. V. Brzaković als Sekretär und von 10 Vorstandsmitgliedern, unter denen sich zwei Professoren (Emil Lukić und Milan Janković) sowie ein weiterer Offizier (Infanteriemajor Michael Vasić) befinden.

Aus desem Jahresberichte und aus einer von dem Kragujevacer Sokolvereine dem „Srpski Soko" in Tuzla zur Ausfüllung zugesendeten, gleichfalls vom Major Kovačević und Gerichtssekretär Brzaković gezeichneten Tabelle geht hervor, daß die Sokolvereine Serbien mit einzelnen derartigen Vereinen in der Monarchie in einem bishr nicht bekannt gewesenen engeren Verbande stehen.

Beilage 4.

Das serbische Amtsblatt im Dienste der Narodna odbrana.

Dem serbischen Amtsblatte „Srpski novine" vom 28. Juni 1914 (n. St.) lag als Beilage ein Aufruf der „Narodna Odbrana" bei, der allen Abonnenten des Blattes zugestellt wurde.

In diesem Aufrufe finden sich die folgenden Stellen:

„Brüder und Schwestern! Nur ein Teil des Kossovo wurde gerächt, nur ein Teil des St. Veittages (Vidovdan) gesühnt. Ebenso weit und breit, wie die Gebiete sind, in denen unsere Volkssprache gehört wird — die serbische, kroatische und slowenische — von Kikinda bis Monastir, von Triest bis Carevo-Solo, ebenso weit und breit ist die Bedeutung des St. Veittages und des Kossovo. So viel nationale Seelen auf diesem Territorium weinen, so viel Ketten unserer Brüder knirschen, so viel Arbeit ist noch zu leisten, so viel haben wir noch zu opfern. Der St. Veittag konnte früher für uns einen Tag der Trauer bedeuten, aber heute, wo wir schon tief in die neue Geschichte des Volkes geschritten sind, wo hinter uns große und glorreiche nationale Geschehnisse stehen und uns noch größere und glorreichere erwarten, heute, wo wir in der Mitte des

Schaffens des großen nationalen Staates stehen, heute muß für uns der St. Veittag ein Tag großer Freude und Stolzes wegen des Geschehenen sein, da es aus ihm entsprossen ist und noch mehr wegen dessen, was kommen wird. Serben und Serbinnen! Millionen unserer Brüder, Slowenen, Kroaten und Serben außerhalb unserer Grenzen schauen heute auf uns, die Kinder des Königreiches, und ihre Brust wölbt die Freude und die Hoffnung, indem sie unsere heutige majestätische Manifestation für die nationale Sache betrachten. Dem Mutigen hilft Gott! Vorwärts alle! Es ruft uns derjenige Teil unserer geheiligten Aufgabe, der noch unverwirklicht geblieben ist. Am St. Veittage 1914 in Belgrad.

Beilage 5.

Zeugenaussage des Trifko Krstanović über die Narodna odbrana.

Der Bäckergehilfe Trifko Krstanović in Zavidovici wurde von einer Gendarmeriepatrouille in der Nacht vom 6. zum 7. Juli 1914 verhaftet, weil durch eine kurz nach Verübung des Attentates gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand von ihm gemachte Äußerung, dieses Attentat sei zu erwarten gewesen, der Verdacht entstanden war, daß er von dem Komplotte Kenntnis gehabt habe.

Er wurde deshalb dem Kreisgerichte in Sarajewo eingeliefert. Bei der Abhörung des Verhafteten ergab sich, daß seine Äußerung den gegen ihn rege gewordenen Verdacht nicht rechtfertigte, da sie, lediglich auf seinen früheren Kenntnissen von der Tätigkeit der Narodna odbrana beruhend, bloß der Ausdruck seiner Überzeugung gewesen war, daß bei der in Serbien gegen die österr.-ungar. Monarchie und speziell gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand entfalteten Agitation eine derartige Tat erwartet werden mußte. Das gegen Krstanović eingeleitete Verfahren wurde deshalb mangels jedes Tatbestandes eingestellt und der Genannte mit Rücksicht auf seine für die Untersuchung wichtigen Kenntnisse über die Tätigkeit der Narodna odbrana als Zeuge einvernommen.

Ein die hier interessierenden Umstände betreffender Auszug aus diesem am 19. Juli 1914 aufgenommenen Zeugenprotokolle folgt hiermit:

„Im Herbste des Jahres 1908 überschritt ich auf der Mokra Gora bei Visegrad die Grenze nach Serbien, um mir Beschäftigung zu suchen. Zuerst kam ich nach Bajina Basta im Bezirke Uzice, und da ich dort keinerlei Beschäftigung fand, ging ich nach Belgrad, wo ich gerade zu der Zeit der Verkündigung der Annexion Bosniens und der Herzegowina einlangte. Da ich sah, daß wegen der Annexion in der Bevölkerung eine große Bewegung und Erregung entstanden war und daß ich keinerlei Beschäftigung werde finden können, ging ich in das k. u. k. Konsulat und ersuchte, mich nach Hause abzufertigen. Dort sagte man mir, daß ich nachmittags kommen möge und daß man mich dann in die Heimat abfertigen werde. Als ich jedoch aus dem Konsulate hinausging, erwischte mich auf der Straße ein Gendarm und fragte mich, woher ich sei; in der Meinung, ich sei ein Spion, führte er mich in eine Karaula. Hier verhörte man mich, und als ich ihnen sagte, daß ich gerne nach Hause möchte, begann mich ein Unteroffizier zu schmähen, wieso ich jetzt aus Serbien wolle, da sie gerade jetzt mehr Leute brauchen, weil es zu einem Kriege mit Österreich kommen könnte. Als ich ihm sagte, daß ich nichts zum Leben habe, antwortete er mir, daß ich volle Versorgung finden werde, wenn ich mich in das Komitee einschreibe. Ich war in jener Not damit einverstanden und ein Gendarm führte mich in das Gasthaus „Zelenom Vijencu“ („zum grünen

Kranz") und stellte mich dort dem Voja Tankosić, dem Führer des Komitees und Kapitän im regulären Heere vor. Hier beim „grünen Kranze" wurde ich in Kost und Wohnung genommen, und wie ich sah, waren hier auch andere vom Komitee wohnhaft. Voja Tankosić sagte mir, daß es der Zweck des Komitees sei, sich zu unterrichten im Bombenwerfen, in der Zerstörung von Brücken, Tunnels, Telegraphen und Eisenbahnen, und zwar deshalb, weil es leicht zu einem Kriege zwischen Serbien und Österreich kommen könnte. Hierauf führte mich ein Mann in ein ärarisches kleineres Haus neben dem Finanzministerum, wo die Kanzleien des Komitees sich befanden und hier in der Kanzlei traf ich Milan Pribičević, welcher mich in das Komitee einschrieb. Bei dieser Einschreibung fragte mich Milan Pribičević, ob mir Voja Tankosić gesagt habe, welche Pflichten ich als Komita habe, worauf ich antwortete: „ja". Er sagte mir, daß die Eingeschriebenen tüchtig, stark und opferwillig sein müßten. Damals waren wir etwa 70 eingeschrieben. In Belgrad haben wir nichts gemacht. Nach etwa 1½ Monaten teilte uns unser Führer Tankosić mit, daß die Großmächte unser Komitee verboten haben und daß wir uns aus Belgrad entfernen und irgendwo in einem verlorenen Orte verstecken müssen, wohin Fremde nicht kommen. Auf diese Weise sandten sie uns in die Stadt Cuprija. Hier übten uns ein die Offiziere Voja Tankosić, Dusan Putnik, Zivko Gvozdić und Mitar Djinović, der in die montenegrinische Bombenaffäre verwickelt war und in Montenegro erschossen wurde. Es war uns verboten, mit den übrigen Leuten zu verkehren, damit man nichts von unserem Zwecke erfahre und auch nichts davon, wie viele wir wären. Wir übten uns in dem Werfen von Bomben, in dem Errichten von Minen und in der Zerstörung von Telegraphen, Eisenbahnen, Tunnels und Brücken. Alle 14 Tage kamen zu uns Milan Pribičević, General Bozo Janković, der Apotheker Skarić, der Abgeordnete Zivko Rafajlović, ein gewisser Glisić Milutin, Beamter im Finanzministerium, und diese sahen zu, wie wir übten, und beglichen jedesmal für uns die Kosten der Verpflegung. Unsere Lehrer sagten uns, daß wir Komitees, sobald der Krieg verkündigt sei, voraus gehen werden, hinter uns die Freiwilligen und dann das reguläre Heer. In Cuprija waren wir etwa 140 Mann. Wir bekamen außer der Kost, Wohnung und Kleidung je 25 Para täglich für Tabak. Die Schule dauerte beiläufig 3 Monate, d. h. bis März 1909. Dann sagten uns die Mitglieder des Ausschusses, daß wir entlassen wären, daß jeder gehen könne, wohin er wolle, denn die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei von den Großmächten anerkannt und unser Komitee habe keinen Zweck mehr. Bei der Auflösung des Komitees sagte mir General Bozo Janković, daß ich in den Dienst des Bozo Milanović in Sabac trete und 50 Dinar monatlich Lohn erhalte. Er sagte mir nicht, welcher Dienst das sein werde. Ich nahm an, weil ich mich als Komitee gegenüber dem General Janković zu folgen verpflichtet fühlte und auch, da ich nichts zum Leben hatte und mir ein Brot suchen mußte. So kam ich im März 1909 nach Sabac und meldete mich beim Bozo Milanović, Kaufmann in Sabac. General Janković hatte mir gesagt, daß Bozo Milanović der Vorstand der Narodna odbrana in Sabac sei und daß ich bei ihm in dieser Narodna odbrana dienen werde. Als ich dem Bozo Milanović das Schreiben des Generals gab und er es gelesen hatte, sagte er mir, daß ich ihm treu dienen und seine Aufträge ausführen müsse. Der hauptsächlichste Dienst werde für mich sein Briefe auszutragen, wohin sie eben lauten. Falls ich einen Brief nicht dorthin tragen werde, wohin er gerichtet sei, und falls irgend jemand anderer zu

diesem Briefe käme, so sei das mit meinem Leben verbunden. Gleich nächsten Tages gab mir Bozo Milanović einen geschlosenen Brief, den ich zu Cedo Lukić, Finanzwachtmeister in Serbisch-Rača, tragen sollte. Am Wege nach Rača, im Orte Bogatić, stellte mich der Bezirkskapetan, nahm mir den Brief ab, öffnete und las ihn. In dem Brief stand, daß Lukić sofort drei Boote kaufen solle, damit sie fertig wären, falls sie gebraucht würden. Dem Briefe waren 100 Dinar beigeschlossen. Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Kapetan, daß vom Ministerium der strenge Auftrag gekommen sei, daß die Komitatschi auf eigene Faust nichts tun dürfen, damit nicht eine internationale diplomitische Intervention provoziert werde. Ich kehrte nach Sabac zurück und meldete dem Bozo Milanović, was mir geschehen war. Bozo Milanović wendete sich an den Kreispräfekten, und dieser ordnete an, daß mir der Revolver, den mir der Kapetan in Bogatić abgenommen hatte, zurückgestellt werde. Auch ordnete er an, daß der Kapetan den Brief an Cedo Lukić, an welchen er lautete, zu expedieren habe. Derartige Briefe habe ich vom März 1909 bis zum Oktober 1910 ausgetragen, und zwar habe ich während dieser Zeit nach Serbisch-Rača 43 Briefe, nach Loznica 55 Briefe, nach Zvornik 5, nach Ljubivija 2 Briefe getragen und nach Koviljača weiß ich nicht wie viele. Ich habe mir deswegen gemerkt, wie oft ich in jedem Orte war, weil diese Orte von Sabac sehr weit entfernt sind. Die Briefe habe ich an die Leiter der Zollämter in den betreffenden Orten getragen, und von diesen habe ich wieder Briefe als Antwort erhalten und zu Bozo Milanović getragen. Ich erinnere mich, daß ich auch einige Male Briefe nach Sepačka Ada getragen habe. Mein Gehilfe im Austragen von Briefen war ein gewisser Vaso Erić, gebürtig aus Sebrenica. Nach Belgrad habe ich Briefe von Bozo Milanović jede Woche getragen und an Milan Pribičević und Bozo Janković zugestellt. Von dem Inhalte dieser Briefe habe ich nichts gewußt und hat mir auch niemand hierüber etwas gesagt. Soviel ich sehen konnte, waren die Briefe, welche Bozo Milanović absandte, nicht chiffriert, während die Briefe, welche die Zollamtsleiter sendeten, mit besonderen Zeichen geschrieben waren, was ich beobachtet habe, als sie Bozo Milanović öffnete. Einmal brachte ich dem Bozo Milanović ein solches chiffriertes Schreiben, ich glaube aus Zvornik, und dieser sendete mich mit dem Schreiben zu Mika Atanasijević, Professor in Sabac, damit er es dechiffriere. Dieser vollführte das, wie er das gewöhnlich tat; aber vielleicht vergaß er den Brief zu schließen, so daß ich ihn lesen konnte. In dem Briefe stand, daß von sicherer Seite gemeldet werde, daß Geld mit dem Bildnisse des Thronfolgers zu prägen sei und daß dies ein Zeichen sei, daß Kaiser Franz Joseph abdizieren werde. Etwa nach 8 Monaten meiner Dienstleistung bei Bozo Milanović gab mir Bozo seine Visitkarte, auf welcher ein Totenkopf aufgezeichnet war und auf der aufgeschrieben stand, daß ich zum Vertrauten (povjerenik) der Narodna odbrana ernannt sei. Bei dieser Gelegenheit sagte er mir, daß es sich um Spionage handle . . . . .

Von dem Offizier Dusan Opterkić, dem Mitglied der Narodna odbrana, erfuhr ich einmal, daß die Narodna odbrana in Bosnien und Herzegowina 23 Mitglieder habe. Sonst ist mir aber nicht bekannt, ob und welche Organisation die Narodna odbrana in Bosnien hat. Hin und wieder gab mir Milan Pribičević einen Revolver oder aber Geld zum Ankauf eines Revolvers, damit ich ihn den Finanzern an der Grenze gebe, welche als Komitatschis dienten, da sie keinen Revolver hatten und auch kein Geld, um sich einen solchen selbst zu kaufen. Wie mir scheint, gab ihnen Milan

Pribičević diese zur Ehrung, weil sie eben Komitatschis waren. Eine andere Beschäftigung mit Waffen hatte ich nicht.

Einmal bekam ich zur Zeit meiner Dienstleistung von Bozo Milanović den Auftrag, mit einem Manne zu einem Bauern in Lijesnica an der Drina zu gehen, und dieser Bauer werde uns informieren, und alles, was notwendig wird, zeigen, damit wir zwei den Ljubo Stanaričić, serbischen Reserveoffizier, der nach Bijeljna geflüchtet war, töten. Der Ausschuß der Narodna odbrana hatte nämlich erfahren, daß Ljubo Stanaričić für den serbischen Staat gefährlich sei und hatte beschlossen, daß er getötet werden solle.

Von Bozo Milanović erhielten ich und jener Mann den Auftrag, an einem bestimmten Orte über die Drina zu gehen und Ljubo Stanaričić, der gerade am Ufer der Drina auf der bosnischen Seite im Bijeljiner Bezirke wohnhaft ist, zu töten. Ich und jener Mann waren in die Drina gestiegen, aber weil das Wasser tief war und wir auch sahen, daß Ljubo mit dem Gewehr auf der Schulter um sein Haus herumgehe, kehrten wir zum Hause jenes Bauern zurück. Weil ich sah, daß wir ihn mit dem Messer nicht töten können, sendete ich jenen Mann nach Sabac, damit er Bozo Milanović melde, daß es nicht möglich sei, den Stanaričić auf diese Weise, wie er wolle, nämlich mit dem Messer, zu töten. Daraufhin erhielt ich vom Bozo Milanović den Auftrag, daß wir ihn auf jeden Fall töten. Dann haben wir uns entschlossen, ihn mit dem Gewehre zu erschießen. Dieser Mann, der mit mir war, hatte nach dem Auftrage des Bozo auf Stanaričić zu schießen und ihn zu töten und ich hatte zu kontrollieren, ob dieser Auftrag ausgeführt werde. Inzwischen jedoch kam ein berittener Gendarm und brachte vom Kreispräfekten in Sabac den Auftrag, daß wir zurückkehren und von der ursprünglichen Absicht abstehen sollen. Und so kehrten wir nach Sabac zurück.

Im Oktober 1910 verlangte ich vom Bozo Milanović, daß er mir den Lohn erhöhe, und als er mir das nicht tun wollte, bedankte ich mich für den Dienst. Aus Sabac ging ich nach Belgrad, wo ich mit dem General Janković zusammentraf, der mich verhaften ließ, deshalb, weil ich den Gehorsam aufgesagt habe. Sie zogen mich durch verschiedene Gefängnisse, etwa durch zwei Monate, und alles deswegen, weil ich ihnen den Gehorsam aufgesagt hatte und sie sich fürchteten, daß ich ihre Geheimnisse verrate. Zum Schlusse entschieden sich die Behörden, mich nach Bosnien zu expedieren. In Sabac sagte mir ein Gefangener, daß es sich um mein Leben handelt. Die Gendarmen begleiteten mich bis Zvornik, wo sie mich den bosnischen Gendarmen übergaben. So kam ich im Dezember 1910 nach Bosnien.

Von irgendeiner Schwarzen Hand weiß ich nichts Bestimmtes, mit Ausnahme dessen, was ich von dieser Hand in serbischen Zeitungen gelesen habe. Heute erinnere ich mich nicht daran, was von dieser Schwarzen Hand in Zeitungen geschrieben war. Ebenso weiß ich nichts von der Schwarzen Liste. In Serbien herrschte nach der Annexion ein allgemeiner Unwille und Haß gegen die Person des österreichischen Thronfolgers, denn er war allgemein als ein Blutfeind der Serben angesehen.

Im übrigen berief sich Krstanović auf seine früheren Angaben, von denen bloß die folgenden zur Ergänzung der vorstehenden Aussage von Interesse sind.

Das Komitee, in das Krstanović durch Milan Pribičević aufgenommen wurde, gelangte von der Narodna odbrana zur Aufstellung. In der Schule

in Cuprija befanden sich 20—22 Angehörige aus der Monarchie. Unter den Schülern war auch Milan Ciganović.

In der Schule zu Cuprija wurde gelehrt, daß die Komitees bereit sein müssen, auf Befehl der Narodna odbrana nach Bosnien zu gehen und dort nach den von ihren Vorgesetzten erhaltenen Aufträgen zu handeln.

Beilage 6.

Auszug aus den Akten des Kreisgerichtes in Sarajevo über das Strafverfahren gegen Jovo Jagličić und Genossen wegen Verbrechens der Ausspähung.

Im Jahre 1913 wurde eine von Jovo Jagličić und mehreren Komplizen in Bosnien zugunsten Serbiens betriebene Ausspähungsaktion aufgedeckt. Das hierauf in Sarajewo eingeleitete Strafverfahren lieferte unter anderem auch folgendes, einen Einblick in die Methoden der großserbischen Propaganda und speziell der Narodna odbrana bietendes Material.

Jovo Jagličić gab an, daß er im Monate August oder September 1912 zum ersten Male dem gewesenen Viehrevisor in Foča, Petar Klarić, genannt Pesut, begegnete, welcher im Herbst 1912 nach Montenegro geflüchtet und dann Komitatschi geworden war.

Bei der ersten Zusammenkunft fragte Klarić den Jagličić, ob er den Rade Milosević aus Kalinovik kenne, und meinte auf die Antwort des letzteren, daß Milosević im Spital schwer krank liege: „Schade, wenn er stirbt, wir haben Merkwürdiges gesprochen, hat er Dir nichts davon erwähnt?“ Auf die verneinende Antwort erwiderte Klarić: „Ich hätte Dir etwas Wichtiges mitzuteilen, wir sind Serben und müssen etwas Wichtiges für Serbien tun, komme zu mir in meine Kanzlei.“ Dort entspann sich nun zwischen ihnen folgendes Gespräch:

„Jovan, ich will Dir etwas erzählen, ich kenne Dich noch nicht, ob Du mich verraten wirst? Ich sage es Dir trotzdem und wenn Du das Herz hast, verrate mich!“

Auf die Frage des Jagličić, um was es sich denn handle, antwortete Klarić: „Bruder, in Serbien existiert ein Verein „Narodna odbrana“. In diesen Verein sollen viele Leute eintreten; es sind auch schon viele in Bosnien und der Herzegowina sowie in der ganzen Monarchie angeworben; es gibt Leute dabei von Intelligenz und Wohlhabende, das sind große Köpfe, und wenn es die können, warum sollen es nicht auch wir tun, damit wir auch etwas dazu beitragen.“

Auf die Frage, welche Ziele dieser Verein verfolgt, antwortete Klarić: „Der Verein verfolgt den Zweck: z. B. Du bist in Kalinovik, Du meldest mir, was es dort Neues gibt, wieviel Militär, Kanonen, Munition, verschiedene Gewehre, wer kommt, wer geht u. dergl. Wir haben eine geheime Schrift „Chiffre“ und korrespondieren mit derselben. Wenn Du treu bist, erhältst Du sie auch.“

Jagličić hatte Furcht, daß Klarić ihn nur ausforsche, um ihn dann zu verraten und ersuchte ihn daher, er solle ihm einige Namen von Mitgliedern nennen, worauf Klarić eine Zeitlang nachdachte und dem Jagličić dann einen Namen nannte, der diesem Vertrauen einflößte.

Hierauf sagte ihm Klarić: „Soll ich Dir den ‚Chiffre‘ geben?“ Jagličić war damit einverstanden. Klarić, welcher den Chiffre auswendig kannte, schrieb ihn auf einen Zettel auf und übergab ihn dem Jagličić.

Verhaftung des Attentäters Gavrilo Princip und seine Einbringung in das Polizeigefängnis in Sarajewo. (Walter Tausch, Photographische Kunstanstalt, Sarajewo).

Bei einer anderen Gelegenheit erzählte Klarić von seinem Aufenthalt in Banja-Koviljača (bei Ložnica), wo er durch den serbischen Hauptmann Todorović [26]) Unterricht im Bombenwerfen erhalten hat, und sagte auf die Frage des Beschuldigten, warum er dies gelernt habe: „Wenn es zu etwas kommt, wie ich Dir bereits gesagt habe, ist es notwendig, daß ich mit Bomben umzugehen verstehe, daß ich Dich einübe und Du dann die anderen, damit Pulvermagazine und sonstige wichtige Objekte in die Luft gesprengt werden, weil wir in diesem Falle Bomben aus Serbien erhalten werden."

Hierauf beschrieb Klarić das Aussehen der Bomben und sagte, daß er bereits Leute angeworben habe, welche im Falle eines Krieges die Telegraphen- und Telephondrähte durchschneiden werden.

Bei diesen Zusammenkünften erfuhr Jagličić von Klarić auch, daß es zu den Aufgaben der Mitglieder der Narodna odbrana gehört, österreichisch-ungarische Soldaten zur Fahnenflucht zu verleiten, Freiwillige (Komitatschis) anzuwerben, Banden zu organisieren, Objekte und Depots zu sprengen usw. Auch teilte ihm Klarić mit, daß selbst die chiffrierte Korrespondenz zwischen den serbischen und bosnischen Mitgliedern nicht der Post anvertraut, sondern durch sichere Boten über die Grenzen befördert wird.

Klarić hat dem Jagličić weiter erzählt, daß gelegentlich der Prosvjetafeier (im September 1912) mit der zu dieser entsendeten Deputation aus Serbien auch ein serbischer Major in Sarajewo im Hotel „Europe" gewohnt hat[27]), welchem Klarić Mitglieder der Narodna odbrana zuführte, die dieser beeidete.

Von einem Spione erfuhr Jagličić, daß Bomben nach Sarajewo kommen werden und schon gekommen sind, daß diese das Aussehen von Seifenstücken haben[28]) und daß man auch diesem Spione *2—3* Stücke senden oder daß er sich solche abholen werde.

Beilage 7.

Aus konfidentiellen Meldungen über die „Narodna odbrana".

Die Leitung der Narodna odbrana besteht aus Vertretern aller Parteirichtungen, um auch die Fortschrittler und die Gegner der Verschwörer zu gewinnen. Ihr eigentlicher Spiritus rector ist der jetzige Major Pribičević. Die Sekretärstelle ist immer mit einem beurlaubten Offizier besetzt.

Aufgabe der Narodna odbrana ist es, in den südslawischen Teilen Österreich-Ungarns eine wirksame Propaganda in Militär- und Zivilkreisen zu entwickeln, um so eine Revolution vorzubereiten, eventuelle Mobilisierungen zu stören, Paniken und Revolten hervorzurufen usw.

---

[26]) Hauptmann Kosta Todorović war damals tatsächlich Grenzkommissär und Leiter des serbischen Kundschaftsdienstes für die Grenzstrecke Rača—Ljuboija.

[27]) Zu der Prosvjetafeier war der serbische Major Mika Janković als serbischer Delegierter erschienen.

[28]) Die bei dem Sarajewoer Attentate gegen Erzherzog Franz Ferdinand verwendeten und die im Jahre 1913 in der Save bei Brčko gefundenen, aus dem königl. serbisehen Arsenale in Kragujevac stammenden Bomben können tatsächlich mit Seifenstücken verglichen werden.

Die Organisation besitzt in der Monarchie mehrere Vertrauensmänner und Emissäre, die eine stille Propaganda von Mann zu Mann betreiben. Einzelne haben spezielle Missionen, um bei wichtigen Brücken, Knotenpunkten usw. einige Leute — womöglich Eisenbahnbeamte — anzuwerben, welche die Aufgabe haben, im geeigneten Momente etwa erhaltene Weisungen durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Der Verkehr zwischen den Mitgliedern der Narodna odbrana wird möglichst durch persönliche Fühlungnahme bewerkstelligt.

Als Mitglieder werden hauptsächlich junge Leute, Arbeiter, Eisenbahner geworben.

Beilage 8.

Auszug aus den Akten des bosnisch-herzegowinischen Kreisgerichtes in Sarajewo über die dort anhängige Untersuchung gegen Gavrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni 1914 an seiner k. und k. Hoheit dem Herrn Erzherzoge Franz Ferdinand von Österreich-Este und Ihrer Hoheit der Frau Herzogin Sophie von Hohenberg verübten Verbrechens des Meuchelmordes.

I. Die Tat und die Täterschaft.

Gavrilo Princip, Nedeljko Cabrinović, Trifko Grabez, Vaso Cubrilović und Cetres Popović sind geständig, in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Mehemed Mehmedbasić ein Komplott zur Ermordung des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand gebildet und mit Bomben, teilweise auch mit Browningpistolen ausgerüstet, Höchstdemselben am 28. Juni 1914 auf seiner Rundfahrt durch Sarajewo zwecks Verübung des geplanten Attentats aufgelauert zu haben.

Nedeljko Cabrinović ist geständig, als erster unter den Verschwörern gegen den Wagen des Herrn Erzherzogs eine Bombe geschleudert zu haben, die ihr Ziel verfehlte und die beim Explodieren lediglich Insassen des dem erzherzoglichen Automobile folgenden Wagens verletzte.

Gavrilo Princip ist geständig, aus einer Browningpistole zwei Schüsse gegen das erzherzogliche Automobil abgegeben zu haben, durch welche der Herr Erzherzog Franz Ferdinand und die Frau Herzogin Sophie von Hohenberg tödlich verletzt wurden.

Beide Täter geben die Mordabsicht bei Verübung der Tat zu.

Diese Geständnisse haben durch die gepflogenen Erhebungen ihre volle Bestätigung gefunden und ist festgestellt, daß weiland Herr Erzherzog Franz Ferdinand und weiland Frau Herzogin Sophie von Hohenberg an den Folgen der von Gavrilo Princip auf sie abgegebenen Revolverschüsse gestorben sind.

II. Entstehung des Komplotts.

Die Beschuldigten haben, im wesentlichen übereinstimmend, vor dem Untersuchungsrichter nachstehende Angaben gemacht:

Im April 1914 faßte Princip während seines Aufenthaltes in Belgrad, wo er in dortigen Kaffeehäusern mit vielen serbischen Studenten verkehrte, den Plan zur Ausführung eines Attentates auf weiland Herrn Erzherzog Franz Ferdinand. Diese Absicht hat er mit dem ihm bekannten, damals gleichfalls in Belgrad anwesenden Cabrinović besprochen, der sich damals schon mit dem gleichen Gedanken trug und der zur Teilnahme an dem Attentate sofort bereit war. Über die Verübung eines Anschlages auf den

Herrn Erzherzog wurde in dem Kreise, in dem Princip und Cabrinović verkehrten, oft gesprochen, da der Herr Erzherzog als gefährlicher Feind des serbischen Volkes galt.

Die zur Ausführung der Tat nötigen Bomben und Waffen wollten sich Princip und Cabrinović, da sie selbst die Mittel zu deren Ankauf nicht besaßen, zuerst von dem serbischen Major Milan Pribičević oder von der Narodna odbrana beschaffen. Da aber Major Pribičević und das maßgebende Mitglied des genannten Vereines, Zivojin Dačić, zu jener Zeit verreist waren, beschlossen sie zu trachten, die Waffen von dem ihnen bekannten ehemaligen Komitatschi und derzeitigen Staatsbahnbeamten Milan Ciganović zu erhalten.

Nun trat Princip durch Vermittlung eines intimen Bekannten des Ciganović mit diesem in Verbindung. Ciganović suchte hierauf den Princip auf, sprach mit ihm über das geplante Attentat, das er vollkommen billigte und erklärte zunächst, daß er es sich noch überlegen wolle, ob er die Waffen hierzu beistellen solle. Auch Cabrinović sprach mit Ciganović wegen der Waffen.

Zu Ostern zog Princip den gleichfalls in Belgrad anwesenden Trifko Grabež ins Vertrauen, der sich nach seinem Geständnisse gleichfalls zur Mitwirkung an dem Attentate bereit erklärte.

In der folgenden Zeit hatte Princip wiederholt Gespräche mit Ciganović über die Ausführung des Attentates.

Inzwischen hatte sich Ciganović wegen des geplanten Attentates auch mit dem ihm eng befreundeten serbischen Major Voja Tankosić ins Einvernehmen gesetzt, der dann für diese Zwecke die Browningpistolen zur Verfügung stellte.

Grabez gesteht in Übereinstimmung mit den Angaben des Princip und Cabrinović zu, am 24. Mai in Begleitung des Ciganović den Major Tankosić über dessen Wunsch in seiner Wohnung besucht zu haben. Nach der Vorstellung habe Tankosić dem Grabez gesagt: „Bist Du dieser, bist Du entschlossen?“, worauf Grabez erwiderte: „Ich bin es“. Als Tankosić dann fragte: „Versteht Ihr aus dem Revolver zu schießen?“ und Grabez hierauf verneinend antwortete, sagte Tankosić zu Ciganović: „Ich werde Dir einen Revolver geben, gehe und unterrichte sie im Schießen“.

Hierauf führte Ciganović den Princip und den Grabež zur Militärschießstätte in Topčider und erteilte ihnen in einem bei der Schießstätte liegenden Walde Unterricht im Schießen mit Browningpistolen auf Ziele. Hierbei erwies sich Princip als der bessere Schütze. Ciganovic hatte den Princip, Grabez und Cabrinović auch mit dem Gebrauche der ihnen später übergebenen Bomben vertraut gemacht.

Am 27. Mai 1914 übergab Ciganovič dem Princip, Cabrinović und Grabež nach deren übereinstimmenden Geständnissen 6 Bomben, 4 Browningrevolver und genügende Mengen Munition, sowie eine Glastube mit Zyankali, damit sie sich zwecks Wahrung des Geheimnisses nach verübter Tat vergiften. Überdies gab ihnen Ciganović Geld.

Schon zu Ostern hatte Princip den Danilo Ilić von seinem Attentatsplane unterrichtet. Bei der Rückkehr nach Sarajevo ersuchte er nun diesen, einige weitere Personen zu werben, die sich an dem Attentate beteiligen, damit es sicher gelinge. Hierauf hat Ilić nach seinem Geständnisse den Jaso Cubrilović, Cetro Popović und Mehemed Mehmedbasić hierzu geworben.

III. Herkunft der Bomben.

Bei Verübung des Attentates war nur eine der Bomben zur Verwendung gelangt. Die übrigen fünf Bomben wurden später von der Polizei in Sarajevo zustande gebracht.

Diese Bomben sind nach dem Gutachten der gerichtlichen Sachverständigen serbische Handgranaten, die fabriksmäßig erzeugt wurden und für militärische Zwecke bestimmt waren. Sie sind identisch mit den 21 Bomben, die im Jahre 1913 in der Save bei Brčko gefunden wurden und die sich zum Teile noch in der Originalpackung befanden, aus der sich mit Sicherheit ergab, daß sie aus dem serbischen Waffenlager in Kragujevac stammten.

Damit ist festgestellt, daß auch die bei dem Attentate gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand verwendeten Granaten aus den Vorräten des Kragujevacer Armeedepots stammen.

Grabez nennt die ihm und seinen Komplizen übergebenen Granaten ganz spontan „Kragujevacer Bomben".

IV. Transport der drei Attentäter und der Waffen von Serbien nach Bosnien.

Princip gibt hierüber folgendes an:

Ciganović sagte dem Cabrinović, Grabez und Princip, sie sollten ihren Weg über Sabac und Loznica nach Tuzla nehmen und sich dort an Misko Jovanović wenden, der die Waffen übernehmen werde. Zunächst sollten sie nach Sabac gehen und sich dort beim Grenzhauptmanne Major Rade Popović melden, für den er ihnen einen Zettel mitgab, den Princip übernahm. Am 28. Mai verließen die drei Komplizen mit den Waffen Belgrad. In Sabac übergab Princip den Zettel, den er von Ciganović erhalten hatte, dem Major Popović, der hierauf alle drei auf das Kommando führte und ihnen einen Passierschein ausstellte, in welchem bestätigt wurde, daß einer von ihnen Finanzwachmann und die beiden anderen dessen Kameraden seien. Der Passierschein enthielt auch den Namen dieses angeblichen Finanzwachmannes, doch habe er den Namen vergessen. Gleichzeitig übergab ihnen Major Popović ein geschlossenes Schreiben für den Grenzhauptmann in Loznica, der Pravanović, Prdanović oder Predojević hieß.

Princip, Cabrinović und Grabez übernachteten in Sabac und reisten am nächsten Morgen mit der Bahn nach Loznica, und zwar auf Grund des ihnen vom Major Popović ausgefertigten Passierscheines mit halber Fahrkarte. Mittags kamen sie in Loznica an und übergaben dem dortigen Grenzhauptmanne den Brief des Majors Popović, in dem es hieß: „Schau, daß Du diese Leute empfängst und sie durchführst, wo Du weißt." Der Grenzhauptmann sagte, er werde seine Finanzwachleute von der Grenze rufen und die drei dem sichersten Manne anvertrauen. Darauf telephonierte er und bestellte die drei Komplizen für den nächsten Morgen, 7 Uhr, in seine Kanzlei.

Am anderen Morgen vereinbarten die drei Verschwörer, daß Cabrinović mit dem Passe des Grabez offen den Weg nach Zvornik nehme, Princip und Grabez aber die Grenze heimlich überschreiten. Dieser Plan wurde mit dem Grenzhauptmanne besprochen und hierbei beschlossen, daß ein Finanzwachmann aus Ljesnica, namens Grbić, den Princip und Grabez in seine Karaula mitnehmen und über die Grenze bringen solle. Cabrinović ging dann zu Fuß nach Banja Koviljača in der Richtung gegen Zvornik. Princip und Grabez fuhren mit dem Finanzwachmanne Grbić nach Ljes-

Blick auf die Lateinerbrücke in Sarajewo. Die Doppelsäule mit der Plakette des Erzherzogpaares wurde auf Veranlassung Oesterreich-Ungarns als Sühnedenkmal gesetzt. Das Denkmal ist von der jugoslawischen Regierung wieder abgetragen worden. Die eingelassene Platte auf dem Fahrdamm gibt die Stelle an, wo das Auto wenden wollte, als die tötlichen Schüsse Princips die Herzogin von Hohenberg und den Thronfolger trafen.

nica, wo sie die Bomben und den Revolver in einem Hotelzimmer ablegten. Hierbei sah der Finanzwachmann Grbić diese Objekte. Princip selbst bezeichnete diese Reise als mystisch.

Grabez sagte im wesentlichen konform mit Princip aus und fügte ergänzend bei, Grbić habe gelacht, als er die Bombe und die Revolver sah und lediglich gefragt, wohin in Bosnien sie mit diesen Bomben gingen. Der Finanzwachmann habe sich jedenfalls gedacht, daß Grabez und Princip eine Mission hätten.

Grbić und ein zweiter Finanzwachmann haben den Princip und Grabez auf einem Kahne zu einer Insel in der Drina gebracht. Dort wies sie Grbić an, auf einen Bauer zu warten, der sie abholen werde. Sie übernachteten auf der Insel in einem Bauernhäuschen, wohin Grbić sie gewiesen hatte. Am nächsten Tage kam ein Bauer, der sie während der Nacht zuerst durch einen Sumpf und dann über das Gebirge bis in die Nähe von Priboj brachte, wo er sie wieder dem dortigen Lehrer Cubrilović, der bereits auf sie gewartet zu haben schien, zur Weiterbeförderung übergab.

Dieser brachte sie dann weiter nach Tuzla zu Misko Jovanović.

Cabrinović sagte über die Vorgänge der Reise bis zu dem Momente, in dem er sich von Princip und Grabez trennte, im wesentlichen übereinstimmend mit diesen aus und fügte nur ergänzend bei, daß Major Popović ihnen erzählt habe, er sei erst am Tage vor ihrer Ankunft in Sabac aus Belgrad gekommen.

In Loznica beschlossen Cabrinović, Princip und Grabez sich zu trennen, da es zu gefährlich wäre, wenn sie zu dritt gingen. Der Grenzhauptmann in Loznica, dem sie hiervon Mitteilung machten, lobte ihren Plan und gab dem Cabrinović einen Brief für den Lehrer M. Jaklojević in Mali-Zvornik mit. Cabrinović übergab hierauf die von ihm getragenen Bomben, Browning und Munition dem Princip und Grabez und ging in Begleitung eines ihm beigegebenen Finanzwachmannes nach Mali-Zvornik.

Dort fand er den Lehrer Jaklojević, dem er den Brief des Grenzhauptmannes von Loznica übergab. Dieser avisierte hierauf den serbischen Grenzposten. Als Cabrinović später mit dem Lehrer zu diesem Grenzposten kam, wartete dort bereits ein Mann auf sie, der sie mit einem Kahne über die Drina nach Groß-Zvornik in Bosnien brachte.

Von dort begab sich dann Cabrinović nach Tuzla zu Misko Jovanović.

Nachtrag.

Knapp vor Abschluß dieses Memoires wird vom Kreisgerichte in Sarajevo ein Zeugenprotokoll vorgelegt, aus dem sich ergibt, daß ein Angehöriger der Monarchie einige Tage vor dem 28. Juni d. J. dem k. und k. Konsulate in Belgrad die Meldung erstatten wollte, daß er vermute, es bestehe der Plan, auf Erzherzog Franz Ferdinand während seiner Anwesenheit in Bosnien ein Attentat zu verüben. Dieser Mann soll nun durch Belgrader Polizeiorgane, die ihn unmittelbar vor dem Betreten des k. und k. Konsulates aus nichtigen Gründen verhafteten, an der Erstattung dieser Meldung verhindert worden sein. Aus den in dem fraglichen Zeugenprotokolle enthaltenen Angaben würde folgen, daß die betreffenden Polizeiorgane von dem geplanten Attentate Kenntnis gehabt und diesen Mann nur verhaftet hätten, um ihn an der Erstattung der Anzeige zu hindern.

Da diese Angaben noch nicht nachgeprüft sind, kann über deren Stichhältigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkte noch kein Urteil abgegeben werden. Mit Rücksicht auf die hierüber schwebenden Erhebungen entziehen sich die näheren Details der Zeugenaussage derzeit einer genaueren Wiedergabe.

Beilage 9.

Die serbische Presse über das Attentat.

a) Das Belgrader Blatt „Balkan“ schreibt am 29. Juni über die beiden Attentäter:

Nedeljko Cabrinović, von Beruf Typograph, war von anarchistischen Ideen erfüllt und als unruhiger Geist bekannt. Er weilte bis vor 20 Tagen in Belgrad, wohin er nach dem Kriege kam und in der Staatsdruckerei beschäftigt war. Vor seiner Abreise erklärte er, daß er sich nach Triest begebe, wo er in einer neuen Druckerei Arbeit bekommen werde. Gavrilo Princip weilte gleichfalls bis vor kurzem in Belgrad. Während des Krieges hat er sich als Freiwilliger gemeldet, wurde jedoch nicht angenommen, weshalb er Belgrad verließ. Er kehrte aber zu Weihnachten des vorigen Jahres wieder nach Belgrad zurück, besuchte eine Zeitlang das Gymnasium und verließ Belgrad fast zu gleicher Zeit wie Cabrinović, jedoch auf einem anderen Wege als dieser. Princip war schweigsam, nervös, lernte gut, verkehrte mit einigen gleichfalls aus Bosnien und der Herzegowina stammenden Mittelschülern und in der letzten Zeit auch mit Cabrinović. Er neigte sozialistischen Ideen zu, obwohl er ursprünglich der fortschrittlichen Jugend angehört hat. Princip ist ebenso wie Cabrinović in Sarajewo aufgewachsen; beide verband seit ihrer Kindheit eine unzertrennliche Freundschaft.

b) Der „Piémont“ vom 1. Juli verweist darauf, daß nach dem lauten Proteste des Attentäters Zerajić der Protest Princips gefolgt sei. Das Werk des letzteren finde gleichfalls seine Aufklärung im bosnischen Regierungssystem. Der Umstand, daß Princip den Racheakt am heiligen Nationaltag Vidovdan verübte, welcher für die Vornahme der Manöver gewählt worden war, lasse die Verzweiflungstat des jungen Märtyrers verständlicher und natürlicher erscheinen.

(Das Blatt wurde wegen dieses Artikels von der Polizei konfisziert, die Konfiskation jedoch tags darauf von der ersten Instanz des Belgrader Gerichtes annulliert.)

c) Der jungradikale „Odjek“ vom 3. Juli sagt: man habe den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand am Tage des nationalen Enthusiasmus nach Sarajewo gesendet, um eine brutale Manifestation der Gewalt und Unterwerfung zu feiern. Dieser brutale Akt mußte brutale Gefühle des Widerstandes, des Hasses und der Rache herausfordern.

d) Das nationalistische Parteiorgan „Srpska Zastava“ vom 3. Juli sagt in einem Artikel, betitelt „Verdächtigungen und Drohungen“: „Das Attentat stellt sich immer mehr als ein Erzeugnis der ungesunden Verhältnisse in der Monarchie dar. Andererseits ruft die wilde Verfolgung des serbischen Volkes in Bosnien und der Herzegowina den Abscheu der ganzen zivilisierten Welt hervor.“

e) Das fortschrittliche Blatt „Pravda“ vom 3. Juli schreibt: „Die Wiener Politik ist zynisch. Sie beutet den Tod des unglücklichen Paares für ihre abscheulichen Ziele gegen das serbische Volk aus.“

f) Die „Agence des Balkans“ vom 3. Juli meldet: „Die in Bosnien und der Herzegowina gegen die Serben verübten Verbrechen sind unter den Auspizien und auf direkte Anstiftung der österreichisch-ungarischen Zivil- und Militärbehörden begangen worden.“

g) Die „Pravda“ vom 4. Juli sagt: „Alle bisher in Österreich begangenen Morde und Attentate haben stets eine und dieselbe Quelle gehabt. Die unterdrückten Völker der Monarchie mußten zu dieser Art des Protestes greifen, weil ihnen kein anderer Weg möglich war. In einem Chaos der Schreckensherrschaft ist es natürlich und vollkommen begreiflich, daß sich die Ära der Attentate eingebürgert hat.“

h) Der „Balkan“ vom 5. Juli bemerkt, daß Österreich-Ungarn „wegen Verfolgung Unschuldiger unter internationale Kontrolle gestellt werden müßte“; denn Österreich-Ungarn sei weniger konsolidiert als die Türkei.

i) Das „Mali Journal“ vom 7. Juli schreibt: „Ein Sprößling des Mittelalters wurde dieser Tage in Sarajevo ermordet. Ermordet hat ihn ein Knabe, der das Leid um sein geknechtetes engeres Vaterland bis zum Paroxismus fühlte, das Leid, das ihm die Räuber der Länder seiner Väter angetan haben. Was hat daraufhin das offizielle Österreich-Ungarn getan? Es hat mit allgemeinen Massakrierungen, Plünderungen und Zerstörungen des serbischen Lebens und Eigentums geantwortet. Durch solches Heldentum zeichnen sich nur die Nichtsnutzigen aus. Die Feigen sind immer große Helden, wenn sie sicher sind, daß ihnen nichts geschehen wird. Man vergleiche nur Princip und Cabrinović mit diesen Helden und man wird gleich den großen Unterschied merken. Zivilisation und Gerechtigkeit sind in Österreich-Ungarn eine große Lüge.“

j) Die „Tribuna“ vom 7. Juli sagt: „Wir sind der Ansicht, daß die Mordtat von Sarajevo bestellt wurde, um die Ausrottung der Serben mit einem Schlag durchzuführen.“

k) Der „Piemont“ vom 8. Juli meldet aus Bajina Baschka, daß die österreichischen Behörden in Bosnien ein Christenmassaker vorbereiten.

l) Der „Balkan“ vom 8. veröffentlicht einen Bericht aus Bosnien unter dem Titel „Bartholomäusnacht in Sarajevo“ und tritt für einen allgemeinen Boykott gegen alle in Serbien lebenden Österreicher ein.

m) Das „Mali Journal“ vom 8. fordert zum Boykott gegen die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf.

n) Unter dem Titel „Nichts aus Österreich-Ungarn!“ schreibt die „Tribuna“ vom 8., es sei am besten, aus Österreich-Ungarn nichts zu beziehen, auch die österreichischen und ungarischen Bäder nicht zu besuchen und keine Ärzte aus Österreich-Ungarn zu berufen. Die Privatinitiative könne in der angedeuteten Richtung viel ausrichten. Der Staat und die Behörden haben sich darein nicht einzumischen. Es sei genügend, an die Bürger zu appellieren.

o) Die „Stampa“ vom 8. behauptet, daß die Sarajevoer Polizei die verhafteten Attentäter der unmenschlichsten und schamlosesten Tortur aussetze, um von ihnen unwahre Geständnisse zu erpressen, auf Grund welcher dann Anklagen gegen das serbische Volk erhoben werden sollen.

p) Die „Agence des Balkans“ vom 9. meldet aus Belgrad: „Absolut sichere Privatmeldungen kündigen an, daß in Bosnien und der Herzegowina ein allgemeines Massaker der Serben unmittelbar bevorstehe.“

q) Anknüpfend an die Äußerung des Premierministers Asquith bei der Mitteilung der Nachricht vom Tode des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand, daß er für das Schicksal der Menschheit besorgt sei, veröffentlicht der „Balkan“ am 9. Juli einen historischen Überblick über die Ereignisse der letzten 40 Jahre, aus dem er ableitet, daß das serbische Volk in diesem Zeitraume den furchtbaren Qualen der jesuitischen Politik Österreich-Ungarns ausgesetzt war. Schließlich mußte Herr Erzherzog Franz

Ferdinand, wie alle Söhne Loyolas, welche nur im Blute der Menschen arbeiten und dem Prinzipe, „der Zweck heiligt die Mittel", huldigen, vom Schicksal ereilt und ein Opfer des Jesuitismus werden, wie es auch das ganze Österreich-Ungarn werden wird. Durch den Untergang Österreich-Ungarns aber soll der Menschheit Ruhe und Friede gegeben werden. Wenn man alle diese Wahrheiten resumiert, dann kommt man zum Schlusse, daß Asquith ruhigen Gemüts die Todesnachricht hätte mit den Worten begleiten können: „Ich bin für das Schicksal der Menschheit nicht mehr besorgt".

r) Die „Politika" vom 9. Juli führt im Leitartikel unter der Überschrift „Unverschämte Lügen" aus: „Die Art und Weise, wie die Untersuchung über das Sarajevoer Attentat geführt wird, läßt offen erkennen, welche Ziele Österreich dabei verfolgt. Da die Attentäter ungeachtet aller Torturen, denen sie ausgesetzt sind, nicht das sagen wollen, was man von ihnen verlangt, wurden andere Individuen ausfindig gemacht, die sich bereit erklären, unter gewissen Bedingungen eine gewisse Mitschuld an dem Attentate einzugestehen, zugleich aber alle jene zu beschuldigen, die Österreich unangenehm sind. Diese Methode ist vorläufig gelungen, denn die gedungenen Individuen erzählen alles, was man von ihnen will, und die österreichische Polizei sorgt dafür, daß diese Lügen sofort nach allen Windrichtungen verbreitet werden. Österreich hat ja kein Schamgefühl und es glaubt, daß sich jemand finden werde, der solchen Lügen Glauben schenkt."

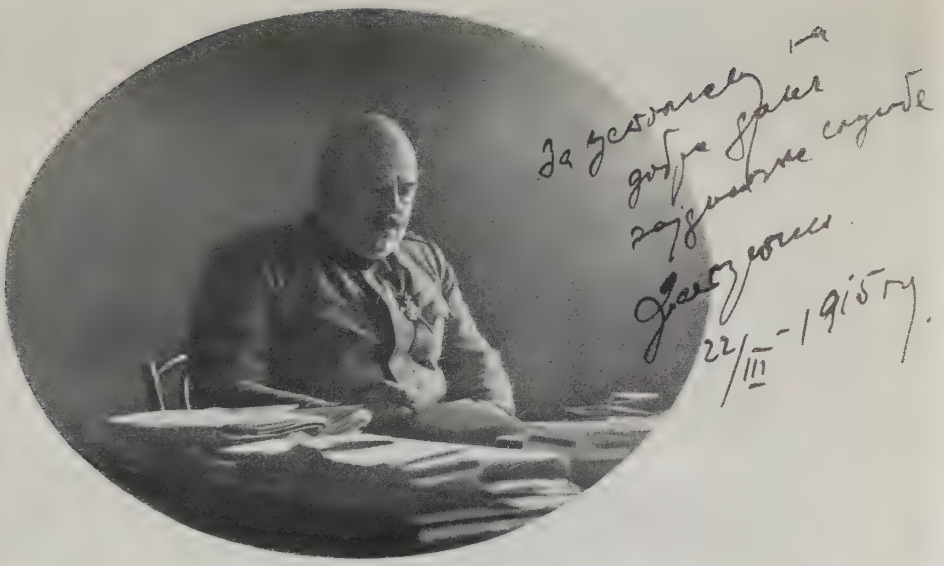
s) Die „Stampa" vom 9. sagt, es sei noch nicht alles, was sich in Bosnien und der Herzegowina ereignet hat, aufgedeckt und in die Öffentlichkeit gedrungen! Das werde strengstens verheimlicht. Die Wahrheit werde aber dennoch früher oder später an die Oberfläche kommen. Das blutdürstige Österreich will sich eben an serbischem Blute satt trinken und tut es auch. Es verlautet, daß es heute ungefähr 10 000 Verwundete und Tote in Bosnien gebe.

t) Die „Politika" vom 10. Juli richtet maßlose Beleidigungen gegen Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses.

u) Das Handelsblatt „Trgovinski Glasnik" vom 10. Juli spricht von der Verderbtheit und Skrupellosigkeit der österreichisch-ungarischen Politik, die es jesuitisch, rückschtslos und unehrenhaft nennt. Sie sei dem serbischen Volke in Österreich-Ungarn eine Mahnung, daß es nicht in einem Kulturstaate lebe, welcher Leben und Eigentum garantiere, sondern daß es stets bereit und bewaffnet sein müsse, sich vor der Räuberei der Behörden und der Regierung zu verteidigen. Nach den letzten Ereignissen dürfe das serbische Volk nicht mehr wie ein Lamm warten, welches jeden Tag abgeschlachtet werden könnte, sondern wie ein Löwe, der bereit ist zur blutigen Abwehr.

v) In der „Stampa" vom 10. Juli heißt es: Nichts sei ewig und auch Österreich-Ungarn werde nicht ewig in Bosnien und der Herzegowina bleiben. Die Zeit sei nicht fern, wo die Serben, welche die Macht der Türken brachen und die Bulgaren straften, um die Ivan Planina am Trebević kreisen werden.

w) Die „Pravda" vom 10. Juli fordert unter dem Titel „Boykott gegen die Nichtsnutzigen" zum Boykott der österreichischen Firmen in Belgrad sowie der österreichischen Waren auf und sagt, es sei Pflicht der „Narodna odbrana", die strengste Durchführung des Boykotts zu überwachen.



Dragutin Dimitriewitsch, gen. Apis,

Oberst im Generalstabe, Chef des Nachrichtenbüros im großen Generalstabe, hauptsächlichster Anstifter der Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga im Jahre 1903 und des österreichischen Thronfolgerpaares zu Sarajewo, war der Chef der Organisation „Vereinigung oder Tod“ und wurde aus Anlaß des Prozesses von Saloniki verurteilt und erschossen. Das Bild ist dem soeben erschienenen Buch von Dr. Boghitschewitsch „Le Procès de Salonique“, erschienen bei André Delpeuch, Paris, Rue de Babylone, entnommen.

x) Der „Zvono“ vom 16. Juli erklärt Princip als Sohn der Gräfin Lonyay, dem die Aufgabe zuteil wurde, den Tod des Kronprinzen Rudolf an dessen Mörder, Herrn Erzherzog Franz Ferdinand, zu rächen.

y) Das „Mali Journal“ vom 19. Juli veröffentlicht einen Bericht, worin es heißt: Princip sei von einem österreichisch-ungarischen Agenten zum Attentat angestiftet worden. In Wien sage man, der wahre Schuldige sei nur in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad zu finden.

z) Das führende jungradikale Blatt „Odjek“ vom 20. Juli schreibt: „Österreich-Ungarn gibt durch hundert Beweise kund, daß es den Titel des kranken Mannes in Europa erwerben will. Während in Serbien nicht ein einziger österreichischer Bürger belästigt worden ist, wurden in Bosnien und der Herzegowina Dörfer und Städte geplündert. Diese Tatsache ist ein neuer Beweis dafür, um wie viel Serbien kulturell und moralisch höher steht als Österreich-Ungarn.“

Beilage 10.

Der Ortsausschuß der Narodna odbrana in Nisch über das Attentat gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand

Dem k. und k. Ministerium des Äußern ist von einem verläßlichen Konfidenten, dessen Name gegebenenfalls bekanntgegeben wird, eine vertrauliche Mitteilung zugekommen, wonach der Ortsausschuß der Narodna odbrana in Nisch kürzlich eine Sitzung abhielt, in welcher der Vorsitzende dieses Ausschusses, der Direktor der Nischer Strafanstalt Jasa Nenadović, auf das gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand verübte Attentat zu sprechen kam und hierbei folgendes ausführte.

Serbien mußte sich diesmal unbedingt eines Mittels wie das Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand bedienen, weil eben dieser wegen seines aggressiven und exzentrischen Charakters eine eminente und fatale Gefahr für Serbien und möglicherweise auch für weitere slawische Kreise bedeutete. Er hätte, wäre er am Leben geblieben, in Kürze Serbien zum Kriege herausgefordert oder es angegriffen, in welchem Falle Serbien, das ja jetzt materiell so geschwächt und mit seiner Armeereorganisation noch nicht fertig ist, unbedingt verloren gewesen wäre. Nun aber ist durch den Sarajewoer Mord Serbien gerettet und damit einer jener aus dem Wege geräumt, die Serbien gefährlich sind. Serbien wird jetzt einige Jahre lang Ruhe haben, da der neue Thronfolger es sich wohl überlegen wird, in den Spuren seines Vorgängers zu wandeln.

Wenn er auch wußte, so führte der Redner weiter aus, daß die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand für Österreich-Ungarn ein schwerer Schlag und großer Schmerz sein wird und daß darauf Torturen für unser dort lebendes Volk folgen werden, so hätte er doch nicht gedacht, daß seine Voraussetzungen in solchem Maße eintreffen und daß die Kroaten sich derart benehmen werden. Hätten ihm doch seine Freunde in Bosnien und der Herzegowina auch versichert, daß die österreichisch-ungarischen Behörden feige sind und in ihrem Auftreten nicht übertreiben dürfen; leider aber hätten sich diese Freunde und durch sie auch wir getäuscht. Wenn es so weiter andauert, so müssen Revolver und Bomben erst recht ihre wahre Rolle spielen. Was immer auch der serbische Gott gibt, auf diese Art darf man es nicht weiter gehen lassen.

Die Ausführungen des Redners fanden bei seinen Zuhörern vollste Zustimmung.

Beilage 11.

Nachträge nach Schluß des Druckes.

1. Zu Beilage 8.

Der Lehrer Cubrilović, welcher bei Priboj die Führung des Princip und Grabez übernahm, hat ein volles Geständnis abgelegt, aus dem sich folgende wichtige Daten ergeben.

Im Jahre 1911 wurde Cubrilović aus Anlaß eines Sokolausfluges nach Sabac durch Bozo Fović, einem Vorstandsmitgliede der Narodna odbrana, in die Ziele dieses Vereines eingeweiht und dann zum Kommissär der Narodna odbrana in Zvornik (Bosnien) bestellt. Über seine Einladung wurde später Misko Jovanović zum Kommissär der Narodna odbrana für Tuzla ernannt.

Als Mittelsmann beim Verkehr mit der Narodna odbrana fungierte ein Bauer, eben derselbe Bauer, der den Princip und Grabez mit der Mitteilung zu Cubrilović brachte, er führe zwei serbische Studenten mit Waffen zu ihm. Als er dies erfuhr, habe er gewußt, daß dies eine „Botschaft" der Narodna odbrana sei. Princip und Grabez haben ihm gesagt, daß sie Bomben und Revolver bei sich haben, um ein Attentat gegen den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand auszuführen.

2. Monarchiefeindliche Bilder im Belgrader Kriegsministerium.

In dem Empfangssaale des königlich serbischen Kriegsministeriums befinden sich an der Wand vier allegorische Bilder, von denen drei Darstellungen von serbischen Kriegserfolgen sind, während das vierte die Verwirklichung der monarchiefeindlichen Tendenzen Serbiens versinnbildlicht.

Über einer Landschaft, teils Gebirge (Bosnien), teils Ebene (Südungarn) geht die „zora", die Morgenröte der serbischen Hoffnungen auf. Im Vordergrunde steht eine bewaffnete Frauengestalt, auf deren Schild die Namen aller „noch zu befreienden Provinzen": Bosnien, Herzegowina, Vojvodina, Syrmien, Dalmatien usw. stehen.

Das Dossier lieferte die Unterlagen für die Forderungen der befristeten Note. Soweit darin die Vorgeschichte des Attentats und dieses selbst behandelt ist, muß es nach dem Tage seiner Versendung, also dem 25. Juli 1914, beurteilt werden. Der weitere Verlauf des Prozesses gegen die Attentäter hat nachträglich noch neues Material zutage gefördert, das die Beschwerdepunkte der Monarchie gegen Serbien nur verstärkt hat. Als unrichtig hat sich von allem nur die Annahme erwiesen, daß das Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand im Rahmen der „Narodna odbrana" geschmiedet worden sei. Diese Annahme beruhte auf der übereinstimmenden Aussage der Angeklagten, die — wie man nachträglich erfuhr — durch einen fürchterlichen Eid gebunden waren, die wirkliche Verschwörerzentrale, die „Schwarze Hand" (Ujedinjenje i smrt) zu verschweigen. Diese Feststellung bedeutet im übrigen keine Entlastung der „Narodna odbrana", deren Funktion

im Rahmen der großserbischen Propaganda ganz den im Dossier enthaltenen Ausführungen entsprach. Da übrigens alle Mitglieder der „Schwarzen Hand“ auch Mitglieder der „Narodna odbrana“ waren, könnte sie füglich als ein radikaler Extrakt der letzteren angesprochen werden.

Von dieser Einzelheit abgesehen, die für das Dossier bedeutungslos ist, steht es unerschüttert da. Es ist die unwiderlegt gebliebene Begründung der befristeten Note.

Wollte Generaloberst v. Moltke den Präventivkrieg?

Theobald v. Schäfer.

Wir haben den nachstehenden Aufsatz Herrn Hermann Lutz zur Stellungnahme zugesandt. Wie Herr Lutz uns mitteilt, wird er einen Aufsatz einsenden, sobald seine Erhebungen abgeschlossen sind. Die Schriftleitung.

Das Gerede, wir führten einen „Präventivkrieg“, scheint zuerst in Deutschland selbst aufgekommen zu sein. Dazu bringt Großadmiral v. Tirpitz in seinem Buche „Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege“ folgende Angaben: Am 22. August 1914 hat Herr v. Gwinner in einer Unterredung mit dem Admiral v. Capelle darauf hingewiesen, daß man in Berlin gewillt gewesen sei, es zum Kriege zu treiben. Als Capelle solche Auffassung ablehnte und fragte: „Wer soll denn die treibende Kraft gewesen sein?“ — meinte Gwinner: „z. B. Herr v. Stumm vom Auswärtigen Amt.“ Capelle erklärte das für völlig ausgeschlossen, worauf Gwinner entgegnete: „Vielleicht ist es eine ganze Gruppe gewesen. Man hat planmäßig darauf hingearbeitet, Österreich fest zu engagieren, um seiner sicher zu sein. . . .“ — Auch in einem Briefe Ballins an den Admiral v. Müller von Ende September 1914 fiel Tirpitz das Wort „berechtigter Präventivkrieg“ auf, das — wie er schreibt — „schon damals in ‚eingeweihten‘ Zirkeln Berlins sich herumzusprechen begann“. Daß Deutschland einmal gezwungen werden konnte, einen Präventivkrieg zu führen, will der Großadmiral nicht von der Hand weisen; aber daß dieser Fall im Juli 1914 vorgelegen habe, sei „eine Fabel, an deren Verbreitung sich auch gute Patrioten, ohne die Folgen zu bedenken, beteiligten“.

Daß Kaiser und Kanzler nicht absichtlich den Krieg herbeigeführt haben, steht heute fest für alle, die überhaupt sehen wollen.

So bleibt es sitzen auf dem verantwortlichen militärischen Berater, dem Generalstabschef. Generaloberst v. Moltke soll zum Kriege getrieben haben. Es macht stutzig, daß auch ein so vorurteilsfreier Gutachter wie Professor Harry E. Barnes in seiner Aussprache mit Professor Bernadotte E. Schmitt, ebenso wie dieser selbst, solche Ansicht vertritt [1]). Man erkennt, daß die in zahlreichen Veröffentlichungen des In- und Auslandes immer wieder vorgebrachten Behauptungen [2]) über den Kriegswillen des deutschen Generalstabes und seines Chefs Wurzel geschlagen haben und die Wahrheit zu überwuchern drohen. Erfreulich ist es demgegenüber, daß auch Hermann Lutz in „Lord Grey und der Weltkrieg" bis auf einen unbedeutenden Rest von dieser Auffassung abrückt. Prüfen wir, wie die Dinge tatsächlich liegen, und wie die abwegigen Auffassungen — soweit nicht böser Wille mitwirkte — zustande kommen konnten.

1. Der Briefwechsel Moltke-Conrad von 1909.

In einem Briefe des Generals v. Moltke an General v. Conrad vom 21. Januar 1909 [3]) hieß es: „Ich glaube, daß erst der Einmarsch Österreichs in Serbien ein eventuelles aktives Einschreiten Rußlands auslösen könnte. Mit diesem würde der casus foederis für Deutschland gegeben sein." Darin wird eine „Umfälschung" des Defensiv-Bündnisses in ein Offensiv-Bündnis durch den General v. Moltke gesehen und des weiteren zum Beweise für Moltkes Kriegswillen folgende Stelle angeführt aus einem Briefe, den er unmittelbar nach Beilegung der Annexionskrise im April 1909 [4]) an Conrad schrieb: „. . . . In diesem privaten Schreiben darf ich aussprechen, daß ich mit Euerer Exzellenz auf das tiefste bedauern muß, daß eine Gelegenheit ungenutzt vorübergegangen ist, die unter so günstigen Bedingungen sich sobald nicht wieder finden dürfte."

Dazu ist zunächst zu sagen, daß der amtliche Briefwechsel Moltke-Conrad, zu dem auch der Brief vom 21. Januar gehört, mit Einverständnis und unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes vor sich ging, Moltke also hierbei gar nicht in der Lage war, eine andere Auffassung als dieses Amt zu vertreten. Weiter: Im Bündnis-

---

[1]) „Die Kriegsschuldfrage", November 1926, S. 871 und S. 862 f.

[2]) In letzter Zeit z. B. Gerard im Märzheft 1926 der „Current History" und ebenda im Septemberheft ein Aufsatz: „Moltke, the Man, Who Made the War."

[3]) Conrad: „Aus meiner Dienstzeit", I, S. 379 ff.

[4]) Conrad, a. a. O. I, S. 165, wo irrtümlicherweise das Datum 14. September statt 19. April (14. 9. statt 19. 4.) angegeben ist.

vertrag von 1879 heißt es: „Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Seite Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen. . . . .“ Nach diesem Wortlaut des Vertrages kann der oben angeführte Satz aus Moltkes Brief vom 21. Januar nicht beanstandet werden. Aber davon ganz abgesehen: er ist ebenso wie der aus dem Briefe vom 19. April angeführte Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen, und dadurch ist ein völlig unrichtiges Bild von Moltkes Denkweise und Absichten geschaffen worden.

Der Brief vom 21. Januar 1909 ist die Antwort auf einen Brief Conrads vom 1. Januar [5]) desselben Jahres, in dem dieser unter anderem dargelegt hatte, „daß aller Voraussicht nach Rußland (und Frankreich) zunächst anscheinend friedlich zuwarten und erst dann in feindselige Aktionen treten werden, wenn die Monarchie bereits zu einem kriegerischen Einschreiten gegen Serbien und Montenegro gezwungen war . . . . .“. Dazu machte Moltke die Randbemerkung [6]): „Deshalb ist es m. E. wichtig, daß Österreich den Krieg mit Serbien nicht provoziert. Solange es sich nur auf die Abwehr gegen Serbien beschränkt, wird Rußland keine Veranlassung haben, aktiv zu werden.“ In der Antwort an Conrad [7]) führte er dann aus: er halte es zwar für sehr wahrscheinlich, daß die russische Regierung alles vermeiden werde, was Rußland in einen neuen Krieg verwickeln könne. Es sei aber doch „auch nicht ausgeschlossen, daß sie unter dem Drucke der öffentlichen Meinung gezwungen sein kann, weiter zu gehen, als es dem eigenen Wunsche entspricht. . . . . Daß der Augenblick kommen kann, wo die Langmut des Kaiserstaates den serbischen Provokationen gegenüber ein Ende haben wird, ist vorauszusehen. Dann wird der Monarchie kaum etwas anderes übrig bleiben, als in Serbien einzumarschieren.“ Und nun folgt der eingangs angeführte Satz: „Ich glaube, daß erst der Einmarsch Österreichs in Serbien . . . usw.“ Im Anschluß daran wird erörtert, daß sich aus dem Eingreifen Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach der allgemeine europäische Krieg entwickeln werde. Das Schlußergebnis dieser Darlegung aber lautet: „Die hier angedeuteten Verhältnisse sind der gesamten europäischen Diplomatie bekannt genug, und darin liegt vielleicht die Gewähr, daß keiner der Großstaaten wegen der serbischen Ambitionen die

[5]) Conrad, a. a. O. I, S. 631.
[6]) Akten des Reichsarchivs.
[7]) Conrad, a. a. O. I, S. 379 ff.

Kriegsfackel entzünden wird, die das Dach Gesamteuropas in Brand setzen kann. Daß daher Rußland schon aus solchen Erwägungen heraus bei einem kriegerischen Konflikte der österreichisch-ungarischen Monarchie sich ruhig verhalten wird, scheint mir durchaus nicht unwahrscheinlich. — Ich will aber diesen Erörterungen die Annahme zugrunde legen, daß es trotz alledem zum Kriege zwischen Österreich und Rußland kommt. . . ." Von einer Absicht, Rußland herauszufordern und dadurch den großen europäischen Krieg zu entfesseln, ist also gar keine Rede. Im Gegenteil: der deutsche Generalstabschef hofft, daß der Handel mit Serbien sich erledigen läßt, ohne daß es zum großen Kriege kommt.

Dieselbe Auffassung wie in diesem amtlichen Schreiben, und nichts anderes, findet sich aber auch in dem erwähnten „privaten Schreiben" vom April. Es ist nur die Antwort auf ein ebenfalls privates Schreiben Conrads [8]), der sich am 8. April nach Abschluß der Annexionskrise bei Moltke bedankte und dabei aussprach, wie tief er es „bedauere, daß die Monarchie den wohl vorbereiteten Krieg gegen Serbien und Montenegro nicht geführt hat. Dieses Verkennen der Lage zugunsten eines momentanen, sogenannten diplomatischen Erfolges, wird damit die Monarchie, die es versäumte, ihre Gegner nacheinander zu bekämpfen — in kaum ferner Zeit vor die Notwendigkeit eines Krieges mit mehreren Fronten stellen." Diesen rückschauenden Betrachtungen stimmte Moltke durch den oben angeführten Satz seines „privaten Schreibens" zu. Die unmittelbare Fortsetzung aber lautete [9]): „Ich bin überzeugt, daß es gelungen sein würde, den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren [10]), und die Monarchie würde nach seiner siegreichen Durchführung im Innern befestigt, nach außen gekräftigt, eine nicht so leicht mehr zu erschütternde Präponderanz auf dem Balkan gewonnen haben. Selbst wenn Rußland aktiv geworden wäre und ein europäischer Krieg sich entwickelt hätte, wären die Vorbedingungen für Österreich und Deutschland jetzt bessere gewesen, als sie in einigen Jahren voraussichtlich sein werden. Immerhin, Exzellenz, lassen Sie uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Solange Österreich und Deutschland Schulter an Schulter stehen, jeder bereit in dem Ergehen des andern das „tua res agitur" zu erkennen, werden wir stark genug sein, jeden Ring zu sprengen.

[8]) Akten des Reichsarchivs; erwähnt bei Conrad, a. a. O. I, S. 165.
[9]) Conrad, a. a. O. I, S. 165.
[10]) Vom Verfasser gesperrt.

An diesem mitteleuropäischen Block kann sich mancher die Zähne ausbeißen."

Soweit Moltke hier nachträglich bedauert, daß es nicht zum kriegerischen Austrage gekommen sei, gilt dieses Bedauern also nur dem Krieg der Donaumonarchie gegen Serbien, nicht aber der versäumten Gelegenheit für den großen Krieg, den er ebenso wie Conrad nicht herbeizuführen wünschte. Um aber auch sonst nicht zu falschen Schlußfolgerungen über Moltkes Auffassung zu kommen, muß man berücksichtigen, daß es sich bei diesem „privaten Schreiben" lediglich um rückschauende Betrachtungen handelt. Solange die Krise noch lief, hat Moltke zwar anerkannt, daß die „serbischen Provokationen" Österreich-Ungarn schließlich zum Eingreifen zwingen könnten, er hat aber im übrigen gebremst: „es ist wichtig, daß Österreich den Krieg mit Serbien nicht provoziert." Jetzt war die Krise friedlich beigelegt; das nachträgliche Bedauern, daß der serbische Streitfall nicht mit dem Schwerte entschieden worden sei, hatte also keinerlei praktische Bedeutung mehr. — Des weiteren aber ist das „private Schreiben" unter dem Gesichtspunkte zu bewerten, daß es die Antwort auf Conrads Privatbrief war. Wer den Briefwechsel Moltke-Conrad kennt, weiß, wie sorgfältig Moltke stets auf mögliche Empfindlichkeiten des Bundesgenossen Rücksicht nahm und andererseits bestrebt war, dessen Vertrauen zur gemeinsamen Sache zu stärken. Man darf sich daher nicht wundern, daß er Conrads rückschauenden Betrachtungen ohne Bedenken zustimmt und mit den letzten Sätzen dessen Zukunftssorgen zu zerstreuen sucht. Wer das Moltkesche Privatschreiben nicht für sich allein betrachtet, sondern im Rahmen aller begleitenden Umstände, wird aus ihm den Willen zum Präventivkrieg irgendwelcher Art nicht herauslesen, geschweige denn beweisen können.

2. Das Jahr 1913 und die erste Jahreshälfte 1914.

Im Januar 1913 hat General v. Conrad in einem Briefe an Moltke den Gedanken angeregt: „Die Austragung des Kampfes zwischen Dreibund und Triple-Entente von Haus aus anzustreben." Das hat General von Moltke damals eindeutig abgelehnt. Wohl war auch er überzeugt, daß der große Krieg über kurz oder lang kommen werde, der Angriff — meinte er — müsse aber vom Gegner ausgehen [11]).

[11]) Näheres s. „Die Kriegsschuldfrage", August 1926, S. 546.

Über die Anfangsmonate des Jahres 1914 hat bekanntlich der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld am 31. Juli, nach Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr", nach München berichtet [12]): „Schon vor Monaten hat der Generalstabschef, Herr v. Moltke, sich dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann." Diese Äußerung, von der wir nicht wissen, in welchem Zusammenhang und wem gegenüber sie getan worden sein soll, beweist zwar keineswegs den Willen, den Krieg herbeizuführen, aber sie wird doch immer wieder als Beleg für Moltkes Kriegswillen angeführt. Man weist dabei auch darauf hin, daß Moltke nach den im Winter abgeschlossenen militärischen Vereinbarungen mit Italien auf dessen Hilfe bestimmt gerechnet habe.

Demgegenüber darf zunächst eine Unterredung erwähnt werden, die der Generalmajor Graf Waldersee, Oberquartiermeister und erster Berater des Generalstabschefs in Mobilmachungs- und Aufmarschangelegenheiten, zu Anfang des Jahres 1914 — also unmittelbar nach Abschluß der militärischen Abmachungen mit Italien — im Auftrage seines Chefs mit dem Staatssekretär v. Jagow gehabt hat. Graf Waldersee hat damals dargelegt, wie überaus ungünstig die militärische Gesamtlage Deutschlands sei und daß es daher höchste Zeit sei, sich nach einem neuen Bündnissystem umzusehen [12a]).

Prüfen wir weiter, was Generaloberst v. Moltke selbst in den Anfangsmonaten des Jahres 1914 geschrieben und getan hat:

In einem Antwortbriefe vom 13. März 1914 an General v. Conrad [13]) stand die Einwirkung der letzten Abmachungen mit Italien auf die Verteilung der deutschen Streitkräfte im Kriegsfalle zur Erörterung. Daß Generaloberst v. Moltke kein unbedingtes Vertrauen zur tatsächlichen Durchführung der Zusagen des italienischen Generalstabschefs hatte, braucht hier nicht weiter nachgewiesen zu werden [14]). Conrad gegenüber betont er, zurzeit würde die italienische Hilfe erst so spät eintreffen, daß wir einen etwaigen Krieg beginnen müßten, „als ob die Italiener überhaupt nicht zu erwarten wären"; erst im Jahre 1915 könne sich das

---

[12]) Bayer. Dok. 71.

[12a]) Mitteilung des Generalleutnants Grafen Waldersee.

[13]) Conrad, a. a. O. III, S. 609 ff.

[14]) Alles Wissenswerte hierüber enthält der Aufsatz des Oberstleutnants Wolfgang Foerster „Die deutsch-italienische Militärkonvention", „Die Kriegsschuldfrage", Mai 1927, S. 395.

bessern. — Über Serbien heißt es in diesem Briefe: „Ich kann es nicht beurteilen, wie weit die Anziehungskraft dieses aufblühenden Staates auf die österreichischen Untertanen serbischer Nationalität wirkt. Hier liegt m. E. eine sehr ernste Frage für die Monarchie, die wohl alles daransetzen müßte, Serbien wenigstens wirtschaftlich an sich zu fesseln." Das ist ein Ratschlag, der erst in ferner Zukunft Früchte tragen konnte. Je mehr Rußlands Rüstung wuchs, um so wichtiger war es, daß Österreich-Ungarn nicht gleichzeitig am Balkan gebunden war.

Im April 1914 berichtete der Militärattaché in Rom über ein Gespräch mit dem italienischen Generalstabschef, General Pollio habe ihm gegenüber — und zwar ausdrücklich zur Mitteilung nach Berlin — folgendes geäußert: „Der Ring, der sich um den Dreibund bildet, verstärkt sich von Jahr zu Jahr, und wir sehen uns das ruhig mit an! Ich glaube wirklich, daß die Jahre 1917 oder 1918, die allgemein von den Gegnern des Dreibundes als Termin für ein allgemeines Losschlagen genannt werden, nicht nur der Phantasie entsprungen sind. Sie können sehr wohl einen realen Hintergrund haben. Wollen wir nun wirklich abwarten, bis die Gegner fertig und bereit sind? Ist es nicht für den Dreibund logischer, alle falsche Humanität über Bord zu werfen und einen Krieg, der uns einmal aufgezwungen werden wird, selbst bei Zeiten zu beginnen? Und deshalb frage ich, wie ich glaube, ganz im Geiste Ihres großen Königs Friedrich, als er 1756 den eisernen Ring seiner Gegner durchbrach: warum beginnen wir nicht jetzt diesen unvermeidlichen Krieg?"[15]) Eine Antwort auf diese Anregung wurde nicht gegeben, und wir haben auch keinerlei Anzeichen dafür, daß Generaloberst v. Moltke diesen oder den Conradschen Präventivkriegsgedanken weiterhin irgendwie in den Kreis seiner Erwägungen gezogen hätte.

Wir haben aber den Entwurf zu einem Schreiben Moltkes vom Mai 1914 an den Reichskanzler, das dann nicht abgesandt, sondern zum Vortrage beim Kaiser benutzt wurde[16]). Dort heißt es: Seit 1912 haben sich „die Verhältnisse bei unseren voraussichtlichen Gegnern zu unseren Ungunsten in sehr erheblichem Maße verschoben: Frankreich hat die dreijährige Dienstzeit eingeführt unter Aufstellung eines neuen Armeekorps, Rußland die dreieinhalb- und viereinhalbjährige Dienstzeit unter Aufstellung von 4—5 neuen Armeekorps. Dabei ist Ruß-

[15]) Wolfgang Foerster, a. a. O., S. 407.

[16]) Akten des Reichsarchivs, teilweise abgedruckt in: „Urkunden des deutschen Generalstabes über die militärpolitische Lage vor dem Kriege, Hat der deutsche Generalstab zum Krieg getrieben?"

land im Begriff, innerhalb weniger Jahre sein gesamtes Heerwesen von Grund auf in ungeahnter Weise zu verbessern. — Ferner kommt hinzu, daß in jüngster Zeit die Verhältnisse auf dem Balkan völlig andere geworden sind. Mit Rumänien können wir nicht mehr auf unserer Seite rechnen, sondern es wird voraussichtlich in der Reihe unserer Gegner zu finden sein. Damit wird Österreich auf dem Balkan in einer Weise gebunden, daß mit einer österreichischen Offensive nach Rußland hinein ernstlich nicht mehr zu rechnen ist. Wir müssen somit gewärtig sein, daß sich die Offensive fast des gesamten russischen Heeres gegen unsere im Osten verbleibenden Kräfte richten wird, und zwar die eines russischen Heeres, das bereits etwa vom Jahre 1917 an voraussichtlich in allem neuzeitlich ausgerüstet und ausgestattet sein wird und welches dank seiner 3½- und 4½jährigen Dienstzeit und seiner Etats auf Kriegsstärke schon im Frieden bereit ist, in kürzester Zeit, unter Umständen ohne vorausgegangene Kriegserklärung, die Grenze zu überschreiten. — Wir dürfen uns diesen für uns so ungünstigen Tatsachen nicht verschließen. — Nach meinem pflichtmäßigen Ermessen ist es die höchste Zeit, daß wir jeden wehrfähigen deutschen Mann zum Waffendienst ausbilden, soll uns nicht dereinst der vernichtende Vorwurf treffen, nicht alles für die Erhaltung des Deutschen Reiches und der deutschen Rasse getan zu haben. Denn daß es sich bei einem Zukunftskriege um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handeln wird, darüber kann wohl ernstlich ein Zweifel nicht bestehen .... Ich möchte nochmals betonen, daß wir nach meinem pflichtmäßigen Ermessen mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, d. h. mit der Einstellung sämtlicher wehrfähigen Deutschen zum Waffendienst, nicht bis zum nächsten Quinquennat (1917) warten können, sondern daß wir möglichst bereits zum 1. Oktober 1914, spätestens jedoch zum 1. Oktober 1915 mit dieser Maßnahme beginnen müssen. . . ." — Moltke will rüsten auf lange Sicht, um nicht zurückzubleiben hinter den anderen, nicht aber mit dem Schwerte des Präventivkrieges den Knoten durchhauen.

Und nun der Mord von Sarajewo! — Er schuf nicht etwa — wie behauptet wird — die Lage, die Moltke herbeigewünscht hatte, sondern im Gegenteil gerade die, die er vermieden haben wollte. Es war ihm eine stete große Sorge, daß Österreich-Ungarn mit starken Teilen seines Heeres auf dem Balkan gebunden und dadurch nicht

stark genug gegen Rußland sein könnte. Gerade diese Sorge war es, die Conrad im Jahre 1913 zu dem Vorschlage gebracht hatte, den großen Krieg als Präventivkrieg zu führen, und die Moltke noch im März 1914 zu dem bereits erwähnten Ratschlag an Conrad veranlaßt hatte, Serbien wirtschaftlich an sich zu fesseln. Wie man im deutschen Generalstabe über die militärische Gesamtlage dachte, die sich durch das Einschreiten der Donaumonarchie gegen Serbien ergab, erhellt aus einer geheimen Denkschrift vom Jahre 1913, der letzten vor dem Kriege über das österreichisch-ungarische Heer. Dort hieß es: dieses Heer „vermag die dringend erforderliche Entlastung der deutschen Ostkräfte nicht herbeizuführen, wenn es gleichzeitig am Balkan gebunden ist". — Solcher Auffassung entspricht es durchaus, wenn Generaloberst v. Moltke im November 1914 zum damaligen Major v. Haeften gesagt hat: wenn er vorher gehört worden wäre, hätte er davor gewarnt, Österreich-Ungarn freie Hand zu geben zu einer diplomatischen Aktion gegen Serbien, an deren Ende der große Krieg stehen konnte [17]). Zusammengenommen mit dem bisher Dargelegten wird man kaum behaupten können, das sei erst nachträgliche Weisheit gewesen. Mit der militärischen Aufrollung des serbischen Streites trat gerade der Fall ein, den Generaloberst von Moltke für die Führung des großen Krieges als besonders ungünstig ansah. Das Unternehmen gegen Serbien war für die Mittelmächte nur dann erträglich, wenn es ohne Einmischung Rußlands durchgeführt werden konnte. Daß das möglich sein werde, hoffte nicht nur die Reichsleitung, sondern auch der Generalstabschef hoffte es, mußte es — seiner Kenntnis und Beurteilung der Lage nach — hoffen.

3. Die letzten Julitage des Jahres 1914.

Am 29. Juli hat bekanntlich der bayerische Militärbevollmächtigte, Generalmajor Wenninger, aus Berlin an seinen Kriegsminister berichtet [18]): „Nach meinen heutigen Eindrücken ringen hier Kriegsministerium und Generalstab einerseits, Reichskanzler und Auswärtiges Amt andererseits miteinander. Einmütigkeit herrscht nur in der Mißstimmung, daß Österreich-Ungarn seine vorbereitenden Maßnahmen so wenig durchgreifend gefördert hat, daß bis zur Eröffnung der Operationen noch etwa 14 Tage ver-

[17]) Vergl. „Die Kriegsschuldfrage", August 1926, S. 515.

[18]) Bayer. Dok. IV, 3.

gehen werden[19]). — Der Kriegsminister, unterstützt vom Generalstabschef, wünscht dringend militärische Maßnahmen, die der gespannten politischen Lage und der immerhin drohenden Kriegsgefahr entsprechen würden. Der Chef des Generalstabes will noch weiter gehen, er setzt seinen ganzen Einfluß darein, daß die selten günstige Lage zum Losschlagen genutzt werden solle; er weist darauf hin, daß Rußland sich militärisch nichts weniger als sicher fühle, dazu die günstige Jahreszeit, die Ernte großenteils geborgen, die Jahresausbildung beendet."

Diesen „Eindrücken" des bayerischen Militärbevollmächtigten von den Absichten des Generalstabschefs steht gegenüber, was dieser selbst in seiner bekannten Denkschrift vom 29. Juli sagt[20]). Nach ausführlicher Darlegung, wie alles kommen werde, heißt es da: „So werden und müssen die Dinge sich entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europa auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen . . ." Hätte Moltke in dieser nur für seinen Kaiserlichen Herrn und den Kanzler bestimmten Niederschrift solche Worte gefunden, wenn er wirklich gleichzeitig auf Losschlagen sann und drängte? Und nehmen wir dazu, was der Kriegsminister v. Falkenhayn auf Grund persönlicher Teilnahme an den entscheidenden Besprechungen des 29. Juli in sein Tagebuch eingetragen hat: Die Frage, ob Deutschland die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn mit der eigenen Mobilmachung beantworten solle, wird „gegen leises, sehr leises" (zweimal unterstrichen) „Widerstreben Moltkes vom Reichskanzler verneint"[21]). Erst am 30. Juli hat sich Moltke „entschiedener für den Krieg ausgesprochen, so daß Falkenhayn der Stimmungswechsel aufgefallen ist"[22]). Gegenüber solchen unverdächtigen Zeugnissen unmittelbar beteiligter Personen ist die Beweiskraft der im Wenninger-Briefe mitgeteilten „Eindrücke" unzureichend, zumal da feststeht, daß General Wenninger in diesen Tagen keine Gelegenheit gehabt hat, mit dem Generalstabschef unmittelbar zusammenzukommen, sondern auf Mitteilungen aus dritter Hand angewiesen war.

---

[19]) Bei raschem Zugreifen hatte man gehofft, Rußland vor vollendete Tatsachen stellen zu können und damit seinem Einschreiten und dem großen Kriege vorzubeugen.

[20]) Deutsche Dok. 349.

[21]) von Zwehl: „Falkenhayn", S. 57.

[22]) Ebenda S. 58.

Die Hergänge in den letzten Julitagen sind im übrigen schon früher so eingehend behandelt worden[23]), daß ich hier nur noch auf einige Punkte einzugehen habe.

Die Dinge haben sich seit dem 29. Juli infolge der unerwartet raschen Entschlüsse Rußlands in einer Weise überstürzt, wie es in Berlin weder die Reichsleitung noch der Generalstab vorausgesehen hatten. Am 27. Juli morgens hatte man erfahren (Mitteilung des russischen Kriegsministers an den deutschen Militärattaché), daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobilmachen werde, wenn dieses die serbische Grenze überschreite[24]). Das aber konnte — soweit man wußte — nicht vor dem 12. August eintreten. So schrieb denn Generaloberst von Moltke noch am 27. Juli mittags, nach langer Besprechung beim Reichskanzler, an seine Frau[25]): „Die Lage ist dauernd recht unklar. Sehr schnell wird sie sich nicht klären, es werden noch etwa vierzehn Tage vergehen, bevor man etwas Bestimmtes wissen oder sagen kann. Du kannst diese Zeit in Bayreuth ruhig zu Ende bleiben . . . . ."

Daß Rußland im Gegensatz zu der eben erwähnten Mitteilung seines Kriegsministers an den deutschen Militärattaché die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn befahl und auch an der deutschen Grenze militärische Vorbereitungen traf, bevor noch ein einziger habsburgischer Soldat serbischen Boden betreten hatte, verschärfte die Lage ganz plötzlich und unerwartet derart, daß auch Deutschlands Sicherheit ernstlich bedroht war. Bei allem, was der deutsche Generalstabschef von diesem Zeitpunkte an getan hat, hat er in der Zwangslage der Notwehr gehandelt. Er mußte als verantwortlicher militärischer Berater so handeln, wenn er sich nicht mitschuldig machen wollte an etwaigen Versäumnissen. Wenn Lutz[26]) in diesem Verhalten Moltkes — unter Hinweis auf den erwähnten Wenninger-Brief — schließlich doch noch die Auswirkung eines Präventivkriegsgedankens zu finden meint, so vermag ich ihm

---

[23]) „Generaloberst von Moltke in den Tagen vor der Mobilmachung und seine Einwirkung auf Österreich-Ungarn" in der „Kriegsschuldfrage", August 1926, S. 514 ff.

[24]) Deutsche Dok., 242.

[25]) Generaloberst Helmuth von Moltke, Erinnerungen — Briefe — Dokumente, herausgegeben von Eliza von Moltke, S. 381.

[26]) „Lord Grey und der Weltkrieg", S. 230 ff.

nicht zu folgen, ebensowenig wie bei seiner Feststellung, daß der Generalstabschef mit der Denkschrift vom 29. Juli sich „deutlich einen Übergriff in den Bereich der Reichsleitung“ erlaubt habe.

Als am 30. Juli sicher feststand, daß Rußland mehr als die Hälfte seiner europäischen Truppen gegen Österreich-Ungarn mobilgemacht habe (vorher konnte man es gar nicht sicher wissen, denn der endgültige Befehl ist erst am Abend des 29. Juli im Petersburger Telegraphenamt aufgegeben worden), und daß Rußland diese schon seit mehreren Tagen eingeleitete Maßnahme ausdrücklich als nicht mehr rückgängig zu machen bezeichnete, da war die Lage für Deutschland sicher nicht mehr verlockend zum Präventivkrieg: Österreich-Ungarn am Balkan gebunden, Rumänien so gut wie sicher abseits, Italien wahrscheinlich ebenso. Alles was Moltke von diesem Zeitpunkt an unternommen hat, kann also niemals mehr als ein Hinarbeiten auf Krieg, sondern immer nur unter dem Gesichtspunkte der Sorge um die unmittelbare Sicherheit des Vaterlandes betrachtet werden. Es kam ihm zunächst auch gar nicht auf Mobilmachung an, sondern auf die Sicherung der Grenzen durch Aufstellung des Grenzschutzes und damit — wie die Vorbereitungen nun einmal mit der Reichsleitung geordnet waren — auf die Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“. Sie bedeutete keineswegs — wie es der Reichskanzler leider einmal ausgesprochen hat — ohne weiteres die Mobilmachung, sondern konnte ebenso gut wieder rückgängig gemacht werden wie die schon am 30. Juli in Frankreich angeordnete entsprechende Maßnahme „départ en converture“, zumal, wenn von der Durchführung scharfer innenpolitischer Maßnahmen, wie es ja nachher ohnehin geschah, abgesehen wurde.

Die Ansicht Lutz': die Reichsleitung beharrte auf ihrem „Standpunkt, daß erst auf die allgemeine russische Mobilmachung die deutsche zu folgen habe, wie es auch eintrat, und selbst Moltke hat sich damals vorübergehend auf diesen Standpunkt gestellt“ — dürfte doch nicht ganz zutreffen. So einfach lagen die Dinge nicht. Deutschland konnte einerseits zur Mobilmachung gezwungen sein durch die russische allgemeine Mobilmachung; dann handelte es einfach aus Notwehr. Es konnte aber auch auf Grund des casus foederis zur Mobilmachung gezwungen sein, denn es war verpflichtet, dem Bundesgenossen mit gesamter Kriegsmacht „beizustehen“, wenn er von Rußland „angegriffen“ wurde. Bei der bekannten militärischen Gesamtlage und den Stärke-, Mobil-

machungs- und Aufmarschverhältnissen der beteiligten Mächte setzte das die rechtzeitige Bereitstellung auch des deutschen Heeres voraus, wenn die Bundeshilfe nicht zu spät kommen und damit wertlos werden sollte. Auch Rußland ordnete, um Serbien zu helfen, seine Teilmobilmachung an, bevor noch ein einziger österreichisch-ungarischer Soldat serbischen Boden betreten hatte. Frankreich hat mobilgemacht, bevor es wußte, daß wir mobilmachten, und vollends, bevor wir in Rußland einrückten. Hätten wir auf Grund unseres Bündnisses nicht dasselbe Recht, ja dieselbe Pflicht gehabt? So wie die Dinge im Sommer 1914 liefen, wurde die russische Gesamtmobilmachung der Anlaß zu den ersten größeren deutschen Sicherungsmaßnahmen (Aufstellung des Grenzschutzes und dazu „drohende Kriegsgefahr"). Hätte Rußland die allgemeine Mobilmachung noch länger hinausgeschoben — was bei entsprechender Vorbereitung der Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn keineswegs unmöglich gewesen wäre [27]) — so mußte über kurz oder lang schon diese russische Maßnahme auch Deutschland zu umfangreichen Gegenmaßregeln zwingen, wenn es seinem Bündnisse nicht untreu werden und damit sich selbst aufgeben wollte.

Beide Fälle: Notwehr infolge russischer Gesamtmobilmachung und Maßnahmen auf Grund des casus foederis mußte Berlin im Auge haben. Was der Staatssekretär von Jagow am 27. Juli zum englischen und französischen Botschafter sagte, sollte sicherlich keine Vollmacht an Rußland darstellen in jedem beliebigen Umfange gegen Österreich-Ungarn mobilzumachen, solange der Zar nur unmittelbar an der deutschen Grenze nichts unternähme. Es ist vielmehr von russischer Mobilmachung „nur im Süden" im Gegensatz zu „im Norden" (Unterredung mit dem englischen Botschafter) [28]) oder

---

[27]) Der deutsche Generalstab rechnete in einer Aufzeichnung vom 26. Juli 1914 damit, daß Rußland die Truppen der Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan sowie der an Österreich grenzenden Teile des Militärbezirks Warschau, vielleicht auch noch solche von Petersburg, gegen Österreich-Ungarn mobilmachen könne, ohne gegen Deutschland mobilzumachen. Dobrorolski („Die Mobilmachung der russischen Armee 1914", Beiträge zur Schuldfrage, 1. Heft) weist zwar auf die Schwierigkeit und die militärischen Nachteile einer Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn im allgemeinen hin, führt aber als entscheidenden Grund für die Unmöglichkeit ihrer Durchführung im Jahre 1914 nur an, daß sie eben gar nicht vorbereitet war und daher nicht wieder gut zu machende Verwirrung zur Folge gehabt hätte (a. a. O. S. 19/20).

[28]) Englisches Blaubuch Nr. 43 (Brit. Dok. 185).

„nur an der österreichischen Grenze“ (Unterredung mit dem französischen Botschafter)[29]) die Rede gewesen, nicht aber von einer Mobilmachung, die bis ans Polarmeer nach Norden und bis hinter den Ural nach Osten reichte, wie sie Rußland dann als Teilmobilmachung durchgeführt hat. Nach solcher Maßnahme, die — wie von Petersburg ausdrücklich und amtlich mitgeteilt wurde — nicht mehr rückgängig zu machen war, hielt allerdings Moltke auch für die Mittelmächte kein „Zurück“ mehr für möglich, während der Reichskanzler die letzte Hoffnung doch noch nicht aufgeben wollte. Darin liegt der ganze Unterschied in der Auffassung von Kanzler und Generalstabschef, nicht aber darin, daß dieser letztere den Krieg herbeigewünscht und daher auf ihn hingearbeitet hätte. Generaloberst v. Moltke übersah die großen Gefahren, die in weiterem untätigen Zuwarten lagen, während Rußland und Frankreich — wie durch eine Fülle vorliegender Nachrichten erwiesen war — militärische Vorbereitungen trafen. Es war daher nur seine Pflicht, auf rechtzeitige Sicherung des eigenen Landes und rechtzeitige Vorbereitung der Mobilmachung, d. h. auf „drohende Kriegsgefahr“ zu drängen. Daß solcher Sicherung und Vorbereitung dann tatsächlich die Mobilmachung folgen werde, stand damit noch keineswegs unwiderruflich fest. — Der Kanzler aber hat, um nichts unversucht zu lassen, das Wagnis auf sich genommen, auch mit der Erklärung der „drohenden Kriegsgefahr“ noch zu warten; er hat — wie es Lutz ausdrückt[30]) — „mit allen Kräften gegen die Militärs gebremst“, und zwar „mit vollem Erfolg“. Leider übersieht Lutz, daß er dadurch auch die Mitverantwortung auf sich genommen hat für den verunglückten Aufmarsch des österreichisch-ungarischen Heeres und dessen schlimme Folgen für die Kämpfe in Ost-Galizien wie an der serbischen Front.

4. Die Kriegserklärungen.

Als letztes wird dem Generalstabschef immer wieder vorgeworfen, er habe die Kriegserklärungen veranlaßt, um jedes Zurück endgültig auszuschließen. Auch dieser Vorwurf ist unhaltbar. Aufzeichnungen darüber, wie der Entschluß zur Überreichung der Kriegserklärung an Rußland zustande gekommen ist, fehlen. Folgendes steht fest:

---

[29]) Französisches Gelbbuch Nr. 67.

[30]) a. a. O. S. 231.

Am 1. August um 2^{20} früh konnte Generaloberst v. Moltke nach Rückkehr vom Auswärtigen Amte an General v. Conrad mitteilen, falls Rußland die auf Rückgängigmachung seiner Mobilmachung gerichtete Forderung ablehne, erfolge „sofortige Kriegserklärung Deutschlands“ [31]). An demselben Tage um 12^{52} mittags ging vom Auswärtigen Amte die Weisung an den Botschafter in Petersburg, die Kriegserklärung um 5^{0} nachmittags zu übergeben, falls bis dahin keine befriedigende Antwort vorliege [32]). Diese Weisung wurde ausgeführt.

General von Falkenhayn hat über die Vorgänge am 1. August in sein Tagebuch aufgezeichnet: „Bewege Moltke, mit mir zu Jagow zu gehen, um die törichte vorzeitige Kriegserklärung an Rußland zu verhindern. Antwort ist: zu spät“ [33]). Dieser Vorgang müßte sich nach dem Zusammenhang, in dem er erwähnt wird, in den ersten Nachmittagsstunden, unmittelbar vor der Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls, abgespielt haben.

Der Großadmiral v. Tirpitz hat noch am Abend des 1. August folgende Niederschrift diktiert [34]): „Beim Heraustreten aus der Bundesratssitzung (begann gegen Mittag) habe ich den Reichskanzler nochmals befragt, weshalb die Kriegserklärung an Rußland und unsere Mobilmachung zusammenfallen müßten. — Reichskanzler antwortete, es sei nötig, weil die Armee gleich Truppen (Patrouillen usw.) herüberschicken wolle.“ — Über die Hergänge bei der Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls im Königlichen Schloß heißt es dann: „. . . . der Chef des Generalstabes drängte, wir [35]) sollten sofort vorgehen, ich fragte dann auch, ob Truppen unsererseits (Patrouillen) über die Grenze gehen würden. Antwort: nein, das würde erst in einigen Tagen geschehen. Ich erklärte, dann wäre doch keine Kriegserklärung nötig, da es sich hier nicht um eine Aktion von militärischer Bedeutung handele, sondern nur um Rauch . . .“ Was der Großadmiral hier über die Absichten für die Kriegführung zu Lande gegen Rußland berichtet, entspricht durchaus den tatsächlichen Absichten von damals. Es lag für die nächste Zeit keinerlei zwingende Veranlassung zum Überschreiten der Grenze vor. Im Gebiet östlich der Weichsel war mit überlegenem russischen Angriff zu rechnen, den es abzuwehren galt.

---

[31]) „Die Kriegsschuldfrage“, August 1926, S. 542.
[32]) Deutsche Dok. 542.
[33]) Zwehl, „Falkenhayn“, S. 58.
[34]) Tirpitz, a. a. O. S. 16 ff.
[35]) Mit „wir“ kann dem Zusammenhang nach nur die Marine gemeint sein.

Es war daher militärisch gesehen nur erwünscht, wenn der Kriegszustand gegen Rußland möglichst spät eintrat, damit nicht russische Reitermassen in deutsches Gebiet einbrachen und Mobilmachung und Aufmarsch störten. Der einzige deutsche Truppenverband, der nach dem Operationsplan alsbald die russische Grenze zu überschreiten hatte, war das Landwehrkorps, das aus Schlesien aber erst am 12. Mobilmachungstage (= 13. August) vorgehen sollte [36]). Bis dahin hätte es also auch Zeit gehabt mit der Kriegserklärung an Rußland.

Über die Haltung des Generalstabschefs in der Frage der Kriegserklärung an Frankreich hat Tirpitz unmittelbar nachher Aufzeichnungen diktiert oder selbst niedergeschrieben [37]). Danach hat Moltke keinesfalls auf die Kriegserklärung gedrängt, hat sich andererseits aber eines Einspruches gegen die Entschließungen des Kanzlers enthalten. In der Aufzeichnung über den Vortrag beim Kaiser am 2. August vormittags heißt es: „. . . . Moltke wies eine Reihe feindlicher Handlungen der Franzosen nach, der Krieg sei tatsächlich da und die Sache sei nicht aufzuhalten. Auf die Kriegserklärung legt er keinen Wert. Ich sagte, die Armee müsse unaufhaltsam in Belgien einmarschieren; ich könne aber nicht einsehen, weshalb eine Kriegserklärung überhaupt gemacht würde, da sie immer aggressiven Beigeschmack hätte. Der Reichskanzler meinte, ohne Kriegserklärung an Frankreich könne er die Sommation an Belgien nicht überreichen. (Mir ist dieser Grund unverständlich.) . . . ".

Vom Standpunkte der Heeresleitung gesehen waren die Kriegserklärungen zunächst nicht notwendig; man konnte warten. Daß Moltke die Kriegserklärung gegen Rußland gefordert habe, um den Krieg sicher zu haben, ist eine völlig unbeweisbare Behauptung. Der Generalstabschef brauchte, sobald Rußland auf die befristete Forderung nicht einging, die Mobilmachung, mehr aber zunächst nicht. In der Frage der Kriegserklärungen, die — so wie die Dinge lagen — für ihn von untergeordneter Bedeutung waren, hat er gegen das, was der Kanzler wegen der Sommation an Belgien aus politischen Erwägungen für nötig hielt, keinen Einspruch erhoben, ihm vielleicht sogar zunächst zugestimmt. Das ist alles, und das deckt sich durchaus mit dem, was der damalige Staatssekretär v. Jagow aus seiner Kenntnis der Dinge im Sommer 1926 darüber veröffentlicht hat [38]).

---

[36]) Reichsarchiv, „Weltkrieg" II, S. 249.
[37]) Tirpitz, a. a. O. S. 20 ff.
[38]) „Die Kriegsschuldfrage", 1926, S. 662.

Schlußbetrachtung.

Die Aufzeichnung des Großadmirals v. Tirpitz über die Besprechung in der Nacht zum 2. August schließt mit Anklagen über die Unzulänglichkeit der politischen Leitung. „Beim Herausgehen Moltke und Kriegsminister und ich entsetzt über diese Deroute. Moltke meinte, er müsse jetzt die politische Leitung in die Hand nehmen . . . ." [39]). Moltke hat dann bekanntlich an diesem Tage dem Kanzler „Gesichtspunkte militärpolitischer Art" [40]) zugehen lassen, die Tirpitz „politisches Rezept für Auswärtiges Amt" nennt [41]). Es wird nicht ausbleiben, daß hieraus von neuem Rückschlüsse gezogen werden auf Einmischung Moltkes in die Politik auch schon vor der Mobilmachung. Demgegenüber darf auf folgende Bemerkung Falkenhayns hingewiesen werden, die er in der Aufzeichnung über die Besprechung am 29. Juli abends gemacht hat, wo gerade die Rede ist von „leisem, sehr leisem Widerstreben Moltkes" gegen die Auffassung des Kanzlers. Dort heißt es weiter zu einem Gegenstande, in dem Falkenhayn selbst anderer Ansicht war als der Kanzler: „Ich habe dies aber nicht etwa dem Reichskanzler erwidert, denn es ist nicht meine Sache, die Politik zu leiten, und er darf darin nicht durch militärische Ratgeber gestört werden, solange nicht ein wesentliches militärisches Interesse in Frage kommt" [42]). Nach diesen Grundsätzen hat auch Generaloberst v. Moltke gehandelt. Nur die heilige Pflicht, alles zu tun, was er als verantwortlicher Ratgeber für die Sicherheit des Vaterlandes für nötig hielt, hat sein Handeln bestimmt, nichts weiter.

Es hat — wie überall — so auch in Deutschland Generale gegeben, die einem großen Präventivkrieg das Wort redeten, der Generaloberst v. Moltke gehörte aber sicher nicht zu ihnen. Conrad wie Pollio sind mit Präventivkriegsgedanken an ihn herangetreten, er aber ist nicht darauf eingegangen. Den deutschen General v. Bernhardi hat er als einen „vollkommenen Phantasten" bezeichnet [43]). Ähnliche ablehnende Äußerungen über den Gedanken eines Präventivkrieges ließen sich mehr von ihm anführen. Moltke war nichts weniger als eine kriegerische Natur. Es ist seiner ganzen Wesensart und Weltanschauung nach undenkbar,

---

[39]) Tirpitz, a. a. O. S. 21.

[40]) Deutsche Dok. 662.

[41]) Tirpitz, a. a. O. S. 72.

[42]) Zwehl, a. a. O. S. 57. Das Wörtchen „er" („und er darf") fehlt bei Zwehl. Etwas anderes als dieses Wort kann aber dem Sinne nach gar nicht zu ergänzen sein.

[43]) Kaupisch in der „Kriegsschuldfrage", Februar 1927, S. 181.

daß er bewußt auf den Krieg hingearbeitet hätte. Er sah den Krieg als ein Unglück an und erschauderte vor seinen Folgen. Wer einen Blick tut in seine von der Witwe herausgegebenen Erinnerungen und Briefe [44]), dem muß jeder Zweifel schwinden.

Moltke hat sich damit abgefunden, daß unsere Rüstungen trotz der Einkreisung hinter denen der Nachbarn und hinter dem Möglichen weit zurückgeblieben waren und es auch fernerhin blieben. Entsprechend den beschränkten Machtmitteln des Reiches und der Lage inmitten übermächtiger Feinde war als Aushilfe in langjähriger Gedankenarbeit der Schlieffensche Plan herangereift, der — wenn der Krieg unvermeidlich wurde, trotz allem noch Aussicht auf Sieg bot, aber doch nur dann, wenn man sich in der Stunde der Gefahr rechtzeitig zum Handeln entschloß. Und selbst nach diesem Plane waren wir an der Westfront in der Minderheit, obgleich doch alles davon abhing, daß wir dort schnell einen vollen Sieg errangen. Um solchen Erfolg zu erreichen, hatte der ältere Moltke bei anderthalbfacher Übermacht und ohne Gefahr im Rücken ein halbes Jahr gebraucht! Und da will man glauben machen, der jüngere Moltke hätte bei der Ungunst der Verhältnisse des Jahres 1914 einen Krieg herbeigewünscht, hält den „Willen zum Präventivkrieg" bei ihm für „einwandfrei erwiesen" [45])?

Daß Generaloberst von Moltke die gefährdete militärische Lage Deutschlands im Verkehr mit Außenstehenden selten oder nie hervorgehoben, sondern im Gegenteil — vor allem in den kritischen letzten Julitagen und vollends nach Ausspruch der Mobilmachung — eine zuversichtliche Auffassung zur Schau getragen, sich schließlich auch selbst zu solcher durchgerungen hat, darf nicht wundernehmen; es entsprach nur den Erfordernissen seiner Stellung wie der Sicherheit des Reiches. So haben optimistische Äußerungen, die Außenstehende gelegentlich vom Generalstabschef gehört haben, schon an sich geringe Beweiskraft für dessen wirkliche Auffassung und doch sagen auch sie uns nur, daß der Generalstabschef vor einem Kriege nicht zurückschreckte, niemals aber, daß er ihn herbeiwünschte oder gar selbst herbeiführen wollte.

---

[44]) s. Anm. 25.

[45]) Lutz, a. a. O. S. 230. Auf die in der Anm. 274 hierzu angeführten Beweisstellen im einzelnen einzugehen, würde zu weit führen. Lutz nimmt bei Moltke eine „allenthalben übliche militärische Denkweise" an. Das Kernstück seiner Beweisführung für Moltkes Willen zum Präventivkrieg bleibt aber immer der Wenninger-Brief, dessen Auffassung bereits als unhaltbar nachgewiesen ist.

Rußlands Werben um Verbündete im Weltkriege.[1]

Von Gunther Frantz.

I.

Der Besitz Konstantinopels, oder besser gesagt Zargrads, wie man den Wünschen und Hoffnungen weit vorauseilend die Sultansstadt am Goldenen Horn in Rußland zu nennen pflegte, war von jeher das „erhabene Kriegsziel" der Zaren. Die Enttäuschungen von 1878 schob man fälschlich auf das Schuldkonto Deutschlands anstatt auf das Englands. Die These: der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin und Wien, war allmählich von einer deutsch- und habsburgfeindlichen Propaganda geschickt zum Gemeingut der Intelligenz und öffentlichen Meinung in Rußland gemacht worden. Den „Schlüssel des Reiches" in eigene Verwahrung zu nehmen, war eine Forderung der Zaren, die in den gebildeten Kreisen des Volkes feste Wurzeln geschlagen hatte. Ihre Erfüllung hatte besonders Iswolski, seit 1906 Außenminister in Petersburg, zur Aufgabe seiner Politik erhoben, einer Politik, die er, noch nachdrücklicher als Botschafter in Paris von 1911 ab, vertrat und dort im Verein mit Poincaré durch weiteren Ausbau der Doppelallianz zum „Punkte des Bruches", zur „Auslösung der heilsamen Krise" führte. Im Sommer 1914, vielleicht für russische Interessen drei Jahre zu früh, war der Krieg da, der Rußland nach der Zertrümmerung der Mittelmächte den Weg nach Konstantinopel freimachen sollte.

Seit Jahrzehnten wußte man indes in Petersburg, daß man nicht die Machtmittel besaß, sich mit Gewalt an den Ufern der Meerengen festzusetzen. Wir wissen es heute, daß schon Mitte der 90er Jahre anläßlich der Armeniergreuel und später auch während der Balkankriege 1912/13 die Absicht einer Landung am Bosporus bestanden hatte, daß aber die Kriegsbereitschaft des Zarenreiches ein bewaffnetes Eingreifen zur Erwerbung der Meerengen nicht gestattete. Um so mehr war Iswolski bemüht, sich in Europa Unterstützung der russischen Pläne zu sichern. Das Verhältnis zu Frankreich war klar; in der Doppelallianz bildete Konstantinopel mit den Meerengen das Gegenstück zu Elsaß-Lothringen. — Im

[1]) „Das Zaristische Rußland im Weltkriege." Neue Dokumente aus den Russischen Staatsarchiven über den Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Italiens in den Weltkrieg. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, LIX und 337 Seiten. Preis 12 M.

Rahmen dieses Programms war die russische Unterstützung der französischen Marokkopolitik eine Selbstverständlichkeit. Aber auch Italien mußte für die russische Meerengenpolitik gewonnen werden. Der Vertrag von Racconigi 1909 sicherte Italien russischerseits die Ansprüche auf Tripolis und schuf die Grundlagen für den türkisch-italienischen Krieg, der die Türkei schwächte, so daß 1912 der Balkanbund, unter russischer Protektion als ein Instrument der russichen Politik gegen die Türkei und gegen die Donaumonarchie geschaffen, die Zeit gekommen glaubte, über die Türkei herfallen zu müssen. Da kam, was die Petersburger Politik nicht gewollt hatte: Bulgarien stand siegreich vor den Mauern der Sultansstadt. Rußland zerriß die alten Verträge, verleugnete sein slawisches Solidaritätsgefühl und gab Rumänien freie Hand gegen Bulgarien. Um Konstantinopels willen ging das panslawistische Ideal in Trümmer. Selbst noch zu schwach, mit eigener Kraft die Meerengen in Besitz zu nehmen, grundsätzlich nicht bereit, eine andere Macht am Goldenen Horn zu dulden, sei es auch eine slawische, zog es Rußland vor, vorläufig lieber den „Pförtner in türkischer Kleidung" am Bosporus zu dulden.

Das war die Situation, als der Mord von Sarajewo den Krieg auslöste und nunmehr die gewaltsame Lösung der Meerengenfrage Tatsache werden sollte — zu einem Zeitpunkt, wo Rußland nicht ein Bataillon entbehren konnte für Unternehmungen auf einem Nebenkriegsschauplatz im Südwesten, wo ferner die Seemacht auf dem Schwarzen Meere sich noch nicht mit Aussicht auf Erfolg mit der türkischen messen konnte! Man brauchte also die Balkanvölker und mußte auch versuchen, die Türkei für die Entente zu gewinnen. Serbiens war man sicher; die großserbischen Aspirationen konnten und sollten durch Erwerbungen auf Kosten der Donaumonarchie befriedigt werden. Auch Italien durch Versprechungen auf Kosten Habsburgs zu gewinnen, war möglich. Wie sollte man aber das an den Dreibund gebundene Rumänien, die Türkei und gar das schwer gedemütigte Bulgarien zum Beitritt auf die Seite der Alliierten veranlassen? Die politischen Schwierigkeiten, die widerstreitenden Interessen der hier beteiligten Mächte in Einklang zu bringen, die Mittel, mit denen das Ziel angestrebt und teilweise erreicht wurde, enthüllen uns die vorliegenden Dokumente, die uns zugleich beweisen, wie skrupellos in diesem Kriege für Gerechtigkeit, Zivilisation und Freiheit der kleinen unterdrückten Völker die Interessen dieser Völker mit Füßen getreten wurden, wenn es sich um die imperialistischen Eroberungsziele der Ententemächte handelte.

II.

Da Rußland die Türkei nicht angreifen konnte, mußte die Petersburger Regierung versuchen, zum mindesten die Pforte für eine dauernde Neutralität zu gewinnen oder besser noch zur Teilnahme am Kriege auf seiten der Alliierten zu veranlassen. Ohne Opfer war aber weder das eine, noch das andere Ziel zu erreichen. Was konnte man der Türkei bieten? Gebietserweiterungen konnten nur auf Kosten der Länder — Bulgariens, Griechenlands und Rumäniens — gehen, die ihrerseits sämtlich auf die Seite der Entente gezogen werden sollten und zum Teil, wie Bulgarien, nur gewonnen werden konnten durch Gebietszuschlag auf Kosten der anderen. In diesen sich vielfach kreuzenden Interessen der Balkanvölker lag die ungeheure Schwierigkeit, der sich Rußland bei den Verhandlungen mit den Balkanländern gegenübersah. Zunächst war die Lage für Rußland günstig, denn am 9. August gab der Kriegsminister Enver Pascha dem russischen Militärattaché die Erklärung ab, daß er nach wie vor an dem Gedanken eines Bündnisses mit Rußland festhalte. Er sei bereit, sämtliche Kräfte von der kaukasischen Grenze fortzuziehen und in Thrazien eine starke Armee zur Verfügung Rußlands gegen einen der Balkanstaaten oder auch zusammen mit Bulgarien gegen Österreich zu versammeln. Er verlangte dafür einige der an Griechenland abgetretenen Inseln und Thrazien. Trotz der wiederholten dringenden Mahnungen des russischen Botschafters aus Konstantinopel konnte sich aber der Außenminister in Petersburg mit Rücksicht auf Bulgarien zu einer Entscheidung nicht entschließen.

Denn am 10. August hatte er in Sofia eine „genaue und unverzügliche Antwort" verlangt, ob Bulgarien sich verpflichten wolle, „die Handlungen der Türkei zu stören".[2]) Sasonow war also geneigt, zwischen den beiden Balkanländern für Bulgarien zu optieren. Bulgarien antwortete aber am 12. August mit einer strikten Neutralitätserklärung, und so war man in Petersburg gezwungen, aus weiteren Verhandlungen mit der Türkei das Beste herauszuholen, zumal inzwischen, am 11. August, die beiden deutschen Kreuzer in Konstantinopel eingelaufen waren und damit die türkische Überlegenheit zur See im Schwarzen Meere entschieden war. Schon am 8. August hatte Sasonow den Botschafter in Konstantinopel angewiesen, es in seinen Verhandlungen mit der Pforte wegen der beiden Kreuzer nicht zum Bruche kommen zu lassen. Er scheint sogar bereit gewesen zu sein, nunmehr, nach

[2]) Die mit * versehenen Zitate sind den Dokumenten des „Zaristischen Rußland" entnommen.

dem Einlaufen der deutschen Kriegsschiffe, auf der Basis der Enverschen Vorschläge mit der Türkei zu verhandeln, stieß aber dabei auf den Widerstand Englands, das zur Wahrung seiner Sonderinteressen im Mittelmeer diejenigen Griechenlands vorschob und grundsätzlich gegen einen Länderhandel zugunsten der Türkei war, um nicht Befürchtungen und Unzufriedenheit unter den Balkanstaaten hervorzurufen. Denn in den beiden westlichen Ententeländern neigte man dazu, den Balkanblock wiederherzustellen und gegen die Türkei in Bewegung zu setzen. Um letztere aber zu beruhigen, war man bereit, ihr für ihre Neutralität territoriale Integrität und Unabhängigkeit schriftlich zu garantieren. Die russische Regierung konnte sich diese These um so leichter zu eigen machen, als sie schon seit dem 11. August wußte, daß man in Paris in dieser Zusicherung kein Hindernis sähe, bei Beendigung des Krieges die Meerengenfrage im russischen Sinne zu lösen. „Der zeitweilig, verhältnismäßig günstige Eindruck" dieses Garantievorschlages wurde aber durch die deutschen Erfolge in Frankreich „stark abgeschwächt"*; schon am 27. August betrachtete man in Paris alle Bemühungen um die Neutralität der Türkei als gescheitert und regte an, Bulgarien durch Kompensationen auf Kosten der Türkei zu gewinnen. Die Türkei war sich über die wahren Ziele der Ententepolitik nicht im Zweifel; ihr Mißtrauen war durch die Nachrichten genährt, daß nach Ansicht Delcassés „die Unantastbarkeit des ottomanischen Reiches für Frankreich nicht mehr ein Dogma"* sei; ferner hatte man bei der Pforte von der geplanten Bildung eines neuen Balkanblockes der christlichen Völker und von Versprechungen an Bulgarien auf Kosten der Türkei gehört. Trotzdem aber konnte sich die Pforte nicht sobald zum Kriege entschließen. Wenn sie auch Rußland und der Entente mißtraute, so fürchtete sie doch bei einem Eingreifen auf seiten der Zentralmächte die Haltung Bulgariens und Griechenlands. Im Kabinett stand dem drängenden, kriegsbereiten Enver eine, wenn auch nicht direkt ententefreundliche, so doch gemäßigte Gruppe von Kabinettsmitgliedern gegenüber. Der russische Botschafter verkannte nicht den Umschwung in der Stimmung, den das Erscheinen und Verbleiben der deutschen Kreuzer hervorgerufen hatte. Die Türken seien „von dieser für sie so glücklichen Wendung berauscht"*, während die Beschlagnahme der beiden für die Türkei gebauten Dreadnougths in England der „Eigenliebe der Türken einen schweren Schlag versetzt und im Lande einen allgemeinen Sturm der Entrüstung sowohl gegen England wie auch überhaupt gegen die Mächte des Dreiverbandes hervorgerufen"* habe. Es war

deshalb den Vertretern der Ententemächte schwer, die Interessen des Dreiverbandes zur Geltung zu bringen. Als probates Mittel wurde auch hier Kauf der Presse in Anwendung gebracht. Immerhin war Rußlands Stellung in Petersburg so schwach, daß es in Konstantinopel politisch die Initiative ebenso aus der Hand geben mußte wie militärisch auf den Schlachtfeldern in Polen. Rußland mußte den Krieg der Türkei auf sich zukommen lassen, anstatt, wie es gerne gewollt hätte, schärferen Druck auf die Pforte auszuüben. Der Botschafter von Giers schätzte den deutschen Einfluß in Konstantinopel als den mächtigeren ein. Er hielt Anfang Oktober den Augenblick nicht für günstig, „einen Krieg mit der Türkei zu beginnen"*, da Deutschland schon zum Kriege dränge. Bei anderer politischer Konjunktur würde das Verhalten Rußlands „fraglos anspruchsvoller"* sein, schrieb er. Das einzige Mittel zur Vermeidung des Krieges sah der Botschafter in einem größeren Erfolge auf russischer Seite, der der gemäßigten Partei eine feste Stütze gegen die deutschorientierte Kriegspartei gebe. Es waren wohl nicht so sehr Rücksichten auf die allgemeine politische und militärische Lage, die den Botschafter zur Zurückhaltung zwangen, als die ganz einfache Überlegung, daß die russische Flotte der verstärkten türkischen unter deutscher Führung nicht gewachsen sei. Das scheinen uns seine etwas ängstlichen Worte vom 3. Oktober zu sagen: „Der Krieg ist aller Wahrscheinlichkeit nach unvermeidlich: Euer hohen Exzellenz kommt es aber zu, mir mitzuteilen, wenn man ihn zulassen kann. Unserer hiesigen Lage würde aber ein schwerer Schlag versetzt werden, wenn der Krieg auch nur mit einem teilweisen Mißerfolg unserer Flotte beginnen sollte."* Giers irrte; es lag nicht in russischer Hand, den Kriegsausbruch zu bestimmen. Der Vorstoß türkischer Schiffe nach den russischen Häfen führte wenige Wochen später zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

III.

Schon bei den Ententeverhandlungen mit der Türkei mußte die Haltung Bulgariens und Griechenlands in Rechnung gezogen werden. Noch viel komplizierter lagen die Verhältnisse bei Bulgarien, das im Balkankriege die größten Opfer gebracht hatte, aber mehr als alle anderen Kriegsteilnehmer auf die Erfüllung seiner nationalen Wünsche hatte verzichten müssen. Es war gar nicht daran zu denken, daß Bulgarien 1914 nach der „Exekution" des Jahres 1913, die nur durch Verrat der großen slawischen Schwesternation möglich gewesen war, sich freudig der Ententekoalition an-

schloß. Rassen- und Glaubensgegensätze hielten zwar die alte historische Feindschaft gegen die Osmanen lebendig; doch war der Haß gegen das glaubens- und rassenverwandte Serbien sehr viel stärker als jene Feindschaft. Denn Thrazien mit Adrianopel wog nichts gegen Mazedonien. Der einzige Preis, um den Bulgarien in den Krieg einzutreten bereit war, war jenes Land, seit 1913 im Besitz Serbiens. Für die Bulgaren war Mazedonien „das Ziel unüberwindlicher Sehnsucht"*, der „einzig wirklich wertvolle Erwerb". Serbien aber erklärte, daß „jegliche Abtretungen unmöglich wären, und daß es vorzöge, eher ganz Serbien Österreich zu überlassen, als auch nur ein Stückchen von Mazedonien an die Bulgaren abzutreten"*. So war für Bulgarien der Anschluß an die Mittelmächte die gegebene Lösung. Zunächst aber mußte es auf die Rückenbedrohung durch die Türkei Rücksicht nehmen. Nach deren Kriegseintritt auf seiten der Mittelmächte war Bulgarien noch durch die unsichere Haltung Griechenlands und Rumäniens in seinen Entschlüssen gebunden; denn es konnte nicht an einen Krieg gegen Serbien denken mit zwei feindlichen Nachbarn in Rücken und Flanke. Der bulgarische Ministerpräsident wußte wohl, daß sein Land nur durch die Donaumonarchie Mazedonien erhalten könne, wollte aber erst losschlagen, wenn Serbien so gründlich geschwächt wäre, daß ein Eingreifen Griechenlands und Rumäniens zugunsten Serbiens nicht zu erwarten wäre. Bulgarien wollte also vorsichtig erst größere Erfolge der Mittelmächte abwarten — vielleicht war es auch noch nicht hinreichend gerüstet —, und benutzte die Zeit der Neutralität, auch an die Ententemächte mit Forderungen heranzutreten.

Mit dem Vorgehen der Entente gegen die Dardanellen verlor die bulgarische Teilnahme am Kriege für die Russen ganz erheblich an Wert. Denn Rußland konnte sich an dem Unternehmen nicht beteiligen, sah vielmehr der Festsetzung der westlichen Großmächte an den Meerengen mit recht gemischten Gefühlen entgegen und fürchtete nicht mit Unrecht erhöhte Schwierigkeiten bei der Lösung der Meerengenfrage in dem einzigen für Rußland annehmbaren Sinne, nämlich in der endgültigen Zuteilung an Rußland. Um so mehr aber legten die an der Landung beteiligten Mächte auf die Mitwirkung Bulgariens Wert. Das Unternehmen würde weniger Zeit und Blut kosten, wenn die Bulgaren den Türken in den Rücken und zu Lande gegen den Bosporus stießen. Der von der Entente nach Bulgarien entsandte Herzog von Guise holte sich im Februar von seinem Vetter, dem König Ferdinand, eine glatte Absage. Das schreckte aber die Diplomaten nicht ab, um so dringender um

Bulgarien zu werben. Seine Einmischung sei „sofort nötig, später würde sie überflüssig sein"*, schrieb der bulgarische Gesandte aus Petersburg am 25. März an seinen König; Bulgarien müsse „sich beeilen, den Platz einzunehmen, der ihm als dem lebensfähigsten Staate auf dem Balkan gebühre"*. Man versprach Bulgarien Thrazien bis zur Linie Enos—Midia, einen Teil Mazedoniens mit den Vertragsgrenzen von 1912, den Hafen Kawalla, Geld und im Bedarfsfalle Unterstützung gegen Griechenland und Rumänien. Serbiens unnachgiebige Haltung und Nichtbereitschaft zu Gebietsabtretungen überhob die bulgarische Regierung des schweren Entschlusses, Partei zu ergreifen.

Nachdem im Mai 1915 die russische Front in Galizien ins Wanken gekommen war, erschien auch Rußland wieder auf dem Plan. Man erneuerte die alten Versprechungen und war sogar bereit, Bulgariens Ansprüche auf die Dobrudscha zu unterstützen. Radoslawow sah sich erneut in schwieriger Lage, aber angesichts der weiteren Ereignisse auf dem russischen Kriegsschauplatz trat ein völliger Stimmungswechsel ein. Ende Juli mußte der russische Gesandte aus Sofia melden, daß auf weitere Neutralität Bulgariens nicht mehr zu rechnen sei, und angesichts des Ernstes der Lage war auch Serbien im August zu Verhandlungen über Mazedonien bereit. Man bot Bulgarien erneut Teile Mazedoniens an, aber zu spät. Die deutsche Gegenwirkung hatte nunmehr nach der Zertrümmerung der russischen Front leichteres Spiel. Der Besuch des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin hatte, wie der russische Gesandte am 31. August meldete, „auf Radoslawow sehr starken Eindruck gemacht". Alle Versuche, Serbien Konzessionen für den Beitritt Bulgariens abzuringen, scheiterten. Charakteristisch für die verzweifelten diplomatischen Anstrengungen der Entente war die Anregung, Serbien möchte Mazedonien an den Zaren abtreten. Bulgarien machte aber bereits mobil, deutsche Armeen rollten nach der Donau, und Radoslawow erklärte am 25. September, daß „Mazedonien bulgarisch werden müsse", und daß Bulgarien sich nehmen werde, was man ihm nicht geben wolle. So war denn der Würfel gefallen, und am 2. Oktober 1915 erklärte der russische Gesandte dem Ministerpräsidenten in Sofia, daß „der Vertreter Rußlands, das mit Bulgarien durch das unvergängliche Andenken an die Befreiung vom türkischen Joch verbunden sei, nicht in einem Lande bleiben könne, in dem ein brudermörderischer Angriff auf ein verbündetes slawisches Volk vorbereitet werde". Mit „gebrochenem Herzen" müsse er bedauern, daß eine „Einigung mit dem brüderlichen Rußland" *) nicht zustande gekommen sei. Die

öffentliche Meinung in Rußland raste über Bulgariens Verrat an der gemeinsamen Sache des Slawentums; man hatte bereits vergessen, daß zwei Jahre zuvor der große slawische Bruder selbst durch Vertragsbruch seine Hand zur Zerfleischung des bulgarischen Volkes geboten hatte, das doch „dem Herzen Rußlands so nahe gestanden" und mit Rußland „durch das unvergängliche Andenken an die Befreiung vom türkischen Joch verbunden sei"*.

IV.

General Conrad v. Hötzendorff hatte bei seinem Besuch in Bukarest am 29. und 30. November 1912 die Aufgabe, sich in den kritischen Zeiten der Balkanwirren der Bündnistreue Rumäniens zu vergewissern, das vertragsmäßig an die Zentralmächte gebunden war. Er brachte schriftliche Vereinbarungen strategischer Natur mit dem rumänischen Generalstabschef nach Wien zurück. Rußland quittierte diesen Besuch Anfang Dezember mit der Entsendung des Großfürsten Nikolai Michailowitsch. Nach Rumäniens Anschluß an die Entente im Weltkriege schrieb er dem Zaren am 2. September 1916, daß der Zweck seiner Reise nicht ohne Erfolg geblieben sei! Allerdings hat es langer und schwieriger Verhandlungen bedurft, um Rumänien auf die Seite der Entente zu ziehen. Denn auch hier liefen die Interessen der Westmächte und die Rußlands nicht immer parallel. Erstere konnten freigebiger als Rußland sein, da sie keine Opfer zu bringen hatten, und die rumänische Politik verstand es geschickt, ihre Hilfe teuer zu verkaufen. Solange es sich nur um Kompensationen auf Kosten der Donaumonarchie handelte, war eine Verständigung nicht schwer. Rumäniens Begehrlichkeit stieg aber in dem Grade, als es den Wert seiner Hilfe wachsen sah, und beanspruchte schließlich Teile des russischen Reiches.

Schon am 30. Juli 1914, am 1. Tage der Mobilmachung, die nach russischer Auffassung noch nicht den Krieg bedeutete, war Rußland bereit, Rumänien für den Fall gemeinsamen Vorgehens den Erwerb Siebenbürgens zu versprechen. Bald ging aber der russische Außenminister weiter; er wollte mit Rumänien zu festen Abmachungen kommen und schlug am 7. August einen Vertrag vor, in dem sich Rußland verpflichtete, für die Teilnahme Rumäniens „mit seinen ganzen militärischen Kräften an der Aktion Rußlands gegen Österreich-Ungarn" die Waffen nicht eher aus der Hand zu legen, bis die österreichisch-ungarischen Länder, „die von rumänischer Bevölkerung bewohnt sind, mit der rumänischen Krone

vereinigt sind".[3]) Frankreich stimmte Sasonows Vorschlag bei, Grey war, wie immer, wenn es sich um eine Festigung der russischen Stellung auf dem Balkan handelte, dagegen. Das Abkommen kam nicht zustande, denn inzwischen hatten die Mittelmächte ihre politischen Gegenminen gelegt, deuteten Neutralität als feindliche Handlung gegen die Mittelmächte und versprachen Rumänien für die Teilnahme am Kriege Bessarabien, während gleichzeitig Verhandlungen über eine Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien liefen. Man benutzte in Bukarest diese Handhabe sehr geschickt, um nun seinerseits, wie der russische Gesandte am 1. September 1914 meldete, für Neutralität, die im rumänischen Sinne ja Vertragsbruch und Begünstigung der Ententemächte bedeutete, von Rußland Bessarabien zu verlangen.

Zunächst wurde allerdings nicht mehr erreicht, als daß Rumänien am 3. Oktober 1914 für „wohlwollende Neutralität" der Erwerb „der österreichisch-ungarischen Gebiete mit rumänischer Bevölkerung"* und der Besitz der Dobrudscha garantiert wurde. Allmählich aber wurde doch bekannt, daß Rumänien außerdem auch Ansprüche auf die Bukowina und das Banat erhob. Die „Verwirklichung seines nationalen Ideals" beschränkte sich also nicht auf Siebenbürgen, sondern forderte Opfer auf Kosten Bulgariens, Serbiens und Rußlands. Hier war man über diese Anmaßung Rumäniens und die Unterstützung, die seine Ansprüche bei den Westmächten fanden, empört. Im Hauptquartier des Großfürsten besonders verurteilte man, da die italienische Hilfe gesichert war, Rumäniens „übermäßige und völlig unannehmbaren Forderungen" und dessen „aufgeblasenen Ton"*. Auch Sasonow erklärte am 5. Mai, daß von einer Annahme der rumänischen Bedingungen nicht die Rede sein könne, da einem Vorgehen Rumäniens nicht mehr die frühere Bedeutung beigelegt werden könnte.

Wenige Tage später, nach den deutschen Erfolgen in Galizien, gab Sasonow aber zu, daß „eine kriegerische Mitwirkung Rumäniens zweifellos mit Befriedigung begrüßt werden würde"*, erklärte Frankreich sein Einverständnis mit der Überweisung von Teilen der Bukowina und des Banats an Rumänien, forderte aber die Franzosen auf, „den begonnenen Angriff an ihrer Ostgrenze zu verstärken"*. Nach den weiteren Fortschritten der Mittelmächte in Galizien trat im Juni auch bei der russischen Obersten Heeresleitung ein Umschwung der Auffassung ein. Sie hielt „es für sehr wichtig, sämtliche politischen Bedingungen Bratianus anzunehmen"*. Angesichts der militärischen Lage hatten es aber die Rumänen nicht

[3]) Friedrich Stieve: „Iswolski im Weltkriege."

eilig, in die russische Katastrophe hineingezogen zu werden. Da aber auch die Franzosen keine Erfolge aufzuweisen hatten und einen zweiten Winterfeldzug fürchteten, legten sie der Unterstützung durch Rumänien „außerordentliche Bedeutung" bei und empfahlen Erkaufung der Mitwirkung Rumäniens „um jeden Preis"*. Die Verstimmung zwischen Paris und Petersburg wuchs, als der russische Außenminister die weiteren Verhandlungen mit Bukarest durch gewisse Bedingungen über den Zeitpunkt des Beitritts in die Länge zog. Iswolski meldete im Oktober aus Paris, daß man an der Bereitwilligkeit Rußlands, auf dem Balkan zu einer Verständigung zu gelangen, zweifle, und daß deshalb in Paris „die Erregung gegen Rußland mit jedem Tage"* wachse. Um Rußland zu Konzessionen in Bessarabien für Rumäniens Anschluß an die Entente zu zwingen, wies man in Paris, wie Iswolski im Oktober 1915 berichtete, darauf hin, daß England und Frankreich „gezwungen sein werden, ihre Beschlüsse bezüglich Konstantinopels und der Meerengen zu revidieren". Das war also eine sehr ernste und nicht mißzuverstehende Drohung, die sich die Westmächte Rußland gegenüber nach seinen Niederlagen im Sommer 1915 erlauben durften. Was die Diplomaten nur andeuteten, sprach die Pariser Presse klar aus: um die Lage zu retten, müsse Rußland einen Teil Bessarabiens opfern.

Um die Drohung mit einer Revision der Abmachungen über Konstantinopel in ihrer ganzen Tragweite voll zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß sie zu einer Zeit ausgesprochen wurde, als die russische Front zertrümmert war und ein deutscher Vormarsch über Riga befürchtet wurde, als Mackensen und die Bulgaren in Serbien einbrachen und als die Westmächte zur Landung in Saloniki schritten, ohne auf die Hilfe Rußlands bei diesem Unternehmen rechnen zu können. Ein neuer Kriegsschauplatz tat sich für die Westmächte auf dem Balkan auf, der starke Kräfte band; man brauchte Rumänien militärisch und auch politisch, eventuell sogar gegen Rußlands Ansprüche auf dem Balkan.

Rumänien aber verharrte in der für das Land sehr vorteilhaften Neutralität, bis Rußland wieder erstarkt und auch im Westen die Somme-Offensive Sommer 1916 Anfangserfolge zu verzeichnen hatte. Österreich verpuffte seine Kraft in der Tiroler Offensive, Brussilow rettete Italien in Galizien und schuf in Rumänien Stimmung für den Anschluß an die Alliierten — ohne Aussicht auf den Erwerb Bessarabiens. Wiederum riet Iswolski aus Paris in Petersburg zur Nachgiebigkeit, als die Oberste Heeresleitung einige Bedenken geltend machte. Da Rumänien den Augenblick zum Ein-

tritt in den Krieg für gekommen hielt, begnügte es sich mit Gebietserwerbungen auf Kosten Habsburgs! Am 17. August wurden in Bukarest die Militärkonvention und das politische Abkommen unterzeichnet.

V.

Schon vor dem Weltkriege hatte der russische Außenminister auf die Hilfe Rumäniens in einem künftigen Kriege nicht mit Sicherheit rechnen zu können geglaubt. Am 6. Dezember 1913 hatte er dem Zaren berichtet, daß man die Beziehungen zu Rumänien „vorsichtig und vorurteilsfrei“[4]) pflegen müsse; Rumänien litte ebenso wie Italien an „Größenwahnsinn“[4]) und beide Mächte würden ausschließlich eine Politik der Zweckmäßigkeit treiben. Die tatsächliche militärische Hilfe Italiens, „dessen Armee sich auch in der Vergangenheit auf keine besonderen kriegerischen Verdienste berufen“* konnte, schätzte weder der Außenminister noch die Oberste Heeresleitung allzu hoch ein. Den Hauptnutzen des Anschlusses Italiens sah Sasonow nicht so sehr in dem Zuwachs neuer bewaffneter Kräfte, „auf deren spezifisches Gewicht man wohl kaum übertriebene Hoffnungen setzen darf“, sondern in dem „moralischen Eindrucke“ sowohl auf die kämpfenden wie auch auf die neutralen Länder. Auch der Chef des Generalstabes des Feldheeres rechnete weniger mit der „realen militärischen Hilfe Italiens“ als mit der Schließung einer noch offenen Grenze für die Einfuhr von Rohstoffen zu den Mittelmächten. Rumänien war den Russen wichtiger als Italien. Die russische Regierung sah in Italien einen unangenehmen Rivalen seines serbischen Schützlings an der Adria. Lag es doch seit langem im Programm der russischen Außenpolitik, einen großserbischen Staat mit Einschluß Dalmatiens und Albaniens als Gegengewicht gegen Habsburg, Italien und Rumänien zu schaffen.

Die Verhandlungen mit Italien wären zweifellos schneller zum Abschluß gekommen, wenn nicht auch hier die Interessengegensätze zwischen Rußland und den Westmächten gewisse Schwierigkeiten geschaffen hätten. Frankreich und England legten Wert auf Italiens Hilfe, die sie besonders gegen die Türkei in Anspruch zu nehmen gedachten; damit erwarb aber Italien auch ein Anrecht auf Berücksichtigung bei der erwarteten Aufteilung der Türkei. Diese Argumente gerade legten aber Rußland berechtigte Zurückhaltung auf, und deshalb hielt es Sasonow am 7. März 1915 für wichtig, zu

---

[4]) Friedrich Stieve: „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis.“

betonen, daß in der Hilfe Italiens auch gleichzeitig aktive Teilnahme am Kriege gegen Österreich ausdrücklich sichergestellt werden müßte.

Ferner waren die Westmächte geneigt, Italien weitgehende Konzessionen an der Ostküste der Adria zu machen und seine Ansprüche in Dalmatien und Albanien zu berücksichtigen. Namentlich für Frankreich war es wichtig, daß Italien das Schwergewicht seiner Forderungen nach dem östlichen Mittelmeer verlegte, und daß Gedanken über einen Besitzwechsel Korsikas, Nizzas und Tunis', wie sie in den ersten Kriegswochen aufgetaucht waren, nicht festen Fuß faßten. Rußland aber fühlte sich berufen, hier die Interessen seiner slawischen Schützlinge zu vertreten. So ist es denn begreiflich, daß Sasonow, nur den dringlichen Wünschen der Verbündeten nachgebend, den „dem Wesen und der Form nach gleich unbefriedigenden Vertrag"[5]) mit Italien billigte. Denn die slawischen Freunde auf dem Balkan schienen ihm zu stark geschädigt. Auch in dem Bündniswerben um Italien hatte sich Frankreich, ebenso wie in den Verhandlungen mit Rumänien, veranlaßt gesehen, auf Rußlands Opferbereitschaft einen Druck auszuüben.

Mit voller Deutlichkeit tritt auch in diesem Teile der diplomatischen Korrespondenz hervor, daß es immer Rußland war, von dem Opfer und die Preisgabe von Interessen verlangt wurden. War Frankreich, das Rußland zeitweilig die Abtretung Bessarabiens nahelegte, jemals bereit, Korsika, Nizza oder Tunis zu opfern?

Nirgends aber geht klarer als aus den Verhandlungen mit Italien und Rumänien hervor, daß dieser Krieg der Alliierten und Assoziierten Mächte für Gerechtigkeit und Freiheit ein Raubkrieg reinsten Stiles war! Der Begriff der „nationalen Einigung" mußte als Deckname für ihre weitgreifenden Eroberungspläne dienen.

---

[5]) Friedrich Stieve: „Iswolski im Weltkriege."

Die „Schuldfrage“ für den Krieg 1870/71.

Von Dr. Karl Schwendemann.

Der bekannte Münchener Historiker Hermann Oncken hat zu Weihnachten 1925 der deutschen und europäischen Öffentlichkeit eine ebenso umfangreiche wie bedeutungsvolle Veröffentlichung beschert, die im weiteren Rahmen der Kriegsschuldfrage ihre Stelle hat. Es ist ein dreibändiges Werk mit dem Titel „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“ und ist bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienen. Oncken hat für dieses Werk die Archive in Wien, Berlin, München, Stuttgart und Karlsruhe durchforscht und legt ein reiches Aktenmaterial, bestehend aus dem diplomatischen Schriftwechsel zwischen den Kabinetten einer Anzahl deutscher Staaten und Östereich sowie zahlreiche Botschaftsberichte aus Paris, vor. Dieses Material gewährt uns vielerlei neue Einblicke in die diplomatischen Verhandlungen der damaligen Zeit und ist geeignet, die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege von 1870/71 neu zu beleuchten. Oncken hat in einer nur 120 Seiten zählenden ebenso klar wie spannend geschriebenen Einleitung die Ergebnisse des in den drei Bänden vorgelegten Dokumentenmaterials zusammengefaßt. Es ist außerordentlich dankenswert, daß diese Einleitung auch als gesondertes Buch erschienen ist und dadurch allen denen, die infolge des Umfangs und dadurch bedingten beträchtlichen Preises das große Werk sich nicht zu beschaffen vermögen, die Möglichkeit gegeben ist, sich wenigstens die Ergebnisse von Onckens Forschungen zugänglich zu machen. Auch historisch interessierte Kreise des Auslandes werden dadurch eher geneigt und in der Lage sein, sich damit zu beschäftigen.

Das Ergebnis von Onckens Arbeit läßt sich mit einem Satz dahin zusammenfassen, daß Napoleon III. von 1863 bis 1870 unablässig die europäische Konstellation vom Standpunkt der Möglichkeit der Gewinnung des linken Rheinufers oder eines Teiles davon geprüft bzw. zu beeinflussen und zu gestalten versucht hat. Es ist geradezu spannend, zu verfolgen, wie er der Verwirklichung dieser Idee auf den verschiedensten Wegen nachgestrebt ist. Zuerst versuchte er es durch gütliche Vereinbarung mit Preußen. Als er eine Abweisung erfährt, klopft er bei Österreich an und legt ihm im Februar 1863 weitausschauende Pläne einer Umgestaltung der europäischen Karte vor, die Frankreich das linke Rheinufer bringen sollte. Österreich verhält sich aber ebenfalls abweisend. Darauf nähert man sich Preußen wieder, mit dem Vorschlag einer Lösung

der deutschen Frage unter Überlassung des linken Rheinufers an Frankreich. Die schleswig-holsteinische Krise benutzt Napoleon, um Preußen zu weitgehenden Annexionen zu ermuntern, wobei wieder der Kompensationsgedanke im Hintergrund steht. Als die Spannung zwischen Österreich und Preußen wächst, sieht Napoleon eine neue Möglichkeit für seine Pläne. Am 12. Juni 1866 kommt es zu einem förmlichen Vertragsabschluß mit Österreich, in dem Österreich das Rheinland preisgibt, das ein unabhängiger Staat werden sollte, unter wessen tatsächlichen Machteinfluß braucht man nicht erst zu sagen. Hier taucht die französische Rheinidee in der Form des Pufferstaates auf, die ja bekanntlich nach dem Weltkriege wieder besonders lebendig wurde. Durch die Schlacht von Königgrätz wurden Napoleons Berechnungen aber über den Haufen geworfen. Sein Wort vom 4. Juli „Wir haben Venedig für andere gewonnen und den Rhein für uns selbst verloren" gibt die Situation treffend wieder und erklärt, warum damals in Paris leidenschaftlich nach „Rache für Sadowa" gerufen wurde. Napoleon bleibt aber auch weiterhin seiner Idee treu. Dachte er zunächst an ein Eingreifen in den Krieg zugunsten Österreichs, so zog er es schließlich vor, mit Preußen „Kompensationsverhandlungen" wieder im Sinne eines rheinischen Pufferstaates zu beginnen, wobei er das Sicherheitsmotiv anschlug. Als Bismarck schroff ablehnte, wollte Napoleon Belgien und Luxemburg annektieren, wobei er jedoch eine deutliche Ablehnung des preußischen Königs erfuhr. Also mit Preußen ging es nicht! Man nahm also die österreichische Karte wieder zur Hand, suggerierte ihm, es müsse seine deutsche Stellung wiedergewinnen, und im April 1867 bot der französische Botschafter in Wien dem österreichischen Kanzler Beust ein Offensiv- und Defensivbündnis mit keineswegs bescheidenen Kriegszielen an. Wieder war das linke Rheinufer der Preis, den Frankreich gewinnen wollte, nur ging man dabei bis zu der Forderung, die Grenze auf den Kamm des Schwarzwalds zu verlegen. Beust war aber für diesen „abenteuerlichen Plan", wie er es nannte, nicht zu haben. In den nächsten Jahren ließ Napoleon keineswegs von seinem Ziel ab; immer wieder drang er in Österreich. Alle möglichen Pläne wurden ventiliert. Auch ein Abrüstungsplan, mit dem man Preußen in die Zwickmühle setzen wollte, spielt eine Rolle. Schließlich kam die große Idee eines Dreibundes von Frankreich, Österreich und Italien. Vom Dezember 1868 an wurde darüber verhandelt, im Mai 1869 wurde ein Vertragsentwurf ausgearbeitet. Das Ziel war die Einkreisung Preußens. Als jedoch schließlich 1870 der Krieg ausbrach, hatte Napoleon infolge der weitgehenden Forderungen Italiens und einer gewissen Zurück-

haltung Österreichs nicht das gewünschte diplomatische Instrument in der Hand.

Klar ergibt sich aus Onckens Dokumenten, einmal, daß Napoleon den Rhein mit den verschiedensten Mitteln, auf den verschiedensten Wegen gewinnen wollte, daß er sich damit der Herstellung der deutschen Einheit in den Weg stellte, und daß seine Politik in den letzten Jahren vor 1870 gegenüber Preußen unzweifelhaft offensiv gewesen ist. Die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg von 1870/71 ist also keineswegs in einem Sinne zu lösen, daß dieser Krieg als eine deutsche Invasion in Frankreich aufzufassen ist. Da sein Ausgang eine der Hauptursachen des Weltkriegs ist, ist das für die Kriegsschuldfrage von außerordentlicher Wichtigkeit.

Zu den neuen britischen Dokumenten über den Kriegsausbruch.

Von Hermann Lutz.

Bezüglich der im Dezember 1926 veröffentlichten britischen Dokumente über den Kriegsausbruch[1]) — nachstehend BD abgekürzt — wurden verschiedene Feststellungen gemacht und Behauptungen aufgestellt, über die hier kurz referiert sei, so weit die Sachlage klar liegt.

BD 266 ist eine starke Paraphrase (mit kleineren Hinzufügungen) von Nr. 77 des Britischen Blaubuches von 1914 (künftig BB abgekürzt), was unter BD 266 nicht vermerkt ist.

BD 338 bildete im BB die bekannte Anlage 3 zu Nr. 105 (vgl. die Aufklärung, die Headlam-Morley unter BD 319 Anlage gibt). Das „Hier, vendredi" in der französischen Mitteilung an das Foreign Office — BD 338 — hat seit Jahren Anlaß zu allerhand Kommentaren gegeben. Insbesondere wurde die Vermutung geäußert, das mit dem Datum des 31. Juli 1914 versehene Dokument stamme in Wahrheit vom 1. August, da nur dann „hier, vendredi" zutreffe (der 31. Juli war ein Freitag). Demgegenüber kann ich erklären, daß

[1]) „British Documents on the Origins of the War 1898—1914", vol. XI: „The Outbreak of War", her. von J. W. Headlam-Morley. Deutsche Ausgabe her. von H. Lutz (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin).

zwar die Tages z e i t nicht bekannt ist, zu der Nr. 338 dem britischen Auswärtigen Amt übermittelt wurde, daß aber die Mitteilung a m 31. J u l i erfolgt ist und daß das Dokument genau so zum Abdruck gelangte, wie es die französische Botschaft dem Foreign Office übermittelt hat. Es wird Sache der französischen Regierung sein, das „hier, vendredi" aufzuklären. (Zum französischen Gelbbuch Nr. 106 siehe „Die Kriegsschuldfrage", März 1927, Seite 262 ff.)

BD 349 war im BB 112 nicht nur paraphrasiert, wie es unter BD 349 heißt, sondern der erste Teil des zweitletzten Satzes war im BB 112 gestrichen. Sir Edward Goschen meldete in der ausgelassenen Stelle über seine Unterredung mit Jagow am 31. Juli: „This had given him a ray of hope, as he had thought that it meant that your proposal was at all events receiving consideration" = „Er habe daraus wieder etwas Hoffnung geschöpft, da es seiner Ansicht nach bedeute, daß Ihr Vorschlag auf alle Fälle in Betracht gezogen würde."

BD 351. Graf Max Montgelas veröffentlicht in seinem ausführlichen Artikel „Die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch" im Februarheft 1927 der „Kriegsschuldfrage" auf Seite 131 den zweiten „bedeutsamen" Absatz von BD 351 und bemerkt dazu in einer Fußnote: „Dieser Zusatz war in BB 115 unterdrückt. In der jetzigen Ausgabe der Dokumente fehlt der Hinweis auf diese Auslassung." Das ist unrichtig. Ein Vergleich lehrt vielmehr, daß im BB 115 zwar Umstellungen vorgenommen wurden, daß dort aber das Ganze von BD 351 enthalten war. Statt dessen gibt BD 351 zu einer anderen Feststellung Anlaß, die dem Herausgeber der Aktensammlung entgangen zu sein scheint. Sir Edward Grey drahtete am 31. Juli an den britischen Gesandten in Brüssel u. a.: „ . . . you should inform Minister for Foreign Affairs and say I assume that Belgium will to the utmost of her power maintain neutrality and desire and expect other Powers to observe and uphold it" = „ . . . wollen Sie Minister des Äußern davon unterrichten und sagen, ich nähme an, daß Belgien unter Aufbietung seiner ganzen Kraft Neutralität schützen und von anderen Mächten wünschen und erwarten wird, daß sie Neutralität achten und aufrechterhalten." Dieser Satz lautete im BB 115: „You should say that I assume that the Belgian Government will maintain to the utmost of their power their neutrality, which I desire and expect other Powers to uphold and observe" = „Sie wollen sagen, ich nähme an, daß die belgische Regierung unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft ihre Neutralität schützen wird, von der ich wünsche und erwarte, daß andere Mächte sie aufrechterhalten und achten." Der Unterschied springt

in die Augen. Grey nahm an, Belgien werde wünschen und erwarten, daß andere Mächte seine Neutralität aufrechterhalten und achten, während das im BB 115 dahin geändert wurde, Grey wünsche und erwarte . . . Es mag sein, daß die Änderung nicht beabsichtigt war, sondern in der Eile der Paraphrasierung geschah. Auf jeden Fall hat der britische Gesandte in Brüssel nach Nr. 11 vom Belgischen Graubuch I den Auftrag nach BD 351 ausgeführt, „daß Belgien . . . wünscht und erwartet . . ."

BD 402 ist eine Paraphrase von BB 130, was unter BD 402 nicht angemerkt ist.

BD 406 Anlage. Unter diesem Dokument hätte sich ein Hinweis auf BB 152 empfohlen.

BD 417 war bereits im BB als Nr. 132 veröffentlicht, was unter BD 417 ebenfalls nicht angezeigt ist.

Ein ehemaliges Mitglied der französischen Botschaft in London, François Charles-Roux, hat in einem Aufsatz der „Revue des deux Mondes" vom 15. August 1926, „Veillée d'Armes à Londres, 22 Juin — 4 Août 1914", auf den Seiten 734/35 erwähnt, am 26. Juli 1914 sei ein Telegramm aus Paris angekommen, daß Sasonow die serbische Regierung veranlasse, die Vermittlung der britischen Regierung nachzusuchen, um den österreichich-serbischen Streitfall vollends zu bereinigen; Bienvenu-Martin habe, im Einvernehmen mit dem damals nach Paris berufenen Botschafter Paul Cambon, den Geschäftsträger de Fleuriau beauftragt, Sir Edward Grey zu bewegen, er möge diese Mission übernehmen. Der serbische Gesandte in London sei aber von Herrn Paschitsch nicht beauftragt worden, die britische Vermittlung nachzusuchen.

Schon Emile Bourgeois hatte in seinem gemeinsam mit Georges Pagès dem französischen Senat vorgelegten Bericht vermerkt, Sasonow habe der serbischen Regierung am 26. Juli geraten, die englische Vermittlung anzurufen[2]). Charles-Roux bringt nun neue Einzelheiten darüber; sein Artikel ist zwar tendenziös und enthält verschiedene Unrichtigkeiten, seine obigen Angaben sind jedoch so bestimmt, daß man nicht wohl an der Absicht Sasonows zweifeln kann, den erwähnten Schritt in Belgrad zu tun; anscheinend hat er auch Paris gebeten, die Anregung in London zu unterstützen. Die britischen Dokumente enthalten aber nichts darüber, und wie

[2]) Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre, Paris 1919, Seite 22. Deutsche Ausgabe: „Die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des Großen Krieges", herausgegeben von Bernhard Schwertfeger, Berlin 1926, Seite 21.

ich erfahre, hat das Foreign Office keine Kenntnis von der Sache. Hat de Fleuriau den Auftrag nicht ausgeführt, weil der serbische Gesandte ohne Weisung blieb? Hat Sasonow den Schritt in Belgrad überhaupt unternommen, und wenn ja, warum hat Paschitsch den Wunsch Sasonows nicht erfüllt? Der Fall zeigt, wie wichtig es ist, daß alle Regierungen ihre Archive restlos öffnen.

BD 239 ist ein sehr wichtiger, aufschlußreicher Privatbrief von Sir Arthur Nicolson, dem ständigen Unterstaatssekretär, an Sir George Buchanan, den britischen Botschafter in St. Petersburg, und trägt das Datum vom 28. Juli 1914. Wie bei den sonstigen Privatbriefen der britischen Dokumentensammlung ist, außer dem Tag der Niederschrift, auch bei BD 239 die Abgangs- und Ankunftszeit nicht angegeben. Gerade bei diesem Dokument ist aber die Ankunftszeit von hoher Bedeutung. Graf Max Montgelas schrieb in dem bereits erwähnten Aufsatz der „Kriegsschuldfrage", Februar 1927, auf den Seiten 110—112: „An diesem 28. Juli schrieb obendrein Nicolson einen Privatbrief an Buchanan (Nr. 239), der Rußlands Hoffnungen noch weiter steigern mußte . . . Wie das Schreiben Greys vom 25. rechtzeitig eingetroffen sein wird, um den Russen den Entschluß zur Mobilmachung gegen Österreich zu erleichtern, so dürfte der Brief Nicolsons vom 28. früh genug gekommen sein, um in Petersburg den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung leichter zu machen." Wie man sieht, gelangt in diesen Zeilen ein wenn auch gelinder Zweifel zum Ausdruck, ob der Brief wirklich bis zum frühen Nachmittag des 30. Juli bei Buchanan eingetroffen ist, da der Zar sich bekanntlich gegen 4 Uhr, nach manchen Quellen sogar einige Stunden früher, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung abringen ließ. In einem anderen Aufsatz desselben Verfassers ist ein derartiger Zweifel aber nicht mehr ersichtlich. Er schrieb nämlich in „Foreign Affairs" — London, Februar 1927, Seite 206, linke Spalte, die neuen Dokumente der Sammlung seien so zahlreich, daß er aus Raummangel sich darauf beschränken müsse, die allerwichtigsten davon hervorzuheben, und er führt dann an zweiter Stelle auf: „2. Russia was still more encouraged by a private letter from Sir A. Nicolson to Sir G. Buchanan on July 28, where we read . . ." (folgt Zitat, und dann 3. . . . — In Übersetzung: „2. Rußland wurde noch mehr durch einen Privatbrief von Sir A. Nicolson an Sir G. Buchanan vom 28. Juli ermutigt, in dem wir lesen . . . "). Hier wird die direkte Einwirkung von BD 239 auf die Entschlüsse der russischen Regierung nicht mehr angezweifelt, und in einem kurzen Referat

über den Artikel in der „Kriegsschuldfrage", März 1927, Seite 270, heißt es daher auch: „Die russische Regierung ist in ihrem Vorgehen durch einen Privatbrief des ständigen Unterstaatssekretärs im „Foreign Office", Sir Arthur Nicolson, an den britischen Botschafter in Petersburg ermutigt worden".

Dagegen habe ich in meinem im November 1926 abgeschlossenen Buche „Lord Grey und der Weltkrieg", Berlin 1927, Note 185, Seite 375 zu BD 239, bemerkt: „Der Brief konnte den Gang der Dinge in St. Petersburg nicht beeinflußt haben, weil er sicher erst nach der allgemeinen russischen Mobilmachung in St. Petersburg eingetroffen ist . . ." Diese Feststellung schien mir unschwer möglich zu sein. Ein brieflicher Bericht Buchanans an Sir Edward Grey vom 25. Juli trägt den Eingangsvermerk vom 28. Juli (BD 196), ein anderer Bericht Buchanans vom 27. Juli kam am 30. Juli im Foreign Office an. In beiden Fällen, den einzigen aus den britischen Dokumenten, die herangezogen werden konnten, trafen die Briefe am vierten Tage nach der Niederschrift, den Abgangstag eingerechnet, am Bestimmungsort ein. Die Folgerung war, daß BD 239 erst am 31. Juli in die Hände Buchanans gefallen ist. Zum selben Ergebnis mußte man gelangen, wenn man den Schriftwechsel St. Petersburg-Berlin in Betracht zog. Aus den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch"[3]) ist festzustellen, daß die Nummern 1, 120, 203, 288, 289, 291 und 339 rund 48 Stunden unterwegs waren; bei den Nummern 204 und 205 war die Beförderungsdauer allerdings kürzer, dafür aber bei den Nummern 53 und 253 wesentlich länger. Graf Montgelas würde daher mit seiner Ansicht im Recht gewesen sein, wenn es sich um Berlin-St. Petersburg gehandelt hätte. Da jedoch, wie ein Blick auf die Karte zeigt, die Luftlinie London-St. Petersburg um mehr als die Hälfte länger ist als die Linie Berlin-St. Petersburg, und da es 1914 eine Flugpost noch nicht gab, mußte mich auch diese Betrachtung zu dem oben erwähnten Schlusse führen.

Die gegenteilige Auffassung von Graf Montgelas in diesem wichtigen Punkt veranlaßte mich, Herrn Headlam-Morley, den Herausgeber der neuen britischen Dokumente über den Kriegsausbruch, über die damaligen Beförderungsmöglichkeiten von BD 239 zu befragen. Ihm schrieb Lord Carnock (früher Sir Arthur Nicolson), er habe seine Privatbriefe an die auswärtigen Vertreter Großbritanniens stets durch Kurier (Depeschenkasten) und nicht durch die Post gesandt

[3]) Herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking, 4 Bände, Charlottenburg 1919.

und er würde seinen Brief an Sir George Buchanan vom 28. Juli „sicher nicht der Post anvertraut haben". Dazu stellte Herr Headlam-Morley fest, daß erst am 29. Juli 1914 ein Kurier London verließ, der am 1. August mittags 12 Uhr in St. Petersburg ankam. Sollte der Brief aber dennoch, was an sich ganz unwahrscheinlich ist, bereits am 28. morgens durch die Post befördert worden sein, so hätte er auch dann nicht vor dem 31. Juli früh in die Hände Buchanans gelangen können.

Danach ist die hier behandelte Darlegung von Graf Max Montgelas zweifelsfrei unrichtig. Eine direkte Beeinflussung der verhängnisvollen Beschlüsse St. Petersburgs durch BD 239 hat nicht stattgefunden. Man wird vielmehr nicht weiter gehen dürfen, als das zu sagen, was ich der oben zitierten Stelle über den Brief a. a. O., Seite 375, angefügt habe: „aber er läßt klar die Haltung erkennen, die das Foreign Office der russischen Botschaft gegenüber einnahm, und von dort mußte die Kenntnis rasch nach St. Petersburg gelangen." Dazu möchte ich betonen, daß ich den Brief Nicolsons im Text meines Buches nur in bezug auf den Eindruck des Beschlusses, die britische Flotte zusammenzuhalten, herangezogen habe (Seite 215); im Abschnitt über die russische allgemeine Mobilmachung, Seite 236—240, ist BD 239 bei mir aus dem bezeichneten Grund weder im Text noch in den Anmerkungen überhaupt erwähnt.

Nachtrag zur Besprechung der englischen Dokumente.

Graf Max Montgelas.

Verschiedenen mündlichen und schriftlichen Anregungen möchte ich durch nachstehende Ergänzung meines im Februarheft veröffentlichten Referats über die englischen Dokumente entsprechen.

1. Zu flüchtig habe ich (S. 107 Anm. 11) die Entstehung des Konferenzvorschlages behandelt. Ursprünglich war die Forschung der Ansicht gewesen, Grey habe nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien große Eile für geboten erachtet und die Konferenz angeregt in der Annahme, dadurch rascher als auf dem zuerst vorgeschlagenen Wege der „Vermittlung zu Vieren" eine Beilegung des Konflikts zu ermöglichen. (Die Auffassung, daß Konferenzen ein geeignetes Mittel für

rasche Erledigung von Streitfragen seien, wird durch die Erfahrungen der Nachkriegszeit nicht gerade bestätigt.) Aus den Memoiren Greys ging indessen hervor, daß der Plan einer Konferenz schon von Anfang an zwischen ihm und Nicolson erwogen worden war. Sir Edward zögerte jedoch, damit hervorzutreten in dem richtigen Gefühl, Deutschland werde nicht ohne weiteres darauf eingehen, da die Konferenz ein Mittel für Rußland sei, seine Mobilmachung vorzubereiten und den deutschen Vorteil rascherer Operationsbereitschaft aufzuheben.

Am Sonntag, 26. Juli, während Sir Edward zum Wochenende außerhalb Londons weilte, schickte nun Nicolson seinem Chef folgendes Telegramm (E 139 a):

„Ich glaube, unsere einzige Hoffnung, einen allgemeinen Konflikt zu verhüten, würde darin bestehen, daß wir sofort die nach dem zweiten Absatz des Ihnen heute vormittag zugehenden Telegramms Buchanans von Sasonow gemachte Anregung aufgreifen, und daß Sie nach Berlin, Rom und Paris telegraphieren, man möge die betreffenden hiesigen Botschafter ermächtigen, mit ihnen zu einer Konferenz zusammenzutreten, um einen Ausweg zur Vermeidung von Verwicklungen zu suchen, und daß Wien, Serbien und Petersburg ersucht werden sollen, bis zu Ergebnissen der Konferenz allseitig von aktiven militärischen Operationen abzusehen. Dieses Telegramm wäre gleichlautend nach Wien, Belgrad und Petersburg zur Mitteilung an die Minister des Äußeren und mit der Weisung zu schicken, danach zu trachten, daß die oben vorgeschlagenen Verpflichtungen über militärische Fragen zugestanden werden, da von dieser Zusicherung der Zusammentritt der Konferenz notwendigerweise abhängen muß. Wenn Sie einverstanden sind, bitte an Resident Clerk zu telegraphieren, dem ich Telegrammentwürfe in obigem Sinn übergebe."

In seinen Memoiren (I. S. 306) sagt Grey sehr richtig, daß er bei Bedenken Deutschlands gegen die Konferenz bereit gewesen wäre, Zusicherungen zu geben und zu verlangen, daß während der Konferenz keine „Mobilmachungen" stattfinden dürften. Statt „Mobilmachungen" steht nun im Entwurf Nicolsons „aktive militärische Operationen", was etwas ganz anderes ist: Rußland konnte dank dieser neuen Fassung während der Konferenz mobilisieren. Der Unterstaatssekretär mochte sich zu dieser weitgehenden Umgestaltung des Vorschlags für berechtigt halten, weil inzwischen in Serbien die Mobilmachung und in Österreich eine Teilmobilmachung angeordnet war, und weil sein Chef in seinem hochbedenklichen vertraulichen Schreiben vom vorhergehenden Tage (25. Juli) den Russen die Mobilmachung gegen Österreich sogar nahegelegt hatte (E 132). Grey scheint es völlig entgangen zu sein, daß der Konferenzvorschlag nunmehr eine ganz andere Tragweite hatte, und daß er Deutschland auf dessen Bedenken die von ihm selber für nötig erachtete Garantie einer Nichtmobilisierung Ruß-

lands gar nicht mehr geben konnte. Er telegraphierte bald nach 2 Uhr machmittags zurück (E 139 b):

„Ich bin mit Nicolsons Telegrammentwürfen einverstanden und sie sind abzusenden."

Was stand nun in dem zweiten Absatz von Buchanans Telegramm, woraus Nicolson eine russische Anregung zur Konferenz entnehmen zu sollen glaubte? Der betreffende Abschnitt lautete (E 125):

„Sollte Serbien die Mächte anrufen, so wäre Rußland durchaus bereit, sich abseits zu halten und die Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland zu überlassen."

Ob Serbien die Mächte anrufen würde, war am 26. Juli in London noch gar nicht bekannt. Man hatte nur eine Angabe über den voraussichtlichen Inhalt der serbischen Antwort (E 114), worin von einem solchen Appell keine Rede war. Es ist also fraglich, ob überhaupt schon eine bestimmte russische Anregung vorlag. Der voreilige Eifer, solcher Anregung zu entsprechen, sollte obendrein noch schlecht belohnt werden [1]). Sasonow antwortete nämlich auf den neuen, die „Vermittlung zu Vieren" beiseite schiebenden englischen Vorschlag (E 206):

„Ich habe mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Unterhandlungen begonnen, die einen günstigen Verlauf versprechen. Immerhin habe ich noch keine Antwort auf meinen Vorschlag einer gemeinsamen Prüfung der Note erhalten.

Wenn direkte Auseinandersetzungen mit dem Wiener Kabinett sich als undurchführbar erweisen sollten, bin ich bereit, den englischen Vorschlag oder jeden anderen anzunehmen, der geeignet ist, den Konflikt günstig zu lösen."

Sasonow selber wollte also die Konferenz nur mehr für den Fall, daß die vom deutschen Botschafter Grafen Pourtalès angeregten direkten Besprechungen mit Österreich nicht zum Ziele führten. Es würde Pflicht der Londoner Regierung gewesen sein, am 28. Juli nach Empfang der Antwort Sasonows öffentlich zu erklären, daß der Konferenzgedanke fallen gelassen werden müsse, weil nicht nur Österreich und Deutschland dagegen, sondern auch Rußland nur bedingt dafür sich ausgesprochen habe. Es würde Pflicht der ententistischen Literatur sein, endlich diese Sachlage zuzugeben.

2. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 30. April Nr. 199 hat Professor G. Roloff (Gießen) weitere Belege aus den englischen

---

[1]) Daß der Konferenzvorschlag auf Grund eines Telegramms Buchanans in die Welt gesetzt wurde, ging übrigens schon aus Gelbbuch 68 hervor, wo unrichtigerweise behauptet wird, Sasonow habe erklärt, daß „Serbien bereit sei, an die Mächte zu appellieren".

Dokumenten dafür beigebracht, wie genau man in London über die russischen Kriegsvorbereitungen unterrichtet war und mit welchen Unwahrheiten die russische Diplomatie gearbeitet hat. Eine besondere Leistung vollbrachte der russische Botschaftsrat von Etter, der am 1. August im Foreign Office erzählte, er habe Petersburg am 29. Juli verlassen, und weder in der Stadt noch im ganzen Gouvernement Petersburg sei auch nur die geringste Mobilmachung im Gange gewesen. Hingegen seien in Deutschland, das er mit dem Nordexpreß durchfuhr, die Eisenbahnen in allen Richtungen mit Truppentransporten angefüllt gewesen (E 385 Randbem.).

3. Im Aprilheft (S. 331/32) hat Professor P. Herre auf den auffallenden Schritt der italienischen Regierung aufmerksam gemacht, die am 29. Juli in London anregte, man möge dort mit einer Erklärung hervortreten, daß England mit Rußland und Frankreich zusammengehen werde, da man sich davon eine große Wirkung auf Deutschland verspreche. Es war gewiß eigentümlich, in dieser Form durch eine Macht des Gegenbundes auf den eigenen Verbündeten wirken zu lassen. Fraglich hingegen scheint mir, ob die Warnung, die Grey am Nachmittag des 29. Juli gegenüber dem deutschen Botschafter aussprach, unmittelbar auf diese Anregung San Giulianos zurückgeführt werden muß. Zunächst ist es rein zeitlich nicht ganz sicher, ob Grey das betreffende Telegramm aus Rom schon kannte, als er dem französischen Botschafter mitteilte, daß er Lichnowsky warnen werde [2]). Sodann besteht kein Anlaß, zu bezweifeln, daß Grey den Anlaß zu seiner Warnung richtig angegeben hat, worüber Lichnowsky meldete (D 368):

> „Der Minister empfing mich mit den Worten, daß die Lage sich immer mehr zuspitze. Sasonow habe erklärt, nach der Kriegserklärung (Österreichs an Serbien) nicht mehr in der Lage zu sein, mit Österreich direkt zu unterhandeln, und (habe) hier bitten lassen, die Vermittlung wieder aufzunehmen."

---

[2]) Das Telegramm aus Rom (E 252) traf in London ein 11,40 Uhr vormittags und kann nach Entzifferung auf dem anscheinend üblichen Wege über Crowe und Nicolson gegen 1 Uhr nachmittags in die Hände Greys gelangt sein. Der Bericht Lichnowskys über die Warnung Greys (D 368) wurde 6,39 Uhr nachmittags beim Haupttelegraphenamt London aufgeliefert. Für den Weg des Botschafters nach Downingstreet und zurück, die Unterredung selber und den Entwurf des langen Berichts wird man eine Stunde, für die Verzifferung der Depesche und deren Beförderung zum Telegraphenamt weitere zwei Stunden ansetzen müssen, so daß die Unterredung spätestens zwischen 3 und 4 Uhr stattgefunden haben dürfte. Noch vor der Unterredung mit Lichnowsky hatte Grey — damit die Grenze unparteiischer Vermittlung zweifellos überschreitend — Cambon von der Absicht der Warnung verständigt (E 283), und die Zeit dieser Mitteilung ist nicht bekannt.

Endlich hat Nicolson schon zwei Tage vorher, am 27. Juli, eine ähnliche Bemerkung zum deutschen Botschafter gemacht (Gelbbuch 63). Der französische Geschäftsträger, der davon unterrichtet wurde, war nicht ganz befriedigt, und sein am folgenden Tage von seinem geheimnisvollen Aufenthalt in Paris zurückkehrender Chef sowie Nicolson selber werden nichts unterlassen haben, um Grey zu der schärferen Fassung zu drängen, die dann am 29. auch erreicht wurde.

4. Im Referat des Februarheftes sind auf S. 131 der erste und zweite Satz von Anmerkung 39 zu streichen, welche die irrtümliche Angabe enthielten, daß die Nr. 115 des britischen Blaubuches von 1914 einen Teil der am 31. Juli an Brüssel gerichteten Aufforderung (E 351) unterdrückt habe.

5. Von dem zur Ermutigung der Russen geschriebenen Privatbrief Nicolsons an Buchanan vom 28. Juli (E 239) hatte ich angenommen, daß er bei frühzeitiger Expedition durch Kurier und gutem Anschluß der Züge rechtzeitig in Petersburg eintreffen konnte, um den dort am frühen Nachmittag des 30. gefaßten Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung und damit zur Entfesselung des Weltkrieges zu erleichtern. Da nunmehr durch Herrn Lutz ermittelt worden ist, daß erst am folgenden Tage (29. Juli) ein Kurier London verließ und (trotz der inzwischen durch die russische Mobilmachung erschwerten Bahnverbindung) am 1. August mittags in Petersburg eintraf, hat der Brief den entscheidenden Entschluß des Zaren freilich nicht mehr beeinflussen können. Hingegen mögen die Direktiven Nicolsons eine andere verhängnisvolle Wirkung ausgeübt und Buchanan zu dem schwer erklärlichen pflichtwidrigen Verhalten bestimmt haben, daß er entgegen dem ihm am 1. August nach seiner Angabe „etwa 5 Uhr nachmittags" übermittelten Befehl seines Königs, sofort eine Audienz beim Zaren behufs Aufklärung über die russische Mobilmachung zu erbitten (E 384), sich damit begnügte, daß Sasonow ihm den Empfang durch Nikolaus II. erst fünf Stunden später erwirkte, das ist zu einer Zeit, da der russische Minister zutreffend erwartete, im Besitz der deutschen Kriegserklärung zu sein [3]).

[3]) „Tagesaufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums." Deutsche Ausgabe S. 37.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Eine Kriegsschulddiskussion.

Vor dem Chicago Forum Council, einem im Jahre 1925 gegründeten unabhängigen Diskussionsclub, dessen Mitglieder sich vorwiegend aus hiesigen kosmopolitischen und liberalfortschrittlich eingestellten Kreisen rekrutieren, fand am 3. Mai zwischen Professor Harry Elmer Barnes vom Smith College und Herrn Pitmann B. Potter, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Wisconsin, eine Diskussion über die letzten Ergebnisse auf dem Gebiete der Kriegschuldforschung statt. Prof. Barnes wiederholte seinen bekannten Standpunkt und legte an der Hand der kürzlich veröffentlichten englischen Dokumente zur Kriegsschuldfrage dar, daß nach seiner Auffassung in der unmittelbar dem Weltkriege vorausgegangenen Periode Rußland, Frankreich und Serbien für den Weltkrieg eingetreten wären, Österreich-Ungarn für einen lokalen Krieg mit Serbien und England, Italien und Deutschland gegen den Krieg, die letzteren drei jedoch zu schwach oder zu unentschlossen gewesen wären, um seinen Ausbruch rechtzeitig zu verhindern. Nach seiner Auffassung wäre der Weltkrieg auch in der letzten Stunde noch vermieden worden, wenn in Frankreich an Stelle Poincarés Caillaux und in Rußland und Österreich an Stelle der Sasonows, Iswolskis und Berchtholds andere, friedlicher eingestellte Persönlichkeiten am Ruder gewesen wären. Besonders ausführlich begründet er danach die Notwendigkeit der Diskussion der Kriegsschuldfrage, da nach seiner Auffassung ohne einen Widerruf des Artikels 231 auch eine Revision des Versailler Vertrages nicht möglich sei, dessen Aufrechterhaltung den endgültigen friedlichen Wiederaufbau und die Herstellung geordneter Verhältnisse in Europa unmöglich mache.

Prof. Potter leitete sein Gegenreferat mit den Worten ein, daß kein ernsthafter Historiker in dem Artikel 231 des Versailler Vertrages etwas anderes sehen könnte als ein von den Siegern erzwungenes Diktat, das mit wissenschaftlicher Forschung nichts zu tun habe. Wenn er also in dieser Hinsicht sich nur unwesentlich von der Einstellung Prof. Barnes unterschied, so wandte er sich dagegen sehr entschieden gegen die Ausführungen des Vorredners über die Zweckmäßigkeit einer weiteren Diskussion der Kriegsschuldfrage und die eventuellen praktischen Konsequenzen einer Revision des Artikels 231, denen nach seiner Auffassung die ehemals alliierten Regierungen niemals zustimmen würden. Aber

selbst wenn die Kriegsschuldfrage im Barnes'schen Sinne geklärt werden könnte, so würde dies trotzdem für die Revision des Versailler Vertrages nahezu ohne jede Bedeutung sein, da die Aufrechterhaltung oder Änderung der durch den Versailler Vertrag in Europa geschaffenen Zustände ausschließlich von den politischen Machverhältnissen abhinge. Er fügte hinzu, daß trotz des Weiterbestehens des Artikels 231 des Versailler Vertrages in den letzten Jahren sich bereits eine Änderung einzelner seiner Bestimmungen habe durchsetzen lassen, wie der Abschluß des Locarnoer Vertrages gezeigt habe.

The War Guilt Question. Von John Gaffney.
„The Progressive", 1. April 1927.

Wir entnehmen dem beachtenswerten Aufsatz folgende Stellen:

„Ein weiteres Beispiel des in der Carnegie-Organisation vorherrschenden Einflusses zeigt sich in der Auswahl der Herren F. W. Foerster und Helmuth von Gerlach als ihren Spezial-Korrespondenten im Vaterland. Diese beiden Männer sind während des Krieges und nach seinem Schluß dem nationalen und patriotischen Geist in Deutschland notorisch feindlich gewesen und sind als Verteidiger, wenn nicht als Agenten der Entente betrachtet worden. In einer großen, öffentlichen, kürzlich in Berlin abgehaltenen Versammlung, in der Prof. James T. Shotwell, der ein Carnegie-Vertreter ist, sprach, wurde ein Vorschlag gemacht, daß die Friedens-Gründung eine neutrale Untersuchung der Kriegsschuld und der Kriegsursachen einleiten solle. Solange Lansing und Scott weiter ihre hohen Stellungen in dieser Körperschaft beibehalten, kann die öffentliche Meinung wenig Vertrauen in ihre Unparteilichkeit oder die Neutralität der von ihr gewählten Richter haben . . . ."

„Ich habe gezeigt, daß das Urteil in drei Beispielen auf gefälschten und betrügerischen Dokumenten und anderem falschen Beweismaterial aufgebaut ist. Ich habe gezeigt, daß die Kommission jede Regel ethischgesetzlichen Vorgehens verletzte und daß das Urteil nur die Gültigkeit der Gewalt besitzt. Robert Lansing und James Brown Scott waren, wie ich angeführt habe, die amerikanischen Vertreter und sind sicherlich der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volke verantwortlich für ihren Anteil an der verbrecherischen Leitung und Entscheidung dieses sogenannten Tribunals der Gerechtigkeit. Eine Untersuchung der Handlungen und des Vorgehens dieser Ententekommission durch das Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten ist schon zu lange aufgeschoben worden. Lansing und Scott sollten von dieser Körper-

schaft bei der nächsten Sitzung des Kongresses vorgeladen werden, das schändliche Urteil, mit dem ihre Namen verknüpft sind, zu rechtfertigen und zu widerrufen. —"

Gebieterische Forderung allgemeiner Abrüstung.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 29. April 1927, Nr. 198.

Der ehemalige amerikanische Staatssekretär Hughes hielt am 28. April vor der amerikanischen Gesellschaft für Internationales Recht eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges liege allein in den großen militärischen Vorkriegsrüstungen, die schließlich zu einem Konflikt hätten führen müssen."

The Contemplated Anglo-German Alliance: 1890—1901. Von Edgar N. Johnson und John Dean Bickford.
Political Science Quarterly, 1927, Nr. I.

Auf Grund der Großen Politik der Europäischen Kabinette und unter starker Heranziehung der Werke von Brandenburg und Eckardstein geben die beiden amerikanischen Historiker eine Darstellung der englisch-deutschen diplomatischen Verhandlungen um den Abschluß eines Bündnisses. Sie geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß eine englisch-deutsche Entente besser den Frieden Europas gewahrt hätte, als die beiden späteren großen Bündnisgruppen Dreibund und Triple-Entente es vermocht haben.

Germany's War Guilt. Von Alfred von Wegerer.
„The Nation", 27. April 1927.

Wegerer zeigt in diesem Artikel, wie stark die wesentlichsten Probleme der Gegenwartspolitik, Rheinlandräumung und Revision des Dawes-Planes, mit der Revision der Versailler Kriegsschuldthese verknüpft sind. Die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der beiden Nationen Deutschland und Frankreich ist die Räumung des Rheinlandes. Um das französische Volk für diese Notwendigkeit zu gewinnen, ist die Aufklärung über die Entstehung des Krieges unbedingte Voraussetzung, da die Mehrheit des französischen Volkes noch heute in Deutschland ein Verbrechervolk sieht, vor dem es sich schützen will. In seinen weiteren Ausführungen zeigt der Verfasser, daß der Bericht der Versailler Untersuchungskommission, der die wissenschaftliche Grundlage des § 231 bildet, mit Hilfe von lückenhaftem und sogar gefälschtem Material ausgearbeitet worden ist. Eine Revision wenigstens dieses

Berichtes, der auch die Unterschrift zweier hervorragender amerikanischer Politiker trägt, ist unerläßlich.

Vergl. hierzu auch:

Will Lansing and Scott reply? Von Alfred von Wegerer.
„The Progressive", 1. Mai 1927.

„Who Were the War Criminals of 1914?" Von Arthur von Gwinner.
„Current History", Mai 1927.

Gwinner setzt sich mit dem Aufsatz des ehemaligen Botschafters in Deutschland James W. Gerard im Märzheft 1926 der „Current History" auseinander.

Am Schluß seines Aufsatzes bezeichnet Gwinner den Versailler Friedensvertrag als ein Verbrechen, das größer ist als der Weltkrieg selbst.

★

DEUTSCHLAND.

Von Kriegführung, Politik, Persönlichkeiten und ihrer Wechselwirkung aufeinander. Von Georg Graf Waldersee, Generalleutnant a. D.

„Deutscher Offizier-Bund", 1927, Nr. 12, 13 und 14.

In der Fortsetzung seiner Studie behandelt Graf Waldersee in erster Linie die Beziehungen der Generalstäbe des Dreibundes zueinander bis zum Kriegsausbruch 1914. Er stützt seine Ausführungen auf Auszüge aus Militärattaché-Berichten, die bisher nicht bekannt waren. In dem Schlußartikel behandelt Graf Waldersee das Verhältnis der deutschen militärischen Leitung zur politischen Führung.

Völkerrecht im Weltkrieg.

Am 18. Mai hat der Untersuchungsausschuß des Reichstages dem Reichstage den Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Völkerrechtsverletzungen im Weltkriege vorgelegt, in Form eines fünfbändigen Werkes, das soeben bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin erschienen ist. In diesem Werke werden u. a. behandelt: die Verletzung der griechischen Neutralität, die Verschleppung von Bewohnern Elsaß-Lothringens nach Frankreich, die Zerstörungen in Nordfrankreich, die Zwangsüberführung belgischer Arbeiter nach Deutschland und der Gas-, Luft- und Wirtschaftskrieg. Würdi-

gungen dieses Werkes sind zahlreich in der Presse erschienen. Wir nennen u. a.:

Kriegsuntersuchungs-Ausschuß und Völkerrecht im Weltkrieg. Von Reichsminister a. D. Dr. Bell, M. d. R.
„Germania", 19. Mai 1927, Nr. 231.

Völkerrecht im Weltkriege. Von General Dr. h. c. Hermann von François.
„Der Tag", 18. Mai 1927, Nr. 128.

Die Verletzung des Völkerrechts im Kriege. Von Generalleutnant a. D. von Cramon.
„Berliner Lokal-Anzeiger", 18. Mai 1927, Nr. 232.

Völkerrecht im Weltkriege. Von Generalleutnant a. D. Schwarte.
„Kölnische Zeitung", 18., 19. und 21. Mai 1927, Nr. 367, 368 und 374.

Der Reichstag über die Verletzung der griechischen Neutralität. Von L. Raschdau.
„Tägliche Rundschau", 17. Mai 1927, Nr. 227.

Deutschlands Rechtfertigung. Von Oberstleutnant a. D. von Stosch.
„Kreuz-Zeitung", 19. Mai 1927, Nr. 232.

Völkerrecht im Weltkrieg. Von Alfred von Wegerer.
„Deutsche Tageszeitung", 18. Mai 1927, Nr. 230.

Der Kriegsschuldfrage anderer Teil. Von August Winnig.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 20. Mai 1927, Nr. 233.

Das Völkerrecht im Weltkriege. Von Graf Max Montgelas.
„Kölnische Volkszeitung", 18. Mai 1927, Nr. 365.

Eine neue amtliche Feststellung zum Weltkrieg. Von Clara Mende, M. d. R.
„Dresdner Anzeiger, 18. Mai 1927, Nr. 232.

Reste von der Kriegslüge. Von Dr. Eugen Fischer.
„Neue Berliner 12-Uhr-Zeitung", 20. Mai 1927, Nr. 117.

★

Die Botschaft des Stahlhelm.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 8. Mai 1927, Nr. 213.

In der von der Bundesleitung des Stahlhelm erlassenen Kundgebung heißt es:

„Der Stahlhelm sagt den Kampf an jeder Weichlichkeit und Feigheit, die das Ehrbewußtsein des deutschen Volkes durch Verzicht auf Wehrrecht und Wehrwillen schwächen und zerstören will. Der Stahlhelm erklärt, daß er den durch das Versailler Friedensdiktat und dessen spätere Egränzungen geschaffenen Zustand nicht anerkennt. Er fordert deshalb die Anerkennung des Nationlstaats auch für alle Deutschen, die Wiederherstellung des deutschen Wehrrechts, wirksamen Widerruf des erpreßten Kriegsschuldbekenntnisses, die Regelung und Wiedergutmachung der Weltkriegsschäden auf Grund der solidarischen Haftung aller für den Weltkrieg verantwortlichen Völker.

Diese Ziele dürfen bei der Durchsetzung des vertragsmäßigen Rechts auf die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete und bei der Berichtigung der Ostgrenzen nicht preisgegeben werden."

Die Forderungen des „DOB".

„Deutsche Tageszeitung", 20. Mai 1927, Nr. 234.

Auf der Bundestagung des Deutschen Offiziersbundes in Dresden wurde am 19. Mai eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die durch eine skrupellose Propaganda in der ganzen Welt verbreitete Lüge von der Schuld der deutschen Regierung und des deutschen Volkes am Weltkriege kann heute von keinem wahrheitsliebenden Menschen, ob Freund oder Feind, noch geglaubt werden. Trotzdem ist diese bewußte Lüge das Fundament geblieben, auf dem sich das Schanddiktat von Versailles und die völlige Knechtung und Entrechung eines 60-Millionen-Volkes aufgebaut hat. Infolgedessen muß die offizielle Beseitigung der Kriegsschuldlüge als der Voraussetzung für die Revision des „Friedensvertrages von Versailles" eine Hauptarbeit der Regierung und der gesamten deutschen Nation innerhalb wie außerhalb unserer widernatürlichen Grenzen werden. Die von seiten des Auswärtigen Amtes geleistete Arbeit der Aktenpublikation wird ohne Erfolg verpuffen, wenn nicht die geschlossene Einheit der Deutschen zu einer unablässig der Welt einzuhämmernden Forderung der restlosen Beseitigung der Kriegsschuldlüge führt. An die Regierung richtet der Deutsche Offiziersbund die Bitte zu erwägen, das vom Auswärtigen Amt herausgegebene Material in zusammengefaßter Weise auch in den staatlichen Bildungsanstalten zum Gegenstand der Aufklärung und Belehrung unseres Volkes zu machen. An unsere Mitglieder und Organisationen richtet die Bundesleitung die Bitte, in dieser wichtigsten Frage der Ehre und Freiheit unseres Volkes durch unablässige Aufklärungsarbeit in allen Kreisen sich mit ganzer Kraft einzusetzen. Fort mit der Kriegsschuldlüge! Revision des Schanddiktates von Versailles!"

Grey und der Weltkrieg. Von Ludwig Geßner.

„Münchner Neueste Nachrichten", 8. Mai 1927, Nr. 125.

Eine Besprechung des Buches „Lord Grey und der Weltkrieg" von Hermann Lutz.

*

FRANKREICH.

Der Kampf um die Öffnung der französischen Archive.

Am 18. Februar d. J. hatte die französische Liga für Menschenrechte erneut an die französische Regierung das Ersuchen gerichtet, die französischen Dokumente über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges bekanntzugeben. Am 4. April hatte der Vorstand der Liga, da inzwischen keine Antwort eingetroffen war, erneut um eine Stellungnahme der Regierung gebeten.

Nunmehr hat am 20. April die Regierung durch den Generalsekretär des französichen Auswärtigen Amtes, Berthelot, folgende Antwort erteilt:

„A la date du 4 avril dernier, vous m'avez rappelé votre lettre du 16 février relative à la publication des documents diplomatiques intéressants de la guerre.

En réponse à cette communication, je ne puis que vous confirmer les renseignements dont votre Société a déjà pris acte. Mon département n'a pas perdu de vue cette question si importante et continue à préparer la publication à laquelle vous vous intéressez. Mais ce travail comporte le dépouillement préalable de plus de 1.600 cartons contenant chacun une moyenne de 400 à 500 pièces. Le travail de triage, mené de front avec la copie des documents retenus pour l'impression, se poursuit sans interruption.

Quant aux publications poursuivies par d'autres gouvernements et que vous signalez, vous avez certainement remarqué que la plupart se rapportent, non à la période de guerre et aux questions qu'elle soulève, mais à la période d'avant-guerre. Si le volume récemment paru en Angleterre (British documents on the origins of the war) contient bien les documents relatifs au déclenchement du conflit mondial (du 28 juin au 4 août 1914), c'est le onzième d'une série qui commence par la fin et les dix suivants traitent de la période comprise entre 1908 et 1914.

Ce caractère rétrospectif est encore plus accusé dans la considérable et récente publication du gouvernement allemand, actuellement achevée: (Die Große Politik der Europäischen Kabinette). Elle remonte iusqu'au traité de Francfort (1871) et s'arrête, non sans intention sans doute, à la période critique ou l'Allemagne a esquissé les gestes dévisifs qui rendarent la guerre inévitable, elle apparaît ainsi comme un tentative pour atténuer ses responsabilités immédiates par des responsabilités lointaines, plus difficiles à préciser et plus faciles à dissimuler.

C'est à la période de guerre elle-même que doit se rapporter la publication entreprise par mon département. Dès que les premiers volumes seront en état d'être livrés à l'impression, je ne manquerai pas de demander au Parlament les crédits nécessaires à cet effet."

Agréez, etc.

Pour le ministre des affaires étrangères et par délégation
l'ambassadeur de France, secrétaire général:
Berthelot.

Die Vorwürfe, die Berthelot in seinem Briefe an die Adresse der deutschen Regierung richtet, sind völlig haltlos: Es scheint, daß Berthelot nicht weiß, daß die deutsche Regierung als erste Veröffentlichung nach dem Kriege bereits im Herbst 1919 vier Bände der Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch veröffentlicht hat. In dem Briefe des Generalsekretärs des französischen Auswärtigen Amtes liegt ein starker Rückzug. Die französische Regierung wagt heute nicht mehr, wie es 1919 in Versailles geschehen ist, die deutsche Vorkriegspolitik anzugreifen. Sie zieht sich auf die unmittelbaren Vorgänge bei Kriegsausbruch 1914 zurück, ohne aber selbst das feste Versprechen zu geben, nunmehr ihrerseits die französischen Akten über den Kriegsausbruch 1914 der Öffentlichkeit vorzulegen. Der Ausdruck „la période de guerre" ist sehr vag

und kann mancherlei bedeuten. In einem Kommentar, den der Generalsekretär der Liga im „Oeuvre“ vom 8. Mai 1927 veröffentlicht, gibt er seinem Erstaunen und Befremden Ausdruck, daß Berthelot nicht in der Lage ist, auf die klar formulierte Bitte der Liga eine ebenso klare und eindeutige Antwort zu geben.

Doumergue über die Kriegsschuldfrage.

„Le Temps“, 19. Mai 1927.

Am 18. Mai war Doumergue, der Präsident der französischen Republik, Gast des Lordmayor von London. Bei einem Frühstück in der Guildhall wurden zwischen Doumergue und dem Lordmayor Reden ausgetauscht. Doumergue sagte in seiner Rede u. a.:

„Die althergebrachte tiefe gegenseitige Achtung hat beide Völker auf den Weg der Entente cordiale gebracht, als der Lauf der Ereignisse sie die enge Solidarität ihrer großen nationalen Interessen entdecken ließ, sowie den glücklichen Einfluß, den ihre gemeinsame Aktion in der Welt für die Aufrechterhaltung des Friedens ausüben könnte.

Wenn dieser Friede trotzdem durch einen furchtbaren Krieg gestört werden konnte, dessen Erinnerung allein genügen müßte, um für immer die Menschheit vor einer ebenso grausammen Katastrophe zu bewahren, so wird die unparteiische Geschichte Großbritannien und Frankreich die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie im Jahre 1914 bis zur letzten Minute alles getan haben, was zu tun möglich war, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern.“

★

ITALIEN.

Die Öffnung der italienischen Archive.

„Messaggero“, 7. Mai 1927.

Der Chef der Regierung und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat gestern im Palaste Chigi den Senator Malata empfangen, der ihm über den Stand der Arbeiten zur Vorbereitung der Sammlung italienischer und ausländischer diplomatischer Aktenstücke betreffend die Außenpolitik Italiens von der Gründung des Königreichs bis zum Ausbruche des Weltkrieges im Mai 1915 Vortrag gehalten hat.

Herr Mussolini hat den Arbeitsplan gebilligt.

Die Sammlung, die über ein halbes Jahrhundert internationaler Politik behandeln soll, soll in folgende Abschnitte zerlegt werden: von der Gründung des Königreichs bis zur Einnahme Roms; von Rom als Hauptstadt bis zur orientalischen Krisis; vom Berliner Kongresse bis zum Abschlusse des Dreibundes; der Dreibund und

die Verständigungen mit den anderen Mächten bis zum Jahre 1911; vom italienisch-türkischen Kriege bis zum europäischen Weltbrande.

Dieses System wird die gleichzeitige nebeneinander herlaufende Veröffentlichung einzelner Bände der verschiedenen Abschnitte ermöglichen, so daß damit nicht nur den Anforderungen der Geschichte und der politischen Bildung, sondern auch dem speziellen Interesse für die näher liegenden Ereignisse Rechnung getragen wird.

★

JUGOSLAVIEN.

Wilhelm II. und Serbien. Von Slobodan Jovanović.

„Politika", 23. April 1927.

Das Studium der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" hat nun auch in Serbien zu der Erkenntnis geführt, daß der Kaiser vor dem Kriege weit mehr ein Freund denn ein Feind der Serben gewesen ist. Jovanović muß zugeben, daß Wilhelm II. während der Balkankrisen 1912—13 sich für die serbischen Forderungen eingesetzt hat. Jovanović wirft dann die Frage auf, warum Wilhelm II. sich nach dem Mord von Sarajewo mit den österreichischen Forderungen solidarisch erklärt habe. Er versucht, die Frage dahingehend zu beantworten, daß die Österreicher in der Zwischenzeit den Kaiser zu überzeugen gewußt hätten, daß „ein Krieg mit Serbien für Österreich aus innerpolitischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit sei". Das Attentat von Sarajewo sei nur als ein Beweis mehr benutzt worden, um Serbien als das Haupthindernis für die Ordnung der österreichischen Verhältnisse hinzustellen.

Der Balkan den Balkanmächten.

„Tägliche Rundschau", 28. April 1927, Nr. 195.

Anläßlich der Feier zur Erinnerung an den vor fünfzig Jahren erfolgten serbisch-bulgarischen Krieg hielt der Pariser serbische Gesandte Spalaikowitsch in Genf eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Die Großmächte begingen einen der schwersten Fehler der Weltgeschichte, als sie auf dem Berliner Kongreß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina übergaben, wodurch ein slawisches Elsaß-Lothringen auf dem Balkan geschaffen wurde. Dies hat sich später gerächt, als der Weltkrieg ausbrach, der die unausbleibliche Folge dieses Fehlers war. Die Reaktion gegen den Berliner Vertrag fand ihren juristischen und politischen Ausdruck in der Formel: „Der Balkan den Balkanmächten". Spalaikowitsch schloß mit der Hoffnung, daß das tragische Beispiel Österreich-Ungarns, das sich auf dem Balkan festgesetzt hatte und sich zu entwickeln versuchte, den Mächten warnend vor Augen bleiben werde."

★

ÖSTERREICH.

Die britischen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. Von Prof. Dr. Max Freiherr von Hussarek, österr. Ministerpräsident a. D.
„Schönere Zukunft", 1927, Nr. 31 u. 32.

Eine kritische Würdigung der Britischen Dokumente.

Österreichs Feldzugsplan im August 1914. Von Colonel J. H. Duval.
„Neues Wiener Journal", 17. April 1927.

In diesem Artikel schreibt Duval: „Im Juli dieses Jahres, als aus dem Hintergrunde der zum Zerreißen gespannten europäischen Politik schon unheimlich drohendes Waffengeklirr zu hören war, fand die bekannte Revaler Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem Staatsoberhaupt der französischen Republik statt. Daß nach Ablauf des österreichischen Ultimatums der Kriegsausbruch unvermeidlich war, das wußte jedermann. Naturgemäß wurden daher zwischen den der Mission zugeteilten Vertretern des französischen Generalstabes und den russischen unter Führung des Generals Januschkewitsch die letzten Vereinbarungen getroffen. Diese gipfelten darin, daß die russische Hauptmacht im Sinne des Zweibundvertrages westwärts auf das Ziel Berlin vorzustoßen habe. Da legte ganz unerwartet der Chef des russischen Generalstabes Januschkewitsch einen Plan vor, der vorerst energischen Widerstand auf seiten der französischen Generalstäbler hervorrief." Januschkewitsch wollte die falsche Nachricht verbreiten, der russische Hauptstoß erfolge in Richtung Berlin, während er tatsächlich gegen die Ostflanke der zwischen Bug und Weichsel vorrückenden Österreicher gerichtet sein sollte.

Zu diesen Ausführungen haben wir Archivrat Major a. D. Gunther Frantz um eine Stellungnahme gebeten, die wir nachstehend wiedergeben:

„Die Ausführungen des Oberst Duval über die Entstehung des russischen und österreichischen Operationsplanes erscheinen teils reichlich phantastisch, teils sind sie historisch nicht haltbar.

Nach seinen Angaben sieht es so aus, als sei die Offensive der Österreicher zwischen Bug und Weichsel nach Norden letzen Endes erst durch die ausgestreute falsche Nachricht der Russen über ihre geplante Offensive von Warschau nach Berlin zustande gekommen. Die Absicht einer solchen Offensive bestand aber, wie Duval auch zugibt, seit Jahren und hatte auch mit dem neuen Aufmarsch des Generals Conrad, der Wochen vor dem Ultimatum, also auch vor der Zusammenkunft des Zaren mit Poincaré, ausgearbeitet wurde, nichts zu tun. Die Absicht eines Angriffes mit dem linken Flügel aus Galizien heraus nach Norden blieb nach wie vor bestehen.

Der Gedanke, den Krieg seitens Rußlands mit einer Offensive von Warschau auf Berlin zu eröffnen, wurde vom französischen Generalstabe

auf den mehrfachen Besprechungen mit dem Petersburger Generalstabe sehr energisch vertreten, ja als Gegenleistung für die finanziellen Opfer Frankreichs geradezu gefordert. Ebenso energisch aber sträubten sich die Russen gegen diesen Plan, der weit über ihre Kraft ging. Denn auf den Angriff gegen die Donaumonarchie wollten sie, auch aus politischen Gründen und Prestigerücksichten, nicht verzichten. Zu einem gleichzeitigen Angriff Richtung Berlin fühlten sie sich aber nicht stark genug, waren dazu auch gar nicht in der Lage, solange Westpolen als Aufmarschgebiet nicht in Frage kam und vorläufig noch nicht in Frage kommen konnte. Bekanntlich haben die Russen dem französischen Drängen zu Kriegsbeginn doch nachgegeben und Kräfte in der Gegend Warschau zum Angriff Richtung Posen bereitgestellt. Die österreichischen Siege zwischen Bug und Weichsel ungefähr gleichzeitig mit dem deutschen Sieg bei Tannenberg zwangen aber die Russen vorzeitig, diese in der Versammlung begriffenen Divisionen, zum Teil aus der Bahn heraus, an den beiden bedrohten Fronten einzusetzen. Damit waren die Offensivpläne auf Berlin zunächst erledigt.

Nach Duvals Ausführungen möchte man auch glauben, daß die Russen einen neuen Aufmarsch mit besonders starkem Stoßflügel gegen Ostgalizien improvisiert hätten. Auch das ist nicht der Fall gewesen. Der Aufmarsch verlief durchaus planmäßig, wie er seit 1912 vorgesehen war, an sich mit zu schwachem Ostflügel. Die gleichmäßige russische Kräftezerteilung gegen Galizien ohne eine strategische Reserve und ohne ausgesprochene Verlegung des Schwerpunktes nach einer entscheidenden Richtung hat schon vor dem Kriege in gewissen Kreisen Petersburgs ernste Bedenken hervorgerufen und nach dem Kriege bei den russischen Militärschriftstellern zu scharfer Kritik Veranlassung gegeben.

Wichtiger als diese Feststellungen ist eine Schlußfolgerung, zu der uns Duvals Ausführungen zwingen. Er behauptet, „daß n a c h Ablauf des österreichischen Ultimatums der Kriegsausbruch unvermeidlich war“ und daß „n a t u r g e m ä ß d a h e r zwischen den der Mission zugeteilten Vertretern des französischen Generalstabes und den russischen unter Führung des Generals Januschkewitsch die letzten Vereinbarungen getroffen“ wurden. Hier ist Oberst Duval ein schwerer Lapsus, eine verhängnisvolle Indiskretion passiert, die uns für Erörterung der Kriegsschuldfrage **sehr wichtig** erscheint. Wenn nämlich damals in Petersburg die „letzten Vereinbarungen“ getroffen wurden, so geschah das bereits v o r dem Ultimatum. Denn Poincaré war vom 20. bis 23. Juli in Petersburg, das Ultimatum wurde dort aber erst am 24. Juli früh bekannt!

Bei diesen „letzten Vereinbarungen“ soll, nach Duval, „ganz unerwartet“ der russische Generalstabschef erklärt haben daß eine Westoffensive, also von Warschau auf Berlin, „undurchführbar“ sei; dieser Gedanke soll vorerst „energischen Widerstand auf Seite der französischen Generalstäbler“ hervorgerufen haben. An diesen „energischen Widerstand“ glauben wir gerne. Die Undurchführbarkeit der Westoffensive war, wenigstens für die Russen, durchaus nichts Neues. Es bleibt nur die Vermutung, der wir auch schon früher Ausdruck verliehen haben, daß auf den alljährlich stattgefundenen Besprechungen von Vertretern der beiderseitigen Generalstäbe die Russen ihre Verbündeten irregeführt und ihnen Versprechungen gemacht, Operationen in Aussicht gestellt haben, die sie zu erfüllen und auszuführen von jeher gar nicht willens, schließlich auch nicht fähig waren. Um so begreiflicher ist aus diesem Grunde

wohl das Drängen der Franzosen in den ersten Kriegstagen auf die russische Offensive nach Berlin. Auf diese direkte Unterstützung der Russen war der französische Kriegsplan abgestimmt!“

G. Frantz.

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Cecil, Algernon: „British Foreign Secretaries.“ Studies in the Personality and Policy of eleven leading statesmen from 1807 to 1916. G. Bell & Sons, London 1927, 390 S.

Kleinmichel, Comtesse: „Souvenirs d'un monde englouti.“ Calman-Lévy, Paris 1927.

Recouly, Raymond: „La troisième République.“ Librairie Hachette, Paris 1927.

Schweinitz: Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz. Reimar Hobbing, Berlin 1927, 2 Bde.

Scott, Dr. J. F.: „Five Weeks: the Surge of Public Opinion on the Eve of the Great War.“ The John Day Company, New York 1927.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Auerbach, Bertrand: „Le Rattachement de l'Autriche à l'Allemagne.“ Berger-Levrault, Paris 1927, 189 S.

Cochenhausen, Friedrich von: „Friedrichs Geist im Heere der Befreiungskriege.“ Verlag R. Eisenschmidt, Berlin 1927, 30 S.

Heider, Albert: „Die Kampagne im Sundgau 1914 im Lichte der französischen Armeeakten. I. Ein Handstreich auf Basel nach Joffres Kriegsakten.“ J. Bielefelds Verlag, Freiburg i. Br. 1927, 88 S.

Kleine Mitteilungen.

Zur Besprechung von Demartial „L'Evangile du Quai d'Orsay".

In meiner Besprechung dieses in Frankreich wiederum totgeschwiegenen Buches hatte ich einen Zweifel darüber geäußert (Aprilheft S. 380 zu 3.), ob Poincaré und Viviani auf ihrer Heimreise an Bord der „France" in der Lage waren, mit den französischen Botschaftern in London und Petersburg direkt durch Ziffern-telegramme zu verkehren. Der Verfasser hat mich nun dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht, daß Poincaré in einem seiner Vorträge über den Kriegsausbruch erzählt hat: „Wir hatten den Finnischen Meerbusen noch nicht verlassen, als uns ein drahtloses Telegramm des französischen Botschafters in Rußland den Inhalt der österreichischen Note übermittelte." Darnach muß die Annahme Demartials, daß der direkte Ziffernverkehr möglich war, jedenfalls für die Petersburger Botschaft als zutreffend anerkannt werden.

Graf Max Montgelas.

In dem Aufsatz des Maiheftes „Zur Beurteilung Greys" von Hermann Lutz ist in dem zweiten Absatz auf Seite 457 eine Zeile fortgefallen. Der betreffende Satz muß lauten: „Ich erkläre daher auch ausdrücklich, daß ich seiner anderslautenden Ansicht über die englische Politik und Sir Edward (jetzt Lord) Grey keineswegs die Berechtigung abspreche, sondern daß ich . . . . . ."

Von Herrn Hermann Lutz ist eine Entgegnung auf den Aufsatz von Herrn Oberstleutnant Kißling: „Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad" im Märzheft „Die Kriegsschuldfrage" bei der Schriftleitung eingegangen, die wir sobald wie möglich bringen werden.

Wir richten an unsere Leser die höfliche Bitte, überzählige Hefte aus früheren Jahrgängen unserer Zeitschrift, die nicht gesammelt werden, uns zur Verfügung zu stellen, damit wir die Möglichkeit haben, die zahlreichen Bestellungen auf frühere Jahrgänge der Zeitschrift ausführen zu können.

Die Schriftleitung.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.